

# 2015

## **ANTRAGSBUCH**

[www.jusos.de](http://www.jusos.de)

**BUNDESKONGRESS DER  
JUNGSOZIALISTINNEN 2015**

Bremen, 27.-29.11.2015

Nach I.4cc der Richtlinie für Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat der Juso – Bundesvorstand den Antragsschluss auf den 16. Oktober 2015 festgelegt. Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht.

Die Gliederungen der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar.

Die Antragskommission hat der Sortierung der Anträge in der Reihenfolge zugestimmt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge auf Grund ihrer politischen Bedeutung dem Kongress zur freien Entscheidung zu überlassen.

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Jusos in der SPD  
Willy-Brandt-Haus  
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die  
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

### **Satz und Layout:**



**Das KonferenzKoordinationsSystem**

KoKoS 2.4, © 2015 Fabian Parsch

### **Druck:**

Druckerei Nolte, Iserlohn  
([www.druckereinolte.de](http://www.druckereinolte.de))

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	13
-----	----------------	--	----

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand	Andere Arbeitszeiten sind möglich!	26
B 2	Saarland	Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	30
B 3	Hessen-Süd	Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben	32
B 4	Bayern	Mindestlohn ohne Ausnahme	35
B 5	Hessen-Nord	Mindestlohn ausbauen!	37
B 6	Thüringen	Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern	39
B 7	Sachsen-Anhalt	Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer	43
B 8	Hessen-Süd	Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)	44
B 9	Saarland	Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	48

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Projekt Transformation den Juso Bundesvorstand inklusive Ganztags Gesamtschule!	Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!	50
C 2	Hessen-Süd	Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!	55
C 3	Baden-Württemberg	Das Berufsbildungsgesetz novellieren!	56
C 4	Hamburg	Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!	62
C 5	Hannover	Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen	63
C 6	Juso SchülerInnen und Auszubildendengruppe über Juso Bundesvorstand	Modularisierte Oberstufe	65
C 7	Braunschweig	„Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum Thema Bildung	66
C 8	Baden-Württemberg	Gleichstellung von Auszubildenden und Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung	71
C 9	Hannover	Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken	72
C 10	Hessen-Süd	Änderung der Zusagefrist für Studienplätze in Deutschland	73
C 11	Nord-Niedersachsen	Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG-Anspruch	74

**D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts**

D 1	Nordrhein-Westfalen	Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten	76
D 2	Bayern	Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co	81
D 3	Hannover	Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen	84
D 4	Hannover	Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	85
D 5	Baden-Württemberg	Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen	89
D 6	Hessen-Süd	Parlamente brauchen Druck der Straße - Politischen Streik ermöglichen	90
D 7	Sachsen-Anhalt	Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken	91
D 8	Hannover	Unser Umgang mit Antisemitismus	92
D 9	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen	96
D 10	Hannover	Gegen ein „Familienwahlrecht“	99
D 11	Hannover	Kein Frieden mit den Friedenswintler - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.	101
D 12	Rheinland-Pfalz	Nichtwähler_innen auch eine Stimme geben!	104
D 13	Hessen-Nord	Programm gegen den Überwachungsstaat	105
D 14	Sachsen	Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat	106

**E Europa**

E 1	Berlin	Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft	108
E 2	Nordrhein-Westfalen	Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik	111
E 3	Baden-Württemberg	EU Transparenz-Register weiterentwickeln	116
E 4	Rheinland-Pfalz	Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen	117
E 5	Berlin	Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder intensivieren	118
E 6	Hannover	Europäische Schuldenstrategie überdenken	121
E 7	Nordrhein-Westfalen	Europa aktiv leben – gegen nationales Geklügel – für eine wahrhaft europäische Bewegung	122

**F Frieden & Internationales**

F 1	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Leitlinien europäischer Friedenspolitik	126
F 2	Hessen-Nord	Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik	130
F 3	Schleswig-Holstein	Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-	133

## Krise

F 4	Berlin	Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	138
F 5	Hessen-Süd	Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien	150
F 6	Sachsen	Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutsch-mexikanischen Sicherheitsabkommen	153
F 7	Hannover	Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen	156
F 8	Hessen-Süd	Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!	157
F 9	Berlin	Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine	159
F 10	Thüringen	Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten	162

## **G Gleichstellung, Feminismus & Gender**

G 1	Nordrhein-Westfalen	Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	165
G 2	Hannover	We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft	168
G 3	Bayern	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	171
G 4	Berlin	Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen	173
G 5	Nordrhein-Westfalen	„All the women who are independent...“ – Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop und Feminismus	175
G 6	Hannover	Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord	178
G 7	Hannover	Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen	180

## **I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz**

I 1	Berlin	Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden	185
I 2	Hamburg	Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	186
I 3	Baden-Württemberg	Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!	189
I 4	Berlin	Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen – Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss	190
I 5	Hamburg	Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!	191
I 6	Sachsen-Anhalt	Abschaffung des Blasphemie Paragraphen	192
I 7	Sachsen-Anhalt	Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken	193

I 8	Hannover	Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag	194
I 9	Hannover	Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!	196
I 10	Berlin	Versammlungsfreiheit für alle garantieren	197
I 11	Mecklenburg-Vorpommern	Vermummungsverbot abschaffen!	198
I 12	Sachsen	Plastikkirschen – nein Danke!	200
I 13	Weser-Ems	Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten	201
I 14	Berlin	Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale	203
I 15	Hannover	Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union	204
I 16	Bayern	Flächendeckende Gefangenenseelsorge	205
I 17	Berlin	Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!	207
I 18	Bayern	Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv	208
I 19	Thüringen	Progressive Drogenpolitik	216
I 20	Saarland	Drogenprävention durch Aufklärung	221

## **K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge**

K 1	Bayern	Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse	224
K 2	Hessen-Süd	Soziales Wohnen soll sich lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit	226
K 3	Sachsen-Anhalt	Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung	228
K 4	Hessen-Nord	Bezahlbarer Wohnraum für Alle	229
K 5	Hessen-Süd	Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen	230
K 6	Braunschweig	Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	231

## **L Links Leben**

L 1	Bundesvorstand	Links Leben!	235
-----	----------------	--------------	-----

## **M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik**

M 1	Nordrhein-Westfalen	Es geht um Menschen! Resolution zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland	251
M 2	Thüringen	Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!	257
M 3	Bremen	Bleiberecht	263
M 4	Baden-Württemberg	Stoppt das Sterben im Mittelmeer	266
M 5	Weser-Ems	Grundsätze der Asylpolitik	268

M 6	Sachsen	Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!	272
M 7	Hessen-Süd	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	273
M 8	Hannover	Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“ Für ein solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Keine Verschärfung des Asylrechts!	290
M 9	Nord-Niedersachsen	Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!	292
M 10	Hannover	Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	293
M 11	Rheinland-Pfalz	Grundlagenantrag Asyl	294
M 12	Saarland	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	308
M 13	Nord-Niedersachsen	Verbesserung für Asylsuchende	322
M 14	Hessen-Nord	Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften	324
M 15	Baden-Württemberg	Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge	328
M 16	Bayern	Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften	329
M 17	Berlin	Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen	330
M 18	Baden-Württemberg	Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	332
M 19	Sachsen	Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung	334
M 20	Berlin	Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!	337
M 21	Braunschweig	Pro Asyl gegen Eurosur	339
M 22	Sachsen	Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt	342
M 23	Berlin	Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms des Bundes	343
M 24	Bayern	Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen	345
M 25	Bayern	Ehebestandszeit abschaffen!	347
M 26	Hannover	Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!	349
M 27	Sachsen-Anhalt	Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen	351
M 28	Hessen-Nord	Lets talk about Islam- with Muslims!	352

## **N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales**

N 1	Hessen-Süd	Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!	355
N 2	Berlin	Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!	358
N 3	Baden-Württemberg	Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch	360

öffentliche Bibliotheken

N 4	Saarland	Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	361
N 5	Nord-Niedersachsen	Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	363

**O Organisation & Partei**

O 1	Sachsen	Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid	365
O 2	Saarland	Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!	367
O 3	Rheinland-Pfalz	Satzungsänderung der Frauenquote in eine Geschlechterquote	368
O 4	Schleswig-Holstein	Reform des SPD Parteikonvents	369
O 5	Berlin	Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss*innen / Arbeitnehmer*innen in der SPD)	371
O 6	Bayern	Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress	372
O 7	Saarland	Verköstigung	373
O 8	Hessen-Nord	Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	375
O 9	Hessen-Nord	Aufbau einer digitalen Infrastruktur	376
O 10	Berlin	Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!	377
O 11	Hannover	Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren	378
O 12	Hessen-Nord	Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation	380

**P Pflege, Gesundheit & Soziales**

P 1	Berlin	Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!	383
P 2	Baden-Württemberg	Impfpflicht	385
P 3	Hessen-Nord	Impfpflicht einführen	386
P 4	Hannover	Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)	387
P 5	Berlin	Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken	388
P 6	Saarland	Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	390
P 7	Nordrhein-Westfalen	Für ein selbstbestimmtes Lebensende	392
P 8	Hamburg	Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen	396
P 9	Hannover	„Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	399
P 10	Brandenburg	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	401
P 11	Hessen-Nord	Organspende	403



P 12	Rheinland-Pfalz	Hebammen unterstützen!	404
P 13	Hannover	Schutz der ärztlichen Schweigepflicht	408
P 14	Hannover	Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen	409
P 15	Baden-Württemberg	Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme	410
P 16	Hamburg	Kostenlose Verhütung auch mit Kondom	418
P 17	Berlin	Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!	419
P 18	Berlin	Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen	420
P 19	Bayern	Stärkung der nicht-medizinischen Prävention im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!	421
P 20	Berlin	Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)	423
P 21	Bayern	Verpflichtende Herausgabe von Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der Individualtherapie	424
P 22	Rheinland-Pfalz	Rechtliche Regelungen für die neuen Assistenzhundarten	426
P 23	Baden-Württemberg	Flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen	427
P 24	Hamburg	Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD	429
P 25	Baden-Württemberg	Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein	430
P 26	Hamburg	Verlängerung des Unterhaltvorschusses!	431
P 27	Schleswig-Holstein	Reform des Wohngeldes	432

## **R Rente, Generationen & Familie**

R 1	Hannover	Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.	435
R 2	Bayern	Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik	438
R 3	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	441

## **S Sonstiges**

S 1	Baden-Württemberg	Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen	445
S 2	Bayern	Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.	456
S 3	Hessen-Nord	Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen	463
S 4	Brandenburg	Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte	464
S 5	Hannover	Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien	466
S 6	Sachsen-Anhalt	Wildtierverbot im Zirkus	467
S 7	Hessen-Nord	Kastrationspflicht für Katzen und Kater	468

**U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit**

U 1	Hannover	Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland	470
U 2	Rheinland-Pfalz	Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	471
U 3	Hamburg	Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen	473
U 4	Sachsen	Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben	475
U 5	Hessen-Süd	Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“	478
U 6	Hannover	Bezahlbarer Strom ist wichtig	479
U 7	Hannover	Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	482
U 8	Hessen-Nord	Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen	484

**V Verkehr & Infrastruktur**

V 1	Nordrhein-Westfalen	Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	486
V 2	Bremen	Verkehrspolitik	496
V 3	Brandenburg	Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene	499
V 4	Hessen-Nord	Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen	501
V 5	Sachsen	Mautpflicht für Omnibusse einführen!	502
V 6	Hessen-Nord	Maut für Fernlinienbusse	503
V 7	Bayern	Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!	504
V 8	Sachsen	Europäische Kerosinsteuer einführen!	505
V 9	Bayern	Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser	506

**W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik**

W 1	Projekt Transformation	Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - der Wirtschaftsweise über Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen den Juso Bundesvorstand	509
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	519
W 3	Bremen	Handelspolitik	526
W 4	Hannover	Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!	529
W 5	Hessen-Süd	TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen	532
W 6	Bayern	Nein zu TTIP und CETA!	535
W 7	Berlin	CETA ablehnen	537
W 8	Hannover	Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen	539
W 9	Nordrhein-Westfalen	Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als	541

Leitplanken für ein gutes Leben

W 10	Nordrhein-Westfalen	Ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie	547
W 11	Hessen-Nord	Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)	550
W 12	Weser-Ems	Industrie 4.0 menschlich entwickeln!	552
W 13	Hannover	Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen	554
W 14	Baden-Württemberg	Weniger Steuer auf Getränke	555
W 15	Hessen-Süd	Für eine alternative Wirtschaftspolitik	556
W 16	Bayern	Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum	558
W 17	Weser-Ems	Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	563
W 18	Hessen-Süd	Echte Umverteilung – Jetzt!	565

# A

## Arbeitsprogramm

A 1

Bundesvorstand  
Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

---

13

**Titel** Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

**Antragsteller** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

1 **Arbeitsprogramm 2015 – 2017**

2 **Bewegt euch!**

3

4 Eine Welt, in der jeder Mensch frei und gleich ist und seine Lebensträume verwirklichen kann,  
5 ist unser Ziel. Diese Welt ist gerecht und frei von Ausbeutung, Unterdrückung und  
6 Diskriminierung. In dieser Welt haben alle dieselben Chancen, egal, welches Geschlecht sie  
7 haben, egal, wo sie herkommen, egal, wo sie leben. Doch das ist nicht die Welt, in der wir  
8 derzeit leben. Innerhalb kürzester Zeit vollziehen sich fundamentale Umwälzungen, deren  
9 Auswirkungen weltweit spürbar sind. Ukraine-Krise, Bürgerkriege in Syrien und dem gesamten  
10 mittleren Osten, die mörderische Bedrohung durch den IS und Boko Haram, sowie die  
11 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise, die nicht nur Griechenland fest im Griff hält. Viele  
12 Entwicklungen spielen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit erst eine Rolle, wenn  
13 sie auch unmittelbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben könnten. Beispiel dafür ist  
14 die Ebola-Epidemie in Liberia, Guinea und Sierra Leone. Oder asiatische Produktionsstätten, in  
15 denen Menschen unter unhaltbaren, sklavenähnlichen Zuständen für unsere Dumpingpreise  
16 ihre Gesundheit riskieren. Die rasend schnelle Abfolge von immer neuen Entwicklungen lässt  
17 uns kaum genügend Zeit, ernsthafte politische Antworten zu formulieren. Stattdessen treibt sie  
18 PolitikerInnen in den reaktiven Krisenmodus, in dem niemals erneuert, sondern immer nur  
19 repariert wird.

20

21 Ein ebenso prominentes, wie trauriges Beispiel dafür ist der aktuelle Umgang mit geflüchteten  
22 Menschen und ihren Fluchtursachen. Ausgehend von globalen Ungerechtigkeiten, existentieller  
23 Armut, Krieg und Unterdrückung sind Flucht- und Migrationsbewegungen die logische  
24 Konsequenz. Und sie sind auch Ausdruck des dringenden Bedürfnisses nach einem Leben in  
25 Sicherheit, Frieden sowie der gleichberechtigten Teilhabe am globalen Wohlstand. In Zeiten wie  
26 diesen wird deutlicher denn je: Die Heilsversprechen des Kapitalismus kann dieser nicht  
27 erfüllen.

28

29 Obwohl sich Millionen Menschen auf der Flucht befinden, kommt nur ein sehr kleiner Bruchteil  
30 nach Europa und Deutschland. Mit dem Dublin-Abkommen und der damit einhergehenden  
31 Drittstaaten-Regelung gelang es Deutschland über lange Zeit sich abzuschotten und andere  
32 Länder, wie Italien und Griechenland, mit der Bewältigung der Aufgaben alleine zu lassen. Mit  
33 dem teilweisen Außerkraftsetzen des Dublin-Abkommens kommen Geflüchtete nun auch nach  
34 Deutschland. Tausende Menschen engagieren sich deshalb zur Zeit freiwillig in Initiativen,  
35 Hilfsorganisationen und Unterkünften für die Schutzsuchenden. Die bunten, freundlichen  
36 Willkommensbilder dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nazis, RassistInnen und  
37 die politische Rechte versuchen, aus der Not der Geflüchteten Kapital zu schlagen. Den zuvor  
38 geschürten Ängsten und der Stimmungsmache gegenüber geflüchteten Menschen folgen  
39 anschließend die passgenauen rechtspopulistischen Antworten der gleichen Gruppen und

40 Personen. Sogar unter dem Deckmantel des Schutzes der Frauenrechte und der  
41 Gleichberechtigung, wird Stimmung gegen den Islam und die Schutzsuchenden geschürt. Zu  
42 diesen Antworten gehört immer wieder die Forderung nach mehr Abschottung und einer  
43 weiteren Einschränkung des Asylrechts. „Flüchtlingsströme“ sollen abgehalten, Obergrenzen  
44 festgelegt und Zäune errichtet werden. Durch Abschreckung und Schikanen wird suggeriert  
45 Flüchtlinge davon abbringen zu können, nach Deutschland zu kommen. Wo zuvor große Reden  
46 über Werte, Moral und Menschenrechte gehalten wurden, bleiben im entscheidenden Moment  
47 höchstens noch nationaler Chauvinismus und eine Portion Leitkultur übrig. Es bleibt nicht bei  
48 verbaler Hetze. Täglich werden Unterkünfte angezündet, Geflüchtete angegriffen und HelferInnen  
49 massiv bedroht. Bei diesem perfiden Spiel darf die SPD nicht den geringsten Zweifel daran  
50 aufkommen lassen, auf welcher Seite sie steht.

51

52 Die reine Zustandsbeschreibung von Sorgen und Ängsten in der Bevölkerung ist dabei nicht  
53 hilfreich, sondern irreführend. Gleichwohl wissen wir nicht erst seit den Mitte-Studien der  
54 Friedrich-Ebert-Stiftung, dass aufgrund von Abstiegsängsten und –erfahrungen sowie sozialen  
55 Unsicherheiten der Nährboden für rechte Parolen und rassistische Stimmung besonders  
56 fruchtbar ist. Für eine sich als fortschrittlich und emanzipatorisch begreifende Bewegung wie die  
57 Sozialdemokratie, folgt das politische Handeln aber niemals linear der Angst oder dem  
58 Ressentiment. Stattdessen muss sie in der Lage sein, bestehende Ungerechtigkeiten zu  
59 beseitigen, Hass und Gewalt entschieden entgegen zu treten, Ängsten und Ressentiments aber  
60 einen eigenen solidarischen Gesellschaftsentwurf entgegenzustellen und dafür leidenschaftlich  
61 zu werben. Dieses Werben ist der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie und diese definieren  
62 wir immer in dem was wird und niemals in dem was ist.

63

64 Diesen eigenständigen Gesellschaftsentwurf sind wir zuletzt nicht nur im Umgang mit  
65 Geflüchteten schuldig geblieben. Das Versagen der europäischen Sozialdemokratie, keine  
66 gemeinsamen Vorschläge für die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erarbeiten, ist in  
67 doppelter Hinsicht verheerend. konservative und neoliberale PolitikerInnen haben es geschafft  
68 die Krise in eine Staatsschuldenkrise umzudeuten und durch die Austeritätspolitik viele  
69 europäische Staaten in einen Teufelskreis aus Sparen, Abbau des Sozialstaats,  
70 Konjunkturreinbruch, sinkenden Einnahmen, Schulden und Massenarbeitslosigkeit zu treiben.  
71 Die europäische Bevölkerung und viele überzeugte EuropäerInnen verbinden die Europäische  
72 Union inzwischen nicht mehr mit Frieden, Wohlstand und Wachstum, sondern lediglich mit  
73 Krise. Dies führt zu einer großen Verunsicherung. Das Projekt Europa, das bislang unvollendet  
74 blieb, steht auf der Kippe. Und mit ihm die europäische Sozialdemokratie. Verwickelt in  
75 Rückzugsgefechte und eingekeilt zwischen neu entstehenden linken Bewegungen und Parteien  
76 auf der einen und den wachsenden rechtspopulistischen und faschistischen Bewegungen auf  
77 der anderen Seite, schafft es die Sozialdemokratie immer weniger, Überzeugungskraft zu  
78 entfalten. Die SPE muss deshalb endlich in die Offensive kommen. Das heißt keineswegs, sich  
79 von der Europäischen Union abzuwenden. Es ist richtig die Europäische Idee zu verteidigen.  
80 Das bedeutet aber nicht, dass wir die EU so lassen können, wie sie ist. Es ist falsch, die EU  
81 kritiklos zu verteidigen. Vielmehr braucht es endlich einen stärkeren Fokus auf die  
82 ökonomischen Grundlagen und der demokratischen Werte der europäischen Gemeinschaft.  
83 Europa muss für die Menschen wieder zum Synonym für eine gerechtere Zukunft werden. Und  
84 das wird es nur, wenn das Soziale Europa endlich mehr ist als ein Schlagwort. Wir sind bereit,  
85 die Auseinandersetzung um den politischen Charakter Europas und Europas Rolle in einer  
86 instabiler werdenden Welt aufzunehmen. Sich diesem längst schwelenden Richtungsstreit zu  
87 verweigern wäre unpolitisch und somit unverantwortlich. Wir wollen mehr. Wir wollen diese  
88 Gesellschaft bewegen. Wir wollen eine starke Bewegung sein und rufen allen, die sich mit dem  
89 Status Quo nicht zufrieden geben, zu: Bewegt Euch mit uns!

90

## 91 **Mut und Visionen – Fehlanzeige**

92

93 Für das bescheidene Abschneiden der SPD bei der letzten Bundestagswahl gibt es mehrere  
94 Gründe. Klar ist: Am Wahlprogramm und seinem wieder stärker gewordenen Fokus auf soziale  
95 Gerechtigkeit lag es nicht. Das bestätigen die Umfragen. Aus unserer Sicht fehlte und fehlt vor  
96 allem eine Gesamterzählung davon, welchen Gesellschaftsentwurf die SPD in den kommenden  
97 Jahren verfolgt. Glaubwürdiges Personal an der Spitze ist ebenfalls notwendig. Es ist  
98 entscheidend für Deutungshoheit und Wahlerfolge, eine gesellschaftliche und wirtschaftliche  
99 Alternative deutlich zu machen und sich von anderen Parteien – insbesondere der Union –  
100 abzugrenzen. Wählerinnen und Wähler müssen wissen, wofür es sich lohnt, wählen zu gehen.

101

102 Zwei Jahre nachdem die SPD auf Bundesebene in einer Großen Koalition regiert, hat sich an  
103 dem Zutrauen der Bevölkerung in die SPD wenig gebessert. Politische Erfolge wie der  
104 Mindestlohn, die Frauenquote, die Mietpreisbremse oder die Rente nach 45  
105 Versicherungsjahren schaffen es bislang nur langsam wieder Glaubwürdigkeit und Vertrauen in  
106 die SPD zu wecken. Das gilt insbesondere für Frauen, die sich weder von den Themen noch  
107 vom Personal angesprochen fühlen. Themen-Hopping und Sprunghaftigkeit sind derweil Gift für  
108 die SPD. Schwammige Positionen, die fast alle Menschen adressieren sollen, erreichen am  
109 Ende des Tages niemanden. Vielmehr müssen wir in grundlegenden Fragen Haltung zeigen und  
110 den Mut haben mit neuen Ideen auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Diese  
111 Ideen müssen nicht immer gleich mehrheitsfähig sein. Wir müssen endlich wieder bereit sein  
112 auch gegen Widerstände zu argumentieren um Mehrheiten für unsere Positionen zu erkämpfen.

113

114 Als Jusos haben wir uns deshalb in den letzten zwei Jahren aufgemacht mit unserer Kampagne  
115 „Links leben“ neue Konzepte und Positionierungen zu entwickeln. Mit ihrer Perspektivdebatte  
116 macht sich die SPD nun ebenfalls auf den Weg. Bislang schlägt sie dabei aber nicht die richtige  
117 Richtung ein. Als Jusos sind wir deshalb mehr denn je gefragt. Wir müssen die Partei  
118 wachrütteln, die SPD muss wieder Mut fassen zu ihren eigenen Ideen zu stehen und darf  
119 keinesfalls vermeintlichen „Mitte“-Rezepten und konservativen Antworten hinterherlaufen.  
120 Stattdessen sind mehr innerparteiliche Demokratie und offene Debatten über die großen  
121 Herausforderungen angesagt. Die SPD muss zeigen, dass sie die Beteiligungspartei ist, die ihre  
122 Mitglieder ernst nimmt. Die SPD muss zeigen, dass sie Antworten auf die Digitalisierung, den  
123 grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt und der Wirtschaft, die Migrationsgesellschaft und  
124 globale Herausforderungen hat. Nicht nur, aber insbesondere jungen Menschen muss sie die  
125 Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben erschließen, das mehr zu bieten hat als ein faires  
126 Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Statt im Klein-Klein zu verharren gilt es Visionen zu  
127 erarbeiten und in Bewegung zu bleiben. Frustration bei unseren Mitgliedern, Austritte und  
128 Lethargie sind sonst vorprogrammiert. Die sinkende Bindewirkung auf ihre Mitglieder sollte der  
129 SPD schon jetzt zu denken geben, da gibt es nichts schönzureden.

130

131 Wenn die SPD aufzeigt, wo sie hin möchte, wenn sie Deutungshoheit in der öffentlichen  
132 Wahrnehmung zurückerlangt, muss sie auch aufzeigen, mit welcher Machtperspektive sie linke  
133 Politik konkret umsetzen möchte. Mit der Union wird dies nicht gelingen. Rot-Rot-Grün bleibt  
134 deshalb für uns die einzige absehbare Machtperspektive. Nur wenn die SPD-Spitze das endlich  
135 erkennt und das Projekt R2G ernsthaft angeht, können wir auch die Menschen davon  
136 überzeugen und beginnen, zweifelsohne bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Es  
137 muss endlich Schluss sein mit der Dämonisierung solcher Koalitionen. Denn wer umstandslos  
138 mit der CSU koalitiert sollte Vorsicht walten lassen, wenn es um die Beurteilung von Koalitions-  
139 und Regierungsbeteiligung anderer Parteien geht.

140

### 141 **Jusos als treibende Kraft**

142

143 Doch auch wir Jusos müssen in Bewegung bleiben. Wir kämpfen für eine gerechte Welt, in der  
144 jedeR gut leben kann und seine/ihre Träume verwirklichen kann. Wir kämpfen für eine  
145 Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wir kämpfen dafür, das kapitalistische System zu  
146 überwinden. Wir stehen im engen Austausch mit unseren PartnerInnenorganisationen auf der  
147 ganzen Welt und gehen auf die Straße gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und  
148 jede Form der Menschenfeindlichkeit. Als eigenständiger linker Richtungsverband innerhalb der  
149 SPD treiben wir die SPD von und nach links.

150

151 Wir haben es nach bleiern Jahren der Agenda-Politik zuletzt geschafft, an vielen Stellen die  
152 Programmatik der SPD substanziell zu beeinflussen. Von der Steuergerechtigkeit über die  
153 Ausbildungsgarantie bis zur Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel – ohne die  
154 Jusos wären die Positionen der SPD nicht so progressiv, wie sie es an vielen Stellen sind. In  
155 den letzten Monaten geraten immer mehr programmatische Standpunkte jedoch wieder unter  
156 Druck. Mit Scheinargumenten und Machtdemonstrationen werden Positionen geräumt, die einer  
157 durch die Partei-Spitze angestrebten Ausrichtung der SPD auf die Mitte angeblich  
158 entgegenstehen. Zu oft wird sich dabei hinter der Union versteckt, um die eigene Mutlosigkeit zu  
159 kaschieren. Als Jusos dürfen wir dies keinesfalls durchgehen lassen. Es ist an uns, die  
160 Zusammenarbeit mit linken Kräften innerhalb der SPD auszubauen. Und es ist  
161 selbstverständlich, dass wir uns dabei auch Unterstützung außerhalb der SPD suchen.

162

163 Gerade treibt viele Jusos aber eine Frage besonders um. Viele engagieren sich in Initiativen für  
164 Geflüchtete, geben Sprachkurse, organisieren Spendenaktionen und Fußballturniere, nehmen  
165 die Menschen an Grenzen und Bahnhöfen in Empfang und helfen ihnen bei der Weiterfahrt oder  
166 beteiligen sich an gemeinsamen Aktionen um sichere Fluchtwege zu errichten. Viele unserer  
167 Mitglieder stellt das vor große Herausforderungen. Konkret helfen vor Ort gehört ebenso zu  
168 unserer politischen Arbeit, wie unsere Forderungen gegenüber der SPD und der Politik zu  
169 artikulieren. Die unterschiedlichen Aufgaben unter einen Hut zu bekommen ist dabei nicht  
170 immer leicht. Für unsere Strukturen ist dies jedoch auch eine große Chance. Junge Menschen  
171 politisiert die Situation der Geflüchteten. Jusos müssen vor Ort politische AnsprechpartnerInnen  
172 und VermittlerInnen zwischen den Ehrenamtlichen, den politisch Verantwortlichen und natürlich  
173 auch den Geflüchteten sein. Im Sinne der geflüchteten Menschen gilt es diese Funktion weiter  
174 auszubauen, indem wir unsere Schnittstellenfunktion selbstbewusst nutzen.

175

176 Als feministischer Richtungsverband ist die tatsächliche Gleichstellung von Frauen unser  
177 besonderes Anliegen. In der Gesellschaft, in der Politik und in der SPD sind Frauen immer noch  
178 unterrepräsentiert. Männerklüngel und eine patriarchale Gesellschaft verhindert oft den Aufstieg  
179 von Frauen in Führungspositionen. Bei den Jusos übernehmen inzwischen immer mehr Frauen  
180 – sei es im Kreisverband oder auf Landesebene – auch in erster Reihe Verantwortung für die  
181 Juso-Arbeit. Nachholbedarf haben wir insbesondere beim Anteil weiblicher Mitglieder. Die tollen  
182 Frauen, die wir in unserem Verband haben, müssen wir weiter fördern und vernetzen. Als  
183 feministischer Verband geben wir uns erst zufrieden, wenn Frauen tatsächlich komplett  
184 gleichgestellt sind. Das gilt für den Verband, wie für die Gesellschaft.

185

186 Für uns als Jusos sind deshalb folgende Themen zentral für die nächsten zwei Jahre:

187

### 188 **1. Grundrechte verteidigen - Migrationsgesellschaft leben**

189

190 Beinahe täglich sterben Menschen auf der Flucht nach Europa. Die Große Koalition reagiert auf  
191 die steigende Anzahl an Schutzsuchenden mit Verschärfungen des Asylrechts,  
192 Leistungskürzungen und Angstmacherei. Die Staaten Europas können sich nicht auf eine  
193 gemeinsame Politik zum Schutz von Menschen und Menschenrechten einigen. Wir sind nicht  
194 bereit, diese Politik mitzutragen. Grundrechte wie das Recht auf Asyl sind für uns unter keinen  
195 Umständen verhandelbar. Mit BündnispartnerInnen innerhalb und außerhalb der SPD werden  
196 wir uns jeder weiteren Verschärfung energisch und kreativ entgegenstellen. Das heißt auch und  
197 insbesondere, unserer eigenen Partei durch internen wie externen Druck Beine zu machen.  
198 Unsere Vision ist und bleibt das globale Recht auf Migration. In den kommenden zwei Jahren  
199 möchten wir auch gemeinsam mit unseren internationalen PartnerInnen erörtern, wie der Weg  
200 dahin gestaltet werden kann. Ein nicht an ökonomischen Kriterien orientiertes  
201 Einwanderungsgesetz kann in der Zwischenzeit für viele Menschen ein wichtiges Instrument  
202 sein. Die Union, aber auch Teile der SPD lassen uns jedoch daran zweifeln, inwiefern ein  
203 solches Einwanderungsgesetz aktuell denkbar ist. Wir setzen uns daher zunächst für eine  
204 Klärung innerhalb der SPD über den Inhalt eines solchen Gesetzes ein. Ein Gesetz für  
205 Hochqualifizierten-Einwanderung wird unsere Zustimmung jedenfalls nicht finden.

206

207 Gemeinsam mit unseren europäischen PartnerInnenorganisationen kämpfen wir gegen das  
208 Frontex-Regime, für sichere Fluchtrouten und für eine sichere und solidarische Aufnahme von  
209 Refugees in Europa. Migration in und nach Europa ist für uns eine Normalität und  
210 Selbstverständlichkeit. Das große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass diese  
211 Normalität in unserer Gesellschaft lebbar ist. Und trotzdem wissen wir, dass das nicht zu jeder  
212 Zeit und an jedem Ort für alle gilt. Wir werden uns deshalb weiter mutig gegen den braunen  
213 Mob stellen, der Geflüchtete und (vermeintliche) MigrantInnen bedroht und tätlich angreift. Und  
214 wir werden weiter in Bündnissen aktiv sein, um "besorgten BürgerInnen" und  
215 RechtspopulistInnen entgegen zu treten, die Refugees in ihren Rechten beschränken wollen  
216 und an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln. Dazu werden wir in einer Netzwerkstelle  
217 aktive Jusos und ExpertInnen aus den Landesverbänden und Bezirken vernetzen, auf einer  
218 Fachkonferenz die im Verband vorhandene Erfahrung und Expertise in die Breite tragen und  
219 auch die UB-Vorsitzenden einbinden, u.a. mit einer Unterbezirksvorsitzendenkonferenz im Jahr  
220 2016.

221

222 Viele Jusos bringen sich vor Ort intensiv bei der Unterstützung von Refugees ein. Auch diese



223 Erfahrungen wollen wir in die Vernetzung einbringen und Best-Practise-Beispiele von vor Ort  
224 bekannt machen. Als Partnerin in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken wollen wir uns als  
225 Jusos nicht nur ganz praktisch einbringen, sondern generieren politische Forderungen aus  
226 unserem Alltagswissen. Im Rahmen der Doppelstrategie werden wir weiter als Scharnier wirken  
227 und diese Forderungen in die SPD und die politische Arena tragen, und zwar vom Ortsbeirat bis  
228 in die Bundestagsfraktion. Zur Unterstützung der Arbeit vor Ort werden wir neue Materialien in  
229 den Bereichen Antifaschismus, Antirassismus, Kampf gegen Rechts und Geflüchtetenhilfe  
230 erstellen und mit einem Handbuch, thematischen Kampagnen und einer Schwerpunktausgabe  
231 der Argumente von Bundesebene begleiten.

232

## 233 **2. Feminismus voranbringen - Frauen stärken**

234

235 Sozialismus kann es ohne die Gleichstellung der Geschlechter nicht geben. Deshalb verstehen  
236 wir Jusos uns nicht nur als sozialistischer, sondern auch als feministischer Richtungsverband.  
237 Ein grundlegendes Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen ein freies und selbstbestimmtes  
238 Leben führen können. Stereotype Geschlechtervorstellungen und Rollenbilder bestimmen nach  
239 wie vor das gesellschaftliche Zusammenleben. Ausdruck dessen ist unter anderem die doppelte  
240 Vergesellschaftung von Frauen. Sie spiegelt sich in der ungleichen Verteilung von Arbeitszeit,  
241 Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie Vermögen wider. Eine eigenständige Existenzsicherung,  
242 insbesondere im Alter, ist vor diesem Hintergrund oftmals nicht möglich. Für uns Jusos ist  
243 deshalb klar, dass wir uns im Rahmen der Diskussionen über aktuelle Entwicklungstendenzen  
244 in der Arbeitswelt (Arbeit und Wirtschaft 4.0) auch mit gleichstellungspolitischen  
245 Fragestellungen beschäftigen müssen. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist für die  
246 Gleichstellung der Geschlechter zentral. Außerdem wollen wir uns über Eckpunkte einer  
247 modernen, jungsozialistischen Familienpolitik verständigen, die den heteronormativen Rahmen  
248 zeitgenössischer Debatten sprengt. Denn Familie bedeutet für uns mehr als die klassische  
249 Mutter-Vater-Kinder-Kombination. Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung  
250 übernehmen. Diesen Gedanken wollen wir im Rahmen einer Kampagne aufgreifen.

251

252 Unser Selbstverständnis als feministischer Richtungsverband verpflichtet uns, feministische  
253 Themen im Sinne des „lila Fadens“ in die Verbandsarbeit zu integrieren.

254 Gleichstellungspolitische Fragestellungen und Inhalte sollen deshalb bei allen Projekten,  
255 Seminaren, Veranstaltungen und Publikationen berücksichtigt werden. Zugleich gilt es, der  
256 strukturellen Unterrepräsentation von Frauen in unserem Verband entgegenzuwirken. Es liegt  
257 an uns, Frauen sichtbar und sprachfähig zu machen. Durch ein gezieltes Empowerment-  
258 Programm wollen wir sie dazu ermutigen und in die Lage versetzen, Verantwortung bei den  
259 Jusos zu übernehmen. Weiterhin werden wir auf jeder Bundesveranstaltung  
260 Vernetzungsmöglichkeiten anbieten, um uns besonders über gezielte Fördermaßnahmen zur  
261 Gleichstellung in verschiedenen Landesverbänden und Bezirken auszutauschen. Auch über  
262 Juso-Strukturen hinaus spielt Vernetzung von Frauenstrukturen für uns eine wichtige Rolle. Wie  
263 in den letzten Jahren werden wir weiterhin beim Frauenkampftag Flagge zeigen und die Rolle  
264 der Sozialdemokratie für die Gleichstellung der Frau in den letzten 150 Jahren weiter ausfüllen.

265

## 266 **3. Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten**

267

268 Automatisierung und Digitalisierung verändern Arbeit und Leben rasant. Die digitale Revolution  
269 und industrielle Veränderungen (Industrie 4.0) macht vor der Arbeitswelt nicht halt – sie schafft  
270 neue Märkte, Produkte und Arbeitsweisen und lässt neue Ansprüche an die Arbeit entstehen.

271 Das bedeutet Chance und Risiko zugleich. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die  
272 Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung und Vernetzung ergeben für alle  
273 ArbeitnehmerInnen realisierbar werden und zugleich erkämpfte Rechte verteidigen.

274

275 Megatrends wie Individualisierung und Feminisierung der Arbeit tragen dazu bei, dass  
276 Menschen heute flexibler arbeiten wollen ohne sich dabei zwischen Zeitmanagement und  
277 ständiger Verfügbarkeit aufreiben zu müssen. Arbeit und (Familien)Leben müssen miteinander  
278 vereinbar sein, ArbeitnehmerInnen-Flexibilität ist hier das Stichwort. Neue Zeitmodelle müssen  
279 gefunden werden, um den Ansprüchen an Arbeit 4.0 gerecht werden zu können. Auch sehen  
280 wir: bisherige Beteiligungs- und Mitbestimmungsformen an Arbeitsgestaltung reichen nicht mehr  
281 aus. Altgediente Strukturen sind oftmals zu langsam und nicht umfassend genug, für die  
282 Anforderungen unserer Zeit. Wir wollen über moderne Mitbestimmungskultur sprechen und  
283 Wirtschaftsdemokratie in die 4. Revolution übertragen.

284

285 Gleichzeitig sehen wir, welche Risiken die Digitalisierung auch mit sich bringen kann. Schon  
286 heute hält die Entgrenzung von Arbeit in unser aller Alltag Einzug. Normalarbeitsverhältnis und  
287 Tarifbeschäftigung sind zunehmend auf dem Rückzug, werkbasierte und befristete  
288 Vertragsformen nehmen zu. Die Digitalisierung kann diese Entwicklung verstärken. Konzepte  
289 der permanenten Verfügbarkeit und Beliebigkeit verteilter Arbeitskraft am digitalen Marktplatz  
290 stellen kollektiv erkämpfte Rechte in Frage und bedrohen die Durchsetzungsfähigkeit der  
291 ArbeitnehmerInnenschaft. Der Digitale Tagelöhner als ArbeitnehmerIn der Zukunft? Es braucht  
292 klare Grenzen und Regelungen, um Menschen vor Ausbeutung und Selbstausbeutung zu  
293 schützen. Die Digitalisierung stellt auch höhere Anforderungen an Qualifizierung und  
294 Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen. Das Erlernen des Umgangs mit neuen elektronischen  
295 Geräten und technischen Entwicklungen muss innerhalb des lebenslangen Lernens ohne  
296 Zwang möglich sein.

297

298 Die gesellschaftliche und mediale Behandlung des Themas zeigt: es herrscht große  
299 Unsicherheit, was die besten Reaktionen, wie der beste Umgang mit dem Wandel aussehen  
300 könnte. Weder Politik noch Wissenschaft, Gewerkschaften oder Arbeitgeber haben bisher  
301 Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Wir Jusos wollen die Fragen im Rahmen  
302 eines Perspektivprojekts aufgreifen und eine sozialistische Antwortalternative entwerfen.

303

#### 304 **4. Stadt, Land, Struktur verändern**

305

306 In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns im Rahmen der Links Leben-Kampagne  
307 ausführlich damit beschäftigt, was für uns Jusos zu einem guten linken Leben gehört. Dabei ist  
308 klar geworden: Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, eine gesunde Infrastruktur, individuelle und  
309 kollektive Freiräume sowie eine starke (Gegen-)Kultur sind wichtig, dürfen aber nicht nur für  
310 diejenigen zur Verfügung stehen, die zufällig in einer Großstadt oder in der Nähe einer  
311 Hochschule leben. Denn das gute linke Leben ist nur dann ein solches, wenn es keine  
312 Errungenschaft allein für Eliten ist.

313

314 Die räumliche Entwicklung ist in Deutschland jedoch zunehmend von Ungleichheiten bestimmt.  
315 Während auf der einen Seite manche Regionen und Städte von starkem Zuzug und Wachstum  
316 geprägt sind, bezahlbarer Wohnraum knapp wird und öffentliche Verkehrsinfrastruktur mit den  
317 wachsenden PendlerInnenströmen überfordert ist, gibt es auf der anderen Seite ganze  
318 Regionen, die mit Abwanderung und Überalterung zu kämpfen haben und in denen es schwierig  
319 ist, öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt aufrecht zu erhalten. Wie vor diesem Hintergrund der  
320 Raumordnungsgrundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten sein  
321 wird, ist eine der zentralen Fragen, die wir in den kommenden Jahren zu bewältigen haben  
322 werden. Wie können wir gewährleisten, dass für jeden und jede – unabhängig ihres oder seines  
323 Wohnortes - ein möglichst gutes Angebot öffentlicher Daseinsvorsorge bereitgestellt ist? Welche  
324 Forderungen ergeben sich daraus für die Raumordnungspolitik und Landesentwicklung? Wie  
325 können wir in den Ballungszentren gegen Verdrängung und soziale Entmischung angehen,  
326 bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen und mit den wachsenden Verkehrsströmen klar  
327 kommen? Wie können wir Gender Mainstreaming in die Planung neuer Wohngebiete und der  
328 Verkehrswegeplanung einbeziehen? Damit wollen wir uns im Perspektivprojekt „Stadt, Land,  
329 Struktur“ auseinandersetzen. Hier soll auch Platz sein für sich logisch daraus ableitende  
330 Fragen nach der künftigen Bedeutung von Ländern und Kommunen, die endlich wieder mehr  
331 sein müssen als der politische Prellbock für den berechtigten Unmut vieler Menschen. Die  
332 Verteilung staatlicher Einnahmen und damit einhergehend das Gewähren tatsächlicher  
333 politischer Handlungsspielräume werden dabei integraler Bestandteil unserer Debatten sein.

334

335 Ebenso soll der Austausch der Wachstumszentren im Rahmen eines selbstorganisierten  
336 „sozialistischen Großstädtennetzwerks“ /Metropolennetzwerks unterstützt werden.

337

#### 338 **5. Global denken, global handeln**

339

340 Technologischer und gesellschaftlicher Wandel haben Krieg und Konflikte verändert. Man  
341 spricht von asymmetrischen, sogenannten Neuen Kriegen und Konflikten. Ungleiche Zugänge  
342 zu natürlichen Ressourcen, Armut, gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten,  
343 staatliches Versagen oder Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und  
344 Konflikte. Gerade auch die von der europäischen Union verfolgte Freihandelspolitik verschärft

345 Verteilungskonflikte in Ländern des globalen Südens und befeuert so neue Kriege und Konflikte.  
346 Wir wollen uns damit beschäftigen, wie wir die Ursachen solcher asymmetrischen Konflikte  
347 vorbeugen können. Wie muss eine Entwicklungszusammenarbeit aussehen? Welche Rolle hat  
348 Handel in diesem Zusammenhang zu spielen?

349

350 An vielen Orten der Welt sind so viele Menschen Konflikten, Krieg, Vertreibung und Vernichtung  
351 ausgesetzt wie seit langer Zeit nicht mehr. Beispielhaft lassen sich die neuen Kriege am Agieren  
352 der Terrororganisation „Islamischen Staat“ oder dem Assad-Regime in Syrien aufzeigen.  
353 Weltweit befinden sich schätzungsweise 55 Millionen Menschen auf der Flucht vor Gewalt und  
354 der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und nehmen dabei lebensbedrohliche Wege auf sich,  
355 um ihr Menschenrecht auf Asyl zu erhalten. Die Überschneidung der vielfältigen  
356 Migrationsursachen macht deutlich, dass die Genfer Flüchtlingskonvention an ihre Grenzen  
357 stößt. Schon lange zeigt sich auch, dass nationalstaatliche Handlungsmöglichkeiten nicht  
358 ausreichen, aktuelle Herausforderungen globaler Migrationsbewegungen zu bewältigen. Welche  
359 Rolle können einzelne Staaten in solchen Situationen einnehmen? Was ist Aufgabe der  
360 Staatengemeinschaft? Welche Handlungsoptionen bieten sich an? Wie gehen wir mit nicht  
361 existierender Staatlichkeit in manchen Regionen um?

362

363 *Internationalismus hat Tradition - 20 Jahre Willy Brandt Center*

364

365 1996 wurde durch einen Vertrag zwischen der Labour Youth, der Schabibet Fatah und den  
366 Jusos unser Friedensprojekt im Nahen Osten das Willy Brand Center (WBC) ins Leben gerufen.  
367 Wenig später schloss sich auch die Young Meretz diesem Projekt an. 20 Jahre nach Gründung  
368 des WBC wollen wir einerseits zurückblicken und Erfolge betrachten, wir wollen uns aber auch  
369 überlegen, wie die Zukunft für unser Friedensprojekt aussehen kann. Wie kann das WBC der  
370 wachsenden Radikalisierung begegnen? Was bedeutet das Scheitern des Osloer  
371 Friedensprozesses für dessen Arbeit?

372

373 *Neue PartnerInnen gewinnen - unser Austauschprojekt Balkan Beats*

374

375 20 Jahre sind auch seit Srebrenica und seit dem Dayton-Abkommen vergangen. Doch was ist  
376 eigentlich aktuell los auf dem Balkan? Wie gehen unseren PartnerInnenorganisationen mit dem  
377 nationalistischen Rollback der letzten Jahre um? Wie werden die Migrationsbewegungen  
378 beurteilt? Gibt es neue Bestrebungen für EU-Mitgliedschaften und was wurde eigentlich aus den  
379 Förderungen der dortigen Wirtschaft? Diese und andere Fragen wollen wir in den nächsten zwei  
380 Jahren mit unseren PartnerInnenorganisationen, mit denen wir auch auf YES-Ebene eng  
381 verbunden sind, diskutieren.

382

383 Um einen besseren Austausch der internationalen Lands- und Bezirksprojekte mit unseren  
384 PartnerInnenorganisationen zu fördern, werden wir eine Datenbank erstellen, die Kontaktdaten  
385 für ReferentInnen zu internationalen Fragen, sowie zu unseren PartnerInnenorganisationen  
386 bereitstellt. Um einen Austausch auch außerhalb des Projektes zu garantieren, findet der  
387 Thementag Internationales weiterhin statt. Außerdem soll ein Newsletter die Landes und  
388 Bezirksverbände über unsere Arbeit in YES und IUSY und die Diskussionen im Projekt  
389 informieren.

390

391 **Arbeitsweise**

392

393 „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten“, „Stadt, Land Struktur verändern“ und „Global denken,  
394 Global handeln“ werden wir jeweils im Rahmen eines Perspektivprojekts bearbeiten.

395

396 Diese tagen dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende. Diese Verbandswochenenden finden  
397 im gesamten Bundesgebiet statt. Im Zuge des „lila Faden“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an  
398 jedem Verbandswochenende mindestens einen Arbeitsblock ihres momentanen  
399 Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen Fragen. Die ebenfalls an jedem  
400 Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen politischen Fragestellungen  
401 statt. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln  
402 diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen  
403 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. Sie greifen Debatten in den sozialen  
404 Bewegungen auf und tragen diese in unseren Verband. Jeder Landesverband und Bezirk  
405 entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand benennt des

406 Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten mitarbeiten.  
407 Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit  
408 einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die  
409 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich  
410 bewerben.

411

## 412 **6. Verbandskommunikation stärken**

413

414 Die Jusos sind einer der größten politischen Jugendverbände. Unsere Mitglieder sind unser  
415 Potential. Unsere Verbandsstrukturen sind historisch gewachsen. Die Ebenen – vom Ortsverein  
416 über den Unterbezirk/Kreisverband, die Landesverbände und Bezirke bis zur Bundesebene  
417 setzen jeweils eigene Ideen und Projekte um. Die Selbstständigkeit der einzelnen Gliederungen  
418 ist wichtig für unsere Verbandskultur. Wir zeigen: es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, bei  
419 den Jusos aktiv zu sein.

420

421 Um die Stärken, die in unseren Mitgliedern und den verschiedenen Organisationseinheiten  
422 stecken zu nutzen, ist klare Kommunikation und die Weitergabe von Informationen essentiell.

423

424 Wichtig, für den Austausch zwischen Bundes- und Landesebene, sind die Sitzungen des  
425 Bundesausschusses. Dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Bezirke die  
426 Möglichkeit, uns von ihren Projekten und Schwerpunkten zu berichten. Das ist der Ort, wo wir  
427 zwischen den Bundeskongressen wichtige Weichenstellungen für den gesamten Verband  
428 besprechen. Wir werden auch zukünftig mindestens zwei Sitzungen pro Jahr einberufen.

429

430 Neben dem Bundesausschuss, spielt die Organisationspolitische Kommission eine wichtige  
431 Rolle für die Umsetzung unserer politischen Projekte. Hauptamtliche und manchmal auch  
432 Vorstände der Länder und Bezirke treffen sich dort einmal pro Jahr, um die anstehenden  
433 Termine und Kampagnen zu besprechen, Planungen abzugleichen und gut laufende Projekte  
434 auszutauschen. Um kontinuierlichen Austausch sicherzustellen, werden wir den Austausch  
435 innerhalb der Organisationspolitischen Kommission durch regelmäßige, anlassbezogene  
436 Telefonkonferenzen ergänzen.

437

438 Die Basis unserer Arbeit wird maßgeblich in den Unterbezirken und Kreisverbänden geleistet.  
439 Deswegen wollen wir in den nächsten zwei Jahren insbesondere Unterbezirke und  
440 Kreisverbände ansprechen und noch besser bei ihrer Arbeit unterstützen. Dazu werden wir  
441 einmal jährlich eine Konferenz für die Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisverbände  
442 organisieren. In diesem Rahmen werden wir die aktuellen Themen, wie zum Beispiel unser  
443 antifaschistisches Engagement und die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft,  
444 kommunalpolitische Themen oder die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und die  
445 Kampagnenarbeit miteinander diskutieren. Zusätzlich werden wir die direkte Kommunikation mit  
446 den UBs/KVs durch regelmäßige Mailings und Telefonkonferenzen verstärken, natürlich, ohne  
447 die Landesverbände und Bezirke auszuschließen.

448

449 Immer häufiger werden wir aber auch von einfachen Mitgliedern angeschrieben, die gerne  
450 regelmäßig über unsere Arbeit, unsere Veranstaltungen und Positionen auf dem Laufenden  
451 gehalten werden wollen. Dazu werden wir weiterhin unseren Newsletter nutzen, der mindestens  
452 einmal im Quartal verschickt wird. Darüber hinaus erarbeiten wir ein Konzept für eine neue  
453 Juso-App. Mithilfe dieser App wollen wir unsere Mitglieder über laufende Kampagnen, aktuelle  
454 Informationen und Termine auf dem Laufenden halten. Spontane bundesweite Aktionen werden  
455 so leicht umsetzbar. Unser Ziel ist es, für 2017 ein funktionsfähiges und aktionsfähiges  
456 Netzwerk aufzubauen, mit dem wir schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren und unmittelbar  
457 den Verband mobilisieren können. Außerdem werden wir neue Wege der direkten  
458 Kommunikation testen. Wir werden verstärkt insbesondere in sozialen Medien Interessierten  
459 Fragen beantworten oder zu bestimmten Themen Rede und Antwort stehen (#FragdieJusos).

460

## 461 **7. Bildungsprogramm verankern**

462

463 Die innerverbandliche Bildungsarbeit ist ein wichtiger Aspekt für uns Jusos, die im Idealfall  
464 insbesondere auf den Ebenen vor Ort stattfindet. Angebote auf der Bundesebene dürfen  
465 deshalb nicht in Konkurrenz zur Bildungsarbeit der Landes- und Bezirksverbände stehen,  
466 sondern müssen diese sinnvoll ergänzen. Mit dem neu konzipierten Politdiplom konnten wir ein

467 bundesweites Bildungsangebot schaffen, welches diese Grundsätze berücksichtigt. Wir wollen  
468 die Erfahrungen des ersten Durchgangs auswerten und das Politdiplom weiter verbessern, um  
469 es für die Bezirks- und Landesverbände noch attraktiver zu gestalten. Insbesondere im Bereich  
470 von eLearningangeboten, die im Rahmen des Politdiploms erprobt wurden, sehen wir zudem  
471 Potenzial für die gesamte Bildungsarbeit unseres Verbandes.

472

473 Weiterhin wird ein Schwerpunkt im kommenden Geschäftsjahr die Ausrichtung des  
474 Linkskongresses sein. Wir wollen mit dem Linkskongress eine breite Basis unseres Verbandes  
475 ansprechen, sodass er auch als Teil unserer Bildungsarbeit zu werten ist. Daneben soll der  
476 Linkskongress allerdings auch einen Raum zur vertieften inhaltlichen Arbeit bieten. Inhaltlich  
477 wollen wir den Linkskongress zum Thema „Sozialistische Wirtschaftspolitik“ gestalten. Für den  
478 Diskurs über Alternativen zum Kapitalismus gab es in den letzten Jahren neoliberaler  
479 Hegemonie kaum einen Raum. War die gesellschaftliche Linke mit Wirtschaftskrisen  
480 konfrontiert, gab es, wenn überhaupt, Antworten aus dem keynesianischen Lager. Eine  
481 Infragestellung kapitalistischer Wirtschaftsordnung fand hingegen nicht statt. Dies lag auch an  
482 der aktuellen Konzeptlosigkeit demokratischer SozialistInnen, der wir mit unserem Kongress  
483 entgegen wirken und Raum für einen neuen Diskurs über demokratischen Sozialismus bieten  
484 möchten. Wir wollen außerdem einen Gesprächskreis mit WirtschaftswissenschaftlerInnen  
485 initiieren, in dem wir das Fundament für unsere Wirtschaftspolitik abseits des deutschen  
486 Mainstreams legen und wissenschaftliche Erkenntnisse für unsere Arbeit nutzbar machen.

487

488 Um die Bezirks- und Landesverbände in ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen, wollen wir weiter  
489 an der Aufstellung eines bundesweiten ReferentInnenpools arbeiten. Zudem wollen wir durch  
490 ein Seminar-Wiki und die Schaffung einer Handreichung für die innerverbandliche  
491 Bildungsarbeit, den ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche Hilfsmittel und Tipps mit an die  
492 Hand geben. So können wir unsere Mitglieder vor Ort bei der Organisation und Durchführung  
493 von Bildungsangeboten unterstützen. In die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen zur  
494 Stärkung der innerverbandlichen Bildungsarbeit wollen wir zudem den Ehemaligenverein „Änder  
495 was!“ mit einbinden. Gerade ehemalige Jusos sind prädestiniert dafür, ihre Erfahrungen und  
496 Expertisen einzubringen und so an nachfolgende Juso-Generationen weiter zu geben. Diese  
497 Ressource wollen wir stärker in unsere Bildungsarbeit integrieren.

498

## 499 **8. Für die Jugend kämpfen**

500

501 Wir Jusos wollen die gesellschaftliche Realität junger Menschen verändern, wir wollen ein gutes  
502 Leben für alle Menschen und nicht nur für wenige. Mit unserer Kampagne „Links Leben“ und  
503 dem dazugehörigen Jugend-Dialog haben wir Antworten auf die Herausforderungen einer  
504 Solidargesellschaft im 21. Jahrhundert formuliert. Unsere Positionen bringen wir jetzt auf allen  
505 Ebenen in die SPD ein und setzen somit wichtige Impulse für das Wahlprogramm der SPD zur  
506 Bundestagswahl. Wir wollen wieder einen eigenständigen Jugendwahlkampf bei der  
507 Bundestagswahl machen. Daher werden wir verbandsoffene Wahlwerkstätten in ganz  
508 Deutschland veranstalten, um gemeinsam unsere Kampagne zu planen. Wie auch 2013, wollen  
509 wir ein Netzwerk aus Juso-Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleitern bilden, die  
510 Verantwortung in den Wahlkämpfen vor Ort tragen. Klar ist für uns, dass wir Jusos kein  
511 Wahlkampfverein und auch keine Plakatiertruppe der SPD sind und dass ein Wahlerfolg der  
512 SPD für uns auch kein Selbstzweck ist. Nur weil die SPD regiert geht es nicht automatisch  
513 gerechter zu. Gerechter wird die Gesellschaft nur, wenn wir es schaffen Mehrheiten für unsere  
514 Vorschläge zu organisieren. Junge Menschen sind nicht unpolitisch oder politikverdrossen. Aber  
515 junge Menschen wollen, dass man sich konkret für ihre Interessen einsetzt und sie wollen eine  
516 junge Ansprache. Die Themen des Wahlkampfes müssen sie in ihrer Realität abholen und sie  
517 müssen wissen, dass sie als junge Generation auch repräsentiert zu werden. Unser Ziel heißt  
518 daher 30 unter 35 ins Parlament. Für junge Menschen muss endlich ein konkreter Gewinn für  
519 ihre Generation durch ein Kreuz bei der SPD erkennbar sein. Das ist die Repräsentation der  
520 richtigen Inhalte und Personen.

521

522 Durch eigene Materialien wollen wir gerade junge Menschen ansprechen. Durch eine eigene  
523 Schwerpunktsetzung ausgerichtet am Wahlprogramm der SPD und junge KandidatInnen wollen  
524 wir sie in ihrer Realität abholen und ansprechen. Durch Aktionsvorschläge und eine Juso-  
525 Wahlkampftour wollen wir Jusos vor Ort beim Wahlkampf unterstützen, denn wir wissen ein  
526 gelungener Jugendwahlkampf entscheidet sich in den Unterbezirken. Daher wollen wir Ende  
527 Mai einen großen Kongress veranstalten um unseren Wahlkampf zu eröffnen. In diesem

528 Rahmen soll auch eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden stattfinden. Nur  
529 gemeinsam mit euch Allen kann uns ein erfolgreicher Wahlkampf gelingen.

530

## 531 **9. Bündnisarbeit voranbringen**

532

533 Viele junge Menschen sind in unterschiedlichen Organisationen und Bündnissen aktiv, teilen  
534 aber dieselben Grundwerte wie wir. Das ist für uns der Ansatzpunkt und gleichzeitig die  
535 Motivation unserer Bündnisarbeit, um mit den BündnispartnerInnen gemeinsam Projekte zu  
536 erarbeiten. Unser Handeln und unsere Positionen werden wir in allen Arbeitsbereichen stets  
537 übergreifend mit BündnispartnerInnen besprechen, dabei haben wir auch immer ein offenes Ohr  
538 für deren Forderungen und Positionen. Wir sehen einen Gewinn darin uns nicht nur auf die  
539 altbewährten und guten Kooperationen zu verlassen. Daher nutzen wir auch die  
540 projektbezogene Arbeit, um neue und temporäre BündnispartnerInnen zu suchen, die sich zur  
541 Erreichung unserer Ziele und zur Durchsetzung der Interessen von jungen Menschen anbieten.

542

543 Gerade bei thematischen Schwerpunkten wie z.B. bei der Arbeitsmarkt- und Flüchtlingspolitik,  
544 aber auch bei der Gestaltung eines neuen Politikansatzes, müssen wir die Bündnisarbeit  
545 nutzen, wie z.B. mit Gewerkschaftsjugend & JAVis bei der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik  
546 oder Pro Asyl & Migrationsverbänden über Flüchtlingspolitik und Einbindung in die SPD. Die  
547 Gewerkschaften sind für uns besonders wichtige Partner. Trotz aller Höhen und Tiefen zwischen  
548 SPD und Gewerkschaften haben wir den engen Kontakt beibehalten. Der gegenseitige Respekt  
549 aber vor allem ähnliche Positionen sind der Grund für unsere Partnerschaft. Das werden wir  
550 auch in den nächsten Jahren weiterführen. 2016 werden wir gemeinsam mit der SPD und der  
551 AfA einen Jugendgewerkschaftstag für junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter  
552 ausrichten.

553

554 Die große Koalition kann von uns kein Wunsch oder langfristiges Ziel sein. Wir Jusos fordern  
555 weiterhin eine Öffnung der SPD hin zu Rot-Rot-Grün. Wir werden deshalb weiterhin als  
556 Jugendorganisationen gemeinsam daran arbeiten, linke Perspektiven in einem solchen  
557 Regierungsbündnis vorzubereiten. Eine Koalition ist nicht immer nur ein Zusammenschluss von  
558 Inhalten, sondern auch von Menschen und solch ein Projekt gehört sorgfältig vorbereitet.

559

560 Wir werden die Bündnisarbeit mit unseren natürlichen BündnispartnerInnen wie bei der  
561 Gedenkstättenfahrt fortsetzen und uns dafür einsetzen, dass bei antifaschistischen oder  
562 antikapitalistischen Demos viele Jusos mit an Bord sind und Jusos in der Organisation  
563 mitwirken. Denn nur gemeinsam sind wir stark und können so die Gesellschaft verändern!

564

## 565 **10. Gutes tun und darüber reden**

566

### 567 **Kampagnenarbeit**

568

569 Wir Jusos sind ein starker Verband, wenn es um Kampagnen geht. „Links Leben“, „Wir ziehen´s  
570 durch“ oder „Refugees Welcome!“ – Wir sind gut darin Themen, die uns bewegen, durch  
571 Kampagnen nach außen zu tragen. Mit thematisch klar zugeschnittenen Kampagnen können  
572 wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, (Neu-)Mitglieder zum mitmachen animieren und unsere  
573 Positionen mit BündnispartnerInnen gemeinsam an die Öffentlichkeit bringen.

574

575 Das werden wir auch in den kommenden zwei Jahren weiter verfolgen. Auf Bundesebene  
576 wollen wir euch in den nächsten zwei Jahren Kampagnenmaterial und Aktionsideen unter  
577 anderem zu folgenden Themen zur Verfügung stellen.

578

579 *„Die offene Gesellschaft“*

580

581 Wir alle stehen vor einer der größten Herausforderungen seit dem Mauerfall vor 25 Jahren.  
582 Viele Menschen suchen hier bei uns Zuflucht vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Unsere  
583 Aufgabe ist es, die Menschen willkommen zu heißen und mit ihnen gemeinsam einen Platz bei  
584 uns zu suchen. Das wird unsere Gesellschaft verändern. Wir freuen uns darauf. Neue Einflüsse,  
585 individuelle Lebensentwürfe und Solidarität sind für uns kein Widerspruch. Als junge politisch  
586 Aktive werden wir die Chance nutzen zu gestalten und dazu beizutragen, dass wir in 20 Jahren  
587 in einer Gesellschaft wohnen, die um viele Einflüsse reicher ist und unserem Anspruch an ein  
588 modernes, solidarisches Zusammenleben genügt. Das wollen wir mit unserer Kampagne

589 deutlich machen.

590

591 „Die moderne Familie“

592

593 „Vater-Mutter-Kind“ das Spiel gibt es schon ewig. Doch heute ist die klassische Rollenverteilung  
594 bei den Kleinen nicht mehr aktuell. Die Variationsmöglichkeiten sind groß. Das eine Baby hat  
595 zwei Mamas, der eine Papa zieht sein Kind alleine groß und wieder ein anderes Baby pendelt  
596 zwischen zwei Familien hin und her. Und auch der Familienbegriff verändert sich insgesamt.  
597 Familie ist heute da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das geht auch  
598 zwischen Seniorinnen und Senioren. Wie diese Verantwortungsübernahme funktionieren kann –  
599 auch jenseits vom Trauschein - wollen wir in einer Kampagne thematisieren.

600

601 „Unsere Zukunft ist mehr wert!“

602

603 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge blieben auf der Strecke.  
604 Wir sagen „Unsere Zukunft ist mehr wert!“. Wer eine gute Zukunft für junge Menschen will muss  
605 investieren. Wir brauchen endlich mehr Geld für den sozialen Sektor, mehr Geld für Kitas,  
606 Schulen und Hochschulen, mehr Geld für Straßen- und Gebäudebau. Dafür wollen wir in der  
607 SPD auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kommunen werben.

608

609 **Materialien, Presse und Social Media**

610

611 Wir haben die richtigen Positionen und wir machen tolle Arbeit vor Ort. Es ist zentral, dass wir  
612 das auch nach außen darstellen – online wie offline.

613

614 Auf dem Bundeskongress 2015 präsentieren wir das neue Corporate Design der Jusos. Wir  
615 nehmen das zum Anlass, alle unsere Materialien zu überarbeiten und im neuen Design zu  
616 produzieren. Das gilt für unsere Themenflyer, das Handbuch für die Arbeit mit Frauen im  
617 Verband und natürlich auch für unsere Give-Aways. Dabei haben wir sowohl die  
618 Landtagswahlkämpfe im Sinn als auch die reguläre Juso-Arbeit vor Ort.

619

620 Ein neues Corporate Design muss auch auf der Homepage sichtbar sein. Die Befragung von  
621 Fokusgruppen haben ergeben, dass viele Leute zu allererst auf unsere Homepage gehen, um  
622 uns kennen zu lernen. Umso wichtiger, dass wir diese öffentliche Seite komplett überarbeiten.  
623 Leute, die sich über uns und unsere Positionen informieren wollen, sollen auf einen Blick sehen,  
624 wofür wir stehen: für eine linke, progressive und solidarische Politik. Verständlich und präzise  
625 auf den Punkt zu kommen. Mit unseren Argumenten überzeugen. Das erwarten Interessierte  
626 von uns. Daran werden wir unsere Texte messen. Wenn wir die Homepage von Grund auf  
627 erneuern, gehört dazu natürlich auch, endlich unsere Beschlüsse leichter zugänglich zu  
628 machen. Wichtig, nicht nur für Interessierte sondern auch für die Arbeit vor Ort.

629

630 Die klassische Pressearbeit ist wichtig für uns. Wenn wir Jusos etwas verändern wollen,  
631 müssen wir mit unseren Positionen in den Debatten der Leitmedien vorkommen. Dies ist uns  
632 bisher gut gelungen. Ob mit den Kampagnen oder zu relevanten tagesaktuellen Entwicklungen,  
633 Jusos sind mit einer Einschätzung vertreten. Wir setzen linke Akzente im öffentlichen Diskurs  
634 und steigern unsere Bekanntheit. Dies verschafft uns Gewicht auch in der innerparteilichen  
635 Auseinandersetzung.

636

637 Öffentlichkeitsarbeit hat sich über die Jahre verändert und wird weiterhin immer von  
638 Veränderung geprägt sein. Längst haben Online-Medien und Social Media der gedruckten  
639 Presse den Rang abgelaufen. Facebook und Twitter zu bespielen ist gesetzt. Doch laufend  
640 entstehen neue Portale, Netzwerke und Kommunikationsmodule, die von unterschiedlichen  
641 Zielgruppen genutzt werden. Unser Ziel ist es, die neuen Möglichkeiten für unsere Arbeit zu  
642 nutzen. Unser Anspruch ist es, junge Menschen dort zu erreichen, wo sie sich bewegen, zu  
643 Themen, die sie interessieren. Offline wie online. Dies wird insbesondere in Hinblick auf den  
644 Wahlkampf zentral sein. Dazu beraten wir uns regelmäßig mit Netzpolitikerinnen und  
645 Netzpolitikern. Wir haben in den vergangenen Jahren einiges ausprobiert. Instagram und  
646 Tumblr bieten die Möglichkeit, Politik auf eine andere Art und Weise darzustellen. Doch was ist  
647 zum Beispiel mit Snapchat und Whatsapp? Können wir diese Apps auch für politische Arbeit  
648 nutzen? Das Online-Team ist mittlerweile fester Bestandteil unserer Arbeit. Das wollen wir  
649 beibehalten und für 2016 ein neues Team ausschreiben.

650

651 Aber auch für diejenigen, die weiterhin gerne Papier in der Hand halten, machen wir ein  
652 Angebot. Unsere Argumente-Hefte bleiben der Ort, an dem wir wichtige Debatten ausführlich für  
653 den Verband aufbereiten. Wir werden hierzu erneut eine Redaktionsgruppe ausschreiben.

654

655 Die Ergebnisse unserer Arbeit werden wir einmal jährlich in einem gedruckten  
656 Rechenschaftsbericht präsentieren.

657

## 658 **11. SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe unterstützen**

659

660 Die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe, ist eine Projektgruppe des  
661 Bundesvorstands, diese wird von drei gleichberechtigten BundeskoordinatorInnen vertreten. Die  
662 Bundeskoordination wird einmal pro Jahr auf dem Organisatorischem Bundeskongress der  
663 Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. An den  
664 Bundesvorstandssitzungen nimmt jeweils ein/e VertreterIn der Bundeskoordination der Juso-  
665 SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe teil. Neben dem Wahlkongress findet auch einmal  
666 jährlich ein Basiskongress statt, bei dem sich alle Mitglieder sowie InteressentInnen anmelden  
667 können.

668

669 Seit 2010 vertreten die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden ihre Zielgruppe innerhalb der  
670 Jusos und der SPD. In den nächsten zwei Jahren werden sie sich mit dem Thema Ausbildung  
671 beschäftigen. Hierfür werden sie Gespräche mit der DGB-Jugend aufnehmen und sich inhaltlich  
672 austauschen.

673

674 Die These, die Jugend sei unpolitisch, hält sich hartnäckig. Die Juso-SchülerInnen und  
675 Auszubildenden-Gruppe zeigt, dass dies nicht der Tatsache entspricht. Die SchülerInnen- und  
676 Auszubildenden-Gruppe wird sich in diesem Jahr damit auseinandersetzen, wie sie noch  
677 attraktiver für Junge Menschen werden kann.

678

679 Ein weiteres Thema wird sein, wie man die sexuelle Vielfalt am besten im Unterricht  
680 thematisieren kann. Erst vor kurzem liefen Eltern in Baden-Württemberg Sturm, als die Grün-  
681 Rote Landesregierung dieses Thema in den Biologie Unterricht aufnehmen wollte. Welche  
682 Ursachen dies hat und welche Positionen wir daraus für uns folgern, wird in diesem Jahr  
683 gemeinsam mit den Mitgliedern diskutiert.

684

685 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe will ihre Kommunikationswege ausbauen.  
686 Neben den klassischen Aktivitäten im sozialen Netz, soll es regelmäßig einen Podcast geben, in  
687 dem die aktuelle Arbeit vorgestellt wird.

688

689 Ebenfalls wird es regelmäßig Basis-Telefonkonferenzen geben um sich mit den Mitgliedern vor  
690 Ort auszutauschen und schneller auf Wünsche reagieren zu können.

691

692 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe wird sich innerhalb der Jusos und der SPD  
693 stärker vernetzen, z.B. mit den Juso-Hochschulgruppen und der AfB. Die Strukturen auf  
694 Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene sollen ausgebaut werden. Eine starke SchülerInnen  
695 und Auszubildenden Vertretung ist wichtig, um die konkreten Erfahrungen in die politische Arbeit  
696 der Jusos einfließen zu lassen.

697

## 698 **Bewegt euch!**

699

700 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien  
701 und Gleichen. Wir treten ein für den demokratischen Sozialismus. Diese Überzeugung ist unser  
702 Antrieb - deshalb bleiben wir in Bewegung. Und wir bleiben nicht stehen, bevor sich nicht auch  
703 diese Gesellschaft als Ganzes bewegt!

704

705

706

707

708

709



# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## B

### Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand Andere Arbeitszeiten sind möglich!	26
B 2	Saarland Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	30
B 3	Hessen-Süd Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben	32
B 4	Bayern Mindestlohn ohne Ausnahme	35
B 5	Hessen-Nord Mindestlohn ausbauen!	37
B 6	Thüringen Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern	39
B 7	Sachsen-Anhalt Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer	43
B 8	Hessen-Süd Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)	44
B 9	Saarland Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	48

**Titel** Andere Arbeitszeiten sind möglich!

**Antragsteller** Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Andere Arbeitszeiten sind möglich!

1 Arbeitszeit ist mehr als eine Rechengröße. Sie ist ein wesentliches und bestimmendes Element  
2 in der Aushandlung der Arbeitsbedingungen zwischen ArbeitnehmerInnen und  
3 ArbeitgeberInnen. Auf makroökonomischer Ebene entscheidet die Arbeitszeit über die  
4 gesellschaftliche Teilhabe großer Teile der Bevölkerung. Auf individueller Ebene bestimmt sie zu  
5 einem großen Teil über das Wohlbefinden und die Vereinbarkeit des Berufs mit anderen  
6 persönlichen Zeitpräferenzen.

7

### 8 **Deregulierung, Entgrenzung, neue Formen der Arbeit und Wünsche**

9

10 Das gesellschaftliche Bedürfnis nach selbstbestimmter Flexibilität im beruflichen Umfeld und der  
11 Wunsch nach einer besseren work-life-balance haben sich in den letzten 20 Jahren stetig  
12 intensiviert. ArbeitnehmerInnen wünschen sich mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer  
13 Arbeitszeit, die Anpassung an verschiedene Lebensphasen und ausreichend Freiräume für  
14 Aktivitäten abseits des Arbeitsplatzes. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich mit der  
15 Erwerbsbeteiligung von Frauen Wünsche und Anforderungen an die Arbeitswelt verändert  
16 haben. Die Veränderungen gesellschaftlicher Normen haben dazu beigetragen, dass  
17 Vereinbarkeitswünsche auch bei Männern stärker geworden sind. Der technologische Fortschritt  
18 hat ein Arbeiten fernab des eigentlichen Arbeitsplatzes zu anderen Uhrzeiten erst ermöglicht.  
19 Unterbrochene und verschlungene Erwerbsbiografien sind nicht mehr exotisch, sondern ein  
20 wesentlicher Teil des Lebenswegs von vielen Menschen geworden.

21

22 Zu diesen Entwicklungen zählt aber auch der Rückzug des Normalarbeitsverhältnisses. Der  
23 Anteil dieser Beschäftigten sank vom Jahr 1994 bis zum Jahr 2014 von 76% auf 68%, zeitgleich  
24 stieg der Anteil der atypischen Beschäftigung von 14% auf 21% deutschlandweit an. Besonders  
25 in Bereichen des personennahen Dienstleistungsgewerbes, wie dem Gastgewerbe oder der KFZ-  
26 Reparatur, machten diesen Formen der Beschäftigung mit 71% einen Großteil aller  
27 Beschäftigungsverhältnisse aus und stellen zunehmend eine Regel anstelle einer Ausnahme  
28 dar.

29

30 Eine weitere Belastung im Bereich atypischer Beschäftigungen entsteht durch die starke  
31 Ausweitung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, von der mittlerweile mehr als die Hälfte  
32 der Beschäftigten betroffen sind, während es 1991 38% betraf. Ebenfalls in diesen Bereich  
33 gehören auch unbezahlte Überstunden, die oftmals schon längst die gesellschaftliche  
34 Normalität darstellen. So leisten 40% der Beschäftigten mehr als fünf zusätzliche  
35 Arbeitsstunden pro Woche, wodurch deutschlandweit jährlich über 1,1 Milliarden unbezahlte  
36 Überstunden anfallen. Daher kann es auch nicht verwundern, dass viele ArbeitnehmerInnen  
37 sich durch ihren Job in ihrer Gesundheit gefährdet sehen. Besonders ständiges Multitasking und  
38 Termin- bzw. Leistungsdruck, aber auch der Verzicht auf gesetzlich vorgeschriebene Pausen  
39 tragen dazu bei.

40

41 Zusätzlich zum Trend, der immer häufigeren atypischen Beschäftigungen, kommt die  
42 zunehmende Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse. Dieses Ausgreifen des Arbeitsalltags in das  
43 Privatleben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird dabei in hohem Maß durch  
44 moderne Kommunikationsmedien ermöglicht. Die ständige Erreichbarkeit der  
45 ArbeitnehmerInnen wird von ArbeitgeberInnen Seite genutzt, um anfallende Arbeiten in deren  
46 Freizeit zu verschieben und ihre Leistung unentgeltlich weiter zu steigern. So geben mittlerweile  
47 34% aller ArbeitnehmerInnen an, auch außerhalb der Arbeitszeit in häufigem Email- und  
48 Telefonkontakt mit ihren Vorgesetzten zu stehen.

49

50 Während Vollzeitbeschäftigte beruflich immer stärker beansprucht werden, gibt es auch viele  
51 ArbeitnehmerInnen, die nur in Teilzeit oder auf geringfügiger Basis Beschäftigung finden.  
52 Besonders Frauen sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Obwohl der Anteil  
53 von Frauen in einem Beschäftigungsverhältnis zugenommen hat, sank ihr Anteil an  
54 gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumen. Die „1,5-Erwerbsvariante“, bei der Männer Vollzeit  
55 arbeiten, aber Frauen nur einer Teilzeittätigkeit nachgehen, wird zunehmend zum  
56 gesellschaftlichen Normalfall. Daraus entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das Frauen z.B.  
57 beim späteren Rentenbezug deutlich benachteiligt.

58

59 Diese ungleiche Verteilung von Arbeitszeit und Arbeitslast lässt nur einen Schluss zu: Wir  
60 müssen stärker darauf setzen Arbeit als Grundbedürfnis der Menschen gerechter zu verteilen  
61 und den Menschen auf diesem Weg gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das neue  
62 Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundene Arbeitszeitverkürzung stehen dabei in  
63 Tradition zu zentrale Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Der arbeitsfreie Sonntag,  
64 die 5-Tage-Woche oder später die 40-Stunden-Woche waren prägende Einschnitte hin zu einer  
65 Humanisierung der Arbeitswelt und einer gerechteren Arbeitsverteilung.

66

#### 67 **Das neue Normalarbeitsverhältnis**

68

69 Das Normalarbeitsverhältnis zeichnet sich durch eine tariflich gesicherte und  
70 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus, die in Vollzeit und unbefristet ausgeführt wird.  
71 Vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Arbeit in unserer Gesellschaft, der  
72 strukturell ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern sowie dem wachsenden und  
73 gesundheitlich belastenden Arbeitsdruck vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen  
74 wir über eine neue Ausgestaltung des Normalarbeitsverhältnisses und der Arbeitszeit  
75 nachdenken. Ein neues Normalarbeitsverhältnis kommt für uns aber nicht ohne die  
76 Sicherungselemente aus, die in den vergangenen Jahrzehnten von den Beschäftigten hart  
77 erkämpft wurden.

78

79 Wir fordern, dass die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche abgesenkt  
80 wird . Gleichzeitig muss zur Flankierung auch die maximal zulässige Wochenarbeitszeit von  
81 derzeit 48 Stunden pro Woche auf 40 Stunden pro Woche sinken.

82

83 Mit dieser neuen Form des Normalarbeitsverhältnisses wird der ungleichen Verteilung von  
84 Arbeit in unserer Gesellschaft entgegengewirkt. Auch auf die massiv ungleiche Verteilung  
85 zwischen den Geschlechtern hat die Arbeitszeitverkürzung positive Auswirkungen. Eine  
86 Absenkung der Regelarbeitszeit hat auf makroökonomischer Ebene eine Verteilungswirkung  
87 zugunsten von bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen oder unterrepräsentierten Gruppen.  
88 Viele Menschen ohne Beschäftigung könnten wieder ins Arbeitsleben integriert werden. Auch  
89 steigen die Chancen von Menschen, die bisher in atypischer Beschäftigung arbeiten, (wieder) in  
90 eine Vollzeitbeschäftigung zu kommen, was vor allem Frauen betrifft. Gleichzeitig sinkt der  
91 Abstand zu den nach wie vor meist männlichen bisherigen Vollzeitbeschäftigten. Außerdem  
92 werden Rahmenbedingungen für individuelle Zeitgestaltungen bspw. zugunsten von  
93 Kinderbetreuung, Pflege, ehrenamtlichen Engagement etc. verbessert.

94

#### 95 **Flexibilisierung der Arbeitszeit**

96

97 Um Vereinbarkeiten zu schaffen ist aber nicht nur eine Absenkung der Regelarbeitszeit wichtig.  
98 Eine Flexibilisierung von täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeiten schafft auch  
99 kurzfristige Freiräume für individuelle Prioritäten, die sich Beschäftigte zunehmend wünschen.

100

101 Mit der Zeit haben sich deshalb viele Arten von flexiblen Arbeitszeitmodellen herausgebildet.  
102 Neben Gleitzeit und flexible Teilzeit der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen bekannt ist und schon  
103 in Anspruch genommen werden kann, gibt es auch Arbeitszeitmodelle wie die  
104 Vertrauensarbeitszeit oder Telearbeit. Allerdings spielt bei der Anwendung von  
105 Arbeitszeitmodellen auch Zwang (manchmal verdeckt durch angebliche Freiwilligkeit) eine  
106 Rolle. Auf der anderen Seite sind diese Arbeitszeitmodelle für andere Beschäftigte ein Luxus,  
107 auf den nicht alle zurückgreifen können bzw. den nicht jedeR Beschäftigte beanspruchen kann.  
108

109 Flexible Arbeitszeitmodelle sind in vielen Branchen zu finden, aber größtenteils eher zum Vorteil  
110 der Unternehmen, um die Abdeckung der Betriebszeit besser zu regeln. Dort, wo die  
111 betriebliche Mitbestimmung stark ist, können die Beschäftigten mitreden und Betriebsräte  
112 schädliche Auswüchse von flexibler Arbeitszeitgestaltung entgegenwirken. Wo dies gelingt, sind  
113 Modelle der flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowohl für ArbeitnehmerInnen als auch für  
114 ArbeitgeberInnen von Vorteil. Risiken bestehen da, wo ArbeitgeberInnen das Instrument für sich  
115 nutzen können, während ArbeitnehmerInnen durch das einseitig bestehende  
116 Abhängigkeitsverhältnis kaum Gestaltungsrechte und -Spielraum bezüglich ihrer eigenen  
117 Arbeitszeit haben. Dabei sind sie etwaigen negativen Folgen schutzlos ausgeliefert. Gerade die  
118 Nichtdokumentierung der Arbeitszeit bietet den ArbeitgeberInnen die Möglichkeit die  
119 Arbeitszeitmodelle auszunutzen und verleitet die ArbeitnehmerInnen zur Selbstaubeutung.  
120

121 Bei unregulierter flexibler Arbeitszeit, die vor allem an den Bedürfnissen der unternehmerischen  
122 Produktionsabläufe ausgerichtet ist, bestehen Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten.  
123 Zu den gesundheitlichen Risiken flexibler Arbeitszeiten sind Symptome wie Stress, Depression,  
124 Burn Out, Überbelastung und Leistungsdruck zu zählen. Aber auch Folgen wie unbezahlte  
125 Überstunden, Wochenendarbeit, Mehrarbeit und der hohe Planungsaufwand und damit  
126 verbundene mögliche Fehlplanungen dürfen nicht unerwähnt bleiben.  
127

128 Für die Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodell fordern wir:  
129

130 • Eine Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten  
131 Durch eine zu schaffende Arbeitsversicherung, muss es einen rechtlichen Anspruch  
132 darauf geben, dass Menschen in bestimmten Lebenssituationen eine Auszeit von ihrer  
133 Arbeit nehmen können. Die von der SPD diskutierte Familienzeit ist ein wichtiger erster  
134 Schritt in die richtige Richtung. Mittelfristig fordern wir mit der Arbeitsversicherung jedoch  
135 eine umfänglichere Absicherung von Auszeiten. Auch Teilzeitregelungen für Bildung und  
136 Alter müssen durch die Arbeitsversicherung möglich werden. Dazu wird über die  
137 Beschäftigung Zeitguthaben angespart. Gleichzeitig besteht ein finanzieller Anspruch auf  
138 Absicherung während der reduzierten Arbeitszeiten.  
139

140 • Zeitsouveränität  
141 Die Flexibilität in den Arbeitszeitmodellen ist in vielen Branchen schon Gang und Gebe,  
142 jedoch gibt es in einigen Berufen Arbeitnehmer\*innen, die gerne in einem flexiblen  
143 Arbeitszeitmodell arbeiten möchten, um sich ihre Zeit individueller einteilen können.  
144 Hierfür müssen für alle arbeitenden Menschen die gleichen Rechte gelten.  
145 Arbeitnehmer\*innen in Betrieben mit Mitbestimmung, haben häufig bessere Chancen auf  
146 flexible Arbeitszeitverhältnisse. Dort wo es bisher keine betrieblichen oder tariflichen  
147 Regelungen gibt, muss es Anreize und Initiativen geben, die den Anspruch auf flexible  
148 Arbeitszeiten ausweiten.  
149

150 • Die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit  
151 Vertrauensarbeitszeit wird häufig als besondere Auszeichnung oder Privileg  
152 wahrgenommen. Die Vertrauensarbeitszeit suggeriert den Beschäftigten ein Maximum an  
153 Zeitsouveränität, aber dies geht einher mit Verpflichtungen, die einem Werkvertrag  
154 gleichkommen und häufig zu einem Mehr an Arbeitszeit jenseits der gesetzlichen  
155 Regelung führt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit, da bei  
156 diesem Modell die Arbeitszeit nicht dokumentiert wird und dies schnell zu einer  
157 Ausbeutung zu Lasten der Arbeitnehmer\*innen führen kann.  
158

159 • Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer\*innen  
160 Weiterhin fordern wir, dass aus den Gründen der Ablehnung der Vertrauensarbeitszeit und  
161 der besseren Eigenkontrolle ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit verpflichtend

162 dokumentieren müssen. Somit wird gewährleistet, dass gesetzliche Regelungen  
163 eingehalten werden, Überstunden dokumentiert werden und Beschäftigten besseren  
164 Überblick über ihre eigene geleistete Arbeitszeit haben. So kann einer möglichen  
165 Ausbeutung entgegen gewirkt werden. Die genaue Ausgestaltung dieser  
166 Arbeitszeitkonten kann tariflich und/oder betrieblich geregelt werden.

167

168 • Entgrenzung von Arbeitszeit

169 Für das Verwischen der Arbeitszeit mit Freizeit gibt es keine einfachen Lösungen. Da sich  
170 die Arbeitszeitwünsche individuell darstellen, werden generelle Lösungen immer mit dem  
171 Problem zu kämpfen haben, nur einen Teil von Beschäftigten zufrieden zu stellen. Wir  
172 sind deshalb der Meinung, dass es klare Vereinbarungen auf betrieblicher und tariflicher  
173 Ebene braucht, um negative Folgen einzugrenzen. Insbesondere braucht muss ein  
174 betriebliches Gesundheitsmanagement einen Fokus auf die Aufklärung der Beschäftigten  
175 legen und negative Auswirkungen untersuchen. In keinem Fall darf die Entgrenzung zu  
176 einer (unbezahlten) Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür führen.

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

**Titel** Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen  
stoppen!

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!

- 1 Ein großer Teil der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung im Rahmen der  
2 Agenda 2010 waren vor allem ein Geschenk für die Arbeitgeber\*innen. Neben der Lockerung  
3 des Kündigungsschutzes und der Erhöhungen der Sozialabgaben für Beschäftigte hat die  
4 schröder'sche Politik außerdem eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen  
5 ermöglicht. Als eine Auswirkung hat sich Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse in den letzten  
6 20 Jahren fast verdreifacht.  
7
- 8 Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen sind nach dem bestehenden Teilzeit- und  
9 Befristungsgesetzes (TzBfG) möglich und eröffnen Arbeitgeber\*innen die Möglichkeit, flexible  
10 Arbeitsverträge ohne einen vorliegenden sachlichen Grund abzuschließen. Die Befristung ohne  
11 sachlichen Grund kann dabei eine der folgenden drei Arten sein:  
12
- 13 • die kalendermäßige Befristung bis zu zwei Jahren (§14, Abs. 2)
  - 14 • die Befristung im Fall einer Unternehmensgründung (§14, Abs. 2a)
  - 15 • die Befristung bei älteren Arbeitnehmern (§14, Abs. 3).
- 16
- 17 Neben der sachgrundlosen Befristung regelt das TzBfG auch die Möglichkeit befristete  
18 Arbeitsverhältnisse mit einem sachlichen Grund abzuschließen. Ein sachlicher Grund für eine  
19 Befristung kann dabei beispielweise Urlaubs- oder Krankheitsvertretung sein.  
20
- 21 Wenn ein befristetes Arbeitsverhältnis abgelaufen ist, besteht für die/den Arbeitgeber\*in die  
22 Möglichkeit, dem/der Arbeitnehmer\*in erneut einen befristeten Arbeitsvertrag anzubieten. Diese  
23 erneute Befristung muss der/die Arbeitgeber\*in je nach Befristungsverhältnis (sachgrundlos, mit  
24 Sachgrund) Rechtfertigen. Diese Art von befristeten Arbeitsverträgen werden auch  
25 Kettenverträge genannt. Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) erlaubt  
26 grundsätzlich eine unbeschränkte Anzahl von aufeinanderfolgenden, befristeten  
27 Arbeitsverträgen. Weiterhin ist außerdem eine Ausgliederung in deutlich niedrigere  
28 Entlohnungen im Rahmen der Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses erlaubt.  
29
- 30 Befristete Arbeitsverhältnisse stellen für die Betroffenen häufig eine starke psychische  
31 Belastung dar. Nach Chadi und Hetschko beeinträchtigen befristete Arbeitsverträge das  
32 Wohlbefinden von Arbeitnehmer\*innen erheblich. Den Hauptgrund dafür stellt die fehlende  
33 Arbeitsplatzsicherheit dar. Die Folgen für die Betroffenen sind Existenzängste, Stress und  
34 fehlende Planbarkeit der eigenen Zukunft. Befristete Arbeitsverhältnisse erlauben weder privat,  
35 noch beruflich eine langfristige Lebensperspektive zu entwickeln. Als Konsequenz fällt es  
36 Betroffenen beispielsweise oft schwer, Kreditverträge abzuschließen oder eine Wohnung zu  
37 mieten.  
38

39 Neben der Belastung für die Betroffenen bedeuten befristete Arbeitsverträge, insbesondere  
40 sachgrundlose Befristungen, weitere Einschränkungen. Befristete Arbeitnehmer\*innen neigen  
41 weniger dazu, sich gegen schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz und Lohndumping zur Wehr  
42 zu setzen. Es besteht außerdem die Möglichkeit für Arbeitgeber\*innen, tarifvertraglich  
43 vereinbarte Leistungen wie beispielsweise Probezeiten nach der Ausbildung auszuhebeln.  
44 Wenn in diesem Zusammenhang auch noch eine Entfristung in Aussicht gestellt wird, ist das  
45 Wohlverhalten der Betroffenen bis zur Entfristung sehr wahrscheinlich.

46

47 Somit verändern befristete Arbeitsverhältnisse auch das Kräfteverhältnis zwischen  
48 Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen zugunsten der Arbeitgeber\*innen und schwächen  
49 die gewerkschaftliche Schlagkraft.

50

51 Während eine Befristung mit Sachgrund in Einzelfällen durchaus Sinn ergeben kann, stellen  
52 sachgrundlose Befristungen ein unzumutbares Instrument zur Ausbeutung der Arbeitskraft von  
53 Arbeitnehmer\*innen dar. Sie widersprechen unserem Verständnis von guter Arbeit und  
54 angemessener Behandlung von Arbeitnehmer\*innen.

55

56 Wir fordern deshalb:

57

- 58 • ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen bei Arbeitsverträgen.
- 59 • die Einschränkung von Kettenverträgen dahingehend, dass Arbeitnehmer\*innen keine  
60 vertraglich schlechteren Konditionen angeboten werden dürfen. Es müssen mindestens  
61 die gleichen Arbeitsbedingungen angeboten werden.

62

63 Insbesondere fordern wir die SPD Landtagsfraktion auf zu prüfen ob eine kurzfristige  
64 Möglichkeit der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen auf Landesebene möglich  
65 ist.

66

67 Langfristig fordern wir den Parteivorstand der SPD Saar, die SPD Landtagsfraktion, sowie die  
68 saarländischen Bundestagsabgeordneten auf, sich für die Umsetzung dieser Forderungen im  
69 Bundestag einzusetzen.

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben

### 1 Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

2

3 Nachdem der Fordismus seinen Siegeszug durch die Arbeitswelt feierte und Arbeiter\*innen  
4 durch mehr Lohn und mehr Mitsprache im Betrieb besser an der Gesellschaft partizipieren  
5 konnten, kam lange Zeit nichts. Doch seit den 80er Jahren wird in stetig schnelleren Schritten  
6 eine Transformation der Arbeitswelt betrieben. Immer weniger Menschen sind in unbefristete,  
7 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse eingebunden; gerade noch  
8 knapp mehr als die Hälfte aller Beschäftigten. Immer mehr Menschen können mit einer  
9 Beschäftigung nicht einmal mehr den eigenen Lebensunterhalt, geschweige denn den  
10 Lebensunterhalt einer ganzen Familie bestreiten.

11

12 Aber früher war nicht alles besser, denn meist war nur der Mann Alleinverdiener. Aktuell werden  
13 Frauen dringender denn je in der Wirtschaft benötigt. Doch nur wenige hochqualifizierte Frauen  
14 profitieren davon, Millionen Frauen werden weiter schlecht bezahlt und verbleiben in atypischen  
15 Beschäftigungsverhältnissen. Weiterhin müssen Frauen zum großen Teil die  
16 Reproduktionsarbeit und „Carearbeit“ leisten, zusätzlich zur Erwerbsarbeit. Man glaubte an die  
17 Versprechungen einer neuen Marktwirtschaft.

18

19 Kapital und Arbeit stehen immer noch im Gegensatz zueinander und die Arbeitnehmer\*innen  
20 stehen im Zuge der Globalisierung zunehmend auf der Verliererseite. Das Arbeitsvolumen stieg  
21 im Vergleich zu 1991 nicht wesentlich, trotz „German Jobwunder“. In Wirklichkeit stieg nur der  
22 Gewinn der Unternehmen und die Zahl der atypischen Beschäftigung, das Risiko blieb dadurch  
23 bei den Arbeitnehmer\*innen. Durch die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen stehen auch die  
24 unbefristeten Arbeitnehmer\*innen so stark unter Druck, dass sie z.B. unbezahlte Überstunden  
25 vermehrt in Kauf nehmen – aber auch die Konfrontationen in Tarifkonflikten scheuen. Seit dem  
26 Jahr 2000 stieg die Produktivität der Belegschaft um 15% und der Reallohn stieg parallel dazu  
27 nur um 0,4%. Im Vergleich dazu stiegen die Vermögens- und Unternehmensgewinne um 30%.

28

29 Die schlechten Eigenschaften des Fordismus schlagen mit neuer Logik durch: Viele  
30 Arbeitnehmer\*innen werden im Drehtüreffekt ausgetauscht, was durch die  
31 Ausnahmeregelungen des Mindestlohngesetz zusätzlich angeheizt wird. Die Problemfelder sind  
32 dabei einfach zu beschreiben: Weniger Lohn, weniger Mitbestimmung, geringere  
33 Sozialleistungen und erzwungene Flexibilität. Arbeitnehmer\*innen werden in  
34 Scheinselbständigkeit ausgelagert; so entziehen sich ganze Branchen ihrer gesellschaftlichen  
35 Verantwortung. Vollzeitstellen werden in Teilzeitstellen umgewandelt oder in teilweise staatlich  
36 subventionierte Arbeitsplätze aufgeteilt. Praktika reißen sich an Praktika, viele davon unbezahlt.

37

38 Daher fordern wir:

39



- 40 • Leih- und Zeitarbeit verbieten bzw. stark regulieren
- 41 • Werkverträge neu regeln und den Missbrauch durch zusätzliches Personal ahnden und
- 42 härter bestrafen
- 43 • Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit erhöhen
- 44 • Mindestlohn den regionalen Lebensumständen anpassen
- 45 • Niedrigere Hürden für Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen
- 46 • Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit für Eltern, Carearbeit oder Weiterbildung
- 47 • Equal-Pay-Gesetz

48

#### 49 **Entgrenzung der Erwerbsarbeit**

50

51 Der Wunsch eines Großteils der Studierenden geht wieder in Richtung „Sicherheit im Beruf“,  
 52 daher wollen viele nach ihrem Studium in den Öffentlichen Dienst. Denn die Auflösung der  
 53 Grenzen zwischen der Erwerbsarbeit und dem Privatleben ist in der freien Wirtschaft teilweise  
 54 schon gelebte Realität – ein „9-5 Job“ ist eher Ausnahme als die Regel; Wissenschaftler\*innen  
 55 sprechen von "Entgrenzung der Erwerbsarbeit". Nicht nur die Arbeitskraft wird in diesem Falle in  
 56 dem Produktionsprozess eingebracht, sondern der ganze Mensch an sich. Auch wird eine  
 57 räumliche und zeitliche Vermischung beider Lebensbereiche möglich. Dabei wird der  
 58 Arbeitnehmer\*in mit seinem Sein immer stärker den Zielen des Unternehmens unterworfen.  
 59 Wieder wird ein Stück mehr Risiko des Unternehmens genommen und auf den Arbeitnehmer\*in  
 60 abgeladen.

61

62 Doch durch diese Entwicklungen und den der Prekarisierung entstehen auch neue psychische  
 63 Krankheiten, die sich zu neuen „Volkskrankheiten“ entwickeln. Einerseits zu wissen, ob man - im  
 64 schlimmsten Fall - morgen noch Arbeit hat, also eine enorme existenzielle Unsicherheit,  
 65 andererseits das ständige „online“ sein und die ewige Erreichbarkeit, denen die Beschäftigten  
 66 durch den Abbau der Tarifverträge machtlos gegenüberstehen. Aber auch der durch flache  
 67 Hierarchien entstehende Druck (wie z.B. freie Arbeitszeiten bei starken Provisionen) lässt  
 68 anfänglich Freiheit und Flexibilität vermuten, ist jedoch das genaue Gegenteil davon. Die  
 69 schöne neue Arbeitswelt zeigt ihre wahre Seite.

70

71

72 Unter diesen Entwicklungen muss jeder Arbeitnehmer\*in seine eigenen roten Linien ziehen –  
 73 wenn sie es denn ökonomisch verantworten können. Denn nicht jedeR kann es sich leisten,  
 74 „Nein“ zu sagen und zu wem überhaupt? JedeR ist sein eigener Chef. Zugleich ist absehbar,  
 75 dass bei der Vergabe von Arbeitsplätzen diejenigen besser zum Zuge kommen werden, die sich  
 76 mit "Haut und Haaren" zur Verfügung stellen. Die Entgrenzung von Arbeit und Leben grenzt  
 77 mehr an Selbstgeißelung als an Ausbeutung.

78

79 Daher fordern wir:

80

- 81 • Die Pausenzeiten zwischen der nächsten Schicht auf 12 Stunden erhöhen
- 82 • Die Maximalarbeitszeit von 48h/Woche auf 39h absenken
- 83 • Arbeitszeitverkürzungen für wichtige Lebensabschnitte, wie z.B. Elternzeit, „Carearbeit“,
- 84 Ausbildung oder Weiterbildung bei vollem Lohnausgleich
- 85 • Sozialversicherungen, die auf den immer flexibleren Arbeitsmarkt eingehen
- 86 • Arbeitslosenversicherung in Arbeitsversicherung umwandeln, ohne Sanktionen und mit
- 87 mehr Weiterbildung und Umorientierung
- 88 • Ausweitung des BetrVG für Homeoffice oder Telearbeitsplätze
- 89 • Verpflichtung von präventiven Maßnahmen für die Gesundheit bei Arbeitnehmer\*innen

90

#### 91 **Demokratisierung der Wirtschaft**

92

93 Verteilungsgerechtigkeit ist für uns Jusos ein zentrales Anliegen. Es ist der Mittelpunkt der  
 94 sozialistischen Idee, gemeinsam zu wirtschaften und an dem Wohlstand zu teilzuhaben. Über  
 95 die Demokratisierung der Wirtschaft wird heute nur noch in seltenen Fällen diskutiert, vielmehr  
 96 wird dieses Thema gerne als Utopie abgestempelt. Seit etwa Mitte der 1970er Jahre wird das  
 97 wenige an wirtschaftlich demokratischen Mitbestimmungsstrukturen durch den Umbau der  
 98 Beschäftigungsverhältnisse bedroht. Die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen sind keine  
 99 guten Vorzeichen für Demokratisierung. Der Arbeitsmarkt arbeitet nicht nach dem Prinzip  
 100 „Angebot und Nachfrage“ und die Angst der Beschäftigten zwingt diese zu Zurückhaltung bei

101 den Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

102

103 Statt für mehr Mitbestimmungsrechte zu kämpfen, befinden wir uns stetig in einem  
104 Abwehrkampf. Betriebsräte werden Steine in den Weg gelegt oder Anwälte beauftragt, mit  
105 Routine Betriebsräte aus dem Unternehmen zu katapultieren. Ein Druck zur Forderung nach  
106 weitergehender Demokratisierung liegt heute darin begründet, dass die Arbeitskräfte angesichts  
107 existentieller Unsicherheit und erfahrener Ungerechtigkeit versuchen müssen, ihre Ohnmacht zu  
108 überwinden.

109

110 In einer Demokratie darf nicht nur das politische Leben demokratisch bestimmt werden, das  
111 Arbeitsumfeld als eines der Lebensmittelpunkte der Menschen, muss es ebenfalls werden. Ein  
112 grundsätzliches Argument für eine Demokratisierung liegt in der Ungleichverteilung des  
113 erwirtschafteten Mehrwerts zwischen Arbeitnehmer\*in und Eigentümer\*in der Produktionsmittel  
114 begründet. Der Mehrwert bleibt zum großen Teil nur bei dem Eigentümer\*in. Ohne die  
115 Arbeitskraft der Beschäftigten wäre das Unternehmen nur totes Kapitel, daher sollten sie  
116 vielmehr die gleichen Eigentumsrechte am erwirtschafteten Mehrwert und ein Recht auf die  
117 Ausgestaltung des Produktionsprozesses haben.

118

119 Vorteile haben selbst die Unternehmen von mehr Demokratie, denn Arbeitnehmer\*innen würden  
120 sich stärker mit ihnen identifizieren. Doch so bleiben sie nur fremdbestimmte Arbeitskräfte und  
121 von ihrer Arbeit entfremdet, ohne eine in ihnen selbst begründete Motivationen, weil sie nicht  
122 am Gestaltungsprozess partizipieren können/dürfen. In einer demokratischen Gesellschaft  
123 möchten aber Menschen die Bedingungen, unter denen sie einen erheblichen Teil ihres Lebens  
124 arbeiten, aktiv mitgestalten. Wenn Arbeitnehmer\*innen an den Entscheidungsprozessen, an  
125 dem sie selbst teilnehmen beteiligt, so fließen wertvolle Erfahrungen aus allen Bereichen der  
126 Produktion in die Entscheidungen und Planungen über den Produktionsprozess ein.

127

128 Durch die dadurch entstandene Eigenmotivation und die Erfahrung der Belegschaft wird die  
129 Produktion und Prozesse optimiert sowie die Produktqualität. Zusätzlich sind Entscheidungen  
130 nachhaltiger bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wirtschaftsdemokratie  
131 bedeutet nicht Enteignung, vielmehr ein Miteinander, bei denen die Arbeitnehmer\*innen einen  
132 weiteren Teil ihres Lebens mitbestimmen und gestalten dürfen.

133

134 Daher fordern wir:

135

- 136 • Anreize für Betriebsratsgründungen in kleinen Betrieben
- 137 • Hürden für Betriebsratsgründungen schmälern und Schutz ausbauen.
- 138 • Mitbestimmung in Betrieben ausweiten und stärken, sodass auch wirtschaftliche  
139 Entscheidungen beeinflusst werden können.
- 140 • Outsourcing, Betriebsverlagerung/Neugründung und Leiharbeit an Mitbestimmung  
141 koppeln

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Mindestlohn ohne Ausnahme

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundestagsfraktion

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Mindestlohn ohne Ausnahme

1 Die beschlossenen Ausnahmen in der Mindestlohngesetzgebung lehnen wir entschieden ab  
2 und fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf, sich konsequent für  
3 einen allgemeinverbindlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Rücknahme  
4 der Ausnahmeregelungen einzusetzen.

5

6 **Das heißt wir fordern:**

7

- 8 • Der Mindestlohn muss unverzüglich für alle Jugendlichen gelten.
- 9 • Der Mindestlohn muss unverzüglich auch für alle Praktikant\_innen über die gesamte  
10 Praktikumsdauer gelten.
- 11 • Der Mindestlohn muss unverzüglich für Langzeitarbeitslose beim beruflichen  
12 Wiedereinstieg von Beginn an gelten
- 13 • Die Übergangsregelung für Teile der Zeitungszusteller\_innen muss unverzüglich  
14 abgeschafft werden.

15

16 Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Argument  
17 der Parteiführung zur Unterstützung des Koalitionsvertrages beim Mitgliederentscheid. Das nun  
18 vom Bundestag beschlossene Mindestlohngesetz ist nur noch ein Schatten dessen, was noch  
19 vor kurzem vollmundig versprochen wurde. Die vorgesehenen Ausnahmen für  
20 Langzeitarbeitslose, Jugendliche und SaisonarbeiterInnen verwässern den Grundgedanken  
21 eines Mindestlohns.

22

23 Nicht nur viele Mitglieder, sondern auch die Gewerkschaften und hunderttausende von  
24 WählerInnen erwarten von der Sozialdemokratie die Umsetzung ihres zentralen Versprechens  
25 für diese Legislaturperiode: Der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn. Ein Mindestlohn mit  
26 Ausnahmen ist kein Mindestlohn. Wenn Löhne unter dem Mindestlohn gezahlt werden können,  
27 hat dieser seinen Namen nicht verdient.

28

29 **Jugendliche**

30

31 Als Jugendorganisation halten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine  
32 europarechtlich unzulässige Altersdiskriminierung für willkürlich gesetzt und völlig falsch. Eine  
33 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen  
34 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

35

36 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu  
37 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren  
38 Gründen völlig haltlos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe  
39 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des

40 Niedriglohnssektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher  
41 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben  
42 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

43

44 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeitaushilfsjob  
45 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür  
46 entscheiden, zum Beispiel das Friseur-oder Bäckerhandwerk zu erlernen.

47

#### 48 **Langzeitarbeitslose**

49

50 Die generelle Ausnahme von Langzeitarbeitslosen vom Mindestlohn ist nicht zu rechtfertigen  
51 und stößt in der Praxis auf zahlreiche Probleme:

52

53 Es gibt keine Hinweise darauf, dass Langzeitarbeitslose dann eingestellt werden, wenn die  
54 Löhne niedriger sind. Auch wissenschaftlich gibt es keinen Beleg für die These, dass ein  
55 bestimmter Mindestlohn diese Gruppe praktisch vom Arbeitsmarkt ausschließt. Wenn dies  
56 zutreffen würde, dürfte es derzeit in Deutschland keine Langzeitarbeitslosigkeit geben.

57 Tatsächlich ist die Langzeitarbeitslosigkeit – trotz eines großen Niedriglohnssektors - in  
58 Deutschland im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch und höher als in Ländern mit  
59 einem Mindestlohnsystem. Dies spricht dagegen, dass es einen Zusammenhang zwischen  
60 Langzeitarbeitslosigkeit und Mindestlohn gibt.

61

62 Die Definition der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. In der Regel wird  
63 Langzeitarbeitslosigkeit angenommen, wenn jemand länger als ein Jahr arbeitslos ist. Doch  
64 können kurze Beschäftigungen oder andere Gründe diesen Zeitraum unterbrechen. Die Gruppe  
65 derjenigen, die schon längere Zeit ohne festes Einkommen sind, ist deswegen viel größer als  
66 die Zahl der „offiziell Langzeitarbeitslosen“. Die Abgrenzung ist in jedem Fall unscharf. Hinzu  
67 kommen rund 1,2 Mio. Personen in der „stillen Reserve“, die arbeitslos sind, aber nicht offiziell  
68 gemeldet sind. Dazu gehören z.B. auch Berufsrückkehrer/innen. Formal gelten sie als  
69 langzeitarbeitslos, obwohl es hier zahlreiche Ausnahmen gibt und die Gruppe sehr heterogen  
70 ist. Individuelle Erfahrungen und Lebensleistung bleiben völlig unberücksichtigt. Aus diesen  
71 Gründen ist es gesetzlich schwer (wenn nicht unmöglich) zu definieren, für wen die Ausnahme  
72 genau gelten soll. Auch Beschäftigte aus dem Ausland können langzeitarbeitslos sein oder sich  
73 als langzeitarbeitslos bezeichnen. Hier ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Äußerst  
74 problematisch wäre, wenn diese Gruppe von der Arbeitsagentur eine „offizielle Bescheinigung“  
75 bekämen, die sie als Langzeitarbeitslose ausweist. Dies würde die Beschäftigungschancen eher  
76 mindern als erhöhen. Wegen der stigmatisierenden Wirkung ist diese Bescheinigung für die  
77 Agenturen unzumutbar.

78

#### 79 **SaisonarbeiterInnen**

80

81 Wir begrüßen die Rücknahme der geplanten Ausnahmeregelungen für SaisonarbeiterInnen und  
82 fordern weiterhin, dass Kosten für Verpflegung und Unterbringung nicht auf den Lohn  
83 angerechnet werden dürfen. Lohndrückerei und Umgehungstatbestände beim Mindestlohn  
84 müssen konsequent geahndet werden.

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Mindestlohn ausbauen!

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Mindestlohn ausbauen!

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Die Einführung des Mindestlohns ist ein erster Schritt zur gerechteren und angemesseneren
- 4 Bezahlung der ArbeitnehmerInnen. Er ist ein Instrument, das allerdings sehr viel stärker
- 5 ausgebaut werden muss um wirklich sozial und gerecht zu sein.
- 6
- 7 Deswegen muss sich die SPD für eine Stufenweise Anhebung einsetzen und diese ebenfalls
- 8 durchsetzen, wenn sie an der Regierung beteiligt ist oder diese führt. Die stufenweise
- 9 Anhebung sollte sich folgende Etappenziele setzen:
- 10
- 11 • Grundsicherung mit dem Arbeitseinkommen erreichen
- 12
- 13 Die Einkommensgrenze ab der man über ALG-II trotz Erwerbstätigkeit bezuschusst wurde um
- 14 die eigene Grundsicherung zu erreichen betrug im Jahr 2011 1054€ - mittlerweile ist dieser
- 15 Betrag noch gestiegen. Beachtet man, dass in Deutschland die tariflich vereinbarte
- 16 Regelarbeitszeit im Schnitt 37,6 beträgt, unterschreitet ein Mindestlohn von 8,50€ diese
- 17 Maßgabe. Aus diesem Grund muss der Mindestlohn als erstes auf ein Niveau gehoben werden,
- 18 dass der Grundsicherung entspricht – also auch angepasst an Lebenshaltungskosten, kalter
- 19 Progression und Inflation.
- 20
- 21 • Armut trotz Arbeit abschaffen
- 22
- 23 Die internationale Armutforschung definiert "arm trotz Arbeit" bei 50% des durchschnittlichen
- 24 Einkommens der Vollzeitbeschäftigten in einem Land. In Deutschland liegt dieser
- 25 durchschnittliche Wert 2010 bei 21,48€. Demnach wäre man nicht "arm trotz Arbeit" ab einem
- 26 Brutto-Stundenlohn ab 10,74€. Die Anhebung des Mindestlohns muss sich in diesem folgenden
- 27 Schritt also an diese Richtlinie halten, damit Vollzeitbeschäftigte in Deutschland unabhängig der
- 28 Branche oder Region nicht Gefahr laufen, Arm trotz Arbeit zu sein.
- 29
- 30 • Einhaltung und Durchsetzung der europäischen Sozialcharta im Mindestlohn
- 31
- 32 Schließlich muss darauf eine letzte Anhebung gemäß der 1964 in der Bundesrepublik
- 33 Deutschland ratifizierten europ. Sozialcharta erfolgen. Sie gibt eine Mindestlohnnorm vor, die
- 34 sich an eine Untergrenze von 60 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns orientiert. Im Jahr
- 35 2010 hätte sich der Mindestlohn demnach auf etwa 12,50€ belaufen müssen, variierend je nach
- 36 wöchentlicher Arbeitszeit.
- 37
- 38 Ziel muss es sein, auf lange Sicht diese Grundsätze und Richtlinien in die
- 39 Mindestlohnberechnung einzuführen und sie gegebenenfalls auch auf europäischer Ebene

40 durchzusetzen.

41

42 „Darüber hinaus darf der Mindestlohn grundsätzlich keine Ausnahmen beinhalten, die  
43 PraktikantInnen und Langzeitarbeitslose benachteiligen. Die einzige Ausnahme darf nur durch  
44 Praktika im Rahmen von Unterricht an allgemeinbildenden Schulen bei Unter-18-jährigen sein.  
45 Er muss ansonsten, wie wir ihn im Wahlkampf versprochen haben, flächendeckend und für alle  
46 gelten.

47

48 **Begründung:**

49 In einem Land, das seit dem Nachkriegsjahren sein Wirtschaftsleistung um ein vielfaches  
50 vermehrt hat, dass sogar mittlerweile zu dem Wirtschaftsmotor in Europa herangewachsen ist,  
51 ist es unverständlich, dass es immer noch Menschen gibt, die trotz Arbeit und Mindestlohn  
52 Zuschläge von staatlichen Institutionen erhalten müssen.

53

54 Wir können in Deutschland zwar froh darum sein, dass wir diese Leistung an schlechter  
55 Verdienende zahlen können, dennoch darf dies nicht das Ziel von Vollzeitbeschäftigung sein.  
56 Neben einer psychologischen Komponente, dass man trotz Arbeit immer noch auf Hilfe anderer  
57 angewiesen ist, widerspricht dies auch dem Konzept einer angemessenen Entlohnung von  
58 Arbeit. Aus diesem Grund muss die SPD sich dafür stark machen, eben genau diese  
59 angemessene Entlohnung zu gewährleisten, die nicht zuletzt durch eine entsprechende  
60 Bezahlung erwirkt wird.

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel**                                      Finanzielle Situation von Beschäftigten in  
Werkstätten für behinderte Menschen verbessern

**Antragsteller**                        Thüringen

**Zur Weiterleitung an**    Bundeskongress Jusos 2015

angenommen            mit Änderungen angenommen            abgelehnt

## Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern

### 1 **Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen** 2 **verbessern**

3

4 In Thüringen leben etwa 192.000 Menschen mit schweren Behinderungen (Stand 2012).[1] [2]  
5 Diese Menschen haben ein Recht auf umfassende Selbstbestimmung und gleichberechtigte  
6 Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die Jusos Thüringen bekennen sich zu der  
7 Verantwortung der Sozialdemokratie und der gesamten Gesellschaft, dieses Recht umzusetzen.  
8 Der beruflichen Teilhabe in der Gesellschaft kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn  
9 ohne sie kann gesellschaftliche Teilhabe nicht gelingen. Die Belange der (schwer-)behinderten  
10 Menschen müssen endlich in den Fokus der gesamten Arbeitsmarktpolitik rücken und zum  
11 Handlungsschwerpunkt aller politischen Akteure werden. Einen Schwerpunkt bei dem  
12 umfangreichen Themengebiet stellen die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM, im  
13 weiteren Text Werkstatt bzw. Werkstätten genannt) dar.

14

15 Werkstätten bieten Menschen mit Behinderungen, die wegen Art und Schwere ihrer  
16 Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ihre  
17 Beschäftigungschancen verwirklichen können, Angebote zur beruflichen Teilhabe. Insoweit sind  
18 Werkstätten ein wichtiger ergänzender Baustein, um berufliche Teilhabe für diese  
19 Personengruppe zu verwirklichen – dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass der allgemeine  
20 Arbeitsmarkt mit seinen hohen und zunehmenden Leistungs- und Anpassungsanforderungen an  
21 die Beschäftigten sowie seiner insoweit geringen Aufnahmefähigkeit für behinderte Menschen  
22 weiter erheblich hinter dem Ziel eines inklusiven Arbeitsmarktes zurückbleibt. Der Zielstellung  
23 der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe steht aber der geringe Verdienst der  
24 Werkstattmitarbeiter\_innen im Wege.

25

26 Konkret setzen sich die Jusos dafür ein, dass sich die finanzielle Situation der Mitarbeiter\_innen  
27 in solchen Einrichtungen verbessert. Nach Angaben der Bundesregierung verdiente ein  
28 Werkstattbeschäftigter im Jahr 2011 im sogenannten Arbeitsbereich monatlich durchschnittlich  
29 180 Euro, also 2.160 Euro im Jahr. Das geltende Recht schreibt den Werkstätten vor,  
30 mindestens 70 Prozent ihres erwirtschafteten Arbeitsergebnisses als Arbeitsentgelte an die  
31 behinderten Beschäftigten auszuzahlen. Danach hätte ein Werkstattbeschäftigter einen  
32 finanziellen Jahres-"Überschuss" von 3.085 Euro geschaffen, aus dem das Arbeitsentgelt  
33 gezahlt werden kann.

34

35 Gemessen am finanziellen Gesamtergebnis der Werkstätten erhalten die Beschäftigten mit rd.  
36 180 Euro monatlich viel, nämlich mindestens 70 Prozent aller insgesamt erwirtschafteten Werte.  
37 Im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen unselbständig Erwerbstätiger dagegen - rd. 2.400  
38 Euro netto monatlich - ist das Monateinkommen der Werkstattbeschäftigten erbärmlich.[3]

39

40 Es ist deshalb erforderlich, die öffentlich finanzierten Zuwendungen auf ein Existenzminimum  
41 anzuheben. Deshalb setzen sich die Jusos Thüringen für ein existenzsicherndes  
42 Arbeitsförderungsgeld auf diesem Niveau ein. Das steuerliche Existenzminimum liegt 2015  
43 bei 8.472 Euro im Jahr, also bei rund 706 Euro monatlich (Ab 2016 8.652,00 €/Jahr, 721,00  
44 €/Monat). Knapp ein Viertel davon erwirtschaften die Werkstattbeschäftigten aus eigener Kraft,  
45 den Rest muss die öffentliche Hand bereitstellen.

46

47 **Begründung:**

48 Jeder Mensch hat ein Recht darauf, gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein. So steht es  
49 unter anderem in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) der Vereinten Nationen, die  
50 seit 2009 auch in Deutschland gilt. Die UN-BRK eröffnet einen neuen Blick auf Menschen mit  
51 Behinderungen: Sie betrachtet Behinderung als Bestandteil des menschlichen Lebens und  
52 fördert die Selbstbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft. Dabei zielt die UN-BRK auf eine  
53 umfassende Inklusion und damit Zugehörigkeit, denn kein Mensch darf ausgeschlossen,  
54 ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden. Das Ziel von Inklusion ist, dass alle Menschen  
55 frei und gleich und auf der Grundlage der Menschenwürde und der eigenen Selbstbestimmung  
56 miteinander ihr Leben gestalten können. Doch von der rechtlichen zur tatsächlichen  
57 Gleichstellung behinderter Menschen ist es noch ein weiter Weg.[4] Gerade der erste  
58 Arbeitsmarkt zeigt sich gegenüber diesem Ziel sehr schwerfällig. In Deutschland ist entgegen  
59 der ebenfalls in der UN-BRK enthaltenen Forderung nach einer Senkung der Zahl der  
60 Werkstattbeschäftigten und deren Inklusion in reguläre Beschäftigungsverhältnisse sogar ein  
61 gegenteiliger Trend zu beobachten. So ist seit mehreren Jahren ein Anstieg zu verzeichnen,  
62 (welcher aber auch zum Teil im demografischen Wandel begründet liegt, jedoch bei Weitem  
63 keinen alleinigen Grund hierfür darstellt). Waren in Deutschland im Jahr 1994 erst 152.501  
64 Menschen in Werkstätten beschäftigt, beliefen sie sich im Jahr 2000 bereits auf 194.722, 2005  
65 auf 256.556 und 2007 auf 275.492. Am 1. Januar 2011 lag die Zahl der Werkstattbeschäftigten  
66 bei 297.293.[5] Für 2013 wird deren Anzahl mit ca. 300.000 angegeben.[6] Dies entspricht einer  
67 Steigerung von ca. 97 Prozent in 19 Jahren.

68

69 Jedoch soll die problematische Situation des Anstiegs dieser Zahlen nicht das (Haupt-)Anliegen  
70 dieses Antrages sein, eine Forderung nach der Thematisierung des komplexen Bereiches  
71 „Inklusion“ durch die Jusos und die SPD Thüringen ist hiermit aber gleichwohl verbunden.

72

73 Wie weiter oben beschrieben, werden – zumindest auf absehbare Zeit – Werkstätten ein  
74 unverzichtbarer Bestandteil der Beschäftigungspolitik für behinderte Menschen bleiben. Daher  
75 ist es erforderlich, das System der Werkstätten so zu reformieren, dass den Betroffenen auch  
76 innerhalb dieses Systems ein menschenwürdiges und individuell gestaltbares Leben ermöglicht  
77 wird.

78

79 Doch wie kommt dieses bisherige sehr geringe Einkommen zustande? Das wirtschaftliche  
80 Ergebnis der Werkstatt war bis 2001 die alleinige Quelle des Verdienstes der  
81 Werkstattbeschäftigten. Es ist deshalb so niedrig, weil Werkstattarbeit nicht mit Erwerbsarbeit  
82 vergleichbar ist. Werkstattarbeit besteht zum einen Teil aus den Eingliederungsleistungen der  
83 Fachkräfte und zum anderen aus der wertschaffenden Arbeit der Werkstattbeschäftigten. Die  
84 Arbeit ist von Werkstattleistungen begleitet: pädagogisch angeleitet, individuell gestaltet und  
85 therapeutisch kompensiert. Werkstattarbeit ist deshalb eine komplexe Dienstleistung. Seit 2001  
86 hat der Werkstattbeschäftigte Anspruch auf ein Arbeitsförderungsgeld – von maximal 26 Euro  
87 monatlich.[7]

88

89 Da der durchschnittliche Verdienst nicht zum Bestreiten des Lebensunterhaltes ausreicht,  
90 beziehen die meisten Mitarbeiter\_innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§  
91 41 ff. SGB XII). Diese Leistungen werden nach Regelsätzen bemessen, welche die jeweiligen  
92 Landesregierungen festlegen (§ 28 Abs. 2 SGB XII). Es findet jedoch hier eine Einkommens-  
93 und Vermögensanrechnung statt (§ 41 Abs 1, § 82 SGB XII), auch von nicht getrennt lebenden  
94 Ehe- oder Lebenspartnern, wenn deren Einkommen und Vermögen einen fiktiven Betrag  
95 übersteigt, den der/die Partner\_in selbst als Hilfe erhalten würde bzw. der als Vermögen  
96 anrechenbar wäre, wenn diese(r) leistungsberechtigt wäre (§ 43 Abs. 1 SGB XII). Ebenso wird  
97 der Regelsatz bei kostenlosen Mittagessen in den Werkstätten gemindert (§ 28 Abs. 1 Satz 2  
98 SGB XII).

99



100 Werkstattbeschäftigte stehen lediglich in einem „arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis“ (§  
101 138 Abs. 1 SGB IX), werden aber unabhängig von der häufig geringen Vergütung wie reguläre  
102 Arbeitnehmer\_innen kranken-, pflege- und rentenversichert. Nach der Erfüllung einer 20-  
103 jährigen Wartezeit besteht Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung, welche gemäß § 162  
104 SGB VI 80 Prozent des Rentenniveaus eines/-er durchschnittlichen Arbeitnehmers/-nehmerin  
105 beträgt.

106

107 Die Leistungsfähigkeit der Werkstattbeschäftigten ist aufgrund ihrer Behinderungen so gering,  
108 dass ihnen der Weg ins Erwerbsleben versperrt ist. Das erst begründet den Rechtsanspruch auf  
109 einen Werkstattplatz. Außerdem steht nicht die Umsatzmaximierung im Vordergrund der  
110 Werkstattarbeit: Berufliche und persönlichkeitsbildende Förderung, therapeutische und  
111 pflegerische Maßnahmen arbeitsbegleitend während der Beschäftigungszeit reduzieren den  
112 Zeiteanteil für die wirtschaftlich verwertbare Leistung. Schließlich gelten auch die Pausen als  
113 Beschäftigungszeit.

114

115 Das bundesdurchschnittliche Arbeitsentgelt von rd. 180 Euro pro Monat ist nur eine statistische  
116 Größe, wenn auch recht aussagefähig. Die Durchschnittsverdienste differieren von Werkstatt zu  
117 Werkstatt beträchtlich und reichen von 75 Euro bis über 600 Euro monatlich, in Einzelfällen  
118 auch mehr. Das resultiert unter anderem aus den unterschiedlichen Konzeptionen der  
119 Werkstattträger: Je nach dem, ob eher die wirtschaftliche Betätigung und produktive Leistung  
120 betont oder arbeitstherapeutische, pädagogische und gestalterische Schwerpunkte gesetzt  
121 werden. Auch Art und Schwere der Behinderungen spielen eine gravierende Rolle. Sind  
122 pflegerisch-betreuende Leistungen besonders umfangreich – von der Hilfe beim Essen und dem  
123 Toilettengang bis hin zum Waschen und Windeln, sind regelmäßige bewegungstherapeutische  
124 oder psychologische Maßnahmen erforderlich, steht eine wesentlich geringere Zeit für die  
125 produktive Tätigkeit zur Verfügung. Und selbst die verlangt nach pädagogischer Begleitung und  
126 nicht vorrangig nach einem Produktivitätsbeweis. Das sind die äußerlichen Ursachen.

127

128 Der Hauptgrund für die geringe Vergütung aber liegt im offiziellen Menschenverständnis und der  
129 daraus folgenden politischen Schwerpunktsetzung: Die Rehabilitanten in allen anderen  
130 Eingliederungseinrichtungen erhalten ein existenzsicherndes Ausbildungs- oder Übergangsgeld  
131 oder haben andere Ansprüche auf gesetzliche Versorgungsleistungen. Bei ihnen geht der  
132 Gesetzgeber davon aus, dass sich die investierten Rehabilitationsleistungen "lohnen", weil  
133 diese Bevölkerungsgruppen nach den medizinischen, therapeutischen und beruflichen  
134 Eingliederungsmaßnahmen grundsätzlich wieder erwerbstätig werden können oder zumindest  
135 sollen. Bei Werkstattbeschäftigten ist das anders: Die Mehrzahl von ihnen hat wegen Art oder  
136 Schwere ihrer Behinderungen arbeitszeitlebens keine Chancen auf einen erwerbssichernden  
137 Arbeitsplatz. Sie sind bis zum Eintritt in den Altersruhestand und darüber hinaus auf  
138 kostenträchtige Assistenz, personelle, sachliche und finanzielle Hilfen angewiesen und damit im  
139 Verständnis einer produktivitätsorientierten Gesellschaft "unnützlich".[8]

140

141 Die Jusos Thüringen finden sich mit dieser Anschauung und der daraus resultierenden  
142 Bewertung mit ihren negativen Folgen nicht ab. Es brauchte Jahrzehnte durchzusetzen, dass  
143 jeder behinderte Erwachsene einen Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen erhielt,  
144 unabhängig davon, aus welchem Grund er behindert ist – ob von Geburt, durch Arbeitsunfälle  
145 oder Kriegseinwirkungen. So muss ebenso die Zahlung eines existenzsichernden  
146 Arbeitsentgeltes unabhängig davon sein, in welcher Art und Schwere sich die Behinderung  
147 darstellt und wie hoch der individuelle Grad der Produktivität des einzelnen ist.

148

149 Auch vor dem Hintergrund, dass die Jusos für das freie und selbstbestimmte Leben eines jeden  
150 Menschen eintreten, ist ein Verdienst, welcher mit der „Grundsicherung im Alter und bei  
151 Erwerbsminderung“ aufgestockt werden muss, bei deren Berechnung aber das Einkommen und  
152 Vermögen von Ehe- bzw. Lebenspartnern mit einbezogen wird und demzufolge der/die  
153 Werkstattmitarbeiter\_in in ein unzulässiges Abhängigkeitsverhältnis gerät, nicht hinnehmbar.  
154 Deshalb fordern die Jusos Thüringen ein existenzsicherndes Arbeitsförderungsentgelt auf dem  
155 Niveau des steuerlichen Existenzminimums ein.

156

157 Als Zusatzinformation zum Schluss die Thüringer Zahlen: Hier gibt es laut den letzten  
158 verfügbaren Angaben aus dem Jahr 2012 32 Werkstätten. In diesen sind ca. 10.000 Menschen  
159 beschäftigt. Auf zwölf Beschäftigte kommt ein Betreuer.[9] [10]

160

---

161  
162  
163 [1] Behinderten-Werkstätten bangen um ihre Zukunft, Thüringer Allgemeine, 30.07.2012  
164  
165 [2] Eigene Werkstatt statt Inklusion, Thüringische Landeszeitung, 30.07.2012  
166  
167 [3] <http://www.bagwfbm.de/page/101>  
168  
169 [4] <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de>  
170  
171 [5] <http://www.bagwfbm.de/page/25>  
172  
173 [6] [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-Dateien/Parallelberichte/Parallelbericht\\_an\\_den\\_UN-Fachausschuss\\_fuer\\_die\\_Rechte\\_von\\_Menschen\\_mit\\_Behinderungen\\_150311.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Parallelberichte/Parallelbericht_an_den_UN-Fachausschuss_fuer_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_150311.pdf)  
174  
175  
176 [7] <http://www.bagwfbm.de/page/101> BAG:WfbM, 2014  
177  
178 [8] <http://www.bagwfbm.de/page/101> BAG:WfbM, 2014  
179  
180 [9] Behinderten-Werkstätten bangen um ihre Zukunft, Thüringer Allgemeine, 30.07.2012  
181  
182 [10] Eigene Werkstatt statt Inklusion, Thüringische Landeszeitung, 30.07.2012  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221

**Titel** Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an** Young European Socialists (YES)

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer

### 1 **Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer**

2

3 Diverse tragbare Geräte, angefangen von Smartphones, über Smartwatches, bis hin zu mit  
4 Technik versehener Kleidung sind heute in der Lage Bewegungsabläufe, Schlafphasen und  
5 Ernährung zu dokumentieren und zu analysieren.

6

7 Zum Schutz von Arbeitnehmern und Versicherten möge sich die EU Kommission, sowie die  
8 S&D Fraktion für ein Verbot der Erhebung, des Ankaufs und des Nutzens solcher Daten seitens  
9 Versicherungen oder Arbeitgebern aussprechen. Hierdurch soll eine permanente Überwachung  
10 des Alltags verhindert werden.

11

### 12 **Begründung:**

13 Die Quantifizierung des eigenen Ichs war noch nie so leicht. Schon heute nutzen viele  
14 Menschen freiwillig Apps oder andere digitale Möglichkeiten ihre Ernährung oder ihre  
15 sportlichen Aktivitäten aufzuzeichnen.

16

17 Oftmals werden hierbei Daten produziert, die gerade für Versicherungen, aber auch für  
18 Arbeitgeber\*innen von hohem Interesse sind.

19

20 Versicherungen haben bereits angefangen Kunden Bonuszahlungen, oder auch Beitragsrabatte  
21 anzubieten, wenn diese ihnen im Gegenzug über eine eigene Smartphone-App Daten über ihre  
22 Ernährung, ihre Vorsorgeuntersuchungen und täglichen Bewegungsaufwand zur Verfügung  
23 stellen.

24

25 Arbeitgeber setzen Apps ein, um Schlafrhythmus und Gemütslage ihrer Mitarbeiter zu  
26 überwachen. Angeblich nur zum Vorteil der Arbeitnehmer.

27

28 An diesen Anfängen zeichnet sich ein Trend ab, dem es als Sozialdemokrat\*innen dringend  
29 einen rechtlichen Riegel vorzuschieben gilt.

30

31 Andernfalls kommen wir sonst an einen Punkt, an dem Menschen die finanziell weniger gut  
32 gestellt sind irgendwann darauf angewiesen sein werden ihren Versicherern Daten zu  
33 übermitteln, um die Beiträge zu senken, oder morgens Arbeitnehmer\*innen sich gegenüber  
34 ihrem Chef rechtfertigen müssen, zu welchen Zeiten sie geschlafen haben.

35

36 Die Privatsphäre des Einzelnen hat hier deutlich vor wirtschaftlichen Interessen zu stehen,  
37 weshalb ein generelles Verbot der Erhebung, des Ankaufs und der Nutzung solcher Daten  
38 dringend nötig ist.

**Titel** Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)

- 1
- 2 1. Wir Jusos halten unsere Forderungen aus den vergangenen Jahren bezüglich der
- 3 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft aufrecht. Wir fordern die Einrichtung
- 4 eines Solidarischen Beschäftigungssektors (SBS).
- 5
- 6 2. Im SBS gilt, soweit kein Tariflohn vereinbart wurde, der gesetzliche Mindestlohn.
- 7
- 8 3. Durch den SBS sollen zum einen Arbeitsplätze an öffentlichen Dienststellen Deutschlands,
- 9 die momentan durch Absolvent\*innen der Freiwilligendienste (z.B. Bundesfreiwilligendienst,
- 10 Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)) ausgefüllt werden,
- 11 besetzt werden. Jene öffentlichen Dienststellen erhalten vom Staat zweck-, stellen- und
- 12 personalgebundene Gelder, um qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte
- 13 einzustellen. Die Anzahl dieser Beschäftigten pro Dienststelle hat mindestens der Anzahl der
- 14 heute im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, des Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen
- 15 Jahres Beschäftigten zu entsprechen. Falls durch den Wegfall von Zivildienstleistenden wegen
- 16 der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes oder aus anderen Gründen Personalmangel
- 17 besteht, sollte eine Bedarfsanalyse zum Zweck der Installierung weiterer Arbeitsplätze an den
- 18 jeweiligen Dienststellen beantragt werden können.
- 19
- 20 4. Darüber hinaus sollen durch den Einsatz öffentlicher Mittel in jenen Bereichen
- 21
- 22 unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden, die nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft
- 23
- 24 stehen.
- 25
- 26 5. Um die Verdrängung regulärer Arbeitsplätze zu vermeiden, ist zur Einführung des SBS in
- 27
- 28 bestimmten Bereichen
- 29
- 30 a) die vorherige Zustimmung von Gewerkschaften und
- 31
- 32 b) die vorherige Beratung am „Runden Tisch für Beschäftigung“ aus Politik, Gewerkschaften,
- 33
- 34 Industrie- und Handelskammern und Arbeitgeberverbänden
- 35
- 36 notwendig.
- 37
- 38 6. Die Annahme der Beschäftigungsangebote im Solidarischen Beschäftigungssektor ist
- 39

40 freiwillig. Wegen eines Verstoßes gegen die Menschenwürde darf insbesondere keine  
41  
42 Absenkung der finanziellen Leistungen erfolgen. Diese sichern ohnehin nur das  
43  
44 verfassungsrechtlich gewährleistete Existenzminimum.

45  
46 **Begründung:**

47  
48 1. Nein zur Vermeidung des gesetzlichen Mindestlohns!

49  
50 Offiziell gilt die Beschäftigung von Absolventen eines FSJ bzw. FÖJ oder des  
51 Bundesfreiwilligendienstes als arbeitsmarktneutral. In der Realität sind diese Stellen jedoch  
52 keineswegs arbeitsmarktneutral.

53  
54 Beispielsweise im Bereich der Fahrdienste, im Krankentransport, in der Behindertenhilfe oder  
55 auch der Verwaltung werden Stellen dadurch gespart, dass sogenannte Freiwillige eingesetzt  
56 werden. Hier wird zu Ungunsten der Hilfe- und Pflegebedürftigen gespart, die eigentlich  
57 qualifiziertes Personal verdienen. Außerdem hat es zur Folge, dass zahlreiche Busfahrer,  
58 Erzieher, Kranken- und Altenpfleger (die Liste lässt sich weiter fortführen) keine Arbeit finden,  
59 da ihr Job von „Laien“ verrichtet wird. Dieser Zustand ist keinesfalls hinnehmbar.

60  
61 Die Abschaffung der Wehrpflicht und die damit ebenfalls verbundene Abschaffung des  
62 Zivildienstes hätten ein Wendepunkt in dieser Politik des Sparens im sozialen Sektor sein  
63 können, indem man die durch den Ausfall des Zivildienstes frei werdenden Stellen durch regulär  
64 Beschäftigte ersetzt hätte. Stattdessen besteht offensichtlich ein massives Interesse daran,  
65 dass dieser untragbare Zustand erhalten bleibt, indem man anstelle des Zivildienstes jetzt den  
66 Bundesfreiwilligendienst setzt. Hier tut sich still und leise ein neuer Niedriglohnsektor auf.  
67 Daneben fehlt es den Betroffenen an nennenswerten Rechten im Rahmen der betrieblichen  
68 Mitbestimmung. So sind sie beispielsweise nicht durch einen Betriebsrat vertreten.

69  
70 Aus diesem Grund ist der Bundesfreiwilligendienst abzulehnen.

71  
72 2. Ja zum solidarischen Beschäftigungssektor und zum Abbau von Arbeitslosigkeit!

73  
74 Arbeitslosigkeit ist ein zentrales gesellschaftliches Problem moderner Industriegesellschaften.  
75 Wir müssen Antworten finden auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors und sozialer  
76 Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit. Die persönliche Identität und der gesellschaftliche Status  
77 definieren sich auch heute noch maßgeblich durch Arbeit. Deshalb ist es modern und sozial  
78 gerecht an dem Ziel der Vollbeschäftigung festzuhalten.

79  
80 Der Ansatz, allein auf die Erhöhung des Drucks auf Arbeitslose zu setzen, geht davon aus, so  
81 den persönlichen Willen, eine neue Arbeitsstelle anzutreten, zu steigern. Doch in den meisten  
82 Fällen ist nicht mangelnder Arbeitswille, sondern ein Mangel an geeigneten Dienststellen in  
83 unterschiedlichen Sektoren oder ein erschwerter Zugang zu bestehenden Angeboten, Ursache  
84 von Arbeitslosigkeit. Daher ist das Erarbeiten effektiver Instrumente zur Bekämpfung von  
85 Arbeitslosigkeit von essentieller Bedeutung, zumal ihr Schaden für die Gesellschaft essentiell  
86 ist.

87  
88 Märkte entstehen durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Erst wenn ein  
89 Bedürfnis entsteht, erhält ein Gut auch einen ökonomischen Wert. Ist dieser Wert hinreichend  
90 hoch, entsteht das Angebot. Wenn auf Grundlage menschlicher Bedürfnisse kein Gewinn erzielt  
91 werden kann, dann entsteht das Angebot schlichtweg nicht. Diese Angebotslücke sollte der  
92 Staat mit dem Instrument des SBS füllen.

93  
94 Der SBS zeichnet sich durch zwei Hauptpunkte aus:

95  
96 1. Der SBS befriedigt jene Bedürfnisse, die durch kapitalistische Märkte nicht befriedigt  
97 werden können.

98 2. Markt und Staat kommen sich nicht in die Quere: Das heißt Beschäftigungsmöglichkeiten  
99 im SBS schränken die Funktionsweise privater Märkte nicht ein.

100

101 „Arbeit“ ist ein wesentlicher Teil des persönlichen Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins  
102 sowie der gesellschaftlichen Teilhabe. Daher müssen sich Konzepte zur Bekämpfung von  
103 Arbeitslosigkeit einerseits an der Schaffung von Arbeitsplätzen, andererseits aber auch an der  
104 menschenwürdigen Entlohnung messen lassen.

105

106 Diesen Ansprüchen wird das Modell eines „Solidarischen Beschäftigungssektors“ gerecht. Mit  
107 dem SBS wird ein sozialer Beschäftigungssektor geschaffen, der aus öffentlichen Mitteln  
108 finanziert wird.

109

### 110 3. Finanzierungsfragen

111

112 Eine für den Staatshaushalt kostenneutrale Finanzierung ist dabei insbesondere wegen der  
113 Sozialversicherungspflichtigkeit mittelfristig- und langfristig möglich. Außerdem ist davon  
114 auszugehen, dass durch die Entlohnung mit einem Mindestlohn zusätzliche Kaufkraft  
115 geschaffen wird.

116

117 Die zurzeit - im Vergleich zu Krisenjahren wie 2007 - niedrige Arbeitslosenzahl in Deutschland  
118 von rund 3 Mio. in den letzten Monaten sollte nicht zum Aufschub des Problems Arbeitslosigkeit  
119 führen, sondern zum Anlass genommen werden, den Solidarischen Beschäftigungssektor  
120 strukturiert zu installieren und zu etablieren. Zusätzlich könnte der SBS die Zahl der  
121 Unterbeschäftigten von derzeit rund 3,9 Mio. ebenfalls erheblich reduzieren. Den Angaben des  
122 Bundesfinanzministeriums in einem Eckwertebeschluss aus dem März 2014 zufolge sind 23,8  
123 Mrd. Euro für passive Leistungen beim Arbeitslosengeld II und Beteiligung des Bundes an den  
124 Kosten für Unterkunft und Heizung sowie ca. 8 Mrd. Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben  
125 für das Jahr 2015 veranschlagt. Eine differenzierte Kostenaufstellung für die Bedarfsdeckung im  
126 Hinblick auf einen SBS ist unerlässlich, um zeitnah einen Aktionsplan zur schrittweisen und  
127 erfolgreichen Installation des Solidarischen Beschäftigungssektors zu entwerfen.

128

### 129 4. Anwendungsmöglichkeiten des SBS

130

131 Einsatzgebiete für einen SBS sind vor allen Dingen gemeinwohlorientierte Arbeitsmuster. In  
132 Betracht kommen dabei:

133

134 *Anwendungsmöglichkeit für Kinder, Jugendliche, Frauen und Ältere* sind z. B. Eltern-Kind-  
135 Gruppen; Jugendclubs; Schülerzirkel; Frauenhäuser; Frauengesundheits- und -  
136 beratungszentren; Seniorengenossenschaften; Seniorenhilfsdienste.

137

138 *Anwendungsmöglichkeit für Diskriminierte, z.B. Ausländer, ethnische und andere Minderheiten*  
139 sind unter anderem Kulturzentren; Begegnungsstätten; Flüchtlingshilfe; Dritte-Welt-Läden;  
140 Unterstützungseinrichtungen für Obdachlose, Straffällige und Asylbewerber.

141

142 *Anwendungsmöglichkeit für Kranke und Menschen mit Behinderung sind beispielsweise*  
143 Gesundheitsläden; Gesprächs- und Therapie-Selbsthilfegruppen; Ambulante Dienste;  
144 Therapeutische Tagungsstätten und Wohngemeinschaften;

145

146 *Anwendungsmöglichkeit Arbeitswelt für ausgegrenzte Personengruppen:*

147

148 betreute Werkstätten; Gewerbehöfe; Finanzberatung; Kreditvermittlung; Organisationsberatung;  
149 Projektentwicklung; berufliche Aus- und Weiterbildung; Arbeitslosenselbsthilfe.

150

151 *Anwendungsmöglichkeit Freizeit, Bildung und Kultur:*

152

153 sozio-kulturelle Zentren; Nachbarschaftsheime; Freie Schulen; Tagungshäuser; Lernbörsen;  
154 Stadtteilzeitungen; Bürgerradio; Geschichtswerkstätten; Wissenschaftsläden;  
155 Erwachsenenbildung; Denkmalpflege; Naherholungseinrichtungen.

156

157 *Anwendungsmöglichkeit Wohnen und Umwelt:*

158

159 bezahlbarer Wohnraum für Jugendliche, Senioren und Familien mit Kindern; gemeinschaftliche  
160 Wohnprojekte; Nachbarschaftshilfe; Gemeindezentren; Verkehrsberuhigung;  
161 Abenteuer Spielplätze; Kinderbauernhöfe; Energieeinsparung; regenerative Energien;

162 Tauschbörsen; Direktvermarktung von Lebensmitteln.

163

164 Diese Anwendungsmöglichkeiten eines solidarischen Beschäftigungssektors würden durch  
165 einen „Bundesfreiwilligendienst“ vor allem durch billige Arbeitskräfte abgedeckt. Wir wollen aber  
166 stattdessen die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen mit Mindestlöhnen im  
167 SBS!

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

**Titel** Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen

1 Wir fordern:

2

- 3 • Ø Vereinfachung der Dokumentationspflicht von Pflegekräften
- 4 • Ø Angemessener Lohn für Pflegepersonal auch in der Ausbildung
- 5 • Ø einen festen und angemessenen Personalschlüssel für alle Einrichtungen
- 6 • Ø Beendigung der Kommerzialisierung von „Pflege“

7

8 Unsere Gesellschaft wird immer älter, der Bedarf an Pflegekräften steigt, doch die Politik  
9 reagiert kaum auf die Versäumnisse der letzten Jahre im Pflegebereich.

10

11 Die Situation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verschärft sich immer mehr.

12

13 Pflegekräfte bekommen immer mehr Verantwortung übertragen und müssen für den gleichen  
14 Lohn mehr Leistung erbringen.

15

16 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern dürfen nicht  
17 länger unter einer hohen psychischen wie physischen Belastung ausgebeutet werden. Die  
18 hohen Anforderungen führen das Personal an die Belastungsgrenzen, wodurch eine „Gute  
19 Pflege“ nicht mehr zu gewährleisten ist.

20

21 Die komplexe Dokumentationspflicht nimmt dem Pflegepersonal notwendige Zeit, wodurch der  
22 zu pflegende Mensch in den Hintergrund gerät.

23

24 Die kürzlich angekündigte Pflegereform, die eine Pflegekraft mehr pro Krankenhaus verspricht,  
25 wird bei mehr als 72.000 fehlenden Planstellen ihre Wirkung völlig verfehlen.

26

27 Es wird Zeit, dass die Bundesregierung endlich die Versäumnisse der letzten Jahre aufholt und  
28 eine gute Qualität der Pflege sichert, sodass die Pflegekräfte wie auch die Patienten und nicht  
29 die Gewinnmaximierung der Unternehmen in den Mittelpunkt von Pflegeeinrichtungen und  
30 Krankenhäusern rückt.

31

32

33

34

35

36

37

38

39



# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## C

### Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso Bundesvorstand Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!	50
C 2	Hessen-Süd Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!	55
C 3	Baden-Württemberg Das Berufsbildungsgesetz novellieren!	56
C 4	Hamburg Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!	62
C 5	Hannover Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen	63
C 6	Juso SchülerInnen und Auszubildendengruppe über Juso Bundesvorstand Modularisierte Oberstufe	65
C 7	Braunschweig „Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum Thema Bildung	66
C 8	Baden-Württemberg Gleichstellung von Auszubildenden und Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung	71
C 9	Hannover Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken	72
C 10	Hessen-Süd Änderung der Zusagefrist für Studienplätze in Deutschland	73
C 11	Nord-Niedersachsen Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG- Anspruch	74

**Titel** Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!

**Antragsteller** Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

**Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!**

1 Der Bundeskongress der Juso SchülerInnen und Auszubildenden möge Folgendes  
2 beschließen:

3  
4 Die Bundeskoordination der Juso SchülerInnen und Auszubildenden setzt sich dafür ein, dass  
5 die Landesregierungen der Länder eine inklusive Ganztags Gesamtschule als Ersatzform für das  
6 mehrgliedrige, selektive Schulsystem in Deutschland als weiterführende Schule einführen.

7  
8 Diese Schule soll unter anderem folgende Bestandteile beinhalten:

9  
10 **I. Inklusiv**

11  
12 Der Rechtsanspruch für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, eine  
13 Regelschule besuchen zu können, soll in allen Bundesländern geschaffen werden bzw. erhalten  
14 bleiben.

15  
16 Der Bund muss den Ländern ausreichend Mittel für SonderpädagogInnen bereitstellen, damit  
17 der momentan hohe Bedarf der weiterführenden Schulen gedeckt werden kann. Außerdem  
18 sollen diese gemeinsam mit LernbegleiterInnen und Lehrenden in Form eines  
19 multiprofessionellen Teams möglichst kleine Klassen, bestehend aus SchülerInnen sowohl mit  
20 als auch ohne sonderpädagogischem Förderbedarf, unterrichten.

21  
22 Bei der LehrerInnenausbildung sollen zudem verstärkt sonderpädagogische Inhalte vermittelt  
23 werden, die auf den inklusiven Unterricht vorbereiten. SonderpädagogInnen sollen in vertieften  
24 Studiengängen besondere Kompetenzen für Erziehung, Unterricht und Förderung in einem  
25 inklusiven Schulsystem erwerben. Die Heterogenität der SchülerInnen bei der Aneignung von  
26 Unterrichtsinhalten muss mit einem binnendifferenzierten Unterricht beantwortet werden, der  
27 allen SchülerInnen unabhängig von ihrem Leistungsstand im Gegensatz zu dem der Klasse  
28 individuelle Lernfortschritte ermöglicht. Auch eine Differenzierung im Sinne von kleineren  
29 Lerngruppen bis hin zum Einzelunterricht soll in bestimmten Lernsituationen angeboten werden.

30  
31 Zudem muss die IGGS in jedweden Hinsichten barrierefrei ausgestattet sein, z.B. im Hinblick  
32 auf Rampen, Aufzügen, Sanitätseinrichtungen Ruheräume oder Lernlandschaften Außerdem  
33 muss es an jeder Schule eine\_n Krankenpfleger\_in geben bei der Eltern das Recht haben  
34 detailliert über, für Kinder wichtige und notwendige Medikamente zu informieren und  
35 Vollmachten auszustellen, damit bei einem Notfall entsprechende Medikamente sofort

36 verabreicht werden können. Für dieses Ziel müssen den Schulen genug finanzielle Mittel zur  
37 Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung der Inklusion und der IGGS soll durch Bund und  
38 Land unter Berücksichtigung des Sozialindexes der jeweiligen Länder, der unter anderem die  
39 Anzahl der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf berücksichtigen soll, getragen  
40 werden.

41

42 Alle SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten einen auf ihre Fähigkeiten  
43 und Kenntnisse zugeschnittenen Förderplan für den Unterricht an der IGGS, der sich aus einem  
44 Förderprofil auf Basis einer inklusiven Förderdiagnostik ableitet. Auch SchülerInnen mit  
45 Lernschwächen erhalten einen auf ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zugeschnittenen  
46 Förderplan. Für die Umsetzung der Inklusion an der IGGS soll ein runder Tisch, bestehend u.a.  
47 aus VertreterInnen der LehrerInnenschaft, der SonderpädagogInnen der  
48 LandeschülerInnenvertretungen und fachbezogenen Sachverständigen, einberufen werden,  
49 der weitere Probleme der momentanen Umsetzung der schulischen Inklusion in Deutschland  
50 erörtert und für die Landesregierungen verbindliche Lösungskonzepte erarbeitet, die von den  
51 Landtagen der Länder verabschiedet werden sollen.

52

## 53 **II. Ganztag**

54

55 An der IGGS besuchen die SchülerInnen die Schule ganztägig. Dies bedeutet, dass z.B.  
56 Hausaufgaben entfallen und gemeinsame Projektarbeiten mit anderen SchülerInnen auf den  
57 schulischen Betrieb verlagert werden.

58

59 Die Schulverpflegung an der IGGS ist vollkommen kostenlos für die SchülerInnen und beinhaltet  
60 ein optional (z.B. aufgrund der von den Eltern nicht vorhandenen finanziellen Mittel)  
61 angebotenes, aus gesunden Lebensmitteln bestehendes, Schulfrühstück sowie ein ebenso aus  
62 gesunden Lebensmitteln bestehendes Mittagessen. Dies soll regelmäßig kontrolliert werden.

63

64 Parallel zum gesunden Lebensmittelangebot vermittelt die IGGS den SchülerInnen durch  
65 konkrete Unterrichtsinhalte, die Bestandteile des Curriculums sein sollen, einen bewussteren  
66 und gesünderen Umgang mit Lebensmitteln. Auch im Hinblick auf ergonomisches Mobiliar und  
67 Sportangebote soll den SchülerInnen ein gesünderer Lebensstil vorgelebt werden, der ebenfalls  
68 Bestandteil von Unterricht und Projekten sein soll.

69

70 Um der Verpflichtung und dem Anspruch als Ganztagschule, den SchülerInnen einen Lern-  
71 und Lebensort bieten zu können, gerecht zu werden, sollen von SchülerInnen gegründete und  
72 von der Schule in z.B. finanzieller, organisatorischer oder räumlicher Hinsicht geförderte  
73 Arbeitsgemeinschaften sowie sportliche, kreative und musische Angebote den Schulalltag  
74 bereichern.

75

76 Zur weiteren Förderung der Schule hin zur Bereitstellung einer angemessenen Lern- und  
77 Atmosphäre für die SchülerInnen sollen umfassende Aufenthaltsbereiche geschaffen werden,  
78 die sowohl ein konzentriertes Lernen als auch eine Entspannungsmöglichkeit und Möglichkeit  
79 zur vielfältigen sportlichen Betätigung ermöglichen. SchülerInnen als Mitwirkende am  
80 Schulleben sollen die Möglichkeit erhalten, sich an der Gestaltung der Lern- und  
81 Lebensatmosphäre beteiligen zu können.

82

83 Zudem soll an einer IGGS ein für alle Mitwirkende an der Schule frei zugänglicher WLAN-  
84 Hotspot für schulische Zwecke sowie ein ausreichender Zugang zu PCs eingerichtet werden.  
85 Um einen verantwortungsbewussten Umgang der SchülerInnen mit Medien zu gewährleisten,  
86 soll das Thema Mediennutzung ein fester Bestandteil des Unterrichts an der IGGS wer- den.  
87 SchülerInnen, die sich außerunterrichtlich gesellschaftlich, z.B. in Vereinen oder politischen  
88 Organisationen engagieren, sollen die Möglichkeit erhalten, auch im Zuge des  
89 Ganztagsunterrichts an der IGGS ihrem Engagement nachkommen zu können.

90

## 91 **III. Gesamtschule**

92

93 Die IGGS ist eine weiterführende Gesamtschule, die mit einem allgemeinen Schulabschluss  
94 nach der 10. Klasse ein wirtschaftlich selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Das bedeutet, dass  
95 sie nach der Schulzeit die Kompetenzen, die für ein selbstbestimmtes Leben wichtig sind,  
96 erlernt haben und in der Praxis (z.B. bei Steuern, Miete oder Versicherungen) anwenden

97 können.Im Anschluss daran können die SchülerInnen eine Berufsausbildung oder eine  
98 dreijährige Schulausbildung, die einen/eine SchülerIn für das Studium qualifiziert, absolvieren.  
99

100 Von der Einschulung in der 5. Klasse bis zum Erreichen des Schulabschlusses werden die  
101 SchülerInnen von der IGGS umfassend in ihrer Studien- und Berufsorientierung unterstützt,  
102 indem zwischen der 5. und der 10. Klasse mindestens zwei Berufspraktika und in der Oberstufe  
103 (10.-13. Klasse) ein weiteres Berufspraktikum stattfinden. Außerdem sorgt die IGGS dafür das  
104 von Expert\_innen informiert SchülerInnen über die verschiedenen Möglichkeiten für die  
105 individuelle Lebensgestaltung wie z.B. das Absolvieren von Auslandsjahren, Praktika oder ein  
106 freiwilliges soziales Jahr.

107

108 Das Sitzenbleiben in der IGGS wird in seiner aktuellen Form an dreigliedrigen Schulen nicht  
109 existieren:

110

111 SchülerInnen, die Probleme in einzelnen Fächern haben, sollen eine spezielle Förderung in den  
112 von ihren Leistungsdefiziten betroffenen Fächern erhalten. SchülerInnen erhalten außerdem die  
113 Möglichkeit, bei Wunsch ein Schuljahr zu wiederholen.

114

115 Zensuren in Form der Ziffernoten von 1 bis 6 werden abgeschafft. Stattdessen sollen Lehrende  
116 den SchülerInnen eine individuelle Rückmeldung zu den im Unterricht er- brachten Leistungen  
117 (sowohl positive als auch negative) geben. Zudem erhalten die SchülerInnen die Möglichkeit,  
118 Lehrenden in Form von anonymisierten Feedbackbögen eine Rückmeldung zum Unterricht zu  
119 geben. Es soll zu Beginn eines jeden Halbjahres ein schriftlicher Kriteriumsplan erstellt werden,  
120 der den Schüler\_innen ausgeteilt wird. So soll ihnen vor Augen gebracht werden wonach sie  
121 beurteilt werden.

122

123 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die z.B. aus Gründen der  
124 Familienzusammenführung oder der Flucht aus einem anderem Land nach Deutschland  
125 gekommen sind und unter die gesetzliche Schulpflicht fallen, besuchen in der IGGS mit speziell  
126 geschulten Lehrenden ausgestattete Willkommensklassen, in denen sie gemeinsam mit  
127 anderen Kindern die deutsche Sprache, je nachdem auch mit Rücksicht auf die bereits  
128 vorhandenen Sprachkenntnisse, erlernen. Parallel zum Deutschunterricht in dieser Klasse  
129 besuchen die SchülerInnen bereits fest zugewiesene Regelklassen, in denen sie am Unterricht  
130 teilnehmen. Ein weiteres Hauptziel ist es, die SchülerInnen so gut wie möglich in eine  
131 Regelklasse zu integrieren, sodass sie nach Erlernen der Deutschkenntnisse in der  
132 Willkommensklasse komplett in die Regelklasse wechseln und die Möglichkeit haben, alle  
133 Schulabschlüsse anstreben zu können.

134

135 Der Unterricht an der IGGS soll davon geprägt sein, dass SchülerInnen gemeinsam in  
136 gegenseitiger Unterstützung Unterrichtsinhalte erlernen und auf das Alltagsgeschehen beziehen  
137 können, welches auch die Folge von einem zunehmend praxisbezogenen Unterricht sein soll.  
138 Ergänzend dazu wird den SchülerInnen im Unterricht und in Form von Projekttagen mehr  
139 Alltagswissen wie z.B. das Wissen über Steuern, Miete, Recht und Versicherungen vermittelt.  
140 Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Unterrichts an der IGGS soll die Aneignung von  
141 Schlüsselkompetenzen wie z.B. Fähigkeiten zur (Selbst-)Kritik, Kreativität, Problemerkennungs-  
142 und Problemlösungskompetenz, soziale Kompetenz, Eigenständigkeit und Teamfähigkeit,  
143 Umgang mit Sprache und (neuen) Medien.

144

145 Das Bildungsangebot der IGGS ist komplett kostenlos und garantiert allen SchülerIn- nen eine  
146 gleichberechtigte Teilhabe ohne Einfluss durch die soziale Herkunft der SchülerInnen.  
147 Leistungsstarke und leistungsschwache SchülerInnen werden in der IGGS gleichermaßen  
148 gefördert und gefordert, um Leistungsdefiziten entgegenwirken zu können.

149

## 150 **VI. Die Inklusive Ganztags Gesamtschule**

151

152 Eine Verknüpfung dieser drei Punkte ist essenziell, da sie nur gemeinsam, zusammen- gefasst  
153 in einer Schulform- der Inklusiven Ganztags Gesamtschule, die Bildungsungerechtigkeit in  
154 unserem Schulsystem überwinden können. Eine Bündelung dieser drei Themen kommt allen  
155 SchülerInnen zugute.

156

157 Um die IGGS auch finanzieren zu können, muss mehr als bisher in Bildung, also unsere

158 wichtigste Ressource, investiert werden; Deutschland investiert viel zu wenig in Bildung: 2009  
159 wurden lediglich 5,3% des Bruttoinlandsproduktes in Bildung investiert, dabei lag der OECD-  
160 Durchschnitt zu diesem Zeitpunkt bereits bei 6,2%; selbst in den Jahren zuvor konnte  
161 Deutschland nie richtig aufholen: Im Vergleich zu 1995 stieg der BIP-Anteil in Deutschland von  
162 5,1% auf 5,3%. Im Verhältnis zur Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft haben beispielsweise die  
163 OECD-Staaten USA, Schweiz und Dänemark ihre Bildungsausgaben überproportional  
164 gesteigert.

165

166 Die Höhe der Investitionen in Bildung muss besonders im Hinblick auf die Zukunft mindestens  
167 auf den OECD-Standard gehoben werden, denn Bildung ist unsere wichtigste Ressource; sie  
168 führt zu Erfolg und Wohlstand.

169

170 Im Zuge dessen soll auch das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben  
171 werden, damit die IGGS von Bund und Land gemeinsam finanziert werden kann.

172

### 173 **Begründung:**

174 Das mehrgliedrige Schulsystem in seiner selektierenden Art und Weise ist schon längst  
175 vollkommen gescheitert. Als Beweis lässt sich zum Beispiel die Hamburger LAU-Studie<sup>1</sup>  
176 heranziehen, welche feststellt, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien bei gleicher  
177 Kompetenz sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder wohlhabender  
178 Eltern mit Hochschulabschluss. Darüber hinaus fand die LAU-Studie heraus, dass diese Eltern  
179 dazu neigen würden, selbst dann ihre Kinder zu einer höheren Schule zu schicken, wenn die  
180 Lehrkräfte hiervon eher abraten würden. Finanziell schwache Eltern dagegen würden sich  
181 genau an die Empfehlung der Lehrkräfte halten. Ein weiteres Armutszeugnis für das  
182 dreigliedrige Schulsystem liefert die IGLU-Studie<sup>2</sup>, welche 2011 an der Technischen Universität  
183 Dortmund durchgeführt wurde: Selbst bei Kontrolle der kognitiven Grundfähigkeiten und der  
184 Lesekompetenz haben Kinder aus wohlhabender Eltern eine fast dreifach größere Chance, ein  
185 Gymnasium zu besuchen als Kinder aus finanziell schwachen Elternhäusern. In Nordrhein-  
186 Westfalen z.B. ist diese Ungleichbehandlung sogar noch größer als in den anderen  
187 Bundesländern. Auch in Bezug auf die Lehrmittelfreiheit sieht man eine große Benachteiligung  
188 der SchülerInnen aus ärmeren Familien: Der deutsche Kinderschutzbund hat anhand von  
189 Berechnungen herausgefunden, dass, obwohl es eine vermeintliche „Lehrmittelfreiheit“ gibt, die  
190 Kosten für die Einschulung eines Kindes ca. 300€ betragen und von laufenden Kosten während  
191 des weiteren Schuljahres ergänzt wird. Somit steht die Einkommenssituation der Eltern im  
192 direkten Zusammenhang mit den Bildungschancen der Kinder.<sup>3</sup> Auch der  
193 Sonderberichterstatte der UN- Menschenrechtskommission Vernor Muñoz hat im Februar 2006  
194 nach einem Besuch von deutschen Schulen festgestellt, dass es im deutschen Schulsystem  
195 eine mangelnde Chancengerechtigkeit gibt und es einen neuen Dialog über die  
196 Schulorganisation geben muss.<sup>4</sup>

197 Die Listed der Studienergebnisse und ExpertInnenmeinungen, welche auf die

198 Bildungsungerechtigkeit im deutschen Schulsystem hinweisen, könnte man noch länger  
199 fortsetzen, jedoch zeigen allein schon diese vier Meinungen, dass SchülerInnen in ihrem  
200 Bildungsgang auf vollkommen ungerechte Art und Weise selektiert und klassifiziert werden, je  
201 nachdem aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Diesen Zustand müssen wir Juso  
202 SchülerInnen und Auszubildenden weiterhin äußerst kritisch sehen und auch gegenüber  
203 unserer Mutterpartei auf baldigste Veränderungen pochen. Wir brauchen eine Schule, an der  
204 alle SchülerInnen die gleichen Chancen haben, völlig unabhängig von Geschlecht, familiärem  
205 Hintergrund und sozialen Fähigkeiten.

206

207 Wir brauchen die inklusive Ganztags Gesamtschule! In der IGGS wird Chancengerechtigkeit  
208 gewahrt werden: JedeR SchülerIn wird in dieser Schule zuallererst als Mensch betrachtet und  
209 als solcher auch gleichberechtigt gefördert und gefordert.

210

211 Im Mai 2012 hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin  
212 die Universität Hamburg mit einer wissenschaftlichen Begleitung von 14 erprobten  
213 Gemeinschaftsschulen in Berlin beauftragt, welche in einem 223-seitigem Bericht<sup>5</sup>  
214 zusammengefasst wurde. Nach vier Jahren Untersuchung kamen die WissenschaftlerInnen zu  
215 dem Schluss, dass die Berliner Gemeinschaftsschulen wichtige Schritte auf dem Weg zu einer  
216 konsequenteren Individualisierung der Lernprozesse in heterogenen Gruppen vollzogen haben.  
217 Zudem verbesserten SchülerInnen während der wissenschaftlichen Begleitung ihre Kompetenz,  
218 Lernprozesse eigenständig zu planen und zu strukturieren. Das Schulklima an einer

219 Gemeinschaftsschule wird von den SchülerInnen sowie den Lehrenden als positiv bewertet,  
220 ebenso teilt die Mehrheit der Eltern die Auffassung, ihre Kinder rückblickend erneut auf eine  
221 Gemeinschaftsschule schicken zu wollen. Besonders hervorhebenswert bei dem Bericht der Uni  
222 Hamburg ist außerdem das Ergebnis, dass es den Gemeinschaftsschulen nach einem Vergleich  
223 mit vorliegenden Daten von Hamburger Regelschulen, d.h. Schulen, die dem dreigliedrigen  
224 Schulsystem angehören, deren Lernausgangslage und soziodemografische Zusammensetzung  
225 den Berliner Gemeinschaftsschulen entsprechen, viel besser gelingt, die Lernfortschritte der  
226 Schülerinnen und Schüler von der sozialen Herkunft ihrer Familie zu entkoppeln- das heißt  
227 konkret: Die Berliner Gemeinschaftsschulen schaffen es im Gegensatz zu Schulen des  
228 dreigliedrigen Schulsystems viel besser, SchülerInnen die Fähigkeiten zum individuellen und  
229 selbstständigen Lernen anzueignen sowie die Bildungsbenachteiligung von SchülerInnen aus  
230 sozial schwächeren Familien zu überwinden. Zudem wurde auch festgestellt, dass sich der  
231 Lernfortschritt der SchülerInnen im Vergleich zu den Hamburger Schulen auf alle  
232 Leistungsgruppen, d.h. leistungsstarke sowie leistungsschwache SchülerInnen, erstreckt. Somit  
233 lässt sich ergänzend zu den eben genannten Vorteilen von Gemeinschaftsschulen gegenüber  
234 Regelschulen festhalten, dass in einer Gemeinschaftsschule weniger SchülerInnen im  
235 Unterricht in Bezug auf die Leistung zurückliegen. All diese positiven Vorteile einer  
236 Gemeinschaftsschule, die wissenschaftlich belegbar sind, lassen sich selbstverständlich auch  
237 auf das Konzept der IGGS beziehen, denn die IGGS ist in diesem Sinne auch eine  
238 Gemeinschaftsschule. Wir Jusos kämpfen nun schon seit 101 Jahren gemeinsam mit der SPD  
239 für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir Jusos stehen ein für eine Solidargemeinschaft, in  
240 der die Starken die Schwachen unterstützen und der Staat soll diesen Prozess als  
241 Rahmengerber unterstützen. Wir müssen lautstark für eine Schule für Alle kämpfen, denn nur  
242 wenn wir es schaffen, dort eine Solidargemeinschaft zu etablieren, in der tatsächlich die  
243 Schwachen von den Starken unterstützt werden, jeder Mensch die gleichen Chancen hat und  
244 gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in der Schule teilhaben kann, sind wir der  
245 Verwirklichung unserem Grundsatz einen Schritt näher.

246

247 -----

248 1 <http://bildungsserver.hamburg.de/contentblob/2815702/data/pdf-schulleistungstest-lau-5.pdf>

249

250 2 <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/kurzversion-LV.pdf>

251 3 Pressemitteilung des Deutschen Kinderschutzbundes vom 28. August 2008

252 4 Bundespressekonferenz am 21. Februar 2006 in Berlin mit dem UN-Sonderberichterstatter für  
253 das Recht auf Bildung

254 5 <http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege>

255 [/gemeinschaftsschulewissenschaftl\\_begleitstudie\\_gms\\_2012.pdf?start&ts=1424264780](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschulewissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf?start&ts=1424264780)

256 [&file=wissenschaftl\\_begleitstudie\\_gms\\_2012.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschulewissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf)

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

**Titel** Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!

1 In Zeiten in denen Menschen immer wieder in verschiedene Lebenslagen kommen, müssen  
2 sich auch die gesellschaftlichen Bereiche verändern und dazu gehört auch die Universität.

3

4 **Daher fordern wir Jusos eine Einführung eines flexiblen Teilzeitstudiums an allen**  
5 **Universität in Deutschland.**

6

7 Ein flexibles Teilzeitstudium würde es damit ermöglichen auch noch im 4. Semester sich für ein  
8 Teilzeitstudium zu entscheiden. Dies ermöglicht gerade alleinerziehenden oder jungen Eltern die  
9 Möglichkeit ein Studium mit der Familie zu vereinen.

10

11 **Begründung:**

12 Viele Universitäten in Deutschland proklamieren sich selbst als familienfreundlich, ganz vorne  
13 mit dabei ist selbst die Goethe-Universität Frankfurt. Jedoch sieht die Realität eine andere aus.

14

15 In vielen Fachbereichen ist ein Teilzeitstudium nicht möglich oder nur in den ersten Semestern  
16 zu entscheiden. Beispielsweise im Fachbereich Jura kann man sich lediglich innerhalb des  
17 ersten Semesters zu einem Teilzeitstudium entscheiden - danach ist keine Änderung mehr  
18 möglich. Falls Studierende aber in die Situation kommen nicht mehr Vollzeit zu studieren, sei es  
19 aus finanziellen, privaten Gründen oder aufgrund einer Familiengründung, gibt es keinen  
20 anderen Ausweg als entweder mehrere Urlaubssemester zu nehmen oder die Regelstudienzeit  
21 außer Acht zu lassen.

22

23 Durch ein flexibles Teilzeitstudium kann man in jeder Lebenslage und jedem  
24 Hochschulsesemester diese wichtige Entscheidung autonom und emanzipiert treffen, ohne in  
25 persönliche, finanzielle oder soziale Zwänge zu geraten.

26

27 Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass auch hier im Zuge der HHG Novellierungen dieser  
28 wichtige Teilaspekt mit einfließt.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Das Berufsbildungsgesetz novellieren!

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Das Berufsbildungsgesetz novellieren!

### 1 **Inhalt des Gesetzes und Inhalt Koalitionsvertrag**

2

3

4 CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag 2013 eine Evaluation des  
5 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vereinbart, bei der Anpassungen zu prüfen seien, mit denen die  
6 duale Berufsausbildung gestärkt werden könne. Sie wollen die berufliche Bildung und dabei  
7 insbesondere die duale Ausbildung modernisieren und ihre Erfolgsgeschichte sichern.

8

9

10 Auch für uns ist die duale Ausbildung ein über die Maßen wichtiger Bildungsweg, der viele junge  
11 Menschen in ein selbstbestimmtes Leben führt. Das BBiG normiert dafür zentrale, rechtliche  
12 Grundlagen, die vom Arbeitsschutz über die Ausbildungsvergütung, Anforderungen an  
13 Auszubildende bis zur Regelung der Abschlussprüfung reichen. Jedes Jahr beginnen  
14 hunderttausende Jugendliche und junge Erwachsene ihren beruflichen Werdegang mit einem  
15 Ausbildungsvertrag – im rechtlichen Rahmen des BBiG. Wegen dieser weitreichenden  
16 Bedeutung fordern wir die Bundesregierung auf, zehn Jahre nach der letzten vollständigen  
17 Novellierung im Jahr 2005, die Evaluation detailliert durchzuführen und die aufgezeigten  
18 Verbesserungsmöglichkeiten zur Stärkung der dualen Ausbildung und Unterstützung der  
19 Auszubildenden umzusetzen.

20

21

### 22 **Zielsetzung der Novellierung**

23

24

25 Die derzeitigen Anforderungen der beruflichen Bildung, der Auszubildenden und Betriebe an ein  
26 novelliertes BBiG lassen eindeutige Verbesserungsmöglichkeiten erkennen, die über die im  
27 Koalitionsvertrag festgehaltenen Schwerpunkte der Evaluation hinausgehen. Anhand dieses  
28 weit gefassten Spektrums muss eine Evaluation mit sich anschließender Novellierung  
29 stattfinden:

30

- 31 • Ausbau des Ausbildungsplatzangebots und Abbau des Übergangsystems
- 32 • Erhöhung der Ausbildungsqualität in Betrieb und Berufsschule
- 33 • Sicherung und unabhängige Kontrolle der Ausbildungsqualität
- 34 • Höhe von Ausbildungsvergütung und ihre Weiterentwicklung

35

36

### 37 **Unser Anspruch an Gute Ausbildung**

38

39 Dieser Anforderung liegt unser Anspruch an eine gute Ausbildung zugrunde. Wir verstehen



40 Bildung nicht nur als Befähigung zu einem Beruf, sondern als Befähigung, kritisch und  
41 selbstbestimmt Teil der Gesellschaft zu sein und sie mitzugestalten. Diesem Anspruch müssen  
42 die duale Ausbildung, also das Zusammenwirken von betrieblicher und berufsschulischer  
43 Bildung, ebenso wie die anderen Arten der Berufsausbildung gerecht werden.

44

45 Die Voraussetzungen des dualen Systems in der beruflichen Bildung sind gerade wegen seiner  
46 selbst und innovativer Betriebe, die in ihre MitarbeiterInnen investieren und Auszubildende von  
47 Anfang an in den Betriebsablauf integrieren, ohne sie überwiegend zur Arbeit zu beschäftigen,  
48 ausgezeichnet, um Gute Ausbildung zu bieten. Hinzu kommen Verbundausbildungen und  
49 weitere Kooperationen, teilweise über Landesgrenzen hinweg, die ein breit gefächertes  
50 Lernangebot ermöglichen.

51

52 Eine rein schulische Ausbildung, die lediglich Praktika oder Betriebsphasen ohne echte  
53 Betriebszugehörigkeit beinhaltet, weist deshalb zwangsläufig Nachteile auf. Für uns hat die  
54 duale Ausbildung Priorität. Um mehr jungen Menschen den Zugang hierzu zu ermöglichen,  
55 unterstützen wir die Ausweitung der Assistierten Ausbildung im Rahmen der Allianz für Aus- und  
56 Weiterbildung. Diese flankiert die reguläre betriebliche Ausbildung junger Menschen mit  
57 Vorbereitungs- und parallelen Unterstützungsangeboten, um fehlende Voraussetzungen für die  
58 betriebsgebundene Ausbildungsdurchführung herzustellen.

59

60 Eine individuelle Förderung ist ohnehin in jeder Ausbildung geboten, um dem und der einzelnen  
61 Auszubildenden gerecht zu werden. Deshalb kommt den AusbilderInnen entscheidende  
62 Bedeutung zu. Sie müssen die betrieblichen Inhalte vermitteln. Dabei sind ihre persönliche und  
63 ihre fachliche Eignung von herausragender Wichtigkeit. Sie sollen nicht unterweisen, sondern  
64 eigenständiges Lernen ermöglichen und fördern. Dabei sind sie zentrale AnsprechpartnerInnen  
65 in allen Ausbildungsfragen und müssen dementsprechend vorbereitet sein. Bisher legt das  
66 BBiG lediglich formale Ausschlussgründe für die persönliche Eignung fest. Stattdessen bedarf  
67 es eines gesetzlich definierten, einheitlichen Standards, den AusbilderInnen erfüllen müssen,  
68 um für ihre Aufgabe geeignet, mithin zugelassen zu sein. Dieser muss methodisch-didaktische  
69 und pädagogische Kompetenzen umfassen, die zumindest in der Ausbildereignungsverordnung  
70 festgeschrieben werden. Darüber hinaus muss das Kriterium der fachlichen Eignung über den  
71 bisherigen Regelungsinhalt hinaus einen Aktualitätsanspruch für die zu vermittelnden  
72 Kenntnisse umfassen, dem AusbilderInnen genügen müssen. Damit diese Voraussetzungen,  
73 sowohl in persönlicher wie in fachlicher Hinsicht, erreicht werden kann, müssen die Kammern in  
74 Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern entsprechende Fort- und Weiterbildungen anbieten,  
75 deren Kosten und die notwendige Freistellung der oder die ArbeitgeberIn zu tragen hat. Das  
76 Zusammenspiel dieser Änderungen bringt den Anspruch an die AusbilderInnen und zugleich  
77 das Angebot für sie auf eine neue Qualitätsstufe, die in der modernen, kompetenzorientierten  
78 Arbeitswelt und für ein selbstbestimmtes Leben der Auszubildenden unbedingt erreicht werden  
79 muss.

80

81 Es kann auch für einzelne Auszubildende notwendig sein, die Ausbildung über die vorgesehene  
82 Maximaldauer von drei- oder dreieinhalb Jahren hinaus zu verlängern, um  
83 Ausbildungsabschnitte intensiver zu behandeln oder sich allgemein länger auf die  
84 Abschlussprüfung vorzubereiten. Den Auszubildenden muss daher ein Rechtsanspruch auf die  
85 Verlängerung der eigenen Ausbildung um bis zu zwölf Monate gegeben werden, der die  
86 bisherige Ausnahmeregelung verbessert. Auch hier ist die individuelle, ergebnisoffene Beratung  
87 in Schule und Betrieb entscheidend.

88

89 Betriebe und schulische Einrichtungen müssen sich insgesamt durch gute Bedingungen  
90 auszeichnen. Dazu gehört es, den aktuellen technischen und fachlichen Stand des  
91 Betriebsfeldes abzubilden, Mitarbeit an spezialisierten Projekten wie auch dem Kerngeschäft zu  
92 ermöglichen und damit die gesamte, moderne Breite des Betriebes in die Ausbildung  
93 einbeziehen. Das kann mit einer Ausbildungsstätten-Verordnung nach Empfehlung des  
94 Berufsinstituts für Berufsbildung, die Kriterien an die Qualität von Ausbildungsstätten stellt, und  
95 entsprechenden Überprüfungen gesichert werden.

96

97 Zu einer gelingenden Ausbildung gehören auch die Verfügbarkeit von Lernmitteln während der  
98 gesamten Ausbildungszeit – nicht nur in der Abschlussprüfung – und die Mobilität der  
99 Auszubildenden bei Fahrten von und zu Betriebs- und Bildungsstätten. Beides darf keine  
100 zusätzlichen Kosten bedeuten, sondern muss vom Betrieb entsprechend mit Materialien oder

101 (Fahrt-)Kostenerstattung getragen werden.  
102  
103 Ferner wird SchülerInnen, Studierenden und eben Auszubildenden mit dem Erasmus+  
104 Programm ein Auslandsaufenthalt ermöglicht. Letztere können aber, wegen der Beschränkung  
105 im BBiG, nur bis zu einem Viertel ihrer Ausbildungszeit für berufliche Praktika,  
106 Ausbildungsabschnitte und Weiterbildungsmaßnahmen im Ausland nutzen. Im Jahr 2015  
107 erwartet die IHK trotzdem, dass bereits 17.000 Menschen diese Möglichkeit nutzen werden. Um  
108 am Programm teilnehmen zu können, ist für die Auszubildenden die Zustimmung ihres/ihrer  
109 ArbeitgeberIn notwendig, sodass gerade in kleinen Betrieben diese Möglichkeit verwehrt bleiben  
110 kann. Es braucht deshalb die Verankerung eines gesetzlichen Anspruchs auf die Teilnahme,  
111 auch wenn sich durch diese die Ausbildung verlängert. Dieser Anspruch muss, entsprechend  
112 der Maximaldauer von zwölf Monaten, die das Erasmus+ Programm festlegt, ebenfalls auf bis  
113 zu einem Jahr im Ausland gerichtet werden können, abweichend von der bisher bestehenden  
114 Beschränkung. Zudem muss darauf hingewirkt werden, dass die Qualität der Ausbildungsinhalte  
115 auch in den betreuenden Betrieben im Ausland überprüft und sichergestellt wird.  
116  
117 Eine Stärke der dualen Ausbildung ist ihr Aufbau nach dem Berufsprinzip, das die  
118 Zusammenstellung der Ausbildungsinhalte und Wege in klar definierte Berufsfelder sichert.  
119 Gleichzeitig geht dabei die Möglichkeit, individuellen Fähigkeiten und Interessen nachzugehen,  
120 verloren. Ein novelliertes BBiG vereint definierte Abschlüsse und freie Entfaltung junger  
121 Menschen nur dann, wenn es das Berufsprinzip aufrechterhält, dieses aber um zeitlich  
122 begrenzte Module zur Spezialisierung ergänzt, wie sie die Ausbildungsrealität in  
123 hochspezialisierten Betrieben bereits zur Folge haben kann.  
124  
125 Die seit 2005 mögliche Stufenausbildung birgt hingegen eine große Unsicherheit, während sie  
126 eigentlich der Freiheit der Auszubildenden dienen soll, und hat sich daher in bestehender Form  
127 nicht bewährt: Wird die Ausbildung nach zwei Jahren, statt den vorgesehenen drei oder  
128 dreieinhalb Jahren beendet, besteht theoretisch die Möglichkeit die bescheinigten zwei Jahre  
129 Berufsausbildung auf die sich – gegebenenfalls Jahre später – anschließende, ebenfalls drei-  
130 oder dreieinhalbjährige Ausbildung anzurechnen. Es scheitert zum einen am fehlenden  
131 Anspruch auf Fortsetzung der Ausbildung und zum anderen an der geringen Bereitschaft von  
132 ArbeitgeberInnen, Anschlussverträge nach zweijährigen Ausbildungen auf freiwilliger Basis  
133 abzuschließen. Obendrein besteht für die Auszubildenden keine gesicherte Handhabe  
134 Ausbildungsinhalte nachzuweisen, um andere Unternehmen von sich zu überzeugen. Deshalb  
135 bedarf es eines Ausstiegsmodells mit gesetzlichem Rückkehranspruch, der die Vollendung der  
136 Berufsausbildung ermöglicht.  
137  
138 In Ausbildungsverhältnissen muss immer die Ausbildung im Vordergrund stehen. Die  
139 Ausbildungsinhalte und ihre Vermittlung sind transparent und nachvollziehbar festzulegen und  
140 müssen dem zugrundeliegenden Ausbildungsrahmenplan folgen. Das macht Überstunden,  
141 Schichtarbeit und Nachtarbeit überflüssig. Es sei denn, die betriebliche Situation lässt die  
142 Vermittlung bestimmter Ausbildungsinhalte außerhalb der regulären Arbeitszeit nicht zu. Hierfür  
143 muss eine gesonderte Regulierung solcher Arbeitszeiten getroffen werden.  
144  
145 Nachweise und Kontrolle der Ausbildungsinhalte setzen aber zudem verbindliche  
146 Dokumentation voraus, die – teilweise durch Festsetzungen in Ausbildungsverordnungen  
147 bereits eingeführt – mit einer entsprechenden, gesetzlichen Pflicht des Auszubildenden  
148 gesichert werden kann. Dafür muss Raum während der Arbeitszeit gegeben werden. Das  
149 verschafft den Auszubildenden, im Kontext der Stufenausbildung wie auch grundsätzlich,  
150 Rechtssicherheit und trägt zur Sicherung der Ausbildungsqualität bei.  
151  
152 In Betrieben mit genügend Auszubildenden ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)  
153 im Zusammenspiel mit dem Betriebsrat eine entscheidende Säule der Mitbestimmung und  
154 Ansprechpartnerin für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In sonstigen  
155 Berufsbildungseinrichtungen wird in Ermangelung einer JAV und eines Betriebsrates nach  
156 Maßgabe des BBiG eine Interessenvertretung gewählt, die gegenüber dem jeweiligen Träger  
157 auftreten soll. Wahlordnung, Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind nicht festgelegt,  
158 sodass keine gesetzlich gesicherte Vertretung möglich ist, sondern nur aufgrund einseitigen  
159 Zugeständnissen des Trägers geschehen kann. Solange das Betriebsverfassungs- (BetrVG)  
160 beziehungsweise das Personalvertretungsgesetz nicht für alle Ausbildungseinrichtungen  
161 Anwendungen finden, ist die Interessenvertretung des BBiG analog der Regelungen des

162 BetrVG auszugestalten, um tatsächliche Mitbestimmung und Vertretung der Auszubildenden zu  
163 gewährleisten.

164

## 165 **Grundsätzliche Änderungen**

166

167 Um Guter Ausbildung grundsätzlich näherzukommen, stellen wir, teilweise über das  
168 Vorstehende hinausgehend, folgende Anforderungen an ein novelliertes BBiG:

169

- 170 • Verankerung der dualen Ausbildung als Normalausbildungsverhältnis, das durch die  
171 betriebliche Integration schulischer Ausbildungsgänge voranzutreiben ist
- 172 • Individuelle Förderung von Auszubildenden stärker gewichten
- 173 • Möglichkeit zur Verlängerung der Ausbildung verbessern
- 174 • Kostenfreie Lernmittel für Auszubildende
- 175 • Fahrtkostenerstattung für Fahrten von/zu Betriebs- und Bildungsstätten
- 176 • Festhalten am Berufsprinzip, aber die Möglichkeit schaffen frei wählbarer Module zur  
177 eigenen Spezialisierung
- 178 • Ergänzung der Stufenausbildung mit gesetzlichem Rückkehranspruch des  
179 Auszubildenden
- 180 • Festsetzungen des Ausbildungsrahmenplans als verbindliche Leitlinie weiterentwickeln
- 181 • Vom/von der ArbeitgeberIn zur Verfügung gestellte Arbeitszeit, um der Pflicht zur Führung  
182 des Ausbildungsnachweises der Auszubildenden nachzukommen

183

184 **Im Betrieb** Um die Gute Ausbildung im Betrieb zu sichern, bedarf es zudem folgender  
185 Änderungen:

186

- 187 • Anforderungen an Ausstattung und Eignung von Ausbildungsbetrieben erhöhen und  
188 festschreiben
- 189 • Kriterien für die persönliche und fachliche Eignung von AusbilderInnen festschreiben
- 190 • Fort- und Weiterbildungsangebote für AusbilderInnen zur Sicherung der entsprechenden  
191 Qualifikation auf Kosten der ArbeitgeberInnen schaffen
- 192 • Betreuungsschlüssel von AusbilderIn zu Auszubildenden auf maximal eins zu acht  
193 festschreiben
- 194 • Überstunden, Wochenend- und Schichtarbeit für Auszubildende ausschließen, sofern  
195 Inhalte aus dem Ausbildungsrahmenplan nicht anders vermittelt werden können
- 196 • Anrechnung von Praktika im Ausbildungsbetrieb vor Ausbildungsbeginn auf Probe- und  
197 Ausbildungszeit
- 198 • Mitbestimmung auch in schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung sichern, indem  
199 analoge Regelungen zum BetrVG eingeführt werden, solange die direkte Anwendbarkeit  
200 des BetrVG oder Personalvertretungsgesetzes nicht möglich ist
- 201 • kostenloser und verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs als Teil der Ausbildung
- 202 • Aufgabe der Überprüfung von Ausbildungsstätten von den Kammern zu unabhängiger  
203 Institution geben
- 204 • Freistellung von bis zu sechs Werktagen zur Prüfungsvorbereitung vor der  
205 Abschlussprüfung

206

## 207 **In der Berufsschule**

208

209 Um das Zusammenspiel mit Berufsschulen und diese selbst zu verbessern, stellen wir  
210 außerdem folgende Anforderungen an ein novelliertes BBiG:

211

- 212 • Koordination von Lehrplänen mit Ausbildungsrahmenplan, sowie gegebenenfalls  
213 Abstimmung mit AusbilderIn des Ausbildungsbetriebs
- 214 • Verknüpfung von schulischen und betrieblichen Ausbildungsinhalten stärker gewichten
- 215 • Teilnahme der JAV und/oder des Betriebsrates auf Wunsch des Auszubildenden bei  
216 Gesprächen von LehrerInnen mit AusbilderIn sowie bei Bewertungsgesprächen mit dem  
217 oder der Auszubildenden ermöglichen
- 218 • Kleine Schulklassen und individuelle Förderung, die insbesondere unterschiedliche  
219 Bildungsabschlüsse und gegebenenfalls vorliegende Studienzeiten berücksichtigt
- 220 • Versicherungsschutz in und auf dem Weg von/zu der Berufsschule sicherstellen,  
221 insbesondere bei Beginn der Berufsschulzeit vor betrieblichem Ausbildungsbeginn.

222

## 223 **Schutz des BBiG ausweiten**

224

225 Es ist entscheidend, dass der bestehende und bestenfalls durch die vorgeschlagenen  
226 Verbesserungen ausgeweitete Schutz der Auszubildenden und die Sicherung der  
227 Ausbildungsqualität für alle Ausbildungsberufe und -gänge wirken. Das ist nach dem derzeitigen  
228 Geltungsbereich des BBiG nicht der Fall. Dieser klammert vielmehr schulische und andere  
229 Ausbildungsgänge ausdrücklich aus, die ihre Regelung durch die Schulgesetze der Länder  
230 erfahren sollen. Davon sind vor allem Ausbildungen in Gesundheits- und Pflegeberufen  
231 betroffen, die, im Vergleich zu Ausbildungen in Industrieberufen, zusätzlich durch faktisch  
232 schlechtere Ausbildungsbedingungen auffallen. Diesen und weiteren Ausbildungsgängen fehlt  
233 die Schutzwirkung des BBiG, insbesondere für Praxisphasen in Betrieben und Regelungen, die  
234 der Qualitätssicherung dienen – ohne, dass berechtigter Bedarf für eine Ausnahmeregelung  
235 bestünde.

236

237 Zudem fällt dieselbe Schutzlücke bei der wachsenden Gruppe dual Studierender auf. Sie muss  
238 ebenso geschlossen werden, indem die Ausbildung also solche und alle betriebsbezogenen  
239 Ausbildungsanteile dem BBiG unterfallen. Damit wären Qualität und Lehrinhalte allerdings noch  
240 nicht abschließend gesichert. Somit müssen zusätzlich Verbesserungen der  
241 Landeshochschulgesetze und jeweiligen Prüfungsordnungen angestrebt werden.

242

## 243 **Deshalb sind unsere Forderungen an ein novelliertes BBiG:**

244

- 245 • Aufnahme aller beruflichen und schulischen Ausbildungsgänge in Geltungsbereich
- 246 • Aufnahme der Ausbildung als solche, sowie der betrieblichen Anteile und Praxisphasen  
247 des Dualen Studiums in Geltungsbereich

248

249

## 250 **Ausbildungsplatzangebot ausweiten und Finanzierung sicherstellen**

251

252 Derzeit bilden nur knapp ein Fünftel der Unternehmen in der Bundesrepublik aus, während über  
253 1,4 Millionen junger Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss  
254 haben.

255

256 Jeder Mensch soll aber die Möglichkeit zu einer dualen Ausbildung haben. Deshalb fordern wir  
257 eine Ausbildungsgarantie, mit der jedeR Ausbildungsinteressierte ab dem Stichtag des 30.9.  
258 des jeweiligen Jahres einen Anspruch darauf hat, von der Bundesagentur für Arbeit in eine  
259 duale Ausbildung vermittelt zu werden. Das erfordert mindestens das Angebot dreier  
260 angemessener Ausbildungsplätze im gewünschten Berufsfeld.

261

262 Um die Zahl an nötigen Ausbildungsplätzen zu gewährleisten und die finanzielle Last zu  
263 verteilen, muss deshalb eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden. Damit werden  
264 ausbildungsunwillige Unternehmen an den Kosten, die den ausbildungswilligen Unternehmen  
265 entstehen, beteiligt. Ein solches System muss tarifvertragsverträglich ausgestaltet  
266 beziehungsweise für tarifliche Regelungen geöffnet werden, sodass bestehende  
267 Vereinbarungen über Ausbildungskontingente der SozialpartnerInnen nicht beeinflusst werden.  
268 Zudem kann mit einem Teil der Mittel die neu zu schaffende, unabhängige Kontrollinstitution für  
269 die Ausbildungsqualität finanziert werden.

270

271 Deshalb muss ein novelliertes BBiG zugunsten eines ausreichenden  
272 Ausbildungsplatzangebotes und gerechter Umlage der Kosten folgende Punkte aufweisen:

273

- 274 • Gesetzliche Festschreibung einer Ausbildungsgarantie, die die Bundesagentur für Arbeit  
275 mit den Angebot dreier passender Ausbildungsplätze zum 30.9. erfüllen muss
- 276 • Einführung einer tarifvertragsverträglichen Ausbildungsplatzumlage
- 277
- 278 • Damit einhergehende Akquirierung von Mitteln für die neu zu schaffende Kontrollinstitution

279

## 280 **Ausbildungsvergütung**

281

282 Die Zielmarke der Ausbildungsvergütung für Auszubildende und dual Studierende sind dabei 50  
283 Prozent des Ecklohns einer Facharbeitskraft in der entsprechenden Branche, muss dabei aber

284 mindestens existenzsichernd sein. Darin findet unsere Vorstellung vom maximalen Arbeitsanteil  
285 im Betrieb Ausdruck, denn Auszubildende sind nicht für ihre Erwerbsarbeit im Betrieb, sondern  
286 für die Ausbildung dort beschäftigt. Diese zu erreichen, ist vor allem tarifliche Aufgabe der  
287 SozialpartnerInnen. Jedoch erfordern mangelnde Tarifbindung und fehlender Organisationsgrad  
288 in einzelnen Bereichen und Branchen derzeit eine gesetzliche Regelung durch eine  
289 Mindestausbildungsvergütung. Hierfür könnte entweder das Kriterium der „angemessene[n], [...]“  
290 jährlich steigenden Ausbildungsvergütung“ des BBiG näher zu spezifizieren sein, oder es ist  
291 eine branchen- und regionalunabhängige Mindestgrenze zu ziehen.

292

### 293 **Durchlässigkeit und Anrechnung**

294

295 Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Deshalb muss die Anrechnung von  
296 im Studium erbrachten Leistungen und erworbenen Kompetenzen im Rahmen der dualen  
297 Ausbildung verbessert werden. Deshalb bedarf es eines bundeseinheitlichen  
298 Anerkennungssystems, mit dem eine Anrechnung dieser Kompetenzen transparent möglich  
299 wird.

300

301

302

303

304

305

306

307

308

309

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

**Titel** Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!

1 Es ist zu prüfen, ob die BAföG-Sätze mit der geplanten BAföG-Reform im Herbst 2016 an die  
2 Wohnorte gemäß der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden in der  
3 jeweiligen Stadt anzupassen sind. Die Anpassung soll auch bei der Berufsausbildungsbeihilfe  
4 (BAB) geprüft werden.

5

6 **Begründung:**

7 Der Zuschuss, der gemäß BAföG beantragt werden kann, wird lediglich nach dem Einkommen  
8 der Eltern berechnet, bei der Berufsausbildungsbeihilfe spielt zusätzlich auch das  
9 Auszubildendengehalt eine Rolle. Der Wohnort der Leistungsempfänger bleibt hierbei  
10 unberücksichtigt. Die Lebenshaltungskosten für einen Studierenden/Auszubildenden ohne Auto  
11 und ohne Studiengebühren/Semesterbeitrag liegen Bundesweit bei etwa 673 Euro.[1] Der  
12 größte Anteil der Kosten fällt hierbei auf die Miete.[2] Der Mietpreis in den kleineren Städten ist  
13 jedoch keinesfalls vergleichbar mit den Mieten in Großstädten, in denen diese erheblich höher  
14 sind. Um das Leben der Studierenden und Auszubildenden gerechter zu gestalten und einem  
15 Studierenden bzw. einem Auszubildenden in einer Großstadt die Möglichkeit zu geben, ein  
16 Studium oder eine Ausbildung unter den gleichen Bedingungen wie in einer kleineren Stadt zu  
17 absolvieren, ist es erforderlich, die Leistungen gem. BAföG und die BAB dem Wohnort  
18 anzupassen.

19

20

21

22 [1]Vgl. <http://www.unicum.de/studienzeit/service/lebenskostenrechner/> (zuletzt abgerufen am  
23 27.06.2015).

24

25 [2]Vgl. [https://www.study-in.de/de/aufenthalt-planen/geld-und-  
26 kosten/lebenshaltungskosten\\_28220.php](https://www.study-in.de/de/aufenthalt-planen/geld-und-kosten/lebenshaltungskosten_28220.php) (zuletzt abgerufen am 27.06.2015).

27

28

29

30

31

32

33

34

35

**Titel** Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine grundlegende Reform des Bafögs  
2 einzusetzen. Künftig soll jede/r StudentIn die Möglichkeit haben, unabhängig vom Gehalt der  
3 Eltern und unabhängig von der Art der Ausbildung und des Studiums Bafög beanspruchen zu  
4 können.

5  
6 Bei der Rückzahlung ist auf die finanzielle Situation der Bafög-EmpfängerInnen Rücksicht zu  
7 nehmen, insbesondere sind Härtefälle zu berücksichtigen.

8  
9 **Begründung:**

10 *Trotz der flächendeckenden Abschaffung der Studiengebühren werden junge Menschen aus*  
11 *finanziellen Gründen immer noch vom Studium abgehalten. Ein WG-Zimmer oder ein Zimmer*  
12 *im Studentenwohnheim, Lebensmittel, die anfallenden Uni-Gebühren und Lehrmaterialien - all*  
13 *das summiert sich im Monat zu hohen Beträgen. Diese schrecken ab.*

14  
15 *Falls sich jemand doch für ein Studium entscheidet, ist sie/er darauf angewiesen, neben dem*  
16 *Studium zu arbeiten - was prinzipiell natürlich nicht verwerflich ist. Allerdings häufen sich die*  
17 *Situationen, in denen StudentInnen Halbtagsjobs annehmen müssen, um ihr Studium*  
18 *finanzieren zu können - und das, obwohl doch das Studium die Hauptaufgabe sein sollte.*

19  
20 *Häufig reicht auch dies nicht, sodass viele StudentInnen Bildungskredite abschließen. Diese*  
21 *Kredite sind eine Mogelpackung. Die Zinsen sind hoch, die Rückzahlungsbedingungen für junge*  
22 *Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen oft zu hart. (die Rückzahlung beginnt z. B. sehr*  
23 *früh nach dem Studium). Doch vielen StudentInnen bleibt nichts anderes übrig.*

24  
25 *Die einzige Lösung, gerade die Bildungskredite zu umgehen, ist das Bafög. Hier sind die*  
26 *Rückzahlungsbedingungen humaner. Allerdings besteht hier dringender Handlungsbedarf: falls*  
27 *StudentInnen einen Anspruch auf Bafög haben, ist die ausgezahlte Summe häufig nicht*  
28 *vollständig ausreichend, sodass immer noch nebenher die Eltern mit unterstützen müssen oder*  
29 *ein Umzug in die Studentenstadt nicht in Frage kommt, falls Pendeln möglich ist. Ferner gibt es*  
30 *einen großen Graubereich von StudentInnen, die keinen Anspruch auf Bafög haben, da sich*  
31 *deren Eltern das Studium zwar mit Ach und Krach leisten können, die dadurch aber an die*  
32 *Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit gebracht werden. Nicht alle Kinder wollen dies für ihre*  
33 *Eltern.*

34  
35 *Das Bafög ist ein Kredit. Derzeit sind grundsätzlich nur rund 50% der Summe zurück zu zahlen.*  
36 *Für einen chancengleichen Zugang unabhängig von den Eltern zum Studium fordern wir nun,*  
37 *dass StudentInnen Bafög in der Höhe erhalten, von der sie glauben, dass es für ihr Leben*  
38 *notwendig ist. Die Auszahlung soll künftig unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der*

39 *Eltern erfolgen. StudentInnen wären so flexibler und unabhängiger. Falls also in der*  
40 *Abschlussphase ein Nebenjob aufgrund der Lernbelastung nicht möglich ist, kann kurzfristig das*  
41 *Bafög erhöht werden. Im Gegenzug dafür soll das Bafög zukünftig grds. vollständig*  
42 *zurückgezahlt werden. Wie bei den jetzigen Regelungen auch müssen Härtefälle berücksichtigt*  
43 *werden, Möglichkeiten zur Kürzung der Rückzahlungssumme geschaffen werden (die wieder*  
44 *politische Steuerungswirkung entfalten können) und die Rückzahlung darf nicht bereits nach ein*  
45 *oder zwei Jahren nach Studiumsende beginnen - hier ist eine längere Übergangsfrist*  
46 *erforderlich.*

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99



**Titel** Modularisierte Oberstufe

**Antragsteller** Juso SchülerInnen und Auszubildendengruppe über Juso Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Modularisierte Oberstufe

1 Wir fordern eine Umwandlung der Oberstufe hin zu einem gerechten, freien und gerechten  
2 bundesweiten einheitlichen Bildungsabschnitt. Die entsprechenden Änderungen sehen wie folgt  
3 aus: Nachdem die Schüler\_innen die Unter- und Mittelstufe nach zehn Jahren absolviert haben,  
4 sind sie alt genug, um ihren weiteren Bildungsweg selber und individuell gestalten zu können. In  
5 dem Konzept der Modularisierten Oberstufe können die Schüler\_innen sowohl ihre  
6 Schwerpunkte, als auch die Zeit, die sie bis zum Schulabschluss brauchen, selber bestimmen.  
7 Das heißt konkret: Die neue Oberstufe kann zwischen zwei bis drei Jahren dauern. Aus den  
8 Fächern werden einzelne Module, die je nach Anspruch und Fähigkeiten frei zu wählen sind.  
9 Dadurch können Schüler\_innen, ihre/seine Schwerpunkte selber setzen, diese allerdings auch  
10 während der Schulzeit anpassen. Auch die Frage des Sitzenbleibens wäre damit geklärt – wird  
11 ein Modul nicht geschafft, muss dieses im nächsten Halbjahr wiederholt werden. Ein ganzes  
12 Jahr muss der/die Schüler\_in nicht wiederholen. Neben den Leistungsmodulen, in denen man  
13 den Stoff für das Abitur erarbeitet, können auch Projektmodule belegt werden, die Zeit für  
14 kreative und z.B. handwerkliche Projekte lassen. Ein Modul kann zwischen eine bis drei  
15 Schulstunden pro Woche in Anspruch nehmen.

16  
17 **Begründung:**

18 Spätestens nach der Einführung von G8 wurde es klar – die Schule ist kaum noch ein Ort zum  
19 Erwachsenwerden und sich selber finden, sondern ist geprägt durch Lernstress und Angst vor  
20 dem Sitzenbleiben. Der vorherrschende Leistungsdruck überfordert meist schon die  
21 Schüler\_innen in der fünften Klasse, und erreicht in der Oberstufe ihren Höhepunkt. Freizeit und  
22 Hobbys werden für Oberstufenschüler\_innen zu Fremdwörtern. Für Kreativität,  
23 Berufswahlsuche und Tipps für alltägliche Sachen (Beispiel: Steuererklärung ausfüllen;  
24 Bewerbungen schreiben) bleibt nur selten Zeit und Platz. Dies wollen wir mit diesem neuen  
25 Konzept verändern, und so den Schüler\_innen nicht nur die Möglichkeit geben, eigene  
26 Entscheidungen zu treffen und ihre Laufbahn selber zu planen, sondern ihnen auch die  
27 Freiräume zu geben, die einige brauchen.

28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** „Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum  
Thema Bildung

**Antragsteller** Braunschweig

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## „Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum Thema Bildung

- 1 1. Chancengleichheit - "Alle müssen können dürfen"
- 2
- 3 Alle Menschen sollen den chancengleichen Zugang zu Bildung haben. Das ist heute noch lange
- 4 nicht die Realität. Die Bildungschancen eines Kindes sind stark abhängig von der Bildung sowie
- 5 dem sozialen und ökonomischen Status der Eltern. Ungünstige familiäre Voraussetzungen
- 6 werden nur ungenügend ausgeglichen. Wir wollen ein Bildungssystem in dem alle
- 7 SchülerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, die selben Startchancen haben.
- 8
- 9 Aus diesem Grund muss Bildung kostenlos sein. Damit alle Schülerinnen und Schüler die
- 10 selben Zugangschancen haben, müssen alle essentiellen Bildungsressourcen kostenlos zur
- 11 Verfügung gestellt werden. Das bedeutet neben Unterrichtsmaterialien auch kostenlose
- 12 Verpflegung an den Schulen und die kostenlose Nutzung des ÖPNV.
- 13
- 14 Um das Ziel der Chancengleichheit zu erreichen ist die gemeinsame Beschulung aller
- 15 Schülerinnen und Schüler notwendig. Das dreigliedrige System reproduziert Ungleichheit und
- 16 verfestigt Undurchlässigkeit. Kinder, deren Eltern das Gymnasium besuchten, besuchen meist
- 17 selbst das Gymnasium. Kinder, deren Eltern die Hauptschule besuchten, besuchen häufig
- 18 selbst die Hauptschule. Somit dient das Gymnasium in erster Linie der Konservierung von
- 19 Machtstrukturen innerhalb einer Gesellschaft. Daher fordern wir Jusos eine gemeinsame
- 20 Beschulung für alle, von der Kita bis zur Hochschule.
- 21
- 22 2. Bildung bedeutet Emanzipation
- 23
- 24 Für uns stellt Bildung nicht das bloße Anhäufen von Wissen dar. Bildung emanzipiert und bildet
- 25 die Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Verantwortung. Das Ziel einer guten
- 26 Bildung muss es sein, kritische und mündige Individuen hervorzubringen. Kapitalistische
- 27 Einflüsse reduzieren Bildung häufig auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Wir glauben nur
- 28 durch emanzipatorische Bildung und Aufklärung kann man eine gerechte, soziale Gesellschaft
- 29 schaffen, fern von Abhängigkeiten und Unterdrückung.
- 30
- 31 Die Hochschulen müssen nach dem Bologna-Prozess wieder zum humboldtschen Bildungsideal
- 32 zurückkehren und den Studierenden mehr Freiraum in der Entwicklung einer individuellen,
- 33 kritischen Forscher- Persönlichkeit einräumen. Da das Bachelor- Mastersystem verstärkt zu
- 34 einer reinen Ausbildung von teilakademischen Arbeitskräften verkommen ist.
- 35
- 36 3. Die Gedanken sind frei! - Bildung muss unabhängig sein
- 37
- 38 Wir Jusos glauben nur unabhängige Bildung kann gute Bildung sein. Das bedeutet zum einen

39 die finanzielle Unabhängigkeit. Diese stellt sicher, dass Bildung losgelöst ist von wirtschaftlichen  
40 Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben  
41 ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter  
42 Bildung!

43

44 Darüber hinaus gehören weltanschauliche sowie religiöse Ansichten nicht ins Bildungssystem.  
45 Die Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, deshalb ist es umso wichtiger den SchülerInnen keine  
46 bestimmte Religion zu vermitteln. Die Abschaffung des Religionsunterrichtes würde den  
47 SchülerInnen frei überlassen, ob sie sich einer Religion zuwenden wollen oder nicht. Weiterhin  
48 wird der Religionsunterricht maßgeblich durch Religionsgemeinschaften geprägt und hat  
49 dadurch besonders in Grundschulen weniger etwas mit der frei- en und wissenschaftlichen  
50 Lehre zu tun. Hierbei handelt es sich mehr um eine Belehrung der SchülerInnen. Dieses  
51 widerspricht jedoch im großen Maße dem jungsozialistischen Verständnis von Bildung. Wir  
52 möchten uns dafür einsetzen, dass Menschen den Zugang zu wissenschaftlichen Darstellungen  
53 erhalten und sich daraus ihr eigenes Bild ableiten. Und zwar frei von einseitigen Darstellungen  
54 und dogmatischen Ansichten. Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung des  
55 Religionsunterrichts und die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterricht für alle  
56 SchülerInnen.

57

58 Patriarchale und heteronormative Strukturen beeinflussen alle Ebenen von Politik und  
59 Gesellschaft und damit schlussendlich auch die Bildung. Zu häufig werden klassische  
60 Rollenbilder im Unterricht sowie in den Unterrichtsmaterialien vermittelt. Insbesondere der  
61 Sexualkundeunterricht beschränkt sich in der Regel auf heteronorme und tradierte  
62 Familienbilder. Diese gilt es aufzubrechen. Deswegen wollen wir, dass Homo-, Bi- und  
63 Transsexualität im Schulunterricht thematisiert wird, um so die Akzeptanz für diese  
64  
65 Lebensmodelle zu fördern.

66

67 4. Vielfalt heißt Bereicherung - Inklusive Schulen braucht das Land

68

69 Für uns Jusos ist das ganzheitliche Verständnis für den Inklusionsbegriff essenziell. Inklusion  
70 bedeutet, dass jeder Mensch unabhängig von Alter, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und  
71 sexueller Orientierung gleichberechtigt gesellschaftliche Teilhabe erfahren kann. Häufig wird die  
72 Inklusion, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung reduziert. Zwar  
73 wollen wir stets auf den ganzheitlichen Inklusionsbegriff aufmerksam machen, trotzdem soll an  
74 dieser Stelle der bedeutsame Teilaspekt vom Lernen mit und ohne Handicap im Vordergrund  
75 stehen. Inklusion im Bildungsbereich bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten  
76 offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu  
77 können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen. Kinder mit Handicap dürfen nicht  
78 länger nur auf Sonder- und Förderschulen geschickt und so aus der Gesellschaft exkludiert  
79 werden. Alle Kinder, unabhängig von speziellen Lernbedürfnissen, sollten gemeinsam beschult  
80 werden, um voneinander zu lernen und Toleranz für Vielfalt zu entwickeln. Aus diesem Grund  
81 fordern wir von der Politik eine konsequente Umsetzung der inklusiven Pädagogik, denn  
82 Inklusion ist nicht einfach nur eine gute Idee sondern ein Menschenrecht!

83

84 5. Jede/r wie er /sie kann - wie wir uns die Unterrichtsgestaltung vorstellen

85

86 Die heutige Vielfalt an unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen hat noch keine ent-  
87 scheidende Berücksichtigung in den Unterrichtsmethoden der öffentlichen Schulen gefunden. Zu  
88 oft bestimmen noch immer Frontalunterricht, Leistungsdruck und ein Mangel an individueller  
89 Beschulung das Bild von öffentlichen Schulen. Wir fordern, dass folgende Ansätze endlich  
90 Einzug in die Unterrichtsgestaltung unserer Bildungseinrichtungen finden:

91

92 - Unterricht thematisch organisieren

93

94 Die Fächerstruktur an öffentlichen Schulen ist inkohärent und unflexibel. Häufig fällt es  
95 Schülerinnen und Schülern schwer, die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen  
96

97 Fächern zu erkennen, weil die Fächer bisher unzureichend aufeinander abgestimmt sind.  
98 Deshalb fordern wir den sogenannten Epochenunterricht. Dabei werden bestimmte Themen  
99 über einen längeren Zeitraum fächerübergreifend unterrichtet, um so die Thematik aus dem

100 Blickwinkel der jeweiligen Fächer zu beleuchten.  
101  
102 - Zieldifferente gemeinsame Beschulung  
103  
104 Wir wollen das die Lerninhalte flexibler gestaltet werden, um auf die individuellen Interessen und  
105 Stärken der SchülerInnen einzugehen. Viel zu häufig geht es in den öffentlichen Schulen darum,  
106 sich in erster Linie mit den Schwächen der SchülerInnen auseinanderzusetzen. Es ist jedoch  
107 sinnvoller diesen die Möglichkeit zu geben selbst über ihre Lerninhalte zu entscheiden. Alle  
108 Schülerinnen und Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Voraussetzungen. Aus  
109 diesem Grund sollten langfristig jeweils individuelle Lernziele für die Schulkinder formuliert  
110 werden. Zieldifferente Beschulung bedeutet, dass man der Individualität der Lernenden endlich  
111 gerecht wird.  
112  
113 - SozialarbeiterInnen als Co-Lehrer  
114  
115 Aufgrund der großen Klassengrößen fällt es vielen LehrerInnen schwer individuell auf die  
116 Bedürfnisse ihrer Schüler eingehen zu können. Daher glauben wir, dass durch eine weite- re  
117 Lehrkraft die Schülerinnen und Schüler besser betreut werden können. Es werden  
118 SozialarbeiterInnen benötigt, die sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen  
119 sie zu bewältigen. Die SozialarbeiterInnen bilden einen untrennbaren Bestandteil des  
120 pädagogischen Personals einer Schule.  
121  
122 - Sitzenbleiben abschaffen  
123  
124 Das Sitzenbleiben erhöht den Leistungsdruck auf die Schülerinnen und Schüler enorm und hat  
125 in den meisten Fällen negative Einflüsse auf das Selbstwertgefühl der betroffenen Schülerinnen  
126 und Schüler. Mit dem Leistungsdruck steigt auch der Stress und so leidet  
127  
128 schon im Vorfeld der Lernfortschritt, obwohl man noch nicht sitzengeblieben ist. Doch selbst  
129 wenn man dann sitzenbleibt, ist der Nutzen dieses Konzepts fragwürdig. Dass man nun zweimal  
130 den gleichen Stoff durchnehmen muss und Freunde hat, die nun schon weiter sind als man  
131 selbst, obwohl man vorher mit diesen in einer Klasse war, kann vor allem demotivierende  
132 Folgen haben.  
133  
134 - Soziales Lernen  
135  
136 Wir brauchen individuelle Förderung, die Integration sichert. Dazu gehört soziales Lernen  
137 miteinander und untereinander, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Gruppentraing.  
138 Die SchülerInnen sollen lernen in einer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und  
139 solidarisch miteinander zu lernen und zu leben.  
140  
141 - Gestaltung der Lernumgebung  
142  
143 Die Lernumgebung sollte altersgerecht und vielseitig gestaltet sein. Eine ansprechende  
144 Lernumgebung kann großen Einfluss auf die generelle Lernatmosphäre haben. Sie erhöht den  
145 Spaßfaktor beim Lernen um ein vielfaches und wäre ungemein motivierend.  
146  
147 6. Demokratie hört nicht am Schultor auf – Diktat der LehrerInnen beenden  
148  
149 Wir wollen die Eingliederung demokratischer Elemente in den Schulalltag. Dies kann in Form  
150 von Wahlen der KlassensprecherInnen geschehen, wie es bereits praktiziert wird. Aber auch  
151 Entscheidungen über Ausflüge oder erweiternde Unterrichtseinheiten sollen LehrerInnen mit  
152 ihren SchülerInnen auf diesem Wege treffen. Frei, unabhängig und gemeinsam können  
153 SchülerInnen so erleben, was eine demokratische Entscheidung ausmacht und bewirkt.  
154  
155 Jedoch sind die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von SchülerInnen sind landesweit  
156 stark eingeschränkt. So werden inhaltliche und organisatorische Entscheidungen an Schulen in  
157 allen Gremien von der Gesamtkonferenz bis hin zum Schulvorstand haupt- sächlich von der  
158 LehrerInnenschaft getroffen, da sie in allen Gremien die Mehrheit stellt. Da Demokratie an den  
159 Schulen nicht nur gelehrt sondern auch gelebt werden muss, fordern wir eine Drittelparität  
160 zwischen LehrerInnen-, SchülerInnen- und ElternvertreterInnen in Schulvorständen und

161 Gesamtkonferenzen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein generelles Bildungsstreikrecht für  
162 SchülerInnen ein.  
163  
164 7. Ich bin mehr Wert als eine Zahl! - warum Noten abgeschafft gehören  
165  
166 Wir Jusos glauben: Zensuren sind keine Motivation zum Lernen. SchülerInnen pauken vielmehr  
167 punktuell und einseitig für Tests und nicht weil sie echtes Interesse am Thema haben. Neugier  
168 ist der natürliche Grundstein des Lernens, Noten aber ersetzen ihn durch Zwang. Durch  
169 Noten als Bewertungssystem werden Leistungen von SchülerInnen  
170  
171 verallgemeinert und auf simple Zahlen reduziert. Das hat einerseits den Zweck Leistungen von  
172 SchülerInnen in verschiedenen Bereichen möglichst einfach einschätzen zu können,  
173 andererseits führt dies zu einer nicht nachvollziehbaren und willkürlichen Vergabe von Noten.  
174 Stärken und Schwächen werden hier nicht hinreichend aufgezeigt und können somit nicht  
175 spezifisch gefördert werden. Dadurch, dass Noten SchülerInnen besser mit anderen  
176 SchülerInnen vergleichbar machen, steigt der Leistungsdruck für diese enorm, da man immer  
177 den Anspruch hat, besser als die anderen zu sein. Dies hat zur Folge, dass im Schulalltag der  
178 Konkurrenzkampf im Fokus steht, und nicht das Lernen. Ein individuelles Textzeugnis ist als  
179 progressive Bewertungsform notwendig, welches eine spezifische Charakterisierung enthält.  
180 Dadurch treten Stärken und Schwächen deutlicher heraus, SchülerInnen können besser  
181 gefördert werden und Leistungen werden besser eingeschätzt.  
182  
183 8. Flickenteppich überwinden – Bildungsförderalismus abschaffen  
184  
185 Knapp eine Million Kinder, Jugendliche und LehrerInnen ziehen pro Jahr in ein anderes  
186 Bundesland um. Die Konsequenzen daraus stellt für beide Gruppen eine unnötig schwierige  
187 Situation im Schulalltag dar.  
188  
189 Grund hierfür ist zum einen die länderabhängigen Schulstrukturen: So variiert zum Bei- spiel der  
190 Einstieg in die erste Fremdsprache je nach Bundesland von Klasse 1 bis Klasse 3, die Länge  
191 der Grundschulzeit insgesamt kann entweder vier oder sechs Jahre betragen, es gibt in jedem  
192 Bundesland unterschiedliche Regelung hinsichtlich der Dauer und des Beginns der Schulpflicht,  
193 das Abitur muss man in vielen Ländern in 12 Schuljahren absolvieren, in anderen Ländern ist es  
194 auch innerhalb von 13 regulären Schuljahren möglich. Daraus abgeleitet unterscheiden sich  
195 natürlich auch die fachbezogenen Lerninhalte je nach Bundesland – und das in allen  
196 Jahrgangsstufen. Für uns steht deshalb fest: Der Bildungsförderalismus muss abgeschafft  
197 werden. Als ersten Schritt hierfür fordern wir die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen  
198 Bund und Ländern auch im schulischen Bereich.  
199  
200 9. Frühkindliche Bildung  
201  
202 Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Es muss vor allem auf die individuelle  
203 Entwicklungsgeschwindigkeit der einzelnen Kinder Rücksicht genommen werden.  
204  
205 Voraussetzung hierfür ist eine möglichst niedrige Fachkraft-Kind-Relation.  
206  
207 Erzieherinnen und Erzieher erfüllen eine bedeutsame Aufgabe in unserer Gesellschaft. Wir  
208 glauben, dass diese Arbeit ein höheres Maß an Anerkennung verdient und fordern eine  
209 Aufwertung des ErzieherInnenberufes z.B durch eine höhere Entlohnung.  
210  
211 Der Besuch einer Kindertagesstätte stellt sich aus unserer Sicht für alle Kinder positiv dar, da  
212 dort sowohl wichtige Fähigkeiten für ein soziales Zusammenleben als auch die deutsche  
213 Sprache erlernt werden können. Aus diesem Grund ist der verpflichtende Besuch einer  
214 Kindertagesstätte für uns ein interessantes Konzept. Damit einhergehend ist der Ausbau von  
215 Kindertagesstätten unabdingbar.  
216  
217 10. Gute Ausbildung  
218  
219 Wir wollen sichere Arbeitsbedingungen für Auszubildende. Auszubildende müssen vor  
220 Überforderung, Überbeanspruchung und vor den Gefahren am Arbeitsplatz geschützt wer- den.  
221 Aus diesem Grund fordern wir das, dass Jugendarbeitsschutzgesetz gestärkt wird. Auch muss

222 eine wirkungsvolle Interessenvertretung und Mitbestimmung der Auszubilden- den und jungen  
223 Beschäftigten gewährleistet werden. Gute Ausbildung heißt auch immer eine gerechte  
224 Entlohnung, um selbstbestimmt zu leben. Deshalb fordern wir weiterhin eine ausreichend hohe  
225 Ausbildungsvergütung ein. Zusätzlich stehen wir ein für eine Übernahmegarantie. Denn anstelle  
226 des Starts ins Arbeitsleben bedeutet eine abgeschlossene Ausbildung für viele junge Menschen  
227 lediglich den Start in eine ungewisse Zukunft. Leiharbeit, befristete Verträge und schlecht  
228 bezahlte Jobs bedrohen die AbsolventInnen. Damit sichergestellt werden kann, dass genug  
229 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen fordern wir weiterhin eine Umlage für alle  
230 Unternehmen die nicht ausbilden. Die Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen eine  
231 Ausgleichszahlung an ausbildende Unternehmen entrichten. Das bedeutet: Wer nicht ausbildet  
232 wird umgelegt!

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

**Titel** Gleichstellung von Auszubildenden und  
Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Gleichstellung von Auszubildenden und Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung

1 Es ist darauf hinzuwirken, dass alle Azubis bei den Zeiten der schulischen Ausbildung  
2 gleichgestellt werden. Dazu sollen die Zeiten der schulischen Ausbildung (unter anderem:  
3 Wegezeiten, Schulunterricht, Pausen) für alle Auszubildende, unabhängig vom Alter, voll auf die  
4 Arbeitszeit angerechnet werden. Im Rahmen dieser Gleichstellung soll daher die Geltung des  
5 §9 JArbSchG auf volljährige Auszubildende ausgeweitet werden.

6  
7 Darüber hinaus soll durch eine gesetzliche Regelung sichergestellt werden: Berufsschulzeit ist  
8 Arbeitszeit. Für alle Auszubildenden sollen die Zeiten der schulischen Ausbildung unabhängig  
9 von der Bestimmung der regelmäßigen Arbeitszeit durch Auszubildende unter  
10 Berücksichtigung des §9 JArbSchG voll auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

11  
12 **Begründung:**

13 In der Ausbildung befindende junge Menschen, müssen ein Recht haben sich vollkommen auf  
14 die Schule konzentrieren zu können. Volljährige Auszubildende haben ebenfalls  
15 Klassenarbeiten zu bewältigen und den gleichen Aufwand für die schulische Ausbildung wie  
16 minderjährige Auszubildende. Dennoch gelten für volljährige Auszubildende derzeit schlechtere  
17 gesetzliche Regelungen als für minderjährige.

18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Ausbildung des wissenschaftlichen  
Nachwuchses in Deutschland stärken

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken

- 1 Die Jusos fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich in der
- 2 Hochschulrektorenkonferenz sowie den Bildungsausschüssen einzusetzen für
- 3
- 4 1. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in (internationalen) PhD-
- 5 Programmen und Einzelpromotionen aller Fachdisziplinen bei gleichzeitiger adäquater
- 6 tariflicher Eingruppierung
- 7 2. die gewährleistete Zahlung der Leistungen für die volle reguläre Dauer der
- 8 wissenschaftlichen Qualifikation durch die Hochschulen und/oder Landeshaushalte
- 9 3. eine bessere Planbarkeit für NachwuchswissenschaftlerInnen an
- 10 Hochschulen/Universitäten, auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- 11 z.B. durch Änderungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WisszeitVG) und
- 12 Neuinvestitionen im akademischen Mittelbau.

13

### 14 **Begründung:**

15

16 *Die Ausbildung des akademischen Nachwuchses wird immer wieder gerne zur Chefsache in der*  
17 *Bildungspolitik erklärt. Im Gegensatz zu diesem Anspruch sind die finanzielle Vergütung der*  
18 *PhD-StudentInnen und auch Einzelpromovierenden – vor allem in den*  
19 *geisteswissenschaftlichen Disziplinen – als auch deren soziale Absicherung unzureichend;*  
20 *angesichts der tatsächlich geleisteten Arbeit und im Vergleich zu anderen studierten*  
21 *BerufsanfängerInnen ist die Höhe der Vergütung geradezu eine Farce.*

22

23 *Nahezu nahtlos in diesem Sinne schließen sich an den Hochschulen die weiteren längerfristigen*  
24 *Perspektiven abseits der Professur an: zusammen mit der deutlich schlechteren Bezahlung*  
25 *führt dieser Perspektivenmangel in der Regel zur Abwanderung in die Wirtschaft oder ins*  
26 *Ausland (Brain Drain).*

27

28 *Wir meinen, es ist Zeit mit der Ausbeutung des wissenschaftlichen Nachwuchses Schluss zu*  
29 *machen und für eine angemessene und die Zukunft der JungwissenschaftlerInnen notwendige*  
30 *Absicherung zu sorgen.*

31 *Dabei sollten aus unserer Sicht sowohl die finanzielle und soziale Absicherung während der*  
32 *Promotion als auch eine neue Stärkung des akademischen Mittelbaus eine wesentliche Rolle*  
33 *spielen*

34

35

36

37

38



**Titel** Änderung der Zusagefrist für Studienplätze  
in Deutschland

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Änderung der Zusagefrist für Studienplätze in Deutschland

1 Wir fordern, dass eine verbindliche Zusage zu einem zulassungsbeschränkten Studienplatz an  
2 allen Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland erst bis zu  
3 einheitlichen Fristen erfolgen muss.

4

5 **Begründung:**

6 Die Möglichkeit, sich an mehreren Universitäten zu bewerben soll dem Studienanwärter/der  
7 Studienanwärterin eine Auswahlmöglichkeit geben sowie vor allem eine Absicherung für den  
8 Fall bieten, dass er/sie an der von ihm/ihr favorisierten Universität abgelehnt wird. Dabei hilft  
9 bereits die vereinheitlichte Bewerbungsfrist Mitte Juli (Wintersemester) bzw. Mitte Januar  
10 (Sommersemester). Durch die unterschiedliche Bewerberzahl ist das Zulassungsverfahren an  
11 verschiedenen Universitäten bei den gleichen Studienfächern jedoch unterschiedlich schnell  
12 beendet, was dazu führt, dass Zu- oder Absagen unterschiedlich schnell verschickt werden  
13 können- und dementsprechende Rückmeldungen daraufhin auch kurzfristig erfolgen müssen.  
14 Ein Beispiel aus dem Zulassungsverfahren für das Wintersemester 2014/15: An der  
15 Technischen Universität Darmstadt erhielten Bewerber für das Studienfach Politikwissenschaft  
16 bereits Ende Juli eine Zusage, auf die innerhalb einer Woche eine verbindliche Antwort folgen  
17 musste. An der Goethe-Universität in Frankfurt kam die Zusage für das Selbe Studienfach erst  
18 drei Wochen später, versehen mit einer eineinhalbwöchigen Zusagefrist. Wer also die Frist in  
19 Darmstadt verstreichen ließ, musste ohne Absicherungsmöglichkeit darauf hoffen, in Frankfurt  
20 angenommen zu werden. Wir finden dies ungerecht, da das Recht des Studienbewerbers auf  
21 eine Mehrfachbewerbung durch vergleichbare Fälle seine Sinnhaftigkeit verliert. Daher fordern  
22 wir eine bundesweit einheitliche Zusagefrist für zulassungsbeschränkte Studienplätze, die kurz  
23 vor dem ohnehin im darauffolgenden Monat stattfindenden Nachrückerverfahren angesetzt  
24 werden soll.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG-Anspruch

**Antragsteller** Nord-Niedersachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG-Anspruch

1 Wir Jusos Niedersachsen fordern die Bildungs- und WissenschaftsministerInnen der Länder und  
2 die Bundesbildungsministerin auf, die Vergabe zinsfreier Darlehen für Studierende ohne  
3 Anspruch auf Leistungen des „Bundesausbildungs- und Förderungsgesetzes (BAfÖG)“ durch die  
4 Universitäten/Studierendenwerke zu ermöglichen.

5

6 **Begründung:**

7 Das BafÖG als bildungspolitischer Meilenstein der früheren sozialliberalen Bundesregierung  
8 unter Bundeskanzler Willy Brandt ermöglicht seit Jahrzehnten auch jungen Menschen aus  
9 finanziell schlechter gestellten Familien die Absolvierung eines Hochschulstudiums. Den  
10 geförderten Studierenden wird seither ein monatlicher Betrag zur Verfügung gestellt, der zu  
11 jeweils der Hälfte als Vollzuschuss und als unverzinstes Darlehen gewährt wird. Diese  
12 Regelung ist ein wichtiger Grundstein für eine gerechte Bildungspolitik in der Bundesrepublik  
13 Deutschland.

14

15 Von dieser Förderungsmöglichkeit sind jedoch seither Studierende ausgeschlossen, deren  
16 Eltern ein bestimmtes monatliches Einkommen überschreiten und damit als nicht  
17 förderungsfähig betrachtet werden, oder die durch mehrfache Fachwechsel oder eine  
18 Überschreitung der Regelstudienzeit ihren Förderungsanspruch verlieren. Diese Studierenden  
19 sind gezwungen, sich bei ihren Eltern eine Finanzierung ihres Studiums zu erbetteln (oder diese  
20 sogar zu verklagen), sich durch Nebenjobs (die häufig das Studium weiter verzögern) über  
21 Wasser zu halten, sich durch hoch-verzinsten kommerzielle Kredite zu verschulden oder im  
22 schlimmsten Fall sogar ihr Studium ohne Abschluss abzubrechen. Aktuell werden nur in  
23 wenigen Fällen Ausnahmeregelungen geltend gemacht, jedoch bleiben viele Studierende ohne  
24 Förderung auf der Strecke.

25

26 Wir Jusos Nord-Niedersachsen fordern daher, Studierenden ohne BafÖG-Anspruch ein  
27 unverzinstes Darlehen (entsprechend dem 50 % Anteil am BafÖG) zur Verfügung zu stellen. Es  
28 darf nicht sein, dass noch immer der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, ob ein Studium  
29 aufgenommen bzw. zu Ende geführt wird. Dennoch lehnen wir eine Ausweitung des BafÖG auf  
30 alle Studierende unabhängig des Einkommens der Eltern ab. Ein staatlicher Zuschuss sollte nur  
31 Studierenden gewährt werden, die diesen aus finanziellen Gründen auch benötigen. Aus  
32 diesem Grund stehen wir Jusos auch einkommensunabhängigen Stipendien wie dem  
33 „Deutschlandstipendium“ ablehnend gegenüber.

34

35

36

37

38

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## D

### Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 1	Nordrhein-Westfalen Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten	76
D 2	Bayern Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co	81
D 3	Hannover Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen	84
D 4	Hannover Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	85
D 5	Baden-Württemberg Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen	89
D 6	Hessen-Süd Parlamente brauchen Druck der Straße - Politischen Streik ermöglichen	90
D 7	Sachsen-Anhalt Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken	91
D 8	Hannover Unser Umgang mit Antisemitismus	92
D 9	Hessen-Süd Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen	96
D 10	Hannover Gegen ein „Familienwahlrecht“	99
D 11	Hannover Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.	101
D 12	Rheinland-Pfalz Nichtwähler_innen auch eine Stimme geben!	104
D 13	Hessen-Nord Programm gegen den Überwachungsstaat	105
D 14	Sachsen Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat	106

**Titel** Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten

1 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten verstehen uns als antifaschistischer Verband. Aus  
2 dieser Tatsache folgen für uns einige Selbstverständlichkeiten: Wir sind Teil von Bündnissen, die  
3 sich gegen Naziaufmärsche stellen, betreiben antifaschistische Bildungsarbeit und greifen  
4 menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft, aber auch in allen Parteien an. Trotz  
5 dieses Selbstverständnisses haben wir Jusos uns seit langer Zeit nicht mehr grundsätzlich zu  
6 unserem Begriff von Antifaschismus positioniert. In einem Grundlagenseminar haben wir vor  
7 kurzem unsere Vorstellungen diskutiert und gemeinsam mit diesem Papier formuliert. Vorab ist  
8 für uns klar: Diese Positionierung ist nicht abgeschlossen, sondern kann nur als Fundament für  
9 unsere antifaschistische Arbeit gesehen werden, die wir kontinuierlich weiterentwickeln. Unser  
10 Ziel bleibt eine Welt der Freien und Gleichen, in der alle Menschen ohne Angst vor  
11 Diskriminierung oder Verfolgung leben können.

### 12 13 **Begriffsklärung**

14  
15 Unser Antifaschismusbegriff ist weiter gefasst, als die bloße Ablehnung einer Ideologie, die in  
16 verschiedenen Formen als Faschismus definiert wurde. Wir orientieren uns an dem Begriff der  
17 „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ des Soziologen Wilhelm Heitmeyer. Das bedeutet,  
18 dass wir einen Zusammenhang in verschiedenen menschenfeindlichen Einstellungen erkennen,  
19 die teils gemeinsam, teils einzeln auftreten. Jede dieser Formen von Diskriminierung verurteilen  
20 wir und lehnen wir aufs Schärfste ab. Diese Diskriminierungsformen umfassen: Rassismus,  
21 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Sexismus, Homo-, Trans\*-  
22 und Queer\*-Phobie, Antiziganismus, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen  
23 mit körperlichen Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten, Abwertung von (Langzeit-  
24 )Arbeitslosen und Abwertung von Asylbewerber\*innen, sowie allen anderen Arten von  
25 Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe.  
26

27 Diese menschenfeindlichen Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen und sozialen  
28 Gruppen. Sie sind kein Phänomen von Randgruppen, sondern überall verbreitet – wenn auch in  
29 verschiedenen Erscheinungsformen. Daher lehnen wir den Extremismus-Begriff ab. Dieser geht  
30 von einer „demokratischen Mitte“ der Gesellschaft aus, in der solche Einstellungen nicht  
31 vorkommen, und von „Extremismus“ an den Rändern dieser Mitte, die angeblich diese  
32 Demokratie gefährden. Damit setzt die Extremismus-Theorie auch „Rechtsextremismus“ mit  
33 „Linksextremismus“ gleich, die gleichwertig bedrohlich am Rand des politischen Spektrums  
34 stünden. Das verkennt jedoch, dass die Durchsetzung von faschistischen und rassistischen  
35 Ideologien durch Gewalt gegen Menschen ein wesentlicher Bestandteil dieser Ideologien ist,  
36 während dies bei linken Ideologien nicht zu finden ist. Das schlägt sich auch in der Realität  
37 nieder: Seit der Wende wurden 184 Menschen durch rechte Gewalt ermordet. Durch den  
38 Extremismus-Begriff wird so rechte Gewalt verharmlost und antifaschistisches Engagement

39 kriminalisiert. Wir erkennen die Absicht hinter dieser konservativen Theorie und fallen nicht auf  
40 sie herein.

41

## 42 **Aktuelle Lage**

43

44 Seit der globalen Finanzkrise, die Ende des vergangenen Jahrzehnts begonnen hat, keimen  
45 überall auf der Welt Krisenherde auf, oft einhergehend mit dem Erstarren von reaktionären und  
46 menschenfeindlichen Einstellungen. Während islamistische Gruppen, oft mit faschistischer  
47 Ideologie vereint, im Nahen Osten an Einfluss gewinnen, fällt mitten in Europa die Ukraine in  
48 einen Bürger\*innenkrieg, bei dem auf beiden Seiten vor allem fortschrittliche Kräfte zu leiden  
49 haben. In vielen europäischen Ländern gewinnen neofaschistische, rechtspopulistische und  
50 europakritische Parteien an Zuspruch, in einigen Ländern sitzen sie in der Regierung oder  
51 stellen die größte Oppositionspartei.

52

53 Geflüchteten Menschen begegnet in Europa Hass und Ablehnung. Schon von offizieller Seite,  
54 bei dem Versuch der Einreise durch die Mauern der Festung Europa, als auch in Form von  
55 stiller oder offen ausgetragener Ablehnung durch die Bevölkerung in der neuen Heimat. Die  
56 Angriffe auf Geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte sind in Deutschland in der letzten Zeit  
57 dramatisch angestiegen. Erinnerungen an die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und  
58 Hoyerswerda werden wach. Der NSU hat jahrelang unter den Augen des Verfassungsschutzes  
59 gemordet. Neonazis organisieren sich neu und finden mit ihren teilweise subtilen Parolen  
60 Anklang in der Bevölkerung. Diese Gewalt erfüllt uns mit Sorge und Wut.

61

62 In Deutschland ist mit der AfD eine rechtspopulistische Partei rechts der CSU aufgetaucht und  
63 verbucht Erfolge. Auch wenn sich diese Partei kürzlich gespalten hat, wird dieses Phänomen  
64 nicht einfach so wieder von der Bildfläche verschwinden. Die PEGIDA- und andere  
65 Demonstrationen haben mit rassistischen Parolen zehntausende auf die Straße gebracht und  
66 weit hinein ins bürgerliche Spektrum mobilisiert. Es ist unverkennbar, dass sich  
67 menschenverachtende Einstellungen immer offener äußern und zu Gewalt führen. Diese  
68 Menschen haben kein Vertrauen in die Politik, sondern wännen sich im Gegenteil einer  
69 machtgeilen Polit-Elite gegenüber, die ihnen nur Schlechtestes will. Fakten gegenüber zeigen  
70 sie sich resistent oder gleichgültig, in sozialen Netzwerken verbreiten sie aus dem Kontext  
71 gerissene oder schlichtweg erfundene Nachrichten. Wissenschaftliche und journalistische Arbeit  
72 wird als „Lügenpresse“ oder „Systempropaganda“ diskreditiert und mit abstrusen Statistiken  
73 wird auf wirren Webseiten gekontert. Pseudowissenschaftliche Bestseller wie von Thilo Sarrazin  
74 bilden schlussendlich das Fundament für diese Weltbilder. Wir müssen gemeinsam mit unseren  
75 Bündnispartner\*innen Antworten auf diese neuen Herausforderungen finden. Die im Bundestag  
76 vertretenen Parteien, auch die SPD, reagieren bisher oft falsch auf diese Entwicklung. Statt  
77 Lösungen aufzuzeigen und Rassismus zu entlarven, wird das Asylrecht verschärft und damit Öl  
78 in das Feuer der Hetze gegossen. Gerade die SPD muss hier standhaft sein und sich nicht in  
79 die populistische Reaktion einreihen. Insbesondere die neue Stufe der widerwärtigen Hetze der  
80 CSU gegen Geflüchtete lässt uns zu dem Schluss kommen: Die SPD darf mit keiner dieser  
81 rechten Kräfte in irgendeiner Form zusammenarbeiten.

82

83 Die AfD ist aber nicht nur im Umfeld von PEGIDA aktiv, sondern findet sich vereinzelt auch bei  
84 verschiedenen Gruppen aus dem rechtsradikalen Spektrum, wie den sogenannten „Hooligans  
85 gegen Salafisten“ (HoGeSa), bei christlichen Fundamentalist\*innen und  
86 Abtreibungsgegner\*innen, in Burschenschaften, aber auch bei obskuren Querfront-  
87 Mahnwachen und Verschwörungsideolog\*innen. Dort finden sich neben den  
88 Rechtspopulist\*innen auch versprengte Mitglieder der Linkspartei und anderer linker  
89 Splitterparteien, Neonazis, Mitglieder der Friedensbewegung, Reichsbürger\*innen und komplett  
90 lächerliche, aber nicht ungefährliche Verschwörungsideolog\*innen. Auf diesen Kundgebungen  
91 wird angeblich Systemkritik geübt, indem die Schuld für die Auswüchse des Kapitalismus  
92 (jüdischen) Bankern in die Schuhe geschoben wird. Die Kritik an der jüdischen Bankiers Familie  
93 Rothschild oder dem Staat Israel als Projektionsfläche für den Hass ist schlechte Tarnung für  
94 diesen Antisemitismus. All diesen Erscheinungsformen von menschenfeindlichen Einstellungen  
95 erteilen wir eine klare Absage.

96

97 Dass reaktionäre Tendenzen gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise erstarren, ist kein  
98 Wunder. Die Ellbogen-Mentalität, die dem Wettbewerbsgedanken des Kapitalismus innewohnt,  
99 wird in diesen Zeiten verschärft. Soziale Ungleichheit tritt krasser zutage und die Menschen

100 haben reale Abstiegsängste und erfahren auch tatsächlich soziale Abstiege und Verelendung.  
101 Auf diesem Nährboden fruchten Hass und Ausgrenzung. Die Schuld für das eigene Elend oder  
102 die Angst davor wird auf Andere projiziert und entlädt sich in Hass und Gewalt. Schon der  
103 Soziologe Max Horkheimer stellte fest: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch  
104 vom Faschismus schweigen.“ Für uns steht fest, dass sich gruppenbezogene  
105 Menschenfeindlichkeiten nur endgültig in einer Welt überwinden lassen, in der auch der  
106 Kapitalismus überwunden ist.

107

108 Dabei machen wir es uns mit unserer Kritik am Kapitalismus aber nicht zu einfach. Der  
109 Kapitalismus ist ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das global wie lokal funktioniert. Die  
110 Akteur\*innen im Kapitalismus und ihr Handeln müssen im gesamtgesellschaftlichen Rahmen  
111 betrachtet werden. Eine verkürzte Kritik, wie sie z.T. von der Occupy-Bewegung, aber auch von  
112 anderen linken Gruppen und Organisationen formuliert wird, lehnen wir ab. Schuld an  
113 Hunger, Armut, Krieg und Krise haben nicht Banker\*innen, Einzelpersonen oder eine finanzielle  
114 Elite („The 1 %“), keine („jüdische“) Hochfinanz und keine („jüdische“) Weltverschwörung,  
115 sondern das System des Kapitalismus an sich, dass die Menschen mit seiner Verwertungs-  
116 „Logik“ ausbeutet. Dieses System ist menschengemacht und kann auch durch den Menschen  
117 verändert und überwunden werden. Bei unseren Utopien von einer sozialistischen Gesellschaft  
118 orientieren wir uns weder an völkisch-nationalbolschewistischen Ideen von der Diktatur der  
119 deutschen Arbeiter\*innenschaft, noch an verklärender Nostalgie nach den Regimen des  
120 sogenannten realexistierenden Sozialismus, sondern an einem Bild von einer  
121 emanzipatorischen Gesellschaft der Freien und Gleichen, die den Fortschritt mitträgt und zum  
122 Wohle der Allgemeinheit gestaltet.

123

124 Die Großwetterlage in Europa umtreibt uns alle sicherlich sehr und wir scheinen uns in einer  
125 Transformationszeit zu befinden, wie sie eventuell das letzte Mal 1989/90 zu beobachten war.  
126 Das Friedenprojekt Europa, verbunden mit der EU und auch der Einführung des Euro,  
127 verkommt dabei zusehends zu einer deutschen Spardiktatur, gekennzeichnet durch eine  
128 neoliberale und verantwortungslose Politik von Merkel, Schäuble und dem Rest der Bande.  
129 Rassistische und hochnäsige Aussagen über Länder aus dem Süden Europas sind plötzlich  
130 wieder an der Tagesordnung. Eine arrogante und chauvinistische Politik gefährdet dabei unsere  
131 gemeinsame europäische Zukunft. Denn auch für unsere Partei scheint es ein guter Kurs zu  
132 sein, wieder die nationale Karte zu ziehen und an dumpfe patriotische Gefühle in diesem Land  
133 zu appellieren. Gegen solche Großmachtträumerei, die plötzlich wieder in aller Munde ist und  
134 die in eine Zeit fällt, in der nationale Besinnung im Anblick von leidenden Geflüchteten wieder  
135 en vogue ist, müssen wir uns stellen.

136

137 Mehr denn je kämpfen wir für ein Europa, das allmählich den angestaubten  
138 Nationalstaatsgedanken bei Seite legt und vielmehr noch zu einer echten politischen und  
139 demokratischen Einheit wird. Längst nicht nur im wirtschaftlichen Bereich sind wir  
140 grenzübergreifend mit anderen Menschen vernetzt und verbunden. Willkürliche Grenzziehungen  
141 sind ein Teil der Welt von gestern, die spätestens im Zeitalter des Internets zur Farce geworden  
142 sind. Umso reaktionärer kommen Ideen wie verstärkte Grenzkontrollen und verbale  
143 Brandstiftung daher. Unser Weg kann nur der nach Europa sein und keine Rückbesinnung auf  
144 Ideen und Konstrukte aus dem 19. Jahrhundert, die schon einmal in die absolute Katastrophe  
145 geführt haben. Dafür lohnt es sich alltäglich zu kämpfen und nicht aus wahltaktischen Gründen  
146 alle Grundsätze über Bord zu werfen.

147

## 148 **Mittel und Maßnahmen**

149

150 Für uns sind Bildung und Prävention weiterhin zentrale Bestandteile einer antifaschistischen  
151 Zivilgesellschaft. Nur dadurch kann Hassideologie dauerhaft der Nährboden entzogen werden.  
152 Dafür ist sowohl die stärkere Vermittlung historischen Wissens und kritischer  
153 Demokratieerziehung in allen Bildungseinrichtungen erforderlich, als auch die Stärkung  
154 zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen und ihrer Bildungsarbeit. Das fängt schon im Kindergarten  
155 an und zieht sich durch alle Schulformen und weitere Bildungsinstitutionen. Ein besonderer  
156 Fokus muss hier auf einem fortschrittlichen Gedenken und Erinnern an die Zeit des  
157 Nationalsozialismus liegen, dass den Opfern würdig gedenkt und die Täter\*innen benennt und  
158 verurteilt. Ein Besuch in einer Gedenkstätte nationalsozialistischen Terrors sollte verpflichtend in  
159 die Lehrpläne aller weitergehenden Schulen aufgenommen werden. Damit das nicht zu einer  
160 Klassenreise mit Event-Charakter verkommt, muss eine fachlich gute und pädagogisch

161 sinnvolle Vor- und Nachbereitung durch geschultes Personal stattfinden. Opfermythen der  
162 deutschen Täter\*innengesellschaft, wie sie z.B. in Dresden über Jahrzehnte von offizieller und  
163 radikal rechter Seite gepflegt wurden, dürfen dabei keine Rolle spielen müssen dabei kritisch  
164 beleuchtet und entlarvt werden.

165

166 Frauen haben sowohl in der rechten Szene, als auch in der Entwicklung rechter Ideologien an  
167 Einfluss gewonnen. Zwar ist das Leitbild der Frau als Hausfrau und Mutter immer noch ein  
168 fester Bestandteil der Gedankenwelt vieler Rechtsradikaler, doch es lässt sich auch eine  
169 zunehmende Aktivierung von Frauen in der radikalen Rechten beobachten. In  
170 Kameradschaften, Parteien und anderen rechten Gruppen und Organisationen übernehmen sie  
171 immer öfter Verantwortung und sogar Führungspositionen. Mit Beate Zschäpe hat eine Nazi-  
172 Terrorgruppe ein weibliches Gesicht bekommen. Beatrix van Storch und Frauke Petry  
173 bekleiden, als stramm nationalkonservative Rechtspopulistinnen, die wichtigsten Positionen  
174 innerhalb der AfD. Durch diese Entwicklungen wird die Attraktivität rechter Parteien und  
175 Strukturen für Frauen erhöht. Auf diese Entwicklung müssen wir mit Bildungsarbeit und  
176 Prävention, die gezielt auf Frauen ausgelegt ist, reagieren. Bestehende Angebote müssen  
177 gendersensibel erweitert werden und weitere Angebote geschaffen werden.

178

179 Die mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, sowie alle anderen Beratungsstellen  
180 gegen Rechts und für Opfer Rechter Gewalt, müssen kontinuierlich und ausreichend gefördert  
181 werden.

182

183 . Die momentane Kettenbefristung der Zuschüsse muss durch eine ausreichende, dauerhafte  
184 Finanzierung der Angebote ersetzt werden. Das gilt auch für andere zivilgesellschaftliche  
185 Akteur\*innen in diesem Feld, wie z.B. Aussteiger\*innenprogramme. Auch sie müssen  
186 ausreichend gefördert werden. Gerade hier ist es ebenso wichtig die bisherigen Angebote  
187 frauenspezifisch zu erweitern. Für potentielle Aussteigerinnen sind die bisherigen, auf  
188 männliche Szeneaussteiger konzentrierten Angebote, oft nicht attraktiv.

189

190 Trotz aller Bildungsarbeit, Prävention und Exit-Angeboten, wird es auch weiterhin rechte  
191 Gewalt, Rechtspopulismus, Menschenfeindlichkeit und Faschismus geben. Hier müssen wir  
192 aktiv Gegenwehr leisten. Wo es möglich ist, müssen rechte Parteien und Organisationen  
193 verboten werden. Die stört zwar die aktiven Strukturen, lässt die Einstellungen aber nicht  
194 verschwinden. Rechten Parolen muss Kontra gegeben werden, egal ob in der Schule, im  
195 Freundeskreis oder bei Demonstrationen. Wir engagieren uns in antifaschistischen Bündnissen,  
196 wenn Nazis irgendwo aufmarschieren wollen. Dabei lassen wir uns nicht von Extremismus-  
197 Theorien spalten und in „gute Gegendemonstrierende“ und „Extremist\*innen“ aufspalten  
198 sondern suchen ein solidarisches Miteinander mit allen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und  
199 Bündnispartner\*innen, seien es Parteijugenden, Gewerkschaftsjugenden, autonome  
200 Antifagruppen, kirchliche Jugendgruppen oder andere Jugendverbände. Wir suchen nach  
201 Mitteln und Wegen Naziaufmärsche effektiv, friedlich und ohne Eskalation zu verhindern  
202 Menschenblockaden und ziviler Ungehorsam haben sich als mögliche und wirksame Mittel  
203 erwiesen, sind aber keine Allheilmittel, sondern nur eine von vielen Möglichkeiten Protest zu  
204 äußern. Der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements stellen wir uns entschieden  
205 entgegen.

206

207 Rassistische, nationalistische und antisemitische Gruppierungen von Migrant\*innen, wie z.B. die  
208 Organisationen der „Grauen Wölfe“ in Deutschland, dürfen keine falsche Toleranz erfahren,  
209 insbesondere nicht in der SPD. Mit unseren Genossinnen und Genossen der AG Migration und  
210 Vielfalt und unseren Bündnispartner\*innen von Migrant\*innenselbstorganisationen kämpfen wir  
211 dagegen an.

212

## 213 **Fazit und Forderungen**

214

215 Auf die Entwicklungen der reaktionären Kräfte in Deutschland, Europa und der Welt müssen wir  
216 als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gemeinsam mit unserer Mutterpartei und unseren  
217 Bündnispartner\*innen neue Antworten finden. Wir kämpfen für ein Europa und eine Welt ohne  
218 Ausgrenzung, Hass und Nationalismus. Ideen, die Sozialdemokratie stärker in der bürgerlichen  
219 Mitte zu verankern und Gerede von neuem Patriotismus, lehnen wir ebenso entschieden ab, wie  
220 die Beteiligung von Sozialdemokrat\*innen an Verschärfungen des Asylrechts oder die Debatte  
221 um weitere „sichere Drittstaaten“.

222

223 Wir stellen uns dem Faschismus in all seinen Erscheinungsformen in den Weg. Diskriminierung,  
224 Ausgrenzung und Verfolgung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Für diesen  
225 Kampf setzen wir auf unsere Solidarität und unsere starken Bündnispartner\*innen in der  
226 Zivilgesellschaft. Abschließend halten wir fest:

227

- 228 1. Wir lehnen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements, z.B. durch die  
229 Extremismus-Theorie, entschieden ab. Wir sehen uns als Teil einer aktiven  
230 Zivilgesellschaft gegen rechtes Gedankengut.
- 231 2. Unser Antifaschismusbegriff setzt dort an, wo gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit  
232 stattfindet. Wir wehren uns gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.
- 233 3. Wir wollen keine Zusammenarbeit der SPD mit rechtspopulistischen Parteien und  
234 Organisationen, egal ob PEGIDA, AfD oder CSU.
- 235 4. Unsere Solidarität gilt den Opfern rechter Gewalt, sowie allen Geflüchteten, die nach  
236 Europa kommen und sich hier mit dumpfer Hetze konfrontiert sehen. Wir stehen für ein  
237 anderes Europa.
- 238 5. Wir erkennen einen Zusammenhang zwischen dem Erstarren der reaktionären  
239 Tendenzen und der kapitalistischen Herrschaftsordnung. Um unsere Vorstellung einer  
240 idealen Welt zu erreichen, muss der Kapitalismus überwunden werden.
- 241 6. Unsere Kritik am Kapitalismus verkürzen wir nicht auf einzelne Akteur\*innen, sondern  
242 verfolgen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Als Systemkritik oder Israelkritik  
243 versteckte Formen des Antisemitismus erkennen und bekämpfen wir.

244

245 Und fordern:

246

- 247 1. Schulische und außerschulische Bildung muss zur Vermittlung historischen Wissen und  
248 zur Sensibilisierung für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten stärker gefördert  
249 werden. Gedenkstättenfahrten zu Orten nationalsozialistischen Terrors müssen für alle  
250 Schulformen verpflichtend werden. Diese müssen fachlich gut und pädagogisch vernünftig  
251 vor- und nachbereitet werden.
- 252 2. Die Bildungsangebote müssen gendersensibel überarbeitet und erweitert werden.  
253 Präventionsprogramme speziell für junge Frauen müssen so entwickelt werden, dass sie  
254 junge Frauen vor dem Eintritt in die radikal rechte Szene erreichen. Auch  
255 Aussteiger\*innenprogramme müssen frauenspezifisch erweitert werden.
- 256 3. Die mobilen Beratungsstellen gegen „Rechtsextremismus“, sowie alle anderen  
257 Beratungsstellen gegen Rechts und für Opfer rechter Gewalt, müssen kontinuierlich und  
258 ausreichend gefördert werden.
- 259 4. Faschistische Parteien und Organisationen müssen verboten werden, um ihnen die  
260 Organisation zu erschweren.

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282



**Titel** Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit –  
Nein zu PEGIDA, AfD und Co

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co

1 Seit Monaten ziehen nun schon Demonstrationen unter dem Namen PEGIDA („Patriotische  
2 Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) oder der daraus hervorgegangenen  
3 zahlreichen Abspaltungen durch etliche Städte in Deutschland, demonstrieren gegen eine  
4 angeblich stattfindende Überfremdung, insbesondere „durch den Islam“, und verbreiten  
5 menschenverachtende Parolen. In Bayern sind insbesondere München, Nürnberg und  
6 Würzburg von diesen Kundgebungen betroffen. Dort finden sich bürgerliche Demonstranten Seit  
7 an Seit mit bekannten RechtsextremistInnen und Neonazikadern, um gegen Menschen mit  
8 Migrationshintergrund und speziell AsylbewerberInnen zu hetzen sowie diffus zum Widerstand  
9 gegen „die Politik“ aufzurufen.

10  
11 Gleichzeitig zeigt der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in drei Landesparlamente  
12 und das Europaparlament, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von rechtspopulistischen  
13 Parolen einfangen lassen. Die Angriffe auf Geflüchtete Menschen, sowohl verbal als auch  
14 tätlich, und der sich entwickelnde Diskurs über die angeblichen „Flüchtlingsströme“ erinnern uns  
15 in erschreckender Weise an die 90er Jahre und das damalige Versagen der Sozialdemokratie.

16  
17 Widerstand ist daher aus unserer Sicht geboten! Unser gewaltfreier Widerstand schließt  
18 ausdrücklich Mittel des zivilen Ungehorsams und friedlicher Blockaden ein. Wir solidarisieren  
19 uns mit AktivistInnen die aufgrund solcher Maßnahmen Opfer von Repression werden. Wir  
20 stellen uns entschieden gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus und an die Seite von  
21 MuslimInnen, deren Religion durch die Demonstrationen unter Generalverdacht gestellt wird,  
22 und AsylbewerberInnen, deren Menschenrecht auf Asyl von diesen Menschen nicht anerkannt,  
23 sondern mit Füßen getreten wird. Wir stehen ein für eine pluralistische Gesellschaft, die allen  
24 Menschen ein gutes Leben bietet.

25  
26 **Konsequente Isolation von PEGIDA durch alle DemokratInnen**

27  
28 Es ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die PEGIDA- AnhängerInnen von allen  
29 demokratischen Parteien und PolitikerInnen konsequent politisch isoliert werden. Es darf kein  
30 Verständnis für menschenfeindliche Parolen und Überfremdungssemantiken geben! Die  
31 vermeintlichen Ängste der DemonstrantInnen ernst zu nehmen bedeutet sie zu legitimieren. Aus  
32 unserer Sicht müssen alle DemokratInnen klar machen: Wir stehen für eine offene Gesellschaft,  
33 Rechtspopulismus hat bei uns keinen Platz! Die Tatsache, dass in beinahe allen von PEGIDA  
34 betroffenen Städten, die GegendemonstrantInnen in der überwältigenden Überzahl sind, und  
35 das sogar in vielen Städten, in denen bisher keine rechtspopulistischen Bündnisse Erfolg  
36 verbuchen konnten, große Demonstrationen für Solidarität mit Flüchtlingen und eine offene  
37 Gesellschaft abgehalten wurden, zeigt für uns, dass PEGIDA und Konsorten eben nicht die  
38 „schweigende Mehrheit“ unseres Landes repräsentieren. Jetzt auf deren Forderungen

39 einzugehen, über die Verschärfung des Asylrechts oder die vermeintliche „Überfremdung“  
40 Deutschlands zu diskutieren, hieße aus unserer Sicht, dem Willen einer rückwärtsgewandten,  
41 fremdenfeindlichen Minderheit nachzugeben.

42

### 43 **Klare Kante gegen rassistische Äußerungen aus etablierten Parteien**

44

45 Auch unsere Koalitionspartner auf Bundesebene befeuern die Proteste von PEGIDA.  
46 Forderungen wie die nach der Verschärfung des Asylrechts des ehemaligen Innenminister  
47 Friedrich oder Sätze wie „Wer betrügt, der fliegt“ sind Wasser auf den Mühlen der  
48 RechtspopulistInnen. Wir fordern die SPD auf, sich von diesen Äußerungen der CSU zu  
49 distanzieren und sich deutlich von den Koalitionspartnern abzugrenzen, wenn dies notwendig  
50 ist. Parteien, die bewusst durch rechtspopulistische Parolen auf Stimmenfang gehen, sollten  
51 nicht als mögliche Koalitionspartner in Betracht gezogen werden.

52

### 53 **Eine Zukunft in der Demokratie aufzeigen**

54

55 Es ist kein Zufall, dass Pegida und ihre Ableger ausgerechnet dort stark sind wo es auch  
56 gefestigte rechte Strukturen gibt. Dies liegt zum einen daran, dass man deren Strukturen nutzt,  
57 zum anderen aber auch daran, dass die Zuwendung zu Pegida aus ähnlichen Motiven  
58 geschieht, wie zu rechten Parteien. In den strukturschwachen Regionen z.B. in Sachsen, aber  
59 auch in Nordbayern, fühlen sich die Menschen von der Politik im Stich gelassen. Dörfer  
60 verwandeln sich mehr und mehr in Geisterstädte und die Perspektivlosigkeit steigt. Zu diesem  
61 Zustand hat auch die Sozialdemokratie ihren Beitrag geleistet.

62

63 In Sachsen gibt es zudem die besondere Situation, dass die CDU nur halbherzig gegen rechts  
64 arbeitet, sondern sogar am rechten Rand Stimmen fischt und damit die widerliche Weltsicht  
65 rechter Gruppierungen zumindest in Teilen legitimiert.

66 Eine nachhaltige Schwächung von Pegida und Co kann nur erreicht werden, wenn die  
67 Menschen wieder das Gefühl bekommen, von der Politik ernst genommen zu werden.

68

### 69 **Für ein menschenwürdiges Asylrecht und eine offene Gesellschaft**

70

71 Wir als JunsozialistInnen werden niemals von einer menschenwürdigen Asylpolitik abrücken  
72 und werden innerhalb der SPD dafür kämpfen, dass auch diese zu einer guten und  
73 menschenwürdigen Asylpolitik zurückkehrt. Jeder Mensch hat das Recht auf ein besseres, ein  
74 menschenwürdiges Leben. Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und aus Not zu uns  
75 kommen, müssen hier mit offenen Armen empfangen werden. Eine Verschärfung des  
76 Asylrechts lehnen wir vehement ab!

77

78 Das individuelle Recht auf Asyl und die Freizügigkeit aller Menschen sind für uns Ausdruck  
79 internationaler Solidarität und ein fundamentales Menschenrecht. Wir dürfen nicht den Fehler  
80 begehen, EinwanderInnen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu beurteilen. Eine offene  
81 Gesellschaft ist für uns ein Ziel und ein Wert an sich, der nicht kapitalistischer Verwertungslogik  
82 unterzogen werden darf. Eine – auch in Teilen unserer Partei zu beobachtende –  
83 Unterscheidung in „nützliche“ und „unnütze“ MigrantInnen lehnen wir entschieden ab!

84

### 85 **Abstiegsängste entstehen aus sozialer Ungleichheit – Umverteilung jetzt!**

86

87 Sozialdemokratisch denken heißt auch, Probleme an ihrer Wurzel zu packen und zu beheben.  
88 Dass so viele Menschen sich in den Bann von PEGIDA ziehen lassen und an vermeintlich  
89 einfache Lösungen für ihre Probleme glauben, kann aus unserer Sicht nicht an der (in geringem  
90 Maße) steigenden Zuwanderung nach Deutschland liegen. Die renommierten Studien der  
91 Universitäten Bielefeld und Leipzig zum Extremismus der Mitte und gruppenbezogener  
92 Menschenfeindlichkeit innerhalb der Bevölkerung bieten uns in ihrer Gesamtheit mögliche  
93 Ansätze zur Erklärung der aktuellen Phänomene. Ganz offensichtlich besitzt ein guter Teil der  
94 Gesellschaft Vorurteile gegenüber - als solche wahrgenommene - Fremde, gegenüber als  
95 muslimisch - wahrgenommenen - Menschen. Sie wenden sich von der Demokratie und den  
96 demokratischen Parteien ab, fühlen sich aus- und abgegrenzt und stimmen antisemitischen,  
97 nationalistischen und chauvinistischen Aussagen zu. Die Abwertung „der Schwachen“ und „der  
98 Anderen“ ist ein verbindendes Element dieser heterogenen Gruppe des 'verrohten Bürgertums'.  
99 Es ist keine leichte Aufgabe diese Phänomene in ihrer Gesamtheit zu verstehen, aber nur mit

100 einem besseren Verständnis dafür wie es zu diesen Einstellungen und den daraus folgenden  
101 Handlungen kommt, können wir Konzepte entwickeln um dagegen vorzugehen. Klar ist uns  
102 jedoch, dass eine unreflektierte bejahende Einladung zu einem sogenannten Dialog nicht der  
103 richtige Weg ist.

104

105 Wir brauchen klare rote Linien gegen Menschenfeindlichkeit und dürfen die Ressentiments des  
106 verrohten Bürgertums nicht aufwerten und legitimieren. Wir müssen in einen aktiven Streit um  
107 Argumente und Erklärungsmuster treten und haben dabei die besseren Argumente auf unserer  
108 Seite. Leider helfen diese Argumente nur in sehr begrenztem Umfang gegen subjektive und  
109 irrationale Ängste. Hier können wir wahrscheinlich nur mit politischen Entscheidungen das  
110 gesellschaftliche Klima zum Besseren wenden. Hierfür liegt, unserer Meinung nach, einer der  
111 zentralen Punkte in der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden und verstärkt subjektiv  
112 wahrgenommenen sozialen Ungleichheit. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich und  
113 besonders die durch den massiven Abbau der Sozialsysteme konkret gewordene Abstiegsangst  
114 weiter Teile der Gesellschaft spielt PEGIDA und anderen RechtspopulistInnen in die Hände. Es  
115 ist die persönliche Angst abgehängt zu werden und den eigenen gesellschaftlichen Status zu  
116 verlieren, die sich vielfach auf „das Fremde“ projizieren lässt. Gerade jetzt müssen wir als SPD  
117 deshalb zu unseren Forderungen nach Steuergerechtigkeit und Umverteilung stehen. Gerade  
118 jetzt müssen wir den Kahlschlag der Sozialsystem rückgängig machen. Gerade jetzt müssen  
119 wir deutlich machen: Wir wollen eine gerechte Gesellschaft mit Perspektiven für alle Menschen!

120

121 Wir SozialdemokratInnen stehen für eine pluralistische, offene und gerechte Gesellschaft, die  
122 allen Menschen ein gutes Leben bietet – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen  
123 Hintergrund.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall  
bekämpfen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

## Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen

- 1 Die Jusos und die SPD bekennen sich klar zu einem weltoffenen und bunten Deutschland.
- 2 Rechtsgerichtete oder sogar rechtsradikale Einstellungen und Aussagen lehnen wir klar ab.
- 3
- 4 In diesem Zusammenhang sind Bewegungen wie „Pegida“ und ihre Ableger, deren
- 5 Gedankengut eindeutig deutschnational einzuordnen ist, ebenso abzulehnen. Ein echter Dialog
- 6 ist mit den Anhängern dieser Bewegungen schon aufgrund falscher Vorannahmen und
- 7 möglicherweise bewussten Falschdarstellungen unmöglich.
- 8
- 9 Darüber hinaus muss Aufklärung betrieben werden, um der Kriminalisierung von Bürgern mit
- 10 Migrationshintergrund und Asylbewerbern ein Ende zu setzen.
- 11
- 12 **Begründung:**
- 13 *Schon allein der Name der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“*
- 14 *ist ein Paradoxon in sich. Patriotismus lässt sich mit dem europäischen Gedanken nicht*
- 15 *vereinbaren und das „Europäer“ soll nur verdecken, dass es sich um eine deutschnationale und*
- 16 *ausländerfeindliche Bewegung handelt, die sich gefährlich nahe am Gedankengut der*
- 17 *Nationalsozialisten bewegt.*
- 18
- 19 *Das lässt sich an Aussagen wie „Ich bin ja nicht ausländerfeindlich, aber...“ recht gut belegen,*
- 20 *die genau so bereits in Rostock 1992 gefallen sind. Am Ende brannten dort Asylbewerberheime,*
- 21 *weil sie mit Molotow-Cocktails beworfen worden sind.*
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

**Titel** Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

- 1 Dieses Jahr jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft
- 2 zum 70. Mal. Das Gedenken an diese Zeit ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit von politischen
- 3 und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland.
- 4
- 5 Die deutsche Gesellschaft trägt bis heute die tragende Verantwortung für die Verbrechen des
- 6 Naziregimes. Hier geht es für uns nicht um die Frage ob einzelne Personen heute eine Schuld
- 7 trifft. Diese Personen, die sich in während der nationalsozialistischen Herrschaft eine konkrete
- 8 Schuld angelastet haben, gibt es ohnehin immer weniger. Zentral ist aber die Verantwortung
- 9 daran zu erinnern wie das NS-Regime an die Macht gekommen ist, was passiert ist und den
- 10 Opfern Entschädigung zu leisten.
- 11
- 12 Bis heute sind die Konsequenzen der massiven Unterstützung des Nationalsozialismus durch
- 13 die Deutschen sichtbar. Wir dürfen nicht vergessen, dass es der deutsche Faschismus war, der
- 14 mordend und zerstörend durch Europa und Afrika gezogen ist und die Welt für immer verändert
- 15 hat.
- 16
- 17 Die heutigen Konsequenzen verblassen aber gegen dem unfassbaren Schrecken, das an Orten
- 18 wie Auschwitz, Bergen-Belsen, Babi Yar, Warschau, Dachau und unzähligen weiteren passiert
- 19 ist.
- 20
- 21 Die größte politische Maxime unseres Handelns, der tatsächliche kategorische Imperativ muss
- 22 sein, dass sich diese Verbrechen niemals wiederholen. Für uns bleibt dies die zentrale Lehre
- 23 und Herausforderung unserer politischen Einstellung.
- 24
- 25 Gleichzeitig muss leider beobachtet werden, dass die Gedenkkultur in Deutschland sich
- 26 teilweise nicht mehr an dieser Frage ausrichtet. Eine positiv besetzte nationale Identität wird aus
- 27 den Ereignissen geschaffen, es wird dargestellt, dass die die deutsche Politik und Gesellschaft
- 28 aus diesen Ereignissen gelernt habe und deshalb besonders resistent gegen rechtes
- 29 Gedankengut sei.
- 30
- 31 Das finden wir nicht richtig. 70 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes müssen wir uns heute
- 32 Gedanken machen was wir von einer Gedenkkultur erwarten, auch unter der Hinsicht, dass
- 33 immer weniger ZeitzeugInnen leben. Eine sinnvolle Gedenkkultur kann nicht nur mit politischen
- 34 Maßnahmen erreicht werden. Sie erfordert auch eine andere Debattenkultur, Selbstreflexion
- 35 und einen Mentalitätswandel in unserer Gesellschaft.
- 36
- 37 **Anforderungen an staatliche AkteurlInnen**
- 38

39 Staatliche AkteurInnen tragen eine zentrale Verantwortung im organisierten Gedenken. Als  
40 politische Organisation müssen wir deshalb darüber diskutieren wie dieses Gedenken konkret  
41 aussehen kann und welche Anforderungen wir an das Gedenken heute stellen.

42

### 43 **Gedenken als Grundlage politischen Handelns**

44

45 Die Bundesrepublik Deutschland ist der juristische Nachfolger des Dritten Reiches. Daraus  
46 leiten sich besondere Erwartungen und Pflichten an PolitikerInnen ab. Die deutsche Politik muss  
47 sich immer wieder daran orientieren.

48

49 Wir fordern konkret: einen Schlussstrich kann es nicht geben. Die deutsche Politik muss sich  
50 immer klar im Gedenken an die Opfer der Verbrechen des NS Regimes bekennen.

51

### 52 **Gedenken aus TäterInnen- und nicht aus Opferperspektive**

53

54 Das politische Gedenken weitet den Opferkreis sehr weit aus. Der sogenannte Tag der  
55 Befreiung am 8. Mai hat inzwischen eine Tendenz bekommen, dass alle Deutsche Opfer des  
56 Faschismus waren und befreit wurden. Dies ist aus unserer Ansicht eine unzulässige Täter-  
57 Opfer-Umkehr.

58

59 Wir fordern konkret: der 8. Mai muss einen neuen Stellenwert bekommen. Dies ist mit einem  
60 arbeitsfreien Tag möglich. Gleichzeitig muss eine kritische gesellschaftliche Debatte geführt  
61 werden, ob der Begriff Befreiung angemessen ist.

62

### 63 **Kein Deutschland als "Erinnerungs"-Weltmeister**

64

65 Für viele PolitikerInnen ist die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen eine Selbstverständlichkeit.  
66 Das ist auf dem ersten Blick als positiv zu bewerten. Gleichzeitig wird dieses Gedenken in der  
67 Selbstwahrnehmung teilweise als positive nationale Selbstidentifikation genutzt. Das lehnen wir  
68 ab.

69

70 Eine positive Umdeutung der Gründe des Gedenkens darf es nicht geben. Gedacht werden  
71 muss der Opfer des NS-Regimes, nicht der vorgeblichen großen Fortschritte, die Deutschland  
72 vorgeblich seit 1945 gemacht hat.

73

### 74 **Ideologische Kontinuitäten und konkrete Erscheinungsformen in den Blick nehmen**

75

76 Die ideologische Grundlage für die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 war nicht durch das  
77 Kriegsende aufgehoben. Auch heute noch gibt es in der deutschen Gesellschaft diese  
78 Grundlagen, die sich immer wieder in konkreten Erscheinungsformen äußern.

79

80 Dazu gehört auch kritisch darüber zu reflektieren wie Neonazis noch immer in Deutschland an  
81 vielen Orten ungehindert agieren können. Darüber gehört dazu auch eine ernsthafte Debatte  
82 wie die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ihre ideologische Grundlage in im  
83 Nationalsozialismus haben und wie diese Grundlagen sich auch in der fehlgeleiteten Arbeit der  
84 Ermittlungsbehörden widerspiegelt.

85

### 86 **Antiziganismus ernstnehmen**

87

88 Ein historisch betrachtet unterschätzter Aspekt der nationalsozialistischen  
89 Vernichtungsideologie ist der Antiziganismus. Mit Antiziganismus bezeichnet man rassistische  
90 Stereotype, Ressentiments und Vorurteile über mobile ethnische Minderheiten, wie etwa Sinti und  
91 Roma. Schätzungen zu Folge sind 500.000 Sinti und Roma durch die NationalsozialistInnen  
92 ermordet worden, darunter mindestens 15.000 in Auschwitz-Birkenau. Bis heute sehen sich  
93 Sinti und Roma erhebliche Diskriminierung in Europa ausgesetzt, auch durch den deutschen  
94 Staat. Hier muss es ein klares Umdenken geben. Insbesondere hierbei sind die  
95 Asylrechtsänderungen abzulehnen, die die Staaten Bosnien und Herzegowina, Serbien und  
96 Mazedonien als sichere Drittländer definieren, da von dieser Änderung insbesondere Roma und  
97 Sinti negativ betroffen sind. Darüber hinaus muss Antiziganismus seinen Platz in der  
98 Gedenkpädagogik bekommen.

99

## 100 **Ressentiments gegen Flüchtlinge bekämpfen**

101

102 Das Thema Flüchtlinge polarisiert in Deutschland im letzten Jahr so stark wie Anfang der  
103 1990er nicht mehr. Gerade bei Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünften lässt sich im  
104 erschreckenden Maße feststellen, dass rassistisches Gedankengut in Deutschland sehr weit  
105 verbreitet ist. Die Ablehnung der Flüchtlingen wird mit rassistischen Begründungen versehen.

106

107 Wir erwarten von allen Verantwortlichen sich klar abzugrenzen von rassistischen  
108 Argumentationsmustern in der Debatte zur Aufnahme von Flüchtlingen. Darüber hinaus müssen  
109 die konkreten Gründe aufgedeckt werden, die sich in der Ablehnung widerspiegeln.

110

## 111 **Antisemitismus**

112

113 Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Deutschland und Europa. Antisemitismus muss  
114 getrennt von Rassismus betrachtet werden, da auch andere Diskriminierungsformen jenseits  
115 des Rassismus sich in Antisemitismus widerspiegeln können. Hier lassen sich Kontinuitäten  
116 finden der Nahostpolitik NS-Regimes.

117

## 118 **Veränderung der Gedenkpädagogik**

119

120 Wir brauchen eine Veränderungen der Gedenkpädagogik. Zu häufig ist der Geschichtsunterricht  
121 an Schulen auf das Thema Nationalsozialismus beschränkt ohne historische Kontinuitäten und  
122 geschichtliche Grundlagen in den Blick zu nehmen.

123

124 Das bedeutet konkret eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus  
125 über ein Semester hinaus, insbesondere unter der Frage der historischen Ursachen,  
126 Auswirkungen und Weiterführung der nationalsozialistischen Ideologie in der Bundesrepublik  
127 Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mindestens einen Besuch einer  
128 Gedenkstätte mit ausreichender Vor- und Nachbereitung sehen wir als unerlässlich zur  
129 Aufarbeitung des Themas an.

130

## 131 **Reparationszahlungen für Länder**

132

133 Wir sprechen uns für eine möglichst verbindliche juristische Klärung der Frage aus, inwieweit  
134 etwaige Reparationszahlungen an die Kriegsgegner des Deutschen Reiches im Zweiten  
135 Weltkrieg – insbesondere Griechenland und Polen – noch bestehen und nicht schon abgegolten  
136 sind. Für den Fall des Bestehens fordern wir zügige Zahlungen.

137

138 Unabhängig von der emotional aufgeladenen Frage nach Reparationszahlungen sprechen wir  
139 uns in diesem Zusammenhang auch dafür aus, dass Kulturgüter, die im Krieg erbeutet worden  
140 sind, an die Herkunftsländer zurückzugeben sind. Bestehende Ansprüche anderer Staaten  
141 gegen Deutschland sind ernst zu nehmen und bei der Rückgabe aktiv mitzuwirken,  
142 beispielsweise mittels gründlicher Recherchen in Museen und Archiven.

143

## 144 **Reparationszahlungen für Einzelpersonen**

145

146 Bis heute sind viele Überlebende der Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Angehörigen  
147 nicht entschädigt. Bis heute hat keine Entschädigung von Homosexuellen, Sinti und Roma,  
148 Deserteure der Wehrmacht und Zwangssterilisierten stattgefunden. Der deutsche Staat und  
149 deutsche Unternehmen haben sich darüber hinaus mit außergerichtlichen Einigungen aus der  
150 Verantwortung gezogen.

151

152 Wir fordern deshalb die unverzügliche Entschädigung aller überlebenden Opfer des NS-  
153 Regimes. Sollten noch-nicht-Entschädigte verstorben ist eine Entschädigung der nächsten  
154 Verwandten erforderlich.

155

## 156 **Unternehmen einbeziehen**

157

158 Viele deutsche Unternehmen haben vom Nationalsozialismus profitiert. Insbesondere durch  
159 Zwangsarbeit konnten viele Unternehmen ihre Profit steigern. Nach dem 2. Weltkrieg haben  
160 eine Reihe von Unternehmen in außergerichtlichen Einigungen Entschädigungen an Teil der

161 ZwangsarbeiterInnen bezahlt, freiwillig ist dies jedoch nie passiert.

162

### 163 **Aufarbeitung Verwaltung und Gerichte**

164

165 Nach dem 2. Weltkrieg gelang es vielen ehemaligen NationalsozialistInnen wieder in die  
166 Verwaltungen von deutschen Behörden und Institutionen zu gelangen. Dies hatte zur Folge,  
167 dass die ideologischen Grundlagen des NS-Regimes auch in das staatliche Handeln der  
168 Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Einzug erhielten. Es  
169 muss weiterhin wissenschaftlich untersucht werden, was die Auswirkungen dieser Kontinuitäten  
170 waren und klar gemacht werden, dass es keinen Schlussstrich nach 1945 geben kann.

171

### 172 **Weiterhin Prozesse gegen Verantwortliche**

173

174 Bis heute leben eine ganze Reihe von Verantwortlichen für die Verbrechen des NS-Regimes. Es  
175 ist wichtig diese Menschen auch heute noch zur Verantwortung zu ziehen.

176

### 177 **Theoretisch-ideologische Ursachen in den Blick nehmen**

178

179 Nationalsozialistisches Gedankengut entsteht nicht im luftleeren Raum. Gedenkkultur muss  
180 deshalb auch die Frage der theoretisch-ideologischen Ursachen in den Blick nehmen und  
181 deshalb insbesondere die Frage untersuchen warum insbesondere durch Deutschland der  
182 größte systematische Massenmord in der Geschichte durchgeführt wurde und warum es trotz  
183 jahrzehntelangem Gedenken es bis heute Erscheinungsformen nationalsozialistischer Ideologie  
184 in Deutschland gibt.

185

### 186 **Unsere Rolle als Verband**

187

188 Als jungsozialistischer Verband tragen wir eine besondere Verantwortung im Gedenken an die  
189 Opfer des Nationalsozialismus. Nicht nur, weil viele Mitglieder der Sozialdemokratie von der  
190 NationalsozialistInnen ermordet wurden, sondern auch weil wir das Gedenken als zentrales  
191 Element unsere antifaschistischen Grundeinstellung sehen.

192

### 193 **Individuelle Reflexion der eigenen Perspektive und daraus resultierenden Konsequenzen**

194

195 Alle Jusos, insbesondere jene in Funktion, müssen sich Gedanken machen über ihre eigene  
196 Rolle im Gedenkprozess.

197

### 198 **Verstrickungen aufdecken**

199

200 Eine Reihe von Mitgliedern der SPD haben in der Zeit des NS-Regimes sich aktiv an diesem  
201 beteiligt und davon profitiert. Dies darf nicht verschwiegen werden. Deshalb ist es wichtig,  
202 darüber zu diskutieren was es für die Sozialdemokratie bedeutet, wenn führende  
203 Persönlichkeiten wie Karl Schiller, Heinrich Wilhelm Kopf und Karl Ahrens Mitglieder der NSDAP  
204 und anderer NS-Organisationen waren.

205

### 206 **Erinnern und Gedenken nicht als Symbolik und Formilia**

207

208 Als Gesamtverband müssen wir uns auch mit der Frage beschäftigen wie gedacht werden kann,  
209 ohne dies in eine formelle Pflichtveranstaltung werden zu lassen. Wir müssen deshalb eine  
210 natürliche Gedenkkultur fester in unseren Verbandsstrukturen verankern.

211

### 212 **Erinnern und Gedenken verknüpfen mit aktuellen Formen des Rassismus,**

### 213 **Antisemitismus und Rechtsradikalismus**

214

215 Für uns stellt die Arbeit des Erinnerns und Gedenkens auch eine Pflicht zur Bekämpfung der  
216 aktuellen Auswüchse von rechtem Gedankengut dar. Wir leben in einer Gesellschaft, in der  
217 Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus noch sehr verbreitet sind. Das bedeutet wir  
218 dürfen nicht nachlassen in unserem Kampf gegen diese Strukturen sei es auf der Straße bei  
219 Demonstrationen, Debatten innerhalb der SPD und durch inhaltliche Veranstaltungen.

220

221



**Titel** Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

## Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen

- 1 Bereits während der deutschen Kolonialzeit und des Ersten Weltkriegs, insbesondere aber
- 2 während des Zweiten Weltkriegs wurden auf Geheiß der militärischen und politischen
- 3 Verantwortlichen Deutschlands tausende Menschen zur Zwangsprostitution gezwungen. Bis in
- 4 die heutige Zeit wird jedoch sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Kolonial- und
- 5 Militäreinsätzen weitestgehend totgeschwiegen - auf Regierungsebene genauso wie im
- 6 öffentlichen Diskurs. Wir fordern, dass die gesellschaftliche und politische Aufarbeitung in
- 7 diesem Bereich endlich vorangetrieben wird. Deutschland muss sich seiner kolonialen und
- 8 faschistischen Vergangenheit stellen und Verantwortung für die Opfer und ihre Nachfahren
- 9 übernehmen.
- 10
- 11 Wir fordern daher, dass...
- 12
- 13 ...die wissenschaftliche und rechtliche Aufarbeitung der kolonialen und faschistischen deutschen
- 14 Vergangenheit im Bereich der Zwangsprostitution intensiviert wird.
- 15
- 16 ... die Bundesregierung endlich Verantwortung für die Opfer der Kolonial- und NS-
- 17 Zwangsprostitution sowie deren Nachfahren übernimmt. Dies schließt die Leistung materieller
- 18 wie finanzieller Entschädigungen mit ein.
- 19
- 20 ... die Bundesregierung auch aufgrund dieser historischen Verantwortung sich auf
- 21 internationaler Ebene gegen Menschenhandel, sexuelle Gewalt und Zwangsprostitution
- 22 verstärkt einsetzt und einen Schwerpunkt ihrer menschenrechtspolitischen Arbeit hierin zu
- 23 setzen.
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36

**Titel** Parlamente brauchen Druck der Straße -  
Politischen Streik ermöglichen

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Parlamente brauchen Druck der Straße - Politischen Streik ermöglichen

1 Der politische Streik ist innerhalb der SPD und der deutschen Gewerkschaften schon immer ein  
2 Reizthema gewesen. Die Diskussion hat in unserem Verband und in der Gesellschaft durch die  
3 Krise 2008 an Fahrt aufgenommen, in der sich Arbeitnehmer\*innen anderer  
4 europäischer Länder dieser Strategie bedienen: Seitdem haben die Gewerkschaften über 35  
5 Mal zu politisch-motivierten Arbeitsniederlegungen aufgerufen. An der europäischen  
6 Generalstreik-Tabellenspitze steht Griechenland, gefolgt von Italien, Frankreich, Belgien und  
7 Spanien. Sogar in Großbritannien wird wieder über politische Streiks diskutiert und wie im  
8 November 2011 auch angewendet. Momentan sind die Sparprogramme der alten „Troika“  
9 Hauptziel der politischen Streiks, die zu starken Einschnitten bei Löhnen, Beschäftigung und im  
10 Sozialbereich führten, sowie die staatliche Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte in  
11 südeuropäischen Ländern. So wurde in Spanien das Versammlungsrecht eingeschränkt. Auch  
12 in Deutschland wollen wir auf mittel- oder langfristiger Sicht diese Diskussionen erneut führen -  
13 genug Themen dafür gibt es. Bei einem politischen Streikrecht hätten die Arbeitnehmer\*innen  
14 sich beispielsweise gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Agenda 2010 stellen  
15 können.

16  
17

18 Deutschland hat eines der regressivsten und restriktivsten Streikrechte Europas, das sich  
19 größtenteils aus richterlicher Rechtsfortbildung ableitet. Das Grundgesetz kann lediglich auf Art.  
20 9 Abs. 3 verweisen, der zur Ausgestaltung des Streikrechtes jedoch stumm bleibt. In fast  
21 allen Staaten ist das Streikrecht durch die Verfassungen und/oder durch Gesetze garantiert und  
22 geregelt. In einigen Ländern wurden sogar Verbesserungen des Streikrechtes über Tarifverträge  
23 gesichert.

24  
25

26 Die Jusos fordern daher, allen Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, bei Gesetzen, die sie  
27 selbst in ihrer Lebensrealität beeinträchtigen oder beeinflussen, während der Arbeitszeit zu  
28 streiken. Ein demokratischer Prozess, der sich vom Kapital zunehmend in die Ecke drängen  
29 lässt, braucht den Druck der Straße und einer kritischen Gesellschaft, um dringend benötigte  
30 Legitimität und Lebendigkeit zurückzugewinnen. Weiterhin soll auf Bundesebene vermehrt in  
31 Seminare und Kongresse der politische Streik mit eingebaut werden, damit dieser konstant im  
32 Gespräch bei den Jusos bleibt.

33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an** Antifa e.V., Antifa Reisen GmbH, Antifa Catering GmbH, Antifaministerium, Antifa Geldausgabe Halle (Saale), Gewerkschaft antifaschistischer Berufsdemonstranten, Juso-Bundeskongress

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken

1 **Demo-Sold erhöhen – Demokratie stärken**

2

3 Die Jusos unterstützen die Arbeit der „Gewerkschaft antifaschistischer Berufsdemonstranten“.  
4 Um der zunehmenden Belastung entgegen zu wirken und um dem Gesetz des freien Marktes  
5 nach Angebot und Nachfrage angemessen Folge zu leisten, fordern wir eine Erhöhung des  
6 „Demo-Sold“ auf 45 Euro pro Stunde um auch weiterhin eine permanente Bereitstellung von 48  
7 Bussen mit willigen Berufsdemonstranten zu garantieren. Die Sicherheitskontrollen an den  
8 Antifa-Geldausgabestellen der lokalen SPD-Gliederungen müssen entsprechend verstärkt  
9 werden.

10

11 Zusätzlich zu dieser Erhöhung regen wir Jusos eine Erhöhung der Verpflegungs- sowie der  
12 Übernachtungspauschale an um auch hier den gestiegenen Anforderungen an unsere  
13 Mitglieder gerecht zu werden.

14

15 **Begründung:**

16 Die besagte Lohnerhöhung für akkreditierte DemonstrantInnen wurde vom alliierten Kontrollrat  
17 auf seiner 2342. Sitzung empfohlen um einen reibungsintensiven Ablauf bei  
18 Protestveranstaltungen aller Art zu gewährleisten. Die Abgaben in den Demonstrations-  
19 Veteranen-Fond und Zuschläge für Feiertage (z.B. 1.Mai) bleiben hierbei unberührt.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

**Titel** Unser Umgang mit Antisemitismus

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Unser Umgang mit Antisemitismus

### 1 Grundsätzliches zu Antisemitismus

2

3 Zunächst ist festzustellen, dass Antisemitismus zahlreiche Begründungsmuster und  
4 Artikulationsformen hat. So vereint Antisemitismus religiöse, historische, ökonomische,  
5 politische, psychologische, kommunikative und philosophische Aspekte. Antisemitismus kann  
6 auch als Weltdeutungssystem begriffen werden, welches so bei keiner anderen Form  
7 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit existiert.

8

9 Antisemitismus als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat eine Einzigartigkeit inne  
10 gegenüber anderen Vorurteilssystemen, da er die diskriminierte Minderheit nicht erniedrigt, wie  
11 beispielsweise Rassismus bezüglich der Hautfarbe, sondern im Gegenteil dazu überhöht. Im  
12 Antisemitismus ist stets von einer sogenannten jüdischen ‚Elite‘ die Rede, die angeblich zu viel  
13 Einfluss auf das Weltgeschehen und die Gesellschaft habe und alles kontrolliere. Dadurch wird  
14 der jüdischen Minderheit keine Minderwertigkeit unterstellt, wie anderen diskriminierten  
15 Minderheiten. Antisemitismus legitimiert sich dadurch, dass man sich von der jüdischer  
16 Kontrolle und dem Einfluss befreien müsse.

17

18 Wichtig ist an dieser Stelle auch, sich zu vergewissern, dass es ‚die Jüdinnen und Juden‘ als  
19 homogene Gruppe gar nicht gibt. Diese Zuweisung bestimmter Eigenschaften zu einer  
20 vermeintlich ethnischen Gruppe ist eine Gemeinsamkeit zwischen Antisemitismus und anderen  
21 Rassismen. So sind ‚die Jüdinnen und Juden‘ sowohl Angehörige der jüdischen Religion, als  
22 auch des jüdischen Volkes.

23

### 24 Struktureller Antisemitismus, System- und Kapitalismuskritik

25

26 Antisemitismus ist eines der ältesten Vorurteilssysteme der Welt und wird deshalb auch oft als  
27 antimoderne Weltanschauung definiert. So wurzeln einige Vorurteile so tief in der Gesellschaft,  
28 dass sie einfach auf heutige Verhältnisse übertragen werden. Antisemitismus wird im  
29 Gegensatz zu anderen Rassismusformen nicht immer mit dem direkten Begriff der ‚Jüdin‘ oder  
30 des ‚Juden‘ artikuliert. Die Ressentiments werden auf eine abstrakte ‚Elite‘ übertragen. So geht  
31 beispielsweise Kapitalismuskritik stark verkürzt mit dieser Form antisemitischer Artikulation  
32 einher. Die Vorstellung, dass diese ‚Elite‘ die Welt kontrolliere und damit der eigentliche  
33 Ursprung kapitalismusimmanenter Probleme sei, wurde auch nach der 2008 ausgebrochenen  
34 Weltwirtschaftskrise regelmäßig kommuniziert. Die Lösung sehen AntisemitInnen darin, diese  
35 Elite zu beseitigen bzw. zu entmachten. Dieses Denken hat seinen Ursprung ebenfalls in dem  
36 uralten Vorurteil, dass Jüdinnen und Juden WuchererInnen, BetrügerInnen, und SpekulantInnen  
37 seien, was lediglich damit zu tun hat, dass für Jüdinnen und Juden im Mittelalter das Verbot  
38 verhängen wurde, gewöhnlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten, wie Handwerksberufen nicht  
39 nachgehen zu dürfen. So waren Jüdinnen und Juden von den Aktivitäten der Gesellschaft bis

40 auf die des Geldhandels ausgeschlossen.

41

42 Dieses Denken ist geradezu zwangsläufig verknüpft mit der Vernichtungsphantasie, dass die  
43 Probleme der Welt zu lösen seien, indem die Jüdinnen und Juden, artikuliert als die ‚Elite‘  
44 beseitigt bzw. entmachtet werden. So haben auch nahezu alle Verschwörungstheorien gemein,  
45 einen antisemitischen Beigeschmack zu haben oder sie lassen sich ohne große Anstrengung  
46 auf das antisemitische Feindbild übertragen. So lässt sich auch der Vorwurf des Antisemitismus  
47 gegenüber dem vermeintlich linken Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen nachvollziehen.  
48 Auch einige globalisierungs- und kapitalismuskritische Argumentationen sind verkürzt und  
49 deshalb oft antisemitisch. So wird aus Kapitalismus- lediglich Kapitalistenkritik.

50

## 51 **Sekundärer Antisemitismus**

52

53 Das Thema Antisemitismus ist mittlerweile eng verknüpft mit dem Zweiten Weltkrieg und der  
54 deutschen Geschichte. Die Shoa stellt einen Wendepunkt dar im Umgang mit Jüdinnen und  
55 Juden, denn sie ist der Auslöser des sogenannten sekundären Antisemitismus. Die beiden  
56 grundsätzlichen Motive des sekundären Antisemitismus sind die Relativierung und Leugnung  
57 des Holocaust und die Projektion der Schuld auf die Jüdinnen und Juden selbst als TäterInnen-  
58 Opfer-Umkehr.

59

60 Auch der Nationalismus und das Verlangen nach kollektiver Identität haben eine  
61 Katalysatorfunktion für sekundären Antisemitismus. Wer sich heute ungebrochen mit der  
62 deutschen Nation identifizieren möchte, wird auf das Hindernis Auschwitz stoßen und dazu  
63 tendieren, entweder die Fakten zu leugnen, die Schuld nicht anzuerkennen oder mit  
64 Gegenangriffen und Schuldprojektionen auf Jüdinnen und Juden zu reagieren. Es gibt sogar  
65 einen empirisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Nationalismus und der Ablehnung  
66 der Vergangenheitsbewältigung. Es geht nicht mehr um die Frage der Exklusion der Jüdinnen  
67 und Juden aus dem nationalen Kollektiv wie bis 1945 und wie heute im Fall der  
68 „AusländerInnen“, sondern Jüdinnen und Juden werden wegen ihrer Mahnungen, den  
69 Holocaust und seine Ursachen nicht zu vergessen, für den prekären Zustand des nationalen  
70 Selbstbewusstseins mitverantwortlich gemacht.

71

72 In diesem Zusammenhang werden heutzutage immer wieder Stimmungen laut, wie zum  
73 Beispiel "Das ist 70 Jahre her, was hat das mit uns zu tun". Ziel solcher Behauptungen ist die  
74 Bagatellisierung der Shoa. Um wieder eine kollektive Identität herstellen und eine positive  
75 Beziehung zur deutschen Nation aufbauen zu können, wird die Geschichte relativiert,  
76 beispielsweise durch den Vergleich zu anderen Genoziden. Auch wird oft behauptet, die  
77 Jüdinnen und Juden wären auf einen eigenen Vorteil bedacht, indem sie an die Shoa erinnern.  
78 Dadurch versuchen vor allem Rechtsextreme die eigene Argumentation zu legitimieren, etwa  
79 durch die These "Man darf ja nichts mehr gegen Israel sagen, sonst ist man gleich Antisemit".

80

## 81 **Israel-Kritik**

82

83 Kritik an der Israelischen Politik in Bezug auf den Nahostkonflikt ist ein besonderes Feld der  
84 antisemitischen Agitation. Auch hier tritt ein sehr altes antisemitisches Vorurteil zutage.  
85 Religiöser Antisemitismus, welcher Jüdinnen und Juden den Vorwurf der JesumörderInnen und  
86 VerräterInnen an der ‚wahren‘ Religion des Christentums anlastet, stellt immer die  
87 Existenzberechtigung des jüdischen Volkes an sich in Frage, seit über 2000 Jahren. Übertragen  
88 auf die heutige Situation wird wieder die Existenz des jüdischen Volkes durch die Existenz des  
89 jüdischen Staates kritisiert. Israel-Kritik ist somit oftmals nicht die Kritik am Handeln des Staates  
90 Israel, sondern an der Existenz des Staates an sich.

91

92 Auch wird oft behauptet, Israel-Kritik sei ein gesellschaftliches Tabu, dabei ist eher das  
93 Gegenteil der Fall. Bei keinem anderen Konflikt auf der Welt besteht so ein großes Bedürfnis,  
94 das Handeln der Akteurin oder des Akteurs zu kommentieren, was beispielsweise immer wieder  
95 in den Kommentarspalten der großen und bekannten Onlinezeitschriften zu sehen ist. Wenn es  
96 mal wieder zu einer öffentlichen Debatte über den Nahostkonflikt kommt, scheint nahezu jedeR  
97 einE Israel-ExpertIn zu sein. JederR hat eine Meinung und eine wie und warum auch immer  
98 gefestigte Position zu diesem Thema, alle kennen die vermeintliche Wahrheit. Auch wird immer  
99 versucht, den Nahostkonflikt in ein Verhältnis zu setzen mit den Geschehnissen des Zweiten  
100 Weltkrieges, wobei die klassische TäterInnen-Opfer-Umkehr stattfindet. So wird beispielsweise

101 immer wieder der Gaza-Streifen mit den Konzentrationslagern verglichen. Auch der Kritik  
102 gegenüber dem Handeln der Vereinigten Staaten liegt oft Antisemitismus zugrunde.

103

#### 104 **Wie wollen wir mit Antisemitismus umgehen?**

105

106 Uns stellt sich immer wieder die Frage, wie man mit Antisemitismus umgehen sollte. Wir wollen  
107 uns an dieser Stelle klar positionieren, dass ein öffentlicher Fingerzeig oder lediglich der Vorwurf  
108 des Antisemitismus ohne eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema nicht unser  
109 Ziel sein kann. Allerdings ist das Wegschauen, Vergessen und Ignorieren der Zustände und der  
110 geschichtlichen Verantwortung ebenfalls nicht der richtige Weg. In der Debatte um  
111 Antisemitismus und Israelkritik sind die Fronten mittlerweile so verhärtet, selbst hier in  
112 Deutschland zwischen Menschen und Meinungen, die vom Nahostkonflikt weit entfernt sind.

113

114 Im öffentlichen Diskurs, in den sozialen Netzwerken und überall dort, wo über Jüdinnen und  
115 Juden, Israel oder auch den Holocaust diskutiert wird, wiederholt sich immer eine bestimmte  
116 Kritik, dass die Anschuldigung des Antisemitismus zu oft vorschnell getätigt wird und der Begriff  
117 nahezu inflationär verwendet wird. Genau hier ist Feingefühl geboten. Hier gilt es zu  
118 differenzieren zwischen legitimer Kritik am Handeln des Staates Israel und  
119 Menschenfeindlichkeit und Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden. Vorurteile, gegossen in  
120 bestimmte Semantiken sind vorhanden, jedoch fehlt oft das kritische Bewusstsein für die  
121 Brisanz bestimmter Äußerungen. So war sich unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel wohl  
122 nicht darüber bewusst, inwiefern sein Vergleich der israelischen Palästinenser-Politik mit einem  
123 Apartheid-Regime antisemitische Denkschemata reproduziert und Ressentiments befeuert.  
124 Auch einige andere MeinungsträgerInnen, ohne allen pauschal Antisemitismus vorzuwerfen,  
125 sind schon in dieses Dilemma geraten. Ein Urteil über den israelischen Staat sollte also immer  
126 ein historisches Bewusstsein und ein reflektiertes Wissen über das Phänomen des  
127 Antisemitismus voraussetzen.

128

129 All die ständig reproduzierten Vorurteile und Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden sind  
130 nicht nur beim Straßenmob oder ungebildeten Menschen anzutreffen, sondern auch bei  
131 DichterInnen, DenkerInnen, PriesterInnen, Gelehrten oder PhilosophInnen. Selbst Voltaire  
132 betrachtete Jüdinnen und Juden als die „natürlichen Feinde“ aller Nationen. Antisemitismus ist  
133 also ein Ressentiment, wovon nahezu niemand gefeit ist, denn er ist mit der Geschichte der  
134 Menschheit seit langer Zeit eng verknüpft. So gilt es also, immer darauf aufmerksam zu machen  
135 und hinzuweisen. Viele Menschen setzen sich nie mit diesem Thema auseinander und können  
136 deshalb oft nicht zwischen legitimer Israel-Kritik und Antisemitismus, mal versteckt hinter  
137 vermeintlicher Kritik oder auch in Form flacher Hetze, unterscheiden. Andererseits muss auch  
138 betont werden, dass es sehr wohl zahlreiche Menschen gibt, die den Unterschied kennen,  
139 jedoch trotzdem antisemitische Parolen verbreiten und so Hetze gegen das jüdische Volk  
140 betreiben. Doch zwischen Kritik und der Reproduktion von Vorurteilen und gruppenbezogener  
141 Menschenfeindlichkeit gibt es klare Grenzen. Deshalb fordern wir, diesem Thema größere  
142 Aufmerksamkeit zu widmen. Wir fordern die Partei dazu auf, sich sowohl innerhalb als auch  
143 außerhalb mit Antisemitismus und seinen Artikulationsformen auseinanderzusetzen.

144

#### 145 **Richtlinien im Umgang mit Antisemitismus**

146

147 Ein pauschaler Fingerzeig auf AntisemitInnen allein entschärft noch keine Debatte. Doch eine  
148 Entlarvung antisemitischer Vorurteile und Ressentiments sowie eine Sprachregelung dazu, wie  
149 wir selbst Kritik am Handeln des Staates Israel formulieren wollen, sind unablässig.

150

151 **Deshalb fordern wir die Partei dazu auf, mit einer einheitlichen und differenzierten**  
152 **Definition von Antisemitismus, diesen offenlegen zu können und so einen Umgang damit**  
153 **zu erleichtern. Zudem fordern wir die Partei dazu auf, jeglichen Antisemitismus in den**  
154 **eigenen Reihen zur Sprache zu bringen und zu verurteilen.**

155

156 Die Tatsache, dass Antisemitismus ein uraltes und in der Gesellschaft tief verwurzeltes  
157 Vorurteils- und Weltanschauungssystem ist, verlangt auch in der Bildung eine  
158 Auseinandersetzung mit dem Thema. Im Schulunterricht sollte über das Judentum als  
159 Religionsgemeinschaft und Volk informiert werden und auch die Entstehung und Entwicklung  
160 des Antisemitismus sollte Teil des Lehrplans sein. Zuvor muss man sich allerdings damit  
161 beschäftigen, wie Bildung in der Schule zu diesem Thema stattfinden soll. Bundespräsident

162 Gauck forderte beispielsweise einen KZ-Besuch für SchülerInnen verpflichtend einzuführen.  
163 Diese und andere Fragen müssen diskutiert werden.

164

165 **Wir fordern die SPD dazu auf, sich für mehr Auseinandersetzung mit dem Thema**  
166 **Antisemitismus und seinen Ursachen in der Bildung stark zu machen.**

167

168 Doch auch gesamtgesellschaftlich muss eine Auseinandersetzung in Form von  
169 verantwortungsvollem Umgang mit der Geschichte und Erinnerungskultur stattfinden, denn  
170 Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus. An dieser  
171 Stelle kommt immer der Begriff „Schuld“ ins Spiel. Auch um eine Schuldzuweisung geht es uns  
172 an dieser Stelle nicht. Hier entsteht immer wieder ein Missverständnis: der deutsche Staat hat  
173 eine einmalige Verantwortung gegenüber diesem Thema, weil kein anderer Staat es uns  
174 abnehmen sollte, immer wieder an die Geschichte und ihre Ursachen zu erinnern und sie am  
175 Leben zu erhalten, auch nach den Zeitzeugen. Um über dieses Thema sprechen zu können ist  
176 ein historisches Gedächtnis bzw. ein historisches Wissen und Verantwortungsgefühl von Nöten.  
177 Nach dem Zweiten Weltkrieg fand keine tiefgreifende Reflexion bzw. ein Bewusstseinswandel  
178 statt. Der Holocaust wurde eher als Besessenheit einiger weniger NationalsozialistInnen  
179 dargestellt. Damit hat man es sich sehr einfach gemacht. Dass Antisemitismus in nahezu allen  
180 Schichten der Gesellschaft verbreitet war und ist, wurde nicht erkannt. Statt Empathie für die  
181 Opfer zu empfinden wurde der Zivilisationsbruch im Zweiten Weltkrieg marginalisiert. Es finden  
182 vermehrt Schuldabwehr und Rechtfertigung als Vergangenheitsbewältigung statt. Letztendlich  
183 führt wie bei den meisten Konflikten nur der Dialog zum Ziel. Der Dialog mit den Betroffenen,  
184 denn wer keine Jüdinnen und Juden kennt, bekommt den alltäglichen Antisemitismus auch nicht  
185 mit.

186

187 **Deshalb fordern wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Thema Antisemitismus**  
188 **und dem Umgang mit dem Holocaust, welcher sich nicht nur auf historische Daten und**  
189 **Jahrestage beschränkt, sondern in Form von Dialogforen mit allen Beteiligten und**  
190 **AkteurInnen.**

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

**Titel** Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen

1 Lange für selbstverständlich gehaltene Grundrechte wie Demonstrationsfreiheit, das Recht auf  
2 informationelle Selbstbestimmung oder Post- und Fernmeldegeheimnis werden in der  
3 öffentlichen Debatte nicht nur vom politischen Gegner, sondern häufig auch von SPD-  
4 Innenpolitikern untergraben. Regelmäßig wird dabei die Kriminalitätsbekämpfung ins Feld  
5 geführt, auch die Gefahrenabwehr spielt in den entsprechenden Diskussionen häufig eine große  
6 Rolle. Geistige Grundlage dieser Forderungen ist die weitverbreitete Meinung, alles, was für den  
7 entsprechenden Zweck, z.B. die Abwehr terroristischer Gewalt, geeignet sei, sei auch zur  
8 Anwendung zu bringen. Die Jusos Hessen-Süd stellen sich gegen derartige Fehlschlüsse und  
9 bekräftigen, dass Grundrechte grundsätzlich nicht zur Disposition stehen. Wir setzen uns für  
10 eine Innenpolitik ein, die unsere Sicherheit im Rahmen der Verfassung bestmöglich schützt –  
11 aber diesen Rahmen nicht stetig zu erweitern versucht und dabei die Freiheit unserer  
12 Gesellschaft schwer in Mitleidenschaft zieht.

### 13 Gegen VDS & Überwachung – weil das Internet kein 14 rechtsfreier Raum ist 15

16  
17 Nicht nur der jüngste NSA-Skandal, sondern auch der unermüdliche Einsatz  
18 Innenpolitiker\*innen aller großen Parteien auf nationaler und europäischer Ebene für die  
19 anlasslose Vorratsdatenspeicherung belegt, dass das Internet von Regierungsseite zu lange als  
20 rechtsfreier Raum angesehen worden ist, in dem die grundgesetzlich garantierten Grundrechte  
21 prinzipiell außer Kraft gesetzt bzw. wenigstens zu umgehen sind. Bundesverfassungsgericht  
22 und Europäischer Gerichtshof haben diese für unsere verfassungsmäßige Ordnung gefährliche  
23 Annahme mit eindeutigen und unmissverständlichen Urteilen entkräftet. Nichtsdestotrotz  
24 erweckt besonders Koalitionspartner in Berlin den Eindruck, in der Selbstwahrnehmung über  
25 Recht und Gesetz zu stehen und, trotz völliger juristischer Aussichtslosigkeit, einen erneuten  
26 Versuch zu unternehmen, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung auf den Weg zu bringen.  
27

28 Wir fordern Jusos und SPD auf Bundesebene daher auf, sich diesem Vorgehen entgegen zu  
29 stellen; die Vorratsdatenspeicherung stellt nicht nur einen eklatanten Verfassungsbruch,  
30 sondern in einer zunehmend digital durchdrungenen Gesellschaft eine neue Qualität totaler  
31 staatlicher Observation dar. Bei Betrachtung der schiereren Menge, aber auch der  
32 lebensbereichübergreifenden Breite der von jedem von uns erzeugten Metadaten, bedeutet die  
33 anlasslose Vorratsdatenspeicherung nicht weniger als die völlige Sinnentleerung des Begriffs  
34 der informationellen Selbstbestimmung. Deswegen fordern wir: Keine VDS irgendeiner Art, nicht  
35 mit den Jusos und nicht mit unserer SPD!

### 36 Für ein reformiertes, progressives Demonstrationsrecht 37 38



39

40 Trotz der auf die Bundesländer übergegangenen Gesetzgebungskompetenz zum  
41 Versammlungsrecht fehlt Hessen nach wie vor ein eigenes, sich vom übergangsweise  
42 geltenden Bundesgesetz positiv abhebendes Versammlungsgesetz. Ziel eines neuen  
43 Versammlungsrechtes darf dabei nicht die strengste Restriktion, sondern die größtmögliche  
44 Eröffnung von Freiräumen zu politischer Aktion sein. Insbesondere fordern wir ein Ende des  
45 sog. Vermummungs- und Schutzwaffenverbots in der bestehenden Form, das zu häufig als  
46 Vorwand für bewusste Eskalation gedient hat; es ist gesetzlich zu konkretisieren oder aber  
47 abzuschaffen. Ebenfalls im Sinne der Vermeidung unnötiger Eskalation ist die  
48 Dienstnummernpflicht für Polizeibeamt\*innen, die eine Versammlung absichern, zusätzlich in  
49 einem neuen Versammlungsrecht abzusichern. Abschließend fordern die Jusos Hessen-Süd die  
50 Einberufung einer Arbeitsgruppe innerhalb des SPD-Landesverbandes, die mindestens mit  
51 Innen- & Justizpolitiker\*innen und Vertretern des Juso-Landesverbandes, sowie beider Bezirke  
52 zu besetzen ist und die die Erarbeitung eines Entwurfs eines neuen Versammlungsrechtes zum  
53 Ziel haben soll. Insbesondere die vielfältigen Erfahrungen der Juso-Gliederungen mit  
54 bestehenden Rechtsnormen und deren praktischer Anwendung sollen hierbei einfließen und in  
55 Verbindung mit justiz- und innenpolitischen Expertisen aus Fraktion und Vorstand auf  
56 Landesebene zu einem von Theorie und Praxis des Versammlungsrechtes geprägten Entwurf  
57 führen, der faktisch größere Versammlungsfreiheit verspricht; von besonderer Wichtigkeit bleibt  
58 dabei für uns Jusos die Abwehr einer Kriminalisierung der Teilnahme an Gegenversammlungen,  
59 z.B. gegen Nazi-Demonstrationen, wie sie nicht selten von konservativer Seite gefordert oder  
60 zumindest angestrebt wird.

## 61 Verantwortungsvolle Drogenpolitik statt staatlicher 62 Bevormundung

63

64

65 Freiheitsrechte sind nicht nur zum Erhalt politischer Freiheit da – mit der gleichen Intensität  
66 schützen sie gesellschaftliches Leben vor willkürlichen staatlichen Eingriffen. Deswegen fordern  
67 wir eine Drogenpolitik, die Gefahren und Vorteile des Verbots einzelner Substanzen objektiv,  
68 unvoreingenommen und ergebnisoffen prüft, bevor Menschen in ihrer Handlungsfreiheit  
69 eingeschränkt werden. Die nicht hinterfragte Erhaltung des status quo kann dabei gerade nicht  
70 Ziel sein. Ein erster Schritt muss dabei aus unserer Sicht die Freigabe von Cannabis sein, die  
71 gleich mehrere Vorteile mit sich bringt: Konsument\*innen einer Droge, die nachweislich nicht  
72 gefährlicher als Alkohol ist, würden nicht länger in die Illegalität gestellt, kriminelle  
73 Organisationen verlören eine wichtige Einnahmequelle, die zu oft Grundlage für andere  
74 organisiert kriminelle Tätigkeiten ist, und vor allem würden polizeiliche Ressourcen frei, um  
75 tatsächlich Kriminalität zu bekämpfen. Allein die steuerlichen Mehreinnahmen durch Mehrwert-  
76 und eine Cannabissteuer wären beträchtlich und dürften z.B. die Ausfinanzierung von Polizei  
77 und Justiz bei der Bekämpfung organisiert krimineller Strukturen erlauben.

## 78 Staatliche Repression wo Freiheitsrechte in Gefahr sind – 79 Hassverbrechen konsequent bekämpfen

80

81

82 Fraglos ist das Ziel jungsozialistischer Politik politische Aktion und gesellschaftliches Leben in  
83 einem staatlichen Rahmen zu garantieren, der möglichst wenig staatliche Eingriffe aufweist.  
84 Nichtsdestotrotz sind häufig genau diese gesellschaftliche Entfaltung, aber auch politische  
85 Prozesse durch jene in Gefahr, die eine freiheitliche Ordnung grundsätzlich ablehnen. Nicht  
86 Politiker\*innen und andere Personen des öffentlichen Lebens, sondern Menschen aus allen  
87 Lebensbereichen werden jedes Jahr wegen ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht  
88 oder ihrer sexuellen Identität Opfer von Gewaltkriminalität. Auch Moscheen und Synagogen  
89 werden Jahr für Jahr mit Anschlägen überzogen, genauso wie Asylbewerberheime. Unser  
90 Kampf gegen antisemitische, antiislamische oder rassistische Gewalt darf jedoch nicht in  
91 Lippenbekenntnissen enden – deswegen fordern wir eine zusätzliche Strafverschärfung bei  
92 derartiger, letztlich politischer Kriminalität. Sie müssen als Hassverbrechen kategorisiert werden,  
93 denn stets richtet sie sich gegen mehr als das angegriffene Individuum: Gerade rechtsradikale  
94 Gruppierungen sehen z.B. in Brandanschlägen auf Moscheen oder auf Synagogen eine  
95 Propaganda der Tat, die sich gegen die jeweiligen Glaubensgemeinschaften richtet. Wer einen  
96 Rabbiner oder eine Frau mit Kopftuch tätlich angreift und in der Öffentlichkeit erniedrigt, richtet  
97 sich nicht nur gegen einen Menschen – der Angriff gilt allen, dies ich der jeweiligen Gruppe  
98 zugehörig fühlen und auch unserer freiheitlichen Verfassung, die Homogenität und eine  
99

100 Hierarchie der Religionen, Hautfarben, Geschlechter und sexuellen Orientierungen gerade  
101 ausschließt. Verschärfte Strafe sollte also denjenigen erwarten, der eigenmächtig versucht, eine  
102 solche Hierarchie zu etablieren. Freiheitsrechte, die unter anderem die Pluralität unserer  
103 Gesellschaft garantieren, müssen so auch verteidigt werden.

104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

**Titel** Gegen ein „Familienwahlrecht“

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Gegen ein „Familienwahlrecht“

1 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, sich entschieden von der Einführung eines so  
2 genannten „Elternwahlrechtes“ zu distanzieren. Stattdessen sollte zur besseren Einbindung der  
3 Jugend in die Politik die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie auf kommunaler Ebene  
4 bereits vielfach erfolgreich geschehen, geprüft werden.

5

### 6 **Begründung:**

7

8 *Die Idee, dass auch die Interessen Minderjähriger in der Politik Gehör finden müssen, ist eine*  
9 *wichtige und richtige. Ein „Familienwahlrecht“, bei dem ein Elternteil im Namen jedes minder-*  
10 *jährigen Kindes eine weitere Stimme abgeben darf, ist hierfür jedoch weder ein geeignetes noch*  
11 *ein angemessenes Mittel.*

12

13 *Die Abgabe einer Stimme im Namen einer anderen Person verstößt direkt gegen die im*  
14 *Grundgesetz verankerten Wahlrechtsgrundsätze der Unmittelbarkeit, Freiheit und Geheimheit.*  
15 *Dabei widerspricht sie insbesondere jedoch dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Es kann*  
16 *nicht davon ausgegangen werden, dass Eltern tatsächlich ihre Kinder fragen, welche 20*  
17 *politischen Interessen sie haben (je nach Alter des Kindes ist dies ja auch gar nicht möglich).*

18

19 *Vielmehr werden Eltern derjenigen Partei, die sie ohnehin präferieren, eine oder mehrere*  
20 *zusätzliche Stimmen geben. Dies bedeutet nichts anderes, als dass Eltern minderjähriger*  
21 *Kinder mehrfach wählen dürfen, was dem im Grundgesetz verankerten und für die Demokratie*  
22 *zentralen Grundsatz der Gleichheit der Wahl, bei der die Stimmen aller Bürger\*innen das*  
23 *gleiche Gewicht haben, entgegensteht. Mehrfaches Stimmrecht von Eltern stellt einen*  
24 *unzulässigen Eingriff in die Zählwertgleichheit („one wo\*man one vote“) dar. Ein solches*  
25 *Zweiklassenwahlrecht, egal aus welchen Gründen, ist in jedem Fall zu verhindern und auch*  
26 *nicht verfassungskonform zu erreichen.*

27

28 *Zusätzlich stellen sich zahlreiche praktische Probleme:*

29

- 30 • *Welches Elternteil darf die Stimme für das Kind abgeben (eine gemeinsame Abgabe*  
31 *widerspricht ja wiederum dem Grundsatz der geheimen Wahl)?*
- 32 • *Wer hat dies im Streitfall zu entscheiden?*
- 33 • *Was passiert, wenn Jugendliche schon vor dem 18. Lebensjahr eine klare politische*  
34 *Präferenz entwickeln, die der Eltern/des wählenden Elternteils entgegensteht?*

35

36 *Wenn den Stimmen von Kindern und Jugendlichen in der Politik mehr Gehör verschafft werden*  
37 *soll, so kann dies über ihre unmittelbare Beteiligung an Wahlen geschehen, wodurch die oben*  
38 *genannten Wahlrechtsgrundsätze der unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl*  
39 *gewahrt bleiben. Es sollte daher über eine Herabsetzung des Wahlalters diskutiert werden, da*

40 *sich z.B. auf Kommunalen Ebene in verschiedenen Regionen zeigt, dass auch Minderjährige*  
41 *durchaus in der Lage zu einer politischen Willensbildung sind.*

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

1 Seit dem Frühjahr vergangen Jahres kommt es in Deutschland zu sogenannten Friedensdemos  
2 beziehungsweise Mahnwachen an Montagen. Die Demonstrationen richten sich nach eigener  
3 Aussage gegen die "gleichgeschalteten" Medien, gegen einen angeblich geplanten Krieg mit  
4 Russland und gegen die Politik des FED (Federal Reserve System).

5  
6 Im Herbst schlossen sich diese Mahnwachen mit der traditionellen Friedensbewegung  
7 zusammen um zum Friedenswinter 2014/2015 aufzurufen. Gemeinsam wird zu vielen  
8 Veranstaltungen aufgerufen, es gab etwa eine gemeinsame Konferenz am 11. Oktober 2014 in  
9 Hannover. Höhepunkte sollen die Ostermärsche und Demonstrationen am 8. Mai sein.

10  
11 Wir Jusos setzen uns für eine friedliche Weltordnung ein. Diese muss sich an unseren  
12 Grundwerten richten. Kriegerische Auseinandersetzungen sollen ebenso wie Diskriminierung  
13 und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören. Deshalb lehnen wir die Aktion des  
14 "Friedenswinters" und die Montagswahnwachen ab. Beide stehen unseren politischen Werten  
15 entgegen.

16  
17 **Die OrganisatorInnen stehen nicht für eine progressive Politik.**

18  
19 Die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen des Friedenswinters stehen zu großen Teilen nicht  
20 für eine progressive Politik. Die Rhetorik dieser Personen ist zu häufig von antisemitischen  
21 Ressentiments, Verschwörungstheorien und völkischen Phrasen durchsetzt. Ken Jepsen ist ein  
22 zentraler Akteur der Bewegung. Bis 2011 war er Radiomoderator beim RBB bis er wegen  
23 antisemitischer Ausfälle entlassen wurde. Heute verbreitet er seine antisemitischen Ansichten  
24 und Verschwörungstheorien auf seiner eigenen Homepage KenFM. Ein weiterer Organisator  
25 der Mahnwachen ist Jürgen Elsässer, der die ultrakonservative Zeitung Compact betreibt.

26  
27 Die OrganisatorInnen kritisieren die gleichgeschalteten Medien, die von dunklen Mächten  
28 kontrolliert seien und deshalb über die Bewegung kritisch berichten. Interviewaussagen des  
29 Anmelders der Berliner Mahnwache, Lars Märholz, in denen er sich dahingehend äußert, dass  
30 die FED für alle Kriege in den letzten 100 Jahren verantwortlich sei, sind klar  
31 geschichtsrevisionistisch einzuordnen. Solche Aussagen sprechen Deutschland von der  
32 Verantwortung für die Verbrechen der Nazis frei und behauptet, dass die Menschen von  
33 geheimen KriegstreiberInnen angestachelt würden. Diese Rhetorik kennt man bereits von den  
34 NationalsozialistInnen, die auch der Auffassung waren das deutsche Volk vor  
35 KriegstreiberInnen beschützen zu müssen.

36  
37 Für uns Jusos ist klar: diese Menschen repräsentieren nicht unsere Politik. Wir wollen keinen  
38 Vorschub leisten zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus.

39

40 **Die Kapitalismuskritik ist nicht emanzipatorisch.**

41

42 Die Kapitalismuskritik der Friedensbewegung ist ausgrenzend und monokausal. In ihr wird der  
43 Kapitalismus durch starke Fokussierung auf BankerInnen, die FED und Zinspolitik simplifiziert,  
44 monokausal und völkisch-antisemitisch kritisiert. Einzelne Personen werden für das Übel des  
45 Kapitalismus verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird ein "Zins-System" als Kernübel des  
46 Kapitalismus verantwortlich gemacht.

47

48 Wir Jusos wissen, dass das kapitalistische System totalitär und unabhängig von einzelnen  
49 Menschen besteht. Wir suchen keine Schuldigen für das System, unser Ziel bleibt die  
50 Überwindung dessen.

51

52 **Antisemitismus lehnen wir ab.**

53

54 Die Mahnwachen und der Friedenswinter dienen als Grundlage der Artikulation für  
55 antisemitische Vorurteile und Ressentiments. Kritik wird pauschalisiert an Regierungen, "der  
56 Ostküste" und sogar offen an "zionistische Banken" geäußert. Darüber hinaus zeigt sich seit  
57 dem letzten Gaza-Krieg ein klarer israelbezogene Antizionistischer-Antisemitismus mit den  
58 typischen Merkmalen der NSVergleiche, Doppelstandards und Symbolbilder, die traditionell  
59 antisemitisch sind. Insbesondere bieten die Demonstrationen immer wieder Plattformen für  
60 antistemitische Gruppen und Einzelpersonen.

61

62 Wir Jusos lehnen Antisemitismus ab. Die Solidarität mit allen Jüdinnen und Juden ist für uns  
63 Verbandsmaxime genauso, wie unsere kritische Solidarität mit dem Staat Israel. Wir lehnen  
64 jegliche Dämonisierung des Staates Israel ab.

65

66 **Keine Verharmlosung des Nationalsozialismus**

67

68 Ein Kernkritikpunkt der Friedensbewegung die Außenpolitik der USA und die Politik der NATO.  
69 Als progressiver Mensch kann man sicherlich eine Reihe von Entscheidungen der USA und der  
70 NATO kritisch sehen. Die Kritik der Friedenswinterbewegung ist aber deutlich umfassender. Im  
71 Rahmen der Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz wurde die NATO als schlimmster  
72 Kriegstreiber der Geschichte dargestellt und damit das millionenfache Leid, dass durch den 2.  
73 Weltkrieg ausgelöst wurde verharmlost. Diese Kritik ist durchaus kein Einzelfall sondern eher die  
74 allgemeine Ansicht der Bewegung.

75

76 Wir Jusos bekennen uns klar zu der Ansicht, dass der Nationalsozialismus und die durch ihn  
77 ausgelösten Kriege das zentrale Verbrechen der Menschheit und lehnen jede Relativierung und  
78 Verharmlosung ab.

79

80 **Entschieden der Querfront entgegenzutreten.**

81

82 Die Mahnwachen- und Friedenswinterbewegung öffnet sich für rechte und linke Politik. So soll  
83 ein Grundkonsens geschaffen werden zu den zentralen inhaltlichen Übereinstimmungen. Aus  
84 diesem Grund finden sich neben Menschen, die sich als "links" sehen, viele ReichsbürgerInnen,  
85 verschwörungsideologischen Gruppierungen und ZinskritikerInnen. Lars Mährholz sucht den  
86 Handschlag mit dem Burschenschaftler Michael Vogt, der mit dem NPD Funktionär Olaf Rose  
87 eine revisionistische Dokumentation über Rudolf Heß produziert. Darüber hinaus zeigt sich  
88 immer wieder eine Nähe zu rechtsradikalen Bewegungen.

89

90 Der Friedenswinter wird gleichzeitig von vielen Abgeordneten der Partei "Die Linke" unterstützt.  
91 Dieter Dehm, Sarah Wagenknecht, Christine Buchholz und weitere traten etwa bei einer  
92 Demonstration am 13.12.2014 auf. Darüber hinaus wird der Friedenswinter auch finanziell durch  
93 eine Anzeige in der Friedenswinterzeitung unterstützt.

94

95 Für uns Jusos ist die Zusammenarbeit mit rechten Gruppierungen nicht hinnehmbar. Im Kampf  
96 gegen den Faschismus und eine neue Weltordnung kann es keine Zeit- und Zweckbündnisse  
97 mit rechten und anti-emanzipatorischen Gruppen geben.

98

99 **Deshalb: Kein Frieden mit dem Friedenswinter**

100

101 Der Friedenswinter bietet Anschluss für Personen die einem antisemitischem, paranoidem,  
102 rassistischem Weltbild folgen und eine verkürzte Kapitalismuskritik propagieren.

103

104 Wir Jusos stehen für eine gerechte und friedliche Welt. Wir stehen für die Überwindung von  
105 Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Diese Ziele mit dem Friedenswinter nicht zu  
106 erreichen.

107

108 Wir rufen aus diesen Gründen alle Personen dazu auf sich nicht an den Aktionen des  
109 Friedenswinters zu beteiligen und entschieden gegen Antisemitismus, regressive  
110 Kapitalismuskritik und Querfrontsbewegungen entgegenzutreten.

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

**Titel** Nichtwähler\_innen auch eine Stimme geben!

**Antragsteller** Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, Bundesjustizminister Heiko Maas

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Nichtwähler\_innen auch eine Stimme geben!

1 Forderung:

2

3 1) Die Jusos fordern, dass bei öffentlichen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland die  
4 Möglichkeit der Enthaltung gegeben und auf dem Wahlzettel ausgewiesen wird.

5

6 2) Als Enthaltungsgrund können folgende Möglichkeiten angegeben werden:

7

8 • Ich finde mich inhaltlich nicht in den Wahlvorschlägen wieder.

9 • Ich verstehe das Wahlsystem nicht.

10 • Sonstiges

11

12 **Begründung:**

13 Bisher ist die Unterscheidung zwischen falsch ausgefüllten Wahlzetteln und tatsächlichen  
14 Enthaltungen nicht möglich. Menschen, die sich enthalten wollen, haben so keine Möglichkeit,  
15 sich auszudrücken, ohne eine ungültige Stimme abzugeben.

16

17 Enthaltungen, sofern diese abgegeben werden, werden zwar in die Wahlbeteiligung mit  
18 einberechnet, aber immer als ungültige Stimmen gewertet. Das ist unfair! Den eigentlichen  
19 Enthaltungen wird kein prozentuales Gewicht gegeben, so dass sie wie das Nichtwählen keinen  
20 direkten Einfluss auf das Wahlergebnis haben und somit indirekt rechte Parteien stärken. Die  
21 logische Konsequenz muss sein, dass Enthaltungen als gültige Stimmen einen Anteil an der  
22 Sitzverteilung bekommen müssen.

23

24 Um langfristig der Politikverdrossenheit, und damit einhergehend der stetig sinkenden  
25 Wahlbeteiligung, entgegenzuwirken, muss herausgefunden werden, warum Wähler\_innen sich  
26 enthalten.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38



**Titel** Programm gegen den Überwachungsstaat

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Programm gegen den Überwachungsstaat

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern eine klare Positionierung innerhalb der Jusos und der SPD gegen den  
4 Überwachungsstaat. Diese Positionierung soll in einer Grundsatzdebatte, ähnlich dem Konzept  
5 des "Programm für die Digitale Gesellschaft" unter Beteiligung der Basis erarbeitet werden.  
6 Gleichzeitig wird der Bezirksvorstand aufgefordert, eine Positionierung des Verbands  
7 vorzubereiten.

8

9 **Begründung:**

10 Die SPD setzt sich in ihrem "Programm für die Digitale Gesellschaft" in einem der Wichtigkeit  
11 der Thematik angemessenen Verfahren mit den Konsequenzen der Digitalisierung für unsere  
12 Gesellschaft ein. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Ein vergleichbarer Diskussionsprozess steht  
13 jedoch für die gesamtgesellschaftliche Frage der Überwachung noch aus. Diese ist auf das  
14 Engste mit der Frage der technischen Entwicklung verbunden, da allgemein das geschieht, was  
15 technisch möglich ist. Dennoch handelt es sich bei der Frage der Überwachung durch Staat und  
16 Privatwirtschaft um eine eigene, als Querschnittsaufgabe zu erkennende, Herausforderung für  
17 eine demokratische Gesellschaft. Wir sind der festen Überzeugung, dass die gängigen Praxen  
18 der Überwachung durch Geheimdienste, der Ausbreitung von elektronischen Karten in  
19 Verwaltung und Wirtschaft sowie die Auswertung personenbezogener Kommunikationsdaten  
20 einer kritischen Überprüfung bedarf. Die SPD als der Zukunft zugewandte Partei muss auf diese  
21 Fragen Antworten finden.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Ey Deutschland du Opfer! –  
Staatsbeleidigung ist keine Straftat

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der  
2 Bundesregierung werden aufgefordert sich für die ersatzlose Streichung der §§ 90  
3 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten), 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner  
4 Symbole) und 90b (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen) StGB  
5 einzusetzen.

6

7 **Begründung:**

8 Am 3. Juli 2015 beschlagnahmte die Berliner Polizei während einer Demo gegen die  
9 europäische Sparpolitik gegenüber Griechenland ein Transparent der Gruppe TOP B3rlin. Dies  
10 geschah unter dem Vorwand, die Aufschrift "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" stelle eine  
11 Verunglimpfung des Staates im Sinne von § 90a StGB dar.

12

13 Zwar wurde das Ermittlungsverfahren gegen die 21 Beschuldigten mittlerweile eingestellt,  
14 jedoch zeigt sich hier wie auch an anderen Beispielen, dass § 90a des Strafgesetzbuchs gerne  
15 als Vorwand dient um von polizeilicher Seite gegen unliebsame Meinungen und Positionen  
16 vorzugehen.

17

18 Auch erschließt sich generell nicht welches geschützte Universalrechtsgut (Individualrechtsgüter  
19 kommen logischerweise nicht in Betracht) mit einem Verstoß gegen § 90a StGB verletzt sein  
20 soll. Die Regelung ist somit überflüssig.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## E

### Europa

E 1	Berlin Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft	108
E 2	Nordrhein-Westfalen Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik	111
E 3	Baden-Württemberg EU Transparenz-Register weiterentwickeln	116
E 4	Rheinland-Pfalz Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen	117
E 5	Berlin Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder intensivieren	118
E 6	Hannover Europäische Schuldenstrategie überdenken	121
E 7	Nordrhein-Westfalen Europa aktiv leben – gegen nationales Geklügel – für eine wahrhaft europäische Bewegung	122

**Titel** Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung  
der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft

1 Zweimal hat Deutschland im 20. Jahrhundert aus Aggression einen Weltkrieg losgetreten.  
2 Zweimal konnte Deutschland nieder gezwungen werden und war hoch verschuldet. Zweimal hat  
3 Deutschland sich seiner Schulden weitgehend entzogen. Denn weder wurden die Reparationen  
4 des Versailler Vertrags vollumfänglich geleistet, noch die des Zweiten Weltkriegs. Deutschland  
5 beging nicht nur die größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts, es entzog sich auch seiner  
6 finanziellen Schuld.

7  
8 Deutschland wäre mehrmals bankrott erklärt worden, hätten ihm nicht andere Staaten mit Fonds  
9 und Aufbauprogrammen unter die Arme gegriffen und trotz heftigster Kriegsschäden, die sie  
10 durch deutsche Truppen erlitten hatten, auf ihre Forderungen größtenteils verzichtet. Allein  
11 deswegen durfte Deutschland schon im Jahr 2010 die letzte Tilgungsrate des Versailler Vertrags  
12 begleichen und nicht erst viele Jahrzehnte später.

13  
14 **Dístomo ist ungesühnt**

15  
16 Nach dem deutschen Überfall auf Griechenland wurde es massiv ausgeraubt, die Bevölkerung  
17 massenweise ermordet. Die Deutschen stahlen die halbe Industrie, die Mehrheit der Straßen  
18 und Schienen und fast die gesamte Handelsflotte. Sie zwangen die Zentralbank zu einer  
19 Zwangsanleihe über 467 Millionen Reichsmark, dieser Raub wurde nie zurückgezahlt. 300 000  
20 Griech\*innen ließen die Deutschen verhungern, indem sie ihre Nahrungsmittel raubten und  
21 nach Deutschland schafften. 130 000 Widerstandskämpfer\*innen wurden von den Deutschen  
22 ermordet. 70 000 jüdische Griech\*innen wurden von den Deutschen in Konzentrationslagern  
23 vernichtet. Die Deutschen zerstörten hunderte Dörfer völlig, allein 200 im Sommer 1943. Sie  
24 massakrierten ganze Dorfgemeinschaften, in denen Partisan\*innen vermutet wurden. Ein  
25 Beispiel hierfür ist das Massaker von Dístomo: Nachdem drei Deutsche im Parnassosgebirge  
26 von Partisan\*innen erschossen wurden, überfiel die SS 1944 das Dorf. 218 Dorfbewohner\*innen  
27 wurden ermordet, die Frauen vorher vergewaltigt und ihre Brüste abgemetzelt, Schwangere  
28 aufgeschlitzt. Nach dem Massenmord wurden alle Häuser gebrandschatzt. Deutschland hat die  
29 Entschädigung der Angehörigen bislang verweigert.

30  
31 **Deutschland muss zahlen**

32  
33 Die griechische Regierung hat, entgegen deutscher Beteuerungen, niemals auf Reparationen  
34 verzichtet, noch auf die bestehenden Forderungen aus der Zwangsanleihe. Nach dem Zweiten  
35 Weltkrieg forderte Griechenland eine Entschädigung von knapp 7,2 Milliarden Reichsmark um  
36 die Kriegsschäden zu begleichen. Das Londoner Schuldenabkommen (1953) stundete solche  
37 Zahlungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrags. Deutschland schloss mit Griechenland  
38 (1960) einen Entschädigungsvertrag ab, der auf Wunsch der Adenauerregierung keine

39 Reparationen beglich. Griechenland war auch keine Vertragspartei des Zweiplusviervertrags,  
40 darin enthaltene Vereinbarungen gelten für Griechenland nicht. Die griechische Regierung  
41 bestand im Jahr 1995 – nachdem vorher die deutsche Teilung als Argument für einen Aufschub  
42 der Zahlungen herangezogen wurde – erneut auf die Leistung von Reparationen und die  
43 Begleichung der Schulden. Wir erkennen diese (juristisch einwandfreie wie gerechte) Forderung  
44 an: Deutschland ist verpflichtet zu zahlen.

45

## 46 **Freundschaft und Ausbeutung**

47

48 Die Bundesrepublik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in das polarisierte Beziehungsgeflecht  
49 des Kalten Kriegs eingebunden. Deswegen hatten die westlichen alliierten Befreier\*innen bald  
50 kein Interesse mehr, dass Deutschland seine Schulden völlig zurückzahlen möge. Deutschland  
51 wurde wieder aufgebaut. Und es wuchs erneut zu einer Wirtschaftsmacht heran. Die  
52 europäische Integration ersetzte nun althergebrachte Feindbilder des Kontinents.  
53 Wirtschaftsbeziehungen wurden die Grundlage einer neuen westeuropäischen  
54 Friedensarchitektur. Vom wirtschaftlichen Aufschwung Deutschland profitierten viele Staaten,  
55 auch Griechenland. Zahlreiche griechische Gastarbeiter\*innen halfen daran mit. Deutschland  
56 profitierte durch ihre massive Ausbeutung. Doch die Gastarbeit war attraktiv, da die Löhne  
57 höher als in Griechenland waren. So profitierten auch griechische Familien vom deutschen  
58 Aufschwung. Mehr als das: es entstanden persönliche, freundschaftliche Bindungen zwischen  
59 beiden Ländern. Spätestens als der Griechenlandtourismus während des Jugoslawienkriegs ab  
60 den 1990ern boomte, wuchs Deutschland zu einer engen Partnerin Griechenlands heran. Es  
61 galt in den 2000ern als das beliebteste Land der Griech\*innen, auch wenn die Besatzung nie  
62 vergessen wurde.

63

64 Seit Beginn der Finanzkrise werden wieder alte Stereotypen bedient. Politiker\*innen und einige  
65 deutsche Medien, allen voran die Springer-Presse, verbreiten rassistische Hetze gegenüber  
66 Griech\*innen. Hier lebt die verlogene Selbstwahrnehmung Deutschlands wieder auf:  
67 Deutschland bestünde demnach aus ehrlichen Kaufleuten, die Griech\*innen wären  
68 verschlagene Trickser\*innen. Ähnliche Zuschreibungen erfahren die Finanzminister Schäuble  
69 („gewissenhaft“) und Varoufakis („Spielertyp“). Diese Zuschreibungen kommen vielfach für  
70 überwunden gehaltenen Traditionen nahe, die einst Bilder von „verschlagenen Partisan\*innen“  
71 und „ordnungsstiftenden Deutschen“ propagierten. Die deutsch-griechischen Beziehungen  
72 wurden durch die Politik der Bundesregierung schwer beschädigt. Nicht zuletzt die teilweise  
73 volksverhetzende Stimmungsmache einiger deutscher Medien, allen voran die Springer-Presse,  
74 gegen die griechische Bevölkerung im Kontext der Europäischen Krise, aber auch die mitunter  
75 Arroganz deutscher Politiker\*innen im Umgang mit ihren griechischen Kolleg\*innen sind  
76 wesentliche Gründe für die notwendige Begegnung junger Menschen aus Griechenland und  
77 Deutschland im Sinne einer gemeinsamen europäischen Verständigung. Wenn Politik und  
78 Öffentlichkeit es nicht schaffen ein Klima der Verständigung, der Gemeinsamkeit und der  
79 Empathie zu erzeugen, muss die junge Generation über Möglichkeiten der Begegnung  
80 Ressentiments abbauen und Verständigung aufbauen können.

81

82 Konsequenzen ziehen: Reparationen und Kriegsschulden begleichen – und ein Deutsch-  
83 Griechisches Jugendwerk stiften!

84

- 85 • Wir fordern die Bundesregierung auf, die Reparationen an Griechenland schnellstmöglich  
86 zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung in diesem Sinne auf, insbesondere die  
87 Zwangsanleihe Griechenlands verzinst zurückzuzahlen.
- 88 • Wir fordern die Bundesrepublik auf, die deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland  
89 anzuerkennen und Überlebende und Angehörige zu entschädigen.
- 90 • Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-  
91 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Stiftung eines deutsch-griechischen  
92 Jugendwerks einzusetzen. Interkulturell ausgerichtete Jugendwerke auf europäischer  
93 Ebene, wie das deutsch-französische oder das deutsch-polnische Jugendwerk erfüllen  
94 eine wichtige Aufgabe in der Verständigung der jungen Generationen vor dem  
95 Hintergrund der Geschichte. Sie fördern Begegnung, Austausch, Gedenkarbeit und damit  
96 konkret die Annäherung junger Menschen im Sinne der europäischen Idee. Die Forderung  
97 nach der Stiftung eines deutsch-griechischen Jugendwerks bezieht sich sowohl auf die  
98 notwendige Erinnerungs- und Gedächtnispolitik im Hinblick auf die Verbrechen Nazi-  
99 Deutschlands, als auch auf eine gemeinsame Begegnungs- und Austauschmöglichkeit

100 junger Menschen aus Griechenland und Deutschland. Ein weiteres Thema ist die  
101 Wirtschaftsgeschichte beider Länder, Stichwort Gastarbeit.  
102  
103 Die Stiftung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks darf nicht mit den Reparationsleistungen  
104 und Schuldentrückzahlungen seitens Deutschlands verrechnet werden, sondern steht als  
105 unabhängige Forderung.  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158

**Titel** Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik

### 1 Ein Kampf um die demokratische Leitkultur in Europa

2

3 Die Bedeutung des europäischen Friedensprojektes zu betonen, ist eine gängige Formel  
4 politischer Diskurse. Sowohl Mitglieder der konservativen Parteien als auch Vertreter\*innen der  
5 politisch-gesellschaftlichen Linken sind darum bemüht, ihre Politikentwürfe in einen Kontext  
6 einzubetten, der es ihnen erlaubt, ihre Vorstellungen als Mittel zur Sicherung dieses  
7 außergewöhnlichen Projektes darzustellen. Die europäische Idee dient selbst für solche  
8 ideologischen Argumentationslinien als legitimationsstiftende Quelle, die in der Praxis  
9 politischen Handelns offenbaren, dass sie eben jener Idee abträglich sind, ihr gar schaden.

10

11 Die Rede ist von der Hegemonie neoklassischer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Trotz  
12 eines kurzen Zwischenspiels keynesianischer Vorstellungen nach Ausbruch der internationalen  
13 Finanzkrise und der sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit verbreitenden Kritik am Siegeszug  
14 des Neoliberalismus seit dem Strukturbruch der 1970er Jahre bestimmen nach wie vor Dogmen  
15 das politische Treiben in der Europäischen Union, die die gegenwärtige Krise als eine Folge  
16 übermäßiger Regierungsausgaben verstanden wissen wollen. Als politische Antwort auf diese  
17 Deutung, die Ursache und Folge der globalen Banken- und Finanzkrise bewusst verwechselt,  
18 etablierten sowohl konservative als auch sozialdemokratische Regierungen ein europäisches  
19 Austeritätsregime, dessen Fokus bis heute auf der Konsolidierung der Staatsfinanzen zur  
20 Ankurbelung des Wirtschaftswachstums liegt.

21

22 Dabei wurde vor allem Bezug auf die Studie „Growth in a Time of Debt“ von Carmen Reinhard  
23 und Kenneth Rogoff aus dem Jahr 2010 genommen. In diesem von Wissenschaft und Politik  
24 viel diskutierten Papier wird die These aufgestellt, dass sich ab einer Verschuldung in Höhe von  
25 90%, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, zusätzliche Verschuldung negativ auf das  
26 Wirtschaftswachstum auswirke. Nachdem die Studie aufgrund von falschen Berechnungen und  
27 dem systematischen Auslassen relevanter Daten kritisiert wurde, sagen führende  
28 Wirtschaftswissenschaftler\*innen wie etwa Paul Krugman, dass es eine solche Grenze der  
29 Staatsverschuldung schlicht und einfach nicht gibt und dieses Märchen ausschließlich von  
30 Befürworter\*innen der Austeritätspolitik am Leben gehalten wird.

31

32 Der Misserfolg und die katastrophalen Folgen dieser von der Bundesrepublik maßgeblich  
33 bestimmten Politik, die sich eines einfachen, moralisierenden Narratives bedient („*Schulden  
34 können nicht die Lösung für Schulden sein*“), zeichnen sich heute in keinem Land so deutlich ab  
35 wie in Griechenland. So sind nicht nur die Schulden Griechenlands trotz massiver Kürzungen im  
36 Staatshaushalt relativ zum BIP (von 106 Prozent im Jahr 2007 auf 170 Prozent in 2012) sowie  
37 auch total gestiegen, was unter anderem auch am massiven Einbruch der Wirtschaft und des  
38 geschrumpften BIPs liegt, auch die gesellschaftlichen Implikationen des immer enger zu

39 schnallenden Gürtels sind verheerend. Das soziale Sicherungssystem, das Gesundheitswesen,  
40 das ehemals funktionierende Tarifvertragssystem und der Schutz von  
41 Arbeitnehmer\*innenrechten wurden auf dem Altar der Austerität geopfert. Ein Drittel der  
42 griechischen Bevölkerung lebt mittlerweile in Armut, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor auf  
43 einem europäischen Höchststand von 27 Prozent und liegt bei Jugendlichen und jungen  
44 Erwachsenen sogar bei über 50 Prozent. Gleichzeitig wachsen aufgrund der sich stetig  
45 verschärfenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur in Griechenland Populismus,  
46 Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In vielen Mitgliedsstaaten der  
47 Europäischen Union sind im Zuge der Banken- und Finanzkrise Kräfte erstarkt, die einen  
48 nationalistischen Rollback fordern und damit besorgniserregende Wahlerfolge verzeichnen  
49 konnten.

50

51 Betrachtet man den Verlauf der sogenannten Griechenland-Hilfen von einer Position jenseits  
52 der Mainstream-Berichterstattung, erkennt man, dass die Griechenland-Pakete in Wahrheit  
53 weitere Rettungsprogramme für europäische Banken gewesen sind. Es gab keinen vielzitierten  
54 Bail-Out Griechenlands. Es fand lediglich eine Umschuldung von privaten zu öffentlichen  
55 Gläubiger\*innen statt. Die Finanzmärkte wurden aus der Haftung entlassen und an ihrer Stelle  
56 haften nun die europäischen Steuerzahler\*innen für die griechischen Schulden. Dies gab den  
57 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in allen europäischen Mitgliedstaaten die  
58 Chance, die Steuerzahler\*innen verschiedener Staaten gegeneinander auszuspielen.

59

60 Da an der Schuldensituation Griechenlands durch die Hilfsprogramme strukturell nichts  
61 geändert wurde, konnten die bereitgestellten Gelder auch für keine Wachstumsimpulse in der  
62 griechischen Wirtschaft sorgen. Denn anders als etwa beim Marshallplan werden die Gelder in  
63 Athen fast ausschließlich zur Ablösung alter Kredite ausgegeben. Die von der Troika gesteckten  
64 Ziele, nämlich die Absenkung der Staatsschuldenquote, konnten nicht erreicht werden. Dafür  
65 profitieren andere Staaten, allen voran Deutschland, von den Kürzungs- und  
66 Privatisierungsdiktaten der Troika – etwa durch Zinszahlungen oder durch die Privatisierung von  
67 14 gewinnbringenden griechischen Regionalflughäfen. Diese wurden für kleines Geld verkauft  
68 und zweigen nun ihre Gewinne an das deutsche Staatsunternehmen Fraport ab, das der Stadt  
69 Frankfurt und dem Land Hessen gehört.

70

71 Ein politischer Paradigmenwechsel, der dem verhängnisvollen Pfad der Austerität entsagt, ist  
72 jedoch nicht in Sicht. Die am 13. Juli 2015 getroffene Vereinbarung um ein drittes Hilfs- und  
73 Reformpaket für Griechenland verschreibt dem Patienten nach wie vor ein giftiges Gemisch aus  
74 Haushaltskürzungen und Liberalisierungsmaßnahmen. Dass dabei in Form von  
75 Genehmigungsvorbehalten für praktisch alle finanzpolitischen Angelegenheiten weitgehende  
76 Eingriffe in die demokratische Grundordnung Griechenlands vorgenommen werden, ist  
77 Ausdruck einer sukzessiven Neuverfassung der Demokratie in Europa.

78

79 Der Philosoph Jürgen Habermas spricht in diesem Zusammenhang von einem „Rechtsstaat  
80 ohne Sozialstaat“, der an die Stelle der Demokratie gesetzt werde. Ähnlich formuliert es auch  
81 der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Wolfgang Streeck. Er arbeitet  
82 heraus, dass von Seiten der politischen Entscheidungsträger\*innen eine doppelte institutionelle  
83 Bindung staatlicher Politik an marktgerechte Prinzipien angestrebt werde: zum einen durch  
84 Selbstbindung in Gestalt von verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremsen und zum  
85 anderen durch Fremdbindung mittels internationaler Verträge und europarechtlicher  
86 Verpflichtungen. Damit werde, so Streeck weiter, eine Mauer zwischen Wirtschaft und Politik  
87 gezogen, die es den Märkten gestattet, allein ihre Version von Gerechtigkeit durchzusetzen.  
88 Dem Staat kommt dabei lediglich die Rolle desjenigen zu, der dem Markt möglichst unbehelligte  
89 Räume zur Entfaltung bereitstellt. Wenn wir also heute darüber streiten, ob der Kurs der  
90 Austeritätspolitik der richtige sei, dann geht es nicht nur um das Für und Wider des Sparens,  
91 sondern um einen systemischen Konflikt – einen Kampf um Demokratie, Sozialstaatlichkeit und  
92 um die Verteilung von Macht und Vermögen.

93

#### 94 **Sozialdemokratische Krisenperformanz auf Stammtischniveau**

95

96 Die SPD hat sich in diesem Konflikt *inhaltlich* für „ein Europa der Bürgerinnen und Bürger –  
97 nicht der Banken und Spekulanten“ (Wahlprogramm zur Europawahl, 2014) ausgesprochen. Im  
98 Alltag der politischen Praxis blieb davon aber nicht viel übrig. Die Perspektiv- und  
99 Konzeptlosigkeit, mit der die sozialdemokratische Führung um Sigmar Gabriel im sogenannten



100 Schuldenstreit mit Griechenland agiert, ist symptomatisch für die Lage der deutschen  
101 Sozialdemokratie im Jahr 2015. Statt eine tatsächliche Gegenhegemonie zur neoliberalen  
102 Agenda auszubilden und der großen Herausforderung zu begegnen, eine neue Klammer für  
103 sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert zu formulieren, imitiert sie den Kurs der  
104 Unionsparteien.

105

106 Der deutlichste Ausdruck der inhaltlichen Resignation der Sozialdemokratie unter Sigmar  
107 Gabriel ist das vom Parteivorstand beschlossene Diskussionspapier „Starke Ideen für  
108 Deutschland 2025“. Dieses Papier bricht mit seiner absoluten Hinwendung zur bürgerlichen  
109 Mitte, der Überbetonung von Sicherheit als neuem Wert sozialdemokratischer Politik und der  
110 Forderung nach einem unverkrampfteren Verhältnis zum deutschen Nationalstaat nicht nur mit  
111 grundsätzlichen Positionen der SPD und unseres Verbandes, sondern offenbart auch die  
112 mangelnde Fähigkeit der Parteiführung zur Selbstkritik. Denn während auf der eine Seite die  
113 Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Populismus als zentrale Aufgabe einer „Politik aus  
114 der Mitte des Alltags“ postuliert wird, waren es auf der anderen Seite vor allem  
115 sozialdemokratische Spitzenpolitiker\*innen, die in den vergangenen Monaten mit überraschend  
116 harten Äußerungen zum Auftreten der griechischen Regierung aufgefallen sind und damit  
117 beispiellos die deutschen Stammtische bedient haben. Allen voran Sigmar Gabriel, der nicht nur  
118 viele Funktionär\*innen unserer Partei durch seine Mitwisserschaft der Grexit-Pläne von  
119 Wolfgang Schäuble düpierte, sondern auch am schärfsten auf das demokratische Votum der  
120 griechischen Bevölkerung über die Reformauflagen der Gläubiger\*innen reagierte.

121

122 Solches Agieren kann als Reaktion auf die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber  
123 den europäischen Peripheriestaaten gedeutet werden, der man aus Angst, bei der nächsten  
124 Wahl wieder abgestraft zu werden, lieber nach dem Mund redet. Damit stimmt die SPD in den  
125 Chorus derjenigen ein, die das Klima der solidarischen Zusammenarbeit der europäischen  
126 Mitgliedsstaaten vergiften und nachhaltig schädigen. Statt als progressive, dem  
127 Internationalismus verpflichtete Kraft auf die alternativen Politikentwürfe der griechischen  
128 Regierung unter Alexis Tsipras einzugehen, werden diese als ideologischer Quatsch abgetan.  
129 Das skizzierte Verhalten der SPD und die Betonung der Alternativlosigkeit der Austeritätspolitik  
130 in der politischen Praxis ist aber selbst Ideologie in Reinkultur. Die SPD, deren  
131 Spitzenpolitiker\*innen die griechische Regierung mit am lautesten dazu aufgefordert haben, die  
132 vereinbarten Sparauflagen und Reformen durchzusetzen, wird damit zum kümmerlichen  
133 Wurmfortsatz des bürgerlichen Parteienspektrums. Aus diesem Konflikt inhaltlicher  
134 Absichtserklärungen und tatsächlicher Krisenperformanz resultiert schließlich auch der Mangel  
135 an Glaubwürdigkeit, mit dem die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zu kämpfen hat. Trotz  
136 alledem soll nicht unerwähnt bleiben, dass Tsipras durch die Koalition seiner linken SYRIZA-  
137 Partei mit der rechtspopulistischen ANEL-Partei einen demokratischen Konsens gebrochen hat,  
138 die der Kritik bedarf, nämlich dass es keine Kooperation mit Rechtspopulist\*innen geben darf.

139

140 Für uns Jusos ist klar: So kann es nicht weitergehen. Wir fordern insbesondere Sigmar Gabriel  
141 dazu auf, endlich seiner Verantwortung als Vorsitzender derjenigen Partei gerecht zu werden,  
142 die Anfang des vergangenen Jahrhunderts die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“  
143 (Heidelberger Programm, 1925) zur sozialdemokratischen Vision erhoben hat. Dazu gehört,  
144 sich in einem zweifelsohne notwendigen Prozess der programmatischen Erneuerung nicht dem  
145 deutschen Michel anzubiedern.

146

### 147 **Sozialdemokratische Weichenstellungen für Europa**

148

149 Weniger Patriotismus, mehr Europa und internationale Solidarität. Das muss die  
150 sozialdemokratische Antwort auf die internationale Banken- und Finanzkrise sein, die dem  
151 europäischen Friedensprojekt die Luft zum Leben – nämlich Demokratie, Sozialstaatlichkeit und  
152 eine dem Menschen dienende Wirtschaft – nimmt. Denn Europa kann nur als gemeinsames  
153 Projekt fortexistieren, wenn der Kälte des Marktes endlich die konkrete Vision eines  
154 solidarischen Europas entgegengesetzt wird. Der politische Kurs von Angela Merkel, der auch  
155 von Seiten der SPD Unterstützung erfährt, hat die Europäische Union, insbesondere die  
156 Eurozone an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geführt. Deshalb sind wir Jusos der Meinung:  
157 Innerhalb der SPD muss grundsätzlich umgedacht und anders gehandelt werden.

158

159 Wir wollen eine Sozialdemokratie, die zukünftig wieder die Speerspitze derjenigen bildet, die  
160 den krisenbetroffenen Politikentwürfen von Konservativen und Neoliberalen etwas

161 entgegengesetzt. Auch wenn dies heute in großen Teilen der deutschen Gesellschaft unpopulär  
162 sein mag, gilt es, das Narrativ des immer enger zu schnallenden Gürtels aufgrund staatlicher  
163 Dekadenz als populistische Lüge zu entlarven. Nicht nur deshalb ist es absolut fahrlässig, wenn  
164 sich der Parteivorsitzende der SPD mit Worten in den sogenannten Schuldenstreit einmischt,  
165 die implizit suggerieren, dass in erster Linie Griechenland für die Eurokrise verantwortlich sei.  
166 Anstatt solcher Mythenbildungen braucht es eine neue, sozialdemokratische Erzählung und  
167 Politik, die das politische Projekt Europa nicht nur als Schuldengefängnis und  
168 Währungsgemeinschaft erscheinen lässt. Stattdessen muss eine Politik formuliert werden, die  
169 neues Vertrauen in die Europäische Union und zwischen den Mitgliedsstaaten stiften kann. Wir  
170 wollen, dass die SPD in Zusammenarbeit mit allen Parteien der SPE ein maßgeblicher Motor  
171 dieser Politik wird.

172

173 Wir sind der Überzeugung, dass eine solche Politik vor allem soziales Wachstum anregen  
174 muss, um der wirtschaftlichen Krise und dem wachsenden Elend der Menschen Einhalt  
175 gebieten zu können. Sie muss Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen, den weiteren Kahlschlag  
176 des Sozialstaats verhindern und insbesondere der Jugend wieder Perspektiven geben. Dabei  
177 wird es aber nicht reichen, einzelne, für sich getrennte Investitions- und Wachstumsimpulse zu  
178 setzen. Vielmehr braucht es ein politisch-wirtschaftliches Programm für Europa, das in seiner  
179 Größenordnung und ideellen Strahlkraft dem Marshallplan entspricht. Dessen Ziel muss sein,  
180 die zunehmend einseitige Konzentration wirtschaftlicher Kraft auf wenige Wirtschaftszentren  
181 (vornehmlich im Korridor zwischen London, Paris, West- und Süddeutschland und Norditalien)  
182 zu überwinden und eine polyzentrische Struktur in der EU schaffen. Nur ein solches  
183 gesamteuropäisches Projekt ist in der Lage, die auch von Sozialdemokrat\*innen eingerissenen  
184 Brücken wieder aufzubauen.

185

186 Darum fordern wir:

187

- 188 1. Wir sprechen uns für ein begrenztes Umschuldungsprogramm aus und sind langfristig von  
189 der Einführung von Euro-Bonds überzeugt
- 190 2. Ein gesamteuropäisches Investitionsprogramm unter Beteiligung der EIB (Europäische  
191 Investitionsbank), des EIF (Europäischer Investitionsfonds) sowie der Kohäsionsfonds  
192 EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) bzw. des ESF (Europäischer  
193 Sozialfonds). Im Bezug auf Griechenland unterstützen die Mittel aus dem  
194 gesamteuropäischen Investitionsprogramm die Strukturpolitik vor Ort und schaffen  
195 aufgrund der zusätzlich generierten Nachfrage im europäischen Binnenmarkt die  
196 Voraussetzungen für den langfristigen öffentlichen Schuldenabbau in Griechenland. Ohne  
197 gute Konjunktorentwicklungen in Europa werden Sparmaßnahmen zur  
198 Haushaltskonsolidierung und bereits angestoßene Strukturreformen, wie etwa die  
199 Verbesserung der Einnahmeseite durch steuerpolitische Transparenz und  
200 Steuererhöhungen bei Besserverdienenden, in Griechenland keine Aussicht auf Erfolg  
201 haben. Die Strukturpolitik in Griechenland ist durch ein größeres  
202 Regionalentwicklungsprogramm für Südosteuropa zu flankieren. Die  
203 Investitionsprogramme werden teils aus Haushaltsmitteln der EU und der Nationalstaaten  
204 und teils aus Anleihen finanziert und lösen einen Multiplikatoreffekt aus. Ein Schwerpunkt  
205 liegt dabei auf der FuE-Förderung in Staaten, in denen die bisherigen FuE-Ausgaben im  
206 Verhältnis zum BIP unterdurchschnittlich sind.
- 207 3. Die Verbesserung der steuerpolitischen Koordinierung in Europa durch die Umsetzung  
208 einer europäischen Finanztransaktionssteuer und die Schaffung gemeinsamer  
209 Untergrenzen für Unternehmenssteuern in der EU sowie die Binnennachfrage  
210 stimulierende Maßnahmen in Ländern mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen. Die  
211 Anpassung der Lohnentwicklung in Europa an die Produktivitätsentwicklung -  
212 insbesondere in den Überschussländern - schützt Europa vor einem beständigen  
213 Lohndruck nach unten bzw. einem weiteren Auseinanderfallen der Wettbewerbsfähigkeit  
214 in der EU, verstärkt durch steuerpolitische Entscheidungen.
- 215 4. Die Durchsetzung einer einheitlichen europäischen Bankenunion.

216

217 Wir Jusos wollen für eine solche Politik werben. Denn die historische Verantwortung der  
218 Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet uns, das  
219 europäische Haus vor dem Einsturz zu bewahren. Ihr wollen wir Jusos gerecht werden. Eine  
220 Sozialdemokratie, die im Zuge der sogenannten Staatsschuldenkrise Zuflucht im Populismus  
221 und Nationalen sucht, darf nämlich keine Zukunft haben. Es wird Zeit für einen

222 Richtungswechsel, für eine neue sozialdemokratische Erzählung, in deren Mittelpunkt wieder  
223 die Entfaltung internationaler Solidarität stehen muss.

224

225

226

227

228

229

230

231

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

**Titel** EU Transparenz-Register weiterentwickeln

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## EU Transparenz-Register weiterentwickeln

1 Die Jusos fordern, das freiwillige europäische Transparenz-Register durch ein verbindliches  
2 Lobby-Register mit wirksamen Sanktionsmechanismen zu ersetzen.

3

4 **Begründung:**

5 Im aktuellen Transparenz-Register sind Organisationen aufgeführt, die versuchen in  
6 irgendeiner Weise Einfluss auf die EU Gesetzgebung zu nehmen. Sie sind dort nicht nur mit  
7 Namen, sondern auch mit den verfolgten Interessen, vor Ort aktiven Beschäftigten und den  
8 eingesetzten finanziellen Mitteln verzeichnet. Außerdem verpflichten sie sich auf einen  
9 Verhaltenskodex.

10

11 Weil die Registrierung im europäischen Transparenz-Register aber auf freiwilliger Basis erfolgt  
12 sind gerade große Unternehmen wie die Deutsche Bank, ThyssenKrupp, die Metro Group,  
13 Apple oder Monsanto nicht beteiligt. Sollten verzeichnete Lobbygruppen gegen den Kodex  
14 verstoßen oder falsche Angaben über Interessen oder Ressourcen machen, gibt es keinen  
15 wirksamen Sanktionsmechanismus.

16

17 Im Vergleich mit den Lobbyismus-Regeln beispielsweise in den USA ist diese Praxis  
18 sträflichlässig. Gerade zu Beginn des Gesetzgebungsprozesses lässt sich die Kommission  
19 intensiv bei der Ausarbeitung ihres Vorschlages beraten und greift gerne auf die  
20 Fachkompetenz großer Lobbybüros zurück. Grundsätzlich ist Interessensvertretung eine  
21 legitime Sache und wird auch von normativ zu unterstützenden Akteuren betrieben. Allerdings  
22 ist es nicht hinnehmbar, dass die Öffentlichkeit nicht darüber informiert ist, wer dies mit welchem  
23 Einsatz betreibt und dabei möglicherweise eine privilegierte Position genießt. Gerade im  
24 europäischen Kontext sind Kapitalinteressen derartig stark vertreten, dass von einer  
25 Konsultationsschlagseite gesprochen werden kann.

26

27 Ein erster Schritt hin zur Chancengleichheit führt über mehr Transparenz. Diese lässt sich  
28 nur erreichen, wenn gesetzlich eine Registrierung in einem solchen Lobbyregister erzwungen  
29 wird und Falschangaben oder Verstöße gegen den Kodex mit harten Sanktion (Geldstrafen)  
30 belegt wären. Dieser Schritt ist notwendig um Europa von seinem Hinterzimmer-Klüngel-Image  
31 zu befreien. Ein verbindliches Lobbyregister wäre ein erster Schritt dahin, das Vertrauen vieler  
32 Menschen in die EU zurück zu gewinnen.

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen

**Antragsteller** Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD BPT

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen

1 Der europ. Binnenmarkt wird besser nachhaltig weiterentwickelt, wenn der digitale Binnenmarkt  
2 gestärkt wird. Dies geht nur in dem Fall, wenn die Grenzen und nichttarifären  
3 Handelshemmnisse auch im Bereich der Telekommunikation und des Datentransfers  
4 abgeschafft werden.

5

6 Daher soll der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) den Beschluss des EP vom April 2014,  
7 bis zum Ende 2015 Roaming-Gebühren gänzlich abschaffen und innerhalb der EU verbieten, zu  
8 respektieren und durch eine Bestätigung innerhalb des Rats konsequent umzusetzen.

9

10 Aus diesem Grund fordern wir Jusos die Bundesregierung dazu auf, sich in den zuständigen  
11 Gremien des Rats der EU dafür einzusetzen, dass der Beschluss des Rats vom März 2015, die  
12 Abschaffung der Roaming-Gebühren bis mindestens 2018 auszusetzen, zurückgenommen und  
13 dem Beschluss des EP vom April 2014, die Roaming-Gebühren Ende 2015 gänzlich  
14 abzuschaffen, vorbehaltlos zugestimmt wird.

15

16 **Begründung:**

17 Am 07. Juni 2007 stimmte der Ministerrat der Verordnung zu, die die Obergrenze für  
18 ausgehende und ankommende Gespräche aus dem/ in das Ausland festlegte. Zwischen 2011  
19 und 2014 traten jeweils zum 1. Juli weitere Schrittweise Senkungen der Preisgrenzen in Kraft.

20

21 Anfang April 2014 hatte das EP mit großer Mehrheit für die gänzliche Abschaffung und das  
22 Verbot von Roaming-Gebühren bis Ende Dezember 2015 gestimmt. Damit wäre dann eine  
23 bedeutende und nachhaltige Entwicklung auf den europ. Telekommunikationsmarkt und  
24 immensen Einsparungen für VerbraucherInnen innerhalb von 10 Jahren Wirklichkeit geworden.

25

26 Allerdings sprachen sich Anfang März 2015 einzelne EU-Staaten gegen eine Abschaffung der  
27 Roaming-Gebühren bis Ende 2015 und eine Mehrheit stimmte für eine Aussetzung bis 2018.  
28 Zugleich sollten aber Maßnahmen eingeleitet werden, die Reisenden innerhalb der EU eine  
29 günstigere Nutzung ihres Mobiltelefons erlauben, doch mit der Entscheidung wurde sich seitens  
30 Rat gegen das Parlament gestellt.

31

32 Die Vorgeschlagene Maßnahme ist ein „Basis-Roaming-Rabatt“, sich richtend nach Region. Die  
33 Alternative des Gratis Datenvolumens von geringen 5MB (ca. 5 Emails mit Anhang) brachte  
34 bereits Kritik ein, denn so sind höhere Gebühren rückwärts möglich.

35

36

37

38

**Titel** Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der  
Türkei wieder intensivieren

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder intensivieren

- 1 Im Jahr 1959 bewarb sich die Türkei erstmals für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft  
2 (EWG), die später zur Europäischen Union (EU) wurde. Durch das sogenannte Ankara-  
3 Abkommen 1963, wurde der Türkei erstmals die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, die sie bis  
4 heute jedoch nicht erhalten hat. Nachdem 1989 die Aufnahme der Türkei in die Zollunion noch  
5 abgelehnt wurde, gab es eine Einigung im Jahre 1996, was die Diskussion um eine Aufnahme  
6 in die Europäische Union wieder an Fahrt gewinnen ließ. Ab dem Jahre 1999 setzte sich in der  
7 Türkei dann innenpolitisch ein Reformprozess in Gang, der auch Forderungen der EU der  
8 betraf. So wurde nach der Amtsübernahme der AKP mit Ministerpräsident Recep Tayyip  
9 Erdoğan an der Spitze ein Reformpaket verabschiedet, das die Abschaffung von Folter und  
10 Todesstrafe vorsah, außerdem der kurdischen Minderheit mehr Rechte zusicherte, sowie eine  
11 Ausweitung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Im Jahr 2005 wurden dann offiziell  
12 die Beitrittsverhandlungen beschlossen. In den nun seit 10 Jahren andauernden  
13 Beitrittsverhandlungen, ist erst in einem von 33 zu verhandelnden Kapiteln eine Einigung erzielt  
14 worden, im Kapitel Wissenschaft und Forschung. Die anderen Kapitel sind entweder vorerst  
15 suspendiert oder werden momentan verhandelt, ohne dass große Fortschritte erzielt werden.  
16  
17 In den letzten Jahren ist es durch konservative Politiker\*innen vermehrt zu Stimmungsmache  
18 gegen einen Türkei-Beitritt gekommen, besonders innenpolitische Verfehlungen der Regierung  
19 Erdoğan werden immer wieder dafür genutzt. So hat Angela Merkel mehrfach betont, dass sie  
20 die Vollmitgliedschaft der Türkei nicht will, beigesprungen wird ihr dabei regelmäßig von der  
21 CSU und inzwischen auch von der AfD. Dabei werden immer wieder kulturelle und religiöse  
22 Unterschiede betont, welche der Bevölkerung suggerieren sollen, dass der Beitritt der Türkei  
23 eine Gefahr für die Europäische Wertegemeinschaft sei. Daher wird für die Türkei immer wieder  
24 eine privilegierte Partnerschaft vorgeschlagen. So wird versucht, die Verhandlungen zum Beitritt  
25 zu untergraben und der Türkei keine realistische Chance auf einen Beitritt zu gewähren. Auch  
26 wenn die SPD immer wieder betont hat, dass sie weiterhin an den Verhandlungen festhalten  
27 will, so sind die Stimmen, die sich wirklich aktiv für einen Beitritt einsetzen, auch in der SPD  
28 leiser geworden. Dies schlägt sich auch in der Zustimmung der Bevölkerung für einen Beitritt  
29 nieder, die in den letzten Jahren immer mehr zurückgeht, nicht nur in Deutschland sondern in  
30 fast allen Ländern der EU.  
31  
32 Zur gleichen Zeit, als es Reformbemühungen in der Türkei gab, wurden in Deutschland acht  
33 türkisch- und griechischstämmige Menschen durch den Nationalsozialistischen Untergrund  
34 ermordet und bis jetzt ist diese Mordserie unter Mithilfe staatlicher Institutionen immer noch  
35 nicht aufgeklärt. Diese Taten wurden begünstigt durch das fremdenfeindliche Klima und eine  
36 zunehmend islamophobe Stimmung im Land. Die komplette Offenlegung der Hintergründe  
37 muss das Ziel sein, um deutlich zu machen, dass solche Taten unter keinen Umständen toleriert  
38 werden, ob staatlich organisiert oder nicht.

39

40 Es lässt sich eine Verbindung zwischen islamophoben Grundeinstellungen in der Gesellschaft  
41 und der gleichzeitigen Ablehnung eines Türkei-Beitritts erkennen.

42

43 Hier müssen vermehrt Schritte unternommen werden, um diesen Tendenzen aktiv  
44 entgegenzutreten:

45

- 46 • Die SPD muss sich dafür einsetzen, die Verhandlungen aktiv voranzutreiben und in der  
47 Gesellschaft eine Debatte anzustoßen, die nicht auf Stereotypen beruht und die Türkei  
48 auf den Islam reduziert.
- 49 • Der Zusammenhang zwischen Demonstrationen gegen die angebliche Islamisierung des  
50 "Abendlandes" und der Ablehnung eines Türkei-Beitritts sind zu offensichtlich, um sie  
51 nicht zu diskutieren. Hier muss die SPD vorangehen um diesen Tendenzen  
52 entgegenzustehen. So braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Land  
53 Türkei in sämtlichen Bildungsinstitutionen. Dies würde auch den besonderen  
54 Beziehungen Deutschlands mit der Türkei gerecht werden.
- 55 • 2005 wurden die Beitrittsverhandlungen durch alle Staaten der EU beschlossen, woran  
56 sich Angela Merkel und die CDU anscheinend nicht gebunden fühlen, was wieder deutlich  
57 macht wie wenig Interesse an einem europäischen Integrationsprozess besteht. Wenn  
58 Beschlüsse derart leichtfertig widerrufen werden können, ist eine Diskussion um "Mehr  
59 Europa" hinfällig. Hier muss die SPD, gerade als Koalitionspartner als Korrektiv auftreten.
- 60 • Klar ist, dass die Türkei bestimmten Anforderungen genügen muss, um in die EU  
61 aufgenommen zu werden, gerade was die Menschenrechtssituation, die  
62 Gleichstellungspolitik oder den Schutz von Minderheiten angeht. Ebenso muss in der  
63 Zypern-Frage eine Lösung gefunden werden, da sonst alle Diskussion um einen Beitritt  
64 Makulatur sind. Insbesondere der Völkermord an den Armenier\*innen muss von der  
65 türkischen Regierung anerkannt und aufgeklärt werden. Mit Besorgnis nehmen wir die  
66 Entwicklung der Türkei unter der Erdogan-Regierung zur Kenntnis. Gerade die Meinungs-  
67 und Pressefreiheit werden von dieser Regierung mit Füßen getreten. Dennoch ist davon  
68 auszugehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung – wenn auch unter dem Einfluss der  
69 mehrheitlich gleichgeschalteten Medien - diesen antidemokratischen, neosmanischen  
70 Kurs unterstützt. Solange dieser Kurs weiter beschritten wird, sehen wir momentan für  
71 den Beitritt der Türkei keine Perspektive. Wir erhoffen uns jedoch durch Verhandlungen  
72 eine Veränderung des Kurses.

73

74 Gleichzeitig bereitet es uns Sorge, dass auch in der Türkei der Willen zu einem EU-Beitritt,  
75 nicht nur seitens der Regierung, sondern auch innerhalb der Bevölkerung, stetig sinkt. Die  
76 zähen Verhandlungen und die teilweise Ablehnung eines Türkei-Beitritts innerhalb der EU  
77 haben zu einem wachsenden Unmut der Türk\*innen geführt. Die Türkei scheint im Begriff  
78 endgültig das Interesse am EU-Beitritt zu verlieren, diesem Trend muss entgegengewirkt  
79 werden. An dieser Stelle ist es deshalb unerlässlich, dass der Beitritt seitens zentraler  
80 Akteur\*innen der EU als politischer Wille formuliert wird und durch ein Entgegenkommen  
81 untermauert werden muss.

82

83 In Zeiten, in denen der sogenannte "Islamische Staat" (IS) immer weiter vorrückt, ist die Türkei  
84 wieder verstärkt in den Fokus gerückt. Während an den Außengrenzen der Türkei gekämpft  
85 wird, wurde die Türkei immer wieder für ihr vermeintlich zurückhaltendes Handeln kritisiert.  
86 Immer wieder wurde gefordert, dass die Türkei sich aktiver in den Konflikt einbringt, auch mit  
87 kriegerischen Mitteln. Darüber, dass die Türkei innerhalb kürzester Zeit über zwei Millionen  
88 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hat, während Deutschland gerade mal knapp 30.000  
89 Flüchtlinge aufnahm, wurde geschwiegen. Wenn es der EU ernst ist, mit einem Türkei-Beitritt,  
90 muss sie der Türkei gerade in solchen Konflikten zur Seite stehen und die Last, auf mehrere  
91 Schultern verteilen. Aber das reicht für uns nicht aus:

92

- 93 • Die Türkei muss bei der Aufnahme von Flüchtlingen aktiv unterstützt werden, sowohl  
94 finanziell, als auch durch die Aufnahme von Flüchtlingen, gerade durch Länder, die sich  
95 durch die Dublin III Vereinbarung dagegen verwehren.
- 96 • Eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei auf allen Ebenen, sollte nicht nur innerhalb der  
97 NATO erfolgen, sondern sollte zu einem Selbstverständnis in der EU werden.

98

99 Uns ist klar, dass die innenpolitischen Ereignisse der letzten Jahre in der Türkei, einem EU-

100 Beitritt im Wege stehen. Die Entwicklungen gerade der letzten zwei Jahre sehen wir sehr  
101 bedenklich. Die jüngste Politik Erdogans bedeutete erhebliche Rückschläge für Meinungsfreiheit  
102 und den Schutz der Minderheiten. Es bleiben viele Fragen offen, die insbesondere seitens der  
103 türkischen Regierung geklärt werden müssen. Allerdings sollte eine langfristige Beitrittsstrategie  
104 nicht ausschließlich an der Tagespolitik ausgerichtet sein. Es muss über die Regierungszeit  
105 Erdogans hinaus gedacht werden und gerade deswegen müssen progressive Kräfte noch  
106 stärker unterstützt werden. Es muss wieder zu einer fairen Diskussion über einen Türkei-Beitritt  
107 kommen, deshalb fordern wir:

108

- 109 • Keine doppelten Standards bei einem Türkei-Beitritt, für Verhandlungen auf Augenhöhe
- 110 • Auch wer Mitglied in der EU ist, sollte sich an die Regeln halten, die für Beitrittskandidaten
- 111 zählen, sonst macht sich das System überflüssig.
- 112 • Stärkere Sanktionierung bei menschenrechtlichen Verfehlungen von EU-Staaten, um der
- 113 EU wieder mehr Glaubwürdigkeit zu verschaffen.

114

115 Gerade in diesen schwierigen Zeiten, wo ein Beitritt weiter weg scheint, denn je, ist es für uns  
116 wichtig, zu betonen, dass die Türkei weiterhin elementarer Bestandteil des europäischen  
117 Projektes sein muss. Ohne die Türkei wird die EU nicht dem integrativen Anspruch gerecht, den  
118 sie sich selbst auferlegt hat. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie es derzeit in der  
119 Zollunion der Fall ist, reicht uns nicht aus, wir fordern weiterhin die politische Aufnahme der  
120 Türkei.

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160



**Titel** Europäische Schuldenstrategie überdenken

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Europäische Schuldenstrategie überdenken

1 Die europäische Strategie im Umgang mit Staatsschulden ist zu überdenken und neu  
2 aufzustellen. Eine Politik der reinen Austerität ist ganz offensichtlich nicht zielführend.  
3  
4 Stattdessen sollten die europäischen Partner einen europäischen „Marshallplan“ vereinbaren,  
5 der weiter denkt und nicht nur die Reduzierung der Schulden in den Fokus nimmt, sondern auch  
6 den Aufbau der Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Darin enthalten  
7 sein sollten auch Zielvereinbarungen für sinnvolle nationale Reformen, die „fehlerhafte“  
8 Strukturen verbessern.

9  
10 Für die untragbare Schuldenlast Griechenlands – die mit keinem anderen Land der  
11 Europäischen Union vergleichbar ist – kann ein Schuldenschnitt sinnvoll sein, wenn dieser mit  
12 sozialverträglichen Reformen einhergeht. Im Rahmen einer neuen europäischen  
13 Schuldenstrategie muss diese Möglichkeit geprüft werden, weil es nicht im Sinne der  
14 europäischen Einigung ist, wenn ein Land darunter leidet, dass hauptsächlich deutsche und  
15 französische Banken in unverantwortlicher Weise Kredite vergeben.

16

**Begründung:**

17 *Durch die bisherige Politik ist die Schuldenstandsquote, die immerhin ein wichtiges Kriterium*  
18 *der europäischen Haushaltsverträge ist, in Griechenland von etwa 160% auf etwa 175%*  
19 *gestiegen, obwohl der griechische Staat die Auflagen der Geldgeber erfüllt hat. Dies resultiert*  
20 *aus einem Einbruch der Wirtschaftsleistung und infolgedessen einem Rückgang des BIP.*

21

22 *Das öffentliche Leben ist in einigen Teilen Griechenlands durch Personalentlassungen beinahe*  
23 *zum Erliegen gekommen. Dies kann auch nicht im Sinn der Sache sein. Dahingegen sind*  
24 *überbordende Bürokratie und Korruption schädlich und abzustellen.*

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Europa aktiv leben – gegen nationales  
Geklügel – für eine wahrhaft europäische Bewegung

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Europa aktiv leben – gegen nationales Geklügel – für eine wahrhaft europäische Bewegung

1 Jusos und SPD sind Ausdruck der internationalistischen Bewegung der Sozialdemokratie. Als  
2 solche stehen beide für die europäische Idee in ihrer sozialdemokratischen Ausführung ein und  
3 leben sie vor. In diesem Sinne ist europäisches Denken ebenso Grundlage unserer Arbeit wie  
4 antifaschistische und feministische Positionen. Die SPD wird hiermit dazu aufgerufen, jegliche  
5 patriotische Tendenzen zu unterbinden und aktiv an der Entwicklung einer europäischen Partei  
6 mit einer starken internationalen Basis mitzuarbeiten. In diesem Sinne fordern wir die SPD dazu  
7 auf, den europäischen Charakter der Sozialdemokratie in ihrer Arbeit herauszustellen und sich  
8 für Reformen innerhalb der PES einzusetzen:

- 9
- 10 • Bei offiziellen Veranstaltungen und an Liegenschaften der Partei wird neben der SPD-  
11 Flagge auch die PES-Flagge gleichberechtigt verwendet.  
12
  - 13 • Zentrale Debatten, wie die zu einem gemeinsamen PES-Europawahlprogramm und zum  
14 PES-Manifest, werden in Zukunft breiter in der Partei geführt.  
15
  - 16 • Zukünftige Europawahlkämpfe werden als PES-Wahlkämpfe geführt und  
17 Wahlkampfauftritte und Publikationen der SPD entsprechend geplant und designt.  
18
  - 19 • Auf Homepage und anderer Veröffentlichungen sollen das PES- und SPD-Logo mit dem  
20 Hinweis abgedruckt werden, dass sich die SPD als Teil der europäischen  
21 Sozialdemokratie versteht.  
22
  - 23 • Informationen über Aktionen der europäischen Mutterorganisationen und in anderen  
24 Ländern werden zeitnah an alle Mitglieder versendet, um möglichst vielen die Teilnahme  
25 zu ermöglichen. PES-Dokumente und Debatten werden zudem verstärkt übersetzt und  
26 den SPD-Mitgliedern einfacher zugänglich gemacht.  
27
  - 28 • Parteistrukturen vor Ort wird nahegelegt, sich auch als PES City Groups zu registrieren  
29 und Genoss\*innen anderer Organisationen einzubinden. Dies soll nach Möglichkeit  
30 grenzübergreifend geschehen.  
31
  - 32 • SPD-Mitgliedern wird nahegelegt, sich auch als PES Activists zu registrieren.  
33
  - 34 • Das Konzept der PES Activists wird über den Bereich der Kampagnenfähigkeit hinaus  
35 verstärkt auf die direkte innerparteiliche Beteiligung an der Entwicklung der  
36 Parteiprogrammatik erweitert. Es wird zudem sichergestellt, dass den europapolitisch  
37 Interessierten eine entscheidungsrelevante Beteiligung über die Strukturen der jeweiligen  
38 Mitgliedsparterei in Form eines leichten Zugangs auf lokaler Ebene möglich gemacht wird.

- 39 • Die Einführung eines echten europäischen Parteienstatuts wird vorangetrieben.
- 40 • Die Einführung der Direktmitgliedschaft in einer daraufhin entstehenden echten Partei
- 41 wird zusätzlich und alternativ zur Mitgliedschaft in nationalen Parteien möglich. Mittelfristig
- 42 wird eine Teilabführung von SPD-Mitgliederbeiträgen an die PES umgesetzt.
- 43
- 44 • Die Wandlung der PES-Kongresse und –konferenzen von Wahlveranstaltungen zu
- 45 inhaltlichen Parteitagen mit Diskussionen und offenen Abstimmungen wird durchgesetzt.
- 46
- 47 • Koordinator\*innen der PES City Groups und/oder der PES Activists treffen sich in
- 48 regelmäßigen Abständen, um ihre Arbeit über Grenzen hinweg zu koordinieren.
- 49
- 50 • Das SPD-Europawahlprogramm wird in Zukunft verständlicher formuliert.
- 51
- 52 • Die innerparteilichen Wahlverfahren zu Delegierten des PES-Kongresses und zu den
- 53 Europakandidat\*innen demokratischer und transparenter gestaltet.
- 54
- 55 • Die aktive Nutzung der Europäischen Bürger\*inneninitiative gemeinsam mit unseren
- 56 Schwesterparteien, der PES und Nichtregierungsorganisationen vorangetrieben.

57  
58 Darüber hinaus findet die europäische Dimension in Zukunft auch in der Arbeit der Jusos mehr  
59 Beachtung:

- 60
- 61 • Bei offiziellen Veranstaltungen wird neben der Jusoflagge auch die YES-Flagge
- 62 verwendet.
- 63
- 64 • Auf Homepage und anderen Veröffentlichungen wird das YES-Logo dem Jusologo
- 65 nebengeordnet verwendet.
- 66
- 67 • Informationen über Aktionen der europäischen Mutterorganisationen und in anderen
- 68 Ländern werden zeitnah an interessierte Mitglieder versendet, um möglichst vielen die
- 69 Teilnahme zu ermöglichen.
- 70
- 71 • Ebenso werden Informationen über die tägliche Arbeit der europäischen
- 72 Mutterorganisationen und Organisationen in anderen Ländern zeitnah an interessierte
- 73 Mitglieder versendet.
- 74
- 75 • Falls nicht durch die Parteistrukturen geschehen, wird den Jusostrukturen vor Ort
- 76 nahegelegt, sich auch als PES City Groups zu registrieren und Genoss\*innen anderer
- 77 Organisationen einzubinden. Die soll nach Möglichkeit grenzübergreifend geschehen.
- 78
- 79 • Jusomitgliedern wird nahegelegt, sich auch als PES Activits zu registrieren.

80  
81 **Begründung:**

82 Die Arbeiter\*innenbewegung ist in ihrem Kern von Anbeginn internationalistisch und europäisch  
83 organisiert. Diese Ausrichtung beruht nicht auf der Grundlage, dass nationale Probleme nur  
84 international durchgesetzt werden können, sondern dass Gesellschaft und Klassen ein  
85 internationales Gefüge sind, die nicht durch Grenzziehung gegeneinander ausgespielt werden  
86 sollen.

87  
88 Internationalismus scheint aber in weiten Bereichen nur eine theoretische Dimension zu haben.  
89 Im Europawahlkampf hat die SPD für ein anderes Europa geworben, in dem Solidarität an  
90 erster Stelle steht. Zugleich blieb der Wahlkampf aber national organisiert, der europäische  
91 Spitzenkandidat Martin Schulz wurde zum „Deutschen, der Kommissionpräsident werden kann“,  
92 die europäische Mutterpartei wurde möglichst nicht erwähnt, um die Wähler\*innen nicht zu  
93 verwirren. Statt sich also den Renationalisierungsbestrebungen anderer Parteien entgegen zu  
94 stellen, hat die SPD bewusst die nationale Karte gespielt und sich hinter der nationalen Partei  
95 versteckt, statt ein echtes Zeichen für eine europäische Gemeinschaft zu setzen.

96  
97 Diese Tendenz ist nicht nur in der Analyse des Wahlkampfes deutlich zu sehen, sondern in der  
98 täglichen Politik und auch in der Position innerhalb der PES ersichtlich. In vielen  
99 Politikbereichen ziehen es SPD-Größen (ebenso wie Politiker\*innen der Schwesterparteien in

100 Europa) vor, nationale Wunschvorstellungen zu bedienen, statt ihrem Anspruch als  
101 internationale Bewegung gerecht zu werden und deutlich zu machen, dass die Probleme nicht  
102 zwischen Ländern liegen, sondern dass diese Probleme uns alle betreffen.  
103  
104 Um internationalistische Ideen durchzusetzen und ein europäisches Gemeinwesen zu schaffen,  
105 von dem alle profitieren, braucht es aber internationalistisch agierende Akteur\*innen, die eine  
106 europäische Öffentlichkeit schaffen. Wenn wir als Arbeiter\*innenbewegung Europas diesen Part  
107 nicht übernehmen, dann übernimmt ihn niemand.  
108  
109 Selbst innerhalb unserer Mutterorganisationen PES und YES bestimmen nationale Interessen  
110 und daraus resultierende Trennungslinien die Arbeit. Postengeklügel und leere Kompromisse  
111 verhindern das Entstehen einer demokratischen Struktur und einer offene Diskussion über  
112 Inhalte. Besonders deutsche Delegationen erwecken eher den Anschein, führende Kraft sein zu  
113 wollen als treibende Kraft. Zugleich werden Informationen, Einladungen und Anfragen nur auf  
114 höchster Ebene behandelt und oft nicht von den Mitgliedsorganisationen weiter gegeben. Die  
115 direkte Kommunikation zwischen europäischer Ebene und Lokalebene wird erschwert und  
116 teilweise unmöglich gemacht.  
117  
118 Wir sind davon überzeugt, dass dies der falsche Weg ist. Als sozialistische,  
119 sozialdemokratische und Arbeiter\*innenbewegung müssen wir uns klar zu Europa und  
120 Internationalismus bekennen. SPD und Jusos müssen Flagge zeigen und den europäischen  
121 Diskurs gestalten, statt ihn zu behindern. Die Struktur der europäischen  
122 Arbeiter\*innenbewegung muss gestärkt werden, um diesen Diskurs zu ermöglichen, der  
123 Austausch muss angeregt werden, um Gemeinsamkeiten zu verstärken.  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## F

### Frieden & Internationales

F 1	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand Leitlinien europäischer Friedenspolitik	126
F 2	Hessen-Nord Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik	130
F 3	Schleswig-Holstein Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise	133
F 4	Berlin Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	138
F 5	Hessen-Süd Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien	150
F 6	Sachsen Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen	153
F 7	Hannover Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen	156
F 8	Hessen-Süd Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!	157
F 9	Berlin Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine	159
F 10	Thüringen Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten	162

**Titel** Leitlinien europäischer Friedenspolitik

**Antragsteller** Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Leitlinien europäischer Friedenspolitik

- 1 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist Europa mehr als nur eine Union von Staaten.
- 2 Wir wollen ein geeintes, soziales und demokratisches Europa. Wie wir uns dieses föderale
- 3 Europa vorstellen, haben wir grundlegend 2014 auf unserem Bundeskongress beschlossen. Die
- 4 Werte, auf welchen dieses Europa nach innen stehen soll, müssen sich aber auch in einer
- 5 gemeinsamen Außenpolitik widerspiegeln. Eine gemeinsame Außenpolitik ohne die
- 6 Rückbindung an Werte ist für uns nicht zu denken.
- 7
- 8 Frieden ist das Ziel aller Außenpolitik. Deshalb reden wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
- 9 von Friedenspolitik statt von Außen- und Sicherheitspolitik. Doch Friedenspolitik bedeutet
- 10 zweierlei: Nicht nur Frieden zu bewahren, wo Friede herrscht, sondern aktiv gegen Unfrieden
- 11 vorzugehen, wo dieser sich ausbreitet. Frieden ist breit zu verstehen. Frieden bedeutet für uns
- 12 nicht bloß die Abwesenheit von Krieg sondern insbesondere auch sozialer Frieden im globalen
- 13 Sinne.
- 14
- 15 Ein europäischer Staat, wie wir ihn anstreben, würde enorme politische, wirtschaftliche und
- 16 finanzielle Möglichkeiten besitzen. Diese Möglichkeiten bilden die Grundlage einer aktiven
- 17 Gestaltungsmacht, nicht nur, aber insbesondere in der Friedenspolitik. Diese Macht bedeutet für
- 18 uns in erster Linie Verantwortung. Eine werteorientierte Verantwortung für eine friedliche,
- 19 demokratische und solidarische Welt. Aus diesem Grund muss sich europäische Friedenspolitik
- 20 für uns an folgenden Werten orientieren:
- 21
- 22 **Zusammenarbeit auf Augenhöhe**
- 23 Eine europäische Friedenspolitik kann es nur auf Augenhöhe geben. Dies bedeutet für uns
- 24 insbesondere eine klare Abkehr von postkolonialen Einstellungen. Diese Augenhöhe ist jedoch
- 25 weiter zu verstehen. Für uns heißt dies eine Friedenspolitik mit dem Kerngedanken eines freien,
- 26 in Rechten gleichen Menschen in der Welt.
- 27
- 28 Zur zentralen Grundlage aller politischen Entscheidungen gehört die Beachtung der
- 29 Menschenwürde. Das gemeinsame europäische Ziel muss es sein, dass alle Menschen in
- 30 Freiheit leben können. Dabei ist Freiheit nicht nur die Freiheit von Unterdrückung, Verfolgung
- 31 und Krieg, sondern auch die Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dafür
- 32 muss auch ein Mindestmaß an sozialen, kulturellen und politischen Partizipationsmöglichkeiten
- 33 gegeben sein. Diese beschriebene Freiheit ist international nicht ohne breit angelegte
- 34 Umverteilungsmechanismen zu denken. Ein geeintes Europa trägt Verantwortung nicht nur für
- 35 die eigene Bevölkerung, sondern für alle von seinen Entscheidungen betroffenen Menschen. Das
- 36 Handeln gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure mit Sitz in der Europäischen
- 37 Union in der Welt darf nicht zur Folge haben, dass Regionen außerhalb Europas benachteiligt
- 38 werden. Unmittelbare und mittelbare Wirkung bei Akten der Europäischen Union sind kritisch zu
- 39 untersuchen, um gegebenenfalls negativen Auswirkungen entgegen zu steuern. Dabei sind wir

40 uns bewusst, dass die vergangene und aktuelle europäische Friedenspolitik- und  
41 Außenwirtschaftspolitik zur Entstehung und Verschärfung von Konflikt- und Krisenherden  
42 weltweit beigetragen haben. Ebenso beruht unser wirtschaftlicher Wohlstand zu nicht  
43 unerheblichen Teilen auf der Ausbeutung und wirtschaftlichen Benachteiligung anderer  
44 Regionen der Welt. Eine europäische Friedenspolitik darf vor diesem Umstand nicht die Augen  
45 verschließen. Es ist festzustellen dass Effekte innerhalb kapitalistischer Wertschöpfungsketten  
46 soziale Spannungen oft entstehen lassen oder soziale Ungleichheiten in der jeweiligen  
47 Gesellschaft vertiefen. Eine europäische Friedenspolitik, die lediglich den eigenen Vorteil in den  
48 Fokus der Betrachtung rückt, darf es nicht geben. Zusammenfassend gilt daher zu konstatieren  
49 dass die Förderung von Selbstbestimmung durch eine europäische Friedenspolitik konkret die  
50 Befähigung zur Selbstbestimmung durch eine Sicherstellung von ökonomischen, sozialen und  
51 kulturellen Rechten bedeutet. Diese muss eine zwingende Leitlinie gemeinsamer Friedenspolitik  
52 sein. Dies findet seine konkrete Ausgestaltung unter anderem in der Zusammenarbeit zur  
53 Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerungen und in der Förderung von  
54 Zivilgesellschaften. Dazu gehört unter anderem auch eine Zusammenarbeit zur  
55 Demokratieförderung und Demokratiestärkung. Dies schließt eine Zusammenarbeit mit Staaten  
56 und Gruppierungen, welche nicht unserer Demokratievorstellung entsprechen, nicht aus.  
57 Zusammenarbeit, die vordergründig den europäischen Interessen dient, aber sich den  
58 Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit gibt, kann dadurch jedoch nicht gerechtfertigt  
59 werden. Eine solche Politik auf Kosten der Bevölkerungen in anderen Staaten, etwa zur  
60 Schaffung von neuen Absatzmärkten, ist abzulehnen.

61

62 Die Förderung der menschlichen Selbstbestimmung und Emanzipation muss Ansatz einer  
63 demokratiefördernden Friedenspolitik sein, unter diesem Leitsatz kann nur folgerichtig sein,  
64 Menschen und Staaten Unterstützung anzubieten, aber nicht zu erzwingen.

65

#### 66 **Solidarität**

67 Ein solidarisches Miteinander der Weltbevölkerung ist Selbstverständnis unseres vereinten  
68 Europas.

69

70 Im Sinne einer gerechten, freien, gleichberechtigten Gesellschaft muss unser Europa die  
71 Solidarität mit Regierungen, Gruppen, Organisationen und Menschen zeigen, die sich für eine  
72 solche Gesellschaft einsetzen. Das bedeutet für uns jedoch nicht, dass wir Staaten unser  
73 Gesellschaftsmodell aufdrängen wollen. Wir wollen stattdessen aktiv werben.

74

75 Vor allem in Krisensituationen und Krisenregionen kann praktische Solidarität für die  
76 Zivilbevölkerung oder für Konfliktparteien von großer Bedeutung sein. Humanitäre  
77 Unterstützung muss dabei stets wichtigstes Mittel sein. Solidarität ist für uns keine hohle Phrase  
78 sondern konkreter Handlungsauftrag. Dieser Auftrag muss stets die Leitlinien des freien  
79 Menschen gleich an Rechten und auf Augenhöhe in den Fokus rücken.

80 Ein Roll-back in eine nationale Interessenspolitik lehnen wir ab. Die europäische Verantwortung  
81 besteht in der diplomatischen Artikulation von Wertungen und der Unterstützung von  
82 Interessengruppen. Diplomatisches Werben für eine demokratische Gesellschaft und  
83 verantwortungsvolles Handeln ist für uns erster Anknüpfungspunkt einer internationalen  
84 Solidarität. Dieser umfasst allerdings auch die Aktivierung von Ressourcen im Inneren der  
85 Europäischen Union. Die Solidarität für Menschen in Krisen- und Kriegssituationen endet nicht  
86 an den Außengrenzen. Eine europäische Friedenspolitik ist ohne eine Politik im Inneren die  
87 Gewährleistung von Schutz durch ein progressives Asyl- und Bleiberecht sicherstellt nicht zu  
88 denken. Aber auch wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass es Situationen geben  
89 kann, in denen Diplomatie nicht ausreicht um Menschen vor massiven  
90 Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Wir sehen daher im Rahmen des Konzeptes der  
91 Responsibility to Protect auch den Einsatz von militärischen Mittel zur Verhütung von massiven  
92 Menschenrechtsverletzungen ultima ratio auch für die gemeinsame europäische Friedenspolitik  
93 als legitimes Mittel an – dabei immer an unseren friedenspolitischen Leitlinien, die wir uns auf  
94 dem Bundeskongress 2014 in Bielefeld gegeben haben orientiert. Die zivile Krisen- und  
95 Konfliktbewältigung genießt jedoch auch in der europäischen Friedenspolitik absoluten Vorrang.

96

#### 97 **Multiperspektivität**

98 Der derzeitige Wechsel der globalen Politik weg von einer bipolaren hin zu einer multipolaren  
99 Welt lässt Europa zu einem stärkeren Akteur wachsen. Wie die Konflikte in der Ukraine oder in  
100 Syrien zeigen sind neue globale Ordnungskonflikte nicht mehr mit den gleichen Antworten der

101 letzten Jahrzehnte zu beantworten. Ein reines Ost-West oder Schwarz-Weiß-Denken hat an  
102 Überzeugungskraft verloren. Zentrale Aufgabe einer modernen gemeinsamen europäischen  
103 Außenpolitik muss es daher sein, neue Antworten auf diese herausfordernden Fragen zu  
104 entwickeln. Für uns steht neben der Förderung der Emanzipation zur Überwindung von sozialen  
105 Spannungen und Ungleichheiten die Multiperspektivität im Zentrum dieser Aufgabe.  
106 Unter Multiperspektivität verstehen wir die Abkehr von einer Friedenspolitik, die nur die eigenen  
107 Interessen verfolgt ohne die Einbeziehung von Perspektiven und Interessen anderer Akteure im  
108 internationalen Umfeld.

109 Nur eine umsichtige Friedenspolitik auf Augenhöhe, welche die Probleme, Perspektiven und  
110 Interessen der Menschen in anderen Regionen der Welt achtet und in Strategien und  
111 Entscheidungen einbindet, kann dazu beitragen, eine gerechtere, freiere Welt zu schaffen.  
112 Multiperspektivität ist nicht bloß vermeintlich linke Utopie sondern viel mehr ein pragmatischer  
113 Erfolgsfaktor. Ohne eine Multiperspektivität in der Friedenspolitik kann Europa kein  
114 solidarischer Partner auf Augenhöhe in einer multipolaren Welt sein.

115  
116 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind diese Werte bestimmende Faktoren für  
117 eine gemeinsame europäische Friedenspolitik. Diese müssen sich auch in den konkreten  
118 Handlungen und Akten widerspiegeln. Für uns stellt die gemeinsame europäische  
119 Friedenspolitik einen wichtigen Schritt der europäischen Integration dar. Durch die  
120 wertegeleitete Koordination können Synergieeffekte sinnvoll genutzt werden um eine  
121 gemeinsame Agenda zu fördern. Das bedeutet allerdings auch, dass neben der  
122 Herausarbeitung von zwingenden Werten in der europäischen Friedenspolitik auch einzelne  
123 Handlungsoptionen aufgezeigt und kritisch untersucht werden. Für uns ist daher insbesondere  
124 die Frage nach einer europäischen Friedens- und Verteidigungspolitik, sowie einer  
125 gleichzeitigen Friedensförderung, in den Fokus der Betrachtung zu rücken. Diese Instrumente  
126 sind nicht abschließend sondern viel mehr beispielhaft für die aktuellen Herausforderungen der  
127 europäischen Friedenspolitik.

128

#### 129 **Wege zu einer europäischen Friedenspolitik**

130 Dort, wo staatliche Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Gefahr sind,  
131 trägt ratlose Untätigkeit dazu bei, die Welt instabiler und unfriedlicher zu machen. Stabilität und  
132 ein friedliches internationales System können dagegen nur dort entstehen, wo diese  
133 elementaren Voraussetzungen menschlicher Würde nicht in Frage stehen sprich soziale,  
134 kulturelle und ökonomische Stabilität gewährleistet sind.

135

136 Die Krisen- und Kriegsszenarien können hierbei vielfältig sein und lassen sich nicht auf  
137 bewaffnete Szenarien verkürzen. Diese Friedenspolitik ist prinzipiell dem Gewaltverbot der  
138 Charta der UN und dem Vorrang der friedlichen bzw. gewaltfreien Lösung unterworfen. Dennoch  
139 der Einsatz von militärischen Mitteln kann nicht auf eine enge Definition verkürzt oder mit  
140 Aggression gleichgesetzt werden. An vielen Stellen sind militärische Missionen im Rahmen  
141 rechtserhaltender Maßnahmen unabdingbar: z.B. beim Schutz demokratischer Wahlen in  
142 Drittstaaten, der Beseitigung von Massenvernichtungs- und auch konventioneller Waffen wie  
143 z.B. Minen oder bei der Bewältigung größerer Naturkatastrophen. Gerade hier muss es zu einer  
144 koordinierten Friedenspolitik innerhalb der EU kommen, die durch die anwachsende Anzahl von  
145 destabilisierende Faktoren in der unmittelbaren Nachbarschaft, aber auch nicht zuletzt durch die  
146 Hinwendung der USA zum pazifischen Raum unabdingbar geworden ist. Europa hat die  
147 einmalige Chance sich außenpolitisch als friedensstiftender Mediator in den aktuellen  
148 Ordnungskonflikten zu positionieren.

149

150 Um Europa jedoch ein stärkeres außenpolitisches Gesamtgewicht zu verleihen, brauchen wir  
151 eine außenpolitisch handlungsfähige EU, die in allen Fragen – vor allen Dingen in schwierigen  
152 Abwägungsprozessen zwischen Krieg und Frieden – mit einer Stimme spricht. Deshalb  
153 sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:

154

155 Die Europäische Union erhält einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat der UN. Diese  
156 Veränderung wird eingebettet in eine Reform dieser Institution, worin die EU durch Halter eines  
157 gemeinsamen Sitzes, auch als Vorbild zu mehr Multilateralismus, bei den Vereinten Nationen  
158 werden kann.

159

160 - Das Europäische Parlament wird gestärkt und ein Friedens- und Verteidigungsausschuss  
161 geschaffen.



162

163 - Die Förderung von europäischen militärischen Verbänden auf dem Weg zur einer  
164 gemeinsamen europäischen Friedenstruppe und damit verbunden eine konsequente Abrüstung.  
165

166 - Selbstverständlich sollte jede Form des militärischen Einsatzes unter Vorbehalt des  
167 Europäischen Parlamentes stehen; dies nicht zuletzt deswegen, da eine Entnationalisierung  
168 und Europäisierung der militärischen Strukturen die Möglichkeit nationaler Alleingänge beendet.  
169

170 Die Europäische Union darf sich bei ihren friedensstiftenden Maßnahmen nicht nur auf die  
171 unmittelbare Region beschränken oder durch eigene Partikularinteressen leiten lassen. Die  
172 Stärkung des Friedens in der Region muss als Chance verstanden werden, da die dadurch  
173 freiwerdenden Kräfte in anderen Teilen der Welt eingesetzt werden können. Konsequenz kann  
174 man in diesem Bereich aus dem noch regionalen Player EU einen global-agierenden  
175 Friedensakteur machen.

176

177 Bei allen Anstrengungen einer gemeinsamen Friedensstrategie soll kein Gegenentwurf zu  
178 bereits bestehenden Systemen kollektiver Sicherheit entstehen. Vielmehr geht es sogar darum,  
179 ein koordiniertes europäisches Handeln zu gewährleisten.

180

181 Unser Ziel muss es sein die Paradigmen in der Friedenspolitik langfristig zu verändern. Das  
182 militärische Kräfteressen und das dadurch resultierende Gleichgewicht durch Abschreckung  
183 werden bedauerlicherweise weiterhin prägende Faktoren der Sicherheitspolitik sein. Militärische  
184 Stärke ist selbstverständlich kein Selbstzweck - ihre Existenz legitimiert sich aber über die  
185 Fähigkeit, durch Abschreckung Waffen schweigen zu lassen und bewaffnete Konflikte zu  
186 beenden, wo diese Abschreckung ausblieb. Jede Maßnahme legitimiert sich durch unser oben  
187 beschriebenes Wertesystem. Stumpfen Militarismus wird somit eine klare Absage erteilt.

188

#### 189 **Zivile Friedensförderung stärken**

190 Seit ihrer Gründung war Friedensförderung und Erhalt zentrales Ziel der europäischen  
191 Gemeinschaft.

192

193 Ein vereintes Europa besitzt eine Vielzahl von wirtschaftlichen und zivilen Möglichkeiten, um  
194 Konflikten präventiv zu begegnen. Europäische Friedenspolitik muss immer im  
195 internationalistischen Kontext erfolgen. Nur so kann sie ihre volle Wirkung entfalten und effektiv  
196 wirken.

197 Ein Instrument europäischer Friedenspolitik ist die Entwicklungszusammenarbeit. Diese darf nie  
198 rein wirtschaftlichen Interessen dienen und zu Ausbeutung führen, wie es zu oft der Fall ist.  
199 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte. Ihre Ziele müssen die  
200 Überwindung von Armut und Hunger in der Welt sein. Sie muss strukturschwachen Ländern und  
201 Regionen Bildungsprogramme und zivilgesellschaftliches Engagement ermöglichen, sowie  
202 Gleichstellung und die freie Persönlichkeitsentfaltung garantieren.

203

204 Um das zu realisieren, muss das Ziel, dass alle Mitgliedstaaten der EU 0.7% ihres Brutto-  
205 Sozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit investieren, endlich umgesetzt werden.

206

#### 207 **Hoch die internationale Solidarität!**

208 Europa ist mehr als nur eine Union von Staaten. Wir wollen ein geeintes, soziales und  
209 demokratisches Europa, das eine progressive Friedenspolitik betreibt. Wir bekennen uns zu  
210 einem Europa, das als friedenspolitische Gemeinschaft auf- und für die Grundwerte Freiheit,  
211 Gleichheit, Solidarität auf allen Ebenen eintritt, dabei nie bevormundend und immer in den  
212 internationalen Kontext eingebunden ist. Denn nur durch eine konsistente Friedenspolitik kann  
213 Europa seinen Beitrag zu einer friedlicheren Welt leisten. Doch ist dieses Eintreten kein  
214 Selbstzweck. Europäische Friedenspolitik muss mit Leben gefüllt und aktiv gelebt werden. Das  
215 ist Aufgabe für uns Jusos und die gesamte sozialistische Familie in Europa.

216

217

218

219

220

221

**Titel** Für eine neue sozialdemokratische  
Entwicklungspolitik

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-  
Fraktion im Europ. Parlament

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 2015 ist für die globale Entwicklungspolitik ein weiteres Jahr der Zäsur: Das Jahr stellt den
- 4 Endpunkt eines mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) 2001 begonnenen Prozesses
- 5 dar. Die Bilanz der MDGs fällt gemischt aus: Einige wurden unter dem Strich erreicht oder sind
- 6 zumindest auf dem besten Wege dorthin, bei anderen besteht auch im weltweiten Durchschnitt
- 7 noch erheblicher Bedarf. Auch die positiven Eindrücke sind jedoch differenziert zu sehen: Dass
- 8 etwa Ziel 1, die Halbierung der Anzahl in extremer Armut lebender Menschen, erfüllt wurde, ist
- 9 ohne Frage ein großer Erfolg – der sich allerdings keineswegs in allen Regionen der Welt
- 10 gleichermaßen widerspiegelt. Die „Post-2015-Agenda“ beinhaltet dementsprechend noch viele
- 11 zentrale Herausforderungen, die vor dem Ziel einer globalen nachhaltigen Entwicklung
- 12 gemeistert werden müssen.
- 13
- 14 Die Verzahnung nationaler Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu einer gemeinsamen
- 15 europäischen Linie ist per se ideell sowie strategisch zu begrüßen – aktuell jedoch zeichnet sich
- 16 letztere durch eklatante Widersprüche aus, welche die vorhandenen Fortschritte oftmals völlig
- 17 konterkarieren. Die folgenden Forderungen können neben anderen dazu beitragen, diese
- 18 gegenläufige Wirkung von Maßnahmen aufzulösen und eine bessere EZ, mithin die
- 19 Verwirklichung des von der UN postulierten „Lebens in Würde für alle“ zu ermöglichen.
- 20
- 21 **Weg mit Kohärenz um jeden Preis – Entwicklungspolitik muss für sich stehen können!**
- 22
- 23 Mit dem „Europäischen Konsens“ von 2005 wurde das Prinzip der „Policy Coherence for
- 24 Development“ institutionalisiert und erweist sich seitdem als prägend für die EZ der EU. Das
- 25 Kohärenzkonzept strebt an, die Synergien zwischen verschiedenen Politikfeldern zu nutzen, in
- 26 diesem Fall also entwicklungspolitische Überlegungen in andere Bereiche einfließen zu lassen
- 27 und Zielkonflikte zu vermeiden. Soweit die lobenswerte Theorie – die Praxis stellt sich jedoch in
- 28 aller Regel umgekehrt dar: Entwicklungspolitik wird von übermächtigen Politikfeldern dominiert,
- 29 instrumentalisiert und schlimmstenfalls ausgehöhlt. Der Eindruck entsteht, Vergemeinschaftung
- 30 solle um ihrer selbst Willen erzwungen werden, anstatt sich an den tatsächlichen politischen
- 31 Erfordernissen zu orientieren: Die Interessen der Partnerinnen und Partner bleiben in einem
- 32 aufgeblähten EU-internen Abstimmungsprozess schnell auf der Strecke.
- 33
- 34 Deswegen muss die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, dass Entwicklungspolitik sehr wohl
- 35 auch für sich stehen kann und zu einem als gleichwertig anerkannten Politikfeld wird. Erst wenn
- 36 dies gewährleistet ist, kann ein Streben nach Kohärenz seinen ursprünglichen Zweck erfüllen.

37 Geschehen kann dies auf Ebene der europäischen Institutionen beispielsweise durch eine  
38 massive Kompetenzaufwertung der für Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektion  
39 DEVCO innerhalb der Kommission oder durch eine verstärkte Einbindung des entsprechenden  
40 Parlamentsausschusses in Entscheidungsprozesse. Weiterhin ist eine umfassende Reflektion  
41 und in Teilen Neudefinition des eigenen Selbstverständnisses unabdingbar. Wo Freihandel zur  
42 Notwendigkeit erklärt wird, wo wirtschaftliche gegen politische oder gesellschaftliche Interessen  
43 ausgespielt und ihnen gegenüber priorisiert werden, wird es – egal, wie die formalen Prozesse  
44 ausgestaltet sind – keine Entwicklungspolitik geben, die diesen Namen verdient.

45

46 Dies gilt, in unterschiedlichem Maße, ebenso in den verschiedenen nationalen politischen  
47 Systemen. In Deutschland bedeutet dies eine Stärkung und eine noch praktischere Ausrichtung  
48 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seine  
49 Verknüpfung mit den Durchführungsorganisationen muss weiter vorangetrieben, gleichzeitig  
50 muss es noch eigenständiger in Abgrenzung etwa zum Auswärtigen Amt oder zum  
51 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie agieren können. In einer Koalition, in der das  
52 BMZ zum „Außenministerium der CSU“ (Horst Seehofer) erklärt wird, ist der Einsatz der SPD an  
53 dieser Stelle besonders gefragt – und der Nachholbedarf groß.

54

55 Wir fordern:

56

57 • Umdenken! Gute Entwicklungspolitik beginnt in den (sozialdemokratischen) Köpfen, die  
58 einseitige Freihandelsdoktrin ist hinter umfassendere Ansätze zurückzustellen.

59

60 • Entwicklungspolitik institutionell stärken! DG DEVCO und das Europäische Parlament  
61 müssen aufgewertet, auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.

62

63 **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen bzw. rückgängig machen – die Vernichtung**  
64 **von Entwicklungschancen darf nicht in Kauf genommen werden!**

65

66 Der rücksichtslose Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die  
67 so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz  
68 EPAs) darf nicht weiter unkommentiert bleiben, sondern ein radikaler Kurswechsel ist geboten:  
69 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs  
70 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher  
71 Augenhöhe neuverhandelt werden! Dafür muss zunächst die unsinnige regionale Zersplitterung  
72 des Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische Staaten)  
73 – aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv geschwächt, sondern  
74 auch bestehende Integrationsprozesse unterlaufen.

75

76 Es handelt sich deshalb bei den EPAs nicht um Partnerschaftsabkommen unter EZ-  
77 Gesichtspunkten, sondern um neoliberale Freihandelsabkommen mit schwerwiegenden Folgen  
78 für fast alle Politikbereiche in den Partner\*innenländern. Mag das bisherige Präferenzsystem  
79 auch diverse Nebenwirkungen hervorgebracht haben, gefährdet eine zu plötzliche vollständige  
80 „Normalisierung“ die Ökonomie und Entwicklung der Partner\*innen. Deshalb muss die EU den  
81 AKP-Staaten weiterhin individuelle Handelsprivilegien einräumen. Eine Marktöffnung kann nur  
82 schrittweise und unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen strukturelle  
83 Probleme wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt europäische Investor\*innen zu  
84 schützen und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.

85

86 „Sozialdemokrat\*innen“, die bei TTIP & Co. – wo eigene Standards potentiell gefährdet werden  
87 – in den Widerstand einstimmen, das egoistische Ausspielen der europäischen Machtposition  
88 gegenüber Entwicklungsländern aber kommentarlos hinnehmen, haben ihren Namen nicht  
89 verdient. Da die SPD, die SPE und andere politische Player\*innen diese Veränderungen nicht  
90 im Alleingang bewerkstelligen können, ist es ihre Aufgabe, die Bürger\*innen für diese Thematik  
91 zu sensibilisieren und sie auf die drastischen Konsequenzen gegenwärtiger Politik aufmerksam  
92 zu machen – damit ein breites gesellschaftliches Bündnis unsere Position stützen kann.

93

94 Wir fordern:

95

96 • EPAs sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der AKP-Gruppe als Ganzes  
97 geführt, aber individuelle Bedarfe aller Partner\*innen berücksichtigt werden.

- 98 • Kein bedingungsloser Freihandel! Institutionelle Kompetenzverlagerungen müssen  
99 revidiert, für den ideologischen Kurswechsel breite Öffentlichkeit hergestellt werden.

100

101 **Koloniale Abhängigkeitsstrukturen final durchbrechen – den globalen Ansatz forcieren!**

102

103 Auch ein halbes Jahrhundert nachdem die meisten Kolonien ihre formale Unabhängigkeit  
104 erlangten, besteht eine Vielzahl von Beziehungsmustern kolonialer Herrschaft fort. Diese  
105 aufzubrechen, bleibt als große Aufgabe der Post-2015-Entwicklungspolitik bestehen. Das  
106 koloniale Stigma haftet primär einzelnen Mitgliedstaaten an, die Abhängigkeitsstrukturen in  
107 deren Beziehungen zu ihren Partner\*innenländern sind gravierend - und eine weitere  
108 Vergemeinschaftung des Politikfeldes deshalb grundsätzlich zu begrüßen.

109

110 Tatsächlich konzentriert sich die EU weniger auf die so genannten aid darlings, also Staaten, die  
111 sich großer Beliebtheit bei den Geber\*innen erfreuen – sondern vertritt stattdessen einen  
112 globaleren Ansatz, der auch sonst meist vernachlässigte sowie fragile Staaten einschließt.  
113 Dieser Weg ist weiter zu forcieren, um nicht bestimmte Regionen von der unter dem Strich  
114 positiven Bilanz hinsichtlich der MDG-Erreichung auszuschließen. Gerade fragile Staaten sind  
115 noch stärker in den Fokus zu nehmen, da die Bevölkerung dort in besonderem Maße auf  
116 internationale Unterstützung angewiesen ist. Der mit einer solchen Situation verbundene  
117 institutionelle und finanzielle Mehraufwand für EZ darf weder auf nationaler noch auf  
118 europäischer Ebene ein Hindernis darstellen. In einigen Sektoren wie der humanitären Hilfe hat  
119 die EU zudem originäre Kompetenzen erlangt, dank derer sie dort als effektivere Geberin im  
120 Vergleich zu den Nationalstaaten betrachtet wird. Diese komparativen Vorteile sind auf weitere  
121 Teilfelder auszubauen und EZ untereinander besser zu koordinieren.

122

123 Parallel zu diesem weiteren Kompetenztransfer auf die EU-Ebene, muss diese gleichwohl  
124 eigene neokolonialistische Tendenzen reduzieren. Mit strikten Kriterienkatalogen impliziert auch  
125 die EU als Geberin, am besten zu wissen, wie Hilfe eingesetzt werden sollte und was für die  
126 Partner\*innenländer erstrebenswert ist. Dies ist gerade in der Zusammenarbeit mit Staaten, die  
127 über eine ansatzweise demokratisch legitimierte Regierung verfügen, falsch und solche  
128 Regularien entsprechend durch einen vertieften Dialogprozess zu ersetzen. Der Missbrauch von  
129 EZ-Strukturen zur Einmischung in Interna der Partner\*innen ist immer zu unterlassen.

130

131 Wir fordern:

132

- 133 • Europa statt Nationalstaaten! Trotz aller Kritik: Koloniale Abhängigkeitsstrukturen können  
134 nur durch gemeinsame europäische Entwicklungspolitik durchbrochen werden.

135

- 136 • Finger weg von Einmischung! Zielführende EZ-Verhandlungen aus Partner\*innensicht  
137 müssen Bevormundung und Egoismus seitens EU oder Nationalstaaten ersetzen.

138

139 **Outputorientierter arbeiten: Die Kriterien sind da – evaluiert sie richtig!**

140

141 Ergänzend ist festzuhalten, dass es an Kriterien und Zielmarken für „gute“ Entwicklungspolitik  
142 nicht mangelt – ergebnisorientiert wie die MDGs, oder prozessorientiert wie die Grundsätze der  
143 Paris Declaration, welche sich auf die Abstimmung zwischen Geber\*innen und Partner\*innen  
144 unter Berücksichtigung von deren Interessen konzentrieren. Auch die EU hat sich längst  
145 konkreten gemeinsamen Werten und Zielen verschrieben. Fast alle EZ betreibenden  
146 Institutionen benennen konkrete Ziele für jedes einzelne Projekt. Wegweisend für den Erfolg  
147 zukünftiger Maßnahmen wird es deshalb sein, das Netzwerk der Evaluation weiter auszubauen  
148 und die großen Prinzipien wie eben diejenigen der Paris Declaration nicht als wünschenswerten  
149 Idealzustand vor sich herzutragen, sondern die praktische EZ permanent daran zu messen und  
150 nötigenfalls in Absprache neu auszurichten. Entwicklungspolitik ist nie eine Einbahnstraße.

151

152 Das Fazit ist eindeutig: Eine EU, die Entwicklungspolitik instrumentalisiert oder „mächtigeren“  
153 Interessen unterordnet, macht nichts besser. Gleichwohl hat nur Europa als Ganzes die  
154 Kapazitäten, um Entwicklungspolitik gemeinsam besser zu machen als die Summe seiner  
155 Mitgliedstaaten es schafft – und um wirklich globale Effekte zu erzielen. Das geht aber nur mit  
156 einer klaren Abkehr vom aktuell grassierenden blinden Vertrauen in den Freihandel. An der  
157 Spitze dieser Reformen hat die Sozialdemokratie zu stehen: SPD, SPE, bewegt euch endlich!

158

**Titel** Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

**Antragsteller** Schleswig-Holstein

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

1 "In Frieden zu leben erfordert nicht große Worte, sondern viele kleine Schritte."

2

3 - Egon Bahr

4

### 5 **1. Grundlagen einer sozialdemokratischen Außenpolitik für Osteuropa**

6

7 Die deutsche Außenpolitik im osteuropäischen Raum ist durch die zwei sozialdemokratischen  
8 Ostpolitiken geprägt. Wandel durch Annäherung war das durch Willy Brandt und Egon Bahr in  
9 den 1960er und 1970er Jahren geprägte Credo. Gewaltverzicht und Anerkennung der  
10 europäischen Nachkriegsgrenzen waren die ersten Etappen auf dem Weg des  
11 Zusammenwachsens. Ihren Kristallisationspunkt fand diese erfolgreiche Politik im Fall der  
12 Mauer und der folgenden Wiedervereinigung.

13

14 Die zweite Phase sozialdemokratischer Ostpolitik nahm ihren Ausgang während der  
15 Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Die zunächst von Deutschland initiierte  
16 Modernisierungspartnerschaft mit Russland, die später von der EU aufgenommen wurde, führte  
17 in eine neue Phase enger politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Ost und West.

18

19 In der aktuellen Phase der Konfrontation sind diese Politikansätze in die Jahre gekommen. Das  
20 bedeutet keinesfalls ihr Scheitern, beweist aber die Notwendigkeit neuer Antworten vor dem  
21 Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen. Die östlichen EU-Staaten sind heute wesentlich  
22 einflussreicher, die Länder der Östlichen Partnerschaft[1] sind von Objekten des Völkerrechts zu  
23 eigenständigen Akteuren geworden und Russland hat wieder an außenpolitischer Stärke  
24 gewonnen.

25

26 Die Kraft zur Formulierung eines neuen außenpolitischen Kurses in Osteuropa wird erneut nur  
27 die Sozialdemokratie aufbringen können. Angesichts neuer Entwicklungen ist die Zeit reif für  
28 eine dritte Ostpolitik, die eingebettet in die sozialdemokratische Tradition neue Wege geht.  
29 Oberstes Ziel ist die Einrichtung einer europäischen Friedensordnung. Deshalb muss es sich  
30 um eine europäische Politik handeln, die auf die ganze Region ausgerichtet ist und neben der  
31 russischen Föderation auch die Länder der Östlichen Partnerschaft in den Blick nimmt.

32

33 Im Folgenden soll die Situation in Osteuropa mit Schwerpunkt auf den Konflikt in der Ukraine  
34 analysiert werden. Er ist Hebel für Fortschritt. Ohne eine Klärung der Situation auf der Krim sind  
35 die Spielräume für Entspannung zwischen Ost und West extrem begrenzt. Nach der Analyse  
36 Russlands, der Ukraine und des Konflikts werden Maßnahmen für die kurze, mittlere und lange  
37 Frist vorgeschlagen, die den Grundstein für eine neue Ostpolitik legen sollen.

38

## 39 **2. Russland – Der Putin-Konsens im Wandel**

40

41 Die 90er Jahre waren eine entscheidende Phase in der Entwicklung Russlands. Um das Land  
42 zu verstehen, ist es entscheidend anzuerkennen, dass die Wahrnehmungen der Realität aus  
43 europäischer und russischer Perspektive erhebliche Abweichungen aufweisen. Während also  
44 die Jelzin-Zeit in Russland als Phase des wirtschaftlichen Niedergangs, der Korruption und des  
45 Ausverkaufes staatlichen Eigentums verstanden wird, steht aus europäischer Sicht der Prozess  
46 der Demokratisierung im Vordergrund.

47

48 Auch außenpolitisch wurde der Grundstein für andauernde Missverständnisse auf beiden Seiten  
49 gelegt. Die aus europäischer Sicht dem Sicherheitsbedürfnis der baltischen Staaten und Polen  
50 gerecht werdende NATO-Osterweiterung sorgte für Beunruhigung in Russland. Aus russischer  
51 Perspektive wurde eine Einbindung des Landes – trotz des NATO-Russland-Rates[2] –  
52 vermieden und Anerkennung für die strategischen Interessen Russlands versagt. Der Einsatz  
53 der NATO im Jugoslawienkrieg erschien Russland als Angriff auf einen Verbündeten, ebenso  
54 wie als Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.

55

56 Im Jahr 1999 begann die erste Amtszeit Wladimir Putins und mit ihr eine neue Ära der  
57 russischen Politik. Aus europäischer Sicht ist diese Zeit insbesondere durch den Abbau von  
58 Freiheitsrechten und der Unterdrückung der politischen Opposition geprägt. In Russland  
59 dominiert das Bild einer Phase des wirtschaftlichen Wachstums, in der Beschäftigung und  
60 Löhne gleichermaßen angestiegen sind. Auf diese Weise gelang es, den sogenannten Putin-  
61 Konsens zu etablieren, der zur anhaltenden Popularität des russischen Präsidenten  
62 entscheidend beitrug. Die Bevölkerung bewertet bis heute den wirtschaftlichen Fortschritt und  
63 die außenpolitische Stärke Russlands wichtiger, als den Erhalt bürgerlicher Rechte.

64

65 Durch die Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor der dritten Amtszeit Putins, die  
66 insbesondere durch fallende Rohstoffpreise ausgelöst wurde, begann dieses Konsens zu  
67 bröckeln. Das auf dem wirtschaftlichen Erfolg basierende politische System funktionierte nicht  
68 mehr reibungslos. Der Putin-Konsens geriet zunehmend unter Druck.

69

70 Putin reagierte auf diese Entwicklung mit der verstärkten Betonung eines russischen  
71 Nationalgefühls. Der zunehmende Einsatz für vermeintliche und reale "russische" Interessen  
72 auch jenseits der eigenen Staatsgrenzen ist eine direkte Folge dieser Entwicklung. Der Putin-  
73 Konsens wurde auf diese Weise innerhalb der letzten Jahre wieder gestärkt. Trotz der  
74 zunehmend existenziell bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung für große Teile der  
75 Bevölkerung ist die Popularität Putins ungebrochen.

76

77 Diese Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund einer sich verändernden Weltordnung.  
78 Russland reagiert auf eine Verschiebung des globalen Machtpotentials in den asiatischen Raum  
79 mit einer Fokussierung der chinesisch-russischen Zusammenarbeit. Der aktuelle Konflikt  
80 zwischen Russland und dem Westen beschleunigt diesen Prozess. Über die Kooperation der  
81 BRICS-Staaten[3] wird versucht, ein eigenes Machtzentrum zu bilden, um einer monopolen  
82 Weltordnung[4] amerikanischer Prägung entgegenzutreten. Die gegenseitige Sanktionsspirale  
83 hat zu einem neuen Tiefpunkt in den politischen Beziehungen zwischen Europa und Russland  
84 geführt.

85

## 86 **3. Die Ukraine - gefangen zwischen Europa und Russland**

87

88 Nach über einem Jahr Krieg in der Ukraine hat keine Seite des Konflikts ihre Ziele  
89 vollumfänglich erreicht, was die Lage nicht nur labil, sondern auch gefährlich macht.  
90 Stattdessen hat sich eine regelrechte Kriegswirtschaft entwickelt, die vom Konflikt lebt und  
91 deshalb großes Interesse an seiner Fortführung hat. Eine erneute militärische Eskalation kann  
92 somit – trotz der Fortschritte durch das Abkommen Minsk II[5] – nicht ausgeschlossen werden.

93

94 Die Ukraine ist unter der neu gewählten politischen Führung entschlossen, sich aus der  
95 Hegemonie[6] Russlands zu lösen und einen eigenen Weg nach Westen zu gehen. Ihr  
96 Kriegsziel ist die Wiederherstellung der Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet,  
97 einschließlich der Kontrolle über die eigene Staatsgrenze im Donbass[7].

98

99 Die Separatisten hingegen wünschen einen eigenen Teilstaat im Osten der Ukraine, der sich

100 stark an der Russischen Föderation orientieren soll. Russlands Rolle ist noch komplexer. Klar ist  
101 heute, dass die Separatisten mit Waffen, Material und Soldaten unterstützt worden sind. In  
102 jüngster Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen, dass auch die russische Administration auf  
103 eine Einhaltung des Abkommens von Minsk drängt. Ihr Einfluss auf die Führung der  
104 Separatisten scheint dabei begrenzt zu sein.

105

106 Die Regierung der Ukraine gerät zunehmend in eine schwierige Situation, da sie die  
107 Vereinbarungen des Abkommens von Minsk – insbesondere den geforderten  
108 Verfassungsprozess – Schritt für Schritt umsetzt. Weil die Zusagen der Gegenseite kaum oder  
109 gar nicht eingehalten werden, gibt das nationalistischen Kräften im Westen der Ukraine Auftrieb,  
110 die eine flächendeckende Wiederaufnahme militärischer Gewalt fordern.

111

112 Zum jetzigen Zeitpunkt spricht vieles dafür, dass der Krieg in der Ost-Ukraine mit geringerer  
113 Intensität fortgeführt wird. Auf diese Art und Weise behält Russland Einfluss auf die instabile  
114 Lage der Ukraine. Tatsächlich wäre aber die beiderseitige Einhaltung der  
115 Waffenstillstandsvereinbarung Voraussetzung für eine Normalisierung der Lage und die  
116 Grundlage dafür, dass der Verfassungsprozess mit größeren Autonomierechten für die  
117 Regionen politische und gesellschaftliche Mehrheiten findet.

118

119 Unabhängig von einer politischen Bewertung ist vor diesem Hintergrund die Aufnahme der  
120 Ukraine in die EU oder NATO unrealistisch. Das Land ist nach wie vor wirtschaftlich und  
121 politisch abhängig von der russischen Föderation, weil sie der wichtigste Handelspartner ist.  
122 Gleichzeitig forciert die Ukraine mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens die  
123 eigene Westbindung. Die schwierige Lage der Ukraine zwischen den Machtblöcken hat sich auf  
124 diese Weise verschärft.

125

126 Aktuell macht sich zudem die wirtschaftliche Abwärtsspirale in der Ukraine deutlich bemerkbar.  
127 2014 ist das BIP[8] um 6,8% zurückgegangen, für 2015 werden erneut 6,8% prognostiziert. Die  
128 Reallöhne werden in diesem Jahr voraussichtlich um 15% fallen; die Inflation wird für das Jahr  
129 2015 gegenüber dem vorangegangenen Jahr auf 30% bis 35% veranschlagt. Des Weiteren lag  
130 die Jugendarbeitslosigkeit bereits 2013 bei 17,8 % und ist seitdem deutlich angestiegen.  
131 Fachleute erwarten erst 2016 eine leichte wirtschaftliche Erholung. Im Umkehrschluss bedeutet  
132 dies, dass die Ukraine auf wirtschaftliche Unterstützung von außen angewiesen ist, um sozialen  
133 Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Insgesamt sieht das Land einer  
134 unsicheren Zukunft entgegen.

135

#### 136 4. Kurzfristige Maßnahmen - Auf dem Weg zu Stabilität und Sicherheit

137

138 Vor allen anderen denkbaren Maßnahmen muss auf eine konsequente **Umsetzung des**  
139 **Minsker Abkommens** hingewirkt werden. Ein **Ende der Gewalt** in der Ostukraine ist dringend  
140 erforderlich, um Spielräume für politische Entspannung zu schaffen. Der **Status der Krim** muss  
141 geklärt werden. Ausdrücklich ist damit **keine Akzeptanz des Völkerrechtsbruches** durch die  
142 Russische Föderation verbunden.

143

144 Mit dem Fortschreiten des Friedensprozesses muss die **humanitäre Unterstützung** für die  
145 besonders betroffenen Gebiete in der Ukraine einhergehen. Bedingung dafür ist eine  
146 schrittweise **Entwaffnung paramilitärischer Gruppen[9]**. Parallel muss der  
147 **Verfassungsprozess** fortgeführt werden, um den Regionen größere Autonomie und den  
148 Minderheiten in der Ukraine besseren Schutz zu garantieren.

149

150 Gegenüber Russland braucht es eine **Abrüstung in der Rhetorik** auf die man sich gemeinsam  
151 verständigen muss. Keine der Seiten sollte eine militärische Lösung in Erwägung ziehen. Eine  
152 **Verpflichtung zum Gewaltverzicht** sollte diese Haltung garantieren. Auf dieser Grundlage  
153 können dann die **Sanktionen für Parlamentarier und Vertreter der Exekutive** beiderseitig  
154 aufgehoben werden. Das ermöglicht eine Verstärkung des politischen und zivilgesellschaftlichen  
155 Dialogs. Die Rückkehr Russlands in den Kreis der G7 wäre eine weitere Maßnahme zur  
156 Normalisierung der Situation.

157

158 Das verlorene Vertrauen muss durch den Wiederaufbau vertrauensvoller Kanäle nach Russland  
159 zurückgewonnen werden. Dabei sollten zunächst gegenseitige **Rote Linien** identifiziert werden,  
160 um davon ausgehend **gemeinsame Interessen** zu definieren. Dies umfasst insbesondere

161 Energieversorgung, wirtschaftliche Kooperation, Rohstoffversorgung, Terrorismusbekämpfung,  
162 den Klimawandel und die Stabilisierung der Situation im Nahen Osten. Gemeinsame Interessen  
163 in diesem Bereich sollten zudem nicht leichtfertig aufgegeben werden, weil das die Eskalation  
164 von Konflikten wahrscheinlicher macht.

165

166 Zügig sollte dann über einen gegenseitigen **Abbau der Sanktionen** verhandelt werden.  
167 Insbesondere die Beschränkungen im Bereich der Nahrungsmittel sind eine große Belastung für  
168 die russische Bevölkerung und leisten keinen Beitrag zur Lösung des Konflikts. Klar ist, dass  
169 Sanktionen nur beiderseitig abgebaut werden können. Die Kritik an den Verstößen gegen das  
170 Völkerrecht bleibt dadurch unberührt. Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die  
171 Sanktionsspirale in eine Sackgasse führt. Vor diesem Hintergrund kann dann der Dialog über  
172 den **Abbau von Visabeschränkungen** wieder aufgenommen werden. Verbunden wird dies mit  
173 der Entwicklung eines **Jugendaustauschprogramms** zwischen der EU, den Staaten der  
174 Östlichen Partnerschaft und Russland.

175

176 Die Europäische Union muss ihre Politik in Osteuropa grundsätzlich überdenken und  
177 gemeinsam eine neue **Strategie formulieren**. Das eigene außenpolitische Handeln kann auf  
178 diese Weise transparent gemacht werden. Die absolute Bindung von wirtschaftlicher und  
179 finanzieller Unterstützung an die Mitgliedschaft in der EU muss überdacht werden. Zudem ist  
180 ein strukturierter Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsunion notwendig. Erste  
181 Rahmenbedingungen für ein **gemeinsames Freihandelsabkommen** sollten diskutiert werden.

182

## 183 5. Mittel- und langfristige Maßnahmen - Neue Entspannungspolitik

184

185 Eine starke Ukraine kann zu einem Mittler zwischen der Europäischen Union und Russland  
186 werden. Dafür benötigt sie stabile politische Verhältnisse und eine verbesserte wirtschaftliche  
187 Situation. Aus diesem Grund streben wir eine **Modernisierungspartnerschaft** mit der Ukraine  
188 an. Diese umfasst gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Bereiche. Besonders im Fokus  
189 stehen Kooperationen bei der **Bekämpfung von Korruption** und der **Wissenstransfer im**  
190 **Bereich der beruflichen Ausbildung**. Der Wiederaufbau der zerstörten Regionen sollte  
191 gemeinsam von Weltbank, EU, Russland und USA unterstützt werden.

192

193 Die Gründung der **NATO** im Jahr 1949 war die Antwort auf zunehmende Spannungen zwischen  
194 den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam  
195 es zu einer Expansion der NATO in Osteuropa, dies hat in Russland erhebliche Sorgen  
196 ausgelöst und die Lage destabilisiert. Einer weiteren Expansion der NATO stehen wir kritisch  
197 gegenüber.

198

199 Für eine gesamteuropäische Politik müssen gemeinsame Institutionen gestärkt werden. Dazu  
200 gehören insbesondere die **OSZE** und der **Europarat**. Der OSZE-Vorsitz von Deutschland in  
201 2016 ist dafür der richtige Ausgangspunkt. In einer großen gemeinsamen **Konferenz** sollte die  
202 **Sicherheitsarchitektur für Europa** neu verhandelt werden. Diese muss sich an den  
203 gemeinsam identifizierten Roten Linien und geteilten Interessen orientieren. Voraussetzung ist,  
204 dass sich die EU **eigene Leitlinien zur Außen- und Sicherheitspolitik** gibt, um als  
205 transparenter Akteur aufzutreten.

206

207 Das Verhältnis zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft muss neu geordnet werden. Es darf  
208 keine Konkurrenz zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion forciert  
209 werden. Wo keine Assoziierung möglich ist, sollten **individuelle Kooperationsabkommen**  
210 geschlossen werden.

211

212 Eine sozialdemokratische Ostpolitik 3.0, die sich an diesen Rahmenbedingungen orientiert, legt  
213 den Grundstein für eine **verlässliche Sicherheitsarchitektur** in Europa und schafft das  
214 Fundament für gutes Wirtschaften in einem gemeinsamen Raum der Freiheit und des Rechts.  
215 Die strategischen Interessen der EU und Russlands überschneiden sich in vielen wichtigen  
216 Bereichen. In unserer globalisierten und multipolaren Welt[10] liegen in einer **engen**  
217 **Kooperation** große Potenziale. Diese sollten vor dem Hintergrund aktueller politischer  
218 Spannungen nicht leichtfertig preisgegeben werden. Die Losung „Wandel durch Annäherung“ ist  
219 heute so aktuell wie vor 50 Jahren.

220

221



222

223 [1] Östliche Partnerschaft: Ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), das  
224 die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Ukraine und  
225 Weißrussland näher an die europäische Union bringen soll, um den Weg für eine politische  
226 Assoziierung zu ebnet.

227

228 [2] NATO-Russland-Rat: Gremium zur Verbesserung der Zusammenarbeit von NATO und  
229 Russland in den Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit 2014 ist die  
230 Zusammenarbeit aufgrund der Ukraine-Krise ausgesetzt.

231

232 [3] BRICS-Staaten: Vereinigung aufstrebender Schwellenländer, die aus Brasilien, Russland,  
233 Indien, China und Südafrika besteht.

234

235 [4] Monopolare Weltordnung: Ein System bei dem ein einziger Staat weltweit aufgrund  
236 wirtschaftlicher und militärischer Macht dominant ist. Dieser Zustand hat sich nach dem Zerfall  
237 der Sowjetunion und dem Ende der damaligen Bipolaren Weltordnung eingestellt. Die USA sind  
238 als einzige Supermacht übrig geblieben.

239

240 [5] Abkommen Minsk II: Vereinbarung zwischen Ukraine, Russland, Separatisten und OSZE, die  
241 am 12. Februar 2015 auf Initiative Deutschland und Frankreich zustande kam und einen  
242 Friedensplan für die Ukraine skizziert,

243

244 [6] Hegemonie: Vorherrschaft eines Staates.

245

246 [7] Donbass: Eine Region beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze, in der sich Kohleabbau  
247 und Industrie konzentrieren. Teile der Region sind Schauplatz des aktuellen Konflikts in der  
248 Ukraine.

249

250 [8] Brutto-Inlands-Produkt: Der Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres in einer  
251 Volkswirtschaft, nach Abzug von Vorleistungen, produziert wurde. Dabei handelt es sich um das  
252 populärste Maß für Wirtschaftskraft.

253

254 [9] Paramilitärische Gruppen: Bezeichnung für Einheiten, die militärische Gewalt ausüben, aber  
255 in keine regulären staatlichen Streitkräfte eingebunden sind.

256

257 [10] Multipolare Welt: Eine Ordnung in der drei oder mehr Staaten große wirtschaftliche und  
258 militärische Macht auf sich fokussieren und keine eindeutige Vormachstellung erkennbar ist.

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

**Titel** Entwicklung post-2015 - Von einer neuen  
Agenda zu einem neuen Paradigma

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma

1 Bereits mit dem Antrag "Hoch die Internationale Solidarität", beschlossen auf dem  
2 Bundeskongress 2011, definierten wir Jusos unsere grundlegende Positionierung dazu, wie eine  
3 international solidarische Entwicklungszusammenarbeit für uns aussehen sollte. Wir stellten  
4 fest, dass wir Entwicklung nicht als einen Begriff verstehen, dessen Erfolg sich am Wachstum  
5 des Bruttoinlandsproduktes ablesen lässt. Entwicklung ist für uns auch kein linearer,  
6 eindimensionaler Prozess, bei dem sich einzig und allein Länder des Globalen Südens mithilfe  
7 des Globalen Nordens "entwickeln". Es ist vielmehr ein Interaktionsprozess, in dem sich die  
8 Welt als Ganzes zu einem gleichen, freien und lebenswerten Ort für alle Menschen entwickelt.  
9

### 10 **Für ein neues Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit**

11  
12

13 Für uns Jusos gehört der Internationalismus zu unseren Grundwerten. Entsprechend kämpfen  
14 wir für internationale Solidarität und Zusammenarbeit. Gerade deshalb stehen wir der heute  
15 praktizierten Entwicklungszusammenarbeit kritisch gegenüber. Zwar wird der problematische  
16 Begriff der Entwicklungs-„Hilfe“ nicht mehr verwendet, doch hat sich bloß die Worthülse  
17 verändert. Die dahinterstehenden Konzepte und Machtstrukturen bleiben hingegen  
18 weitestgehend bestehen. Das gängige Konzept der Entwicklungszusammenarbeit basiert  
19 weiterhin auf der Annahme, dass Länder des Globalen Nordens wohlwollen und aus  
20 "Nächstenliebe" den Ländern des globalen Südens Gelder und Ressourcen zur Verfügung  
21 stellen. Die Länder des globalen Südens werden entsprechend als hilfs- und  
22 entwicklungsbedürftig und arm dargestellt. Ein Schuldenerlass der Länder des Globalen  
23 Nordens für jene des globalen Südens gilt weiterhin als großzügige Wohltat.  
24

### 25 **Die globale Ungleichheit - Die globale Klassengesellschaft**

26

27 Es existiert eine Weltgesellschaft, die eine starre Klassengesellschaft ist. In der Tradition der  
28 Arbeiter\*innenbewegung möchten wir sie beseitigen. Dazu verstehen wir uns als Teil einer  
29 grenzüberschreitenden Bewegung. Wir bekämpfen jegliche soziale Ungleichheit - egal ob es  
30 sich um quantitativ bedeutendere relative Armut in einem reichen Sozialstaat oder absolute  
31 Armut in einem losen Staatsgebilde handelt. Sie steht unserem Ziel, der Emanzipation jedes  
32 einzelnen Menschen, im Weg. Unsere Antwort lautet deshalb: eine globale Gerechtigkeitspolitik  
33 und Internationale Solidarität. Beide Begriffe sind für uns zentral und  
34 „Entwicklungszusammenarbeit“ kann sie nicht ersetzen. So steckt hinter dem Wandel von „Hilfe“  
35 zu Zusammenarbeit zwar begrüßenswerterweise die Abkehr vom paternalistischen und  
36 konservativen Gedanken der Almosen, jedoch wird dieser zunächst nur durch eine neoliberale  
37 Deutung von Zusammenarbeit ersetzt. Statt passiv Hilfe zu empfangen steht nun die Aktivierung  
38 und eben die Mit-Arbeit im Vordergrund. Dabei ist eine marktförmige Zusammenarbeit unter

39 kapitalistischer Verwertungslogik so falsch, wie folgerichtig. Dafür sehen wir in der  
40 Globalisierung eine Chance eine solidarische Weltgesellschaft zu schaffen. Das 'Global Village'  
41 darf allerdings dazu nicht den aktuellen Machtverhältnissen überlassen werden.

42

43 Dabei ist diese Debatte jedoch eine scheinheilige. Viele der strukturellen Nachteile der Länder  
44 des globalen Südens sind der kolonialen Vergangenheit anzulasten. Die heutigen  
45 „wohlwollenden“ Geldgeber, zumeist ehemaligen Kolonialmächte, wurden für ihre Verbrechen  
46 und die durch sie verursachten sozialen, kulturellen und strukturellen Probleme nie zur  
47 Rechenschaft gezogen. Etliche Völkermorde, wie etwa jener der Deutschen Kolonialtruppen an  
48 den Herero, Nama, Damara und San in Namibia, werden bis heute nicht als solche anerkannt.  
49 Neben dem heutigen Namibia geschah dies auch im heutigen Tansania (z.B. gegen den Maji-  
50 Maji-Aufstand), Kamerun (z.B. mit der 'Pazifizierung' des Binnenlandes), in Togo (durch  
51 Ausbeutung und Zerstörung ganzer Orte), im Südpazifik (z.B. mit der Niederschlagung des  
52 Sokehs-Aufstand) oder in Kiautschou (z.B. mit der Gewalt gegen den "Boxeraufstand" /  
53 Aufstand der Yihetuan). Grund dafür ist zumeist die Sorge vor Entschädigungsforderungen.  
54 Diese könnten zwar lediglich symbolische Bedeutung haben, da das angetane Leid und die  
55 Folgen für die Betroffenen nie aufgewogen werden können. Dennoch wäre diese Anerkennung  
56 wichtig und auch für die Debatte über Entwicklungszusammenarbeit relevant. An allen Orten,  
57 wo das Deutsche Reich als auch die anderen Kolonialmächte aktiv wurden, haben sie  
58 Verbrechen begangen. Ein klares Schuldeingeständnis für diese Verbrechen ist nicht nur auf  
59 einer persönlichen Ebene bedeutsam. Sondern dies würde auch bedeuten, dass die  
60 ehemaligen Kolonialmächte endlich anerkennen müssen, dass sie die Hürden, welche den  
61 Ländern des globalen Südens bis heute begegnen, (mit)verursacht haben.

62

63 Neben den Entschädigungen für die begangenen Verbrechen muss die Debatte jedoch auch auf  
64 einer strukturellen Ebene geführt werden, denn auch der Kolonialismus als solcher wirkt sich bis  
65 heute negativ auf die Länder des Globalen Südens aus. Eines von vielen Beispielen sind die  
66 aus der Kolonialzeit übrig gebliebenen, nicht nur wie alle Grenzen völlig willkürlich, sondern  
67 auch fremdbestimmt gezogenen Staatsgrenzen, welche innerstaatlichen Konflikten Vorschub  
68 leisten. Zudem fand eine schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, aber auch  
69 der Bevölkerung der kolonialisierten Länder statt. Die koloniale Handelspolitik fußte auf einer  
70 völligen Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von der Abnahme ihrer Primärprodukte  
71 durch den globalen Norden. Die Konsequenzen sind bis heute spürbar: noch immer sind die  
72 Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Globalen Südens sehr schwach. Der Globale  
73 Norden hingegen profitiert von dieser Abhängigkeit weiterhin und verschärft sie sogar noch  
74 zusätzlich mit einseitigen Handelsabkommen. Auch die fremdbestimmt eingeführten  
75 Bildungssysteme und –Inhalte haben bis heute negative Folgen. Selbst das Basiswissen  
76 orientiert sich bis heute an den Lehrinhalten des Globalen Nordens, welche in vielen Ländern  
77 des Globalen Südens jedoch keinerlei Relevanz haben. Stattdessen verdrängte oder  
78 marginalisierte das koloniale Bildungssystem indigene Sprachen und Kulturen – und damit  
79 einen Reichtum, der kaum zu ersetzen sein wird.

80

81

82 All jene Erblasten aus der Kolonialzeit treffen allein die Länder des Globalen Südens. Dabei  
83 wäre es eigentlich die Pflicht der Länder des Globalen Nordens, mindestens  
84 Reparationszahlungen für den verursachten Schaden zu leisten. Wird heute von einer  
85 „Verschuldung“ der Länder des Globalen Südens bei jenen des Globalen Nordens gesprochen,  
86 so basiert dies auf einer schiefen Rechnung. Zieht man die Verbrechen und Spätfolgen der  
87 Kolonialzeit mit ins Kalkül, so sind es tatsächlich die Länder des Globalen Nordens, welche bei  
88 den Ländern des Globalen Südens tief in der Schuld stehen. Nur durch das beständige  
89 Abstreiten und die Relativierung der Konsequenzen des eigenen Handelns entziehen sich die  
90 ehemaligen Kolonialmächte den berechtigten Forderungen nach Entschädigungen und den  
91 Reparationsforderungen. Dieser historische Kontext lässt nicht nur die Debatten über etwaige  
92 Schulden, sondern auch jene über Entwicklungszusammenarbeit allgemein in einem anderen  
93 Licht erscheinen, als der gängige öffentliche Diskurs.

94

95 Eine zentrale Ursache für Armut und Hunger sowie für die Begrenztheit der  
96 "Entwicklungszusammenarbeit" ist identisch: der Kapitalismus. Die Geschichte des  
97 Kolonialismus ist eng mit der Geschichte des Kapitalismus verwoben. Deshalb lassen sich die  
98 Lebenssituation von Milliarden Menschen nicht allein über einen Schadensausgleich für den  
99 Kolonialismus und seinen unmittelbaren Folgen dauerhaft, fundamental verbessern. Vielfach

100 reduziert sich auch sozialdemokratischen Politik darauf, einen verbesserten Marktzugang für die  
101 ärmsten Erdteile als Lösung zu verkaufen. Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, 'Verlierer' zu  
102 produzieren. Erst Alternativen zu kapitalistischen Ausbeutungs-, Denk- und Machtstrukturen  
103 würden Ungleichheit wirklich beseitigen können. Viele Formen der  
104 "Entwicklungszusammenarbeit" unterbinden diese Alternativen aber, weil auch sie  
105 kapitalistischen Paradigmen unterliegen.

106

107 Die lächerlich geringen Finanzmittel, die nun für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt  
108 werden, können nur als Hohn gegenüber den eigentlichen Forderungen wahrgenommen  
109 werden. Noch immer geben Deutschland und der Großteil der OECD Staaten nicht einmal das  
110 selbstgesteckte Minimum von 0,7% der BIPs für Entwicklungszusammenarbeit aus.  
111 Für die wenigen Ressourcen die dennoch in die Entwicklungszusammenarbeit investiert  
112 werden, scheint ein weiterer Rechtfertigungszwang zu herrschen. Insbesondere seit der  
113 Amtszeit Dirk Niebels als Entwicklungsminister hat sich eine wirtschaftliche  
114 "Rechtfertigungslogik" manifestiert. So werden Projekte und Kooperationen unter der Prämisse  
115 bewertet und gefördert, dass auch die deutsche Wirtschaft von der  
116 Entwicklungszusammenarbeit profitieren solle. Entwicklungszusammenarbeit und internationale  
117 Solidarität werden entsprechend nicht als jener Selbstzweck gewertet, der sie eigentlich sein  
118 sollten. Sinn und Zweck von Entwicklungszusammenarbeit darf aber eben nicht die heimische  
119 Wirtschaftsförderung sein. Entwicklungszusammenarbeit bedarf keiner weiteren Legitimation.  
120 Auch die entstandene "Entwicklungsindustrie", mit ihrem stetig wachsenden Netz an privaten  
121 NGOs ist entsprechend kritisch zu betrachten. In vielen Fällen wird  
122 Entwicklungszusammenarbeit als Arbeitsmarkt für qualifizierte und unqualifizierte Menschen  
123 aus dem Globalen Norden genutzt, während Menschen vor Ort leer ausgehen und nicht von  
124 Projekten und Stellen der NGOs profitieren. Es darf nicht Zweck der  
125 Entwicklungszusammenarbeit sein, möglichst viele Arbeitsplätze im Globalen Norden zu  
126 generieren.

127

128 In diesem Zusammenhang bedarf es auch einer kritischen Reflexion des Begriffs "Entwicklung"  
129 und somit auch des Konzepts der "Modernisierung". Der theoretische Ansatz zur  
130 „Modernisierung“ sieht eine Übernahme des Demokratie- und Industrialisierungsmodells des  
131 Globalen Nordens als Anleitung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung für den  
132 Globalen Süden vor. Das ökonomische System der Staaten des Globalen Nordens wird dabei  
133 als Richtlinie für diese "Modernisierung" angesehen. Anders ausgerichtete politische Systeme,  
134 Ökonomien und kulturelle Praxen werden entsprechend als "unterentwickelt" und "primitiv"  
135 herabgesetzt. Diesen Ansatz von "Entwicklung", der auf einem einseitig ausgerichteten Konzept  
136 der "Modernisierung" basiert und eine Diskreditierung anderer Staaten und Ökonomien  
137 bedeutet, lehnen wir ab.

138

139 In unserem Verständnis von Entwicklung steht die Verwirklichung eines selbstbestimmten,  
140 emanzipierten Lebens in Würde für alle Menschen weltweit an oberster Stelle. Für uns ist klar,  
141 dass Entwicklungszusammenarbeit nicht aus wirtschaftlichem Kalkül oder aus einem  
142 "schlechten Gewissen" heraus erfolgen kann, sondern aufgrund gelebter internationaler  
143 Solidarität. Nur so kann die Zusammenarbeit tatsächlich auf Augenhöhe stattfinden und sich an  
144 den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Grundlage ist der gemeinsame Kampf für eine  
145 sozialistische, demokratische und feministische Welt und eine nachhaltige Sicherung der  
146 Lebensgrundlage aller Menschen.

147

148

#### 149 **Der Paradigmenwechsel muss bei den Rahmenbedingungen beginnen!**

150

151 Die "Entwicklungszusammenarbeit" wird - wenn auch häufig in gewandelten Formen - von  
152 nationalstaatlichen Interessen gesteuert. So wird es nicht möglich sein, aus den Macht- und  
153 Abhängigkeitsverhältnissen auszubrechen. Trotz Fortschritten in den Nachhaltigen  
154 Entwicklungszielen (SDGs) muss der Rahmen der Entstehung der Entwicklungsziele  
155 weiterentwickelt werden. Deshalb muss der Prozess fortgesetzt werden, der über die UN mit  
156 dem Monterrey Consensus begann und mit der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“  
157 weiterging. Ihre fünf Prinzipien haben Bestand: Eigenverantwortung (Ownership),  
158 Partner\*innenausrichtung (Alignment), Harmonisierung (Harmonisation), ergebnisorientiertes  
159 Management (Managing for Results), gegenseitige Rechenschaftspflicht (Accountability).  
160 Allerdings können solche Selbstverpflichtungs-Prinzipien das Problem nicht beseitigen. Sie

161 könnten aber ein Ansatz sein, eine andere Richtung einzuschlagen.

162

163 **Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) als Chance für einen**  
164 **entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel begreifen!**

165

166 Ergänzend zu unseren bereits vorhandenen Positionen gilt es in diesem, für die  
167 Entwicklungszusammenarbeit wichtigem Jahr 2015 sich kritisch mit den vergangenen  
168 Prozessen auseinanderzusetzen und weitere Schritte zu identifizieren. Denn in diesem Jahr  
169 enden die Zielsetzungen der Millennium-Development-Goals der Vereinten Nationen. Ende der  
170 1990er Jahre verabschiedet, sollten diese Ziele eine internationale Agenda zur weltweiten  
171 Entwicklung definieren.

172

173 Die Mitglieder der VN setzten sich somit selbst Ziele und Verpflichtungen, zu deren Umsetzung  
174 sie sich bekannten. Solche konkreten Zielsetzungen stellen einen Fortschritt gegenüber den  
175 zuvor stets erfolglos ausgerufenen "Entwicklungsdekaden" da. Auch wenn die Zielsetzungen  
176 nicht weitreichend genug waren, bieten sie zumindest die Möglichkeit den jeweiligen Fortschritt  
177 zu überprüfen. Zudem war es für die Länder des Globalen Südens zumindest im begrenzten  
178 Rahmen möglich, die entwicklungspolitische Zielsetzung der MDGs mit zu bestimmen.

179

180 Dennoch ist sowohl das Zustandekommen, als auch die Umsetzung der MDGs kritikwürdig. Ihre  
181 Aushandlung und Umsetzung innerhalb der traditionellen Machtstrukturen von VN, IWF und  
182 Weltbank ist prinzipiell für die Länder des Globalen Nordens von Vorteil. Entsprechend gelang  
183 es auch nicht, über eine Selbstverpflichtung hinaus klare Zusagen zu vereinbaren. Dahingegen  
184 wendeten sich von den acht definierten Zielen sieben an die Probleme der Länder des globalen  
185 Südens. Diese Aufteilung suggeriert eine Rollenaufteilung, in welcher die Länder des Globalen  
186 Nordens lediglich als passive Geldgeber auftreten. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist auf  
187 dieser Grundlage auch nur schwer vorstellbar.

188

189 Im Jahr 2015 können wir nun Bilanz ziehen und müssen feststellen, dass keines der MDGs  
190 tatsächlich erreicht wurde. Über den erreichten Fortschritt lässt sich hingegen streiten. So  
191 lassen einige Indikatoren weiten Interpretationsspielraum zu. Zudem sagen bloße Zahlen nicht  
192 ausreichend präzise Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahmen zu. Beispielsweise  
193 bedeutet eine gestiegene Anzahl von Einschulungen noch nicht, dass mehr Kinder  
194 alphabetisiert werden konnten, da die Qualität der Bildung nicht mit dokumentiert wurde.

195

196 Post-2015 Agenda neu definieren

197

198 Mit der Rio +20 Konferenz 2012 wurde beschlossen, die 2015 auslaufenden UN-  
199 Millenniumsziele in einer post-2015 Agenda neu zu definieren. Diese neuen Ziele sollen alle drei  
200 Dimensionen - ökonomisch, ökologisch und sozial - der nachhaltigen Entwicklung umfassen  
201 und tradierte Nord-Süd- und Geber-Nehmer\*innen Denkmuster aufbrechen. Für die  
202 Neudefinition der UN-Entwicklungsziele hat die UN-Generalversammlung eine offene  
203 Arbeitsgruppe eingerichtet (Open Working Group on Sustainable Development Goals). Diese  
204 Arbeitsgruppe hat am 12. August 2014 ihren Bericht vorgestellt und insgesamt 17 Ziele  
205 formuliert. Diese Ziele werden die Grundlage für die post-2015 Entwicklungsagenda darstellen.  
206 Diese 17 Ziele lassen sich in 6 Clustern zusammenfassen:

207

1. Beendigung von Armut und Kampf gegen den Hunger

208

2. Gesundheit, Bildung/Wissen sowie Inklusion von Frauen und Mädchen

209

3. eine stärkere, inklusive und transformative Wirtschaft

210

4. Schutz von Ökosystemen

211

5. Sichere und friedliche Gesellschaften mit starken Institutionen

212

6. Globale Solidarität

213

214 Die Initiative einer Neudefinition der UN-Entwicklungsziele bewerten wir grundsätzlich positiv.  
215 Gerade vor dem Hintergrund dessen, dass diese Zielformulierungen aus einem komplizierten  
216 Aushandlungsprozess erwachsen sind, begrüßen wir, dass mit dem zentralen Konzept der  
217 nachhaltigen Entwicklung die soziale und ökologische Dimensionen von Entwicklung  
218 ebenbürtige Ziele neben der ökonomischen Entwicklung sind sowie eine allgemeine  
219 Ausdifferenzierung der Ziele und Indikatoren. Insbesondere die Herausforderungen des  
220 Klimawandels und die damit verbundenen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung  
221 werden in den Zielen stärker betont. Wir begrüßen auch den formulierten

222 partner\*innenschaftlichen Ansatz, der im Ziel 17 Erwähnung findet und den Anspruch erhebt,  
223 die Dichotomie zwischen entwickelten Ländern und den sich entwickelnden Ländern zu  
224 durchbrechen.

225

226 Allerdings sehen wir in einigen Zielformulierungen und Indikatoren die tradierte Dogmatik, die  
227 auch Grundlage für die Millenniumsziele war. Zentraler Indikator für absolute Armut, und damit  
228 einhergehend Armutsbeseitigung, bleibt weiterhin die 1,25 \$/Tag- Grenze. Zwar werden auch  
229 andere Indikatoren ("nach nationalen Standards") herbeigezogen, allerdings ist für uns die  
230 Armutsmessung anhand der 1,25\$-Grenze nicht hinnehmbar. Der Indikator gibt keine Auskunft  
231 über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen und führt bisweilen zur Verharmlosung  
232 des globalen Armutsausmaßes. Um vergleichende Armutsforschung auf globaler Ebene  
233 anstellen zu können und letztlich Armut effektiv zu beseitigen, bedarf es zukünftig die Abkehr  
234 von unterschiedlichen Armutskonzepten für den Globalen Norden und den Globalen Süden. Da  
235 sich die Konzeption und die Erfassung von Armut gegenseitig bedingen, sollte die  
236 Armutsmessung im Kontext dieser Zielformulierungen auf Armutskonzepten aufbauen, anhand  
237 derer sich Lebensstandards realistisch global miteinander vergleichen lassen.

238

239 Außerdem werden die Länder des globalen Nordens weiterhin nur in diesem letzten formulierten  
240 Ziel direkt in die Pflicht genommen. Trotz der veränderten Rhetorik sehen wir hier ein klares  
241 Zeichen dafür, dass der Fokus der UN-Entwicklungsziele weiterhin auf den Ländern des  
242 Globalen Südens liegt. Das 0,7 %-Budget Ziel gilt weiterhin als die zentrale Größe, wohingegen  
243 die Nachhaltigen Entwicklungsziele weiterhin lediglich auf freiwilliger Basis verfolgt werden.  
244 Und selbst zur Einhaltung des 0,7 %-Ziels können sich die Länder des Globalen Nordens nicht  
245 durchringen.

246

247 Die deutsche Bundesregierung stellt ihre Verhandlungsposition in Bezug auf die SDGs in einer  
248 Unterrichtung an den Bundestag vom 12.12.2014 (BT Drucksache 18/3604) dar. Sie betont die  
249 Bedeutung einer neuen Globalen Partner\*innenschaft und das Prinzip der gemeinsamen  
250 Verantwortung. Nach Auffassung der Bundesregierung ist "neben der Überlegung, was nach  
251 2015 erreicht werden soll, [...] die Fragestellung, wie diese Ziele umgesetzt werden, von  
252 entscheidender Bedeutung". In der Unterrichtung definiert die Bundesregierung zudem ihre  
253 Beiträge zur Umsetzung der Post 2015 Agenda, den sie unter anderem in der Beseitigung von  
254 extremer Armut, dem Beitrag zum Erhalt von natürlichen Lebensgrundlagen, nachhaltigen  
255 Konsum- und Produktionsmuster, einer kohärenteren Politik für menschenwürdige Arbeit und  
256 der weltweiten Stärkung von Gesundheitssystemen sieht. Zudem erklärt sie den Willen, sich für  
257 eine kohärentere EU-Agrar- und Handelspolitik einzusetzen sowie auf multilateraler Ebene  
258 handelsverzerrende Subventionen abzubauen. Grundsätzlich begrüßen wir, dass sich die  
259 Bundesregierung versucht, neben klassischen entwicklungspolitischen Instrumenten,  
260 Entwicklungshemmnisse auf deutscher und europäischer Seite abzubauen. Sie muss sich  
261 allerdings auch an diesem Anspruch messen lassen. Wer einen partner\*innenschaftlichen  
262 Ansatz wählt, der\*die muss auch bereit sein, Entwicklung im eigenen Land zuzulassen, dazu  
263 gehört auch, innerstaatliche Reformen zuzulassen, wenn dies im partner\*innenschaftlichen  
264 Prozess sich als notwendig für eine globale Entwicklung herausstellt. Die Bundesregierung  
265 sollte in diesem Zusammenhang deswegen mehr Verantwortung übernehmen, auch in  
266 Bereichen, die erst auf den zweiten Blick entwicklungspolitische Relevanz besitzen.

267

### 268 **Unser Ziel ist eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung**

269

270 Die neoliberale Politik des globalen Nordens, wie sie schon im Washington Consensus zum  
271 Ausdruck kommt und über G7 / G8 und anderen internationalen Netzwerken vertreten wird,  
272 widerspricht dem. Vielmehr wird Nachhaltigkeitspolitik nicht selten zu einer Interessenpolitik von  
273 Industriestaaten, die über diesen Weg Folgekosten versuchen zu senken, aber nicht die  
274 Probleme für die Hauptbetroffenen im globalen Süden beseitigen möchten. Eine globale  
275 Gerechtigkeitspolitik muss deshalb über transnationale Institutionen umgesetzt werden. Unter  
276 den bestehenden noch unzureichenden transnationalen Organisationen würde sich die UN nach  
277 einer grundlegenden Reform am ehesten eignen.

278

279 Deshalb fordern wir:

280

281 1. dass die Zielformulierungen im weiteren Verhandlungsprozesse nicht weiter aufgeweicht  
282 werden. 17 Ziele sind zwar eine deutliche Ausweitung gegenüber den vorherigen acht Zielen,

283 sie sind aber als Mindestmaß notwendig, um die Komplexität nachhaltiger Entwicklung  
284 zumindest annähernd abbilden zu können.

285

286 2. dass die 1,25 \$-Grenze als Indikator nicht mehr verwendet wird, weder auf deutscher,  
287 noch auf europäischer oder UN-Ebene, und durch ein geeigneteres Indikatorenset ersetzt wird.  
288 Unserer Ansicht nach, ist der relative Armutsbegriff wesentlich brauchbarer, um einen  
289 geeigneten Indikator zu entwickeln.

290

291 3. dass die Länder des Globalen Nordens stärker in die Verantwortung gezogen werden.  
292 Wir fordern nicht nur die Erfüllung des 0,7%- Zieles als absolutes Mindestmaß globaler  
293 Solidarität, sondern auch, dass der Globale Norden die Folgen des Kolonialismus und der  
294 Industrialisierung für den Globalen Süden entsprechend eingesteht. Aus dieser Tatsache  
295 entsteht eine Entschädigungs- und Reparationspflicht, die sich nicht nur in der Bereitstellung  
296 von finanziellen Mitteln niederschlägt, sondern auch in der Pflicht, in möglichst vielen  
297 Politikbereichen die entwicklungspolitischen Konsequenzen zu bedenken. Das gilt vor allem für  
298 die Außenhandelspolitik, aber auch für die Außen- und Sicherheitspolitik, Industriepolitik,  
299 Agrarpolitik und Umweltpolitik sowie weitere Politikfelder.

300

301 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

302

303 1. dem formulierten Anspruch eines partner\*innenschaftlichen Ansatzes und einer  
304 gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden. Die Bundesrepublik muss darauf hinwirken,  
305 Entwicklungshemmnisse in Deutschland und Europa abzubauen. Dazu gehört das Hinwirken  
306 auf eine entwicklungsfördernde EU-Außenhandels- und Agrarpolitik, eine sozial und ökologisch  
307 nachhaltige Ressourcenpolitik, der verstärkten Reduktion von Treibhausgasen, die Bekämpfung  
308 von Steuerhinterziehung, auch im eigenen Land, und die Einführung einer  
309 Finanztransaktionssteuer zum Abbau globaler Ungleichheiten sowie eine massive Aufstockung  
310 der Entwicklungszusammenarbeitsetats. Darüber hinaus muss die Bundesregierung  
311 sicherstellen, dass Entwicklungsgelder an staatlichen und nichtstaatlichen  
312 Entwicklungsorganisation im Einklang mit den formulierten Zielen vergeben werden. Gerade –  
313 aber nicht nur - die "Entwicklungsarbeit" kirchlicher Organisationen ist in diesem  
314 Zusammenhang kritisch zu hinterfragen. Internationale NGOs bieten vielfach wichtige  
315 Alternativen zu nationalstaatlichen „Entwicklungszusammenarbeit“.

316

317 2. dass der Völkermord an zehntausenden Herero, Nama, Damara und San von 1904 bis  
318 1908 rückwirkend als solcher anerkannt wird und eine offizielle Bitte um Entschuldigung in die  
319 Wege geleitet wird sowie im Dialog mit den namibischen Opferverbänden angemessene  
320 Entschädigungszahlungen vereinbart werden. Für uns ist das Eingeständnis von kolonialer  
321 Schuld ein elementarer Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungspolitik.

322

323

324 Die Ansätze und Ausrichtung deutscher Entwicklungspolitik haben sich in den vergangenen  
325 Jahren mehrfach geändert und neu orientiert. Insbesondere in den letzten sechs Jahren hat sich  
326 sowohl die politische Ausrichtung mehrmals gewandelt. Darüber hinaus gab es mit der  
327 Gründung der GIZ 2011 eine grundlegende Umstrukturierung der zentralen Akteure\* deutscher  
328 Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit. Die Entwicklungen auf beiden Ebenen, der  
329 politischen und der operativen, sehen wir an vielen Stellen als kritisch. Während sich  
330 Deutschland zwar zu den MDGs und SDGs bekennt und vorgibt, Entwicklungszusammenarbeit  
331 zunehmend mit Partner\*innen auf Augenhöhe umsetzen zu wollen, lässt sich gleichzeitig  
332 feststellen, dass bestimmte ökonomische und politische Interessen zunehmend Einfluss auf die  
333 Entwicklungspolitik haben. Gerade die Ökonomisierungstendenzen widersprechen einer  
334 werteorientierten Entwicklungszusammenarbeit. Von diesen Entwicklungen ist auch die GIZ als  
335 zentrale Institution deutscher Entwicklungszusammenarbeit betroffen, weshalb hier Anspruch  
336 und Wirklichkeit analysiert werden sollen und dementsprechend Forderungen zu Verbesserung  
337 abgeleitet werden.

338

339

340 **Gegen eine Ökonomisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die GIZ**

341

342

343 Am 1. Januar wurde die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)

344 gegründet. Unter der schwarz-gelben Koalition leitete Dirk Niebel die Zusammenlegung der  
345 GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), dem DED (Deutschen  
346 Entwicklungsdienst) und Inwent (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs-GmbH) zur  
347 GIZ ein. Zum Zeitpunkt der Gründung der GIZ sind 1.111 Entwicklungshelfer\*innen, 698  
348 einheimische Fachkräfte\* und 821 Freiwillige\* im Programm *weltwärts* mit der GIZ in 46  
349 Partnerländern aktiv. Bezeichnend ist hier, dass mehr unqualifizierte Freiwillige\* als  
350 einheimische Fachkräfte aktiv sind. Mehr als vier Jahre nach ihrer Gründung, ist es Zeit für eine  
351 Analyse der Zusammenlegung und der Arbeit der GIZ.

352

353 Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit

354

355 Durch die Zusammenlegung wurde auch das Aufgabenfeld der neuen GIZ im Vergleich zu ihren  
356 Vorgängerorganisationen verändert. Dabei wurde auch die Organisationsform der staatlichen  
357 Entwicklungszusammenarbeitsorganisation der Bundesrepublik Deutschland in ein  
358 Unternehmen in Form einer GmbH geändert. In diesem Zusammenhang stellt nicht nur die  
359 gewinnorientierte Unternehmensform an sich ein Problem dar, sondern auch zahlreichen Public-  
360 Private-Partnerships der GIZ mit anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen. Der kommerzielle  
361 Teil des Unternehmens ist nicht nur im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Ländern  
362 des Globalen Südens aktiv, sondern auch in der Europäischen Union und Deutschland. Zu den  
363 Kund\*innen zählen neben Regierungen des Globalen Nordens und auch deutscher  
364 Bundesländer auch zahlreiche privatwirtschaftliche Unternehmen. Mehr als ein Drittel des  
365 Geschäftsvolumens (2011: 720 Mio. Euro) geht an die Privatwirtschaft. Dabei wurde auch der  
366 Umsatz 2012 auf 2,1 Mrd. Euro erhöht, was laut Vorstandssprecherin Tanja Gönner zur  
367 gewinnorientierten Neuausrichtung der GIZ dazugehöre. Neben klassischen Aufgaben der  
368 Entwicklungszusammenarbeit, betätigt sich die GIZ auch immer mehr als Beraterfirma für  
369 Unternehmen und Regierungen des Globalen Nordens. Dabei stehen ökonomische Interessen  
370 im Vordergrund und nicht die Überwindung von globalen Ungleichheiten.

371

372 Mit dieser Neuausrichtung geht der eigentliche Charakter der Entwicklungszusammenarbeit  
373 verloren und Aktivitäten der GIZ richten sich nach Rentabilitätskriterien. In der  
374 Entwicklungszusammenarbeit darf es aber nicht um Rendite und privatwirtschaftliche Erfolge  
375 deutscher und europäischer Unternehmen gehen. Ziel muss nach wie vor die Reduzierung von  
376 globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sein, ebenso wie individuelle  
377 Selbstverwirklichungschancen für alle Menschen weltweit. Solange sich die GIZ mit über einem  
378 Drittel ihres Geschäftsvolumens in der Privatwirtschaft engagiert, fehlen die sowieso zu  
379 knappen Ressourcen an anderen Stellen. Die GIZ muss wieder zu einer Einrichtung der  
380 Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner\*innen des Globalen Südens werden und  
381 nicht zu einem Beratungsunternehmen für Unternehmen und Regierungen des Globalen  
382 Nordens.

383

384 Eigene Ansprüche erfüllen – Gender Mainstreaming

385

386 Im ersten Vorstand der GIZ saßen ausschließlich Männer. Kein einziger der sieben  
387 Vorstandsposten ging an eine Frau\*. Gleichzeitig versteht die GIZ Gender Mainstreaming als  
388 ein Element guter Regierungsführung und schreibt sich weltweite Frauenförderung auf die  
389 Fahnen. Diese Haltung ist widersprüchlich und macht eigene Ansprüche unglaubwürdig. Erst  
390 der zweite Vorstand wurde im Juli 2012 mit zwei Frauen bei nun fünf Mitgliedern besetzt. Immer  
391 noch zu wenig. Der aktuelle Vorstand ist auf vier Mitglieder verkleinert worden. Davon sind zwei  
392 Frauen\*.

393

394 Keine zivil-militärischen Kooperationen

395

396 2013 begann die GIZ im Auftrag des BMZ in Afghanistan ihre erste zivil-militärische Kooperation  
397 mit der Bundeswehr. Im 14. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung heißt es  
398 dazu:

399

400 •

401 *„Gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung hat das BMZ ein*  
402 *Ausbildungsmodul zum zivilen und militärischen Zusammenwirken in fragilen Ländern*  
403 *entwickelt und in einem Pilotprojekt eingeführt.“*

404



- 405 • „Im Norden Afghanistans hat die Bundesregierung im Rahmen der zivil-militärischen  
406 Zusammenarbeit mehrere Provinzentwicklungsfonds (PDF) für die drei nord-östlichen  
407 Provinzen Badakhshan, Takhar und Kunduz aufgelegt.“  
408  
409

410 Ziel der im Juni 2011 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit dem  
411 Bundesverteidigungsministerium ist es, „bei friedensgestaltenden und stabilisierenden  
412 Maßnahmen effizienter und nachhaltiger zusammenarbeiten“.  
413

414 Bisher hat die GIZ für das Ressort Baumaßnahmen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, in  
415 Usbekistan und Afghanistan umgesetzt. Zudem unterstützt die GIZ das BMVg bei Trainings-  
416 und Ausbildungsmaßnahmen und beteiligt sich an Konferenzen und fachlichen Dialogen. Für  
417 uns ist klar: es darf keine zivil-militärischen Kooperationen mit der GIZ geben. Gelder und  
418 Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht zur Unterstützung militärischer  
419 Ziele und Projekte verwendet werden. Wir sehen Entwicklungszusammenarbeit und den zivilen  
420 Friedensdienst als Alternative zu militärischen Maßnahmen und in einem unvereinbaren  
421 Widerspruch zu einander. Wer glaubhaft zivile Krisenprävention und -lösungsmaßnahmen  
422 umsetzen will, darf diese nicht als Assistenz für militärische Maßnahmen einsetzen. Die  
423 wichtigste Partnerin der GIZ ist die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Sie muss in ihre  
424 Geschäftspraxis dringend reformiert werden, um der Kommerzialisierung der  
425 "Entwicklungszusammenarbeit" auszubremsen.  
426

427 Daher fordern wir:  
428

429 1.

430 Die Aufgabe der GIZ muss Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner\*innen  
431 des Globalen Südens sein. Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit  
432 dürfen nicht für Beratungstätigkeiten für Unternehmen und Regierungen des globalen  
433 Nordens verwendet werden.

434 2.

435 keine Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit.  
436 Entwicklungszusammenarbeit soll werte- und interessensbasierte Ziele verfolgen, die mit  
437 den Partner\*innen gemeinsam verhandelt worden sind. Die Bedürfnisse und Prioritäten  
438 der Länder des globalen Südens und ihrer Bevölkerungen müssen dabei sehr viel stärker  
439 als bisher die Verhandlungsergebnisse prägen. Das kurzfristige ökonomische Interesse  
440 der Länder des globalen Nordens und insbesondere die Interessen deutscher  
441 Unternehmen dürfen bei der Konzeption und Aushandlung entwicklungspolitischer  
442 Programme keine Rolle spielen.

443 3.

444 die GIZ muss dieselben Anforderungen erfüllen, die sie von Partner\*innen einfordert. Wer  
445 von anderen Regierungen Gender Mainstreaming und Frauenförderungen erwartet, muss  
446 dies auch im eigenen Unternehmen umsetzen. Patriarchale Strukturen in der GIZ und der  
447 Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

448 4.

449 keine zivil-militärischen Kooperationen der GIZ und deutscher  
450 Entwicklungszusammenarbeit. Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit  
451 dürfen nicht zur Unterstützung militärischer Ziele und Projekte verwendet werden.  
452

453 Für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik ist es unverzichtbar, alle Ebenen des politischen  
454 Handelns einzubeziehen. So sind Kommunen des Globalen Nordens in die Verantwortung zu  
455 nehmen. Solche Partner\*innenschaften sind mit der Agenda 21 unter dem Motto „Global denken  
456 - lokal handeln“ angestoßen worden und müssen verstärkt fortgeführt werden.  
457

458 Wir fordern die SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, zu einem  
459 Konzept der Entwicklungszusammenarbeit zu finden, dass auf den Werten der  
460 Sozialdemokratie basiert. Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Internationalismus müssen die  
461 Kernelemente unserer Entwicklungspolitik sein, die Partner\*innen auf Augenhöhe begegnet.  
462

463

464 **Für eine kohärente und koordinierte europäische Entwicklungspolitik**

465

466

467 Bereits seit 1957, mit Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen  
468 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), hat sich Europa an entwicklungspolitischen Maßnahmen  
469 beteiligt und hat in diesem Rahmen den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) eingerichtet.  
470 Dieser finanziert Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der  
471 mit der EWG assoziierten Kolonialgebiete und späteren AKP-Staaten. Auch aktuell beruft sich  
472 die Europäische Union bei der Bekämpfung und der Beseitigung von Armut als eines ihrer  
473 Kernanliegen der EU-Entwicklungspolitik, auf den damals geschlossenen Vertrag zur Gründung  
474 der Europäischen Gemeinschaft (Art. 177 EGV).

475

476 Für das Jahr 2015 hat die EU das "Europäische Jahr für Entwicklung" ausgerufen. Mit Hinblick  
477 auf die Neudefinition der UN-Entwicklungsziele im gleichen Jahr, will die EU einen stärkeren  
478 öffentlichen Fokus auf Entwicklung richten. Den Europäischen Bürger\*innen soll die „EU-  
479 Entwicklungshilfe“ nähergebracht werden, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge  
480 geschärft und einzelnes Bürger\*innenengagement gefördert werden. Diese Ziele sollen mithilfe  
481 von Veranstaltungen und Aktionen in den Mitgliedsstaaten erreicht werden. In diesem Rahmen  
482 geht auch die deutsche Entwicklungspolitik mit der „Zukunftscharta“ auf Tour und fördert im  
483 (interaktiven) Veranstaltungsformat den Dialog zwischen Bürger\*innen, Politik und Wirtschaft.

484

485 Neben den zentralen Zielen in der Öffentlichkeitsarbeit positioniert sich die EU auf der Website  
486 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ interessanterweise auch folgendermaßen:

487

488 *„Es ist nicht nur gerecht, Entwicklungsländer beim Aufbau friedlicher und florierender  
489 Gesellschaften zu unterstützen – die Welt wird dadurch sicherer und eröffnet Europa ein  
490 besseres Wirtschafts- und Handelspotenzial.“*

491

492 Nicht nur, dass die EU mit dem Ausruf des Jahres für Entwicklung eine einseitig ausgerichtete  
493 Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit fährt, so wird aus dem angeführten Zitat überaus deutlich,  
494 welches die zentrale Ausrichtung der „EU-Entwicklungshilfe“ ist: die Förderung von stabilen  
495 Handelspartner\*innenschaften weltweit. Diese Vision von Entwicklungspolitik ist sehr eng  
496 verknüpft mit dem von uns kritisierten westlichen Modernisierungskonzept. Anstatt sich ihrer  
497 entscheidenden Rolle in der Kolonialzeit wirklich bewusst zu werden und kritisch die eigene  
498 koloniale Vergangenheit aufzuarbeiten, bedient sich Europa noch immer der abwertenden  
499 Modernisierungskonzeption mit der zentralen Ausrichtung auf Prosperität im eigenen  
500 Wirtschaftsraum.

501

502 Dabei könnte der EU eine sehr entscheidende Rolle in der Entwicklungspolitik zuteilwerden: Die  
503 Europäische Union kann durch eine eindeutige Koordinationsrolle einen erheblichen Beitrag für  
504 den Erfolg und die Kohärenz staatlicher und europäischer Entwicklungspolitik leisten.  
505 Überschneidungen innerhalb von Projekten der EU-Mitgliedsstaaten könnten somit vermieden  
506 werden und Ressourcen nachhaltig gebündelt.

507

508 In Verbund von mitgliedsstaatlichen und unionalen Mitteln stellt die EU derzeit mehr als die  
509 Hälfte der weltweiten öffentlichen Gelder zur Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.  
510 Aufgrund ihrer erheblichen historischen Mitwirkung an den aktuell vorherrschenden globalen  
511 Ungerechtigkeiten, ist dies dennoch nicht genügend Mittelbereitstellung. So hat die EU im Jahr  
512 2013 insgesamt 56,2 Milliarden Euro an „Entwicklungshilfe“ ausgegeben, wobei die Mittel  
513 hierbei aus dem EU-Haushalt und den Haushalten der EU-Länder gemeinsam stammen. Dies  
514 entspricht lediglich 0,43 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU und ist somit noch weit  
515 entfernt vom Minimalziel, diesen Anteil in 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen.

516

517 EU-Handelspolitik neu definieren

518

519 Neben den expliziten entwicklungspolitischen Instrumenten beeinflusst die EU die „Entwicklung“  
520 der Länder des Globalen Südens insbesondere durch die vergemeinschaftete Handelspolitik.

521 Die letzten Jahre sahen einen massiven Anstieg an bilateralen und plurilateralen

522 Freihandelsabkommen, wohingegen auf multilateraler Ebene kein signifikantes

523 Handelsabkommen zustande gekommen ist. Die EU hat bereits oder ist im Begriff

524 Freihandelsabkommen mit nahezu allen großen Wirtschaftsräumen der Welt abzuschließen.

525 Gerade bei Ländern des Globalen Südens zeigt sich durch das politische Gewicht und die

526 Marktmacht der EU eine starke Asymmetrie in den Verhandlungen zuungunsten der Länder des

527 Globalen Südens.

528

529 Jene Asymmetrie spiegelt sich zudem in dem zentralen entwicklungspolitischen Instrument des  
530 Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wider. Mithilfe des APS werden Zollvorteile als  
531 Anreizsysteme vergeben. Dies geschieht um Länder des Globalen Südens zum erwünschten  
532 politischen bzw. wirtschaftlichen Verhalten zu veranlassen. Die Idee das APS als  
533 entwicklungspolitisches Instrument zu nutzen, resultiert aus dem Anspruch, Verletzungen der  
534 Menschenrechte beispielsweise in der Produktion von Waren mithilfe von Zollsanktionen  
535 kontrollieren und somit bestrafen zu können. Der Europäische Markt verfügt über sehr große  
536 globale Marktmacht, so dass die EU zumindest theoretisch mit dem Instrument der APS die  
537 Möglichkeit hätte, Arbeitsrechts- und Umweltstandards nicht nur festzuschreiben sondern auch  
538 durchzusetzen. Die eingängige Analyse dieser theoretischen Idee kommt jedoch zu einer  
539 abweichenden Erkenntnis: Soziale Standards werden zwar in den bilateralen Handelsverträgen  
540 festgeschrieben, sie sind meist jedoch derart unpräzise formuliert und ohne die Vorsehung  
541 realistischer Sanktionsmaßnahmen, so dass die EU bei Verstößen gegen Arbeitsstandards in  
542 den Produzent\*innenländern oftmals nicht eingreift.

543

544

545 Durch die EU-Handelspolitik wird eine einseitige Wirtschaftsausrichtung der Länder im Globalen  
546 Süden zumeist auf wenig profitable Wirtschaftsbereiche (wie z.B. Textil- und  
547 Bekleidungsindustrie), gefördert. Die einseitige Ausrichtung der Ökonomien im Globalen Süden  
548 auf einen bzw. wenige industrielle Zweige tragen dazu bei, Ungleichverhältnisse auf sozialer,  
549 politischer und wirtschaftlicher Ebene innerhalb der Länder, aber ebenso die strukturellen  
550 Ungleichheiten im Nord-Süd-Gefälle zu stabilisieren, anstatt diese abzubauen und langfristig zu  
551 beseitigen.

552

553 Die EU-Handelsabkommen spiegeln deshalb zuvorderst die wirtschaftlichen Interessen der EU  
554 wieder in Hinblick auf Ressourcen und arbeitsintensiven Produkten. Diese Abkommen stellen  
555 nicht zuletzt ein massives Entwicklungshemmnis dar, das es den Ländern des Globalen Südens  
556 nicht ermöglicht, entsprechend von den Abkommen zu profitieren. Sogar Studien der  
557 neoliberalen Bertelsmannstiftung belegen bereits jetzt, dass die von der EU derzeit  
558 verhandelten bzw. abgeschlossen verhandelten Freihandelsabkommen (TTIP/CETA), bei denen  
559 die größten Freihandelszonen der Welt im Globalen Norden geschaffen werden sollen, mit  
560 Wohlstandsverlusten in den meisten Ländern des Globalen Südens einhergehen werden:

561

562 *"Die großen Verlierer einer Eliminierung der Zölle sind Entwicklungsländer. Diese verlieren*  
563 *durch den verstärkten Wettbewerb auf dem EU- oder US-Markt dramatisch an Marktanteilen.*  
564 *Alternative Märkte mit ähnlichem Marktpotenzial sind geographisch relativ weit entfernt. Dies ist*  
565 *vor allem für Länder in Nord- und Westafrika ein Problem."*

566

567

568 Die aktuelle EU-Handelspolitik untergräbt demzufolge entwicklungspolitische Ziele - der  
569 Anspruch der Kohärenz rückt in weite Ferne.

570

571

572 Multinationale Konzerne spielen eine Schlüsselrolle im Verhältnis von globalen Norden zum  
573 globalen Süden. Ihre Macht muss grenzüberschreitend eingedämmt werden. Vor allem müssen  
574 Maßnahmen gegen Monopolbildung ergriffen werden. Minimalstandards - wie im Global  
575 Compact vereinbart - reichen nicht.

576

577 Wir Jusos fordern daher:

578

579 1. Die marktradikale Handelspolitik der EU muss endlich ein Ende finden. Stattdessen sind  
580 umfangreiche Reformen nötig, damit die EU-Handelspolitik dazu beitragen kann, strukturelle  
581 Ungleichheiten zwischen den Ökonomien im Globalen Norden und Globalen Süden abzutragen  
582 und nicht noch zu verschärfen. Sie soll darauf ausgerichtet sein, zusammen mit der  
583 Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und politische Selbstständigkeit  
584 der Gesellschaften des Globalen Südens zu stärken.

585

586 2. Darüber hinaus benötigt die EU eine Neudefinition ihrer handelspolitischen Interessen.  
587 Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müssen als fundamentale Ziele der Handelspolitik

588 formuliert werden. Alle außenhandelspolitischen Maßnahmen müssen deswegen auf die  
589 entwicklungspolitischen Folgen überprüft werden.

590

591 3. Wir fordern eine europäische Agrar- und Handelspolitik, die Entwicklungsländern eine  
592 realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor bietet und damit sowohl die  
593 Versorgungssicherheit im jeweiligen Land sicher stellt, als auch die Möglichkeit schafft,  
594 effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

595

596 4. Die EU muss sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Strategie für die  
597 europäische Entwicklungszusammenarbeit entwickeln und gemeinsam umsetzen. Dafür muss  
598 die EU für eine einschlägige Verbesserung in der Koordination der  
599 Entwicklungszusammenarbeit eintreten.

600

601 5. Um der EU- Entwicklungspolitik eine größere Relevanz zuteilwerden zu lassen, muss für  
602 die derzeitig in der Außen- und Sicherheitspolitik eingebettete Entwicklungspolitik ein  
603 eigenständiger Politikbereich geschaffen werden.

604

605 Eine koordinierte europäische "Entwicklungszusammenarbeit" ist für uns nur ein Zwischenschritt  
606 zu einer transnationalen und weniger von nationalstaatlichen Interessen beeinflussten globalen  
607 Gerechtigkeitspolitik. Schlussendlich müssen Staaten wie die Bundesrepublik finanzielle Mittel  
608 bereitstellen, über die sie die Entscheidungsgewalt abgeben und an zu schaffende  
609 demokratischen Strukturen der Betroffenen übergeben. Diese Politik kann nur dann erfolgreich  
610 sein, wenn sie sich nicht als Politik zwischen einzelnen Ländern versteht. Die Probleme des  
611 globalen Südens werden nicht nur dort gelöst, sondern im wirklich globalen Maßstab. Deshalb  
612 kämpfen wir für einen Paradigmenwechsel – für einen sozialistischen, nicht einen  
613 kapitalistischen.

614

615 Für die Neuordnung des globalen Finanzmarktes und Währungssystems

616

617 Die Ordnung des globalen Handels ist nur eine Seite der Medaille. Ihr direktes Gegenstück sind  
618 die Devisen-, Kredit- und Kapitalmärkte. Diese Seite wird zu selten beleuchtet, ist aber  
619 spätestens seit den 1980er Jahren ein zur Handelspolitik gleichwertiger Einfluss auf den  
620 globalen Kapitalismus. Nicht selten ist die Voraussetzung für "Hilfen" und "Zusammenarbeit",  
621 dass ein Land sich den Finanzmärkten öffnen soll.

622

623 Direkt mit dem Handel verknüpft sind Spekulationen mit den Rohstoffen aus den Ländern des  
624 globalen Südens. Durch exzessive Preisschwankungen kommt es zu Fehlinvestitionen und Not.  
625 Ab deutlichsten wird dies im Falle von Nahrungsmittelspekulation, da die Nahrungsmittel sowohl  
626 zur direkten Versorgung der Bevölkerung als auch als Einkommensquelle fungieren. Gerade  
627 letzteres gilt jedoch auch für eine Reihe weiterer Rohstoffe und Agrarprodukte und darf nicht  
628 allein auf Nahrungsmittel reduziert werden.

629

630 Die Abhängigkeit des globalen Südens ist auch durch die Unfähigkeit begründet, in eigener  
631 Währung Kredite aufzunehmen und deshalb oft Devisenspekulationen hilflos ausgeliefert zu  
632 sein. Selbst moderate Auslandsschulden sind durch diese Staaten dann nichtmehr zu tragen,  
633 wenn ihre Währung in Folge einer Panik oder weltwirtschaftlichen Krise rasant abwertet. Eine  
634 Vielzahl von Krisen wurden durch solch eine Entwicklung ausgelöst oder zumindest  
635 entscheidend beschleunigt und traf auch vergleichsweise große Staaten: Mexiko, Süd-Ost-  
636 Asien, Argentinien, Russland und auch die Eurokrise kann so gedeutet werden. Die globale  
637 Finanzkrise hat ab 2007 auch viele afrikanische Staaten nach fast einem Jahrzehnt allgemein  
638 positiverer ökonomischer Entwicklung in große Schwierigkeiten gebracht. Schätzungen gehen  
639 von einem Zuwachs der Armut, gemessen an der 1,25\$-Marke, von mehr als zehn Millionen  
640 Menschen gegenüber der Entwicklung ohne Krise aus. Transmissionsmechanismen sind im  
641 Zusammenspiel aus Agrarspekulationen, dem Anstieg des Ölpreises und in direkten  
642 Auswirkungen der Finanzkrise zu finden. Durch Abwertung der Währung wurden importierte  
643 Inputs für den Agrarsektor (v.a. Dünger und Öl) so teuer, dass oft selbst die Bauern unter der  
644 Entwicklung leiden mussten und an höheren Preisen für ihre Produkte nicht verdienen konnten.  
645 Durch sich verschlechternde Staatseinnahmen und der höheren Last des Schuldendienstes  
646 wurden staatliche Maßnahmen massiv eingeschränkt und somit dürften die Ärmsten der Welt  
647 die Hauptlast in diesen Staaten getragen haben. Nicht nur der staatliche Schuldendienst wurde  
648 teurer, auch die Privatwirtschaft ist häufig auf Kredite in Fremdwährungen angewiesen, deren

649 Verfügbarkeit sich stark einschränkte und so auch die heimische Wirtschaft weiter belastete.  
650 Eine noch größere Auswirkung konnten gerade die staatlichen Regulierungen verhindern, die in  
651 einigen Staaten als Folge der Asienkrise installiert wurden. Spezifisch für einige Staaten waren  
652 schwere Auswirkungen durch das Versiegen der Transfers von Expats an Angehörige in den  
653 Herkunftsstaaten. Dies trug direkt zur Verschärfung der Armut bei und verschlimmerte durch  
654 weiter sinkende Nachfrage nach heimischer Währung auch über einen indirekten Kanal die  
655 Situation.

656

657 Wie auch während der Eurokrise wurden in der Vergangenheit Währungskrisen häufig als  
658 Druckmittel für politische Reformen im Sinne der Gläubiger genutzt. Sie sind ein zentrales  
659 Instrument der Schock-Strategie, die einer Vielzahl von sozial und ökonomisch Falschen und  
660 sonst auch undurchsetzbaren "Reformen" durchzusetzen, welche die Vorherrschaft der  
661 Gläubiger im globalen Norden festigen. Unter der fehlgeleiteten Ex-Post-Konditionierung,  
662 welche erst dann Hilfe in Aussicht stellt, wenn gewünschte Anpassungen erfolgt oder zumindest  
663 vereinbart sind, wird außerdem wertvolle Zeit verschenkt, sodass die Krise weiter Fahrt  
664 aufnehmen kann. Da oft Austeritätsprogramme an erster Stelle stehen, wird außerdem die Krise  
665 weiter verschärft und so die Abhängigkeit von Geldströmen weiter vertieft.

666

667 Wir fordern daher:

668

669 1. Spekulationen mit sensiblen Rohstoffen, die für breite Bevölkerungsteile eine  
670 Einnahmequelle darstellen und insbesondere Grundnahrungsmittel, müssen effektiv  
671 eingegrenzt und scharfer Regulierung bis hin zum Verbot oder Preissetzung unterworfen  
672 werden. Absicherungsgeschäfte gegen Preisschwankungen dürfen nicht zur Spekulation  
673 missbraucht werden und sind nur mit tatsächlichen Produzenten abzuschließen. Großkonzerne  
674 mit exzessiver Preissetzungsmacht auf diesen Märkten müssen zerschlagen werden.

675

676 2. Schnelle und direkte Hilfe durch regionale und internationale Organisationen im Falle  
677 von Währungsturbolenzen. Dazu ist ein System von Ex-Ante-Konditionalitäten zu schaffen, in  
678 dem jedes Land ein Recht auf Zugriff auf Währungsreserven hat, dass sich vor der Krise an  
679 vereinbarte und faire Regeln gehalten hat.

680

681 3. Förderung des Aufbaus von regionalen Währungsfonds, welche Hilfe auch ohne  
682 Übergewichtiges Stimmrecht des Nordens leisten können.

683

684 4. Schaffung eines stabilen internationalen Währungssystems, welches an Stelle der privat  
685 dominierten Währungsmärkte ein System setzt, welches durch Fundamentaldaten und richtige  
686 Anreize getrieben wird. Eine Übermacht der Gläubiger lehnen wir ab. Wir fordern, dass die  
687 Europäische Union sich - ganz im Sinne ihres eigenen Währungsprojektes - für eine solche  
688 globale Austauschwährung in der Tradition des Vorschlages von John M. Keynes für den  
689 Bancor einsetzt.

690

691 5. Für uns gilt; Multilateralität vor Plurilateralität. Bi- und plurilaterale Freihandelsabkommen  
692 sind keine geeigneten Instrumente, um Außenhandelspolitik gerecht zu gestalten. Plurilaterale  
693 Abkommen zwischen Ländern des Globalen Südens nehmen wir als vorübergehendes,  
694 notwendiges Übel hin. Handelsabkommen müssen wieder auf multilateraler Ebene beschlossen  
695 werden. Uns ist zwar bewusst, dass die WTO in der Vergangenheit ebenfalls keine Politik im  
696 Sinne der Länder des Globalen Südens gemacht hat, strukturelle Ungleichheiten haben sich  
697 aber im letzten Jahrzehnt zuungunsten des Globalen Nordens verschoben, sodass die  
698 Organisation stärker in der Lage ist, einen Interessensausgleich herzustellen. Nichtsdestotrotz  
699 fordern wir, dass die WTO weiter demokratisiert wird und dass strukturelle Benachteiligungen  
700 für Länder des Globalen Südens weiter abgebaut werden. Zudem fordern wir, dass die WTO  
701 handelsrelevante Themen, wie Umweltschutz und Sozialstandards zur Grundlage von  
702 zukünftigen Handelsabkommen macht.

703

704 6. Die durch Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik der global agierenden  
705 Finanzinstitutionen oktroyierten Schulden der Nehmerländer bedürfen einer dringenden  
706 Revision und müssen gegebenenfalls durch Schuldenschnitte erlassen werden. Das Erlassen  
707 von Schulden darf allerdings nicht an Bedingungen geknüpft werden, wie beispielsweise das  
708 deregulieren von Arbeitsrecht oder Zollbeschränkungen.

709

**Titel** Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

### Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien

- 1 Das Jahr 2014 war das blutigste in dem seit 4 Jahren bestehenden syrischen Bürgerkrieg.
- 2 Laut dem Syrian Observatory for Human Rights starben im vergangenen Jahr mehr als 76.000
- 3 Menschen, von denen fast 18.000 Zivilisten und darunter 3.501 Kinder gewesen sind.[1]
- 4 Expert/innen gehen davon aus, dass die tatsächlichen Opferzahlen deutlich über den offiziellen
- 5 Angaben liegen. Frauen und Kinder sind besonders stark von der Gewalt in Syrien betroffen.
- 6 So werden Frauen systematisch verschleppt und auch die Anwendung sexueller Gewalt
- 7 scheint in großem Umfang zu erfolgen.[2] Sogar der Einsatz von Kindersoldaten durch den IS
- 8 konnte durch Human Rights Watch nachgewiesen werden. [3]
- 9
- 10 Zudem beklagen zahlreiche humanitäre Hilfsorganisationen, dass ihre Arbeit von den
- 11 verschiedenen Konfliktparteien behindert wird[4]. Auch sind derzeit nur 5 von 23
- 12 Grenzübergängen für die humanitäre Hilfe geöffnet, obwohl bspw. 5,6 Millionen Kinder auf
- 13 Hilfslieferungen dringend angewiesen sind. Die Anzahl sog. Displaced People übersteigt
- 14 mittlerweile die Marke von 11 Mio. Menschen (davon sind 5 Millionen Flüchtlinge und 7 Millionen
- 15 sog. internally displaced persons). In einem aktuellen Bericht „Failing Syria“ von 21
- 16 Hilfsorganisationen vom 12.03.2015 kritisieren diese die Handlungsunfähigkeit der UN. Unicef
- 17 beklagt, es fehle vor allem an finanziellen Hilfen. So waren schon 2013 schon nur 71% der UN
- 18 Hilfen finanziert. 2014 nur noch 57%.[5]
- 19
- 20 In einem ersten Schritt zur Überwindung der Gewalt müssen die Resolutionen 2139, 2165 und
- 21 2191 des UN Sicherheitsrates umgesetzt werden.[6] Insbesondere die Einstellung der
- 22 (systematischen) Angriffe auf die Zivilbevölkerung durch alle Konfliktparteien ist eine
- 23 notwendige Bedingung, um das Leid der Menschen zu lindern. Kriegsverbrechen wie die
- 24 willkürliche Internierung und das Foltern von Zivilisten müssen unbedingt gestoppt werden. Die
- 25 Konfliktparteien müssen unmittelbar die systematische Verletzung der Menschenrechte beenden
- 26 und sich gemeinsam verpflichten, das internationale Kriegsrecht einzuhalten. Eine
- 27 wünschenswerte Option ist die perspektivische Einsetzung einer UN-Friedenstruppe
- 28 (peacekeeping operations), sobald ein Waffenstillstand erreicht sein sollte. Außerdem schließen
- 29 wir uns der Forderung der Hilfsorganisationen an, dass die Regierungen einflussreicher Staaten
- 30 endlich dafür Sorge tragen müssen, dass die Nothilfemaßnahmen massiv ausgeweitet werden.
- 31 [7]
- 32
- 33 Auch wird die EU von uns aufgefordert, weit mehr syrischen Flüchtlingen temporären Schutz zu
- 34 gewähren und sie nicht in Nachbarländer wie die Türkei abzuschieben. Ziel muss sein, allen
- 35 syrischen Bürgern, die ihr kriegsgeschundenes Heimatland verlassen müssen, eine Zuflucht zu
- 36 bieten.

37

38 Ohne verstärkte (finanzielle und logistische) Hilfe der internationalen Gemeinschaft ist dies  
39 kaum zu erreichen. In 2014 ist die Finanzierungslücke der humanitären Hilfe auf ein  
40 Rekordhoch gestiegen. Scheinbar besteht eine 40%ige Finanzierungslücke, die dringend  
41 geschlossen werden muss. Zur Abmilderung der Flüchtlingsproblematik werden die Staaten der  
42 europäischen Union aufgefordert, im laufenden Jahr min. 5% der Flüchtlinge Schutz außerhalb  
43 der Konfliktregion zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen einerseits die  
44 Kontingente für Flüchtlinge vergrößert werden und andererseits die Möglichkeit verbessert  
45 werden, dass Menschen unmittelbar aus dem Kriegsgebiet auf die Kontingentlisten gelangen  
46 können.

47

48 Auch muss dafür Sorge getragen werden, dass Staaten wie der Libanon oder Jordanien mit den  
49 Flüchtlingsströmen nicht alleine gelassen werden, sondern finanzielle Hilfen aus der  
50 Europäischen Union erhalten. Bei 4 Millionen Einwohner/innen nahm der Libanon bis jetzt 1,5  
51 Millionen Flüchtlinge auf.[8]

52

53 Wir unterstützen die Forderung des stellvertretenden Direktors für Europa und Zentralasien der  
54 International Crisis Group, Hugh Pope, dass die AKP-regierte Türkei ihre Außenpolitik mehr an  
55 ethnischer und konfessioneller Neutralität ausrichten und auch mit regionalen Rivalen wie dem  
56 schiitischen Iran zusammenarbeiten. Zudem muss die Türkei ihre Grenzen nach Syrien besser  
57 kontrollieren und Null-Toleranz gegenüber jihadistischen Vergehen zeigen.[9]

58

59 Wie auch im Fall der Ukraine ist es von elementarer Bedeutung, dass der Konflikt am  
60 Verhandlungstisch gelöst werden muss. Daher wenden wir uns an die deutsche  
61 Bundesregierung mit dem Appell, die Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zu  
62 bekommen, hierbei müssen auch kurdische Vertreter involviert werden. Zudem sollte darauf  
63 hingewirkt werden, dass die Konfliktparteien eine gemeinsame Haltung und Strategie gegen  
64 den Islamischen Staat entwickeln.

65

66 **Was die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung im eigenen Land tun kann:**

67

68 Die Situation in Syrien ist die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Es ist ein  
69 Armutszeugnis, dass einflussreiche Staaten, UN und EU völlig versagen. Es liegt auch an uns,  
70 unsere Partei zu treiben und dafür zu sorgen, dass die Hilfe endlich ankommt. Wir können nicht  
71 nur unsere Partei treiben und ständig auf die Situation hinweisen, sondern es ist auch in unserer  
72 Verantwortung die Menschen, die vor Krieg und Vertreibung vor allem aber nicht nur aus Syrien  
73 fliehen, zu schützen, ihnen eine Chance zu geben und sie hier Willkommen heißen.

74

75 Es liegt an uns, unsere Forderungen zu einer humanen Flüchtlingspolitik Nachdruck zu  
76 verleihen und mit den Bürger/innen in den Dialog zu treten. Es ist eine Schande für  
77 Deutschland, dass in dieser Zeit, die wohl als eine der blutigsten in die Geschichte eingehen  
78 wird, Pegida und Co. tausende Menschen gegen Flüchtlinge auf die Straßen treiben. Es ist  
79 unsere Aufgabe sowie die Aufgabe der Bundesregierung sich diesen Menschen entgegen zu  
80 stellen, aufzuklären und klar Stellung zu beziehen.

81

82 Ein weiterer Skandal der deutschen Flüchtlingspolitik ist der Umgang mit Kindern bzw.  
83 minderjährigen Flüchtlingen. Nach der neusten Studie von Unicef werden die rund 65 000  
84 (Sept. 2014) Flüchtlingskinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus nur unzureichend geschützt.  
85 [10] Vor allem kritisiert Unicef die dürtige medizinische Versorgung und die bürokratischen  
86 Hindernisse in der Schulbildung. Auch fehlt es an psychologischer Hilfe. Unicef betont, dass  
87 Flüchtlingskinder praktisch in allen Bereichen politisch vernachlässigt werden. Und das, obwohl  
88 Deutschland schon 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifizierte. Hier steht u.a. geschrieben:  
89 „Zudem verpflichtet sich die Bundesrepublik „[...] sicherzustellen, dass ein Kind, das die  
90 Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt [...] angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei  
91 der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder anderen  
92 internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen [...]  
93 festgelegt sind.“[11]

94

95 Der Bundesfachverband Unbegleiteter Flüchtlinge e.V. kritisierte schon 2013 in seinem Bericht  
96 an die Vereinten Nationen die unzureichende Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention in  
97 Bezug auf Flüchtlingskinder in Deutschland.[12] Hier fordern wir die Bundesregierung auf,

98 endlich Taten folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass die UN Kinderrechtskonvention auch  
99 im Bezug auf Flüchtlingskinder umgesetzt wird.

100

101 Abschließend wollen wir als Autoren nochmals betonen, dass es keine militärische Intervention  
102 des Westens zugunsten einer Seite des Konflikts geben darf. Einzig und alleine der Ausgleich  
103 aller Interessen am Verhandlungstisch kann in unseren Augen für ein Ende des syrischen  
104 Bürgerkriegs sorgen.

105

106 Zudem möchte wir abschließend nochmal betonen, dass wir die US-Außenpolitik und  
107 insbesondere den 3. Golfkrieg unter George W. Bush, die massiv zur Destabilisierung der  
108 gesamten Region beigetragen haben, verurteilen. Eine erneute Intervention eines  
109 Staatenbündnisses ohne UN-Mandat wird daher kategorisch abgelehnt.

110

111

112

---

113 [1] [http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-](http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-far.html?_r=0)  
114 [far.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-far.html?_r=0)

115

116 [2] Syria Needs Analysis Project (SNAP), Regional Analysis Syria, Q3 2014, 13 October 2014,  
117 <http://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/regional-analysis-syria-q3-2014-13-october-2014>

118

119 [3] [http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria0614\\_crd\\_ForUpload.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria0614_crd_ForUpload.pdf)

120

121 [4] Falling Syria, Oxfam 2015, [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria\\_report-](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf)  
122 [oxfam-sperrfrist-120315.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf)

123

124 [5] [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria\\_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf)

125

126 [6] <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2139>, <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2165>,  
127 <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2191>

128

129 [7] [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria\\_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf)

130

131 [8] <http://www.tagesschau.de/ausland/libanon-fluechtlinge-syrien-101.html>

132

133 [9] <http://www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/drama-an-syriens-nordgrenze-380/>

134

135 [10] [http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-](http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf)  
136 [deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf](http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf)

137

138 [11] <http://www.b-umf.de/images/stories/dokumente/un-kinderrechtskonvention.pdf>

139

140 [12] <http://www.b-umf.de/images/parallelbericht-bumf-2013-web.pdf>

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158



**Titel** Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag der SPD und an die SPD-Bundestagsfraktion

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen

1 Die sechs toten und 43 entführten Student\*innen in Ayotzinapa, die im September 2014 der  
2 Welt die Menschenrechtssituation in Mexiko vor Augen führten, sind kein Einzelfall, sondern ein  
3 trauriges Beispiel für die Verquickungen von staatlicher Korruption und organisierter  
4 Kriminalität<sup>[1]</sup>. Denn: die Missachtung und Verletzung von Menschenrechten in Mexiko sind kein  
5 "Kollateralschaden" im sogenannten Krieg gegen die Drogenkartelle, noch unvermeidbare  
6 Einzelfälle. Vielmehr sind sie tief im politischen System des Landes verankert, in dem der Staat,  
7 der Sicherheitsapparat und die organisierte Kriminalität aufs engste miteinander verbunden  
8 sind. Korruption und Gewaltverbrechen sind hierbei keine "Schwächen" oder  
9 "Ausfallerscheinungen" der Gesellschaft, sondern zentraler Bestandteil des politischen Betriebs.  
10

11 Zahlreiche Verbrechen, wie Einschüchterung, Entführung, Folter bis hin zu Mord werden dabei  
12 nicht nur von "kriminellen Banden" begangen. Auch staatliche Sicherheitskräfte wie lokale oder  
13 bundespolizeiliche Einheiten sowie das Militär sind aktiv in sie involviert, wie das Beispiel in  
14 Ayotzinapa zeigt. Doch anstatt die Korruption und kriminellen Machenschaften zu bekämpfen,  
15 setzt die mexikanische Regierung auf Aufrüstung<sup>[2]</sup>. Hierbei spielen nicht nur Länder wie die  
16 USA eine Rolle, sondern auch Deutschland ist ein wichtiger Partner bei der Aufrüstung und  
17 Ausbildung der Sicherheitskräfte. Diese Kooperationen sollen zukünftig noch weiter ausgebaut  
18 werden. Seit 2011 wird zwischen den Regierungen beider Länder über ein  
19 Sicherheitsabkommen verhandelt, welches die polizeiliche Zusammenarbeit, die strategische  
20 und taktische Schulung von Einsatzkräften, die technische Unterstützung und den  
21 gegenseitigen Informationsaustausch vertraglich festhalten soll. Im Hinblick auf die  
22 gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche immer wieder von mexikanischen  
23 Sicherheitskräften begangen werden, bleibt zu befürchten, dass durch ein solches Abkommen  
24 deutsches Sicherheits-Know-how bei der Begehung dieser Verbrechen genutzt wird. Zugleich  
25 besteht die Gefahr, dass durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich  
26 der Militär- und Sicherheitsgüter deutsche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei den  
27 Gewaltverbrechen zum Einsatz kommen.  
28

29 Damit zukünftig die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht indirekt durch  
30 Deutschland unterstützt werden, lehnen wir eine weitere Militarisierung und Aufrüstung der  
31 mexikanischen Sicherheitskräfte mit deutscher Hilfe ab und fordern stattdessen:  
32

33

- 34 • die Aussetzung der Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen,
- 35 • die Verpflichtung Deutschlands, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass  
36 die von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge und Vereinbarungen zur

37 Garantierung der Menschenrechte eingehalten und umgesetzt werden. Dazu zählen unter  
38 anderem: die UN Menschenrechtscharta, die Internationale Konvention zum Schutz aller  
39 Personen vor dem Verschwindenlassen und die UN-Konvention gegen Korruption.  
40 • den Einsatz in bilateralen oder von der EU getragenen Verhandlungen und Projekten zur  
41 Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Zivilgesellschaft in  
42 Mexiko.

43

44

45

46 [1] Die 43 Student\*innen wurden auf dem Weg zu Protesten gegen die Regierung zunächst von  
47 mexikanischen Polizeieinheiten angehalten und beschossen, wobei 6 Menschen starben. Die  
48 Verbliebenen wurden anschließend festgenommen und an ein örtliches Kartell übergeben,  
49 welches sie dann verschwinden ließ. Heute ist davon auszugehen, dass sie umgebracht und  
50 ihre Leichnamen verbrannt wurden. Als Übersicht über die Geschehnisse in Ayotzinapa und  
51 danach siehe das Dossier von Amerika21: <https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa>.

52

53  
54 [2] So stiegen allein 2014 die mexikanischen Militärausgaben um 8% auf 8.068,68 Mio US-  
55 Dollar. Siehe: Bonn International Center for Conversation (BICC): Informationsdienst Sicherheit,  
56 Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Länderportrait  
57 Mexiko und

58

59 <http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP>

60

#### 61 62 **Begründung:**

63 Die Zahlen der Gewaltverbrechen in Mexiko sprechen für sich: allein von 2006 bis 2012 gab es  
64 mehr als 70.000 Ermordete, 20.000 gewaltsam Verschwundene und 250.000 Menschen, die  
65 innerhalb Mexikos auf der Flucht sind<sup>[1]</sup>. Seit dem Amtsantritt von Peña Nieto 2012 sind die  
66 Zahlen zudem noch weiter gestiegen<sup>[2]</sup>. Die Gewalt geht dabei nicht nur von der organisierten  
67 Kriminalität aus, sondern auch staatliche Institutionen und Verbände sind nachweislich in die  
68 Verbrechen involviert<sup>[3]</sup>. Dies kann von der Tolerierung der Verbrechen, über Beauftragung bis  
69 hin zur Unterstützung oder Durchführung von Einschüchterung, Überfällen, Verschwindenlassen  
70 oder Mord reichen. Zugleich erfahren die Opfer der Gewalt trotz zahlreicher Gesetze zur ihrem  
71 Schutz und zur Kriminalitätsbekämpfung keine substanzielle Hilfe. Vielmehr sehen sie sich  
72 häufig Gängelungen, behördlichen Verweigerungen oder staatlichen Repressionen (die auch bis  
73 zu Mord reichen können) ausgesetzt<sup>[4]</sup>. Die Täter\*innen entkommen i.d.R. straffrei, weshalb  
74 98% aller Delikte heute kein Urteil nach sich ziehen<sup>[5]</sup>.

75

76 Mexiko ist dabei kein schwacher oder zerfallender Staat, sondern dank Milliarden Investitionen  
77 aus den USA und anderer internationaler Partner ein hochgerüsteter und äußerst  
78 handlungsfähiger Staat. Die Verbrechen und Morde, die im Rahmen des 2006 verkündeten  
79 Krieges gegen Drogen immer wieder für Schlagzeilen sorgen, dienen dabei als  
80 Rechtfertigungsgrund, um die Militarisierungs- und Aufrüstungsspirale immer weiter  
81 fortzusetzen. Gleichzeitig zeigen zahlreiche zivilgesellschaftliche und internationale  
82 Untersuchungen, dass gerade die hierdurch begünstigten Polizeieinheiten und das Militär  
83 systematisch in Menschenrechtsverletzungen und kriminelle Machenschaften involviert sind<sup>[6]</sup>.  
84 Teile dieser Einheiten werden dabei seit Jahren von deutschen Sicherheitskräften wie dem BKA  
85 ausgebildet. Zudem fanden bis 2014 Waffenlieferungen in Höhe bis zu 673.000 Euro statt, bei  
86 denen zwar vertraglich festgehalten war, dass die Waffen nicht in Konfliktgebiete eingesetzt  
87 werden sollten<sup>[7]</sup>. Doch tauchten diese anschließend auch in Regionen von Mexiko auf, in denen  
88 die Regierung aktiv gegen Widerstandsbewegungen vorgeht.

89

90 Seit 2011 finden Verhandlungen zwischen der deutschen und der mexikanischen Regierung zu  
91 einem bilateralen Sicherheitsabkommen statt. Bei diesem geht es neben der polizeilichen  
92 Ausbildung und Zusammenarbeit, auch um technische Unterstützung und den Austausch von  
93 Informationen. Durch den Vertrag wird also der Transfer von deutschem polizeilichem Know-  
94 how und technischer Ausstattung weiter ausgebaut. Zugleich besteht keine Möglichkeit der  
95 Kontrolle, in welchen Situationen und Orten das vermittelte Wissen und die verkaufte Technik  
96 zum Einsatz kommt. Selbstverpflichtungen zeigten bereits in der Vergangenheit, dass diese den  
97 Missbrauch und eine Diffusion in Konfliktgebiete nicht verhindern können. Im Hinblick auf die

98 massiven Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte bleibt deshalb zu  
99 befürchten, dass die erworbenen Fähigkeiten und Ausrüstungen zu weiteren Repressionen  
100 gegen aufständische und zivilgesellschaftliche Bewegungen genutzt werden.

101

102 Die Verhandlungen, welche eigentlich 2015 ihren Abschluss finden sollten, werden durch die  
103 anhaltende Kritik der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft immer wieder  
104 verzögert. Auch innerhalb der deutschen Politik gibt es Bedenken zu den Auswirkungen, welche  
105 eine solche Zusammenarbeit auf die Menschenrechtssituation in Mexiko nehmen würde. Doch die  
106 Zeit drängt. Um eine weitere Verschlechterung der schon kritischen Situation zu verhindern,  
107 bedarf es einer Aussetzung der Verhandlungen. Zugleich muss sich Deutschland in bi- und  
108 multilateralen Gesprächen für eine Stärkung der mexikanischen Justiz und eine konsequente  
109 Korruptionsbekämpfung einsetzen. Dies kann z.B. durch den Austausch von Erfahrungen und  
110 Best-Practice-Beispielen erfolgen. Auch ist es notwendig, dass auf internationaler Ebene auf die  
111 Einhaltung der von der mexikanischen Regierung unterzeichneten UN-Konventionen gedrängt  
112 wird. Denn die Umsetzung der internationalen Vereinbarungen würde bereits zu einer spürbaren  
113 Verbesserung der Menschenrechtssituation in Mexiko führen. Die Unterstützung der  
114 Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsorganisationen kann aber auch über zahlreiche  
115 niedrigschwellige Möglichkeiten realisiert werden. Ein Beispiel hierfür ist das Programm des  
116 Menschenrechtsausschusses des deutschen Bundestages "Parlamentarier schützen  
117 Parlamentarier". Dieses wurde 2003 ins Leben gerufen und fördert den Schutz und die  
118 Unterstützung bedrohter Parlamentarier\*innen und Menschenrechtler\*innen weltweit durch  
119 deutsche Abgeordnete.

120

121

122

123 [1] Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko: Verschwindenlassen in Mexiko - ein  
124 systematisch begangenes Verbrechen, S. 2.

125

126 [2] [http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-](http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-1.2185299)  
127 [1.2185299](http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-1.2185299).

128

129 [3] Bericht Amnesty International 2009.

130

131 [4] Beispielhaft hierfür ist der Fall von Josefina Reyes Salazar, die zunächst ihren willkürlich vom  
132 Militär festgenommen Sohn suchte und später selbst entführt und umgebracht wurde. Deutsche  
133 Menschenrechtskoordination, S. 17.

134

135 [5] Global Institute of Global and Area Studies, Institut für Lateinamerika-Studien. Focus  
136 Lateinamerika (2011), Nr 12, S. 3.

137

138 [6] Siehe Fußnote 2 Human Rights Watch 2011.

139

140 [7] <https://amerika21.de/2015/01/110422/ausbildung-polizei-mexiko-bka>.

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

**Titel** Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen

1 Wir Jusos fordern:

2

3 a) Dem Deutschen Bundestag wird ein Vetorecht zu gestellten Genehmigungsanträgen zur  
4 Ausfuhr von Waffen jeglicher Art zugesprochen.

5

6 b) Dem Deutschen Bundestag wird ein Informationsrecht zu gestellten  
7 Genehmigungsanträgen jeglicher Art zugesprochen. Das Informationsrecht umfasst Daten über  
8 den Hersteller, die Anzahl und Art der Waffen sowie den Bestimmungsort der Lieferung und  
9 Kenntnisse über die spätere Verwendung der Waffen.

10

### 11 **Begründung:**

12 *Mit der Forderung nach einem Kontrollgremium des Bundestages zur Herstellung höherer*  
13 *Transparenz und Öffentlichkeit bei Waffenexportentscheidungen im Regierungsprogramm 2013*  
14 *- 2017 entspricht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dem mehrheitlichen Wunsch der*  
15 *Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nach einer stärkeren Kontrolle von deutschen*  
16 *Waffenexporten. Durch die Beteiligung an der Bundesregierung in der Koalition CDU/CSU-SPD*  
17 *seit 2013 konnte die SPD bereits eine stärkere Kontrolle von Waffenexporten umsetzen und*  
18 *zeigte sich zuletzt konsequent bei der Ablehnung von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien.*

19

20 *Trotzdem stellt nach wie vor der Platz Deutschlands als drittgrößter Waffenexporteur der Welt*  
21 *seinen Anspruch, als verantwortungsvolle Friedensnation zu agieren, infrage. Daher muss*  
22 *sichergestellt werden, dass auch zukünftige Bundesregierungen vor Entscheidungen zum*  
23 *Waffenexport transparent Details zu Ausfuhranträgen offen legen. Da der Bundestag*  
24 *maßgeblich am Bild Deutschlands in der Welt mitwirkt und Verantwortung für die Außenpolitik*  
25 *trägt, muss er Informationen über vorliegende Genehmigungsanträge für Waffenexporte*  
26 *erhalten, sobald diese gestellt werden. Darüber hinaus muss der Bundestag in seiner*  
27 *verantwortungsvollen Funktion ein Veto gegen Genehmigungsanträge einlegen dürfen, um*  
28 *bedenkliche Exportentscheidungen zu verhindern.*

29

30

31

32

33

34

35

36

**Titel** Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

1 Jusos und SPD lehnen die Anschaffung von bewaffneten unbemannten Luftfahrzeugen für die  
2 Bundeswehr und die nachträgliche Aufrüstung unbewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge ab.

3

4 Die Forderungen nach Kampfdrohnen für die Bundeswehr, die auch in der SPD immer lauter  
5 werden, müssen ein Ende haben. Die Möglichkeit einen Drohnenkrieg, wie ihn beispielsweise  
6 die USA praktizieren, ist nicht erstrebenswert.

7

8 Die Praxis aus den USA zeigt, dass Kampfdrohnen zwar durchaus Opfer bei den eigenen  
9 Streitkräften vermeiden, aber dafür auch enorme ethische Bedenken mit sich bringen.

10

### 11 **Kampfdrohnen mit chirurgischer Präzision?**

12

13 Der Drohnenkrieg der USA in Pakistan und Jemen etwa zeigt, dass es sich bei  
14 Drohnenangriffen keinesfalls um präzise Tötungen handelt. Die Beispiele von 41 potentiellen  
15 Terroristen[1] in Pakistan und Jemen, die durch Luftschläge mit Kampfdrohnen getötet werden  
16 sollten, machen dies deutlich. Die Liquidierungsversuche dieser 41 Männer aus der Luft hatten  
17 insgesamt 1147 Opfer zur Folge; 149 davon Kinder. Bei diesen 41 Zielen handelt es sich jedoch  
18 nur um solche, auf die mehrfache Drohnenangriffe erfolgten. Zusammengerechnet mit den  
19 direkt erfolgreichen Liquidierungen ist die Zahl der zivilen Opfer noch weitaus höher. Sieben der  
20 41 potentiellen Terroristen sind trotz mehrfacher Angriffe mit Drohnen noch am Leben.

21

22 Hinzu kommt die dauerhafte Belastung für die Zivilbevölkerung, die von der ständigen  
23 Ungewissheit eines möglichen Luftschlags ausgeht. Die Verbreitung dieser Angst darf definitiv  
24 nicht unterschätzt werden. Auch als Nebenwirkung darf diese, wenn auch ungewollte,  
25 psychologische Kriegsführung aber nicht ignoriert werden.

26

### 27 **Ächtung außergerichtlicher Tötungen durch Drohnen**

28

29 Die Praxis der USA zeigt, dass der Einsatz von Drohnen auch dazu verlockt Tötungen  
30 außerhalb von Kriegsgebieten durchzuführen. Diese Tötungen entsprechen aber einem  
31 Todesurteil ohne Gerichtsverfahren und widersprechen jeglicher Rechtsstaatlichkeit.

32

33 Wir unterstützen daher die Resolution des EU-Parlamentes zur Ächtung außergerichtlicher  
34 Tötungen durch Drohnen:

35

- 36 • Gezielte Tötungen außerhalb von Kriegsgebieten sind illegal.
- 37 • Auch im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen sind Menschen- und Völkerrecht,  
38 insbesondere der Schutz von Zivilisten strikt einzuhalten.
- 39 • Beim geringsten Anzeichen ungesetzlicher Handlungen muss eine Untersuchung

40 angeordnet, die Täter verfolgt und die Opfer entschädigt werden.

41

42 Als Konsequenz fordern wir auch das Ende dieser außergerichtlichen Tötungen durch den  
43 Stopp der Beteiligung der Bundesrepublik und der Europäischen Union am US-Drohnenkrieg in  
44 Pakistan und Jemen. Ausgangspunkt der Liquidierungsflüge darf weder Ramstein, noch ein  
45 anderer Stützpunkt in der EU sein.

46

#### 47 **Vermeidung von Opfern in den eigenen Reihen**

48

49 Der erneute Blick in die USA zeigt, dass auch Kampfdrohnen-Piloten enorm unter den  
50 Belastungen ihres Einsatzes leiden können. So kommt es vermehrt zu Posttraumatische  
51 Belastungsstörungen, kurz PTBS genannt, unter diesen Piloten. Viele SoldatInnen verkraften es  
52 nicht ohne Weiteres morgens andere Menschen aus sicherer Entfernung per Knopfdruck zu  
53 töten und abends gemeinsam mit der Familie zu essen. Wir können niemandem abverlangen  
54 sich diesen krassen moralischen Konflikten zu stellen. Zumal die Versorgung von Veteraninnen  
55 der Bundeswehr bei PTBS zurzeit extrem schlecht ist. Opfer in der eigenen Streitkraft können  
56 also auch durch Kampfdrohnen nicht gänzlich vermieden werden.

57

#### 58 **Alternativen zum Krieg**

59

60 Die Hemmschwelle in einen Krieg einzutreten sinkt enorm, wenn der Einsatz von unbemannten  
61 Waffen möglich ist. Ziel muss es daher sein ein multilaterales Abkommen zur Abrüstung von  
62 unbemannten Waffensystemen zu verabschieden, anstatt eine globale Aufrüstung zu befeuern.

63

64 Experten äußern zu Recht die Sorge, dass es bereits ein Wettrüsten durch unbemannte  
65 Luftfahrzeuge gibt. Wir wollen uns ein solches Wettrüsten nicht anschließen, da wir davon  
66 überzeugt sind, dass dieses Wettrüsten kontraproduktiv zu einem friedlichen Zusammenleben  
67 auf der Welt ist.

68

69 Im Hinblick auf die zunehmende Zahl von Krisen- und Kriegsgebieten sollte der Fokus auf der  
70 Prävention und nicht auf der Reaktion von Konflikten sein.

71

72 Anstatt enorme Summen an Steuergeldern in die Entwicklung oder Anschaffung von  
73 Kampfdrohnen zu investieren, sollten mehr Projekte der Friedensforschung und der  
74 Entwicklungshilfe unterstützt werden. Die Vermeidung von Konflikten führt dann nicht nur zur  
75 Einsparung von Geldern, die nicht in militärische Interventionen gesteckt werden müssen,  
76 sondern erspart uns –viel wichtiger– das Leid und die Opfer, die solche Einsätze mit sich  
77 bringen.

78

79

80

81 [1] Stand der Zahlen Fakten: November 2014

82

83 <http://www.theguardian.com/us-news/2014/nov/24/-sp-us-drone-strikes-kill-1147>

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine

1 Mehr als ein Jahr nachdem die Proteste in der Hauptstadt der Ukraine auf dem zentralen  
2 Maidan Platz zum Sturz des Präsidenten Janukowitsch geführt haben, wissen wir, dass der  
3 Konflikt in der Ukraine ein Wendepunkt für die europäische Sicherheitsarchitektur war. Er zeigt  
4 uns wieder einmal, wie fragil das vermeintliche Band des Frieden ist. Schon der  
5 Jugoslawienkrieg hat uns deutlich gemacht, dass mitnichten Frieden in Europa herrscht und  
6 dass der "Frieden" innerhalb der Europäischen Union wenig Wert ist, solange an ihren Grenzen  
7 und darüber hinaus Krieg geführt wird. Ungefähr 6000 Opfer hat der Ukraine-Konflikt zu  
8 beklagen, der nicht nur angesichts dieser Zahlen als Krieg bezeichnet werden muss. Es gibt  
9 bereits über mehr als eine Million Flüchtlinge. Der Donezker Flughafen und die Stadt  
10 Debalzewo sind Sinnbilder für die Zerstörung geworden, die dieser Krieg angerichtet hat.  
11  
12 Inzwischen scheinen die Waffen zu ruhen, doch wie bereits die letzten beiden  
13 Waffenstillstandsabkommen von Minsk gezeigt haben, überwiegt die Hoffnung und nicht die  
14 Gewissheit, dass diese Waffenruhe von längerer Dauer sein wird. Klar ist allerdings, dass es  
15 keinen Weg zurück geben wird zu der alten Sicherheitsordnung in Europa. Die  
16 Sicherheitsgarantien, die der Ukraine nach dem Abzug der Atomwaffen gegeben wurden, haben  
17 sich als nichtig herausgestellt, weder von russischer Seite, noch von den USA und der  
18 Europäischen Union konnten diese Sicherheitsgarantiegehalten werden. Es ist erstaunlich, wie  
19 wenig Reaktionen dieser Konflikt in manchen europäischen Ländern hervorruft. Während die  
20 Länder im Baltikum und Mittel- und Osteuropa eine konkrete Gefährdung ihrer Sicherheit  
21 empfinden, scheint in anderen EU- Ländern die Befürchtung vor Wirtschaftseinbußen durch die  
22 Sanktionen gegenüber Russland deutlich größer. Europa ist in der Frage im Umgang mit  
23 Russland gespalten.  
24  
25 Für uns ist klar, die Souveränität und Einigkeit ein hohes Gut ist. Wir sind uns darüber im  
26 Klaren, dass die Wiederherstellung der Grenzen der Ukraine von 1991, nur schwer  
27 wiederherstellbar sind. Die Krim scheint fest in russischer Hand zu sein und die Gebiete der  
28 sogenannten Volksrepubliken Republik Donezk und Lugansk umfassen bereits einen nicht  
29 unbeachtlichen Teil in der Ostukraine. Im Moment scheint dieser Status Quo mehr und mehr zu  
30 festigen. Die Wiedereingliederung der Gebiete scheint weiter weg denn je. Wir fordern trotzdem,  
31 dass die Menschen in absehbarer Zeit über ihr Schicksal im Rahmen einer freien und gerechten  
32 Volksabstimmung nach ukrainischem Recht entscheiden dürfen. Dies betrifft sowohl die  
33 annektierte Halbinsel Krim als auch in den beiden Volksrepubliken. Die Entscheidung für  
34 Volksabstimmungen sind das Ergebnis der besonderen Situation in der Ostukraine und dürfen  
35 in keinem Fall als Präzedenzfälle für andere Gebiete in der Region dienen.  
36  
37 Die Aktivitäten Russlands in diesem Krieg sind kaum von der Hand zu weisen. Russland war es,  
38 die die Krim annektiert hat und damit die territorial Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine

39 verletzt hat. Die Anzeichen für eine Beteiligung an den Kämpfen der sogenannten  
40 prorussischen Separatisten\*innen sind zudem so erdrückend, dass diese von nahezu niemand  
41 mehr angezweifelt werden. 23 Jahre, nachdem sich die Sowjetunion aufgelöst hat, müssen wir  
42 immer noch feststellen, dass die Unabhängigkeit der ehemaligen UdSSR- Länder von der  
43 russischen Regierung nur bedingt anerkannt wird.

44

45 Die Motivation hinter der Strategie der russischen Regierung scheint den Machthabenden im  
46 sogenannten Westen nur schwer verständlich. Die Osterweiterung der NATO sowie der  
47 proeuropäische Umsturz in Kiew haben die Befürchtungen Russlands verstärkt, ihre  
48 Einflussgebiete in Osteuropa zu verlieren. Russland fühlt sich von der NATO real bedroht und  
49 umzingelt. Die massive Unterstützung des Volksaufstandes gegen die korrupte, aber doch  
50 gewählte Regierung Janukowitsch in Kiew haben zudem die Stimmen in Russland lauter  
51 werden lassen, die darin eine massive Einmischung des sogenannten Westen gesehen haben.  
52 Die Großmachtsansprüche Russlands und die Sensibilität, mit der Russland auf die Aktivitäten  
53 in den ehemaligen sowjetischen Einflusssphären reagiert, wurden unterschätzt. Zudem wurden  
54 innenpolitische Konflikte zwischen den Eliten Russlands nicht in dem Maße berücksichtigt, wie  
55 es angemessen wäre.

56

57 Trotz der vielen Fehler und Versäumnisse, die im Umgang mit Russland und den Protesten in  
58 Kiew von der EU und der USA gemacht wurden, entschuldigt das nicht die Besetzung von  
59 Gebieten der Ukraine durch russisches Militär und die massive Unterstützung der Rebell\*innen  
60 in der Dombass-Region. Wir benennen klar Russland als Partei in dem Konflikt, die stark  
61 mitverantwortlich für die kriegsähnlichen Auseinandersetzungen ist. Zur Lösung des Konflikts  
62 fordern wir alle Akteur\*innen zu weiteren Verhandlungen auf Augenhöhe auf. Den Aufbau neuer  
63 Feindbilder und die Schaffung einer angstgefüllten Atmosphäre in Osteuropa, die Forderungen  
64 nach neuerlichem Aufrüsten begünstigt, lehnen wir ab.

65

66 Die proeuropäischen Proteste, für die der Maidan sinnbildlich steht, waren ein Ruf nach  
67 Demokratie und Freiheit, diese Bewegung muss für uns unterstützenswert sein. Auch wenn in  
68 der ukrainischen Regierung diese Bewegung nur begrenzt abgebildet werden konnte und es  
69 starke Probleme mit völkischen und ultranationalistischen Gruppierungen gibt, sind es die  
70 freiheitsstrebenden Menschen in der Ukraine, die unsere Verbündeten sind. Wir betonen, dass  
71 die Demokratisierung der Ukraine, die Durchsetzung von Reformen, die Bekämpfung der  
72 Korruption, aktive Förderung der Zivilgesellschaft und die Anbindung an die Europäische Union  
73 das Hauptanliegen im weiteren Umgang mit der Ukraine sein muss. Das wirtschaftlich  
74 angeschlagene Land, bedarf auch unserer finanziellen Unterstützung zum Wiederaufbau der  
75 zerstörten wirtschaftlichen Strukturen im Osten des Landes.

76

77 Interessant ist, dass insbesondere die Bundesregierung sich sichtbar im Vordergrund um eine  
78 Beilegung des Konfliktes bemüht ist. Den Ankündigungen der Verteidigungsministerin sowie des  
79 Außenministers, Deutschland müsse eine selbstbewusstere Rolle in der globalen  
80 Sicherheitspolitik spielen, scheinen jetzt Taten zu folgen. Es ist die Bundeskanzlerin und  
81 teilweise der Außenminister, die inzwischen als starke Verhandlungspartner\*innen auf der Seite  
82 des sogenannten Westens gesehen werden, andere europäische Länder bleiben meist außen  
83 vor. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Die dominante Rolle Deutschlands zeigt wieder  
84 einmal, dass die außenpolitische Abstimmung in der EU nicht existent bzw. ungenügend ist. Die  
85 Dominanz Deutschlands ist also auch das Ergebnis der Schwäche der europäischen  
86 Institutionen. Aber gerade in einem Konflikt, der sich so nah an den Grenzen der Europäischen  
87 Union ist es wichtig, dass die Verhandlungen von Brüssel geführt werden und nicht von Berlin.  
88 Darüber hinaus scheint sich die russische Regierung im Klaren um die verschiedenen  
89 Interessenslagen in der Europäischen Union, die von sehr realen Sicherheitsbefürchtungen bis  
90 hin zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen gehen. Wir fordern deshalb den  
91 sozialdemokratischen Außenminister auf, stärker die bereits vorhandenen Strukturen und  
92 Institutionen der Europäischen Union zu nutzen, um ein größeres Verhandlungsgewicht  
93 herzustellen. In diesem Zusammenhang ist notwendig auch andere europäische Institutionen in  
94 den Russland und die Ukraine sitzt, zu bestärken.

95

96 Kurzfristig empfinden wir es als wichtigstes Ziel, dass die Waffen in der Ukraine schweigen. Wir  
97 erkennen aber, dass Frieden nicht alleindurch die Abwesenheit von kriegsähnlichen  
98 Auseinandersetzungen hergestellt wird. Dabei erteilen wir den konservativen Mechanismen von  
99 Aufrüstung und Konfrontation eine klare Absage.



100

101 Die Ukraine wiederum muss weiter unterstützt werden. Deshalb fordern wir:

102

103 1. Die Entmilitarisierung der umkämpften Gebiete. Friedenssicherung hat die höchste  
104 Priorität.

105 2. Die Schaffung der Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge in die umkämpften  
106 Gebiete

107 3. Weitreichende Unterstützung der Demokratisierung der Ukraine. Der Ukraine muss  
108 langfristig eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt werden.

109 4. Die Menschen in der sogenannten Volksrepubliken Republik Donezk und Lugansk sowie  
110 auf der Krim müssen auf absehbare Zeit in freier Wahl über ihr weiteres Schicksal  
111 entscheiden dürfen. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

112

113 In Zukunft müssen wir die Strategie gegenüber Russland überdenken. Eine weitere

114 sicherheitspolitische Kooperation scheint unter den derzeitigen Bedingungen nur schwer

115 denkbar. Trotzdem müssen wir erkennen, dass die Lösung zahlreicher Konflikte in der Welt

116 ohne Russland nicht möglich ist. Deswegen muss der Dialog mit Russland fortgesetzt werden.

117 Wir fordern deswegen:

118

119 1. Stärkung von multilateralen Foren sicherheitspolitischer Natur, wie der OSZE und nicht-  
120 sicherheitspolitischer Kooperationen, wie dem Europarat

121 2. Wir bekräftigen, dass die NATO keine adäquate Organisation ist, um den Frieden in  
122 Europa und der Welt zu sichern. Eine Einmischung der NATO in Osteuropa lehnen wir  
123 strikt ab. Eine internationale Mission der UN wäre vorstellbar zur Friedenssicherung.

124 3. Die Institutionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU müssen  
125 verstärkt supranational organisiert werden. Außenpolitik muss nicht nur in Brüssel  
126 koordiniert, sondern in Brüssel gemacht werden.

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Völkermord an den Herero und Nama  
vollständig aufarbeiten

**Antragsteller** Thüringen

**Zur Weiterleitung an** Bundeskongress Jusos 2015

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten

- 1
- 2 Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten
- 3
- 4 Die Jusos Thüringen setzen sich für eine vollständige Aufarbeitung des Völkermords während
- 5 der deutschen Kolonialherrschaft an den Herero und Nama im heutigen Namibia ein und fordern
- 6 eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse von 1904 bis 1908. Des Weiteren fordern wir die
- 7 Rückführung aller sich in deutscher Hand befindlichen Totenschädel, die Anerkennung der
- 8 Notwendigkeit von Reparationszahlungen sowie eine verpflichtende Auseinandersetzung mit
- 9 dem Genozid im Geschichtsunterricht an den Schulen.
- 10
- 11 Das deutsche Kaiserreich war keine Friedensmacht. Kolonialgebiete wurden militärisch erobert
- 12 und Widerstände der autochthonen Bevölkerung wurden mit militärischer Gewalt
- 13 niedergeschlagen. Höhepunkt des antikolonialen Widerstandes waren die
- 14 Auseinandersetzungen der Herero und Nama mit den Kolonialherrscher\*innen in „Deutsch-
- 15 Südwest-Afrika“. Seit 1884 etablierte sich das Deutsche Reich als Kolonialmacht in
- 16 Südwestafrika und perfektionierte ein System der Abhängigkeit, dass dem mittelalterlichen
- 17 Feudalsystem mit seinem Schutz- und Treueverhältnis gleichkam. Deutsche Militäreinheiten
- 18 zwangen afrikanische Großleute zur Kollaboration und nötigten Tausende aus der autonomen
- 19 Rinderzucht in abhängige Lohnarbeit mit Deutschen. Ziel der Kolonialherrschaft war die
- 20 Errichtung eines auf Ordnung basierenden Musterstaates auf rassistischer Grundlage. Betrug
- 21 und Misshandlung von Afrikanerinnen und Afrikanern wurde nicht aufgeklärt oder verurteilt, ein
- 22 Schutz vor dem systeminhärenten Rassismus war nicht möglich; vielmehr lud das System zu
- 23 übergriffigem Verhalten ein.
- 24
- 25 Am 12. Januar 1904 kam es zum Widerstand durch die Herero, welcher mit
- 26 menschenverachtender Härte durch das deutsche Militär niedergeschlagen wurde. So riegelten
- 27 Schutztruppen die Omaheke-Wüste ab, in welche ca. 60.000 Herero geflohen waren, und ließen
- 28 die Wasserstellen besetzen. Fliehende sollten durch einen klar angeordneten „Schießbefehl“
- 29 vernichtet werden. Berichte über das Vorgehen der deutschen Kolonialherrscher\*innen führten
- 30 bei den Nama zu einem Guerillakrieg, welcher vier Jahre andauern sollte. Um den Rückhalt aus
- 31 der Bevölkerung für diesen Krieg zu schwächen, wurden tausende Herero und Nama in
- 32 Konzentrationslager/Kriegsgefangenenlager, deportiert, wo sie Zwangsarbeit leisten mussten
- 33 und auf ihr Leben in der rassistischen Utopie der deutschen Eliten vorbereitet werden sollten.
- 34
- 35 Bis heute büßen die Herero und die Nama für den Widerstand gegen die deutsche
- 36 Kolonialmacht. Sie sind in der Bevölkerung Namibias sozial wie auch zahlenmäßig
- 37 marginalisiert. Ferner lagern in deutschen Museen und Universitäten weiterhin menschliche
- 38 Überreste aus Namibia, welche während des Genozids zu rassenanthropologischen

39 Untersuchungen nach Deutschland geschickt worden sind. Bei Rückführungen werden  
40 namibische Vertreter\*innen selten angemessen behandelt, was 2011 deutlich wurde, als eine  
41 hochrangige Delegation bei einer Rückführung von 20 Totenschädeln von der Regierung  
42 weitestgehend ignoriert wurde. Die Anerkennung des Genozids durch den Bundestag und die  
43 Bundesregierung, sowie die Leitlinie „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war  
44 ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“ sehen die Jusos Thüringen als Schritt in die richtige  
45 Richtung an, jedoch sehen wir den Staat so mehr als je zuvor in der Pflicht, mit den Zahlungen  
46 der dringend benötigten Reparationsleistungen zu beginnen und auf eine öffentliche  
47 Auseinandersetzung mit dem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts zu drängen.

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## G

### Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 1	Nordrhein-Westfalen Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	165
G 2	Hannover We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft	168
G 3	Bayern Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	171
G 4	Berlin Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen	173
G 5	Nordrhein-Westfalen „All the women who are independent...“ – Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop und Feminismus	175
G 6	Hannover Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord	178
G 7	Hannover Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen	180

**Titel** Gender Mainstreaming in der Stadt- und  
Regionalentwicklung

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung

- 1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und haben als Ziel die Gleichstellung der  
2 Geschlechter. Besonders in der Regionalentwicklung muss im Rahmen von Gender  
3 Mainstreaming Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Diese Aufgabe  
4 richtet sich dabei nicht an einzelne, sondern betrifft alle gleichermaßen – sowohl Politik als auch  
5 Verwaltung und die Gesellschaft. Vor allem ist eine Zusammenarbeit der Kommunen innerhalb  
6 von Ballungsgebieten unabdingbar, um jede\*n am gesellschaftlichen Leben partizipieren lassen  
7 zu können.  
8  
9 Gender Mainstreaming dient der Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen\* und Männern\*.  
10 Es bedeutet, in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen von Anfang an  
11 Gleichstellungsaspekte unter der Prämisse, dass Frauen\* und Männer\* aufgrund ihrer sozialen  
12 und kulturellen Geschlechterrollen (gender) in der Gesellschaft unterschiedliche  
13 Lebensbedingungen und Chancen vorfinden und von gesellschaftlichen Prozessen und deren  
14 Auswirkungen unterschiedlich betroffen sind, zu berücksichtigen und einzubeziehen.  
15  
16 Eine treibende Kraft für die Umsetzung von Gender Mainstreaming stellt die EU dar, welche  
17 1997 im Amsterdamer Vertrag Gender Mainstreaming offiziell als verbindliche Richtlinie für alle  
18 Mitgliedsstaaten zum Ziel der EU-Politik gemacht hat: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch  
19 die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie  
20 durch die Durchführung der in den Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und  
21 Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft (...) die Gleichstellung von Männern und Frauen (...)  
22 zu fördern.“ Weiter heißt es im Art. 3 des Amsterdamer Vertrags: „Bei allen in diesem Artikel  
23 genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die  
24 Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“  
25  
26 In Deutschland wurde durch die Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der  
27 Bundesministerien durch einen Kabinettsbeschluss im Jahr 2000 Gender Mainstreaming  
28 vorangetrieben, da alle Ressorts der Bundesregierung Gender Mainstreaming bei politischen,  
29 normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu berücksichtigen haben.  
30  
31 Auf dieser Grundlage ergeben sich für die Jusos folgende Forderungen:  
32  
33 Die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Teilhabemöglichkeiten, Sicherung des gleichen  
34 Zugangs zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen und der Gleichstellung und gleichen Verteilung von  
35 Macht und Einfluss zwischen Frauen\* und Männern\*. Für uns sind die zentralen  
36 Handlungsfelder geschlechtergerechter Regionalentwicklung Mobilität, Angsträume,  
37 Siedlungsstruktur, öffentliche Verwaltung und die Finanzierung.  
38

## 39 **Mobilität**

40

41 Mobilität muss unter dem Aspekt Geschlechtergerechtigkeit weiterentwickelt werden. Die  
42 Teilhabe am öffentlichen Leben wird oftmals durch die Möglichkeiten der Mobilität bestimmt. Ob  
43 öffentlicher Personennahverkehr, PKW, Fahrrad oder Fußgänger\*innen. Der öffentliche  
44 Personennahverkehr muss nicht nur gestärkt werden, sondern auch für eine  
45 geschlechtergerechte Perspektive offen stehen. Es muss überprüft werden, ob der ÖPNV  
46 gänzlich barrierefrei gestaltet ist. Bei Busfahrten in den Abend- und Nachstunden soll die  
47 Möglichkeit bestehen zwischen Haltestellen zu stoppen um einen kürzeren Rückweg zu  
48 ermöglichen. Die bisherigen freiwilligen Services einiger Verkehrsbetriebe soll durch eine  
49 verbindliche Lösung ersetzt werden.

50

51 Zusätzlich gibt es die Möglichkeit bedarfsgerecht Bürger\*innenbusse einzusetzen. Der  
52 Bürger\*innenbus ist zunächst ein ganz normaler Bus auf einer konzessionierten Linie. Dies  
53 bedeutet, dass es Fahrpläne, Haltestellen und Tarife gibt. Ein Verkehrsunternehmen kümmert  
54 sich um die verkehrsrechtliche und die technische Seite. Der Bürger\*innenbus wird jedoch von  
55 ehrenamtlich Fahrerinnen und Fahrern betrieben, die sich z.B. in einem Bürger\*innenbusverein  
56 zusammenschließen. Da dem konventionellen Linienverkehr keine Konkurrenz gemacht werden  
57 soll, beschränkt sich das Einsatzgebiet bisher auf Bereiche und Zeiten, in denen der reguläre  
58 Linienverkehr unterrepräsentiert ist. Grundsätzlich ist es unser Ziel, dass durch die öffentliche  
59 Hand ein umfassendes ÖPNV-Angebot bereitgestellt wird, aber ebenso soll das Engagement  
60 der Bürger\*innen in den genannten Busvereinen unterstützt werden, zum Beispiel durch  
61 finanzielle Förderung seitens der Kommune oder des Bundeslandes, wofür es bereits einige  
62 Projekte gibt.

63

## 64 **Angsträume**

65

66 Das Thema Angsträume ist ein wesentlicher Punkt des Gender Mainstreamings. Gerade nicht  
67 ausgeleuchtete Parkplätze, Seitenstraßen/-gassen oder Bahnhöfe sowie Bushaltestellen sind  
68 sowohl für Frauen\* und Männer\* nachts ein Bereich der zu Unwohlsein führt. Dunkle Plätze und  
69 Flächen müssen daher besser ausgeleuchtet werden. Außerdem soll an Bahnhöfen und  
70 anderen zentralen Punkten des öffentlichen Raumes mehr deeskalierendes Personal, zum  
71 Beispiel der lokalen Stadtwerke, für Fragen und Hilfestellungen zur Verfügung stehen. Des  
72 Weiteren soll ein nächtlicher Telefondienst, der auf dem Weg nach Hause zum Zuhören bereit  
73 steht, in den Kommunen eingeführt werden.

74

## 75 **Siedlungsstruktur**

76

77 Die Siedlungs- und Raumentwicklung sollte folgende Punkte beachten: Der Ausdünnung und  
78 der Zentralisierung der Infrastruktur und der Nachversorgung sollte entgegen gewirkt werden.  
79 Die räumliche Verteilung und die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen,  
80 Kindertagesstätten und der Nahversorgung spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch die  
81 Wohnbebauungsplanung sollte stets unter der Berücksichtigung der Barrierefreiheit geschehen.  
82 Bei allen baulichen Vorhaben und kommunalen Ausschreibungen soll der Aspekt des Gender  
83 Mainstreamings berücksichtigt werden.

84

85 Die Belastung vieler innerstädtischer Bereiche aufgrund stark nachgefragter Parkplätze soll  
86 durch integrierte Parkraumkonzepte der Kommunen reduziert werden. Dabei ist auf eine  
87 ausgewogene Parkraumbewirtschaftung zu achten, die Bewohner\*innen, Besucher\*innen und  
88 Beschäftigte ansässiger Unternehmen oder Einzelhändler\*innen angemessen berücksichtigt.  
89 Dabei sind verschiedene Konzepte denkbar, die in jedem Fall den Anwohner\*innen und  
90 anliegenden Händler\*innen zugutekommen sollen. Je nach Bedarf sollen kostenlose oder  
91 (gestaffelt) kostenpflichtige Anwohner\*innenparkplätze geschaffen werden. Um integrierte  
92 Konzepte nachhaltig wirksam zu machen, sind ein attraktives ÖPNV-Angebot in den  
93 Wohnquartieren sowie eine angemessene Berücksichtigung von Stellplätzen für Carsharing-  
94 Angebote zu beachten, um das Ausmaß des innerstädtischen Autoverkehrs zu verringern.

95

## 96 **Öffentliche Verwaltung**

97

98 Der Gender Mainstreaming soll ebenfalls innerhalb der kommunalen Verwaltungen  
99 implementiert werden. Um dieses Ziel realisieren zu können, muss Gender Mainstreaming zur

100 Regelpraxis werden. Das bedeutet, dass alle Akteur\*innen in und um die Verwaltung in allen  
101 Sachgebieten, wie zum Beispiel Verkehr oder Arbeit, in allen Handlungsfeldern wie z.B.  
102 Öffentlichkeitsarbeit oder Personal den Gender Mainstreaming-Ansatz mit einzubeziehen. Dies  
103 beinhaltet, dass Gender Mainstreaming sowohl bei der Organisation der Verwaltung als auch  
104 bei der fachlichen Arbeit Berücksichtigung findet. Dazu gehört für uns auch, dass deutlich mehr  
105 Frauen\* als bisher obere Verwaltungspositionen besetzen. Auf der politischen Ebene sind  
106 Zielsetzungen unter dem Gender Mainstreaming-Ansatz notwendig, einerseits inhaltlich aber  
107 auch im Bereich der Personalpolitik, wie zum Beispiel bei der strategischen Ausrichtung und  
108 personellen Besetzung von städtischen Tochterunternehmen.

109

## 110 **Finanzierung**

111

112 Da im europäischen Vertrag die Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen\* und Männern\*  
113 festgelegt ist und vorangetrieben werden soll, stehen für solche Projekte auch Fördermittel im  
114 Rahmen des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Innerhalb dessen lässt sich sowohl auf  
115 Länderebene als auch auf Bundesebene die Gender Mainstreaming-Strategie verankern. Um  
116 diesen Aspekt ganzheitlich aufgreifen zu können, müssen im Rahmen des ESF folgende Punkte  
117 beachtet werden: Sozioökonomische Analyse, Zielsetzung, Planung und Operationalisierung,  
118 Implementierung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung. Zu Beginn der Förderperiode 2007-  
119 2013 des ESF wurde zusätzlich in Deutschland eine begleitende Gender-Mainstreaming  
120 Beratungsstruktur auf Bundesebene für den ESF etabliert.

121

122 Zur Unterstützung der ESF-Fondsverwaltung gehört das Gender Budgeting. Beim Gender  
123 Budgeting handelt es sich um einen gendergerechten Haushaltsplan, welcher zunächst aus der  
124 Definition von Gleichstellungszielen besteht. Ziel ist es den bestehenden Haushalt, z. B. einer  
125 Kommune, einer Behörde, einer Universität oder eines Landes, bestehend aus deren  
126 Einnahmen und Ausgaben im Hinblick auf diese Gleichstellungsziele anzugleichen. Dabei  
127 fordern wir die weitere Implementierung des Ansatzes auf allen politischen Ebenen bis hin zur  
128 Kommune. Die Gender Mainstreaming-Strategie muss gerade in der Kommunen stärker  
129 eingebracht und finanziell unterstützt werden, um somit das Konzept des Gender Budgeting zu  
130 fokussieren.

131

132 Wir wollen keine Verfestigung von tradierten Rollenbildern und durch die Weiterentwicklung von  
133 Gender Mainstreaming der Stadt- und Regionalentwicklung für ein gleichberechtigteres und  
134 partizipiertes Miteinander der Gesellschaft beitragen.

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft

1 Frauen nehmen heute exponierte Positionen in verschiedenen Bereichen ein, allen voran  
2 unsere Bundeskanzlerin. Aber auch in der Wirtschaft haben es Frauen in Spitzenpositionen  
3 geschafft. Dennoch schlägt dies nicht auf die übrige Gesellschaft durch, sie bleiben eine Rarität.  
4 Die Frauen, die es bis in die vorderste Reihe geschafft haben, werden vor allem mit männlichen  
5 Attributen belegt. Sie mussten sich in Männerdomänen durchsetzen und dementsprechend die  
6 dort vorherrschenden Verhaltensweisen aneignen. Jungen Frauen fehlen aber tatsächliche  
7 Vorbilder und damit auch Fördererinnen.

8

### 9 **#chauvis-in-die-tonne**

10

11 Gleichberechtigung ist noch nicht in der Gesellschaft angekommen. Bester Beleg dafür ist die  
12 letztjährige AFD-Kampagne „Ich bin keine Feministin...“. Die gezielte Förderung von Frauen hat  
13 ein deutlich negatives Ansehen in einigen Teilen der Bevölkerung. Insbesondere ist die  
14 Vorstellung verbreitet, die Gleichberechtigung sei bereits erreicht und Feministinnen würden nur  
15 immer mehr fordern. Schließlich hätten Frauen heute doch die gleichen Rechte wie Männer,  
16 diese müssten sie nur entsprechend nutzen. Fest verankerte Rollenbilder und Ungleichheiten  
17 werden dagegen kaum wahrgenommen oder unter den Teppich gekehrt. Das gesellschaftliche  
18 System benachteiligt aber nach wie vor Menschen, welche introvertierter und selbstkritischer  
19 sind. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen. Deshalb wollen und müssen wir Jusos als  
20 feministischer Richtungsverband allen Relativierungen und Verklärungen gesellschaftlicher  
21 Missstände entschieden entgegenzutreten. Unsere feministischen Ideale sind noch lange nicht  
22 erreicht und deshalb gilt es dafür entschlossen zu kämpfen – Trotz allem!

23

### 24 **Gleichberechtigung hört bei Wahlen nicht auf - Reißverschluss bis zum Schluss!**

25

26 Selbst in unserer Partei sind wir noch weit von echter Gleichberechtigung entfernt. Schaut man  
27 auf die Wahllisten fällt auf, dass die Listen selber zwar quotiert werden, aber bei den  
28 Nachrückerplätzen diese Regelung umgangen wird. In unserem Verband ärgern sich Männer,  
29 wenn ausdrücklich zu einem Frauenseminar eingeladen wird. Unter Männern sind vielfältige,  
30 lange gefestigte Netzwerke vorhanden, sei es im Beruf oder eben im politischen Bereich.  
31 Frauen dagegen fehlt bis heute regelmäßig eine solche Unterstützung, was ihnen zum  
32 deutlichen Nachteil gereicht. In unseren Unterbezirken immerhin schaffen es Frauen auf viele  
33 wichtige Positionen, aber hier zeigt sich wiederum eine negative Wahrnehmung der Quote bei  
34 den Männern auf Grund der gezielten Besetzung mit Frauen.

35

### 36 **Erste Triumphe und weitere Ziele – Frauen an die Macht!**

37

38 Unsere Generation ist in einer Zeit aufgewachsen, in der viele Errungenschaften der



39 Frauenbewegungen als selbstverständlich empfunden werden, welche aber noch keine sehr  
40 alten Siege sind, für die Frauen jahrelang kämpfen mussten und die lange Zeit als unerreichbar  
41 galten. Deshalb müssen wir uns heute umso mehr dafür einsetzen, dass Gleichberechtigung  
42 auch weiterhin ein gesamtgesellschaftliches Ziel bleibt und wir uns nicht auf dem bisher  
43 erreichten ausruhen!

44

#### 45 **Erwerbsarbeit ist zentral – auch für die Gleichberechtigung**

46

47 Ein zentraler Faktor der Machtverteilung ist in unserer Gesellschaft die Verteilung der  
48 Erwerbsarbeit. Wenn wir Gleichstellung wollen, müssen wir daher zunächst in der Arbeitswelt  
49 für gerechtere Bedingungen sorgen. Für die Arbeitszeitmodelle des 21. Jahrhunderts gibt es  
50 aus feministischer Sicht einen zentralen Fokus: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum  
51 einen ist dieser Aspekt nach wie vor einer, der leider bis heute vor allem für Frauen beim  
52 Fortkommen in der Karriere ein unüberwindbares Hindernis darstellt. Zum anderen ist eine  
53 gleichberechtigte Arbeitsteilung im privaten Bereich zwischen Paaren sowie im beruflichen  
54 Leben zwischen Männern und Frauen erst dann in greifbare Nähe, wenn es gelingt, dass die  
55 Übernahme von Aufgaben im privaten Bereich für alle Menschen gleichermaßen möglich und  
56 auch selbstverständlich wird. Erst wenn aus Sicht von Unternehmen mit jungen Männern das  
57 gleiche „Familien-Gründungsrisiko“ verbunden wird, wie mit jungen Frauen, kann es zu einer  
58 gleichberechtigten gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung der Erwerbsarbeit kommen.

59

60 Dazu müssen wir die zu hohe Wochenarbeitszeit überdenken und über eine 32-Stunden-Woche  
61 diskutieren. Im europäischen Vergleich hat Deutschland hohe Wochenarbeitsstunden und die  
62 meisten Überstunden. Viele junge Frauen wollen in ihrer Karriere vorankommen, aber nicht auf  
63 Kinder verzichten; beides funktioniert oftmals nicht und so stehen die meisten Frauen wieder vor  
64 der Entscheidung, ihnen bleibt dann nur noch die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung um nicht  
65 ganz auf berufliche Selbstverwirklichung zu verzichten. Neben der Arbeitszeitverkürzung sind  
66 die wachsenden Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitszeiten ein wichtiges Segment.  
67 Flexibilisierung und Verkürzung der Wochenarbeitszeit dürfen dabei insbesondere vor den  
68 Chefetagen nicht Halt machen - auch die Führungspositionen müssen gleichberechtigt  
69 zugänglich sein. Auf der anderen Seite muss über eine gesamte Umverteilung der  
70 Erwerbsarbeit nachgedacht werden.

71

#### 72 **Frauen als „Anhängsel“ sind so 60er – Sicherungssysteme fit machen für das 21. 73 Jahrhundert**

74

75 Das bestehende Grundproblem der patriarchalischen Gesellschaft ist eine ungerechte  
76 Verteilung. Diese wird nicht zuletzt die Ausrichtung der Familienpolitik auf das  
77 Einverdienermodell befördert. Leistungen wie Betreuungsgeld, Ehegattensplitting und  
78 beitragsfreie Mitversicherung tragen dazu bei, die ungleiche Machtverteilung zu zementieren.  
79 Statt weiterer Belohnungsleistungen zu etablieren muss hier umgedacht werden und durch  
80 Sachleistungen Familien gezielt dort unterstützt werden wo es wirklich nötig ist. Unsere  
81 Familienpolitik hat sich an der pluralistischen Gesellschaft zu orientieren und daher jede Form  
82 der Familie gleichermaßen zu fördern.

83

#### 84 **„Ich will Feuerwehrfrau werden!“ – Geschlechterdomänen aufbrechen und überwinden**

85

86 Als typische Frauenberufe verstandene Beschäftigungsfelder haben ein geringes Ansehen und  
87 werden in der Regel auch eher schlecht bezahlt. Hier müssen wir ansetzen, mit angemessenen  
88 Einkommen in sozialen Berufen. Eine gerechte, den Lebensunterhalt sichernde Entlohnung  
89 auch in den bisher eher weiblich besetzten Tätigkeitsbereichen muss unser Ziel sein.

90

#### 91 **Daher fordern wir:**

92

- 93 • die 32-Stunden-Woche als neue Wochenmaximalarbeitszeit - wobei die Arbeitsauslastung  
94 nicht einfach durch Überstunden ausgeglichen werden darf.
- 95 • daran anschließend die Überwindung des 8-Stunden-Tages.
- 96 • dass diese Umverteilung von flexibleren Arbeitszeitmodellen, Job-Sharing-Modellen und  
97 damit mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse begleitet wird.
- 98 • die Familienpolitik umfassend auf Grundlage eines gleichberechtigten Familienbildes  
99 umzugestalten ist.

- 100 • eine Umverteilung, die die dominierenden patriarchalen Strukturen des Arbeitsmarktes  
101 aufbricht und so ihre Überwindung einleitet.
- 102 • die sogenannten Heimarbeitsplätze (auch Telearbeit genannt) nur mit ausdrücklicher  
103 Zustimmung der ArbeitnehmerInnen einzurichten. Hierbei muss gewährleistet sein, dass  
104 geltende Standards des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeit nicht verletzt werden.
- 105 • dass die Flexibilisierung und die Umverteilung von Arbeitszeit an mehr Beschäftigte mit  
106 verbesserter Kommunikation innerhalb des Unternehmens einhergeht.

107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

**Titel** Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache –  
Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und  
Beratungsstellen

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen

- 1 Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die erst im März 2015 vorgestellte  
2 Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) macht deutlich, dass es  
3 an der Zeit ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, Maßnahmen gegen diese  
4 weit verbreitete Gewalt ergreifen.  
5  
6 **Bessere Finanzierung der Frauenhäuser**  
7  
8 Eine Maßnahme, die Frauen unmittelbar Schutz bieten und es ihnen ermöglicht, aus einer  
9 Gewaltsituation zu Hause - sei es, diese gehe von ihren Partnern oder von Familienangehörigen  
10 aus - auszubrechen, sind Frauenhäuser. Nach einer Richtlinie der Europäischen Union muss  
11 pro 7500 EinwohnerInnen ein Frauenhausplatz zur Verfügung stehen. Davon sind wir in Bayern  
12 aber weit entfernt.  
13  
14 Regelmäßig kann Frauen kein Platz im nächst gelegenen Frauenhaus angeboten werden,  
15 sodass diese an ein anderes Frauenhaus weiterverwiesen werden müssen. Bezieht man dabei  
16 mit ein, dass nur lediglich ca. 3% der von Gewalt betroffenen Frauen überhaupt Kontakt zum  
17 Frauenhaus oder einer Einrichtung für Opferschutz aufsuchen, wird deutlich, wie wenig  
18 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen.  
19  
20 Für uns ist klar: Jeder Frau, die zu Hause Gewalt erfahren muss, muss zu jeder Zeit  
21 wohnortnah ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen und die entsprechende  
22 Betreuung zur Verfügung stehen! In Artikel 2 des Grundgesetzes ist das Recht auf körperliche  
23 Unversehrtheit verankert. Wenn das zu Hause verwehrt wird, muss ein Schutzort zur Verfügung  
24 stehen, an dem Hilfe abgerufen werden kann. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf  
25 einen Frauenhausplatz. Hierfür ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern und  
26 Beratungsstellen für Frauen in Not unbedingt erforderlich, damit auch die Rufbereitschaft in  
27 Frauenhäusern erhöht werden kann.  
28  
29 Dabei ist klar: Finanzierungsmodelle wie das der Tagessatzfinanzierung lehnen wir strikt ab. Die  
30 Finanzierung über Tagessätze wälzt die Kosten für den Frauenhausaufenthalt auf die einzelne  
31 Frau ab und macht Gewalt gegen Frauen zu einem individuellen Problem. Gruppen wie  
32 Auszubildende, Studentinnen oder erwachsene Schülerinnen und Frauen ohne gesicherten  
33 Aufenthaltsstatus haben keinen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und können sich somit  
34 ohne Einkommen oder Vermögen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten. Hilfe für Frauen  
35 in Notsituationen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der finanziellen  
36 Situationen der einzelnen Frau abhängen.

37

38 Wir fordern deshalb neben einer Erhöhung der Landesmittel auch eine finanzielle Beteiligung  
39 des Bundes an den Frauenhäusern, da die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben  
40 unterstützt werden müssen.

41

#### 42 **Barrierefreie Frauenhausplätze schaffen**

43

44 Die bessere Finanzierung der Frauenhäuser in Bayern soll nicht nur die Anzahl der Plätze  
45 erhöhen, sie soll auch dazu herangezogen werden, um Barrierefreiheit in den Frauenhäusern  
46 herzustellen. Notwendig sind hier barrierefreie Bauten bzw. Nachbesserungen an bestehenden  
47 Bauten, mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen, mehr abgetrennte Appartements für Frauen  
48 mit älteren Söhnen, die oftmals nicht mehr in den Frauenhauszimmern mit untergebracht  
49 werden dürfen (aus Rücksicht auf andere Bewohnerinnen, die sich aufgrund ihrer  
50 Gewalterfahrung durch junge Männer bedroht fühlen könnten).

51

#### 52 **Schutz für Asylbewerberinnen**

53

54 Eine besondere Situation besteht für Asylbewerberinnen, die in den Gemeinschaftsunterkünften  
55 oder Erstaufnahmeeinrichtungen Gewalt erfahren. In diesen Einrichtungen müssen  
56 Schutzräume für Frauen vorgehalten werden, die ihnen als Fluchtort dienen. Außerdem sind  
57 Ansprechpartnerinnen in den Einrichtungen notwendig und Schulungen für das dort arbeitende  
58 Personal insgesamt für den Umgang mit Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben.  
59 Für Asylbewerberinnen, die aus Frauenhäusern ausziehen, sind unbürokratische Lösungen zu  
60 erarbeiten, die es ihnen ermöglicht, den Prozess der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrung  
61 weiterzuführen und nicht zu behindern.

62

#### 63 **Ein Mädchenhaus pro Regierungsbezirk**

64

65 Auch junge Mädchen sind bereits von Gewalt betroffen und oftmals in einer besonderen  
66 Abhängigkeitssituation mit den Tätern. Dieser besonderen Situation können die bestehenden  
67 Frauenhäuser nicht in vollem Umfang gerecht werden. Wir fordern daher die Einrichtung von  
68 einem Mädchenhaus pro Regierungsbezirk, das einen Zufluchtsort für minderjährige Mädchen  
69 bietet und auf dessen Personal für diese besondere Situation ausgebildet ist. Außerdem  
70 müssen die Beratungsangebote für Mädchen ausgebaut werden und dabei moderne  
71 Kommunikationsmittel wie das Internet einbezogen werden.

72

#### 73 **Landesweiter Aktionsplan für sozialen Wohnungsbau**

74

75 Viele Frauen bleiben heute deutlich länger in Frauenhäusern, als es aufgrund ihrer Notsituation  
76 notwendig ist. Das liegt insbesondere daran, dass sich die Wohnungssuche für sie besonders  
77 schwierig gestaltet. Wir fordern daher einen landesweiten Aktionsplan für sozialen  
78 Wohnungsbau. Dieser Aktionsplan würde auch anderen Bevölkerungsgruppen, die auf dem  
79 Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zugutekommen.

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

**Titel** Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen

- 1 Diverse rechtliche Grundlagen sollen die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter als
- 2 Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen und in der Verwaltung in Deutschland
- 3 sicherstellen. Wenn es aber darum geht, die ungleichen Verteilung von Ressourcen, die
- 4 maßgeblich Geschlechterungleichheit prägen, systematisch zu bekämpfen, stellt sich die
- 5 Bundesregierung leider seit Jahren quer. Gemeint ist die Umsetzung einer
- 6 geschlechtergerechten Haushaltspolitik.
- 7
- 8 Haushaltspolitik bildet die politische Prioritätensetzung ab. Aber haushaltpolitische
- 9 Entscheidungen wirken nicht auf alle gleich. Und vor allem gibt es keinen geschlechterneutralen
- 10 Haushalt.
- 11
- 12 Ein Paradebeispiel für geschlechterungerechte Haushaltspolitik sind die Konjunkturpakete I und
- 13 II. Hier wurden vor allem männlich dominierte Wirtschaftsbereiche unterstützt, während weiblich
- 14 dominierte Bereiche fast vollständig außen vor gelassen wurden. Während die
- 15 Automobilindustrie und Handwerksbetriebe von steuerfinanzierten Investitionsanreizen
- 16 profitierte, ging der als nicht "systemrelevante" und weiblich dominierte Dienstleistungssektor
- 17 gänzlich leer aus. Die Aufzählung lässt sich weiter fortführen. Umfangreiche Gender-Budget-
- 18 Analysen konnten hier aufzeigen, wie staatliche Umverteilung zu Ungunsten von Frauen\*
- 19 stattfand. Hierbei ist für uns klar, dass wir eine Konzentration der Geschlechter auf
- 20 verschiedene Segmente des Arbeitsmarktes, das heißt „weiblich“/„männlich“ dominierte
- 21 Branchen, ablehnen und versuchen, dem entgegen zu wirken.
- 22
- 23 Es finden sich viele weitere Beispiele: Gibt es zum Beispiel Einsparungen und fehlende
- 24 Investitionen im Pflegebereich betrifft es hier vor allem Frauen\*, weil diese im Durchschnitt
- 25 immer noch mehrheitlich die unbezahlte Betreuungsarbeit leisten, wenn angehörige gepflegt
- 26 werden müssen. Die so ins Private verlagerte Care- und Reproduktionsarbeit ist ein Grund für
- 27 den Gender-Pay-Gap – also die Einkommenslücke von 22% zwischen Männern und Frauen.
- 28
- 29 Diese geschlechterungerechte Haushaltspolitik gilt es zu verhindern. Dies kann sehr gut mit Hilfe
- 30 von genderbezogenen Folgenabschätzungen, Wirkungsanalysen und Evaluationen im
- 31 Haushaltskreislauf geschehen – kurz: durch Gender Budgeting. Diese etablierten
- 32 Analyseinstrumente werden systematisch in den Haushaltsprozess integriert und decken so
- 33 versteckte Verteilungswirkungen auf, die eines der Geschlechter benachteiligt. Auf kommunaler
- 34 und Landesebene, wenn gleich nicht flächendeckend, wird Gender Budgeting bereits erfolgreich
- 35 umgesetzt. Das Land Berlin und etliche seiner Bezirke sind hier Voreiterinnen.
- 36
- 37 Nur auf der Bundesebene wird die Einführung von Gender Budgeting konsequent ignoriert. Eine
- 38 2006 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie prüfte umfangreich Ansatzpunkte, konkrete

39 Instrumente des Gender Budgeting im Bundehaushalt einzusetzen. Allein der politische Wille  
40 der Regierung fehlte, diese umzusetzen. Seit dem hat sich an dieser Position nicht geändert.  
41 Auf eine kleine Anfrage der Grünen 2012 im Bundestag antwortete man: "Nach Auffassung der  
42 Bundesregierung schreibt jedoch der Bundeshaushalt selbst weder geschlechtsspezifische  
43 Rollen- und Aufgabenverteilungen vor, noch ändert er diese" – diese Art von Haltung ignoriert  
44 einen großen Bestand an etablierter Forschung, die eben genau jene Zusammenhänge  
45 zwischen ressourcenwirksamen Entscheidungen und gender-bezogener Benachteiligung  
46 aufgedeckt und analysiert hat. Neben der politischen Tatlosigkeit der Bundesregierung, macht  
47 die vom BMFSFJ in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie auch die männerdominierte  
48 Leitungsebene der Verwaltung in den Bundesministerien für die Blockadehaltung verantwortlich.  
49 Besonders bemerkenswert ist dabei auch die Tatsache, dass Gender Budgeting als wirksames  
50 Instrument im Rahmen von Good Governance-Programmen in der  
51 Entwicklungszusammenarbeit vom BMZ gefördert und propagiert wird. Nur auf die Umsetzung  
52 vor der eigenen Haustür wird verzichtet – das ist Doppelmoral!

53

54 Wir können nicht darauf warten, dass das Entgeltgleichheitsgesetz, die Quote für Frauen\* in  
55 Führungspositionen oder andere einzelne (sicher auch gute) Maßnahmen aus dem  
56 Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend irgendwann dazu führen, dass  
57 Ressourcen nicht mehr geschlechterungerecht verteilt werden. Wir müssen auch die Mittel  
58 nutzen, die in der Haushaltspolitik zur Verfügung stünden, würde man sie denn einsetzen.  
59 Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, Gender Budgeting endlich fest in den  
60 Bundeshaushalt zu integrieren und gesetzlich festzuschreiben. Eine umfassende der  
61 Mitarbeiter\*innen ist hierzu unerlässlich. Die Machbarkeitsstudie hat hier Wege und Instrumente  
62 aufgezeigt, wie eine wirkungsvolle Umsetzung auf der Bundesebene aussehen kann. Es muss  
63 nur noch umgesetzt werden.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

**Titel** „All the women who are independent...“ –  
Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop  
und Feminismus

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### „All the women who are independent...“ – Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop und Feminismus

1 Das TIME-Magazine wartete im vergangenen Jahr mit einer ungewöhnlich anmutenden  
2 Schlagzeile auf: „100 Music Stars Prove This Was the Year of Pop Feminism“. Laut den  
3 Redakteur\*innen des US-amerikanischen Blattes sei 2014 nämlich jenes Jahr gewesen, in dem  
4 sich einige der einflussreichsten Popkünstler\*innen der letzten Jahre – unter anderem Beyoncé,  
5 Miley Cyrus, Lady Gaga und Pharrell Williams – öffentlichkeitswirksam als Feminist\*innen zu  
6 erkennen gegeben haben. Wie spannungsreich diese feministischen Positionierungen im  
7 popkulturellen System sind, zeigt aber das Beispiel Pharrell Williams. Betonte er in Interviews  
8 einerseits den unhaltbaren Zustand, dass Frauen nach wie vor Benachteiligungen erfahren, so  
9 produzierte Williams andererseits den Song „Blurred Lines“, der die sexuelle Gewalt an Frauen  
10 trivialisiert. Auch der Fall „Beyoncé“, die bei der Performance des Songs „Flawless“ auf den  
11 MTV Video Music Awards vor dem überdimensionalen Schriftzug „Feminist“ stand, während die  
12 Worte der nigerianischen Feministin Chimamanda Ngozi Adichie zu hören waren, erregte  
13 mancherorts die Gemüter. So titelte beispielsweise die EMMA mit Blick auf Beyoncé „Emanze  
14 oder Schlampe?“.

15  
16 Was sich hinter dieser provokativen Frage verbirgt, ist trotz allem ein zentraler Konflikt, der auch  
17 aus einer jungsozialistischen Perspektive einer Positionierung bedarf. Und zwar geht es um die  
18 Frage, ob Feminismus und Pop überhaupt zusammengehen. Während die Kritiker\*innen des  
19 popkulturellen Komplexes Pop als Massenkultur und in Anlehnung an die Kulturindustriethese  
20 von Adorno und Horkheimer als standardisiertes Kommerzprodukt begreifen, das die Einübung  
21 in autoritätshöriges, gedanken- und freudloses Verhalten einübe, gibt es auch Bewegungen, die  
22 das emanzipatorische Potenzial von Pop herausstellen. Diese beziehen sich dabei oftmals auf  
23 Überlegungen der neomarxistischen Birmingham School, die einen zentralen  
24 Forschungsknotenpunkt der Cultural Studies darstellt. In Anlehnung an das Hegemonie-  
25 Konzept von Antonio Gramsci und einen von Michel Foucault entlehnten Machtbegriff machen  
26 Vertreter\*innen dieser Denkschule deutlich, dass Popkultur nicht einfach konsumiert werde,  
27 sondern ein vieldeutiger Komplex sei. Das bedeutet, dass popkulturelle Zeichen und Texte im  
28 weitesten Sinne unterschiedliche Lesarten zulassen, die aber zugleich von der Beschaffenheit  
29 des Textes, den sozialen Positionierung der\*s Rezipierenden und den unterschiedlichen  
30 Konsumzusammenhängen abhängig sind. Bedeutung bildet sich demnach innerhalb  
31 gesellschaftlicher Machtverhältnisse heraus, die der ständigen Verhandlung ausgesetzt sind.

32  
33 Diese Einsicht hat für die feministische Bewertung der Popkultur entscheidende Folgen: Denn  
34 während die Kulturindustriethese davon ausgeht, dass die Pop-Konsumierenden passiv die  
35 vorgegebenen Bedeutungen internalisieren, stützen sich die Überlegungen der Cultural Studies  
36 auf differenziertere Modelle. Der Soziologe Stuart Hall entwickelt beispielsweise ein Modell

37 (encoding/decoding), das gerade nicht davon ausgeht, dass alle Rezipient\*innen (also die, die  
38 den Pop hören, sehen, lesen etc.) ein gegebenes popkulturelles Zeichen auf ein und dieselbe  
39 Weise entschlüsseln. In einer von Macht und Klassengegensätzen strukturierten Gesellschaft  
40 gibt es sowohl Hegemoniale als auch unterschiedliche Arten von antihegemonialen Deutungs-  
41 und Leseweisen. Grundsätzlich eröffnet Popkultur also einen Raum der Möglichkeiten, einen  
42 Raum für Überschreitungen, der im Sinne von Karl Marx die versteinerten gesellschaftlichen  
43 Verhältnisse zum Tanzen bringen kann.

44

#### 45 **Pop und Geschlecht? Wie hängt das zusammen?**

46

47 Was hat das alles nun mit dem Geschlecht zu tun? Die Soziologin Paula-Irene Villa hebt heraus,  
48 dass in der Popkultur immer auch Geschlechtervorstellungen, -normen und -praxen verhandelt  
49 werden – sei es beim Tanzen, Serienschauen, Musikhören, Sprayen oder Skaten. Diese können  
50 im Rahmen der Popkultur gleichermaßen stabilisiert, herausgefordert oder gar umgeschrieben  
51 werden. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Als Reaktion auf den schon angesprochenen Song  
52 „Blurred Lines“ veröffentlichten die LawRevueGirls ihre Version des Liedes. In „Defined Lines“  
53 wenden sie sich gegen die Trivialisierung sexueller Gewalt und gegen patriarchale  
54 Gesellschaftsstrukturen. Dort heißt es beispielhaft: „Listen mankind! If you wanna get nasty, just  
55 don’t harass me: You can’t just grab me. That’s a sex crime! Yeah we don’t want it – It’s  
56 chauvinistic. You’re such a bigot!“ Hierbei handelt es sich nicht um die Ablehnung von Popkultur,  
57 sondern vielmehr um einen produktiv-kritischen Umgang mit ihr, der eine antihegemoniale  
58 Lesart zu installieren versucht.

59

60 Damit soll keinesfalls ausgeblendet werden, dass Pop, wie das Popmagazin SPEX vor kurzem  
61 berichtete, nach wie vor ein Frauenproblem hat. Gerade auf der Ebene der Kulturschaffenden  
62 gibt es immer noch weniger Frauen als Männer. Dies gilt besonders, aber nicht nur im Bereich  
63 der elektronischen Musik, die auf einer abstrakten Ebene geschlechtslos gedacht, aber  
64 ausschließlich von männlichen Protagonisten umgesetzt wurde. Spiegelbild dessen ist die  
65 Geschlechterverteilung in elektronischen Labels: Während Männer rund 82 Prozent aller unter  
66 Vertrag stehender Musiker\*innen darstellen, sind Frauen lediglich zu 9,3 Prozent vertreten.  
67 Darüber hinaus halten sich in allen Bereichen der Popkultur tradierte Rollenbilder ebenso  
68 hartnäckig wie die Selbstaubeutung von Frauen in der Kulturindustrie. Bestes Beispiel hierfür  
69 ist das Monatsgehalt der Chefredakteurin des popfeministischen Missy Magazins, das bei 900  
70 Euro Brutto lag.

71

#### 72 **Feminismus und Pop – ein Widerspruch?**

73

74 Ähnlich wie beim Pop, gibt bekanntermaßen auch der Begriff des Feminismus Raum für  
75 unterschiedliche Lesarten. Schon der Vergleich zwischen den Positionen von Alice Schwarzer  
76 und Laurie Penny zeigt grundlegende Unterschiede auf. Während erstere sich gegen alles  
77 vermeintlich weiblich konnotierte stellte, gegen alles, was Frauen nur täten oder trügen, um  
78 Männern zu gefallen, wollen sich viele Feministinnen, die sich heute mit Frausein beschäftigten,  
79 nicht zwischen Respekt und Rosa, zwischen Macht und Mädchen entscheiden müssen. Hierbei  
80 bedienen sie sich in ihrer Argumentation ganz ähnlicher Muster wie jene, die von einem weiten  
81 Pop-Begriff ausgehen. Kein Entweder-Oder. Ein Auch. Ein Und. „Gute Feministinnen“ können  
82 lila Latzhosen tragen und Mokassins. Sie müssen es aber nicht. Sie können auch in einem  
83 kurzen Kleid, Popsongs hörend und dem Anspruch nach gleicher und gerechter Teilhabe daher  
84 kommen. Das ist auch der Grund, weshalb Pop heute ein zentraler Gegenstand in  
85 feministischen Diskursen ist. Popfeminismus verbindet feministisches Engagement mit Spaß  
86 und Vergnügen und bietet einen Rahmen, um jene Dinge zurückzufordern, die bisher als  
87 Symbole des Patriarchats galten.

88

89 Es sollen damit keineswegs die Errungenschaften negiert werden, die die zweite-Welle-  
90 Feminist\*innen erkämpft haben: Die Thematisierung von gesellschaftlichen Tabus, der Einsatz  
91 für einen selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper, die Legalisierung von Abtreibung,  
92 das Aufzeigen von Herrschaftsstrukturen im Öffentlichen wie Privaten. Popfeminist\*innen oder  
93 Vertreter\*innen des sogenannten Dritte-Welle-Feminismus machen aber heute deutlich, dass es  
94 nunmehr auf den Schultern unserer Mütter und unserer Großmütter stehend weitergeht. Diesem  
95 Beispiel müssen wir auch in unserer Arbeit als feministischer Richtungsverband folgen. Wir  
96 wollen zeigen, dass wir – nun ja – alles wollen. Denn wer sagt, dass wir nicht Sex-and-the-City-  
97 schauend für gleiche Bezahlung kämpfen? Dass wir nicht in Pumps zum Frauenkampftag



98 gehen?

99

100 Dass wir es nicht müssen, ist die Errungenschaft der Feminist\*innen der letzten Dekaden. Dass  
101 wir es dennoch tun können, ist unsere. Wir erobern sie uns zurück, die Deutungshoheit über  
102 bestimmte Kleidung, bestimmtes Aussehen, bestimmtes Tun. Die „Slutwalks“ haben gezeigt,  
103 welche antipatriachale Kraft hierin stecken kann. Frauen, die als Schlampen geschimpft  
104 wurden, weil sie dasselbe tun wie Männer zeigen hiermit, dass ein Wort nur so stark ist, wie  
105 seine Verwender\*innen.

106

107 **Deshalb**

108

109 Wir Jusos lehnen die Popkultur nicht grundsätzlich ab, sondern versuchen, Deutungshoheiten  
110 auch in diesem Feld zu gewinnen. Wir nutzen die antipatriachale Sprengkraft, die in ihm  
111 stecken kann, für und nicht gegen uns. Auch wenn die Popkultur niemals gesellschaftliche  
112 Umstände umwälzen kann, so kann sie doch die Begleitmusik liefern, zu der wir tanzen,  
113 während wir die Welt verändern. Dass der Feminismus mittlerweile auch in der Popkultur en  
114 vogue ist, sollte für uns als Segen, nicht als Fluch angesehen werden. Für viele als Vorbilder  
115 geltende PopkünstlerInnen, wie zum Beispiel Beyonce und Pharell Williams, aber auch  
116 zahlreiche Filmschaffende, SchriftstellerInnen etc. können dabei als wichtige MultiplikatorInnen  
117 der feministischen Idee wirkmächtig werden. Gleichzeitig können uns die Bühnen, Bücher und  
118 Bilder der Pop-Welt Ansporn sein, auch auf politischer und dann gesellschaftlicher Ebene die  
119 Gleichheit der Geschlechter endlich zu leben.

120

121 Dennoch sehen wir, dass die Produktionsverhältnisse in diesem Bereich in großen Teilen den  
122 alten Mustern folgen. Frauen sind weniger sichtbar, verdienen weniger Geld, haben weniger  
123 Einfluss.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

**Titel** Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord

1 Wir fordern die Erhöhung der Mindestfreiheitsstrafe bei Vergehen gegen §§ 174 bis 174c StGB,  
2 §§176 bis 180 StGB, §§182 StGB und §§225 StGB auf ein Jahr.“

3

4 **Begründung:**

5 *Im letzten Jahr wurde ein Spielfilm von der ARD veröffentlicht, der auf den Geschehnissen in*  
6 *der Odenwaldschule in den 70er und 80er Jahren basiert. Jahrelang wurden dort Schülerinnen*  
7 *und Schüler systematisch sexuell missbraucht. Zwar verzichtet der Film auf explizite Szenen,*  
8 *jedoch kann man zumindest ahnen, welch schlimmes Ausmaß die Taten des Schulleiters und*  
9 *Teilen des Lehrpersonals annahmen. Der Film thematisiert das sexuelle Vergehen an*  
10 *Schutzbefohlenen. Ebenso zeigt er eindrucksvoll das Abhängigkeitsverhältnis der SchülerInnen*  
11 *zu den PädagogInnen.*

12

13 *Doch Filme sind immer nur Modelle der Wirklichkeit. Was tatsächlich in der Odenwaldschule*  
14 *geschah und tagtäglich mit Schutzbefohlenen geschieht, die sexuellen Missbrauch erleiden,*  
15 *bleibt unvorstellbar. Sexualisierte Gewalt ist Realität, auf der ganzen Welt und jeden Tag. Auf*  
16 *der Internetseite des Vereins „Gegen Missbrauch e.V.“ kann man die aktuellen Zahlen sexueller*  
17 *Übergriffe an Kindern in Deutschland im laufenden Jahr einsehen. Anfang Februar 2015 waren*  
18 *es bereits über 27.000 und die Dunkelziffer ist sehr wahrscheinlich weitaus höher.*

19

20 *Doch Schutzbefohlene nehmen nicht nur konkreten Missbrauch als sexuelle Gewalt und*  
21 *Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung wahr. Selbst wenn "nur" Fotos von*  
22 *leichtbekleideten Kindern gemacht werden, sind diese sich über die Verletzung ihres*  
23 *Schamgefühls bewusst. Sexualisierte Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen geht immer mit*  
24 *einem Machtgefälle einher, welches den Schutzbefohlenen in diesem Moment schmerzlich*  
25 *bewusst wird. Ebenso sind sich die TäterInnen dessen bewusst und nutzen es aus.*

26

27 **Sexueller Missbrauch ist Seelenmord**

28

29 *Der Verein Glasbrechen, gegründet von Opfern der Odenwaldschule, bezeichnet sexuellen*  
30 *Missbrauch von Schutzbefohlenen als Seelenmord. Wenn man darüber nachdenkt, was eine*  
31 *solche Tat mit einem Kind macht, passt die Bezeichnung nur allzu gut. Doch warum verjähren*  
32 *Taten sexualisierter Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen?*

33

34 *Betrachtet man nochmal die Geschehnisse in der Odenwaldschule und ihre Folgen, erkennt*  
35 *man, dass einige Opfer erst Jahre später im Erwachsenenalter begonnen haben, über die*  
36 *Geschehnisse zu sprechen. Auch in anderen Fällen sexualisierter Gewalt ist dies der Fall, da*  
37 *die Opfer selbst fast immer Schuldgefühle haben, Traumata erleiden oder von den TäterInnen*  
38 *abhängig sind. Zahlreiche Forschungen belegen, dass die Schweigezeit von der Tat bis zum*  
39 *„Outing“ oft Jahrzehnte dauert. Und dann, wie im Fall einiger OdenwaldschülerInnen, ist die Tat*

40 *verjährt und die TäterInnen können nicht mehr belangt werden.*

41

42 *Für einen psychologisch nachvollziehbaren und nachgewiesenen Vorgang der Verdrängung und*  
43 *des späten Eingestehens werden Opfer sexualisierter Gewalt bestraft, indem ihre PeinigerInnen*  
44 *ungestraft davonkommen. Dabei ist das Geständnis, die Reue und die Strafe der TäterInnen ein*  
45 *notwendiger Schritt im Verarbeitungsprozess der Opfer, worauf auch der Verein Glasbrechen*  
46 *und andere Initiativen gegen sexuellen Missbrauch von Schutzbefohlenen immer wieder*  
47 *hinweisen. Gibt es keine Möglichkeit zur Bestrafung der TäterInnen, kann dies für die Opfer*  
48 *retraumatisierend wirken.*

49

#### 50 **Verjährt – aber nicht erledigt**

51

52 *Grundsätzlich muss natürlich diskutiert werden, ob - neben Mord - auch bei anderen Straftaten*  
53 *die Verjährungsfrist aufgehoben werden soll oder nicht. Juristisch kann man wahrscheinlich*  
54 *dagegen plädieren. Jedoch soll es an dieser Stelle nicht darum gehen, die Schwere der Taten*  
55 *gegeneinander aufzuwiegen. Auch ist eine Verschärfung von Strafgesetzen aus Juso-Sicht*  
56 *natürlich immer fragwürdig. Es muss natürlich auch in Präventionsmaßnahmen investiert*  
57 *werden, sodass es gar nicht erst zu Missbrauch von Schutzbefohlenen kommt. Anlaufstellen für*  
58 *TäterInnen müssen ausgebaut werden, sodass sie sich Hilfe holen können.*

59

60 *Allerdings muss die Unterscheidung zwischen sexuellem Missbrauch Schutzbefohleler und*  
61 *Vergewaltigung trotzdem strafrechtlich überdacht werden. Das deutsche Strafrecht trägt dem*  
62 *Leiden der Opfer von Kindesmissbrauch nicht Rechnung, indem es eine Unterscheidung der*  
63 *Verjährungsfristen vorschreibt. Auch sexueller Missbrauch ist eine Verletzung sexueller*  
64 *Selbstbestimmung und ein Eindringen in die Scham- und Intimitätssphäre und gerade bei*  
65 *Kindern sind die Folgen besonders schwerwiegend.*

66

67 *Deshalb fordern wir die Maßnahmen der Bestrafung sexualisierter Gewalt gegenüber*  
68 *Schutzbefohlenen dahingehend zu überprüfen, ob eine Verjährungsfrist aufgehoben werden*  
69 *kann. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon einmal im Rechtsausschuss gefordert, die*  
70 *Verjährung bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres ruhen zu lassen, leider ohne Erfolg. Diesen*  
71 *Vorstoß wissen wir zu schätzen und wünschen uns nun, daran festzuhalten und die*  
72 *Verjährungsfrist bei sexualisierten Gewalttaten gegenüber Schutzbefohlenen gänzlich*  
73 *aufzuheben.*

74

75 [http://www.bmbf.de/pubRD/Erster\\_Forschungsbericht\\_sexueller\\_Missbrauch\\_2011.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/Erster_Forschungsbericht_sexueller_Missbrauch_2011.pdf)

76

77 <http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/2303352/Der-Fall-Edathy>

78

79 <http://glasbrechen.de/>

80

81 <http://www.zeit.de/2011/48/Opfer-Missbrauch>

82

83 [http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/verjaehrung-sexueller-missbrauch-schmerzensgeld-  
84 strafrecht/](http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/verjaehrung-sexueller-missbrauch-schmerzensgeld-<br/>84 strafrecht/)

85

86 <http://www.zeit.de/2011/48/Opfer-Missbrauch>

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen

### 1 **Über gesellschaftliche Konstruktionen und deren Bedeutung**

2

3 In unserer Gesellschaft dominiert noch heute in weiten Teilen die Überzeugung, alle Menschen  
4 ließen sich in genau zwei Geschlechter (männlich, weiblich) einteilen. Diese seien biologisch  
5 festgelegt, unveränderlich und könnten spätestens bei der Geburt zweifelsfrei anhand der  
6 Genitalien festgestellt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit und der Kategorie  
7 „Geschlecht“ ist im gesellschaftlichen Denken äußerst präsent. Dieses System besteht dabei  
8 aus Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht). Gender hat sich jedoch  
9 historisch entwickelt und ist keineswegs biologisch begründet.

10

11 Vielmehr ist dieses von Menschen gemacht und konstruiert. Dies bedeutet, dass man es somit  
12 auch insofern verändern kann, dass die von der Gesellschaft reproduzierte  
13 Zweigeschlechtlichkeit dekonstruiert wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in zwei  
14 Geschlechter keinen haltbaren Grund. Dennoch werden alle Menschen in dieses System  
15 gepresst, auch wenn sie sich dem nicht fügen wollen oder schlichtweg nicht zu einer der beiden  
16 Alternativen passen. So müssen Inter\* gesellschaftlich noch immer an ein Geschlecht  
17 „angeglichen“ werden.

18

19 Dabei verdeutlichen Inter\*, Trans\* und auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb  
20 der beiden Alternativen vorkommen, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus  
21 festgelegtes, unveränderbares Geschlecht nicht existieren.

22

23 Äußerst problematisch ist, dass mit der Zuweisung zu dem einen oder anderen Geschlecht  
24

25 bereits mit der Geburt ein sozialer Prozess einsetzt. Die Einteilung in „weiblich“ oder „männlich“  
26 bestimmt ab der ersten Sekunde unseren weiteren Lebensweg. Denn mit unserer Geburt  
27 beginnt die Erziehung zu einer vermeintlich zu erfüllenden Geschlechterrolle. Durch diese  
28 Sozialisationsprozesse werden die Merkmale von „weiblich“ und „männlich“ anerzogen, die  
29 später für die angeblich durch die Natur vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden.

30

31 In der dabei entstehenden sozialen Ordnung werden die Geschlechter, die vom männlich  
32 patriarchalen sozialisierten Geschlecht abweichen, konsequent benachteiligt und von wichtigen  
33 Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. Geschlecht ist also nicht der Ausgangspunkt, sondern  
34 das Ergebnis sozialer Prozesse.

35

### 36 **Die besondere Rolle der Frau bei der Überwindung patriarchaler Strukturen**

37

38 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. In dem vollen Bewusstsein, dass die

39 Dekonstruktion der Geschlechter ein langwieriger Prozess ist, sehen wir die Überwindung des  
40 Patriarchats als ersten Schritt in Richtung dieses Zieles. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt  
41 für die gesellschaftliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einsetzen. Es bedeutet  
42 aber auch, dass alle Menschen nach unserer Vorstellung frei und selbstbestimmt leben sollen  
43 und wir die Reproduktion der Rollenbildern und Stereotypen aktiv bekämpfen wollen.

44

45 Mit Erschrecken beobachten wir in den letzten Jahren einen gesellschaftlichen Rollback.

46

47 Oftmals wird Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Familienpolitik reduziert und somit werden  
48 automatisch wichtige Kernthemen in diesem Bereich negiert, die eigentlich unabdingbar wären.  
49 Insbesondere geht es dabei nicht mehr um die Überwindung des Patriarchats sowie die  
50 Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen. Aus diesem Grund fällt den Jusos eine  
51 Schlüsselrolle zu und wir müssen uns mehr denn je darum bemühen, diese Themen zurück auf  
52 die politische Agenda zu führen. Um jedoch das Potenzial dafür zu entfalten, müssen wir  
53 Gleichstellung als zentrales Querschnittsthema in sämtlichen Politikfeldern behandeln. Die  
54 Erfahrungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass es immer mehr Jusos gibt, die den Feminismus  
55 als ein lästiges Ritual verstehen und abgeneigt sind, sich ein weiteres Mal mit diesem Thema  
56 auseinandersetzen. Deshalb ist es notwendig, dass wir das Thema Feminismus in alle  
57 Bereiche unserer Juso-Arbeit integrieren, aufgrund seiner Eigenschaft als Querschnittsthema  
58 und Bedeutung für den Verband.

59

60 Um eins vorweg zu schicken: Wir Jusos stellen uns klar gegen jede Form von Diskriminierungen  
61 - und zwar unabhängig davon, ob mensch aufgrund von Religion, Hautfarbe, Herkunft,  
62 Nationalität oder der sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Wir machen aber nicht den  
63 Fehler, dass wir sämtliche Diskriminierungen in einen Topf schmeißen. Neben den bekannten  
64 Herrschafts- und Machtverhältnissen, die aus dem kapitalistischen System hervorgehen, gilt es  
65 für uns als FeministInnen stets darum, auf andere Strukturen hinzuweisen, die neben üblichen  
66 Machtstrukturen bestehen: den patriarchalischen Strukturen, die Frauen diskriminieren, da ihr  
67 zugeordnetes Geschlecht vom als Norm betrachteten, konstruierten männlichen Geschlecht  
68 abweicht. Dieses Politikfeld darf nicht als untergeordnetes Problem verharmlost werden.

69

70 Die SPD war und ist immer noch Teil der emanzipatorischen Frauenbewegung. In der  
71 Vergangenheit hat die Partei wichtige Impulse gesetzt und für mehr Gleichstellung in der  
72 Gesellschaft gesorgt. Aber viel ist uns eben nicht genug! Deswegen ist es uns ein gewichtiges  
73 Anliegen, Frauen in unserem Verband zu ermuntern sich mehr einzusetzen und gemeinsam mit  
74 uns zu streiten. Dabei müssen wir grade Frauen gezielt fördern, sie vernetzen und in ihrem  
75 politischen Handeln solidarisch stärken! Insbesondere müssen wir versuchen mehr junge  
76 Frauen für die SPD zu begeistern.

77

## 78 **Sprache als Instrument**

79

80 Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern ein diskursives Instrument

81

82 gesellschaftlichen Handelns. Zugleich fungiert sie als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt  
83 aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikulieren.  
84 Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch durch die Art  
85 und Weise, wie gesprochen und geschrieben wird. Wir Jusos setzen uns daher für eine  
86 geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur  
87 mitgemeint und mitgedacht werden, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies gilt  
88 nicht nur für die öffentliche bzw. amtliche Schriftsprache, sondern auch für die gesprochene.

89

90 Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache  
91 gender-bezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und  
92 Konstruktion von Realität einwirken. Und genau aus diesem Grund verdeutlicht sich die  
93 immense Bedeutung unserer Sprache. Wenn wir Frauen und Männer in unserer Sprache  
94 gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, der sich auf unser  
95 gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige Voraussetzung geschaffen, dass  
96 wir Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen können. Denn die Macht und  
97 die Konstruktion patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte Sprache verklärt.

98

99 Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als

100 JungsozialistInnen begegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen  
101 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen die  
102 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Ausrichtung positionieren.  
103 Gemeinsam wollen wir als Jusos über unsere Form des Genders diskutieren. Hierzu wird der  
104 Bezirksvorstand ein Diskussionsforum im Rahmen der Denkfabrik Feminismus anbieten und die  
105 verschiedenen Formen des Genderns sowie ihre Bedeutung vorstellen.

106

### 107 **Unser Ziel: Diskurs zur Dekonstruktion**

108

109 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein  
110 selbstbestimmtes Leben zu führen, und sprechen uns deshalb dafür aus, dass mensch nicht  
111 durch äußere Sozialisationsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder gedrängt wird. Wir  
112 fordern, dass sich alle Menschen frei entfalten können, und zwar auch unabhängig von ihrem  
113 Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss  
114 deshalb die Überwindung der von der heteronormativen

115

116 und patriarchalischen Gesellschaft vorgegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die  
117 Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein.

118

119 Im Kampf für die Überwindung der männlichen und zweigeschlechtlichen Gesellschaft, mit Ziel  
120 des Beginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu  
121 gehen haben. Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns selbst und unserem Verband  
122 umgehen. Denn auch für (einige von) uns spielt die Kategorie Geschlecht immer noch eine  
123 große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen auch wir durch unser Handeln  
124 dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Geschlechter nach wie vor  
125 wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser eigenes Denken  
126 und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen. Das gilt sowohl für uns in unserem eigenen  
127 Verband als auch in der Gesellschaft.

128

129 Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten  
130 und diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese  
131 zentrale Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und  
132 überwunden werden.

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 1	Berlin Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden	185
I 2	Hamburg Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	186
I 3	Baden-Württemberg Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!	189
I 4	Berlin Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen – Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss	190
I 5	Hamburg Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!	191
I 6	Sachsen-Anhalt Abschaffung des Blasphemie Paragraphen	192
I 7	Sachsen-Anhalt Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken	193
I 8	Hannover Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag	194
I 9	Hannover Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!	196
I 10	Berlin Versammlungsfreiheit für alle garantieren	197
I 11	Mecklenburg-Vorpommern Vermummungsverbot abschaffen!	198
I 12	Sachsen Plastikkirschen – nein Danke!	200
I 13	Weser-Ems Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten	201
I 14	Berlin Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale	203

I 15	Hannover Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union	204
I 16	Bayern Flächendeckende Gefangenenseelsorge	205
I 17	Berlin Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!	207
I 18	Bayern Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv	208
I 19	Thüringen Progressive Drogenpolitik	216
I 20	Saarland Drogenprävention durch Aufklärung	221



**Titel** Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden

- 1 Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass Menschen, die in Deutschland geboren
- 2 sind, auch direkt die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen, sofern sie oder deren
- 3 Erziehungsberechtigten das wollen.
- 4
- 5 Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind Rechte und Schutz der Personen verbunden, die für
- 6 viele eine wichtige Bedeutung haben. Auch ist es für viele Migrant\*innen ein wichtiger
- 7 symbolischer Schritt.
- 8
- 9 Bisher gibt es zwei Möglichkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt zu erwerben:
- 10 Zum einen das Abstammungsprinzip, nach dem ein Elternteil bereits selbst Deutsche\*r sein
- 11 muss, zum anderen das Geburtsortsprinzip, nach dem der Geburtsort Deutschland sein muss,
- 12 wobei die Eltern bereits seit mindestens 8 Jahren in Deutschland leben müssen. Darüber hinaus
- 13 muss es für alle Menschen möglich sein, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.
- 14 Unabhängig von dieser Regelung bleibt unsere Forderung nach einer progressiven und
- 15 umfassenden Einwanderungsreform bestehen.
- 16
- 17 Viele Politiker\*innen betonen immer wieder, dass Deutschland die Einwanderung von gerade
- 18 jungen Menschen braucht und dass Familien zu schützen und zu fördern seien. Gleichzeitig
- 19 machen sie ihnen aber mit solchen Regelungen das Leben schwer, geben ihnen das Gefühl
- 20 unwillkommen zu sein und erschweren ihnen die Familiengründung.
- 21
- 22 Wir halten weiterhin an unserer Idealvorstellung einer Welt ohne Grenzen fest, in der die
- 23 Herkunft oder Staatsangehörigkeit eines Menschen keinerlei Rolle mehr spielt.
- 24
- 25 Solange wir dies aber noch nicht erreicht haben, fordern wir jetzt eine Erleichterung für die
- 26 Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben wollen.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

**Titel** Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

1 Wir fordern, dass

2

3 1. anlasslose Personenkontrollen – wie etwa in §§ 22 Abs. 1a, 23 Abs. 1 Nr. 3

4 Bundespolizeigesetz (BPolG) vorgesehen – abgeschafft werden und durch spezifischere  
5 Ermächtigungsgrundlagen ersetzt werden, um menschenrechtswidrige Diskriminierungen  
6 aufgrund rassenspezifischer äußerlicher Merkmale zu verhindern. In Betracht kommt dazu  
7 beispielsweise, das Tatbestandsmerkmal der „konkreten Gefahr“ in den Tatbestand der  
8 Normen aufzunehmen oder spezifische Anlassmomente als Regelbeispiele für  
9 Personenkontrollen zu definieren.

10 2. eine mündliche Begründungspflicht für Personenkontrollen zum Zwecke der Verhinderung  
11 unerlaubter Einreise eingeführt wird, nach der die BeamtInnen den Betroffenen mitteilen  
12 müssen, auf Grund welcher konkreten Anhaltspunkte die Personenkontrolle erfolgt.

13 3. Schulungen zu Kommunikationsstrategien und interkultureller Kompetenz sowie *Anti-*  
14 *Bias*-Schulungen in die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen im Außendienst  
15 aufgenommen werden.

16 4. die Melde- und Beschwerdestrukturen für BürgerInnen, deren Rechte durch  
17 diskriminierende polizeiliche Eingriffe berührt werden, erweitert und ausgebaut werden.

18

19 **Begründung:**

20 Die Flüchtlingsströme, die Europa und vor allem auch Deutschland derzeit erreichen, stellen für  
21 die Bundespolizei, die illegale Einwanderung bekämpfen muss, eine große Herausforderung  
22 dar. Die derzeitige Rechtslage, nach der anlasslose Personenkontrollen zur Verhinderung  
23 illegaler Einwanderung durchgeführt werden können, legt den PolizeibeamtInnen eine große  
24 Bürde auf. Die Normen des § 22 Abs. 1a und § 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG geben den PolizistInnen  
25 keinerlei Richtschnur in die Hand, nach der sie sinnvoll entscheiden können, wann eine  
26 Personenkontrolle angemessen ist und wann nicht. Dies hat dazu geführt, dass die  
27 BundespolizeibeamtInnen Personen oft allein aufgrund äußerer Merkmale wie etwa Hautfarbe,  
28 rassenspezifischer Gesichtszüge und dem sonstigen physischen Erscheinungsbild kontrollieren,  
29 ohne dass konkrete Verdachtsmomente vorliegen. Bei vielen Betroffenen handelt es sich jedoch  
30 um völlig legal in Deutschland lebende MigrantInnen oder Reisende. Dass sie allein aufgrund  
31 rassenspezifischer oder ethnischer äußerlicher Merkmale vermehrt polizeilichen Maßnahmen  
32 ausgesetzt werden, empfinden sie als Schikane oder gar staatliche Rassendiskriminierung.  
33 Menschenrechtsorganisationen verurteilen derartige Verhaltensweisen als „Racial Profiling“.[1]  
34 Auch der UN-Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte hat sich sehr kritisch zu  
35 derartigen polizeilichen Praktiken geäußert, da sie zum einen die Würde der Betroffenen  
36 verletzen als auch rassistische Gesinnungen in der Bevölkerung bestärken könnten.[2] Freilich  
37 verstoßen rein auf rasse- oder ethniespezifischen äußeren Erscheinungsmerkmalen  
38 beruhende Kontrollen auch gegen Grund- und Menschenrechte.[3]

39

40 Damit geraten die PolizeibeamtInnen als rassistisch in Verruf, denn die gesetzlichen  
41 Ermächtigungsgrundlagen sind derartig unbestimmt, dass sie diskriminierende Praktiken nicht  
42 nur erlauben, sondern sogar begünstigen, indem sie die PolizistInnen in blinden Aktionismus  
43 hineindrängen, ohne genaue Zielvorgaben zu formulieren.[4] Die Polizei verkörpert das  
44 staatliche Gewaltmonopol und ist damit eine Stütze des deutschen Rechtsstaates. Ihr Bild in der  
45 Öffentlichkeit ist daher auch für den Ruf der Bundesrepublik Deutschland als freiheitlicher Staat  
46 von erheblicher Bedeutung.

47

48 Sowohl im Interesse der Betroffenen als auch im Interesse der Polizei besteht daher dringend  
49 gesetzlicher Handlungsbedarf. In einer Demokratie ist es nicht Aufgabe einzelner Beamtinnen  
50 oder Beamter Zweck und Reichweite staatlicher Eingriffsmaßnahmen zu bestimmen. Vielmehr  
51 muss der Gesetzgeber festlegen, unter welchen konkreten Umständen, zu welchem Zweck,  
52 welche spezifischen Maßnahmen getroffen werden dürfen. Die derzeitigen  
53 Ermächtigungsgrundlagen zu anlasslosen Personenkontrollen genügen diesen Maßstäben  
54 nicht. Sie sind daher entsprechend der 1. Forderung zu konkretisieren.

55

56 Um das Bild von einer Willkommenkultur in Deutschland aufrecht zu erhalten und wieder eine  
57 größere Akzeptanz des polizeilichen Handelns zu schaffen, müssen darüber hinaus auch die  
58 Interessen der Betroffenen stärker als bisher in den Blick genommen werden. Dazu ist es  
59 sinnvoll, eine mündliche Begründungspflicht für aufenthaltsrechtsbezogene Personenkontrollen  
60 einzuführen, um dem Verdacht des rassendiskriminierenden Verhaltens von vornherein zu  
61 beseitigen, indem die konkreten Verdachtsmomente für die Kontrolle von Anfang an offen gelegt  
62 werden. Hierdurch werden die PolizeibeamtInnen zu einem Reflexionsprozess angehalten, ob  
63 und warum eine Kontrolle geboten ist und so vor übereiltem, diskriminierendem Verhalten  
64 geschützt. Eine offene Kommunikation über den Anlass der Kontrolle kann überdies zur  
65 Deeskalation der Situation beitragen.[5]

66

67 Ferner ist eine professionelle, diskriminierungsfreie Polizeiarbeit vor allem von einer guten  
68 Polizeiausbildung abhängig. Schulungen im *Soft-Skill*-Bereich sind in der derzeitigen  
69 Polizeiausbildung allerdings eher schwach ausgeprägt, obwohl PolizistInnen in ihrer täglichen  
70 Arbeit mehr als viele andere Berufsgruppen in kritischen Situationen mit Menschen umgehen  
71 müssen.[6] Ein stärkerer Focus auf Kommunikationstrainings und interkulturelle Kompetenzen  
72 ist daher auch im Interesse der BeamtInnen sinnvoll. Darüber hinaus ist die Polizei als  
73 bedeutende Institution im Staatsgefüge in besonderem Maße darauf angewiesen, eine  
74 diskriminierungs- und willkürfreie Arbeit zu leisten, um das Ansehen des Rechtsstaates nicht zu  
75 beschädigen. Daher sind auch *Anti-Bias*-Schulungen eine wichtige Ergänzung zum  
76 bestehenden Ausbildungsprogramm.

77

78 Schließlich kann tolerante und diskriminierungsfreie Polizeiarbeit nur gelingen, wenn die Fälle,  
79 in denen Betroffene sich diskriminiert fühlen, auch an die Polizei weitergegeben werden und  
80 dort eine angemessene Auseinandersetzung mit derartigen Beschwerden stattfindet.  
81 Insbesondere muss die Polizei registrieren, ob sich die Fälle an bestimmten Orten oder in  
82 bestimmten Sachbereichen häufen, so das erforderlichenfalls gezielt gegen diskriminierende  
83 Praktiken vorgegangen werden kann. Hierdurch würde auch Art. 13 der  
84 Antidiskriminierungsrichtlinie angemessene Umsetzung erfahren.[7]

85

86 Rechtsstaatliche Polizeiarbeit bedeutet zugleich willkürfreie Polizeiarbeit. Es müssen klare  
87 Rechtsgrundlagen geschaffen werden und entsprechende Begleitmaßnahmen in die Wege  
88 geleitet werden, um die Rechte und Interessen aller Menschen in Deutschland zu wahren und  
89 zu achten. Die Jusos und die SPD stehen schon seit jeher für eine weltoffene und  
90 gastfreundliche Politik. Auf rasse- oder ethnien-spezifischen Merkmalen beruhende  
91 Diskriminierungen haben in einem sozialdemokratischen Deutschland daher keinen Platz.

92

93

94

95 [1] Siehe statt vieler *Amnesty International*, Racial/Ethnic Profiling: Position von Amnesty  
96 International zu menschenrechtswidrigen Personenkontrollen, 2014, abrufbar unter:  
97 [https://www.amnesty.de/files/  
98 Racial\\_Profiling\\_Positionspapier\\_Kurzfassung\\_September\\_2014.pdf](https://www.amnesty.de/files/Racial_Profiling_Positionspapier_Kurzfassung_September_2014.pdf).

99

100 [2] Human Rights Committee, Entscheidung vom 27.07.2009, UN-Dokument

101 CCPR/C/96/D/1493/2006.

102

103 [3] Art. 2, 7 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; Art. 2, 26 Internationaler Pakt über  
104 bürgerliche und politische Rechte; Art. 21 Abs. 1 Grundrechtecharta der EU. Ausführlich zu der  
105 Menschenrechtswidrigkeit von „Racial Profiling“ *Cremer*, in: Deutsches Institut für  
106 Menschenrechte, „Racial Profiling - Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs.  
107 1 a Bundespolizeigesetz. Siehe zum Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 OVG Rheinland-Pfalz, Beschl.  
108 v. 29.10.2012, Az.: 7 A 10532/12.OVG.

109

110 [4] So auch *Prof. Dr. Rafael Behr* von der Polizeiakademie Hamburg, der in einer  
111 Sachverständigenanhörung von den Jusos Hamburg in Vorbereitung des Antrags befragt  
112 wurde.

113

114 [5] So auch *Prof. Dr. Rafael Behr*.

115

116 [6] So die Einlassung von *Prof. Dr. Rafael Behr*.

117

118 [7] Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des  
119 Gleichbehandlungsgrundsatz.

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Möglichkeit zum Erhalt der deutschen  
2 Staatsangehörigkeit weiter auszuweiten! Es ist auf keinen Fall genug, dass die Optionspflicht  
3 entfällt. Vielmehr muss die deutsche Staatsangehörigkeit von allen Menschen in Anspruch  
4 genommen werden können, die sich seit längerer Zeit in Deutschland aufhalten, es auch die  
5 nächsten Jahre vorhaben und auch sonstige Voraussetzungen der Einbürgerung erfüllen. Bei  
6 den Voraussetzungen soll allerdings die Staatenlosigkeit bzw. die Abgabe der aktuellen  
7 Staatsbürgerschaft nicht mehr Pflicht sein. Um dies zu bewerkstelligen, ist die Möglichkeit zum  
8 Besitz der doppelten Staatsbürgerschaft durch Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit  
9 notwendig. Zudem soll der Bund das doppelte Wahlrecht einführen.

10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Ermittlungsverfahren gegen Polizist\*innen –  
Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Ermittlungsverfahren gegen Polizist\*innen – Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss

1 Wir fordern, dass Ermittlungsverfahren gegen Polizist\*innen, die Straftaten im Dienst begangen  
2 haben sollen, nicht mehr von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden können. Diese  
3 Entscheidung darf nur ein Gericht treffen.

4

5 **Begründung:**

6 Immer wieder kommt es vor, dass die Staatsanwaltschaft Verfahren gegen Polizist\*innen  
7 einstellt, da angeblich kein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung bestünde. Tatsächlich  
8 ist jedoch in solchen Fällen per se ein öffentliches Interesse gegeben, da die Polizist\*innen für  
9 den Staat handeln und somit auch einer starken Kontrolle unterliegen sollten.

10

11 Ebenso kann es nicht sein, dass solche Verfahren wegen eines Mangels an Beweisen  
12 eingestellt werden. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, da Opfer von Polizeigewalt oft  
13 zunächst keine Aussage machen wollen, da sie dies bei der Polizei tun müssten. Es ist völlig  
14 verständlich, dass die Betroffenen keine Aussage an der Dienststelle machen wollen, an der die  
15 Täter\*innen arbeiten. Gerade in dieser Situation ist es aus der Perspektive des Opferschutzes  
16 notwendig den Fall gründlich aufzuarbeiten, alleine damit die Opfer sich nicht einem  
17 übermächtigen, sich selbst schützenden Polizeiapparat gegenüber sehen.

18

19 Es ist also notwendig die Möglichkeiten ein solches Verfahren einzustellen einer möglichst  
20 genauen Prüfung zu unterziehen. Ein\*e Richter\*in stellt hierbei eine unabhängigere Kraft da,  
21 zumal sich die Staatsanwaltschaft der Polizei als Ermittlungspersonen bedient. Der daraus  
22 resultierende Mehraufwand ist leicht zu rechtfertigen, da von Polizist\*innen begangene  
23 Straftaten, da es sich um Straftaten von Repräsentant\*innen des Staates handelt, generell eine  
24 deutliche Sonderrolle einnehmen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

**Titel** Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!

1 Der Bundeskongress der Jusos fordert die Einführung eines flächendeckenden und kostenlosen  
2 Notrufsystems per SMS sowie einer Notfall-App.

3

4 Die zuständigen Stellen mögen eine weitere Ausweitung eines SMS-Hilfsangebot auch für  
5 Behörden prüfen. Hierbei ist dem Informationsbedürfnis der Rettungskräfte zur  
6 Einsatzkoordination Rechnung zu tragen.

7

8 Der Bundesparteitag der SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die Novellierung  
9 des § 109 Abs. 2 TKG und der Anpassung des § 6 NotrufV einsetzen.

10

### 11 **Begründung:**

12 Durch die Möglichkeit, bei Polizei und Rettungsdiensten einen nonverbalen Notruf durch eine  
13 gebührenfreie Notruf-SMS abzusetzen, würden Menschen, die aufgrund von Behinderungen,  
14 Notlagen, aus Sicherheitsgründen oder technischen Gründen nicht in der Lage sind in einer  
15 Notsituation einen Anruf zu tätigen, eine Möglichkeit bekommen, dennoch Hilfe zu bekommen.

16

17 Bis heute gibt es in Deutschland kaum die Möglichkeit in einer Notfallsituation barrierefrei einen  
18 Notruf abzuschicken. Besonders Menschen mit Hörschädigung und Sprachproblemen würden  
19 von einem solchen Notrufsystem profitieren. Die SMS sollte so gestaltet sein, dass sie alle  
20 wichtigen Informationen enthält und auf allen europäischen Sprachen abgeschickt werden kann.

21 §108 Abs. 2 TKG fordert zwar eine Möglichkeit des Notrufs durch ein Telefax für sprach- und  
22 hörbehinderte Menschen, jedoch ist dies im Hinblick auf die heutige Gesellschaft und  
23 Gerätenutzung veraltet. Der Besitz eines Faxgeräts ist heutzutage nur noch bei wenigen  
24 Menschen zu sehen, die Nutzung höchst aufwendig und in Notfallsituationen nicht immer  
25 nutzbar. Ein Mobilfunktelefon hingegen kann auch unterwegs oder in Situationen, bei denen  
26 aus Sicherheitsgründen nicht gesprochen werden kann, genutzt werden.

27

28 Eine weitere Möglichkeit stellt die zusätzliche Einführung einer Nothilfe-App mit verständlichen  
29 Bildern ohne Texte dar.

30

31

32

33

34

35

36

**Titel** Abschaffung des Blasphemie Paragraphen

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag der SPD und SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Abschaffung des Blasphemie Paragraphen

### 1 **Abschaffung des Blasphemie Paragraphen**

2

3 Die LDK möge beschließen, dass der § 166 StGB, der die Beschimpfung religiöser  
4 Bekenntnisse bestraft, aus dem Strafgesetzbuch zu streichen ist.

5

#### 6 **Begründung:**

7 Der § 166 StGB der das religiöse Bekenntnis schützt, ist weder zeitgemäß noch steht er im  
8 Einklang mit unseren Vorstellungen einer aufgeklärten Gesellschaft, denn in einer solchen  
9 brauchen Religionen und Kirchen keinen gesonderten Schutz. Der notwendige Schutz von  
10 beispielsweise religiösen Minderheiten kann ausreichend über den §130 StGB, den  
11 sogenannten Volksverhetzungsparagraphen gewährleistet werden.

12

13 Die Rechtspraxis ist darüber hinaus auch diskriminierend gegenüber den  
14 Religionsgemeinschaften die in der Gesellschaft nicht so verankert sind, wie die großen  
15 Weltreligionen und hier vor allem die beiden Christlichen Religionsgemeinschaften, da die  
16 meisten Anzeigen auf eine Beleidigung dieser religiösen Bekenntnisse herauslaufen.

17

18 Der Forderung der CSU, im Nachgang des Attentates auf Charlie Hebdo, nach einer  
19 Verschärfung ist eine klare Absage zu erteilen. Es war nicht „Blasphemie“ die den 12 Personen  
20 das Leben kostete, sondern die Unfähigkeit einiger weniger Fanatiker mit dieser umgehen zu  
21 können.

22

23 Aus diesen Gründen ist die Streichung des Blasphemie Paragraphen, ein wichtiger Schritt zu  
24 einem laizistischen Staat.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38



**Titel**                                      Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken

**Antragsteller**                          Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken

1 **Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken**

2  
3

4 Die S&D Fraktion im Europaparlament, sowie die für Verbraucherschutz zuständigen Minister  
5 der Bundesregierung werden aufgefordert eine verpflichtende Nährwertdeklaration für  
6 alkoholische Getränke zu forcieren und die Lebensmittel-Informationsverordnung (LMIV) der EU  
7 entsprechend zu ergänzen.

8

9 **Begründung:**

10 Die Lebensmittel-Informationsverordnung (LMIV) regelt in der Europäischen Union die  
11 Kennzeichnung von Lebensmitteln. In ihr ist festgelegt, dass ab 13. Dezember 2016 die Angabe  
12 der Nährwertdeklaration auf Lebensmitteln verpflichtend ist.

13

14 Während auch dann noch eher verständliche Ausnahmen für unverarbeitete Erzeugnisse und  
15 lose Waren gelten sollen, ist die geplante Ausnahme für alkoholische Getränke nicht  
16 nachvollziehbar. Diese soll für alle Getränke über 1,2 Volumenprozent gelten.

17

18 Diese Ausnahme ist besonders unverständlich, bedenkt man, dass mit der Angabe von  
19 Nährwerten auch eine gesündere Ernährung gefördert werden soll. Alkohol ist hier nicht nur, wie  
20 in diversen Studien bescheinigt, gesundheitsschädlich. Er enthält außerdem pro Gramm etwa  
21 sieben Kilokalorien, ein Gramm Zucker dagegen nur vier.

22

23 Zur Veranschaulichung, je nach Sorte beläuft sich die Kalorienbilanz eines halben Liter Biers  
24 zwischen 200 und 250 kcal. Mit einem Liter Bier erreicht man damit durchaus den Gehalt eines  
25 BigMacs.

26

27 Keinesfalls soll hiermit nun der Genuss an Bier und anderen alkoholischen Getränken verleidet  
28 werden. Viel eher muss es darum gehen, eine Vergleichbarkeit und faire Bedingungen im  
29 Werben um Käufer herzustellen.

30

31 Hier ausgerechnet eine Ausnahme für die Droge Alkohol zu machen, ist nur schwer zu  
32 rechtfertigen und sollte daher vor Beginn der verpflichtenden Deklaration korrigiert werden.

33

34

35

36

37

38

**Titel** Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag

- 1 Wir fordern, dass der 8. Mai ein gesetzlicher Feiertag in allen deutschen Bundesländern wird.  
2  
3 Dazu fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, den 8. Mai  
4 bundesrechtlich als gesetzlichen Feiertag festzulegen.  
5  
6 Da die Festlegung von Feiertagen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt,  
7 fordern wir die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion dazu auf, einen entsprechenden  
8 Gesetzesentwurf einzubringen, der diesen Tag durch die Sonn- und Feiertagsgesetze rechtlich  
9 schützt.  
10  
11 Darüber hinaus ist zu prüfen, ob der 8. Mai auf Grund seiner historischen Bedeutung als  
12 Nationalfeiertag geeigneter ist als der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, oder zumindest  
13 dem 3. Oktober in seiner Bedeutsamkeit gleichgestellt wird.  
14  
15 **Begründung:**  
16 *Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos und endgültig, daher sehen*  
17 *einige Menschen in Deutschland diesen Tag als Tag der Niederlage Deutschlands. Doch vor*  
18 *allem war der achte Mai 1945 ein Tag der Befreiung. Mit dem 8. Mai 1945 endete der Zweite*  
19 *Weltkrieg und damit verbunden die nationalsozialistische Diktatur, die durch die breite*  
20 *Zustimmung in der deutschen Bevölkerung den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden,*  
21 *Andersdenkenden, KommunistInnen, Sinti, Roma, Menschen mit Behinderung und nicht*  
22 *heterosexuellen Menschen begehen konnte.*  
23  
24 *Dieser Tag ist als Zeitpunkt der Befreiung der Menschen vom Nationalsozialismus und zu*  
25 *verstehen. Dieser Tag erlöste Menschen von Leid und Gewalt, die ihnen durch die*  
26 *nationalsozialistische Herrschaft wiederfahren sind.*  
27  
28 *Ein solcher Völkermord, wie er im dritten Reich geschehen ist, ist beiseitlos in der Geschichte.*  
29 *Damit so etwas nie wieder geschieht, darf es nicht in Vergessenheit geraten. Wir benötigen*  
30 *einen Tag, der an all das erinnert, was mit dieser Schreckensherrschaft einherging. Es bedarf*  
31 *eines Mahnmals, das an all das erfahrene Leid erinnert. Denn dieser grausame Teil der*  
32 *deutschen Vergangenheit darf niemals vergessen werden!*  
33  
34 *Die deutsche Identität und das Nationalbewusstsein Deutschlands sind maßgeblich geprägt*  
35 *durch diesen Abschnitt der deutschen Geschichte. Daher ist es notwendig, dem 8. Mai als Ende*  
36 *eines Irrwegs der deutschen Geschichte anzuerkennen und ihm einen Tag des Gedenkens zu*  
37 *widmen.*  
38  
39 *In der nationalen Identität der deutschen spielen die Verbrechen des Nationalsozialismus*

40 *ebenso eine zentrale Rolle wie die Teilung Deutschlands in Ost und West. Wobei das Errichten*  
41 *der sozialistischen DDR sogar eine Folge der Kapitulation Deutschlands und der Aufteilung in*  
42 *die unterschiedlichen Besatzungszonen nach dem Krieg war.*

43

44 *Eben weil der 8. Mai 1945 es erst ermöglichte, Deutschland zu einem demokratischen Staat zu*  
45 *verfassen, ist er von zentraler Bedeutung für Deutschland. Daher ist es dem historischen*  
46 *Ereignis angemessen, ihm einen Tag zu widmen, der mindestens die gleiche Bedeutung hat wie*  
47 *der Tag der deutschen Einheit am dritten Oktober.*

48

49 *Derzeit ist der Tag der deutschen Einheit der einzige Feiertag in Deutschland, der*  
50 *bundesgesetzlich festgelegt ist. Weitere neun Feiertage (Neujahr, Karfreitag, Ostermontag,*  
51 *Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Tag der Arbeit, Tag der deutschen Einheit, erster*  
52 *Weihnachtsfeiertag und zweiter Weihnachtsfeiertag) sind durch die Sonn- und Feiertagsgesetze*  
53 *der Länder einheitlich rechtlich geschützt.<sup>[1]</sup>*

54

55 *Daraus ergibt sich die Forderung, den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus durch*  
56 *Bundesrecht zu schützen und in Gleichwertigkeit zu dem 3. Oktober als einzige bundesrechtlich*  
57 *festgelegte Feiertage zu verankern.*

58

59

60

---

61 [1] Bundesministerium des Inneren: <http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft->  
62 [Verfassung/Staatssymbole/Nationale-Feiertage/nationale-feiertage\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staatssymbole/Nationale-Feiertage/nationale-feiertage_node.html)

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!

1 Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bereits VerfassungsrechtlerInnen in der Frage,  
2 wie man die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts beschneiden könne, zu Rate  
3 gezogen. Grund hierfür ist offenbar der Unmut der Union bezüglich der jüngsten Urteile des  
4 Bundesverfassungsgerichts. Erst kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht die Ausweitung  
5 des Ehegattensplittings auf gleichgeschlechtliche Paare sowie die Stärkung ihrer  
6 Adoptionsrechte beschlossen.

7  
8 Die Union denkt bereits darüber nach, die bislang zwölfjährige Amtszeit der RichterInnen zu  
9 verkürzen. Harmloser wirkt dagegen noch die Ankündigung, zukünftig stärker auf die Auswahl  
10 von KandidatInnen für die RichterInnenposten zu achten. Schwerer wiegt jedoch der Vorwurf  
11 der UnionspolitikerInnen, dass Karlsruhe mit seinen Urteilen eine Liberalisierung der  
12 Gesellschaft vorantreibe und dabei die eigenen Zuständigkeiten überschreite. Das Gericht  
13 mache Gesellschaftspolitik und das schmeckt der Union gar nicht.

14  
15 Wir unterstreichen nachdrücklich die Stellung des Bundesverfassungsgerichtes als Hüter des  
16 Grundgesetzes und als unabhängiges Verfassungsorgan und fordern die Union auf, diese  
17 Stellung anzuerkennen. Die Struktur und die Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts  
18 dürfen nicht verändert werden.

19  
20 Wir fordern außerdem die bisherige Praxis, bei der ein Bundestagsausschuss die Hälfte der 16  
21 VerfassungsrichterInnen mit Zweidrittelmehrheit wählt, abzuschaffen. Artikel 94 des  
22 Grundgesetzes enthält die klare Formulierung „Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes  
23 werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt.“. Dieser unaufgebbaren  
24 parlamentarischen Gesamtverantwortung muss nachgekommen werden. Dem  
25 Bundesverfassungsgericht kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Daher fordern wir, die Wahl  
26 seiner Mitglieder dem Plenum der Abgeordneten in öffentlicher Sitzung vorzubehalten. Die vom  
27 Bundesrat zu berufenden RichterInnen werden natürlich weiterhin von der ganzen  
28 Länderkammer mit Zweidrittelmehrheit gewählt.

29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

**Titel** Versammlungsfreiheit für alle garantieren

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Versammlungsfreiheit für alle garantieren

1 Wir fordern die SPD im Bundestag und im Bundesrat auf, auf eine Änderung des Artikel 8 des  
2 Grundgesetzes hinzuwirken und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der Begriff  
3 „Deutsche“ ist aus Art. 8 GG zu streichen, sodass das verfassungsmäßig garantierte Recht auf  
4 Versammlung nicht mehr nur deutschen Staatsangehörigen, sondern allen Menschen zusteht.

5  
6 **Begründung:**

7 Das Recht seine Meinung gemeinsam mit anderen in der Öffentlichkeit zu äußern ist eines der  
8 fundamentalsten Rechte in der Demokratie. Dem Wortlaut steht das Grundrecht auf  
9 Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG jedoch nur allen Deutschen zu, knüpft also an die deutsche  
10 Staatsangehörigkeit an. Diese Sichtweise ist rückständig und nicht im Sinne einer  
11 internationalistischen Gesellschaft.

12  
13 Die Staaten der Welt wachsen mehr und mehr zusammen, politische Entwicklungen in anderen  
14 Ländern beeinflussen nicht nur die deutsche Außenpolitik sondern auch viele andere Bereiche.  
15 Gerade in Berlin, dem Sitz der Bundesregierung und vieler Botschaften, kann man dies deutlich  
16 spüren.

17  
18 Dieses Zusammenwachsen zeigt sich insbesondere im Rahmen der Europäischen Union. Als  
19 Mitgliedstaat der Europäischen Union haben in Deutschland nicht nur deutsche  
20 Staatsangehörige das Recht ihren politischen Willen in Wahlen zu bekunden, sondern auch  
21 Staatsangehörige anderer europäischer Staaten. Sie sind somit aktiv in einen Teil des  
22 politischen Willensbildungsprozesses eingebunden.

23  
24 Demonstrationen sind Ausdruck dieser politischen Willensbildungsprozesse. Sie dienen nicht  
25 nur dazu, dass die Teilnehmer\*innen ihre Meinung auf die Straße tragen können, sondern auch  
26 zur Stellungnahme gegenüber anderen und zur Information der Allgemeinheit.

27  
28 Im diesem Sinne sollte auch das Grundgesetz ein klares Bekenntnis zur Pluralität und  
29 Internationalität von politischen Meinungen und Beteiligungen an demokratischen  
30 Willensbildungsprozessen beinhalten und sich eindeutig dazu bekennen, dass die  
31 Demonstrationsfreiheit aller Menschen grundrechtlich geschützt ist.

32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

**Titel** Vermummungsverbot abschaffen!

**Antragsteller** Mecklenburg-Vorpommern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Vermummungsverbot abschaffen!

1 1. Die Jusos fordern die Abschaffung des sogenannten Vermummungsverbot im deutschen  
2 Versammlungsrecht. Wir fordern die §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a  
3 Versammlungsgesetz außer Kraft zu setzen sowie alle etwaigen Parallelvorschriften in den  
4 einzelnen Landesversammlungsgesetzen zu streichen.

5

6 2. Wir fordern alle Bundesländer auf, die Kompetenzen, die sich aus der letzten  
7 Föderalismusreform für die Länder ergeben haben, zu nutzen und eigene  
8 Landesversammlungsgesetze in Kraft zu setzen, die auf Regelungen zum Vermummungsverbot  
9 verzichten.

10

11

12

13

14

15 **Begründung:**

16 Oft wird so getan, als sei es eine Selbstverständlichkeit, dass es verboten ist, sich auf  
17 Demonstrationen zu vermummen. Dem ist jedoch nicht so.

18

19 Historisch betrachtet ist das Vermummungsverbot eine ziemlich neue Regelung. Es wurde erst  
20 am 28. Juni 1985 von einer schwarz-gelben Koalition unter der Führung Helmut Kohls in Kraft  
21 gesetzt. Was bedeutet das? Dies bedeutet, dass es zuvor in Deutschland 36 Jahre lang ein  
22 Versammlungsrecht ohne Vermummungsverbot gab. In diesem Zeitraum fallen eine Vielzahl  
23 besonders schwerer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bewegungen und der  
24 Staatsgewalt. Diese konnten nachweislich ohne Schäden an der freiheitlich-demokratischen  
25 Grundordnung auch ohne Vermummungsverbot gelöst werden.

26

27 Weiterhin ist das Vermummungsverbot auch ein deutscher Sonderweg. In der Betrachtung  
28 vergleichbarer Rechtsordnungen muss man feststellen, dass das Vermummungsverbot  
29 außerhalb des deutschen Sprach- und Kulturkreises sowohl im europäischen Ausland als auch  
30 darüber hinaus ist weitgehend unbekannt ist. Besonders Staaten mit traditionell militanterer  
31 Protestkultur kommen ohne ein solches aus. Folglich ist ein Vermummungsverbot keine  
32 immanente Voraussetzung für die Existenz eines stabilen, demokratischen Rechtsstaates.

33

34 Von Befürwortern des Vermummungsverbot wird meistens argumentiert, dass dieses dazu  
35 diene zu verhindern, dass Straftäter auf Demonstrationen sich der Identifikation und somit der  
36 Strafverfolgung entziehen. Diese Argumentation enthält jedoch mehrere Denkfehler:

37

38 Sie stellt alle Demonstrant\*innen unter einen Generalverdacht und geht davon aus, dass die  
39 Vermummung generell nur zur Vereitelung von Straftaten stattfindet. Dies ist jedoch in den

40 seltensten Fällen so. So wie auf Demonstrationen unterschiedliche Menschen  
41 zusammenkommen, so sind auch die Motive der Vermummung plural und vielschichtig. Angst  
42 vor Verfolgung durch den politischen Gegner insbesondere bei Anti Nazi-Aktionen,  
43 Diskriminierung durch den Arbeitgeber, sozialen Sanktionen aus dem Familien- und  
44 Freundeskreis oder der allgemeine Wunsch nach Anonymität sind besonders häufige und  
45 vollkommen legitime Motive. Was jedoch legitim ist, sollte in einer gerechten Rechtsordnung  
46 auch legal sein.

47

48 Alle Teilnehmer eine Demonstration haben aus dem Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit 1 Abs. 1  
49 das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus welchem sich ein Recht am eigenen Bild ableitet.  
50 Dieses wird besonders dann schwer eingeschränkt, wenn auf Nazi-Demonstrationen  
51 rechtsradikale Fotografen Gegendemonstranten fotografieren, die Polizei dies nicht unterbindet  
52 und der einzige Weg seine eigenen Rechte zu schützen die Vermummung ist. Hier nämlich stellt  
53 das Vermummungsverbot diesem Grundrecht das Prinzip einer funktionsfähigen Strafverfolgung  
54 entgegen und trifft eine schwerwiegende Entscheidung: Die Verfolgung von Einzeltätern wird  
55 höher gewertet, als der Schutz der Grundrechte und das Recht die eigenen Rechte  
56 wahrzunehmen des Großteils der Demonstrierenden. Dies ist eine auf Dauer gesellschaftlich  
57 nicht tragbare Wertung.

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Plastikirschen – nein Danke!

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Plastikkirschen – nein Danke!

- 1 Wir Jusos fordern, dass in den Frischwareabteilungen, insbesondere der Obst- und
- 2 Gemüseabteilung, von Supermärkten ausschließlich kompostierbare Beutel verwendet werden.
- 3 Verbraucher\*innen erhalten erst hierdurch die Möglichkeit zwischen in Plastik verpackten
- 4 Lebensmitteln und einer ökologischen Variante zu wählen.

5

6 **Begründung:**

- 7 Als Verbraucher\*in hat man in den meisten Supermärkten zwar die Möglichkeit sich zwischen in
- 8 Plastik verpackten und unverpackten Frischwaren zu entscheiden, jedoch muss die Einzelware
- 9 in den meisten Fällen noch abgewogen und transportiert werden. Dazu stehen an den Obst-
- 10 und Gemüseregalen Rollen mit Plastiktüten kostenlos zur Verfügung. Die Verschmutzung
- 11 unserer Umwelt durch Plastik sowie die gesundheitliche Belastung des Organismus durch
- 12 Plastikverpackungen sind enorm. Die Verwendung von rein kompostierbaren Beuteln für
- 13 Frischwaren würde hier an einer Stelle unseres täglichen Lebens einen Beitrag zu mehr
- 14 Umweltbewusstsein leisten.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39



**Titel** Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
gerechter gestalten

**Antragsteller** Weser-Ems

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten

### 1 **Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten**

2

3 Die Landwirtschaft und die dadurch entstandene Kulturlandschaft prägt unsere Region  
4 unübersehbar. Wie auch bei allem Anderen, ist auch die Landwirtschaft in der Region Weser-  
5 Ems nicht von Veränderungen verschont geblieben. So wurden in den letzten Jahren und  
6 Jahrzehnten aus einfachen Bauern Energieversorger mit Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken  
7 und Solarkollektoren, „Tierfabrikanten“ mit riesigen Mastställen.

8

9

10 Natürlich gehen diese Entwicklungen auch nicht spurlos an den Bürgerinnen und Bürgern 7  
11 unserer Städte und Gemeinden vorbei. Vielfach regt sich Widerstand gegen den Neubau von 8  
12 Mastställen und Biogasanlagen.

13

14 Wir wollen auch in der Landwirtschaft ein stärkeres Miteinander, und eine bessere  
15 Rücksichtnahme untereinander. Hier sind zum einen die Verursacher und die Betroffenen  
16 gefragt, zum Anderen aber auch die Handelnden in Politik und Gesellschaft. So war es dringend  
17 notwendig die gesetzlichen Grundlagen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BlmschG) und  
18 des Baugesetzbuches (BauGB) zu überarbeiten, und den Kommunen vor Ort mehr  
19 Mitspracherecht einzuräumen. Weitere wichtige Themen werden aber auch die Einhaltung des  
20 Tierschutzes in Mastanlagen und das Verbot von genmanipulierten Lebensmitteln  
21 sein. Wir wollen mithelfen, eine gerechtere Landwirtschaftspolitik zu gestalten.

22

23 Es müssen Foren geschaffen werden, um LandwirtInnen und ErzeugerInnen Gespräche mit 21  
24 der Bevölkerung und VerbraucherInnen in einer unaufgeregten und entspannten Atmosphäre zu  
25 ermöglichen.

26

27 Vor allem LandwirtInnen müssen zu mehr Transparenz bei der Haltung von Tieren animiert,  
28 gegebenenfalls auch gezwungen werden. Unter einer Kampagne „Transparenz im Stall“ können  
29 z.B. in Zusammenarbeit mit den der Landwirtschaft nahestehenden Vereinen und Verbänden  
30 Aktionen zur weiteren Verbesserung der Transparenz initiiert werden. Ebenso müssen bessere  
31 und höhere Qualitätsstandards bei der Erzeugung von 28 Lebensmitteln geschaffen, falls nötig  
32 weiterentwickelt und vor allem deren Einhaltung 29 kontrolliert werden.

33

34 Die Vielfaltigkeit des Warenangebots in Deutschland, sei es im Laden oder auch im Internet 31  
35 ist mittlerweile unermesslich geworden. Hier den Überblick zu behalten fällt oft schwer. Noch  
36 schwerer fällt es gute und schlechte Produkte auf Anhieb voneinander zu 33 unterscheiden, sei  
37 es Gesundheitsgefährdung oder einfach nur schlechte Qualität. Wie soll  
38 VerbraucherInnenschutz in Zukunft gestaltet werden, und wo besteht dringender

39 Verbesserungsbedarf? Diese Frage haben wir uns gestellt und folgende Forderungen hierzu  
40 aufgestellt:

41

42 Wir wollen vor allem in der Gastronomie als Lebensmittel verarbeitende Betriebe, aber auch in  
43 Lebensmittel herstellenden Betrieben vermehrte, öfter auch unangekündigte Kontrollen mit  
44 klaren Zuständigkeiten. Vor dem Hintergrund eines besseren VerbraucherInnenschutzes aber  
45 auch angesichts der immer stärker werdenden Lebensmittelallergien und -Intoleranzen fordern  
46 wir mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von Inhaltsstoffen. Dabei muss auch die genaue  
47 Herkunft von Komponenten und Rohstoffen wie z.B. Eiern als Käfig- oder Freilandhaltung  
48 gekennzeichnet werden. Die Kennzeichnung hat vor dem Hintergrund der Inklusion  
49 selbstverständlich barrierefrei zu sein.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Juristische Aufklärung der  
Geheimdienstskandale

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale

1 Der sozialdemokratische Justizminister Heiko Maas wird aufgefordert von seinem  
2 Weisungsrecht gegenüber dem/der Generalbundesanwalt\*/Generalbundesanwältin\* Gebrauch  
3 zu machen, sodass diese\*r Ermittlungen gegen Unbekannt aufgrund der durch die Snowden-  
4 Enthüllungen und Veröffentlichungen auf Wikileaks bekannt gewordenen Späh-Maßnahmen  
5 gegen die Bevölkerung Deutschlands, einschließlich der Bundeskanzlerin, des Finanz- und  
6 Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes aufnimmt.

7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel  
in der Europäischen Union

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union

1 Die Jusos fordern die SPD-Abgeordneten der S&D-Fraktion des Europäischen Parlaments auf,  
2 sich in der Gesetzgebung für eine größere Einheitlichkeit und Einhaltung der Mindeststandards  
3 der in der EU gültigen Fair Trade & Bio-Siegel sowie deren regelmäßige Akkreditierung  
4 einzusetzen. Insbesondere bei der Auszeichnung von Endprodukten müssen höhere  
5 Anforderungen an die Zusammensetzung der Rohstoffe gelten. Bei Nichteinhaltung oder einer  
6 Aufweichung der Qualitätsstandards soll es ferner noch eher möglich sein, Siegel abzuerkennen  
7 bzw. deren Wiedervergabe zu verweigern.

8

9 **Begründung:**

10 *Die Auszeichnung von Waren mit Fair Trade und Bio-Siegeln zielt darauf ab, entsprechend*  
11 *sensibilisierte VerbraucherInnen auf die Qualität der auf diese Weise gekennzeichneten*  
12 *Produkte hinzuweisen. Gleichzeitig soll Herstellerfirmen die Möglichkeit gegeben werden, sich*  
13 *von Konkurrenten abzugrenzen, die diese Standards ihrer Produkte bzw. verwendeter Rohstoffe*  
14 *nicht einhalten. Umso mehr muss deshalb sichergestellt werden, dass nach der*  
15 *Zulassung/Vergabe von Siegeln deren Kriterien nicht aufgeweicht werden oder dass bereits ein*  
16 *geringer Anteil verwendeter fair gehandelter bzw. biologisch hergestellter Rohstoffe für eine*  
17 *entsprechende Auszeichnung des Endproduktes ausreicht. Eine regelmäßige striktere*  
18 *Akkreditierung der Siegel sowie eine einheitliche und strengere Regelung der Vergabekriterien,*  
19 *insbesondere für aus verschiedenen Rohstoffen hergestellte Endprodukte, würden zudem die*  
20 *Sicherheit für die VerbraucherInnen deutlich erhöhen und das Vertrauen in entsprechende*  
21 *Produkte stärken.*

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Flächendeckende Gefangenenseelsorge

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Flächendeckende Gefangenenseelsorge

1 Stand Februar 2015 findet im deutschen Strafvollzug eine Gefangenenseelsorge für Angehörige  
2 muslimischer Konfessionen nur in Niedersachsen statt, nachdem das Bundesland Berlin ein  
3 entsprechendes Pilotprojekt abgebrochen hat. Eine konfessionelle Gefangenenseelsorge ist  
4 jedoch nach § 157 StVollzG Aufgabe des Justizvollzuges. Zwar sieht das Gesetz eine  
5 „anderweitige Betreuung“ vor, wenn die geringe Zahl der Angehörigen einer  
6 Religionsgemeinschaft eine hauptamtliche Seelsorge nicht rechtfertigt, dies ist jedoch  
7 zumindest in den meisten Bundesländern für MuslimInnen längst nicht mehr der Fall.  
8 Konfessionslose Gefangene werden überhaupt nicht betreut.

9  
10 Der Anteil muslimisch gläubiger Gefangener an der Gesamtzahl Inhaftierter liegt je nach  
11 Bundesland im mittleren ein- bis niedrigen zweistelligen Prozentbereich (Beispiele:  
12 Niedersachsen: 8%, Berlin: ca. 20%). Nach Artikel 140 GG ist dabei die Sicherstellung der  
13 Gefängnisseelsorge eine gemeinsame Aufgabe des Staates und der betreffenden  
14 Religionsgemeinschaften. Da jedoch konfessionslose, islamische und andere  
15 Weltanschauungsgemeinschaften bisher vereinsmäßig und in Verbandsstrukturen, nicht jedoch  
16 übergreifend als Körperschaften öffentlichen Rechts organisiert sind, ergibt sich eine Differenz  
17 zur christlichen Gefangenenseelsorge, die durch die großen Konfessionskirchen getragen wird.  
18 Für den Staat ergibt sich damit die Schwierigkeit „im Einvernehmen mit den  
19 Religionsgemeinschaften“ Seelsorger hauptamtlich (als BeamtInnen auf Lebenszeit) zu  
20 ernennen oder im Angestelltenverhältnis im Staatsdienst zu beschäftigen.

21  
22 Dies kann jedoch kein dauerhaftes Hindernis für die Bereitstellung einer umfassenden und  
23 flächendeckenden Gefängnisseelsorge darstellen. Die Gefangenen anderer  
24 Weltanschauungen haben auf eine solche schlicht ein gesetzliches Anrecht.

25  
26 Eine zusätzliche Dringlichkeit der Abschaffung dieses Missstandes ergibt sich dabei aus der  
27 Auswertung von biographischen Werdegängen fundamentalistischer GewalttäterInnen (z.B.:  
28 Attentäter von Paris und Kopenhagen, westliche UnterstützerInnen des IS und anderer  
29 islamistischer Bürgerkriegsparteien im Nahen Osten. Diese lässt den klaren Rückschluss zu,  
30 dass die maßgebliche Radikalisierung dieser jungen Menschen sehr häufig im Strafvollzug  
31 stattfand. Dabei hatten die der Haftstrafe zugrunde liegenden Straftaten häufig keinerlei  
32 religiösen Bezug, vielmehr handelte es sich zuallermeist um Eigentums- und Gewaltdelikte  
33 (Diebstahl, Betrug, Körperverletzung, Raub, usw.), die eher in Zusammenhang mit der  
34 vorhandenen sozialen Ausgrenzung und persönlichen Perspektivlosigkeit zu sehen sind.

35  
36 Junge, von der Gesellschaft desillusionierte Menschen werden dabei unter den Bedingungen  
37 einer Freiheitsstrafe leicht zu Opfern einer vermeintlich sinngebenden Hinwendung zu  
38 fundamentalistischen Interpretationen von Religionen, die ihnen zur Aufrechterhaltung und  
39 Schaffung einer eigenen Identität in Abgrenzung von der als ablehnend empfundenen

40 Mehrheitsgesellschaft dienen. Diese kann sowohl durch Vermittlung über entsprechend  
41 indoktrinierte Kontaktpersonen (Mitgefangene) wie auch durch naives Selbststudium religiöser  
42 Schriften erfolgen. Eine solche Radikalisierung geht dabei zumeist ohne eine tiefere  
43 Auseinandersetzung mit zentralen Glaubensinhalten und entsprechender Wissensaneignung  
44 einher. In Gefängnissen routinemäßig ergriffene Maßnahmen wie die Nutzung von Sperrlisten  
45 im Internet oder ähnliches können eine Verbreitung entsprechenden Gedankengutes nicht  
46 verhindern

47

48 Während andere Staaten wie Frankreich in Reaktion auf die Anschläge in Paris (auf das  
49 Satiremagazin „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt) das Problem durch  
50 Sonderhaftanstalten für „islamistische Straftäter“ zu begrenzen versuchen, ist es der vorrangige  
51 Auftrag der deutschen Strafgerichtsbarkeit, Häftlinge zu resozialisieren und auf eine Rückkehr in  
52 die Gesellschaft vorzubereiten.

53

54 Gerade angesichts des Ziels der Resozialisierung und der Erfordernis, die Haftstrafe möglichst  
55 kurz zu halten, ist es von oberster Priorität, der Radikalisierung von Strafgefangenen  
56 vorzubeugen. Dabei ist natürlich eindeutig, dass auch eine kompetente und als  
57 Glaubensautorität empfundene Seelsorge nur ein Baustein einer größeren Anstrengung zur  
58 (Re-)Integration und Radikalisierungsverhinderung leisten kann. Nur im Zusammenwirken mit  
59 bereits vorhandenen und weiter auszubauenden Programmen im Bereich der (Gewalt-  
60 )Prävention sowie der Jugend- und Sozialarbeit können langfristige Erfolge erzielt werden.

61

62 Wir fordern daher, dass in allen Bundesländern unverzüglich ein Prozess zur flächendeckenden  
63 Etablierung einer Gefängnisseelsorge für alle Weltanschauungen angestoßen wird. Diese ist im  
64 Zusammenwirken mit den vor Ort organisierten islamischen Verbänden anzustreben.

65

66 Ist eine Darstellung der Gefängnisseelsorge durch die Uneinigkeit der Verbände untereinander,  
67 eine fundamental abweichende Vorstellungen der Verbände in Bezug auf die Funktion der  
68 Seelsorge oder die Propagierung verfassungsfreundlicher Glaubensinhalte durch  
69 FunktionärInnen/VertreterInnen der Religionsgemeinschaften nicht möglich, so sollen die  
70 jeweiligen Bundesländer ein eigenständiges Seelsorgeangebot schaffen.

71

72 Dabei ist darauf zu achten, dass alle einzustellenden hauptamtlichen muslimischen  
73 SeelsorgerInnen umfassende akademische Qualifikationen in islamischer Theologie bzw.  
74 Islamwissenschaften aufweisen. Gegebenenfalls ist eine Schulung/Qualifizierung bereits  
75 vorhandener religiöser Autoritäten durch Aufbaustudiengänge zu erwägen. So die Anzahl der  
76 Häftlinge eine Differenzierung nach Glaubensrichtungen/ Konfessionen zulässt, ist die  
77 Seelsorge bekenntnisgebunden für alle Konfessionen hinreichender Größe anzubieten.

78

79 Damit soll sichergestellt werden, dass auch jedem muslimisch gläubigen Häftling regelmäßig  
80 einE kompetenteR AnsprechpartnerIn zur Verfügung steht, der Fragen über und in Bezug auf  
81 Religion und Weltanschauungen mit einer entsprechenden Autorität beantworten und das  
82 Selbststudium anleiten und begleiten kann. Die Anstellung soll im staatlichen  
83 Angestelltenverhältnis erfolgen (öffentlicher Dienst). Entlohnung und Arbeitsbedingungen sollen  
84 den SeelsorgerInnen christlicher Konfession gleichgestellt werden. Im Auswahlprozess der  
85 Seelsorger (z.B. bei Berufungskommissionen) sowie eventueller „freier SeelsorgehelferInnen“  
86 ist bei Bedarf auf die Fachkenntnisse universitärer Forschungsinstitutionen zurückzugreifen  
87 sowie eine Abfrage polizeilicher und geheimdienstlicher Institutionen durchzuführen. Es soll  
88 sichergestellt werden, dass die GefängnisseelsorgerInnen auch in der Transitionsphase nach  
89 einer Haftentlassung als AnsprechpartnerInnen der ehemaligen Häftlinge zur Verfügung stehen  
90 und diesen weitere Hinweise in Bezug auf Resozialisierungsprogramme, eine Nachbetreuung  
91 oder religiösen Anschluss geben können.

92

93 Die Einbindung regionaler Weltanschauungs-/Religionsgemeinschaften in die  
94 Gefangenenseelsorge soll dabei nach Maßgabe des Anstaltsleiters (gemäß § 157/3 StVollzG)  
95 auf Veranlassung der hauptamtlichen Seelsorger in Form „freier SeelsorgehelferInnen“ erfolgen,  
96 soweit dies zur Abwicklung religiöser Glaubensakte oder sonstiger Veranstaltungen notwendig  
97 erscheint.

98

99 Langfristig ist es unser Ziel, dass - soweit es ermöglicht werden kann - die Gefangenen aller  
100 Religionen eine ihrem Glauben entsprechende Seelsorge erhalten können.

**Titel** Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!

1 In Artikel 3 des Grundgesetzes steht „(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner  
2 Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens,  
3 seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand  
4 darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Diese Passage beinhaltet den Ausdruck  
5 „Rasse“, welcher aus historischen Gründen mehr als verwerflich ist und sofort ersetzt werden  
6 muss. Gleiches gilt für Artikel 10, Abs. 2 der Verfassung von Berlin, die dem Grundgesetz im  
7 Wortlaut gleicht, aber die sexuelle Identität richtigerweise zusätzlich aufführt.

8  
9 Der u.a. von den Nationalsozialisten gebrauchte „Rasse“ Begriff ist diskriminierend und in einer  
10 weltoffenen Gesellschaft, die Alltagsrassismus bekämpft und sich von rechtem Gedankengut  
11 distanzieren möchte, nicht tragbar. Vor allem nicht in einem Gesetzestext. Er legitimiert  
12 rassistisches Verhalten gegenüber Menschen und ist sowohl im biologischen als auch  
13 soziologischem Kontext als inkorrekt anzusehen. In einer Erklärung 1996 nahm der Verband  
14 deutscher Biolog\*innen dazu Stellung und hält fest: „Rassen“ sind nicht als solche existent, sie  
15 werden durch die angewandte Sichtweise konstituiert. [...] Die Einteilung und Benennung von  
16 Unterarten und „Rassen“ täuscht eine Exaktheit vor, die der tatsächlich gegebenen genetischen  
17 Vielfalt nicht entspricht. [...] Das zähe Festhalten vieler Menschen (darunter auch Biologen) an  
18 Rassekonzepten ist nicht wissenschaftlich, sondern sozialpsychologisch begründet.“

19  
20 Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland betont, dass eine ersatzlose Streichung eine  
21 Lücke für rassistische Diskriminierung schaffen und somit den Zweck der Streichung des  
22 „Rasse“-Begriffes aus dem Grundgesetz nicht erfüllen würde. Der Begriff muss deshalb durch  
23 das Wort rassistisch ersetzt werden. Dann muss der Absatz folgendermaßen lauten: „Niemand  
24 darf rassistisch, wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner  
25 Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen  
26 benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt  
27 werden.“ Äquivalent ist mit der Berliner Landesverfassung zu verfahren!

28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv

1 Der Krieg gegen die Drogen scheitert nicht nur darin Menschen davon abzuhalten sie zu  
2 konsumieren, sondern schadet Ihnen noch zusätzlich indem er sie kriminalisiert. Sucht ist eine  
3 Krankheit und kein Verbrechen, so muss sie auch behandelt werden. Eine evidenzbasierte  
4 Strategie im Umgang mit Drogen bedeutet verantwortlich den Schaden von Substanzen  
5 einzuschätzen und sowohl individuelle Freiheiten, wie das Recht auf Selbstschädigung, als  
6 auch die Wohlfahrt der Bevölkerung im Blick zu haben.

7  
8 Die Neigung eine Substanzabhängigkeit zu entwickeln ist von der Anzahl D2 Rezeptoren  
9 abhängig, deren Stimulation das Glückshormon Dopamin freisetzt. Die Zahl der Rezeptoren ist  
10 genetisch unterschiedlich zwischen Menschen verteilt, kann jedoch durch Stress gesenkt  
11 werden. *Suchtstoffe verändern in der Folge problematischen Konsums die Verschaltung und die*  
12 *Reaktionsweisen im Belohnungssystem des Gehirns.*[1] Pharmakologisch existieren  
13 verschiedene Gruppen, die sich nach der Wirkung, der jeweiligen psychoaktiven Substanz  
14 orientieren und sowohl als Medikament oder Rauschmittel genutzt werden, wobei die Dosis  
15 häufig den Unterschied zwischen beabsichtigter und toxischer Wirkung definiert. Anxiolytika  
16 etwa wirken angstaflösend. Zu Ihnen gehören Alkohol, Benzodiazepine(Valium) und  
17 Barbiturate. Zu den schmerzstillenden Analgetika gehören sowohl Opioide wie Morphin, Kodein  
18 und Heroin als auch THC und Ketamin. Nikotin, Kokain, Koffein sowie Amphetamine erhöhen  
19 die Aktivität der Nerven, weswegen sie zur Gruppe der Stimulanzien gehören. Schließlich gibt  
20 es noch die die Wahrnehmung verändern Halluzinogene wie LSD, Meskalin oder Psilocybin und  
21 die psychische Verfassung ändernde Psychopharmaka. Verstärkt treten heutzutage auch  
22 Kräutermischungen auf, die oft synthetische Cannabinoide enthalten, deren Zusammensetzung  
23 sich aber ständig der jeweiligen Rechtslage anpasst und damit als „Legal Highs“ sowohl schwer  
24 einzuschätzen als auch verfolgt werden können.

25  
26 **Repression**

27  
28 Das erste internationale Abkommen über über Drogen war die Haager Opiumkonferenz 1912,  
29 welche ein weltweites Verbot von Opium anstrebte. Hiervon ausgenommen wurde nur die  
30 medizinische und wissenschaftliche Nutzung. In der folgenden Genfer Opiumkonferenz wurde  
31 dieses Verbot 1925 auf Heroin, Kokain und Cannabis ausgedehnt. Dieses Abkommen wurde  
32 1961 durch das Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel der Vereinten Nationen ersetzt,  
33 was weitere Drogen unter die Überwachung eines internationalen Suchtstoffkontrollrates(INCB)  
34 unterstellte und diese in vier Gruppen nach deren angenommener Schädlichkeit bzw.  
35 therapeutischem Wert einordnete. Nach dem Aufkommen neuer synthetischer Drogen wurde  
36 1971 ein paralleles Kontrollsystem geschaffen und beide 1988 durch die Konvention gegen den  
37 illegalen Verkehr von Rauschgiften und psychotropen Substanzen um weitere Handels- und  
38 Konsumeinschränkungen ergänzt. Schadensmindernde Maßnahmen wie Drogenkonsumräume,



39 Spritzentausch oder die therapeutische Abgabe von Drogen[2] sowie die Herabstufung deren  
40 Besitzes zu einer Ordnungswidrigkeit stehen ihnen nicht entgegen. Eine Legalisierung hingegen  
41 nach Art. 3 § 2 des letzteren Abkommens schon.

42

43 Die Konsumeinschränkung verschiedener Drogen verfolgt einerseits, das Ziel konkurrierende  
44 Substanzen vom Markt zu verdrängen oder bestimmte Bevölkerungsgruppen zu kriminalisieren.  
45 Der Konsum von Kaffee wurde auf Drängen der Alkoholproduzenten in Preußen des 18  
46 Jahrhunderts beschränkt, wie auch das Verbot von Cannabis in Südamerika durch die  
47 spanische Kolonialmacht dazu diente Monopolgewinne für den Alkoholvertrieb abzuschöpfen.  
48 Ursprung der Alkoholprohibitionsbewegung in den USA, war die Statusangst ländlicher  
49 protestantischer Einheimischer gegenüber katholischen irischen, deutschen, italienischen und  
50 polnischen Einwander\_innengruppen nach dem amerikanischen Bürgerkrieg. Die  
51 Opiatprohibition der Vereinigten Staaten Anfang des 20 Jahrhunderts war ebenso eine subtile  
52 Möglichkeit gegen eine wachsende asiatische Bevölkerungsgruppe vorzugehen. So war etwa  
53 das trinken von Opium erlaubt, während das häufig von Chinesen praktizierte rauchen der  
54 Substanz, strafbar wurde. Mexikanische Landarbeiter\_innen im Süden der USA wurden über ein  
55 Cannabisverbot kriminalisiert und die Crack-Hysterie in den 1980er Jahren, betraf maßgeblich  
56 Afro-Amerikaner\_innen, während das Strafmaß für Kokain, was vor allem von wohlhabenden  
57 hellhäutigen Menschen konsumiert wird, weit niedriger liegt.[3] Ähnliche Muster sind zu  
58 erkennen, wenn wir heute vom Amphetamine-Handel reden und der Droge „Crystal-Meth“, die  
59 zu Teilen aus osteuropäischen Ländern kommt und zum Aufhänger für Forderungen nach  
60 stärkeren Grenzkontrollen und einem Misstrauen gegenüber den Menschen aus diesen Ländern  
61 gemacht wird. Im Bereich des „racial profiling“ beobachten wir hier oft das gleiche Prinzip. Wenn  
62 es um Drogenhandel geht, werden auf Grundlage von Stereotypen vorwiegend Personen  
63 bestimmter Bevölkerungsgruppen kontrolliert, gegenüber denen ein Misstrauen besteht, was auf  
64 gesellschaftlichen Rassismus basiert. Es liegt hier auch die Vermutung nahe, dass die  
65 Kriminalisierung oder verstärkte Konzentration der Polizeikontrollen bei einer konkreten Droge  
66 gezielt geschieht, um eine ökonomische Klasse und/oder ethnische Gruppe zu kriminalisieren  
67 und hieraus als Konsequenz eine vermeintliche Legitimation für polizeiliche Methoden oder  
68 rechtspopulistische Aussagen zu erlangen. Natürlich ist eine Droge, wenn sie in breiten  
69 Bevölkerungsschichten verfügbar ist, damit auch eine große Gefahr für die öffentlichen  
70 Gesundheit. Dennoch wird hier eben nicht die Breite der verschiedenen Schichten, die solchen  
71 Drogen verfallen berücksichtigt, sondern gezielt gegenüber den Bevölkerungsschichten  
72 vorgegangen, die entsprechend der Stereotypen mit dieser verbunden werden. Die  
73 Strukturschwäche in manchen Regionen wird dann nicht mit der systemimmanenten Logik im  
74 Kapitalismus verbunden, sondern mit dort lebenden Gruppen, die zu verabscheuen Legitim ist,  
75 u. a. weil sie für Drogen verantwortlich sind.

76

77 Bei Gütern mit geringen Investitionskosten ist es schwer Marktmarkt zu erreichen. Bei Drogen  
78 werden durch Verbote jedoch künstliche Hürden aufgebaut. Um Marktanteile zu gewinnen  
79 werden deshalb Konkurrenten bedroht, ohne eine Anzeige fürchten zu müssen und Hinweise an  
80 die Polizei gegeben um sie zu schwächen. Ein verstärktes vorgehenden der Exekutive gegen  
81 den Drogenhandel, führt zwar dazu dass mehr Drogen entdeckt und Händler\_innen und  
82 Schmuggl\_innen verhaftet werden, eine hierdurch erzeugte Unterversorgung sowie damit  
83 einhergehende Deflation auf dem Drogenmarkt, bringt die verbliebenen Anbieter\_innen jedoch  
84 in die Lage höhere Preise durchzusetzen und damit mehr in ihre Ausrüstung investieren zu  
85 können. Zugleich sorgen die gestiegenen Gewinnmargen dafür, dass weitere Akteure in den  
86 Markt eintreten. Profiteur\_innen eines solchen Verbotes sind diejenigen Organisationen, die es  
87 schaffen die entstehende "Marktlücke" abseits der Legalität zu füllen.

88

89 In Deutschland stellt der Drogenhandel den größten Bereich der organisierten Kriminalität (204  
90 Gruppen 35,2 % von allen) dar.[4] In vielen Ländern finanzieren Terrorzellen und Warlords ihre  
91 illegalen Geschäfte wie Waffenhandel durch den Verkauf von Drogen, deren Absatzmarkt ihnen  
92 durch die Kriminalisierung erst geschaffen wird. Auch besteht durch die Preisunterschiede in  
93 ärmeren Ländern wie Afghanistan ein Anreiz Drogen statt Nahrungsmitteln anzubauen, wodurch  
94 die Versorgung der Bevölkerung gefährdet wird. Ein Kampf gegen den Anbau mit der  
95 Zerstörung von Drogenanbaugebieten führt wiederum zu schweren Umweltbelastungen.

96

97 Konsument\_innen von „harten Drogen“ sind gemäß ihrem Bevölkerungsanteil bei den  
98 aufgeklärten Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik weit überrepräsentiert. Am  
99 häufigsten gilt dies für 2.091 Delikte direkter Beschaffungskriminalität im Jahr 2013 wie den

100 Raub oder Diebstahl von Betäubungsmitteln, Ausweichmitteln und Rezeptformularen aus  
101 Apotheken, Arztpraxen, Krankenhäusern sowie Rezeptfälschungen. Aber auch indirekte  
102 Beschaffungskriminalität, wie dem Verkauf und Schmuggel von Drogen sowie dem Diebstahl  
103 von Geldmitteln zur Finanzierung der Sucht ist unter Abhängigen verbreiteter.[5] Etwa ein Drittel  
104 der männlichen und die Hälfte der weiblichen Häftlinge gelten als intravenös drogenabhängig.[6]  
105

106 Etwa 15 % der männlichen und 38 % der weiblichen intravenös Drogenabhängigen gehen der  
107 Prostitution nach. Nach dem Drogenverkauf war die Beschaffungsprostitution für Frauen die  
108 zweitwichtigste Einnahmequelle zur Finanzierung der eigenen Sucht und häufig auch der des  
109 Partners.[7] Drogenabhängige Straßensexarbeiter\_innen befinden sich gegenüber Kunden in  
110 einer schwachen Verhandlungsposition, weswegen bei Ihnen im Vergleich zu anderen  
111 drogenfreien Straßenprostituierten doppelt so häufig nach Sex ohne Kondom nachgefragt wird  
112 und dreimal so häufig gegen die vorherige Absprache versucht wird diesen durchzusetzen.[8]  
113

114 Ein Verbot eines Rauschmittels bedeutet immer einen hohen Aufwand des Justizsystems, da  
115 nicht nur gegen die Händler\_innen vorgegangen wird, sondern auch gegen die weit größere  
116 Zahl der Konsument\_innen. Diese werden, statt Ihnen medizinisch zu helfen, durch eine  
117 Verurteilung sozial isoliert. 57 % aller Drogendelikte in Deutschland basieren allein auf Cannabis  
118 und davon gehen 81 % auf Konsumdelikte zurück[9]. Die deutsche Gesellschaft kostet die  
119 Kriminalisierung neben der Einschränkung der Freiheit jedes/r Einzelnen und anderer Grund-  
120 und Menschenrechte im Jahr 2006 auch zwischen 3,4 bis 4,4 Mrd. € an Polizeieinsätzen,  
121 Gerichtsprozessen und Strafvollzug. Die Ausgaben für Prävention, Therapie und  
122 Schadensminderung machen zusammen mit ca. 1,8 bis 1,9 Mrd € nur ein Drittel aller mit  
123 illegalen Drogen verbundenen Kosten aus.[10] 1994 urteilte das  
124 Bundesverfassungsgericht(BVerfGE 90, 145) das beim Besitz geringer Mengen von Cannabis  
125 von einer Strafverfolgung abgesehen werden soll. Allerdings wurde anschließend  
126 Drogenkonsument\_innen nach § 14 Fahrerlaubnisverordnung durch die Hintertür grundsätzlich  
127 die körperliche und geistige Fähigkeit, zum Führen eines Kraftfahrzeuges abgesprochen, auch  
128 wenn der Nachweis des Konsums nicht in Zusammenhang mit einer Autofahrt steht.  
129

130 Portugal hat 2001 den Besitz von geringen Mengen von Rauschmitteln als Ordnungswidrigkeit  
131 eingestuft. Diese kann eine Geldstrafe oder Sozialstunden nach sich ziehen. Die betroffene  
132 Person soll auf die Möglichkeit von Therapieangeboten hingewiesen werden.. Seitdem hat sich  
133 die Zahl der Strafverfahren im Drogenbereich halbiert. Erhöht haben sich die Zahl der Personen  
134 die Hilfe annehmen und die von Behörden sichergestellten Drogen. Reduziert haben sich  
135 hingegen der Verkaufspreis illegaler Rauschmittel sowie die Zahl der opiatbedingter Todesfälle  
136 und Infektionskrankheiten.[11] Solange keine flächendeckenden staatlichen Programme zur  
137 Rehabilitation straffälliger Personen existieren, sollen die Geldstrafen bei Gerichtsprozessen in  
138 dieses Einrichtungen freier Trägerschaft fließen.

139

140 Deshalb fordern wir:

141

- 142 • Herabstufung des geringfügigen Besitzes von illegalen Drogen als Ordnungswidrigkeit,  
143 die eine Geldstrafe oder Sozialstunden nach sich ziehen kann. In jedem Fall aber soll die  
144 Person über eine medizinische Behandlung aufgeklärt und ein Angebot dazu gemacht  
145 werden
- 146 • Hinwirkung der Bundesregierung auf Streichung von Cannabis und Cannabisharz in den  
147 UNO Verträgen sowie von Cannabis/Cannabis-Produkten in Art. 71 des Schengener  
148 Übereinkommens. Falls dies keinen Erfolg hat Austritt und Wiedereintritt unter Vorbehalt,  
149 der den Antragsforderungen konkurrierender Paragraphen
- 150 • Neuordnung des internationalen Drogenkontrollsystems in neuem Vertrag mit Wahrung  
151 der Menschenrechte deren Verantwortung bei der WHO statt der UNODC liegen soll
- 152 • Verlegung Suchtkranker Strafgefangener in Anstalten mit Entzugs- und  
153 Substitutionsmöglichkeit
- 154 • „racial profiling“ durch interne Polizeischulungen überwinden
- 155 • Streichung von §2 Abs. 12 StVG, § 24a Abs. 2 Satz 2 StVG und § 14  
156 Fahrerlaubnisverordnung (Führerscheinenzug bei Drogenkonsumenten unabhängig von  
157 Autofahrt)
- 158 • Ersetze in §153a Abs.2 StPO „gemeinnützigen Einrichtung“ durch „Einrichtung zur  
159 Förderung von Sanktionsalternativen, der Opfer-, Straffälligen- oder Jugendhilfe“  
160

## 161 Therapie

162

163 Die Marktwirtschaft zwingt den Menschen einen durchgehenden Wettbewerb auf. Die Folge  
164 hieraus ist, dass Drogen auch zur Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit genutzt werden.  
165 Selbst im Bildungsbereich, wo der eigentliche Zweck nicht Selektion, sondern Vermehrung des  
166 Wissens sein sollte, führt dies zu erheblichen Konsum verschiedener Substanzen wie etwa  
167 Kokain oder dem chemisch verwandten Stoff Methylphenidat (Ritalin).

168

169 Der epidemiologische Suchtsurvey schätzt 2012 in Deutschland 5,6 Millionen Tabakabhängige;  
170 2,3 Mio. Medikamentenabhängige; 1,6 Mio. Alkoholabhängige und 0,3 Mio. Abhängige anderer  
171 Substanzen im Alter von 18 bis 64 Jahre. Jeder 25te Alkoholkonsument, bzw. jeder dritte  
172 Tabakkonsument ist nach DSM IV abhängig. In der Jugend ist Cannabis am verbreitetsten, in den  
173 mittleren Altersstufen sind es Alkohol, Nikotin und zu einem geringeren Teil Kokain und  
174 Amphetamine, während es im Alter und bei Frauen vor allem Medikamente sind. Grund hier ist  
175 auch, dass mittlerweile die gesellschaftliche Erwartungshaltung an Frauen, nämlich sowohl im  
176 Beruf erfolgreich zu sein, als auch eine Familie zu gründen einige Frauen an ihre körperlichen  
177 Grenzen zwingt, weswegen viele hier auf Substanzen zur Verbesserung des psychischen  
178 Zustandes zurückgreifen. Der Krieg gegen die Drogen führt dazu, dass Drogensucht  
179 grundsätzlich geächtet wird, statt sie als Krankheit zu begreifen und der gesellschaftliche  
180 Mainstream verurteilt Frauen wesentlich stärker im Falle von Drogensucht und hält diesen bei  
181 ihnen für unnormal und selten. Dies lässt sich auch durch die stark abweichenden Strafen bei  
182 Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz sehen, in dem Frauen weit aus kürzere  
183 Haftstrafen haben und weitaus seltener überhaupt erst aufgegriffen werden. Dies wiederum  
184 erschwert Frauen sich ihre Sucht einzugestehen und Hilfe zu suchen.

185

186 Menschen aus einem stabilen sozialem Umfeld, intakter Familie sowie einem mehr oder  
187 weniger sorgenfreien Leben rutschen wesentlich schwerer in die Situation einer Sucht, als  
188 andere, die unter Umständen sich auch aus Zugehörigkeitsgründen beteiligen. Ignoriert wird  
189 hierbei der Wille junger Menschen verschiedene Sachen auszuprobieren, das soziale Umfeld  
190 durch das eine Prägung stattfindet, die Drogen als Möglichkeit mit Belastungen klarzukommen  
191 oder kurzfristig mehr Energie zu haben, um verschiedene von einem/r verlangte Aufgaben zu  
192 bewältigen. Die Kriminalisierung menschlichen Verhaltens in einer bestimmten  
193 Entwicklungsphase ist auch deshalb nicht zielführend.

194

195 Suchtkranke sehen sich in ihrer Not verschiedenen Problemen gegenüber. So schließt eine  
196 Suchtklausel privat Krankenversicherte generell von Leistungen, die in Zusammenhang mit  
197 Substanzabhängigkeit stehen aus. Gesetzlich Versicherte sehen sich langen Wartelisten bei  
198 Spezialisten gegenüber und man behandelt an Ihnen oft Suchtfolgeerkrankungen wie  
199 Intoxikationssyndrome, Entzugssyndrome oder alkoholbedingte Organschäden. Für die  
200 Behandlung des zugrunde liegenden psychischen Krankheitsprozesses und der psychischen  
201 Bindung an das Suchtmittel ist die Rentenversicherung zuständig. Ebenfalls gibt es kaum  
202 Programme zur Diagnose, Beratung, Vorbeugung und Behandlung der Tabakabhängigkeit in  
203 Gesundheitseinrichtungen und Rehabilitationszentren, wie es etwa im  
204 Tabakrahenübereinkommen Art. 14 Abs. 2 c festgehalten ist.

205

206 Besonders betroffen sind Heroinkonsumenten, da dieses häufig gespritzt wird und der Tausch  
207 der Spritzen, das Risiko für Infektionskrankheiten erhöht. Die Fixierung auf Abstinenz in der  
208 Drogenpolitik führte hier bei häufig vorkommenden Rückfällen oftmals zu Überdosierungen  
209 aufgrund einer verlorenen Opioidtoleranz. Gerade weil lebensrettende Mittel wie Naltrexon nicht  
210 an die Betroffenen ausgegeben werden. Die Standardbehandlung bei diesen Personen, ist  
211 heute Heroin durch weniger schädliche Stoffe auszutauschen, welche die Entzugssymptome  
212 unterdrücken. Zwischen 2003 und 2012 hat sich die Zahl der substituierten Menschen in  
213 Deutschland von 52.700 auf 75.400 erhöht (43 %). Die Zahl der suchtmmedizinisch qualifizierten  
214 Ärzt\_innen stieg um 63 % (5148 auf 8416). Allerdings praktizieren nur geringfügig mehr als  
215 2003 (+4,8 % 2607 zu 2731). Insbesondere in ländlichen Gegenden ist dies ein  
216 Versorgungsproblem. Als Gründe werden die unsichere Rechtslage, geringe Vergütung und der  
217 bürokratische Aufwand genannt[12]. So schließt die Richtlinie Methoden vertragsärztliche  
218

219

219 Versorgung des gemeinsamen Bundesausschusses etwa die Substitution von mehrfach  
220 Drogenabhängigen aus und fordert regelmäßig darzulegen, warum nicht mit einem Entzug der  
221 Droge begonnen werden kann. Zudem springen nicht alle auf die Ersatzdrogen an. Erfahrungen

222 in der Schweiz zeigen dass eine kontrollierte Abgabe von Heroin an Süchtige in und außerhalb  
223 von Gefängnissen das Infektionsrisiko sowie Überdosierungen senken kann.[13] Eine  
224 medizinische zur Verfügung Stellung von Diamorphin führte in der Schweiz zu einer Abnahme  
225 der Kriminalität und zu einem Zusammenbruch des Heroinmarktes.[14] In Deutschland ist  
226 Diamorphin seit 2009 als Behandlungsmittel zugelassen. Bisher haben neben den  
227 Versuchseinrichtungen nur zwei Diamorphinpraxen in Deutschland eröffnet. Was daran liegt,  
228 das eine „seit mindestens fünf Jahren bestehende Opiatabhängigkeit, verbunden mit  
229 schwerwiegenden somatischen und psychischen Störungen bei derzeit überwiegend  
230 intravenösem Konsum vor“ liegen muss. Zudem muss gleichzeitig der „Nachweis über zwei  
231 erfolglos beendete Behandlungen der Opiatabhängigkeit vor, davon eine mindestens  
232 sechsmonatige Behandlung“ vorhanden sein.

233

234 Deshalb fordern wir:

235

- 236 • Gleichstellung der Suchterkrankung in Diagnostik und Therapie mit anderen
- 237 psychiatrischen Erkrankungen
- 238 • Erhöhung der Quote von Psychotherapeut\_innen
- 239 • Streichung „zur Rauchtätigkeit“ in §34 Abs. 1 SGB V (Ausschluss von Arzneimitteln)
- 240 • Senkung der Hürde der Abgabe von Diamorphin für Heroin/Morphin Abhängige
- 241 insbesondere in oraler Form
- 242 • Anschubfinanzierung von 100 Diamorphinpraxen aus Bundesmitteln
- 243 • Ausgabe von Naltrexon an Substitutionspatient\_innen
- 244 • Prüfung weiterer Substitutionsmöglichkeiten für andere Rauschmittel

245

## 246 **Regulierung**

247

248 Grundsätzlich soll eine Freigabe von Rauschmittel im freien Verkauf in Anlehnung an den  
249 Psychoactive Substances Act Neuseelands von 2013 nur anhand klinischer Studien erfolgen,  
250 die zumindest eine toxikologische Vertretbarkeit der Substanzen gewährleisten sollen. Bis dahin  
251 sind diese Substanzen nicht handelbar. Die Studiendaten sollen zudem der Allgemeinheit  
252 zugänglich sein, um eine Überprüfung standzuhalten. Für den Wirkstoff THC in Cannabis liegen  
253 bereits vielfältige Test vor. So hilft die Substanz bei Schizophrenie, Multiple Sklerose,  
254 Amyotrophe Lateralsklerose und als Schmerzmittel bei Krebspatienten. Eine Förderung von  
255 Psychosen konnte hingegen bisher nicht nachgewiesen werden.[15] Trotzdem ist es aber als  
256 nicht verkehrsfähige Betäubungsmittel in der Anlage des BtMG aufgeführt. Mit einer  
257 Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist jedoch demnächst zu rechnen.

258

259 Auch wenn der Cannabiskonsum schon heute weit verbreitet ist, reflektieren nur die wenigsten  
260 Konsument\_innen die Risiken wirklich. Durch ein Cannabis-Verbot kauft der Kunde oder die  
261 Kundin ihr Produkt in den meisten Fällen bei Personen, die auch andere, so genannte „harte“  
262 Drogen verkaufen. Durch den ständigen Umgang mit letzteren wird eine, durch die dauerhafte  
263 Konfrontation verschuldete, Verharmlosung anderer Rauschmittel erzeugt. Für Cannabis ist eine  
264 physische Abhängigkeit möglich, wenn auch nicht so ausgeprägt, wie bei Alkohol oder Opiaten  
265 der Fall, diese tritt ein bis zwei Tage nach dem letzten Konsum auf, welcher ein bis zwei  
266 Wochen danach anhält. Insbesondere bei hoher Konsummenge, wenn Alltagssituationen und  
267 Stress nur noch durch den Griff zum Joint bewältigt werden können. Dies ist insbesondere bei  
268 jungen Menschen deren Gehirn noch in der Entwicklung ist gefährlich. Ein generelles Verbot  
269 verhindert eine altersabhängige Abgabe. Durch die Aufhebung des Verbotes eröffnet sich für  
270 den Staat die Möglichkeit einer Besteuerung und beendet damit gleichzeitig die Kriminalisierung  
271 großer Bevölkerungsschichten, ohne, dass diese einem/r Dritten durch Wort oder Tat Schaden  
272 zufügen. Dies würde auch die Kosten im Justizsystem enorm senken, während die zusätzlichen  
273 Belastungen durch eine Legalisierung etwa durch eine Zunahme der Therapien oder sinkende  
274 Geldstrafen überschaubar sind. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (GG Art.20, Abs. 3)  
275 spricht ebenso für eine Politik des Regulierens anstatt der strikten Verbote, wie der  
276 Gleichbehandlungsgrundsatz (GG Art. 3, Abs. 13) mindestens eine Gleichstellung mit Drogen  
277 wie Alkohol und Nikotin geradezu vorschreibt.

278

279 Ein weiteres Problem unregulierter Märkte, ist die mangelnde Qualitätskontrolle. Dies betrifft  
280 sowohl die daraus resultierende Strafverfolgung, als auch gesundheitliche Risiken und  
281 Nebenwirkungen, welche bspw. durch Streckmittel entstehen, welche aufgrund des  
282 Schwarzmarktes und der dadurch nicht vorhandenen Rechtssicherheit der Käufer\_innen weit

283 verbreitet sind. So kam es z.B. im Jahr 2007 in Leipzig durch „gestrecktes“ Cannabis zur  
284 größten Bleivergiftung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Immer wieder tauchen Fälle auf, in  
285 denen Cannabis mit Zucker oder Haarspray gestreckt wird - mit verheerenden Folgen für die  
286 Konsument\_innen. Auch wurde bei der Züchtung von Cannabis vorwiegend auf eine Anhebung  
287 des THC Inhaltes gesetzt. Zwischen 1995 und 2012 stieg der THC Anteil von der weiblichen  
288 Cannabispflanze in den USA von 4 auf 12 % an.[16] Auch für andere Substanzen ist ein  
289 Screening wichtig. Dies ist in Deutschland bisher nur in Apotheken möglich. Für einen mobilen  
290 Einsatz von „Drug-Checking“ Angeboten bei Suchthilfeeinrichtungen, Diskotheken oder  
291 Festivals muss der Besitz geringer Mengen illegaler Substanzen straffrei werden und  
292 gleichzeitig eine Grundlage im Betäubungsmittelgesetz geschaffen werden neben Apotheken  
293 auch mobilen Einheiten diese Analysen zu gestatten.[17]

294

295 Wir fordern deshalb:

296

- 297 • Einführung einer Positivliste klinisch getesteter Rauschmittel
- 298 • Veröffentlichung der Daten klinischer Studien durch die Europäische Arzneimittelbehörde  
299 (EMA)
- 300 • Der Anbau von Cannabis soll für staatlich zugelassenen Anbau- und  
301 Verarbeitungsanlagen legalisiert werden. Diese sollen regelmäßig durch eine staatliche  
302 Stelle kontrolliert werden
- 303 • Organisation des Vertriebes über das bestehende Apotheken-Netz
- 304 • Streichung § 19 Absatz 3 und § 24a BtMG (Anbau und Anzeige von Nutzhanf)
- 305 • Kennzeichnung der Inhaltstoffgehalts von THC und CBD in Cannabisprodukten
- 306 • Altersbeschränkung von Cannabiskonsum auf 18 Jahre
- 307 • Verbot von THC im Blut(>5,0 ng/ml) im Straßenverkehrsgesetz § 24a Absatz 1 sowie  
308 Streichung von Cannabis aus Anlage zur StVG
- 309 • Einfügung von „Drug Checking“ Angeboten im BtMG analog Drogenkonsumräumen

310

### 311 **Prävention**

312

313 Des Weiteren muss die Präventionsarbeit verbessert werden. Diese soll auf keinen Fall aus  
314 undifferenzierter Panikmache bestehen, denn bei einem Großteil der Jugendlichen hat dies nur  
315 eine größere Neugierde zur Folge. Außerdem wird diese Panikmache schnell als unwahr  
316 entlarvt und macht diese obsolet. Die BzGA geht davon aus, dass die Hauptgründe für  
317 Drogenkonsum Jugendlicher Abgrenzung von der Elterngeneration, Ausdruck des persönlichen  
318 Stils, Absichtliche Normenverletzung, Genuss oder auch der Reiz eines damit laut Klischees  
319 verbundenen „Alternativen Lebensstils“ ist. Genau hier muss Prävention ansetzen, denn bereits  
320 in der Jugend entscheidet sich oft in wie weit etwa Cannabiskonsum das Leben beeinflussen  
321 wird. Die Pädagogik, die in dem Zusammenhang bisher gefahren wurde war alles andere als  
322 produktiv. Lediglich 3,7% der Jugendlichen vermeiden, verzögerten oder beendeten ihren  
323 Konsum illegaler Drogen auf Grund der bisherigen Drogenpräventionsprogramme. Deshalb  
324 wollen wir das Problem Grundsätzlicher angehen. Drogenprävention umfasst wesentlich mehr  
325 Dinge, als nur Aufklärung über potentielle Schäden durch deren problematischen Konsum.  
326 Beispielsweise müssen Schulen mit stärker mit Psycholog\_innen und Sozialarbeiter\_innen  
327 ausgestattet werden. Deren Aufgabe muss es sein Faktoren, die für den Drogenkonsum oder  
328 einen extremen Anstieg des Konsums bei Einzelnen verantwortlich sind, zu bekämpfen, bevor  
329 eine Verschlimmerung auftreten kann. So sind Menschen mit einem schwachen sozialen  
330 Umfeld gefährdeter dauerhaft süchtig zu werden, da sie ihre Probleme mit dem Konsum von  
331 Drogen versuchen zu bewältigen. Schulen müssen eine bessere finanzielle Ausstattung in  
332 diesem Bereich erfahren. Dazu können sowohl akademisch ausgebildete Menschen aus dem  
333 Zusammenhang der Naturwissenschaften, Pädagogik, ebenso wie „Aussteiger“, die ihre  
334 drogendominierte Vergangenheit hinter sich gebracht haben über Drogenmündigkeit sprechen.

335

336 Entgegen den Angaben der Industrie dient Werbung nicht dazu Marktanteile umzuverteilen,  
337 sondern Neukunden zu gewinnen.[18] Werbung und Sponsoring kann bei Heranwachsenden  
338 eine kulturelle Prägung zu Suchtmitteln bewirken. Diejenigen die etwa viel Alkoholwerbung  
339 gesehen haben, nehmen den typischen Alkoholkonsumenten als lebensfroh, glücklich,  
340 gutaussehend wahr, was mit einer positiven Haltung gegenüber Trinkmenge und Trinksituation  
341 verbunden ist. Der allgemein verbreitete Konsum von Alkohol wird weit überschätzt.[19] Nach  
342 dem 2003 ratifizierten WHO Tabakrahenübereinkommen hat sich Deutschland verpflichtet ein  
343 Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabaksponsoring zu

344 erlassen (Art. 13 Abs.2). Trotzdem sind Verkaufsfördernde Aktionen (Promotion), Kinowerbung  
345 nach 18 Uhr sowie, als einzigem EU Staat, auch Werbeplakate für Tabakprodukte noch erlaubt.  
346 Generell widerspricht die Werbung für suchterzeugende Stoffe der Prävention.

347

348 Verbrauchssteuern auf Stoffe, die nicht im Übermaß genossen werden sollen sind in  
349 Deutschland lange bekannt. Seit 1887 existiert eine einheitliche Steuern auf Brandwein in  
350 Deutschland. Der Steuersatz steigt hierbei mit dem Alkoholgehalt an. Es werden i.d.R. 13,03 €  
351 pro Liter reinem Alkohol fällig (§ 131 BranntwMonG). Seit 1902 existiert eine Steuer auf  
352 Schaumweine, worunter mittlerweile auch alkoholische Zwischenerzeugnisse fallen. Bei unter 6  
353 % Alkoholanteil werden sie pro Liter weniger besteuert als Erzeugnisse darüber (§2  
354 SchaumwZwStG). Still- und Perlweine, welche einen Druck von unter 3 bar besitzen, werden  
355 mit 0 % besteuert. Seit Juli 2004 gibt es eine gesonderte Besteuerung von zuckerreichen  
356 Limonaden/Spirituosen Mischgetränken so genannten „Alkopops“ von 55,5 € pro Liter Alkohol.  
357 Sie dürfen seitdem auch erst ab 18 Jahren gekauft werden, während Wein- und  
358 Biermischgetränke weder von Steuer noch der Altersbegrenzung betroffen sind. Diese  
359 Sondersteuer hat einerseits dazu geführt, das der Alkoholgehalt jener Getränke sank und viele  
360 Konsumenten auf andere alkoholische Getränke auswichen etwa Spirituosen selbst mit  
361 Limonade mischten. 2012 machten die Steuereinnahmen aus alkoholischen Getränken 3,28  
362 Mrd. € aus (Brandwein 2.121 Mio. €, Bier 696 Mio. €, Schaumwein 464 Mio. € und Alkopops 2,5  
363 Mio. €). Ebenso wird ca. eine Mrd. € jährlich durch eine Verbrauchssteuer auf Kaffee  
364 eingenommen. Andere koffeinhaltige Produkte wie Energy Drinks, Energy Shots, Softgetränke,  
365 Koffeintabletten, Schokolade oder Kaugummis sind hiervon nicht erfasst. Auch Steuersätze von  
366 Zigaretten und Zigarren oder Zigarillos unterscheiden sich stark voneinander.

367

368 Deshalb fordern wir:

369

- 370 • Zusammenführung von Brandwein-, Schaumwein- und Alkopopsteuergesetz. Die  
371 Besteuerung erfolgt ab 15 € pro Liter Alkohol.
- 372 • Angleichung der Steuer von Zigarren und *Zigarillos an jene von Nikotinzigaretten*
- 373 • *Angemessene Besteuerung von cannabishaltigen Produkten* *Ablösung der Kaffeesteuer*  
374 *durch eine Abgabe auf koffeinhaltige Produkte mit 1 € pro Gramm Koffein*
- 375 • *Werbe- und Sponsoringverbot für Suchtmittel (Alkohol, Tabak, Cannabis, Koffein,*  
376 *Pharmaka) außerhalb von Verkaufsstellen*
- 377 • *Ergänzung Jugendschutzgesetz um ein Verbot der Abgabe und Nutzung von elektrischen*  
378 *Zigaretten (E-Zigarette)*
- 379 • *Überleitung von Alkohol-, Koffein-, Tabak- und Cannabissteuer als Zuschuss in den*  
380 *Gesundheitsfonds*
- 381 • *Finanzierung einer qualifizierten Vollzeitstelle in der Suchtberatung auf 10.000 EW*  
382 *finanziert aus dem Gesundheitsfonds*
- 383 • *Aufstockung von Stellen von Psycholog\_innen/Sozialarbeiter\_innen an Schulen*
- 384 • Schaffung des Wahlpflichtfaches „Drogenpädagogik“ im Umfang von 6 ECTS im  
385 Lehramtsstudium weiterführender Schulen.

386

387 [1] Volkow Nora D. Peter W. Kalivas, The Neural Basis of Addiction: A Pathology of Motivation  
388 and Choice The American Journal of Psychiatry Vol. 168 | 8 2005:1403-1413

389

390 [2] Flexibility of Treaty Provisions as regards Harm Reduction Approaches 2002  
391 [www.undrugcontrol.info/en/static/item/2307-flexibility-of-treaty-provisions](http://www.undrugcontrol.info/en/static/item/2307-flexibility-of-treaty-provisions)

392

393 [3] Forbidden Substances von Richard Harvey Brown 2005  
394 <http://richardharveybrown.com/forbidden.html>

395

396 [4] BKA Bundeslageblatt Organisierte Kriminalität 2013

397

398 [5] PKS 2013 und BKA Bundeslageblatt Rauschgiftkriminalität 2013

399

400 [6] Fazel, S., Bains, P., & Doll, H. Substance abuse and dependence in prisoners: A systematic  
401 review. *Addiction*, 101,

402

403 2006:181 – 191

404

405 [7] Kleiber, Dieter ; Pant, Hans Anand, Risikoverhalten und Verhaltensänderungen bei i. v.  
406 Drogenkonsumenten : Ergebnisse einer sozialepidemiologischen Studie zu Nadeltausch-,  
407 Sexualverhalten und HIV-Prävalenz. AIDS (1991), H. 1, 7-11 und Pant, A. & Kleiber, D. (1992).  
408 Sex und HIV auf dem Drogenstrich. Deutsche AIDS-Hilfe Aktuell, 4, 44-45  
409

410 [8] Markert, Stefanie. Studie zum Risikoverhalten von Freiern. Neue Praxis Jg. 21 H. 5/6, 407-  
411 415 1991 n=354  
412

413 [9] 19 % sind Handelsdelikte Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht  
414 Data 2013  
415

416 [10] Mostardt S. , Fl ö ter S. , Neumann A. , Wasem J. , Pfeiffer-Gerschel T. „Sch ä tzung der  
417 Ausgaben der ö ffentlichen Hand durch den Konsum illegaler Drogen in Deutschland“  
418 Gesundheitswesen 2010; 72: 886 – 894  
419

420 [11] Hughes Caitlin Elizabeth; Stevens Alex What can we learn from the Portuguese  
421 Decriminalization of illicit Drugs? British Journal of Criminology 2010 Heft 50, 999–1022  
422

423 [12] Schulte, Bernd; Schmidt, Christiane Sybille; Kuhnigk Olaf; Schäfer, Ingo; Fischer, Benedikt;  
424 Wedemeyer, Heiner; Reimer, Jens Structural barriers in the context of opiate substitution  
425 treatment in Germany - a survey among physicians in primary care Substance Abuse  
426 Treatment, Prevention, and Policy2013:8-26  
427

428 [13] Beat Kaufmann, Anja Dobler-Mikola, Ambros Uchtenhagen KONTROLLIERTE  
429 OPIATABGABE IM SCHWEIZERISCHEN STRAFVOLLZUG  
430 [http://www.aidshilfe.de/sites/default/files/Band-42-1-Lebhaft-klein\\_online.pdf](http://www.aidshilfe.de/sites/default/files/Band-42-1-Lebhaft-klein_online.pdf) sowie GOP  
431

432 [14] Killias, M. und Aebi, M.F. The impact of heroin prescription on heroin markets in  
433 Switzerland», Crime Prevention Studies vol11 2000:83-99  
434

435 [15] McLaren, Jennifer A.; Silins, Edmund; Hutchinson, Delyse; Mattick, Richard P.; Hall,  
436 Wayne Assessing evidence for a causal link between cannabis and psychosis: A review of  
437 cohort studies Vol 21 I1 2010:10-19 International Journal of Drug Policy  
438

439 [16] Volkow Nora D.; RubenD. Baler; Compton Wilson M., Weiss Susan R.B: Adverse Health  
440 Effects of Marijuana Use in New England Journal of Medicine 370;23 2014  
441

442 [17] Dähne, Dr. Harald; Meyer, Stephan Substanzanalyse von Drogen („drug checking“)  
443 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2009  
444

445 [18] Lovato, Christ; Wat, Alison;Stead, Lindsay F. Impact of tobacco advertising and promotion  
446 on increasing adolescetnt smoking behaviour. Cochrane Database of systematic Reviews 2011  
447

448 [19] Atkin C. Block M. Content and effects of alcohol advertising. Washington, DC: Bureau of  
449 Tobacco, Alcohol, and Firearms, 1980  
450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457  
458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465

**Titel** Progressive Drogenpolitik

**Antragsteller** Thüringen

**Zur Weiterleitung an** Bundeskongress Jusos 2015

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Progressive Drogenpolitik

### 1 Progressive Drogenpolitik

2

3 Die Prohibitionspolitik im Umgang mit Cannabis ist grundlegend gescheitert. Zu diesem  
4 Ergebnis kommt implizit die *Global Commission on Drug Policy* (eine unabhängige  
5 internationale Kommission mit dem erklärten Ziel, Ansätze für eine evidenzbasierte und  
6 schadensmindernde Drogenpolitik zu erarbeiten und in die öffentliche Diskussion einzubringen),  
7 die bereits 2011 feststellte, dass der weltweite Kampf gegen Drogen gescheitert sei.

8

9 Jede\*r vierte erwachsene Bürger\*in in Deutschland hat nach Schätzungen schon einmal  
10 Erfahrungen (wie Besitz, Verkauf, Anbau, Konsum, ...) mit Cannabis gemacht. Somit ist  
11 Cannabis die am meisten konsumierte illegale Droge in Deutschland und ca. 16 Mio.  
12 Bürger\*innen stehen mit einem Bein im Knast oder vor völlig unverhältnismäßig hohen Strafen.

13

14 Cannabis ist gemäß § 1 des Betäubungsmittelgesetzes eine nichtverkehrsfähige und somit  
15 verbotene Substanz. Nach §§29 ff. BtMG sind Anbau, Herstellung, Handel, Einfuhr, Ausfuhr,  
16 Abgabe, Veräußerung, sonstige Inverkehrbringung, Erwerb und Besitz von allen Pflanzenteilen  
17 des Cannabis strafbar.

18

19 Die Reform des deutschen Betäubungsmittelgesetzes ist der Ansatzpunkt für eine neue,  
20 progressive Drogenpolitik in Deutschland. In einigen anderen Staaten der Welt beobachten wir  
21 schon seit einigen Jahren ein Umdenken, weg von der (repressiven) Cannabis-Prohibition und  
22 hin zu einer progressiven (akzeptierenden) Drogenpolitik. Beispielhaft sind hier neben Portugal,  
23 wo wohl die liberalste Drogenpolitik weltweit praktiziert wird, auch Spanien, die Schweiz, die  
24 Niederlande, Uruguay (als erster Staat der Welt, der den Anbau und Verkauf von Marihuana  
25 und Cannabisprodukten unter staatlicher Kontrolle legalisiert hat) und Teile der USA  
26 (insbesondere Colorado und Washington State) zu nennen.

27

28 Wir Jungsozialist\*innen kämpfen täglich für progressive Ansätze in der Politik und sind daher  
29 der Meinung, dass auch Deutschland sich diesem überaus notwendigen und überfälligen  
30 Fortschritt nicht verwehren darf und Cannabis endlich freigegeben werden muss!

31

32 Denn für eine Legalisierung von Cannabis sprechen zahlreiche plausible Gründe:

33

### 34 **Der Mythos vom Cannabis als „Einstiegsdroge“:**

35

36 Immer noch wird als Hauptargument gegen eine Freigabe von Cannabis der Mythos der  
37 „Einstiegsdroge Cannabis“ propagiert. Diese Behauptung ist jedoch schlichtweg als falsch und  
38 ideologisch motiviert zu betrachten und wurde auch schon zahlreich in diversen Studien  
39 widerlegt. So legt eine Studie vom Juni 2012 in den USA, durchgeführt an über 50.000



40 Schüler\*innen nahe, dass Alkohol die eigentliche Einstiegsdroge sei, welche zum Konsum von  
41 Tabak und weiteren Drogen führe.

42

43 Ausgerechnet auch eine 1995 vom Bundesgesundheitsministerium unter Horst Seehofer (CSU)  
44 in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis: „Die Annahme, Cannabis sei die typische  
45 Einstiegsdroge für den Gebrauch harter Drogen wie Heroin, ist also nach dem heutigen  
46 wissenschaftlichen Erkenntnisstand nicht haltbar.“ (*Dieter Klein & Renate Soellner;*  
47 *Cannabiskonsum: Entwicklungstendenzen, Konsummuster und Risiken; 1995*). Auch das  
48 Bundesverfassungsgericht stellte bereits im Jahre 1996 in einem Urteil fest, dass Cannabis  
49 nicht gefährlicher als Alkohol sei. Diese als relativ harmlos eingestufte Charakteristik von  
50 Cannabis zeigt auf, dass die aktuelle Prohibitionspolitik unverhältnismäßig ist.

51

## 52 **Unverhältnismäßigkeit beseitigen und Populismus entlarven!**

53

54 Gerade in Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit ist es unerklärlich, warum Cannabis im  
55 Gegensatz zu Alkohol de jure verboten ist und eine Strafverfolgung droht. Durch die aktuelle  
56 Drogengesetzgebung wird ein falsches Bild von „Drogen“ suggeriert und leider auch allzu oft  
57 propagiert. So scheint es für die CSU absolut keinen Widerspruch darzustellen diverse  
58 Parteiveranstaltungen mit reichlich Weißbier zu unterbetten, während sie gleichzeitig feststellt:  
59 "Wir bleiben bei unserer bewährten Linie: Null Toleranz gegen Drogen." (*Joachim Herrmann*  
60 *(CSU), 2015*).

61

62 So wird zwischen den vermeintlich „guten“ und „schlechten“ Drogen unterschieden. Was legal  
63 ist, gilt oft als akzeptabel oder gar ungefährlich. Alkohol, Nikotin und auch Koffein müssen aber  
64 ebenfalls als „Drogen“ betrachtet und vor allem im Umgang damit auch wahrgenommen  
65 werden. Insbesondere die Folgen von Alkoholkonsum dürfen nicht verkannt werden. Jährlich  
66 sterben allein in Deutschland ca. 74.000 Menschen an den Folgen von Alkohol kombiniert mit  
67 Tabak. Dazu kommen weitere 111 000 allein tabakbedingte Todesfälle pro Jahr. Im Vergleich  
68 dazu gab es 2013 ca. 1000 Tote aufgrund von Konsum illegaler Drogen, wobei bis heute keine  
69 Toten aufgrund einer Überdosis THC (*Tetrahydrocannabinol, rauschbewirkende Substanz des*  
70 *Cannabis*) zu beklagen sind. Dabei möchten wir Alkohol nicht gegen Cannabis ausspielen, es  
71 muss aber konstatiert werden, dass der aktuelle wissenschaftliche Stand Cannabis im Vergleich  
72 zu Alkohol vor allem in den Bereichen Toxizität und Suchtpotential als weniger gefährlich  
73 einschätzt. So kann der bloße Verweis auf die kulturelle Einbindung von Alkohol die momentane  
74 Ungleichbehandlung beider Substanzen nicht rechtfertigen, zumal Cannabis auch schon früh  
75 als Medizin in Europa genutzt wurde und erst durch die Prohibition an Bedeutung verlor.

76

## 77 **Drogenkonsum ist ein soziales Phänomen und keine Kriminalität!**

78

79 Im Allgemeinen muss Drogenkonsum endlich als soziales Phänomen (und nicht als  
80 Kriminalität!) betrachtet und verstanden werden. Bei Drogenkonsum handelt es sich zunächst  
81 einmal um eine opferlose Selbstschädigung (im Falle von Passivrauchen auch um  
82 Fremdschädigung, hier greift das Nichtraucherschutzgesetz), weshalb folgerichtig der Konsum  
83 in Deutschland straffrei ist. Allerdings ist es realitätsfern anzunehmen, dass ein Konsum ohne  
84 Handel und Besitz der Konsumsubstanz zu Stande kommt. Weiterhin folgerichtig wäre es also  
85 auch den Handel und den Besitz von Cannabis zu legalisieren.

86

87 Ein liberaler Rechtsstaat muss dem Bürger dieses Selbstbestimmungsrecht zugestehen.

88

89 *Warum eine Legalisierung von Cannabis?* Wir sind der Meinung, dass zum einen die weite  
90 Verbreitung von Cannabis-Konsum eine Anerkennung dieser Realitäten erfordert und zum  
91 anderen aber auch die wissenschaftlich bewiesene moderate Gefahr von Cannabis einen  
92 solchen Schritt rechtfertigt und erforderlich macht.

93

94 *Was ist mit anderen (auch „härteren“) Drogen?* Auch andere Drogen, wie Metamfetamine oder  
95 Kokain müssen einer vorurteilsfreien, rationalen Bewertung unterworfen werden. Die  
96 Wissenschaft geht hier von einem wesentlich kleineren Konsument\*innenkreis und einem  
97 erheblich höheren Konsumrisiko aus, weshalb eine komplette Legalisierung (wie im Falle von  
98 Cannabis) hier nicht zielführend und sinnvoll erscheint. Dennoch sollten alternative Ansätze zur  
99 Entkriminalisierung (z.B. streng kontrollierte Verschreibung auf Rezept) der oft an den Rand der  
100 Gesellschaft gedrängten Konsument\*innenkreise diskutiert und nach gründlicher Abwägung und

101 Bewertung in Modellversuchen angewandt werden.

102

103 Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Phänomen des Drogenkonsums oft auch problematische  
104 Gestalt annimmt, insbesondere dann wenn Suchtverhalten, psychische und physische  
105 Schädigung durch Substanzen, soziale Aus- und Abgrenzung, Stigmatisierung,  
106 Beschaffungskriminalität und Rauschunfälle auftreten.

107

108 Deshalb muss der Fokus der progressiven Drogenpolitik auf Drogenprävention (und nicht auf  
109 Strafverfolgung!) liegen. Drogenprävention kann hier auf verschiedenen Ebenen stattfinden:

110

111 1. Primärprävention umfasst Maßnahmen mit Menschen, die noch nicht Drogen konsumiert  
112 haben. Diese sollen auf Konsumvermeidung bzw. Konsumermüdung zielen  
113 (insbesondere durch Aufklärung und staatliche Regulierung).

114 2. Sekundärprävention umfasst Maßnahmen mit Menschen, die bereits konsumiert haben.  
115 Dies sind rückfallverhütende und rehabilitierende Maßnahmen für Menschen, die ihr  
116 Drogenproblem überwunden haben. (z.B. Anleitung zum „Safer Use“)

117 3. Tertiärprävention umfasst alle Therapie- und Drogenhilfsangebote für Süchtige oder  
118 Konsumenten mit anderweitigen Problemen. (z.B. Drogensubstitution, Drogenentwöhnung  
119 oder Selbsthilfegruppen)

120

121 Drogenprävention sollte als offenes Konzept staatlicher und nicht-staatlicher Akteure  
122 verstanden werden, dass immer wieder den gesellschaftlichen Realitäten und aktuellen  
123 wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden muss, um dauerhaft ihrem progressiven  
124 Anspruch und damit den sozialen Bedürfnissen der Bürger\*innen gerecht zu werden.

125

126 Jenseits davon bleibt die Frage zu diskutieren, inwieweit eine drogenfreie Gesellschaft  
127 realistisch und überhaupt erstrebenswert sein kann. Die Annahme, dass Drogen schon sehr  
128 lange Teil menschlicher Kultur waren und sind (übrigens auch in der Tierwelt verbreitet), scheint  
129 sehr plausibel. Letztlich entscheidet sich hier auch die Frage, ob die Primärprävention eher in  
130 Richtung der konsum-ermüdenden Aufklärung oder eher in Richtung der konsum-  
131 vermeidenden Aufklärung gehen soll.

132

133 Abschließend kann festgehalten werden, dass nach dem Gesetzlichkeitsgrundsatz „nullum  
134 crimen, nulla poena sine lege“ Drogenkriminalität per se als Produkt der Prohibition angesehen  
135 werden muss.

136

### 137 **Regulierung durch Legalisierung!**

138

139 Schon die Erfahrungen aus der Prohibition von Alkohol in den USA Anfang des 20. Jhd. lehrten  
140 die US-amerikanische Politik, dass das Verbot von Drogen den Konsum (sofern er eine ernst zu  
141 nehmende gesellschaftliche Realität darstellt) kaum beschränkt, sondern vielmehr dem  
142 Wachstum organisierter und genereller Kriminalität Vorschub leistet. Auch heute muss  
143 konstatiert werden, dass die Cannabis-Konsumrate offensichtlich nicht vom gesetzlichen Status  
144 abhängt. So ist die Cannabis-Konsumrate in Frankreich (wo eine sehr restriktive Drogenpolitik  
145 betrieben wird) deutlich höher als z. B. in den Niederlanden (wo Cannabis 1976 entkriminalisiert  
146 wurde). Über den Daumen gepeilt heißt das also für den Durchschnittsbürger, wer kiffen will, der  
147 kiffte egal ob Cannabis legal oder illegal ist. Somit hat die Cannabis-Prohibition hier Ziel, nämlich  
148 die Verhinderung des Konsums verfehlt. Stattdessen entstand ein gutorganisierter  
149 Schwarzmarkt im großen und kleinen Stil. Doch in einem Schwarzmarkt sind staatliche  
150 Regulationsinstrumente (wie z. B. Verbrauchssteuern, Jugendschutz, Qualitätskontrollen, ...)   
151 nicht anwendbar. Die Folge sind schwankender THC-Gehalt im Cannabis (bis hin zu  
152 hochpotenten Substanzen), schwankende Cannabis-Qualität (z. B. Schimmelpilze oder  
153 Streckmittel), mangelnder Jugendschutz, keine Mengenregulierung, Beschaffungskriminalität  
154 und Finanzierung von mafiösen Strukturen. Legalisierung von Cannabis heißt also einen  
155 Schwarzmarkt, der bisher ins keiner Weise regulierbar ist, in staatliche Kontrolle und  
156 Überwachung zu überführen.

157

### 158 **Gesamtgesellschaftliche Kostenvorteile einer Legalisierung!**

159

160 Unsere These lautet, dass die durch die Cannabis-Prohibition entstandenen  
161 gesamtgesellschaftlichen Kosten wesentlich höher sind als die Kosten einer Legalisierung. Die

162 Prohibitionskosten setzen sich aus verschiedenen Teilkosten zusammen:

163

164 • Kosten für Exekutive und Judikative: Polizei, Zoll, Staatsanwaltschaft, Gerichte,  
165 Gefängnisse.

166 • Kosten durch die indirekte Unterstützung der organisierten Kriminalität und des  
167

168 Terrorismus (einschließlich Korruption, Geldwäsche und Bandenkriegen).

169

170 § Kosten durch erhöhte Gesundheitsrisiken bei Konsumenten, insbesondere durch  
171 verunreinigtes Cannabis.

172

173 § Kosten durch Beschaffungskriminalität (bei Cannabis eher gering)

174

175 § Entgangene Steuereinnahmen:

176

177 · I. direkt durch Verzicht auf Besteuerung der Drogen (durch Verbrauchssteuer ähnlich der  
178 Alkohol- oder Kaffeesteuer)

179

180 · II. indirekt durch Steuerausfälle bei Inhaftierten

181

182 § Entgangene Einnahmen durch die Illegalisierung von Arbeitsplätzen

183 (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Einkommensteuer)

184

185 § Entgangene Einnahmen und verstärkte Ausgaben durch verhinderte Nutzung in der Medizin  
186 und als Rohstoff in der Wirtschaft

187

188 Die Höhe der Kosten für Exekutive und Judikative ist unbekannt, allerdings bei ca. 145.000

189 Cannabis-Delikten pro Jahr in Deutschland als relativ hoch einzuschätzen. Und diese Kosten

190 entstehen, obwohl der Kampf gegen den Cannabis-Konsum so gut wie aussichtslos ist. Der

191 geschätzte Cannabis-Jahresumsatz auf dem deutschen Schwarzmarkt beträgt geschätzt bis zu

192 zwei Milliarden steuerfreie Euro. Wäre der Verkauf legal könnte davon rund die Hälfte, also 1

193 Milliarde Euro, in Form von Verbrauchssteuern in den öffentlichen Haushalt fließen.

194

195 Durch eine Cannabis-Legalisierung könnten also oben aufgelistete Kosten wegfallen und sogar

196 durch Einnahmen im Milliarden-Bereich ergänzt werden. Die freiwerdenden Kapazitäten bei

197 Polizei und Justiz könnten außerdem auf die Bekämpfung von tatsächlicher Kriminalität

198 fokussiert werden und ganz nebenbei würde auch noch die Kriminalitätsrate sinken, weil

199 einfache Cannabis-Konsumenten nicht mehr als Kriminelle verfolgt würden. Aus

200 gesamtgesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht spricht also einiges für eine

201 Legalisierung von Cannabis!

202

## 203 **Cannabis ist Medizin!**

204

205 Die Cannabis-Pflanze mit all ihren Wirkstoffen hat ein enormes medizinisches

206

207 Potential, das schon Menschen vor Jahrtausenden zu nutzen wussten. Älteste Hinweise auf die

208 medizinische Verwendung datieren in das Jahr 2737 vor Christus, in dem der chinesische

209 Kaiser Shen Nung das Harz des Cannabis als Heilmittel bei Beriberi, Verstopfung, Gicht,

210 Malaria, Rheuma und Geistesabwesenheit empfahl, überliefert durch das älteste bekannte

211 Heilpflanzenkompendium „Shennong ben cao jing“. Erst seit ihrer Prohibition kommt der

212 Cannabis-Pflanze diese medizinische Bedeutung nicht mehr zu oder nur in eingeschränktem

213 Rahmen zu. Währenddessen verdient sich die Pharma-Industrie mit ihren teuren synthetischen

214 Schmerzpräparaten (inklusive all ihrer teils schweren Nebenwirkungen) eine goldene Nase.

215

216 Nach heutigem Stand der Wissenschaft könnte Cannabis heute bei unterschiedlichsten

217 Krankheitsbildern eingesetzt werden. So hilft es Patient\*innen die an AIDS, Krebs, Spastiken,

218 Migräne, Multipler Sklerose, ADHS, Morbus Crohn, Glaukom (Grüner Star), Asthma, Arthritis,

219 Menstruationsschmerzen, Allergien, Juckreiz, chronischem Schluckauf, Tinnitus,

220 Darmreizungen, Tourette-Syndrom, Fibromyalgie oder Depressionen leiden. Auch bei vielen

221 anderen Krankheiten berichten Patient\*innen von einer Linderung ihrer Beschwerden oder von

222 Nebenwirkungen, die ihre normale Medikation auslöst. Obwohl Cannabis kein „Wundermittel“ ist

223 und bei jedem Patienten anders wirkt, muss zumindest die rechtliche Möglichkeit bestehen,  
224 legal an medizinische Cannabis zu gelangen und das zu einem möglichst niedrigen Preis. So  
225 wäre es zum Beispiel vorstellbar, dass Patient\*innen ihre Cannabis-Arznei selbstanbauen und  
226 dadurch ihren eigenen Geldbeutel aber auch die Krankenkassen enorm entlastet würden.

227

228 Gleichzeitig würden mit der Cannabis-Legalisierung auch die Barrieren im wissenschaftlichen  
229 Bereich fallen, wodurch das medizinische Potential des Cannabis intensiver und besser  
230 erforscht werden könnte. Letztendlich würde also auch hier die gesamte Gesellschaft von einer  
231 Cannabis-Freigabe profitieren.

232

233 Die Situation, dass Patienten entweder auf ihre Cannabis-Medizin verzichten müssen, die  
234 Kosten nicht von der Krankenkasse übernommen werden oder in die Kriminalität gezwungen  
235 werden, ist inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen! Das von der

236

237 Bundesregierung für 2016 geplante Gesetz, das den Konsum von Cannabis zur Therapie  
238 schwerkranker Patienten auf Kosten der Krankenkassen zulassen soll, geht zwar in die richtige  
239 Richtung (die aber schon vor Jahrzehnten hätte gegangen werden müssen!),

240

241 aber bei weitem nicht weit genug! Cannabis kann nicht nur schwerkrankte Menschen helfen,  
242 sondern auch Menschen mit „weniger schweren“ Krankheiten therapieren. Ihnen diese Medizin  
243 wider besseres Wissens bzw. aufgrund von Ideologieverbörtheit zu verwehren ist  
244 beschämend!

245

246 **Unsere Forderungen lauten daher:**

247

248 § Auf Grundlage der obigen Ausführungen und aus unserem progressiven,

249

250 § wissenschaftlichen und allgemeinpolitischen Anspruch heraus fordern wir als Jusos eine  
251 Änderung des Betäubungsmittelgesetzes hin zu einer

252

253 § Legalisierung von Cannabis, sowohl für wissenschaftliche, medizinische, wirtschaftliche und  
254 private Zwecke!

255

256 § Der Apell richtet sich sowohl an die momentane Bundesregierung als auch explizit an unsere  
257 Mutterpartei, die SPD. Gerade die SPD muss ihrem progressiven Anspruch gerecht werden und  
258 die aktuelle sinnlose und kontraproduktive Drogenpolitik beenden.

259

260 § Des Weiteren kämpfen wir für eine ganzheitlich progressive Drogenpolitik, die auch die  
261 sukzessive Entkriminalisierung anderer Drogen und eine effektive Drogenprävention, unter  
262 Vorbehalt der Abwägung und Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse (insbesondere aus  
263 der Psychologie, Soziologie, Medizin, Biochemie und Pharmazie), miteinschließt.

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

**Titel** Drogenprävention durch Aufklärung

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Drogenprävention durch Aufklärung

- 1 Im Saarland gab es im letzten Jahr 12 Drogentote, bundesweit waren es im gleichen Jahr 1032.  
2 Über 200.000 Saarländer\_innen haben einen gefährlichen Umgang mit Alkohol. 74.000  
3 Menschen verstarben 2014 bundesweit durch die Folgen von Alkoholsucht und 100.000 bis  
4 120.000 an den Folgen von Zigarettenkonsum.  
5  
6 Die Zahl der durch Drogensucht und –missbrauch zerstörten Familien und Existenzen ist  
7 wahrscheinlich sehr viel höher.  
8  
9 Diese verheerende Faktenlage macht es notwendig sich mit diesem Problem auseinander zu  
10 setzen und Lösungen zu erarbeiten.  
11  
12 Wir fordern daher:  
13  
14 • - Eine frühe Aufklärung aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen über Drogen  
15 sowie ihre Wirkung und Risiken insbesondere an Schulen.  
16 • - Eine bessere Erforschung von allen Drogen, um ihre Wirkung und ihr Risikopotential  
17 besser darstellen und erklären zu können.  
18  
19 **Begründung:**  
20 Das Phänomen, dass Menschen bewusstseinsverändernde Substanzen zu sich nehmen, ist so  
21 alt wie die Menschheit selbst. Von Platon bis zu Charles Baudelaire oder Vincent van Gogh  
22 haben bedeutende Persönlichkeiten die Effekte der verschiedensten Drogen nicht nur gekannt,  
23 sondern sich auch ihnen ausgesetzt.  
24  
25 Problematisch wird es jedoch, wenn der Konsum nicht mehr rational kontrolliert werden kann  
26 und damit zu einem pathologischen Zustand führt. Dann spricht man im Allgemeinen von  
27 Drogensucht. Ob es sich um legale oder illegale Drogen handelt, spielt bei der Definition einer  
28 Drogensucht überhaupt keine Rolle. Die Folgen sind sowohl bei legalen als auch bei illegalen  
29 Substanzen oft verheerend. Der Weg heraus aus dieser Sucht ist meist alleine nicht zu  
30 bewältigen.  
31  
32 Wie kommt es jedoch zur Sucht? Nur die wenigsten Suchtkranken werden zum Beginn des  
33 Drogenkonsums gezwungen. Genau hier kommt die Prävention ins Spiel: Wenn sich eine  
34 Person schon im Teufelskreis der Sucht befindet, dann kommt die Prävention zu spät oder hat  
35 versagt. Daher muss sie sich schon vor Beginn der Suchtentwicklung an potenzielle  
36 Suchtgefährdete richten.  
37  
38 Das übliche und am weitesten verbreitete Mittel der Prävention ist die Abschreckung, ob es nun  
39 durch Verbote und Gesetze mit besonders hohen Strafen oder durch erschütternde Beispiele

40 der Folgen eines exzessiven Konsums geschieht. Wie die Zahlen zeigen, ist das aber kein  
41 besonders effektiver Weg.

42

43 Verbote bringen Bürger\_innen nur selten dazu sich regelkonform zu verhalten. Wichtiger wäre  
44 es die Menschen mit wissenschaftlich belegten Fakten zu informieren, so dass sie sich aus  
45 freien Stücken entscheiden. Das bedeutet: „Was ist das? Wie wirkt es? Was tut es mit mir? Was  
46 sind die Risiken?“ Durch diese Faktenlage kann man Menschen von selbst dazu motivieren  
47 sich gesetzestreu und verantwortungsbewusst zu Verhalten, denn am Ende entscheidet jede\_r  
48 selbst was er tut. Ein solches präventives informatives Suchtprogramm sollte schon früh an  
49 allen Schulen stattfinden, da es häufig in dieser Zeit zu den ersten Erfahrungen kommt.

50

51 Das wäre eine echte Prävention, mit der man Menschen nicht wie Lämmer sondern wie  
52 vernünftig denkende Lebewesen behandelt, die fähig sind ihre eigenen richtigen  
53 Entscheidungen zu treffen, wenn man ihnen das nötige Wissen zur Verfügung stellt.

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

# K

## Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 1	Bayern Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse	224
K 2	Hessen-Süd Soziales Wohnen soll sich lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit	226
K 3	Sachsen-Anhalt Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung	228
K 4	Hessen-Nord Bezahlbarer Wohnraum für Alle	229
K 5	Hessen-Süd Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen	230
K 6	Braunschweig Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	231

**Titel** Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse

1 Im Frühjahr 2015 wurde im Bundestag das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf  
2 angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des BestellerInnenprinzips bei der  
3 Wohnvermittlung verabschiedet. Laut Gesetz darf nun in angespannten Wohnungsmärkten die  
4 Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Miete liegen. Jedoch weist das Gesetz noch  
5 einige Lücken und Schlupflöcher auf. Diese gilt es nun zu stopfen, um MieterInnen ein  
6 gerechtes Mietverhältnis zu ermöglichen.

7

### 8 **Ermittlung des Mietspiegels**

9

10 Der Anstieg der Mieten ist an den Mietspiegel der örtlichen Mieten gekoppelt. Das heißt, wenn  
11 die Mieten steigen, steigt auch der Wert des Mietspiegels. Würde man den Mietspiegel jedes  
12 Jahr neu ermitteln, so würden die steigenden Mieten für einen höheren Durchschnittswert  
13 sorgen, der es VermieterInnen wiederum ermöglicht, diesen als erneute Basis für  
14 Mieterhöhungen zu verwenden. Um diesen „Multiplikatoreffekt“ zu dämpfen, fordern wir eine  
15 Regelung, die festlegt, dass der Mietspiegel nur alle fünf Jahre neu ermittelt wird. Derzeit  
16 werden nach § 558 Abs. 2 BGB nur Mieten in die Berechnung des Mietspiegels einbezogen, die  
17 „in den letzten vier Jahren vereinbart oder, von Erhöhungen nach § 560 abgesehen, geändert  
18 worden sind. Damit liegen die aus dem Mietspiegel resultierenden ortsüblichen  
19 Vergleichsmieten zumeist über dem realen Durchschnitt der örtlichen Bestandsmiethöhen. In  
20 die Berechnung des Mietspiegels müssen daher neben den Mieten aus Neuvermietungen der  
21 letzten vier Jahre auch die Bestandsmieten miteingerechnet werden.

22

23 Wir fordern, dass in angespannten Wohnungsmärkten die Kosten von Sanierungen nur bis zu  
24 5% auf die jährliche Miete aufgeschlagen werden dürfen.

25

26 Auch müssen die Wiedervermietungsmieten nach umfangreichen Modernisierungen, die derzeit  
27 ebenfalls von der Mietpreisbremse ausgenommen sind bei maximal 120 Prozent der  
28 ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden. Zudem sollen die VermieterInnen die  
29 Modernisierungskosten exakt offenlegen, sofern sie Begrenzung der Mietpreisbremse  
30 überschreiten wollen.

31

### 32 **Vormiete darf nicht als Basis gelten**

33

34 Nach der Beschlusslage des Bundestages darf eine Miete bis zur Höhe der vorherigen Miete  
35 vereinbart werden. Das heißt, wenn eine Vormiete, die deutlich höher als die nach der  
36 Mietpreisbremse zulässige Miete ist, kann sie dennoch als zulässige Miete angesetzt werden.  
37 Weiter müssen Konzepte entwickelt werden, wie auch die Mieten der Erstvermietung in  
38 Neubauten sinnvoll gedeckelt werden können. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend und



39 bietet zu viele Schlupflöcher für VermieterInnen. Damit möglichst viele Menschen von der  
40 Mietpreisbremse profitieren, fordern wir, dass die Mietpreisbremse auch greift, wenn die  
41 Vormiete höher als die zulässige Miete ist.

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Soziales Wohnen soll sich Lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Soziales Wohnen soll sich Lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und das SPD-geführte Bundesjustizministerium unter Heiko Maas  
2 werden aufgefordert eine Gesetzesinitiative zur Gemeinnützigkeit von  
3 Wohnungsbaugesellschaften zu starten.

4  
5 Ein solches Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz soll regeln, dass Wohnungsbaugesellschaften,  
6 die gemäß Satzungszweck die weiter unten aufgeführten Ziele und Auflagen erfüllen, als  
7 gemeinnützig anerkannt und von der Gewerbe-, Körperschafts- und Vermögenssteuer befreit  
8 werden.

9  
10 Ziele für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit:

- 11  
12 1. Förderung des Wohnungsbaus  
13 2. Förderung der sozialen Durchmischung von Wohnquartieren  
14 3. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum  
15 4. Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer  
16 Infrastruktur

17  
18 Auflagen:

- 19  
20 1. 1. Verbot der Gewinnausschüttung von mehr als 4% der eingezahlten Kapitaleinlage pro  
21 Jahr  
22 2. Verfolgung des Kostendeckungsprinzips innerhalb des Teilbereichs des  
23 Mietwohnungsbaus und bezogen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit  
24 3. Zweckbindung des gesamten Vermögens an den gemeinnützigen Zweck

25  
26 **Begründung:**

27 In Anbetracht der in den letzten Jahren in vielen Städten wieder aufkommenden Probleme der  
28 Wohnraumversorgung sollte die 1990 von CDU und FDP abgeschaffte Gemeinnützigkeit für  
29 Wohnungsunternehmen wieder eingeführt werden, um die Bereitstellung von bezahlbarem  
30 Wohnraum steuerlich zu fördern.

31  
32 Hierbei sollte jedoch explizit nicht nur die Bereitstellung bezahlbarem Wohnraums, sondern auch  
33 städtebauliche Aspekte mit berücksichtigt werden. Hierzu sollte den gemeinnützigen  
34 Wohnungsbaugesellschaften nicht nur die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des  
35 Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur gestattet werden. Auch die Verfolgung des  
36 Kostendeckungsprinzips -d.h. keinen höheren Preis verlangen, als die erbrachte Leistung  
37 kostet- sollte, statt auf die einzelne Mietwohnung, auf den gesamten Mietwohnungsbestand  
38 bezogen sein.

39

40 Hierdurch kann die Wohnungsbaugesellschaft innerhalb eines Wohnquartiers die soziale  
41 Durchmischung durch Mietpreise steuern, die teilweise über den Selbstkosten, teilweise aber  
42 auch unter diesen liegen.

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

**Titel** Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

## Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung

1 **Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung**

2

3 Mindestens 16-Jährige Nicht-EU-Bürger, die mindestens seit sechs Monaten hier leben, sollen  
4 auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

5

6 **Begründung:**

7 Im Jahre 2014 lebten und arbeiteten rund 62000 Ausländer in Sachsen-Anhalt, von denen ca.  
8 50000 den Aufenthaltsstatus besaßen (Quelle: AZR: 30.06.2014). Diese Bevölkerungsgruppe  
9 nimmt im Vergleich zur Gesamtheit der wahlmündigen Bürger unseres Landes einen Anteil von  
10 etwa 1 bis 2% ein. Vor dem Hintergrund, dass viele dieser Menschen bereits mehrere Jahre hier  
11 leben, regelmäßig Steuern zahlen und fester Bestandteil des sozialen Gefüges sind, erscheint  
12 uns die Verwehrung des aktiven Wahlrechts unverständlich. Zumindest auf kommunaler Ebene  
13 sollte man der besagten Bevölkerungsgruppe das Recht gewähren, mitzuentcheiden, wer in  
14 ihrem unmittelbaren Lebensumfeld politische Entscheidungen trifft. Das aktive Wahlrecht für  
15 mindestens 16-Jährige mit Aufenthaltsgenehmigung impliziert den Grundsatz der  
16 Gleichberechtigung und den Umgang mit Ausländern auf Augenhöhe. Diese Möglichkeit der  
17 Partizipation führt dazu, dass die Interessen der betroffenen gesellschaftlichen Minderheit  
18 verstärkt in den politischen Fokus rücken. Sachsen-Anhalt sollte bei diesem Thema eine  
19 Vorreiterrolle einnehmen.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Bezahlbarer Wohnraum für Alle

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Bezahlbarer Wohnraum für Alle

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Insbesondere Studierende, Auszubildende, junge Familien,  
4 Einkommensschwache und Asylbewerber leiden unter den hohen Mietpreisen oder finden erst  
5 gar keine Wohnung.

6

7 Wir fordern daher:

8 • vorrangige Ausweisung von Wohnflächen (insbesondere reine Wohngebiete (WR) und

9 Allgemeine Wohngebiete (WA)

10 • Erhöhung der finanziellen Förderung der Studierendenwerke durch Bund und Länder um die  
11 Konkurrenzsituation durch Studierende zu entschärfen

12 • Gesicherte Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen für alle

13 • Neubau bezahlbaren Wohnraums

14 • Ausbau des barrierefreien und familiengerechten Wohnraums

15 • Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden

16 • Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus

17 • Die Mischung aus sozialem Wohnungsbau, bezahlbarem Wohnraum und Wohnraum für  
18 gehobene Ansprüche

19

20 **Begründung:**

21 Begründung:

22 Die Wahl des Wohnortes liegt oft nicht in der Entscheidung des Menschen. Eine Vielzahl von  
23 Faktoren ist ausschlaggebend. Einer davon ist der Wohnungsmarkt, der oftmals  
24 entscheidenden Einfluss auf die Wahl des Wohnortes hat. Nur dort, wo auch der Wohnraum  
25 vorhanden ist, kann ein Studium, eine Ausbildung oder ein Beschäftigungsverhältnis  
26 aufgenommen werden. Insbesondere in Ballungsräumen, die zumeist auch Hochschulstädte  
27 sind, wird der Wohnraum immer knapper.

28 Gerade zu Semesterbeginn übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich. Hier konkurrieren  
29 dann nicht nur Studierenden um eine Wohnung, sondern alle Zielgruppen, die bezahlbaren  
30 Wohnraum benötigen und verschärfen das Problem noch weiter.

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher  
Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag der SPD

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen

- 1 Aufgabe des Staates muss es sein, allen Menschen den gleichen Zugang zu allen Gütern und
- 2 Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewähren. Denn ohne Selbstbestimmung,
- 3 können wir unsere Vorstellung einer gleichberechtigten und freien Gesellschaft nicht
- 4 verwirklichen.
- 5
- 6 Doch nicht nur mehr Selbstbestimmung muss unser Ziel der Veränderung sein, sondern auch
- 7 Chancengleichheit für Alle. In einer Zeit, wo die Armen immer ärmer und die Reichen immer
- 8 reicher werden, die Diskussion um Studiengebühren noch nicht vollständig abgeklungen ist, der
- 9 öffentliche Nahverkehr immer teuer wird und Wohnraum zum Dauerbrenner gesellschaftlicher
- 10 Probleme wird - müssen die Forderungen klar sein:
- 11
- 12 • Bildung muss weiterhin frei sein und darf nicht von wirtschaftlichen Zwängen beeinflusst
- 13 sein. Denn Bildung muss für alle, ganz gleich ihrer finanziellen oder sozialen Herkunft, frei
- 14 zugänglich sein. Bildung muss der Gesellschaft dienen und nicht der Wirtschaft.
- 15 • Der ÖPNV, sei es in der Stadt oder auf dem Land, muss Mobilität und Flexibilität
- 16 ermöglichen. Dazu gehört zum einen ein ausgeglichener Ausbau von (Teil-)Strecken und
- 17 zum anderen ein fairer und gerechter Preis. Denn ÖPNV muss sich an den Bedürfnissen
- 18 der Nutzer\*innen orientieren und nicht der privaten Investor\*innen.
- 19 • Wohnraum muss wieder solidarisch und gerecht werden. Die hohen Mieten sind schon
- 20 lange nicht mehr ein Problem der Stadt, sondern verlagern sich zunehmend in den
- 21 ländlichen Raum. Menschen werden durch hohe Mieten in den ländlichen Raum gedrängt
- 22 - jedoch verursacht diese Verdrängung, das gleiche Problem im ländlichen Raum. Das
- 23 Ergebnis ist: zu teure Mieten, ganz gleich ihrer geographischen Lage.
- 24 • Die Privatisierung im öffentlichen Dienst, ÖPNV und Wohnungsmarkt muss eingedämmt
- 25 werden und wieder zurück in die kommunale Verantwortung gegeben werden.
- 26 • staatliche Regulierung, darf nicht mehr von wirtschaftlichen Interessen geleitet sein,
- 27 sondern autonom handeln.
- 28
- 29 Daraus wird eins klar: Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht weiterhin von Ökonomie und
- 30 Kapitalismus geleitet sein und muss endlich wieder frei und für die Gesellschaft handeln.
- 31 Gelebte Emanzipation eines\*einer jedes\*jeder Einzelnen kann nur entstehen, wenn wir
- 32 Barrieren abbauen und Freiraum ermöglichen. Der Staat und somit die Kommunen in der
- 33 Pflicht diese Möglichkeiten der Teilhabe und Verwirklichung zu eröffnen und nicht zu
- 34 unterbinden durch Einflussnahme Dritter.
- 35
- 36

**Titel** Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

**Antragsteller** Braunschweig

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

1 1. Wo wollen wir hin?

2

3 Wir JungsozialistInnen haben schon immer gefordert, dass Bildung und die Möglichkeit  
4 Bildungsangebote wahrnehmen zu können nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein  
5 darf. Dies bezieht sich nicht nur auf die Gebührenfreiheit eines Studiums. Die Mietkosten zehren  
6 einen Großteil des monatlichen Budgets der Studierenden auf. Wer ein Studium beginnen will,  
7 soll sich nicht erst mit dem Mietspiegel des potentiellen Studienortes auseinandersetzen  
8 müssen.

9

10 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die Studierendenwerke in die Lage zu versetzen, ein  
11 ausreichendes Angebot an günstigem und zeitgemäßem Wohnraum für Studierende  
12 bereitstellen zu können. Bei der Verteilung der verfügbaren Wohnplätze muss es andere  
13 Kriterien als „Vitamin B“ und „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ geben. Eine gerechtere  
14 Verteilung, die besondere soziale Umstände und Härten berücksichtigt, ist notwendig. Für den  
15 Ausbau des Angebots an Wohnraum für Studierende gilt für uns das gleiche wie bei anderen  
16 Aspekten der Planung des städtischen Raum: Leitbild ist die sozial gemischte Stadt.

17

18 2. Wie ist die Situation?

19

20 Aufschluss über das vorhandene Angebot an Wohnraum speziell für Studierende bietet die  
21 jährliche Erhebung des Deutschen Studentenwerk e.V. (DSW). Dieses erfasst zum Stichtag  
22 01.01. den öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende. Hierzu werden zum einen  
23 Wohnheimplätze der Studierendenwerke mit Belegungs- und Mietbindung gezählt (im Einzelfall  
24 auch solche, die ohne öffentliche Förderung errichtet wurden) als auch sonstiger Wohnraum,  
25 der durch die Studierendenwerke für Studierende angemietet wurde. Darüber hinaus wird auch  
26 der öffentlich geförderte Wohnraum für Studierende in privater Trägerschaft erhoben.

27

28 Die aktuellen Zahlen von 2014 weisen in ganz Deutschland rund 234.000 Wohnplätze für  
29 Studierende aus. Bei etwa 2,35 Mio. Studierenden bedeutet dies, dass nicht einmal 10% ein  
30 öffentlich geförderter Wohnplatz angeboten werden kann. Diese sog. Unterbringungsquote liegt  
31 bei 9,5%. Ein Blick auf die Zahlen der vergangenen Jahre offenbart, dass wir am vorläufigen  
32 Tiefpunkt einer negativen Entwicklung angelangt sind. Lag die Unterbringungsquote um die  
33 Jahrtausendwende noch bei ca. 12%, ging sie seither konstant auf den heutigen Wert zurück.  
34 Die absoluten Zahlen an vorhandenen Wohnplätzen lassen dies zunächst nicht vermuten. Seit  
35 dem Jahr 2000 ist die Zahl an Wohnplätzen sogar um 13.000 (+7,1%) gestiegen. Dieses Plus  
36 entsprach jedoch bei Weitem nicht dem Anstieg der Studierendenzahlen im selben Zeitraum  
37 (+39,5%).

38

39 Neben den Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, lohnt ein Vergleich der Zahlen nach  
40 Bundesländern. Hierbei treten zum Teil erhebliche regionale Unterschiede zu Tage. Besonders  
41 die Stadtstaaten fallen mit äußerst geringen Unterbringungsquoten auf (Berlin: 5,7%, Bremen:  
42 6,39%, Hamburg: 8,39%). Aber auch Hessen, das Saarland und Schleswig-Holstein liegen hier  
43 mit Werten von unter 7,5% im unteren Bereich. Da sich in Berlin, Bremen, dem Saarland und  
44 Sachsen-Anhalt aktuell weder Wohnheime im Bau befinden, noch Neubauten geplant sind, ist mit  
45 einer weiteren Verschlechterung der Lage zu rechnen. Dabei ist anzumerken, dass gerade in  
46 den Stadtstaaten mit ohnehin geringen Unterbringungsquoten ein meist ebenso angespannter  
47 Mietwohnungsmarkt existiert. Mieten für Wohnungen unter 30qm liegen hier zwischen 15,23  
48 €/qm (Hamburg) und 10,73 €/qm (Bremen). Dies stellt besonders Studierende mit einem  
49 geringen Budget 25% der Studierenden verfügen nach der Sozialerhebung des DSW über  
50 weniger als 680€ monatlich vor unbillige Härten.

51

52 Nur in einem Punkt jedoch liefert die Erhebung Aufschluss nicht nur über die Quantität sondern  
53 auch über die Qualität des Angebots: Bei der Zahl der für RollstuhlfahrerInnen geeigneten  
54 Wohnplätze. Diese wird bundesweit mit 1.481 angegeben. Somit sind gerade einmal 0,63% der  
55 verfügbaren Wohnplätze baulich für die Benutzung durch RollstuhlfahrerInnen vorbereitet.

56

57 Der lokale Blick auf die Situation in Braunschweig liefert zum Stichtag 01.01.2014, auf  
58 insgesamt schwachem Niveau, mit rund 12,4% immerhin eine überdurchschnittliche  
59 Unterbringungsquote. Die Zahl von insgesamt nur 4 durch RollstuhlfahrerInnen benutzbare  
60 Wohnungen muss jedoch als katastrophal bezeichnet werden.

61

62 3. Was bedeutet das?

63

64 Wie bereits festgestellt, herrscht bei der Unterbringungsquote in den verschiedenen  
65 Bundesländern eine recht heterogene Situation. Dabei ist vor allem zu beobachten, dass die  
66 Versorgung mit Wohnplätzen mit der finanziellen Lage der Länder korreliert. So nehmen sieben  
67 von den acht Bundesländern, die eine unterdurchschnittliche Unterbringungsquote haben, die  
68 vorderen Plätze bei der ProKopfverschuldung ein. Betrachtet man die Zahlen zu den sich im  
69 Bau befindlichen beziehungsweise geplanten Wohnheimen zeigt sich dies noch deutlicher: Hier  
70 können die reicheren Länder wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen einen großen Zubau  
71 (von teilweise über 10%) vorweisen, während finanzschwache Länder wie Bremen, Hamburg,  
72 Berlin und das Saarland momentan gar keine neuen Wohnheimsplätze planen. Insbesondere in  
73 den Stadtstaaten mit ihrer angespannten Wohnungslage verschärft sich die Situation für die  
74 Studenten und Studentinnen somit deutlich.

75

76 4. Was ist zu tun?

77

78 Um die Situation für Studierende auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, fordern wir  
79 JungsozialistInnen folgende Maßnahmen:

80

- 81 • Erhöhung der zweckgebundenen Finanzmittel für Neubau und Sanierung von  
82 Studierendenwohnplätzen

83

84 Um das unzureichende Angebot an Wohnheimsplätzen ausbauen zu können, führt kein Weg an  
85 einer besseren finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke vorbei. Hierbei ist insbesondere  
86 der Bund in der Pflicht, den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet  
87 zu verwirklichen. Bei Neubauten und Renovierungen muss besonderes Augenmerk auf die  
88 Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gelegt werden.

89

- 90 • Beteiligung der Studierendenwerke an Stadtplanungsprozessen vor Ort

91

92 Stadtentwicklung muss politisch gestaltet werden. Neben der Beteiligung kommunaler  
93 Wohnungsbauträger ist die Einbindung der örtlichen Studierendenwerke an  
94 Hochschulstandorten bei Fragen der Stadtplanung und Quartiersentwicklung unerlässlich

95

- 96 • Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Studierendenwerken und kommunaler  
97 und privater Wohnungswirtschaft

98

99 Neuer Wohnraum entsteht nicht über Nacht. Zur Abdeckung von Bedarfsspitzen können



100 Kooperationen, die es Studierendenwerken ermöglichen, auf Wohnungen Dritter zurückgreifen  
101 zu können, ein sinnvolles Mittel sein. Diese Modelle brauchen jedoch einen klaren Rahmen, der  
102 u.a. verhindert, dass leerstehender Wohnraum subventioniert wird.  
103  
104 • Stärkere Berücksichtigung räumlicher, zeitlicher und finanzieller Bedürftigkeit bei der  
105 Verteilung von Wohnheimspätzen  
106  
107 Die reine Abarbeitung einer Warteliste ist denkbar unsozial. Die Bevorzugung von StudentInnen  
108 die sich früh bewerben ist gerade deshalb paradox, weil eben Bewerber mehr Zeit und damit  
109 bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben um etwas angemessenes zu finden,  
110 wohingegen StudentInnen die erst kurz vor Semesterbeginn ihre Zusage von der Hochschule  
111 bekommen diese Freiheit nicht mehr haben. Insbesondere Studierende, deren Heimatort weit  
112 entfernt ist, haben keine Möglichkeit, eine eventuelle Wartezeit mit Pendeln zu überbrücken.  
113 Dies gilt natürlich ganz besonders für Studierende aus dem Ausland. Hier sind feste  
114 Kontingente, die für ausländische Studierende vorgehalten werden, zwingend erforderlich.  
115 Besondere Härten müssen deshalb bei der Verteilung der leider noch viel zu knappen  
116 Wohnheimspätze Berücksichtigung finden.  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015



**Links Leben**

L 1

Bundesvorstand  
Links Leben!

235

---

**Titel** Links Leben!

**Antragsteller** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Links Leben!

1 Links Leben – Über lange Zeit war mehr oder weniger klar was das bedeutet: Mit Hammer und  
2 Meißel unterm Arm, „Glück auf“ auf den Lippen und dem „Kapital“ unterm Kopfkissen machte  
3 man sich auf zur Maloche, nach 8 Stunden harter körperlicher Arbeit entweder zum  
4 Arbeitergesangsverein, auf den Bolzplatz oder in den Lesezirkel. Am Wochenende ging's zur  
5 Demo oder auf die Scholle. Oder zumindest stellte man sich das gerne so vor. Später war es die  
6 Studi-WG, Stricken während der Vorlesung, die Friedensdemo und die freie Liebe. Auch wenn  
7 die plakativen Vorstellungen nie auf die Mehrheit der Jusos zugetroffen haben, eine Vorstellung  
8 davon, wie ein „gutes linkes Leben“ auszusehen hatte gab es meistens. Und heute? So viele  
9 Möglichkeiten stehen uns offen: von der selbstverwalteten Microbrewery über Sozialarbeit oder  
10 in der öffentlichen Verwaltung Teil des politischen Systems werden – was davon ist wirklich  
11 „links“, oder besser noch „am linkensten“? Müssen wir dafür VeganerInnen werden oder in  
12 Erinnerung an unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung Feuerwehrmarmelade zum Frühstück  
13 essen? Gründen wir eine möglichst große Familie um uns selbst zu verwirklichen und viele  
14 SozialistInnen groß zu ziehen oder bleiben wir in Verweigerung der Gesamtgesellschaft besser  
15 alleine um nicht aus Versehen Teil des Systems zu werden? Ist der eigene Bio-Hof in  
16 Brandenburg die Lösung oder ist das nicht Zersiedelung der Landschaft? Und tragen wir  
17 eigentlich zur Gentrifizierung bei? Ist die fortschreitende Digitalisierung ein Weg zu mehr  
18 Selbstbestimmung und Flexibilität oder führt zu Entgrenzung und Stresssymptomen? Auf diese  
19 und viele andere neue Fragen, können bisherige Richtschnüre für jungsozialistisches Handeln  
20 nur bedingt Antworten geben – es hilft nichts, wir müssen sie uns selber suchen. Dazu haben  
21 wir uns in den letzten zwei Jahren auf den Weg gemacht, um Leitlinien für jungsozialistische  
22 Politik im 21. Jahrhundert zu suchen. Entwickelte und diskutierte Thesen können dabei nur  
23 erste Aufschläge sein, für eine jungsozialistische Erzählung eines guten linken Lebens. In den  
24 kommenden Jahren müssen wir diese weiterentwickeln, mit Leben füllen und immer wieder auf  
25 den Prüfstand stellen. Denn klar ist: Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal  
26 erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die Welt sich ununterbrochen verändert und wir  
27 deshalb immer wieder neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft  
28 gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht.  
29  
30 Das eine richtige Leben haben, werden und wollen wir nicht entwickeln. Wir können dabei nur  
31 Leitthesen zur Orientierung diskutieren, die jedeR für sich selbst mit Leben füllen muss – und im  
32 Zweifelsfall muss auch die Dialektik einer jungsozialistischen Einstellung in einer kapitalistischen  
33 Gesellschaft ausgehalten werden. In den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere  
34 Gesellschaft vielfältiger, Lebensentwürfe pluralistischer und individueller werden. Dies ist eine  
35 wichtige Leitlinie für unsere Diskussionen gewesen. Jungen Menschen ist es enorm wichtig,  
36 dass sie selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten  
37 können – ohne Zwänge und ohne Angst. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert  
38 unsere Gesellschaft und das Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle  
39 Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken liegen oft nah beieinander.

40

41 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen  
42 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder  
43 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der  
44 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am  
45 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im  
46 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt  
47 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des  
48 Einzelnen, gesellschaftliche Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.

49

50 Für uns ist weiterhin klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es  
51 reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen  
52 und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die  
53 Aufgabe eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte  
54 gesellschaftliche Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht  
55 werden können. Das heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlichen  
56 Ausgeschlossenen, Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance  
57 auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Solidarität auch bei den ökologischen  
58 Herausforderungen, denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und  
59 Solidarität nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen  
60 Welt. Ein gutes linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die  
61 Überwindung systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.

62

63 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen  
64 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und  
65 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein  
66 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb haben wir uns die letzten  
67 zwei Jahre aufgemacht und gemeinsam diskutiert: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein  
68 gutes linkes Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?

69

70 Diese Debatte haben wir nicht alleine geführt, sondern breit in den Verband getragen, in  
71 Zukunftswerkstätten, auf dem Linkskongress sowie unserem Sommercamp haben wir mit euch  
72 diskutiert, argumentiert und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Auch mit  
73 unseren BündnispartnerInnen, wie den Gewerkschaften, Naturschutzverbänden oder anderen  
74 Jugendparteien haben wir unsere Ideen rückgekoppelt und verschiedenen Meinungen  
75 eingeholt.

76

77 In verschiedenen Themenblöcken von „Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?“ und „Wie viel  
78 Arbeit braucht das Leben?“ bis hin zu „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“ und „Wie  
79 viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?“ haben wir Thesen entwickelt und Antworten  
80 formuliert. Das sind unsere Ergebnisse:

81

## 82 **Thesen: Wieviel Gewissen braucht die Wirtschaft?**

83

84 1. Natürliche Monopole müssen in die öffentliche Daseinsvorsorge überführt werden

85

86 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für uns jene Güter und Dienstleistungen, die der  
87 Mensch braucht, um leben zu können. Für die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen  
88 ist der Staat verantwortlich. Darüber hinaus ist er auch für deren Organisation und  
89 Ausgestaltung verantwortlich. Der Staat muss das Soziokulturelles Existenzminimum  
90 sicherstellen. Dieses muss an linken Maßstäben ausgerichtet sein. Zu den Gütern der  
91 öffentlichen Daseinsvorsorgen gehören für uns unter anderem die Bildung, die Infrastruktur, der  
92 Energiesektor, der Gesundheitssektor und die öffentliche Sicherheit. Auch einige Güter, bei  
93 denen es ein natürliches Monopol gibt, gehören in öffentliche Hand und zur öffentlichen  
94 Daseinsvorsorge, um deren Bereitstellung trotz hoher Fixkosten für alle Menschen  
95 sicherzustellen.

96

97 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht ökonomisiert werden. Das bedeutet, dass  
98 eine öffentliche Daseinsvorsorge nicht auf die Maximierung von Gewinnen ausgerichtet sein  
99 darf, sondern sich am Wohl des Menschen ausrichten muss und nur sich selbst finanzieren darf.

100 Eine Privatisierung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Dort wo Güter

101 der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden wie zum Beispiel die Infrastruktur müssen  
102 sie wieder zurück in staatliche Hand gebracht werden.

103

104 Güter und Dienstleistungen, sowie auch deren Produktion, die nicht zur öffentlichen  
105 Daseinsvorsorge zählen oder kein natürliches Monopol darstellen bedürfen einer umfassenden  
106 staatlichen Regulierung im Sinne des Wohles aller Menschen.

107

108 Eine privatwirtschaftliche Organisation bestimmter Güter, die gerade in der Zukunft zu Gütern  
109 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden könnten ist gerade dort okay, wo sie in Bezug auf den  
110 Menschen innovativ, anpassungsfähig und effizient ist. Dies gilt bis zu dem Zeitpunkt an dem  
111 diese Güter ein natürliches Monopol darstellen.

112

113

114 2. Wir brauchen ein Wachstum nach neuen Paradigmen

115

116 Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss langfristig neue Handlungsspielräume für  
117 Wohlfahrt eröffnen. Dazu bedarf es einem langfristig und keinem kurzfristig ausgerichteten  
118 Wirtschaften.

119

120 Dies ist in einem System in dem Wohlstand und Wachstum an den harten Fakten des BIP  
121 gemessen wird nicht möglich. Deshalb bedarf es einer Abkehr vom BIP, einer Neudefinition von  
122 Wohlstand und einem Paradigmenwechsel des Wachstums. Vor allem soziale Aspekte, sowie  
123 Aspekte der Effizienz und Nachhaltigkeit müssen zukünftig herangezogen werden um  
124 Wachstum zu berechnen.

125

126 Aufgabe des Staates ist es daher einerseits neue Maßstäbe zur Berechnung von Wachstum  
127 und Wohlstand zu setzen. Darüber hinaus muss der Staat durch Regulierung darauf hinwirken,  
128 dass eine Langfristigkeit des Wirtschaftens Einzug ins Wirtschaftssystem erhält. Auch muss er  
129 dies fördern und absichern. Eine Möglichkeit um einen finanziellen Spielraum für diese  
130 Umgestaltung zu generieren könnte eine Ressourcenbesteuerung bzw. Sanktionierung für  
131 Unternehmen unter bestimmten Konditionen bzw. bei der Nichteinhaltung von bestimmten  
132 Konditionen sein.

133

134 3. Wir brauchen nachhaltiges Wirtschaften das natürliche Ressourcen schont und die Umwelt  
135 schützt

136

137 Eine Langfristigkeit des Wirtschaftens bedeutet, dass Wirtschaften sozial ökonomisch,  
138 ökologisch und kulturell nachhaltig sein muss. Ein langfristiges und somit auch nachhaltiges  
139 Wirtschaften ist allerdings nicht durch einen erzwungenen Verzicht der Individuen möglich,  
140 sondern nur durch einen technologischen Fortschritt, durch den Ressourcenschonung und  
141 Umweltschutz gefördert werden können möglich, da es nur so zu einem ressourcenneutralen  
142 Wachstum kommt.

143

144 Somit ist nachhaltiges Wirtschaften als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.  
145 Dazu bedarf es einer staatlichen Regulierung unter anderem durch die Setzung von  
146 ökologischen Standards, die aber auch soziale und kulturellen Aspekte zwingend berücksichtigt.

147

148 Wir setzen aufgrund einer ökologischen Verantwortung auf nachhaltiges Wachstum. Nur so  
149 können wir jenseits der Energiewende unsere Umwelt schützen und erhalten, Ressourcen über  
150 Generationen gerecht verteilen und somit Fortschritt und Wohlstand für die Zukunft sicher  
151 stellen.

152

153

154

155 4. Wir brauchen eine stärkere Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an

156 Unternehmensentscheidungen und eine Beteiligung an

157 Gewinnen

158

159 Erwerbsarbeit ist lohnabhängige Arbeit, die in Entfremdung und Ausbeutung Tauschwert  
160 schafft. Zudem schafft Arbeit einen Gebrauchswert und die Menschen können sich durch sie  
161 selbstverwirklichen. Arbeit hat somit einen Doppelcharakter. Im Kapitalismus fließen Gewinne

162 nicht an den ArbeitnehmerInnen, sondern an die Kapitalseite. Wir wollen, dass diejenigen, die  
163 ihre Arbeitskraft veräußern an den Gewinnen des durch sie erwirtschafteten Mehrwerts stärker  
164 beteiligt werden. Ein Mittel dazu sind Gewinnausschüttungen.

165

166 Genossenschaften stellen eine Alternative zu den vorherrschenden traditionellen  
167 Wirtschaftsformen dar. Sie ermöglichen der ArbeitnehmerInnenseite sich an unternehmerischen  
168 Entscheidungen zu beteiligen. Dadurch können sie eine Abmilderung der kapitalistischen  
169 Effekte fördern und somit den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abschwächen. Aufgabe  
170 des Staates ist es vor diesem Hintergrund Genossenschaften einen größeren  
171 Handlungsspielraum (z.B. Ring der Genossenschaften) zu ermöglichen und Hürden zur  
172 Überführung von Unternehmen in genossenschaftliche Wirtschaftsform abzubauen, sowie die  
173 Neugründung von Genossenschaften zu fördern.

174

175 Neben Genossenschaften gehört zu einer Demokratisierung der Wirtschaft aber auch die  
176 Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung. Diese soll auch auf operative und strukturelle  
177 Unternehmensentscheidungen ausgedehnt werden, unabhängig von Betriebsgröße und  
178 Rechtsform. Dies führt auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften, da sie über die Betriebsräte  
179 mehr Einflüsse auf die Unternehmen gewinnen.

180

181 5. Die EU braucht eine gemeinsame Steuer- und Fiskalpolitik

182

183 Die EU verkommt aktuell zu einem neoliberalen Konstrukt, welches wirtschaftliche Gewinne vor  
184 die Würde des Menschen stellt. Der Fiskalpakt sowie die von Deutschland betriebene  
185 Austeritätspolitik veranschaulicht dies exemplarisch. Eine gemeinsame Währung braucht auch  
186 eine gemeinsame Steuer und Fiskalpolitik. Nur so kann garantiert werden, dass neben einer  
187 Wirtschaftsunion auch eine Sozialunion etabliert werden kann. Säulen einer Sozialunion sind  
188 nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ein Staatsfinanzausgleich, ein europäischer  
189 Mindestlohn ausgerichtet am nationalen Existenzminimum, eine europäische  
190 Unternehmensbesteuerung, eine Angleichung der Steuersystemen und eine  
191 Kompetenzverlagerung von bestimmten steuerlichen Kompetenzen von der nationalen auf die  
192 europäische Ebene.

193

194 Ein globaler Markt birgt neben den Vorteilen des freien Handels auch zahlreiche damit  
195 einhergehende Risiken. Statt Freihandel brauchen wir einen partnerschaftlich organisierten  
196 sozialen Welthandel. Dieser bedarf soziale, demokratische, ökologische  
197 menschenrechtsbezogene und nachhaltige Standards. Dazu brauchen wir eine Abkehr von  
198 Bilateralen Handelsverträgen, die meist zuungunsten der schwächeren Handelsparteien  
199 ausgestaltet sind sowie eine Neuausrichtung und Stärkung von WTO und IWF.

200

201 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

202

203 1. Materielle Sicherheit und Bildung sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe

204

205

206 Die Teilhabe einer jeden/eines jeden an unserer Gesellschaft und Demokratie ist ein hohes  
207 soziales Gut, für welches wir Jusos seit jeher einstehen. Gesellschaftliche Teilhabe ist aber  
208 durch vielerlei Dinge beeinflusst und determiniert. So bedarf es als Grundvoraussetzung einer  
209 materiellen Absicherung jedes Individuums, um überhaupt am sozialen Leben der Gesellschaft  
210 teilhaben zu können. Ein linkes Leben bedeutet für uns deshalb, dass durch gute Arbeit und  
211 gerechte Entlohnung jeder/jedem eine materielle Basis zur Befriedigung ihrer/seiner  
212 Lebensbedürfnisse geboten wird. Diese Basis gehört für uns durch die Solidargemeinschaft und  
213 den Staat abgesichert, damit niemand vom Gesellschaftsleben exkludiert wird.

214

215 Neben der materiellen Absicherung, bedarf es im Sinne gleicher und freier Menschen, weitere  
216 Grundvoraussetzungen, damit jede/jeder am sozialen und politischen Leben teilhaben kann.  
217 Hierzu zählt zuvorderst, dass für uns alle Menschen das allgemeine und gleiche Recht auf  
218 Partizipation haben! Nur auf einer solchen Grundlage kann eine gesellschaftliche Teilhabe aller  
219 gelingen. Daneben bedarf es aber auch der individuellen Befähigung: Bildung ist auch hier der  
220 Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie an  
221 politischen Prozessen. Emanzipatorische Bildung hat dabei einen hohen Stellenwert, die jede  
222 Einzelne/jeden Einzelnen zu mündigem, selbstdenkendem, reflektierendem und kritisch-

223 analysierendem Handeln befähigt, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller darstellt.

224

225

226

227 2. Links leben heißt Demokratisierung aller Lebensbereiche

228

229 Für uns stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche die soziale Praxis zur Etablierung  
230 eines demokratischen Sozialismus dar. Was sich träumerisch und sozialromantisch anhört, hat  
231 für uns einen ganz realen Hintergrund. Für uns heißt Demokratie und Sozialismus, dass wir  
232 nicht nur alle vier oder fünf Jahre über Vertretungskörperschaften abstimmen. Vielmehr handelt  
233 es sich um einen aktiven Prozess, der sich in allen Lebensbereichen niederschlägt, bzw.  
234 niederschlagen sollte. Wir sind davon überzeugt, dass ein grundsätzlicher Wandel in unserer  
235 Wirtschaftsweise über eine Stärkung von Wirtschaftsdemokratie zu erreichen ist. Wir wollen,  
236 dass die Belegschaften in den Betrieben stärker in die operativen Geschäftsbereiche  
237 eingebunden sind und aktiver Part in der Gestaltung der Firmenpolitiken werden. Wirtschaften  
238 ist für uns ein solidarischer Prozess. Links leben bedeutet daher, einen neuen Konsens über  
239 den Stellenwert von Wirtschaften als solidarischen und demokratischen Prozess der  
240 Bedürfnisbefriedigung einer gesamten Gesellschaft zu erreichen.

241

242 Die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses ist zentral für die Überwindung kapitalistischer  
243 Strukturen, sie endet aber nicht dort. Für uns heißt dies praktisch, dass  
244 Mitbestimmungsstrukturen in Schule oder Universität wieder gestärkt werden müssen, dass  
245 Verfahren zur Beteiligung innerhalb politischer Prozesse ausgebaut werden und dass  
246 letztendlich auch politische Parteien - insbesondere die sozialdemokratische - ihre Praxen  
247 ändern müssen, um wieder verstärkt ein Ort des demokratischen Lebens und der  
248 demokratischen Willensbildung in unserer Gesellschaft zu werden. Für uns ist hiermit aber  
249 zugleich auch ein Bekenntnis zu repräsentativen Formen der Demokratie verbunden, da viele  
250 Untersuchungen zeigen konnten, dass diese, im Vergleich zu direkten bzw. ergänzenden  
251 Formen der Demokratie weniger sozial selektiv sind. Wir stehen zu einem Bekenntnis für die  
252 direkte Beteiligung in Entscheidungsprozessen, wir glauben allerdings nicht, dass sich diese  
253 zwangsläufig in einfachen Ja-oder-Nein-Entscheidung widerspiegeln kann. Politische Debatten  
254 und Diskurse sind komplexer. Sie brauchen einen breiteren Diskussionsrahmen in unserer  
255 Gesellschaft. Hierfür müssen durch eine fortschreitende Demokratisierung gesellschaftlicher  
256 Strukturen Räume etabliert werden.

257

258 3. Die Demokratie braucht starke Parteien

259

260 Parteien haben den Auftrag, gesellschaftliche Stimmungen aufzunehmen, zu diskutieren und in  
261 den parlamentarischen Prozess einzubringen. Die Mitglieder sind die tragende Säule einer  
262 Partei, dies gilt insbesondere für die SPD, als Selbstorganisation politischer Subjekte, die sich  
263 unter einem verbindenden Wertegerüst sammeln, für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen und  
264 sich gegen Benachteiligung und Ausbeutung Vieler durch die Wenigen stark machen.

265

266 Wollen wir für die Demokratisierung aller Lebensbereiche kämpfen, müssen wir diesen Kampf  
267 auch in unserer Partei führen. Wir erleben eine zunehmende Zentralisierung und Zuspitzung  
268 politischer Entscheidungen auf wenige Spitzenfunktionäre und -gremien. Parteipolitik muss aber  
269 für das einzelne Mitglied erlebbarer sein – Diskussionen müssen offen geführt werden und  
270 dürfen keinen vorfestgelegten Ausgang haben. Dies heißt auch, dass wir Politik entschleunigen  
271 müssen. Abwägungsprozesse brauchen Zeit und reifliche Überlegungen, einen Austausch über  
272 das Für und Wider. Hierfür braucht es geeignete Räume. Dazu zählt auch eine kollegiale und  
273 faire Streitkultur. Nur wenn wir es schaffen, dass wieder mehr Menschen die Mitgliedschaft und  
274 das Engagement in unserer Partei als eine persönliche Bereicherung empfinden, bei der man  
275 zu der Überzeugung gelangt, selber Teil gesellschaftlichen Fortschritts und der Veränderung zu  
276 sein, wird die SPD eine Zukunft haben.

277

278 4. Ohne handlungsfähige Kommunen stirbt die Demokratie

279

280 Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben erfolgt direkt vor Ort in den Städten und  
281 Kommunen, sie sind die Wiege politischer Partizipation. Deshalb halten wir es für notwendig,  
282 dass der Weg zur stärkeren Demokratisierung gerade über die Schaffung von  
283 Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu bestreiten ist. Wir wollen uns dafür einsetzen,

284 dass auf der lokalen Ebene ein offeneres und partizipativeres Demokratieverständnis erprobt  
285 und praktiziert wird, welches Vorbild für die weiteren Ebenen werden kann. Auf der kommunalen  
286 Ebene gibt es bereits heute weitreichendere Beteiligungsmöglichkeiten: So sind hier  
287 UnionsbürgerInnenwahlberechtigt oder spezielle Beiräte (bspw. für Senioren, Jugendliche oder  
288 Ausländerinnen und Ausländer), ermöglichen eine Einbindung weiterer AkteurInnen. Für uns  
289 heißt inklusives Demokratieverständnis allerdings auch, dass die Beteiligungsrechte weiter  
290 ausgebaut werden müssen. Nicht nur UnionsbürgerInnen sollen kommunales Wahlrecht  
291 erhalten, sondern alle Menschen, die in der jeweiligen Kommune leben.

292

293 Das gilt natürlich auch für alle Menschen, die noch nicht 18 sind. Die Absenkung des Wahlalters  
294 auf 16 Jahre, ist auf vielen Ebenen bereits umgesetzt. Es wird Zeit, dass dies auch auf  
295 Bundesebene Standard wird. Die Kommune ist allerdings zur Zeit stark unter Druck.

296 Kommunale Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Kommunen handlungsfähig sind. Die  
297 finanzielle Lage in den meisten Landesteilen ist jedoch mehr als miserabel. Wer die Kommunen  
298 verelenden lässt, der lässt auch die Demokratie bereitwillig sterben. Die Verantwortung hierfür  
299 liegt bisweilen nicht immer bei den Kommunen selbst, sondern bei der fehlenden finanziellen  
300 Ausstattung durch die Länder und den Bund, die den Kommunen zwar zunehmend mehr  
301 Aufgaben zuweisen, diese aber nicht ausreichend ausfinanzieren. Für "freiwillige Leistungen",  
302 bleibt da meist kaum noch Spielraum, mit der Folge, dass Theater oder Schwimmbäder  
303 geschlossen, Busverbindungen ausgedünnt oder Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten  
304 erhöht werden. Dies ist kein Vorbild für eine lebendige Demokratie. Links leben heißt für uns  
305 deshalb, dass wir handlungsfähige Kommunen brauchen, die vor Ort gesellschaftliche und  
306 soziale Teilhabe ermöglichen, weil sie hierfür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung  
307 haben.

308

309 **Thesen: „Wie viel Freiräume braucht das Zusammenleben?“**

310

311 1. Öffentlicher Raum ist Lebensraum! Wir haben ein Recht auf Stadt!

312

313 Gesellschaftliches Leben bedeutet Kunst, Kultur, Politik und vieles mehr. Jede und Jeder hat  
314 das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht  
315 mehrmals betont, dass JedeR ein Anrecht auf das kulturelle Existenzminimum hat. Für uns geht  
316 es aber um mehr. Denn neben individueller Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen  
317 Leben braucht es zugängliche Räume und Platz für Gemeinschaft. Wir erleben die zunehmende  
318 Privatisierung vormals öffentlicher Räume und Räumlichkeiten und damit das Entstehen immer  
319 neuer Zugangshürden. Wir wollen, dass junge Menschen sich auch dann mit ihren FreundInnen  
320 treffen können, wenn sie sich die Getränkepreise im Szeneclub oder in der Innenstadtkeipe  
321 gerade nicht leisten können. Wir wollen, dass politische und kulturelle Veranstaltungen auch  
322 dann stattfinden können, wenn sie nicht genug Gewinn für hohe Raumieten abwerfen. Linke  
323 Stadtentwicklungspolitik muss Innenstädte und Quartiere zu attraktiven Orten des  
324 Zusammenlebens machen und nicht zu Konsummeilen. Öffentlicher Raum muss barrierefrei  
325 zugänglich sein, damit wirklich Platz für Alle ist. Wir wollen auch keine abgeschotteten  
326 Nobelviertel und soziale Segregation in unseren Städten, sondern sozial durchmischte  
327 Quartiere, die Angebote für alle bereithalten. Angemessener Wohnraum ist dabei ein  
328 Grundrecht! Bezahlbares Wohnen in sozial gemischten Quartieren muss staatlich abgesichert  
329 und alternative Wohnformen ermöglicht werden.

330

331 2. Seen und Parks gehören uns allen!

332

333 Seen und Parks sind öffentliche Orte der Naherholung und müssen zugänglich bleiben. Immer  
334 öfter lässt sich dagegen beobachten, dass der Zugang zu Seeufern kaum mehr möglich ist, weil  
335 sich alle Ufergrundstücke in Privatbesitz befinden. Wir sagen: Es kann nicht sein, dass es in  
336 einer reichen Gesellschaft wie unserer nicht möglich ist, in einen See zu springen, ohne das  
337 nötige Kleingeld mitzubringen. In der Hand von privaten Pächtern und Investoren sind Gebiete  
338 öffentlicher Naherholung schlecht aufgehoben.

339

340 3. Jugend braucht Freiräume!

341

342 Jugend braucht Freiräume, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Der Zugang zu Sport, Kunst  
343 und Kultur muss gerade für junge Menschen kostengünstig und ohne Konsumzwang möglich  
344 sein. Im ländlichen Raum bedeutet das vor allem, überhaupt Angebote zu schaffen oder solche



345 zu erhalten, die von der Schließung bedroht sind. Es darf keine weißen Flecken in der  
346 Jugendarbeit geben, jede und jeder hat ein Recht auf Angebote zur Teilhabe und auf  
347 Möglichkeit zur gemeinsamen Gestaltung der eigenen Freizeit – egal ob in der Metropole oder  
348 auf dem platten Land. Die Formen der Jugendarbeit sind vielfältig und sollen es bleiben. Offen,  
349 selbstverwaltet oder staatlich organisiert – alle diese Angebote haben ihre Berechtigung. Unser  
350 Anspruch ist, dass Jugendliche selbst gestalten und mitbestimmen können und nicht über ihre  
351 Köpfe entschieden wird, egal in welcher Form Jugendarbeit stattfindet. Es müssen deshalb die  
352 Rahmenbedingungen geschaffen und hauptamtliche Begleitung sichergestellt werden, damit die  
353 notwendigen Freiräume für ehrenamtliches Engagement eigenständige Angebotsgestaltung  
354 durch Jugendliche geschaffen werden.

355

#### 356 4. Freiräume brauchen Zeit!

357

358 Immer deutlicher wird: Immer mehr junge Menschen wollen sich nicht mehr zwischen beruflicher  
359 Perspektive, Familienplanung und Freundschaften entscheiden. Gerade in der sog. „Rushour  
360 des Lebens“ prasseln unzählige Anforderungen auf uns und viele andere unserer Generation  
361 ein. Wir wollen, dass Menschen eigenständig über die Gestaltung ihres Lebens bestimmen  
362 können. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist Zeitsouveränität. Deshalb wollen wir in  
363 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für eine Verkürzung der Regelarbeitszeit und mehr  
364 Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeiten streiten. Es gilt, für eine neue Balance zwischen  
365 Arbeit und Freizeit zu sorgen! Damit ermöglichen wir auch mehr gesellschaftliches Engagement  
366 und schaffen die Rahmenbedingungen für ein Leben, in dem Familien- und Sorgearbeit,  
367 Ehrenamt und Erwerbsarbeit miteinander im Einklang und nicht sich gegenseitig im Weg  
368 stehen. Freiräume braucht es aber nicht erst mit dem Eintritt in Ausbildung und Erwerbsleben –  
369 auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf unverzweckte Zeit, die sie selbst gestalten  
370 können. Wir wollen, dass neben Ganztagsangeboten an der Schule – welche wir auch für  
371 Vereine und Verbände öffnen wollen - noch Zeit für außerschulische Aktivitäten oder einfach nur  
372 eigenständig gestaltbare Freizeit bleibt.

373

#### 374 5. Teilhabe braucht Mobilität!

375

376 Whatsapp, Facebook, zahlreiche Möglichkeiten über Entfernung in Kontakt zu bleiben – viele  
377 Dinge erleichtert der Digitale Wandel. Und dennoch bleibt es im Kern dabei: Nur wer dorthin  
378 kommt, wo etwas passiert kann auch Teil sein und teilhaben. Gerade junge Menschen sind  
379 deshalb auf kostengünstige nicht-individuelle Mobilität angewiesen. Kostengünstige und  
380 regelmäßige ÖPNV-Angebote, die sich JederR leisten kann sind für uns deshalb eine  
381 Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist ein kostenloser ÖPNV in Stadt  
382 und Land. So reduzieren wir auch motorisierten Individualverkehr und schützen die Umwelt.

383

#### 384 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nicht verhandelbar!

385

386 Stadt und Land bieten unterschiedliche Vorzüge und Nachteile, die sich aufgrund der  
387 verschiedenen strukturellen Bedingungen ergeben. Für uns ist jedoch klar, dass es in staatlicher  
388 Verantwortung liegt, gleichwertige Lebensverhältnisse auch zwischen Stadt und Land zu  
389 gewährleisten. Dazu müssen wir intelligente Konzepte entwickeln, wie Metropolen und  
390 Oberzentren mit dem Umland in Verbindung stehen und gegenseitig voneinander profitieren  
391 können. Nicht in allen von Abwanderung betroffenen Regionen wird sich der  
392 Schrumpfungsprozess stoppen lassen. Das darf aber kein Grund für einen Rückzug des  
393 Staates und eine Absage an politische Gestaltungsansprüche sein. Gerade hier braucht es  
394 Konzepte und damit verbundene Investitionen, um auch schrumpfende Städte und Gemeinden  
395 als lebenswerte Räume zu erhalten. Insbesondere die Digitalisierung bietet auch für den  
396 ländlichen Raum enorme Potentiale, indem sie Sharing-Modelle ermöglicht und Dinge von  
397 Daheim erledigt werden können, für die sonst weite Wege nötig werden. Deshalb setzen wir uns  
398 für den flächendeckenden Breitbandausbau ein – egal ob in der Stadt oder auf dem Land.

399

#### 400 **Thesen: „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“**

401

##### 402 1. Bildung ist Erziehung zu Mündigkeit und kritischem Denken

403

404 Bildung ist die soziale, gesellschaftliche und ökonomische Frage unserer Zeit. Sie befähigt zu  
405 demokratischer Teilhabe und sozialer Verantwortung, sie soll Chancen für alle eröffnen. Bildung

406 darf deshalb nicht kapitalistischen Prinzipien unterworfen sein. Sie soll sinnstiftend aber auch  
407 Selbstzweck sein. Ziel ist nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildungsinhalten. Bildung  
408 ist vielmehr eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die  
409 Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen aber auch für  
410 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Obgleich diese Chancengleichheit ein Bildungsziel ist,  
411 werden wir unser System des lebenslangen Lernens niemals dem ökonomischen Druck zum  
412 Opfer fallen lassen.

413

414 Wir wollen demokratische Bildungsinstitutionen, die für alle Beteiligten individuelle Lernprozesse  
415 ohne starre Vorgaben ermöglichen. Ziel unseres Bildungsideals ist deshalb nicht das  
416 Auswendiglernen von Inhalten, sondern die Erziehung zur Mündigkeit und zum kritischen  
417 Denken. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen Chancen bietet – von  
418 frühkindlicher bis Erwachsenenbildung.

419

420 In Bildungsinstitutionen soll die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen und  
421 Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, so die Steigerung der politischen  
422 Partizipation zu erreichen. Eine progressive Bildungspolitik ist entscheidend für  
423 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und fördert die demokratische Entwicklung. Bildung in  
424 dieser Form bedeutet ständige gesellschaftliche Selbstreflexion und ist Lebensgrundlage  
425 menschlicher Gemeinschaft.

426

427 2. Ein inklusives Bildungssystem muss frei von Wettbewerbsgedanken allen offen stehen.

428

429 Das Bildungssystem ist heute ein Raum, in dem Menschen von Beginn an in verschiedene  
430 Schubladen gesteckt und voneinander separiert werden. Das dreigliedrige Schulsystem trennt  
431 SchülerInnen, bevor sie sich überhaupt richtig entwickeln können. Ein Studium an einer  
432 Hochschule können sich nur die leisten, die finanziell unterstützt werden. Und längst nicht alle  
433 Betriebe bilden aus. Wir setzen uns dafür ein, dass jedeR eine Chance und, wenn notwendig,  
434 auch weitere Chancen bekommt.

435

436 Bildung ist aber nicht nur als Bringschuld der Politik an die BürgerInnen zu betrachten, sondern  
437 als durch den Staat unterstützter – nicht gelenkter – Prozess, an dem alle Menschen  
438 partizipieren. Der muss Staat die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in der  
439 Lage sind, Bildung zu erfahren, aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, sich zu  
440 bilden.

441

442 Wir wollen deshalb ein inklusives Bildungssystem, an dem alle partizipieren können, damit sie  
443 auch an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Kein Mensch darf aufgrund einer  
444 Beeinträchtigung und/oder chronischen Erkrankung, des Elternhauses, der finanziellen  
445 Möglichkeiten oder einem besonderen Förderbedarf „aussortiert“ werden. Bildungsinstitutionen  
446 müssen allen offen stehen – beispielsweise auch Geflüchteten. Unser inklusives  
447 Bildungssystem beginnt mit einer Kindertagesstätte für alle und verhindert die Spaltung in  
448 unterschiedliche Schulformen.

449

450 3. Die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ist Voraussetzung der Demokratie.

451

452 Wir wollen, dass alle Menschen zum aktiven Leben demokratischer Teilhabe befähigt sind.  
453 Partizipation an demokratischen Prozessen – von der Wahl bis zur Demonstration – ist Teil  
454 unseres Bildungsziels. Wir begreifen Bildungsinstitutionen daher als Schulen der Demokratie.  
455 Diese müssen ihrerseits aber auch demokratischen Strukturen unterliegen. Wir fordern daher  
456 die Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen. Das meint die gleichberechtigte  
457 Mitbestimmung aller an den jeweiligen Institutionen beteiligten Menschen in  
458 Selbstverwaltungsgremien. Mitbestimmung muss möglichst früh im Kindesalter beginnen und  
459 stets altersgerecht ausgestaltet werden. Das Alter darf nicht als Ausrede für mangelnde  
460 Beteiligung genutzt werden. Langfristig verlangen wir die Abschaffung unterschiedlicher  
461 Statusgruppen, damit allen Beteiligten das gleiche Stimmgewicht eingeräumt wird.

462

463 Neben der paritätischen Mitwirkung aller Gruppen in Selbstverwaltungsgremien braucht es  
464 starke autonome Vertretungen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden, die auf  
465 allen Ebenen gesetzlich verfasst sind. Um das Engagement in diesen Strukturen allen  
466 gleichermaßen zu ermöglichen, muss es ausreichend Freiräume in Schule und Hochschule

467 geben. Die Vertretungen brauchen ein allgemeinpolitisches Mandat, damit sie die Interessen  
468 ihrer Gruppen angemessen wahrnehmen können. Die konstruierte Trennung zwischen  
469 Bildungs- und Allgemeinpolitik ist falsch. Bildungsinstitutionen sind Teil der Gesellschaft und  
470 deshalb nicht von ihr getrennt zu betrachten.

471

472 Auch die Erziehung zum Antimilitarismus ist für uns Bildungsziel. Die Präsenz der Bundeswehr  
473 in Bildungseinrichtungen zur Werbung lehnen wir ab. Diskussionen, bei denen SoldatInnen,  
474 FriedenspädagogInnen und ExpertInnen kontrovers diskutieren, können dennoch sinnvoll sein –  
475 denn die Mitglieder von Bildungsinstitutionen haben auch ein Recht auf Information und  
476 Austausch. Die Veranstaltungen müssen freiwillig ausgestaltet und für alle interessierten  
477 Menschen offen sein.

478

479 4. Die Bildungsfinanzierung ist staatliche Aufgabe – aber zum Teil auch Pflicht der  
480 Privatwirtschaft.

481

482 Bildungsinstitutionen müssen vom Staat bedarfsgerecht ausfinanziert werden.  
483 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen aber auch Weiterbildungseinrichtungen und  
484 Kulturinstitutionen zu unterhalten und zu fördern, ist allein staatliche Aufgabe. Eine  
485 privatwirtschaftliche Einflussnahme auf Lern-, Lehr- und Forschungsinhalte lehnen wir ab. Doch  
486 nur wenn der Staat die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sichert, hat er selbst die Hoheit  
487 über Bildungsinhalte. Das bedeutet auch, dass in religiösen Fragen Neutralität gelten muss.  
488 Bildungsinhalte sollen frei von jeglicher Religion sein. Wir stehen für eine Bildung für Vielfalt und  
489 fordern daher Ethiklehre statt Religionsunterricht. Religiöse Bildung und Ausbildung sind  
490 Privatsache und nicht von staatlicher Seite zu subventionieren.

491

492 Schrankenlose Privatisierungen im Bildungsbereich, die die Verwertung kultureller Leistungen  
493 voraussetzen, haben zum massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur geführt. In diesem  
494 staatlichen Handeln wird aber zugleich ein großes Dilemma des Neoliberalismus deutlich: Er  
495 möchte einerseits die Ausgaben für die öffentliche Bildungspolitik möglichst gering halten, aber  
496 andererseits zugleich Bildung, Wissenschaft und Forschung als Standortvorteile und  
497 ökonomische Ressourcen nutzen. Dass diese Politik zum Scheitern verdammt ist, ist  
498 offenkundig. Es muss bei der Bildung stets um die soziale Ebene als Teil von  
499 Gesellschaftspolitik gehen.

500

501 Zugleich sehen wir die Wirtschaft aber in einer besonderen Verantwortung für die Finanzierung  
502 der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Wir wollen eine solidarische Ausbildungsplatzumlage,  
503 damit Betriebe, die nicht ausbilden, sich an den Kosten beteiligen. Die duale Ausbildung wollen  
504 wir weiter stärken. Die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden. Die Qualität der  
505 Ausbildung muss gestärkt werden. Diese Weiterbildung muss auch die Privatwirtschaft  
506 mitfinanzieren. Der Staat und die Privatwirtschaft müssen gemeinsam ein Recht auf  
507 Weiterbildung und Bildungsurlaub in einem angemessenen Umfang gewährleisten.

508

509 5. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein

510

511 Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Von der frühkindlichen Bildung bis zur  
512 Hochschule und zur betrieblichen Weiterbildung verlangen wir die Kostenfreiheit von Bildung für  
513 alle, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Partizipation an  
514 Bildung zu ermöglichen. Eine Unterschiedliche soziale Herkunft oder finanzielle Ungleichheiten  
515 im Elternhaus dürfen keine Bedeutung haben. Wir wollen sie frühestmöglich abfangen. Für die  
516 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangen wir staatliche, gebührenfreie  
517 Kindertagesstätten. Es braucht einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung.

518

519 Auch das dreigliedrige Schulsystem ist falsch und ungerecht. Wir wollen eine integrierte  
520 Gemeinschaftsschule für alle: eine Ganztagschule, die allen die gleichen Möglichkeiten gibt.  
521 Jedem Kind müssen durch individuelle Betreuung Chancen und Entwicklungsperspektiven  
522 gegeben werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine bessere Qualifizierung und  
523 Weiterbildung des pädagogischen Personals ein. Wir wollen auch den Zugang zur Hochschule  
524 für alle möglich machen. . Insbesondere muss allen ein Studium ermöglicht werden, indem  
525 Studienplatzkapazitäten ausgebaut und Hürden beim Zugang abgebaut werden.

526

527 Wir lehnen jede Form von Bildungsgebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen

528 Gründen ab. Zugleich streiten wir für eine sozial gerechte Ausbildungsförderung, die  
529 bedarfsgerecht ausgestaltet ist und allen Menschen unabhängig von ihren Eltern eine  
530 Ausbildung oder Studium ermöglicht. Es darf niemals darum gehen, im Bildungsbereich eine  
531 Gewinnmaximierung durch Sparen auch im Bereich der Ausbildungsfinanzierung zu betreiben.  
532 Auch hier gilt: Bildung ist keine Ware.

533

534 6. Die Digitalisierung des Bildungsbereiches muss als Chance der Inklusion genutzt werden.  
535

536 Die Digitalisierung des Bildungsbereiches sehen wir als Herausforderung, die wir gestalten  
537 wollen. Wir betrachten sie vor allem als Chance für Inklusion. Diese wollen wir fördern.  
538 Technische wie soziale Ursachen tragen jedoch heute dazu bei, dass nicht jeder  
539 gleichermaßen an der digitalen Entwicklung teilhaben kann. Nur wenn nicht nur der Ausbau  
540 technischer Infrastruktur sondern auch eine Stärkung der Medien- und Informationskompetenz  
541 gelingt, können alle von den Potentialen der Digitalisierung profitieren. Wir verstehen  
542 Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungseinrichtungen weiter in den  
543 Mittelpunkt gerückt werden muss. Auf dem Weg dorthin braucht es ein eigenes Schulfach  
544 „Computing“, um Medienkompetenz möglichst früh zu vermitteln.

545

546 Die Digitalisierung ermöglicht es, weltweite Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Doch die  
547 kritische Auseinandersetzung mit anderen Menschen in Diskussionen und Debatten ist  
548 essentieller Bestandteil unseres Bildungsideals. Die digitale Lehre darf daher nicht zur  
549 Verdrängung des Präsenzlernens führen, sondern ist ganz im Sinne des blended learning als  
550 eine Ergänzung einzusetzen, wo Lernprozesse dies sinnvoll zulassen. Doch erkennen wir auch  
551 an, dass durch digitale Bildungsangebote sich Menschen weiterbilden können, die aufgrund der  
552 Ort- und Zeitgebundenheit bisher keine Weiterbildung wahrnahmen. Diese Form der  
553 Weiterbildung wollen wir unterstützen.

554

555 „Open Educational Resources (OER)“ können einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen  
556 Weiterentwicklung unseres Bildungssystems leisten. Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien  
557 die weitergegeben, weiterentwickelt und geteilt werden können, stärken vor allem die  
558 Chancengleichheit. OERs sollten in unser Bildungssystem integriert und die didaktischen  
559 Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate weiterentwickelt werden. Eine umfassende  
560 technische Ausstattung und die Schaffung entsprechender Infrastrukturen sind notwendige  
561 Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz digitaler Medien in der Bildung. Beim Einsatz  
562 mobiler Endgeräte muss aus sozialen Aspekten die Anschaffung einheitlicher Geräte durch die  
563 Bildungsinstitution die Regel sein.

564

565 **Thesen: „Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?“**

566

567 1. Tolerante und Diskriminierungsfreie Gesellschaft

568

569 Wir wollen in einer offenen, toleranten und diskriminierungsfreien Gesellschaft leben. Noch  
570 immer gehören jedoch Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Frauenfeindlichkeit zu  
571 unserem Alltag. Alle Menschen sollen sich frei entfalten können, ohne dabei auf Grund ihres  
572 Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe ausgegrenzt oder  
573 schikaniert zu werden. Damit dies Realität wird, braucht es weiterhin demokratische Arbeit, um  
574 Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt oder auf der Straße entgegen zu wirken. Dazu gehören  
575 sowohl Antidiskriminierungsgesetze, als auch ein Entgeltgleichheitsgesetz, um endlich der  
576 unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen entgegen zu wirken. Darüber hinaus  
577 braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, damit Rassismus und Sexismus in den Köpfen der  
578 Menschen wirksam bekämpft werden kann.

579

580 2. Alte Rollenmuster überwinden - Verantwortung übernehmen

581

582 Der Ehe- und Familienbegriff haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Immer öfters gibt es  
583 Paare, die zusammenleben möchten, ohne dabei den Bund der Ehe eingehen zu wollen. Diese  
584 Menschen lieben sich genauso wie verheiratete Paare. Wenn sie Kinder haben, übernehmen  
585 sie genauso Verantwortung für diese. Wir Jusos wollen uns dafür einsetzen, dass alle  
586 Menschen die Verantwortung für Kinder oder füreinander übernehmen, gleichberechtigt  
587 nebeneinander stehen - Mit Trauschein oder ohne. Als Grundlage dazu könnten das Konzept  
588 der PACs (pacte civil de solidarité) aus Frankreich sein. Kinder brauchen Eltern, die sich um sie

589 kümmern, dabei ist es aber unerheblich, ob dies nun Vater und Vater, Mutter und Mutter oder  
590 Vater und Mutter sind. Die Hauptsache ist, dass es den Kindern gut geht. Ein besonderes  
591 Augenmerk muss auch auf Alleinerziehenden Eltern liegen. Eine modere Gesellschaft muss es  
592 ihnen ermöglichen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Mit alten Rollenmustern  
593 brechen heißt für uns auch, das klassische Familienmodell mit einem männlichen  
594 Hauptverdiener und einer weiblichen Reproduktionsarbeiterin zu überwinden. Männer und  
595 Frauen sollen zu gleichen Teilen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit nachgehen. Dies sichert  
596 Frauen über eigene, gut bezahlte Erwerbsarbeit langfristig und selbstständig ab und erlaubt  
597 Männern, sich selbst in Haus- und Sorgearbeit zu verwirklichen. Dabei wollen wir außerdem  
598 sicher stellen, dass sich Elternteile nicht aus ihrer Verantwortung stehlen, und dem anderen  
599 Elternteil die alleinige finanzielle Belastung und Sorgearbeit überlässt.

600

601 3. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche gestalten anstatt nur zur verwalten

602

603 Der technische Fortschritt und die Digitalisierung aller Lebensbereiche haben in den  
604 vergangenen Jahren immer größere Sprünge nach vorne gemacht. Dabei kann die Politik dies  
605 nicht aufhalten, sondern allerhöchstens ausbremsen. Ziel jungsozialistischer Politik muss es  
606 daher sein, diesen Fortschritt so zu gestalten, dass er dem Wohle aller Menschen dient.

607

608 Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, sondern muss genauso wie das reale Leben Regeln  
609 und Gesetzen unterliegen. Damit aber alle Menschen daran teilhaben können, muss unbedingt  
610 der Zugang zum Internet als Grundrecht der Daseinsvorsorge definiert werden und die  
611 Vermittlung von Internet- und Medienkompetenz bereits in den Kinderschuhen unterrichtet  
612 werden.

613

614 Große Konzerne wie Facebook und Google bestimmen zu großen Teilen unser Leben mit. Über  
615 Smartphones sind sie quasi überall präsent und sammeln Daten. Wir müssen verhindern, dass  
616 diese Daten als Ware genutzt werden und vor dem Zugriff Dritter geschützt werden.

617

618 Auch auf unser Arbeitsleben hat die fortschreitende Digitalisierung großen Einfluss. Sie kann die  
619 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, aber auch zu ständiger Erreichbarkeit und  
620 Überwachung führen. Sie beeinflusst ganze Berufsbranchen. Die Politik muss hier daher klare  
621 Regeln zum Schutz der ArbeitnehmerInnen treffen.

622

623 4. Selbstbestimmte Gesellschaft - Cannabis legalisieren

624

625 Viele Menschen in Deutschland kiffen regelmäßig, daran ändern auch Verbote nichts. Die  
626 allermeisten der KifferInnen in Deutschland konsumieren bewusst und verantwortungsvoll. Sie  
627 schaden niemandem und doch werden sie wie Kriminelle behandelt. Damit muss Schluss sein!  
628 Wir wollen, dass der Konsum von Cannabis, Anbau und Handel legal werden und jedeR selbst  
629 bestimmen kann, ob sie kiffet oder es lässt.

630

631 5. Miteinander Entscheiden statt über Köpfe hinweg

632

633 Wir müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an politischen Entscheidungen  
634 verbessern. Dies ist ein Schritt um einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

635

636 Besonders die Beteiligung junger Menschen muss ausgebaut werden. Heute entscheidet die  
637 Politik über sie, aber oftmals nicht mit Ihnen. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen soll  
638 helfen, dass bei politischen Entscheidungsprozessen auch die Belange junger Menschen  
639 stärker berücksichtigt werden. Junge Leute sind keinesfalls unpolitisch. Aber viele nervt  
640 gewaltig, dass sie nicht mitbestimmen dürfen. Sie müssten schon in der Schule oder der  
641 Ausbildung merken, dass sie Einfluss auf Entscheidungen haben. Dass sich konkret etwas  
642 verändert, weil sie da sind und sich einbringen.

643

644 Parteien müssen einen Teil ihrer vorderen Listenplätze bei Wahlen für junge Menschen  
645 reservieren. Junge Menschen sollten entsprechend dem Anteil ihrer Altersgruppen an der  
646 Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sein.

647

648 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

649

650 1. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Arbeit

651

652 Erwerbsarbeit bleibt für uns zentral. Sie sichert Menschen ein Auskommen und hat eine  
653 wichtige Integrationsfunktion in die Gesellschaft. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Arbeit,  
654 der es Menschen erlaubt, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können und die  
655 integrativen Funktionen von Arbeit zu nutzen.

656

657 2. Arbeitszeit muss umverteilt werden

658

659 Viele Menschen arbeiten deutlich mehr als sie gerne würden – leisten große Zahlen an  
660 Überstunden und haben kaum Zeit für ihre Familien. Andere, besonders Frauen, können von  
661 ihrem Halbtagsjob nicht auf mehr Stunden aufstocken oder finden gar nicht erst eine  
662 Arbeitsstelle. Deshalb wollen wir Arbeit umverteilen! Menschen müssen mehr Zeit haben, sich  
663 um ihre Angehörigen zu kümmern, Zeit mit ihrer Familie zu verbringen, Zeit für Ehrenamt und  
664 Muße. Wir brauchen ein neues Normalarbeitsverhältnis, das von einer durchschnittlichen  
665 Wochenarbeitszeit von 30 Stunden ausgeht. Darüber hinaus müssen auch andere Arbeitszeiten  
666 neben der Erwerbsarbeit (bspw. Pflege- und Sorgearbeit) deutlich besser abgesichert werden.  
667 Dafür ist für uns die Arbeitsversicherung das Mittel der Wahl.

668

669 3. Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz müssen radikal ausgeweitet werden

670

671 Wirtschaftsdemokratie, Teilhabe und Partizipation an Arbeits- und Produktionsstätten ist viel zu  
672 lange in den Hintergrund der politischen Debatte getreten. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist  
673 der zentrale Angriffspunkt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und der Verflüssigung der  
674 Grenzen zwischen Arbeit und Kapital und bestes Instrument im Kampf für gute Arbeit. Neben  
675 traditionellen Teilhabemöglichkeiten sollten wir gesellschaftlichen Wandel nutzen, und neue  
676 Partizipationsmöglichkeiten diskutieren. Dabei brauchen wir mehr Verantwortung statt mehr  
677 Verstaatlichung. Menschen wollen und sollen an ihren Arbeitsstätten teilhaben und mehr  
678 Verantwortung übernehmen. Neben kollektiver Mitbestimmung brauchen wir auch mehr  
679 individuelle Partizipationsmöglichkeiten. Dies entspricht einerseits dem Puls der Zeit und dem  
680 Wunsch von vielen Menschen nach mehr direkter Teilhabe und individuellen Lösungen,  
681 gleichzeitig können Gewerkschaften über eine Verabschiedung von der Stellvertreterpolitik  
682 ArbeitnehmerInnen direkter einbinden.

683

684 4. Digitalisierung ist die Zukunft der Arbeit

685

686 Der Digitale Wandel hat die Arbeitswelt längst erreicht. Wir können und wollen diese nicht  
687 aufhalten sondern gestalten. Dabei müssen Arbeits- und Aufgabenfelder natürlich unseren  
688 Standards guter Arbeit entsprechen. Technischer Fortschritt kann z.B. dabei helfen, gefährliche  
689 und unattraktive Arbeit zu reduzieren oder generelle Spielräume für Arbeitszeitverkürzungen  
690 schaffen. Arbeit wird darüber hinaus flexibler, und kann sich damit mehr an die Bedürfnisse der  
691 Menschen anpassen. Wichtig ist dabei, dass sich Flexibilität an den Bedürfnissen der  
692 ArbeitnehmerInnen orientiert (nicht an denen, der ArbeitgeberInnen). Für die Gleichstellung der  
693 Geschlechter sind flexiblere Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung, um Frauen und  
694 Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Damit dies gelingen kann und  
695 möglichst viele Menschen von der Flexibilität profitieren, müssen neben den Menschen selbst  
696 auch Gewerkschaften und Betriebsräte auf diese Herausforderung vorbereitet werden. Um die  
697 Digitalisierung der Arbeitswelt kritisch und konstruktiv zu begleiten müssen Betriebsräte  
698 zukünftig besser aus- und weitergebildet werden. Neben positiven Entwicklungen kann die  
699 Digitalisierung durch technischen Fortschritt auch z.B. zu dem Wegfall bestimmter Arbeitsfelder  
700 führen. Wir benötigen Kompensation und Alternativen, für Menschen deren bisherige  
701 Aufgabenfelder davon betroffen sein können.

702

703 5. Menschen müssen sich während des ganzen Lebensverlaufs weiterbilden

704

705 Nicht nur aber auch auf Grund von Digitalisierung und ständigem Wandel der Arbeitswelt  
706 müssen Menschen im Laufe ihres Lebens kontinuierlich weiterbilden. Die  
707 Qualifikationsanforderungen für Arbeitsplätze steigen und verändern sich stetig, dem  
708 entsprechend wollen wir Weiterbildung für alle Menschen ermöglichen und sie dabei, zeitlich  
709 und monetär unterstützen. Die von uns beschriebene Arbeitsversicherung ist unser Garant für  
710 die Ermöglichung einer dauerhaften und gut abgesicherten Weiterbildungs- und

711 Qualifizierungsphase.

712

713 6. Gleichstellung wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden

714

715 Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Dafür  
716 brauchen wir weiterhin jegliche Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für  
717 Frauen und die stetige Forderung und Förderung von Männern, mehr Familien- und Sorgearbeit  
718 zu übernehmen. Unser Ziel ist es, so viel wie möglich Reproduktionsarbeit zu Erwerbsarbeit  
719 machen und somit mehr und mehr unbezahlte Arbeit zu bezahlter zu machen und zu  
720 vermarktlischen. Dies bedeutet natürlich nicht, sie allein der Willkür des freien Marktes zu  
721 überlassen, sondern notwendige Tätigkeiten z.B. Kinder- oder Altenpflege staatlich zu  
722 unterstützen. Damit muss für uns einher gehen, dass Sozialberufe finanziell deutlich  
723 aufgewertet werden. Um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt weiter zu fördern ist die  
724 obligatorische Vaterschafts-Auszeit ein Instrument, das Männer (analog zum Mutterschutz)  
725 zwischen 8 und 10 Wochen bei der Geburt eines Kindes vom Arbeitsplatz fern halten soll.  
726 Obwohl der Gender Pay Gap längst nicht überwunden ist, sinkt dieser Dank verschiedener  
727 politischer Maßnahmen zumindest ein wenig. Weiterhin massiv hoch sind Gender Income Gap  
728 und Gender Pension Gap. Sowohl Vermögen als auch Rentenansprüche sind weiterhin massiv  
729 ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dagegen wollen wir sowohl mit den natürlichen  
730 Mitteln des Arbeitsmarktes als auch geschlechterspezifischer Umverteilungsinstrumente  
731 entgegen wirken.

732

733 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

734

735 1. Politik muss weltweit Voraussetzungen für Selbstentfaltung schaffen

736

737 Jeder Mensch ist täglich Kämpfen ausgesetzt. Diese können im kleinen, privaten Kreis  
738 stattfinden oder sich über ganze Menschengruppen und Regionen ziehen.

739

740 Unser Kampf ist immer ein politischer, der sich vor allem auf Veränderungen im Sozialen und  
741 Wirtschaftlichen bezieht. Wir führen ihn gegen Strukturen, die die Selbstentfaltung der  
742 Menschen verhindern. Dieser Kampf endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Wir führen ihn  
743 international. Zum Internationalismus zählt für uns das Organisieren in großen, globalen  
744 Netzwerken, die demokratisch agieren und das Wissen und die Fähigkeiten aller verbinden.  
745 Ihnen werden die nötigen Kompetenzen und Mittel zur Verfügung gestellt, um Beschlüsse in  
746 Handeln umzusetzen.

747

748 2. Demokratisierung aller Lebensbereiche durch die Europäische Union

749

750 Die Europäische Union ist ein erster Schritt zu einem internationaleren Kampf. Sie muss eine  
751 Vorreiterrolle auf dem Weg zum Sozialismus übernehmen. Damit geht eine umfassende  
752 Demokratisierung aller Politik- und Lebensbereiche einher. Auch muss sie eine größere Rolle  
753 bei der Vermeidung und Bewältigung von Konflikten spielen. Um das zu ermöglichen, müssen  
754 Ungleichheiten zwischen und in Gesellschaften abgebaut werden - nicht nur in Europa, sondern  
755 weltweit. Auch spielt die EU eine herausragende Rolle, wenn es darum geht, die Welt friedlicher  
756 zu machen. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Armeen abgeschafft und eine  
757 europäische Armee geschaffen wird. Das kann aber nur geschehen, wenn linke, progressive  
758 Kräfte die Deutungshoheit über die EU erlangen und wir sie nach unseren Idealen gestalten.

759

760 3. Entwicklungszusammenarbeit muss die Bedürfnisse der Menschen nach vorne stellen

761

762 Die globale Verteilungsungerechtigkeit ist allgegenwärtig. Die Spaltung zwischen dem globalen  
763 Süden und dem Globalen Norden ist weder überwunden, noch zurückgegangen. Sie schreitet  
764 aufgrund der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktionsweise immer weiter voran. Die  
765 Bedürfnisse von Menschen geraten in den Hintergrund; Armut und Existenzängste prägen den  
766 Alltag. Die Umwelt wird auf Kosten der schwächsten ausgebeutet. Ein selbstbestimmtes Leben  
767 in Würde ist vielerorts nicht möglich.

768

769 Internationale Solidarität erfordert vor dem Hintergrund des Nord-Süd-Gefälles, den „Schutz“,  
770 der Unterstützung der Menschen und somit auch der Umwelt. Dazu müssen Systeme die  
771 Existenzängste erzeugen überwunden werden. Wir wollen Menschen dazu befähigen sich

772 selbständig zu verwirklichen. Daher muss Entwicklungszusammenarbeit so gestaltet sein, dass  
773 die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und nicht die der Wirtschaft. Es kann uns  
774 dabei nicht nur darum gehen die Folgen des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital im  
775 globalen Norden abzufedern und die Folgen im globalen Süden zu vernachlässigen. In einer  
776 globalisierten Welt muss auch der Arbeitskampf global geführt werden.

777

778 Globale Verteilungsgerechtigkeit sorgt für Sicherheit und bringt freie Entfaltungs- und  
779 Entscheidungsmöglichkeiten für alle mit sich. Sie ist somit ein wichtiger Baustein für globalen  
780 Frieden. Und eine unumgängliche Voraussetzung des demokratischen Sozialismus.

781

782 4. Konfliktmanagement muss langfristige Perspektiven schaffen und Präventionsarbeit  
783 betreiben

784

785 Kriege und Konflikte finden oftmals nicht mehr zwischen zwei Staaten statt. Asymmetrische  
786 Kriege und Konflikte treten immer mehr und mehr an deren Stelle. Die Gründe sind so  
787 unterschiedlich wie die Konflikte. Ungleiche Zugänge, zu natürlichen Ressourcen, Armut,  
788 gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten, staatliches Versagen oder  
789 Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte.

790

791 Für asymmetrische Konflikte und Kriege kann es kein Allgemeinrezept geben. Es zeigt sich  
792 aber, dass ein Konfliktmanagement, das nur auf Interventionen und kurzfristige Waffenruhe  
793 ausgerichtete ist keine Lösung ist. Es gilt die Ursachen dieser Kriege und Konflikte zu  
794 bekämpfen.

795

796 Präventionsarbeit und Konfliktmanagement stellen daher die wichtigste Säule unserer  
797 Außenpolitik dar. Nichts desto trotz kann es immer zu Situationen kommen, in denen der  
798 Einsatz für eine konsequente Einhaltung von Menschenrechten auch eine effektive  
799 Sanktionierung ihrer Verletzung bedarf. Hier muss nach Situation abgewogen werden, welche  
800 Maßnahme zu ergreifen ist, gerade wenn das zivile Konfliktmanagement an seine Grenzen  
801 stößt. Wirtschaftssanktionen und R2P schließen wir vor diesem Hintergrund nicht grundsätzlich  
802 aus. Allerdings wenden wir uns gegen eine Politik der Willigen-Staaten. Wir sehen an dieser  
803 Stelle die Weltgemeinschaft als Ganzes in der Verantwortung.

804

805 Damit diese langfristig ihrer Aufgabe gerecht werden kann müssen Funktionalität und Integrität  
806 der UN, besonders des Sicherheitsrates verbessert werden. Was wir brauchen ist eine  
807 Demokratisierung der UN. Es bedarf einer Abschaffung des Vetorechts, eine Besetzung des  
808 Sicherheitsrates nach Proporz, eine zwingende Mandatierung.

809

810 **Links leben – dafür braucht es Bewegung!**

811

812 Links leben – das geht nicht von heute auf morgen. Gemeinsam haben wir in den letzten zwei  
813 Jahren aber erste Ideen erarbeitet, wie jungsozialistisches Leben im 21. Jahrhundert aussehen  
814 kann. Dabei ist immer klar: wir wollen, dass Jeder und Jede ihr Leben so leben kann, wie er  
815 oder sie will. Wir wollen, dass Lebensträume keine Träume bleiben. Wir sind fest davon  
816 überzeugt, dass das nicht alleine, sondern nur gemeinsam funktioniert. Freiheit, Gerechtigkeit  
817 und Solidarität gehen dafür Hand in Hand.

818

819 An unseren Ideen werden wir weiter feilen – wir bleiben in Bewegung. Im Austausch mit jungen  
820 Leuten, GewerkschafterInnen, Jugendverbänden, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und  
821 vielen mehr gehen wir voran. Schritt für Schritt werden wir Verbündete für unsere Vorstellungen  
822 suchen. Schritt für Schritt werden wir unsere Ideen auch in die SPD tragen. Denn auch die SPD  
823 braucht endlich eine überzeugende Vorstellung davon, wie sie diese Gesellschaft gestalten will.  
824 Dafür auf die Jugend zu hören ist immer die beste Idee!

825

826 Mit unseren Überzeugungen bringen wir diese Gesellschaft und diese Welt in Bewegung!  
827 Gemeinsam sind wir stark! Los geht's!

828

829

830

831

832



# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## M

### Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M 1	Nordrhein-Westfalen Es geht um Menschen! Resolution zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland	251
M 2	Thüringen Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!	257
M 3	Bremen Bleiberecht	263
M 4	Baden-Württemberg Stoppt das Sterben im Mittelmeer	266
M 5	Weser-Ems Grundsätze der Asylpolitik	268
M 6	Sachsen Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!	272
M 7	Hessen-Süd Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	273
M 8	Hannover Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“ Für ein solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Keine Verschärfung des Asylrechts!	290
M 9	Nord-Niedersachsen Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!	292
M 10	Hannover Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	293
M 11	Rheinland-Pfalz Grundlagenantrag Asyl	294
M 12	Saarland Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	308

M 13	Nord-Niedersachsen Verbesserung für Asylsuchende	322
M 14	Hessen-Nord Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften	324
M 15	Baden-Württemberg Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge	328
M 16	Bayern Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften	329
M 17	Berlin Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen	330
M 18	Baden-Württemberg Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	332
M 19	Sachsen Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung	334
M 20	Berlin Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!	337
M 21	Braunschweig Pro Asyl gegen Eurosur	339
M 22	Sachsen Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt	342
M 23	Berlin Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms des Bundes	343
M 24	Bayern Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen	345
M 25	Bayern Ehebestandszeit abschaffen!	347
M 26	Hannover Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!	349
M 27	Sachsen-Anhalt Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen	351
M 28	Hessen-Nord Lets talk about Islam- with Muslims!	352

**Titel** Es geht um Menschen! Resolution zur  
aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Es geht um Menschen! Resolution zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland

1 Das Jahr 2015 war ein tiefschwarzes Jahr für geflüchtete Menschen. Laut dem UNHCR  
2 befinden sich im Moment 60 Millionen Menschen auf der Flucht, davon die Hälfte Kinder – so  
3 viele, wie nie zuvor. Nur ein Bruchteil davon flüchtet nach oder erreicht Europa. Und die EU  
4 wehrt sich mit allen Mitteln gegen diese Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Hunger zu ihr  
5 fliehen. Seit dem Jahr 2000 sind ca. 28.000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch Europa  
6 zu erreichen, ertrunken, im Mai 2015 waren es innerhalb einer Woche mehr als 1.000. In den  
7 letzten Wochen und Monaten haben sich die Ereignisse überschlagen. Flüchtlinge kommen  
8 über den Landweg nach Europa, die Auffangsysteme an den Ländern der europäischen  
9 Außengrenze kollabieren. Einige Regierungen, wie die in Ungarn, reagieren mit hohen Zäunen  
10 und körperlicher Gewalt, um die Flüchtlinge aufzuhalten. In Deutschland wurden an der Grenze  
11 zu Österreich wieder Grenzkontrollen eingeführt.

12

### 13 **Grenzen auf!**

14

15 Die Aussetzung des Schengener Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen  
16 durch die Bundesregierung ist ein Verrat an einer der größten Errungenschaften der EU: Der  
17 Bewegungs- und Reisefreiheit über Ländergrenzen hinweg. Wir sehen unsere Idee von einem  
18 solidarischen Europa existenziell bedroht. Das Schließen der Grenzen löst keine Probleme.  
19 Flüchtlinge, die nach Deutschland wollen, werden gezwungen auf illegale Wege  
20 zurückzugreifen, um die Grenze zu überwinden, oder sich in die Gewalt von Schlepper\*innen zu  
21 begeben. Statt dem Druck der CSU von Rechtsaußen nachzugeben, sollte die Bundesregierung  
22 ihre Kraft darauf verwenden die Kommunen und vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer zu  
23 unterstützen. Wir fordern die sofortige Beendigung der Grenzkontrollen!

24

### 25 **Festung „Europa“ überwinden – Europäische Seenotrettung sofort!**

26

27 Wir fordern eine europäisch koordinierte Seenotrettung im Mittelmeer, sowie legale

28

29 Einreisemöglichkeiten um dem Massensterben vor der europäischen Grenze entgegen zu  
30 wirken. Diese Grenze hält Flüchtlinge davon ab, in der Europäischen Union Asyl beantragen zu  
31 können. Dadurch können diese Menschen nicht in sichere Regionen fliehen. Wir haben ein  
32 anderes Verständnis von einem humanitären Asylrecht. Deshalb fordern wir:

33

34 1. Sofort eine europäische Initiative zur Seenotrettung vergleichbar der italienischen  
35 Hilfsmission „Mare Nostrum“ zu starten, die gesamteuropäisch finanziert, vom europäischen  
36 Parlament legitimiert und von allen europäischen Mitgliedsstaaten zusammen organisiert wird.  
37 So kann schnell auf die dramatischen Situationen auf dem Mittelmeer und vor unseren Küsten  
38 reagiert werden, um Menschenleben zu retten, anstatt weiterhin auf Grenzabwehrmaßnahmen

39 zu setzen. Diese Rettungsmission muss strikt von einem militärischen Einsatz getrennt sein. Die  
40 Pläne der EU, mit einem militärischen Einsatz Boote von Schleuser\*innen zu zerstören, lehnen  
41 wir ab.

42

43 2. Damit Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen und in Europa Schutz suchen müssen,  
44 nicht auf eine lebensgefährliche Mittelmeerüberquerung und Schleuser\*innenorganisationen  
45 angewiesen sind, müssen alle EU-Mitgliedstaaten bereits bestehende Möglichkeiten der legalen  
46 Einreise für Schutzsuchende, wie etwa die Familienzusammenführung, ausschöpfen und  
47 ausbauen. Zusätzlich müssen weitere legale und geschützte Einreisemöglichkeiten für  
48 Schutzsuchende, wie etwa die Vergabe humanitärer Visa, geschaffen werden.

49

50 3. Weiterhin kritisieren wir die Verteilungspraxis von Flüchtlingen nach dem "Dublin III"-  
51 Prinzip. Das Hin- und Herschieben von jährlich Zehntausenden Flüchtlingen zwischen den EU-  
52 Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsamen  
53 europäischen Schutzraums für Asylsuchende.

54

55 Mit der akuten Rettung von Menschenleben ist es aber nicht getan, es muss einer menschlichen  
56 Politik darum gehen, die Umstände, aus denen die Menschen fliehen, zu ändern. Wenn sich die  
57 europäische Politik aber mit dieser Frage beschäftigt, muss sie den Blick auch auf sich selbst  
58 richten. Die Gründe für Krieg, Unsicherheit und Armut sind vielfältig. Sie entstammen den  
59 komplexen Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft und den globalen politischen  
60 Verhältnissen und sind zurückzuführen auf unterschiedliche Akteur\*innen und verschiedenste  
61 Verhaltensweisen. Innenpolitische Verhältnisse in der Heimat der Flüchtlinge spielen dabei  
62 ebenso eine Rolle wie äußere Faktoren. Zu diesen äußeren Faktoren zählt auch die unter dem  
63 führenden Einfluss Deutschlands ausgeführte weltweite, aggressive Wirtschafts-, Entwicklungs-  
64 und Krisenpolitik der EU. Die EU zwingt mit Handels- und Investitionsschutzabkommen, die  
65 TTIP bei weitem in den Schatten stellen, Menschen in prekäre Verhältnisse. In diesem Rahmen  
66 versuchen europäische Unternehmer\*innen und das europäische Kapital globale Konkurrenz zu  
67 behindern und verdienen an der Ausbeutung der Arbeiter\*innen in den betroffenen Ländern  
68 bspw. in der Rohstoffförderung oder Textilindustrie. Wo nicht Handelsabkommen ihren  
69 wirtschaftlichen Interessen helfen, bedient sich die EU politischer und militärischer Mittel.  
70 Dadurch hat sie den Boden für Krisen und Fluchtursachen häufig erst bereitet oder diese  
71 befördert, wie in Libyen, der Ukraine oder Somalia. Wer Fluchtursachen bekämpfen und die  
72 Gründe beseitigen möchte, die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen, muss die Außen-  
73 und Wirtschaftspolitik der EU als Mitursache dieser Umstände kritisieren.

74

## 75 **Menschenwürdige Regelungen schaffen! – Abschaffung der Residenzpflicht und des** 76 **Arbeitsverbotes**

77

78

79 Viele der Flüchtlinge, die den Weg in die europäische Union suchen, kommen in Italien oder  
80 Griechenland an. Wichtig ist, dass sich die EU auch in Bezug auf die Aufnahme und  
81 Unterbringung der Flüchtlinge als eine Solidargemeinschaft begreift. Es ist nötig, eine Mentalität  
82 herzustellen, nach der die nationalen Regierungen, Medien und die Zivilgesellschaft, Flüchtlinge  
83 und deren Unterbringung nicht als ein belastendes Problem verstehen, sondern darin eine  
84 Herausforderung sehen, die es menschlich und solidarisch anzugehen gilt. Die Flüchtlinge sind  
85 keine Bedrohung und tragen nicht die Schuld an den Fluchtursachen oder an den krisenhaften  
86 Umständen ihrer Unterbringung, sondern eine falsche Migrations- und Asylpolitik. Die  
87 Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ist eine gemeinschaftliche Aufgabe; zur  
88 Regelung der Erstunterbringung erscheint uns ein Schlüssel zur Aufteilung der Flüchtlinge nach  
89 Regionen, der zugleich die Sozialstruktur der Aufnahmeregion, die solidarische Verteilung der  
90 Finanzierung berücksichtigt, sinnvoll.

91

92 Vor allem müssen bei einem solchen Verteilungsschlüssel die Menschenwürde und das  
93 Wohlergehen der Flüchtlinge an oberster Stelle stehen. Ein Verteilungsschlüssel darf zudem nur  
94 als pragmatisches Verfahren zur Regelung der Erstunterbringung verstanden werden. Er soll  
95 nicht als starres Reglement, dem die Interessen der Flüchtlinge untergeordnet werden,  
96 missbraucht werden. Häufig haben geflüchtete Menschen selber eine klare Vorstellung vom Ziel  
97 ihrer Flucht. Sie haben Verwandte oder Freund\*innen in Europa, bei denen oder in deren Nähe  
98 sie unterzukommen möchten. Hier sollte Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, selbst  
99 zu entscheiden, in welchem Land sie Asyl suchen, weshalb die derzeit geltende Dublin-III-

100 Regelung außer Kraft gesetzt werden muss. Die gegenwärtig in der ganzen Bundesrepublik  
101 geltende Residenzpflicht ist eine Gängelung der Betroffenen; sie bedient Klischees von  
102 kriminellen Flüchtlingen und gehört daher schnellstmöglich abgeschafft. Bei den Flüchtlingen  
103 handelt es sich um Menschen und nicht um Gefangene, Kriminelle oder Tiere, die es in einem  
104 bestimmten Bezirk festzuhalten gilt. *Flüchtlinge sind Menschen*. Nordrhein-Westfalen hat die  
105 Residenzpflicht gelockert und Asylbewerber\*innen somit ein größeres Maß an Freiheit  
106 eingeräumt. Trotzdem ist eine weitere Lockerung bzw. vollständige Abschaffung der  
107 Residenzpflicht notwendig um ein würdigeres und freiheitliches Leben für Flüchtlinge zu  
108 ermöglichen. Die Rechte und Pflichten der Asylbewerber\*innen, die im  
109 Asylbewerberleistungsgesetz von 1993 festgelegt wurden, sind häufig völlig unmenschlich und  
110 widersprechen jedem Anspruch, Asylbewerber\*innen, Geduldeten und ausreisepflichtigen  
111 Ausländer\*innen ein würdevolles Leben in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Insofern gilt es,  
112 neben mehr Menschlichkeit an der Außengrenzen der EU auch mehr Menschlichkeit in der  
113 Bundesrepublik beim Umgang mit Asylbewerber\*innen zu zeigen.

114  
115 Darüber hinaus ist es notwendig Asylbewerber\*innen und Geduldeten die Möglichkeit zu geben,  
116 während ihres Aufenthalts in Deutschland zu arbeiten. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht  
117 zwar vor, dass Asylbewerber\*innen nach 3 Monaten arbeiten dürfen, allerdings zu Konditionen,  
118 die absolut menschenunwürdig sind! So dürfen Asylbewerber\*innen laut diesem Gesetz  
119 maximal 1,05€ pro Stunde verdienen. Jeder andere Arbeitnehmer hat dagegen in der  
120 Bundesrepublik Anspruch auf mindestens 8,50€ Entlohnung pro Stunde. Eine solche  
121 menschenunwürdige Ungleichbehandlung von Asylbewerber\*innen als Menschen zweiter  
122 Klasse gehört unverzüglich abgeschafft! Auch nach den drei Monaten, während der Dauer der  
123 Asylbewerbsphase, müssen Ungleichbehandlungen von Flüchtlingen gegenüber den  
124 deutschen Staatsbürger\*innen beseitigt werden. Wir fordern daher die Vorrangsprüfung bei der  
125 Jobvergabe abzuschaffen. Der Wunsch, einer Arbeit nachzugehen, darf nicht von einem  
126 überholten Deutsch-nicht-deutsch-Denken konterkariert werden. Die Arbeitsplatzvergabe sollte  
127 daher an die Motivation und Qualifikation der Person gekoppelt sein und nicht an den  
128 vorläufigen Aufenthaltsrechten hängen. Auch die Erwerbsarbeit stellt einen integrativen Faktor  
129 für Flüchtlinge dar. Wir fordern die leichtere Anerkennung von ausländischen Bildungs- und  
130 Berufsabschlüssen (wo nötig nach einer fairen Gleichwertigkeitsprüfung), geförderte inklusive  
131 Ausbildungsprojekte und Projekte zum Zugang von jungen Flüchtlingen zum Hochschulstudium.

132  
133 Eine besondere Beachtung bracht auch die Situation von weiblichen Geflüchteten. Schon vor  
134 und während ihrer Flucht sind diese häufig erschwerten Bedingungen ausgesetzt und werden  
135 Opfer sexueller Gewalt oder müssen sich ihre Flucht mit ihrem Körper erkaufen. Aber auch  
136 nach der Ankunft in Deutschland sind sie auf mehreren Ebenen mit einer Vielzahl an  
137 geschlechtsspezifischen Problemen konfrontiert, insbesondere bei der Stellung des Asylantrags  
138 und im Bereich der Unterbringung.

139  
140 Im Asylverfahren muss es das Recht auf eine Anhörung durch eine Frau\* und eine  
141 Dolmetscherin\* geben, da bei vielen Frauen und LGBTQI\*-Menschen die Fluchtgründe in  
142 Gewalt- und Misshandlungserfahrungen liegen und sich nachvollziehbarerweise schwer tun,  
143 diese einem fremden Mann anzuvertrauen.

144  
145 In den Unterkünften sind Frauen\* und LGBTQI\*-Menschen auf Grund der Ausstattung und  
146 ihrem Status als Minderheit unter den in Deutschland ankommenden Geflüchteten vielfach  
147 Diskriminierung und sexueller Gewalt ausgesetzt. Hier müssen Mindeststandards wie  
148 abschließbare und geschlechtergetrennte Sanitäreanlagen, abschließbare Zimmer und  
149 Schutzräume für Frauen\* und LGBTQI\*-Menschen verpflichtend sein. Auch muss der  
150 eingesetzte Wachschutz gemischtgeschlechtlich sein und das Personal in den Unterkünften  
151 muss im themenbereich sexuelle Gewalt geschult werden. Auch muss es für die Frauen\* und  
152 LGBTQI\*-  
153 Menschen möglich sein, auf Wunsch in nur von Frauen\* und LGBTQI\*-Menschen bewohnten  
154 Unterkünften untergebracht zu werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und dem Stand  
155 ihres Asylverfahrens.

156  
157 **Hilfsbereitschaft zeigen, Rassismus bekämpfen!**

158  
159 Mit der großen Welle von Flüchtlingen, die in wenigen Tagen aus Ungarn nach Deutschland  
160 kam, zeigte sich eine großartige Hilfsbereitschaft unter den Menschen. Tagelang dominierten

161 Bilder von Menschenmengen, die Geflüchtete in München, Dortmund oder anderen Städten  
162 empfangen und Nahrung, Kleidung und Spielzeug spendeten, die Medien Vor Ort haben sich  
163 bisher schon viele ehrenamtliche Helferkreise gebildet. Hier zeigt sich, wie sich ein  
164 menschlicher Umgang miteinander gestalten lässt. Dieses ehrenamtliche Engagement muss  
165 bestärkt und unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft selbst hat hier eine Quelle der  
166 Menschlichkeit geschaffen und zeigt Beispiele auf, wie Austausch zwischen Menschen  
167 unterschiedlicher Herkunft möglich ist. Die unterschiedlichen Initiativen, von der spontanen  
168 Nachbarschaftshilfe über Vereinsarbeit mit Flüchtlingen bis hin zu kirchlichen Projekten, stellen  
169 alle einen wichtigen Beitrag zur tagtäglichen Realisierung gelebter Integration dar. Der  
170 Austausch und das gegenseitige Kennenlernen der Menschen, egal welcher Herkunft sie sind,  
171 bringt einander näher und ist in der Lage, Sorgen oder gar Ängste vor den jeweils Anderen  
172 abzubauen. Staatliches Handeln muss diese wichtige Arbeit würdigen und sie nach Kräften  
173 unterstützen.

174

175 Die gelebte Integration in der Zivilgesellschaft ist der Schlüssel für eine erfolgreiche  
176 Flüchtlingspolitik, ihre Grundlage aber muss staatliches Handeln schaffen. Durch das Schaffen  
177 tragfähiger Strukturen wie genügendem und angemessenem Wohnraum, ausreichender  
178 Versorgung mit Bedarfsgütern und dem Bereitstellen von Infrastruktur muss staatliches Handeln  
179 die Rahmenbedingungen für die so wichtige Arbeit der zivilgesellschaftlich Aktiven herstellen.

180

181 Insbesondere Bildung sollte dabei ein Schlüsselement unserer Asylpolitik sein; sie ermöglicht  
182 Flüchtlingen nämlich nicht nur ein würdiges Leben in Deutschland, sondern darüber hinaus  
183 können gut ausgebildete Flüchtlinge bei einem Wiederaufbau in ihren Herkunftsländern helfen.

184

185 Doch oft müssen gerade sie, die sie traumatisiert vor der Gewalt in ihrer alten Heimat geflohen  
186 sind, es ertragen, dass rassistische Mobs sich vor ihren Heimen versammeln und  
187 Pogromstimmung verbreiten. Angefacht von den rassistischen Demos von Pegida & Co und  
188 salonfähig gemacht durch die CSU und AfD, machen sich „besorgte Bürger\*innen“ zu  
189 Mittäter\*innen an Hass und Gewalt. Die offiziellen Statistiken zählen allein im ersten Halbjahr  
190 2015 150 Angriffe auf Unterkünfte von Asylsuchenden – fast so viel, wie im gesamten Vorjahr.  
191 Die Bilder und Berichte erinnern an die schrecklichen Anschläge und Pogrome in den 90er  
192 Jahren.

193

194 Und daran erinnert leider auch die Reaktion der Politik. Etablierte Parteien wollen scheinbar den  
195 Rechtspopulist\*innen und Rassist\*innen nicht nachstehen und schlagen in dieselbe Kerbe. Statt  
196 Geflüchtete mit offenen Armen zu empfangen, wird – insb. von der CSU – gegen angeblichen  
197 Asylmissbrauch gehetzt. Die SPD knickt, wie schon 1992, ein und stimmt für eine Verschärfung  
198 der Asylgesetze und die Erweiterung der „sicheren Drittstaaten“ – Öl ins Feuer der Rechten  
199 Rattenfänger. Damit treiben Union, SPD und Teile der Grünen die Aufteilung von Geflüchteten in  
200 „echte“ und „unechte“ Flüchtlinge an. Der Einzelfall zählt nicht mehr, sondern eine aus  
201 politischer Bequemlichkeit getroffene Pauschalentscheidung über die Sicherheit von Menschen.

202

203 Von der Bunderegierung und insbesondere der SPD fordern wir:

204

205 1. Dem rassistischen Mob muss Einhalt geboten werden! Wir unterstützen und solidarisieren  
206 uns mit der progressiven Zivilgesellschaft, die sich schützend vor die Heime stellt, sich für  
207 Geflüchtete stark macht und einladend die Hand ausstreckt. Ihre Arbeit muss gewürdigt und  
208 unterstützt werden. Wir verurteilen die rassistische Hetze und sind schockiert und wütend über  
209 die Gewalt, mit der Geflüchtete konfrontiert werden.

210

211 2. Flüchtlingshilfen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, die mit Geflüchteten in Kontakt  
212 stehen müssen in ihrer Arbeit strukturell und finanziell unterstützt werden. Insbesondere  
213 Stadtteilinitiativen, die mit Geflüchteten direkt vor Ort ins Gespräch kommen, sind ein wichtiger  
214 Bestandteil einer tatsächlichen Willkommenskultur. Außerdem fordern wir die Förderung von  
215 Sport- und Kulturprogrammen für Flüchtlinge in den Kommunen zur Teilhabe am  
216 Sportvereinsleben und an künstlerischen und kulturellen Angeboten.

217

218 3. Die Einrichtungen, in denen Geflüchtete untergebracht sind, müssen zu jedem Zeitpunkt  
219 ausreichend geschützt werden. Die sprunghaftigen Anstiege der Angriffszahlen auf Unterkünfte  
220 von Geflüchteten zeigen, dass der bisherige staatliche Schutz nicht ausreichend ist. Weiterhin  
221 erwarten wir von der Polizei, dass sie die Angriffe auf Asylbewerber\*innenunterkünfte gründlich

222 aufklärt.  
223

224 4. So schnell wie möglich soll flächendeckend das Konzept der dezentralen Unterbringung  
225 von Geflüchteten umgesetzt werden, dass eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben für die  
226 betroffenen Menschen erst richtig ermöglicht. Initiativen, die Geflüchteten helfen und ihnen beim  
227 Einstieg in ihr neues Leben helfen, müssen für ihre Arbeit ausreichend finanziert werden.  
228 Weiterhin braucht es in den Unterbringungen Schutzräume für Frauen\* und Kinder.  
229

230 5. Die Länder und Kommunen dürfen bei der Betreuung der Geflüchteten nicht alleine  
231 gelassen werden. Der Bund muss richtige Prioritäten setzen und den Kommunen genügend  
232 Mittel zur Verfügung stellen. Er muss mehr Geld in die Kommunen geben, um  
233 menschenwürdige Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen und das Asylverfahren zu  
234 beschleunigen. Damit Großstädte die Unterbringungsquote zu würdigen Bedingungen erfüllen  
235 können, muss es erlaubt sein, auch außerhalb des Stadtgebietes in Kooperation mit anderen  
236 Gemeinden und Kreisen Flüchtlinge unterzubringen. Die Separierung von Flüchtlingen in  
237 Unterbringungen für Wirtschaftsflüchtlinge und alle anderen ist abzulehnen. Um den  
238 Flüchtlingen eine langfristige Integration zu ermöglichen, erhalten sie frühzeitig kostenlose  
239 Deutschkurse. Kindern wird ein früher Kindergarten- und Schulbesuch ermöglicht. Die  
240 Schulpflicht von Asylsuchenden muss konsequent durchgesetzt werden.  
241

242 6. Geflüchteten muss ein kostenloses Ticket für den kommunalen ÖPNV zur Verfügung  
243 gestellt werden. Dabei muss die Kommune bei der Finanzierung durch Bund und Land entlastet  
244 werden.  
245

246 7. Die kürzlich mit den Stimmen der Union, der SPD und von Teilen der Grünen  
247 beschlossenen Asylrechtsverschärfungen müssen zurückgenommen werden. Insbesondere die  
248 neuen Regelungen für Abschiebehaft, die beinhalten, dass es für Inhaftierung zukünftig reicht  
249 keinen Pass zu haben, „Schlepper\*innen“ bezahlt zu haben oder schlicht und ergreifend über  
250 ein „sicheres Drittland“ (alle Nachbarländer Deutschlands gelten als sichere Drittländer) nach  
251 Deutschland gekommen zu sein, – alles Begleiterscheinungen einer Flucht – bedrohen  
252 praktisch jede\*n Geflüchteten und müssen sofort zurückgenommen werden.  
253

254 8. Die Erweiterungen der „sicheren Drittstaaten“ auf Länder wie Serbien, Bosnien &  
255 Herzegowina und Mazedonien muss rückgängig gemacht werden. Bei diesen Erweiterungen  
256 wurden Warnungen von Menschenrechtsorganisationen, wie z.B. Pro Asyl ignoriert, die darauf  
257 hinwiesen, dass Roma\*Rominja und andere Minderheiten dort massiv rassistisch diskriminiert  
258 werden. Das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ dient nur noch der Beschleunigung von  
259 Abschiebeverfahren ohne Prüfung jeglicher Schutzbedürfnisse. . § 29a AsylVfG ist daher  
260 ersatzlos zu streichen.  
261

262 9. Die SPD darf sich – egal ob in Regierungsbeteiligung oder nicht – nicht an Verschärfungen  
263 des Asylrechts beteiligen, auch wenn dafür Verbesserungen z.B. beim Bleiberecht „erkauft“  
264 werden. Diese Verbesserungen sind Notwendigkeiten, für die zu streiten selbstverständlich ist.  
265 Sie sind aber nicht gegen andere Einschränkungen für Geflüchtete abwägbar. Die  
266 Sozialdemokratie darf sich nicht auf das Spiel einlassen, Geflüchtete in „echte“ und „falsche“  
267 oder „gute“ und „schlechte“ einzuteilen.  
268

269 10. Das Dublin-III-Verfahren ist unsolidarisch und führt in einigen Ländern Europas zu einer  
270 humanen Katastrophe. Die SPD und ihre Abgeordneten müssen sich für ein neues,  
271 solidarisches System der Verteilung von Geflüchteten in Europa einsetzen. Dabei müssen die  
272 Wünsche der Geflüchteten berücksichtigt werden und die reichen Länder viel stärker in die  
273 Pflicht genommen werden. Daraus ergibt sich, dass wir besonders das  
274 „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“, also die neuerliche Verschärfung des Asylrechts,  
275 ablehnen.  
276

277 Eine Flüchtlingspolitik die auf Abschreckung setzt und „Fehlanreize“ in den Zielländern zu  
278 Fluchtgründen erklärt, ist ein gefährlicher Irrweg.  
279

280 Letztlich bedeutet Abschreckung, Menschen hier genauso schlecht oder noch schlechtere  
281 Lebensbedingungen zu bereiten als in ihren Herkunftsländern.  
282

283 Bezogen auf die Grenzsicherung bedeutet Abschreckung, die Einreise mindestens so riskant zu  
284 machen, wie das Leben in den Herkunftsländern.

285

286 Diese Strategie ist zynisch und in ihrem Versuch, Zufluchtsuchende das Leben so unangenehm  
287 wie möglich zu machen, uferlos. Wir brauchen eine Lösung der momentanen Krise, die die  
288 tatsächlichen Fluchtgründe angeht und nicht die sozialen und humanitären Mindeststandards  
289 der Bundesrepublik zu Fluchtgründen erklärt und für Asylsuchende deshalb faktisch abschafft.

290

291 Wir brauchen somit in Deutschland und Europa eine menschliche Flüchtlingspolitik, die eine  
292 sichere und legale Einreise in die EU ermöglicht, die Unterbringung und Verteilung von  
293 Flüchtlingen menschenwürdig und solidarisch organisiert, die Hilfsbereitschaft in der  
294 Gesellschaft tatkräftig unterstützt, um für eine solidarische Willkommenskultur zu sorgen, und  
295 sich aktiv gegen rechte Gewalt, rechten Terror und Populismus wendet. Flüchtlinge sind keine  
296 Bedrohung. Sie sind Menschen. Das muss das Denken der Flüchtlingspolitik bestimmen. Es  
297 geht um Menschen.

298

299

300

301

302

303

304

305

306

307

308

309

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343



**Titel** Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten!  
Refugees welcome – all of you!

**Antragsteller** Thüringen

**Zur Weiterleitung an** Bundeskongress Jusos 2015

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!

1 **Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten!**

2

3 **Refugees welcome – all of you!**

4

5 Die Welt ist aktuell voller Krisen, Kriege und Konflikte. Der sog. „Islamische Staat“ zieht  
6 mordend durch Syrien, Libyen und den Irak. Im repressiven System Eritreas werden  
7 Menschenrechte massiv unterdrückt, aus heiterem Himmel können willkürliche Verhaftungen  
8 und Ermordungen beinahe jede\*n treffen. Auf dem Balkan sind manche Minderheiten,  
9 besonders Rom\*nja und Sinti\*ze, von rassistischer Verfolgung betroffen und/oder sehen sich mit  
10 Umständen konfrontiert, die ihnen das Leben in manchen Balkanstaaten unerträglich macht.  
11 Wieder in anderen Ländern haben die Nachwirkungen des Kolonialismus, Krieg, korrupte und  
12 desolate Staaten, jahrhundertelange Ausbeutung, Milizen oder Hunger- und Naturkatastrophen  
13 ein menschenwürdiges Dasein unmöglich gemacht.

14

15 All diese Umstände führen dazu, dass aktuell immer mehr Menschen in Europa und gerade  
16 auch in Deutschland Zuflucht und ein sicheres Leben suchen. Für uns steht fest: Wer aus solch  
17 unerträglichen Umständen nach Deutschland flieht, verdient unsere Unterstützung und  
18 Solidarität. Wir fordern dabei, die vielfältigen Fluchtgründe als legitim anzuerkennen. Wer aus  
19 seiner\*ihrer Heimat flieht und dabei alles zurücklässt, was er\*sie hat, hat dafür legitime Gründe.  
20 Die Scheindebatte um die Differenzierung von berechtigter Flucht aus Kriegsgebieten und  
21 angeblich illegitimer Einreise von „Wirtschaftsflüchtlingen“ ist nicht nur zynisch, sie stellt  
22 grundlegend das allgemeine und gleiche Grundrecht auf Asyl in Frage. Wir lehnen diese  
23 Differenzierung ab und sagen: Refugees welcome – all of you!

24

25 **Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

26

27 Die Unterbringung der Menschen, die zu uns flüchten, stellt die Kommunen vor  
28 unterschiedliche, wenngleich flächendeckend hohe Herausforderungen. Die Sorgen der  
29 Kommunen nehmen wir ernst. Jedoch können wir die daraus folgende Forderung mancher  
30 Landrät\*innen und Oberbürgermeister\*innen nach schnelleren Abschiebungen und einer  
31 niedrigeren Aufnahmebereitschaft statt nach echter Verteilungsgerechtigkeit und einer deutlich  
32 stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes nicht nachvollziehen. Fest steht: Viele Städte und  
33 Gemeinden in Deutschland sind von Abwanderung und demographischem Wandel betroffen,  
34 hier gibt es viele leerstehende Wohnungen und Häuser – und zwar nicht nur in abgelegenen  
35 Dörfern.

36

37 Fest steht auch: egal wo Geflüchtete untergebracht sind, müssen gewisse  
38 Mindestanforderungen gelten. Die Bereitstellung von separaten Wohnungen oder

39 Wohngemeinschaften, die ein gewisses Maß an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten  
40 schaffen, sind dabei unabdingbar. Außerdem zählt u.a. dazu, dass Geflüchtete innerhalb eines  
41 Wohngebietes untergebracht und nicht an den Stadtrand oder ins Gewerbegebiet abgeschoben  
42 werden. Es muss einen funktionierenden Nahverkehr und eine Nahversorgung geben, damit  
43 eine gesellschaftliche Partizipation möglich ist. Gleichzeitig muss die Kommune Konzepte  
44 entwickeln um eine Annäherung und Verständigung zwischen Geflüchteten und einheimischer  
45 Bevölkerung herzustellen.

46

47 Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wird die Länder und Kommunen in  
48 Zukunft vor eine weitere Herausforderung stellen. Wurden diese bisher nur dort untergebracht,  
49 wo sie zuerst aufgegriffen wurden (meist München, Bremen oder Hamburg), sollen Sie in  
50 Zukunft über die gesamte Bundesrepublik verteilt werden. Wir sprechen uns dafür aus,  
51 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht in den Erstaufnahmereinrichtungen der Länder  
52 unterzubringen, sondern sofort auf die Kommunen zu verteilen. Flucht und Vertreibung  
53 hinterlassen Spuren, insbesondere bei Minderjährigen. Deshalb muss es zwingend eine  
54 intensive sozialpädagogische sowie ggf. traumatherapeutische Einzelbetreuung für unbegleitete  
55 minderjährige Flüchtlinge geben. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, sie in den  
56 stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen, wo bereits pädagogisch  
57 geschultes Personal vorhanden ist. Die Einrichtungen müssen dabei dem Alter und jeweiligem  
58 Selbstständigkeitsgrad der Jugendlichen angemessen sein. Das Personal muss darüber hinaus  
59 aufgestockt sowie kontinuierlich weitergebildet werden, um eine pädagogisch hochwertige  
60 Betreuung dieser speziellen Zielgruppe sicherzustellen. Außerdem bedarf es zusätzlicher  
61 Traumatherapeut\*innen und Dolmetscher\*innen in den Einrichtungen.

62

63 **Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG: Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen**  
64 **Gewalt.**

65

66 Die Zustände in vielen Unterkünften sind erschreckend, improvisierte Zwischenlösungen wie  
67 Turn-, Messe- oder Lagerhallen und Baumärkte aber auch manche Gemeinschaftsunterkunft  
68 sind der Unterbringung von Menschen unwürdig. Zusätzlich zu den Belastungsfaktoren die von  
69 der Flucht mitgebracht werden, sind Geflüchtete hier auf engstem Raum in viel zu großen  
70 Zahlen eingezwängt. Dass es unter solchen Bedingungen zu Konflikten und Gewaltausbrüchen  
71 kommt, liegt in der menschlichen Natur und ist nicht verwunderlich. Gleichzeitig kann die einzige  
72 Konsequenz daraus sein, den Menschen konsequent die Privatsphäre und Betreuung zu geben,  
73 die sie brauchen.

74

75 Die Idee einer nach Ethnien getrennten Unterbringung oder der Selektion von Geflüchteten aus  
76 vermeintlich sicheren Herkunftsländern lehnen wir strikt ab. Die zynische Unterscheidung  
77 zwischen Kriegs- und sog. Wirtschaftsgeflüchteten verkennt, dass rund ein Drittel der  
78 Geflüchteten aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern Rom\*nja und Sinti\*ze sind. Sie sind in  
79 ihren Herkunftsländern einer brutalen Diskriminierung ausgesetzt. Sie haben keinen Zugang  
80 zum Arbeitsmarkt, adäquatem Wohnraum oder Gesundheitsversorgung. Nicht selten werden  
81 ihnen selbst lebensnotwendige Maßnahmen in Krankenhäusern verwehrt. Sie werden an den  
82 Rand der Siedlungen verdrängt und sind systematischer Gewalt durch staatliche Institutionen  
83 und weiße Rassist\*innen ausgesetzt. Für manche geht es um nicht weniger als das blanke  
84 Überleben. Unter Berücksichtigung dieser Realität ist die Anerkennungsquote bei Asylanträgen  
85 aus Balkanländern in Frankreich, Italien und selbst Großbritannien beispielsweise wesentlich  
86 höher. Es ist für uns unfassbar, dass 70 Jahre nach dem Ende der KZs völlig  
87 geschichtsvergessen wieder über Sammellager für Rom\*nja und Sinti\*ze nachgedacht wird.

88

89 Auch viele Frauen\* fliehen vom Westbalkan nach Europa, die Zuhause von massiver häuslicher  
90 und/oder sexueller Gewalt betroffen sind.[1] Länder wie Albanien, wo Frauen kaum reelle  
91 Rechte haben, wo häusliche Gewalt erst seit drei Jahren überhaupt eine Straftat ist, aber für die  
92 (meist männlichen) Täter so gut wie nie Konsequenzen hat, wo Zwangsehen und die  
93 erzwungene Abtreibung weiblicher Föten an der Tagesordnung sind, wo Selbstjustiz und  
94 Blutrache häufige Antworten auf das Aufbegehren von Frauen sind, diese Länder sollen aus  
95 deutscher Sicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Nicht nur hier sehen wir, dass  
96 auch in der Asyldebatte die Rechte mancher stärker im Vordergrund stehen als die anderer.

97

98 Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass der Begriff des „sicheren Herkunftslandes“ ein  
99 willkürlicher gewählter ist, der je nach politischer Wetterlage missbraucht wird. Für uns steht

100 fest: Das Asylrecht ist ein individuelles Recht. Jede\*r muss daher auch das Recht auf eine  
101 individuelle Prüfung haben. Eine Liste vermeintlich sicherer Herkunftsländer steht dem  
102 fundamental entgegen und dient nur der Verschleierung des eigentlichen Ziels, nämlich dass  
103 man sich mit manchen Fluchtschicksalen nicht auseinandersetzen und die Geflüchtetenzahlen  
104 begrenzen will. Wir lehnen daher jede Kategorisierungen dieser Art ab und sprechen uns für ein  
105 individuelles Grundrecht auf Asyl für alle aus.

106

107 **Art. 1 Abs. 2 GG: Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und**  
108 **unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft, des**  
109 **Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**

110

111 Vielerorts ist auch zu hören, wir könnten „doch nicht alle bei uns aufnehmen“ und „das Boot sei  
112 voll“. Dabei ist der Anteil der Geflüchteten, der nach Deutschland kommt, im Vergleich zu den  
113 60 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, geradezu verschwindend. Während im  
114 Libanon 257 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner\*innen, in Jordanien 114, im Tschad 39 und im  
115 Südsudan 24 Zuflucht gesucht haben, sind es in Deutschland gerade mal 2.

116

117 Auch einige europäische Länder nehmen bedeutend mehr Flüchtlinge gemessen an der  
118 Einwohner\*innenzahl auf als Deutschland, z.B. Malta, Schweden, die Türkei, Norwegen, die  
119 Schweiz, Österreich, die Niederlande, Frankreich oder Belgien. Auch wenn die Prognosen der  
120 Flüchtlinge, die wahrscheinlich bis Ende 2015 noch in Deutschland Asyl suchen werden, auf  
121 800.000 Menschen nach oben korrigiert worden ist, so ist das kein „Flüchtlingsstrom“,  
122 Menschen sind keine Naturkatastrophe! Stattdessen ist es eine mehr als leistbare  
123 Herausforderung für eines der reichsten Länder der Welt, das es 1945 in vollkommen  
124 zerstörtem Zustand sogar schaffte, 15 Millionen sog. Vertriebene aus den ehemaligen  
125 deutschen Ostgebieten aufzunehmen und zu integrieren.

126

127 Deutschland könnte sich – möchte man das Ganze volkswirtschaftlich denken – angesicht des  
128 Arbeitskräftemangels glücklich schätzen. Auch die Städte und Gemeinden, die über die  
129 gestiegenen Einwohner\*innenzahlen von höheren Schlüsselzuweisungen profitieren, sollten  
130 nicht nur über die Kosten reden, die entstehen, sondern auch über die Mittel, die sie damit  
131 generieren.

132

133 In Deutschland fehlen laut der Studie „Die halbierte Generation: Die Entwicklung des  
134 Arbeitsmarktes und ihre Folgen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland“ bis 2030 5,5 – 7,8  
135 Millionen Arbeitskräfte mit einem daraus resultierende Schaden von 410 – 550 Milliarden Euro.  
136 [2] Darüber hinaus wissen wir, dass Renten- und Pflegeversicherung dringend auf neue junge  
137 Beitragszahler\*innen angewiesen sind. Bereits heute zahlen in Deutschland im Verhältnis nur  
138 noch zwei Beitragszahlende pro Renter\*in in die gesetzliche Rentenversicherung ein, im Jahr  
139 2050 werden es sogar nur noch 1,54 sein.[3] Angesichts solcher Prognosen, sollten wir dankbar  
140 und offen für jede\*n sein, der\*die hier leben und arbeiten möchte und alles daran setzen, diese  
141 Menschen so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir begrüßen die ersten  
142 Modellprojekte von IHK und Handwerkskammern, die genau dies umsetzen wollen. Darüber  
143 hinaus fordern wir die Hochschulen auf, sich für Geflüchtete, die in ihren Heimatländern studiert  
144 oder eine Hochschulreife erworben haben zu öffnen und niedrigschwellige bilinguale Angebote  
145 zu schaffen. Der steigende Bedarf an Arbeitskräften zeigt aber auch, dass der Zugang zum  
146 deutschen Arbeitsmarkt und damit zum Leben in Deutschland dringend vereinfacht werden  
147 muss, ein Einwanderungsgesetz kann hier ein gangbarer Weg sein. Gleichzeitig steht für uns  
148 aber auch fest, dass damit keine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl einhergehen darf.

149

150 Wir sind uns als Jusos bewusst, dass eine solch verwertungs-kapitalistische Betrachtungsweise  
151 problematisch ist, denken aber auch, dass sie dringend in die öffentliche Debatte eingebracht  
152 werden muss, um die Notwendigkeit von Zuwanderung auch in der „Mitte“ der Gesellschaft zu  
153 verdeutlichen.

154

155 Besonders darf es aber nie die einzige Begründung sein, warum Schutzsuchende das Recht  
156 haben sollten, hier zu leben. Egal, ob eine Person ihre Heimat verlassen muss, weil dort  
157 Hunger, Krieg oder Verfolgung herrscht, weil sie unterdrückt wird, ihre Minderheitenrechte nicht  
158 anerkannt werden, sie wegen ihres Geschlechts in ständiger Angst leben muss, oder weil das  
159 Leben dort einfach perspektiv- und aussichtslos erscheint, all diese Gründe erkennen wir als  
160 legitime Fluchtgründe an – unabhängig von Alter und beruflicher Qualifikation.

161

162 Geradezu absurd erscheinen in dieser Betrachtungsweise die Lügen, die Wut, der Hass, die  
163 Mordandrohungen und versuchten Morde in Form von Brandanschlägen auf  
164 Asylbewerber\*innenunterkünften, mit denen Geflüchtete aktuell in Deutschland und Thüringen  
165 konfrontiert werden. Die Begründungen hier sind meist scheinheilig, auf falschen Annahmen  
166 aufgebaut und rasch widerlegbar. Es ist also nicht nötig, diese hier zu reproduzieren. Lediglich  
167 eines sei an dieser Stelle gesagt: Gerade nach dem Konflikt in der Erstaufnahmestelle in Suhl  
168 im Sommer 2015, deren Ausgangspunkt ein religiöser Streit war, wurde von besorgten  
169 Bürger\*innen häufig vorgebracht, Asylbewerber\*innen müssten sich an das Grundgesetz halten,  
170 sonst müsse direkt eine Abschiebung folgen. Die Anmaßung, man selbst würde sich besser  
171 verhalten, und dann auch noch unter solch widrigen Unterbringungsbedingungen wie in der  
172 Erstaufnahmestelle in Suhl, mit Arbeitsverbot und ohne soziale Betreuung, ist sowieso nicht  
173 nachzuvollziehen. Ein Blick auf jede Dorfkirmes reicht, um dies zu widerlegen. Wir können uns  
174 nur wundern, dass Menschen die sonst jeden Fortschritt in Gleichstellung und Diversity erbittert  
175 bekämpfen, Frauen und Homosexuelle auf einmal als schützenswerte Minderheit entdecken,  
176 wenn es um die Ablehnung muslimischer Menschen geht. Den Verweis auf das Grundgesetz  
177 teilen wir jedoch und fordern, die deutsche Bevölkerung möge sich endlich zu unverletzlichen  
178 und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft, des  
179 Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bekennen!

180

181 Uns ist aber auch bewusst, dass in den Herkunftsländern der Geflüchteten manchmal  
182 patriarchalische und undemokratische Gesellschaftsstrukturen vorherrschen. Teil einer  
183 humanitären Asylpolitik muss es daher auch immer sein, Menschen die zu uns kommen, im  
184 Hinblick auf Gleichstellung und Antidiskriminierung zu sensibilisieren. Dabei braucht es aber  
185 nicht den erhobenen deutschen Zeigefinger, sondern fundierte pädagogische Konzepte, die auf  
186 Augenhöhe arbeiten.

187

188 Das Bekenntnis zu unveräußerlichen Menschenrechten umfasst, jede\*n Geflüchtete\*n mit  
189 Respekt entgegenzutreten, Respekt vor fremden Kulturen, Gebräuchen und öffentlichem  
190 Auftreten, sowie ein sensibler Umgang damit. Wir fordern eine echte Willkommenskultur – nicht  
191 nur von Seiten der Politik, sondern auch von Seiten der Bevölkerung. Unser Dank und unser  
192 Respekt gilt dabei denjenigen, die sich bereits jetzt in Initiativen und Verbänden für  
193 Zufluchtsuchende einsetzen, die als Sozialarbeiter\*innen, Feuerwehrleute, Mediziner\*innen,  
194 Therapeut\*innen, Lehrer\*innen, Dolmetscher\*innen sowie anderweitig engagierte ehrenamtliche  
195 Helfer\*innen ihre Kompetenzen und ihre Arbeit einsetzen, um Geflüchtete hier zu unterstützen.  
196 Diese Menschen wollen wir zum Vorbild nehmen und appellieren an alle Menschen, die  
197 Kapazitäten an Zeit, Wissen, Geld oder sonstigen Ressourcen haben, es ihnen gleichzutun.

198

199 Gleichzeitig erleben wir, dass viele Menschen gerne Unterstützung leisten wollen, aber nicht  
200 wissen wie. Hier bedarf es eines Ehrenamtlichenmanagements von kommunaler Seite.  
201 Vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort müssen zentral zusammengetragen und sowohl  
202 im Internet als auch in den regionalen Tageszeitungen veröffentlicht werden. Mindestens ein\*e  
203 Ehrenamtlichenmanager\*in der Kreisverwaltung bzw. Stadtverwaltung kreisfreier Städte oder  
204 bei einem von diesen beauftragten Träger (wie der AWO, einem Migrationszentrum etc.)  
205 müssen hier als Ansprechpartner\*in fungieren und die Unterstützungsangebote an die richtige  
206 Stelle leiten. Wichtigster Gedanke in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten muss aber  
207 immer sein, „Was wollen die Betroffenen?“. Geflüchtete sind keine Kinder, die bespaßt werden  
208 müssen oder die man bevormunden kann. Angebote, die sich an sie richten, sollten  
209 niedrigschwellig und partizipativ aufgebaut sein, damit die Teilnehmenden eigene Wünsche und  
210 Vorstellungen artikulieren und einbringen können.

211

212 Beschämt und erschrocken sind wir von neofaschistischen Aufmärschen vor  
213 Asylbewerber\*innenunterkünften. Wie Anfang der 90'ger Jahre folgen vermeintlich unpolitische  
214 Anwohner\*innen der Speerspitze von Neonazis und machen sich wissentlich und willentlich mit  
215 ihnen gemein. Mit Blick auf die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung kann uns dieses  
216 rassistische Gewaltpotential und die Breite der Bevölkerung, die es trägt, nicht überraschen.  
217 Betroffen macht es trotzdem.

218

219 Besonders perfide ist die Rolle, die in diesem Zusammenhang die AfD spielt. Wissentlich und  
220 willentlich etabliert sie sich als Scharnier zwischen Wutbürger\*innen und organisierten  
221 Neonazis. Sie nimmt dabei in Kauf, dass Gewaltbereite von ihren Kundgebungen aus Übergriffe

222 begehen, und danach wieder im Schutz der Menge verschwinden können. Sie schürt durch  
223 Lügen und Hetze irrationale Ängste in der Bevölkerung und schafft damit den Nährboden, auf  
224 dem sich Faschisten bevollmächtigt fühlen, Asylunterkünfte anzuzünden oder andere Anschläge  
225 zu begehen. Wir appellieren an alle Medienvertreter\*innen zu einem kritischeren, bewussteren  
226 Umgang mit ihrer Berichterstattung in dieser Debatte. Der\*die berüchtigte „Südländer\*in“ findet  
227 nach wie vor zu oft den Weg in Personenbeschreibungen und Artikel zu Asyl werden ohne  
228 Hintergrundinformation oder Einordnung von Zahlen und Fakten veröffentlicht und tragen damit  
229 zu einem negativen Stimmungswechsel in der Bevölkerung bei. Wer sich in sozialen  
230 Netzwerken oder auf den jeweiligen Websites in die Kommentarspalten wagt, sieht sich einer  
231 Flut von rassistischen und sozialchauvinistischen Kommentaren gegenüber, die kaum bis gar  
232 nicht moderiert werden.

233

234 **Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG: Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit.**

235

236 Wir Jusos glauben, dass jeder Mensch die gleichen Chancen verdient, sein\* ihr Leben zu  
237 gestalten. Dazu gehört an einer der ersten Stellen auch der Zugang zu gesundheitlicher  
238 Versorgung. Das gilt vollumfänglich auch für Geflüchtete, die aufgrund von Krieg, Folter, Flucht  
239 und extremer Armut manchmal schon mit körperlichen oder seelischen Krankheiten in  
240 Deutschland ankommen. Wieder andere fliehen aus ihrer Stadt oder ihrem Dorf, weil sie dort  
241 nicht oder nicht ausreichend behandelt werden. Das betrifft nicht selten Rom\*nja und Sinti\*ze,  
242 denen z.B. in manchen Balkanländern ausreichende medizinische Versorgung aufgrund ihrer  
243 ethnischen Zugehörigkeit verweigert wird. In Deutschland erhalten Geflüchtete aber nur eine  
244 mangelhafte gesundheitliche Versorgung, die sich im Asylbewerberleistungsgesetz begründet,  
245 wonach Asylbewerber\*innen über die Sozialhilfeverwaltung krankenversichert sind. Die Kosten  
246 für eine medizinische Behandlung werden nur bei einer eindeutigen Notversorgung geleistet,  
247 worüber im Regelfall Verwaltungsangestellte und keine Mediziner\*innen entscheiden. Pro Asyl  
248 e.V. berichtete schon mehrfach von den Todesfolgen, die dies für Betroffene haben kann.[4]

249

250 Wir fordern daher eine Gesundheitskarte für alle Asylsuchenden, wie sie bereits in Bremen und  
251 Hamburg existiert. Dies ermöglicht es Geflüchteten, eine\*n Ärzt\*in aufzusuchen, ohne die  
252 Behandlung vorher beim Sozialamt beantragen zu müssen. Die Kosten hierfür trägt die  
253 öffentliche Hand, die wiederum aber Sachbearbeiter\*innenkapazitäten, welche sich endlich  
254 ihrem eigentlichen Job widmen können, einspart. Auch sind häufig die Folgekosten für OPs etc.  
255 bei nicht rechtzeitig behandelten Krankheiten viel höher als die angemessene Behandlung beim  
256 Beginn von Beschwerden. Vor allem aber ist die Forderung nach einer Gesundheitskarte auch  
257 in Thüringen keine ökonomische, sondern eine Frage von Humanität.

258

259 **Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.**

260

261  
262 Frei nach dem Motto, rechts von uns darf es keine Partei geben, versuchen Politiker\*innen von  
263 SPD bis CSU im Moment sich mit immer schärferen Statements zu Höchstzahlen und  
264 Grenzsicherung zu überbieten. Wir sind schockiert über die Rolle die Sigmar Gabriel und Frank-  
265 Walter Steinmeier dabei einzunehmen versuchen. Nach einem halbherzigen Lippenbekenntnis  
266 zum Grundrecht auf Asyl, folgen alarmistische Zahlenspekulation und ist die Rede von  
267 überforderter Hilfsbereitschaft. In der braunen Mitte der deutschen Gesellschaft gibt es für die  
268 SPD nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, wenn demokratische Parteien, die Debatte mit immer  
269 schärferer Rhetorik führen und Angst vor Fremden legitimieren, gibt das fremdenfeindlichen  
270 Parteien wie der AfD erst recht Auftrieb. Die Entwicklung der FPÖ in Österreich ist mahnendes  
271 Beispiel, wie demokratische Parteien, nach diesem Prinzip, Rechtspopulisten salonfähig und  
272 erfolgreich gemacht haben. Statt Fremdenhass und Wutbürger\*innen hinterherzulaufen, sollten  
273 wir als Sozialdemokrat\*innen – auch mit Blick auf die eigene Geschichte – uneingeschränkt  
274 solidarisch mit allen Geflüchteten sein und dem vermeintlichen Volkszorn nicht nachgeben.  
275 Unsere Aufgabe muss darin bestehen, die humanitäre Verpflichtung zu Asyl und die  
276 Notwendigkeit von Zuwanderung zu erklären.

277

278 Generell gilt für uns der Grundsatz, den auch das Grundgesetz festgeschrieben hat: Die  
279 Menschenwürde zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt! Dies  
280 bedeutet, dass wir von allen Abgeordnete in Parlamenten, Minister\*innen, Leiter\*innen und  
281 Beschäftigten von Behörden, Polizist\*innen und allen anderen staatlichen Akteur\*innen  
282 erwarten, dass sie sich deutlich zum Grundrecht auf Asyl bekennen und nicht rassistische

283 Ressentiments oder die Anforderungen von Wutbürger\*innen bedienen! Und gerade von den  
284 Genoss\*innen der SPD, die Parlamentsmandate begleiten oder Landratsämtern oder  
285 Rathäusern vorstehen, erwarte wir, dass sie Rassismus und Sozialchauvinismus eine Absage  
286 erteilen und ganz deutlich sagen: Refugees welcome!

287

288 **Art. 3 Abs. 3 S. 3 GG: Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung,**  
289 **seiner Rasse (sic!), seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner**  
290 **religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.**

291

292 Alle Menschen sind gleich und haben von Geburt an die gleichen Rechte. Nur ihre  
293 Lebenschancen sind unterschiedlich. Sie werden begünstigt oder behindert von Systemen wie  
294 dem Kapitalismus, dem Patriarchat, von Rassismus und Klassismus, von verschiedensten  
295 menschenverachtenden Einstellungen und ganz besonders von Nationalstaaten. Zwar schreibt  
296 das Grundgesetz fest, niemand dürfe wegen seiner\*ihrer Herkunft oder Abstammung  
297 benachteiligt oder bevorzugt werden. De facto ist aber genau das erst die Grundvoraussetzung  
298 für das Funktionieren von Nationalstaaten, nämlich die Möglichkeit über das fiktive Instrument  
299 der Staatsbürgerschaft manchen Menschen das Recht zuzugestehen, hier in Deutschland leben  
300 zu dürfen und manchen nicht. Der umgekehrte Fall „funktioniert“ übrigens selten. Mit einem  
301 deutschen (oder schwedischen oder britischen) Pass kann man fast in jedes Land der Welt  
302 reisen. Nach Europa lassen wir nur wenige. Dies ist begründet in der Funktionsweise unserer  
303 Weltwirtschaft und den Ursachen für unseren Wohlstand. Die deutsche Industrie im Besonderen  
304 lebt entscheidend vom Export der eigenen Produkte bei gleichzeitigem billigem Import von  
305 Rohstoff. Unseren Wohlstand gibt es nur, weil andere in Armut leben, weil der Kapitalismus auf  
306 Ausbeutung von Menschen und Ressourcen beruht. Dass sich Millionen von Menschen nach  
307 einem besseren Leben sehnen, ist logische Konsequenz aus diesem globalen Ungleichgewicht.  
308 Dass sie dieses Leben u.a. in Europa suchen, wo von ihrer Armut profitiert wird, nur  
309 verständlich. Und Europa wehrt sich, diese Menschen aufzunehmen, weil es Angst um den  
310 eigenen Wohlstand hat und weil es zu verstehen beginnt, dass wir Teile unseres geklauten  
311 Wohlstands in eben jene Länder investieren müssten, aus denen jetzt die Menschen zu uns  
312 fliehen.

313

314 Die aktuelle politische Auseinandersetzung ist darum nicht nur die Frage um das Recht auf  
315 Asyl, sondern auch eine Systemfrage des Kapitalismus. Hier geht es auch darum, diese  
316 Zusammenhänge deutlich zu machen und sich für eine gerechte Weltwirtschaft und mehr  
317 Verteilungsgerechtigkeit weltweit einzusetzen. Auch in diesem Bewusstsein bleiben wir Jusos  
318 bei unserer langjährigen Forderung auf ein globales Recht auf Migration. Alle Menschen sind  
319 gleich. Alle Menschen sollten die gleichen Voraussetzungen zum Leben haben. Daher müssen  
320 auch alle selbst entscheiden können, wo sie leben wollen. Niemand hat ein angeborenes Recht  
321 auf mehr Wohlstand, mehr Sicherheit, mehr Zufriedenheit als ein\*e andere\*r. Ein globales Recht  
322 auf Migration ist daher nicht nur ein Menschenrecht, es ist auch der realistischste Schritt, das  
323 aktuelle Weltwirtschaftssystem ins Wanken zu bringen, endlich gleiche Lebensverhältnisse  
324 weltweit zu erreichen und der weltweiten Ausbeutung ein Ende zu setzen.

325

326

327

328 [1] <http://www.zeit.de/2015/33/fluechtling-balkan-frauen-gewalt>

329

330 [2] <http://www.bcg.de/media/PressReleaseDetails.aspx?id=tcm:89-189318>

331

332 [3] <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/erwerbssalter-rentner-verhaeltnis>

333

334 [4] <http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/>

335 [gesetzlich\\_verordnete\\_lebensgefahr\\_das\\_deutsche\\_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gesundheitskarte)

336 [13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no\\_cache=1&sword\\_list%5B0%5D=gesundheitskarte](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gesundheitskarte)

337

338

339

340

341

342

343

**Titel** Bleiberecht

**Antragsteller** Bremen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Bleiberecht

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

### 3 **Kein Mensch ist illegal! – Eckpunkte für ein humanes Bleiberecht**

4

5 • Allen Menschen, die in Notsituationen in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl bitten,  
6 sei es aufgrund von politischer Verfolgung, Kriegen und Konflikten oder auch  
7 wirtschaftlichem Elend, muss ein uneingeschränktes Bleiberecht eingeräumt werden.

8

9 • Eine Ausrichtung des Bleiberechts an eine ökonomische Verwertungslogik lehnen wir  
10 strikt ab. Es ist unsere humanitäre Pflicht, alle Menschen in Not aufzunehmen -  
11 unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Potenzial.

12

13 • Die von der Bundesregierung geplanten Verschärfungen bei der Abschiebehaft sind  
14 katastrophal und werden von uns abgelehnt. Stattdessen setzen wir uns dafür ein,  
15 Abschiebungen ein für alle Mal abzuschaffen.

16

### 17 **Begründung:**

18 Nachdem in den vergangenen Jahren viele tausend Menschen bei dem Versuch, das  
19 europäische Festland zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken sind, wurde in vielen Reden  
20 wortreich geschworen, dass sich entsprechende Tragödien nicht wiederholen dürfen. Doch  
21 anstatt Besserungen anzustreben verschlimmerte man die Lage: Das italienische  
22 Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum wurde durch die Operation Triton ersetzt. Statt  
23 Flüchtlinge zu retten, setzte man auf rigorose Grenzüberwachung durch Frontex. Und so kam  
24 es, wie es kommen musste: Auch in diesem Frühjahr kamen bei verschiedenen Unglücken  
25 wieder viele Flüchtlinge, die auf der Suche nach einem besseren Leben waren, ums Leben.  
26 Allein in einer Woche im April starben über 1000 Menschen.

27

28 Infolge dieser neuen Unglücke erkannte die EU vorgeblich, dass nun aber wirklich etwas  
29 passieren müsse. Doch anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, legale und sichere  
30 Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen, machte es sich die EU-Kommission zum  
31 vorrangigen Ziel, Schleuserbanden zu bekämpfen. Die Schleuserbanden sind zwar tatsächlich  
32 häufig skrupellose Geschäftsleute, meistens aber die einzige Möglichkeit für Flüchtlinge,  
33 überhaupt nach Europa zu gelangen, weil es keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt. Um zu  
34 verhindern, dass flüchtende Menschen ihr Leben in die Hände dieser Schleuserbanden legen,  
35 bedarf es stattdessen legaler, gefahrenfreier Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa.

36

37 Diese zynische Antwort auf die schrecklichen Vorkommnisse im Mittelmeer wird assistiert durch  
38 eine deutsche Bundesregierung, die nicht nur verbal ins gleiche Horn bläst, sondern auch die  
39 eigene Gesetzgebung zum Thema Asyl weiter verschärft und damit fundamental gegen Artikel 1

40 des Grundgesetzes und die darin enthaltene Feststellung, dass die Würde des Menschen  
41 unantastbar ist, verstößt, da sie Menschen in Not ausgrenzt und ihrem Schicksal selbst  
42 überlässt.

43

44 Besonders hervorzuheben ist hier das vom Bundesinnenministerium erarbeitete, vom  
45 Bundeskabinett beschlossene und vom Bundesrat nur marginal veränderte „Gesetz zur  
46 Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Mit diesem Gesetz sollen in  
47 einem Kuhhandel Lockerungen im Bleiberecht gegen eine massive Ausweitung der  
48 Abschiebehaft getauscht werden.

49

50 Bei genauerem Hinsehen wird schnell deutlich, dass die Lockerungen im Bleiberecht nur  
51 denjenigen Flüchtlingen zu Gute kommen sollen, die sich besonders gut „integriert“ haben und  
52 deren ökonomische Verwertbarkeit deshalb besonders hoch ist. So ist immer wieder zu lesen,  
53 dass diejenigen Erwachsenen bleiben dürfen sollen, die ihren Lebensunterhalt selber bestreiten  
54 und so zum wirtschaftlichen Wohlstand Deutschland beitragen bzw. diejenigen Jugendlichen,  
55 bei denen zu erwarten ist, dass sie ihn in der Zukunft selber bestreiten können. Zudem sollen  
56 Berufsausbildungen besser anerkannt werden, allerdings erst nachdem sich die Flüchtlinge in  
57 Bildungsmaßnahmen von bis zu 18 Monaten bewiesen haben.

58

59 Diese und andere sog. „Bleibeinteressen“ sollen in einem neuen Verfahren zur Bestimmung des  
60 Bleiberechts gegen sog. Ausweisungsinteressen (wie z.B. die „Nichtkooperation im  
61 Antiterrorkampf“) aufgewogen werden.

62

63 Diesen vermeintlichen Verbesserungen stehen drastische Erweiterungen der Abschiebehaft  
64 entgegen. Um, wie es euphemistisch heißt, die „Aufenthaltsbeendigung durchzusetzen“, sollen  
65 AsylbewerberInnen in Zukunft wegen einer breiten Palette an Gründen in Abschiebehaft  
66 genommen werden können. Dazu gehören mit der Täuschung über die Identität (z.B. durch  
67 Vernichtung des Reisepasses), der Nichtkooperation bei der Identitätsfeststellung, dem Zahlen  
68 von „erheblichen Geldbeträgen“ an Schleuser und dem Verlassen eines anderen EU-Staats vor  
69 Abschluss des dortigen Verfahrens, fast alle Wege, überhaupt bis auf das Gebiet der  
70 Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Die Gesetzesgrundlage kann also dazu führen, dass  
71 große Teile der AsylbewerberInnen für ihre illegale Einreise, die legal kaum möglich gewesen  
72 wäre, bestraft und in Haft genommen werden, um so schnell wie möglich abgeschoben werden  
73 zu können.

74

75 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist allein dieser Gedanke unerträglich! Unser  
76 Ziel ist es auch weiterhin, das Anfang der neunziger Jahre aus Angst vor dem braunen Mob  
77 auch mithilfe einer eingeknickten Sozialdemokratie entkernte Recht auf Asyl wieder zu einem  
78 echten solchen zu machen. Es spielt dabei für uns keine Rolle, ob ein Mensch vor politischer  
79 Verfolgung und Krieg flieht oder vor seiner elenden ökonomischen Lage, die durch europäische  
80 Wirtschaftsinteressen zumeist noch verschlimmert wird. Unter diesem Gesichtspunkt lehnen wir  
81 die menschenunwürdige rechtliche Unterscheidung zwischen Menschen mit „richtigem“  
82 Asylgrund und sog. „Wirtschaftsflüchtlingen“ strikt ab.

83

84 Die Argumente, das „Boot“ sei „voll“ oder wir könnten „nicht alle aufnehmen, die kommen“, sind  
85 schlicht gelogen. Ein Staat wie der Libanon, ein Nachbarstaat Syriens, hat auf seine ca. vier  
86 Millionen EinwohnerInnen etwa eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen, also nochmal  
87 ein Viertel seiner Bevölkerungszahl. Sein Staatswesen ist zwar unter Druck, funktioniert aber  
88 weiter. Von entsprechenden Dimensionen (umgerechnet wären das 20 Millionen Flüchtlinge) ist  
89 Deutschland, ein wirtschaftlich und infrastrukturell deutlich besser aufgestelltes Land, noch weit  
90 entfernt.

91

92 Europa, und gerade auch Deutschland, muss endlich Verantwortung für sein wirtschaftliches  
93 und außenpolitisches Handeln übernehmen. Davon abgesehen stünde es Davon abgesehen  
94 stünde es Deutschland gut zu Gesicht, Menschen auch wirklich menschlich zu behandeln.  
95 Hierfür bedarf es zunächst einiger großer Veränderungen im Bleiberecht.

96

97 Für uns Jusos steht fest: Ein Bleiberecht darf nicht an Kriterien der ökonomischen  
98 Verwertbarkeit ausgerichtet sein. Uns ist bewusst, dass die Debatte um den vermeintlichen  
99 Fachkräftemangel lediglich eine Scheindiskussion ist und ein Instrument der ArbeitgeberInnen,  
100 um Löhne in Branchen mit hohem Arbeitskräftebedarf und vorwiegend gut qualifizierten, aber



101 derzeit schlecht entlohnnten ArbeitnehmerInnen weiterhin zu drücken. Sicherlich spricht nichts  
102 dagegen, die Talente von Flüchtlingen zu nutzen, um ihnen ein gutes Leben zu ermöglichen.  
103 Auf der anderen Seite darf es aber kein Ausschlusskriterium sein, wenn Menschen weniger gut  
104 für den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft geeignet sind.

105

106 Stattdessen ist und bleibt das entscheidende Argument die Menschlichkeit. Für uns sind alle  
107 Menschen gleich, egal, woher sie kommen. Wenn Menschen in Not sind und zu uns kommen,  
108 dann müssen wir uns um sie kümmern und ihnen bei uns ein gutes Leben ermöglichen. Unsere  
109 privilegierte Position in Europa und gerade im reichen Deutschland bringt die humanitäre Pflicht  
110 mit sich, allen Menschen zu helfen, die an unsere Tore klopfen.

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

**Titel** Stoppt das Sterben im Mittelmeer

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Stoppt das Sterben im Mittelmeer

### 1 **Stoppt das Sterben im Mittelmeer**

2

3 In den vergangenen Wochen und Monaten ist die Zahl der Toten, die im Mittelmeer ertrunken  
4 sind, rapide angestiegen. Die EU darf dem Massensterben nicht länger zusehen und muss  
5 endlich konkrete politische Veränderungen einleiten.

6

7 Die Zahl der Schutzsuchenden, die nach Europa kommen wollen, wird weiter zunehmen. Kriege  
8 und Bürgerkriege, klimatische Veränderungen und damit verbundene Verelendung weiter  
9 Bevölkerungsteile sowie gezielte Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in den  
10 Herkunftsländern treiben die betroffenen Männer, Frauen und Kinder in die lebensgefährliche  
11 Flucht nach Europa.

12

13 Es zeigt sich immer wieder, dass weder Mauern noch Zäune Menschen in Not davon abhalten  
14 können in Richtung Europa zu fliehen. Aus diesem Grund muss eine Lösung gefunden werden,  
15 welche neben der langfristigen Lösung des Problems auch kurzfristig entsprechend Abhilfe  
16 verschafft. Die Bekämpfung von kriminellen Schlepperstrukturen ist eine langfristige  
17 Herausforderung, die sich nicht durch kurzfristige Maßnahmen lösen lässt. Dennoch muss es  
18 Ziel sein, diese Strukturen auch akut zu bekämpfen, da SchlepperInnen bewusst Menschen  
19 durch falsche Tatsachenbehauptungen zur Flucht verleiten und diese dann unter  
20 verabscheuungswürdigen Bedingungen bewusst auf hoher See ihrem Schicksal überlassen.

21

22 Dem Massensterben muss sofort ein Ende gesetzt werden, daher fordern wir:

23

24 • Seenotrettung muss das oberste Gebot sein und die EU muss "mare nostrum" sofort  
25 reaktivieren und finanzieren, damit unter der Leitung der EU-Agentur Frontex ein  
26 angemessener Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen auf hoher See geleistet werden  
27 kann. Alternativ rufen wir die EU dazu auf, ein vergleichbares Seenotrettungsprogramm  
28 zu implementieren, mit welchem eine deutliche Erhöhung der finanziellen und personellen  
29 Mittel einhergeht.

30

31 • Menschen aus Drittstaaten muss eine legale Möglichkeit zur Einwanderung in die Staaten  
32 der Europäischen Union und nach Deutschland geboten werden. Wir fordern auf  
33 europäischer und nationaler Ebene die Erarbeitung eines modernen, den Bedürfnissen  
34 des 21. Jahrhunderts angepassten Einwanderungsgesetzes.

35 • Darüber hinaus bedarf es einer kohärenten und menschenrechtsbasierten Außenpolitik  
36 mit den Transitstaaten und Entwicklungszusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

37

38 • Wir fordern die Abkehr von Dublin 3 und eine europaweite Verteilung von Flüchtlingen auf  
39 die EU-Staaten, nach dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen

40 Verteilungsverfahren. Langfristig streben wir ein gemeinsames europäisches Asyl an, in  
41 dem sich Schutzsuchende ihren Aufenthalt frei wählen dürfen. Ein finanzieller Ausgleich  
42 zwischen den EU-Mitgliedsländern soll die faire Verteilung der Last auf viele Schultern  
43 sorgen“

44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

**Titel** Grundsätze der Asylpolitik

**Antragsteller** Weser-Ems

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Grundsätze der Asylpolitik

### 1 Grundsätze der Asylpolitik

2

3 Aufgrund von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen in aller Welt sind heute so viele  
4 Menschen auf der Flucht, wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Flucht aus ihrer  
5 Heimat ist für diese Menschen das letzte Mittel sich vor politischer Verfolgung, Tod und Hunger  
6 zu retten. Der Entschluss zu einer flucht ist nicht einfach. Für viele dieser Menschen ist die  
7 Europäische Union aber auch Deutschland ein sicherer und guter Zufluchtsort. Diesen  
8 Vorstellungen müssen und wollen wir gerecht werden.

9

10 Die Asylpolitik steht in den nächsten Jahren vor diesen wachsenden Herausforderungen. Wir  
11 wollen allen Menschen faire Chancen für die Selbstbestimmung für ihr neues Leben und soziale  
12 Gerechtigkeit für Sie und ihre Mitmenschen ermöglichen. Dabei muss die grundsätzliche  
13 Anwendung der Asylpolitik in Niedersachsen endlich konsequent verändert und den weltweiten  
14 Herausforderungen von, und Gründen für Flucht und Vertreibung angepasst werden. Wichtige  
15 Voraussetzungen hierzu sind unter anderem, dass wir die Rahmenbedingungen in  
16 Niedersachsen noch weiter für AsylbewerberInnen verbessern, wie:

17

### 18 „Flüchtlinge sind bei uns willkommen“

19

20 Für die Jusos Weser-Ems ist das Asylrecht ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat ein Recht  
21 darauf, in freiheitlichen und sozialen Strukturen zu leben. Wir brauchen daher ein  
22 unbürokratisches Asylverfahren, damit wir das Verfahren zu einer Willkommenskultur  
23 umwandeln.

24

25 Zu dieser Willkommenskultur gehört für uns neben der Änderung im Umgang mit Flüchtlingen  
26 auch die Einrichtung so genannter „Willkommensseminare“, auf denen den Flüchtlingen und  
27 Asylsuchenden die notwendigen Grundlagen für ein kurzes oder auch längeres Leben in  
28 Deutschland vermittelt werden.

29

30 Neben einer solchen „Willkommensseminaren“ ist ebenfalls die Reduktion bürokratischer  
31 Abläufen im Zuge der Erstaufnahme in einer Landesaufnahmestelle und bei der weiteren  
32 Bearbeitung des Asylantrages von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört eine Entschlackung im  
33 bürokratischen Ablauf des Bundesamtes für Migration. Denn wir müssen die speziellen  
34 Umstände von Flüchtlingen und Asylsuchenden akzeptieren und respektieren.

35

36 Die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern findet in Niedersachsen teilweise  
37 dezentral oder auch zentral in so genannten Massenunterkünften statt. Für uns Jusos ist die  
38 beste Unterbringungsmöglichkeit nach wie vor die dezentrale. Wir sind davon überzeugt, dass  
39 die räumliche Zentralisierung nur zu vielschichtigen Exklusionsprozessen führt.

40

41 Willkommenskultur zeigt sich auch in den zur Verfügung gestellten Unterkünften. Wir fordern  
42 bauliche und hygienische Mindeststandards sowie die Möglichkeit zu mehr Privatsphäre in  
43 solchen Einrichtungen.

44

45 Ebenso müssen konkrete Umgangsregeln für Betreuerinnen und Betreuer sowie  
46 Sicherungspersonal in zentralen Flüchtlingsunterkünften erarbeitet und durchgesetzt werden.

47

48 **„No Border, No Nation“**

49

50 Für eine Stärkung von demokratischen Strukturen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber  
51 reicht der reine (Zwangs)Aufenthalt allein jedoch nicht aus. Die Residenzpflicht bei  
52 AsylbewerberInnen muss abgeschafft werden, damit der Freiheitsgedanke in unseren  
53 demokratischen Strukturen nicht zum bloßen Zynismus verkommt. Reisefreiheit und  
54 Reisefreizügigkeit sind insoweit elementare Bestandteile. Sie müssen allen Menschen, die bei  
55 uns leben, im Gleichen Maße zugestanden werden!

56

57 Ebenso ist der Umgang mit Staatenlosen zu verändern. Die Staatsangehörigkeitsprüfung muss  
58 sozialer gestaltet werden und die Beweislast ist nicht durch den Flüchtling, sondern durch das  
59 Bundesamt für Migration zu erbringen. Die Unschuldsvermutung als eine der zentralen  
60 Grundsätze unseres Rechtssystem hat deshalb auch für Flüchtlinge zu gelten!

61

62 **„Auch Flüchtlinge leben nicht vom Brot allein“**

63

64 Die Verpflegungssituation mit Essen und Getränken ist für Asylsuchende vor allem in zentralen  
65 Einrichtungen gesichert. Anders sieht es bei der Gesundheitlichen Versorgung aus. Die  
66 ungenügende Untersuchung bei der Erstaufnahme begrenzt sich lediglich auf wenige  
67 Untersuchungsschritte und ist sowohl von wissenschaftlicher als auch von gesellschaftlicher  
68 Seite aus vielfach - und zurecht - starker Kritik ausgesetzt. Hieraus ergibt sich die Forderung  
69 nach einer Überarbeitung der Erstaufnahmeuntersuchung auch im Hinblick auf  
70 Schwangerschaften, Chronischen und Krebserkrankungen der Asylsuchenden.

71

72 Will einE erkrankteR Asylbewerberin oder Asylbewerber medizinische Hilfe erhalten, muss sie\_er  
73 eine Krankenversicherung bzw. einen Personalausweis vorzeigen. Dies ist bei Menschen mit  
74 illegalem Aufenthalt natürlich nicht möglich. Die Ärztinnen und Ärzte des Krankhauses/der  
75 Arztpraxis sind aber hierzu gezwungen.

76

77 Jenseits von Notfällen kann die Behandlung verweigert werden, bis die Kostenfrage geklärt ist.  
78 Zur ambulanten Versorgung müssen Patientinnen und Patienten beim Sozialamt einen  
79 Krankenschein beantragen. Für ein Land, das sich stets auf Menschenrechte beruft, ist es  
80 unhaltbar, dass sich ein Menschen durch eine bloße Meldung in die Gefahr begibt,  
81 abgeschoben zu werden.

82

83 Das Sozialamt benötigt personenbezogene Daten, also auch den Aufenthaltsstatus.  
84 Selbstzahler sind davon natürlich nicht betroffen. Die meisten illegal eingereisten Menschen  
85 haben allerdings nicht genügend Geld dafür.

86

87 Für eine Stärkung von demokratischen Strukturen für AsylbewerberInnen reicht der reine  
88 Aufenthalt allein aber nicht aus. Auch muss die materielle und physische Armut der Menschen  
89 durch gezielte politische Maßnahmen wirkungsvoll verringert werden.

90

91 Investitionen und das Bekenntnis zu sozialen Grunddiensten und Bildung sind unserem Ziel  
92 zuträglich.

93

94 **„Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen besser unterstützen“**

95

96 Dezentrale Unterbringung ist für uns Jusos nach wie vor die beste Unterbringungsmöglichkeit.  
97 Dies fördert Integration in die Gesellschaft vor Ort und verhindert Konflikte zwischen  
98 ausländischen ethnischen Gruppen. Doch die dezentrale Unterbringung darf nicht auf die  
99 vielfach finanzschwachen Kommunen abgewälzt werden. Die Kostenerstattung, die die  
100 Kommunen für die Unterbringung, Kleidung und Verpflegung der Menschen erhalten, ist nicht

101 kostendeckend. Die von den Ländern gezahlten Pauschalen decken teilweise noch nicht einmal  
102 50 Prozent des notwendigen Bedarfes. Das Land und der Bund müssen sicherstellen, dass die  
103 Pauschalen für die Kommunen die anfallenden Kosten mindestens zu 75% decken.

104

105 Zur guten Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Gesellschaft und Arbeitsmarkt  
106 gehört aber auch eine entsprechende Betreuung. Diese Betreuung kann nicht von  
107 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes einer Gemeinde- oder Stadtverwaltung  
108 übernommen werden. Auch das Abwälzen dieser Aufgaben auf freie Träger wie AWO, Caritas  
109 oder Diakonie kann hier keine Lösung sein. Vielmehr braucht es ein tragfähiges Konzept,  
110 sowohl in finanzieller Hinsicht als auch organisatorisch gut durchdacht, bei dem sich gezielt und  
111 gut ausgebildete IntegrationshelferInnen um die Belange der Flüchtlinge und Asylsuchenden  
112 kümmern. Auch bereits vorhandene Ressourcen können für die Betreuung von Flüchtlingen und  
113 Asylsuchenden genutzt werden. So bietet es sich an, den Bundesfreiwilligendienst für eine  
114 solche Betreuung (weiter) zu öffnen. Vielen jungen Menschen ist es schließlich ein  
115 Herzensanliegen, sich für die Belange von Flüchtlingen und Asylbewerbern einzusetzen.

116

117 Ebenso müssen Kommunen, in denen kurzfristig keine entsprechenden Wohnungen zur  
118 Verfügung stehen, Instrumente an die Hand gegeben werden, wie zum Beispiel die Möglichkeit,  
119 länger leer stehende Wohnungen oder Ferienwohnungen für eine gewisse Zeit  
120 zwangsanzumieten.

121

122 Wichtig ist auch die Bildungsperspektive der Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Eine  
123 länger andauernde Abstinenz ist nicht hinnehmbar. Deswegen ist es wichtig, dass die Länder in  
124 den Bildungseinrichtungen Fachkräfte für die Sprachförderung zur Verfügung stellen. Zudem  
125 darf Kindern von Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht mit dem Verweis auf die Überschreitung  
126 der zulässigen Gruppengröße der Zugang zu Bildungseinrichtungen verweigert werden. Hier  
127 brauchen die Kommunen Möglichkeiten zu Ausnahmen.

128

129 Nicht außer Acht gelassen werden sollte das ehrenamtliche Engagement. Oft finden sich  
130 bereitwillige BürgerInnen, die Flüchtlinge und Asylsuchende bei sich zu Hause aufnehmen  
131 würden. Hierbei handelt es sich meistens um BürgerInnen, die selbst aus einem betroffenen  
132 Land stammen. Hier müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, um dieses  
133 Engagement weiter zu fördern.

134

135 Flüchtlinge und Asylsuchende brauchen auch eine angemessene Unterstützung im  
136 Krankheitsfall. Gerade Flüchtlinge, die aus den Bürgerkriegsstaaten zu uns kommen, haben  
137 häufig traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Dies braucht eine gute medizinische Betreuung.  
138 Auch bei dieser Aufgabe bedürfen die Kommunen der Unterstützung. Hier müssen sich Bund,  
139 Land und Kommunen über die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Gesundheitsfonds  
140 Gedanken machen.

141

142 **„Asyl sucht man nicht aus Spaß allein - Gründe für Flucht und Vertreibung eindämmen“**

143

144 Kennzeichen der jetzigen Asylpolitik sind vor allem die wachsende Ungleichheit der Länder und  
145 die Polarisierung der Einkommensverteilung. Die Folge: Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in  
146 absoluter Armut. Was wir brauchen, um einem Wachstum der absoluten Armut entgegen zu  
147 wirken, gründet darin, den Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt die gleichen Chancen zu  
148 bieten. Insoweit bedarf es mehr sozialer Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft. Deshalb sind die  
149 Handelsregeln neu zu entwickeln und die globalen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die  
150 Länder müssen aber auch darin unterstützt werden sich emanzipatorisch zu entwickeln.

151

152 So erfolgt die Stärkung von Demokratie und Good Governance zum Beispiel durch einen  
153 Aufbau effektiver und effizienter Verwaltungen, einer Professionalisierung der Beschäftigten im  
154 öffentlichen Sektor sowie der Eindämmung von Korruption. Es gilt, die Länder darin zu  
155 unterstützen, ihre Regierungsstrukturen zu verbessern und dabei niemandem unser System  
156 blaupausenhaft „aufzudrücken“. Entwicklungspolitik ist kein Selbstzweck: die Gefahr dabei in  
157 eine kulturimperialistische Haltung zu verfallen muss entgegnet werden! Wenn wir nicht dazu  
158 beitragen, dass wir mehr Chancengerechtigkeit herstellen können, wird das vermutlich ernste  
159 Konsequenzen nicht nur für die Industrie- sondern vor allem für die Menschen in den  
160 Entwicklungsländer haben. Für uns ist Ungleichheit kein Anreiz für Menschen, sich um eine  
161 Verbesserung ihrer eigene Zukunft zu bemühen, sondern ein Katalysator für so genannte „neue

162 Kriege“, die besonders der Zivilbevölkerung ernsthaften Schaden zufügen, Folgekrisen  
163 verursachen und letztlich dazu führen, dass Menschen den Ort verlassen müssen, der für sie  
164 am wichtigsten ist.

165

166 **„Beteiligungsstrukturen schaffen!“**

167

168 Flüchtlinge sind den deutschen Behörden vollkommen ausgeliefert. Ob sie nun vor der  
169 miserablen ökonomischen Lage in ihren Heimatländern oder vor Krieg und Hunger flüchten,  
170 gemeinsam haben sie, dass sie auch immer vor durch die Fluchtgründe ausgelöster, politischer  
171 Entrechtung fliehen. Wenn wir von Inklusion oder Integration sprechen muss man z.B. die  
172 miserable Lage im Bildungs- oder Gesundheitssystem und am Arbeitsmarkt ansprechen.  
173 Vergessen wird oft, dass Flüchtlinge zwar nicht vollkommen entrechtet, aber nach ihrer  
174 strapaziösen Flucht politisch entmündigt bleiben. Zu einer echten Willkommenskultur zählt für  
175 uns die Bemühung der Kommune, Flüchtlingen zur eigenen Mündigkeit zu verhelfen.

176

177 Wir fordern deshalb dazu auf, darauf hinzuwirken, Beteiligungsforen und andere Instrumente zu  
178 schaffen, mit deren Hilfe Flüchtlinge aus eigener Kraft in die Lage versetzt werden, ihr Leben  
179 durch Wünsche, Forderungen und Anregungen selbstbestimmt und nachhaltig zu verbessern.  
180 Entscheidungen der Kommune in solchen Foren sind vollkommen transparent und für jeden  
181 Dritten nachvollziehbar zu gestalten. Zu diesen Beteiligungsstrukturen zählt überdies das  
182 gezielte und anonyme Befragen aller in der Kommune lebenden Flüchtlinge zur Einschätzung  
183 ihrer persönlichen Lebenssituation. Solche Partizipationsmöglichkeiten stellen nicht nur ein  
184 Instrument zur Verbesserung der selbstbestimmten Teilhabe dar, sie bilden darüber hinaus ein  
185 erstes Element eines kommunalen Qualitätsmanagements, das die Verbesserung der  
186 Lebensqualität sowohl in der Stadt als auch in den Unterkünften garantiert und nicht die  
187 Optimierung der Unterbringung nach ökonomischen Prinzipien verfolgt.

188

189 **„Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich“**

190

191 Und auch in rechtlicher Hinsicht lässt sich die Lebenssituation von Flüchtlingen deutlich  
192 verbessern. Klar ist: jeder Mensch ist aus unserer Sicht vor dem Gesetz gleich. Diese Praxis ist  
193 zwar anerkannt, sie gilt aber nur eingeschränkt. Denn wiederholt tauchten in der Vergangenheit  
194 Fälle auf, in denen Flüchtlinge, die auf den Schutz staatlicher Vorkehrungen zur Durchsetzung  
195 eigener Interessenslagen angewiesen sind, nur eingeschränkt zurückgreifen konnten.

196

197 Wir fordern deshalb, dass der Bund erforderliche Maßnahmen trifft, um die grundgesetzlich  
198 versicherte Rechtsschutzgarantie umfassend durchzusetzen und die bisher erfolgte  
199 Umsetzungspraxis kritisch zu evaluieren. Die Vorgehensweise bei der politischen Ausgestaltung  
200 ist im Einvernehmen mit den Betroffenen und ihren Verbänden vorzunehmen.

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

**Titel** Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre  
Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an** S&D-Fraktion im Europaparlament

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!

- 1 Wir fordern die gemeinsamen Vereinbarungen verbindlicher materieller und sozialer
  - 2 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter in der europäischen Union als
  - 3 Grundvoraussetzung für eine Freizügigkeit von Geflüchteten.
  - 4
  - 5 Wir fordern Freizügigkeit für Geflüchtete in der Europäischen Union. Alle Flüchtlinge sollen
  - 6 selbst entscheiden, in welchem EU Mitgliedsstaat sie einen Asylantrag stellen wollen. Eine
  - 7 europäische Quotenregelung zur Flüchtlingsverteilung lehnen wir langfristig ab. Stattdessen
  - 8 fordern wir einen europäischen Fond, in den alle Mitgliedsstaaten gemäß ihrer Wirtschaftskraft
  - 9 einzahlen. Aus diesen Mitteln erhalten die Zielstaaten zweckgebundene
  - 10 Unterstützungszahlungen je Flüchtling.
  - 11
  - 12 **Begründung:**
  - 13 Eine Neuregelung der europäischen Flüchtlingsverteilung ist dringend notwendig. Die aktuellen
  - 14 Dublin-Vereinbarungen, wonach das Land für das Asyl eines Refugees zuständig ist, in dem
  - 15 er\*sie die europäische Union betritt, ist weder nach humanitären Maßstäben haltbar, noch taugt
  - 16 es heutzutage in der Praxis. Stattdessen sind die Länder an den europäischen Außengrenzen
  - 17 überfordert, während wohlhabende Staaten wie Deutschland sich hinter den Vereinbarungen
  - 18 verstecken und ihrer Verantwortung entziehen. Die Leidtragenden dieser Situation sind die
  - 19 Geflüchteten.
  - 20
  - 21 Aktuell wird darüber diskutiert, ob eine solche Neuregelung in Form eines Quotensystems, mit
  - 22 dem Flüchtlinge auf die EU aufgeteilt werden, umgesetzt werden soll. Eine solche
  - 23 Zwangsverteilung in Form eines Quotensystems führt jedoch zu Entscheidungen über die
  - 24 Interessen und individuellen Bedürfnisse der Flüchtlinge hinweg und ist nicht vereinbar mit dem
  - 25 Grundrecht auf Freizügigkeit.
  - 26
  - 27 Unsere Idee sieht vor, dass Geflüchtete selbst entscheiden, wo in Europa sie sich aufhalten
  - 28 wollen. So kann ihren Bedürfnissen besser Rechnung getragen werden und es besteht nicht
  - 29 das Risiko, dass beispielsweise Familien quer durch Europa verteilt werden. Im Rahmen der
  - 30 europäischen Solidarität soll es statt der Verteilung von Menschen daher eine Verteilung von
  - 31 Geldern, im Rahmen eines Fonds, geben. So werden die Staaten, die von besonders vielen
  - 32 Refugees angesteuert werden, fair unterstützt.
  - 33
  - 34 Wichtig ist, dass eine derartige europäische Vereinbarung nicht losgelöst von der Vereinbarung
  - 35 von Mindeststandards, was Unterbringung, Betreuung und Ähnliches betrifft, geschieht. Dies
  - 36 dient dazu, dass kein Staat sich durch möglichst schlechte Bedingungen als Ankunftsland
- unattraktiv machen und sich so seiner Verantwortung entziehen kann.



**Titel** Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

1 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen  
2 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit  
3 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Flüchtlinge  
4 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein  
5 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der  
6 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die  
7 keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus  
8 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell  
9 als Flüchtling anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass  
10 man nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass  
11 eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,  
12 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die Menschen, die zu  
13 uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil sie  
14 ihre Heimat aus guten Gründen zurücklassen mussten. Diese Analyse muss auch  
15 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer  
16 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der  
17 Flüchtlinge als "Fremde" zu verfestigen.

18

### 19 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

20

21 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im Mittelmeerraum? Zehn,  
22 Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht ist, dass auch heute weiter  
23 gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia,  
24 stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der  
25 Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von  
26 Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die  
27 Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins  
28 Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und  
29 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere humanitäre  
30 Mission. Die EU rief im November 2014 "Triton" ins Leben, eine unter dem Dach der EU-  
31 Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine Grenzschutz! Doch nur  
32 mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf  
33 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege  
34 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen  
35 Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, brauchen unseren Schutz!

36

37 Deshalb fordern wir Jusos:

38

39 **1. Einführung des Botschaftsasyls**

40

41 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle  
42 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es nicht, in  
43 den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten von Flüchtlingen einen  
44 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland  
45 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln  
46 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der  
47 Botschaft im Herkunftsland gestellt werden. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden  
48 ohnehin nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach  
49 wie vor möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und  
50 senkt gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.

51

## 52 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

53

54 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden  
55 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am  
56 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf  
57 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die  
58 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden  
59 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,  
60 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden  
61 Asylanspruchs sein.

62

## 63 **3. Fahren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

64

65 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten  
66 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen  
67 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche  
68 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, muss  
69 endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche Seenotrettungsmission ersetzt werden, die  
70 speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.

71

72 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroptionen in  
73 Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt werden.  
74 Solche völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse sollen Migrant\_innen in  
75 den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU einzureisen. So wird  
76 verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden betreten können, was  
77 allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag stellen zu können.

78

79 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation  
80 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch  
81 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-  
82 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.  
83 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst  
84 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht  
85 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU  
86 nicht versperrt werden.

87

88 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**  
89 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**  
90 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungsk Kooperationen mit**  
91 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden.**

92

## 93 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

94

95 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren  
96 eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,  
97 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal  
98 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU-Außengrenzen  
99 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als  
100 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

101

102 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

103

104 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den  
105 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Flüchtlingen  
106 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,  
107 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber\_innen berücksichtigt.  
108 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der  
109 Aufnahme von Flüchtlingen in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen  
110 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen  
111 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und nicht das  
112 Wohl der Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine Flüchtlingsaufnahme  
113 werden außer Acht gelassen.

114

115 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen  
116 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen  
117 beziehungsweise, ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den  
118 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es  
119 den Migrant\_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob  
120 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Wichtig ist  
121 auch wie stark rassistische Tendenzen in der heimischen Bevölkerung vorhanden sind, die die  
122 Flüchtlinge gefährden könnten. Teilweise liegt die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen  
123 Vergangenheit begründet. Untersuchungen haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene  
124 Verbindungen betreffend Sprache, sozialen Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen  
125 zwischen dem Herkunftsland und dem Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des  
126 Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden sein können. Diese Verantwortung aus ihrer  
127 Geschichte heraus müssen die betreffenden Staaten annehmen.

128

129 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu  
130 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine  
131 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch  
132 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den  
133 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine  
134 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht  
135 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die  
136 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar  
137 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die  
138 Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Lebensqualität darf nicht davon  
139 abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

140

141 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen  
142 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder eigens ausgeführt wird. Solch  
143 ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit Flüchtlinge sich nicht  
144 faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen sehen. In einem solchen  
145 Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz setzen die Situation für  
146 Flüchtlinge so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes Land zur Einreise  
147 suchen. Solche rise-to-the-bottom Effekte müssen vermieden und stattdessen die solidarische  
148 Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

149

150 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an  
151 der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,  
152 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.  
153 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben  
154 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder  
155 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend berücksichtigt werden.

156

157 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

158

159 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat  
160 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten  
161 Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten führen, wie das Quotensystem, aber

162 dafür könnten Maßnahmen über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten  
163 geschaffen werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem  
164 würden unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden  
165 durch ihre familiären und bekanntschaflichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.  
166 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert diese als  
167 Menschen.

168

169 Auch entstehen erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile, da bei einer freien Wahl des Wohnortes  
170 die wirtschaftlichen Lebensperspektiven Berücksichtigung finden. Diese verstärken die positiven  
171 Effekte der Netzwerkbildung und reduzieren somit die sozialen und physischen Kosten der  
172 Flüchtlingsmigration erheblich und steigern die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigen  
173 Integration. Im Übrigen weisen Studien darauf hin, dass Unterschiede in den sozialstaatlichen  
174 Leistungen nicht zur Verzerrung bei der freien Ortswahl führen. Migrationsströme werden  
175 wesentlich durch die Höhe des Pro-Kopf Einkommens, weniger durch Unterschiede im  
176 Sozialleistungsniveau bestimmt (vgl. Christoph Skupnik, EU enlargement and the race to the  
177 bottom of welfare states, IZA Journal on Migration 2014, 3:15). Demnach ist es  
178 gesamtgesellschaftlich sinnvoll die Verteilung der Kosten der Asyl- und Flüchtlingsmigration  
179 von der Verteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf einzelnen Regionen und  
180 Länder zu trennen. Die Wahl des Wohnortes sollte grundsätzlich den Asylbewerberinnen und  
181 Asylbewerber überlassen werden. Die fiskalischen Kosten der Flüchtlingsmigration können  
182 nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU verteilt  
183 werden. Dabei könnte der gegenwärtige diskutierte Schlüssel der EU für die Verteilung der  
184 Flüchtlinge oder ein Schlüssel wie der Königssteiner Schlüssel in Deutschland eingesetzt  
185 werden, der sich an der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder und Regionen orientiert.

186

187 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der  
188 Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären  
189 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen  
190 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das  
191 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender  
192 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine  
193 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten würde  
194 dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege zurücklegen  
195 müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen dadurch nur  
196 erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein  
197 Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat  
198 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der  
199 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der  
200 Asylsuchenden sicher stellen.

201

202 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU-Länder an**  
203 **der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**  
204 **dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

205

206 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

207

208 Denn das Prinzip der freien Wohnortwahl bei gleichzeitiger Vergemeinschaftung der anfallenden  
209 Kosten sorgt für eine humanitäre und wirtschaftlich sinnvolle Verteilung der Asylbewerberinnen  
210 und Asylbewerber in ganz Europa. Ein solches gemeinsames europäisches Asylsystem ist  
211 deutlich gerechter als das gescheiterte Dublin System, dass die Staaten an den Außengrenzen  
212 der EU einseitig belastet und den Flüchtlingen eine inhumane Versorgung aufbürdet.

213

214 **5. „Sichere“ Drittstaaten & sichere Herkunftsstaaten**

215

216 Wir lehnen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten und das Konzept der sicheren  
217 Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen  
218 Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Schaut man sich die Situation in den sogenannten  
219 „sicheren“ Herkunftsländern an, so sieht man eine strukturelle Diskriminierung und auch  
220 Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit durchaus Asylgründe! Kein Mensch  
221 kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat gelten. Dies zeigt sich auch in den  
222 Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und Finnland zum Beispiel erkennen ca.

223 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte an, im Fall von bosnischen  
224 Antragsteller\_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien bei ca. 20%. Die  
225 erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3% werfen mehr  
226 Fragen über das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

227

228 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als „sicher“  
229 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch  
230 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit  
231 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene  
232 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren  
233 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich  
234 ausgeschlossen, wodurch gerade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses  
235 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein  
236 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und  
237 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

238

239 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten und**  
240 **Herkunftsstaaten.**

241

## 242 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

243

244 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben einen  
245 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und schon gar keine eigene  
246 Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber\_innen  
247 und Geduldete nicht die gleichen Rechte, wie wir haben. Wir wollen, dass allen die  
248 gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft möglich ist. Voraussetzung dafür ist die  
249 Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Die Bereiche Unterbringung,  
250 Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt bedürfen wichtiger Verbesserungen.

251

### 252 **6.1 Verteilung von Asylsuchenden**

253

254 Derzeit werden Asylsuchende in der Bundesrepublik auf Grundlage des Königsteiner Schlüssel  
255 auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Dieser Verteilungsschlüssel beinhaltet zwei Faktoren,  
256 die Bevölkerungszahl und das Steueraufkommen der einzelnen Länder. Die Fläche eines  
257 Bundeslandes wird z.B. nicht berücksichtigt, was dazu führt, dass Ballungszentren in denen auf  
258 eine recht kleine Fläche recht viele Einwohner\*innen und hohe Steueraufkommen kommen die  
259 gleiche Anzahl an Asylsuchenden aufnehmen

260

261 müssen wie größere Flächenländer. Ein Beispiel stellt hierbei die Stadt Hamburg dar, welche  
262 durch die hohe Einwohnerzahl und die Steueraufkommen die gleiche Prozentzahl nach dem  
263 Königsteiner Schlüssel aufnimmt wie bspw. Brandenburg und Schleswig-Holstein. Auf engstem  
264 Raum werden ähnlich viele Menschen untergebracht wie in der weiten Fläche. Die sowieso  
265 schon überfüllten und durch Wohnungsnot geprägten Großräume erfahren dabei die gleiche  
266 Belastung wie Gegenden mit viel Wohnungsleerstand. Dies ist ein Missstand. Wir fordern daher  
267 die Einführung eines neuen Systems für die Berechnung des Verteilungsschlüssels, welches  
268 ebenfalls die Fläche einer Region berücksichtigt. Ziel dabei soll es aber nicht sein, dass die  
269 sowieso schon finanziell schwachen Flächenländer überlastet werden und die wirtschaftlich  
270 stärkeren Ballungszentren entlastet. Es soll vielmehr ein solidarisch finanziertes  
271 Verteilungssystem entstehen, welches Flächenländer bei der Unterbringung und dem Erhalt der  
272 notwendigen Teilhabestrukturen unterstützt und die überladenen Ballungszentren entlastet.

273

### 274 **6.2. Erstaufnahme**

275

276 Die Situationen in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind in der ganzen Bundesrepublik fatal.  
277 Während Mitarbeiter\*innen und Ehrenamtliche mit viel Tatkraft und enormem Engagement  
278 großartiges leisten, sind die Zustände in den meisten Erstaufnahmeeinrichtungen untragbar.  
279 Deshalb fordern wir:

280

281 1. Stärkung und Aufstockung des Personals Die Menschen, welche Asyl beantragen, werden zu  
282 Beginn in den Erstaufnahmeeinrichtungen registriert und es wird eine ärztliche Untersuchung  
283 bei den Betroffenen durchgeführt. Nach der Registrierung und der Bekanntgabe der ärztlichen

284 Untersuchungsergebnisse verlassen Asylsuchende im Regelfall die Erstaufnahmeeinrichtungen  
285 und werden auf die Kreise und Kommunen verteilt. Eigentlich sollte ein Aufenthalt in der  
286 Erstaufnahme nur wenige Wochen dauern, da diese Einrichtung meistens nicht für dauerhafte  
287 Aufenthalte geeignet bzw. vorgesehen ist. Aufgrund von Personalmangel in den Einrichtungen  
288 verzögern sich derzeit die meisten Aufenthalte und die Menschen verbringen durchschnittlich  
289 mehrere Monate in der Erstaufnahme und leben dort auf engstem Raum und unter furchtbaren  
290 Bedingungen. Viele Mitarbeiter\*innen leisten derzeit bemerkenswertes Engagement, doch leider  
291 mangelt es in den meisten Einrichtungen an Personal.

292

293 Auch kommen viele aus fachfremden Bereichen, was häufig zu Problemen führen kann. **Wir**  
294 **fordern daher eine dauerhafte Ausbildung von Personal für die Arbeit in den**  
295 **Erstaufnahme und anderen Unterbringungseinrichtungen. Dabei bezieht sich diese**  
296 **Forderung keines Falls allein auf das Verwaltungspersonal, es sollen viel mehr**  
297 **Programme zur Schulung und Sensibilisierung von Sicherheitspersonal, medizinischem**  
298 **und juristischen Personal, Sozialarbeiter\*innen und für Personal aus der**  
299 **psychologischen Betreuung auferlegt werden. Insgesamt ist eine dringende Aufstockung**  
300 **des Personalbudgets durch den Bund notwendig.**

301

302 1. Eine Verbesserung der Erst- und Verfahrensinformation

303

304 Viele angekommene Asylsuchende haben wenig Wissen über das deutsche Asylsystem bzw.  
305 das Asylverfahren und verzweifeln in Unwissenheit. Einige Einrichtungen bieten kostenlose  
306 Verfahrensberatungen an, jedoch werden diese selten genutzt, da viele Betroffene nichts über  
307 solche Möglichkeiten wissen.

308

309 **Wir fordern deshalb eine Verbesserung der Erstinformation und die personelle**  
310 **Aufstockung in der verfahrensrechtlichen Beratung sowie die Einrichtung von**  
311 **kostenlosen Beratungen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen und**  
312 **Landesaufnahmestellen.**

313

314 2. Sofortige Rücknahme des Verteilungsstopps

315

316 Nach der Einstufung von einigen Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten haben einige  
317 Bundesländer ein Verteilungsstopp aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die betroffene  
318 Gruppe verhängt. Das bedeutet, dass die Betroffenen die Erstaufnahmeeinrichtung nicht  
319 verlassen und in keine weitere Unterkunft verteilt werden. In der Praxis stellt dies allerdings ein  
320 enormes Problem dar: Nicht nur erleiden die Betroffenen psychische Folgen, wenn sie ständig  
321 miterleben wie ihre Mitmenschen die Einrichtung verlassen können und sie selbst gefangen  
322 sind. Auch praktisch ist diese Regelung mehr eine Hürde als eine Erleichterung. Denn  
323 betroffene Menschen aus den so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ verweilen auf Grund  
324 des langen Verfahrens bis zu einem Jahr in der Erstaufnahme und belegen dabei die für  
325 Kurzaufenthalte und Notfälle eingerichtete Unterbringungsmöglichkeiten. Dies führt nicht nur zu  
326 einer Überbelegung der Einrichtung, sondern auch dazu, dass Menschen in dieser Zeit unter  
327 unzumutbaren Bedingungen leben. **Deshalb fordern wir eine Rücknahme der verhängten**  
328 **Verteilungsstopps! Generell fordern wir den Bund auf, für eine bessere Ausstattung und**  
329 **eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Aufnahmeeinrichtungen zu sorgen.**  
330 **Denn: Eine vorläufige Unterbringungsseinrichtung muss auch vorläufig bleiben!**  
331 **Ebenfalls soll auf die Durchsetzung von bundesweiten Mindeststandards hingearbeitet**  
332 **werden.**

333

334 6.4 Unterbringung

335

336 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in  
337 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Flüchtlinge in  
338 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch  
339 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen mittlerweile verändern, zeigen  
340 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die  
341 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder  
342 sie nun landet.

343

344 **Eine bundesweite Umverteilung von minderjährigen Asylbewerberinnen und**

345 **Asylbewerbern muss anhand mindestens dieser beiden Gesichtspunkte erfolgen:**

346

347 1. Berücksichtigung eines vorhandenen Sozialgefüges

348

349 sowohl auf ihrer Flucht, als auch in den Erstaufnahme-Einrichtungen schließen sich viele  
350 minderjährige Flüchtlinge in einer Gruppe zusammen. Diese sozialen Bindungen sind  
351 insbesondere nach traumatischen Erlebnissen psychologisch sehr wertvoll - insbesondere für  
352 Minderjährige, die ihre Familie zurücklassen mussten oder auf der Flucht von dieser getrennt  
353 wurden.

354

355 Es ist wichtig, diesen Umstand bei der Verteilung nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

356

357 Noch wichtiger ist allerdings:

358

359 2. Gewährleistung psychologischer Betreuung

360

361 Langfristig gesehen ist eine Aufarbeitung der traumatischen Geschehnisse unter professioneller  
362 psychologischer Betreuung unabdingbar. Es müssen personelle Ressourcen so angepasst  
363 werden, dass minderjährige Flüchtlinge in ihrer psychischen Not nicht mehrere Monate allein  
364 gelassen werden.

365

366 Denn dies erschwert nicht nur die langfristige Integration - es erhöht auch die Anfälligkeit für  
367 eine religiös oder politisch motivierte Radikalisierung.

368

369 Dieses Risiko betreffend sollten Aufklärungsveranstaltungen für alle Flüchtlinge in regelmäßigen  
370 Abständen stattfinden.

371

372 Langfristig gesehen ist es also sinnvoll, nur so viele minderjährige Flüchtlinge einer Einrichtung  
373 zuzuteilen, wie es die Ressourcen psychologischer Fachkräfte erlauben.

374

375 Für eine bundesweite Umverteilung muss das das oberste Kriterium sein.

376

377 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

378

379 Fundamental ist dabei, dass wir zentrale Unterkünfte ablehnen und dezentrale Unterkünfte  
380 fordern. Aufgrund der aktuell hohen Anzahl an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sehen  
381 wir ein, dass eine sofortige Schließung von bestehenden sogenannten Gemeinschafts- oder  
382 Sammelunterkünften nicht möglich ist, fordern aber diese innerhalb von zwei Jahren durch  
383 dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zu ersetzen.

384

385 **Wir fordern, dass die Unterbringung möglichst dezentral aber eingebunden erfolgen  
386 muss, also die tatsächliche Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs-  
387 und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können.**

388

389 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.  
390 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von  
391 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und  
392 hausgemacht. Die Unterbringung von Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme  
393 des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum**  
394 geschaffen werden, welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen  
395 Schwankungen der Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus  
396 Zelten zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.

397

398 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder  
399 **Aufnahme in WGs oder Privatwohnungen zu fördern.** Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten  
400 sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in einer unbekanntem Umgebung.

401

402 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**

403

404 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von dem  
405 Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des öffentlichen

406 Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes Leben  
407 möglich.

408

409 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang  
410 nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihnen zugewiesenen Ort zu melden  
411 haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine Schikane.

412 **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.**

413

414 Zudem fordern wir die Abschaffung der Wohnsitzauflage, die eine verkappte Residenzpflicht  
415 bedeutet, da der Sozialleistungsbezug an den Wohnorten geknüpft ist somit die

416 Bewegungsfreiheit de facto eingeschränkt

417 wird.

418

419 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**  
420 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalssystem kommt in den  
421 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf  
422 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen  
423 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen Ausgaben zu senken –  
424 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf regional unterschiedliche  
425 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden  
426 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen.

427

428 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und  
429 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss  
430 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen  
431 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis  
432 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so  
433 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**

434 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:

435 Mindestwohn- und Schlaflfläche, Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,  
436 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume  
437 und Freizeitmöglichkeiten.

438

439 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung  
440 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer  
441 angeordneten Abschiebung ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft genommen werden. Vom  
442 EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind.  
443 Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen.  
444 Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür  
445 zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der  
446 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbenden  
447 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von  
448 erheblichen Summen an eine\_n Schleuser\_in zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu  
449 die einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und kriminalisiert Flucht  
450 damit insgesamt.

451

452 **Wir Jusos fordern, dass die Abschiebehaft, als auch das Ausreisegewahrsam**  
453 **abgeschafft werden.**

454

455 **Wir fordern also insgesamt bezüglich Unterbringung:**

456

457 Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche  
458 Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs- und Kulturangebote etc. wahrnehmen  
459 zu können

460

- 461 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.
- 462 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 463 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen  
464 dürfen.
- 465 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 466 • Abschaffung der Abschiebehaft.



467

468 6.5. Sexualisierte Gewalt ernstnehmen Opfer schützen

469

470 Die Flucht von Frauen ist anders und das Geschlecht spielt in der aktuellen Asylkrise eine nicht  
471 zu unterschätzende Rolle. Viele Frauen erleben Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt  
472 sowohl auf der Flucht als auch in den Herkunftssituationen aus denen sie fliehen. Denn Gewalt  
473 an Frauen sind immer noch altbekannte Kampfmittel im Krieg und Kriegsstrategien. Dort wo das  
474 Recht des Stärkeren gilt und aus dem Leid von Menschen Profit geschlagen wird, dort  
475 reproduzieren sich auch die Geschlechterverhältnisse und die Gewalt an Frauen. Neben  
476 Hunger, Krankheiten, Haft und anderer körperlicher und seelischer Gewalt müssen Frauen auf  
477 der Flucht sexuelle Übergriffe und sexualisierte Gewalt befürchten. Besonders für  
478 alleinstehende Frauen ist die Gefahr, auf der Flucht sexualisierte Gewalt zu erfahren und  
479 vorallem vergewaltigt zu werden, sehr hoch. Doch neben der dramatischen Realität bei der  
480 Flucht werden immer mehr Fälle von sexualisierter Gewalt, Vergewaltigungen oder auch  
481 Zwangsprostitution in den Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland bekannt. Wir fordern daher:

482

483 • **Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen auch aus den sog. „sicheren**  
484 **Herkunftsstaaten“.**

485 • **Personalschulung im Umgang mit Opfern von sexualisierter Gewalt, insbesondere**  
486 **Mitarbeiter\*innen in den zuständigen Verwaltungen, Asylrechtler\*innen und**  
487 **Verfahrensberater\*innen, sowie dem Sicherheitspersonal und Mitarbeiter\*innen in**  
488 **den Erstaufnahmeeinrichtungen. Desweiteren sollen auch freiwillige Helfer\*innen**  
489 **sensibilisiert werden. Die Zulassung zu Kinderbetreuung muss harten Kriterien**  
490 **unterliegen und die**

491

492 **Helfer\*innen müssen sich besonderer Überprüfung unterziehen.**

493

494 **Mehr sensibilisiertes Sicherheitspersonal zum Schutz von Frauen und Kindern**

495

496 • **Ausbau der psychologischen Betreuungsstellen für Opfer von sexualisierter Gewalt**  
497 • **In Zusammenarbeit mit Expert\*innen, Politik und NGO´s soll ein bundesweites**  
498 **Programm zur Prävention erarbeitet und durchgeführt werden.**  
499 • **Schutzräume für Frauen und Kinder, insbesondere abschließbare Duschräume und**  
500 **Toiletten! Perspektivisch sollen auch bundesweit gesonderte Unterbringungen für**  
501 **Frauen und Kinder errichtet werden.**

502

503 6.5 Besonderen Schutz anerkennen LGBT\*! Asylsuchende schützen LGBT\*! Geflüchtete, also  
504 schwule, lesbische, biund trans\*idente sowie intergeschlechtliche erleben vielfältig  
505 Diskriminierung und Übergriffe, über die es keine öffentliche Auseinandersetzung gibt. Ihre  
506 gewaltvollen Erfahrungen bleiben oft unsichtbar oder werden nicht ernstgenommen. So erleben  
507 sie in den Unterkünften in Deutschland häufig Diskriminierung bis hin zu Übergriffen. Nach einer  
508 Tat trauen sich jedoch nur wenige Opfer, dies anzuzeigen oder gar darüber zu sprechen aus  
509 Angst vor weiteren Übergriffen und Stigmatisierung. Nicht selten müssen die Betroffenen dann  
510 mit den Täter\*innen in derselben Einrichtung oder gar dem selben Zimmer verbleiben. Allein  
511 LGBT\*QIAGeflüchtete

512

513 einzeln oder zusammen mit anderen LGBT\*QIAGeflüchteten im einem Zimmer unterzubringen  
514 kann ihre Situation entlasten und dafuer sorgen, dass sie in ihrer sehr privaten Umgebung  
515 niemandem mehr ausgeliefert sind. In seinem Konzept zur Unterbringung und Integration der  
516 Geflüchteten hat der Berliner Senat als erster die besondere Schutzbedürftigkeit von Lesben,  
517 Schwulen, Bisexuellen sowie transund

518

519 intergeschlechtlichen Asylsuchenden anerkannt und festgeschrieben. Das

520

521 bedeutet: Neben anderen Personengruppen wie schwangeren Frauen, Minderjährigen, stark

522

523 traumatisierten Geflüchteten wird bei ihnen auch eine besondere Schutzbedürftigkeit

524

525 erkannt. Dies kann ihnen beispielsweise dabei helfen, schneller in ein solches Einzelzimmer

526

527 verlegt zu werden.

528

529 Beantragen Asylsuchende aufgrund ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität Asyl, so wird  
530 die Ernsthaftigkeit ihrer Situation in Deutschland oft nicht anerkannt. Die Behörden sind so  
531 überlastet, dass sie sich nur auf bestimmte Personengruppen konzentrieren können, so  
532 gegenwärtig Asylsuchende aus Syrien. Anträge von LGBT\*QIAsylsuchenden und anderen  
533 Personengruppen bleiben derzeit unbearbeitet. Auch ist nicht immer gewährleistet, dass die  
534 entscheidenden Behörden tatsächliche Sachkenntnis über die Lebensverhältnisse von LGBT\*QI  
535 in den entsprechenden Herkunftsländern haben. So wird die Gewalt gegenüber und die  
536 strafrechtliche Verfolgung von LGBT\*QI bzw. "homosexuellen Akten" und anderen  
537 Straftatsbeständen häufig heruntergespielt, wenn es in LGBT\*QI-Strukturen, beispielsweise eine  
538 Szene, gibt. Daraus wird geschlossen, dass man sich als mit seiner Identität in den  
539 Herkunftsländern doch schon arrangieren könne und sie nicht "offen ausleben" müsse. Darüber  
540 hinaus müssen entscheidende Instanzen erst überzeugt werden z.B. durch Gutachten, dass die  
541 Asylsuchenden tatsächlich auch lesbisch, schwul, bi, trans\* oder inter sind. Dies ist nicht nur ein  
542 prinzipiell entwürdigendes Verfahren es gewinnt gerade vor dem Hintergrund der  
543 Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in den Herkunftsländern, auf der Flucht und in den  
544 Unterkünften noch an Absurdität, Betroffene nach ihrer Geschlechtsidentität und Sexualität zu  
545 befragen. Noch schlimmer: Sich anmassen zu können, darüber zu entscheiden, wer wirklich  
546 "lesbisch", "schwul", "bi", "trans\*" oder "inter" genug ist, um anerkannt zu werden. Schliesslich  
547 beginnt ihre Flucht mit eben jenen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in den eigenen  
548 Herkunftsländern, wo LGBT\*QI-Menschen existentielle Rechte verlieren. Sie können nicht frei  
549 und ungehindert sprechen, schreiben und demonstrieren, werden auf offener Strasse beleidigt,  
550 bespuckt und verprügelt, sie werden vergewaltigt und getötet oder müssen mit der Todesstrafe  
551 rechnen, wie beispielsweise im Iran, wo diese auf homosexuelle Handlungen verhängt wird. Die  
552 BRD ist in der Frage um LGBT\*QI-Rechte kein Paradies aber es ist auch kein Ort,  
553

554

555 zumindest in den meisten Gebieten, an dem Menschen Übergriffe oder sogar den Tod zu  
556 fürchten haben. Geben wir also denen den besonderen Schutz, den sie brauchen. So auch  
557 LGBT\*QIAsylsuchenden.

558

559 **Wir fordern daher:**

560

- 561 • **Geschlechtliche und sexuelle Identität als Asylgrund anerkennen ohne**
- 562 **entwürdigende psychologische Gutachten und dem Zwang, die eigene "Identität"**
- 563 **beweisen oder gar verbergen zu müssen! Dies gilt auch für so genannte "sichere**
- 564 **Drittstaaten" und "sichere Herkunftsstaaten".**
- 565 • **Hessen und alle anderen Bundesländer sollen dem Beispiel des Berliner Senats**
- 566 **folgen und den besonderen Schutz auf LGBT\*QIGeflüchtete ausweiten!**
- 567 • **Eigene Unterkünfte nur für LGBT\*QIAsylsuchende schaffen!**
- 568 • **Eigene Beratungsangebote und stellen fuer LGBT\*QIASylbewerber\* innen schaffen**
- 569 **und diese auch finanziell und personell richtig ausstatten! Selbstverständlich**
- 570 **sollen dabei auch bestehende Strukturen wie z.B. Lesmigra, genutzt und**
- 571 **ausgebaut werden.**
- 572 • **Aufnahme durch die Bundesrepublik Deutschland und/oder durch ein Bundesland**
- 573 **von bestimmten Menschen, die persönlich bedroht sind bzw. von Menschen aus**
- 574 **bestimmten Regionen, indem man diesen Personen aus „völkerrechtlichen oder**
- 575 **dringenden humanitären Gründen“ ein Visum anbietet (dafür ist das**
- 576 **Bundesministerium des Innern zuständig, § 22 und § 23 Aufenthaltsgesetz).**

577

578 6.6 Bildung

579

580 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen, sollte mit im Mittelpunkt  
581 der Integration vor Ort stehen. Darunter zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb  
582 der Sprache oder auch Dinge, wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für  
583 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

584

585 · 6.6.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

586

587 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt, ab dem  
588 ersten Lebensjahr das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso  
589 wie jedes andere Kind in Deutschland. „ir betonen das der Rechtsanspruch auf einen

589 Betreuungsplatz bereits für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gelten muss, über deren  
590 Asylbescheid noch nicht abschließend entschieden wurde. Das Anrecht ist sehr wichtig, damit  
591 die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen Kindern und nicht  
592 abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder kennen und erlernen  
593 die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So beginnt die  
594 Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale Bedingungen  
595 für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung sogenannter  
596 „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten einhergehen.  
597

598 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**  
599 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.**

600

601 Mit Verweis auf eine Studie aus dem Bundesfamilienministerium, wonach durch die ansteigende  
602 Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber 70.000 Kitaplätze und 500 Mio. Euro  
603 bereitgestellt werden müssen, sprechen wir uns dafür aus, die durch das Aussetzen des  
604 Betreuungsgeldes aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts freien  
605 Finanzmittel in Höhe von 900 Mio. Euro in den Kitausbau zu investieren  
606

607 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**  
608 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**  
609 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

610

611 · 6.6.2 Grundschulen/ weiterführende Schulen

612

613 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im  
614 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die  
615 als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern  
616 deutlich unterschiedlich ausgestaltet, beziehungsweise noch gar nicht für Flüchtlinge speziell  
617 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht  
618 für alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für  
619 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,  
620 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,  
621 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz  
622 besteht die Schulpflicht, sobald ein\_e Asylsuchende\_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer  
623 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und  
624 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug  
625 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein  
626 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass  
627 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

628

629 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die Kinder**  
630 **und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu**  
631 **werden.**

632

633 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der  
634 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Flüchtlinge  
635 aufnehmen zu müssen.

636

637 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

638

639 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie sollen das  
640 Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das „Mitkommen“ beim Stoff  
641 erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche Konzepte. In verschiedenen  
642 Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen Erlass mit dem Titel "Integration  
643 und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache" eine  
644 Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn solcher Schüler\_innen  
645 besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei maximal 16  
646 Schüler\_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch fachbezogen  
647 und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt werden; in  
648 ausgewählten Fächern sollen die Schüler\_innen am Unterricht der künftigen Regelklasse  
649 teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I und II ist an

650 zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und schulformübergreifend möglich.  
651 Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem  
652 Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler\_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann  
653 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

654

655 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

656

657 · Dass mindestens nach der Erstaufnahme für Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht  
658 besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden.

659

660 · Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

661

662 · 6.6.3 Universität/ Hochschule

663

664 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb des Abiturs  
665 oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche Möglichkeit offen stehen  
666 ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die bereits ein angefangenes  
667 Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen können, muss die Weiterführung in  
668 Deutschland problemlos möglich sein. Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium  
669 in Deutschland allgemein, als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall.  
670 Wichtig sind außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse.

671

672 6.6.4 Sprachkurse

673

674 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang  
675 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

676

677 Der Besuch eines sogenannten "Integrationskurse" ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl  
678 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor  
679 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte  
680 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein  
681 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger\_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.  
682 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des  
683 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft ist wichtig, damit sich die  
684 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und  
685 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre  
686 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen  
687 garantiert werden.

688

689 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für Asylbewerber\_innen  
690 vom ersten Tag an zugänglich sein.**

691

692 · 6.6.5 Führerschein

693

694 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die Möglichkeit  
695 einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen Arbeitsplatz und die  
696 Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein neben Deutsch  
697 auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch, Französisch, Griechisch,  
698 Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.  
699 Viele Flüchtlinge/Asylbewerber\_innen kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel  
700 Arabisch Landessprache ist.

701

702 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische  
703 Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch in weiteren  
704 durchführen zu können.**

705

706 · 6.6.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

707

708 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich  
709 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen  
710 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch

711 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung  
712 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,  
713 mehrere hundert Euro, die von den Menschen selbst getragen werden müssen. Dieses Geld  
714 können sie natürlich nichtaufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen  
715 ist dieses Verfahren auch unbekannt, so dass die Gefahr besteht, dass viele in den  
716 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung  
717 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer  
718 Qualifikation entsprechend ist.

719

720 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller  
721 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in  
722 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne  
723 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben zu haben, diese auch zukünftig  
724 in Deutschland ausüben.

725

726 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen kostenlos ist. Wir**  
727 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**  
728 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**  
729 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**  
730 **können.**

731

732 · 6.6.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

733

734 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies  
735 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen in Vereinen. Der Zugang dazu  
736 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oft nicht getragen  
737 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine  
738 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des  
739 kostenfreien Zugangs die Regel nicht die Ausnahme sein.

740

741 **Deswegen fordern wir einen kostenfreien Zugang zu Sport- und Vereinswesen.** Dieser  
742 kostenfreie Zugang soll so lange gewährleistet sein, bis die Person finanziell selbstständig ist.

743

744 Zur Umsetzung eignet sich hier das Bildungs- und Teilhabepaket des Arbeitsministeriums, das  
745 für Kinder von SGB II Bezieherinnen und Bezieher vorgesehen ist. Eine Ausweitung auf  
746 Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetzes ist bis  
747 zur endgültigen Abschaffung dieser Leistungen eine sinnvolle Maßnahme.“

748

## 749 **7. Teilhabe durch Arbeit**

750

751 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und  
752 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die  
753 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.

754 Deswegen fordern wir Jusos:

755

756 · **Die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung; sie diskriminiert unnötig**  
757 **zwischen Asylbewerber\_innen und Arbeitsinländer\_innen und schafft Barrieren, wo es**  
758 **Hilfen im Zugang zum Arbeitsmarkt braucht.**

759

760 · **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit**  
761 **Deutschen.**

762

763 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen  
764 mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon im Herkunftsland Schule  
765 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

766

767 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu bekommen,**  
768 **fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette Ausbildungszeit**  
769 **und darauffolgenden Weiterbeschäftigung mit Erhalt eines solchen Vertrages.** Auch muss  
770 den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer  
771 Ausbildungsstelle für eine\_n Asylsuchende\_n stellt allerdings momentan noch keine Garantie

772 dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem Grund der Planungsunsicherheit verweigern  
773 sich viele Arbeitgeber\_innen einem\_r qualifizierten Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu  
774 geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen  
775 nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

776

777 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für**  
778 **Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche  
779 Arbeitswelt ist der erste - deswegen braucht es eine notfalls auch materielle Motivation gerade  
780 für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist  
781 darüber hinaus die Förderung des Übergangs von Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch  
782 hier sind materielle Förderungen für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu  
783 ermöglichen.

784

785 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuges für Flüchtlinge. Dies**  
786 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**  
787 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**  
788 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

789

790 · Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur  
791 häufig voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,  
792 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,  
793 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen  
794 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

795

796 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen**  
797 **Beschäftigungssektors, in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Flüchtlinge**  
798 **vorgehalten wird.** Eine Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert  
799 werden kann, um direkt die Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

800

801 · Wir sprechen uns zudem dagegen aus, den allgemeinverbindlichen Mindestlohn für die  
802 Gruppe der (ehemaligen) Asylbewerberinnen und Asylbewerber auszusetzen. Wir sind gegen  
803 eine Ausspielung von prekär beschäftigten Menschen und Asylbewerberinnen und  
804 Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt

805

## 806 **8. Leistungen/ Gesundheit:**

807

808 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**  
809 **fest.**

810

811 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem  
812 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

813

814 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber\_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**  
815 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur  
816 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und  
817 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der  
818 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf  
819 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls  
820 behandelt

821

822 . Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige  
823 Verwaltung, das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis  
824 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei  
825 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer  
826 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

827

828 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht  
829 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog\_innen  
830 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf  
831 Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die sprachlichen  
832 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits

833 Asylbewerber\_innen ermöglicht werden.

834

835 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**, halten  
836 jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss Flüchtlingen  
837 allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die Verteilung von  
838 standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine Schikane  
839 gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder  
840 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und  
841 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die  
842 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

843

844 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**  
845 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist  
846 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge  
847 kann so außerdem gesenkt werden.

848

849 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen**

850

- 851 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.
- 852 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber\_innen.
- 853 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
- 854 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige  
855 Flüchtlinge spezialisieren.
- 856 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.

857

## 858 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**

859

860 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft mitzubestimmen,  
861 in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur gelingen, wenn  
862 auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative ist. Eine solche Gesellschaft wollen und  
863 müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

864

### 865 **9.1 Ehrenamt stärken**

866

867 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien  
868 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für  
869 Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für  
870 die Unterstützung dieser Menschen.

871

872 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem  
873 geht es darum, die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch  
874 zu begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles  
875 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen  
876 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen  
877 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/  
878 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrigschwellig  
879 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut  
880 werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen  
881 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

882

883 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den  
884 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,  
885 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf  
886 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.

887

888 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen,  
889 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den  
890 Part des\_r Fürsprechers\_in und Vermittlers\_in.

891

892 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**  
893 **Staates**. Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf

894 den Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen  
895 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der  
896 Anerkennung der Arbeit und dem Engagement weichen.

897

898 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder, wenn diese  
899 oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von Formularen geht oder  
900 die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist es notwendig, die Migrationsdienste  
901 vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc. angegliedert sind, mit  
902 hauptamtlichen Stellen, die vom Bund bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch können die  
903 Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Flüchtlinge in rechtlichen Fragen  
904 innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann ausgeweitet werden,  
905 damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien Beratung haben  
906 kann.

907

908 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen**  
909 **mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

910

911 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und  
912 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft  
913 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr  
914 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

915

916 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**  
917 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um**  
918 **die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als  
919 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

920

921 Für die Arbeitnehmer\_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle  
922 Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das  
923 Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den  
924 Verwaltungen jedes Informationsmaterial in den benötigten Sprachen vorhanden ist.

925

926 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

927

928 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,  
929 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über  
930 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene  
931 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Flüchtling braucht.

932

933 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche  
934 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese  
935 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen  
936 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

937

938 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**  
939 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

940

941 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**  
942 **Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**  
943 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

944

945 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

946

- 947 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 948 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Flüchtlinge.
- 949 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.
- 950 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

951

952 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

953

954 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten



955 gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.

956

957 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im  
958 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin  
959 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.

960

961 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und  
962 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das  
963 doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte  
964 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein  
965 für das Jahr 2014 zu 186 gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35  
966 Brandstiftungen, und 79 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als  
967 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer  
968 deutlich höher liegen.

969

970 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind  
971 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines  
972 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.

973

974 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem  
975 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante  
976 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung  
977 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von  
978 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar  
979 entgegenstellen! Wir **rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch  
980 weiter **öffentlich in aller Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen  
981 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich als das gesehen  
982 werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge und  
983 Brandanschläge auf ihre Wohnungen.

984

985 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden **Proteste in**  
986 **unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen**. Diese haben massive  
987 Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner\_innen und führen im schlimmsten Fall zu  
988 einem Rückfall in erlebte Traumata.

989

990 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der  
991 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**  
992 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich  
993 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger\_innensprechstunden und ähnlichem die  
994 Anwohner\_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals  
995 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht  
996 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur\_innen den Nährboden und kommt  
997 damit auch den Flüchtlingen zu gute.

998

999

1000

1001

1002

1003

1004

1005

1006

1007

1008

1009

1010

1011

1012

1013

1014

**Titel** Asylrechtsverschärfung stoppen! –  
Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses  
Bleiberecht“ Für ein solidarisches Miteinander statt  
Ausgrenzung. Keine Verschärfung des Asylrechts!

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

**Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des  
„Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“ Für ein  
solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Keine Verschärfung  
des Asylrechts!**

1 Nach der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten-Regelung im Herbst 2014 wird jetzt eine  
2 weitere Verschärfung des Aufenthaltsrecht geplant, welche fast jedeN AsylsuchendeN  
3 automatisch zum/zur GesetzesbrecherIn macht.

4  
5 Was die rassistische PEGIDA-Bewegung auf der Straße fordert („Die Ausschöpfung und  
6 Umsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung“) will die Große  
7 Koalition nun kompromisslos umsetzen. Eine zugespitzte Abschieberegelung steht dann auch  
8 im Mittelpunkt des „Gesetzentwurfs zur Neubestimmung des Bleiberechts und der  
9 Aufenthaltsbeendigung“.

10  
11 Abschiebungen sollen in Zukunft schneller und konsequenter durchgeführt werden, unter  
12 anderem durch eine massive Ausweitung der Abschiebehaft. So könnten Geflüchtete, die  
13 gewisse Anhaltspunkte dafür liefern, dass sie sich einer Abschiebung durch Flucht entziehen  
14 wollen, künftig inhaftiert werden können. Die derzeitige Liste der Anhaltspunkte ist dabei so  
15 umfangreich ausgefallen, dass fast alle Geflüchteten, die nicht auf dem Luftweg sondern über  
16 einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreisen, automatisch dagegen  
17 verstoßen „müssen“. Insbesondere trifft diese Neuregelung auch Asylsuchende, die unter die  
18 sogenannte Dublin-III-Verordnung fallen.

19  
20 Zusätzlich sollen die Möglichkeiten zur Verhängung eines Einreise- und Aufenthaltsverbots  
21 deutlich verschärft werden. So betrifft diese Regelung zum Beispiel Personen, die aus einem  
22 „sicheren Herkunftsland“ kommen und deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“  
23 abgelehnt wurden, oder wenn die betreffenden Personen der Ausreisepflicht nicht  
24 nachgekommen sind, was faktisch für alle Geduldeten zutrifft. Damit würde die geplante  
25 Verbesserung der Bleiberechtsregelung, wie sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde - im  
26 gleichen Atemzug durch die Hintertür - wieder ausgehöhlt!

27  
28 KritikerInnen des Entwurfs sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass die neuen  
29 Regelungen zur Abschiebehaft wie ein „Inhaftierungsprogramm“ für Asylsuchende wirken  
30 können.

31  
32 Aus diesem Grund wenden wir uns gegen den Gesetzentwurf, der im Juni 2015 in Kraft treten  
33 soll. Wir werden nicht schweigend zuschauen. Wir werden unseren Protest in die Öffentlichkeit  
34 tragen und auch zu den politisch Verantwortlichen. Wir werden diese weitere Verschärfung des  
35 Asylrechts nicht tatenlos hinnehmen.

36

37 Deshalb sagen wir „NEIN“ zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neubestimmung  
38 des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung! Für ein solidarisches Miteinander zwischen  
39 Menschen statt Ausgrenzung.

40

41 Flucht ist kein Verbrechen! Refugees are welcome here!

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

**Titel** Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!

**Antragsteller** Nord-Niedersachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!

1 Wir fordern alle politischen und gesellschaftlichen FunktionsträgerInnen auf, sich dafür stark zu  
2 machen, dass das europäische Engagement im Kampf gegen den Terror des IS verstärkt wird.  
3 Außerdem gilt es den Flüchtlingen zu helfen. Mit internationalen Anstrengungen muss  
4 verhindert werden, dass die Flüchtlinge nach den Strapazen der Flucht nun der Tortur der  
5 türkischen Behörden ausgesetzt sind. Außerdem muss mit vereinten Kräften dafür Sorge  
6 getragen werden, dass den kurdischen Parteien, die vielerorts die Versorgung der Flüchtlinge  
7 übernommen haben, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine optimale  
8 Betreuung der Geflüchteten brauchen.

9

10 **Begründung:**

11 Seit dem 3. August 2014 richten KämpferInnen der Terrormiliz „Islamischer Staat („IS““ ein  
12 Massaker im Irak und Nordsyrien an. In ihrem Wahn, getrieben von der Vorstellung ein  
13 islamisches Kalifat in Syrien und dem Irak errichten zu können, zwingen sie Menschen anderen  
14 Glaubens zur Konvertierung und ermorden sie dennoch am Ende. Viele flohen aus ihrer Heimat,  
15 verloren dadurch nicht nur Hab und Gut sondern vielfach auch Angehörige. Am schlimmsten traf  
16 es die kurdische Bevölkerung der EzidInnen. Nach Fußmärschen von zum Teil 300 bis 500  
17 Kilometern erreichten diese Menschen Flüchtlingsunterkünfte in der Türkei, die nicht für die  
18 Massen an Menschen ausgelegt waren. Gegenwärtig befinden sich etwa 450.000 ezidische  
19 Flüchtlinge in Unterkünften an der türkischen Grenze. Sie werden nicht von der Türkei, sondern  
20 den kurdischen Parteien versorgt, die dafür hohe Schulden aufnehmen mussten. Die kurdischen  
21 Parteien wollen durch diese Versorgung sicherstellen, dass die Türkei keinen Einfluss auf die  
22 Flüchtlinge nimmt und sie im Sinne ihres Staates nach den Vorstellungen Ataturks erzieht. Viele  
23 Flüchtlinge werden schon jetzt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in der Türkei geächtet. Wir  
24 verachten das Vorgehen der türkischen Regierung den Flüchtlingen nur dann zu helfen, wenn  
25 diese bereit sind ihre Herkunft und Wurzeln zu verleugnen. Deshalb sehen wir es als elementar  
26 an, dass die Weltgemeinschaft den Flüchtlingen zur Hilfe eilt. In vielen Camps fehlt es an den  
27 notwendigsten Dingen. In Anbetracht der Tatsache, dass im Winter in vielen Unterkünften  
28 durchgängig Minustemperaturen herrschen ist es nicht verständlich, wie wenig sich die  
29 Weltgemeinschaft hier für die Flüchtlinge einsetzt. Wir müssen durch Sach- und Geldspenden  
30 sicherstellen, dass die Flüchtlinge gut und behütet durch den Winter kommen. Es ist unsere  
31 Aufgabe hier entgegen der Tendenz ein Verständnis für die Situation der EzidInnen zu schaffen  
32 und eine große Maße zubewegen, ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zu erklären. Wir dürfen  
33 nicht zulassen, dass diese Menschen in unbeheizten Zelten und ohne warme Kleidung erfrieren.  
34 Wir müssen den Druck auf die Abgeordneten erhöhen und ein Umdenken in der deutschen  
35 Flüchtlingspolitik erzwingen. Damit einher muss ein entschiedenerer Kampf gegen den „IS“  
36 gehen, damit die Flüchtlinge nicht auf Lebenszeit entwurzelt bleiben.

**Titel** Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!

- 1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich in der Flüchtlingsfrage Syriens und  
2 seiner Anrainerstaaten für eine aktive Asylpolitik Deutschlands und seiner Verbündeten  
3 einzusetzen, d.h.  
4  
5 1. den aktiven und geordneten Transport von Flüchtlingen nach Deutschland und andere  
6 sichere Staaten der Europäischen Union (EU)  
7 2. die Zusammenführung von Familien (ggf. mit bereits dort ansässigen Angehörigen)  
8 innerhalb der EU  
9 3. die deutliche Aufstockung von Anzahl und Personal der Erstaufnahmeeinrichtungen und  
10 der Flüchtlingsunterkünfte mittels finanzieller Zuschüsse des Bundes  
11 4. die finanzielle Sicherung der Anreise zu den Flüchtlingsunterkünften sowie der  
12 Grundversorgung in den ersten Tagen durch eine „Refugee Card“  
13 5. eine schnelle und umfassende Integration der Flüchtlinge in Politik und Gesellschaft sowie  
14 den Arbeitsmarkt.

15  
16 **Begründung:**

17 *Der Bürgerkrieg hat die syrische Zivilgesellschaft ins Mark getroffen und zu einem*  
18 *massenhaften Exodus in die Anrainerstaaten und die EU geführt. Während in diesen*  
19 *Anrainerstaaten inzwischen bis zu 25% der Bevölkerung durch Flüchtlinge gestellt werden,*  
20 *verbarrikadieren sich die wohlhabenderen EU-Staaten hinter dem Schutzwall der Dublin-II*  
21 *Bestimmungen – und minimieren damit nicht nur die Möglichkeiten, auf legalem Wege diese*  
22 *Länder zu erreichen; bereitwillig nimmt man letztendlich den illegalen Transport durch*  
23 *Schlepper in Kauf oder aber den Tod derer, die in ihrer Verzweiflung den Weg über das Meer*  
24 *gewählt haben.*

25  
26 *Soll das humanitäre Selbstverständnis Europas nicht zur Farce verkommen, dann wird es*  
27 *höchste Zeit Schluss zu machen mit dieser Haltung und stattdessen den Weg zu bereiten für*  
28 *eine Politik, die aktiv handelt und politischen Flüchtlingen ein neues Zuhause bietet. Es ist an*  
29 *der Zeit für mehr internationale Solidarität.*

30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Grundlagenantrag Asyl

**Antragsteller** Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Grundlagenantrag Asyl

### 1 Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

2

3 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen  
4 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit  
5 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Flüchtlinge  
6 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein  
7 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der  
8 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die  
9 keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus  
10 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell  
11 als Flüchtling anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass  
12 man nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass  
13 eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,  
14 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die Menschen, die zu  
15 uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil sie  
16 ihre Heimat aus guten Gründen zurücklassen mussten. Diese Analyse muss auch  
17 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer  
18 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der  
19 Flüchtlinge als "Fremde" zu verfestigen.

20

21 Im Jahr 2001 verpflichteten sich die Staaten der Vereinten Nationen bis 2015 eine Reihe von  
22 humanitären, sozialen und ökologischen Zielen, die sogenannten Millenniumsziele, zu erreichen.  
23 Hierbei versprach Deutschland die Leistungen im Entwicklungshilfebereich auf 0,7% des  
24 Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Bisher ist allerdings lediglich eine geringe Erhöhung auf  
25 0,4% umgesetzt worden, während beispielsweise die skandinavischen Länder mit nahezu 1%  
26 des jeweiligen BIPs eine weitaus stärkere Steigerung vollbracht haben (Stand 2013). Diese  
27 Thematik ist im Rahmen des zunehmenden Aufkommens von Asylbewerbern insofern relevant,  
28 als dass viele Menschen ihre Heimatländer gar nicht verlassen würden, wenn sie dort  
29 lebensermöglichende Bedingungen vorfinden würden. Daher fordern wir eine strikere  
30 Einhaltung der Millenniumsziele als präventive Maßnahme der Flüchtlingspolitik.

31

### 32 Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung

33

34 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im Mittelmeerraum? Zehn,  
35 Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht ist, dass auch heute weiter  
36 gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia,  
37 stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der  
38 Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von  
39 Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die

40 Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins  
41 Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und  
42 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere humanitäre  
43 Mission. Die EU rief im November 2014 "Triton" ins Leben, eine unter dem Dach der EU-  
44 Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine Grenzschutz! Doch nur  
45 mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf  
46 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege  
47 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen  
48 Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, brauchen unseren Schutz!  
49

50 Deshalb fordern wir Jusos:

51

## 52 **1. Einführung des Botschaftsasyls**

53

54 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle  
55 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es nicht, in  
56 den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten von Flüchtlingen einen  
57 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland  
58 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln  
59 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der  
60 Botschaft im Herkunftsland gestellt werden. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden  
61 ohnehin nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach  
62 wie vor möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und  
63 senkt gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.

64

## 65 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

66

67 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden  
68 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am  
69 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf  
70 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die  
71 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden  
72 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,  
73 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden  
74 Asylanspruchs sein.

75

## 76 **3. Fähren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

77

78 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten  
79 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen  
80 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche  
81 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, muss  
82 endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche Seenotrettungsmission ersetzt werden, die  
83 speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.

84

85 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroptionen in  
86 Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt werden.  
87 Solche völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse sollen Migrant\_innen in  
88 den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU einzureisen. So wird  
89 verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden betreten können, was  
90 allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag stellen zu können.

91

92 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation  
93 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch  
94 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-  
95 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.  
96 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst  
97 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht  
98 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU  
99 nicht versperrt werden.

100

101 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**  
102 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**  
103 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungsk Kooperationen mit**  
104 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden.**

105

#### 106 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

107

108 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren  
109 eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,  
110 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal  
111 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU-Außengrenzen  
112 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als  
113 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

114

#### 115 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

116

117 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den  
118 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Flüchtlingen  
119 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,  
120 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber\_innen berücksichtigt.  
121 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der  
122 Aufnahme von Flüchtlingen in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen  
123 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen  
124 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und nicht das  
125 Wohl der Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine Flüchtlingsaufnahme  
126 werden außer Acht gelassen.

127

128 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen  
129 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen  
130 beziehungsweise, ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den  
131 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es  
132 den Migrant\_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob  
133 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Wichtig ist  
134 auch wie stark rassistische Tendenzen in der heimischen Bevölkerung vorhanden sind, die die  
135 Flüchtlinge gefährden könnten. Teilweise liegt die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen  
136 Vergangenheit begründet. Untersuchungen haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene  
137 Verbindungen betreffend Sprache, sozialen Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen  
138 zwischen dem Herkunftsland und dem Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des  
139 Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden sein können. Diese Verantwortung aus ihrer  
140 Geschichte heraus müssen die betreffenden Staaten annehmen.

141

142 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu  
143 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine  
144 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch  
145 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den  
146 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine  
147 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht  
148 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die  
149 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar  
150 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die  
151 Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Lebensqualität darf nicht davon  
152 abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

153

154 Zudem fordern wir, dass der bisherige Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen auf die  
155 kreisfreien Städte und Landkreise angepasst und so eine angemessenere Lastenverteilung auf  
156 die einzelnen Gebietskörperschaften ermöglicht wird. Maßgeblich soll neben der  
157 Mietpreisentwicklung und dem vorhandenen Leerstand auch die demografische Entwicklung der  
158 entsprechenden Regionen sein.

159

160 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen  
161 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder eigens ausgeführt wird. Solch



162 ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit Flüchtlinge sich nicht  
163 faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen sehen. In einem solchen  
164 Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz setzen die Situation für  
165 Flüchtlinge so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes Land zur Einreise  
166 suchen. Solche rise-to-the-bottom Effekte müssen vermieden und stattdessen die solidarische  
167 Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

168

169 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an  
170 der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,  
171 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.  
172 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben  
173 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder  
174 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend berücksichtigt werden.

175

176 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

177

178 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat  
179 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten  
180 Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten führen, wie das Quotensystem, aber  
181 dafür könnten Maßnahmen über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten  
182 geschaffen werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem  
183 würden unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden  
184 durch ihre familiären und bekannschaflichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.

185 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert diese als  
186 Menschen

187

188 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der  
189 Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären  
190 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen  
191 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das  
192 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender  
193 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine  
194 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten würde  
195 dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege zurücklegen  
196 müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen dadurch nur  
197 erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein  
198 Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat  
199 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der  
200 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der  
201 Asylsuchenden sicher stellen.

202

203 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU-Länder an**  
204 **der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**  
205 **dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

206

207 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

208

## 209 **5. „Sichere“ Drittstaaten**

210

211 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche  
212 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Schaut  
213 man sich die Situation in den sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern an, so sieht man eine  
214 strukturelle Diskriminierung und auch Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit  
215 durchaus Asylgründe! Kein Mensch kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat  
216 gelten. Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und  
217 Finnland zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte  
218 an, im Fall von bosnischen Antragsteller\_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und  
219 Belgien bei ca. 20%. Die erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0  
220 und 0,3% werfen mehr Fragen über das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

221

222 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als „sicher“

223 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch  
224 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit  
225 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene  
226 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren  
227 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich  
228 ausgeschlossen, wodurch gerade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses  
229 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein  
230 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und  
231 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

232

233 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

234

## 235 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

236

237 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben einen  
238 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und schon gar keine eigene  
239 Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber\_innen  
240 und Geduldete nicht die gleichen Rechte, wie wir haben. Wir wollen, dass allen die  
241 gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft möglich ist. Voraussetzung dafür ist die  
242 Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Die Bereiche Unterbringung,  
243 Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt bedürfen wichtiger Verbesserungen.

244

### 245 **6.1 Unterbringung**

246

247 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in  
248 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Flüchtlinge in  
249 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch  
250 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen mittlerweile verändern, zeigen  
251 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die  
252 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder  
253 sie nun landet.

254

255 „Eine bundesweite Umverteilung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen lehnen wir  
256 ab. Sie werden während des Verfahrens, was besonders darauf ausgelegt sein sollte,  
257 ihnen zunächst einmal ihre Unsicherheit zu nehmen und einen Sicherheitsraum zu  
258 schaffen, in dem sie zur Ruhe kommen können (was das wichtigste Ziel in der ersten  
259 Phase sein muss) hin- und hergeschoben. Gerade durch diese „mathematische  
260 Verteilung“ und der durch die „Verschiebung“ erzeugte Unsicherheit ist die Wahrung des  
261 Kinderwohles massiv in Frage gestellt. Auf soziale Bindungen, Wünsche oder  
262 Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade Minderjährige stellen eine besonders  
263 schutzbedürftige Gruppe dar. Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten sie oft  
264 in Gruppen mit anderen Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer  
265 Ersatzfamilie einnimmt. Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute  
266 Umverteilung zu zerstören lehnen wir strikt ab.

267

268 Durch verschiedene internationale Konventionen und Vereinbarungen, europäischen  
269 Richtlinien und deutschen Verordnungen und Gesetzen wird nicht nur die Rechtslage  
270 kompliziert – vielfach stehen mehrere Gesetzesgüter auch noch konträr zueinander. Vor  
271 allem 16- und 17-jährige sind in einer besonderen Situation, da sie für ihren Asylantrag  
272 selbst verfahrensberechtigt sind, selbst aber nach Inobhutnahme von einem Vormund  
273 vertreten werden. Es kollidieren also alleine des Gesetzes wegen die Stellung als  
274 verfahrensberechtigter „Erwachsener“ und der Vormundschaft. Darüber hinaus befinden  
275 sich diese Menschen in der Situation, dass sie nach einer langen, entbehrungsreichen  
276 Flucht gefangen sind zwischen einem Autonomiebestreben, dass sich durch das „alleine  
277 durchschlagen“ entwickelt hat, und der Suche nach Hilfe.

278

279 Wir fordern, dass die zusätzlichen finanziellen Belastungen der betroffenen Kommunen  
280 zwischen den Bundesländern geregelt wird. Geld darf gerne verschoben – Menschen nicht.

281

282 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

283

284 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung, abseits von der Erstaufnahme,  
285 in Lagern ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf die kürzest mögliche Zeit  
286 zu beschränken. Asylbewerber\_innen sollten so schnell wie möglich in eine normale Wohnung  
287 ziehen dürfen. **Bestehende sogenannte Gemeinschafts- oder Sammelunterkünfte sind zu**  
288 **schließen.** Es wird von den Ländern kein Hehl daraus gemacht, dass diese vor allem der  
289 Abschreckung durch schlechte Lebensbedingungen dienen. Das dies bei Menschen, die um ihr  
290 Leben fürchten müssen keine Wirkung erzielt, sollte eigentlich jeder\_m klar sein. Da  
291 dreigliedrige Unterbringungssysteme auf der zweiten Ebene eine Verpflichtung für  
292 Gemeinschaftsunterkünfte vorsehen, lehnen wir diesen Aufbau ab.

293

294 Mit der dezentralen Unterbringung ist für uns aber auch nicht die Praxis einiger Länder  
295 gemeint, Flüchtlinge möglichst abgelegen in kleine Dörfer zu verteilen.

296

297 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die**  
298 **tatsächliche Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs- und**  
299 **Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können.**

300

301 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.  
302 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von  
303 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und  
304 hausgemacht. Die Unterbringung von Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**  
305 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum**  
306 geschaffen werden, welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen  
307 Schwankungen der Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus  
308 Zelten zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.

309

310 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder  
311 **Aufnahme in WGs oder Privatwohnungen zu fördern.** Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten  
312 sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in einer unbekanntem Umgebung.

313

314 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**

315

316 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von dem  
317 Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des öffentlichen  
318 Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes Leben  
319 möglich.

320

321 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang  
322 nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihn zugewiesenen Ort zu melden  
323 haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine Schikane.

324 **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.**

325

326 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**  
327 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalsystem kommt in den  
328 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf  
329 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen  
330 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen Ausgaben zu senken –  
331 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf regional unterschiedliche  
332 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden  
333 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen.

334

335 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und  
336 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss  
337 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen  
338 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis  
339 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so  
340 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**  
341 **Mindeststandards zur Unterbringung,** welche mindestens folgende Bereiche abdecken:  
342 Mindestwohn- und Schlaflfläche, Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,  
343 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume  
344 und Freizeitmöglichkeiten.

345

346 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung  
347 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer  
348 angeordneten Abschiebung ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft genommen werden. Vom  
349 EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind.  
350 Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen.  
351 Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür  
352 zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der  
353 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbenden  
354 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von  
355 erheblichen Summen an eine\_n Schleuser\_in zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu  
356 die einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und kriminalisiert Flucht  
357 damit insgesamt.

358

359 **Wir Jusos fordern, dass die Abschiebehaft, als auch das Ausreisegewahrsam**  
360 **abgeschafft werden.**

361

362 **Wir fordern also insgesamt bezüglich Unterbringung:**

363

- 364 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche  
365 Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs- und Kulturangebote etc.  
366 wahrnehmen zu können.
- 367 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.
- 368 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 369 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen  
370 dürfen.
- 371 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 372 • Abschaffung der Abschiebehaft.

373

374 Zur Reduzierung langfristiger Ungewissheit auf Seiten der Asylbewerber und zur Senkung von  
375 Unterbringungs- sowie Verwaltungskosten fordern wir eine schnellstmögliche  
376 Entscheidungsfindung bei Asylverfahren. Hierzu ist eine personelle Aufstockung der  
377 zuständigen behördlichen Stellen nötig. Es sind in diesem Bereich zwar schon Fortschritte zu  
378 verzeichnen, jedoch dauert das durchschnittliche Verfahren in Deutschland noch immer mehr  
379 als sieben Monate. In diesem Zeitraum kann der Asylbewerber meistens keiner Arbeit  
380 nachgehen und kann tagtäglich abgeschoben werden. Daher unterstützen wir das Ziel der  
381 Bundesregierung, die Verfahrensdauer auf drei Monate zu verkürzen.

382

## 383 6.2 Bildung

384

385 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen, sollte mit im Mittelpunkt  
386 der Integration vor Ort stehen. Darunter zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb  
387 der Sprache oder auch Dinge, wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für  
388 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

389

### 390 · 6.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

391

392 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt, ab dem  
393 ersten Lebensjahr das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso  
394 wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit  
395 dem Kind die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils  
396 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das Anrecht ist  
397 sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen  
398 Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder  
399 kennen und erlernen die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So  
400 beginnt die Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale  
401 Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung  
402 sogenannter „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten  
403 einhergehen.

404

405 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**

406 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.**

407

408 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**

409 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**

410 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

411

412 · 6.2.2 Grundschulen/ weiterführende Schulen

413

414 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im  
415 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die  
416 als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern  
417 deutlich unterschiedlich ausgestaltet, beziehungsweise noch gar nicht für Flüchtlinge speziell  
418 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht  
419 für alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für  
420 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,  
421 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,  
422 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz  
423 besteht die Schulpflicht, sobald ein\_e Asylsuchende\_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer  
424 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und  
425 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug  
426 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein  
427 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass  
428 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

429

430 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die Kinder**  
431 **und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu**  
432 **werden.**

433

434 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der  
435 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Flüchtlinge  
436 aufnehmen zu müssen.

437

438 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

439

440 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie sollen das  
441 Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das „Mitkommen“ beim Stoff  
442 erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche Konzepte. In verschiedenen  
443 Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen Erlass mit dem Titel "Integration  
444 und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache" eine  
445 Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn solcher Schüler\_innen  
446 besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei maximal 16  
447 Schüler\_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch fachbezogen  
448 und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt werden; in  
449 ausgewählten Fächern sollen die Schüler\_innen am Unterricht der künftigen Regelklasse  
450 teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I und II ist an  
451 zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und schulformübergreifend möglich.  
452 Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem  
453 Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler\_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann  
454 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

455

456 **In Sachen Schule fordern wir also insgesa**

457

458 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme für Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht  
459 besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden

460 • Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

461

462 6.2.3 Universität/ Hochschule

463

464 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb des Abiturs  
465 oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche Möglichkeit offen stehen  
466 ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die bereits ein angefangenes

467 Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen können, muss die Weiterführung in  
468 Deutschland problemlos möglich sein. Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium  
469 in Deutschland allgemein, als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall.  
470 Wichtig sind außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse. Auch der  
471 Zugang zu BaföG muss gewährleistet werden. Zulassung von Flüchtlingen zu Studiengängen  
472 auch ohne Unterlagen nach Eignungstest.

473

474 Wir sind überzeugt: Menschen, die sich in einer Ausbildung jeglicher Art befinden, sind das  
475 größte und wichtigste Potenzial für die Zukunft einer Gesellschaft. Durch Einbindung in das  
476 Bildungssystem erhalten Menschen nicht nur die Fähigkeit, sich besser zu integrieren und an  
477 der Gesellschaft teilzuhaben, sie tun es auch bereits. Durch die Erfahrungen, die Zuwanderer  
478 aus anderen Kulturen mitbringen, sind sie zudem eine Bereicherung für das deutsche  
479 Bildungssystem, die in dieser Art und Weise niemals durch ein staatliches Angebot geleistet  
480 werden könnte. Hinzu kommt, dass Personal und Finanzmittel der Schulen und  
481 Ausbildungsbetriebe verschwendet würden, wenn Auszubildende plötzlich gezwungen sind, die  
482 Ausbildung abzubrechen. Es muss für beide Seiten Planungssicherheit gewährleistet sein.

483

484 Deshalb fordern wir ein Abschiebeverbot für Menschen, die Teil des Bildungssystems sind, in  
485 dem sie beispielsweise eine Schule besuchen, eine Ausbildung machen oder an einer  
486 Hochschule eingeschrieben sind. Der Schul-, Berufs- oder Studienabschluss in Deutschland  
487 muss zu einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis führen.

488

#### 489 · 6.2.4 Sprachkurse

490

491 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang  
492 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

493

494 Der Besuch eines sogenannten "Integrationskurse" ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl  
495 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor  
496 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte  
497 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein  
498 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger\_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.  
499 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des  
500 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft ist wichtig, damit sich die  
501 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und  
502 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre  
503 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen  
504 garantiert werden.

505

**506 Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für Asylbewerber\_innen  
507 vom ersten Tag an zugänglich sein.**

508

#### 509 · 6.2.6 Fahrradschulung

510

511 Mobilität ist für Flüchtlinge von essentieller Bedeutung. Vieles können sie über den öffentlichen  
512 Nahverkehr erreichen – ein Fahrrad ist aber genauso wichtig. Mittlerweile häufen sich allerdings  
513 die Unfälle von Flüchtlingen, die mit den Regeln des Straßenverkehrs nicht vertraut sind,  
514 weshalb Verwaltungen zurückhaltender mit der Bereitstellung von Fahrrädern werden. Das ist  
515 die falsche Konsequenz: Wir fordern deshalb, dass Flüchtlinge direkt zu Beginn ihres  
516 Aufenthaltes in Deutschland spätestens aber bei ihrer Zuweisung sowohl in der Nutzung des  
517 ÖPNV als auch in den Regeln des öffentlichen Nahverkehrs für Fahrradfahrende von Seiten der  
518 Verwaltung unterrichtet werden.“

519

#### 520 · 6.2.7 Führerschein

521

522 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die Möglichkeit  
523 einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen Arbeitsplatz und die  
524 Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein neben Deutsch  
525 auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch, Französisch, Griechisch,  
526 Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.  
527 Viele Flüchtlinge/Asylbewerber\_innen kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel

528 Arabisch Landessprache ist.

529

530 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische**  
531 **Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch auf weiteren**  
532 **durchführen zu können.**

533

534 · 6.2.8 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

535

536 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich  
537 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen  
538 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch  
539 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung  
540 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,  
541 mehrere hundert Euro, die von den Menschen selbst getragen werden müssen. Dieses Geld  
542 können sie natürlich nichtaufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen  
543 ist dieses Verfahren auch unbekannt, so dass die Gefahr besteht, dass viele in den  
544 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung  
545 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer  
546 Qualifikation entsprechend ist.

547

548 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller  
549 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in  
550 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne  
551 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben zu haben, diese auch zukünftig  
552 in Deutschland ausüben.

553

554 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen kostenlos ist. Wir**  
555 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**  
556 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**  
557 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**  
558 **können.**

559

560 · 6.2.9 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

561

562 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies  
563 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen in Vereinen. Der Zugang dazu  
564 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oft nicht getragen  
565 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine  
566 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des  
567 kostenfreien Zugangs die Regel nicht die Ausnahme sein.

568

569 **Deswegen fordern wir einen kostenfreien Zugang zu Sport- und Vereinswesen. Dieser**  
570 **kostenfreie Zugang soll so lange gewährleistet sein, bis die Person finanziell selbstständig ist.**

571

## 572 **7. Teilhabe durch Arbeit**

573

574 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und  
575 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die  
576 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.  
577 Deswegen fordern wir Jusos:

578

579 · **Die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung; sie diskriminiert unnötig**  
580 **zwischen Asylbewerber\_innen und Arbeitsinländer\_innen und schafft Barrieren, wo es**  
581 **Hilfen im Zugang zum Arbeitsmarkt braucht.**

582

583 · **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit Deutschen.**

584

585 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen  
586 mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon im Herkunftsland Schule  
587 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

588

589 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu bekommen,**  
590 **fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette Ausbildungszeit**  
591 **und darauffolgenden Weiterbeschäftigung mit Erhalt eines solchen Vertrages.** Auch muss  
592 den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer  
593 Ausbildungsstelle für eine\_n Asylsuchende\_n stellt allerdings momentan noch keine Garantie  
594 dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem Grund der Planungsunsicherheit verweigern  
595 sich viele Arbeitgeber\_innen einem\_r qualifizierten Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu  
596 geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen  
597 nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

598

599 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für**  
600 **Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche  
601 Arbeitswelt ist der erste - deswegen braucht es eine notfalls auch materielle Motivation gerade  
602 für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist  
603 darüber hinaus die Förderung des Übergangs von Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch  
604 hier sind materielle Förderungen für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu  
605 ermöglichen.

606

607 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Flüchtlinge. Dies**  
608 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**  
609 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**  
610 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

611

612 · Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur  
613 häufig voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,  
614 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,  
615 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen  
616 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

617

618 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen Beschäftigungssektors,**  
619 **in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Flüchtlinge vorgehalten wird.** Eine  
620 Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert werden kann, um direkt die  
621 Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

622

## 623 **8. Leistungen/ Gesundheit:**

624

625 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**  
626 **fest.**

627

628 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem  
629 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

630

631 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber\_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**  
632 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur  
633 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und  
634 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der  
635 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf  
636 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls  
637 behandelt

638

639 . Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige  
640 Verwaltung, das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis  
641 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei  
642 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer  
643 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

644

645 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht  
646 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog\_innen  
647 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf  
648 Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die sprachlichen  
649 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits



650 Asylbewerber\_innen ermöglicht werden.

651

652 Viele Flüchtlinge haben in ihrer Heimat schreckliche Dinge erlebt. Sie brauchen psychologische  
653 Betreuung, um das Erlebte hinter sich zu lassen und nicht allein gelassen zu werden. Wir  
654 fordern deshalb psychologische Betreuung für die Flüchtlinge ab ihrer Ankunft in den  
655 Kommunen!

656

657 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**, halten  
658 jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss Flüchtlingen  
659 allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die Verteilung von  
660 standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine Schikane  
661 gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder  
662 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und  
663 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die  
664 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

665

666 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**  
667 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist  
668 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge  
669 kann so außerdem gesenkt werden.

670

671 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**

672

- 673 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.
- 674 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber\_innen.
- 675 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
- 676 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige  
677 Flüchtlinge spezialisieren.
- 678 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.

679

## 680 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**

681

682 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft mitzubestimmen,  
683 in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur gelingen, wenn  
684 auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative ist. Eine solche Gesellschaft wollen und  
685 müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

686

### 687 9.1 Ehrenamt stärken

688

689 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien  
690 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für  
691 Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für  
692 die Unterstützung dieser Menschen.

693

694 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem  
695 geht es darum, die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch  
696 zu begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles  
697 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen  
698 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen  
699 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/  
700 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrigschwellig  
701 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut  
702 werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen  
703 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

704

705 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den  
706 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,  
707 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf  
708 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.

709

710 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen,

711 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den  
712 Part des\_r Fürsprechers\_in und Vermittlers\_in.

713

714 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**  
715 **Staates.** Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf  
716 den Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen  
717 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der  
718 Anerkennung der Arbeit und dem Engagement weichen.

719

720 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder, wenn diese  
721 oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von Formularen geht oder  
722 die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist es notwendig, die Migrationsdienste  
723 vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc. angegliedert sind, mit  
724 hauptamtlichen Stellen, die vom Bund bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch können die  
725 Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Flüchtlinge in rechtlichen Fragen  
726 innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann ausgeweitet werden,  
727 damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien Beratung haben  
728 kann.

729

730 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen**  
731 **mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

732

733 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und  
734 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft  
735 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr  
736 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

737

738 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**  
739 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um**  
740 **die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als  
741 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

742

743 Für die Arbeitnehmer\_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle  
744 Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das  
745 Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den  
746 Verwaltungen jedes Informationsmaterial in den benötigten Sprachen vorhanden ist.

747

748 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

749

750 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,  
751 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über  
752 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene  
753 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Flüchtling braucht.

754

755 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche  
756 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese  
757 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen  
758 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

759

760 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**  
761 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

762

763 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**  
764 **Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**  
765 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

766

767 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

768

- 769 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 770 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Flüchtlinge.
- 771 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.

772 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.  
773  
774 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!  
775  
776 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten  
777 gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.  
778  
779 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im  
780 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin  
781 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.  
782  
783 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und  
784 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das  
785 doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte  
786 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein  
787 für das Jahr 2014 zu 186 gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35  
788 Brandstiftungen, und 79 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als  
789 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer  
790 deutlich höher liegen.  
791  
792 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind  
793 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines  
794 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.  
795  
796 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem  
797 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante  
798 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung  
799 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von  
800 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar  
801 entgegenstellen! Wir **rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch  
802 weiter **öffentlich in aller Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen  
803 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich als das gesehen  
804 werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge und  
805 Brandanschläge auf ihre Wohnungen.  
806  
807 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden **Proteste in**  
808 **unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen**. Diese haben massive  
809 Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner\_innen und führen im schlimmsten Fall zu  
810 einem Rückfall in erlebte Traumata.  
811  
812 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der  
813 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**  
814 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich  
815 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger\_innensprechstunden und ähnlichem die  
816 Anwohner\_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals  
817 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht  
818 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur\_innen den Nährboden und kommt  
819 damit auch den Flüchtlingen zu gute.  
820  
821  
822  
823  
824  
825  
826  
827  
828  
829  
830  
831  
832

**Titel** Die Architektur jungsozialistischer  
Asylpolitik

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

1 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen  
2 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit  
3 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Flüchtlinge  
4 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein  
5 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der  
6 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die  
7 keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus  
8 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell als  
9 Flüchtling anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass man  
10 nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass eben  
11 diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,  
12 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die meisten Menschen,  
13 die zu uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil  
14 sie ihre Heimat aus guten Gründen verlassen mussten. Diese Analyse muss auch  
15 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer  
16 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der  
17 Flüchtlinge als "Fremde" zu verfestigen.

18

### 19 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

20

21 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im Mittelmeerraum? Zehn,  
22 Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht ist, dass auch heute weiter  
23 gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia,  
24 stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der  
25 Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von  
26 Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die  
27 Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins  
28 Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und  
29 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere humanitäre  
30 Mission. Die EU rief im November 2014 „Triton“ ins Leben, eine unter dem Dach der EU-  
31 Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine Grenzschutz! Natürlich  
32 muss und soll auch Triton Schiffbrüchige retten, aber eben nur noch in der Nähe der  
33 italienischen Küsten. Im Mai 2015 wurde die Lücke im staatlichen Rettungsbereich, die die  
34 Ersetzung von Mare Nostrum durch Triton gerissen hat, zunächst durch einen improvisierten  
35 Rettungseinsatz vieler EU Länder geschlossen. Im Juni 2015 wurde dieser Rettungseinsatz  
36 durch den EU-Militäreinsatz EUNAVFOR Med abgelöst. Auch hier ist der Auftrag nicht die  
37 Seenotrettung, die sowieso für alle Schiffe verpflichtend ist, sondern zunächst die Aufklärung  
38 und Überwachung der Schleppernetze, und später deren Bekämpfung.

39

40 Doch nur mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf  
41 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege  
42 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen  
43 Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, brauchen unseren Schutz!  
44

45 Deshalb fordern wir Jusos:

46

### 47 **1. Einführung des Botschaftsasyls**

48

49 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle  
50 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es  
51 Flüchtlingen nicht, in den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten einen  
52 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland  
53 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln  
54 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der  
55 Botschaft im Herkunftsland erfolgen. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden ohnehin  
56 nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach wie vor  
57 möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und senkt  
58 gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.

59

### 60 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

61

62 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden  
63 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am  
64 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf  
65 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die  
66 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden  
67 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,  
68 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden  
69 Asylanspruchs sein.

70

### 71 **3. Fähren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

72

73 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten  
74 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen  
75 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche  
76 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, und  
77 EUNAVFOR Med müssen endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche  
78 Seenotrettungsmission ersetzt werden, die speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.

79

80 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroperationen  
81 in Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt  
82 werden. Mit solchen völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse will die EU  
83 Migrant\_innen in den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU  
84 einzureisen. So wird verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden  
85 betreten können, was allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag  
86 stellen zu können.

87

88 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation  
89 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch  
90 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-  
91 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.  
92 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst  
93 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht  
94 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU  
95 nicht versperrt werden.

96

97 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**  
98 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**  
99 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungsoperationen mit**

100 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden.**

101

#### 102 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

103

104 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren  
105 eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,  
106 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal  
107 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU- Außengrenzen  
108 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als  
109 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

110

#### 111 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

112

113 Auf europäischer Ebene wird im Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den  
114 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Flüchtlingen  
115 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,  
116 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber\_innen berücksichtigt.  
117 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der  
118 Aufnahme von Flüchtlingen in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen  
119 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen  
120 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU Mitgliedsstaaten und nicht das  
121 Wohl der Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine Flüchtlingsaufnahme  
122 werden außer Acht gelassen.

123

124 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen  
125 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen  
126 beziehungsweise ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den  
127 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es  
128 den Migrant\_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob  
129 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Teilweise liegt  
130 die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen Vergangenheit begründet. Untersuchungen  
131 haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene Verbindungen betreffend Sprache, sozialen  
132 Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen zwischen dem Herkunftsland und dem  
133 Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden  
134 sein können. Diese Verantwortung aus ihrer Geschichte heraus müssen die betreffenden  
135 Staaten annehmen.

136

137 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu  
138 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine  
139 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch  
140 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den  
141 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine  
142 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht  
143 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die  
144 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar  
145 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die  
146 Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Einhaltung europäischer  
147 Standards der Leistungen für Flüchtlinge und damit auch ihre Chance auf Teilhabe am  
148 gesellschaftlichen Leben und ganz allgemein auf ein menschenwürdiges Dasein darf nicht  
149 davon abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

150

151 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen  
152 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder gar zum Motiv staatlicher  
153 Handlungen wird. Solch ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit  
154 Flüchtlinge sich nicht faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen  
155 sehen. In einem solchen Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz  
156 setzen die Situation für Flüchtlinge so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes  
157 Land zur Einreise suchen. Solche rise-to-the-bottom- Effekte müssen vermieden und  
158 stattdessen die solidarische Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

159

160 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an

161 der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,  
162 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.  
163 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben  
164 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder  
165 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend in die Entscheidungsfindung mit einfließen.

166

167 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

168

169 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat  
170 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten  
171 Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten führen wie das Quotensystem, aber  
172 dafür könnte Abhilfe über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten geschaffen  
173 werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem würden  
174 unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden durch ihre  
175 familiären und engen bekannschaftlichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.  
176 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert diese als  
177 Menschen

178

179 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der  
180 Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären  
181 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen  
182 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das  
183 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender  
184 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine  
185 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten würde  
186 dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege zurücklegen  
187 müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen dadurch nur  
188 erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein  
189 Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat  
190 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der  
191 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der  
192 Asylsuchenden sicher stellen.

193

194 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU- Länder an**  
195 **der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**  
196 **dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

197

198 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

199

## 200 **5. „Sichere“ Drittstaaten**

201

202 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche  
203 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Schaut  
204 man sich die Situation in den sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern an, so sieht man eine  
205 strukturelle Diskriminierung und auch Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit  
206 durchaus Asylgründe! Kein Mensch kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat  
207 gelten.

208 Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und Finnland  
209 zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte an, im  
210 Fall von bosnischen Antragsteller\_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien  
211 bei ca. 20%. Die erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3%  
212 werfen mehr Fragen über das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

213

214 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als „sicher“  
215 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch  
216 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit  
217 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene  
218 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren  
219 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich  
220 ausgeschlossen, wodurch grade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses  
221 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein

222 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und  
223 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

224

225 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

226

## 227 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

228

229 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben einen  
230 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und für die mit einem solchen  
231 Pass Geborenen schon gar keine eigene Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg  
232 unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber\_innen und Geduldete nicht die gleichen Rechte,  
233 wie wir haben. Wir wollen, dass allen die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft  
234 möglich ist. Voraussetzung dafür ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden  
235 Menschen. Die Bereiche Unterbringung, Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt  
236 bedürfen wichtiger Verbesserungen.

237

### 238 6.1 Unterbringung

239

240 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in  
241 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Flüchtlinge in  
242 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch  
243 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen mittlerweile verändern, zeigen  
244 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die  
245 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder  
246 sie nun landet.

247

248 Eine **bundesweite Umverteilung von minderjährigen Flüchtlingen lehnen wir ab**. Jede  
249 weitere Umsiedlung stellt für Geflüchtete eine extreme Belastung dar, da erneut das bekannte  
250 Umfeld zwangsweise ins Unbekannte verlassen werden muss. Auf soziale Bindungen,  
251 Wünsche oder Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade Minderjährige stellen eine  
252 besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten  
253 sie oft in Gruppen mit anderen Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer  
254 Ersatzfamilie einnehmen. Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute Umverteilung  
255 zu zerstören lehnen wir strikt ab.

256

257 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

258

259 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung in Lagern, abseits von der  
260 Erstaufnahme, ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf die kürzest mögliche  
261 Zeit zu beschränken. Asylbewerber\_innen sollten so schnell wie möglich in eine normale  
262 Wohnung ziehen dürfen. **Bestehende sogenannte Gemeinschafts- oder Sammelunterkünfte**  
263 **sind zu schließen**. Um diese Schließung zu ermöglichen müssen die dadurch wegfallenden  
264 Unterkunftsplätze vorher durch dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten ersetzt werden, deren  
265 Schaffung folglich unverzüglich in Angriff genommen werden muss. Es wird von den Ländern  
266 kein Hehl daraus gemacht, dass diese vor allem der Abschreckung durch schlechte  
267 Lebensbedingungen dienen. Das dies bei Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen keine  
268 Wirkung erzielt, sollte eigentlich jeder\_m klar sein. Da dreigliedrige Unterbringungssysteme auf  
269 der zweiten Ebene eine Verpflichtung für Gemeinschaftsunterkünfte vorsehen, lehnen wir  
270 diesen Aufbau ab.

271

272 Mit der dezentralen Unterbringung ist für uns aber auch nicht die Praxis einiger Länder gemeint,  
273 Flüchtlinge möglichst ablegen in kleine Dörfer zu verteilen.

274

275 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die**  
276 **tatsächliche Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs-**  
277 **und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.**

278

279 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.  
280 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von  
281 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und  
282 hausgemacht. Die Unterbringung von Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**



283 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum**  
284 geschaffen werden, welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen  
285 Schwankungen der Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus  
286 Zelten zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.  
287

288 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Aufnahme  
289 in WGs oder Privatwohnungen zu fördern und Gleichzeitig bürokratische Hürden abzubauen.  
290 Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in  
291 einer unbekanntem Umgebung.  
292

293 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmagements.**  
294

295 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von dem  
296 Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des öffentlichen  
297 Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes Leben  
298 möglich.  
299

300 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang  
301 nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihnen zugewiesenen Ort zu  
302 melden haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine  
303 Schikane. **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten**  
304 **Bundesgebiet.**  
305

306 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**  
307 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalsystem kommt in den  
308 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf  
309 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen  
310 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen, Ausgaben zu senken –  
311 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf regional unterschiedliche  
312 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden  
313 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen.  
314

315 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und  
316 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss  
317 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen  
318 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis  
319 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so  
320 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**  
321 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:  
322 Mindestwohn- und Schlaflfläche. Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,  
323 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume  
324 und Freizeitmöglichkeiten.  
325

326 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung  
327 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer  
328 angeordneten „Abschiebung“ ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft genommen werden. Vom  
329 EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind.  
330 Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen.  
331 Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür  
332 zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der  
333 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerber  
334 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von  
335 erheblichen Summen an einen Schleuser zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu die  
336 einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und diese Regelung  
337 kriminalisiert Flucht damit insgesamt.  
338

339 **Wir Jusos fordern, dass sowohl die Abschiebehaft, als auch der Ausreisegewahrsam**  
340 **abgeschafft und werden**  
341

342 **Wir fordern also insgesamt bezüglich der Unterbringung:**  
343

- 344 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche
- 345 Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs- und
- 346 Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.
- 347 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.
- 348 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 349 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen
- 350 dürfen.
- 351 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 352 • Abschaffung der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams
- 353 • Die separate und geschützte Unterbringung mit spezifischer Beratung für alleinreisende
- 354 Frauen und alleinerziehenden Flüchtlingsfrauen mit Kinder.
- 355 • Frauen dürfen während der Schwangerschaft oder kurz nach Geburt nicht auf andere
- 356 Erstaufnahmestellen umverteilt werden. Eine familiengerechte Unterbringung muss
- 357 gewährleistet sein.

358

## 359 6.2 Bildung

360

361 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen sollte mit im Mittelpunkt  
 362 der Integration vor Ort stehen. Dazu zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb  
 363 der Sprache oder auch Dinge wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für  
 364 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

365

### 366 · 6.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

367

368 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt ab dem  
 369 ersten Lebensjahr, das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso  
 370 wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit  
 371 dem Kind die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils  
 372 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das Anrecht ist  
 373 sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen  
 374 Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder  
 375 kennen und erlernen die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So  
 376 beginnt die Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale  
 377 Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung  
 378 sogenannter „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten  
 379 einher gehen.

380

381 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**  
 382 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.**

383

384 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**  
 385 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**  
 386 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

387

### 388 6.2.2 Grundschulen/weiterführende Schulen

389

390 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im  
 391 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die  
 392 als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern  
 393 deutlich unterschiedlich ausgestaltet beziehungsweise noch gar nicht für Flüchtlinge speziell  
 394 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht  
 395 für Alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für  
 396 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,  
 397 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,  
 398 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz  
 399 besteht die Schulpflicht, sobald ein\_e Asylsuchende\_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer  
 400 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und  
 401 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug  
 402 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein  
 403 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass  
 404 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

405

406 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die Kinder**  
407 **und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu**  
408 **werden.**

409

410 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der  
411 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Flüchtlinge  
412 aufnehmen zu müssen.

413

414 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

415

416 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie sollen das  
417 Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das „Mitkommen“ beim Stoff  
418 erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche Konzepte. In verschiedenen  
419 Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen Erlass mit dem Titel  
420 »Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache«  
421 eine Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn solcher  
422 Schüler\_innen besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei  
423 maximal 16 Schüler\_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch  
424 fachbezogen und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt werden;  
425 in ausgewählten Fächern sollen die Schüler\_innen am Unterricht der künftigen Regelklasse  
426 teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I und II ist an  
427 zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und schulformübergreifend möglich.  
428 Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem  
429 Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler\_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann  
430 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

431

432 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

433

- 434 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme, für Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht  
435 besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden.
- 436 • Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

437

438 · 6.2.3 Universität/ Hochschule

439

440 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb des Abiturs  
441 oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche Möglichkeit offen stehen  
442 ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die bereits ein angefangenes  
443 Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen können, muss die Weiterführung in  
444 Deutschland problemlos möglich sein. Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium  
445 in Deutschland allgemein, als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall.  
446 Wichtig sind außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse. Auch der  
447 Zugang zu BaföG muss gewährleistet werden.

448

449 · 6.2.4 Sprachkurse

450

451 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang  
452 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

453

454 Der Besuch eines sogenannten „Integrationskurses“ ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl  
455 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor  
456 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte  
457 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein  
458 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger\_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.  
459 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des  
460 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft, ist wichtig, damit sich die  
461 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und  
462 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre  
463 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen  
464 garantiert werden.

465

466 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für jede\_n**  
467 **Asylbewerber\_innen vom ersten Tag an zugänglich sein.**

468

469 ·                   6.2.5 Führerschein

470

471 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die Möglichkeit  
472 einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen Arbeitsplatz und die  
473 Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein neben Deutsch  
474 auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch, Französisch, Griechisch,  
475 Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.  
476 Viele Flüchtlinge/Asylbewerber\_innen kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel  
477 Arabisch Landessprache ist.

478

479 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische**  
480 **Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch auf weiteren**  
481 **durchführen zu können.**

482

483 ·                   6.2.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

484

485 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich  
486 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen  
487 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch  
488 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung  
489 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,  
490 mehrere hundert Euro, die von den Menschen getragen werden müssen. Dieses Geld können  
491 sie natürlich nicht selbst aufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen ist  
492 dieses Verfahren auch unbekannt so dass die Gefahr besteht, dass viele in den  
493 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung  
494 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer  
495 Qualifikation entsprechend ist.

496

497 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller  
498 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in  
499 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne  
500 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben haben, diese auch zukünftig in  
501 Deutschland ausüben.

502

503 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen, kostenlos ist. Wir**  
504 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**  
505 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**  
506 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**  
507 **können.**

508

509 ·                   6.2.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

510

511 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies  
512 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen in Vereinen. Der Zugang dazu  
513 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oft nicht getragen  
514 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine  
515 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des  
516 kostenfreien Zugangs die Regel und nicht die Ausnahme sein.

517

518 Deswegen fordern wir die Finanzierung weitgreifender Integrationsprogramme für Vereine,  
519 deren Mittel zur Integration von Flüchtlingen in den Vereinsalltag zur Verfügung gestellt werden.  
520 Sie sollen ermöglichen, dass Flüchtlinge, die einen Mitgliedsbeitrag nicht zahlen können,  
521 trotzdem am Vereinsalltag teilnehmen können. Natürlich kann kein Verein dazu gezwungen  
522 werden, und der Aufruf bezieht sich nicht auf Vereine, bei denen nur die Rechtsform „Verein“ für  
523 eine quasi unternehmerische Tätigkeit gewählt wurde und der Beitrag als Versicherung oder als  
524 Vorauszahlung zur eventuellen Erbringung einer Dienstleistung oder Ähnlichem verbunden ist,  
525 wie etwa bei der Lohnsteuerhilfe oder dem ADAC

526

## 527 7. Teilhabe durch Arbeit!

528

529 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und  
530 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die  
531 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.  
532 Deswegen fordern wir Jusos:

533

534 • **Die Abschaffung der Vorrangprüfung bei Stellen mit einer Bezahlung, die nicht**  
535 **unter der in der Branche beziehungsweise dem Tätigkeitsbereich üblichen**  
536 **Bezahlung liegt**

537 • **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit**  
538 **Deutschen.**

539

540 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen  
541 mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon im Herkunftsland Schul-  
542 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

543

544 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu**  
545 **bekommen, fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette**  
546 **Ausbildungszeit und die Dauer der darauffolgenden Weiterbeschäftigung bei Erhalt eines**  
547 **solchen Vertrages.** Auch muss den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine  
548 Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer Ausbildungsstelle für eine\_n Asylsuchende\_n stellt  
549 allerdings momentan noch keine Garantie dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem  
550 Grund der Planungsunsicherheit verweigern sich viele Arbeitgeber\_innen einem\_r qualifizierten  
551 Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen  
552 Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

553

554 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher**  
555 **betrieblicher Ausbildungsplätze für Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge  
556 Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche Arbeitswelt ist der Erste - deswegen braucht es eine  
557 notfalls auch materielle Motivation gerade für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen  
558 Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist darüber hinaus die Förderung des  
559 Übergangs vom Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch hier sind materielle Förderungen  
560 für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu ermöglichen.

561

562 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Flüchtlinge. Dies**  
563 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**  
564 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**  
565 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

566

567 Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur häufig  
568 voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,  
569 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,  
570 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen  
571 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

572

573 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen**  
574 **Beschäftigungssektors, in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Flüchtlinge**  
575 **vorgehalten wird;** eine Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert  
576 werden kann, um direkt die Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

577

578 Es müssen schnelle Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass Flüchtlinge unbürokratisch  
579 andere Flüchtlinge unterstützen können. Zum Beispiel dürfen medizinisch geschulte Flüchtlinge  
580 nicht zur Untätigkeit verdammt sein, während dringend notwendige medizinische Versorgung für  
581 Flüchtlinge fehlt.

582

## 583 8. Leistungen/ Gesundheit:

584

585 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**  
586 **fest.**

587

588 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem  
589 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

590

591 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber\_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**  
592 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur  
593 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und  
594 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der  
595 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf  
596 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls  
597 behandelt

598

599 . Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige  
600 Verwaltung , das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis  
601 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei  
602 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer  
603 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

604

605 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht  
606 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog\_innen  
607 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf  
608 Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die sprachlichen  
609 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits  
610 Asylbewerber\_innen ermöglicht werden.

611

612 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**, halten  
613 jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss Flüchtlingen  
614 allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die Verteilung von  
615 standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine Schikane  
616 gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder  
617 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und  
618 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die  
619 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

620

621 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**  
622 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist  
623 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge  
624 kann so außerdem gesenkt werden.

625

626 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**

627

- 628 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes das Asylbewerberleistungsgesetz
- 629 besteht fordern wir die Einführung einer Gesundheitskarte
- 630 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber\_innen.
- 631 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
- 632 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige
- 633 Flüchtlinge spezialisieren.
- 634 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.

635

## 636 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**

637

638 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft mitzubestimmen,  
639 in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur gelingen, wenn  
640 auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative ist. Eine solche Gesellschaft wollen und  
641 müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

642

### 643 **9.1 Ehrenamt stärken!**

644

645 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien  
646 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für  
647 Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für  
648 die Unterstützung dieser Menschen.

649

650 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem geht  
651 es darum die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch zu  
652 begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles  
653 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen  
654 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen  
655 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/  
656 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrig schwellig  
657 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut  
658 werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen  
659 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

660

661 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den  
662 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,  
663 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf  
664 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.

665

666 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen,  
667 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den  
668 Part des\_r Fürsprechers\_in und Vermittlers\_in.

669

670 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**  
671 **Staates!**

672

673 Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf den  
674 Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen  
675 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der  
676 Anerkennung der Arbeit und des Engagements weichen.

677

678 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder, wenn diese  
679 oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von Formularen geht oder  
680 auf die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist es notwendig, die  
681 Migrationsdienste vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc.  
682 angegliedert sind, mit hauptamtlichen Stellen, die vom Bund bezahlt werden, aufzustocken.  
683 Dadurch können die Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Flüchtlinge in  
684 rechtlichen Fragen innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann  
685 ausgeweitet werden, damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen  
686 kostenfreien Beratung haben kann.

687

688 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen**  
689 **mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

690

691 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und  
692 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft  
693 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr  
694 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

695

696 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**  
697 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um**  
698 **die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als  
699 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

700

701 Für die Arbeitnehmer\_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle  
702 Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das  
703 Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den  
704 Verwaltungen jedes in den benötigten Sprachen vorhanden ist.

705

706 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

707

708 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,  
709 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über

710 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene  
711 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Flüchtling braucht.

712

713 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche  
714 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese  
715 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen  
716 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

717

718 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**  
719 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

720

721 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**  
722 **Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**  
723 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

724

725 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

726

- 727 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 728 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Flüchtlinge.
- 729 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.
- 730 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

731

732 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

733

734 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten  
735 gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.

736

737 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im  
738 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin  
739 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.

740

741 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und  
742 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das  
743 Doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das Dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte  
744 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein  
745 für das Jahr 2014 zu auf 186 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35  
746 Brandstiftungen, und 79 tätliche Übergriffe auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als  
747 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer  
748 deutlich höher liegen.

749

750 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind  
751 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines  
752 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.

753

754 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem  
755 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante  
756 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung  
757 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von  
758 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar  
759 entgegenstellen! Wir **rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch  
760 weiter **öffentlich in aller Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen  
761 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich klar als das  
762 erkannt werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge  
763 und Brandanschläge auf ihre Wohnungen.

764

765 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden  
766 fremdenfeindliche Proteste in unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen. Diese  
767 haben massive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner\_innen und führen im  
768 schlimmsten Fall zu einem Rückfall in erlebte Traumata.

769

770 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der



771 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**  
772 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich  
773 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger\_innensprechstunden und ähnlichem die  
774 Anwohner\_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals  
775 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht  
776 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur\_innen den Nährboden und kommt  
777 damit auch den Flüchtlingen zu gute.

778

779

780

781

782

783

784

785

786

787

788

789

790

791

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

**Titel** Verbesserung für Asylsuchende

**Antragsteller** Nord-Niedersachsen

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Verbesserung für Asylsuchende

1 Asylsuchende sollen durch staatlich finanzierte Sprachkurse, Änderungen des Arbeitsrechts und  
2 eine bessere Begleitung und Betreuung durch einen speziellen Bundesfreiwilligendienst und  
3 Tandempartnerschaften integriert werden.

4

- 5 • Deshalb sollte ein freiwilliges Förderprogramm auf freiwilliger Ebene implementiert  
6 werden. Das Förderprogramm wird nach den Bedürfnissen der jeweiligen Kommune und  
7 den Möglichkeiten der/des Asylsuchenden bestimmt. Selbstverständlich entscheiden die  
8 Asylsuchenden selbst, welches Aufgabenfeld sie gerne übernehmen würden. Durch  
9 freiwilliges Engagement könnten diese Verantwortung im Rahmen ihrer Kommune  
10 übernehmen und sich so besser in das soziale Miteinander und das Arbeitsleben  
11 einfinden. Durch die Wahrnehmung von Aufgaben mit gesellschaftlicher und/oder  
12 öffentlicher Bedeutung würde es den Asylsuchenden ermöglicht, eine Würdigung zu  
13 finden.
- 14 • Sprachkurse bis zu einem ausreichenden Niveau müssen verpflichtend eingeführt  
15 werden. Die Sprache ist Grundvoraussetzung für das alltägliche sowie das berufliche  
16 Leben. Damit diese Bildung für alle Asylsuchenden, unabhängig vom Alter, gesichert  
17 werden kann, muss diese bestenfalls staatlich gefördert und finanziert werden und für alle  
18 kostenfrei zugänglich sein.
- 19 • Außerdem schlagen wir die Einführung einer spezialisierten Sparte des  
20 Bundesfreiwilligendienstes, die sich der Betreuung von Asylsuchenden widmet, vor.  
21 Zusätzlich könnte man sogenannte Tandempartnerschaften unterstützen. Diese  
22 beinhalten gegenseitiges voneinander Lernen von beispielsweise Studierenden oder  
23 SchülerInnen und Flüchtlingen. Die Partnerschaften fördern den gegenseitigen Erwerb  
24 von Sprachkenntnissen. Zum Beispiel könnten Universitäten solchen  
25 Arbeitsgemeinschaften einen Rahmen geben. Trotz der Länderkompetenz könnte der  
26 Bund mit Hilfe finanzieller Mitteln unterstützen und Anreize liefern. Außerdem wäre es  
27 naheliegend, dass Institutionen, wie z.B. der Kinderschutzbund, das DRK und religiöse  
28 Einrichtungen etc. Stellen für den BFD mit staatlicher Unterstützung schaffen.

29

### 30 **Begründung:**

31 Durch die aktuelle Zunahme an internationalen Konflikten ist die Zahl der Asylsuchenden in  
32 Deutschland drastisch angestiegen. Viele Menschen haben ihre Lebensgrundlage verloren und  
33 sind trotz umfangreicher humanitärer Hilfe vor Ort auch auf Asyl in Deutschland angewiesen.  
34 Asylsuchende fühlen sich oft nicht akzeptiert, und es gibt viele Problematiken um die wir uns als  
35 ein Land mit internationaler Verantwortung kümmern müssen. Wir wollen das Lebensgefühl und  
36 die Würde dieser Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft verbessern. Hierbei handelt es  
37 sich explizit nicht um eine Gesetzesänderung des Asylrechts, sondern um ein umfangreiches  
38 Förderprogramm für Asylsuchende auf freiwilliger Basis im kommunalen Rahmen. Die  
39 Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, dürfen in den ersten drei Aufenthaltsmonaten

40 keiner festen Arbeitstätigkeit nachgehen. Auch nach diesen drei Monaten ist nicht gesichert,  
41 dass der/die Asylsuchende eine Arbeitsstelle erhält. Das liegt oft an der sprachliche Barriere  
42 und Vorurteilen seitens der ArbeitgeberInnen. Diese längere Arbeitslosigkeit, die keinen  
43 geregelten Tagesablauf zulässt, kann unter anderem zu sozialer Isolation, Entfremdung,  
44 Lethargie, Depressionen, Verwahrlosung und Kriminalität führen. Zudem ist die Versorgung  
45 durch hauptamtliches Betreuungspersonal nicht ausreichend gesichert, wodurch die Arbeit von  
46 ehrenamtlichen HelferInnen übernommen wird, die ohnehin unterbesetzt sind.

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Menschenwürdige Mindeststandards für  
die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in  
Gemeinschaftsunterkünften

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Es existieren keine gesetzlichen Mindeststandards in Deutschland zur Unterbringung von
- 3 Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften. Dies führt öfters zu menschenunwürdigen
- 4 Unterbringungen, insbesondere, wenn wie derzeit, eine große Anzahl an Flüchtlingen nach
- 5 Deutschland kommt, die zeitnah untergebracht werden müssen.
- 6 § 3 Landesaufnahmegesetz verpflichtet die Landkreise und Gemeinden Unterkünfte bereit zu
- 7 stellen, „die einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung
- 8 gewährleisten“. Dazu fordern wir (orientiert an den Mindeststandards für
- 9 Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge von der „Liga der freien Wohlfahrtspflege“):
- 10 Menschenwürdige Standards
- 11
- 12 1. In Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU) muss zeitlich auf ein Jahr befristet
- 13 werden.
- 14 2. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen in geeigneten Einrichtungen der
- 15 Jugendhilfe betreut werden, nicht in GUs.
- 16 3. Die Versorgung besonders schutzbedürftiger Personen muss in Form einer eigenen
- 17 Wohnung und nicht durch Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. Auch bei
- 18 dezentraler Unterbringung muss eine ausreichende Begleitung und Unterstützung durch
- 19 Sozialarbeiter gerade dieses Personenkreises gewährleistet sein.
- 20 4. Alle äußeren Umstände müssen so angelegt sein, dass die Menschen in die Lage
- 21 versetzt werden, ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich zu gestalten.
- 22 5. Die Gemeinschaftsunterkünfte dürfen keine Fremdkörper im Gemeinwesen sein.
- 23 Massenquartiere mit Lagercharakter, wohnortentfernte Unterkünfte in Industriegebieten
- 24 oder in abgelegener Natur provozieren Ignoranz, Distanzierung und Ablehnung durch die
- 25 heimische Bevölkerung.
- 26
- 27 Mindestanforderungen
- 28
- 29 Lage und Größe
- 30
- 31 1. Gemeinschaftsunterkünfte müssen in Nähe zu einem Wohngebiet mit ausreichender
- 32 Infrastruktur gelegen sein. Dies bedeutet, dass Apotheken, Ärzte, Geschäfte zur Deckung
- 33 des Lebensbedarfs, Schulen und Kindergärten fußläufig (bis zu max. 2 km Entfernung)
- 34 erreichbar sein sollten.
- 35 2. In Gemeinschaftsunterkünften sollen nicht mehr als 50 Personen untergebracht werden
- 36

## 37 Bauliche Ausführung

38

- 39 1. Die Unterbringung erfolgt nur in solchen Gebäuden, die zur dauerhaften  
40 Wohnraumnutzung bestimmt und geeignet sind. Die Gebäude müssen den baulichen,  
41 gesundheitsrechtlichen und brandschutztechnischen Vorschriften des Landes Hessen  
42 entsprechen.
- 43 2. Die Sicherheit der Bewohner vor Übergriffen muss durch geeignete Maßnahmen jederzeit  
44 gewährleistet sein. Über die o.g. Bestimmungen hinaus sind folgende  
45 sicherheitstechnische Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe von außen sicherzustellen:  
46
  - 47 • Außentüren sind gesondert zu sichern (Sicherheitsschlösser, Verstärkung d. Türblattes,  
48 Mehrpunktverriegelung, Schließbleche mit Maueranker usw.). Durch geeignete  
49 Maßnahmen ist sicherzustellen, dass nachts alle Außentüren geschlossen, die  
50 Notausgänge von innen aber zu öffnen sind.
  - 51 • Alle im Parterre und in der ersten Etage liegenden Fenster sind mit  
52 einbruchshemmendem Sicherheitsglas oder Splitterschutzfolie auszustatten. Im Parterre  
53 sind diese mit Aluminium verstärkten Rollläden zu versehen, die gegen Hochschieben von  
54 außen zu sichern sind.
  - 55 • Es müssen zwei von außen anrufbare zugängliche Fernsprecher zur Verfügung stehen,  
56 die mit einer Notruf funktion versehen sind.

57

## 58 Wohnräume

59

- 60 1. Für jede Person stehen mind. 9 qm Wohnfläche sowie für jedes Kind bis zu sechs Jahren  
61 mind. 6 qm Wohnfläche zur Verfügung. Bei der Berechnung der Wohnfläche bleiben  
62 Neben- und sonstige Flächen (z.B. Flure, Toiletten, Küchen, Gemeinschafts- und  
63 Funktionsräume) unberücksichtigt.
- 64 2. Familien mit Kindern, Ehepaare und Lebenspartner haben einen Anspruch auf  
65 gemeinsame Unterbringung. Die Unterbringung sollte nach Möglichkeit in getrennten  
66 Wohneinheiten erfolgen, die mit eigenen Sanitäreinrichtungen und Küche ausgestattet  
67 sind.
- 68 3. Bei der Unterbringung von Einzelpersonen gilt als Obergrenze eine Belegung von zwei  
69 Personen pro Zimmer.
- 70 4. Alleinstehende Männer und Frauen sind grundsätzlich getrennt unterzubringen, es sei  
71 denn die betroffenen Personen wünschen ausdrücklich etwas anderes.
- 72 5. Bei der Belegung der Unterkünfte ist nach Möglichkeit auf Herkunft, individuelle  
73 Lebenslage, Religionszugehörigkeit etc. Rücksicht zu nehmen.
- 74 6. Der besonderen Schutzbedürftigkeit von Personen wie Minderjährigen, Behinderten,  
75 älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern und  
76 Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer,  
77 physischer oder sexueller Gewalt erlebt haben, ist Rechnung zu tragen.
- 78 7. Pro Person ist bereitzustellen:  
79
  - 80 • 1 Bettgestell (mind. 80 cm x 200 cm) mit entsprechender Matratze sowie Kopfkissen und  
81 Bettdecke mit zwei Garnituren an Bettwäsche
  - 82 • 1 abschließbarer Schrank oder Schrankteil mit ausreichend Raum für Bekleidung und  
83 persönliche Gegenstände
  - 84 • 1 Stuhl
  - 85 • 1 Tischplatz mit ausreichend Raum für flexible Nutzung
  - 86 • Aufbewahrungsmöglichkeiten für Geschirr, Lebensmittel und Reinigungsmittel

87

## 88 8. Pro Wohneinheit:

89

- 90 • 1 Kühlschrank
- 91 • 1 Radiogerät
- 92 • 1 Fernsehantennen-/Kabelanschluss

93

## 94 Gemeinschaftsräume

95 Aufenthaltsräume

96

- 97 1. In den Gemeinschaftsunterkünften müssen je nach Größe Räume zur allgemeinen

- 98 Nutzung in ausreichender Größe vorhanden sein. Ein Raum muss zur Durchführung einer  
99 Bewohnerversammlung geeignet sein. (1 Fernseher pro Gemeinschaftsraum)
- 100 2. Es sollte nach Möglichkeit und in Abhängigkeit von der Größe der Unterkunft und der  
101 Belegungsdichte ein separater Raum als Raum der Stille vorhanden sein, der die  
102 Möglichkeit zum Rückzug und auch zur Religionsausübung bietet.  
103
- 104 Sanitäranlagen  
105
- 106 1. Max. 5 Personen pro Sanitäranlage, geschlechtergetrennt. Zur Sanitäranlage gehört  
107 jeweils:  
108
- 109 • 1 Dusche (als Einzelkabine mit Entkleidungsbereich)
  - 110 • 1 Toilette
  - 111 • 1 Waschbecken
- 112
- 113 2. Diese sind mit ganztägiger Kalt- und Warmwasserversorgung vorzuhalten.  
114  
115
- 116 Küche  
117
- 118 1. Für jeweils fünf Bewohner ist ein Herd mit vier Kochstellen und einer Backröhre  
119 vorzuhalten.
- 120 2. Nach Möglichkeit sollte ein Kühlschrank auf dem Zimmer vorhanden sein, ansonsten  
121 sind abschließbare, abgetrennte Kühlfächer in ausreichender Zahl für alle Bewohner in  
122 der Küche zu installieren.
- 123 3. In einer Küche sollte zudem vorhanden sein:  
124
- 125 • Eine Abwascheinrichtung mit ganztägiger Kalt- und Warmwasservorrichtung -
  - 126 Arbeitsplatten zur Speisezubereitung in angemessener Zahl
  - 127 • abschließbare Funktionsschränke für private Küchenutensilien (falls in Privatzimmern  
128 nicht vorhanden)
  - 129 • Ein Grundbestand an Küchenutensilien zur leihweisen Vergabe an die Bewohner im  
130 Bedarfsfall
- 131
- 132 Funktionsräume  
133
- 134 1. Pro 8 Bewohner ist eine Waschmaschine bereitzustellen (Instandhaltung gewährleistet)  
135 2. Ausreichend Trockenräume und Trockner müssen vorhanden sein.  
136 3. Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen vorhanden sein.  
137
- 138 Einrichtungen für Kinder  
139
- 140 1. Sind regelmäßig Kinder in der Unterkunft untergebracht, so ist ein Kinderspielzimmer  
141 unter Berücksichtigung pädagogischer Maßstäbe einzurichten.
- 142 2. Auf eine kindersichere Ausstattung der Einrichtung ist besonders zu achten.  
143
- 144 Sonstiges  
145
- 146 1. Soweit es die Außentemperaturen erfordern, mindestens aber in der Zeit vom 1.10. bis  
147 30.4. (Heizperiode) und wenn außerhalb der Heizperiode an drei aufeinander folgenden  
148 Tagen die Temperatur um 21.00 Uhr 12 C° oder weniger beträgt, muss für ausreichend  
149 Beheizung (21 C°) gesorgt werden.
- 150 2. Es muss mindestens ein Fernsprechapparat, der anrufbar ist, vorhanden sein, der Notruf  
151 muss kostenfrei möglich sein.
- 152 3. Der Betreiber der Unterkunft hat eine regelmäßige Reinigung der Verkehrsflächen (Flur,  
153 Treppe, Küche, Aufenthaltsräume, Sanitäranlagen) zu gewährleisten.  
154
- 155 Betreuung und soziale Arbeit  
156
- 157 1. Der Betreiber hält das erforderliche Personal für Reinigungs-, Instandhaltungs- bzw.  
158 Instandsetzungsarbeiten sowie ggf. für Wachschatz vor und ist für den ordnungsgemäßen

- 159 Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft verantwortlich.
- 160 2. Das Personal muss – unabhängig davon, in welchem Bereich es eingesetzt wird –  
161 ausreichend für die Arbeit mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten geschult und  
162 interkulturell kompetent sein.
- 163 3. Für die Sozialarbeit ist für bis zu 80 Wohnheimplätze ein/e vollzeitbeschäftigte/r  
164 Sozialarbeiter/in oder Person mit vergleichbarer Ausbildung einzustellen. Bei kleineren  
165 Einrichtungen errechnet sich der Personalschlüssel anteilig, jedoch ist mindestens ein/e  
166 Sozialarbeiter/in oder Person mit vergleichbarer Ausbildung mit 50 % der jeweils gültigen  
167 tariflichen Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft zu beschäftigen. Der/die Sozialarbeiter/in  
168 muss in der Lage sein, angemessen auf Personen und ihre Bedürfnisse zu reagieren, die  
169 besonders schutzwürdig sind.
- 170 4. Für die Sozialarbeit muss ein Büro/Beratungszimmer in ausreichender Größe zur  
171 Verfügung stehen. Das Zimmer muss mind. 12 qm groß sein.
- 172 5. Darüber hinaus ist externen Fachkräften im Bereich der Flüchtlingsbetreuung (kirchlichen  
173 Einrichtungen, NGOs, Rechtsbeiständen, UNHCR, usw.) Zugang zur Einrichtung zum  
174 Zwecke der Durchführung von Beratung zu gewähren. Eine unentgeltliche Bereitstellung  
175 von Räumlichkeiten zur Wahrnehmung von Beratungs- und Betreuungsaufgaben (z.B.  
176 auch für Hausaufgabenhilfe) sollte ebenso gewährleistet sein, wie die Nutzung von  
177 Gemeinschaftsräumen durch Selbstorganisationen der Bewohner/innen.
- 178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219

**Titel** Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge

1 Wir unterstützen eine flächendeckende, einheitliche Ausweitung von adäquater  
2 Gesundheitsfürsorge (z. Bsp. nach dem Vorbild des Bremer Modells), welche die  
3 Gesundheitsversorgung von AsylbewerberInnen bundesweit vereinheitlicht und der  
4 internationalen Menschenrechtsnormen, in Bezug zur Gesundheitsvorsorge, (welche einige  
5 Bundesländer teilweise, regional nicht entsprechend leisten können) angemessen ist.

6  
7 Wir fordern deshalb, dass:

- 8
- 9 • AsylbewerberInnen mit besonderen gesundheitlichen Bedürfnissen eine geeignete
  - 10 Behandlung zusteht. (Chronische Erkrankungen, Psychologische Betreuung etc.)
  - 11 • Die Bereitstellung eines/r Dolmetscher/in eine „Pflichtleistung“ des Staates sein muss.
  - 12 • Jeder bzw. jede AsylbewerberIn krankenversichert werden muss und auch die
  - 13 entsprechende Karte erhält.
  - 14 • Der freie (!) Zugang zur ärztlichen Versorgung muss gewährt werden! Asylsuchende
  - 15 müssen nicht erst Anträge abgeben um dann zum Arzt gehen zu können.

16  
17 Wir fordern, dass diese Punkte gesetzlich verankert werden.

18  
19 **Begründung:**

20 Staaten sind nach dem Art. 12 des VN- Sozialpaktes verpflichtet, jedem Menschen  
21 gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung sicherstellt. Dies unterlässt Staaten  
22 somit Menschen, gesundheitliche Dienste zu verweigern und/oder zu beschränken. Dies ist in  
23 einigen Bundesländern nicht gegeben. So können in einigen Bundesländern (nicht  
24 medizinisches!) Personal in Pflegeunterkünften entscheiden, ob ein Arztbesuch vonnöten sei.

25  
26 Einen nachvollziehbaren Grund AsylbewerberInnen in der Gesundheitsversorgung anders zu  
27 behandeln als andere Menschen in Deutschland, ist weder mit dem Grundgesetz, dem  
28 Völkerrecht noch mit gesundem Menschenverstand zu vereinbaren. Dabei spielen finanzielle  
29 Gründe eine untergeordnete Rolle. Gesundheitsfürsorge ist Menschenrecht und darf auf keinen  
30 Fall wirtschaftlich abgewogen werden!

31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38



**Titel** Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften

- 1 Vielerorts ist eine Internetversorgung in Flüchtlingsunterkünften, ob in „kurzfristigen“  
2 Erstaufnahmen oder einer „längerfristigen“ Unterkunft, eine Seltenheit. Dies folgt aus der  
3 Problematik, dass viele Kommunen sich nicht des Themas annehmen wollen, weil die  
4 Störerhaftung ihnen ein Dorn im Auge ist: der Gefahr abgemahnt zu werden, wollen sich weder  
5 Kommunen noch verantwortliche Ämter aussetzen. Dies geschieht zum Leiden der Flüchtlinge,  
6 welche sich so nur mit teuren Handyverträgen Zugang zum Internet verschaffen können. Das  
7 Internet ist für alle Menschen heutzutage eine wichtige Dienstleistung, aber vor allem für  
8 Flüchtlinge, welche mehrere tausende Kilometer von ihren Familien und Bekannten entfernt  
9 sind, ist es extrem wichtig und notwendig für die Kommunikation. Denn es gibt sonst oft keine  
10 Möglichkeit, um mit den wichtigsten Menschen, wie den eigenen Kindern, Eltern, Geschwistern  
11 und EhepartnernInnen usw. in Kontakt zu bleiben.  
12  
13 Zusätzlich bietet das Internet viele Möglichkeiten zur Partizipation im Alltag. Es kann Zugang zu  
14 Plattformen bieten, welche den Menschen in ihrer neuen Umgebung oder bei diversen  
15 Schwierigkeiten unterstützen können, so z.B. auch Zugang zu Bibliotheken, Wörterbüchern und  
16 Übersetzungsseiten, welche das tägliche Leben der Menschen hier vor Ort massiv erleichtern  
17 können. Natürlich wäre so auch ein Zugang zu Kultur und Unterhaltung einfacher, was sich  
18 positiv auf das alltägliche Leben der Flüchtlinge auswirken würde.  
19  
20 Deshalb fordern wir als Jusos eine Ausnahmeregelung oder eine Neuregelung der  
21 Störerhaftung in Flüchtlingsheimen für die Besteller, die Kommunen und Bezirke.  
22  
23 Die Unterstützung von alternativen Möglichkeiten der Bereitstellung von Internethotspots, wie  
24 zum Beispiel nach dem Vorbild von freifunk.net, muss der Gesetzgeber verstärkt benennen und  
25 sich auch an den Kosten beteiligen.  
26  
27 Zudem fordern die Jusos weiterhin, dass generell an öffentlichen Orten kostenloser  
28 Internetzugang möglich gemacht werden muss. Es ist längst überfällig, dass alle Menschen an  
29 öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und auch unterwegs in Bussen und Bahnen  
30 kostenlos online gehen können.

31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen

- 1 In vielen Ländern dieser Welt gibt es frei zugängliche WLAN-Netzwerke: ob in Cafés und  
2 Restaurants, dem ÖPNV oder auf öffentlichen Plätzen, ein drahtloser Internetzugang ist  
3 vielerorts selbstverständlich und leicht zugänglich. In Deutschland ist die Situation eine andere.  
4 Die sogenannte Störerhaftung führt dazu, dass jede\*r der\*die eine Internetverbindung zur  
5 Verfügung stellt, als sogenannter „Accessprovider“ gilt und damit rechtlich dafür verantwortlich  
6 ist, was über seinen\*ihren Internetzugang geschieht. Werden über einen Internetzugang  
7 Straftaten oder Urheberrechtsverletzungen begangen haftet der\*die Zugangsinhaber\*in,  
8 unabhängig davon, wer die Straftat begangen hat. Dies ist selbst dann oft der Fall, wenn sich  
9 jemand in ein unzureichend geschütztes Netzwerk eingehackt hat. Dabei gilt der derzeitigen  
10 Rechtsprechung ein werksseitig voreingestelltes Kennwort nicht als angemessener Schutz.  
11  
12 Durch diesen Umstand und eine sehr unterschiedliche Rechtsprechung, aufgrund verschieden  
13 auslegbarer Gesetzesformulierungen, herrscht eine große (Rechts-)Unsicherheit bei Menschen  
14 die anderen WLAN-Netzwerke zugänglich machen wollen.  
15  
16 In Zeiten der Digitalisierung, Sozialen Netzwerken, Arbeit 4.0 und vielem mehr sollten  
17 flächendeckende Zugangsmöglichkeiten ins Internet mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit  
18 werden und möglichst geringe Zugangshürden für Nutzer\*innen, wie für Anbieter\*innen  
19 aufweisen. In vielen Bereichen sind Internetzugänge notwendige Voraussetzung, um am  
20 gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können, berufliche Aufgaben zu erfüllen oder  
21 Bildungsangebote wahrnehmen zu können. Doch auf für die private Kommunikation ist ein  
22 Internetzugang oftmals unerlässlich.  
23  
24 Gerade letzteres ist ein wichtiges Anliegen und Grundbedürfnis von geflüchteten Menschen. Für  
25 sie sind Internetzugänge, explizit auch in Form von WLAN-Netzwerken, essenziell und teilweise  
26 überlebenswichtig. Über das Internet kann nicht nur Kontakt zu Familien, Freund\*innen und  
27 Bekannten gehalten werden. Die meisten Flüchtenden sind während und nach ihrer Flucht ganz  
28 konkret auf das Internet angewiesen: um Fluchtrouten zu planen, sich über Gefahren und  
29 Neuigkeiten auszutauschen oder Überweisungen durchzuführen. Das gilt auch nach der  
30 Ankunft in Deutschland in Erstaufnahmelagern, Flüchtlingsheimen oder anderen  
31 Unterbringungsformen. So kann ein Teil des Schriftverkehrs mit Behörden über E-Mail erledigt  
32 werden, Informationen und Formulare im Bezug auf den Aufenthalt heruntergeladen werden  
33 oder Übersetzungen im Internet gemacht werden. Darüber hinaus ist es auch ihr gutes Recht  
34 Kontakte zu halten, mit Familienangehörigen zu sprechen oder aus dem Exil politisch aktiv und  
35 vernetzt zu sein.  
36  
37 Gerade in Flüchtlingsunterkünften sieht die Versorgungssituation mit WLAN-Netzwerken  
38 allerdings aktuell sehr schlecht aus. Bundesweit bieten nicht mal ein Dutzend Unterkünfte

39 WLAN-Netzwerke an. Grund dafür sind in den meisten Fällen nicht fehlender Wille oder  
40 mangelnde Ressourcen, sondern eine allgemeine Rechtsunsicherheit über Haftungsfragen  
41 aufgrund der Störerhaftung. Diese verhindert in vielen Fällen die Errichtung von dringend  
42 benötigten WLAN-Netzwerken.

43

44 Ob in Flüchtlingsunterkünften oder von privaten oder gewerblichen Anbieter\*innen zugängliche  
45 gemachten WLAN-Netzwerken: ohne eine vollständige und vorbehaltlose Haftungsfreistellung  
46 der WLAN-Anbieter\*innen kann es keine lückenlose Versorgung mit freien Internetzugängen  
47 geben. Eine Reform der bisherigen Gesetzeslage ist daher dringend notwendig. Die Entwürfe  
48 des Wirtschaftsministeriums vom Juni 2015 reichen dabei nicht aus. Es bleiben weiterhin  
49 Unklarheiten bestehen, beispielsweise in der Frage, was "zumutbare Maßnahmen" zur  
50 Verhinderung von Verstößen in Netzwerken genau sein sollen.

51

52 Daher fordern wir:

53

54 •

55 flächendeckenden offenen WLAN-Zugang durch die Abschaffung der Störerhaftung auch  
56 für nicht-gewerbliche Betreiber\*innen ermöglichen

57 •

58 Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber\*innen zu schaffen, die ihre Netzzugänge für Dritte  
59 öffnen

60 •

61 auf Identifikations- oder Dokumentationspflichten für WLAN-Anbieter\*innen zu verzichten

62 •

63 die Errichtung von WLAN-Netzwerken in Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen und zu  
64 fördern

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

### 1 **Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen**

2

3 Mit der Einführung des BQFG (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz) auf Bundes- und  
4 Landesebene wurde eine gute Basis geschaffen, um MigrantInnen als anerkannten Fachkräften  
5 den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Durch das sogenannte Anerkennungsgesetz  
6 haben Menschen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation einen Anspruch auf ein  
7 Verfahren zur Prüfung der Gleichwertigkeit ihrer Berufsqualifikation mit einem deutschen  
8 Abschluss.

9

10 Dabei wird unterschieden zwischen reglementierten Berufen und nicht-reglementierten Berufen.  
11 Bei nicht reglementierten Berufen wird zwischen Ausbildungs- und Studienabschlüssen  
12 unterschieden. Nicht reglementierte Ausbildungsabschlüsse müssen nicht – können jedoch  
13 anerkannt werden. Dies kann den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Für nicht  
14 reglementierte Studienberufe gibt es kein Anerkennungsverfahren, die im Ausland erworbene  
15 Qualifikation ist in Deutschland gültig. Da dies zahlreichen ArbeitgeberInnen nicht bekannt ist,  
16 gibt es als Hilfsmittel die sogenannte Zeugnisbewertung. Sie beschreibt die akademische  
17 Qualifikation und bescheinigt die beruflichen und akademischen Verwendungsmöglichkeiten.  
18 Sie ist eine vergleichende Einstufung, nicht jedoch eine Anerkennung. Um einen  
19 reglementierten Beruf ausüben zu dürfen muss eine im Ausland erworbene Qualifikation  
20 zwingend als gleichwertig anerkannt werden.

21

22 Geprüft wird die Gleichwertigkeit durch zuständige Stellen wie z. B. die Berufskammern oder  
23 Regierungspräsidien. Solch ein Gleichwertigkeitsverfahren dauert in der Regel 4 Monate und  
24 kostet bis zu 600 Euro(hinzukommen in der Regel noch hohe Übersetzungskosten). Die  
25 zuständigen Stellen überprüfen die Gleichwertigkeit grundsätzlich anhand von eingereichten  
26 Unterlagen und Dokumenten. Diese für die Gleichwertigkeitsprüfung notwendigen Unterlagen  
27 können bei Flüchtlingen aus nachvollziehbaren Gründen zum Teil oder vollständig fehlen.

28

29 Wenn die Gleichwertigkeitsprüfung aufgrund von fehlenden Dokumenten nicht möglich ist, dann  
30 schreibt §14 BQFG vor, dass (gesetzlich nicht genauer definierte) „sonstige Verfahren“ zur  
31 Feststellung der Gleichwertigkeit Anwendung finden. Dies wird jedoch aktuell nur im  
32 Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammer und der IHK durch das Angebot einer  
33 Qualifikationsanalyse umgesetzt.

34

35 Während der Qualifikationsanalyse wird praktisch überprüft, ob eine Person ohne Dokumente  
36 über die maßgeblichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten des angegebenen Berufs in  
37 ausreichendem Maße verfügt. Das Verfahren ist aufgrund des erhöhten Aufwandes viel teurer  
38 als ein reguläres Gleichwertigkeitsverfahren. Bei entsprechender Gleichwertigkeit kann die  
39 Person jedoch innerhalb des angegebenen Berufs als Fachkraft tätig werden, wodurch die

40 individuellen Berufschancen verbessert werden.

41

42 Der HWK- und IHK-Bereich entspricht jedoch nur einem kleinen Anteil an vorhandenen  
43 Qualifikationen, die MigrantInnen und Flüchtlinge mitbringen. Zahlreiche Flüchtlinge sind hoch  
44 qualifiziert, können dies jedoch bei fehlenden Dokumenten nicht belegen. So gehen nicht nur  
45 zahlreiche Fachkräfte verloren, die Zukunft von Flüchtlingen wird nachhaltig negativ beeinflusst.

46

47

48 Aus diesem Grund fordern wir:

49

50 •

51 Jede Stelle, die berechtigt ist, eine Berufsqualifikation anzuerkennen, muss auch ein  
52 Verfahren anbieten, dass bei Verlust von Dokumenten die Anerkennung der Qualifikation  
53 ermöglicht (beispielsweise durch theoretische und/oder praktische Überprüfung der  
54 Kenntnisse nach dem Modell der HWK & IHK)

- 55 • Auch wenn es bei nicht reglementierten Studienabschlüssen kein Anerkennungsverfahren  
56 gibt, so muss es auch in diesem Bereich Menschen ohne Dokumenten ermöglicht  
57 werden, einen gleichwertigen Abschluss bescheinigt zu bekommen, denn die  
58 Fachkenntnis ist vorhanden – es fehlt nur der Nachweis. Aus diesem Grund soll für nicht  
59 reglementierte Studienabschlüsse eine zuständige Stelle in jedem Bundesland  
60 eingerichtet werden, um das „sonstige Verfahren“ anzuwenden. Hierfür bieten sich  
61 beispielsweise Universitäten an, die eine umfassende Kenntnisprüfung abnehmen.
- 62 • Die damit anfallenden Kosten sollen den Antragstellenden nicht in Rechnung gestellt  
63 werden. Zum einen können die Kosten von den Betroffenen nicht getragen werden und  
64 würden dadurch eine hohe Hürde bilden. Zum anderen wird die deutsche Wirtschaft  
65 erheblich von den anerkannten Fachkräften profitieren. Die Kosten werden sich also  
66 langfristig amortisieren.
- 67 • Die notwendigen deutschen Sprachkenntnisse sollen Flüchtlingen durch kostenlose  
68 Sprachkurse vermittelt werden.

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge –  
besonderer Schutz, besondere Verantwortung

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung

- 1 Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten Minderjährigen  
2 Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN-  
3 Kinderrechtskonvention.  
4  
5 Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und -  
6 jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer  
7 Maßnahmen zur Verbesserung.  
8  
9 Daher fordern wir Jusos endlich eine kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den  
10 minderjährigen Flüchtlingen hinsichtlich der folgenden Kriterien:  
11  
12 **Aufnahme und Registrierung**  
13  
14 Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen  
15 Vormund. In vielen Bundesländern durchlaufen sie ein sogenanntes "Clearingverfahren", in  
16 Sachsen hingegen finden diese bisher aufgrund zu geringer Kapazitäten nicht statt. Dabei soll  
17 geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche  
18 Perspektive es in Deutschland gibt.  
19  
20 Hier besteht aus Sicht der Jusos die dringende Notwendigkeit entsprechende beschleunigte  
21 Aufnahmeverfahren für minderjährige Flüchtlinge getrennt von allgemeinen Aufnahmestellen  
22 einzurichten. Die Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im  
23 Sinne des Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der  
24 Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung  
25 bundesweit verboten werden.  
26  
27 **Unterbringung**  
28  
29 Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der Jusos  
30 insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht  
31 grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!  
32  
33 Daher fordern wir Jusos unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen  
34 oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten Kindern und  
35 Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten, das dem  
36 Schutzbedürfnis gerecht wird.  
37  
38 Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 muss endlich Schluss sein mit der Praxis,

39 dass sie oftmals über Wochen gemeinsam mit Erwachsenen in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
40 verbleiben und anschließend ebenso wie diese in Sammelunterkünften untergebracht werden.  
41 Wir Jusos fordern die Einhaltung der seit 2010 vorbehaltlos ratifizierten UN-  
42 Kinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung von Jugendlichen, auch über  
43 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16 ebenfalls sofort nach ihrer Ankunft  
44 in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder sogar Pflegefamilien untergebracht werden.

45

### 46 **Begleitung und Betreuung**

47

48 UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Wir Jusos fordern  
49 eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche, psychologische und soziale  
50 Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es spezialisiertes Personal, das für  
51 jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die Kindheit und Jugend der UMF ist  
52 durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen worden. Das bedeutet, dass Traumata  
53 aufgearbeitet werden müssen und die UMF Unterstützung dabei brauchen, das Erlebte zu ver-  
54 beziehungsweise aufzuarbeiten.

55

56 Wir Jusos fordern daher mehr zu tun als diese Kinder und Jugendliche medizinisch zu  
57 versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu betrachten. Auch  
58 Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.

59

### 60 **Perspektiven**

61

62 UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht gelebt.  
63 Daher ist es aus Sicht der Jusos eine zwingende Notwendigkeit den Kindern und Jugendlichen  
64 gemäß ihrer Begabungen und Wünsche unabhängig vom Alter Unterstützung zukommen zu  
65 lassen. Das bedeutet auch, dass beispielsweise an Schulen das Lehrpersonal geschult werden  
66 muss, dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvoraussetzungen gelten sowie  
67 Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden können. Perspektiven aufzeigen heißt  
68 auch hier eine individuelle Betreuung gewährleisten, die unabhängig von sprachlicher  
69 Qualifikation mit dem Kind beziehungsweise Jugendlichen gemeinsam entscheidet, welche Art  
70 der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht es um Mut machen, Chancen erkennen  
71 und Förderung!

72

### 73 **Rechtliche Regelungen und Finanzen**

74

75 Wir fordern eine kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte, dass  
76 gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnahmen und  
77 Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern und  
78 Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

79

80 Wir Jusos fordern zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die während  
81 Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen  
82 uneingeschränkter Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf auch mit  
83 dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet werden und ihr  
84 Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt an bestimmte Kriterien, wie  
85 beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis widerspricht unserer  
86 Forderung nach einem dauerhaft sicherem Umfeld mit einer Zukunftsperspektive in Frieden für  
87 die UMF.

88

89 Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und eine  
90 deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird. Im Bundeshaushalt soll daher ein eigener Titel  
91 für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommunen zu entlasten  
92 sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

93

### 94 **Umdenken in der Verwaltung**

95

96 Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund, Ländern und  
97 Kommunen. Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von Behördenmitarbeiter\_innen mit dem  
98 Ziel sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es wichtig klare Regelungen zur  
99 Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und denen für die

100 Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlägigen Gesetzen zu  
101 schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte personelle und finanziell ausreichende Ausstattung  
102 der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstellen unabdingbar.

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160



**Titel** Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!

- 1 Wir fordern die SPD Bundestagsabgeordneten dazu auf sich gegen die Einstufung weiterer  
2 Balkanstaaten als „sichere Herkunftsländer“ einzusetzen. Außerdem müssen alle Einstufungen  
3 als 'sichere Herkunftsstaaten' zurückgenommen werden und die Kategorisierung darf nicht mehr  
4 angewendet werden. Weiterhin fordern wir die Aufhebung des Konzepts „sicherer  
5 Herkunftsstaaten“ insgesamt. Wir lehnen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten prinzipiell  
6 ab. Das Grundrecht auf Asyl wird durch die Einstufung von Staaten als „sichere“  
7 Herkunftsländer ausgehebelt und das Recht auf eine individuelle Prüfung der Asylgründe wird  
8 untergraben.  
9
- 10 Schon die im letzten Herbst beschlossene Einstufung Serbiens, Bosnien und Herzegowinas und  
11 Macedoniens war ein schwerwiegender Fehler. Blickt man auf die Situation von Roma in diesen  
12 Ländern, die oft gettoisiert, ohne Wasser und Elektrizität, segregiert vom Rest der Bevölkerung  
13 leben und oft auch körperlicher Gewalt ausgesetzt sind, kann einem diese Entscheidung nur als  
14 schlechter Scherz erscheinen. Länder, in denen Minderheiten massiv diskriminiert,  
15 Journalist\*innen bedroht oder Schwule und Lesben straffrei angegriffen werden, kann kein  
16 Persilschein ausgestellt werden. Nun sollen auch Montenegro, Kosovo und Albanien als „sicher“  
17 eingestuft werden was unter anderem mit den niedrigen Anerkennungszahlen begründet wird.  
18 Doch solche können auch absichtlich klein gehalten werden, wie der Vergleich mit anderen EU  
19 Ländern zeigt, in denen die Anerkennungszahlen weitaus höher liegen und neben dem  
20 Flüchtlingsstatus auch mit Subsidiärem Schutz gearbeitet wird.  
21
- 22 Aufgrund der langsamen und korruptionsanfälligen Justiz gibt es in Albanien keine effektive  
23 Strafverfolgung und keinen wirksamen Schutz gegen Bedrohungen durch Blutrache,  
24 rassistische und homophobe Übergriffe oder geschlechtsspezifische Gewalt. Selbst das  
25 Auswärtige Amt berichtet von ethnisch motivierter Diskriminierung gegenüber Roma, Korruption  
26 und organisiertem Verbrechen. In Montenegro wurden kritische Journalist\*innen immer wieder  
27 Opfer von Anschlägen. Nicht nur bei Gewalt gegen Medienvertreter\*innen herrscht faktische  
28 Straffreiheit. Polizist\*innen, die erwiesenermaßen folterten gingen straffrei aus und homophobe  
29 Gewalt, die nicht geahndet wird ist alltäglich. Sowohl im Kosovo, als auch in Albanien sind  
30 Bundeswehrsoldat\*innen im Einsatz. Ein Staat für dessen Friedenssicherung UN Truppen  
31 notwendig sind ist kein „sicherer Herkunftsstaat“.  
32
- 33 Eine Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ würde vielen weiteren Menschen ihre Chance  
34 auf individuelle Prüfung ihrer Anträge nehmen und sie pauschal abweisen. Eine Einspruchsfrist  
35 von einer Woche - eine der kürzesten im deutschen Rechtssystem - und eine Klagemöglichkeit,  
36 die keine aufschiebende Wirkung hat, ist nicht hinnehmbar. Das können und dürfen wir nicht  
37 mittragen. Wir müssen verhindern, dass das Asylrecht Stück für Stück weiter demontiert wird!  
38 Die europäische Migrations- und Asylpolitik steht in untrennbarer Verbindung mit der

39 Positionierung gegenüber den sozialen Problemen der Herkunftsländer. Daher fordern wir die  
40 Bundesregierung dazu auf, ihre Anstrengungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in  
41 den Balkanstaaten massiv zu verstärken. Dazu muss die wirtschaftliche und humanitäre  
42 Unterstützung verstärkt und der mangelhafte Erfolg der Rechtsstaatlichkeitskommission EULEX  
43 sowie die Vorwürfe von Korruption innerhalb dieser Behörde gründlich untersucht werden.  
44 Angesichts der schweren Vorwürfe organisierter Kriminalität an Spitzenpolitiker\*innen der  
45 Westbalkanstaaten wie etwa Hashim Thaçi im Kosovo oder dem mangelnden Willen, ethnische  
46 Minderheiten vor rassistischer Diskriminierung zu schützen, sollen auch diplomatische  
47 Sanktionen nicht ausgeschlossen werden.

48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99

**Titel** Pro Asyl gegen Eurosur

**Antragsteller** Braunschweig

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Pro Asyl gegen Eurosur

### 1 **Was ist Eurosur?**

2 Am 22.10.2013 einigte sich die Europäische Union in der Verordnung Nr. 1052/2013 auf die  
3 Errichtung eines europaweiten Grenzüberwachungs- und Informationsaustauschsystems: Das  
4 European Border Surveillance System oder kurz: Eurosur.  
5 Im Rahmen von Eurosur soll in jedem Land der europäischen Union ein sogenanntes  
6 nationales Koordinierungszentrum errichtet werden. Diese Koordinierungszentren sammeln die  
7 Informationen aller Grenzüberwachungsbehörden (d.h. Zoll, Grenzschutz,  
8 Einwanderungsbehörde etc.) und weitere Daten, die durch neu installierte  
9 Grenzüberwachungsinstrumente (Schiffssensoren, Drohnen, Satellitenüberwachung etc.)  
10 erhoben werden, um sie in einem nationalen Lagebild zusammenzufassen.  
11 Das nationale Lagebild soll in erster Linie als Informationsquelle für Frontex, der europäischen  
12 Grenzschutzbehörde, dienen und unter anderem eine Einstufung des Gefährdungspotenzials  
13 aller Ereignisse an den Grenzen beinhalten.  
14 Aus der Summe dieser nationalen Lagebilder entwickelt Frontex das sogenannte „europäische  
15 Lagebild“.  
16 In dem ebenfalls eine Einstufung des Gefährdungspotenzials bezüglich Grenzüberschreitender  
17 Kriminalität und Flüchtlingsströme, allerdings diesmal ganzer Grenzabschnitte, enthalten sein  
18 soll.  
19 Zusätzlich entwickelt Frontex, mithilfe von nicht EU-Ländern und den bereits erwähnten  
20 Grenzüberwachungsinstrumenten, ein „Informationsbild des Grenzvorbereichs“.  
21 Das Wort „Grenzvorbereich“ schließt hierbei alles ein was außerhalb der europäischen Union  
22 liegt, seien es internationale Gewässer oder Häfen und Küstenabschnitte anderer Länder.  
23 Auch bei diesen erfolgt wiederum eine Einstufung bezüglich ihres Gefährdungspotenzials.  
24 Am Ende sollen alle diese Informationen Teil des bereits bestehenden CISE (Common  
25 Information sharing Environment) werden, zudem theoretisch jedes Mitgliedsland  
26 uneingeschränkter Zugriff haben soll.  
27 Ob und wie genau diese Eingliederung passiert steht jedoch noch nicht fest.

28

29 Nach eingehender Beschäftigung mit der Verordnung Nr. 1052/2013 und dem Aufsatz  
30 „Borderline“ der Heinrich Böll Stiftung zu diesem Thema kommen wir jedoch zu folgenden  
31 Ergebnissen:

32

### 33 **Eurosur besitzt keine rationale Legitimation**

34 Die Idee von Eurosur steht nicht, wie in der Vergangenheit vielfach von Politikern behauptet  
35 wurde, im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling des Jahres 2011, sondern ist bereits  
36 sehr viel älter.  
37 Tatsächlich sollen bereits 2008, nach Informationen der Heinrich Böll Stiftung, Pläne für ein  
38 Projekt wie Eurosur vorgelegen haben.  
39 Allerdings kam die Flucht einer größeren Zahl von Menschen aus Tunesien an die Küsten

40 Frankreichs, im Zuge des arabischen Frühlings, für die Durchführung von Eurosur nicht  
41 ungelegen.  
42 Schnell wurde dieses Ereignis genutzt und auf Basis von Rechtspopulismus und dem gezielten  
43 Spiel mit den Ängsten der europäischen Bevölkerung (Flüchtlingswelle/ Flüchtlingsflut) wurde  
44 versucht das von langer Hand geplante Projekt zur Abschirmung europäischer Grenzen zu  
45 legitimieren.  
46 Der Schutz und die Rettung von Flüchtlingen spielte hierbei eine geringe bis gar keine Rolle.  
47

#### 48 **Eurosur dient der Flüchtlingsbekämpfung**

49 Auch wenn Eurosur immer wieder als Flüchtlingsschutzprogramm verkauft wird, so erkennt man  
50 die tatsächliche Aufgabe dieses Projekts beim lesen der europäischen Verordnung nur allzu  
51 deutlich.  
52 Hauptsächlich ist hier die Rede von der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, deren  
53 Bedeutung und Verbreitung in Wirklichkeit nicht nachweisbar ist, und der Bekämpfung illegaler  
54 Einwanderung.  
55 Unter Punkt 3) der Verordnung heißt es dann: „In dieser Verordnung wird anerkannt, dass die  
56 Migrationsrouten auch von Menschen genutzt werden, die internationalen Schutz benötigen“.  
57 Insofern wird von der europäischen Union auf der einen Seite keine klare Trennung von  
58 Migranten und Asylsuchenden gemacht und auf der anderen Seite die begründete  
59 Asylbewerbung klar als Randerscheinung dargestellt.  
60 Darüber hinaus fehlt es der Verordnung an einer Festlegung, wie mit Menschen, die von  
61 Eurosur beim Grenzübertritt registriert worden sind verfahren werden soll.  
62 Es existiert weder eine Richtlinie, die die Rettung von Migranten oder Flüchtlingen vorschreibt  
63 noch eine, die etwa die Art deren späterer Unterbringung spezifiziert.  
64 Wäre Eurosur ein Programm zum Schutz von Flüchtlingen müssten diese Regelungen klar im  
65 Vordergrund stehen oder zumindest eindeutig formuliert sein  
66

#### 67 **Eurosur mangelt es an Objektivität**

68 Allerdings bleibt nicht nur das Verfahren mit Flüchtlingen den unterschiedlichen Regelungen und  
69 subjektiven Einschätzungen der Mitgliedsländer überlassen.  
70 Auch bei der Risikobewertung, die eine wichtige Säule bei Eurosur darstellen soll, bestehen  
71 keinerlei Vorgaben nach welchen Kriterien diese Einstufung erfolgt oder was aus einer  
72 entsprechenden Einstufung für Konsequenzen gezogen werden.  
73 Hierzu heißt es lediglich, Das betreffende Land solle bei unerheblichen Auswirkungen (low  
74 impact level) eine ausreichende Anzahl an Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen, bei  
75 moderaten Auswirkungen (medium impact level) solle zusätzlich eine geeignete  
76 Grenzüberwachung installiert werden und bei erheblichen Auswirkungen (high impact level)  
77 sollen vorhergegangene Maßnahmen verstärkt werden.  
78 Die Frage, welche Neuerungen derartig formulierte Verordnungen bringen, bleibt besser  
79 unausgesprochen.  
80

#### 81 **Eurosur kennt keine Kostenbremse**

82 Was allerdings die Kosten für Eurosur anbelangt so zeigte sich die Europäische Union, trotz der  
83 Finanzkrise, die noch nicht ausgestanden ist, überraschend freigiebig.  
84 Statt einer Festlegung über den Etat des Projekts heißt es hierzu: „Die Agentur (Frontex) soll  
85 mit entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie die ihr  
86 im Rahmen dieser Verordnung zusätzlichen Aufgaben angemessen erfüllen kann“.  
87 Die Heinrich Böll Stiftung kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Einschätzung über die  
88 Kosten des Projekts über 338 mio € viel zu gering sind und einen Rahmen von mehr als 850  
89 mio € leicht sprengen könnten.  
90 Vor allem, da die einzigen Gutachten über das Kosten Nutzen Verhältnis des Projekts von  
91 Frontex, beziehungsweise von den Hard- und Software Entwickler Firmen, die massiv von der  
92 Durchführung des Projektes profitieren, erstellt wurden.  
93

#### 94 **Eurosur ist Technokratie statt Demokratie**

95 Die Firmen, welche know how und Material für Eurosur liefern, sind dabei stärker in den  
96 politischen Entscheidungsprozess eingebunden als das europäische Parlament oder die  
97 Bevölkerung der Mitgliedsstaaten. Legitimation erhält Eurosur einzig und allein von der  
98 europäischen Kommission und Frontex. Eine breite Diskussion der Bürgerinnen und Bürger, wie  
99 es sie vor der Einführung von Frontex gab suchte man vor der Einführung von Eurosur  
100 vergeblich.

101 Im weiteren Verfahren soll das europäische Parlament von Frontex alle zwei Jahre und von der  
102 Kommission alle 4 Jahre eine Einschätzung über das funktionieren von Eurosur erhalten.  
103 Die Möglichkeit sich selbst ein Bild machen oder auf Basis der Ergebnisse Einspruch gegen das  
104 Projekt erheben zu können fehlt jedoch.

105

#### 106 **Eurosur ist Machtbasis und Datenmonopol**

107 Obwohl die unterzeichnenden Mitgliedstaaten sich verpflichten uneingeschränkt alle Daten  
108 bezüglich ihrer Grenzen an Frontex weiterzugeben ist ein uneingeschränkter Zugriff auf diese  
109 nicht vorgesehen.

110 Stattdessen behält Frontex sich vor, Informationsgesuche aus Mitgliedsstaaten, ablehnen zu  
111 können.

112 Zum Teil müssen Mitgliedsstaaten auch streng geheime Informationen, wie zum Beispiel den  
113 Status, die Stärke und die Bewegung von Truppen, die sich in der Nähe von Grenzgebieten  
114 aufhalten weitergeben.

115 Solche Berichte mögen zwar ungefährlich in Bezug auf unsere europäischen Nachbarn wirken.  
116 Allerdings erhalten sie eine gewisse Brisanz bezieht man mit ein, dass es auch Drittstaaten,  
117 innerhalb eines von Frontex im Einzelfall festzulegenden Rahmen, möglich ist Informationen  
118 aus Eurosur zu erhalten.

119 Dabei werden illegale Zugriffe auf Eurosur, die durchaus nicht unmöglich sind, noch  
120 unberücksichtigt gelassen.

121 Eurosur könnte also für jedes der unterzeichnenden Mitgliedsländer zum Sicherheitsproblem  
122 werden.

123 Allerdings ist nicht nur der Datenschutz der Mitgliedsländer sehr unsicher. Auch von  
124 Privatpersonen werden innerhalb von Eurosur Daten gesammelt, deren Weiterverbreitung  
125 schon festgelegt ist, da es sich bei Eurosur schließlich um ein Informationsaustauschsystem  
126 handelt.

127

#### 128 **Eurosur ist europäische Vorratsdatenspeicherung**

129 Vor allem mithilfe der Satellitenüberwachung und der Sensor gestützten Schiffserkennung, die  
130 an den Europäischen Seegrenzen erfolgen, werden von Eurosur Daten über Europäische  
131 Bürgerinnen und Bürger erhoben und gespeichert.

132 Die Heinrich Böll-Stiftung, behauptet sogar, dass es nicht bei der Erhebung dieser Daten  
133 bleiben wird und Eurosur aus mangelnder Differenzierungsmöglichkeit jedwede Urlaubsreise  
134 und andere Grenzüberschreitung innerhalb des Schengenraums registrieren könnte.

135 Die zukünftigen Pläne Eurosur mit in das europäische CISE (Common Information Sharing  
136 Environment) zu überführen würden nach Befürchtungen der HBS dazu führen, dass  
137 Datenschutz bald überhaupt nicht mehr gewährleistet werden könnte.

138

#### 139 **Fazit**

140 Wir sind davon überzeugt, dass die breite Masse der europäischen Bevölkerung Eurosur nicht  
141 mittragen würde, wenn man sie über die Gefahren dieses Systems nicht im unklaren ließe.

142 Mit der Behauptung Eurosur sei ein Programm zum Schutz für Flüchtlinge werden dabei  
143 bestimmte Informationen gezielt verschleiert.

144 Tatsächlich von dem Projekt profitieren können nur Frontex, der eine breite Machtbasis  
145 zugesprochen wird, und die Firmen, die ihre Technologie zu beinahe beliebigem Preis an die  
146 Europäische Union verkaufen können.

147 Unsere Forderung, da der Nutzen eines Systems wie Eurosur nicht nachweisbar, jedoch die  
148 Gefahren und Kosten, die es birgt, erheblich sind, ist Eurosur umgehend einzustellen und die  
149 gesparten Gelder zum Wohle der Flüchtlinge und nicht zu ihrer Abschreckung einzusetzen.

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

**Titel** Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer  
rassistischer Gewalt

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

1 Rassistische Gewalttaten und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben in den vergangenen  
2 Wochen einen traurigen Höhepunkt erreicht. Bis Ende August 2015 gab es in der  
3 Bundesrepublik insgesamt 340 Angriffe auf entsprechende Einrichtungen. Damit hat sich die  
4 Zahl der Übergriffe im Vergleich zum Vorjahrszeitraum beinahe verdoppelt. Die rechte Gewalt auf  
5 Schutzsuchende hat eine neue Dimension erreicht.

6

7 Der Rechtsstaat muss gegen rassistische Gewalttaten ein deutliches Signal setzen - nicht nur  
8 im Hinblick auf die konsequente Bestrafung der Täter, sondern auch in Bezug auf die Opfer.  
9 Asylsuchende ohne Aufenthaltstitel, sind als Opfer rechter Gewalt, in laufenden Gerichts- und  
10 Strafverfolgungsprozessen doppelt entrechtet. Es ist schlimm genug, dass die Bundesrepublik  
11 die Sicherheit hier Schutz suchender Menschen oft nicht gewährleisten kann. Hinzu kommt,  
12 dass die Opfer in ihrer Rolle als Ankläger\*innen und Zeugen eines Prozesses dennoch  
13 abgeschoben werden können. Sie haben damit nicht nur die Folgen von Ausgrenzung und Hass  
14 hinzunehmen, sondern auch die drohende Abschiebung. Das ist vor dem Hintergrund der  
15 grassierenden Gewalt gegen Asylsuchende nicht länger hinnehmbar.

16

17 Daher fordern wir, dass die Opfer rassistischer Gewalttaten ein dauerhaftes Bleiberecht  
18 bekommen. Damit wird die Bundesrepublik nicht nur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung  
19 gegenüber den Opfern und ihrem sozialen Umfeld gerecht, sondern setzt auch ein klares  
20 politisches Signal an Täter und Gesellschaft. Wir bieten den Betroffenen nach ihrer  
21 traumatischen Gewalterfahrung Sicherheit und Schutz an und signalisieren, dass sie nicht allein  
22 gelassen werden.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Antrag zur Erweiterung des Resettlement-  
Programms des Bundes

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms des Bundes

1 Um uns herum schwellen die Konflikte in unerträglichen Ausmaß an: ob in der Ukraine, im  
2 Jemen, in Syrien, im Irak: Der zivilen Bevölkerung zu helfen ist ein Gebot der Menschlichkeit.  
3 Die Bundesregierung muss hier Verantwortung übernehmen. Die Bundesregierung hat über das  
4 bestehende Asylrecht hinaus die souveräne Möglichkeit seine jährlich im Rahmen des  
5 Resettlement-Programms der UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) zur  
6 Verfügung gestellten Plätze für Geflüchtete zu erhöhen.

7

8 Resettlement ermöglicht die Neuansiedlung von Geflüchteten in einem anderen als ihr  
9 Aufnahmeland. Im Rahmen des deutschen Resettlement-Programms werden Geflüchtete  
10 aufgenommen, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen können.  
11 Derzeit nimmt Deutschland jährlich nur 500 Menschen über das Resettlement-Programm auf.

12

13 Es muss den Geflüchteten nicht nur eine unbürokratische Einreise, sondern auch eine wirkliche  
14 Sicherheit und Integrationschancen ermöglicht werden.

15

16 Wir fordern daher:

17

18 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung  
19 gestellten Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms

20 • für in Deutschland aufgenommene Resettlement- Geflüchtete nach § 23 Abs. 2 des  
21 Aufenthaltsgesetzes:

22

- 23 • das Recht auf freie Erwerbstätigkeit
- 24 • Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII
- 25 • Anspruch auf eine angemessene eigene Unterkunft
- 26 • Anspruch auf die Teilnahme von Sprach- und Integrationskursen
- 27 • Kostenlose Migrationsberatung

28 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens:

29 • Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht nach Bildungsstand, Herkunft oder  
30 Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern je nach Notlage.

31

32 • Das Verfahren soll von der vor Ort in den Geflüchtetenlagern  
33 funktionierenden Aufnahmestellen organisiert werden. Familienmitglieder  
34 der Geflüchteten müssen automatisch auch an dem Programm eingebunden  
35 und bei der Einreise die Familienzusammenführung beachtet werden.

36 • Es sollte unmittelbar nach der Ankunft eine intensive Erstbetreuungsphase  
37 mit gesundheitlicher und psychologischer Unterstützung stattfinden.

38 • Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine unbefristete

39 Aufenthaltsgenehmigung, eine Niederlassungserlaubnis und eine  
40 Anerkennung als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention.  
41 • Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine freie Wohnortwahl ohne  
42 Residenzpflicht. Kommunen stellen für sie ausreichende Kontingente im  
43 öffentlichen Wohnungsbau bereit.  
44

45 Resettlement-Programme sind für uns ein erster, wichtiger Zwischenschritt. Wir setzen uns  
46 deshalb weiterhin für ein globales Recht auf Migration und Bewegungsfreiheit ein, das durch die  
47 Bundesrepublik Deutschland aktiv gefördert werden muss, sowie einem bedingungslosen  
48 Bleiberecht. Grenzen müssen überwunden werden.  
49

50 **Begründung:**

51 Einer der Hauptgründe weshalb Menschen aus ihrer Heimat fliehen, sind Kriege und bewaffnete  
52 Konflikte. Um in Deutschland Asyl beantragen zu können, müssen es Geflüchtete jedoch erst  
53 einmal hierher schaffen. Doch die Außengrenzen Europas sind so stark gesichert, dass es  
54 Flüchtenden nicht möglich ist, die Europäische Union zu erreichen. Da es an legalen  
55 Einreisemöglichkeiten fehlt, haben Menschen keinen anderen Weg, als ihr Leben  
56 Schlepperbanden anzuvertrauen, die sie für viel Geld auf oft tödlichen Wegen in die EU bringen.  
57 Auch der Weg über Griechenland ist nahezu ausweglos und die Menschen müssen dort unter  
58 unmenschlichen Bedingungen Monate lang auf ein Asylverfahren warten.  
59

60 Das Ziel auf lange Sicht ist ein faires und EU-weites einheitliches Asylverfahren sowie die  
61 Freizügigkeit für alle Menschen innerhalb der EU. Europa muss endlich zu einer humanen  
62 Geflüchtetenpolitik finden und möglichst allen Hilfesuchenden die Einreise gewähren.  
63

64 Darauf soll die Bundesregierung hinwirken und endlich die Verantwortung übernehmen. Die  
65 erweiterte Teilnahme Deutschlands am Resettlement-Programm mit Hilfe der UNHCR  
66 ermöglicht die Neuansiedlung von Geflüchteten in einem anderen als ihr Aufnahmeland.  
67

68 Die meisten Geflüchteten kommen aus Ländern, wie Syrien, Sri Lanka, Afghanistan, Irak,  
69 Somalia, und China, wo sie keine Rückkehrperspektive haben.  
70

71 Obwohl das UNHCR 800.000 Resettlement-Plätze benötigt, werden jährlich weltweit nur 80.000  
72 Geflüchtete resettlet. Die meisten von ihnen finden in den USA, Kanada und Australien eine  
73 neue Heimat, während Europa nur 5000 neu ansiedelt. Großbritannien nimmt 750, Finnland 750  
74 (bei 5 Mio. Einwohnern!), Norwegen 1200 und Schweden 1900 Menschen auf. In Deutschland  
75 beträgt diese Zahl 300, die ab 2015 auf 500 erweitert werden soll. Dies ist immer noch sehr  
76 wenig. Das Ziel ist die Zahl zu erhöhen und somit die Unverhältnismäßigkeit des Resettlement-  
77 Programms auszugleichen. Durch das Resettlement-Programm kann die Einreise nach  
78 Deutschland für die Geflüchteten vereinfacht und der riskante Weg mit Hilfe von  
79 Menschenschmugglern sicher umgangen werden.  
80

81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99



<b>Titel</b>	Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen
<b>Antragsteller</b>	Bayern
<b>Zur Weiterleitung an</b>	Juso-Bundesvorstand, SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteikonvent, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen

1 Seit in den vergangenen Monaten eine steigende Zahl an Flüchtlingen in Richtung Europa zur  
2 verzeichnen ist, musste eine parallel stattfindende Entsolidarisierung der Politik mit Flüchtlingen  
3 festgestellt und der Ausbau der Festung Europa evidentiert werden. So zum Beispiel durch den  
4 Bau des Grenzzauns zwischen Ungarn, Kroatien und Serbien durch die Regierung Orban. Die  
5 Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen, falls in so manchen Fällen überhaupt vorhanden,  
6 nimmt in Europa rapide ab. Trotz des überwältigenden zivilgesellschaftlichen Engagements,  
7 finden auch in Deutschland restriktive Maßnahmen ihren Weg in die Politik. Mit dem Instrument  
8 der Deklaration von sog. sicheren Herkunftstaaten, sollen Flüchtlinge aus ebendiesen Staaten  
9 von vornherein keine Möglichkeit erhalten ein Asylverfahren anzustreben. Am 19. September  
10 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des geltenden Asylrechts mit  
11 knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur Kategorie der sicheren  
12 Herkunftsländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Als Ergebnis des  
13 Asylgipfels vom September 2015, wurde nun auch beschlossen Albanien, Kosovo und  
14 Montenegro als sichere Herkunftstaaten zu deklarieren.

15

16 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten in  
17 einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus, dass  
18 in diesen Ländern keine Gefährdungen vorliegen. Dementsprechend ist die prinzipielle Chance  
19 auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich. Momentan gilt diese  
20 Vermutung bis auf Ghana und Senegal nur für Staaten der Europäischen Union sowie Serbien,  
21 Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

22

23 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht  
24 wird. Betrachtet man gerade die drei neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum  
25 von sicheren Herkunftsländern reden.

26

27 So ist die Freiheit der Medien nur begrenzt gegeben. Beispielhaft hierfür steht Mazedonien, das  
28 auf dem Index zur Pressefreiheit 2014 von Reporter ohne Grenzen den 123. von 180 Plätzen  
29 belegt und mittlerweile nur noch den Status eines halbfreien Staates inne hat. Repressionen  
30 und Haftstrafen gegen regierungskritische JournalistInnen, kommen vermehrt vor.

31

32 Die Lebensrealität des LGBTI-Anteils der Bevölkerung ist in der Region nach wie vor  
33 unzumutbar. Kirchen, Organisationen, Parteien und z.T. Medien agitieren offen gegen freie  
34 Äußerung oder rufen zu Gewalt auf. Queere Vereine, Organisationen und Veranstaltungen  
35 existieren nur unter massivem Polizeischutz und sind und bleiben Ziel konservativer, religiöser,

36 nationalistischer und faschistischer Kräfte. Prides, so sie denn zugelassen werden, sind ohne  
37 den Einsatz von polizeilichen Spezialeinsatzkommandos nicht durchführbar. Der CSD 2014 in  
38 Belgrad konnte so zum Beispiel nur unter Einsatz von 7000 PolizistInnen „erfolgreich“ ohne  
39 Zwischenfall durchgeführt werden. Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien stellen  
40 in dieser Hinsicht allerdings keinen Sonderfall, EU-Mitgliedsstaaten in der Region  
41 eingeschlossen, keinen Sonderfall dar.

42

43 Eine Diskriminierung von Roma findet in allen Staaten des osteuropäischen Raumes, aber auch  
44 in Westeuropa statt. Sie gehören bestenfalls zu BürgerInnen zweiter Klasse. Die ihnen durch  
45 Vorurteile und Klischees zugeschriebene Lebensweise führt dazu, dass sie nur selten am  
46 gesellschaftlichen Leben teilhaben dürfen oder können. Der Zugang zu Bildung, dem  
47 Gesundheits- und Sozialsystem oder Arbeit wird Roma staatlich geduldet oder gefördert  
48 verwehrt. Um die Ausreise und Beantragung von Asylverfahren in anderen Staaten zu  
49 erschweren werden ihnen oftmals Staatsbürgerschaft und/oder Ausweispapiere vorenthalten.  
50 Auch in diesem Fall stellen Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien keine  
51 Sonderfälle dar.

52

53 Ein sicheres und repressionsfreies Leben ist für Asylsuchende aus den genannten Ländern nur  
54 schwer bis nicht möglich. Die Situation in den nun durch den Bundestag als unbedenklich  
55 einzustufenden Staaten Albanien, Montenegro und Kosovo ist äquivalent oder noch schwieriger.  
56 In EU-Staaten, wie Ungarn oder Rumänien sind die Verhältnisse nur marginal besser. Eine  
57 Deklaration als sichere Heimatstaaten ist als Verhöhnung der Situation dieser Menschen zu  
58 betrachten und nicht akzeptabel.

59

60 Eine derartige systematische Diskriminierung begründet jedoch nach heutiger deutscher  
61 Rechtslage keinen individuellen Asylanspruch. Es handelt sich schlicht nicht um anerkannte  
62 Asylgründe, wobei nicht selten jedoch eine Rückführung in eben diese elenden Verhältnisse  
63 nach Ablehnung des Asylantrages nicht stattfinden kann, weil eben Leben und Gesundheit der  
64 Antragssteller\_Innen nicht gewährleistet werden kann. Der Vollständigkeit halber sei zudem  
65 darauf hingewiesen, dass auch Vertreter\_Innen der albanischen Minderheit in Mazedonien  
66 ernsthaft und zunehmend staatlich administrierten und geduldeten Repressionen unterliegen.

67

68 Wo eine solche Behandlung eigener Minderheiten jedoch gängige und eben auch staatliche  
69 Praxis ist, fällt es nicht schwer sich die Behandlung Einzelner auszumalen, die sich in  
70 irgendeiner Art und Weise die Aufmerksamkeit oder gar den Unmut eines solchen Regimes und  
71 seiner Organe zugezogen haben. Individuelle Gründe, deren Prüfung und Würdigung im  
72 angestrebten „beschleunigten Asylverfahren“, welches ja mit der Ausweisung von sicheren  
73 Herkunftsstaaten bezweckt wird, nicht wie geboten erfolgt beziehungsweise auch nur erfolgen  
74 kann. Die Einzelfallprüfung wird dort zur Farce, wo ein Antrag initial als „automatisch  
75 offensichtlich unbegründet“ eingestuft wird und es den, häufig ja recht hilflosen,  
76 Antragssteller\_Innen auferlegt wird, das BAMF von diesem vorgefassten Urteil abzubringen.

77

78 Jenseits dessen sei darauf verwiesen, dass das deutsche Asylrecht, post dem sog.  
79 „Asylkompromiss“ von 1993, im europäischen Vergleich sehr restriktiv ausfällt. Gerade bei der  
80 Gruppe der Sinti und Roma, im deutschen Diskurs häufig pauschal als „Armut“- oder gar  
81 „Wirtschaftsflüchtlinge“ betitelt, erreichen andere westeuropäische Staaten wie zum Beispiel  
82 Frankreich oder die Schweiz zweistellige Anerkennungsdaten, ohne das einsichtig wäre, in wie  
83 weit die dort Schutzsuchenden sich in irgendeiner signifikanten Art und Weise von jenen Sinti  
84 und Roma unterscheiden sollten, die bei uns einen Asylantrag stellen. Wir setzen uns daher für  
85 eine Anpassung (im Sinne einer Lockerung) der Anerkennungskriterien ein, um mittelfristig  
86 einen gemeinsamen (zumindest west-) europäischen Schutzstandard herstellen zu können.

87

88 Daher fordern wir, dass die Regelung bzgl. sicherer Herkunftsländern abgeschafft wird.  
89 Vielmehr muss jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden und eine Entscheidung über einen  
90 Asylantrag darf nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen. Gerade die Beispiele  
91 Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina machen deutlich, dass der Begriff eines  
92 sicheren Herkunftsstaats reine Illusion ist.

93

94

95

96

**Titel** Ehebestandszeit abschaffen!

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag der SPD, Parteikonvent der SPD

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ehebestandszeit abschaffen!

1 Wir fordern die Abschaffung der Ehebestandszeit, wie im §31 AufentG geregelt, und  
2 stattdessen die Einführung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für nicht-deutsche  
3 EhegattInnen ab Zeitpunkt der Eheschließung sowie ein umfangreiches Informations-und  
4 Integrationsprogramm. Die SPD-Fraktion im Bundestag soll auf eine entsprechende Regelung  
5 der Regelung im Aufenthaltsgesetz hinwirken.

6

### 7 **Begründung:**

8 Die Regelung zur Ehebestandszeit sieht vor, dass einE aus dem Ausland nach Deutschland  
9 zugezogener EhepartnerIn erst nach dreijährigem ehelichen Zusammenleben einen  
10 eigenständigen Aufenthaltstitel erhält. Falls die Ehe innerhalb dieses Zeitraums jedoch beendet  
11 wird, verwirkt er/sie sein/ihr Aufenthaltsrecht und es droht die Ausweisung aus dem Heimatland.

12

13 Bis zum Jahr 2000 galt eine Ehebestandszeit von vier Jahren. Diese wurde von der rot-grünen  
14 auf zwei Jahre verkürzt. Im März 2011 beschloss die schwarz gelbe Mehrheit im Bundestag das  
15 „Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von  
16 Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften“, das  
17 auch eine Erhöhung der Ehebestandszeit auf drei Jahre beinhaltete.

18

19 Dieser Maßnahme folgte vehemente Kritik von Seiten vieler MigrantInnen-, Menschenrechts-,  
20 Sozial- und Frauenverbände. Diese widersprechen der Behauptung, dass die Regelung ein  
21 wirksames Mittel zur Verhinderung von Zwangsheirat darstelle. Von Seiten der Regierung wurde  
22 als einziges Argument lediglich der längere Beobachtungszeitraum, währenddessen man eine  
23 Zwangsheirat enttarnen könnte, angeführt. Das eigentliche Ziel war offensichtlich ein Vorgehen  
24 gegen Scheinehen zum Gewinn eines Aufenthaltstitels zu sein.

25

26 Dahinter steckt ein Abschreckungsgedanke: Die Bereitschaft, eine Scheinehe einzugehen,  
27 sinkt, wenn man länger an den/die PartnerIn gebunden ist. Während diese Schlussfolgerung  
28 theoretisch sinnvoll erscheint, stellt sich die Situation in der Realität völlig anders dar:  
29 tatsächlich ist die Zahl der Scheineheverdachtsfälle in den Jahren von 2000 bis 2009 auf ein  
30 Drittel zurückgegangen. Die Verkürzung der Ehebestandszeit hatte also keinen Anstieg der Zahl  
31 der Scheinehen zur Folge. Außerdem können Scheinehen durchaus weiterhin verfolgt und in  
32 Verdachtsfällen gezielt überprüft werden. Dem steht eine Abschaffung der Ehebestandszeit in  
33 keinerlei Hinsicht entgegen.

34

35 Nicht nur hat die Verlängerung also keinen Nutzen hinsichtlich der Verhinderung von Zwangs-  
36 und Scheinehen. Für Opfer häuslicher Gewalt in Beziehungen stellt sie eine zusätzliche  
37 Belastung dar. Sie sind dadurch noch länger psychischer und physischer Misshandlung  
38 ausgesetzt und können aus diesem Gefängnis nicht ausbrechen, ohne zur Rückkehr in ihr  
39 Heimatland gezwungen zu sein. Dort erwartet aber in vielen Fällen vor allem die geschiedenen

40 Frauen soziale Ächtung und gewaltvolle Bestrafung ihres Verhaltens durch Familie und  
41 Bekannte.

42

43 Zwar gibt es die Möglichkeit einer Härtefallregelung, die eine Scheidung ohne Ausweisung  
44 beispielweise in Fällen häuslicher Gewalt möglich machen soll. Jedoch findet diese aus  
45 verschiedenen Gründen äußerst selten Anwendung. Zunächst besteht häufig keine Kenntnis  
46 über die Möglichkeit der Härtefallregelung. Desweiteren kostet es die Betroffenen, oftmals  
47 Frauen, viel Überwindung, ein schwieriges Verfahren in einer fremden Sprache auf sich zu  
48 nehmen. Darüber hinaus trifft sie die Beweislast. Als Beweise gelten Zeugenaussagen, ärztliche  
49 Atteste, Polizeiprotokolle, Strafanzeigen und Aussagen von der Betroffenen. Viele Opfer trauen  
50 sich aus Scham jedoch nicht, sich der Polizei gegenüber zu offenbaren oder einen Arzt  
51 aufzusuchen. Sie fürchten außerdem, nicht völlig zu Unrecht, dass die Beweise nicht  
52 ausreichen könnten, um die Einstufung als Härtefall zu erwirken. Auch die Flucht in ein  
53 Frauenhaus steht weiblichen Betroffenen meist nicht offen. Öffentlich geförderte Frauenhäuser  
54 dürfen nämlich nur Frauen mit eigenständigem Aufenthaltstitel aufnehmen. Oft bleibt den  
55 MitarbeiterInnen der Beratungsstellen nichts anderes übrig, als den Frauen zu raten, die  
56 restlichen Jahre auszuharren. Die Ehebestandszeit zwingt Opfer häuslicher Gewalt demnach, in  
57 einer Gewaltsituation zu verbleiben oder sich neuer Gewalt in ihrem Heimatland z u stellen.  
58 Unabhängig von der Dauer psychischer und physischer Gewalt bleiben die Folgen für die Opfer  
59 verheerend. Auch eine kurze Ehebestandszeit bietet Raum für dauerhaft traumatisierende  
60 Ereignisse.

61

62 Eine reine Verkürzung der Ehebestandszeit erachten wir daher nicht für ausreichend. Um die  
63 Opfer vor Gewalt zu schützen, muss ihnen von Anfang an ein eigenständiges Aufenthaltsrecht  
64 zustehen. Nur dann können sie sich aus häuslicher Gewalt befreien und entsprechende  
65 Beratungs- und Hilfsangebote nutzen.

66

67 Ein möglicher Anstieg der Fallzahlen bei Scheinehen ist jederzeit in Kauf zu nehmen, wenn  
68 gleichzeitig häusliche Gewalt verhindert werden kann und ihre Opfer die Unterstützung erfahren  
69 können, die ihnen von Seiten des Staates und der Gesellschaft zusteht. Eine Abschaffung der  
70 Ehebestandszeit ist das richtige Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Asyl dort beantragen, wo es schließlich  
gebraucht wird!

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!

- 1 Im vergangenen Jahr haben rund 200.000 Menschen einen Asyl- oder einen Asylfolgeantrag in  
2 Deutschland gestellt. Viele von ihnen mussten illegal in die Bundesrepublik Deutschland  
3 einreisen und sich somit strafbar machen. Dies ist eine Problematik, die seit Jahren bekannt ist  
4 und dazu führen kann, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber straffällig werden.  
5  
6 Das europäische Asyl- und Flüchtlingssystem sieht vor, dass ein Flüchtling in dem  
7 Mitgliedsstaat, wo er zum ersten Mal in Erscheinung tritt, gemeldet wird und ein Asylverfahren  
8 eröffnen kann. Die Eröffnung eines Asylverfahrens beinhaltet viele Restriktionen und  
9 Einschränkungen, solange wie das Verfahren läuft. In Deutschland übernimmt das Bundesamt  
10 für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung eines Asylverfahrens. Die Bearbeitung  
11 eines Asylantrags kann derzeit mehrere Monate, in Einzelfällen sogar Jahre dauern. Während  
12 des Asylverfahrens sind dem Asylbewerber beziehungsweise der Asylbewerberin ebenso  
13 Einschränkungen auferlegt. So ist es ihm unter anderen Verboten sich außerhalb der  
14 Bundesrepublik aufzuhalten.  
15  
16 Die Möglichkeiten ein Asylverfahren auf legalem Wege in Deutschland einzuleiten sind sehr  
17 gering und kompliziert, da ein Flüchtling dort gemeldet wird, wo er das erste Mal eine  
18 europäische Grenze übertritt. Dies ist aufgrund der geographischen Lage der Bundesrepublik  
19 entsprechend unrealistisch.  
20  
21 Als Konsequenz reisen viele Flüchtlinge auf illegalen und teilweise gefährlichen Wegen nach  
22 Deutschland, um dort ein Asylverfahren zu eröffnen und möglicherweise eine neue Heimat zu  
23 finden.  
24  
25 Bisher wird die Möglichkeit ausgeschlossenen ein Asylverfahren in dem jeweiligen Heimatland  
26 einzureichen. Die Ermöglichung dieses Verfahren hätte zwei zentrale Auswirkungen: zum einem  
27 würden weniger Flüchtlinge in die Not geraten, dass sie aufgrund ihrer illegalen Einreise  
28 straffällig werden und zum anderen könnte die Arbeit des BAMF optimiert und vereinfacht  
29 werden.  
30  
31 Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf:  
32  
33 • Vorprüfverfahren zu Asylverfahren auch außerhalb von Deutschland zu ermöglichen.  
34 Unabhängig vom Vorprüfverfahren soll die Möglichkeit des Stellens eines Asylantrages in  
35 der EU bleiben.  
36 • legale Einreisemöglichkeiten für alle Flüchtlinge nach Europa und im Speziellen  
37 Deutschland zu schaffen, um dort eine Asylantrag stellen zu können  
38 • die Bewertung von Asylverfahren auch darauf hin prüfen, ob humanitäre und soziale

- 39 Einschränkungen im Herkunftsland vorhanden sind.  
40 • die Entkriminalisierung von Flüchtlingen, die illegal in die Bundesrepublik Deutschland  
41 eingereist sind zu prüfen und bei bestehenden relevanten Fällen eine Niederlegung des  
42 Strafverfahrens in Erwägung zu ziehen.

43

44 **Begründung:**

45 *Es aktuell fast unmöglich ein Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland einzuleiten,*  
46 *wenn dies auf legalem Wege passieren soll. Betroffene reisen meistens auf illegalem Wege ein*  
47 *und müssen auf ihrem Weg mit der permanenten Angst des Auffliegens leben. Dies wiederum*  
48 *würde dazu führen, dass sie ein Asylverfahren in dem Land, wo sie das erste Mal registriert*  
49 *worden, einleiten müssten.*

50

51 *Zwar sieht die Europäische Union eine Gleichberechtigung bei Asylverfahren vor. Jedoch ist*  
52 *dies faktisch nicht der Fall. Ein Asylverfahren in Italien, Malta oder Bulgarien führt eher nicht zu*  
53 *einer Bestätigung des Rechts auf Asyl, während die Wahrscheinlichkeit auf die Erteilung des*  
54 *Asylstatus in Schweden und Deutschland bedeutend höher ist.*

55

56 *Des Weiteren muss bedacht werden, dass Betroffene einen weiten, schweren und zum Teil*  
57 *lebensbedrohlichen Weg auf sich nehmen müssen, um überhaupt in die Europäische Union*  
58 *beziehungsweise in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Diese Torturen könnten mit*  
59 *einem Asylverfahren im eigenen Land reduziert werden.*

60

61 *Menschen könnten vor Ort ein Asylverfahren eröffnen und in ihrem gewohnten Umfeld leben.*  
62 *Ogleich dies sicherlich schwierig und teilweise nicht möglich ist.*

63

64 *Hinzu kommt, dass eine Bewertung von Asylverfahren leichter erscheint, wenn sich die zur*  
65 *Beurteilung eines Asylverfahrens entscheidenden Personen, im jeweiligen Land aufhalten. Es*  
66 *ist naheliegend, dass diese Personen weitaus mehr Informationen über die aktuelle Lage im*  
67 *Land haben und somit eine Entscheidung schnell und realistisch entscheiden können.*

68

69 *Bei der Bewertung müssen auch humanitäre und soziale Aspekte mit hinzugezogen werden. So*  
70 *sollte die gezielte Ausgrenzung von ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheiten, ebenso*  
71 *ein Grund auf Asyl sein.*

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge  
und Asylbewerber\_innen

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an** Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber\_innen

### 1 **Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber\_innen**

2

3 Im Sinne der sozialdemokratischen Grundwerte ist es für die SPD eine gesellschaftliche  
4 Verpflichtung, dass für alle Flüchtlinge und Asylbewerber\_innen der Zugang zur medizinischen  
5 Regelversorgung geschaffen wird.

6

7 Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion auf, diese Maßnahme kurzfristig für alle  
8 Bundesländer umzusetzen und die Finanzmittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Die SPD  
9 Bundestagsfraktion soll sich für eine verwaltungsrechtliche Absprache mit den gesetzlichen  
10 Krankenkassen einsetzen.

11

### 12 **Begründung:**

13

14 Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG, also Personen, die sich seit mehr als 15 Monaten ohne  
15 wesentliche Unterbrechung in Deutschland aufhalten, können seit dem 01.03.2015 mit der Chip-  
16 Karte einer gesetzlichen Krankenkasse einen Arzt/Ärztin aufsuchen.

17

18 Für alle anderen Flüchtlinge ist das AsylbLG auf die gesundheitliche Versorgung auch nach den  
19 jüngsten Änderungen problematisch. Zum einen ist der Zugang zum Gesundheitssystem durch  
20 die Beantragung der medizinischen Leistungen beim Sozialamt erschwert, zum anderen ist der  
21 Leistungsumfang nach §§ 4 und 6 AsylbLG erheblich eingeschränkt.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Lets talk about Islam- with Muslims!

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Lets talk about Islam- with Muslims!

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Die SPD im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung möge an einem neuen Islam-Bild arbeiten.
- 3 Sie muss sich islamfeindlichen Vorurteilen entgegenstellen. Sie muss sich gegen die
- 4 Diskriminierung der muslimischen Minderheit hierzulande einsetzen.
- 5
- 6 Hierzu fordern wir:
- 7
- 8 • Zusammen mit muslimischen Verbänden für Aufklärung sorgen. Zum einen mit einer
- 9 großangelegten Kampagne gegen Islamophobie. Insbesondere muss hierbei eine
- 10 Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus erlangt werden. Darüber hinaus muss sie
- 11 deutlich machen, dass die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in
- 12 Deutschland willkommen sind. Zum anderen muss aber auch verstärkt gegen die
- 13 Radikalisierung von jungen Muslimen, verursacht durch eine falsche Betrachtung des
- 14 Islams, vorgegangen werden.
- 15 • Innerhalb der SPD Wissen über Islamfeindlichkeit zu erlangen. So werden unsere
- 16 Genossinnen und Genossen auf antimuslimische Gruppierungen und ihre Vorurteile
- 17 aufmerksam und dafür sensibilisiert, um Argumente dagegen zu erarbeiten. Sie können
- 18 dadurch ein Sprachrohr für Opfer islamfeindlicher Parolen werden.
- 19 • An der Entwicklung und Förderung eines Instituts, das sich auf dem Gebiet der
- 20 Islamfeindlichkeitsforschung spezialisiert ist, zu arbeiten. In Deutschland gibt es bisher
- 21 kein einziges Institut dafür.
- 22 • Islamfeindliche Straftaten gesondert zu erfassen. Wir fordern hierfür eine
- 23 Einrichtung von eigenständigen und spezialisierten Fachabteilungen in den Verwaltungen
- 24 der Länder, um antimuslimische Tatbestände erfassen und beobachten zu können.
- 25
- 26 **Begründung:**
- 27 In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es zahlreiche Debatten über den Islam. Ob er
- 28 terroristisches Gedankengut fördern würde, ob er frauenfeindlich sei, ob er zu Deutschland
- 29 gehören würde. Viele dieser Debatten haben aber nicht wirklich eine seriöse Grundlage, denn
- 30 sie werden nahezu ausschließlich auf Grundlage von Extremen geführt. Laut NDR
- 31 thematisieren 80% der Berichterstattungen über den Islam lediglich Salafismus, Radikalisierung,
- 32 Islamismus und Terror.
- 33 Oft werden diese Diskussionen auf derart polemischer Weise geführt, dass sich unsere
- 34 muslimischen Mitbürger\*innen zurecht diskriminiert fühlen. Denn über 90% aller hier lebenden
- 35 Muslime sind in keiner Weise radikal und bekennen sich zur Demokratie (Quelle ebenfalls NDR).
- 36
- 37
- 38 Besonders nach dem 11.September und nach der der Gründung des sogenannten
- 39 "Islamischen Staates" werden Muslime ständig als Islamisten dargestellt. Es findet keine



40 Differenzierung zwischen Islam und Islamismus statt.  
41 Begriffe wie die des Jihads werden in diesem Zusammenhang oft benutzt.  
42 Darunter verstehen viele einen islamisch begründeten Krieg gegen den Westen. Einen Krieg  
43 gegen all' jene, die nicht an den Islam glauben. Versuche seitens der Muslime, die richtige  
44 Bedeutung dieses Begriffes zu verbreiten, werden gewollt oder ungewollt gestoppt. Der Jihad  
45 bedeutet im Arabischen und im Islam wörtlich "Anstrengung". Er steht für jene Anstrengung  
46 eines jeden Muslims, der versucht, seine Religion ernst zu nehmen. In keiner islamischen  
47 Schrift wird über Krieg oder Gewalt in diesem Zusammenhang gesprochen. Vielmehr bedeutet  
48 er die Anstrengung, die ein Muslim machen muss, um beispielsweise seine fünf Gebete am Tag  
49 einzuhalten oder den Fastenmonat mit Disziplin durchzuziehen.

50

51 Das Islam-Bild, welches durch die gängigen Medien vermittelt wird, hat unerträgliche Ausmaße  
52 erreicht.

53 Seien es sogenannte Ehrenmorde oder Zwangshochzeiten, ständig wird so ein negatives Bild  
54 von Muslimen verbreitet.

55 .Der Effekt, den diese negative und unausgewogene Berichterstattung mit sich bringt, ist von  
56 beispiellosem Ausmaß: sämtlichen Statistiken zufolge, beispielsweise die der Berthelmann-  
57 Stiftung, fürchten ein repräsentativer Teil unserer Gesellschaft den Islam. Eine weitere Studie  
58 der Uni Leipzig hat auch ergeben, dass jede\*r 3. Bürger\*in in Deutschland der Meinung sei,  
59 dass Muslime nicht in Deutschland leben dürfen.

60 Sie sind der Meinung, die Muslime gehören nicht der deutschen Gesellschaft an.

61 Integrationspolitisch stellt diese Ansicht ein massives Problem dar. So werden sogenannte  
62 Parallelgesellschaften gefördert: die einen fürchten sich vor dem Islam, die anderen sind es leid,  
63 sich ständig von irgendwelchen Radikalen in ihrer Religion distanzieren zu müssen.

64

65 Auch die Bewegung PEGIDA (ähnliche Gruppierungen gibt es europaweit; bsp. in England die  
66 "English defense league") ist maßgeblich der Grund dafür, weshalb wir Sozialdemokrat\*innen  
67 uns für unsere muslimischen Mitbürger\*innen einsetzen müssen. PEGIDA hetzt, diffamiert und  
68 schürt Ängste gegenüber Muslimen. Unter dem Deckmantel der Angst entwickelt sich  
69 momentan eine große, inzwischen europaweite, islamfeindliche Gruppierung, die innerhalb  
70 weniger Monate zahlreiche Moscheen beschädigt und viele Menschen muslimischen Glaubens  
71 angegriffen hat.

72 So sind die Übergriffe auf Moscheen zwischen den Jahren 2001 und 2011 von im Schnitt 22 pro  
73 Jahr auf inzwischen 78 pro Jahr (in 2014) angestiegen. (Quelle: Angaben der Linksfraktion im  
74 Bundestag)

75 Auch in Frankreich, nach den Attentaten vom 7.1.2015, hat die französische islamische  
76 Gemeinschaft über 30 Übergriffe auf Moscheen vermerkt.

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## N

### Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N 1	Hessen-Süd Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!	355
N 2	Berlin Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!	358
N 3	Baden-Württemberg Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch öffentliche Bibliotheken	360
N 4	Saarland Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	361
N 5	Nord-Niedersachsen Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	363

**Titel** Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!

1 Unser politischer Anspruch ist es, die Digitalisierung endlich aktiv mitzugestalten. Im Folgenden  
2 halten wir unsere politischen Grundprinzipien in der digitalen Welt fest, sind uns aber auch  
3 darüber bewusst, dass diese erst Ansätze sind, zu denen tiefgehende Konzepte entwickelt  
4 werden müssen. Hierfür soll eine Projektgruppe eingesetzt werden, um sich intensiver mit der  
5 Thematik zu beschäftigen und eine Art „netzpolitisches Manifest“ zu entwerfen. Im Sinne der  
6 Doppelstrategie sollen auch andere Organisationen und Vertretungen in den Programmprozess  
7 eingebunden werden, damit auch eine breite Mehrheit in der Gesellschaft garantiert ist. Das  
8 Programm soll anschließend nicht nur bei einer Bezirkskonferenz diskutiert, gegebenenfalls  
9 geändert und beschlossen, sondern auch engagiert in die weiteren Juso- und SPD-Gremien  
10 getragen werden.

11  
12 *Digitalisierung - Eine Basis unserer neuen Gesellschaft*  
13

14 Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Egal ob man sich darüber  
15 informiert, was gerade in der Welt passiert, mit alten Freund\*innen in Kontakt bleibt oder etwas  
16 für die Schule/das Studium/die Arbeit tut: Am Internet kommt heute kaum noch jemand vorbei.  
17 Aus diesem Grund gehört für uns ein dauerhafter und kostenloser Zugang zum Internet klar zur  
18 Daseinsvorsorge. Dies bedeutet auch, dass besonders im ländlichen Raum der Ausbau von  
19 Glasfaserkabeln gefördert werden muss. Eine Privatisierung dieser lehnen wir ab. Ebenso  
20 fordern wir freies W-LAN im Sinne des Freifunk-Konzepts.

21 Dies bedeutet aber, dass wir Rahmenbedingungen für den Umgang mit und in dem Internet  
22 brauchen. Die Netzneutralität ist für uns ein unverhandelbares Grundprinzip. Ein Mehr-Klassen-  
23 Internet lehnen wir entschieden ab. Der Datenschutz hat für uns ebenso einen hohen  
24 Stellenwert. Wir sind der Überzeugung, dass jede\*r selbst entscheiden sollte, welche Daten für  
25 andere ersichtlich sein dürfen oder nicht. Aus diesem Grund lehnen wir auch Überwachung, z.B.  
26 in Form einer Vorratsdatenspeicherung ab. Die Unschuldsvermutung darf nicht umgekehrt  
27 werden. Unsere jetzige Gesetzgebung muss an die Veränderungen durch die Digitalisierung  
28 angepasst werden. Eine Reformierung von z.B. dem Briefgeheimnis, aber auch dem  
29 Urheberrecht sehen wir als dringend erforderlich. Der Grundsatz „Löschen statt sperren“ hat für  
30 uns in Fällen von z.B. Kinderpornographie nach wie vor Bestand.

31  
32  
33 *Bildung als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe – gestern, heute und morgen*  
34

35 In unserer Gesellschaft entscheidet immer noch die Herkunft, welchen Bildungsgrad und welche  
36 berufliche Laufbahn wir erreichen können. Als Jungsozialist\*innen sind wir der Überzeugung,  
37 dass die Digitalisierung einer der Schlüssel ist, um die Frage der Herkunft als nichtig zu  
38 erklären. Durch die digitale Bereitstellung von Lehr- und Lernmaterial können Akteur\*innen in

39 der jeweiligen Bildungsinstitution flexibel und von jedem Ort an Projekten weiterarbeiten – egal  
40 ob Einzel- oder Gruppenarbeit. Zudem können – wenn einmal die digitale Umstellung  
41 stattgefunden hat – Kosten gespart werden, da die digitalen Daten, wie z.B. literarische Werke  
42 „wiederverwertbar“ sind. Klar ist für uns, dass dies auch eine gewisse Medienkompetenz  
43 voraussetzt. Wir unterscheiden hierbei deutlich zwischen Qualifikation und Kompetenz.  
44 Kompetenz bedeutet für uns, dass Menschen befähigt werden, Probleme von morgen zu lösen,  
45 die heute noch nicht existent sind. Die einfache Qualifikation, also das zurechtfinden in  
46 verschiedenen Programmen ist ebenso wichtig, aber eben nicht alles.

47

48 Auch in der Hochschule lässt sich eine gewisse Barrierefreiheit durch die Digitalisierung  
49 etablieren. Indem zum Beispiel Vorlesungen digital aufgezeichnet werden und online zur  
50 Verfügung stehen, kann sich das Studium individuell an die Studierenden anpassen. So haben  
51 zum Beispiel gerade Studierende mit Kind keine zeitliche Doppelbelastung, sondern können  
52 sich ihren Tag individuell gestalten. Zudem kann so Wissen auch an nicht Studierende  
53 weitergegeben werden, wenn man die Aufzeichnungen allen zugänglich macht. Solche  
54 Entwicklungen befürworten wir deutlich, da es durch solch ein Angebot auch die Möglichkeit  
55 gibt, den Menschen wieder stärker in den Fokus zu stellen. Ein weltweit digitales Angebot  
56 ermöglicht eine individuelle Zuschneidung von Lernplänen und einen aktiven und kritischen  
57 Umgang mit Wissenschaft. Für uns bedeutet die Digitalisierung von Bildung nicht, dass statt auf  
58 Papier auf dem Tablet geschrieben wird, sondern dass man alte Lern- und Lehrmuster aufbricht  
59 und Raum schafft für neue Lern- und Lehrformen, in denen Schüler\*innen/Studierende interaktiv  
60 Projekte entwickeln.

61

62 *Arbeit im Zeichen einer neuen Zeit*

63

64 Die Arbeitswelt befindet sich durch die Digitalisierung in einem immer stärkeren und schnelleren  
65 Wandel. Mit unserer (fast) dauerhaften Internetanbindung ohne an einen Ort gebunden sein zu  
66 müssen, schaffen wir es, unsere Arbeitszeiten flexibler zu gestalten und auf die individuellen  
67 Arbeitstypen und -rhythmen einzugehen. Dies bedeutet für uns jedoch nicht, dass  
68 Arbeitnehmer\*innen auch ständig verfügbar sein sollten – es müssen Konzepte entwickelt  
69 werden, die Systeme wie das „Home Office“ mit dem Arbeitnehmer\*innenschutz verknüpfen.  
70 Zudem werden Hierarchien innerhalb von Arbeitsverhältnissen schrittweise abgebaut und  
71 autonomes, eigenverantwortliches Miteinander gestärkt. Im Zuge der Digitalisierung wurde  
72 Arbeit, die körperlich sehr anstrengend oder auch gesundheitsschädlich ist, mechanisiert. Diese  
73 Entwicklung befürworten wir, für uns ist jedoch auch klar, dass eine Maschine den Menschen  
74 nicht in allen Bereichen ersetzen kann und soll. Besonders im Dienstleistungssektor sind wir der  
75 Überzeugung, dass Maschinen den Menschen lediglich unterstützen sollten, die endgültigen  
76 Entscheidungen, die vor allem auf Empathie und sozialer Kompetenz fußen, sind nicht  
77 berechenbar und müssen zwischen Menschen fallen.

78

79 Bei Fragen, wie sich die Zukunft der Industrie entwickelt, müssen wir uns stärker einmischen.  
80 Gerade hierbei gibt es für z.B. ländliche, bisher schwachentwickelte Regionen hohes Potenzial  
81 sich als Unternehmensstandort zu etablieren. Durch einen schnellen und verlässlichen  
82 Internetzugang ergibt sich zudem eine Aufwertung der allgemeinen Lebensqualität. Besonders  
83 für die Förderung von neuen Ideen im Sinne von StartUp's setzen wir uns ein. Wir müssen  
84 jedoch auch marktregulierende Maßnahmen finden, um Rahmenbedingungen zu setzen. Dass  
85 diese fehlen, aber dringend benötigt werden, zeigte zuletzt z.B. die Konkurrenz zwischen Uber  
86 und Taxiunternehmen. Durch die fortschreitende Abnahme von praktischer Produktionsarbeit  
87 mittels Maschinen, bilden sich neue Räume um die kreative Ideen- und Weiterentwicklung von  
88 Menschen zu ermöglichen. Hierdurch kommen wir von dem Gedanken der Arbeit als Arbeit ab  
89 und bewegen uns hin zu einer Gesellschaft, in der Arbeit nicht mehr als solche wahrgenommen  
90 wird.

91

92 *Demokratie digital leben*

93

94 Um Demokratie und Politik transparenter zu gestalten und näher an Bürger\*innen zu bringen,  
95 kann die Digitalisierung eine gute Wegbereiterin sein. Durch das Internet können wir Menschen  
96 schnell und direkt erreichen, dies sollten wir nutzen. Live-Streams und Aufzeichnungen von  
97 politischen Debatten – sei es von Podiumsdiskussionen, Vorträgen, parlamentarischen  
98 Debatten oder vielem mehr – sind dabei erste Schritte, diese reichen uns aber noch nicht. Wir  
99 sind der Überzeugung, dass das Internet hier aktiver genutzt werden muss, indem man z.B.

100 digitale Umfragen weiter ausbaut und auch politische Plattformen bietet, um sich konkret  
101 einzumischen – auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dies muss aber auch publik  
102 gemacht und beworben werden. Ebenso lässt sich dadurch die politische Entscheidungsfindung  
103 transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Da das Internet für uns kein Paralleluniversum  
104 darstellt, ist für uns deutlich ersichtlich, dass digitale Debatten und analoge bei  
105 Präsenzveranstaltungen miteinander Verknüpft werden müssen.

106

107 Wir fordern zudem, dass der digitale Verkehr von staatlichen Amtsträger\*innen von einer intern  
108 bereitgestellten Kontaktmöglichkeit, wie z.B. einer E-Mail-Adresse erfolgen muss. Die gesamten  
109 dienstlichen Verläufe werden digital archiviert, um so auch nachträglich Prozesse  
110 nachvollziehbar zu gestalten.

111

112 In unserem Verband müssen wir jedoch auch noch stark nacharbeiten. Durch die Einführung  
113 des Linksterblogs haben wir es geschafft, dass wir unsere internen Debatten auch der  
114 Öffentlichkeit zugänglich machen können und einen Raum bieten für Diskussionen fernab von  
115 Präsenzsitzungen. Nun müssen wir es jedoch auch schaffen, unsere bereits beschlossenen  
116 Positionen zugänglich zu machen. In Zukunft sollen auf unserer Homepage die beschlossenen  
117 Anträge hochgeladen werden. Zudem soll geprüft werden, in wie weit es möglich ist, auch eine  
118 Plattform zu integrieren in der ein Katalog von Aktionen und „Vorzeigeprojekten“ der  
119 verschiedenen Unterbezirke eingestellt werden kann. Zu dieser Plattform soll jeder Unterbezirk  
120 einen eigenen Zugang bekommen, um Aktionen und Projekte zu verschiedenen  
121 Themenschwerpunkten vorzustellen, diese aber auch zu kommentieren - sei es mit Fragen,  
122 Anmerkungen oder auch Erfahrungsberichten sowie Tipps, wenn man selbst Aktionen  
123 nachgeahmt hat. So bietet man unter anderem die Möglichkeit, Ideen gemeinsam  
124 weiterzuentwickeln, aber auch neuen Unterbezirksvorständen den Einstieg in eine aktive  
125 Jusoarbeit zu erleichtern. Der Zugang sollte aber auch Gästen ermöglicht werden, um externen  
126 Eindrücken und Anmerkungen Platz zu bieten. Bei einer positiven Prüfung soll ein solches  
127 System eingerichtet werden.

128

129 Außerdem soll regelmäßig, jedoch mindestens alle zwei Jahre ein Seminar angeboten werden  
130 zum Austausch und zur Weiterbildung bzgl. der Onlinepräsenz von Unterbezirken –  
131 insbesondere in den sozialen Netzwerken. Hierbei sollen Basics weitergegeben, aber auch  
132 kreative Ideen und Strategien entwickelt werden.

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag, Kongress der PES

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!

### 1 **Einleitung**

2

3 Im Januar 2012 wurde von der Europäischen Kommission ein umfassender Entwurf für eine  
4 Datenschutzgrundverordnung, als Teil der EU-Datenschutzreform, vorgelegt. Inhalt des  
5 Entwurfes waren die Modernisierung des Rechtsrahmens für den Schutz personenbezogener  
6 Daten, die Harmonisierung aller bestehenden Vorschriften in der EU und eine Sicherung des  
7 bestehenden Datenschutzniveaus. Aktuell und nach drei Jahren der Diskussion um diesen  
8 Entwurf innerhalb der Kommission sowie dem Parlament, hat der Rat der Europäischen Union  
9 entschieden, einen eigenen Entwurf zu präsentieren, der Basis für die Verhandlungen im  
10 „Trialog“ zwischen dem EU-Parlament, der Kommission und der Präsidentschaft des Rates der  
11 Europäischen Union ist. Dieser Trialog begann am 24. Juni 2015 in Brüssel und beinhaltet vor  
12 allem die Thematiken der Datensparsamkeit, der Datenvermeidung sowie der Zweckbindung  
13 von Datenerhebung.

14

### 15 **Forderungen**

16

#### 17 **Gebot der Datensparsamkeit und Datenvermeidung darf nicht untergraben werden!**

18

19 Der Entwurf der Europäischen Kommission zur „General Data Protection Regulation“ sieht eine  
20 Abkehr vom Prinzip der Datensparsamkeit und Datenvermeidung vor, hin zu einer nicht  
21 exzessiven Datennutzung. Dabei ist nicht definiert, was als nicht exzessiv angesehen wird.  
22 Diese Beurteilung unterliegt lediglich den Datenverarbeitenden und Datenerhebenden. Wir  
23 fordern, es dürfen nur die personenbezogenen Daten erhoben werden, die für die jeweilige  
24 Anwendung unbedingt notwendig sind. Das Gebot der Datensparsamkeit und Datenvermeidung  
25 darf nicht untergraben werden.

26

#### 27 **Zweckbindung der Datenerhebung muss erhalten bleiben!**

28

29 Der derzeitige Entwurf erlaubt das Weiterverarbeiten von Daten, wenn historische,  
30 wissenschaftliche oder statistische Gründe vorliegen. Dabei sind Datenverarbeitende nicht mehr  
31 an den ursprünglichen Zweck der Erhebung gebunden. Daher fordern wir, dass die  
32 Zweckbindung nicht geschwächt werden darf. Einmal erhobene personenbezogene Daten,  
33 sollen nur für den ursprünglichen Zweck verwendet werden dürfen.

34

### 35 **Begründung:**

36 Der Schutz der persönlichen Daten sowie die Regulation deren Verwendung sind  
37 Grundbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben im „digitalen Zeitalter“. Institutionell ist  
38 dieser emanzipatorische Anspruch im Recht auf informationelle Selbstbestimmung verankert,  
39 welches das Bundesverfassungsgericht aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs.

40 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) ableitete.

41

42 Um unseren Anspruch an emanzipierte Lebensentscheidungen zu sichern, müssen wir uns  
43 frühzeitig in den Gesamtdiskurs um die General Data Protection Regulation einschalten. Nur so  
44 schaffen wir eine nachhaltige Basis für eine Gesellschaft in der Daten immer weiter an  
45 Bedeutung gewinnen.

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch öffentliche Bibliotheken

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch öffentliche Bibliotheken

1 Die Jusos fordern eine Erweiterung des Urheberrechts (insb. §§17 und 27 UrhG) sowie der  
2 Landesgesetze zum Bibliothekswesens, um den Verleih von elektronischen Medien durch  
3 öffentliche Bibliotheken grundsätzlich zu ermöglichen. Rechteinhaber müssen dazu verpflichtet  
4 werden, öffentlichen Bibliotheken Lizenzen zu einem angemessenen Preis anzubieten. Die  
5 Länder und der Bund stehen in der Verantwortung, ihre öffentlichen Bibliotheken bei der  
6 Errichtung der technischen Grundausstattung für den Verleih elektronischer Medien sowie bei  
7 deren Lizenzierung ausreichend finanziell auszustatten. In diesem Zusammenhang gilt es, auf  
8 Bundesebene den Mehrwertsteuersatz für elektronische Textmedien auf 7 Prozent zu  
9 reduzieren.

10

11 **Begründung:**

12 Der E-Book-Markt wächst. Über 20 Prozent der Bundesbürger/innen lesen bereits elektronische  
13 Bücher und Zeitungen. Für öffentliche Bibliotheken (Stadtbibliotheken) stellt der Verleih  
14 elektronischer Medien (Bücher, Hörbücher, Musik, Zeitungen, Aufsätze u.Ä.) daher ein  
15 essentielles Zukunftsthema dar. Die aktuelle Gesetzeslage blockiert jedoch die öffentlichen  
16 Bibliotheken daran, frei und kostengünstig einen Bestand an elektronischen Medien  
17 aufzubauen. Als Rechteinhaber sind es in der Regel die Verlagen, die darüber entscheiden  
18 können ob und wenn ja, zu welchem Preis sie öffentlichen Bibliotheken eine Lizenz zur Nutzung  
19 ihrer elektronischen Medien anbietet. Um ihrem staatlichen Auftrag gerecht zu werden, bedürfen  
20 die öffentlichen Bibliotheken des freien Zugangs zu Informationen sowie ausreichend  
21 finanzieller Mittel, um diese Informationen auch in elektronischer Form bereit zu stellen.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38



**Titel** Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre:  
Pressefreiheit stärken!

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!

1 **Analyse:**

2

3 „Die Presse muß die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit  
4 haben ,alles zu tun.“ - Stewart Alsop.

5

6 Die Pressefreiheit ist eines der fundamentalen Grundrechte unserer Bundesrepublik und neben  
7 der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) eine Säule unseres demokratischen  
8 Rechtsstaates. Generationen von Bürgerinnen und Bürgern haben für dieses Recht gekämpft,  
9 das selbst im 21. Jahrhundert nicht in allen globalen Demokratien selbstverständlich ist.

10

11 Die bundesdeutsche Geschichte zeigt, dass auch in der jüngeren Vergangenheit dieses Recht  
12 nicht vor politischer Einflussnahme, Manipulation oder vor Beschneidung geschützt war. Die  
13 „Spiegel-Affäre“ von 1962 steht symbolisch für den gescheiterten Versuch des Staates eine  
14 unbequeme Meinung zum Schweigen zu bringen und eine missbilligende Publikation aus dem  
15 Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Das Instrument, mit dem Zensur betrieben werden sollte und  
16 die Akteure

17

18 hinter der „Spiegel-Affäre“ mundtot machen sollte, war der § 94 StGB Landesverrat. Heute, 50  
19 Jahre nach den Ereignissen um Jakob Augstein und die Redaktion des Spiegels wirkt die Affäre  
20 wie ein Menetekel für den Umgang der Staatsmacht mit den freien, kritischen Medien eines  
21 freien Landes. Die jüngsten Ereignisse um die Plattform netzpolitik.org zeigen, dass die Affäre  
22 auch noch ein halbes Jahrhundert später nachwirkt: als Lektion, wie dieser Umgang eben nicht  
23 sein sollte.

24

25 Im deutschen Strafrecht ist Landesverrat ein in § 94 StGB geregeltes Verbrechen, das sich  
26 gegen die äußere Sicherheit und den Bestand des Staates richtet.

27

28 Der genaue Wortlaut des Gesetzes:

29

30 (1) Wer ein Staatsgeheimnis

31

32 1. einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder

33 2. sonst an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um die  
34 Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen,  
35 und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der  
36 Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr  
37 bestraft.

38

39 (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe  
40 nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

41

42 1. eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung von Staatsgeheimnissen  
43 besonders verpflichtet, oder

44 2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere Sicherheit  
45 der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

46

47 Das Instrument wirkt im Angesicht der Ereignisse um die beiden Betreiber der journalistischen  
48 Plattform netzpolitik.org, Markus Beckedahl und Andre Meister, als wolle man mit Kanonen auf  
49 Spatzen schießen. Der völlig unverhältnismäßige Vorwurf des Landesverrats stellt eine Gefahr  
50 für den investigativen Journalismus in Deutschland dar, der seines gleichen sucht. Durch das  
51 repressive Vorgehen des Staates werden Journalisten von kritischer Arbeit abgeschreckt und  
52 ein

53

54 Klima der Angst konstituiert sich. Ein Klima, in dem die „vierte Macht im Staat“ weder wachsen,  
55 noch gedeihen kann.

56

57 Der Vorwurf des Landesverrats hat in Deutschland eine unselige Tradition und die

58

59 Bundesanwaltschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten mit solchen Vorwürfen gegen  
60 Journalisten - selbst bei heikleren Geschichten zurückhaltend umgegangen. Nun machten sich  
61 Journalisten möglicherweise strafbar, wenn die über die Ausspähtaktiken des US-  
62 Geheimdienstes NSA berichten, dabei ist die NSA-Affäre auch in der BRD noch nicht  
63 ausreichend aufgearbeitet worden.

64

65 Der Vorwurf des Landesverrates im Kontrast zu dem Ziel die Öffentlichkeit über die Praktiken  
66 der US-amerikanischen Ausspähdienste zu informieren ist heuchlerisch und falsch.

67

#### 68 **Forderungen:**

69

- 70 • Bei Staaten, die ihr Handeln geheim halten, weil sie in einem von Grundrechten und  
71 Verfassung losgelösten Raum agieren, ist demokratische Kontrolle unmöglich. In diesen  
72 Situationen sind es

73

74 „Whistleblower“, die eine demokratische Öffentlichkeit informieren. Der Vorwurf des  
75 Landesverrates ist ein völlig unverhältnismäßiges Mittel, um diese Journalisten  
76 einzuschüchtern. Wir fordern Straffreiheit für Whistleblower die im öffentlichen Interesse  
77 handeln um einen Missstand abzustellen der schwerer wiegt als berechnete  
78 Geheimhaltungsinteressen. Wir brauchen einen staatlichen Whistleblowerschutz.

79

- 80 • Wir fordern, dass der § 94 StGB Landesverrat durch einen weiteren Artikel ergänzt wird,  
81 der

82

83 Journalisten vor dem Vorwurf des Landesverrats nachhaltig schützt.

84

85 (3) Die rechtlichen Konsequenzen aus Artikel (1) und (2) entfallen, wenn sie von Journalisten  
86 mit

87

88 dem Ziel vorgenommen werden, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu informieren

89

90 und das das öffentliche Interesse in ausreichendem Maße das Geheimhaltungsinteresse des  
91 Staates zum Schutz der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands aufwiegt

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten

**Antragsteller** Nord-Niedersachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten

1 Wir fordern, dass Menschen mit Behinderung, gerade weil sie solidarisch ihre  
2 Rundfunkgebühren zahlen, stärker als bisher mit Angeboten bei den öffentlich-rechtlichen  
3 Medienanstalten angesprochen werden.

4

5 Die Barrierefreiheit muss bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten um ein Vielfaches  
6 erhöht werden, damit alle, die ihre Beiträge zahlen, auch ihren Anspruch auf Inhalte nutzen  
7 können. Die Mehreinnahmen durch die Abschaffung der Beitragsbefreiung müssen in den  
8 Ausbau von barrierefreien Inhalten fließen. Andernfalls, muss die Beitragsbefreiung wieder  
9 eingeführt werden.

10

11 Vorstellbar sind dabei unter anderem ein Ausbau von Informationssendungen auf Phoenix mit  
12 DolmetscherIn der Deutschen Gebärdensprache und Untertiteln sowie der Ausbau von Filmen  
13 mit Untertiteln und Gebärdensprache.

14

15 **Begründung:**

16 Seit dem 1.1.2013 wurde die damalige Gebühreneinzugszentrale (GEZ) in den Beitragsservice  
17 von ARD, ZDF und Deutschlandradio umgewandelt. Seit diesem Datum ist die Gebühr zur  
18 Finanzierung des Öffentlich Rechtlichen Rundfunks nicht mehr per Gerät sondern per Haushalt  
19 zu entrichten. Gleichzeitig sind aber die Beitragsbefreiungen für die Personengruppen, Blinde,  
20 Gehörlose und Menschen mit einem GdB von 80, soweit sie das Merkzeichen RF in ihrem  
21 Schwerbehindertenausweis hatten, gestrichen worden. Diese Personengruppe hat nun einen  
22 ermäßigten Beitragssatz von 5,99 € im Monat zu zahlen. Dieser Beitrag begründet einen  
23 Anspruch darauf, die Inhalte von ARD, ZDF und etc. auch nutzen zu können. Die barrierefreien  
24 Angebote von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkhäusern sind aber zurzeit mehr als dürftig und  
25 müssen unbedingt erweitert werden. Inklusion kann nur gelingen, wenn man diese auf allen  
26 Ebenen angeht. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit in den Medien.

27

28

29

30

31

32

33

34

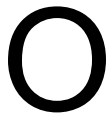
35

36

37

38

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015



## Organisation & Partei

O 1	Sachsen Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid	365
O 2	Saarland Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!	367
O 3	Rheinland-Pfalz Satzungsänderung der Frauenquote in eine Geschlechterquote	368
O 4	Schleswig-Holstein Reform des SPD Parteikonvents	369
O 5	Berlin Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss*innen / Arbeitnehmer*innen in der SPD)	371
O 6	Bayern Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress	372
O 7	Saarland Verköstigung	373
O 8	Hessen-Nord Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	375
O 9	Hessen-Nord Aufbau einer digitalen Infrastruktur	376
O 10	Berlin Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!	377
O 11	Hannover Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren	378
O 12	Hessen-Nord Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation	380

**Titel** Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid

1 Der Bundesparteitag der SPD wird aufgefordert, den § 14 “Verfahren des Mitgliederentscheids”  
2 des Organisationsstatuts der SPD durch folgenden Absatz zu ergänzen:

3  
4 “Die Vorbereitung und Durchführung des Mitgliederentscheids muss demokratischen  
5 Grundsätzen entsprechend durchgeführt werden. Die einseitige Förderung einer zur  
6 Entscheidung stehenden Position durch Parteigelder und -strukturen ist unzulässig. Die Kosten  
7 für die jeweiligen Werbekampagnen werden transparent offengelegt.”

8  
9 **Begründung:**

10 Wir Jusos wollen eine SPD, deren Basismitglieder sich aktiv in die innerverbandliche  
11 Meinungsbildung einmischen und auf den verschiedenen Entscheidungsebenen eine echte  
12 Mitsprachmöglichkeit haben. Das Instrument des Mitgliederentscheids ist dafür gut geeignet.  
13 Hier können wir direkten und damit klar erkennbaren Einfluss auf grundlegende  
14 Richtungsentscheidungen unserer Partei nehmen. Die Diskussionen im Vorfeld des Entscheids  
15 genießen ein überdurchschnittlich hohe Aufmerksamkeit seitens der Mitglieder und der  
16 Öffentlichkeit. Viele bisher inaktive Mitglieder bringen sich wieder in die Debatten ein.  
17 Interessierte Menschen erhalten einen zusätzlichen Anreiz, sich in der Sozialdemokratie zu  
18 engagieren.

19  
20 Der jüngste Beweis für die grundsätzlich positive Wirkung eines Mitgliederentscheides war die  
21 Abstimmung zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD im Jahr  
22 2013. Der zur Entscheidung stehende Vertrag wurde intensiv und unter großer Beteiligung in  
23 der gesamten Partei diskutiert.

24  
25 Gleichwohl herrschte vor dem Mitgliederentschied ein bedenkliches Ungleichgewicht. So laut  
26 und deutlich die Argumente für den Koalitionsvertrag seitens der Parteispitze kommuniziert  
27 wurden, so leise und kurz kamen die kritischeren Stimmen zu Wort. Sei es über die zahlreichen  
28 Mitgliedermails oder die Statements des Parteivorstands in der Medienberichterstattung - eine  
29 ausgeglichene und faire Wiedergabe der Pro- und Contra-Argumente war nicht zu erkennen.<sup>[1]</sup>  
30 Diese Tendenz gipfelte in einer ganzseitigen Annonce in der BILD nur wenige Tage vor Ende  
31 des Votums (Zitat: “DESHALB SAGEN WIR JA” [Großbuchstaben im Original]).<sup>[2]</sup> Selbst den  
32 Wahlunterlagen waren noch, für eine Position einseitig werbende Unterlagen beigelegt.

33  
34 Mit der angestrebten Ergänzung des Organisationsstatutes der SPD wollen wir dafür sorgen,  
35 dass zukünftige Mitgliederentscheide auch das bekommen, was sie verdienen: eine fairen und  
36 ausgeglichenen Wahlkampf.

37  
38

39

40 <sup>[1]</sup> <https://jw.is/spd-anzeige-bild-parteigelder-groko-mitglieder>

41

42 <sup>[2]</sup> Nach damaligem Listenpreis 445.170,00 € heute 479.000,00 nach [http://www.axelspringer-](http://www.axelspringer-mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD_2132981.html)  
43 [mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD\\_2132981.html](http://www.axelspringer-mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD_2132981.html)

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!

1 Unsere Mutterpartei lässt derzeit wenig Chancen aus, um einen Politikstil zu verfolgen, der den  
2 Kern der Sozialdemokratie aushöhlt. Ob es um Asylkompromisse geht, Liebäugeln mit Werten  
3 wie Patriotismus oder Einschnitten an dem Megaprojekt Mindestlohn. Die SPD nimmt ihre  
4 Führungsrolle als stärkste Kraft des linken Lagers im Parteienspektrum zu wenig wahr und  
5 fokussiert ihre Kräfte auf einen Politikstil der Mitte. Vor dem Hintergrund eines verhältnismäßig  
6 linken Regierungsprogramms von 2013 werden solche konservativen Positionen als „Sprünge“  
7 oder - schlimmstenfalls - als Kontinuitätsbrüche wahrgenommen, die eng mit dem  
8 Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel verknüpft sind. In unseren Augen sind die großen Foren des  
9 sozialdemokratischen Austauschs, der Bundeskongress und das Parteikonvent, in der Pflicht  
10 emanzipierter mit Inhalten und dem Aufarbeiten unserer desaströsen Wahlergebnissen  
11 umzugehen. Da ein Großteil der Delegierten allerdings in Lohn und Brot der SPD steht, ist eine  
12 kritische Aufarbeitung der Themen nur schwer möglich. Im Sinne einer stärkeren  
13 Basisemokratie fordern wir daher:

14

15 **Forderungen:**

16

- 17 • Das Abstimmungsverhalten aller Delegationen muss transparent sein.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Satzungsänderung der Frauenquote in eine  
Geschlechterquote

**Antragsteller** Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Satzungsänderung der Frauenquote in eine Geschlechterquote

- 1 Wir beantragen bei den Jusos anstelle der Frauenquote die Einführung der Geschlechterquote
- 2 wie sie bei der SPD üblich ist.
- 3
- 4 **Begründung:**
- 5 Bei der SPD haben wir die Geschlechterquote, in Vorständen und bei Delegiertenwahlen
- 6 müssen mindestens 40 Prozent beider Geschlechter vertreten sein. Bei den Jusos gilt hingegen
- 7 die Frauenquote für alle Vorstände und Delegiertenmandate. Heißt, wenn mehr Frauen als
- 8 Männer in einen Vorstand gewählt werden, ist das satzungsgemäß; im umgekehrten Fall
- 9 jedoch, müssen Frauen anstelle von Männern in den Vorstand nachrücken.
- 10
- 11 Gleichstellung darf aber keine Einbahnstraße sein. Sind mehr Frauen als Männer für die
- 12 Position gewählt, muss auch eine Korrektur zugunsten der Männer erfolgen können. Erst dann
- 13 können wir von Gleichstellung sprechen. Solange ein Geschlecht benachteiligt wird, ist keine
- 14 wirkliche Gleichstellung gegeben.

15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38



**Titel** Reform des SPD Parteikonvents

**Antragsteller** Schleswig-Holstein

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Reform des SPD Parteikonvents

1 **Die Jusos setzt sich für eine Reform des Parteikonvents ein, welche beinhaltet, dass die**  
2 **Mitglieder des SPD Parteivorstandes nicht mehr stimmberechtigt sind und lediglich eine**  
3 **beratende Funktion innehaben können.** Hierfür wird Punkt 1b) des Absatzes (1) des § 28  
4 des SPD Organisationsstatutes gestrichen. Im Gegenzug wird der Absatz (1) um einen neuen  
5 Punkt 2a) ergänzt, welcher „die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstandes“ enthält. Alle  
6 nachfolgenden Punkte werden redaktionell angepasst.

7  
8 Somit lautet der neue § 28 (1):

9  
10 „§ 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents

11  
12 (1) Der Parteikonvent setzt sich zusammen:

13  
14 1. Stimmberechtigte Mitglieder

15  
16 a) 235 von den Parteitagern der Bezirke in geheimer Abstimmung zu wählenden  
17 Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk vorab ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden  
18 nach dem Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahlen auf den Bundesparteitagern auf  
19 die Bezirke verteilt.

20  
21 2. Beratende Mitglieder

22  
23 a) die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstandes,

24  
25 b) der oder die Vorsitzende der Kontrollkommission,

26  
27 [...]“

28  
29 Damit die Beschlüsse von Parteigremien in der Partei mitgetragen, akzeptiert und unterstützt  
30 werden, ist es unabdingbar, dass sie transparent zustandekommen. **Auf den Parteikonvent**  
31 **bezogen bedeutet dies, dass zukünftig mit der im Organisationsstatut vorgesehen**  
32 **Möglichkeit der nichtöffentlichen Tagung auf Antrag zurückhaltender umgegangen wird.**  
33 Eine pauschale und bereits im Vorfeld kommunizierte nichtöffentliche Tagung ist nur dann  
34 wünschenswert, wenn der Konvent sich auf die Beratung von politischen und organisatorischen  
35 Fragen beschränkt und nicht auch seiner Funktion als beschlussfassendes Gremium  
36 nachkommt.

37  
38 **Begründung:**

39 Im Leitantrag der SPD Parteireform von 2011 wurde die Idee des neuzugründenden

40 Parteikonvents als verbesserte Form des Parteirates beschrieben, bei der „die Bezirke und  
41 Unterbezirke [...] eng in die politische Willensbildung eingebunden sein“ sollen. Jedoch hat der  
42 Parteivorstand im Parteikonvent ein großes Stimmgewicht erhalten, indem dieser 35 von 235  
43 stimmberechtigten Mitgliedern stellt. Dies widerspricht der sonstigen Handhabung der höchsten  
44 beschlussfassenden Gremien zwischen den Parteitagern, da bei diesen die jeweiligen Vorstände  
45 nie Kraft ihres Amtes stimmberechtigt sind. Die Auswirkung einer solchen Regelung hat sich  
46 symbolisch bei der Konventsabstimmung zur VDS gezeigt. So wirkte die Zustimmung mit 124  
47 Ja- zu 88 Nein-Stimmen zwar noch recht deutlich. Diese Eindeutigkeit verschwindet jedoch,  
48 wenn die 33 Ja- und 2 Nein-Stimmen des Parteivorstandes herausgerechnet werden (91 Ja- zu  
49 86 Nein-Stimmen). Eine Änderung könnte das Gewicht der einzelnen Verbände gegenüber dem  
50 Parteivorstand wieder ausgleichen.

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss\*innen / Arbeitnehmer\*innen in der SPD)

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss\*innen / Arbeitnehmer\*innen in der SPD)

- 1 Aus gegebenem Anlass fordern wir dringlichst die Initiierung eines psycho-sozialen
- 2 Hilfsangebotes an Genoss\*innen, die momentan im starken Zwiespalt zwischen ihren
- 3 jungsozialistischen Idealen und den kapitalistischen Zwängen der Lohnerwerbstätigkeit bei der
- 4 SPD stehen.
- 5
- 6 Immer öfter ist zu beobachten, dass sich Stimmen bei kritischen Themen und einer kritischen
- 7 Haltung gegenüber der SPD enthalten. Dies mag sicher in diesem oder jenem Falle als eine
- 8 freie Entscheidung wirken, aber auch wir wissen um die brennende und manchmal blendende
- 9 Loyalität für den Arbeitgebenden - auch und besonders in Krisenzeiten. Wir zeigen uns aber klar
- 10 solidarisch mit unseren Genoss\*innen und ihrer inneren politischen Zerrissenheit und möchten
- 11 unsere große Sorge ausdrücken und ihnen in diesen schweren und konfliktreichen Zeiten die
- 12 Hand reichen! Wir wollen nicht zulassen, dass dies unseren gemeinsamen politischen Diskurs
- 13 stört und so den konservativen Ja-Sager\*innen in diesem Land dient. Denn: Nur gemeinsam
- 14 sind wir nicht einsam!
- 15
- 16 Die Gruppe soll betroffenen Genoss\*innen einen anonymen und sicheren Raum zum Austausch
- 17 bieten, sie bei ihrer Selbstermächtigung unterstützen und ihnen Mediationsangebote entlang der
- 18 Konfliktlinie ihres privaten politischen Engagements und ihrer Loyalität ihrem Arbeitgebenden
- 19 gegenüber bieten.
- 20
- 21 **Wir fordern:**
- 22
- 23 • Kochtherapeutische Angebote von veganen und glutenfreien Süßspeisen (Windbeutel,
- 24 Rote Grütze usw.)
- 25 • Kuscheltherapie mit politisch korrekten Tieren / Pandas, Delfine, Einhörner und
- 26 Babytapire (!)
- 27 • Basteltherapie (Wer als erstes 1000 Kraniche gefaltet hat, darf sich die Revolution
- 28 wünschen!)
- 29
- 30 • Ausdruckstanz (wahlweise „Das kommunistische ManiFEST“ oder die gesammelten
- 31 Werke von Habermas
- 32
- 33 Genoss\*innen, lasst uns nicht länger wegsehen!
- 34
- 35 Solidarität mit der arbeitenden Klasse – auch wenn es für die SPD ist.
- 36

**Titel** Ausgewogene Verpflegung auf dem  
Bundeskongress

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress

1

2 Wir fordern das Bundesbüro dazu auf, die Verpflegung auf dem Bundeskongress zukünftig so  
3 zu gestalten, dass eine ausgewogene omnivore, vegetarische und vegane Alternative zur  
4 Verfügung steht.

5

6 **Begründung:**

7

8 Die Rücksichtnahme auf gesundheitlich, ethisch oder religiös motivierte  
9 Ernährungseinschränkung unserer DelegiertInnen zum Bundeskongress und unserer geladenen  
10 Gäste ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

11

12 Da sich diese Einschränkungen in unterschiedlichsten Ausprägungen manifestieren (vegan,  
13 vegetarisch, Verzicht auf Schweinefleisch, Verzicht auf Fisch oder Fleisch), ist diese  
14 Rücksichtnahme gerade dann mit einem organisatorischen und finanziellen Aufwand  
15 verbunden, wenn die Verpflegung einer Vielzahl von Personen zu bewerkstelligen ist.

16

17 Nichtsdestotrotz haben wir den Anspruch, dass eine nahrhafte Verpflegung erfolgt, die auf die  
18 unterschiedlichsten Ernährungsformen (omnivor ohne Schweinefleisch, vegetarisch und vegan)  
19 Rücksicht nimmt, soweit im Vorfeld Anmeldungen hierauf erfolgen.

20

21 Dazu reicht es nicht aus, wenn die angebotene Verpflegung für VegetarierInnen und  
22 VeganerInnen lediglich aus den Beilagen des omnivoren Hauptgerichtes besteht.

23

24 Vielmehr sollte das Angebot aus einer Beilage plus einem omnivoren, vegetarischen oder  
25 veganen Extra bestehen.

26

27 Da es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, dass die Anwesenden von ihrem  
28 angemeldeten Ernährungswünschen abgewichen sind und es insbesondere bei der  
29 vegetarischen Alternative zu Engpässen gekommen ist, soll die Ernährungsausgabe wie auf  
30 großen Kongressen üblich, durch die Verteilung von z.B. Marken kontrolliert werden.

31

32 Durch eine klare Angabe der Ernährungsweise bei Anmeldung, kann insoweit eine vernünftige  
33 Planung stattfinden.

34

35 Dieser Antrag dient im Übrigen nicht dazu, eine Ernährungsmethode über die anderen zu  
36 erheben und sie als die ethisch oder religiös richtige darzustellen. Vielmehr respektieren wir die  
37 Entscheidung jeder einzelnen Person sich so zu ernähren wie sie es für richtig hält.

38

**Titel** Verköstigung

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Verköstigung

1 Die Jusos in Deutschland werden dazu aufgerufen, in all ihren Gremien egal ob AG, Kreis-,  
2 Landes-, oder Bundesebene, nur noch Produkte, also Getränke und Speisen, aus fairer,  
3 ökologischer, saisonaler und/oder regionaler Erzeugung für die Verköstigung bei Sitzungen und  
4 Veranstaltungen zu verwenden.

5  
6 Außerdem fordern wir alle Jusos auf, beim Kauf von Druckmaterialien, sei es z.B. bei Papier  
7 oder bei Erstellen von T-Shirts, die für die Arbeit bei den Jusos gedruckt werden, auch dort die  
8 Aspekte der Nachhaltigkeit immer im Blick zu haben.

9  
10 **Begründung:**

11 Die Jusos verstehen ihre Umweltpolitik unter dem Aspekt der ökologischen Gerechtigkeit, dazu  
12 zählt natürlich auch eine „nachhaltige und soziale Industriepolitik“.[1]

13  
14 Oft ist es uns beim Einkaufen nicht bewusst, woher unser Essen kommt und ob es unter fairen  
15 Gesichtspunkten produziert wurde. Wir kaufen es einfach, weil es günstig ist. Ob die Menschen,  
16 die es hergestellt haben, dafür richtig entlohnt wurden, spielt dabei weniger bis gar keine Rolle.  
17 Das ist fatal! Wir Sozialdemokraten kämpfen in Deutschland für einen Mindestlohn ohne  
18 Ausnahmen und genau deshalb muss es uns auch wichtig sein, dass die, die für uns  
19 Lebensmittel produzieren, auch gerecht für ihre Arbeit bezahlt werden!

20  
21 Die Nachhaltigkeit der Produkte, die wir kaufen, muss dabei auch immer wieder geprüft werden.  
22 Es ist oft relativ einfach nachzuvollziehen, ob die gekauften Lebensmittel unter ökologischen  
23 Aspekten hergestellt wurden, schnell durch zertifizierte Ökosiegel, die meist gut erkennbar auf  
24 den Verpackungen gekennzeichnet sind.

25  
26 Dabei kann auch die Regionalität der Produkte berücksichtigt werden. Der Kauf regionaler  
27 Produkte bedeutet weniger Anfahrtsweg in die Geschäfte und damit weniger CO2-Ausstoß, was  
28 wiederum der CO2-Bilanz zugute kommt.

29  
30 Bei der Verköstigung ist immer darauf zu achten, dass es eine vegetarische Alternative als  
31 Auswahl geben muss.

32  
33 Es soll aber nicht nur bei Lebensmitteln, die der Verköstigung bei Veranstaltungen und Gremien  
34 dienen sollen, auf die Nachhaltigkeit geachtet werden, sondern auch bei erstellten  
35 Drucksachen, wie Flyer oder T-Shirts. Auch hier ist dies durch zertifizierte Ökosiegel, wie z.B.  
36 der blaue Engel bei Papier oder das „Global Organic Texil Standard“-Siegel[2] bei Kleidung  
37 einfach zu überprüfen und umzusetzen.

38  
39 Ungerechten Handelspraktiken und nicht ökologische Wirtschaftsweise können und dürfen uns

40 nicht egal sein!

41

42 Es muss uns als Jusos ein Anliegen sein, in unseren Gremien mit gutem Beispiel voranzugehen  
43 und sich durch bewusstes Einkaufen ohne viel zusätzlichen Aufwand für die Menschen weltweit  
44 und die Umwelt einzusetzen.

45

46

---

47

48 [1] <http://jusos.de/themen/umwelt>

49

50 [2] Vgl. dazu: Textil-Fibel 4, Greenpeace Media GmbH, Hamburg.

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Jusos und SPD setzen sich laut ihrer jeweiligen Programme und Beschlusslagen seit
- 4 Jahrzehnten für Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit ein. Vor diesem Hintergrund
- 5 macht die oft exorbitante Verschwendung von Papier auf fast allen Gliederungsebenen häufig
- 6 ratlos. Wir fordern deshalb eine Befragung aller Mitglieder, ob sie individuell bereit sind,
- 7 Einladungen, Sitzungsvorlagen etc. zukünftig ausschließlich auf elektronischem Wege zu
- 8 empfangen und über die Notwendigkeit eines Ausdrucks im Einzelfall selbst zu entscheiden –
- 9 wer nicht will, muss natürlich nicht. Auch Änderungsanträge auf den Konferenzen sollten in
- 10 Zukunft gesammelt werden, um die Situation zu verbessern.
- 11
- 12 Alle Mitglieder, die dem elektronischen Verfahren explizit zustimmen, werden binnen eines
- 13 halben Jahres nach Beschluss weder per Post noch auf Sitzungen Dokumente in Papierform
- 14 von Partei bzw. AG erhalten – ausgenommen sind Fälle, in denen dies rechtlich notwendig,
- 15 aufgrund von Kurzfristigkeit geboten oder wegen des Umfangs ein privater Druck unzumutbar
- 16 ist. Außerdem soll eine entsprechende Befragung beim Parteieintritt von Neumitgliedern
- 17 eingeführt werden.
- 18
- 19 **Begründung:**
- 20 Erfolg nötigenfalls mündlich. Die Konsequenzen der verschwenderischen Nutzung natürlicher
- 21 Ressourcen sind hoffentlich hinreichend bekannt.
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

**Titel** Aufbau einer digitalen Infrastruktur

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Aufbau einer digitalen Infrastruktur

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern den Parteivorstand auf, schnellst möglich eine digitale Infrastruktur auf Open-  
4 Source-Basis (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisa-  
5 tionen aufzubauen, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu  
6 erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure  
7 Eigenentwicklung zurückgegriffen werden.

8

9 **Begründung:**

10 Aus datenschutztechnischer und organisatorischer Hinsicht ist es ein nicht haltbarer Zustand,  
11 dass wir als Parteibasis zur Erledigung unserer Arbeit in den Vorständen, Ortsvereinen und  
12 AGen private Firmen mit unseren Nutzungsdaten bezahlen müssen, wenn wir bspw. Termine  
13 über Doodle abstimmen, „interne“ Diskussionsplattformen über Facebook und Mailinglisten,  
14 bereitgestellt von Google, nutzen.

15 Wir brauchen eine eigene digitale Infrastruktur, die unsere Arbeit organisatorisch erleichtert,  
16 dadurch effizienter und auch effektiver gestalten kann. Dafür sollen schnellst möglich die tech-  
17 nischen und personellen Voraussetzungen geschaffen und die notwendigen finanziellen Res-  
18 sourcen bereitgestellt werden.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39



**Titel** Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!

1 Die SPD und ihre Gliederungen kaufen nur noch Give-Aways, die

2

3 • fair gehandelt sind,

4 • keine unnötige Einzelverpackungen aus Plastik haben,

5 • nicht aus Plastik sind, wenn es Alternativen gibt.

6

7 **Begründung:**

8 Die Partei und ihre Gliederungen kaufen für den Wahlkampf, aber auch für Aktionen während

9 der Legislaturperioden große Mengen an Rosen, Schokolade, Kugelschreibern und anderen

10 kleinen Geschenken ein. Kugelschreiber und andere kamen oftmals in völlig überflüssigen

11 Einzelverpackungen aus Plastik. Rosen und Schokolade sind in der Regel nicht aus dem fairen

12 Handel, damit unter sklavenartigen Bedingungen hergestellt. Als Partei der Solidarität dürfen wir

13 mit unseren Aktionen nicht die Verschmutzung der Umwelt oder die Ausbeutung von Menschen

14 in anderen Ländern unterstützen.

15

16 Ein Vorbild ist da heute schon die S&D-Fraktion, deren verteilte Kugelschreiber biologisch

17 abbaubar und deren Baumwolltaschen aus fair gehandelter Baumwolle bestehen.

18

19 Mit den großen Mengen, die die SPD regelmäßig einkauft, können Angebotsstrukturen

20 verändert werden: Für Anbieter\*innen lohnt es sich diese Produkte auch in Fairtrade-Qualität,

21 aus umweltverträglicheren Material oder ohne Einzelverpackungen anzubieten. Die SPD sollte

22 damit auch ein Zeichen setzen, dem andere Parteien, Organisationen und einzelne

23 Verbraucher\*innen folgen, damit Fairtrade und Umweltverträglichkeit die Regel und nicht mehr

24 die Ausnahme ist.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren

1 Wir fordern, den § 3 der Finanzordnung der SPD wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen kursiv  
2 und unterstrichen):

3

4 § 3 (...)

5

6 (4) Das für die Finanzangelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied entscheidet über die  
7 Annahme einer Spende. *Spenden von natürlichen und juristischen Personen sowie*  
8 *Personenvereinigungen, welche erkennbar mit den moralischen und politischen Grundsätzen*  
9 *der Partei nicht im Einklang stehen und dieses zum Zeitpunkt der Spende bekannt ist, dürfen*  
10 *nicht angenommen werden.* Über die Annahme einer Spende, die im Einzelfall 2.000 Euro  
11 übersteigt, beschließt in den den Bezirken nachgeordneten Gebietsverbänden der Vorstand auf  
12 Vorschlag des für die Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglieds. Dieser  
13 Beschluss ist in einem Protokoll festzuhalten und bei den Kassenunterlagen aufzubewahren.

14

15 Ferner ist ein § 4b in der Finanzordnung zu ergänzen:

16

17 **§ 4b Sponsoring**

18

19 Finanzielle Unterstützung oder Unterstützung mittels Sachgütern von Unternehmen und  
20 Organisationen bei Veranstaltungen (Sponsoring) dürfen nur erfolgen, sofern diese in Ihren  
21 Zielen und ihren Arbeitsbedingungen/Wirtschaftsweise den Grundsätzen der SPD nicht  
22 erkennbar zuwiderlaufen. Die Bezirke sind angehalten ergänzend zu den Kenntnissen der  
23 kassenführenden Gliederungen entsprechende Negativlisten zu führen und diesen zur  
24 Verfügung zu stellen.

25

26 **Begründung:**

27 *Spenden unterhalb von 10.000 EUR sind laut Parteiengesetz nicht veröffentlichungspflichtig und*  
28 *erzeugen durch fehlende Transparenz den Verdacht der verdeckten Einflussnahme. Dies betrifft*  
29 *insbesondere die Unternehmensspenden bzw. die Spenden, die durch Führungskräfte von*  
30 *Unternehmen erbracht werden.*

31

32 *Eine Stückelung von Spenden zur verdeckten Einflussnahme ist zwar laut Parteiengesetz*  
33 *verboten, lässt sich aber schwerlich überprüfen. Der moralische Vorwurf bei Bekanntwerden*  
34 *bleibt bestehen. Beispiele gibt es genug, exemplarisch sei hier das Rüstungsunternehmen*  
35 *„Heckler & Koch“ zu nennen, das über 10 Jahre hinweg den ausgewiesenen Höchstbetrag an*  
36 *CDU & FDP spendete[1]. Aber auch die SPD ist nicht frei von entsprechenden Spenden, auch*  
37 *durch Unternehmen, deren Tätigkeit gegenüber unserer politischen Ausrichtung zumindest*  
38 *zweifelbar ist.*

39

40 *VorreiterIn in Sachen Spendenkodex ist hierbei der Bundesverband der Grünen[2], der in seiner*  
41 *Ausgestaltung aber Verbesserungen ermöglicht. Natürlich ist ein Kodex immer eine*  
42 *Verhaltensempfehlung, kann aber nicht nur parteiintern eine Signalwirkung entfalten.*

43

44

45

46 [1] Vgl. [http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/parteienfinanzierung-heckler-und-koch-](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/parteienfinanzierung-heckler-und-koch-spendete-als-einziger-waffenbauer-verdeckt/5956334-2.html)  
47 [spendete-als-einziger-waffenbauer-verdeckt/5956334-2.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/parteienfinanzierung-heckler-und-koch-spendete-als-einziger-waffenbauer-verdeckt/5956334-2.html), Zugriff: 16.01.2015

48

49 [2] Vgl. [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Finanzen/SpendenKodex.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Finanzen/SpendenKodex.pdf),  
50 Zugriff: 16.01.2015

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** Bundeskongress

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Alle Juso-Ebenen mögen die verbandsinterne elektronische Kommunikation durch die  
4 Verwendung von Verschlüsselungstechnologien sicherer machen und durch regelmäßige  
5 Workshops aka „Crypto Parties“ bei den Mitgliedern für Verschlüsselung werben und ihnen den  
6 Weg hin zu privater Kommunikation zeigen.

7

8 **Begründung:**

9 Dass von E-Mails, über Chats, SMS bis hin zu Telefongesprächen alle unverschlüsselte  
10 elektronische Kommunikation von Geheimdiensten und Kriminellen ohne weiteres überwacht  
11 werden kann und wird, ist lange bekannt. Dagegen müssen wir politisch vorgehen, denn die  
12 Massenüberwachung einer gesamten Gesellschaft ist nicht hinnehmbar und zerstört unser  
13 freiheitliches Zusammenleben. Gleichzeitig jedoch müssen wir selbst in unserem Juso-Alltag  
14 handeln, unsere Kommunikation sicherer machen und als Jusos innerhalb der SPD und unserer  
15 Generation vorangehen und ein positives Beispiel sein. Deshalb fordern wir alle Juso-Ebenen  
16 auf ihre elektronische Kommunikation zu verschlüsseln. Das ist inzwischen durch die  
17 Verwendung von Ende-zu-Ende-verschlüsselten Chat-Programmen wie Threema oder auch der  
18 E-Mail-Kommunikation mit OpenPGP unkompliziert und unaufwändig möglich.

19

20 Ein konkretes Szenario könnte so aussehen: jede von Juso-Vorständen verschickte E-Mail ist  
21 mit einem PGP-Schlüssel eindeutig signiert. Dies stellt noch keine Verschlüsselung aber eine  
22 Einladung an alle sensibilisierten E-Mail-Empfänger\*innen dar, in Antworten oder direkter  
23 Kommunikation verschlüsselt zu kommunizieren. Auf jährlichen Workshops wird der Zweck,  
24 insbesondere aber die Handhabung von verschlüsselter elektronischer Kommunikation allen  
25 interessierten Mitgliedern näher gebracht. Durch regelmäßige Anwendung dieses Vorgehens  
26 werden immer mehr Jusos für dieses Thema sensibilisiert.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

# P

## Pflege, Gesundheit & Soziales

P 1	Berlin Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!	383
P 2	Baden-Württemberg Impfpflicht	385
P 3	Hessen-Nord Impflicht einführen	386
P 4	Hannover Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)	387
P 5	Berlin Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken	388
P 6	Saarland Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	390
P 7	Nordrhein-Westfalen Für ein selbstbestimmtes Lebensende	392
P 8	Hamburg Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen	396
P 9	Hannover „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	399
P 10	Brandenburg Widerspruchslösung in der Organspende einführen	401
P 11	Hessen-Nord Organspende	403
P 12	Rheinland-Pfalz Hebammen unterstützen!	404
P 13	Hannover Schutz der ärztlichen Schweigepflicht	408
P 14	Hannover Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen	409

P 15	Baden-Württemberg Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme	410
P 16	Hamburg Kostenlose Verhütung auch mit Kondom	418
P 17	Berlin Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!	419
P 18	Berlin Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen	420
P 19	Bayern Stärkung der nicht-medizinischen Prävention im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!	421
P 20	Berlin Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)	423
P 21	Bayern Verpflichtende Herausgabe von Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der Individualtherapie	424
P 22	Rheinland-Pfalz Rechtliche Regelungen für die neuen Assistenzhundarten	426
P 23	Baden-Württemberg Flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen	427
P 24	Hamburg Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD	429
P 25	Baden-Württemberg Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein	430
P 26	Hamburg Verlängerung des Unterhaltvorschusses!	431
P 27	Schleswig-Holstein Reform des Wohngeldes	432

**Titel** Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!

- 1 Pflege ist allgegenwärtig. Vom Beginn des Lebens, über Unfälle im Kindesalter bis zur
- 2 Erkrankung als Erwachsene\*r und in der Altenpflege.
- 3
- 4 Die Situation der Pflege hat in den letzten Jahren immer wieder ihren Weg in die Medien
- 5 gefunden: zum Beispiel als Meldungen über Gewalt oder Vernachlässigung in Pflegeheimen,
- 6 aber auch in Gestalt des tagtäglichen Stress, der mit dieser Tätigkeit einhergeht. Diese Situation
- 7 ist deutlich in sämtlichen Pflegeeinrichtungen - vom Krankenhaus, über die ambulante Pflege,
- 8 bis hin zur vollstationären Altenpflegeeinrichtung - spürbar. Mehrere Studien gehen davon aus,
- 9 dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit 2,4 Millionen bis 2050 auf vier Millionen
- 10 erhöhen wird. Dem gegenüber steht schon heute ein eklatanter Mangel an Pflegefachpersonen,
- 11 welcher sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen wird. - Eine von Ver.di
- 12 durchgeführte Befragung ergab ein Defizit an 162.000 Arbeitsplätzen in deutschen
- 13 Krankenhäusern, 70.000 davon in der Pflege. Indessen sieht es in den außerklinischen
- 14 Pflegeeinrichtungen meist noch schlimmer aus. In diesem Kontext haben bei der DGB-Umfrage
- 15 "Gute Arbeit" 74% der Befragten Kranken- und Altenpfleger\*innen angegeben, ihre Arbeit nicht
- 16 bis zur Rente durchhalten zu können. Unbezahlte Mehrarbeit und das ständige Arbeiten am
- 17 körperlichen und seelischen Limit zeigen hier ihre Auswirkungen.
- 18
- 19 In den deutschen Krankenhäusern wurden in den letzten zehn Jahren nicht nur über 50.000
- 20 Stellen in der Pflege abgebaut, sondern es wurden mehrere Rationalisierungsinstrumente im
- 21 Bereich der Klinik eingeführt. Das tiefgreifendste Instrument sind die G-DRG. In ihnen sind
- 22 vielfältigen Krankheitsdiagnosen mit pauschalen Geldbeträgen hinterlegt, die eine Klinik für
- 23 diese Diagnose erhält. In Folge dessen sind die Fallzahlen in den Kliniken drastisch erhöht
- 24 worden. Im Resultat muss eine höhere Zahl an Fällen, mit immer weniger Personal bewältigt
- 25 werden. Dadurch erhöht sich die Arbeitsbelastung in beträchtlichem Ausmaß.
- 26
- 27 In den Pflegeheimen gibt es sog. Tagessätze, in denen sämtliche Kosten enthalten sind, d. h.
- 28 Miete, Strom, Wasser, Pflege, Essen usw. Dieser Tagessatz wird auf einen Monat
- 29 hochgerechnet und über die Pflegestufe abgerechnet. Der Differenzbetrag muss hingegen
- 30 privat, von den Patient\*innen, Angehörigen ersten Grades (sog. "Elternunterhalt") oder wird
- 31 vom Sozialamt bezahlt. Die Pflegeheime stehen in Konkurrenz zueinander. Dadurch entsteht
- 32 ein Kostendruck, welcher in der Vergangenheit überwiegend durch Abbau von Personalkosten
- 33 kompensiert wurde.
- 34
- 35 In der ambulanten Pflege muss unterschieden werden zwischen der medizinischen
- 36 Hauskrankenpflege und der Grundpflege. In der Grundpflege werden Dienstleistungen von
- 37 Patient\*innen eingekauft, die einen pauschalen Preis haben. Dieser wird vom jeweiligen
- 38 Bundesland vorgegeben. Letzteres bedeutet, dass unabhängig von der jeweiligen

39 Tätigkeitsdauer, immer die gleiche Vergütung erfolgt. Für Extra-Leistungen ist oftmals keine  
40 Zeit. So sind beispielsweise Patient\*innengespräche in den Leistungskomplexen nicht  
41 vorgesehen. Dieser Missstand geht zu Lasten von Patient\*innen und Pflegepersonen.  
42

43 Alles in Allem wird Folgendes deutlich: In der derzeitigen Ausgestaltung des  
44 Gesundheitssystems ist es nicht möglich, eine adäquate Pflege auf Dauer sicherzustellen und  
45 den Herausforderungen entschieden zu begegnen.  
46

47 Forderungen:  
48

- 49 • Stopp des Privatisierungstrends. Rekommunalisierung von Krankenhäusern und anderen  
50 Pflegeeinrichtungen, unter gleichzeitiger Sicherstellung einer adäquaten  
51 Finanzierungsstruktur, sodass eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen  
52 ausgeschlossen ist;
- 53 • die Bundesländer müssen ihrer Verantwortung innerhalb der Dualistik gerecht werden und  
54 ausreichend Mittel für Investitionen bereitstellen;
- 55 • innerhalb der G-DRG muss die Pflege vollumfänglich berücksichtigt werden;
- 56 • Abschaffung von Bonuszahlungen an Chefärzt\*innen aufgrund von höheren Fallzahlen  
57 oder guten betriebswirtschaftlichen Ergebnissen;
- 58 • Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung über alle Berufsgruppen;
- 59 • ausreichende Fachpersonenquote für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste;
- 60 • Anwendung von Standards der Fachgesellschaften auf Intensivstationen, so fordert die  
61 Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF), dass auf  
62 Intensivstationen, pro Schicht, eine Fachpflegeperson auf zwei Patient\*innen kommt und  
63 zusätzliche Fachpflegepersonen, je nach Versorgungszustand der Patient\*innen  
64 eingesetzt werden müssen;
- 65 • regelmäßige Berichte über die Personalausstattung;
- 66 • mittelfristige Personalbedarfsplanung auf lokaler, regionaler und Bundesebene;
- 67 • Einführung der generalistischen Pflegefachausbildung;
- 68 • flächendeckende Einführung eines mindestens einjährigen Pflegehilfsberufes, mit  
69 staatlich anerkannter Abschlussprüfung und
- 70 • Abschaffung der sog. "Pflegebasiskurse", die nur eine unzureichende Qualifizierung im  
71 Pflegebereich mit sich bringen und dazu benutzt werden, die Kosten im  
72 Gesundheitswesen abzusenken;
- 73 • Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte bei Modernisierungs- bzw.  
74 Rationalisierungsprozessen im Personalbereich.

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99



**Titel** Impfpflicht

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Impfpflicht

- 1 Die Jusos fordern die Einführung einer Impfpflicht für alle von der Ständigen Impfkommission
- 2 (STIKO) festgelegten Schutzimpfungen.
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

**Titel** Impflpflicht einführen

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Impflpflicht einführen

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Alle von der Ständigen Impfkommision (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen  
4 Impflungen (u.A. MMR, Hep A;B,Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von vorliegenden  
5 Allergien auch verpflichtend sein.

6

7 **Begründung:**

8 In Deutschland gehen mal wieder Masern um, und das obwohl sich die Regierung verpflichtet  
9 hat diese bis 2015 auszurotten. Dies konnte nur passieren, weil sich Eltern weigern ihre Kinder  
10 zu impfen. Dafür werden Argumente verwendet wie, Impfen kann Autismus verursachen oder es  
11 gebe starke Nebenwirkungen. Beides ist falsch. Auf über 37 Millionen Impflungen im Jahr  
12 kommen nicht einmal 1000 Fälle von Nebenwirkungen. Das ist weniger als 0,0005 Prozent.

13

14 Auch das mit dem Autismus ist Unsinn. Die Studie die dort angegeben wurde ist als gefälscht  
15 zurückgezogen worden. Es hat noch nie einen Fall gegeben in dem Impfen Autismus  
16 verursacht hat.

17

18 Impfen ist eine sehr sichere Methode seine eigenen Kinder gegen potentiel tödliche  
19 Krankheiten zu schützen. Und nicht nur das, auch fremde Kinder werden geschützt. Die  
20 Ausfallquote beim Impfen ist 3 Prozent. Das heißt ,dass unter 100 Kindern 3 nicht geschützt  
21 sind. Sollten alle anderen Kinder geimpft sein, ist aber die Wahrscheinlichkeit dass sich die  
22 ungeschützten Kinder anstecken sehr gering. Es geht also nicht nur um die Sicherheit der  
23 eigenen Kinder, sondern auch um alle anderen. Hierbei muss der Staat eingreifen um die Kinder  
24 zu schützen die nicht geschützt sind.

25

26 Sollte ein Kind allergisch auf den Impflstoff sein entfällt natürlich eine Impflung.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)

1 Wir fordern die Einführung eines Gesetzes, das die Mitglieder der STIKO zur Unabhängigkeit  
2 von der Pharmaindustrie verpflichtet, sowie die Schaffung einer Karenzphase, die eingehalten  
3 werden muss, bevor nach Ausscheiden aus der STIKO eine berufliche Tätigkeit für eine  
4 Pharmafirma aufgenommen werden darf.

5

6 **Begründung:**

7 *Die STIKO (Ständige Impfkommission) besteht zurzeit aus 17 Mitgliedern, die jeweils für drei*  
8 *Jahre vom Bundesgesundheitsminister berufen werden. Aufgabe der STIKO ist es, sich mit den*  
9 *Themen Impfungen und Infektionskrankheiten auseinanderzusetzen und entsprechende*  
10 *Richtlinien zu erstellen. An diesen orientieren sich die Impfempfehlungen. So ist der STIKO-*  
11 *Impfkalender für Ärztinnen und Ärzte die wichtigste Grundlage dafür, ob Sie Patientinnen und*  
12 *Patienten zu einer Impfung raten oder dieser eher kritisch gegenüber stehen. Neben den*  
13 *Konsequenzen für die Patientinnen und Patienten selbst, haben die Entscheidungen der STIKO*  
14 *somit auch unmittelbaren Einfluss auf die Kosten (-verteilung) im Gesundheitssystem (und den*  
15 *Umsatz der Pharmafirmen), zumal seit 2007 von der STIKO empfohlene Impfungen nach einer*  
16 *Bestätigung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (oberstes Beschlussgremium der*  
17 *gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und*  
18 *Krankenkassen in Deutschland) von den Krankenkassen bezahlt werden müssen.*

19

20 *Eine solches Gremium ist richtig und wichtig, um durch Zusammenschau jeglicher Daten und*  
21 *Forschungsergebnisse den klinisch tätigen Ärztinnen und Ärzten fundierte Empfehlungen*  
22 *aussprechen zu können, allerdings hinterlässt es bereits seit vielen Jahren einen bitteren*  
23 *Beigeschmack, dass immer wieder zu hören und zu lesen ist, dass der überwiegende Anteil der*  
24 *Mitglieder zur Zeit der Mitarbeit in der STIKO finanziell von Pharmafirmen abhängig ist oder es*  
25 *in der Vergangenheit war (Quelle: z.B. „Schweinegrippe“- Impfung: Transparency kritisiert*  
26 *potenzielle Interessenkonflikte und intransparente Entscheidungsprozesse bei der ständigen*  
27 *Impfkommission STIKO“, Transparency international 2009). Zwar findet man inzwischen z.B.*  
28 *auf der Homepage des Robert Koch Institutes Selbstauskünfte der Mitglieder zu Tätigkeiten für*  
29 *und finanziellen Abhängigkeiten von Pharmafirmen, bisher gibt es aber keine gesetzliche*  
30 *Regelung, die eine solche Abhängigkeit untersagt.*

31

32 *Auch gibt es bisher keine Karenzphase, die verhindert, dass Mitglieder der STIKO direkt im*  
33 *Anschluss an das Ausscheiden aus dieser für Pharmakonzerne arbeiten dürfen. Das dies aber*  
34 *durchaus Realität ist, zeigt das, zugegebenermaßen bereits etwas zurück liegende, folgende*  
35 *Beispiel: Im Herbst 2007 legte Heinz-Joseph Schmitt seinen Vorsitz der STIKO nieder und*  
36 *nahm einen Posten in der pharmazeutischen Industrie an (Quelle: „Ständigen Impfkommission:*  
37 *Unter Anwendungsbeobachtung“, Deutsches Ärzteblatt 2007).*

38

**Titel** Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Parteikonvent, Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken

1 Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass der überwältigende Erfolg in der Bekämpfung von  
2 lebensgefährlichen, hochansteckenden Krankheiten durch Impfmüdigkeit in Gefahr gerät. **Wir**  
3 **werden deshalb das Budget der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung**  
4 **aufstocken, um Informationskampagnen weiter zu stärken und insbesondere der**  
5 **Desinformation stärker entgegenzutreten.** Dabei muss die Unterschiedlichkeit  
6 anzusprechender Zielgruppen Berücksichtigung erfahren.

7  
8 Informationskampagnen allein werden jedoch der Erfahrung nach nicht ausreichen, um  
9 insbesondere das Ziel der Ausrottung von diversen Krankheiten und der Anhebung der  
10 allgemeinen Impfquoten zu erreichen. Wir werden deshalb Erziehungsberechtigte verpflichten,  
11 Impfungen von Kindern und Jugendlichen durchführen zu lassen, wenn der Impfschutz  
12 individuelle Nebenwirkungen überwiegt. Kriterien für diese Abschätzung werden durch eine  
13 Fachkommission vorgeschlagen und durch ein geeignetes parlamentarisches Verfahren  
14 bestätigt. Kommerzielle Interessen dürfen dabei keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung  
15 haben. Auch wenn bereits heute die meisten Eltern die Wichtigkeit der Schutzimpfungen  
16 erkannt haben, ist dies notwendig, um besonders die verfestigten Milieus und Risiko-  
17 Ballungszentren zu erreichen, die mit Informationskampagnen nur schwer zu erreichen sind.  
18 **Wir werden dafür ein mehrstufiges Verfahren einführen, in dessen Verlauf auf Ängste und**  
19 **Vorurteile eingegangen wird und an dessen Ende die Durchsetzung der Impfpflicht steht.**  
20 Nichtsdestotrotz ist uns auch bei einer Impfpflicht bewusst, dass es Menschen gibt, die nicht  
21 geimpft werden können. Dies können Menschen sein, die z.B. eine Allergie gegen den besitzen  
22 oder aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können.

23  
24 Dabei muss den Menschen und Impfgegner\*innen verdeutlicht werden, dass Impfungen nicht  
25 nur im eigenen Interesse/ dem Interesse der Kinder wichtig sind, sondern auch Teil einer  
26 gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die aus dem Zusammenleben vieler auf engem Raum  
27 resultiert. Ein hohes Niveau des Impfschutzes innerhalb der Gemeinschaft ist zum Schutz all  
28 jener, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, unerlässlich.

29  
30 Eingewanderte und geflüchtete Menschen sollen ebenfalls verstärkt über Impfungen informiert  
31 werden. Dies soll auch explizit für geflüchtete und zugewanderte Kinder und Jugendliche gelten.  
32 Schutzimpfungen sind auch Geflüchteten, die leider nicht krankenversichert sind, kostenlos und  
33 unverzüglich zur Verfügung stehen. Daher muss bereits bei der Aufnahme von geflüchteten  
34 Menschen eine Impfung möglich sein, indem ausreichend Personal und Impfstoff zur Verfügung  
35 stehen. **Gerade die im Regelfall nicht krankenversicherten Geflüchteten sind besonders**  
36 **gefährdet und Ihr Schutz ist aus menschenrechtlichen und epidemiologischen Gründen**  
37 **geboten.**

38

39 **Begründung:**

40 Durch Impfungen konnten zahlreiche lebensgefährliche Krankheiten zurückgedrängt und im  
41 Falle der Pocken ausgerottet werden. Dieser Erfolg ist ein Grund für die stagnierenden und zum  
42 Teil rückläufigen Impfquoten, da das bittere Angesicht der nun erfolgreich bekämpften  
43 Krankheiten aus dem kollektiven Gedächtnis verschwindet.

44

45 Hinzu kommt das Trittbrettfahrer\*innenproblem: Solange genügend andere Menschen sich  
46 impfen, ist auch der eigene Schutz gewährleistet, da der Erreger nicht zu einem durchdringt  
47 (sog. Herdenimmunität). Der Gang in die Hausarztpraxis und die womöglich unangenehmen  
48 Behandlung bleibt den Impfmüden erspart.

49 Auf diesem Nährboden des nachgelassenen Schreckens der – nach wie vor teilweise tödlichen  
50 – Krankheiten und der bisher geringen Konsequenzen aus unterlassenen Impfungen wuchsen  
51 auch esoterische Begründungen gegen Impfungen, welche in einigen teils hochgebildeten  
52 Milieus Unterstützung erfahren. Jenseits von allgemeiner Kritik an der Pharmaindustrie, die  
53 auch in wissenschaftlich-kritischen und politischen Diskursen verbreitet ist, eint die esoterische  
54 Impfkritik eine Überbetonung von Impfrisiken gegenüber den Vorteilen der Impfungen, ein  
55 selektives und im Kern antiwissenschaftliches Aufgreifen von Meldungen und in ihrem Sinne  
56 uminterpretierter Forschung sowie eine stärkere Offenheit gegenüber Verschwörungstheorien.

57

58 Die Kombination aus Nachlässigkeit und dogmatischer Verweigerung von Impfungen darf eine  
59 sozialdemokratische Gesundheitspolitik nicht ignorieren. Wir Sozialdemokratinnen und  
60 Sozialdemokraten fühlen uns dabei besonders den Schwächsten der Gesellschaft verpflichtet,  
61 die zum Beispiel als Neugeborene, Geflüchtete oder Kranke noch keine Impfung bekommen  
62 konnten. Hier gilt es aktiv, offensiv und breitenwirksam zu informieren und Falschinformationen  
63 gezielt entgegenzutreten.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Auseinandersetzung mit dem Thema  
Sterblichkeit

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit

- 1 Im Zeitalter der modernen Medizin gewinnen die Themen Tod und Sterblichkeit immer mehr an  
2 Bedeutung, wenn auch in einer ganz anderen Perspektive als noch vor einigen wenigen  
3 Jahrzehnten. Wo Menschen früher sterben mussten, ist es heute möglich ihr Leben in zum Teil  
4 erstaunlichem Maße zu verlängern. Nun stellt sich die Frage: Verlängern wir ihr Leben oder ihr  
5 Leiden?  
6  
7 Modernste Techniken erlauben es uns das Versagen nahezu aller Organe zu kompensieren.  
8 Neuste Geräte im Zusammenspiel mit hochdosierter Medikation können häufig über lange  
9 Zeiträume hinweg das Versagen des Körpers ausgleichen. Dies führt in der Bevölkerung  
10 zunehmend zu einem „Klammern“ an die moderne Medizin, einem „alles tun was möglich ist“,  
11 ohne dabei wirklich eine Vorstellung zu haben, was dies für die sterbende Person bedeutet.  
12 Wenn Menschen ein Alter erreichen, indem man früher damit gerechnet hat, sich darauf  
13 eingestellt hat, dass es nun bald sein könnte, dass dieser Mensch uns verlässt, geht man heute  
14 davon aus, dass Ärzte und Pflegende diesen Punkt um ein Vielfaches hinauszögern können. Es  
15 fällt zunehmend schwerer zu akzeptieren, dass geliebte Angehörige oder Freunde an den Punkt  
16 gelangen, wo ihr Körper zu krank, oder schlicht zu alt zum Überleben ist. Dass dies der  
17 natürliche Verlauf des Lebens ist, gerät dabei in den Hintergrund. Dass so viele Mittel zur  
18 Verfügung stehen, um einen, in vielen Fällen leider unvermeidlichen, Tod hinauszuzögern, führt  
19 dazu, dass man als Angehöriger nicht mehr daran denkt, dem Patienten ein friedvolles Ende  
20 ohne Schmerzen zu schenken, sondern sich von Angst und Trauer übermannen lässt, den  
21 geliebten Menschen nicht loslassen will und unbewusst sein Leiden verlängert. Häufig kann  
22 man ihnen das auch gar nicht vorwerfen, denn es liegt in der Natur der Sache, dass man sich  
23 nicht spontan zu Hause mit solchen Themen beschäftigt, wenn man nicht persönlich oder  
24 beruflich Kontakt mit den Bereichen Medizin und Gesundheit hat.  
25  
26 Darum ist es notwendig sich bereits möglichst früh mit den Themen Tod und Sterblichkeit  
27 auseinanderzusetzen. Wenn man dann in die Situation kommt eine Entscheidung für seine  
28 Verwandten treffen zu müssen, kann man in der Lage sein, diese wohl abzuwägen.  
29  
30 Wir fordern daher die Integration des Themenkomplexes Tod und Sterblichkeit (unter  
31 Einbeziehung von Themen wie Patientenverfügung, Umgang mit erkrankten Verwandten,  
32 Intensiv- und Palliativmedizin) in den Religions- bzw. Ethikunterricht der Oberstufe.  
33  
34 Dies soll zum einen junge Menschen zur Auseinandersetzung und Diskussion mit diesem  
35 Thema anregen und zum anderen sekundär dazu führen, dass sie das Thema auch nach  
36 Hause tragen und mit Eltern, Großeltern und anderen Verwandten besprechen. Sie sollen sich  
37 eine persönliche Meinung dazu bilden können und im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls  
38 in ihrem nahen Umfeld nicht plötzlich in diese schreckliche Entscheidung gezwungen werden.

39 Sie sollen im Vorfeld über eine solche Situation nachgedacht haben, um dadurch vielleicht die  
40 Wünsche ihrer Lieben berücksichtigen zu können.

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Für ein selbstbestimmtes Lebensende

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Für ein selbstbestimmtes Lebensende

- 1 Die sogenannte aktive Sterbehilfe und der assistierte Suizid werden unter bestimmten
- 2 Voraussetzungen bei der Durchführung durch eine\*n Arzt\*Ärztin legalisiert.
- 3
- 4 Der bei der aktiven Sterbehilfe bislang zur Anwendung kommende § 216 StGB (Tötung auf
- 5 Verlangen) wird ergänzt, so dass unter folgenden Bedingungen keine Rechtswidrigkeit vorliegt:
- 6
- 7 • Die Sterbehilfe wird von einem\*einer Arzt\*Ärztin durchgeführt.
- 8
- 9 • Die Lebensbeendigung erfolgt fachgerecht und mit der gebotenen Sorgfalt.
- 10
- 11 • Die um Sterbehilfe bittende Person hat das 16. Lebensjahr vollendet. Eine Sterbehilfe
- 12 nach Beendigung des 14. Lebensjahres ist möglich, wenn beide begutachtenden
- 13 Arzt\*innen eine ausreichende geistige Reife für diesen Entschluss feststellen und beide
- 14 Eltern diesem zustimmen. Bei Unklarheit über die Zurechnungs- und Urteilsfähigkeit
- 15 des\*der Minderjährigen ist ein psychologisches Gutachten einzuholen.
- 16
- 17 Desweiteren hat sich der\*die Arzt\*Ärztin zusammen mit dem\*der Patient\*in über folgende
- 18 Punkte versichert:
- 19
- 20 • dass der Wunsch nach Lebensbeendigung freiwillig und nach reiflicher Überlegung
- 21 getroffen wurde.
- 22 • dass der Zustand des\*der Patient\*in nach ihrer gemeinsamen Überzeugung aussichtslos
- 23 und unerträglich ist.
- 24 • dass der\*die Patient\*in von ihm\*ihr über seinen\*ihren Zustand und medizinische
- 25 Prognose aufgeklärt wurde.
- 26 • dass er\*sie zusammen mit dem\*der Patient\*in zu keiner anderen annehmbaren Lösung
- 27 für dessen\*deren Situation kommt.
- 28
- 29 Zu diesen Kriterien verfasst der\*die behandelnde Arzt\*Ärztin eine schriftliche Stellungnahme.
- 30 Außerdem ist ein weiterer unabhängiger Arzt\* oder eine weitere unabhängige Ärztin\* zu
- 31 konsultieren, der\*die sich ebenfalls der obenstehenden Punkte versichert und eine schriftliche
- 32 Stellungnahme abgegeben hat.
- 33
- 34 Zwischen dem ersten Gespräch mit dem\*der behandelnden Arzt\*Ärztin, bei dem ein mündlicher
- 35 Antrag auf Sterbehilfe gestellt wurde, und der Lebensbeendigung muss eine mindestens
- 36 einmonatige Wartezeit bestehen, um die Dauerhaftigkeit des Sterbewunsches zu bestätigen.
- 37 Nach dem ersten mündlichen Antrag des\*der Patient\*in muss zusätzlich ein schriftlicher Antrag
- 38 verfasst werden. In diesem hat der\*die Patient\*in seinen\*ihren Sterbewunsch selbst schriftlich
- 39 aufzusetzen und im Beisein zweier Zeug\*innen zu unterschrieben. Ist er\* oder sie\* dazu nicht in



40 der Lage, kann der Wunsch durch eine Person seiner\*ihrer Wahl, die kein materielles Interesse  
41 am Tod des\*der Patient\*in hat, im Beisein des Arztes\* oder der Ärztin\* und zwei weiterer  
42 Zeug\*innen niedergelegt werden.

43

44 Um sicherzustellen, dass der\*die Patient\*in den Wunsch nach Lebensbeendigung frei und  
45 selbstbestimmt gefasst hat, sind Patient\*innen, bei denen nach psychologisch-fachlichem Urteil  
46 eine mangelnde Urteils- und Einwilligungsfähigkeit im Sinne des PsychKG oder gleichwertigen  
47 Rechtsformen vorliegt, von der Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe ausgeschlossen. Besteht bei  
48 dem\*der Arzt\*Ärztin nach den ausführlichen Gesprächen im Vorfeld der Lebensbeendigung  
49 Unklarheit über die psychische Gesundheit des\*der Patient\*in, ist die Meinung eines\*einer  
50 Psycholog\*in zu Rate zu ziehen. Ferner muss sichergestellt sein, dass der\*die Patient\*in bis  
51 zum letzten Moment vor der lebensbeendenden Maßnahme die Möglichkeit hat, von seinem  
52 Vorhaben Abstand zu nehmen. Deshalb ist der\*die behandelnde Arzt\*Ärztin in der Pflicht, sich  
53 direkt vor der lebensbeendenden Maßnahme über den Sterbewunsch des\*der Patient\*in  
54 nochmals zu vergewissern.

55

56 Nach der Lebensbeendigung ist die Sterbehilfe von dem\*der behandelnden Arzt\*Ärztin einer  
57 noch zu benennenden staatlichen Stelle zu melden, zum Beispiel dem zuständigen  
58 Gesundheitsamt. Dort hat eine Kommission die Einhaltung der oben genannten  
59 Voraussetzungen zu überprüfen. Dafür sind insbesondere der schriftliche Antrag des\*der  
60 Patient\*in, die Stellungnahmen der Arzt\*innen, ein Bericht des ausführenden Arztes\* oder der  
61 ausführenden Ärztin\* sowie alle weiteren für die Überprüfung notwendigen Dokumente  
62 einzureichen. Sollte die Kommission zu dem Schluss kommen, dass die Lebensbeendigung  
63 nicht mit absoluter Sicherheit entsprechend aller gesetzlichen Voraussetzung erfolgt ist, ist die  
64 Meldung zur weiteren Untersuchung an die Staatsanwaltschaft weiter zu reichen. Wurden alle  
65 Sorgfaltskriterien eingehalten ist der Strafausschließungsgrund gegeben und der\*die  
66 behandelnde Arzt\*Ärztin nicht strafbar.

67

68 Die Kommissionen werden regional von den jeweiligen Landesgesundheitsministerien  
69 eingesetzt. Ein abschließendes Urteil über die Einhaltung der Voraussetzungen hat innerhalb  
70 eines angemessenen Zeitrahmens zu erfolgen. Bei Zweifeln über die Einhaltung ist zunächst  
71 der\*die Arzt\*Ärztin zu informieren und bezüglich der zu Zweifeln Anlass gebenden Aspekte zu  
72 befragen. Sollten auch nach dem Kontakt mit dem\*der die Sterbehilfe ausführenden Arzt\*Ärztin  
73 noch Zweifel bestehen, wird die Meldung an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

74

75 Die Kommissionen setzen sich aus Jurist\*innen, Arzt\*innen und Ethiker\*innen zusammen. Sie  
76 tagen regelmäßig, um eine zügige Entscheidung zu gewährleisten.

77

78 Durch die gesetzlichen Regelungen wird sichergestellt, dass Arzt\*innen, die eine  
79 Lebensbeendigung nach den oben genannten Vorgaben oder einen assistierten Suizid  
80 durchführen, keinerlei Konsequenzen aus ihrem Handeln zu befürchten haben.

81

82 Jedoch ist kein Arzt\* und keine Ärztin\* dazu verpflichtet, Sterbehilfe zu leisten. Die Erfüllung der  
83 Bitte eines\*einer Patient\*in nach Sterbehilfe muss freiwillig erfüllt werden.

84

85 Die Lebensbeendigung kann zudem an einem von den Patient\*innen frei zu wählenden Ort  
86 erfolgen, also zum Beispiel auch zu Hause.

87

88 Zusätzlich ist die palliativmedizinische Versorgung so auszubauen, dass der Wunsch nach  
89 Lebensbeendigung nicht auf Grund mangelnder medizinischer Versorgung entsteht und  
90 tatsächlich alle medizinischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das individuelle Leiden einer  
91 Person so weit wie möglich zu lindern.

92

### 93 **Begründung:**

94 Um die Frage eines Rechtes zu Sterben, beziehungsweise um ein ob und wie zur Frage der  
95 Sterbehilfe, wird auch in Deutschland seit Jahren intensiv gestritten. Da diese Frage  
96 grundsätzliche Vorstellungen von Leben und Sterben sowie intime (auch religiöse)  
97 Wertvorstellungen berührt, wird diese Diskussion verständlicherweise oft auch sehr emotional  
98 geführt.

99

100 Häufig lässt die pflegerische und palliativmedizinische Versorgung sterbender oder terminal

101 kranker Menschen leider noch Wünsche offen. Diese Versorgung zu verbessern muss  
102 selbstverständlich immer oberste Priorität haben und sicherlich gibt es in diesem Bereich auch  
103 noch einiges zu tun. Diese Verbesserungen werden auch Geld kosten, was aber kein Hindernis  
104 sein darf. Doch auch eine ideale Versorgung ist eventuell nicht in allen Fällen die optimale oder  
105 gewünschte Lösung.  
106

107 Sicherlich erfüllt die ideale Versorgung in vielen Fällen ihren Zweck, das individuelle Leid von  
108 Menschen erträglich zu gestalten, so dass sie ihre noch verbleibende Lebenszeit wertschätzen  
109 und eine vorzeitige Lebensbeendigung nicht in Betracht ziehen. Doch wir sehen uns auch mit  
110 der Frage konfrontiert, ob man von jedem Menschen verlangen kann, zu dieser Entscheidung  
111 zu gelangen. Gilt nicht das Selbstbestimmungsrecht eines Menschen, dass grundsätzlich sein  
112 Recht auf Suizid schützt, auch bei schwerer Erkrankung und gerade bei erheblichen Leiden?  
113 Schließt nicht die individuelle Freiheit, das eigene Leben nach den eigenen Wünschen zu  
114 gestalten auch das Recht ein, diesem Leben ein individuell gewähltes Ende zu setzen?  
115

116 Die Entscheidung über die eigene Lebensbeendigung ist individuell und höchstpersönlich. Was  
117 ein Schwerkranker\* an Leid ertragen kann, mag nicht dem entsprechen, was eine andere  
118 Schwerkranke\* für erträglich hält. Niemand kann sich anmaßen, darüber zu urteilen, wie lange  
119 ein Leiden zu ertragen ist. Wenn ein Mensch sein Leben als subjektiv unwürdig empfindet, hat  
120 weder der Gesetzgeber, noch eine Berufsordnung das Recht, ihm\* oder ihr\* das Leben  
121 aufzuzwingen.  
122

123 Schmerzen mögen zu lindern sein, aber es mag auch gute Gründe geben, den eventuell  
124 nahenden oder anhaltenden eigenen körperlichen Verfall nicht (mehr) miterleben zu wollen, wie  
125 z.B. die Einschränkung der Lebensqualität. Wir sind der Meinung, dass wir diese Gründe nicht  
126 pauschal von außen negieren können.  
127

128 Das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Menschen basiert auf der im Grundgesetz  
129 niedergeschriebenen Würde des Menschen. Dieses Recht, selbstbestimmt zu leben und zu  
130 entscheiden, umfasst zum einen, alle ärztlichen Behandlungen - sollten sie auch aus  
131 medizinischer Sicht sinnvoll sein - abzulehnen. Zum anderen hat jede\*r das Recht, seinen\*ihren  
132 Tod zu wählen und dafür um Hilfe zu bitten, sollte es ihm\* oder ihr\* nicht mehr möglich sein, die  
133 Lebensbeendigung selbst durchzuführen.  
134

135 Angesichts dessen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es auch in Deutschland klare  
136 gesetzliche Regelungen und Bedingungen für ein selbstgewähltes Lebensende geben muss.  
137 Zum einen, damit ein assistierter Suizid für die betreffende Person und ihre\*seine Angehörigen  
138 sowie die behandelnden Ärzt\*innen in jedem Fall ohne juristische oder arbeitsrechtliche  
139 Konsequenzen ist und somit auch ein Sterben in Würde ermöglicht wird. Aber auch um  
140 Regelungen zu treffen, wenn die betreffende Person zu einem eigenständigen Suizid nicht mehr  
141 in der Lage ist oder einen anderen Weg wünscht.  
142

143 Diese Möglichkeit zur aktiven Sterbehilfe ist zu Recht die umstrittenste, da das Leben  
144 gerechtfertigterweise ethisch und juristisch den höchsten Stellenwert genießt. Jedoch denken  
145 wir, dass, wenn jemand dem eigenen Leben diesen Stellenwert abspricht und selbiges beenden  
146 möchte, es uns nicht zusteht diesen Wunsch prinzipiell zu verhindern. Unter genau definierten  
147 und festgelegten Bedingungen und wenn sie von einem\*einer Arzt\*Ärztin durchgeführt wird,  
148 können wir uns eine Legalisierung eines solchen Tötens auf Verlangen vorstellen. Diese Fälle  
149 sollten zu Recht limitiert bleiben, daher müssen die Voraussetzungen für eine Straffreiheit  
150 umfassend und detailliert sein und ihre Befolgung detailliert dokumentiert und überprüft werden.  
151

152 Auf Basis dieser Überlegungen und unter den genannten Voraussetzungen entstand dieser  
153 Antrag, der unserer Ansicht nach einen guten Kompromiss zwischen dem  
154 Selbstbestimmungsrecht des\*der Einzelnen und einer angemessenen Regulierung der  
155 Sterbehilfe darstellt.  
156

157 Uns ist bewusst, dass manche Menschen geneigt sein könnten einen Sterbewunsch zu  
158 formulieren, um die finanzielle oder emotionale Belastung ihrer Angehörigen zu lindern oder da  
159 sie sich von diesen aus den gleichen Motiven zu einer solchen Entscheidung gedrängt fühlen.  
160 Wir glauben aber zum Einen, dass das vorgesehene umfangreiche Arzt\*Ärztinnengespräch eine  
161 solche Motivation ergründen kann. Zum Anderen setzen wir uns mit unserer bereits

162 bestehenden Beschlusslage für ein solidarisches und ausreichend finanziertes  
163 Gesundheitssystem ein, welches eine ausreichende Pflege von Bedürftigen gewährleistet.  
164 Unter diesen Bedingungen sollte das Bestehen einer Pflegebedürftigkeit am Lebensende keine  
165 Belastung der Angehörigen mehr darstellen, die den Wunsch nach einer vorzeitigen  
166 Beendigung des Lebens fördern könnte.  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222

**Titel** Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen

1 Wir Jusos fordern eine bundesweite Aufklärungskampagne über Suizid und psychische  
2 Krankheiten, die über Fakten, Warnsignale und Hilfsangebote informiert und ein öffentliches  
3 Bewusstsein für diese Themen schafft. Dies soll nach dem Vorbild der Aufklärungskampagne  
4 über HIV/AIDS von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) initiiert werden.  
5

6 Des Weiteren fordern wir die Einhaltung des 2006 verfassten nationalen Gesundheitsziels:  
7 „Depressive Erkrankungen: verhindern, früh erkennen und nachhaltig behandeln“[1] sowie die  
8 Umsetzung des internationalen „Mental Health Action Plan“ der Weltgesundheitsorganisation  
9 (WHO), mit dem Ziel die Selbstmordrate bis zum Jahr 2020 um 10% zu senken.[2]  
10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

[1] Bundesministerium für Gesundheit (2006). *Nationale Gesundheitsziele*.

[2] World Health Organization (2013). *Mental Health Action Plan*.

### **Begründung:**

Fakten über Suizid:

Jedes Jahr begehen in Deutschland etwa 10.000 Menschen Selbstmord.[1] Es sterben mehr Menschen durch Suizid als durch Verkehrsunfälle (3.368 Tote)[2], Gewalttaten (2.179 Tote)[3], illegalen Drogen (1.032 Tote)[4] und AIDS (550 Tote)[5] zusammen. Jeder Selbstmord betrifft nach Schätzungen der WHO mindestens sechs weitere Menschen, für die das Ereignis ein massives psychisches Trauma darstellt. Auf jeden vollendeten Suizid kommen 10 bis 20 Suizidversuche. Bei Kindern und Jugendlichen bis 25 Jahre ist Selbstmord, nach Unfällen, die zweithäufigste Todesursache.[6] Das durchschnittliche Sterbealter bei Selbsttötung beträgt 57,4 Jahre.[7]

Die Gründe, warum Menschen sich das Leben nehmen wollen, lassen sich kaum verallgemeinern. Nach Ansicht von Medizinern sind Suizide und Suizidversuche in vielen Fällen das Symptom einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung. Aber nicht jeder Suizidierende ist psychisch krank. Weitere Gründe können mitunter unheilbare Krankheiten und Schmerzen sein, die der Betroffene nicht mehr ertragen kann. Existenzängste durch Arbeitslosigkeit und Schulden sowie gescheiterte Partnerschaften und Tod eines Angehörigen, die zu schmerzhaften Trennungserfahrungen führen, aber auch seelische und körperliche Gewalt, können Anlass für eine Selbsttötung sein. Neben Erkrankungen spielen vor allem beim Alterssuizid sozialer Druck und Lebensmüdigkeit eine große Rolle, da pflegebedürftige Betroffene ihren Verwandten nicht mehr länger zur Last fallen wollen.

39

40

41 Fakten über psychische Erkrankungen:

42

43 Fast die Hälfte aller Deutschen ist im Laufe ihres Lebens einmal von einer psychischen Störung  
44 betroffen. Aktuell leidet etwa ein Viertel der Allgemeinbevölkerung unter depressiven  
45 Symptomen und ca. 4 Millionen Menschen sind an einer behandlungsbedürftigen Depression  
46 erkrankt.[8] [9] Psychische Erkrankungen stehen, nach Muskel-Skelett-Erkrankungen, an  
47 zweiter Stelle der häufigsten Ursachen für betriebliche Fehlzeiten. Sie führen zu deutlich  
48 längeren Krankschreibungen (Ø 35,1 Tage p.a.)[10], als körperliche Krankheiten und richten  
49 betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von etwa 15,5 Mrd. p.a. an.[11] Etwa 42,1%  
50 der Menschen, die Erwerbsminderungsrente beziehen, sind psychisch erkrankt. Die Betroffenen  
51 beziehen früher Erwerbsminderungsrenten, als Personen mit einer körperlichen Erkrankung.  
52 [12]

53

54 Psychische Erkrankungen treten in unserer Gesellschaft in vielfältigen Formen auf. Betroffene  
55 können geschickt darin sein ihre Erkrankung zu verbergen, sodass Familie und Freunde nichts  
56 von dem stillen Leiden in ihrem Umfeld mitbekommen. Neben Depressionen ist Burn-Out einer  
57 der bekanntesten Vertreter unter den psychischen Erkrankungen. Die De-pression ist die Unlust  
58 zum Leben (nicht gleichzusetzen mit Suizidalität) in Verbindung mit Traurigkeit und  
59 Antriebslosigkeit. Burn-Out ist eine krankheitsverursachende Form von Überarbeitung und dem  
60 gleichzeitigen Vernachlässigen der eigenen Bedürfnisse; sprich: er oder sie hat sich für das  
61 Unternehmen voll und ganz aufgeopfert, was von einigen Menschen fälschlicherweise mit  
62 Anerkennung honoriert wird. In Teilen unserer Gesellschaft ist deshalb ein Burn-Out  
63 angesehen als eine Depression. Neben den genannten Erkrankungen gibt es noch  
64 Störungen, die Zwänge, Ängste und Phobien auslösen, außerdem leiden auch viele an  
65 bipolaren Störungen (abwechselnde Depression und Manie), Schizophrenie oder an  
66 posttraumatischen Belastungsstörungen, was aber natürlich nicht die ganze Vielfalt an  
67 Krankheitsbildern widerspiegelt. Die Entwicklung einer psychischen Störung kann nach  
68 einschneidenden und traumatischen Lebensereignissen stattfinden, bei manchen kann aber  
69 eine genetische Disposition vorliegen, die psychische Störungen begünstigt.

70

71 Die Faktenlage zeigt deutlich, dass ein großes gesellschaftliches Leiden vorhanden ist, über  
72 das Aufklärung betrieben werden muss. Wer aufgeklärt ist, ist sensibilisiert und fähig präventive  
73 Maßnahmen zu ergreifen. Es ist in unserer Gesellschaft normal, dass wir bei körperlichen  
74 Beschwerden einen Arzt konsultieren, aber es gehört noch nicht zur Normalität, auch bei  
75 seelischen Schmerzen Hilfe zu suchen und diese behandeln zu lassen. Je früher die  
76 Behandlung im Krankheitsverlauf beginnt, desto höher stehen die Heilungschancen und auch  
77 das Rückfallrisiko ist deutlich geringer. Doch oft befürchten Betroffene die Stigmatisierung in der  
78 Gesellschaft und suchen erst spät oder gar nie einen Arzt auf.

79

80 Den Betroffenen muss nicht nur wegen des individuellen Leides geholfen werden, denn  
81 gesamtgesellschaftlich gesehen belasten sie vermehrt unser Gesundheits- und Rentensystem  
82 und schaden ebenso auch der Wirtschaft.

83

84 Wir müssen uns bewusst werden, dass Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, unabhängig  
85 des Bildungsgrads, der körperlichen Verfassung, des Lebensumfelds oder des Lebensstils von  
86 einer psychischen Erkrankung betroffen sein können. Die WHO warnt davor, dass psychische  
87 Krankheiten wie Depressionen zur Volkskrankheit werden. Diesem ist Einhalt zu gebieten. Die  
88 jahrelange exzellente Kampagnen-Arbeit der BZgA zu HIV/AIDS hat gezeigt, dass schwierige  
89 Themen in der Gesellschaft ankommen und offen besprochen werden können. Es ist an der  
90 Zeit, dass eine ebenso umfangreiche Kampagne zum Thema psychische Gesundheit initiiert  
91 wird.

92

93

94

95 [1] Statistisches Bundesamt (2013). *Anzahl der Sterbefälle durch vorsätzliche*  
96 *Selbstbeschädigung (Suizide) in Deutschland in den Jahren von 1980 bis 2013, Seite 8.*

97

98 [2] Statistisches Bundesamt (2015). *Anzahl der Verkehrstoten in Deutschland von 1991 bis*  
99 *2014.*

100  
101 [3] Statistisches Bundesamt (2015). *Anzahl ausgewählter Gewaltdelikte in Deutschland von*  
102 *2009 bis 2014.*  
103  
104 [4] Bundeskriminalamt; Drogenbeauftragte(r) der Bundesregierung (2015). *Anzahl der*  
105 *Drogentoten in Deutschland in den Jahren von 2000 bis 2014.*  
106  
107 [5] Robert-Koch-Institut (2014). *Eckdaten zu HIV und AIDS in Deutschland im Jahr 2013.*  
108  
109 [6] Freunde fürs Leben e.V. (2010). *Suizid – Zahlen und Fakten.*  
110  
111 [7] Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2015). *Durchschnittliches Sterbealter bei Suizid*  
112 *in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2013.*  
113  
114 [8] Robert-Koch-Institut (2010). *Anteil depressiver Beschwerden in der Allgemeinbevölkerung*  
115 *2010 nach Grad.*  
116  
117 [9] Wittchen, Müller, Pfister, Winter, Schmidtkunz (2000). *Erscheinungsformen, Häufigkeit und*  
118 *Versorgung von Depressionen. Ergebnisse des bundesweiten Gesundheitssurveys „Psychische*  
119 *Störungen“. Fortschritte der Medizin, 118 (Suppl. 1), 4-10.*  
120  
121 [10] DAK (2015). *DAK – Gesundheitsreport 2015, Seite 17 und 147.*  
122  
123 [11] Handelsblatt (2012). *Volkswirtschaftliche Schäden aufgrund chronischer Erkrankungen von*  
124 *Arbeitnehmern nach Krankheiten im Jahr 2010.*  
125  
126 [12] BPTK – Bundespsychotherapeutenkammer (2014). *BPTK-Studie zur Arbeits- und*  
127 *Erwerbungsunfähigkeit 2012.*  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157

**Titel** „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ -  
Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und  
Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

**„Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher  
Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch  
erkrankter Menschen verbessern!**

1 Psychische Erkrankungen werden in unserer Gesellschaft oft nicht ernst genommen und auch  
2 im medizinischen Bereich (von fachfremden ÄrztInnenen) oft als nichtig abgetan. Erkrankte  
3 Menschen haben in vielen Fällen mit Vorurteilen und Stigmatisierungen zu kämpfen. Oftmals  
4 konsultieren die Betroffenen erst spät oder gar nicht einen Arzt, zum einen aus eigener  
5 Unwissenheit und zum anderen aus Angst vor den Reaktionen Anderer. Viele psychische  
6 Erkrankungen werden als Schwäche abgetan und nicht als Krankheit ernstgenommen.  
7 Menschen mit somatoformen Beschwerden etwa werden selbst in medizinischen  
8 Zusammenhängen oft nicht ausreichend ernst genommen und fehldiagnostiziert. Es kann nicht  
9 sein, dass Menschen mit psychischen Leiden als SpinnerInnen abgetan werden. Auch beruflich  
10 müssen Betroffene oft Konsequenzen befürchten. Es ist dringend notwendig, für mehr  
11 gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen, damit Betroffenen der Gang zur/zum PsychotherapeutIn  
12 bzw. PsychologIn nicht noch zusätzlich erschwert wird. In der Tat beweisen Menschen, die sich  
13 unter diesen sehr schwierigen Umständen trotzdem dazu entscheiden Hilfe in Anspruch zu  
14 nehmen, sehr viel Mut.

15  
16 **Wir fordern daher:**

- 17  
18 • ein gesellschaftliches Umdenken muss befördert werden  
19 • mehr Aufklärung über Krankheitsbilder und mögliche Therapieansätze in Form von  
20 Aufklärungs- und Informationskampagnen

21  
22 Ein weiteres Problem für Betroffene psychischer Erkrankungen sind die sehr langen  
23 Wartezeiten auf einen Therapieplatz. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen entsprechenden  
24 Platz etwa von Personen, die traumatische Erlebnisse hinter sich haben und in Folge dessen  
25 eine traumatherapeutische Betreuung bedürfen, liegt zwischen drei und elf Monaten. Auch  
26 Wartezeiten in anderen psychotherapeutischen Bereichen sind deutlich zu lang. Betroffenen  
27 kann nicht zugemutet werden, so lange Zeiträume ohne adäquate Behandlung ausharren zu  
28 müssen. Auch Menschen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, haben oft große  
29 Probleme entsprechende Hilfe zeitnah in Anspruch nehmen zu können. Besuche bei  
30 AllgemeinmedizinerInnen und GynäkologInnen verlaufen oft frustrierend und sind mit großer  
31 Belastung verbunden, da Betroffene häufig schon hier ausgiebig schildern müssen, was ihnen  
32 wiederfahren ist und wie sie sich fühlen, um an etwaige Therapieplätze weitervermittelt zu  
33 werden. Diese sind häufig ebenfalls mit Wartezeiten verbunden. Hinzu kommt, dass die  
34 bewilligte Stundenanzahl eines Therapieansatzes oft für die PatientInnen nicht ausreichend ist,  
35 eine einfache Verlängerung der Stundenzahl ist zwingend notwendig.

36

37 **Wir fordern daher:**

38

- 39 • die drastische Verkürzung von Wartezeiten bei ambulanter und stationärer
- 40 psychologischer und psychotherapeutischer Behandlung
- 41 • dies kann durch den Ausbau von kassenärztlichen Approbationen für
- 42 PsychotherapeutInnen gewährleistet werden

43

44 Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland, um hier Zuflucht zu suchen. Viele von

45 ihnen haben schlimme Dinge erlebt und erleiden in Folge dessen schwere psychische

46 Krankheiten. Aber auch andere ZuwanderInnen haben ebenso psychische Erkrankungen.

47

48 **Wir fordern daher:**

49

- 50 • die psychotherapeutische Behandlung in Deutschland auch in anderen Sprachen zu
- 51 erleichtern und zu befördern

52

53 Viele Gruppen, die die Interessen von Menschen vertreten, die in Folge von sexualisierter

54 Gewalt an psychischen Krankheiten leiden, beklagen nicht nur die zu langen Wartezeiten, die

55 Stigmatisierung und nicht ausreichend zugelassene Therapiemöglichkeiten – um nur einige

56 Probleme aufzuführen – sondern auch das vielen Opfern ihr Recht auf eine Entschädigung nach

57 dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) nicht zugestanden wird. In der Regel ist eine

58 Inanspruchnahme von Leistungen nach dem OEG mit einem hohen persönlichen Stress,

59 mehreren Gutachten, Zeugnisaussagen, Berufungen und vor allem mehreren Jahren

60 Zeitaufwand verbunden.

61

62 **Wir fordern daher:**

63

- 64 • eine Reformierung im Umgang mit dem OEG, um den Betroffenen Leistungen, die ihnen
- 65 zustehen, ohne weitere Schädigung zuzugestehen

66

67 Auch in der Ausbildung von TherapeutInnen muss sich Einiges tun. Nach dem

68 Psychologiestudium müssen die AbsolventInnen noch in drei Jahren Vollzeit bzw. fünf Jahren

69 Teilzeit eine therapeutische Ausbildung mit Praxisteil durchlaufen. Diese haben die

70 PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PIAS) selbst zu tragen. Wir Jusos lehnen ab, dass

71 Menschen für ihre eigene Ausbildung aufkommen müssen.

72

73 **Wir fordern daher:**

74

- 75 • eine für die PIAS kostenneutrale Ausbildung
- 76 • für ihre Arbeit sind sie angemessen zu entlohnen und nicht wie in der Vergangenheit oft
- 77 als völlig unterfinanzierte PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte auszunutzen

78

79 Die Jusos fordern einen für alle Betroffenen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu

80 psychotherapeutischer Behandlung - sowohl ambulant als auch stationär. Psychische

81 Krankheiten sollten in ihrer Behandlung den physischen Leiden nicht nachstehen. Wir wollen in

82 einer Gesellschaft leben, die Menschen unterstützt und nicht stigmatisiert. Menschen mit

83 psychischen Erkrankungen sollten in ihrem Weg bestärkt werden und nicht Angst vor

84 Ausgrenzung fürchten müssen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken und den Ausbau

85 und die Unterstützung des gesamten Sektors rund um psychische Erkrankungen.

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97



**Titel** Widerspruchslösung in der Organspende  
einführen

**Antragsteller** Brandenburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Widerspruchslösung in der Organspende einführen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass  
2 auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung einzuführen. Die  
3 Widerspruchslösung besagt: Hat der/die Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht  
4 ausdrücklich widersprochen, z.B. in einem Widerspruchsregister, so können Organe zur  
5 Transplantation entnommen werden. Ein Widerspruchsrecht der Angehörigen kann diskutiert  
6 werden. Es soll eine zentrale Datenbank geschaffen werden, in welcher die Entscheidung eines  
7 jeden/ einer jeden, ob und welche Organe gespendet werden sollen, gespeichert ist.

8

9 **Begründung:**

10 Über 10.000 schwer kranke Menschen warten derzeit in Deutschland auf ein Spenderorgan. Die  
11 Organspender-Zahlen waren leider aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren  
12 rückläufig. Aktuell stagnieren sie auf einem niedrigen Niveau. Nur 900 Organe wurden 2014  
13 transplantiert. Für das Jahr 2011 liegen gut vergleichbare Daten vor: In Spanien waren es in  
14 diesem Jahr 35,3 Organspender\*innen auf eine Million Einwohner. In Belgien und Malta waren  
15 es 30,1 bzw. 30,0 Organspender\*innen. Abgeschlagen steht da Deutschland mit nur 14,4  
16 Spender\*innen pro einer Million Einwohner\*innen da. Im Jahr 2013 waren es sogar nur noch  
17 876 registrierte Organspender, d.h. 10,9 Organspender auf eine Million Einwohner\*innen. Das  
18 ist ein für alle Seiten unbefriedigender Zustand, der mit Sicherheit durch die Organspende-  
19 Skandale der vergangenen Zeit noch befeuert wurde. Trotzdem gehört dieses Thema in den  
20 Fokus, denn pro Tag versterben drei der Wartenden an ihrer Grunderkrankung, ohne ein  
21 geeignetes Organ zu erhalten.

22

23 In Spanien, Belgien und Malta gilt gleichermaßen die Widerspruchslösung. Sie ist in Europa die  
24 am weitesten verbreitete Variante in der Organspende. In Deutschland gilt bislang die  
25 Entscheidungslösung, die besagt, dass jede\*r Bürger\*in die eigene Bereitschaft zur Organ- und  
26 Gewebespende auf der Grundlage fundierter Informationen prüfen und schriftlich festhalten soll.  
27 In Deutschland stellen die gesetzlichen und privaten Krankenkassen ihren Versicherten derzeit  
28 noch alle zwei Jahre einen Organspenderausweis zur Verfügung, verbunden mit der  
29 Aufforderung seine/ihre persönliche Entscheidung in diesem Dokument schriftlich festzuhalten.  
30 Dabei kann die Entscheidung sowohl für oder gegen eine Organ- bzw. Gewebespende getroffen  
31 werden oder ganz auf eine Entscheidung verzichtet werden. Dies scheint als Verfahren  
32 ungeeignet.

33

34 Laut einer repräsentativen Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus  
35 dem Jahr 2012 sind 70 Prozent der 14- bis 75-Jährigen bereit, nach ihrem Tod zu spenden.  
36 Doch nur 22 Prozent der Befragten sind in Besitz eines Organspenderausweises; die Mehrheit  
37 von ihnen hat in diesem einer Organentnahme zugestimmt. Es ist wichtig, diese Personen über  
38 die Widerspruchslösung zu erreichen. Wichtig ist es, Menschen noch stärker für das

39 lebensnotwendige Thema Organspende zu sensibilisieren. Einen Großteil derjenigen, die im  
40 Prinzip zu einer Organspende bereit wären, nicht zu erreichen, ist ein nicht mehr  
41 anzunehmender Zustand, der geändert gehört. Der aktuelle Zustand lebt von dem Vorteil, dass  
42 es für keine Bürger\*innen einen Zwang gibt, eine Entscheidung dieser Art zu treffen. Im Zweifel  
43 sind allerdings Angehörige in der Pflicht, sich nach dem Tod einer nahestehenden Person mit  
44 der Frage einer Organspende auseinanderzusetzen. Eine Frage, die in einem emotional stark  
45 aufgeladenen Moment unweigerlich zu weiteren Verzögerungen führen kann und darüber  
46 hinaus die Angehörigen schwer belastet. In Zukunft würde mit der Widerspruchslösung alle  
47 Bürger\*innen automatisch Organspender\*in sein, solange sie diesem Umstand nicht aktiv  
48 widersprechen. Über diesen Zustand sollten die Bürger\*innen jedoch in regelmäßigen  
49 Abständen informiert werden, z.B. über die Krankenkassen. Die Differenzierungsmöglichkeit,  
50 also die Entscheidung, welche Organe bzw. Gewebe entnommen werden dürfen, soll  
51 beibehalten werden.

52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97

**Titel** Organspende

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** ASG Bundesverband, SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Organspende

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 „Die Bestimmungen zur Organspende werden dahingehend geändert, dass alle Einwohner der  
4 Bundesrepublik Deutschland sich entweder als Nicht- oder als potentieller Organspender ab  
5 Vollendung des 16-ten Lebensjahres verbindlich registrieren müssen. Der Gesetzgeber ist dabei  
6 verpflichtet, ausführlich im Vorfeld der Frist Informationen für die Entscheidungsfindung zur  
7 Verfügung zu stellen.

8

9 Es besteht jederzeit die Möglichkeit, einer Entnahme einzelner oder aller Organe zu  
10 widersprechen. Jeder hat darüber hinaus auch die Möglichkeit, seine Entscheidung zu ändern.“

11

12 **Begründung:**

13 Vielen Menschen könnte durch die Spende eines Organes das Leben gerettet werden.  
14 Organspenden sind nur unter strengen Auflagen möglich und benötigen eine eindeutige  
15 Feststellung des Hirntodes. Regeln lässt sich derzeit die Spendenbereitschaft über einen  
16 Organspendeausweis, der auch die Ablehnung ermöglicht. Trotz groß angelegter  
17 Informationskampagnen ist die Abdeckung mit Organspendeausweisen eher als gering  
18 einzustufen, was in den meisten Fällen nicht auf die Ablehnung dessen, sondern auf andere  
19 Faktoren zurückzuführen ist. So sehen viele Menschen keine zwingende Notwendigkeit bzw.  
20 „vergessen“ das Ausfüllen schlicht. Dem soll mit der sog. „Widerspruchsregelung“ wie sie in  
21 vielen anderen Staaten weltweit schon praktiziert wird, entgegen gewirkt werden.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Hebammen unterstützen!  
**Antragsteller** Rheinland-Pfalz  
**Zur Weiterleitung an** Bundesministerium für Gesundheit, SPD-  
Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Hebammen unterstützen!

- 1 Die Jusos solidarisieren sich mit dem Deutschen Hebammenverband und unterstützen deren  
2 Forderungen. Die Politik muss dafür sorgen, dass die GKV nicht bestimmt, wie, wo und wann  
3 unsere Kinder zur Welt kommen. Der Bundesminister für Gesundheit und die  
4 Gesundheitsministerkonferenz sollen sich für die Hebammen stark machen, sie im Kampf um  
5 ihren Beruf und die Wertschätzung ihrer Arbeit unterstützen. Sie haben Sorge zu tragen, dass  
6 die Forderungen des DHV umgesetzt werden.  
7  
8 Aber wir gehen noch weiter. Der von dem Hebammenverband geforderte Haftpflichtfond muss  
9 zu 100% vom Staat getragen werden. Nur so kann die Leistung der Hebammen entsprechend  
10 gewürdigt und sie finanziell ausreichend entlastet werden.  
11  
12 Als nächsten Schritt fordern wir die die Einführung einer verpflichtenden,  
13 berufsgruppenübergreifenden genossenschaftlichen Haftpflichtversicherung für alle von den  
14 kassenärztlichen Vereinigungen zugelassenen selbstständig Tätigen im Gesundheitswesen.  
15  
16 **Begründung:**  
17 Was leisten Hebammen eigentlich?  
18  
19 Schwangerschaft: Hebammen leisten seit Jahrhunderten eine der wichtigsten Arbeiten für  
20 unsere Gesellschaft. Durch ihre Arbeit unterstützen sie werdende Mütter und Väter bei  
21 Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Hebammen sind unersetzlich! Laut  
22 Hebammengesetz kann eine Hebamme eine normal verlaufende Geburt alleine leiten. Ein Arzt  
23 dagegen darf eine Frau nur in Notfällen ohne eine Hebamme entbinden. Diese  
24 Hinzuziehungspflicht gilt übrigens auch bei einem Kaiserschnitt.  
25  
26 Hebammen können eine Schwangerschaft feststellen und den Mutterpass ausstellen. Wenn  
27 keine Risikoschwangerschaft vorliegt und die Schwangere gesund ist, können Hebammen fast  
28 alle im Mutterpass vorgesehenen Vorsorgeuntersuchungen durchführen. Sie nehmen sich die  
29 Zeit, um herauszufinden, wie es der werdenden Mutter und dem Kind geht. Sie kontrollieren das  
30 Gewicht und den Blutdruck, stellen die Lage und die Größe des Kindes fest und prüfen, ob die  
31 Herztöne in Ordnung sind. Außerdem untersuchen sie regelmäßig den Urin und das Blut. Nur  
32 Ultraschalluntersuchungen sind Ärztinnen oder Ärzten vorbehalten.  
33  
34 Geburtshilfe: Die Geburtshilfe ist der wichtigste Arbeitsbereich einer Hebamme und der  
35 Hauptgrund, warum sich viele Menschen überhaupt für diesen Beruf entscheiden. Sie begleiten  
36 Geburten im Krankenhaus, im Geburtshaus und zuhause. Manche Kliniken bieten die  
37 Möglichkeit der Begleitung durch eine Beleghebamme ihrer Wahl an. Beleghebammen arbeiten  
38 wie die Hebammen in der außerklinischen Geburtshilfe freiberuflich. Das heißt sie rechnen ihre

39 Leistungen direkt mit den Krankenkassen ab. Aber auch die in einer Klinik angestellten  
40 Hebammen sind meistens zusätzlich noch freiberuflich tätig, zum Beispiel in der  
41 Wochenbettbetreuung oder mit Kursen. Alle freiberuflichen Hebammen sind von den exorbitant  
42 steigenden Berufshaftpflichtversicherungsprämien betroffen. Geschätzt 70 Prozent aller  
43 Hebammen arbeiten (auch) freiberuflich.

44

45 Problematik in der Geburtshilfe: Die angestellten Hebammen in den Kliniken leiden vor allem  
46 unter der Personalverknappung, Arbeitsverdichtung und der Zunahme von  
47 Dokumentationspflichten in den Krankenhäusern. So muss eine Hebamme mitunter drei  
48 Geburten parallel betreuen. Denn auch in den Krankenhäusern gilt: Gut ist, was sich rechnet.  
49 Wenn also viele Geburten mit möglichst wenig Personal abgewickelt werden können, freut dies  
50 den Klinikbetreiber. Einträglich sind außerdem auch Kaiserschnitt- und Frühgeburten. Diese  
51 falschen Anreize schaden Mutter und Kind genauso wie den Hebammen, die so nicht arbeiten  
52 möchten. Rund 70 Prozent aller angestellten Hebammen sind in Teilzeit in der Klinik tätig.

53

54 Frauen brauchen und Hebammen fordern eine kompetente, professionelle und kontinuierliche  
55 Unterstützung während der Geburt, um sowohl sicher als auch selbstbestimmt und individuell  
56 gebären zu können. Sicherheit und Qualität in der medizinischen Versorgung fordert auch die  
57 Politik – doch Qualität in diesem Bereich braucht vor allem Personal und Zeit. Um jederzeit die  
58 Unterstützung und Hilfe zu bekommen, die sich jede einzelne Frau zum Kinderkriegen wünscht,  
59 und die ihr auch zusteht, muss auch in Kliniken eine individuelle Geburtsbegleitung möglich sein  
60 – das heißt, eine Hebamme ist für eine Frau da (1:1-Betreuung). Technik allein kann die  
61 Zuwendung, die Mut machenden Worte und vor allem den kompetenten und wachen Blick einer  
62 Hebamme nicht ersetzen: Frauen brauchen Hebammen – heute mehr denn je.

63

64 Wochenbettbetreuung: Auch nach der Geburt ist die Arbeit der Hebammen von hoher  
65 Bedeutung. Eine Geburt bedeutet große körperliche und seelische Veränderungen für die  
66 Frauen und Familien. Sie sprechen mit ihnen über die Geburt und die ersten Erfahrungen mit  
67 dem Kind und helfen den Familien dadurch, in ihre Rolle als Eltern hineinzuwachsen. Neben  
68 der Klärung medizinischer Fragen geht es in den ersten Lebenstagen vor allem darum, dass  
69 Eltern und Kind eine gute Beziehung zueinander aufbauen (Bonding). Der psychosoziale Aspekt  
70 spielt eine wesentliche Rolle. Die Hebamme beobachtet außerdem die Rückbildungs- und  
71 Abheilungsvorgänge, unterstützt das Stillen und gibt Hilfestellung bei Schwierigkeiten.

72

73 Auch in Krisensituationen können Hebammen unterstützen: Bei Bedarf vermitteln sie den  
74 Kontakt zu Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, Ärzte und Psychologen. Das gilt insbesondere,  
75 wenn ein Kind krank oder tot geboren wird oder nach Geburt stirbt.

76

77 Familienhebammen: Erschwerte Hintergrundbedingungen erfordern besondere Kenntnisse.  
78 Dafür gibt es Hebammen mit einer Zusatzqualifikation, die Familienhebamme. Ihr Einsatz ist  
79 überall da sinnvoll, wo Mütter eine verstärkte Hilfestellung im alltäglichen Umgang mit ihren  
80 Kindern brauchen.

81

82 Deshalb richtet sich das Angebot besonders an Teenagermütter, Familien mit  
83 Migrationshintergrund, Frauen/Partner\*innen mit psychischen Belastungen oder  
84 Suchtproblematik sowie an chronisch kranke Frauen und an Frauen mit Gewalterfahrungen.  
85 Das Betreuungsangebot reicht bis zum Ende des ersten Lebensjahres der Kinder.

86

87 Problematik der flächendeckenden Versorgung

88

89 Frauen müssen selbst entscheiden können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen möchten!  
90 Diese Wahlfreiheit ist vielerorts in Gefahr. Eine Hebamme zu finden, die Schwangere und  
91 Mütter mit ihren Familien bei Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett betreut, ist nicht immer  
92 und überall möglich. In einigen Regionen Deutschlands gibt es schon heute keine Wahlfreiheit  
93 mehr - weil die klinische Geburtshilfe auf wenige Krankenhäuser zentralisiert wurde oder die  
94 freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Auch für die Wochenbettbetreuung und  
95 Schwangerenvorsorge findet sich immer schwerer eine Hebamme. Viele Hebammen sind  
96 Monate im Voraus ausgebucht. Auch Frauen, die sich für eine Hausgeburt oder Geburt im  
97 Geburtshaus entscheiden, suchen oft vergeblich eine Hebamme, die sie begleitet. Das Gleiche  
98 gilt für die Wochenbettbetreuung und Schwangerenvorsorge.

99

100 Die Gründe sind bekannt: Freiberufliche Hebammen ziehen sich aus der Geburtshilfe zurück,  
101 weil sie die horrenden Haftpflichtprämien nicht mehr bezahlen können. Auch Geburtshäuser und  
102 kleinere Kreißsäle in Kliniken sind nicht mehr rentabel und schließen. In der Folge müssen  
103 Frauen weite Fahrten in Kauf nehmen, um die nächste Klinik mit Geburtshilfe zu erreichen.

104

105 Die Haftpflichtproblematik

106

107 Von 2002 bis 2014 haben sich die Haftpflichtversicherungsprämien mehr als verzehnfacht.  
108 Inzwischen muss eine Hebamme, die freiberuflich Geburtshilfe anbietet, über 6200 Euro jährlich  
109 nur für ihre Berufshaftpflichtversicherung bezahlen. Dabei ist es egal, ob sie als Hausgeburts-  
110 oder Geburtshaushebamme vielleicht nur wenige Geburten im Jahr begleitet oder ob sie als  
111 sogenannte Beleghebamme im Krankenhaus arbeitet und dort vielleicht auch viele Geburten  
112 betreut. Die Prämien für Hebammen, die ausschließlich Wochenbettbetreuung, Kurse oder  
113 Vorsorgeuntersuchungen anbieten, sind ebenfalls gestiegen. Viele Hebammen können die  
114 Prämien aufgrund ihres ohnehin schon niedrigen Verdienstes nicht mehr erwirtschaften.

115

116 Der Versicherungsmarkt ist inzwischen so dezimiert, dass der Deutsche Hebammenverband  
117 zurzeit nur bis Juni 2016 eine Versicherung hat. Für die freiberuflich tätigen Hebammen ist diese  
118 Situation dramatisch, denn sie dürfen nur arbeiten, wenn sie eine ausreichende  
119 Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben. Die Höhe der Prämien und die  
120 Verunsicherung über die Zukunft haben dazu geführt, dass viele Hebammen sich aus der  
121 Geburtshilfe zurückgezogen haben. Die Konsequenzen wurden bereits dargestellt.

122

123 Man könnte annehmen, dass die Haftpflichtprämien steigen, weil es mehr geburtshilfliche  
124 Schadensfälle gibt, für die Hebammen verantwortlich sind. Das ist nicht der Fall. Der  
125 Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) stellte im Februar 2014 fest,  
126 dass es heute nicht mehr Geburtsschadensfälle gibt als früher. Dafür sind jedoch die Ausgaben  
127 für schwere Schäden drastisch gestiegen.

128

129 Das liegt zum einen daran, dass auch schwer behinderte Kinder dank des verbesserten  
130 medizinischen Fortschritts heute länger leben und somit die Kosten für ihren Lebensunterhalt  
131 gestiegen sind. Zum anderen sind auch Schadensersatzansprüche in die Höhe geschneit.  
132 Während 2003 noch davon ausgegangen wurde, dass 2,5 Millionen € für die Regulierung eines  
133 Schadens ausreichen, deckt die DHV-Versicherung heute schon 6 Millionen € ab. Zudem lassen  
134 sich die Risiken aufgrund der Spätschadenproblematik nur sehr schwer kalkulieren: Wann wird  
135 ein Schaden gemeldet und was kostet eine Behandlung heute und in 10, 20 oder 30 Jahren?  
136 Bei Personenschäden gilt eine 30-jährige Verjährungsfrist in Deutschland.

137

138 Dabei ist die Anzahl in der Geburtshilfe freiberuflich tätiger Hebammen in den letzten Jahren  
139 zudem rückläufig. Das heißt, die kleine Gruppe der Versicherungsnehmer, sprich der  
140 Hebammen, nimmt eher ab als zu. Beim DHV haben sich zurzeit rund 2500 Hebammen für  
141 freiberufliche geburtshilfliche Leistungen versichert. Das zeigt, wie schwierig es ist, wenn diese  
142 kleine Gruppe allein für die im Einzelfall sehr teuren Schäden in der Geburtshilfe aufkommen  
143 muss.

144

145 Was ist bisher politisch passiert?

146

147 Krankenkassen sind seit 2012 gesetzlich verpflichtet, die Haftpflichtprämien erhöhungen  
148 auszugleichen. Das geschieht jedoch nur unzureichend.

149

150 Zwar erhöhen die Krankenkassen einzelne Vergütungspositionen nach meist zähen  
151 Verhandlungen mit den Hebammenverbänden. Doch vor allem Hebammen, die nur wenige  
152 Geburten im Jahr betreuen, können damit allein die Prämien nicht mehr erwirtschaften. Im Juni  
153 2014 wurde deshalb der sogenannte Sicherstellungszuschlag gesetzlich festgeschrieben.  
154 Diesen sollen Hebammen ab Juli 2015 erhalten, wenn sie nachweisen, dass sie die  
155 Haftpflichtsumme aus den von ihnen geleisteten Geburtsbetreuungen nicht aufbringen können.  
156 Außerdem müssen sie dafür bestimmte Qualitätsnachweise vorlegen. Die Ausgestaltung des  
157 Sicherstellungszuschlages wird zurzeit mit den Krankenkassen verhandelt.

158

159 Was fordert der Deutsche Hebammenverband?

160

- 161 1. Ausgleichszahlungen und Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem  
162 immer weiter steigender Prämien nicht. Sie können, wenn überhaupt, nur kurzfristig  
163 Abhilfe schaffen. Um dafür zu sorgen, dass es wieder mehrere Angebote auf dem  
164 Versicherungsmarkt gibt und die Prämien stabil bleiben, müssen alternative  
165 Haftpflichtstrukturen entwickelt werden. Der Deutsche Hebammenverband fordert einen  
166 Haftpflichtfonds, der für Schäden aufkommt, die über einer bestimmten Deckungssumme  
167 liegen. Damit könnte die Preisspirale bei den Prämien gestoppt werden.
- 168 2. Freiberufliche Hebammen sollen von ihrem Beruf wieder leben können (siehe 1.)
- 169 3. Hebammen in Kliniken sollen wieder genügend Zeit für die Begleitung von Geburten  
170 haben. Das heißt, die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern.
- 171 4. Nachwuchs soll für den Beruf begeistert werden.
- 172 5. Jede Schwangere und Mutter soll von einer Hebamme betreut werden.

173

174 Quelle: Deutscher Hebammenverband e.V. [www.unsere-hebammen.de](http://www.unsere-hebammen.de)

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

**Titel** Schutz der ärztlichen Schweigepflicht

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Schutz der ärztlichen Schweigepflicht

1 Die ärztliche Schweigepflicht ist ein wichtiges Rechtsgut, welches die Privatsphäre von  
2 PatientInnen schützt und das gerade bei psychischen Erkrankungen essentiellen  
3 Vertrauensverhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen erst ermöglicht. Daher ist es aus  
4 unserer Sicht unverantwortlich, dass einige PolitikerInnen, insbesondere der Union, das aktuelle  
5 Unglück um den Absturz des Fluges 4U9525 dazu nutzen, eine Lockerung der Schweigepflicht  
6 und somit eine weitreichende Einschränkung der PatientInnenrechte zu fordern. Diese  
7 Forderung stellt nicht nur eine massive Stigmatisierung von Menschen mit psychischen  
8 Problemen dar sondern dürfte auch dazu führen, dass gerade Menschen in  
9 Hochsicherheitsberufen sich gar nicht mehr trauen, ärztliche oder psychologische Hilfe in  
10 Anspruch zu nehmen, da sie sofort um ihren Job fürchten müssen.

11  
12 Darüber hinaus ignorieren solche populistischen Forderungen vollkommen die tatsächlich  
13 bestehende Rechtslage, welche durchaus Ausnahmen zur Schweigepflicht zulässt, z.B. bei  
14 meldepflichtigen Infektionskrankheiten. Hinzu kommen Fälle, in denen ein rechtfertigender  
15 Notstand (§34 StGB) es zulässt eine Güterabwägung vorzunehmen, z.B. in Fällen von  
16 elterlicher Kindesmisshandlung bzw. Kindesvernachlässigung. Bei Verdacht auf Selbst-  
17 /Fremdgefährdung ist eine solche Güterabwägung ebenfalls möglich, bei Verdacht auf eine  
18 konkret bevorstehende Tat besteht seitens der behandelnden ÄrztInnen sogar eine Meldepflicht  
19 (mit Haftungseinschränkungen, vgl §§138/139 StGB). Die bestehenden Regelungen sind also  
20 völlig ausreichend, um bei konkreten Gefährdungshinweisen entsprechende Maßnahmen  
21 einzuleiten. Eine weitere Lockerung dieser Regelung oder ebenfalls geforderte Maßnahmen wie  
22 häufige Kontrolluntersuchung oder schlimmstenfalls sogar Berufsverbote für Menschen mit  
23 Depressionen sind unserer Auffassung nach billiger Aktionismus, der lediglich eine weitere  
24 Stigmatisierung psychisch erkrankter Personen zur Folge haben wird.

25  
26 Aus diesem Grund schließen die Jusos sich den Forderungen der Präsidenten von  
27 Bundesärztekammer und Bundespsychotherapeutenkammer sowie der  
28 Bundesdatenschutzbeauftragten an, an der jetzigen Regelung zur ärztlichen Schweigepflicht  
29 festzuhalten und weitere populistische Forderungen energisch zu bekämpfen. Im Falle  
30 anderslautender Gesetzesinitiativen rufen wir alle PolitikerInnen der SPD auf, sich energisch  
31 gegen diese zu stellen.

32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39



**Titel** Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen

- 1 Führerscheinbesitzende werden gesetzlich dazu verpflichtet ihre Kenntnisse zur Ersten Hilfe
- 2 alle zwei Jahre in Kursen aufzufrischen. Eine entsprechende Bescheinigung ist über den
- 3 Besuch eines Erste-Hilfe-Kurses ist beim Führen von Kraftfahrzeugen mitzuführen und auf
- 4 Verlangen bei Fahrzeug- und Verkehrskontrollen vorzuzeigen.
- 5
- 6 Ferner werden die Fahrerlaubnisbehörden ermächtigt im Rahmen ihrer Aufgaben insbesondere
- 7 bei der Prüfung der charakterlichen Befähigung zur Führung von Kraftfahrzeugen die Vorlage
- 8 einer nicht über zwei Jahre alten Erste-Hilfe-Bescheinigung von der/dem
- 9 Führerscheinbesitzenden zu verlangen.
- 10
- 11 Versäumnisse gegen diese Pflichten werden mit einem Punkt in der Verkehrssünderkartei
- 12 bestraft auch im Wiederholungsfalle oder wenn der Aufforderung zur Vorlage eines Erste-Hilfe-
- 13 Kurses nicht nachgekommen wird.
- 14
- 15 Anstelle des Nachweises über den Erste-Hilfe-Kurs tritt ein Nachweis ehrenamtlich oder
- 16 hauptberuflich bei Feuerwehren und Rettungsdiensten oder pflegerisch oder medizinisch tätig
- 17 zu sein.
- 18
- 19 Die Kosten für die Erste-Hilfe-Kurse können von der Steuer abgesetzt werden, sofern ein Bezug
- 20 von Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII, von BAföG, BAB, Wohngeld oder
- 21 Asylbewerberleistungen vorliegt werden die Kosten auf Antrag aus Mitteln des Bundes
- 22 erstattet.
- 23
- 24 **Begründung:**
- 25 Immer wieder stehen bei Unfällen Schaulustige nur dabei, anstatt den Unfallopfern Hilfe zu
- 26 leisten. Ein Grund hierfür ist oft Unsicherheit, da viele nicht wissen, welche Sofortmaßnahmen in
- 27 bestimmten Situationen ergriffen werden können. Die Absolvierung eines Erste-Hilfe-Kurses ist
- 28 nur vor der Erstaussstellung eines Führerscheins Pflicht. Die meisten FührerscheinbesitzerInnen
- 29 wiederholen diesen Kurs nicht mehr. Dabei fließen in Erste-Hilfe-Kurse auch neue Erkenntnisse
- 30 zum Retten von Menschenleben ein. Wir fordern daher eine gesetzliche Regelung, die eine
- 31 Auffrischung des Erste-Hilfe-Kurses alle zwei Jahre für alle FührerscheinbesitzerInnen als
- 32 Pflicht einführt.
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

**Titel** Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme

1

2

3 **Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme**

4

5 Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, welche ihre Ursprünge im ausgehenden 19.  
6 Jahrhundert haben, stellen in ihrer historischen Grundkonstruktion ein System dar, welches  
7 ArbeiterInnen vor extremen und unverschuldeten Härten schützen sollte. Dabei waren und sind  
8 sie jedoch kein Mittel, um soziale oder wirtschaftliche Gleichheit in der Bevölkerung  
9 herzustellen. Auch sind sie vollständig reaktiv ausgerichtet und greifen erst, wenn Krankheit,  
10 Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit tatsächlich eintreten. Sie erfüllen somit eine  
11 stabilisierende Funktion in der Gesellschaft, fördern jedoch nicht die soziale Gerechtigkeit und  
12 ermöglichen auch nicht gleiche Startchancen für jeden.

13

14 Sowohl auf die Renten-, als auch auf die Gesundheits- und Pflegeversicherung werden durch  
15 den demografischen Wandel starke finanzielle Belastungen zukommen, die von den  
16 Sozialversicherungsbeiträgen der immer weniger werdenden abhängig Beschäftigten nicht  
17 abgedeckt werden können. Deshalb müssen die sozialen Sicherungssysteme zukünftig auf eine  
18 breitere Finanzierungsgrundlage gestellt werden, die es darüber hinaus auch ermöglicht,  
19 Umverteilung innerhalb dieser Systeme vorzunehmen. Auch die Arbeitslosenversicherung ist  
20 nicht in der Lage, die Herausforderungen des aktuellen Arbeitsmarktes zu entsprechen und den  
21 künftigen Generationen gerecht zu werden.

22

23 Denn das deutsche Sozialversicherungssystem stellt weder historisch noch aktuell ein  
24 wirksames Instrument der Umverteilung dar und ist somit in seiner bestehenden Form  
25 ungeeignet, um Status- und Gruppenunterschiede in der Gesellschaft zu beheben. Durch eine  
26 breite Finanzierungsgrundlage aus Steuern, Abgaben und Vorsorgeleistungen kann ein soziales  
27 Sicherungssystem etabliert werden, welches allen BürgerInnen gleiche Startchancen im Leben  
28 ermöglicht.

29

30 Dabei ist es jedoch wichtig, nicht nur die Bedürfnisse der BezieherInnen von Sozialleistungen in  
31 den Blick zu nehmen, sondern auch die derjenigen, die durch ihre Beiträge diese finanzieren.  
32 Sozialversicherungssysteme, die allen gerecht werden, müssen stärker präventiv ausgerichtet  
33 sein und Vorsorge statt Nachsorge in den Fokus der Bemühungen stellen. Nicht nur die  
34 LeistungsbezieherInnen selbst möchten wir in Zukunft fördern und fordern, vielmehr müssen  
35 alle Bürgerinnen und Bürger dahingehend gefördert und gefordert werden, dass sie befähigt  
36 werden, ihren Lebensstandard zu erhalten und auszubauen. So können wir das  
37 sozialdemokratische Ideal eines selbst erarbeiteten sozialen Aufstiegs ermöglichen.

38

## 39 **Würdevolles Leben im Alter ermöglichen: für eine solidarische, gerechte Altersvorsorge**

40

41 Die Rentenversicherung steht in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor großen  
42 Herausforderungen. Unsere umlagefinanzierte Altersvorsorge basiert auf Rahmenbedingungen,  
43 die in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr fortbestehen werden. Geburtenrückgang,  
44 geringeres Wirtschaftswachstum und immer mehr RentenbezieherInnen auf weniger  
45 EinzahlerInnen machen einen Wandel in unserem Rentensystem unumgänglich.

46

47 Das umlagefinanzierte Rentenmodell aus dem 19. Jahrhundert benachteiligt strukturell Frauen,  
48 genauso wie BezieherInnen niedriger Einkommen und Menschen mit lückenhafter  
49 Erwerbsbiografie. Dies widerstrebt zutiefst unserer Vorstellung eines gerechten, sozialen  
50 Sicherungsmechanismus, der soziale Ungleichheiten bekämpft, statt diese zu manifestieren.

51

52 Während zu den Anfängen der Umlagefinanzierung noch sechs BeitragszahlerInnen auf einen  
53 RentenbezieherIn kamen (1962), lag dieses Verhältnis im Jahr 2012 bereits nur noch bei 2:1.  
54 Zwar ist die Zahl von BeitragszahlerInnen in Deutschland auf einem historischen Rekordniveau,  
55 die Anzahl von BezieherInnen war allerdings auch nie höher, als dies heute der Fall ist.

56

57 Wir Jusos stellen daher die Systemfrage in der Rentenpolitik. Für uns ist nicht hinnehmbar, dass  
58 die Durchschnittsrente im Jahr 2014 für Männer bei 1003 € (alte Bundesländer) bzw. 1096 €  
59 (neue Bundesländer), bei Frauen sogar nur bei 512 € (alte Bundesländer) bzw. 755 € (neue  
60 Bundesländer) liegt. Die Sicherung eines würdigen Alters aller Menschen in Deutschland ist Teil  
61 der Kernidentität der Sozialdemokratie. Daher müssen die Weichen unseres Rentensystems  
62 neu gestellt werden.

63

64 Das beitragsfinanzierte Umlagesystem verhindert Umverteilung. Durch das mehrfach in Urteilen  
65 des Bundesverfassungsgerichts bestätigte Äquivalenz-Prinzip ist es nicht möglich, durch unsere  
66 Sozialversicherungssysteme umzuverteilen, weil BeitragszahlerInnen Anwartschaften in  
67 verhältnismäßiger Höhe ihrer Einzahlungen erwerben. Der einheitliche Beitragssatz wirkt dabei  
68 fast degressiv, hohe Einkommen werden weniger, niedrige Einkommen umso mehr belastet.  
69 Das Äquivalenzprinzip verhindert dabei ein Eingreifen über die Beitragsbemessungsgrenze, die  
70 Beiträge ab einem Jahreseinkommen von 72 600 € (West) bzw. 62 400 € (Ost) deckelt.

71 Während die Besteuerung von Einkommen erst ab einem Grundfreibetrag von 8472 € belastet,  
72 greifen die Sozialversicherungsbeiträge bereits deutlich früher und im Verhältnis zur  
73 Einkommenssteuer auch höher. Damit belasten die Sozialversicherungsbeiträge insbesondere  
74 GeringverdienerInnen. Dies ist für uns Jusos zutiefst unsolidarisch.

75

76 Bereits jetzt sind die Rentenansprüche nicht mehr durch das umlagefinanzierte System zu  
77 decken. Die Deckungslücke bei der Finanzierung liegt mittlerweile bei ca. 61 Mrd. € (2013).  
78 Diese trägt aktuell der Steuerzahler und die Steuerzahlerin. Insgesamt ca. 82 Mrd. €, das  
79 entspricht ca. 27 % des gesamten Bundeshaushaltes, werden bereits über Steuergelder  
80 getragen. Der Anteil wird künftig deutlich steigen.

81

82 Die Reformen der Großen Koalition III begrüßen wir in ihrer Intention. Dabei erfüllt gleichwohl  
83 die Rente nach 45 Beitragsjahren, wie auch die Mütterrente unser Versprechen eines gerechten  
84 Einstiegs in die Rente für alle Menschen. Gleichwohl kritisieren wir die Finanzierung über die  
85 Umlage. Dieses bereits unterfinanzierte Modell noch stärker zu belasten, stellt eine kurzfristige  
86 Politik dar, die weder den älteren, noch der jüngeren Generation gerecht wird.

87

88 *Drei Säulen für eine solidarische, menschenwürdige Alterssicherung*

89

90 Wir Jusos sprechen uns daher für ein Drei-Säulen-Modell aus. Künftig soll sich die Rente durch  
91 eine steuerfinanzierte Garantierente, einen beitragsfinanzierten Anteil, wie durch einen  
92 kapitalgedeckten Anteil zusammensetzen.

93

94 Die steuerfinanzierte Garantierente

95

96 Statt weniger BeitragszahlerInnen wollen wir alle SteuerzahlerInnen gerecht an der  
97 Finanzierung der Alterssicherung beteiligen. Dies geht einher mit einer gerechteren  
98 Besteuerung, für die die deutsche Sozialdemokratie seit langem kämpft. Dabei soll allen  
99 Personen zwischen dem 15. und 67. Lebensjahr, die mindestens zehn Jahre mit unbefristetem

100 Aufenthaltsstatus gelebt oder gearbeitet haben und zum Zeitpunkt des Erstbezugs der Rente  
101 ihren ständigen Wohnsitz in der BRD haben, eine Garantierente zustehen. Diese entspricht 75  
102 % des gesetzlichen Mindestlohns (ca. 1020 € brutto im Monat). Die Garantierente wird regulär  
103 besteuert. Menschen, die ausschließlich die Garantierente mit geringem Zuverdienst beziehen,  
104 zahlen somit kaum Steuern.

105

106 Der beitragsfinanzierte Anteil

107

108 Als zweite Säule wollen wir den beitragsfinanzierten Anteil erhalten, dessen Niveau allerdings  
109 deutlich unter dem bisherigen liegen soll. Die Finanzierung erfolgt weiterhin paritätisch zwischen  
110 ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Zudem sollen auch Beamte, Selbstständige und  
111 Freiberufler künftig einen Anteil am beitragsfinanzierten Säulenmodell erbringen. Die Höhe der  
112 Anwartschaften orientiert sich dabei weiterhin an Dauer, Einkommen und der Einzahlung und  
113 wird ergänzend zur Garantierente ausbezahlt.

114

115 Der beitragsfinanzierten Rente kommt bei der Umstellung hin zur Steuerfinanzierung eine  
116 wesentliche Rolle zu. Dabei müssen aktuell erwirtschaftete Anwartschaften auch weiterhin  
117 finanziert sein. Die steuerfinanzierte Garantierente soll unmittelbar den Menschen ausbezahlt  
118 werden. Der Beitragssatz liegt für all die Personen, die erstmalig in die Rentenversicherung  
119 einzahlen, lediglich bei einem Drittel des Rentenniveaus.

120 Investivfonds-Modell, Betriebsrenten und kapitalgedeckte Altersvorsorge

121

122 Die dritte Säule setzt sich aus unterschiedlichen, kapitalgedeckten Fonds-Modellen zusammen.  
123 Aktuell haben in Deutschland über 16,2 Millionen Riester-Verträge Bestand, deren Förderung  
124 und Fortdauer Bestandsschutz genießen. Dabei hat sich gezeigt, **dass gerade die Riester-**  
125 **Rente aufgrund ihres hohen Verwaltungsaufwandes und somit** ihrer Kostenstruktur, bei  
126 gleichzeitiger gesamtwirtschaftlich angespannter Lage für Lebensversicherte im Kontext  
127 niedriger Zinsen ihren gewünschten Zweck einer verstärkten Förderung niedriger Einkommen  
128 und von Familien nur eingeschränkt erfüllt. Wir sprechen uns daher für ein Investivlohn-Modell  
129 aus, bei dem ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit erhalten, 2 % ihres Beitragsanteils in einen  
130 Staatsfonds mit ausreichendem Kapitalstock zu investieren. Die Finanzierung erfolgt auch hier  
131 paritätisch zu 2 % je durch ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen. Dabei obliegt es den  
132 VersicherungsnehmernInnen, ob sie diesen Anteil in private, kapitalgedeckte Altersvorsorge-  
133 Verträge, **welche staatl. zertifiziert sein müssen, damit eine Beitragsgarantie und eine**  
134 **transparente Kostensituation gewährleistet werden.** Der staatliche Investitionsfond ist dabei  
135 angehalten, langfristig Investitionen auch in kleine und mittelständische Unternehmen, in  
136 Deutschland, Europa & sichere Partnerländern zu tätigen: Bei den Investitionen muss auf eine  
137 Diversifizierung geachtet werden, es soll in verschiedene Länder und Branchen und  
138 Unternehmen investiert werden. Dabei müssen soziale, ethische und ökologische Kriterien  
139 berücksichtigt werden. Die Einlagen der Einzahlenden sind vollständig gesichert und garantiert.

140

141 Die Betriebsrenten erhalten zunehmend einen höheren Stellenwert. Dabei sind Betriebe dazu  
142 angehalten, verstärkt Verantwortung für ihre ArbeitnehmerInnen zu übernehmen und diese  
143 abzusichern. Bisläng verfügen jedoch lediglich 60 % der Beschäftigten über eine betriebliche  
144 Altersvorsorge. Diesen Anteil gilt es deutlich auszubauen. Um dabei gerade bei kleineren  
145 Unternehmen berechtigten Sorgen gerecht zu werden, einem nicht leistbaren Haftungsrisiko zur  
146 Erfüllung von Betriebsrentenansprüchen gegenüber zu stehen, muss sich die betriebliche  
147 Altersvorsorge daher auf die übergeordnete Ebene richten. Dabei sollen Branchen,  
148 Berufsgruppen und Tarifbereiche im Fokus stehen. Ziel ist daher, der Aufbau von tariflichen,  
149 überbetrieblichen Altersvorsorgemodellen. Dies kann beispielsweise über eine Verpflichtung der  
150 Tarifparteien zum Aufbau von tariflichen Altersvorsorgemodellen erreicht werden, die für  
151 allgemeinverbindlich erklärt werden können.

152

153 Dabei soll langfristig die bisherige, staatliche Riester-Förderung in die Finanzierung von  
154 betrieblichen Altersvorsorgemodellen übergehen. Ziel ist es, branchenspezifische Investivfonds  
155 mit unterschiedlicher Risikogewichtung zu bilden. Hierbei soll es ArbeitnehmerInnen freigestellt  
156 werden, in ihre branchenspezifischen Fonds einen Anteil von 2 % ihres Einkommens, paritätisch  
157 finanziert von ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen, zu investieren, wobei die bisherige  
158 Förderung im Rahmen der Riester-Förderung den branchenspezifischen Investivfonds  
159 zukommen kann. Durch verbesserte Transparenz in der Kostenstruktur, erleichterte Beratung  
160 für ArbeitnehmerInnen und Absicherung über die Tarifparteien kann so die kapitalgedeckte

161 (Betriebs-)Rente zu einer Stärkung der Altersvorsorge in Deutschland beitragen, was durch die  
162 momentane Struktur privater FinanzdienstleisterInnen und LebensversichererInnen in ihrem  
163 aktuellen gesamtwirtschaftlichen Umfeld nicht gegeben ist.

164

165 Je nach branchenspezifischem Fonds können unterschiedliche Risikoklassen gebildet werden.  
166 Dabei obliegt es dem Versicherungsnehmer oder der Versicherungsnehmerin, zu entscheiden,  
167 ob er oder sie lieber geringere Risiken bei vollständiger Sicherung der Einlagen, oder höheres  
168 Risiko bei höheren Renditen und eingeschränkter Sicherung der Einlagen bevorzugt. So kann  
169 eine gesicherte Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge ermöglicht werden, deren Vorteile  
170 nicht durch intransparente Kostenstrukturen von LebensversichererInnen einverleibt werden.

171

#### 172 *Flexibles Renteneintrittsalter*

173

174 Einen zentralen Bestandteil der notwendigen Modernisierung des Rentensystems stellt die  
175 Flexibilisierung des Regeleintrittsalters in die Rente dar. Dabei bekennen wir uns zum geltenden  
176 Renteneinstiegsalter nach 45 Beitragsjahren, beziehungsweise zu dem aktuell bestehenden,  
177 rechtlich festgeschriebenen Regeleintrittsalter. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, bei  
178 frühzeitigem Renteneintritt ab 63 unter Abschlägen vollständig in Rente zu gehen bzw.  
179 vollständig erwerbstätig zu bleiben bei Bildung von zusätzlichen Anwartschaften. Vielfach gelten  
180 zum jetzigen Zeitpunkt jedoch anderslautende Tarif- und Arbeitsverträge. Dabei ist zweifelhaft,  
181 inwiefern sich der Verbleib in der Erwerbstätigkeit zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich rechnet,  
182 oder negativ auswirkt.

183

184 Die Möglichkeit, in Teilrente zu gehen, besteht bereits. Dabei sind recht starre Grenzen für den  
185 Teilrentenbezug gesetzt und Zuverdienstgrenzen so ausgestaltet, dass ein verschwindend  
186 geringer Anteil an ArbeitnehmerInnen diese Möglichkeit in Anspruch nimmt. Daher sprechen wir  
187 Jusos uns dafür aus, künftig bereits ab 60 Jahren die rechtlichen Rahmenbedingungen zu  
188 schaffen, in Teilrente oder in Altersteilzeit zu gehen. Dabei sollte anstelle von starren Grenzen  
189 die Möglichkeit geschaffen werden, dynamisch den Anteil an Arbeitszeit und Teilrentenbezug zu  
190 wählen. Die Zuverdienstgrenzen hierfür müssen deutlich gelockert und größtmöglich  
191 ausgeweitet werden.

192

193 Verbleiben ArbeitnehmerInnen länger im Erwerbsleben, zahlen ArbeitgeberInnen weiterhin den  
194 Anteil für Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung ein. Während die  
195 Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Allgemeinheit zugutekommen, besteht kein  
196 Zusammenhang zwischen eingezahltem Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung und zu den  
197 Anwartschaften. Wir Jusos sprechen uns dafür aus, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Die  
198 Arbeitgeberbeiträge sollen deshalb künftig in die Anwartschaften der ArbeitnehmerInnen für den  
199 Fall ihres Renteneinstiegs einbezogen werden. Dies bestärkt die ArbeitnehmerInnen, die bereits  
200 jetzt länger arbeiten können und wollen. So kann ein flexibleres Regeleintrittsalter für die  
201 Menschen geschaffen werden.

202

203 Langfristig setzen wir Jusos uns für die Abschaffung des Regeleintrittsalters in Deutschland ein.  
204 Hierfür schlagen wir einen Alterskorridor nach schwedischem Vorbild vor, der zwischen 61 und  
205 69 Jahren liegen sollte und den ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit gibt, selbst zu wählen, wann  
206 sie vollständig in Rente gehen wollen, Teilrente beziehen wollen bzw. länger arbeiten wollen.

207

#### 208 **Die Idee der Arbeitsversicherung**

209

210 Der Arbeitsmarkt befindet sich im Wandel. Das Normalarbeitsverhältnis stellt nicht länger die  
211 Regel dar. Sollte die Arbeitslosenversicherung lange Zeit das Risiko der Arbeitslosigkeit und  
212 den Ausgleich des damit verbundenen Einkommensverlustes auffangen, müssen wir  
213 mittlerweile feststellen, dass zahlreiche neue Risiken hinzugekommen sind, auf die die aktuelle  
214 Arbeitslosenversicherung bisher nicht ausreichend reagieren kann. Die Flexibilisierung des  
215 Arbeitsmarktes führt dazu, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse immer mehr die Regel  
216 darstellen. Befristung, Teilzeit und Selbstständigkeit nehmen zu. Vor allem Frauen sind hiervon  
217 betroffen, so arbeiteten im Jahr 2010 52 % aller beschäftigten Frauen in Teilzeit. In diesen  
218 atypischen Beschäftigungsverhältnissen gestalten sich die Möglichkeiten für Weiterbildung als  
219 sehr schwierig. Doch vor allem der Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen erhöht die Chance  
220 auf ein Normalarbeitsverhältnis. Zudem haben sich Übergangsrisiken entwickelt, denen durch  
221 die Arbeitslosenversicherung bislang nicht entgegengewirkt werden konnte. Den Risiken der

222 Übergänge zwischen Schule und Beruf, Beruf und Familie und dem Wechsel zwischen  
223 verschiedenen Arbeitsplätzen im besonderen kann nicht entsprochen werden.

224

225 Der Schutz der Arbeitslosenversicherung für die Herausforderungen des aktuellen  
226 Arbeitsmarktes erodiert. Um auch künftigen Generationen die gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt  
227 gewährleisten zu können, brauchen wir deswegen die Weiterentwicklung der  
228 Arbeitslosenversicherung hin zu einer Arbeitsversicherung, die nicht nur das Risiko der  
229 Arbeitslosigkeit auffängt, sondern den Beschäftigten individuelle Ansprüche zusichert, die sie  
230 während der Erwerbstätigkeit oder in Phasen des Übergangs nutzen können, um sich  
231 weiterzubilden und zu qualifizieren.

232

233 Für uns ist dabei jedoch klar, dass die Arbeitsversicherung kein Allheilmittel des demografischen  
234 Wandels darstellen kann, sondern klare und enge Grenzen haben muss, um als wirkliche  
235 Arbeitsversicherung den neuen Risiken des Arbeitsmarktes begegnen zu können. Deswegen  
236 legen wir den Schwerpunkt auf den Fördercharakter der Arbeitsversicherung.

237 *Das Arbeitsleben-Konto*

238

239 Im Rahmen der Arbeitsversicherung fordern wir daher die Einführung eines Arbeitsleben-  
240 Kontos. Ein Teil der bisherigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung soll hierfür paritätisch  
241 finanziert auf dem Arbeitsleben-Konto angelegt und durch Steuermittel, gestaffelt nach der  
242 Höhe des Einkommens der ArbeitnehmerInnen ergänzt werden, sodass alle ArbeitnehmerInnen  
243 über den selben Kontostand ihres Arbeitsleben-Kontos verfügen können. So ermöglichen wir  
244 vor allem Geringqualifizierten, die Vorteile des Kontos nutzen zu können. Tarifverträge können  
245 die Summe des Kontostandes zudem erhöhen. Zusätzlich kann das Konto mit Überstunden in  
246 begrenztem Maße gefüllt werden. In die Arbeitsversicherung sollen alle Erwerbstätigen  
247 einbezogen werden, also auch BeamtInnen und Selbstständige.

248

249 *Ziehungsrechte*

250

251 Das Konto soll den Erwerbstätigen ermöglichen, ihre Beschäftigungsfähigkeit individuell zu  
252 erhalten, zu gestalten und zu verbessern. Die Möglichkeit, auf das Konto zurückzugreifen, soll  
253 ihnen zur Weiterbildung sowie für Care-Arbeitszeit zustehen.

254

255 Im Rahmen von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen soll auf die Ziehungsrechte  
256 zurückgegriffen werden können und erspartes Guthaben in diese Maßnahmen investiert  
257 werden. Zudem sollen Ziehungsrechte zur Förderung von Care-Arbeit verwendet werden  
258 können, um den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, für die Pflege von Angehörigen oder  
259 die Erziehung von Kindern eine Reduzierung der Arbeitszeit vorzunehmen. Für die  
260 Kinderbetreuung ist es jedoch notwendig, dass beide Elternteile das Konto paritätisch in  
261 Anspruch nehmen. Wenn Ziehungsrechte in Anspruch genommen werden sollen, muss eine  
262 Absprache und Vereinbarung mit der Betriebsleitung und gegebenenfalls mit dem Betriebsrat  
263 stattfinden.

264

265 Für uns ist dabei jedoch klar, dass individuelle Ziehungsrechte kein Eigentumsrecht begründen  
266 dürfen, die ungenutzten individuellen Ziehungsrechte sollen deswegen am Ende des  
267 Erwerbslebens verfallen.

268

269 *Qualifizierung und Weiterbildung*

270

271 Das Arbeitsleben-Konto soll den Beschäftigten die Möglichkeit geben, ein lebenslanges Lernen  
272 durch zahlreiche Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu ermöglichen und zur  
273 arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung von Übergangsrisiken im Lebenslauf dienen. Die  
274 Beschäftigten können ihr Konto in Anspruch nehmen, um in dieser Zeit der Weiterbildung  
275 weiterhin einen gesicherten Lebensunterhalt zu haben. Die ArbeitnehmerInnen sollen den  
276 Zugang zu Weiterbildungseinrichtungen haben, deren Kosten durch das Konto übernommen  
277 werden. Der/die ArbeitgeberIn hat den Versicherten/ die Versicherte für den vereinbarten  
278 Zeitraum freizustellen. Der gesetzliche Anspruch auf Bildungsurlaub darf nicht durch die  
279 Inanspruchnahme des Kontos gemindert werden und besteht unabhängig davon.

280

281 Zur Unterstützung der individuellen Weiterentwicklung kann ein Qualifizierungsgespräch in  
282 Weiterbildungseinrichtungen stattfinden um die individuellen Qualifikationsbedürfnisse

283 festzustellen. Dieses Gespräch kann um einen individuellen Weiterbildungsplan ergänzt  
284 werden. Durch die Weiterbildungsmaßnahmen soll ermöglicht werden, sich sowohl betrieblich  
285 als auch persönlich und gesellschaftlich weiter zu qualifizieren.

286

287 Um ein breitgefächertes Weiterbildungsangebot zu gewährleisten, soll ein bundesweites Netz  
288 von Weiterbildungseinrichtungen entstehen. Eine Koordination für Bildungsangebote der  
289 Bundesagentur sowie außerhalb der Arbeitsagentur muss ausgebaut werden. Diese  
290 Bildungsangebote müssen im Sinne der Vergleichbarkeit zertifiziert werden. Bereits bestehende  
291 Netzwerke und Institutionen sollen genutzt und neue eingerichtet werden.

292

## 293 **Die BürgerInnenversicherung**

294

295 Die gesetzliche Krankenversicherung stellt eine der größten Errungenschaften für die Menschen  
296 in diesem Land dar. Über 70 Millionen Menschen werden heute durch die GKV vor Armut durch  
297 Krankheit geschützt. Dabei stellt das deutsche Gesundheitswesen eines der sichersten und  
298 stabilsten weltweit dar.

299

300 Dennoch steht auch das System der Krankenversicherung in den kommenden Jahren vor  
301 großen Herausforderungen. Durch die doppelte Struktur von Gesetzlichen und Privaten  
302 Krankenversicherungen hat sich in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin entwickelt. Auch  
303 wenn die Gesundheitsversorgung insgesamt auch durch die private Krankenversicherung  
304 gestützt wird, lehnen wir Jusos diese doppelte Struktur ab.

305

306 Um die Effizienz des Krankenversicherungswesens zu steigern, wurde in der Vergangenheit  
307 eine Vielzahl an Reformen durchgeführt. So wurde der Wettbewerb zwischen den Gesetzlichen  
308 Krankenversicherungen gesteigert sowie ein einheitlicher Beitragssatz, anzusetzen durch die  
309 Bundesregierung, eingeführt, und seit 2010 wurde die Möglichkeit geschaffen, Zusatzbeiträge  
310 zu erheben. Dabei wurde von der alten, schwarz-gelben Bundesregierung die Axt an das  
311 Prinzip der solidarischen, paritätischen Finanzierung gelegt. So wurde der  
312 ArbeitgeberInnenanteil eingefroren, auch um die ArbeitgeberInnen vor den Folgen des  
313 demografischen Wandels zu schützen, der ArbeitnehmerInnenanteil dabei aber nach oben hin  
314 angepasst. Diese Trennung lehnen wir Jusos ab.

315

316 Die private Krankenversicherung deckt aktuell ca. 11 % aller Versicherten in Deutschland ab.  
317 Darüber hinaus bestehen über 23,1 Millionen Zusatzversicherungen. Die Hürden für den Eintritt  
318 in die PKV liegen hoch, der Wechsel zurück in die GKV ist für Versicherte teils nur erschwert  
319 möglich. Der Grundgedanke der Kapitaldeckung der PKV im Gegensatz zu einer  
320 Umlagedeckung bei der GKV hat sich nicht bewährt. Auch im Kontext der  
321 gesamtwirtschaftlichen Situation der privaten KrankenversichererInnen hat sich gezeigt, dass  
322 dieses Modell langfristig auf Kosten der Versicherten fußt. Die erwarteten Kosteneinsparungen  
323 in der PKV haben sich nicht eingestellt, so beliefen sich die Verwaltungskosten der PKV auf  
324 10,5 % der Beitragseinnahmen, während die Kosten der GKV bei lediglich 5,33 % der  
325 Beitragseinnahmen lagen (Stand 2010).

326

327 Wir Jusos sprechen uns daher für eine BürgerInnenversicherung aus. In dieser soll ein  
328 Wettbewerb um Qualität der Versorgung und Wirtschaftlichkeit zwischen allen VersichererInnen  
329 bestehen bleiben, die Qualität der Versorgung aber nicht vom Einkommen der Versicherten  
330 abhängen. Die Aufnahme von VersicherungsnehmerInnen muss dabei ohne  
331 Gesundheitsprüfung erfolgen. Die von Konservativen und Liberalen geforderte Kopfpauschale,  
332 die alle ArbeitnehmerInnen ungeachtet ihres Einkommens gleich belastet und den  
333 Arbeitgeberanteil langfristig einfriert, lehnen wir entschieden ab.

334

335 Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Daher wollen wir Prävention stärken.

336

337 Die Präventionsarbeit muss bereits im frühen Kindesalter ansetzen. Prävention in Kindergärten  
338 und in der Schule bietet dabei die Möglichkeit einer frühzeitigen und großflächigen Abdeckung.  
339 Bei der Präventionsarbeit steht für uns neben der Aufklärung über gesundheitliche Risiken auch  
340 die Erlernung einer gesunden Lebensweise im Fokus. Die Zielgruppen- sowie  
341 Lebensweltorientierung ist dabei ein wichtiges Merkmal für erfolgreiche Präventionsarbeit.  
342 Neben der Entwicklung von neuen Präventionsprogrammen, halten wir dabei auch eine  
343 Verstärkung von Projektgeldern sowie die direkte Einbindung von präventiven Elementen in den

344 Unterricht und Kindergartenalltag für unverzichtbar.

345

346 Auch die Arbeitswelt muss stärker in den Fokus gerückt werden. Viele Menschen erkranken im  
347 Laufe des Dienst- und Erwerbslebens körperlich oder psychisch an den Folgen ihrer  
348 Berufstätigkeit. Im schlimmsten Fall hat dies Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit zur Folge. Hier gilt  
349 es die Risiken zu minimieren, und vor allem Arbeit so zu organisieren, dass sie nicht krank  
350 macht und sie somit menschlicher auszugestalten. Ein individuell gestalteter Arbeitsplatz wirkt  
351 präventiv. Firmen müssen an dieser Stelle verpflichtet werden, Arbeitsplätze nicht nur möglichst  
352 kostengünstig sondern gesundheitsschonend einzurichten. Anreize der ArbeitgeberInnen zur  
353 gesundheitsbewussten Lebensgestaltung der ArbeitnehmerInnen sind unterstützenswert.  
354 Bürokratische Hürden, die junge Menschen daran hindern, eine Dienst-, Erwerbs- oder  
355 Berufsunfähigkeitsversicherung abzuschließen, wollen wir abbauen.  
356 Zum anderen sind Präventionsangebote wie Vorsorgeuntersuchungen auszubauen. Viele  
357 Krankheiten können bei früher Diagnose gezielt und erfolgreich behandelt werden. Daher sind  
358 Anreizsysteme durch die Krankenkassen zum Ausbau der Vorsorge zu fördern und  
359 weiterzuentwickeln. Bestehende Gebühren und Zuzahlungen für Vorsorgeuntersuchungen  
360 müssen aufgehoben werden.

361

### 362 **Die Pflegeversicherung**

363

364 In einer Gesellschaft, in der die Lebenserwartung der Menschen kontinuierlich ansteigt, wird die  
365 Frage, wie wir mit Menschen die pflegebedürftig sind umgehen, zunehmend an Bedeutung  
366 gewinnen. Ein Altern in Würde ist nur möglich, wenn die entsprechende Pflege der Menschen  
367 ebenfalls gewährleistet ist.

368

369 Die Pflegeversicherung wurde in den letzten Jahren mehrfach durch neue gesetzliche  
370 Regelungen an die sich verändernde demografische Situation angepasst, zuletzt durch die  
371 Erhöhung des Beitragssatzes um 0,3 Prozent im Pflegestärkungsgesetz 2015. Diese  
372 Anpassung wird jedoch langfristig nicht ausreichen, um den erhöhten Anforderungen an die  
373 Leistungsfähigkeit der Pflegeversicherung im Hinblick auf Generationengerechtigkeit gerecht zu  
374 werden. Zukunftsfähig ist die Pflegeversicherung nur mit einer nachhaltigen und starken  
375 Finanzierung, da die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2020 auf etwa 2,72 Millionen Menschen  
376 und im Jahr 2050 gar auf 3,76 Millionen ansteigen wird.

377

378 Wir fordern eine schnelle und konsequente Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes,  
379 an welchem nun seit 2006 in Expertengremien gearbeitet wird. Menschen mit geistigen  
380 Behinderungen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen müssen entsprechend des  
381 Gleichheitssatzes in der Pflegeversicherung Leistungen erhalten. Auch das gehört zur  
382 Generationengerechtigkeit, denn von diesen Erkrankungen sind nicht nur ältere, sondern auch  
383 zunehmend jüngere Menschen betroffen.

384

385 Um Lösungen für die zunehmenden gesellschaftlichen Probleme im Pflegebereich zu  
386 ermöglichen, ist es dringend erforderlich, wesentlich mehr finanzielle Mittel für Forschung im  
387 Bereich Pflegewissenschaft und Prävention bereitzustellen. Die zunehmende Akademisierung  
388 der Pflegefachkräfte unterstützen wir, da dadurch ein höheres Ausbildungsniveau auch ein  
389 höheres fachliches Arbeitsniveau gewährleistet wird. Gleichzeitig werden für eine hohe  
390 Durchlässigkeit des Bildungssystems insbesondere über Möglichkeiten der fachlichen  
391 Weiterbildung und Nachqualifizierung in diesem Bereich Sorge tragen. Durch eine  
392 Akademisierung und Professionalisierung darf sich der Pflegeberuf, auch aufgrund des  
393 steigenden Bedarfs, nicht dem Zugang von Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen  
394 verschließen.

395

396 1,8 Millionen Menschen werden in Deutschland ambulant, sei dies zu Hause oder in betreuten  
397 Wohngruppen gepflegt. Das sind rund Dreiviertel der BezieherInnen von Pflegeleistungen im  
398 Rahmen der gesetzlichen Pflegeversicherung. Daher fordern wir die unbegrenzte zeitliche  
399 Förderung von ambulant betreuten Wohngruppen. Des Weiteren ist für uns wichtig, dass neue  
400 selbstorganisierte Wohnformen, auch in freier Trägerschaft, gestärkt werden um ein vielfältiges  
401 Angebot, speziell in der Fläche zu gewährleisten. Diese Konzepte als bewohnerInnenorientierte  
402 individuelle Versorgung – außerhalb von vollstationären Einrichtungen – sind gerade für jüngere  
403 Angehörige interessant. Stationäre Pflegeheime können den individuellen Bedürfnissen der  
404 pflegebedürftigen Menschen unter den derzeit gegebenen gesellschaftlichen und politischen



405 Rahmenbedingungen zudem oft nicht gerecht werden. Die ambulante Pflege von Angehörigen  
406 zu Hause stellt daher eine wichtige Säule in der Versorgung der älteren Generation dar. Diese  
407 Leistung wird zumeist von der jüngeren Generation übernommen, die dafür die entsprechende  
408 Zeit benötigt. Diese kann beispielsweise über Ziehungsrechte in der Arbeitsversicherung oder  
409 eine Weiterentwicklung der von uns geforderten Familienarbeitszeit bereitgestellt werden.

410  
411  
412  
413  
414  
415  
416  
417  
418  
419  
420  
421  
422  
423  
424  
425  
426  
427  
428  
429  
430  
431  
432  
433  
434  
435  
436  
437  
438  
439  
440  
441  
442  
443  
444  
445  
446  
447  
448  
449  
450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457  
458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465

**Titel** Kostenlose Verhütung auch mit Kondom

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Kostenlose Verhütung auch mit Kondom

- 1 Der Bundeskongress der Jusos fordert die Kostenübernahme von Kondomen für junge
- 2 Menschen mit gesetzlicher Krankenversicherung bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres
- 3 durch die jeweilige Krankenkasse. Die Anzahl der auszugebenden Kondome ist angemessen zu
- 4 begrenzen.

5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!

1 In der Bundesrepublik ist es jungen Frauen\* nur bis zu ihrem 20ten Lebensjahr möglich sich die  
2 Pille von ihrer gesetzlichen Krankenversicherung finanzieren zu lassen. Für uns ist es  
3 selbstverständlich, dass jeder Mensch, egal welchen Geschlechts, sexueller Orientierung oder  
4 Alters ein Anrecht auf kostenlosen Schutz vor Krankheiten und ungewollten Schwangerschaften  
5 hat. Das Gesellschaftsbild, das hinter der Kostenübernahme der Pille bis zum Alter von 20  
6 Jahren steht, lehnen wir ab. Verhütungsmittel sollen der sexuellen Selbstbestimmung aller  
7 Menschen dienen, nicht der Kontrolle und Steuerung Sexualität und Fortpflanzung aller  
8 Geschlechter durch den Staat.

9

10 Die Pflicht, als Einzelperson Verhütungsmittel bezahlen zu müssen, setzt voraus, dass diese  
11 sich alle leisten können. Dies ist nicht der Fall. Als Jungsozialist\*innen ist es für uns jedoch  
12 selbstverständlich, dass alle unabhängig vom Einkommen, ein Anrecht auf Schutz vor  
13 Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften hat. Sexuelle und gesundheitliche  
14 Selbstbestimmung sind Menschenrechte.

15

16 Daher fordern wir:

17

- 18 • Den kostenlosen Zugang für alle zur jeweils gewählten Verhütungsmethode, der Zugang  
19 zu Kondomen soll kostenlos sein
- 20 • Den kostenlosen Zugang zu einem anonymen Beratungsgespräch, auch über sexuell  
21 übertragbare Krankheiten, um das richtige Verhütungsmittel zu wählen
- 22 • Den weiteren Ausbau der Aufklärungsarbeit im Bereich Verhütung und geschlechtlich  
23 übertragbaren Krankheiten

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen

1 Die Jusos, setzen sich dafür ein, dass: Die Früherkennungsuntersuchungen U1 und U2 in  
2 Arztpraxen und Krankenhäusern, durch das Verfahren der Pulsoxymetrie erweitert werden.

3

4 **Begründung:**

5 Das Verfahren der Pulsoxymetrie dient der nicht invasiven Ermittlung der arteriellen  
6 Sauerstoffsättigung und kann Leben retten.

7

8 Im Jahr werden rund 6.000 Kinder mit einem angeborenen Herzfehler entbunden, wobei  
9 manche Herzfehler nicht sofort nach der Geburt erkannt werden. Dies liegt auch daran, dass die  
10 regulären Untersuchungen nach der Geburt nur sehr wenige Möglichkeiten bieten, einen  
11 Herzfehler zu diagnostizieren.

12

13 In den letzten Monaten und Jahren, sind Fälle aufgetreten, in denen Babys gestorben sind,  
14 deren Herzfehler man durch eine Pulsoxymetrie hätte erkennen können. Da die Kliniken für  
15 solche Untersuchungen meist nicht ausgerüstet sind, sterben Kinder.

16

17 Wenn diese Untersuchung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen  
18 aufgenommen wird, könnte man frühzeitig angeborene Herzfehler erkennen und entsprechend  
19 behandeln. Das Verfahren der Pulsoxymetrie bei Neugeborenen ist in den USA seit 2009  
20 gesetzlich vorgeschrieben.

21

22 Die Anschaffung eines Pulsoxymeters ist kostengünstig und für die Untersuchung braucht es  
23 keine besondere Ausbildung. Bisweilen machen einige Ärzt\*innen diese Untersuchung freiwillig  
24 und alle Kinderkardiolog\*innen messen bei ihren Patient\*innen den Sauerstoffgehalt im Blut um  
25 den Gesundheitszustand optimaler einordnen zu können.

26

27 Zur Erklärung: Ein gesunder Mensch ohne Herzfehler, hat zumeist eine Sauerstoffsättigung von  
28 95 bis fast 100%. Viele Herzranke, leben aber mit einer Sauerstoffsättigung um die 80% oder  
29 noch viel geringer.

30

31

32

33

34

35

36

**Titel** Stärkung der nicht-medizinischen Prävention  
im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Stärkung der nicht-medizinischen Prävention im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!

- 1 Wir lehnen den Entwurf des neuen Präventionsgesetzes ab, da die Krankenkassen nicht  
2 verpflichtet werden sollen, ihren Mitgliedern finanzielle Anreize für eine „gesunde  
3 Lebensführung“ zu bieten. Im Gegenteil fordern wir, dass diese Praxis verboten wird.  
4  
5 Wir lehnen es ab, dass die Krankenkassen Daten über die höchstpersönliche Lebensführung  
6 der Versicherten sammeln wollen und konformes Verhalten durch niedrigere Beiträge  
7 honorieren. Das Solidaritätsprinzip, nachdem alle Versicherten für alle Versicherten zahlen, wird  
8 untergraben, wenn Menschen, die ihre Lebensführung nicht an die Vorstellung der  
9 Krankenkassen anpassen, durch faktisch höhere Beiträge bestraft werden.  
10  
11 Einzelne Krankenkassen (bspw. die „Techniker Krankenkasse“) belohnen die Versicherten für  
12 die Nutzung von Smartwatches und Fitness-Tracking-Programmen. Insbesondere diese  
13 Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge. Durch derartige Software werden intimste Daten  
14 der Versicherten erfasst. Der Diebstahl und Missbrauch von Daten stellt insbesondere in diesem  
15 Zusammenhang eine enorme Gefahr dar.  
16  
17 Wir Jusos lehnen eine „verwaltete Welt“ ab, in der die alle Daten - ob von privaten oder  
18 staatlichen Stellen - erfasst werden. Die Belohnung bzw. Bestrafung bestimmter Formen der  
19 Lebensführung durch finanzielle Leistungen der Krankenkassen halten wir für falsch. Es braucht  
20 keine staatliche Bevormundung, sondern effektive Vorsorge durch mehr Aufklärungs- und  
21 Bildungsarbeit und eine bessere Finanzierung des Gesundheitsbereichs, insbesondere der  
22 Betreuung durch wohnortnahe HausärztInnen.  
23  
24 **Begründung:**  
25 Der neue Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention  
26 (PrävG) soll ab 2016 die Gesundheitsvorsorge stärken und das Gesundheitssystem verbessern.  
27  
28 Die gesetzlichen Krankenkassen sollen verpflichtet werden, ihren Mitgliedern finanzielle Anreize  
29 für ein gesundheitsbewusstes Leben zu geben. So wird beispielsweise belohnt, wer  
30 Maßnahmen der gesundheitlichen Vorsorge trifft, indem er oder sie abnimmt oder mit dem  
31 Rauchen aufhört. Zudem räumt das Gesetz den gesetzlichen Krankenkassen sowie der Pflege-  
32 und der Rentenversicherung mehr Möglichkeiten für Präventionsangebote ein. Dafür sollen  
33 diese ihre Ausgaben für Präventionsmaßnahmen verdoppeln. Das Geld soll in Programme  
34 fließen, die beispielsweise Diätprogramme für Erwachsene oder die Impfberatung vor dem Kita-  
35 Start gewährleisten. Dabei ist die Präventionsleistung nichts Neues und in Form von  
36 Impfberatung oder der Intention der Vorbeugung von Zivilisationskrankheiten durch mehr  
37 Bewegung auch sinnvoll. Diese Art der Präventivmaßnahmen ist aber nur Stückwerk und kein  
38 ganzheitliches Konzept zur gesundheitlichen Lebensweise.

39

40 Zudem ist der Gesetzesentwurf ungerecht! Er fördert die soziale Ungleichheit in der  
41 Gesundheitsvorsorge. Langzeitarbeitslose, GeringverdienerInnen, Ältere und Menschen mit  
42 Behinderung werden mit dem geplanten Gesetz kaum erreicht. Der Entwurf berücksichtigt nicht  
43 den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheitsproblemen und trägt somit zur  
44 Verschärfung sozialer Ungleichheiten im Gesundheitswesen bei. KassenpatientInnen sollen  
45 zukünftig mehr von dem Ausbau der Präventions- und Bonusprogramme profitieren, wenn sie  
46 auf ihre Gesundheit achten. Sozial benachteiligte Menschen haben aber in der Regel sehr viel  
47 näher liegende Probleme als ihre Gesundheit oder ihre Lebenserwartung. Sie beschäftigt, wie  
48 sie die Lebensqualität ihrer Familie steigern können, wie sie ihre Familie finanzieren können,  
49 wie sie ihren Kindern ein Minimum an Urlaub oder die Teilnahme an einem Schulausflug bieten  
50 können. Sie haben keine Zeit, darüber nachzudenken, ob sie mit Sport ihre Lebenserwartung  
51 erhöhen können oder sie haben kein Geld übrig, um sich im Fitness-Studio beraten zu lassen.  
52 Ferner ist belegt, dass gerade unter armen Kindern überdurchschnittliche Defizite bei Motorik,  
53 Gleichgewichtssinn und Konzentrationsfähigkeit vorherrschen-dies sind eben die Kinder, deren  
54 Eltern sich nicht den Ski-Kurs leisten konnten oder die Mitgliedschaft im örtlichen Turnverein.  
55 Die Intention des Gesetzes ist nur zu erreichen, wenn die Lebens-, Wohn- und  
56 Arbeitsbedingungen für alle Menschen gesundheitsfördernder gestaltet werden und die  
57 langfristig angelegten Gesundheitsförderungsmaßnahmen bereits in Kita und Schule ansetzen  
58 und somit für den weiteren Lebensgestaltungsweg mitgegeben werden. Bereits hier muss  
59 praktische Teilhabe eingeübt werden, muss gesundes, verantwortungsvolles, bewusstes  
60 Verhalten eingeübt werden. Dies geschieht zum Beispiel anhand des Speiseplans, der  
61 Raumgestaltung oder des Tagesplans. Nur so können Krankheiten in Zukunft effektiv verhütet  
62 werden. Die Krankenkassen dürfen nicht pauschal Leistungen ausweisen, sondern müssen  
63 gezielt auf die Bedürfnisse sozial benachteiligter Menschen zugeschnittene Programme  
64 entwerfen. Nur so werden ungleiche Gesundheitschancen verhindert!

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

**Titel** Mitbestimmung der Patientenvertreter\*innen  
im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Mitbestimmung der Patientenvertreter\*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)

1

2 Die Jusos sprechen sich für eine Veränderung im SGB V, dahingehend aus, dass den  
3 Patientensprecher\*innen, welche dem GBA beisitzen, zukünftig Stimmrecht eingeräumt wird.

4

5 **Begründung:**

6

7 Da die Patient\*innen die direkt Betroffenen der Auswirkungen der Entscheidungen, welche  
8 durch den Gemeinsamen Bundesausschuss getroffen werden, sind, ist es unverständlich, wie  
9 es sein kann, dass die Patientenvertreter\*innen, ein basisdemokratisches Mitbestimmungsrecht  
10 vorenthalten wird.

11

12 Grundsätzlich sollte betroffenen Menschen eine Möglichkeit gegeben werden, ein Minimum an  
13 Mitbestimmung, bzw. ein Minimum an Einfluss auf die ihn betreffende Entscheidung auszuüben.

14

15 Vorbild hierfür sollten die Aufsichtsräte der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) sein.  
16 Diese räumen den Patientenvertreter\*innen eben dieses Stimmrecht ein. Ganz besonders dann,  
17 wenn es um gesundheitliche Regelungen geht, denn diese nehmen Einfluss auf die individuelle  
18 Lebensqualität.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Verpflichtende Herausgabe von  
Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der  
Individualtherapie

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Verpflichtende Herausgabe von Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der Individualtherapie

- 1 Für die Prüfung und Erprobung von Medikamenten sind oft jahrelange klinische Studien nötig.
- 2 Doch für Menschen mit schweren Erkrankungen, bei denen die bereits zugelassenen
- 3 Therapiemöglichkeiten nichts bewirken und die aber an der Forschungsstudie nicht teilnehmen,
- 4 erfolgt die Zulassung manchmal zu spät. Für diese Menschen gibt es noch zwei weitere
- 5 Möglichkeiten: den individuellen Heilversuch und das Härtefall-Programm.
- 6
- 7 Härtefall-Programme (Compassionate Use) sind Programme, für die eine Gruppe von
- 8 PatientInnen für die Behandlung mit noch nicht zugelassenen Medikamenten definiert wird. Wir
- 9 fordern eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die sicherstellt, dass die Verweigerung der
- 10 Herausgabe eines sich in der Zulassung befindlichen Arzneimittels für den individuellen
- 11 Heilversuch durch das herstellenden Pharmaunternehmen nur abgelehnt werden darf, wenn
- 12 gesundheitsbedenkliche Aspekte und nicht Bedenken hinsichtlich einer etwaigen Schmälerung
- 13 des Erfolges bei Markteinführung beruht. Zur Überprüfung dieses Sachverhalts muss eine
- 14 unabhängige medizinische Forschungseinrichtung zwischengeschaltet werden. Bestätigt die
- 15 Forschungsstelle die gesundheitlichen Bedenken nicht, muss das jeweilige Unternehmen das
- 16 Medikament herausgeben. Die Prüfung durch die unabhängige Forschungsstelle hat im
- 17 Eilverfahren zu erfolgen. Die gesetzlichen Krankenkassen zahlen für das Medikament nicht, nur
- 18 für die Behandlung und gegebenenfalls für den Klinikaufenthalt.
- 19
- 20 Die Behandlung eines individuellen Einzelfalls ist nicht Gegenstand der Arzneimittel-Härtefall-
- 21 Verordnung. Hier handelt es sich um die Anwendung eines Medikaments im Einzelfall, das
- 22 heißt, der/die behandelnde Arzt/Ärztin kann sich keiner Liste bedienen, aus der der mögliche
- 23 Einsatz noch nicht zugelassener Medikamente für die Behandlung bestimmter
- 24 PatientInnengruppen aufgelistet ist, sondern er/sie muss sich selbst auf die Suche nach
- 25 Medikamenten in der Erprobung machen, die zur Bekämpfung des Krankheitsbildes des/der
- 26 jeweiligen Patienten/in dienen kann. Hier agieren Arzt/Ärztin und PatientIn quasi aus eigener
- 27 Initiative.
- 28
- 29 Findet ein Arzt/eine Ärztin eine passende klinische Studienreihe, kann er/sie im Rahmen
- 30 seiner/ihrer Therapiefreiheit dieses noch nicht zugelassene Medikament prinzipiell einsetzen,
- 31 denn wenn eine Krankheit tödlich verlaufen kann, es keine alternative Medizin gibt oder eine
- 32 schwere Behinderung nach sich zieht, darf ein Arzt/eine Ärztin unter besonderen
- 33 Sicherheitsmaßnahmen ein noch nicht zugelassenes Medikament einsetzen. Der Arzt/Die Ärztin
- 34 trägt dabei die Verantwortung für die Anwendung. So wurde etwa auch mit einigen der Ebola-
- 35 PatientInnen in Deutschland, Frankreich und den USA verfahren, die wohl mit Medikamenten
- 36 behandelt wurden, die vorher lediglich in tierischen Studien erprobt wurden.



37

38 Das Problem: Zur Herausgabe eines noch nicht zugelassenen Medikaments für den  
39 individuellen Heilversuch sind die herstellenden Firmen nicht verpflichtet, d.h. sie können die  
40 Herausgabe auch verweigern.

41 Wir fordern eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die es verhindert, dass die Ablehnung der  
42 herstellenden Firmen nicht auf gesundheitsbedenklichen Aspekten beruht, sondern auf  
43 Bedenken hinsichtlich eines Markterfolgs des Produkts. Die Ablehnung der Herausgabe eines  
44 Medikaments für den individuellen Heilversuch muss der Prüfung im Eilverfahren, also  
45 unverzüglich, unabhängiger Forschungsstellen Stand halten. Außerdem fordern wir die  
46 Erarbeitung eines Konzepts zur Kostenübernahme auch für den individuellen Heilversuch.

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

**Titel**                                      Rechtliche Regelungen für die neuen  
Assistenzhundarten

**Antragsteller**                         Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an**

angenommen            mit Änderungen angenommen            abgelehnt

---

## Rechtliche Regelungen für die neuen Assistenzhundarten

1 Die Juso Bundeskonferenz möge beschließen, dass die neuen Assistenzhundarten dem  
2 Blindenführhund gleichgestellt werden.

3

4 **Begründung:**

5 Der bekannteste aller Assistenzhunde ist der Blindenführhund. Da der Blindenführhund einen  
6 schwerbehinderten Menschen begleitet genießt er bestimmte Privilegien, die durch die  
7 Anerkennung als medizinisches Hilfsmittel und die Aufführung im Hilfsmittelkatalog rechtlich  
8 klar abgesichert sind. So darf er zum Beispiel seinen Menschen auch an Orte begleiten an dem  
9 andere Hunde verboten sind, darf kostenlos alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen etc.. Seit  
10 einigen Jahren entwickeln sich in Deutschland neue Assistenzhundarten, wie zum Beispiel der  
11 Epilepsiewarnhund, der Diabetikerwarnhund, der LPF-Assistenzhund oder der Autismushund,  
12 die genau wie der Blindenführhund einen schwerbehinderten Menschen begleiten, ihn bei der  
13 Lebensbewältigung unterstützen und zum Teil sogar lebensrettende Maßnahmen durchführen.  
14 Es versteht sich von selbst, dass diese von speziellen Assistenzhundorganisationen über  
15 Monate und Jahre ausgebildeten Hunde dieselben Privilegien, wie der Blindenführhund  
16 benötigen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Die neuen Assistenzhundarten sind  
17 gesetzlich nicht hinreichend abgesichert, da sie nicht wie der Blindenführhund als Hilfsmittel  
18 anerkannt und nicht in dem Hilfsmittelkatalog aufgeführt werden. Somit ist ein Mensch, der  
19 einen Anfallswarnhund bei sich führt einem blinden Menschen mit einem Blindenführhund  
20 gegenüber deutlich benachteiligt.

21

22 Dem Entgegen stehen aber das Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 3) und das Gesetz zur  
23 Gleichstellung behinderter Menschen, welche besagen, dass Menschen mit Behinderung nicht  
24 benachteiligt werden dürfen.

25

26 Um diese Diskriminierung zu bekämpfen und den Verstoß gegen diese Gesetze zu beenden,  
27 fordern wir eine sofortige Änderung der Gesetzeslage. Wir fordern daher die rechtliche  
28 Gleichstellung aller Assistenzhunde durch die Anerkennung als medizinische Hilfsmittel, sowie  
29 die Aufnahme in den Hilfsmittelkatalog.

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Flächendenkende medizinische Versorgung sicherstellen

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Flächendenkende medizinische Versorgung sicherstellen

1 Wir, der Juso-Bundesverband, fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, das Thema der  
2 medizinischen Versorgung in strukturschwachen Gebieten wieder auf die Tagesordnung zu  
3 bringen.

4

5 Es gilt, die dortige ärztliche Versorgung zu fördern, die medizinisch ambulante durch nicht-  
6 ärztliche, medizinisch gebildete Angestellte ausgeführte Arbeit finanziell mehr zu unterstützen  
7 und das Medizinstudium zu reformieren. Zentralisierte MedizinerInnenkassen müssen eingeführt  
8 werden und die finanzielle Versorgung der Universitäten sichergestellt werden.

9

10 Das Berufsbild von Land- und Hausärzten muss gefördert werden, um auch junge Studierenden  
11 für diese Form des Arztberufes zu begeistern. Dieser muss nämlich attraktiver werden!

12

13 **Begründung:**

14 Gerade in ländlichen oder sozial schwachen Gebieten ist die medizinische Versorgung fatal.  
15 Dies gilt besonders für den gesetzlich versicherten Teil der Bevölkerung. Oft müssen  
16 PatientInnen Tage, Wochen oder sogar Monate auf Haus- und Facharzttermine warten. Das ist  
17 inakzeptabel! An solchen Beispielen zeigt sich die Zweiklassenmedizin, welche in Deutschland  
18 herrscht.

19

20 Im Koalitionsvertrag von 2013 zwischen CDU/CSU und SPD wurde festgelegt, dass die  
21 gesundheitliche Versorgung von gesetzlich Versicherten generell verbessert werden sollen. In  
22 der „fraktion intern“ vom 30.03.2015 wird nun davon gesprochen, dass Krankenkassen und  
23 Ärzte vor Ort entscheiden sollen, ob Kassenärztliche Vereinigungen Praxen aufkaufen und sie in  
24 schlecht versorgte Gebiete verlagert werden sollen. Die Jusos sind der Meinung, dass der Staat  
25 hier mehr eingreifen sollte.

26

27 Die medizinische Versorgung in strukturschwachen Gebieten muss subventioniert werden. Dies  
28 gilt für Praxen, welche sich bisher vorwiegend in finanziell ergiebigeren Ballungsgebieten  
29 ansiedeln. Themen der medizinischen Versorgung in provinziellen und kapitalschwachen  
30 Räumen sind schon lange ein Problem, allerdings fehlen weitreichende Taten.

31

32 Darüber hinaus muss das Medizinstudium reformiert werden. Nach und nach geschah das  
33 immer wieder in Form kleiner Änderungen in den letzten Jahren. Wir setzen uns dafür ein, dass  
34 zentralisierte MedizinerInnenkassen eingeführt werden, um individuellere und gerechtere  
35 Einstiegsvoraussetzungen herzustellen.

36

37 Um sicherzustellen, dass auch zukünftig genug MedizinerInnen und vor allem Allgemein- und  
38 HausärztInnen in Deutschland tätig sind, ist es wichtig, dass die finanzielle Versorgung von

39 Universitäten ständig geprüft wird.

40

41 Das Berufsbild von Land-, Allgemein- und Hausärzten muss weiter gefördert werden, da diese  
42 eine grundlegende Säule unseres Gesundheitssystems bilden. Generell sollten auch ärztliche  
43 beziehungsweise fachärztliche Honorare unter den Prüfstand gestellt werden, da es bei diesen  
44 oft zu unverständlichen Differenzen kommt.

45

46 Des Weiteren ist es wichtig, Alternativen zum konventionellen System zu entwickeln. So gibt es  
47 bereits Modellregionen, in denen medizinische Fachangestellte und beispielsweise  
48 Krankenschwestern an Fortbildungen teilnehmen konnten, um kleinere ärztliche Aufgaben  
49 ambulant zu übernehmen, was vor allem älteren, nicht mobilen Menschen auf dem Land zu  
50 Gute kommt. Wir sind der Meinung, dass diese und potentielle weitere Methoden gefördert und  
51 verbreitet werden müssen.

52

53 Die SPD ist daher dazu angehalten, das Thema noch innerhalb dieser Legislaturperiode zur  
54 Chefsache zu machen und sich in diesen Themen in der Großen Koalition durchzusetzen.

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesparteitag auf, sich für den  
2 Fortbestand des Unterhaltsanspruchs während eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), eines  
3 Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) oder eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD)  
4 einzusetzen.

5

6 **Begründung:**

7 Bislang geht der Gesetzgeber davon aus, dass FSJler, FÖJler und BFDler von ihrem  
8 Arbeitgeber mit Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld angemessen ausgestattet werden.  
9 Abgeleitet wird dies von der früheren Regelung beim Zivildienst. Ausgenommen hiervon sind  
10 nur FSJs, FÖJs und BFDs, die als Vorbereitung für ein späteres Studium (wie es zum Beispiel  
11 bei Medizin der Fall ist) oder einer späteren Berufsausbildung dienen.

12

13 Bei einem FSJ erhält man ein Taschengeld von maximal 330 Euro. Einige wenige Träger bieten  
14 noch Extraleistungen für Unterkunft und anfallende Fahrtkosten. Dennoch reicht das Geld in  
15 den meisten Fällen nicht aus, um seinen Lebensunterhalt vollständig selbst tragen zu können.  
16 Die Wochenstundenarbeitszeit bei einem FSJ, FÖJ oder BFD liegt zwischen 37 und 40  
17 Stunden, was zum einen eine Nebentätigkeit zeitlich nur schwer ermöglicht und zum anderen  
18 auch nur mit der Erlaubnis des Arbeitgebers des FSJs, FÖJs oder BFDs gestattet ist.

19

20 Durch die Verweigerung von Unterhalt wird der Attraktivität eines FSJs, FÖJs oder BFDs  
21 geschadet.

22

23 Seit Abschaffung des Zivildienstes, sind Teilnehmer des FSJ, FÖJ oder BFD eine  
24 unverzichtbare Unterstützung für viele soziale Einrichtungen und Institutionen. Neben dieser  
25 Tätigkeit lernen FSJler elementare, praktische Dinge und verbessern ganz besonders ihre  
26 sozialen Kompetenzen. Die Teilnahme von Jugendliche und junge Erwachsenen an einem FSJ,  
27 FÖJ oder BFD sollte daher forciert und deren Attraktivität gesteigert werden.

28

29 Eine der Möglichkeiten hierfür ist der Fortbestand des Unterhaltsanspruchs während des  
30 Freiwilligen Sozialen Jahres, des Freiwilligen Ökologischen Jahres und des  
31 Bundesfreiwilligendienstes.

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein

1 Wir fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, den kostenlosen Eintritt in alle staatlichen  
2 Museen und Gedenkstätten Kultureinrichtungen für alle Auszubildenden, Schülerinnen und  
3 Schüler, Studierende und Bezieher von staatlichen Sozialleistungen umzusetzen. Dadurch  
4 entstehende Verluste der genannten Kultureinrichtungen müssen vom Staat in  
5 Einzelpersonenabrechnung ersetzt werden.

6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

**Titel** Verlängerung des Unterhaltvorschlusses!

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Verlängerung des Unterhaltvorschlusses!

1 Der Unterhaltvorschluss für Alleinerziehende gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 Unterhaltvorschlussgesetz  
2 soll auf die volle gesetzliche Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet werden.

3

4 Zudem soll § 3 Unterhaltvorschlussgesetz, der eine Befristung des Unterhaltvorschlusses auf  
5 72 Monate vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Dadurch wird eine  
6 Unterhaltvorschlussleistung für die gesamte Zeit von Geburt bis Volljährigkeit bei  
7 nachgewiesenem Bedarf ermöglicht.

8

### 9 **Begründung:**

10 Für Alleinerziehende erfolgt die Erziehung ihrer Kinder unter erschwerten Bedingungen. Die  
11 Situation verschärft sich noch, wenn das Kind nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt von dem  
12 anderen Elternteil erhält. Gemäß dem Unterhaltvorschlussgesetz können alleinerziehende  
13 Elternteile gemäß § 1 Abs. 1 Nr.1 bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres in diesen Fällen den  
14 gesetzlichen Mindestunterhalt gemäß § 1612a Abs. 1 BGB beantragen. Allerdings kann der  
15 Unterhaltvorschluss gem. § 3 UhVorschG nur für maximal 72 Monate – also 6 Jahre –  
16 beansprucht werden. Der Unterhaltvorschluss wird vom Staat nur in Vorleistung an Stelle des  
17 Unterhaltspflichtigen gezahlt und schließlich vom Unterhaltspflichtigen zurückgefordert, sobald  
18 dies möglich ist.

19

20 Dass ein Antrag auf Unterhaltvorschluss nur bis zum Ende des 12. Lebensjahres gestellt  
21 werden kann – statt bis zur Volljährigkeit – ist nicht nachvollziehbar. Kinder und Jugendliche  
22 verursachen insbesondere im Alter von 12 – 18 Jahren hohe Kosten. Statistisch gesehen steigt  
23 der Bedarf eines Kindes mit zunehmendem Alter an.

24

25 Auch die Befristung auf 72 Monate ist kaum nachzuvollziehen. Sofern sich die Bedürftigkeit des  
26 Haushaltes nicht verändert bedarf es, zum Schutz des Kindes, einer dauerhaften staatlichen  
27 Unterstützung in Höhe des gesetzlichen Mindestunterhalts bis zur Volljährigkeit des Kindes.

28

29 Die Kinderarmut, insbesondere in alleinerziehenden Haushalten, entwickelt sich in der  
30 Bundesrepublik Deutschland zunehmend negativ. Um die Situation von Kindern und  
31 Jugendlichen in alleinerziehenden Haushalten zu verbessern, ist eine Änderung von § 1 Abs. 1  
32 Nr.1 und § 3 UhVorschG daher dringend notwendig.

33

34

35

36

37

38

**Titel** Reform des Wohngeldes

**Antragsteller** Schleswig-Holstein

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Reform des Wohngeldes

1 Das Wohngeldgesetz soll dahingehend geändert werden, dass das Gesetz die realen Mieten  
2 und Verhältnisse der Bedürftigen mit einbezieht und dahingehend, dass es nicht weiter an  
3 starren Regelungen und Obergrenzen festhält und somit die Rechtsgrundlage für ein sozial  
4 ausgewogenes Gesetz schafft.

5

6 Die Änderungen sollen wie folgt aussehen:

7

8 1. Die Abschaffung der starr festgelegten Obergrenzen der Mietkosten.

9 2. Eine Regelung für Sonderbedarf für Menschen mit Einschränkungen, welche es nicht  
10 möglich machen, eine gewöhnliche Wohnung zu beziehen.

11 3. Eine Regelung zur Errechnung des Wohngeldes unter Einbeziehung des realen  
12 Mietspiegels der jeweiligen kommunalen Ebene. Dabei sollen Daten des statistischen  
13 Bundesamtes sowie kommunale statistische Erhebungen, welche die Miete aufgrund des  
14 Quadratmeterpreises (jedes einzelnen Quadratmeters) angesetzt werden anstatt einer  
15 Pauschalisierung eines maximalen Wohnraumes.

16 4. Der Zuschuss des Wohngeldes soll auch Rücksicht auf die realen Vermögen bzw.  
17 Einkommen der Leistungsempfänger nehmen

18 5. Die Wohngeldzuschüsse oder Wohnkostenübernahmen sollen nach den hier geforderten  
19 Gesichtspunkten sowohl für reine Leistungsempfänger der Wohngeldstelle als auch für  
20 jegliche andere Leistungsempfänger des Sozialstaates Anwendung finden.

21

### 22 **Begründung:**

23 Bei der derzeitigen Regelung in unserem Sozialstaat ist den Menschen ein Leben zu  
24 ermöglichen, welches auch nach unserem Grundgesetz in Würde verbracht werden kann. Die  
25 aktuelle Wohngeldregelung bringt jedoch Menschen dazu, dieses Leben nicht in Würde führen  
26 zu können.

27

28 So werden für die Berechnung des notwendigen Regelsatzes zum Überleben die Kosten zur  
29 Sicherung des Lebensunterhaltes herangezogen. Diesem wird ein, von der entsprechenden  
30 Kommunalebene starr festgesetzter, Satz für Mieten hinzugerechnet. Hier sollen auch der  
31 Bedarf und der Ist-Zustand von Wohnungen vor Ort und zumutbarer Umgebung mit einbezogen  
32 werden.

33

34 Wenn aufgrund der aktuellen Mietsituation, die realen Mieten höher sind als die maximale  
35 Obergrenze, kann diese nicht überschritten werden. Die Ausnahme bildet hier das Wohngeld im  
36 Zuge des ALG II, welches für ein halbes Jahr trotz höherer Kosten weiter gezahlt werden kann –  
37 danach nur nach Einzelfallentscheidung.

38

39 Die Mehrkosten müssen daher von dem Leistungsempfänger getragen werden, womit er dann



40 automatisch unter das soziale Niveau fällt und somit nicht einmal mehr die minimalen Kriterien,  
41 im Hinblick auf sein/ihr Vermögen, erhält.

42

43 Die Regelungen sind überholt und für einen Sozialstaat nicht mehr hinnehmbar. Die Realitäten  
44 müssen anerkannt werden und die starren Regelungen durch flexible und praktikable  
45 Maßnahmen ersetzt werden.

46

47 So müssen Zuschüsse für jeden Hilfsbedürftigen in angemessener Höhe erteilt werden und  
48 diese nach Maßstäben errechnet werden, welche die sozialen Realitäten und Probleme der  
49 Menschen anerkennen und dabei helfen, das Leben in Würde zu führen.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

# R

## Rente, Generationen & Familie

R 1	Hannover Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.	435
R 2	Bayern Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik	438
R 3	Hessen-Süd Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	441

**Titel** Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.

1 **1. Ein Familienbild des 21. Jahrhunderts**

2

3 Familien sind für uns ein Ort wo Menschen Verantwortung für einander übernehmen. Sie  
4 müssen deshalb eine wichtige Rolle in unserer Politik einnehmen. Das traditionelle Familienbild  
5 der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau ist nicht mehr zeitgemäß. Unsere Familienpolitik  
6 muss sich deshalb an der gesellschaftlichen Realität und unseren Forderungen an eine  
7 emanzipatorische Gesellschaft ausrichten.

8

9 **Das bedeutet für uns konkret:**

10

- 11 • Eine Ausrichtung der Familienpolitik losgelöst von einzelnen äußeren einzelnen  
12 Erscheinungsformen von Familien. Das bedeutet konkret eine Sensibilisierung für alle  
13 Erscheinungsformen von Familien bspw. im Schulunterricht.
- 14 • Eine Ausweitung des Adoptionsrechts. Grundsätzlich muss gleichgeschlechtlichen Paaren  
15 und älteren Paaren die Möglichkeit der Adoption offen stehen. In jedem Fall muss eine  
16 konkrete Einzelfallbetrachtung stattfinden.

17

18 **2. Unterstützung von Familien sicherstellen**

19

20 Familiengründungen stellen für viele Menschen Herausforderungen dar. Die Politik muss  
21 deshalb für alle Familien Unterstützungsangebote liefern.

22

23 **Das bedeutet für uns konkret:**

24

25 Wir fordern die Gründung von kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien. Diese  
26 sollen an den sozialen Strukturen der Kommunen ausgerichtet sein. Sämtliche AkteurInnen vor  
27 Ort wie Beispielsweise Hebammen, MigrantInnenverbände und Kindertageseinrichtungen sind  
28 bei dem Aufbau dieser Netzwerke einzubinden.

29

- 30 • Das Land Niedersachsen soll für Städte und Gemeinde Mittel bereit stellen zum Aufbau  
31 von diesen kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien.

32

33 **3. Familien brauchen finanzielle Sicherheit**

34

35 Familiengründungen dürfen nicht zu Armut führen. Die finanziellen Hürden zur  
36 Familiengründung sind deutlich. Wir wollen diese Situation nicht länger hinnehmen. Wir fordern  
37 eine Politik, die Familien vor Armut schützt und so Familiengründungen finanziell absichern.

38

39 **Das bedeutet für uns konkret:**

40

- 41 • Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Familien. Die Wohnungsknappheit sorgt für
- 42 Probleme für Familien, insbesondere in Städten
- 43 • Finanzmittel müssen nach tatsächlicher Bedürftigkeit ausgezahlt werden.
- 44 Familienleistungen dürfen nicht länger gegen andere Sozialleistungen aufgerechnet
- 45 werden.

46

47 **4. Flexibilität in Arbeit, Ausbildung und Studium für Familien**

48

49 Familienbiographien sind selten einheitlich und über Generationen planbar. Verschiedene  
50 Phasen der Familienbiographien erfordern unterschiedlichen Zeitaufwand für Familie, Arbeit und  
51 Ausbildung. Gerade die Phase der Berufsfindung und Familiengründung zwischen 25 und 40  
52 stellt viele Menschen vor Herausforderungen. Wir fordern eine Politik, die allen Menschen die  
53 Freiheit gibt ihre Familienplanungen selbstständig und ohne die Gefahr ins berufliche Abseits  
54 zu geraten, sicherstellt.

55

56 **Das bedeutet für uns konkret:**

57

- 58 • Zukünftig müssen familienpolitische Maßnahmen an Bedürfnissen der Menschen
- 59 ausgerichtet sein und nicht mehr an finanzpolitischen Rahmenbedingungen.
- 60 • Arbeitsplätze müssen familienfreundlicher werden. Zum einen erfordert das einen Ausbau
- 61 von Arbeitszeitkonten, zum anderen müssen große ArbeitgeberInnen familienfreundliche
- 62 Büros mit Wickelmöglichkeiten und Spielzeug zur Verfügung stellen.
- 63 • Arbeitszeitverkürzungen für Eltern junger Kinder. Diese sollen gleichberechtigt zwischen
- 64 beiden Elternteilen aufgeteilt werden
- 65 • Prüfungsordnungen müssen überarbeitet werden, um die Möglichkeiten von
- 66 Teilzeitstudiengängen zu erweitern. Das bedeutet auch gelockerte Prüfungsbedingung
- 67 gezielt für Eltern. Die Infrastruktur für Familien muss auch an Hochschulen erweitert
- 68 werden.
- 69 • Teilzeitausbildungen müssen für Eltern bei vollem Finanzausgleich möglich sein.

70

71 **5. Kinderbetreuung für eine moderne Familienpolitik**

72

73 Kinderbetreuung ist essentiell für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der Staat  
74 muss eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und an den Bedürfnissen der Eltern  
75 ausgerichtete Kinderbetreuung sicherstellen.

76

77 **Das bedeutet für uns konkret:**

78

- 79 • KiTa Einrichtungen müssen länger geöffnet sein. Mittelfristig ist die flächenabdeckende
- 80 und bedarfsorientierte Einführung von Kindertagesstätten, die 24 Stunden am Tag
- 81 geöffnet sind zu prüfen.
- 82 • Kindertagesstätten in freier Trägerschaft müssen unter staatlicher Aufsicht stehen und
- 83 klare Qualitätsstandards erfüllen. Kinderbetreuung stellt eine zentrale Aufgabe der
- 84 öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Staatsaufgabe dar.
- 85 • Eine Erhöhung der Betreuungsqualität. Gründe für den Fachkräftemangel sind geringe
- 86 Vergütung, fehlende Zeit für Elternzusammenarbeit, eine hoher Krankenstand im Beruf
- 87 und fehlende soziale Anerkennung. Diese müssen behoben werden. Eine
- 88 Akademisierung des ErzieherInnenberufes lehnen wir ab.

89

90 **Begründung:**

91 *Familien sind wichtige soziale Strukturen in unserer Gesellschaft. Zentrale persönliche*  
92 *Entwicklungen finden in der Familie statt. Leider war die Familienpolitik der letzten Jahrzehnte*  
93 *an konservativen heterogenen Familienbildern ausgerichtet.*

94

95 *Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Das klassische Familienmodell des*  
96 *männlichen Alleinverdieners hat ausgedient. Die Politik ist dieser Entwicklung aber in weiten*  
97 *Teilen nicht gefolgt.*

98

99 *Als jungsozialistischer Verband müssen wir den Wunsch vieler Menschen nach einer*

100 *Familienzugehörigkeit anerkennen. Unsere familienpolitischen Forderungen müssen aber von*  
101 *unserem fortschrittlichen Kerngedanken geprägt sein.*  
102  
103 *Zu 1.: Ein wichtiger Schritt in der Veränderung hin zu einer guten Familienpolitik ist ein*  
104 *Mentalitätswechsel in der öffentlichen Meinung und insbesondere in der Politik. Die*  
105 *Entscheidungen, die Menschen für ihre Familienplanung treffen dürfen nicht pauschal diffamiert*  
106 *werden.*  
107  
108 *Zu 2.: Unsere Vorstellung von guter Politik sind an den tatsächlichen Bedürfnissen der*  
109 *Menschen ausgerichtet. Gute Strukturen vor Ort können Familien in ihrer täglichen Arbeit*  
110 *unterstützen. Gerade Kommunen sind gut geeignet flexibel auf die einzelnen Bedürfnisse der*  
111 *Menschen eingehen.*  
112  
113 *Zu 3.: Armut ist leider ein ständiger Faktor des Lebens in Deutschland. Wir müssen*  
114 *Armutsgefahren auch bei Familiengründungen überwinden.*  
115  
116 *Zu 4.: Die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert auch eine*  
117 *Veränderung der Arbeitsplätze. Laut dem Familienreport 2012 unterbrechen 40 Prozent der*  
118 *Studierenden ihr Studium, um sich für um die eigene Familie zu kümmern und/oder eine*  
119 *Erwerbsarbeit aufzunehmen. Diese Lebensentscheidungen dürfen nicht dazu führen, dass*  
120 *Menschen abgehängt werden.*  
121  
122 *Zu 5.: Die üblichen KiTa-Öffnungszeiten 7 Uhr bis 16 Uhr können für Vollzeitberufstätige eine*  
123 *enorme Hürde bei der Sicherung von Kinderbetreuung darstellen. Menschen, die in*  
124 *Schichtarbeit arbeiten haben erhebliche Probleme eine Kinderbetreuung zu organisieren.*  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

**Titel** Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik

1 Die Sozialdemokratie steht wie keine andere politische Bewegung für die Gleichstellung  
2 unterschiedlicher Lebensentwürfe und das Selbstbestimmungsrecht eines\_einer jeden  
3 einzelnen. Dazu gehört für uns eine moderne Familienpolitik, die beide Elternteile  
4 gleichermaßen in die Verantwortung nimmt sowie eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die allen  
5 Menschen ausreichend Zeit außerhalb ihres Arbeitsplatzes lässt.

### 6 7 **Verpflichtung zur hälftigen Teilung der Elternzeit – Abschaffung der Herdprämie**

8  
9 In unserer Vorstellung sind beide Elternteile gleichermaßen für die Erwerbsarbeit und die  
10 Familienarbeit verantwortlich und sollten jeweils in beiden Bereichen ihren Anteil leisten. Bisher  
11 nehmen Väter meist nur die zwei Monate Elternzeit, die notwendig sind, um für 14 Monate  
12 Elterngeld zu bekommen. Wir fordern, dass der Auszahlungszeitraum des Elterngeldes pro  
13 Elternteil max. sieben Monate beträgt. Alleinerziehende müssen das Elterngeld über die vollen  
14 14 Monate ausgezahlt bekommen.

15  
16 Das Betreuungsgeld muss sofort abgeschafft werden. Ein Anreiz für das Fernhalten von  
17 Kindern von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kann und darf niemals das Ziel  
18 sozialdemokratischer Familienpolitik sein!

### 19 20 **Familienarbeitszeit**

21  
22 Wir unterstützen die Absicht von Manuela Schwesig ein Arbeitsmodell für Familien einzuführen.  
23 Beide Elternteile müssen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit für einige Zeit zu reduzieren  
24 und sich so die Familien- und Hausarbeit zu teilen.

25  
26 Eine Familienarbeitszeit von jeweils 30 Stunden wäre ein guter Schritt in Richtung einer  
27 generellen Arbeitszeitverkürzung und würde beiden Elternteilen eine Verwirklichung im Beruf  
28 und ausreichend Teilhabe am Familienleben ermöglichen. Wir fordern deshalb, dass es Eltern  
29 ermöglicht wird ihre Arbeit auf 30 Stunden zu reduzieren. Familienarbeit ist eine  
30 gesellschaftliche Arbeit. Der Verdienstausfall ist daher aus Steuergeldern zu finanzieren. Auf  
31 diese Familienarbeitszeit müssen alle Arbeitnehmer\_innen einen Rechtsanspruch haben,  
32 ebenso wie auf die Rückkehr zur Vollzeit.

### 33 34 **Generelle Arbeitszeitverkürzung – Wir fordern die 30-Stunden-Woche!**

35  
36 Es ist wichtig, dass Menschen Arbeit haben um finanziell unabhängig zu sein. Trotzdem dürfen  
37 die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit und die flexiblere Einteilung der Arbeit nicht dazu  
38 führen, dass alle immer mehr arbeiten. Wir fordern deshalb gemeinsam mit den

39 Gewerkschaften langfristig eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – damit noch  
40 Zeit für Familie, ehrenamtliches Engagement und Freizeit bleibt.

41

## 42 **Bildung von Anfang an**

43

44 Kindertagesstätten und Kindergärten sind mehr als reine Kinderbetreuung – sie sind  
45 Bildungseinrichtungen. Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten muss es allen Kindern  
46 ermöglicht werden, an diesem Bildungsangebot teilzuhaben. Bildungseinrichtungen müssen  
47 deshalb vom ersten Tag an kostenlos sein und durch Steuergelder und damit durch die  
48 Gemeinschaft finanziert werden. Ein an bestimmte Bedingungen wie Kirchenzugehörigkeit  
49 gebundenes Angebot, darf öffentliche Angebote lediglich ergänzen, nicht ersetzen. Bund und  
50 Länder müssen den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um dies zu  
51 gewährleisten. Für Kinder ab 3 Jahren soll der Besuch eines Kindergartens verpflichtend sein.

52

53 Aber auch für Kinder im Alter von ein und zwei Jahren darf es nicht nur einen Rechtsanspruch  
54 geben, auf den im Falle einer Klage Jahre später eine Entschädigungsleistung gezahlt wird.  
55 Dies hilft den Betroffenen in ihrer konkreten Lebenssituation nicht und erfüllt auch nicht den mit  
56 der Einführung des Rechtsanspruchs intendierten gesellschaftlichen Zweck. Es muss vor allem  
57 sichergestellt werden, dass dieser Rechtsanspruch für jedes Kind umgesetzt werden kann und  
58 jedes Kind auch faktisch einen Krippen- bzw. Kita-Platz erhält.

59

60 Daneben muss auch die Betreuung von Kindern unter einem Jahr ermöglicht werden. Die  
61 Bereitstellung entsprechender Betreuungsangebote, die auch der frühkindlichen Bildung zu  
62 dienen haben, darf dabei nicht privaten und kirchlichen Anbietern allein überlassen werden.  
63 Hierfür bedarf es eines massiven Ausbaus staatlicher Angebote. Krippen müssen ausgebaut  
64 und mehr ErzieherInnen ausgebildet werden. Der ErzieherInnenberuf an sich muss deutlich  
65 attraktiver gestaltet werden, damit mehr Menschen sich dazu entschließen, eine  
66 ErzieherInnenausbildung zu durchlaufen und dadurch zu ermöglichen, dass mehr ErzieherInnen  
67 eigestellt werden können, um so allen Kindern eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bei  
68 angemessenen Gruppengrößen zu ermöglichen.

69

## 70 **Echte Ganztagesangebote mit der notwendigen Ausstattung**

71

72 Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ganztägige und ganzjährige Betreuung ermöglichen.  
73 Die rhythmisierte Ganztagesesschule muss die Regel werden. Es geht nicht darum, Kinder im  
74 Anschluss an den Unterricht zu betreuen, sondern ein pädagogisches Konzept mit einem  
75 Wechsel von Lern- und Freizeitphasen umzusetzen.

76

77 Von öffentlicher Seite sind entsprechend notwendige finanzielle und personelle Ressourcen  
78 dafür bereitzustellen.

79

## 80 **Familiensplitting statt Ehegattensplitting**

81

82 Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des  
83 Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als von  
84 anderen. Wir wollen deswegen die Abschaffung des Ehegattensplittings.

85

## 86 **Gleichstellung von „Regenbogenfamilien“ und Öffnung der Ehe**

87

88 Die Orientierung der Familienpolitik an Kindern bedeutet auch, dass homosexuellen Paaren  
89 endlich das gleiche Adoptionsrecht zusteht, wie heterosexuellen Paaren. Es geht um die  
90 Interessen und das Wohl der Kinder und nicht um das Festhalten an konservativen und starren  
91 Familienbildern. Gleichzeitig muss die Ehe endlich für homosexuelle Paare geöffnet werden.

92

## 93 **Langfristig Bedarfsgemeinschaft abschaffen**

94

95 Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können und von  
96 ihrer\_ihrem Partner\_in unabhängig sind. Die Orientierung an Bedarfsgemeinschaften und damit  
97 an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik verhindert aber dies gerade. Es ist zudem  
98 unverständlich weshalb unverheiratet zusammen lebenden Partnern die steuerliche  
99 Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird, sie aber im Falle sozialer Härten finanziell einer Ehe

100 gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als  
101 grundsätzliche Regel abschaffen.

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160



**Titel** Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

### 1 Familie im Wandel

2

3 Das vom Staat vorgegebene Familienbild wird den vielfältigen Problemlagen der Betroffenen  
4 nicht gerecht. Fest steht, dass das Bild von Familie im Wandel und vielfältig ist. Zwar bildet das  
5 klassische Familienmodell von heterosexueller Partnerschaft mit Kindern das häufigste Modell,  
6 jedoch sinkt dessen Anteil gegenüber Alleinerziehenden, gleichgeschlechtlichen Paaren,  
7 Patchworkfamilien und anderen Formen stetig. Einen einheitlichen Familienbegriff gibt es nicht.  
8 Insbesondere junge Menschen sind offen für alternative Lebensformen, werden aber frühzeitig  
9 in die traditionellen Lebensformen gepresst oder müssen sich durch nicht geplanter Elternschaft  
10 oder plötzlicher Pflegepflichten komplett um-orientieren wegen der gesetzlichen  
11 Rahmenbedingungen. Auch reagieren die Menschen pragmatisch auf die Lebensumstände und  
12 versuchen im Rahmen der Möglichkeiten das Beste für sich und den Menschen ihrer Umgebung  
13 heraus zu schlagen.

14

### 15 Soziales Dilemma

16

17 Wir stellen wir fest, dass durch staatliche steuer- und sozialrechtliche Regelungen(wie z.B.  
18 durch das Ehegattensplitting) Menschen weiterhin in das klassische Familienbild gepresst  
19 werden. In keinem anderen Politikfeld macht sich die konservative Prägung unseres  
20 Wohlfahrtsstaates so bemerkbar wie in der Familien- und Elternpolitik. Insbesondere Frauen  
21 sind von dieser verkrusteten Politik besonders schwer betroffen. Ehe und Kinderkriegen ist für  
22 sie oftmals verbunden mit einem geringerem Einkommen und verminderten Aufstiegschancen  
23 im Beruf. Daneben sorgt der demographische Wandel für einen erhöhten Pflegebedarf von  
24 Angehörigen, was oftmals auch von Frauen übernommen werden muss. Der deutsche  
25 Wohlfahrtsstaat wälzt somit seine Pflichten an Frauen ab. Diese haben dann ein erhöhtes  
26 Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein. Noch mal prekärer ist die Lage für die  
27 alleinerziehenden Eltern, von denen der überwiegende Anteil auch Frauen ist. Diese befinden  
28 sich meist im SGB II Bezug und haben trotz des Wunsches nach Erwerbsarbeit nicht die  
29 Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem führt der Spardruck in den  
30 Ländern und Kommunen zum Abbau von essentieller sozialer Infrastruktur wie  
31 Ganztagsbetreuungsangeboten, Vereinsstrukturen, Musikschulen oder Bibliotheken. Daneben  
32 steht der Ausbau von privaten Angeboten, die jedoch nur für eine geringe Anzahl von Eltern zur  
33 Verfügung steht und hier auch wieder exklusive Prozesse verstärkt.

34

### 35 Vereinbarkeit von Familie

36

37 Familien erleben außerdem einen wachsenden Zeitstress bei der Vereinbarkeit von Beruf und  
38 Familie. Die Wirtschaft reagiert auf die unterschiedliche Lebenssituation der Eltern, die nunmehr

39 zunehmend beide berufstätig sind, immer noch unzureichend und reflektiert zu wenig, dass  
40 durch die gängigen Arbeitszeit- und Mobilitätsanforderungen das Zeitbudget für Familien immer  
41 weiter verknappt wird. Ansätze der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und  
42 Familie gibt es, sie sind aber unzureichend. Auch junge Eltern stehen vor ähnlichen  
43 Rahmenbedingungen während ihres Studiums oder ihrer Ausbildung. Noch immer sind die  
44 Ansätze für eine Ausbildung oder eines Studiums in Teilzeit weniger stark ausgeprägt. Daneben  
45 verfügen Universitäten sowie Ausbildungsstätten über keine ausreichende Infrastruktur von  
46 Betreuungseinrichtungen. Das erhöhte Zeitmanagement, der eigenständigen Betreuungssuche-  
47 bzw. organisation und der Bewältigung von Studium und Ausbildung können nicht alle  
48 bewältigen.

49

## 50 **Neue Trends**

51

52 Darüber hinaus lässt sich ein allgemeiner Trend der Verwirklichung in der Familie erkennen.  
53 Immer weniger Menschen begreifen die aktive Familienschaft durch Partnerschaft oder durch  
54 Elternschaft als einen karrieretechnischen Nachteil. Insbesondere Männer nehmen ihre  
55 Vaterschaft immer positiver auf und wünschen sich wie Frauen eine bessere Vereinbarkeit von  
56 Familie und Beruf.

57

58 Hier muss ein partnerschaftliches Lebensmodell verwirklicht werden, was jeden elterlichen Teil  
59 gleichstellt. Die sich aus der Analyse ergebenden Problemstellungen lassen sich vielmals nur  
60 durch verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen lösen. *Ein derartiges Familienverständnis*  
61 *muss sich aber auch in konkreter sozialer Absicherung und der Rechtspraxis wiederfinden und*  
62 *verankert werden. Deshalb fordern wir weiterhin die Abschaffung des Ehegattensplittings und*  
63 *die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Elternteilen (wie beispielsweise kürzlich in*  
64 *Argentinien geschehen).*

65

66 *Daher fordern wir unverzüglich eine Neuorientierung der Familienpolitik einzuleiten, die folgende*  
67 *Punkte umfasst:*

68

69 • Für unser wohlfahrtsstaatliches Verständnis steht fest, dass Familie dort ist, wo Menschen  
70 füreinander soziale Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein oder  
71 sexueller Orientierung. In diesem Zusammenhang ist es nicht Aufgabe des Staates  
72 bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität vorauszusetzen.

73

74 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Studium zu stärken ist  
75 wesentlicher Bestandteil einer sozialen und geschlechtergerechten Familien- und  
76 Elternpolitik. Wir setzen uns für den Ausbau einer hochwertigen und beitragsfreien  
77 Infrastruktur von Betreuung ein, die neben Angeboten für Kinder und Jugendliche die  
78 Vereinbarkeit von Familie und Arbeit gewährleistet und den zeitlich entgrenzten  
79 Arbeitszeitmodellen gerecht wird. Auch die Betriebskindergärten sollen weiter gefördert  
80 werden.

81

82 • Insbesondere Ausbildungsbetriebe und Universitäten müssen im Rahmen der jeweiligen  
83 Möglichkeiten entsprechende Betreuungsangebote für junge Eltern anbieten.

84

85 • Bei Teilzeitausbildung in Betrieben soll gesetzlich verankert werden, dass zukünftig nur  
86 noch unter der Bedingung, dass zwingende betriebliche Gründe dem entgegenstehen,  
87 Teilzeitausbildungen versagt werden können.

88

89 • Für die akademische Ausbildung muss gelten, dass die finanziellen Nöte von  
90 Studierenden mit Kind und die entsprechenden Bafög-Sätze an die Lebenssituation der  
91 Eltern angepasst werden. Hier muss der flexible Einsatz von Teilzeit- und Vollzeitstudium  
92 ermöglicht werden.

93

94 • Wir begrüßen das Familienzeitmodell. Eltern sollen nach der Elternzeit für die Dauer von  
95 3 Jahren ihre Arbeitszeit unter einem sozial gestaffeltem Lohnausgleich aus Steuermitteln  
96 und unter arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung reduzieren können.  
97 Weiterhin soll die von Manuela Schwesig eingebrachte 30 Stunden Woche für Eltern  
98 eingeführt werden. Nichtsdestotrotz setzen wir uns weiterhin für eine  
99 Arbeitszeitverkürzung in diesem Umfang für alle Arbeitnehmer\*innen ein, unabhängig

- 100 davon, ob sie ‚Eltern‘ sind oder nicht  
101
- 102 • Eine gebührenfreie, bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung  
103 inklusive einer kostenfreien, gesunden Essenversorgung, die den unterschiedlichen und  
104 altersspezifischen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird, ist aufzubauen. Daneben setzen  
105 wir uns für einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab einem Jahr ein.  
106
  - 107 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen  
108 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht werden.  
109 Darüber hinaus sind im Rahmen von einer flächendeckenden Ganztagschule die Vereine  
110 zu integrieren und ein Angebot von kostenloser Hausaufgabenbetreuung bereit zu  
111 stellen. Das sogenannte Betreuungsgeld lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für  
112 sozialverträgliche Alternativen ein.  
113
  - 114 • Die soziale Absicherung von Familien muss gewährleistet sein. Das Elterngeld muss  
115 insgesamt ausgebaut werden und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV  
116 angerechnet werden. Kindergeld und Kinderzuschlag sind zu einer bedarfsorientierten  
117 Kindermindestsicherung weiterzuentwickeln.  
118
  - 119 • Die Hartz-IV-Sätze müssen Verfassungsgerecht erhöht werden. Der Bedarf für Kinder und  
120 Jugendliche muss eigenständig ermittelt werden und die Regelsätze sind entsprechend  
121 anzuheben. Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft ist zu überwinden. Viel mehr muss  
122 vom Individualprinzip ausgegangen werden.  
123
  - 124 • Alleinerziehende tragen ein hohes Maß an Verantwortung. Sie dürfen dabei nicht mehr  
125 von Armut bedroht sein und verdienen daher eine besondere staatliche Unterstützung.  
126 Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren  
127 sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können.  
128
  - 129 • Der Bezug von Elterngeld soll für Alleinerziehende ausgebaut werden. Zudem ist der  
130 staatliche Unterhaltsvorschuss von derzeit bis zu sechs Jahren zu entfristen. Er muss bis  
131 zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes bereit stehen.  
132
  - 133 • Wir setzen uns weiterhin für die volle gesetzliche Gleichstellung aller  
134 Lebenspartner\*innenschaftsmodelle ein. Daher setzen wir uns für ein gesetzliches  
135 Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein.  
136
  - 137 • Eine teilhabesichernde und humane Pflege im häuslichen Umfeld ist sicherzustellen. Die  
138 Pflege durch Angehörige darf nicht dazu führen, dass insbesondere Frauen berufliche  
139 Nachteile erhalten. Für Personen, die die Pflege dauerhaft übernehmen wollen, sind  
140 Teilzeitmöglichkeiten und flexible Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitregelungen zu  
141 ermöglichen. Während der Pflegezeit erhalten abhängig Beschäftigte eine  
142 beitragsfinanzierte Leistung, die den Lohn in Höhe des SGB I ersetzt.  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## S

### Sonstiges

S 1	Baden-Württemberg Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen	445
S 2	Bayern Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.	456
S 3	Hessen-Nord Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen	463
S 4	Brandenburg Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte	464
S 5	Hannover Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien	466
S 6	Sachsen-Anhalt Wildtierverbot im Zirkus	467
S 7	Hessen-Nord Kastrationspflicht für Katzen und Kater	468

**Titel** Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen

1 **Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen**

2

3 **Generationengerechtigkeit: Gemeinsam miteinander**

4

5 Das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land ist vom Miteinander aller Menschen in  
6 ihren unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenserfahrungen geprägt. Der  
7 generationenübergreifende Zusammenhalt ist deshalb eine wichtige Stütze in unserem Leben.  
8 Der Generationenvertrag, auf dem der Sozialstaat der Bundesrepublik fußt, führt dabei die  
9 unterschiedlichen Interessen und Lebenslagen verschiedener Generationen zusammen.

10

11

12 Es ist die Aufgabe des Staates und seiner politischen Akteure, Maßnahmen zu ergreifen, damit  
13 dieser Generationenvertrag auch in der Zukunft trägt und von Allen mit Leben gefüllt wird. Als  
14 Jusos ist es für uns essentiell, den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken und  
15 nachhaltig auszurichten, so dass dieser auch für die Zukunft Bestand hat. Wir wollen die  
16 Debatte der Generationengerechtigkeit nicht den Konservativen und Neoliberalen überlassen,  
17 die darin einen Kampf der Generationen ausmachen wollen und einseitige Antworten zu  
18 Gunsten Einzelner und zu Lasten Vieler geben. Wir wollen keinen Kampf der Generationen oder  
19 ein gegeneinander Ausspielen unterschiedlicher Interessengruppen. Stattdessen wollen wir die  
20 Weichen stellen für ein gutes und generationenübergreifendes Leben für heute und morgen. Wir  
21 wollen sozialdemokratische Antworten für einen starken und generationengerechten  
22 Zusammenhalt unserer Gesellschaft geben. Als politische Partei erheben wir den Anspruch,  
23 eigene Konzepte für ein generationengerechtes Leben zu entwickeln, die die Interessen von  
24 Jüngeren und Älteren gleichermaßen berücksichtigen.

25

26

27 **Der demografische Wandel unserer Gesellschaft**

28

29

30 Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern und gehört bereits  
31 jetzt zu einer der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. In  
32 Deutschland sind dabei drei grundlegende Entwicklungen zu beobachten:

33

34 • Wir werden weniger - eine niedrige Geburtenrate sorgt dafür, dass die Bevölkerung  
35 insgesamt abnimmt.

36 • Wir werden älter - der Anstieg der Lebenserwartung sorgt dafür, dass der Anteil der  
37 älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt.

38 • Wir werden vielfältiger - durch eine verstärkte Zuwanderung werden in Deutschland auch

39 in Zukunft verstärkt Menschen mit nicht-deutschen Wurzeln leben.

40

41

42 Prognosen zeigen, dass sich die Gesamtbevölkerung bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen  
43 reduzieren könnte, wobei bis 2050 lediglich 15% der Bevölkerung jünger als 20 Jahre sein  
44 werden und nahezu ebenso viele, nämlich 14%, über 80 Jahre alt sein werden. Was das für  
45 unsere Generation bedeutet, wird deutlich, wenn man die Jugend- und Altenquotienten  
46 betrachtet. In 2030 werden voraussichtlich auf 100 Erwerbstätige 50 über 65-Jährige kommen,  
47 die sie im Sinne des Generationenvertrages durch ihre Steuern und Abgaben finanzieren (heute  
48 ca. 35). Bereits heute müssen die Sozialkassen mit 90 Milliarden bezuschusst werden, da die  
49 Erwerbstätigen alleine die Kosten mit ihren Beiträgen zur Sozialversicherung nicht decken  
50 können.

51

52

53 Bei allen Prognosen gibt es mit der Zuwanderung jedoch eine unbekannt Variable. Dabei  
54 belastet Zuwanderung die Sozialkassen in Deutschland nicht, sondern entlastet sie.  
55 Deutschland wird angesichts der Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden  
56 Gesellschaft den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung nicht halten können, wenn es  
57 Zuwanderung nicht fördert.

58

59

60 Ohne Reformen des bestehenden Systems ist zu erwarten, dass die jetzige junge, aber auch  
61 künftige Generationen deutlich stärker als bisher belastet werden, um den großen Anteil an  
62 älteren Menschen angemessen und würdig zu versorgen. Gleichzeitig werden immer höhere  
63 Anforderungen an die Eigenverantwortung gestellt, so dass der Vorsorgeaufwand für die  
64 Einzelne und den Einzelnen und die eigene Familie immer weiter zunimmt.

65

66

67 Der wachsende Anteil der Älteren in der Bevölkerung führt zu einer Verschiebung des  
68 politischen Gewichts innerhalb der demokratischen Institutionen und im politischen  
69 Entscheidungsfindungsprozess. Dabei ist für uns als Jusos klar: In unserer Gesellschaft können  
70 nur generationenübergreifend und gemeinsam Antworten auf die Frage gefunden werden, wie  
71 ein generationengerechtes Miteinander in einer sich verändernden Gesellschaft aussehen kann.

72

73

#### 74 **Nachhaltig finanzieren und zielgerichtet investieren**

75

76

77 Einer der wichtigsten Aspekte einer generationengerechten Politik ist eine solide Finanz- und  
78 Haushaltspolitik. Nur wenn auch in Zukunft finanzielle Spielräume erhalten bleiben, können  
79 künftige Generationen politisch handeln und gestalten.

80

81

82 Eine generationengerechte Finanzpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Chancen und  
83 Möglichkeiten künftiger Generationen die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen zumindest  
84 konstant im Vergleich zur aktuellen Generation hält.

85

86

87 Strukturelle Verschuldung sehen wir in diesem Zusammenhang als einen Zugriff auf die  
88 Leistung zukünftiger Generationen an um aktuelle Ausgaben zu finanzieren. Eine Politik, welche  
89 öffentliche, laufende Ausgaben aus Schulden finanziert und somit zu Lasten künftiger  
90 Generationen geht, lehnen wir ab.

91

92

93 Schuldenpolitik führt zu einem selbstverstärkenden Effekt. Zinslasten und  
94 Refinanzierungskosten nehmen kommenden Generationen Handlungsspielräume. Mittel- und  
95 langfristig führen diese Altlasten dazu, dass notwendige Investitionen, auch in Bildung und  
96 Infrastruktur, nicht getätigt werden um Altschulden und Zinsen bedienen zu können. So lag der  
97 Anteil der Bundesschuld im Bundeshaushalt 2014 bei ca. 10 % des gesamten Bundeshaushalts  
98 und nimmt damit den drittgrößten Haushaltsposten ein. Im Land lag unlängst die Zinslast im  
99 Landeshaushalt bei ca. 1,7 Mrd. € (2013), und damit weit über der strukturellen

100 Neuverschuldung von ca. 1,5 Mrd. €.

101

102

103 Dabei hat sich gezeigt, dass die Politik scheinbar zu gelähmt ist um dem Schuldenkreislauf zu  
104 entkommen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich die Politik der antizyklischen  
105 Haushaltspolitik, bei der in guten Zeiten gespart, in schlechten investiert wird, nicht umgesetzt  
106 wurde.

107

108

109 Verschuldungspolitik stellt Umverteilung von unten nach oben dar. So kommen die Zinsen,  
110 finanziert aus Steuergeldern, großen Kapitalgebern zugute. Das ist eine Entwicklung, die  
111 unserer Vorstellung einer gerechten Gesellschaft widerspricht. Die damit einhergehende  
112 Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten betrachten wir dabei nicht erst im Kontext  
113 der Finanz- und Wirtschaftskrise als besorgniserregend und falsch. Gleichwohl führen immer  
114 weiter steigende Schulden und Zinsen in letzter Konsequenz dazu, dass immer mehr  
115 Wirtschaftswachstum angestrebt werden muss, um diese zu bedienen. Diese Entwicklung, mit  
116 all ihren negativen Effekten auf die Umwelt und die Gesellschaft, bezahlt unsere Generation.

117

118

119 Für uns als Jusos ist deutlich: Haushaltskonsolidierung muss sich aus zwei Aspekten  
120 zusammensetzen: Einsparung und Konsolidierung von Ausgaben auf der einen Seite, sowie die  
121 Verbesserung der Einnahmeseite auf der anderen Seite. Daher setzen wir uns seit langem für  
122 eine gerechtere Besteuerung in Deutschland ein, die Vermögen und höhere Einkommen stärker  
123 für die Bewältigung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Den Glauben, Staatsverschuldung gezielt  
124 durch Inflation reduzieren zu können und Staatsverschuldung durch Inflation zu rechtfertigen  
125 lehnen wir ab. Denn diese haben in besonderen Maße Auswirkungen auf Menschen mit  
126 geringem Einkommen und Vermögen und deren Altersvorsorge.

127

128

129 Um diese Verschuldungsspirale zu durchbrechen, betrachten wir als Jusos die Schuldenbremse  
130 als ein geeignetes Instrument, das Druck auf die politischen Akteure erzeugt, der  
131 Verschuldungspolitik ein Ende zu setzen und dennoch genügend Spielräume lässt, um bei  
132 veränderten Umständen oder externen Schocks politisch handlungsfähig zu bleiben.

133

134

135 Verschuldung bemisst sich jedoch nicht allein an der Schuldenuhr. Eine generationengerechte  
136 Finanzpolitik bedeutet auch, kommenden Generationen eine funktionierende Infrastruktur zur  
137 Verfügung zu stellen. Eine Politik, die Schulden abbaut indem Sie notwendige Investitionen in  
138 Infrastruktur oder Bildung verzögert, lehnen wir ab.

139

140

141 Die öffentliche Infrastruktur und öffentliches Anlagevermögen muss daher in ihrem Wert  
142 erhalten werden. Ebenso ist es unser Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den  
143 kulturelle Bestand der Gesellschaft für die kommenden Generationen zu erhalten. Daher muss  
144 es unser politisches Ziel sein, langfristig sowohl implizite als auch explizite Staatsverschuldung  
145 zu vermeiden. Nur so kann nachhaltige Haushaltspolitik gewährleistet werden, die kommende  
146 Generationen nicht unsolidarisch belastet. Um diese Ziele zu erreichen, muss für eine  
147 generationengerechte Finanzpolitik zunächst vollständige Transparenz über sämtliche  
148 Ausgaben, Investitionen und Finanzierungsquellen hergestellt werden.

149

150

151 Haushaltspolitik, die bestehende Ansprüche und zu einem späteren Zeitpunkt zu tätige  
152 Ausgaben, wie etwa BeamInnenpensionen, oder Ausgaben für den Erhalt der Infrastruktur,  
153 nicht aufführt, lehnen wir ab. Das öffentlichkeitswirksame Streben nach konsolidierten  
154 Haushalten unter diesen Bedingungen führt den Begriff eines ausgeglichenen Haushalts ad  
155 absurdum.

156

157

158 Dabei müssen Kürzungen öffentlicher Ausgaben bei der Bildung und Kultur, sowie in den  
159 Bereichen, die den gesellschaftlichen, sozialen Zusammenhalt betreffen, immer unter Vorbehalt  
160 stehen, unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit geprüft und gegebenenfalls abgelehnt

161 werden. Denn kluge Finanzpolitik bedeutet frühzeitig in Bildung und in die Vereinbarkeit von  
162 Familie und Beruf zu investieren, um so klassische Kompensationsleistungen der sozialen  
163 Sicherungssysteme gar nicht erst entstehen zu lassen.

164

165

## 166 **Die Arbeitswelt im Wandel**

167

168

169 Während andere europäische Industrienationen in den vergangenen Jahren vermehrt in ihrer  
170 wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor gesetzt haben, standen  
171 deutsche Bundesregierungen stets auch für eine starke Industrie ein. Dies ist ein zentraler  
172 Grund, weshalb Deutschland die Wirtschafts- und Finanzkrise in den vergangenen Jahren  
173 vergleichsweise weniger getroffen hat als andere Volkswirtschaften. Gemeinsam mit einer  
174 starken Sozialpartnerschaft prägt die Industrie die innerdeutsche Wirtschaft immer noch  
175 maßgebend.

176

177

### 178 *Der demografische Wandel auf dem Arbeitsmarkt*

179

180

181 Dennoch werden wir in den kommenden Jahren eine starke Veränderung in der  
182 Arbeitskraftnachfrage erleben: Wir haben bereits jetzt eine Fachkräftelücke in Gesundheits- und  
183 Sozialberufen, die noch deutlich stärker werden wird. So werden rund 120.000 Fachkräfte im  
184 Jahr 2030 bei konstanter beruflicher Angebotsstruktur fehlen. Im fertigenden Bereich werden  
185 ungelernte Tätigkeiten einen massiven Rückgang erleben. Hier wird es rund 200.000  
186 überschüssige Arbeitskräfte im Jahr 2030 bei konstanter beruflicher Angebotsstruktur geben.  
187 Des Weiteren werden bis 2030 laut der Arbeitsmarktprognose des Bundesministeriums für  
188 Arbeit und Soziales in der Altersgruppe zwischen 25-54 Jahren knapp 4,8 Mio.  
189 Erwerbspersonen weniger vorhanden sein. Daraus folgt ein tiefer Wandel unserer  
190 wirtschaftlichen Struktur in Deutschland.

191

192

193 Eine älter werdende Gesellschaft bedeutet für Unternehmen auch älter werdende  
194 MitarbeiterInnen und Belegschaften. Mit dem Renteneintritt verlieren viele Unternehmen  
195 erfahrene und gut ausgebildete Fachkräfte, deren Arbeitsplätze wieder neu besetzt werden  
196 müssen. Für Menschen, welche jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt und viel  
197 gearbeitet haben, ist die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren zwar eine wichtige Anerkennung  
198 ihrer Lebensleistung, verschärft jedoch zumindest kurzfristig den Fachkräftebedarf.

199

200

201 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir zum einen gezielt auf Fachkräfte aus  
202 dem Ausland setzen und zum anderen die bereits in Deutschland lebenden Menschen weiter  
203 und stärker qualifizieren.

204

205

### 206 *Zuwanderung von Fachkräften*

207

208

209 Wir brauchen eine gezielte Fachkräftezuwanderung aus dem europäischen und  
210 außereuropäischen Ausland. Schon jetzt werben große Unternehmen qualifizierte Fachkräfte  
211 zum Teil über Agenturen aus EU-Ländern mit schwierigen Arbeitsmarktlagen an, was auch dazu  
212 führt, dass im industriellen Bereich der Arbeitsmarkt eine hohe Selbstregulierung aufweist. Dies  
213 muss im Sinne von Unternehmen sowie ausländischen Fachkräften ausgeweitet werden.

214

215

216 Die Jusos fordern daher die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, das den  
217 Notwendigkeiten eines qualifizierten Fachkräftezuzugs gerecht wird. Wir sprechen uns daher für  
218 ein Punktesystem aus, das jedoch nicht lediglich wirtschaftliche Kriterien in den Vordergrund  
219 stellen darf. Vielmehr sollen soziale Kriterien und menschliche Bedürfnisse einbezogen werden,  
220 die verhindern, dass Fachkräfte nur aufgrund ihrer wirtschaftlichen Eignung bewertet werden.  
221 Es bedarf jedoch auch einer Lösung der Fachkräfteproblematik auf europäischer Ebene. Es



222 kann im gesamteuropäischen Kontext nicht Ziel Deutschlands sein - angesichts der  
223 gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen in Ländern wie Spanien oder Griechenland - anderen  
224 Ländern ihre Fachkräfte abzuwerben.

225

226

227 *Qualifizierung von Menschen in Deutschland*

228

229

230 Zudem ist die Weiterqualifizierung von bereits in Deutschland lebenden Menschen zentral. Der  
231 Zugang zu und Aufstieg durch Bildung ist ein zentrales Element sozialdemokratischer Politik,  
232 deren Bedeutung durch den prognostizierte Wandel in der Wirtschaft noch zunehmen wird.  
233 Daher muss sich die Bildungslandschaft in Deutschland dem ebenfalls anpassen.

234

235 Deshalb fordern wir, dass nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung die Möglichkeit  
236 besteht, ein Studium in dem Bereich, indem die Ausbildung abgeschlossen wurde, zu  
237 absolvieren. So könnte beispielsweise ein gelernter Fachinformatiker nach seiner Ausbildung  
238 direkt ein Informatik-Studium beginnen. Des Weiteren muss die duale Ausbildung in  
239 Deutschland gestärkt werden, da sie eine zentrale Rolle für die Innovationskraft Deutschlands  
240 darstellt.

241

242

243 EinE MeisterIn / TechnikerIn / FachwirtIn / BetriebswirtIn -Fortbildung sollte daher wie ein  
244 Hochschulstudium ebenfalls kostenfrei sein. Auch die Qualifizierung und Weiterbildung im  
245 Rahmen der Arbeitsversicherung kann hierbei eine wichtige Rolle einnehmen.

246

247 Außerdem sollen Menschen nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung (Berufseinsteiger)  
248 eine Zukunftsperspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten. Gerade in Zeiten des  
249 demografischen Wandels können wir es uns nicht leisten, dass jungen, gut ausgebildeten  
250 Menschen durch die permanente Befristung oder durch eine Anstellung in Leiharbeit eine solide  
251 Berufskarriere verbaut wird. Die Aussicht auf eine unbefristete Stelle wird zunehmend geringer  
252 und dies erschwert eine vernünftige Lebensplanung der jüngeren Generation. Deshalb fordern  
253 die Jusos, dass alle ArbeitnehmerInnen, die in ihrem alten Betrieb nach der Ausbildung nicht  
254 übernommen werden, eine faire Chance auf eine unbefristete Festanstellung erhalten.

255

256

257 *Frauen als Fachkräfte emanzipieren*

258

259

260 Bereits jetzt gibt es eine große Anzahl gut qualifizierter Fachkräfte in Deutschland, deren  
261 Potential nicht ausreichend genutzt wird. Frauen sind im Durchschnitt besser qualifiziert als  
262 Männer, werden am deutschen Arbeitsmarkt aber noch immer schlechter gestellt und nicht  
263 entsprechend ihrer Kompetenzen eingebunden. Wir als Jusos sprechen uns daher dafür aus,  
264 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Nachdruck voranzutreiben, um Frauen endlich  
265 flächendeckend als Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewinnen zu können. Die Hemmschwelle  
266 für Frauen, auch männlich dominierte, meist technische Berufe zu ergreifen, muss weiter  
267 gesenkt werden. Hierfür müssen entsprechende Programme entwickelt und umgesetzt werden,  
268 um einen Bewusstseinswandel einzuleiten. Dabei muss der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche  
269 Arbeit endlich umgesetzt werden, damit weibliche Fachkräfte im deutschen Arbeitsmarkt  
270 gerecht entlohnt werden.

271

272 *Männer als Fachkräfte emanzipieren*

273

274 Zugleich sind politische Maßnahmen zu ergreifen, um auch Männer in Berufen mit einem sehr  
275 hohen Frauenanteil - wie den genannten Pflegeberufen oder auch als Erzieher etc. - zu  
276 emanzipieren. Dies geht einher mit einer - vor allem auch den in diesen Berufen tätigen Frauen  
277 zu gute kommenden - Aufwertung derartiger Berufe. Vor dem Hintergrund, dass im Bereich der  
278 Kinderbetreuung sehr viele Arbeitsverhältnisse mit der öffentlichen Hand bestehen, fordern wir  
279 Jusos hier ein politisches Tätigwerden, das sich insbesondere auch in einer angemessenen  
280 Vergütung widerspiegelt.

281

282

283 *Wünsche und Ansprüche an das Arbeitsleben*

284

285

286 Die Anforderungen an einzelne Berufsbilder werden sich stärker verändern: Durch die  
287 Vernetzung von Maschinen, intelligenten Fertigungsstraßen sowie neuen Produktionstechniken  
288 wird sich die Industrie hin zur sogenannten Industrie 4.0 entwickeln. Dies bedeutet für  
289 ArbeitnehmerInnen, dass zukünftig Maschinen zentraler im Mittelpunkt des  
290 Schaffungsprozesses stehen werden als es heute noch der Fall ist. Dies verändert auch die  
291 Anforderungen an den eigenen Arbeitsplatz und führt zu einer zwangsläufigen  
292 Kompetenzverlagerung einiger Berufsbilder.

293

294

295 Durch eine älter werdende Gesellschaft steigt auch der Bedarf von Fachkräften in  
296 Sozialberufen, da ältere und kranke Menschen umsorgt werden müssen. Hier besteht der  
297 größte Nachholbedarf: Während wir den Bedarf an Fachkräften in diesem Bereich durch  
298 innerdeutsche Kräfte kaum gedeckt bekommen, sind die Berufe unattraktiv für junge Menschen,  
299 da sie unflexible Arbeitszeiten, schlechte Entlohnung sowie geringe Aufstiegsmöglichkeiten mit  
300 sich bringen. Hier muss ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden: für uns ist nicht  
301 hinnehmbar, dass jemand, der Kinder erzieht oder Kranke pflegt, weniger Lohn erhält, als  
302 jemand, der ein Auto verkauft oder Geld verwaltet.

303

304

305 Dies ist nicht zuletzt deshalb folgerichtig, da die wissenschaftliche Ausrichtung der Ausbildung  
306 in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Wir wollen darum qualifizierte Bildungs- und  
307 Weiterbildungsangebote für soziale Berufe. Dafür müssen wir Hochschulen noch wesentlich  
308 stärker als bisher für Menschen mit beruflicher Qualifizierung öffnen. Auch die Ausbildung  
309 muss als Startpunkt für eine akademische Ausbildung gelten können. Es müssen  
310 entsprechende (berufsbegleitende) Bildungs- und Weiterbildungsangebote an Hochschulen  
311 ausgebaut werden, um die Qualität in z.B. Bildungseinrichtungen weiter zu stärken. Dies  
312 entspricht auch dem Konzept des lebenslangen Lernens. Die Ausbildung in sozialen Berufen  
313 muss in der öffentlichen Wertschätzung gesteigert werden.

314

315

316 *Flexibilisierung regulieren*

317

318

319 Ebenso verändern sich die Erwartungen an den eigenen Arbeitsplatz. Während sich  
320 Unternehmen zunehmend flexiblere Arbeitskräfte wünschen, welche bei Bedarf auch länger  
321 arbeiten und rund um die Uhr erreichbar sind, wünschen sich vor allem junge  
322 ArbeitnehmerInnen ausreichend Zeit für Familie, FreundInnen, Hobbies und Ehrenämter sowie  
323 die Möglichkeit, auch kurzfristig Zeiten frei einteilen zu können. Die Realität in den Unternehmen  
324 sieht jedoch meist so aus, dass den Interessen der ArbeitgeberInnen mehr Gewicht zukommt,  
325 als denen der Belegschaft. Dies beweisen die vollen Gleitzeitkonten der Unternehmen sowie  
326 Umfragen der Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern.

327

328

329 *Interessen der ArbeitnehmerInnen stärken*

330

331

332 Wir fordern daher, die Ankündigungszeiten von Mehrarbeit oder Dienstplanänderungen auf zehn  
333 Tage festzuschreiben, um eine erhöhte Planungssicherheit für ArbeitnehmerInnen herzustellen.  
334 Alle tariflichen und betrieblichen Besserstellungen bleiben nach dem Günstigkeitsprinzip davon  
335 unberührt.

336

337

338 Viele ArbeitnehmerInnen, vor allem in der Gastronomie oder Dienstleistungsbranche, sind  
339 abhängig von Dienstplänen, die von den ArbeitgeberInnen erstellt wurden. Um „Arbeit auf Abruf“  
340 einzudämmen, fordern wir, dass bei Berufen in Schichtmodellen mindestens die vertraglich  
341 vereinbarten monatlichen Arbeitsstunden zu bezahlen sind, unabhängig davon, ob diese  
342 geleistet wurden oder nicht. Häufig versäumen es ArbeitgeberInnen ihre MitarbeiterInnen  
343 ausreichend in den Dienstplänen zu berücksichtigen, so dass ihnen ein finanzieller Nachteil

344 entsteht. Urlaubs- und Krankheitstage sind zu berücksichtigen.

345

346

347 *Flexible Arbeitszeitmodelle politisch unterstützen*

348

349

350 Viele Beschäftigte wünschen sich flexible Arbeitszeitmodelle in denen sie entscheiden können,  
351 wie viele Stunden pro Woche sie arbeiten möchten. Langzeitarbeitskonten sind hierfür eine gute  
352 Ergänzung, da Arbeitsstunden für spätere Lebensphasen angespart werden können. Dies liegt  
353 im Sinne von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, da ArbeitgeberInnen zum einen  
354 Planungssicherheit für einen befristeten Zeitraum erhalten und ArbeitnehmerInnen ihre  
355 gewünschte Flexibilität erhalten. Da sich Branchen jedoch stark in Arbeits- und Schichtmodellen  
356 unterscheiden sollte dies branchenspezifisch ausgehandelt werden. Wir setzen uns zudem für  
357 eine bessere Übertragbarkeit von Langzeitarbeitskonten ein. Um ArbeitnehmerInnen, die in  
358 nicht tarifgebundenen Unternehmen beschäftigt sind, nicht zu benachteiligen, setzen wir uns  
359 weiterhin dafür ein, dass die Hürden für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung von  
360 Tarifverträgen gesenkt werden.

361

362

363 Des Weiteren fordern wir, dass in Teilzeit Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf eine  
364 Vollzeitstelle erhalten, wenn Sie schriftlich beim Arbeitgeber den Wunsch auf eine  
365 Arbeitszeiterhöhung geäußert haben. Die ArbeitgeberInnenseite soll dann dazu angehalten  
366 sein, bevor sie eine externe Neueinstellung tätigt, zunächst dem Wunsch des/der in Teilzeit  
367 Beschäftigten nachzukommen und seine oder ihre Arbeitszeit auf Vollzeit zu erhöhen.

368

369

370 **Der Ort, an dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen: Die Familie**

371

372

373 *Familie als wichtiger Eckpfeiler unserer Gesellschaft*

374

375

376 Familie ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Wann immer Menschen aus freien  
377 Stücken bereit sind füreinander einzustehen, füreinander zu sorgen und füreinander  
378 Verantwortung zu übernehmen, begrüßen wir als Jusos das. Das ist ein Akt der Solidarität, der  
379 für unsere Gesellschaft konstitutiv ist. Diese Auffassung von Familie ist Ausgangspunkt unseres  
380 Grundverständnisses.

381

382

383 Politik darf sich dabei jedoch nicht anmaßen, darüber zu urteilen, welche Familienform „besser“  
384 oder „schlechter“ ist. Ob eine Familie z.B. gleichgeschlechtlich oder verschiedengeschlechtlich  
385 ist, aus Ein-VerdienerInnen oder Mehrfach-VerdienerInnen besteht, sagt nichts aus über die  
386 Qualität der Partnerschaft. Familie ist der Ort, an dem Menschen Verantwortung füreinander  
387 übernehmen. Diesen Ort zu finden, bedeutet für viele Menschen Glück. Politik hat sie in diesem  
388 Streben nach Glück zu unterstützen und nicht zu bevormunden.

389

390

391 Die staatliche Ehe wollen wir dabei nicht überwinden. Allerdings muss die Ehe auch für nicht-  
392 heterosexuellen Menschen geöffnet werden. Darüber hinaus wollen wir für Menschen, die  
393 füreinander Verantwortung übernehmen möchten auch eine rechtlich und steuerlich  
394 gleichgestellte Form der PartnerInnenschaft schaffen, die ebenfalls für alle heterosexuellen und  
395 nicht-heterosexuellen Menschen offen steht, aber als Alternative zur klassische Ehe fungieren  
396 kann. Das explizite Versprechen vor dem Staat, füreinander Verantwortung zu übernehmen,  
397 muss weiterhin Anreizfunktion sein. Die konkreten Anreize müssen aber unserem Verständnis  
398 nach sozial gerecht und solidarisch sein, das Ehegattensplitting beispielsweise widerspricht  
399 diesem Verständnis. Allerdings ist für uns die Familie und nicht die Ehe die „Keimzelle“ der  
400 Gesellschaft. Hier wird generationenübergreifender Zusammenhalt gelebt und es gibt ein  
401 spezifisches Kooperations- und Solidaritätsverständnis. Das gilt aber eben für jede  
402 Familienform, in der Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Deshalb setzen wir als  
403 Jusos uns für eine Familienpolitik ein, die nicht das reine Zusammenleben unterstützt, sondern  
404 insbesondere dort Hilfe leistet, wo Kinder vorhanden sind. Die massive steuerliche Bevorteilung

405 des "klassischen" Familienmodells lehnen wir deshalb ab. Wir wollen eine Familienpolitik, die  
406 sich daran ausrichtet, ob Kinder in einer Familie vorhanden sind oder nicht, und nicht daran, ob  
407 Menschen sich entscheiden, eine Ehe einzugehen.

408

409

410 Mit unserer Vorstellung von Familie und unseren Vorschlägen für eine neue Familienpolitik  
411 wollen wir nicht individuelle Entscheidungen für ein bestimmtes Familienmodell angreifen. Viel  
412 mehr stellen wir fest, dass die derzeitigen familienpolitischen Maßnahmen ein Modell  
413 propagieren: das der traditionellen heterosexuellen Ehe, in der der Mann für das Einkommen  
414 sorgt und sich die Frau um Hausarbeit und Kinder kümmert und nebenher in Teilzeit einer  
415 Erwerbstätigkeit nachgeht. Das widerspricht jedoch in weiten Teilen der familiären Realität in  
416 Deutschland. Seit Jahrzehnten beobachten wir, dass immer weniger Menschen heiraten, die  
417 Zahl der Scheidungen jedoch massiv ansteigt. Die Anzahl der Kinder je Ehe (und Frau) sinkt,  
418 während verhältnismäßig mehr Kinder außerhalb einer Ehe geboren werden. Die Zahl der  
419 Alleinerziehenden und sogenannten Patchworkfamilien nimmt zu. Elternschaft und Ehe werden  
420 immer weniger als selbstverständliche Elemente des eigenen Lebenslaufs gesehen.

421

422

423 Diese Individualität der Lebensentwürfe muss sich in den familienpolitischen Maßnahmen  
424 widerspiegeln. Wir wollen, dass sich Menschen wieder für Kinder entscheiden, ohne auf ihre  
425 Erwerbstätigkeit zu verzichten. Es braucht eine Familienpolitik, die Zeit und Anreize für beides  
426 schafft: Erwerbsarbeit und Familie.

427

428

429 *Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen*

430

431

432 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und  
433 Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern ist für uns ein familienpolitisches Kernziel. Hier  
434 klaffen Wunsch und Realität weit auseinander. Zwei Drittel der Eltern mit Kindern unter 18  
435 Jahren geben an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht ausreichend gut gelingt.  
436 Rund 20 Prozent der Väter, die Vollzeit erwerbstätig sind, möchten ihre Arbeitszeit reduzieren.  
437 Mütter wiederum wünschen sich eine Ausweitung ihrer Erwerbsarbeitszeit.

438

439

440 Das liegt zum einen an finanziellen Anreizen im deutschen Steuer- und  
441 Sozialversicherungssystem, die das Ein-VerdienerIn-Modell attraktiv machen. Zum anderen  
442 fehlt es häufig an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Drittens stehen auch kulturelle Gründe  
443 der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Weg. Nach wie vor stehen Unternehmen der  
444 Einstellung von jungen Müttern kritisch gegenüber. Auch den Vorwurf, eine "Rabenmutter" zu  
445 sein, kennen viele erwerbstätige Frauen.

446

447

448 *Ein neues familienpolitisches Selbstverständnis*

449

450

451 Die derzeitige Ausgestaltung des Steuer- und Sozialsystems setzt starke Anreize für  
452 verheiratete Frauen, nicht erwerbstätig zu sein oder nur einer geringfügigen Beschäftigung  
453 nachzugehen. Das lehnen wir nicht nur aus gleichstellungspolitischen Gründen ab. Altersarmut  
454 ist vorwiegend ein weibliches Problem und angesichts der sinkenden Zahl an Fachkräften ist die  
455 Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt auch ein wirtschaftspolitisches Argument.

456

457

458 Das Ehegattensplitting verfestigt das klassische Ein-VerdienerIn-Modell, erschwert Frauen den  
459 (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben und differenziert nicht, ob Kinder in der Ehe leben oder  
460 nicht. Unser Ziel ist deshalb die Abschaffung des Ehegattensplittings. Mit einer  
461 Stichtagsregelung wird sichergestellt, dass die Steuermodelle von bestehenden Ehen  
462 Bestandschutz genießen. So kann der Staat ca. 20 Milliarden Euro sparen, die aktuell einzig  
463 und allein der Förderung eines bestimmten Familienbildes dienen, nicht aber den Familien an  
464 sich. Dieses Geld kann beispielsweise für die von uns seit langem geforderte Aufwertung der  
465 sozialen Berufe genutzt werden. Weiterhin kann das Geld in Programme zum qualitativen und

466 quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung investiert werden und um Ganztagschulen  
467 flächendeckend auszubauen.  
468  
469  
470 Forschungsergebnisse zeigen, dass neben dem Ehegattensplitting auch die kostenfreie  
471 Mitversicherung von EhepartnerInnen negativ hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von PartnerInnen  
472 wirkt. Daher wollen wir auch die beitragsfreie Mitversicherung auf Kinder reduzieren.  
473 PartnerInnen sollen als eigenständige Personen behandelt werden.  
474  
475  
476 Auch wenn Politik über die Qualität unterschiedlicher Formen des familiären Zusammenlebens  
477 nicht zu urteilen hat, so hat sie doch die gestalterische Aufgabe, Strukturen aufzubrechen, die  
478 ein emanzipiertes Leben blockieren. Dazu zählt auch das Betreuungsgeld, das das Fernbleiben  
479 von staatlich finanzierten Leistungen subventioniert und so schon in sich paradox ist und  
480 keinesfalls für individuelle Wahlfreiheit steht, daher fordern wir die sofortige Abschaffung des  
481 Betreuungsgeldes. Dabei üben wir als Jusos keine Kritik an den BezieherInnen des  
482 Betreuungsgeldes, sondern stellen fest, dass es wesentlich effizienter und zielgerichteter  
483 eingesetzt werden könnte. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau der Kinderbetreuung, der zwar  
484 bereits weit fortgeschritten ist, aber insbesondere im schulischen Bereich noch viele  
485 Anstrengungen benötigt.  
486  
487  
488 Des Weiteren fordern wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld, damit insbesondere jene  
489 Familien gefördert werden, die das Geld am nötigsten brauchen und nicht das  
490 Gießkannenprinzip, einkommensunabhängig pauschal einen Beitrag auszuführen, weiter  
491 vorherrscht. Ab dem 18. Lebensjahr soll das Kindergeld auf Antrag den Kindern zukommen.  
492 Dabei soll die Altersgrenze auf 27 angehoben werden.  
493  
494  
495 *Zeit für Familie*  
496  
497  
498 Für uns geht es bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht darum, die Erwerbstätigkeit  
499 von Frauen auf Kosten der Familie auszudehnen. Vielmehr benötigen Eltern (und zwar Männer  
500 und Frauen) mehr Zeit - sowohl für die Erwerbstätigkeit als auch für die Kinder.  
501  
502  
503 Mit der Einführung des "Elterngeld Plus" mit Partnerschaftsbonus und einer Flexibilisierung der  
504 Elternzeit hat die SPD die erfolgreiche sozialdemokratische Familienpolitik weiter ausgebaut.  
505 Mütter und Väter können länger Elterngeld beziehen, wenn sie in Teilzeit arbeiten. Zudem kann  
506 die Elternzeit flexibler gestaltet werden, damit Familien künftig noch individueller darüber  
507 entscheiden können, wie sie Betreuungs- und Arbeitszeit in den ersten Lebensjahren ihrer  
508 Kinder verteilen möchten. Deshalb begrüßen wir die Reform des Elterngelds zum Elterngeld  
509 Plus. Dennoch müssen wir weiter für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf eintreten,  
510 sodass diese Reform nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen kann.  
511  
512  
513 Eine Möglichkeit dazu ist die Familienarbeitszeit, bei der Familien durch eine Lohnersatzleistung  
514 in ihrem Wunsch nach einer partnerschaftlichen Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit  
515 unterstützt werden. Dabei wird der Lohnausfall, welcher durch eine reduzierte Stundenanzahl  
516 der Erwerbsarbeit entsteht, durch eine vom Staat zu zahlende Lohnersatzleistung teilweise  
517 ausgeglichen. Die prozentuale Höhe der Lohnersatzleistung orientiert sich dabei an der Höhe  
518 des Einkommens. Haushalte mit niedrigerem Einkommen sollen so stärker von der  
519 Familienarbeitszeit profitieren, um diese Anreize auch für Familien mit niedrigem Einkommen zu  
520 setzen.  
521  
522  
523 Alleinerziehende müssen diese Leistung selbstverständlich ebenfalls in Anspruch nehmen  
524 können. In einer partnerschaftlichen Beziehung muss die Leistung an die Bedingung geknüpft  
525 sein, dass beide Elternteile mit einer reduzierten Stundenzahl erwerbstätig sind, damit so die  
526 partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit explizit gefördert wird. Damit

527 sollen zum einen Zeitressourcen für die Betreuung der Kinder und die Familienarbeit zur  
528 Verfügung stehen, zum anderen soll eine Integration in den Arbeitsmarkt mit entsprechendem  
529 Einkommen gewährleistet sein. Unserer Forderung nach, soll die Lohnersatzleistung der  
530 Familienarbeitszeit nicht an eine Vollzeit-Tätigkeit vor der Geburt des Kindes geknüpft sein. Der  
531 Anspruch auf Familienarbeitszeit und deren Lohnersatzleistung soll nach dem Ablauf des  
532 Bezuges von Elterngeld gelten.

533

534

535 *Generationenübergreifend Zusammenleben*

536

537

538 Generationenübergreifendes Zusammenleben stellt für uns eine wichtige Bereicherung der  
539 Gesellschaft dar. Deswegen ist es wichtig, sowohl Wohnprojekte zu unterstützen, die ein  
540 Zusammenwohnen und Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen sowie eine  
541 Infrastruktur zu schaffen, durch die ein gemeinsames Leben in einem Stadtteil beispielsweise  
542 durch Nachbarschaftshilfe ermöglicht wird. Um einen generationenübergreifenden Austausch zu  
543 ermöglichen, müssen Räume geschaffen werden, in denen Jung und Alt gemeinsam  
544 zusammenkommen und von- und miteinander lernen können. Mehrgenerationenhäuser stellen  
545 hierfür eine wichtige Säule dar. Deswegen ist es wichtig, die Mehrgenerationenhäuser auch in  
546 Zukunft zu erhalten und langfristig finanziell besserzustellen. Die Jusos fordern daher eine  
547 unbefristete, dauerhafte finanzielle Förderung dieser Einrichtungen.

548

549

550 **Politische Veränderungen aktiv mitgestalten und prägen**

551

552

553 Die sich verändernde Altersstruktur unserer Gesellschaft schlägt sich auch in unserem  
554 politischen System nieder. Die Überalterung fast aller politischen Parteien schreitet ebenso  
555 voran wie die Überalterung unserer Parlamente. Gelingt es den Parteien nicht, mehr junge  
556 Menschen für sich zu begeistern und von einer Mitgliedschaft zu überzeugen, führt dies  
557 zwangsläufig zu einem deutlichen Mitgliederverlust. Dieser Mitgliederverlust ist bereits jetzt quer  
558 durch die gesamte deutsche Parteienlandschaft bemerkbar. In Folge ihrer Altersstruktur fehlt  
559 Parteien oft ein Verständnis und Gespür für Themen sowie politische Ausrichtungen, um junge  
560 Menschen zu erreichen und ihre Anliegen entsprechend aufzunehmen. Deshalb setzen wir uns  
561 als Jusos konsequent in unserer Partei und ihren Gremien für die Belange der jüngeren  
562 Generationen ein und pochen darauf, diese wieder verstärkt in den Fokus zu nehmen.

563

564

565 Die politische Willensbildung findet innerhalb der Parteien statt, die Umsetzung parteipolitischer  
566 Beschlüsse in reale Politik obliegt jedoch den vom Volk gewählten Parlamenten. Allerdings  
567 bildet sich auch hier die Altersstruktur der unterschiedlichen Generationen unserer Gesellschaft  
568 nur sehr unzureichend ab. Ob an der Spitze von Verwaltungen, im Gemeinderat, Kreistag,  
569 Landtag, Bundestag oder dem Europaparlament: Junge Menschen im Alter unter 35 Jahren  
570 finden sich dort nur selten wieder. So sind beispielsweise gerade einmal 5% der Abgeordneten  
571 des Deutschen Bundestages unter 35 Jahre alt. Dies muss nicht zwangsläufig dazu führen,  
572 dass politische Entscheidungen gegen die Interessen Jüngerer gefällt werden. Allerdings haben  
573 Beschlüsse wie z.B. die unsolidarische Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ oder die  
574 Ausnahmeregelung des Mindestlohns für Menschen unter 18 Jahren gezeigt, dass diese  
575 Befürchtung nicht unbegründet ist. In jedem Fall führt dieses strukturelle Ungleichgewicht dazu,  
576 dass eine direkte Interessensvertretung, die aus der Sichtweise jüngerer Generationen  
577 politische Sachverhalte einbringen kann, fehlt. Ebenso fehlt es an jungen Menschen, die  
578 politische Entscheidungen an jüngere Generationen auf Augenhöhe vermitteln können und von  
579 diesen auch als Entscheidungs- und InformationsträgerInnen wahrgenommen werden. Eine  
580 weitere Abkehr vom politischen Prozess ist in vielen Fällen bereits heute Realität. Als Jusos  
581 wollen wir diesem Prozess aktiv entgegen wirken, denn auch eine Vielfalt von politisch  
582 Partizipierenden und Entscheidenden ist für uns ein wichtiger Teil der  
583 Generationengerechtigkeit.

584

585

586 Die junge Generation ist bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, um die Ideen,  
587 Interessen und Anliegen der Generation auch im politischen Handeln umzusetzen. Das

588 Kandidieren und Erringen von politischen Mandaten zur Verankerung innerhalb unserer  
589 repräsentativen Demokratie ist folglich nur konsequent und unterstützenswert. Die  
590 Kommunalpolitik sehen wir dabei als erste und direkteste Handlungsebene.

591

592

593

594

595

596

597

598

599

600

601

602

603

604

605

606

607

608

609

610

611

612

613

614

615

616

617

618

619

620

621

622

623

624

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

**Titel** Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.

1 Der Freiheitsbegriff ist in den letzten Jahrzehnten vor allem neoliberal definiert und besetzt  
2 worden. Freiheit ist aber auch einer der zentralen Grundwerte der Sozialdemokratie und ist für  
3 uns Jusos zentrale Voraussetzung für ein solidarisches Zusammenleben.

4  
5 Sozialen Ausgleich zu verwirklichen und wahre Freiheit für alle zu verwirklichen, das sind die  
6 systemübergreifenden Herausforderungen, die es auf unserem Weg zu einer Umsetzung  
7 unserer Grundwerte und zur Verwirklichung der Vision eines demokratischen Sozialismus in der  
8 Freiheit aller braucht.

9  
10 Persönliche Freiheitsrechte stellen die Grundlage einer aufgeklärten und freien Gesellschaft dar,  
11 in der alle BürgerInnen das Recht haben, über ihr Leben selbstbestimmt und frei, im Rahmen  
12 gemeinschaftlicher Regeln zu bestimmen. Die Freiheit des oder der Einzelnen sollte nur da  
13 beschnitten werden, wo sie die Freiheitsrechte anderer verletzt. Das bloße Vorhandensein  
14 dieser Freiheitsrechte sagt aber noch nichts darüber aus, ob diese auch realisiert und in  
15 konkrete Freiheiten umgesetzt werden können. Es reicht nicht formale Freiheiten zu  
16 gewährleisten, es muss auch möglich sein sie zu nutzen.

17  
18 **Gute Arbeit: Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben**

19  
20 Viele Unternehmen klagen über Fachkräftemangel, dabei liegt es in ihrer eigenen  
21 Verantwortung diese Fachkräfte auszubilden. Doch rund jede\_r dritte Jugendliche geht bei der  
22 Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Deshalb fordern wir eine  
23 Ausbildungsplatzgarantie: Alle Unternehmen mit über 10 MitarbeiterInnen sollen dazu  
24 verpflichtet werden auszubilden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an  
25 einen Ausbildungsfond entrichten.

26  
27 Und damit BewerberInnen auch wirklich nur nach dem beurteilt werden, was sie können und  
28 nicht nach Aussehen, Geschlecht oder Namen, fordern wir die Einführung von gesetzlich  
29 festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsverfahren.

30  
31 Damit junge Menschen frühzeitig auf eigenen Beinen stehen können fordern wir außerdem die  
32 Verankerung der Mindestausbildungsvergütung und die Schaffung von ausreichend Angeboten  
33 an Auszubildendenwohnheimen.

34  
35 Auch die Ausbildungsqualität lässt in vielen Fällen zu wünschen übrig. Die Ausbildungsmängel  
36 und die Verstöße gegen gesetzliche Regelungen sind zahlreich und vielfältig. Auszubildende  
37 arbeiten häufig zu lange und müssen gar unbezahlte Überstunden ohne Freizeitausgleich  
38 ableisten. Statt die nötigen Fertigkeiten für ihren Beruf vermittelt zu bekommen, müssen sie



39 Brotzeit holen, Kaffee kochen oder das Auto des Chefs putzen. Verstöße gegen das  
40 Jugendarbeitsschutzgesetz werden allerdings kaum geahndet - es fehlen die Kontrollen.  
41 Deshalb fordern wir endlich wirksame Kontrollen, um die Gesetzesverstöße bei der Ausbildung  
42 einzudämmen.

43

44 Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0, demografischer Wandel - diese Zukunftsfragen  
45 können nur gelöst werden, wenn möglichst viele Menschen einbezogen werden. Gerade um  
46 neue, komplexe Fragestellungen in der globalisierten Arbeitswelt gut zu lösen, braucht es die  
47 Ideen und Vorschläge junger Menschen. Deshalb fordern wir die Mitbestimmungsrechte junger  
48 Arbeitnehmer\_innen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben  
49 gesetzlich zu stärken.

50

51 Arbeitsverhältnisse werden außerdem immer öfter zu Zeit-, Frist- oder Minijobs. Die Folge sind  
52 weniger Geld im Geldbeutel, keine Absicherung und eine ungewisse Zukunft. Junge Menschen  
53 sollen ihre Zukunft frei gestalten können und ohne Existenzängste in die Zukunft blicken  
54 können! Das Handeln Jugendlicher darf nicht ständig von der Angst bestimmt sein, in ein paar  
55 Monaten ohne einen Job zu sein oder die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Gute Arbeit  
56 muss gerecht bezahlt werden! Nein, zu befristeten Arbeitsverträgen!

57

### 58 **Eine freie Gesellschaft braucht die Befreiung vom Patriarchat**

59

60 Freiheit ist für uns untrennbar verknüpft mit Feminismus. Denn nur eine Gesellschaft, in der alle  
61 Geschlechter die gleichen Rechte und Chancen haben, ist auch eine freie Gesellschaft.

62

63 Tradierte Rollenbilder, Vorurteile und Stereotype schränken die individuelle Freiheit – gerade  
64 von Frauen aber auch bei anderen Geschlechtern – in unserer Gesellschaft immer noch ein –  
65 Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht! Echte Wahlfreiheit heißt daher für uns, dass sich  
66 alle unabhängig von ihrem Geschlecht frei entscheiden können: Für oder gegen eine eigene  
67 Familie, für oder gegen Karriere, für den einen oder den anderen Beruf. Freiheit bedeutet nicht,  
68 dass sich die vorhandenen Probleme von alleine lösen. Wir akzeptieren nicht, dass Frauen mit  
69 einem Verweis auf ihre freie Entscheidung an den Herd geschickt werden und starre  
70 Rollenbilder ihnen echte Freiheit verwehren. Deshalb fordern wir die Abschaffung des  
71 Betreuungsgeldes. Mit der SPD darf es keine Herdprämie mehr geben! Elternzeit muss  
72 außerdem hälftig geteilt werden. Wir wollen keine „Vätermonate“ sondern gleichberechtigte  
73 Elternschaft. Wir unterstützen die Initiativen von Manuela Schwesig und fordern die Einführung  
74 der Familienarbeitszeit sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit – wir brauchen endlich ein  
75 Entgeltgleichheitsgesetz. Die in der großen Koalition beschlossene Frauenquote begrüßen wir,  
76 sie ist für uns aber nur ein erster Schritt. Wir fordern eine 50%-Quote in allen Vorständen und  
77 Aufsichtsräten und in anderen Leitungs- und Entscheidungsebenen.

78

79 Weitere Aspekte, die die Freiheit von Frauen enorm einschränken, sind Gewalt und Sexismus.  
80 Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – ob sexuell, psychisch oder physisch – ist ein weit  
81 verbreitetes Problem, das in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen ist. Diskriminierung  
82 aufgrund ihres Geschlechts erfahren Frauen nicht nur auf dem Arbeitsplatz – auch im Alltag ist  
83 Sexismus weit verbreitet. Spricht man dieses Thema offen an, ist es eine bewährte  
84 Abwehrstrategie, alles ins Lächerliche zu ziehen: Das war doch nur Spaß! Frauen als  
85 Sexobjekte und nur aufs Äußere zu reduzieren, ihnen weniger Kompetenz zuzuschreiben und  
86 sie in der Sprache, Werbung und im öffentlichen Leben zu diskriminieren ist aber kein Spaß,  
87 sondern festigt jedes Mal, wenn es stattfindet, das Patriarchat.

88

89 Gleichstellung ist eine Frage der Sozialisation. Gendersensible Bildung und Erziehung muss  
90 daher verpflichtende Querschnittsaufgabe in allen Bildungseinrichtungen und Teil des Lehrplans  
91 werden. Wir fordern außerdem Aufklärungsarbeit und Kampagnen zur Bekämpfung von  
92 Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – Alltagssexismus darf kein Tabuthema  
93 sein. Außerdem fordern wir eine bessere Finanzierung von Hilfs- und Schutzangeboten für  
94 Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt sind und einen Ausbau der Beratungsangebote für  
95 gewalttätige Männer.

96

### 97 **Freie Migration und Wohnortwahl**

98

99 Freiheit bedeutet für uns auch stets die Freiheit den Lebensmittelpunkt eigenständig zu wählen.

100 In einem vereinten Europa sind wir es mittlerweile gewöhnt Grenzen zu passieren und uns  
101 zeitweise oder dauerhaft in einem anderen Land niederzulassen, ohne dass dies mit  
102 besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Diese Freiheit ist insbesondere für viele junge  
103 Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden. Aber auch wenn wir die Niederlassungsfreiheit  
104 im Allgemeinen als Normalfall empfinden, so dürfen wir nicht übersehen, dass diese stetig  
105 verteidigt werden muss.

106

107 Die Stimmen, die sich für die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit und des freien  
108 Personengrenzverkehrs aussprechen, haben sich in den letzten Jahren zunehmend Gehör  
109 verschafft. In einigen Ländern kam es zu vielbeachteten Wiedereinführungen von  
110 Grenzkontrollen oder zur Festlegung von Quoten für den Zuzug aus anderen Staaten.

111

112 Solche Positionen sind für uns genauso wenig politische Diskussionsgrundlage wie die  
113 unsägliche Asyldebatte, die schlicht die Reduzierung der AsylbewerberInnenzahlen um jeden  
114 Preis zum Ziel hat, oder die Debatte um den sogenannten „Armutszuzug“ aus Südosteuropa.  
115 Auch ein Einwanderungsgesetz, das Menschen nach Nützlichkeitskriterien bewertet, lehnen wir  
116 ab. Für uns ist klar: jeder Mensch muss seinen Wohnort frei wählen können.

117

118 Freiheit muss jedoch auch auf nationaler Ebene verteidigt werden. Der Mangel an bezahlbarem  
119 Wohnraum stellt für viele junge Menschen einen elementaren Freiheitseinschnitt dar. Viele  
120 Menschen sind auf Grund zunehmender Preissteigerungen dazu gezwungen ihren Wohnort zu  
121 wechseln. Insbesondere müssen sie dabei aus Ballungszentren wegziehen, da sie schlicht nicht  
122 mehr in der Lage sind, die Mieten zu bezahlen.

123

124 Dabei stehen junge Menschen vor allem in Groß- und Hochschulstädten vor großen  
125 Herausforderungen. Um zu verhindern, dass junge Menschen vom Wohnungsmarkt verdrängt  
126 werden und auf Grund von Mietpreisen ihre Berufs- und Studienwahl abhängig machen, bedarf  
127 es massiver Anstrengungen. Insbesondere geförderter Wohnraum für StudentInnen und  
128 Auszubildende muss überall dort bereit stehen, wo Bedarf besteht und Mieten astronomische  
129 Höhen erreichen.

130

131 Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass gemischte städtebauliche  
132 Strukturen forciert und monofunktionalen Gebietstypen entgegengewirkt werden. Jeder soll am  
133 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und Zugang zu Einrichtungen aller Art genießen.  
134 Ziel jeder Städtebaupolitik muss daher die Umsetzung gemischter Wohngebiete sein. Hierauf  
135 wollen wir in Stadt und Land Einfluss nehmen.

136

### 137 **Freiheit braucht Freiraum und Mitbestimmung für junge Menschen**

138

139 Als JungsozialistInnen stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche eines unserer erklärten  
140 Ziele dar. Freiheit ohne Demokratie und Demokratie ohne Freiheit sind für uns undenkbar.

141

142 Auf Grund dessen sprechen wir uns auch für eine Ausweitung der demokratischen  
143 Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus. Neben einer Absenkung  
144 des Wahlalters auf 14 spielen insbesondere der Aufbau von Jugendparlamenten und die  
145 Ausweitung der Selbstbestimmung in Jugendzentren wichtige Rollen.

146

147 Insbesondere Jugendparlamente übermitteln nicht nur Verständnis für unsere demokratische  
148 Kultur und gleichfalls für demokratische Entscheidungsprozesse, sie stellen auch die  
149 geeigneten Gremien zur Umsetzung jugendpolitisch relevanter Themen dar. Nicht umsonst sind  
150 Kinder und Jugendliche die Experten, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit geht.  
151 Daher ist es nur eine Selbstverständlichkeit sie entsprechend zu Rate zu ziehen. Jugendzentren  
152 können zudem Selbstbestimmung und Selbstverwaltung lehren und sind in ihrer Bedeutung  
153 nicht geringer zu stellen. Der Ausbau der Selbstbestimmung und die Erweiterung -  
154 insbesondere auch der der Öffnungszeiten - ist daher von erheblicher Wichtigkeit. Die  
155 Ausweitung und Unterstützung dieser Instrumente in Stadt und Land sind naheliegende  
156 Aufgaben eines jungsozialistischen Verbandes.

157

158 Ebenso wichtig ist uns auch die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Studierende an  
159 bayerischen Hochschulen. Dazu gehört für uns die Wiedereinführung der Verfassten  
160 Studierendenschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat, dass den studentischen Gremien

161 ermöglicht, sich nicht nur innerhalb der Hochschule, sondern auch außerhalb dieser für die  
162 studentischen Bedürfnisse und Anliegen einzutreten, und eine paritätische Besetzung der  
163 Gremien innerhalb der Hochschulen.

164

165 Wir verstehen Hochschulen außerdem als Orte der gelebten Demokratie. Daher setzen wir uns  
166 dafür ein, dass Diskussionen und politische Veranstaltungen, die sich auch kritisch mit  
167 politischen Geschehnissen auseinandersetzen, weiterhin eine Selbstverständlichkeit an jeder  
168 Hochschule sind.

169

### 170 **Freiheit heißt auch Inklusion**

171

172 Für viele junge Menschen sind Barrieren vorhanden, die sie daran hindern, am  
173 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir JungsozialistInnen müssen ein Sprachrohr für junge  
174 Menschen mit Behinderung sein, uns für eine inklusive Gesellschaft einsetzen und sie aktiv  
175 mitgestalten.

176

177 Eine wichtige Herausforderung ist die bauliche Barrierefreiheit. Jungen Menschen mit  
178 Behinderung muss die Möglichkeit gegeben werden, sich frei und selbstbestimmt im öffentlichen  
179 Raum bewegen zu können. Dabei müssen neben den Einschränkungen für junge Menschen mit  
180 körperlicher Behinderung die öffentlichen Räume auch hinsichtlich ihrer Barrieren für junge  
181 Menschen mit geistiger, Seh- und Hörbehinderung überprüft werden. Doch nicht nur im  
182 öffentlichen Raum, auch in der Arbeit, dem Bildungssystem, bei Kulturangebot, beim Wohnen,  
183 im Gesundheitswesen, im politischen Leben und in der Freizeit herrschen Barrieren vor.

184

185 Inklusion ist als Querschnittsthema zu betrachten um allen jungen Menschen eine freie,  
186 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, unabhängig von  
187 körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen, wie auch sozialem Status,  
188 Geschlecht, Alter, Weltanschauung, Religion und Herkunft.

189

190 Beispiele wie diese gibt es zu Hauf. Unsere Aufgabe ist es diese Missstände zu beleuchten, ihre  
191 Wechselwirkungen für alle klar hervorzuheben und unseren Teil dazu beizutragen, dass  
192 Barrierefreiheit für alle umgesetzt wird.

193

### 194 **Mobilität im öffentlichen Raum**

195

196 Freiheit beinhaltet auch immer die Freiheit zur Mobilität. Besonders für Jugendliche und junge  
197 Erwachsene ist die Möglichkeit sich frei und unabhängig fortzubewegen von erheblicher  
198 Notwendigkeit. Mobilität ist für viele junge Leute die Voraussetzung für eine ungehinderte  
199 Lebensführung.

200

201 Dabei ist ein Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem auf den öffentlichen  
202 Personennahverkehr angewiesen. Sei es um zur Schule oder Ausbildungsstelle zu gelangen,  
203 oder um nach einer „durchzechten“ Nacht sicher zu Hause anzukommen – der Zug, die Tram  
204 oder der Bus vor Ort ist das zentrale Fortbewegungsmittel. Wir sagen: der öffentliche  
205 Nahverkehr ist für alle da. Er ermöglicht uns Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gibt uns  
206 individuelle Freiheit und hilft uns, unser Leben abwechslungsreich zu gestalten. Deshalb sind  
207 Busse und Bahnen für uns ein öffentliches Gut. Der Nahverkehr kann sich nicht alleine privat  
208 finanzieren, dann wären die Fahrpreise unbezahlbar. Wenn wir wollen, dass die Verbindungen  
209 flächendeckend und attraktiv werden, dann müssen wir dafür auch Steuern in die Hand  
210 nehmen. Wir Jusos sagen: Das ist es uns wert! Mobilität ist eine öffentliche Aufgabe und Busse  
211 und Bahnen gehören in öffentliche Hand.

212

213 Mobilität heißt für uns aber nicht nur Bus oder Bahn. Gerade für junge Menschen heißt  
214 Fahrradfahren ein Stück Freiheit und selbstbestimmte Mobilität. Dabei ist das Vorankommen  
215 nicht immer einfach: Fahrradwege enden im Nirgendwo, sichere Fahrradabstellplätze sind eine  
216 Seltenheit und oft steht man vor der Wahl, sein Leben auf der viel befahrenen Hauptstraße zu  
217 riskieren oder illegal auf dem Fußweg zu fahren. Wir Jusos fordern endlich umfassende  
218 Anstrengungen für ein attraktives Radwegenetz und ausreichend sichere Stellplätze. Und zwar  
219 nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. RadfahrerInnen dürfen nicht länger  
220 VerkehrsteilnehmerInnen zweiter Wahl sein.

221

222 Natürlich ist es schön, wenn man ohne Auto überall hinkommt, aber manchmal geht's einfach  
223 nicht anders: Ob Großeinkauf oder Umzug, ohne Führerschein wird's schwierig – zumindest  
224 wenn man sich nicht ewig von den Eltern chauffieren lassen will. Auch viele ArbeitgeberInnen  
225 legen nach wie vor Wert auf die Fahrerlaubnis. Und die kann bekanntlich teuer werden: Neben  
226 zahlreichen Pflichtstunden muss auch noch der theoretische Unterricht und die Prüfung aus  
227 eigener Tasche gestemmt werden. Andere Länder machen Alternativlösungen vor: Der  
228 theoretische Teil kommt in die Schule und wird damit kostenlos. Wir sagen: Das schaffen wir  
229 auch hier!

230

231 Nicht alle Menschen sind ständig auf Autos angewiesen. Und trotzdem ist es manchmal  
232 praktisch, wenn man ab und zu auf eins zurückgreifen kann. Die Lösung für den gelegentlichen  
233 Gebrauch liegt eigentlich auf der Hand: Carsharing – wenige Autos für viele Menschen, immer  
234 dann verfügbar wenn man es braucht. Leider ist das Angebot an solchen Modellen heute noch  
235 nicht flächendeckend, und oft stehen nur kommerzielle Angebote zur Verfügung. Wir Jusos  
236 wollen mehr Förderung für Carsharing-Modelle, am besten lokal und genossenschaftlich  
237 organisiert

238

### 239 **Alles verboten? Der öffentliche Raum gehört uns allen!**

240

241 Unter Alkoholeinfluss steigt bei Menschen zwar die Bereitschaft Straftaten oder  
242 Ordnungswidrigkeiten zu begehen, dennoch gehen diese Delikte nur von einem kleinen Teil  
243 aller Personen unter Alkoholeinfluss aus. Um diese zu verringern, haben sich viele Städte dazu  
244 entschieden für ihre Innenstadt den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit zu verbieten,  
245 wobei in Gebäuden und während Volksfesten weiterhin Alkohol ausgeschenkt werden darf.

246

247 Als weitere Einschränkung wird der Betrieb von Gaststätten und Nachtclubs durch eine  
248 Sperrzeit begrenzt. 2005 wurde sie in Bayern zunächst auf eine Stunde von 5 bis 6 Uhr  
249 verkürzt (Putzstunde). Seitdem haben acht bayrische Städte sie wieder verlängert.

250

251 Wie beim Alkoholverbot geht es in der Diskussion oft nicht um tatsächliche Gefahren für sich  
252 dort aufhaltende Personen und AnwohnerInnen, sondern deren subjektives Sicherheitsgefühl.  
253 Die Sperrzeit wird als schnelles, wirksames und kostengünstiges Mittel gegen vermeintlich  
254 vermehrte Störungen der Nachtruhe angesehen. Bisher konnte kein Nachweis erbracht werden,  
255 dass dies die Kriminalität insgesamt oder in der Nacht gesenkt hat, auch wenn für einzelne  
256 Städte und Delikte Effekte festzustellen sind.

257

258 Eine Verlagerung der Feieraktivitäten auf Privatpartys, Afterpartys und den öffentlichen Raum  
259 befeuert wiederum die Forderung nach einer weiteren Verlängerung der Sperrzeit, einem  
260 Alkoholverbot in der Öffentlichkeit und verstärken Anfeindungen gegenüber jungen Menschen.  
261 Für uns steht fest, dass es auch kulturelle Angebote für Jugendliche geben muss, weswegen  
262 wir uns bemühen die Ängste in der Bevölkerung vor diesen abzubauen.

263

264 Zugleich lehnen wir die im Freistaat vorherrschende Repressionspolitik ab. Die Maßnahmen die  
265 stets der Beschränkung, des Verbots oder der Bestrafung dienen sind für uns inakzeptabel.  
266 Tanzverbote und restriktive Grünflächenverordnungen die Alkoholkonsum verbieten stellen  
267 massive Eingriffe in die Grundrechte der Bevölkerung dar und sind Ausfluss einer religiös  
268 motivierten Law&Order-Politik die gänzlich abzulehnen ist.

269

### 270 **Die Gedanken sind frei!**

271

272 Bildung ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft und Voraussetzung für ein  
273 wirklich freies und selbstbestimmtes Leben. Das aktuelle Bildungssystem ist jedoch viel zu sehr  
274 an ökonomischer Verwertbarkeit und einem engen Leistungsbegriff orientiert. Wir Jusos stehen  
275 für lebenslanges Lernen, das in Bildungseinrichtungen für Kleinkinder beginnt und über Schule,  
276 Ausbildung und Hochschule zu Fort- und Weiterbildung reicht. Im Zentrum muss dabei für uns  
277 immer die Entwicklung der eigenen Begabungen und Fähigkeiten stehen. Wir fordern daher ein  
278 inklusives Bildungssystem, das alle Kinder von Anfang an mitnimmt und keine Selektion nach  
279 (vermeintlicher) Leistungsfähigkeit vornimmt. Noten lehnen wir als vorgeblich objektive  
280 Leistungsbewertung ab und fordern stattdessen die Einführung alternativer Modelle zur  
281 Beschreibung von Lernfortschritten wie zum Beispiel Portfolios und Lernentwicklungsberichte.

282

283 Auch weiterführende Bildung wie Hochschulbildung und berufsbegleitende Angebote muss für  
284 alle zugänglich und gebührenfrei sein.

285

286 Für Berufstätige fordern wir außerdem die gesetzliche Festschreibung von Bildungsurlaub,  
287 damit auch eine allgemeine Weiterbildung neben der Berufstätigkeit möglich ist.

288

289 Eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Lernen ist für uns die Demokratisierung aller  
290 Bildungsbereiche. Wir fordern daher die Einführung und gesetzliche Festschreibung von  
291 demokratischen Strukturen in Bildungsinstitutionen, jeweils entsprechend des Alters der  
292 Beteiligten.

293

#### 294 **Freiheit versus Sicherheit? Nicht mit uns!**

295

296 Wir Jusos lehnen die Panikmache rund um "Gefahren durch das Internet" ab. Natürlich wollen  
297 wir strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Ein Großteil der  
298 "Straftaten" im Internet sind allerdings zivilrechtliche Verstöße wie beispielsweise die Verletzung  
299 von Urheberrechten oder Verwertungsrechten. Es ist keine Lösung, diese rücksichtslos durch  
300 Abmahnungen durchzusetzen, wir brauchen hier eine Debatte über ein modernes Urheberrecht  
301 und müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten vorantreiben. Generell kann man  
302 vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine restriktive Strategie  
303 begegnen. Wir stehen für starke BürgerInnenrechte in der digitalen Welt. Der Schutz der  
304 Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle  
305 Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht  
306 ausgehebelt werden.

307

308 Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ bei strafrechtlich relevanten Inhalten und lehnen  
309 Netzsperrern ab. Ebenso halten wir Vorratsspeicherung für einen völlig unverhältnismäßigen  
310 Eingriff in die Privatsphäre der Einzelnen und lehnen diese ab. Studien haben mehrfach belegt,  
311 dass die VDS kein taugliches Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung ist. Gleichzeitig wenden wir  
312 uns aber auch gegen andere Methoden, die ähnlich stark in die Privatsphäre der Menschen  
313 eingreifen, wie beispielsweise Online-Durchsuchungen in Bayern und gegen den vom LKA  
314 verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“. Einen Gipfel des staatlichen Eingriffs stellt für uns die  
315 als "NSA-Affäre" bekannt gewordene, systematische und pauschale Überwachung des digitalen  
316 Datenaustauschs dar. Wir brauchen Mechanismen, um uns zu wehren, wie beispielsweise  
317 einfach bedienbare Verschlüsselung für jedeN. Digitale Überwachungsmethoden stehen ganz  
318 klar im Widerspruch zu unseren Grundwerten und den rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen  
319 in Deutschland und Europa. Wer die Freiheit opfert, um vermeintlich mehr Sicherheit zu  
320 bekommen, verliert am Ende beides!

321

322 Zugang zum Internet gehört für uns Jusos zur Daseinsvorsorge und ist für gesellschaftliche  
323 Teilhabe heute unabdingbar. Daher wollen wir, dass es flächendeckend in Bayern einen guten  
324 Zugang zum Internet gibt und dass dieser für alle bezahlbar ist. Schnelles Internet darf nicht nur  
325 Menschen vorbehalten sein, die in Städten leben. Wir Jusos fordern, dass ein technologisch  
326 moderner Breitbandausbau in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen umgesetzt wird. Wir  
327 stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und gleichen Zugang zum  
328 Internet mit dem Ziel der Netzneutralität.

329

330 Aktuell entsteht eine Spaltung - ein „Digital Divide“ - zwischen den Menschen, die die neuen  
331 Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu  
332 haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren  
333 wie Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft ausmachen. Wir wollen aber eine Teilhabe aller an  
334 den Neuen Medien. Bildung ist für uns der Schlüssel zur Überwindung dieser digitalen Spaltung.  
335 Wir wollen daher Konzepte für digitale Bildung für alle Lebensphasen. Aber auch die Lehr- und  
336 Lernmaterialien wie z.B. Schulbücher werden sich ändern und müssen digital verfügbar sein.  
337 Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu Lerninhalten über sogenannte "Open  
338 Educational Resources", damit auch hier Bildung nicht vom Geldbeutel abhängt.

339

340 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das Funktionieren einer parlamentarischen  
341 Demokratie werden ebenfalls durch die Digitalisierung beeinflusst. Wir haben es in der Hand,  
342 aus der digitalen Gesellschaft eine offene, freie und demokratische Gesellschaft zu machen.  
343 Eine vernetzte Verwaltung (Open Government) und die Bereitstellung offener Daten (Open

344 Data) sind Bausteine für ein modernes Regierungshandeln, setzt aber einen Kulturwandel von  
345 Staat und Verwaltung voraus.

346

347 **Wir ziehen's durch. Weil wir's können. Cannabis endlich legalisieren.**

348

349 Seit den Legalisierungswellen in manchen US-amerikanischen Staaten und alternativen  
350 drogenpolitischen Projekten in einigen EU-Ländern ist die Legalisierung von Cannabis wieder in  
351 die politische Diskussion gerückt worden. Wie verschiedene Befragungen zeigen, ist die  
352 repressive Drogenpolitik gescheitert. Große Bevölkerungsteile haben schon einmal Cannabis  
353 konsumiert, bzw. machen dies regelmäßig. Durch das Verbot wird momentan v.a. die  
354 Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten erreicht. Zurzeit herrscht in Deutschland eine  
355 breite Diskussion insbesondere über die Schädlichkeit von Cannabis, bei der GegnerInnen wie  
356 BefürworterInnen der Legalisierung diese mit bereits legalisierten Drogen aufrechnen. Dies  
357 halten wir für den falschen Weg diese Debatte zu führen.

358

359 Für uns ist klar: Drogen bringen Schäden mit sich und können eine Gefahr für den/die  
360 KonsumentIn und andere Menschen darstellen. Selbstverständlich birgt Cannabis ein  
361 gesundheitliches Risiko: die mentalen Schäden, besonders beim Konsum von Menschen in  
362 ihrer Entwicklung, können massiv ausfallen. Und natürlich ist Cannabis im Straßenverkehr eine  
363 große Gefahr für die gesamte Umgebung. Zudem muss der Konsum durch Minderjährige in  
364 jedem Fall unterbunden werden.

365

366 Die Frage, die sich hier stellt ist allerdings eine ganz andere. Erreichen wir durch die  
367 momentane Politik die gewünschte Wirkung? Schreckt das Verbot Menschen davon ab  
368 Cannabis zu konsumieren, bzw. würde eine Legalisierung mehr Menschen dazu animieren? In  
369 Bezug auf ersteres ist mittlerweile erwiesen, dass das Verbot nur eine sehr geringe, bis gar  
370 keine abschreckende Wirkung hat. In Bezug auf Zweiteres zeigen einige Staaten mit einer  
371 liberaleren Drogenpolitik, dass über einen längeren Zeitraum die KonsumentInnenzahl nicht  
372 relevant steigt. Die Kriminalisierung schafft es also nicht die wichtigsten Ziele von Drogenpolitik,  
373 nämlich rückläufigen Konsum und Problembewusstsein in Bezug auf die Droge, zu erreichen.

374

375 Das Verbot scheitert allerdings auch dadurch, dass es Probleme schafft, die erst durch ein  
376 Verbot aufkommen. Neben der Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten, die gigantische  
377 Kosten für Polizei, Justiz, etc. nach sich zieht, steigt auch die Schädlichkeit von Cannabis durch  
378 seine Illegalisierung. Dies geschieht durch Dinge wie Streckung oder die Tatsache, dass  
379 mittlerweile einige Jugendliche auf synthetische Ersatzstoffe, sog. "Kräuter" umsteigen, die in  
380 ihrer Wirkung wesentlich schlechter einzuschätzen sind und im Gegensatz zu Cannabis schon  
381 einige Todesopfer gefordert haben.

382

383 Deshalb fordern wir eine Legalisierung von Cannabis mit einer kontrollierten Abgabe durch  
384 Apotheken und einen überwachten Anbau durch ZulieferInnen. Mit den Geldmitteln, die derzeit  
385 in die Strafverfolgung fließen, wollen wir Präventionsprojekte und Beratungsangebote stärken!  
386 Wir wollen Geldmittel, die momentan in der Strafverfolgung gebunden sind, sparen und  
387 stattdessen Präventionsprojekte stärken. Weitere finanzielle Mittel für die Prävention und  
388 Beratung könnten durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe von Cannabis  
389 herangezogen werden. Wir wollen durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe Geldmittel  
390 akquirieren und diese in Suchtberatung und Entzugsprogramme investieren. Wir wollen einen  
391 legalen und verantwortungsbewussten Umgang mit Cannabis, ohne bürgerliche Verbotspolitik  
392 und Repressionen, die bisher nur zu Streckung und Beschaffungskriminalität sowie zu einer  
393 absolut verlogenen Einstellung zum Thema Sucht und Konsum geführt haben.

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

**Titel** Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant\*innen

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

## Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant\*innen

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Es sollte für alle Politiker eine Richtlinie werden nicht zu Sportereignissen zu fahren, die in  
4 Ländern stattfinden in denen Demokratie und Meinungsfreiheit keinen Platz haben.

5

6 **Begründung:**

7 Begründung:

8 Diese Turniere sind eine Katastrophe. Weder hätte jemals eine WM nach Katar oder nach  
9 Russland vergeben werden dürfen. Sie sind eine mögliche Zurschaustellung eigener Macht und  
10 können von eigenen Medien ausgenutzt werden. Jetzt hat es die Fifa weder mit Demokratie  
11 noch mit Ehrlichkeit und sie vergibt gegen ein entsprechendes Entgelt solche Turniere auch an  
12 Staaten, welche die selben Werte verkörpern. Wobei man bei Katar auch die Unterstützung von  
13 Terroristen auf die Liste setzen kann. Das an sich ist schon schlimm genug, aber jetzt noch eine  
14 offizielle Delegation hinschicken, wäre eine weitere Aufwertung des Regimes und sollte  
15 unterbleiben.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

**Titel** Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte

**Antragsteller** Brandenburg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte

1 Bis zur Durchsetzung eines Echtpelzverbotes in der Bekleidungsindustrie müssen alle  
2 Echtpelzprodukte, die im Handel erhältlich sind, für Verbraucher\*innen klar verständlich und  
3 deutlich mit Angaben zur verwendeten Tierart und der Herkunft des Tieres gekennzeichnet  
4 werden.

5  
6 **Begründung:**

7  
8 Millionen Hunde und Katzen sterben jährlich in China für die Pelzindustrie. Immer noch  
9 gelangen teilweise falsch etikettierte Hunde- und Katzenfelle nach Europa und werden z.B. als  
10 Kunstpelz verkauft. Dies wird aus Kostengründen so praktiziert, da selbst ein echtes Hundefell  
11 aus China billiger in der Produktion ist als ein gut gemachter Webpelz.

12  
13 Die bisher fehlende Kennzeichnungspflicht von Echtpelzprodukten ist daher ein gravierendes  
14 Versäumnis innerhalb der Verbraucherinformation.

15  
16 Trotz des EU-weiten Importverbots von Haustierfellen gibt es keine Kennzeichnungspflicht für  
17 die Kleidungsstücke, in denen sie verarbeitet sind. So kann es dazu kommen, dass der  
18 Verbraucher einen Parka mit Fellkragen kauft, auf dessen Etikett „100 Prozent Polyester“ steht,  
19 es sich aber um einen echten Fellkragen handelt.

20  
21 Verbraucher\*innen werden nicht ausreichend informiert und damit in der Folge flächendeckend  
22 getäuscht. Echtpelzprodukte sind häufig gar nicht, nur schlecht oder auch für den Verbraucher  
23 nicht nachvollziehbar mit Fantasienamen gekennzeichnet (z.B. „Maopee“, „Genotte“,  
24 „Bergkatze“ oder „Gayangi“ für Katzenfell; „Asiatischer Wolf“, „Dogue de Chine“ oder „Loup  
25 d`Asie“ für Hundefell).

26  
27 Zur praktischen Durchsetzbarkeit der Verpflichtung muss sich die Kennzeichnungspflicht auf die  
28 Lieferkette beziehen. Die Verpflichtung muss – um nicht umgangen zu werden – sowohl für die  
29 Hersteller als auch für Händler gelten. Weiterhin sollte dies auch, um dem  
30 Nichtdiskriminierungsgrundsatz der EU zu entsprechen, für inländische wie für ausländische  
31 Marktteilnehmer gelten.

32  
33 Als Vorbild für eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung von Echtpelzen kann wie oben  
34 gefordert die Deklarationspflicht in der Schweiz herangezogen werden. Dort müssen Pelze und  
35 Pelzprodukte mit dem wissenschaftlichen und zoologischen Namen der Tierart, der Herkunft  
36 des Felles und der Art der Gewinnung (d.h. ob ein Tier gejagt wurde oder aus welcher Art von  
37 Zucht es stammt) deklariert werden. Ziel ist es, dass Verbraucher\*innen die Kennzeichnung vor  
38 dem Kaufentscheid eindeutig zur Kenntnis nehmen können. Dazu kann die Kennzeichnung  
39 beispielsweise auf dem Produkt selbst oder auf der Verpackung bzw. am Preisschild angezeigt



40 werden.

41

42 Nur durch eine transparente Kennzeichnung der Zusammensetzung eines Kleidungsstückes  
43 können Verbraucher\*innen eigene, mit ihren persönlichen Interessen und Moralvorstellungen  
44 übereinstimmende Entscheidungen treffen.

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien

- 1 Die Länder Baden-Württemberg und Bayern sind mit in den Wechselrhythmus der
- 2 Sommerferien aufzunehmen.
- 3
- 4 Sollte dies nicht möglich sein, legen die restlichen Bundesländer feste Kalenderwochen für den
- 5 Beginn der zukünftigen Sommerferien in Absprache fest, dabei dürfen nicht zu viele
- 6 Bundesländer gleichzeitig mit den Sommerferien beginnen und sie sollten keine
- 7 Nachbarflächenländer sein.
- 8
- 9 Außerdem sollte der Zeitraum der Sommerferien in Deutschland nicht weiter ausgedehnt,
- 10 sondern eher wieder verkleinert werden.
- 11
- 12 Schließlich sollen Ferien der Erholung der SchülerInnen dienen und nicht wirtschaftlichen
- 13 Aspekten unterliegen.
- 14
- 15 **Begründung:**
- 16 *Seit Jahrzehnten gibt es bei den Sommerferien ein Rotationsprinzip, an welchem sich bis auf*
- 17 *die Länder Baden-Württemberg und Bayern alle anderen beteiligen. Damit liegt der Beginn der*
- 18 *Sommerferien mal im Juni, Juli oder August. Eine der Begründungen für die Nichtteilnahme an*
- 19 *diesem Wechsel der südlichen Bundesländer ist die angebliche notwendige Hilfe der*
- 20 *SchülerInnen bei der Ernte auf den Feldern. Ob dies auch heute noch für die Masse der*
- 21 *SchülerInnen gilt, kann bezweifelt werden. Zumal in Niedersachsen als vielgepriesenes*
- 22 *Agrarland Nummer Eins in Deutschland auf diese Art der Arbeitskraft verzichtet wird. Vielmehr*
- 23 *ergibt sich für die Schulsysteme in Baden-Württemberg und Bayern durch den festen Beginn*
- 24 *der Sommerferien ein enormer Vorteil durch die immer gleichlangen Schuljahre. Das Schuljahr*
- 25 *2015/16 in Niedersachsen ist im Vergleich zum Schuljahr 2014/15 vier Wochen kürzer, was*
- 26 *gerade bei Fächern mit nur einer Schulstunde pro Woche zu Problemen bei der Vermittlung des*
- 27 *notwendigen Lernstoffes führen kann. Sollte es nicht möglich sein, die beiden Bundesländer mit*
- 28 *in den Wechselrhythmus einzubinden, sollten die restlichen Bundesländer ebenfalls feste*
- 29 *Starttermine für ihre Sommerferien einführen, damit die Schuljahre auch dort gleichlang sind.*
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

**Titel** Wildtierverbot im Zirkus

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Wildtierverbot im Zirkus

1 **Wildtierverbot im Zirkus**

2

3 Es muss endlich ein gesetzliches Verbot zur Haltung wildlebender Tierarten im Zirkus bestehen.

4

5 **Begründung:**

6 Während Österreich und andere Länder längst ein Wildtierverbot ausgesprochen haben leiden

7 die Tiere in deutschen Zirkussen Tag für Tag weiter. Das Halten solcher Tiere in Zirkussen ist

8 tierschutzwidrig. Eine artgerechte Haltung ist nicht möglich. Einen großen Teil ihrer Zeit müssen

9 die Tiere in Käfigen und Transportwagen verbringen, eine Unterbringung in ausreichend großen

10 Gehegen ist nicht machbar.

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Kastrationspflicht für Katzen und Kater

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Kastrationspflicht für Katzen und Kater

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Den kommunalen Mandatsträger\*innen wird empfohlen sich für eine Kastrations- und  
4 Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen und Kater einzusetzen.

5

6 **Begründung:**

7 In Deutschland nimmt die unkontrollierte Vermehrung von Katzen immer weiter zu, was zu  
8 großem Tierleid und einem unangemessenen Eingriff in das heimische Ökosystem führt.

9

10 Viele Tierhalter\*innen liegen falschen Tatsachenbehauptungen auf und kastrieren ihre Tiere  
11 bewusst nicht, um „ihnen den Spaß zu lassen“ und nicht „in die Natur eingreifen zu wollen“.  
12 Dabei handelt es sich um gefährliche Trugschlüsse. Katzen und Kater empfinden keine Freude  
13 bei der Fortpflanzung, sondern Stress und körperliche Schmerzen. Außerdem wird durch die zu  
14 hohe Katzenpopulation Tierleid erhöht, ein Eingriff durch den Menschen in Form von  
15 Kastrationen würde eben jenes verringern.

16

17 Aus diesem Grund soll dem Beispiel vieler niedersächsischer, nordrhein-westfälischer und der  
18 hessischen Kommune Hessisch Lichtenau gefolgt werden. Hierbei ist eine kommunale  
19 Regelung von Nöten, bei der die betreffenden Kommunen durch eine Informationsweitergabe  
20 und das Einbringen vor Ort unterstützt werden sollen.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## U

### Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U 1	Hannover Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland	470
U 2	Rheinland-Pfalz Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	471
U 3	Hamburg Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen	473
U 4	Sachsen Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben	475
U 5	Hessen-Süd Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“	478
U 6	Hannover Bezahlbarer Strom ist wichtig	479
U 7	Hannover Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	482
U 8	Hessen-Nord Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen	484

**Titel** Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland

1 Fracking soll in ganz Deutschland umfassend verboten werden.

2

3 **Begründung:**

4 *Beim Fracking können ungewollt Gesteinsschichten reißen, durch die giftige Flüssigkeiten und*  
5 *Gas ins Grundwasser gelangen können.*

6

7 *Fracking kann Erdstöße auslösen, die an der Erdoberfläche Schäden verursachen können.*

8

9 *Erfahrungen aus den USA zeigen, dass Fracking ein zu hohes Risiko für die Umwelt darstellt.*

10 *Millionen Quadratkilometer Land sind dort verseucht worden und das Trinkwasser ist an diesen*  
11 *Stellen ungenießbar. Tiere, Pflanzen und Menschen werden durch das Fracking gesundheitlich*  
12 *stark beeinträchtigt und leiden teilweise an Krankheiten, die durch das Fracking verursacht*  
13 *werden.*

14

15 *Fracking ist nicht nachhaltig. Die Erde kann die verwendeten Giftstoffe nicht abbauen, der*  
16 *Boden wird an den Förderstellen für Jahrtausende verseucht sein.*

17

18 *Die Gewinne aus Fracking erwirtschaften die Betreiber, die Schäden erleiden die Anwohner und*  
19 *folgende Generationen. Die Haftung der Betreiber verjährt schon nach 30 Jahren.*

20

21 *Wertverluste von Gebäuden oder touristisch genutzten Anlagen (z. B. durch Bohrtürme in 100 –*  
22 *200 m Entfernung) werden den Eigentümern nicht erstattet.*

23

24 *Der Sachverständigenrat für Umweltfragen berichtet, dass die Förderung und der Verbrauch*  
25 *von Frackinggas eine 3 bis 15 mal höhere Klimabelastung durch CO2 verursacht als bisher*  
26 *verwendetes Gas. Die bereits beschlossenen, politisch verbindlichen Klimaschutzziele auf*  
27 *internationaler Ebene werden durch Verwendung von Frackinggas ignoriert, denn*  
28 *klimaverträglicheres Gas ist ausreichend auf dem Weltmarkt vorhanden.*

29

30 *Die Langzeitabdichtung der Bohrlochummantelung kann nicht garantiert werden. Auch die*  
31 *dauerhafte Abdichtung zwischen der Ummantelung und dem durchbohrten Gestein ist ein*  
32 *bleibendes Risiko.*

33

34

35

36

37

38

**Titel** Schluss mit Lebensmittelverschwendung -  
Containern legalisieren

**Antragsteller** Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundestagsfraktion, Bundesministerium für Justiz und  
Verbraucherschutz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren

1 Die Jusos fordern, den Abfall aus Entsorgungscontainern von Supermärkten zwischen dem  
2 Zeitpunkt seiner Entsorgung in Containern und der Abholung durch Entsorgungsunternehmen  
3 als abgetretenes Eigentum im Sinne einer herrenlosen Sache zu erklären. Zudem muss der  
4 Handel verpflichtet werden, einen ungehinderten Zugang zu nicht mehr verkaufsfähigen aber  
5 noch genießbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Wir fordern zudem, dass alle noch  
6 brauchbaren Lebensmittel und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, die nicht zum  
7 Containern zu Verfügung gestellt werden, an einheitlichen und unabhängigen, kommunalen  
8 Stellen die durch den Staat finanziert werden an alle Interessierten abgeben werden.

9

### 10 **Begründung:**

11 Im Mai 2015 beschloss das französische Parlament ein Gesetz, welches dem Einzelhandel  
12 verbietet, Lebensmittel weg zu werfen, und ihn stattdessen zwingt, sie entweder zu spenden  
13 oder, falls sie nicht mehr genießbar sind, z.B. durch Kompostierung weiter zu verwerten. Dies ist  
14 zwar ein guter Ansatz, den Schaden, den unsere Konsumgesellschaft anrichtet, zu verringern,  
15 jedoch ist das Gesetz zu kurz gedacht. Eine Lösung, die nicht nur den Einzelhandel, sondern  
16 alle Verbrauchergruppen mit einschließt, ist das Containern. Das Containern, welches  
17 ausgemusterte, jedoch noch genießbare Lebensmittel vor ihrer Vernichtung rettet, zeigt uns  
18 Möglichkeiten auf, wie wir diese Ware sozial weiter verwerten können.

19

20 Containern, zu deutsch „Mülltauchen“ oder auch „Dumpstern“ genannt, ist die Bezeichnung für  
21 das Heraussuchen von noch Verwertbarem aus Abfallcontainern des Einzelhandels. Vielerorts  
22 wird diese Praxis schon seit längerem praktiziert und viel mehr als politischer Protest gegen die  
23 Konsumgesellschaft. Containern dient Menschen als Teil ihrer alltäglichen Versorgung mit  
24 Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs wie Kosmetikprodukten.

25

26 Rein rechtlich ist der Müll aus den Containern bisher Eigentum derjenigen, die ihn weggeworfen  
27 haben, und zwar bis zur Abholung durch die Entsorger\*innen. Steht der Container offen  
28 zugänglich und ist nicht abgeschlossen, handelt es sich nach der aktuellen Gesetzeslage um  
29 Diebstahl. Wer zum Containern beispielsweise noch einen Zaun überwindet oder Privatgelände  
30 der Märkte betritt begeht Hausfriedensbruch. Die Konsequenzen und tatsächlichen  
31 Strafverfolgungen sind bisher allerdings gering. Zwar kommt es zu einzelnen Verurteilungen  
32 wegen Hausfriedensbruch, da für die „Bestohlenen“ jedoch kein realer Schaden entsteht,  
33 kommt es in der Regel nicht zur Strafanzeige. Die Gesetzeslage ist zum größten Teil also eine  
34 Farce. Durch die Erklärung des vermeintlichen Abfalls als abgetretenes Eigentum im Sinne  
35 einer herrenlosen Sache wird eine positive Rechtsgrundlage für das Containern geschaffen.

36

37 Für die Lebensmittel die nicht „container“ werden wünschen wir uns einheitliche Stellen in den  
38 Kommunen die vom Staat getragen werden. Die bisher existierenden Tafeln sind einerseits  
39 lediglich privat getragen und zu intransparent. Zudem richten sie sich ausschließlich an  
40 „Bedürftige“, wie Bezieh\*innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. An ihre Stelle  
41 sollen kommunale Verteilerstellen treten, an denen jede\*r Interessierte Lebensmittel und Güter  
42 des täglichen Bedarfs erhalten kann.

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97



**Titel** Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen

**Antragsteller** Hamburg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen

- 1 Wir fordern,
- 2
- 3 1. das sofortige Verbot sämtlicher von bedrohten Hai-Arten stammender Produkte.
- 4 2. das Verbot aller gewaltsam gewonnenen Hai-Produkte, bis garantiert werden kann, dass
- 5 keine betreffenden Hai-Arten oder Hai-Bestände bedroht werden.
- 6 3. ein EU-weites Verbot des Imports von durch Finning gewonnenen Haiprodukten.
- 7 4. ein Verbot für Europäische Fischer Haiprodukte in Nicht-EU Ländern anzulanden.
- 8 5. großzügige, mit Wissenschaftlern abgesprochene, Schutzzonen für Haie innerhalb der
- 9 EU.
- 10 6. ein Fangverbot von in Nord- und Ostsee lebenden Hai-Arten, welche vom Aussterben
- 11 bedroht sind.
- 12 7. regelmäßige Kontrollen der Haibestände in Nord- und Ostsee.
- 13 8. bei Schwund einer Art zügige Einrichtung von Fangverboten.
- 14 9. den verstärkten Einsatz Deutschlands zum internationalen Schutz der Haie und zur
- 15 ökologisch-wirtschaftlichen, nachhaltigen und verträglichen Veränderung der industriellen
- 16 Hai-Fischerei.
- 17 10. eine Prüfung, ob noch weitere Hai-Arten in das Washingtoner Artenschutzübereinkommen
- 18 einzufügen sind.
- 19

### 20 **Begründung:**

21 Haie gehören zu den ältesten Lebewesen des blauen Planeten. Seit 450 Millionen Jahren trägt  
22 der Jäger seinen essentiellen Anteil dazu bei, unser größtes Ökosystem -das Meer- im  
23 Gleichgewicht zu halten. Nahezu überall im Meer bildet er das oberste Glied der Nahrungskette  
24 und reguliert somit sämtliche Fischbestände. Durch das Fressen von kranken Fischen hält der  
25 Hai Fischbestände gesund und verhindert „Krankheitswellen“ in den Meeren, welche auch aus  
26 wirtschaftlicher Sicht verheerend wären. Haie spielen ebenfalls eine wichtige Rolle für den  
27 Erhalt von Korallenriffen und Seegrasfeldern.

28  
29 Werden Hai-Arten ausgerottet, führt dies zum Zusammenbruch des Ökosystems.[1] Aktuell  
30 werden Schätzungen zufolge 100 Millionen Haie jährlich umgebracht: 3-6 Haie in jeder  
31 Sekunde.[2]

32  
33 Dies ist insbesondere deshalb fatal, weil Haie sich nur sehr langsam vermehren. Sie werden  
34 spät geschlechtsreif und haben vergleichsweise nur wenige Nachkommen. Wird jetzt nicht  
35 gehandelt, dann wird ein Großteil der Hai-Arten schon in 10 Jahren ausgestorben sein. Dies  
36 hätte katastrophale Auswirkungen auf das Meer.

37  
38 Nicht nur in Asien und vor den Küsten Amerikas muss nach den Schuldigen gesucht werden.  
39 Auch die Fischereindustrie der EU landet jährlich über 100.000 Tonnen Knorpelfisch aus aller

40 Welt an. Darunter befindet sich viel Blauhai, welcher bereits auf der Roten Liste steht.[3]  
41 Ebenso wie der in Deutschland beliebte Dornhai, aus dessen Bauchlappen Schillerlocken  
42 hergestellt werden.  
43  
44 Nicht nur, dass zu viele Haie getötet werden ist ein Problem, sondern auch die Art der Tötung.  
45 Beim so genannten Finning werden dem Tier sämtliche Flossen abgeschnitten (da diese am  
46 meisten Geld bringen), ohne welche es absolut hilflos ist. Anschließend wird es lebendig wieder  
47 zurück ins Wasser geworfen. Dort sinkt es auf den Meeresboden und stirbt auf grausame Art  
48 und Weise. Ebenfalls problematisch ist der Einsatz von Treib- und Hainetzen. In den  
49 kilometerlangen Netzen verenden sämtliche größere Meeresbewohner qualvoll.[4]  
50  
51  
52 Haiprodukte sind nicht nur in Schüsseln und auf Tellern zu finden. Der Knorpel ihrer Flossen  
53 steckt ebenfalls in Medizin- und Kosmetikprodukten. Medizinisch haben Haiprodukte jedoch  
54 nachgewiesener Weise keinerlei Wirkung. Im Gegenteil: Haie sind stark mit Methylquecksilber  
55 belastet; einem hoch toxischem Stoff. Er kann bei Menschen Mutationen,  
56 Lähmungserscheinungen, sowie Sprachstörungen hervorrufen. Bei Kindern und Ungeborenen  
57 können neben körperlichen Behinderungen durch Zuführung von Methylquecksilber sogar  
58 irreparable, geistige Entwicklungsschäden auftreten. Außerdem wird der Stoff von der IARC  
59 (INTERNATIONAL AGENCY FOR RESEARCH ON CANCER) der Weltgesundheitsbehörde  
60 (WHO), als mögliche Ursache für Krebs beim Menschen klassifiziert.  
61 Seit 2000 liegt das international anerkannte wöchentliche Aufnahme-limit, das von der EPA  
62 (Environmental Protection Agency) bzw. dem NRC (National Research Council / USA)  
63 empfohlen wird bei 0,7 µg Quecksilber pro kg Körpergewicht. Eine Ende Mai 2005, von  
64 SHARKPROJECT in Auftrag gegebene Untersuchung, von drei verschiedenen im deutschen  
65 Markt erhältlichen Haiprodukten ergab verheerende Ergebnisse. Blauhaisteak, Seeaal und  
66 Schillerlocken wurden vom Institut für anorganische und analytische Chemie der Johannes  
67 Gutenberg Universität Mainz untersucht. Die Steaks von Blauhaien enthielten 1400 µg/kg (--±  
68 0,13) Methylquecksilber, Seeaal 830 µg/kg (--±0,02) und Schillerlocke 550 µg/kg (--±0,01).[5]  
69

70  
71

72 [1] Vgl. <http://www.sharksavers.org/de/information/the-value-of-sharks/sharks-role-in-the-ocean/>  
73 (zuletzt abgerufen am 27.06.2015).  
74

75 [2] Wut allein reicht nicht, Hannes Jaenicke.  
76

77 [3] <http://europeansharkweek.elasmo.de/presse/entscheidung-2012/> (zuletzt abgerufen am  
78 27.06.2015).  
79

80 [4] Haie und Rochen, Prof. Dr. Andreas Vilcinskas.  
81

82 [5] [http://www.sharkproject.org/haiothek/index.php?site=umwelt\\_6](http://www.sharkproject.org/haiothek/index.php?site=umwelt_6) (zuletzt abgerufen am  
83 27.06.2015).  
84

85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99

**Titel** Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben

1 Wir fordern:

2

- 3 • ein langfristiges Verbot aller Pestizide, die schädlich für Bienen und andere Bestäuber  
4 sind. Dabei handelt es sich vor allem um Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin.  
5 • die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere  
6 Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern  
7 auch die Überwachung der Gesundheit von Bienen und anderen Bestäubern erleichtern.  
8 Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume innerhalb und in der  
9 Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen  
10 zu erhöhen.  
11 • die Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu einer  
12 ökologischeren, umweltschonenderen Alternative. Hierzu sollen vor allem auf EU-Ebene  
13 mithilfe einer stärkeren öffentlichen und privaten Finanzierung die Erforschung und  
14 Entwicklung ökologischer Anbaupraktiken gefördert werden.  
15 • die Schaffung eines landwirtschaftlichen Beratungssystems, welches auf EU-Ebene über  
16 ökologische Schädlingsbekämpfung und Anbaumethoden informiert.  
17 • die Ausweisung von Flächen als im Umweltinteresse genutzte Flächen: Die  
18 Mitgliedsstaaten der EU sollen soweit wie möglich sicherstellen, dass durch die  
19 Ausweisung von Flächen als „im Umweltinteresse genutzt“ die Biodiversität sowie  
20 natürliche Funktionen von Agrarökosystemen wie Bestäubung und Kontrolle von  
21 Schädlingspopulationen geschützt und verbessert werden.

22

### 23 **Begründung:**

24 Die Imkerei ist eine Tradition zur Gewinnung von Naturprodukten, die seit Jahrhunderten in  
25 Europa Bestand hat. Seit Anfang der 2000er ist diese Tradition jedoch gefährdet: Imker\*innen  
26 international beobachten das Sterben erwachsener Bienen im Bienenstock, während Jungtiere  
27 und Brut, Honig und bereits gesammelte Pollen noch vorhanden sind. Die Verbreitung des  
28 sogenannten Colony Collapse Disorder (CCD) nahm ihren Anfang in Nordamerika und breitete  
29 sich schnell über weitere Kontinente aus. In Europa sind vor allem Frankreich, Irland,  
30 Großbritannien, aber auch Deutschland, Spanien, Italien und viele weitere Länder davon  
31 betroffen. Das Überleben des Winters ist dabei für die statistische Erhebung entscheidend. In  
32

33 Deutschland waren 2014 durchschnittlich 8-9% aller Bienenvölker vom CCD betroffen. dieses  
34 Jahr waren es -mit regionalen Unterschieden- im Schnitt etwa 20%.

35

36 Trotz des technischen Fortschritts auch in der Landwirtschaft ist eine Bestäubung der Pflanzen  
37 essentiell für eine ertragreiche Ernte. Ob Apfel oder Möhre, 71 von 100 Nutzpflanzen würden  
38 einen Ausfall der natürlichen Bestäubung durch fehlende Bienen, Hummeln oder andere

39 Insekten nicht überleben und aussterben. Das sind 90% aller Nutzpflanzen weltweit. Neben  
40 Lebensmitteln wäre auch das Futter für Tiere betroffen, aber auch Wachs für die Industrie und  
41 im Alltag, Propolis[1] für medizinische Anwendungen, Gelée Royale[2] zur Aufzucht weiterer  
42 Bienen. Der ungewöhnliche Rückgang der Bienenvölker hat also nicht nur Auswirkungen auf  
43 Umwelt oder Natur, sondern auch weltweit auf Fragen der Ernährung und weiterer  
44 Anwendungsfelder.

45

46 Die Ursachen für das CCD sind vielfältig und auch oftmals voneinander abhängig. Der Mensch  
47 ist dabei ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Die intensive Landwirtschaft und der Einsatz  
48 von Pesti- oder Herbiziden tun ihr Übriges für eine Unter- und Fehlernährung der Bienen und  
49 anderer Bestäuber. Aber auch pathogene[3] und invasive Tierarten, wie z.B. die Varroamilbe  
50 (*Varroa destructor*), die asiatische Hornisse (*Vespa velutina*), den kleinen Beutekäfer (*Aethina*  
51 *tumida*) und die Milben der Gattung *Tropilaelaps* befallen Bienen, deren Jungtiere und ihre  
52 Lebensräume. Genetisch veränderte Pflanzen und Umweltveränderungen, die zu einer  
53 Fragmentierung und damit zum Verlust natürlicher Lebensräume führt, gehen jedoch vom  
54 Menschen aus und könnten durch ein Umdenken in landwirtschaftlichen Fragen zumindest  
55 eingedämmt werden. Umweltveränderungen sind dabei zum Beispiel die Vermeidung von  
56 Grünstreifen zwischen Feldern oder in Obstplantagen.

57

58 Daher sind Lösungen gefordert, an denen sich der Mensch beteiligen kann. Das wäre zum  
59 Beispiel eine verstärkte Konzentration auf die ökologische Landwirtschaft. Dabei könnte die  
60 Ernährung der kleinen, arbeitsamen Tiere beeinflusst werden durch Streublumenfelder an  
61 Feldrändern, durch das Hegen verschiedener Blühstreifen am Ackerrand bzw. zwischen  
62 Obstplantagen. Bei letzterem wäre der Verzicht auf (genveränderte) Monokulturen evtl. schon  
63 völlig ausreichend, bzw. auch eine Wiederherstellung artenreicher Grünland- und Heuflächen.  
64 Der Anbau von Deckpflanzen, wie Kohl könnte für Abwechslung im Speiseplan sorgen. Der  
65 Erhalt von Waldflächen und die Förderung der Bereitstellung von Nist- und Brutplätzen könnten  
66 Anreize setzen, um sich für die Artenvielfalt der Bienen einzusetzen.

67

68 Schädlingsbekämpfungsmittel, die zur Gruppe der Neonicotinoide zählen, wie zum Beispiel  
69 Thiamethoxam, sind, nach ersten Studien zufolge, verantwortlich für einen Orientierungsverlust  
70 der Honigbiene und in den üblich eingesetzten Dosen auf jeden Fall ein Grund für das Auftreten  
71 des CCD. Ein anderes Mittel, Imidachlopid, ist nachweislich für die Unfruchtbarkeit von  
72 Hummeln verantwortlich. Beide Schädlingsbekämpfungsmittel sind seit 2013 in der EU nur in  
73 bestimmten Zeiträumen, z.B. nach der Blüte erlaubt. Die einzige Pflanze, die damit behandelt  
74 werden kann, ist die Zuckerrübe, da die Ernte vor der Blüte erfolgt.

75

76 Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich sind Neonicotinoide aber zur Schädlingsbekämpfung im  
77 Gartenbereich noch erlaubt, genauso wie zur Parasitenbekämpfung bei Haustieren. Die Dosen  
78 sind hierbei natürlich sehr viel geringer.

79

80 Nicht zuletzt: das Umdenken hin zu einer ökologischen Schädlingsbekämpfung -zumindest in  
81 der Landwirtschaft- wäre hier am zukunftsfähigsten. Dabei wird von Expert\*innen folgendes  
82 vorgeschlagen: einerseits eine vorbeugende und indirekte Bekämpfung durch Erhöhung der  
83 Artenvielfalt und Erhöhung der natürlichen Feinde von Schädlingen und andererseits auch die  
84 direkten Maßnahmen, wie bspw. Biopestizide (Pheromone), Lockstofffallen und physikalische  
85 Maßnahmen, wie bspw. Käferwalle in der Mitte von Feldern gegen Blattläuse. Letztere Schritte  
86 werden nur eingesetzt, wenn sie mitten im Jahresablauf notwendig sind. Wer jetzt mit  
87 Ernteverlusten argumentiert, der irrt: diese konnten in der Praxis durch den verringerten Bedarf  
88 an Pestiziden ausgeglichen werden. Zwei weitere Methoden moderner ökologischer  
89 Landwirtschaft sind die funktionelle Agrobiodiversität (kurz: FAB), dabei wird auf die Erforschung  
90 neuer maßgeschneiderter Samenmischungen für Bienen und Schädlingsfressfeinde gesetzt;  
91 und den integrierten Pflanzenschutz (IPM), die die\*den Anwenderin\*Anwender dazu bringen  
92 soll, das Schädlingsbekämpfungsverfahren zu wählen, welches die geringsten Auswirkungen für  
93 Mensch und Tier hat[4].

94

95 Literatur: Plan Bee – Leben ohne Pestizide/ Auf dem Weg in Richtung ökologische  
96 Landwirtschaft, Studie von Greenpeace 2014

97

98

99

100 [1] Eine von Bienen hergestellte Masse mit antibiotischer, antiviraler, antimykotischer (d.h.:  
101 verhindert Pilzinfektionen) Wirkung, Verwendung im naturmedizinischen Bereich, aber auch  
102 Nahrungsergänzungsmittel und Naturkosmetik  
103  
104 [2] Futtersaft, gebildet aus Saft zweier Drüsen der Arbeiterinnen zur Aufzucht der Bienenlarven  
105  
106 [3] Potentiell tödlich  
107  
108 [4] PM wurde von Fachleuten in der EU entwickelt, verwendet jedoch trotzdem Chemikalien, die  
109 für anfällige Organismen schädlich sein können.  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

**Titel** Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“

1 Die Tierzucht in Deutschland soll mit verstärkter Gewichtung nach Anforderungen des  
2 Tierwohls, bei den nach (Pedigree-Index oder) genomischer Zuchterwertschätzung  
3 ausgewählten Tieren, von statten gehen.

4

5 **Begründung:**

6 Angesichts des durch den Verbraucher befeuerten Preisdrucks erkennen wir den ökonomischen  
7 Druck, der auf Tierhaltern lastet. Um grundlegend die Marktsituation zu ändern, möchten wir die  
8 unterschiedlichen Tierzuchtinstitute dazu aufrufen, in Ihrer Gesamtzuchtwertschätzung die  
9 Leistungskriterien gegenüber Konstitution (Fitness) und Funktionalität schwächer zu gewichten  
10 und damit die Gesundheit der für den Markt verfügbaren Tiere zu verbessern.

11

12 Ziel ist es dabei, dass die Tiere nicht ständig an den Grenzen ihrer physiologischen  
13 Leistungsfähigkeit leben müssen. Gesunde Tiere sind glücklicher und einfacher zu halten. Wir  
14 wirken mit unserer Forderung gegen eine weiter steigende Intensivierung der körperlichen  
15 Belastung, gegen eine weitere räumliche Konzentration der Tierhaltung und für eine Tierhaltung  
16 in der Fläche, die die Landwirtschaft für den Verbraucher erfahrbar macht.

17

18 Wir nehmen zur Kenntnis, dass viele Probleme in der Tierzucht angegangen wurden (z.B.  
19 wurde die Erbfehlerquote erheblich gesenkt). Diese Erfolge nehmen wir als Beweise, dass  
20 maßgebliche Verbesserungen über die Tierzucht erzielt werden können. So fordern wir  
21 Fortschritt bei Merkmalen, die der Ausbildung von Krankheitsbildern wie Mastitis  
22 (Euterentzündung), Klauenentzündung und anderen entgegenwirken.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Bezahlbarer Strom ist wichtig

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Bezahlbarer Strom ist wichtig

1 Strom als Haushaltsenergie ist als Teil der Bedarfe der Unterkunft nach dem Zweiten Buch  
2 Sozialgesetzbuch (SGB II) anzuerkennen und damit nicht mehr in pauschalisierter Form zu  
3 gewähren.

4

5 Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist daher wie folgt zu ändern:

6

- 7 • in § 20 Abs. 1 Satz 1 ist der Teilsatz „Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und  
8 Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile“ zu streichen, sodass er folgenden  
9 Wortlaut erhält: „Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst  
10 insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie persönliche Bedürfnisse  
11 des täglichen Lebens.“
- 12 • § 22 Abs. 1 Satz 1 ist durch Ergänzung wie folgt zu ändern: „Bedarfe für Unterkunft,  
13 Heizung und Haushaltsenergie werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen  
14 anerkannt, soweit diese angemessen sind.“
- 15 • § 22a Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung (Änderung kursiv): „Die Länder können die  
16 Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen oder verpflichten, durch Satzung  
17 zu bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und*  
18 *Haushaltsenergie* in ihrem Gebiet angemessen sind.“
- 19 • § 22 Abs. 3 Satz 1 ist wie folgt abzuändern (Änderungen kursiv): „Die Bestimmung der  
20 angemessenen Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und Haushaltsenergie* soll die  
21 Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt *und der örtlich*  
22 *verfügbaren Energieversorger* abbilden.“

23

24 Die entsprechenden Mehrkosten sind den kommunalen TrägerInnen vom Bund zu erstatten.

25

26 Die Höhe des Regelbedarfes ist erst anzupassen, wenn die Differenz aufgrund der  
27 Berechnungen zur Regelbedarfshöhe verbraucht ist.

28

29 Hierbei ist von den TrägerInnen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, insbesondere vom  
30 Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür Sorge zu tragen, dass die anfallende  
31 Mehrarbeit durch ausreichend zusätzliches Personal in den Jobcentern kompensiert wird.

32

### 33 **Begründung:**

34 *Die Kosten für Strom, sofern dieser nicht für Heizung oder nachweislich für die Aufbereitung*  
35 *von Warmwasser genutzt wird, sind Teil des pauschalen Regelbedarfes nach § 20 Abs. 1 SGB*  
36 *II. Nach derzeitigem Stand sind daher die folgenden Beträge bei den Leistungen nach dem SGB*  
37 *II für Strom eingerechnet:*

38

39

Personengruppe

Regelbedarfshöhe Anteil

		Stromkosten
40		
41		
42	<i>Alleinstehende</i>	
43		
44	<i>Alleinerziehende</i>	
45		399,00 €
46		25,84 €
47	<i>Personen mit minderjährigem</i>	
48	<i>Partner/minderjähriger Partnerin</i>	
49		
50	<i>Volljährige Partner in einer</i>	
51	<i>Bedarfsgemeinschaft</i>	360,00 €
52		23,31 €
53		
54	<i>Unter 25 Jährige in Bedarfsgemeinschaft</i>	
55	<i>mit den Eltern</i>	320,00 €* 20,72 €
56		
57	<i>Kinder 14 bis unter 18 Jahre</i>	302,00 €** 12,16 €
58		
59	<i>Kinder 6 bis unter 14 Jahre</i>	267,00 €** 9,41 €
60		
61		
62	<i>Kinder 0 bis unter 6 Jahre</i>	234,00 €** 4,90 €
63		
64		

65 \* Bei Kindergeldbezug und/oder Unterhalt werden diese abzüglich eines pauschalen  
66 Freibetrages von 30,00 Euro angerechnet.  
67

68 \*\* Kindergeld und evtl. Unterhalt wird vollumfänglich angerechnet.  
69

70 *Sofern das Warmwasser mittels Strom aufbereitet wird, die genaue Höhe jedoch nicht mittels*  
71 *eines gesonderten Stromzählers nachgewiesen werden kann, werden pauschale Mehrbedarfe*  
72 *in Abhängigkeit der Höhe des Regelbedarfes gewährt. Diese betragen zwischen 1,87 Euro und*  
73 *9,18 Euro monatlich. (Sofern mittels Strom der Zündfunken einer dezentralen Gastherme*  
74 *betrieben wird, werden zusätzliche Bedarfe in Höhe von 5 % der Heizkosten anerkannt.)*  
75

76 *In den letzten Jahren sind die Kosten für Strom fast durchgängig gestiegen, sodass die*  
77 *Stromkostenanteile in vielen Fällen die tatsächlichen Kosten nicht decken. Hierbei ist auch zu*  
78 *beachten, dass sich EmpfängerInnen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, sofern sie*  
79 *keiner Arbeit nachgehen, sich häufiger zu Hause aufhalten, als erwerbstätige*  
80 *Vergleichspersonen und ein entsprechend höherer Energieverbrauch anzunehmen ist.*  
81

82 *Ein durchschnittlicher Haushalt mit drei Personen hat ohne Aufwendungen für dezentrale*  
83 *Warmwassererzeugung einen Jahresstromverbrauch von im Mittel ca. 4000 kWh[1].*  
84 *Ausgehend von Tarifen der Stadtwerke Hannover AG[2] entspräche dieses Jahreskosten in*  
85 *Höhe von 1.151,21 Euro.*  
86

87 *Sofern der Haushalt aus einer alleinerziehenden Person und zwei Kindern zwischen 6 und 14*  
88 *Jahren besteht, stehen diesem 535,92 Euro im Regelbedarf enthaltenen Energiekosten*  
89 *entgegen. Es besteht daher in diesem Beispiel eine Unterdeckung in Höhe von 615,29 Euro.*  
90

91 *Frappierender kann der Unterschied ausfallen, wenn über elektrische Durchlauferhitzer das*  
92 *Warmwasser erzeugt wird, der genaue Anteil der Stromkosten für diese jedoch mangels Zähler*  
93 *nicht ermittelbar ist. In diesem Fall ist von einem Durchschnittsverbrauch von im Mittel 5.000*  
94 *kWh auszugehen, was bei dem genannten Tarif Jahreskosten in Höhe von 1.428,58 Euro*  
95 *entspräche. Für eine Alleinerziehende und zwei Kindern zwischen 6 und 14 Jahren würde in*  
96 *diesem Fall ein monatlicher Mehrbedarf in Höhe von 15,58 Euro gewährt werden, sodass bei*  
97 *der Leistungsberechnung nach dem SGB II jährliche Energiekosten in Höhe von 722,88 Euro*  
98 *berücksichtigt wären. Dies ergibt eine Differenz in Höhe von 705,70 Euro.*  
99



101 *Kann die laufende Unterdeckung monatlich noch an den Energieversorger gezahlt werden,*  
102 *stellen Endabrechnungen am Ende eines Verbrauchszeitraumes die Leistungsberechtigten*  
103 *häufig vor Probleme. Da Stromkosten pauschal mit dem Regelbedarf abgegolten sind, können*  
104 *entsprechende Nachzahlungen durch die Jobcenter (sofern eine Ratenzahlung vom*  
105 *Energieversorger abgelehnt wird und keine Möglichkeit zur Selbsthilfe besteht) nur in Form*  
106 *eines Darlehens gewährt werden, welches mit 10 % vom Regelbedarf zu tilgen ist (§ 42 a SGB*  
107 *II).*

108

109 *Hierbei ist – neben der laufenden Unterdeckung – problematisch, dass vom Regelbedarf auch*  
110 *andere Anschaffungen – ggf. durch Ansparungen – zu decken sind. Hierzu gehören unter*  
111 *anderem Haushaltsgegenstände oder Gegenstände, die nicht als Bedarf nach dem SGB II*  
112 *(gesondert) anererkennungsfähig sind.*

113

114 *Ein Ausweichen auf günstigere Energieversorger ist im Regelfall nur begrenzt möglich, da viele*  
115 *LeistungsempfängerInnen einerseits nur über begrenzte Bonität verfügen und andererseits auch*  
116 *bei günstigeren AnbieterInnen die Strompreise regelmäßig angepasst werden.*

117

118 *Grundsätzlich ist Strom in unserer heutigen Zeit ein wichtiger Faktor der Lebensführung,*  
119 *welcher vergleichbar ist mit der Beheizung der eigenen Wohnung. In Wohnungen mit einer*  
120 *dezentralen Heizungsanlage wird Strom ferner zum Betrieb dieser zwingend benötigt.*

121

122 *Deswegen ist Strom als Teil der Bedarfe der Unterkunft anzuerkennen und in tatsächlicher*  
123 *Höhe innerhalb festzulegender Grenzen der Angemessenheit gesondert zu gewähren. Über die*  
124 *Angemessenheit treffen die zuständigen kommunalen TrägerInnen – wie bisher auch bei Miet-*  
125 *und Heizkosten – entsprechende Regelungen nach § 22a SGB*

126

127

128

129 [1] Quelle: [http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspiegel/stromverbrauch-vergleichen-](http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspiegel/stromverbrauch-vergleichen-stromspiegel/index.html)  
130 [stromspiegel/index.html](http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspiegel/index.html)

131

132 [2] Gerechnet mit Tarif Enercity Optionsstrom inkl. Grundpreise, Rabatten für Selbstablesung,  
133 Einzugsermächtigung und 2-Jähriger-Vertragslaufzeit

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

**Titel**                                      Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln

**Antragsteller**                          Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen                       mit Änderungen angenommen                       abgelehnt

---

## Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln

1 Das Erreichen eines neuen Zeitalters der Energieerzeugung bleibt eine zentrale  
2 Herausforderung für die Politik der nächsten Jahrzehnte. Die Umsetzung der Energiewende  
3 muss seitens der Jusos kontinuierlich kritisch begleitet und politische Akzente gesetzt werden.  
4 Die vorhandene Gesetzgebung der Energiepolitik muss neuen Gegebenheiten angepasst und  
5 weiterentwickelt werden. Hierbei müssen ökologische und soziale Aspekte wieder stärker im  
6 Mittelpunkt stehen als dies gegenwärtig der Fall ist.

7  
8 Die Kernpunkte unserer Forderungen definieren wir wie folgt:

- 9
- 10 • Der Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energieformen sind weiterhin angemessen  
11 von staatlicher Seite zu fördern. Jede weitere Reduktion der EEG-Umlage (EEG:  
12 Erneuerbares Energie Gesetz) ist jeweils gründlich zu prüfen. Dabei ist abzuwägen ob die  
13 Mittel daraus nicht besser in geeignete Investitionsmaßnahmen für Klein- und  
14 Privaterzeuger sowie Projekte in öffentlicher Trägerschaft anzulegen sind, um eine  
15 gesunde Balance im Mix der Energieerzeuger erlangen und die Abhängigkeit von den  
16 großen Energieversorgern zu verringern. Bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist  
17 ein eindeutiger Fokus auf die Entwicklung der regenerativen Energien zu legen  
18 Ausgaben für Forschung auf dem Gebiet fossiler Energien sowie Kernenergie werden  
19 dagegen zurückgefahren und auf die Betreiber der jeweiligen Kraftwerksarten verlagert.
  - 20 • Die effizientere Nutzung von Energie erfordert auch einen bewussteren Umgang mit  
21 dieser. Ausnahmen für energieintensive Betriebe von der EEG-Umlage werden überprüft  
22 und eingeschränkt, damit private Verbraucher nicht über Maß belastet werden und sich für  
23 gewerbliche ein zusätzlicher Anreiz zum Einsatz energiesparender Technologien bietet.
  - 24 • Der beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft sorgt gegenwärtig für einen massiven  
25 Anstieg des Anteils der fossilen Brennstoffe am Energiemix. Bei eher mäßiger  
26 Entwicklung der regenerativen Energien führt dies jedoch zwangsläufig zu einem Anstieg  
27 des CO<sub>2</sub> Ausstoßes. Die Kraftwerksentwicklung muss daher einer engeren staatlichen  
28 Kontrolle unterliegen. Auf der einen Seite soll die Erschließung von Offshore-Windkraft  
29 Anlagen zügig erfolgen, um neue Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien zu  
30 schaffen. Auf der anderen Seite sind für bestehende Anlagen, die auf fossilen  
31 Brennstoffträgern basieren, Zeitpläne für geeignete Modernisierungsmaßnahmen zu  
32 entwickeln. Der Fortschritt im Ausbau von Kraftwerken gerade in Bezug auf eine  
33 Reduktion des CO<sub>2</sub> Ausstoßes ist angemessen festzuhalten und muss der Öffentlichkeit  
34 in regelmäßigen Abständen zugänglich gemacht werden. Auf Nichteinhaltung dieser  
35 Entwicklungsvereinbarungen ist mittels Konventionalstrafen und im äußersten Fall auch  
36 durch Schließung der jeweiligen Anlagen zu reagieren.
  - 37 • Die Entwicklung eines modernen Stromnetzes, das die Last für die Energieversorgung  
38 zukünftiger Generationen tragen kann und dabei auch den speziellen Charakter eines Mix

- 39 aus verschiedenen erneuerbaren Energietechniken miteinbezieht, ist zügig  
40 voranzubringen. Es muss vermehrt der Dialog mit Anwohnern gesucht werden, um  
41 gemeinsame Lösungen zu entwickeln die gegebenenfalls auch von so genannten  
42 Megatrassen Abstand nehmen.
- 43 • Fragwürdigen Technologien zur Erschließung und Überausbeutung von fossilen  
44 Ressourcen, wie dem Fracking, erteilen wir eine klare Absage. Auch eine experimentelle  
45 Erprobung dieser Technologie halten wir für nicht gewinnbringend und alle bisherigen  
46 Verordnungen sind zurückzunehmen. Damit weitere Genehmigungen in Zukunft nicht erst  
47 erteilt werden können, sind die Gesetze dahingehend zu überprüfen und Lücken zu  
48 schließen.
  - 49 • Der Handel mit Emissionszertifikaten hat sich auf Grund verschwindend geringer Kurse  
50 überholt. Zu diesem System muss eine Alternative geschaffen werden, mit der gerade die  
51 großen Verursacher von CO<sub>2</sub>-Ausstößen angemessener an den Kosten des  
52 Klimawandels und der Energiewende beteiligt werden. Die gesetzten CO<sub>2</sub>  
53 Reduktionsziele sind für uns unumstößlich und eine Nichteinhaltung bzw. Verschiebung  
54 kommt für uns nicht in Frage, daher ist ein zügiges Gegensteuern unerlässlich.
  - 55 • Die Frage nach einer gerechten und sozialverträglichen Verteilung der Kosten für Energie  
56 ist eine zentrale Aufgabe linker Politik. Zur besseren Durchsetzung von  
57 Verbraucherinteressen wird eine möglichst flächendeckende Abdeckung durch  
58 Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft angestrebt, die noch mehr als bisher vielfältige  
59 Aufgaben erfüllen können. Neben der Grundversorgung zu sozialverträglichen Tarifen  
60 können auch die Entwicklung von energiesparenden Wohnformen und geeignete  
61 Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Einrichten von E-Tankstellen, in den Aufgabenbereich  
62 von Stadtwerken fallen.

63

#### 64 **Begründung:**

65 *In den vergangenen Wochen und Monaten ist klar geworden, wie weit Anspruch und*  
66 *Wirklichkeit die Energiewende durchzusetzen und politisch zu gestalten auseinanderfallen. Der*  
67 *große Durchbruch bleibt bisher aus, die CO<sub>2</sub> Reduktion schreitet zu langsam voran, in der*  
68 *Gesetzgebung muss an vielen Stellen nachgebessert werden. Nischentechnologien wie das*  
69 *Fracking, das durch die Mehrheit der Bevölkerung wie auch von den Mitgliedern der SPD klar*  
70 *abgelehnt wird, kommen als Variante durch die Hintertür wieder auf die Tagesordnung, da es*  
71 *keine lückenlose Gesetzgebung gibt. Klimaziele werden erst in Frage gestellt, dann sollen sie*  
72 *meistbietend verschachert werden. Die Energiewende wird zum Spielball wirtschaftlicher*  
73 *Interessen und ihre ökologische Notwendigkeit wird mehr und mehr aus den Augen verloren.*

74

75 *Energieminister Sigmar Gabriel agiert mit seinen Vorstößen im Bereich der Energiepolitik*  
76 *vermehrt unglücklich ohne ernsthafte Fortschritte zu erzielen. Darüber ob zum Beispiel die*  
77 *Auktion von Solarprojekten wirtschaftlich Sinn ergibt kann man streiten, der ökologische Nutzen*  
78 *bleibt fraglich. Investoren werden durch ein hin und her eher verunsichert als ermutigt, gerade*  
79 *für kleine Betreiber werden zu wenige Anreize geschaffen. Wichtige Projekte für den Ausbau*  
80 *erneuerbarer Energien geraten ins Stocken, im Bereich Offshore-Windenergie kommt es nach*  
81 *wie vor zu keinen greifbaren Erfolgen. Gerade diese sind aber ein wichtiger Baustein*  
82 *Kapazitäten zu schaffen, sodass auch im Bereich der fossilen Brennstoffe auf diejenigen*  
83 *Anlagen zu verzichten, die am meisten CO<sub>2</sub> ausstoßen und sich der Modernisierungsdruck auf*  
84 *Betreiber weiter erhöht. Insbesondere fällt der Anteil an relativ schonendem Erdgas in*  
85 *Deutschland traditionell gering aus. Im Bereich der Solarenergieforschung gerät Deutschland*  
86 *auf wissenschaftlicher Ebene zusehends ins Hintertreffen und der vormals gut positionierte*  
87 *wirtschaftliche Sektor der Photovoltaik gerät unter Druck internationaler Konkurrenz. Im Bereich*  
88 *der Kohleförderung werden Blanko Garantien an die Genossen in NRW ausgesprochen. Mit*  
89 *Kohle als Brückentechnologie wird es dort schlussendlich zu drastischen Einschnitten kommen,*  
90 *ein wegdiskutieren Hilft am Ende auch nicht.*

91

92 *Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Standorte kann auf Dauer nicht gestützt werden. Echte*  
93 *Perspektiven für die Beschäftigten sind langfristig nicht in Sicht.*

94

95 *Auch von einer gerechten Verteilung der Kosten kann nicht die Rede sein. So können sich*  
96 *verschiedenste Betriebe als energieintensiv von der EEG-Umlage befreien lassen, während*  
97 *Privatpersonen dieses Recht verwehrt bleibt. Eine erfolgreiche und sozialverträgliche*  
98 *Energiepolitik muss einer klareren Linie folgen als dies bisher passiert und sich weniger an den*  
99 *wirtschaftlichen Interessen der Energieversorger orientieren.*

**Titel** Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Die SPD soll existierende Technologien wie Wind zu Gas bzw. Power to Gas durch gesetzliche  
4 Erweiterungen und Förderungen vom Staat ausbauen um die Versorgungsabhängigkeit von  
5 Drittstaaten zu verringern. Wind zu Gas bzw. Power-to-Gas, soll als Ergänzung zu  
6 Überlandleitungen genutzt werden um den durch erneuerbare Energien erzeugten Strom der  
7 nicht eingespeist oder weitergeleitet werden kann in das Netz, umzuwandeln und somit die  
8 Leistung der erneuerbaren Energien zu speichern für Gaskraftwerke und die kommunale und  
9 lokale Versorgung von Bürgern mit Gas.

10

11 **Begründung:**

12 „Der Begriff Power-to-Gas steht für ein Konzept, bei dem überschüssiger Strom dazu verwendet  
13 wird, per Wasserelektrolyse Wasserstoff zu produzieren und bei Bedarf in einem zweiten Schritt  
14 unter Verwendung von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) in synthetisches Methan umzuwandeln. Als  
15 Speicher für dieses Methan und bis zu einem gewissen Volumenanteil auch des elementaren  
16 Wasserstoffs könnte die bestehende Erdgasinfrastruktur, also das Gasnetz mit den  
17 angeschlossenen Untertagespeichern, verwendet werden.“

18 Power-to-Gas bezeichnet die Umwandlung regenerativ erzeugter elektrischer Energie in  
19 chemische Energie und deren Speicherung im verfügbaren Gasnetz in Form verschiedener  
20 Gase. Die halb-staatliche Deutsche Energie-Agentur (dena) unterhält zu den Verfahren zur  
21 Erzeugung von EE-Gas seit Oktober 2011 eigens eine Strategieplattform unter dem Titel Power  
22 to Gas. Hier könnte ein Ansatz zum skalieren der Technologie gesetzt werden!

23 In den 450.000 Kilometer langen Gasleitungen und etwa 47 Erdgasspeichern in Deutschland ist  
24 schon heute Platz für 23,5 Milliarden Kubikmeter (m<sup>3</sup>) Gas. Dieser Platz wird sich bis 2025  
25 durch Erweiterungen und Neubauten auf 32,5 Milliarden m<sup>3</sup> erhöhen.

26 Infolge der Energiewende werden immer mehr regenerative Erzeuger errichtet. Dadurch, dass  
27 zugleich konventionelle Grundlastkraftwerke nur bis zu einem gewissen Grad gedrosselt werden  
28 können, kann es während Zeiten hoher Einspeisung von Wind- und Solarenergie zu einem  
29 Überangebot von Strom kommen, speziell bei geringer Stromnachfrage. Diese Energie steht  
30 damit preisgünstig bereit. Gleichzeitig dient die Integration von Power-to-Gas-Anlagen in die  
31 elektrischen Energieversorgungssysteme der Entlastung der Leitungen und der Netzstabilität,  
32 denn Power-to-Gas-Anlagen können als regelbare Last eingesetzt werden. In der Fachliteratur  
33 wird davon ausgegangen, dass ab einem Erneuerbare-Energien-Anteil von ca. 40 % in  
34 größerem Maße zusätzliche Speicher benötigt werden, vereinzelt wird auch die Zahl 70 %  
35 genannt. Die SPD hat hiermit eine Chance existierende Versorgungsnetze und Kraftwerke zu  
36 entlasten, und relativ CO<sub>2</sub> Neutral einen weiteren Schritt in der Energiewende in Richtung einer  
37 grünen Versorgung zu erreichen.

38

39

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## V

### Verkehr & Infrastruktur

V 1	Nordrhein-Westfalen Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	486
V 2	Bremen Verkehrspolitik	496
V 3	Brandenburg Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene	499
V 4	Hessen-Nord Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen	501
V 5	Sachsen Mautpflicht für Omnibusse einführen!	502
V 6	Hessen-Nord Maut für Fernlinienbusse	503
V 7	Bayern Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!	504
V 8	Sachsen Europäische Kerosinsteuer einführen!	505
V 9	Bayern Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser	506

**Titel** Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in  
Mobilität

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität

### 1 **ZUKUNFT gibt's nicht für lau! - Für eine zukunftssichere Mobilität**

2

3 Wir jungen Menschen wollen gute Startbedingungen für eine gute Zukunft. Wir wollen keine  
4 verfallenden Straßen, keine kaputten Schulen oder geschlossenen Schwimmbäder – kurz: wir  
5 wollen keinen kaputtgesparten Staat. Funktionierende öffentliche Einrichtungen sind für uns  
6 junge Menschen wichtiger als ausgeglichene öffentliche Haushalte. Wir vererben der  
7 kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch unsere Infrastruktur, die als  
8 Grundlage für unseren kommenden Wohlstand steht, unsere Umwelt, die als Grundlage für das  
9 kommende Leben steht, unsere Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und  
10 Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes  
11 Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns Jusos ist die Freiheit jeder Generation  
12 durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet  
13 Generationensolidarität, dass die Grundlage für unsere Zukunft erhalten bleiben muss. Zum  
14 Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige Generationen für ein gutes Leben  
15 brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter  
16 heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen  
17 Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationsgerechtigkeits“-Definition, wie  
18 sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den  
19 konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten Verweis auf künftige Generationen für die  
20 Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was es ist: neoliberale  
21 Verteilungsinteressen in der Gegenwart.

22

23 Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt es  
24 nicht für lau!

25

### 26 **Ausgangslage**

27

28 In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und  
29 Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich die Meldungen von  
30 verfallender Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken und Stromausfälle sind nur zwei  
31 Beispiele. Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt. Dass Investitionen dringend nötig sind, ist  
32 in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Sogar in konservativen Kreisen wird mittlerweile eifrig  
33 über Investitionspakte schwadroniert. Aber warum solche Symbolhandlungen verpuffen werden  
34 und woher die Misere stammt, zeigt eine Analyse der Situation.

35

36 In den 1960er und 1970er Jahren lag die öffentliche Investitionsquote in Deutschland noch  
37 zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit diesen Investitionen konnte sich der Staat einen eigenen  
38 „Kapitalstock“ aufbauen. Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen

39 etc., also alles, was im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit wurden die öffentlichen  
40 Investitionen immer weiter gekürzt und betragen im Jahr 2000 nur noch weniger als 2 Prozent  
41 des BIP. Diese Investitionskürzungen führten schließlich im Jahr 2004 dazu, dass die  
42 Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen also höher  
43 als die Investitionen. Das heißt, seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir leben sozusagen nur  
44 noch von der Substanz. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht „gottgegeben“ oder  
45 „natürlich“, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Drei Gründe sind zentral für  
46 den Rückgang der Investitionen:

47

48 (1) Steuersenkungen,

49

50 (2) finanzschwache Kommunen und

51

52 (3) Verabschiedung der Schuldenbremse

53

54 Steuersenkungen

55

56 Vor allem die Steuersenkungen seit 1998 führten dazu, dass der Staat weniger Einnahmen und  
57 somit auch weniger Spielräume für Investitionen hat. Nach Berechnungen des Instituts für  
58 Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf einen  
59 zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51 Milliarden Euro mehr in die  
60 Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen geflossen, würden noch die Steuergesetze von  
61 1998 gelten.

62

63 Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte wurde besonders durch die folgenden  
64 politischen Entscheidungen belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes, Reform der Steuer auf  
65 Kapitalerträge, Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer  
66 verbunden mit vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen Einnahmen durch diese  
67 Steuergeschenke fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst wurde bei den Investitionen  
68 gekürzt.

69

70 Finanzschwache Kommunen

71

72 Die Kommunen sind der größte Investor in Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein Drittel eines  
73 kommunalen Haushaltes für Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der Anteil gerade einmal  
74 ein Zehntel. Die Gründe für diese tiefgreifende Veränderung? Bund und Länder haben die  
75 gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben des Sozialstaats finanziell auf die Kommunen  
76 abgeschoben. Plakativ beschrieben wurden die Investitionshaushalte der 1970er Jahre in  
77 Sozialhaushalte verwandelt.

78

79 Kommunale Entlastungen führen direkt zu mehr öffentlichen Investitionen, denn die Kommunen  
80 tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Ziel unserer Politik muss es sein, dass  
81 kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden.

82

83 Dem enormen Investitionsstau stehen, für manche Kommunen nicht mehr zu bewältigende,  
84 Schuldenberge gegenüber. Die beschriebenen Veränderungen führten dazu, dass Kommunen  
85 das laufende Geschäft nur durch Kassenkredite, vergleichbar mit Dispotkrediten, finanzieren  
86 konnten. Es knarzt und kracht an allen Stellen.

87

88 Die zuletzt von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen sind der richtige Weg.  
89 Wenngleich es sich bei den Entlastungen nur um einen Tropfen auf den heißen Stein handelt.  
90 Die zugesagten 4,5 Milliarden Euro bis 2018 und die anschließenden jährlichen Entlastungen  
91 von 5 Milliarden Euro treffen auf einen Investitionsstau von ca. 118 Milliarden Euro. Dies  
92 bedeutet, dass der heutige Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben sein wird. Den weiteren  
93 Investitionsbedarf, der sich in diesem Zeitraum entwickeln wird, also den strukturellen  
94 Investitionsbedarf haben wir damit aber noch lange nicht gedeckt.

95

96 Verabschiedung der Schuldenbremse

97

98 Seit 2011 ist auf Bundesebene die Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem Bund die  
99 Möglichkeit Investitionen kurzfristig durch Schulden zu finanzieren. Der Politik ist dadurch ein

100 wichtiges Handlungsinstrument genommen worden, mit dem sie beispielsweise auf  
101 schwankende Steuereinnahmen reagieren konnte. Die Folge sind wegbrechende öffentliche  
102 Investitionen.

103

104 Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in Deutschland den gesamten inländischen Konsum  
105 (privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben). Diese jährliche Differenz  
106 zwischen Konsum und Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus, sondern wirkt im Gegenteil  
107 destabilisierend auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder stabilisierenden Finanzpolitik ist der  
108 Ausgleich zwischen der inländischen Produktion und den drei Komponenten Staatsausgaben,  
109 privatem Konsum und Investitionen. Wegen der Schuldenbremse kann der Staat diese Lücke  
110 jetzt nicht mehr schließen.

111

112 Jetzt, da sich die Bundesrepublik für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die  
113 absurde Tragik der Schuldenbremse besonders deutlich. Die Politik muss das buchstäblich  
114 geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentliche Infrastruktur verfällt und  
115 in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch falsche  
116 Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also  
117 ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum  
118 wird zugunsten der schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für  
119 den deutschen Staat war, sich Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu,  
120 dass Investitionen die ersten Ausgaben sind, die gekürzt werden.

121

## 122 **ZUKUNFT gibt es nicht für lau!**

123

124 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die  
125 Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen  
126 Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine  
127 verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,  
128 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig  
129 fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der  
130 aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

131

132 Außerdem fordern wir: Gerade bei so wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik muss das Prinzip  
133 gelten, wer eine Entscheidung trifft, muss auch die Last der Finanzierung übernehmen. Wir  
134 fordern, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein  
135 Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen,  
136 öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.

137

138 Wir fordern aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert  
139 werden soll. Wir Jusos kämpfen für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und  
140 den Ausbau unserer Daseinsvorsorge.

141

## 142 **Investitionen in Daseinsvorsorge**

143

144 Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist es, dass alle notwendigen Dienstleistungen und  
145 Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe  
146 aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur  
147 Verfügung stehen. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat dafür, dass Güter  
148 und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private  
149 AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach durch  
150 Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.

151

152 Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen  
153 Daseinsvorsorge durch Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem  
154 Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele  
155 Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der  
156 Daseinsvorsorge rekommunalisieren.

157

## 158 **Investitionen in Bildung**

159

160 Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Deutschland bleibt die Bildungspolitik. Bildung entscheidet



161 über Lebenschancen. Damit kein Mensch zurückgelassen wird, ist eine gemeinsame  
162 Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen vonnöten. Bildung ist staatliche Aufgabe  
163 und muss auch öffentlich finanziert werden. Der Anspruch muss sein, wenigstens den  
164 Durchschnitt der OECD-Länder an den Bildungsausgaben zu erreichen.

165

166 Finanzierungen aus dem privaten Sektor haben in unserer Vorstellung von Bildung nichts zu  
167 suchen. Ziel ist die ausreichende Ausfinanzierung des Bildungssystems, damit wir unsere  
168 Vorstellungen von Chancengleichheit, Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe umsetzen können.  
169 Mindestausgaben für Bildungspolitik gehören ins Grundgesetz!

170

171 Bildung muss von der KiTa bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter komplett gebührenfrei  
172 sein und Menschen in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen finanziell unterstützt  
173 werden. Investitionen in Bildung sind also auch Investitionen in Arbeits- und Ausbildungsplätze.  
174 SchülerInnen, Studierende und Auszubildende sind diese Investitionen wert!

175

176 **Investitionen in die Infrastruktur oder:**

177

178 **Volle Kraft voraus! Für eine zukunftssichere Mobilität**

179

180 Mobilität ist für uns ein Grundrecht. Wir setzen uns für eine moderne Mobilitätspolitik ein, die  
181 allen Menschen mehr Freiheit zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse gibt. Jede und Jeder muss die  
182 Möglichkeit haben, sein/ihr Leben und seinen/ihren Alltag mobil zu gestalten. Dabei ist es egal,  
183 ob es sich um den Weg zur Arbeit oder um die Freizeitgestaltung handelt. Mobilität geht nur  
184 sozial gerecht. Das heißt auch, die Lücken der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zwischen  
185 Stadt und Land müssen geschlossen werden. Mobilität stellt somit einen wesentlichen Baustein  
186 dar um die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Für uns umfasst  
187 Mobilität die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern. Die  
188 Verkehrsinfrastruktur hat besonders unter der Sparpolitik der letzten Jahre gelitten. Straßen,  
189 Schienen und Brücken wurden regelrecht kaputt gespart. Wer diese Politik fortsetzt, erreicht  
190 den totalen Verkehrsinfarkt, aber niemals ausgeglichene Haushalte. Die Reparaturkosten  
191 aufgrund verzögerter Investitionen überstiegen meist den Aufwand für frühzeitige Investitionen  
192 um ein vielfaches. Um den Kreislauf von steigendem Reparaturbedarf und verschobenen  
193 Investitionen zu durchbrechen, muss jetzt dringen investiert werden!

194

195 **Der Weg zu einer guten Mobilität**

196

197 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen verändert. Die  
198 Personenverkehrsleistung, also die vom Menschen in unterschiedlichen Verkehrsmitteln  
199 zurückgelegten Entfernungen, nimmt in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zu. In  
200 den letzten 20 Jahren ist sie um 25 Prozent gestiegen. Das beliebteste Fortbewegungsmittel ist  
201 dabei unangefochten das Automobil. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) spielt eine sehr  
202 große Rolle, allerdings sehen statistische Erhebungen einen relevanten Rückgang des Autos,  
203 gerade im innerstädtischen Verkehr. Der Anteil der Wege, die heutzutage durch motorisierten  
204 Individualverkehr zurückgelegt werden, beträgt rund 60 Prozent. Für acht Prozent der Wege  
205 werden öffentliche Verkehrsmittel genutzt, für zehn Prozent das Fahrrad. Weitere 23 Prozent  
206 der Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Hierbei gibt es einerseits Unterschiede zwischen  
207 ländlichen und städtischen Regionen, dem Haushaltseinkommen, sowie dem Alter der  
208 VerkehrsteilnehmerInnen.

209

210 **Alter der VerkehrsteilnehmerInnen**

211

212 Es lassen sich zwei entgegenlaufende Tendenzen für die Entwicklungen festhalten auf die es  
213 unterschiedlich zu reagieren gilt. Auf der einen Seite, werden die Menschen zunehmend älter  
214 und bleiben weiterhin aktiv und somit auch mobil. Entweder sie fahren mit ihren eigenen Autos  
215 oder sie nutzen den ÖPNV- (öffentlichen Personennahverkehr) oder SPNV-Anbindung  
216 (Schienenpersonennahverkehr).

217

218 Auf der anderen Seite nimmt der Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung  
219 deutlich ab. Anders als für Generationen vor uns, hat der Besitz eines eigenen PKWs im  
220 urbanen Raum keinen so hohen emotionalen Stellenwert mehr. Junge Menschen setzen  
221 häufiger auf eine integrative Nutzung von Mobilität.

222

223 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen

224

225 In städtischen Regionen ist zu erwarten, dass Wege in Zukunft häufiger mit dem Fahrrad oder  
226 dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden, wobei insbesondere die Fahrradnutzung vieler  
227 Orts um ein dreifaches steigen wird. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs wird  
228 drastisch auf knapp ein Viertel des heutigen Aufkommens zurückgehen. Die Entwicklung in  
229 ländlichen Regionen geht in dieselbe Richtung, wobei der Anstieg im Bereich der  
230 Fahrradnutzung und der Nutzung des öffentlichen Verkehrs deutlich geringer ausfällt und auch  
231 der Rückgang des motorisierten Individualverkehrs nicht in dem Ausmaß zu erwarten ist, wie in  
232 städtischen Regionen.

233

234 Unterschiedliche NutzerInnen bei unterschiedlichen Haushaltseinkommen

235

236 Auch vom Einkommen der Menschen hängt ab, auf welche Mobilitätsangebote zugegriffen wird.  
237 Je höher das Einkommen, desto größer der Wunsch nach individuellen Lösungen. Menschen  
238 mit geringen oder gar keinem Einkommen, sind auf öffentliche Lösungen angewiesen. Somit  
239 sind Investitionen in den Bereich des ÖPNVs auch immer als ein Umverteilungsaspekt zu  
240 begreifen.

241

## 242 **Die Mobilität der Zukunft**

243

244 Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen resultieren auch unterschiedliche Ansprüche für  
245 jedeN NutzerIn der öffentlichen Infrastruktur, sei es beim motorisierten Individualverkehr oder  
246 beim ÖPNV. Unser Ziel ist, im motorisierten Individualverkehr (MIV) sozial gerechte und  
247 ökologische Projekte zu fördern und damit die Weichen auf einen progressiven Weg zu stellen.

248

249 Klimafreundliche Mobilität

250

251 Umweltbelastungen senken die Lebensqualität von uns und zukünftigen Generationen. Um dies  
252 zu entschärfen, ist eine klimafreundliche Verkehrsplanung unabdingbar. Gerade im städtischen  
253 Bereich kann hinsichtlich des Umweltschutzes viel verbessert werden. Anstatt den  
254 Individualverkehr weiter zu fördern und Stadtentwicklungen auf Autos auszulegen, müssen  
255 Städte und Kommunen den Ausbau des ÖPNVs sowie der Rad- und Fußwege fördern. Des  
256 Weiteren müssen auf bundespolitischer Ebene Wege gefunden werden den nicht zu  
257 verhindernden Individualverkehr mit Verbrennungsmotor durch klimafreundlichen  
258 Individualverkehr zu ersetzen. Den größten Hebel hierbei stellt die E-Mobilität, die in vielen  
259 Ländern schon erfolgreich durch den Gesetzgeber gefördert wird. Deutschland droht auf diesem  
260 Feld im Vergleich mit anderen Industrienationen den Anschluss zu verlieren. Wir unterstützen  
261 daher die Initiativen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

262

263 Mobilität in der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

264

265 Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweiligen Lebenssituationen und die  
266 entsprechenden Alltagsanforderungen geprägt. Männer sind immer noch häufiger voll  
267 erwerbstätig, während Frauen eine Vielfalt von Aufgaben und Wegen miteinander kombinieren  
268 müssen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr ist überwiegend auf männliche  
269 Pendler zu Standardarbeitsbeginn und –ende ausgelegt. In einem solchen Mobilitätsverständnis  
270 spielen kurze Fahrzeit und Taktung zwischen Arbeitszentren die Hauptrolle. Es geht darum,  
271 möglichst schnell und möglichst häufig eine große Raumüberwindung durchzuführen.  
272 Querverbindungen zwischen einzelnen Quartieren und zeitliche Abdeckung am Abend und am  
273 Wochenende treten zurück. Frauen haben aber nicht nur das Bedürfnis, schnell ihren  
274 Arbeitsplatz zu erreichen, sondern sind häufig auch noch für Versorgungsaufgaben und  
275 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig. In diesen Bereichen können ÖPNV-Systeme  
276 durch die Dominanz des männlichen Pendlerverkehrs die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen  
277 nicht erfüllen. Infrastrukturangebote, wie medizinische Versorgung, Kinder- und Altenbetreuung  
278 oder Einkaufsmöglichkeiten, müssen von Mobilitätskonzepten einbezogen werden.

279

280 In unserem feministischen Verständnis ist es natürlich unser Ziel, diese Ungleichheiten  
281 zwischen Männer und Frauen zu beseitigen und geschlechtergebundene Rollenbilder zu  
282 überwinden. Nichtsdestotrotz besteht jetzt Handlungsbedarf, dass auch Frauen im gleichen

283 Maß an Mobilität teilhaben können wie Männer. Damit rücken wir nicht davon ab, dass Frauen  
284 genauso vollerwerbstätig sein können und Männer auch für Versorgungsaufgaben und die  
285 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig sind. Von einem Ausbau der  
286 Mobilitätsdienstleistungen und einem integrativem Verständnis von Mobilität profitieren alle,  
287 unabhängig vom Geschlecht.  
288

289 Außerdem vernachlässigen Mobilitätskonzepte Sicherheits- und Wohlfühlaspekte. Erschließung  
290 von Haltestellen, die Haltestellen an sich, Fahrzeuge und Verbindungen müssen so ausgebaut  
291 sein, dass sich alle sicher fühlen. Unbelebte Haltestellen mit nicht funktionstüchtigen  
292 Lichtenanlagen in der Unterführung hindern an der Mobilitätsteilhabe. Wege und Haltestellen  
293 müssen beleuchtet, Personen der Verkehrsbetriebe rund um die Uhr ansprechbar sein,  
294 Fahrzeuge und Haltestellen müssen zu belebten Orten werden. Hierfür sind die  
295 Verkehrsbetriebe aufgefordert einerseits ihr Image zu verbessern, andererseits Maßnahmen zu  
296 ergreifen, die Haltestellen und Fahrzeuge belebter zu machen.  
297

298 Barrieren weiter abbauen  
299

300 Für Menschen mit Handicaps ist es immer noch nicht alltäglich die Angebote des ÖPNV oder  
301 des SPNV wahrzunehmen. Dort gilt es möglichst alle Barrieren abzubauen. Wir bewerten es  
302 positiv, dass der Umbau zu barrierefreien Haltestellen voranschreitet, wenn auch noch nicht  
303 flächendeckend. Kritisch ist es aber zu sehen, dass es immer noch Schienenfahrzeuge ohne  
304 barrierefreien Einstieg gibt. Diese müssen schnellstens umgerüstet oder ausgetauscht werden.  
305 Der Einstieg muss an allen Einstiegsstellen gewährleistet sein. Hierbei muss im Besonderen ein  
306 Augenmerk auf die Angleichung der verschiedenen Gleishöhen im interkommunalen ÖPNV  
307 gelegt werden. Die Aufteilungen in Bussen und Bahnen müssen stetig überprüft und überdacht  
308 werden. Wir können uns gut vorstellen, dass ein Wegfall der ersten Klasse in Zügen, genügend  
309 Platz schaffen würde um eine echte Barrierefreiheit zu gewährleisten.  
310

311 Der öffentliche Personennahverkehr  
312

313 Überfüllte Autobahnen und der belastende CO<sup>2</sup>-Ausstoß im innerstädtischen Verkehr sind, wie  
314 beschrieben, bekannte Probleme des motorisierten Individualverkehrs. So wahr diese Aussagen  
315 auch sind, so wenig Alternativen gibt es vielerorts zum PKW-Verkehr. Der ÖPNV muss daher  
316 allgemein an Attraktivität gewinnen. Eine Möglichkeit ist, den ÖPNV zur echten Konkurrenz zum  
317 Auto auszubauen. Das wird vielerorts nur mit einer höheren Taktung gelingen. Für den  
318 außerstädtischen Verkehr vor allem im ländlichen Raum fordern wir eine bessere Anbindung.  
319 Uns ist bewusst, dass der Bedarf in ländlichen Regionen geringer ist, deswegen ist Mobilität  
320 aber nicht unwichtiger. In ländlichen Regionen ist das ÖPNV-Netz meist dünner ausgebaut,  
321 sodass die Menschen weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzen. Dies schließt  
322 allerdings die Menschen aus, die sich entweder kein Auto leisten können oder keinen  
323 Führerschein besitzen. Deswegen bedarf es hier besonderer Mobilitätskonzepte, die auf die  
324 örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Sammelbusse, die auf Abruf kommen oder  
325 Bedarfshaltestellen könnten vielerorts Abhilfe leisten. Auch sind Linientaxis oder öffentliche Car-  
326 Sharing-Modelle eine Alternative. Ein ÖPNV-System ist nur so gut, wie auch die Anschluss- und  
327 Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Verkehrsmitteln. Besonders wichtig ist, dass die  
328 Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessert und ausgebaut wird. Nur so kann darauf hingewirkt  
329 werden, dass Menschen auf dem Weg hin zum oder weg vom ÖPNV nicht den motorisierten  
330 Individualverkehr wählen. Wir fordern integrative Systeme, die Anschlüsse ermöglichen; egal,  
331 ob die NutzerInnen danach das Fahrrad, den Zug, den Bus oder das Anruftaxi nehmen.  
332

333 Um auch in den späteren Abendstunden sicher von einem Punkt zum anderen zu kommen,  
334 bedarf es eines gut ausgebauten Nachtverkehrs.  
335

336 Attraktivität gewinnt der ÖPNV auch, wenn er die Qualität und Kommunikation zu den  
337 KundInnen verbessert, zum Beispiel durch Echtzeitauskünfte an Bahnhöfen oder öffentliches  
338 Wi-Fi an Haltestellen und in Fahrzeugen. Attraktivität bedeutet aber auch, dass Bahnhöfe so  
339 gestaltet sind, dass sich Menschen gerne dort aufhalten und bei Zugverspätungen  
340 Sitzmöglichkeiten und gute Aufenthaltsmöglichkeit vorfinden.  
341

342 Schiene vor Straße auch im Fernverkehr  
343

344 Die Verfügbarkeit und Abdeckung des Schienenfernverkehrs ist zumindest in den  
345 Ballungsräumen gut ausgebaut. Hier gilt es in den Erhalt und in die Erneuerung von Strecken  
346 und Fahrzeugflotten zu investieren. Der Plan der Deutschen Bahn weitere Bahnhöfe an das  
347 Schienenfernverkehrsnetz anzuschließen muss zügig umgesetzt werden, damit nicht nur die  
348 Ballungsräume gut miteinander vernetzt sind. Hierbei ist vor allem eine deutliche  
349 Differenzierung zwischen dem ICE- und IC-Netz vorzunehmen. Während die Anbindung aller  
350 Städte, die mehr als 100.000 EinwohnerInnen zählen, in das Fernverkehrsnetz der IC sinnvoll ist,  
351 würde dieses Vorhaben das ICE-Netz weiter verlangsamen und so Fahrzeiten erhöhen. Im  
352 Gegenteil, vor allem für das ICE-Netz ist eine deutliche Erhöhung der Geschwindigkeit nötig,  
353 was ein grobmaschigeres Netz und teilweise eigene Trassen erfordert. Als Vorbild kann die  
354 Schnellfahrstrecke zwischen Köln und Frankfurt am Main dienen. Die IC sind dann auch als  
355 Zubringerinnen zu ICE-Bahnhöfen auszugestalten, was auch in der Tarifstruktur berücksichtigt  
356 werden muss. Der Schienenfernverkehr ist für viele Menschen zu teuer. Zwar gibt es  
357 Sparangebote oder Ermäßigungen, aber selbst damit entstehen häufig hohe Kosten. Dabei ist  
358 oft unklar, wie sich die Preise zusammensetzen. Hier fordern wir die Deutsche Bahn auf,  
359 Transparenz in ihre Angebote zu bringen und Ermäßigungen, wie günstigere Bahncards nicht  
360 nur einzelnen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für junge Menschen unter 27  
361 Jahren muss es unkomplizierte Angebote geben, ähnlich wie die französische SNCF diese  
362 vorhält.

363

364 Eine moderne Verkehrsplanung muss ebenfalls den grenzübergreifenden Schienenverkehr  
365 berücksichtigen. Im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen europäischen Eisenbahnraums  
366 ist zwar eine Zunahme an Mehrländerverbindungen zu verzeichnen, allerdings beruht diese  
367 Zunahme hauptsächlich auf neuen Angeboten im relativ teuren Hochgeschwindigkeits-  
368 Fernverkehr (beispielsweise die Verbindung Köln-Paris). Günstigere grenzübergreifende  
369 Nahverkehrs- und „InterCity“-Verbindungen (beispielsweise auf der Strecke Aachen-Brüssel)  
370 werden nicht im selben Maße ausgebaut oder sogar durch profitablere  
371 Hochgeschwindigkeitsangebote ersetzt. Dieser Trend muss gestoppt und der Ausbau von  
372 kostengünstigen Angeboten im grenznahen Raum sowie im europäischen Fernverkehr  
373 gefördert werden.

374

375 Fernbusse

376

377 Unsere Bewertung des Aufkommens neuer Fernbuslinien fällt zwiespaltig aus. Einerseits  
378 setzen wir eindeutig auf attraktiven Schienennah- und Fernverkehr und beobachten daher mit  
379 Sorge, dass die neuen Dumping-Buslinien der Schiene die PassagierInnen abgraben. Auf der  
380 anderen Seite bieten die Fernbusse bereits dort Direktverbindungen an, wo der  
381 Schienenverkehr seine Infrastruktur schlecht bis gar nicht ausgebaut hat. Außerdem sehen wir  
382 es als positiv an, wenn mehr Menschen vom PKW auf kollektive Verkehrsmittel umsteigen.  
383 Einen besonderen Wettbewerbsvorteil haben die Fernbusse gegenüber der Bahn insbesondere  
384 dadurch, dass die Straßen den Busunternehmen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und  
385 Eisenbahnverkehrsunternehmen für jede Schienenbenutzung Gebühren, die sogenannten  
386 Trassenpreise bezahlen müssen.

387

388 Aus dieser Haltung ergeben sich für uns drei Kernforderungen:

389

390 • In der Gesamtrechnung ist (gerade Straßen-)Verkehr immer ein öffentlicher Kostenfaktor!  
391 LKW und Busse beschädigen die Straßen 100.000 mal stärker als ein normaler PKW.  
392 Deswegen muss gesetzlich sichergestellt werden, dass Linienbusse steuerlich für die  
393 durch sie verursachten Straßenschäden aufkommen. LKW über 7,5 Tonnen sind  
394 verpflichtet, ihren Beitrag in Form von Maut zu leisten, was unserer Ansicht nach auch für  
395 Fernbusse gelten muss. Im Gegenzug sollte auch geprüft werden, ob eine  
396 Mehrwertsteuervergünstigung für Zugtickets zulässig ist und eine verkehrslenkende  
397 Wirkung hat.

398

399 • Durch Regulierung muss sichergestellt werden, dass Linienbusse keine Konkurrenz zum  
400 Regional- und Nahverkehr werden können. Etwaige Gesetzeslücken müssen geschlossen  
401 werden.

402

403 • Bundesweite Bahn-Mobilität gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb hat  
404 die Deutsche Bahn aus unserer Sicht sicherzustellen, dass sie allen Menschen den

405 Transfer im Fernverkehr zu attraktiven Preisen ermöglicht. Wenn dies  
406 betriebswirtschaftlich nicht möglich ist, braucht es Veränderungen bei der Struktur  
407 und/oder Betriebsform des derzeitigen Bahn-Staatsunternehmens.

408

409 Kraftfahrzeuge und Car-Sharing-Modelle

410

411 Immer wieder wird deutlich, dass das Auto als individuelles Verkehrsmittel so schnell nicht  
412 abzulösen ist. So findet aktuell Car-Sharing zunehmend Anklang in der Gesellschaft. Die  
413 Möglichkeit sich ein Auto für einen kurzen Zeitabschnitt kostengünstig zu mieten, ist absolut zu  
414 unterstützen. Auch in ländlichen Regionen halten wir Car-Sharing-Modelle gerade für eine  
415 alternde Gesellschaft für sinnvoll. Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die immer  
416 älter werdende Gesellschaft müssen neue Wege der Mobilität geschaffen werden. Hierbei geht  
417 es im ländlichen Bereich weniger um die Nutzung eines gemieteten Autos, sondern um die  
418 Schaffung eines Mitfahrgelegenheitssystems bzw. der gemeinschaftlichen Anschaffung von  
419 Autos oder einer Art Auto-PatInnenschaft, bei der ältere Menschen ihr Auto an mobil nicht-  
420 eingeschränkte Personen verleihen, dafür aber in ihrem Alltagsleben unterstützt werden.

421

422 Autofahren in der BRD ist immer noch verhältnismäßig kostengünstig, weshalb bisher wenige  
423 Anreize bestehen, auf den Kauf eines eigenen Autos zu verzichten. Daher sollen sowohl im  
424 städtischen als auch im ländlichen Raum unter anderem folgende Ansätze zur Reduzierung des  
425 Autoverkehrs gefördert werden:

426

427 In städtischen Regionen sollen kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstädte entstehen, die  
428 mit Gondel-Systemen anderer Verkehrsmittel angebunden (z.B. Parken und Reisen) werden  
429 sollen. Dadurch ergibt sich eine bessere Kombinationsmöglichkeit unterschiedlicher  
430 Verkehrsmittel.

431

432 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Instandhaltung der Autobahnen und die Schaffung von mehr  
433 Parkplätzen für den LKW-Verkehr, um Ruhezeiten nicht auf Haltestreifen verbringen zu müssen.  
434 Insgesamt gilt aber für das Straßennetz: Erhalten und Reparieren statt Ausbauen.

435

436 Fahrradwege fördern

437

438 Radfahren ist nicht nur die gesündeste Variante der Mobilität, sie gehört neben dem Fußweg  
439 auch zu den umweltschonendsten. Trotzdem wirkt das Radfahren auf viele BürgerInnen nicht  
440 attraktiv. Als Hauptgründe für die Nichtnutzung des Fahrrads als Alternativmodell zum  
441 motorisierten Individualverkehr wird von Befragten angegeben, dass Fahrradfahren zu  
442 gefährlich und zu unattraktiv sei. Besonders in städtischen Regionen fühlen sich potenzielle  
443 NutzerInnen durch einen starken Autoverkehr, zu wenige Radwege, schlechte Beleuchtung und  
444 unsinnige Radwegsysteme in ihrer Sicherheit als VerkehrsteilnehmerInnen eingeschränkt.  
445 FahrradnutzerInnen sehen sich in heutigen Radverkehrssystemen nicht als gleichberechtigte  
446 VerkehrsteilnehmerInnen. Wir fordern die Kommunen auf, das Radverkehrswesen endlich als  
447 relevante Alternative für den motorisierten Individualverkehr und als gleichberechtigtes  
448 Verkehrsmittel zu begreifen. Investitionen in Erhalt und Ausbau von Radwegen sowie in die  
449 Sicherheit von RadfahrerInnen sind unabdingbar. Bei städtebaulichen Planungen müssen  
450 Radverkehrssysteme immer mitgedacht werden, das schließt auch ausreichende Stellplätze auf  
451 öffentlichen und privaten Grundstücken ein. Unattraktiv ist Fahrradfahren dann, wenn keine  
452 oder zu wenige Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV oder im Schienenfernverkehr vorhanden sind  
453 und Fahrradstellplätze nicht als sicher empfunden werden. Außerdem geben Befragte an, dass  
454 sie eher zum Fahrrad greifen würden, wenn es mehr Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und  
455 Umkleidemöglichkeiten oder Boni für die Fahrradnutzung gäbe, zum Beispiel Gutscheine oder  
456 Firmenräder der ArbeitgeberInnen.

457

458 Hier müssen die Verkehrsbetriebe einerseits an ihren Haltestellen sichere Abstellmöglichkeiten,  
459 andererseits mehr Stellplätze und Sicherungsmöglichkeiten in ihrer Fahrzeugflotte schaffen.  
460 Aufgabe der politischen EntscheidungsträgerInnen im Mobilitäts-, Infrastruktur-, Umwelt- und  
461 Gesundheitsbereich ist eine Attraktivitätssteigerung des Fahrrads als alternatives  
462 Fortbewegungsmittel. Wir brauchen zügig Kampagnen, die die breite Bevölkerung zum  
463 Radfahren und eine Verhaltensänderung in Bezug auf das Fahrrad anregen. Solche  
464 Kampagnen dürfen aber nicht nur potenzielle NutzerInnen des Fahrrads ansprechen, es muss  
465 auch Aufklärungsarbeit bei NutzerInnen des PKW betrieben werden.

466

467 Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Schaffung von Radstationen, die oft an  
468 Bahnhöfen zu finden sind. Der Vorteil liegt in der Kombination mit anderen Mobilitätsangeboten,  
469 wie dem ÖPNV. Fahrräder können in Radstationen sicher geparkt werden. Außerdem ist ein  
470 flächendeckender Ausbau der Bike-Sharing-Stationen nötig, um Kombinationsmöglichkeiten  
471 (Rad – Bahn – Rad) zu schaffen. Ebenso wichtig ist eine Beachtung der unterschiedlichen  
472 Anforderungen verschiedener Alters- und Gesellschaftsgruppen (z.B. E-Bikes, Lastenfahrräder,  
473 Kindersitze etc.). Nicht unwesentlich ist, wie bereits angesprochen, die Mitnahmemöglichkeit,  
474 z.B. im Zug oder Bus. Wir fordern eine kostenlose Mitnahme aller Fahrräder in den Zügen und  
475 Bussen. Auch die Anschaffung von Fahrradanhängern für Busse ist eine Möglichkeit,  
476 Attraktivität zu steigern.

477

478 Logistik

479

480 Jährlich wird der Niederrhein von knapp 200.000 Schiffen befahren. Dies entspricht im  
481 Durchschnitt etwa 500 Schiffen am Tag. Der Rhein ist somit die verkehrsreichste Wasserstraße  
482 Europas.

483

484 Jährlich werden in Deutschland über die Bundeswasserstraßen bis zu 240 Millionen Tonnen  
485 Güter mit einer Transportleistung von 65 Milliarden Tonnen-Kilometer transportiert. Das sind fast  
486 75 Prozent der Güterverkehrsleistung der Eisenbahnen bzw. rund circa 14 Millionen LKW-  
487 Fahrten. Ferner werden im Binnenschiffsverkehr etwa 1,5 Millionen Container transportiert: Eine  
488 Beförderungsmenge, die weitere 700.000 Lkw-Fahrten entspricht.

489

490 Damit die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen  
491 kann, braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen.  
492 Investitionen sind daher unter Beachtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhandenen  
493 Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement (Abbau von  
494 Wartezeiten an Schleusen, Anpassung der Fahrrinnenbreiten an Abflusssdynamik) zu  
495 konzentrieren. Die Binnenschifffahrt muss gezielt bei der Modernisierung der Flotte und der  
496 Schiffstechnik unterstützt werden. Neben der Binnenschifffahrt ist es für eine moderne Logistik  
497 besonders wichtig auf den Schienenverkehr zu setzen. Die Güter kommen schnell und pünktlich  
498 an und sorgen auf Autobahnen nicht für unnötige Staus. Besonders für den europäischen  
499 Transitverkehr bietet die Schiene eine sehr gute Alternative zum LKW. Hier ist es besonders  
500 wichtig, dass auf gute Verladesysteme gesetzt wird. Diese sollte die Politik unterstützen und  
501 nicht behindern.

502

503 Die Schnittstellen zwischen Wasser, Schiene und Straße müssen ausgebaut, Binnenhäfen zu  
504 modernen Logistikzentren weiterentwickelt werden. Für SpediteurInnen müssen Anreize gesetzt  
505 werden, damit sie die Binnenschifffahrt überhaupt in die Planung ihrer Logistikketten  
506 einbeziehen.

507

508 Die öffentliche Hand als Eigentümerin wichtiger Knotenpunkte wie Häfen, Güterbahnhöfe und  
509 als Anbieterin von Gewerbefläche hat nicht nur die Aufgabe, eine bessere Infrastruktur für  
510 SpediteurInnen und ProduzentInnen zu sorgen. Gemeinsam mit den TarifpartnerInnen hat sie  
511 dafür Sorge zu tragen, dass auch in der Logistikbranche der Grundsatz der „Guten Arbeit“  
512 gelten soll. Leistungsgerechte Bezahlung und unter anderem die Einbehaltung von Fahrt- sowie  
513 Pausenzeiten dürfen in dieser Branche nicht unbeachtet bleiben.

514

515 Kombinationsmöglichkeiten schaffen

516

517 Zu den Zukunftsherausforderungen unserer Verkehrsinfrastruktur gehört es, verschiedene  
518 Verkehrsmittel miteinander zu vernetzen. Die komfortable Kombination aus Fahrradfahrt zum  
519 Bahnhof, Bahnfahrt zur Arbeit und Einkaufen mit dem Car-Sharing-Auto sollte zur gängigen  
520 Praxis werden.

521

522 Die öffentliche Hand hat dafür auf allen Ebenen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür sollte  
523 eine hinreichende Anzahl von Carsharing-Stationen, Park and Ride-Parkplätzen,  
524 Leihfahrradplätzen sowie gut gesicherten Fahrradparkplätzen an allen Bahnhöfen sichergestellt  
525 werden. Dies geschieht durch entsprechende Rahmenplanung, öffentliche Angebote oder das  
526 Ausschreiben von privaten Leistungen (des Carsharings, der Leihfahrräder etc.).

527

528 Darüber hinaus wird es immer notwendiger, dass die öffentliche Hand auf eine Vernetzung der  
529 bisherigen Carsharing- und Fahrradleih-Angebote unterschiedlicher AnbieterInnen hinwirkt. Für  
530 die/den NutzerIn sollte es (preislich und bürokratisch) keine Rolle spielen, welches  
531 Unternehmen vor Ort den Service anbietet.

532

### 533 **Mobilität gibt's nicht für lau**

534

535 Schienenfern- und Regionalverkehr gehört für uns nicht in die Hände privater Unternehmen. Die  
536 Veräußerung von Bahnstrecken an private Unternehmen muss umgehend beendet werden.

537 Bereits privatisierte Strecken müssen vom Staat zurückerworben und in die Hände der  
538 Deutschen Bahn gelegt werden. Das heißt auch, dass der Aufbau der Deutschen Bahn AG als  
539 profitorientiertes Unternehmen schon von Beginn an, der falsche Ansatz war. Mobilität ist ein  
540 öffentliches Gut, bei dem es nicht darum geht, ob am Ende schwarze Zahlen geschrieben  
541 werden, sondern, dass alle von diesem Gut Gebrauch machen können.

542

543 Mit öffentlichem Personenverkehr lässt sich kein Geld verdienen. Zumindest nicht, wenn die  
544 Kosten für die NutzerInnen in einem angemessenen Rahmen bleiben sollen. Kommunale  
545 Verkehrsbetriebe werden üblicherweise durch Betriebe, wie zum Beispiel  
546 Wohnbaugesellschaften oder Stadtwerke, querfinanziert, damit es für die kommunalen  
547 Haushalte erschwinglich ist, ein gutes Angebot auf die Straße oder die Schiene zu bringen.

548

549 Vielerorts geht diese Querfinanzierung nicht mehr auf. Die gewinnstarken Betriebe haben mit  
550 immer neuen Herausforderungen, wie mit der Energiewende, zu kämpfen. Für Kommunen wird  
551 das Angebot immer teurer und nimmt einen immer größeren Teil des städtischen Haushalts ein.

552

553 Prinzipiell ist es erfreulich, dass auf dem Papier Städte und Kommunen mehr für ihren ÖPNV  
554 ausgeben. Nur leider beinhalten diese Posten lediglich Verlustausgleiche und weniger  
555 Investitionen in den Bestand oder in den Ausbau von Netzen. Die Kommunen können den  
556 massiven Investitionsbedarf nicht mehr alleine stemmen und geraten durch die schlechte  
557 Ausfinanzierung und die immer wachsenden Pflichtausgaben weiter unter Druck.

558

559 Das Land, den Bund und die EU auf sich an den Kosten zu beteiligen. Netze und Schienen  
560 machen weder an Bezirks- noch an Landesgrenzen Halt. Investitionstöpfe dürfen nicht mehr nur  
561 auf Neuinvestitionen ausgelegt werden, sondern müssen auch dazu genutzt werden, den  
562 Bestand an Infrastruktur zu sanieren und zu modernisieren. Dazu gehört aber auch eine  
563 gerechte Verteilung, der jetzt schon knapp bemessenen Bundesmittel. Die bisherige  
564 Finanzierung von kommunalen Betrieben gerät massiv ins Wanken. Es braucht langfristige  
565 neue Finanzierungskonzepte. JedeR profitiert von einem guten ÖPNV. Wir streben einen  
566 fahrscheinlosen und kostenlosen steuerfinanzierten ÖPNV, an. Um den Kommunen Druck zu  
567 nehmen und ein Ausspielen von Bussen und Bahnen gegenüber Theatern, Sportplätzen oder  
568 Schwimmbädern zu vermeiden, darf der ÖPNV nicht länger als freiwillige Aufgabe der  
569 Kommunen bewertet werden. Er gehört für uns zu den Pflichtaufgaben der Kommune.

570

571 Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Mobilität haben, dann ist Mobilität  
572 zukunftssicher. Also: volle Kraft voraus!

573

### 574 **Zukunftsinvestitionen - Unsere Forderungen:**

575

- 576 • Generationensolidarität muss das Ziel aller Zukunftsinvestitionen sein!
- 577 • Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
- 578 • Mehreinnahmen möglich machen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,  
579 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) und Steuerflucht  
580 aktiv bekämpfen
- 581 • Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und Spielräume schnellstmöglich nutzen
- 582 • Fokus der Investitionen MUSS auf den Kommunen liegen! Die Übernahme der  
583 kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin  
584 eine zentrale Forderung.
- 585 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge,  
586 nicht in Renditewünsche privater Hände, wie es bei ÖPP der Fall ist.
- 587 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

**Titel** Verkehrspolitik

**Antragsteller** Bremen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Verkehrspolitik

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 **Für eine grundlegend neue Verkehrspolitik – Verkehrswende jetzt!**

4

5 Die letzten Jahre haben verkehrspolitisch einige Veränderungen mit sich gebracht. So gab es  
6 eine Bahnreform und der Verkehr mit Fernbussen wurde liberalisiert. Die Erreichung des  
7 grundsätzlichen Zieles, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen, geriet durch  
8 verschiedenste Entwicklungen und falsche politische Entscheidungen in weite Ferne.

9

10 Doch dieses Ziel ist und bleibt aus unserer Sicht wichtig! Um es zu erreichen, bedarf es einer  
11 grundlegend neuen Verkehrspolitik, die die Schiene in den Mittelpunkt stellt. Parallel dazu  
12 braucht es eine grundlegende Umstrukturierung der Deutschen Bahn, um eine vernünftige und  
13 gerechte Mobilität der Zukunft zu entwickeln. Deshalb halten wir folgende Schritte für nötig:

14

15 **Wir fordern eine neue Bahnreform. Diese sollte wie folgt aussehen:**

16

17 •

18 Die DB muss in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen umgewandelt werden. Dieses  
19 muss selbstständig handeln können, aber durch ein Kontrollgremium mit Vertreter\*innen  
20 aus Politik und Arbeitnehmer\*innen sowie anderen Interessenvertreter\*innen kontrolliert  
21 werden.

22 •

23 Von Unternehmensanteilen, die mit dem System Schiene wenig zu tun haben (z.B. DB  
24 Arriva) muss man sich trennen. Die Auslandsinvestitionen von DB Schenker müssen  
25 deutlich abnehmen, damit eine Fokussierung auf die Kernaufgaben im Inland erfolgen  
26 kann.

27 •

28 Der Regionalverkehr muss wieder zentraler geregelt werden. Ein neues Gremium  
29 organisiert zusammen mit den Bundesländern und der Deutschen Bahn den Nahverkehr.  
30 Die Länder haben dort eine zentrale Rolle, um ihre Forderungen vernünftig  
31 durchzusetzen. Die nötigen finanziellen Mittel muss der Bund bereitstellen und  
32 regelmäßig anpassen. Ausschreibungen, die es bisher im Regionalverkehr gab, müssen  
33 der Vergangenheit angehören. Die Mittel für den Regionalverkehr müssen ebenso  
34 deutlich angehoben werden. Die Leistungen im Nahverkehr bleiben bei der Deutschen  
35 Bahn.

36 •

37 Die DB muss mit den Ländern zusammenarbeiten, um eine bessere Verzahnung von  
38 Regionalverkehr und Fernverkehr zu ermöglichen. Hierzu kann das geschaffene Gremium  
39 für den Regionalverkehr eine Grundlage bieten, um gemeinsame Konzepte mit den



- 40 Ländern zu erarbeiten. Über „regionalen Fernverkehr“ (wie z.B. früher der Interregio)  
41 müssen auch strukturschwache Regionen wieder einen vernünftigen Anschluss an den  
42 Fernverkehr erhalten. Durch die Zentralisierung des Bahnverkehrs sollte man auch die  
43 Tarifstruktur anpassen, um einfachere und gerechtere Tarife zu entwickeln.
- 44 •
  - 45 Neue Hochgeschwindigkeitsstrecken und große Bahnhofprojekte sind teuer und meist  
46 ineffizient. Stattdessen muss die DB wieder vernünftig und vor allem flächenmäßig in ihr  
47 Netz investieren und z.B. „Langsamfahrstellen“ beseitigen.
  - 48 •
  - 49 Es muss wieder einen besseren und gut ausgebauten Nachtzugverkehr geben. Gerade  
50 im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb Europas ist dies sehr  
51 wichtig.
  - 52 •
  - 53 Wir brauchen endlich einen besseren Takt im Schienenverkehr. Die Initiative  
54 „Deutschland-Takt“ unterstützen wir und fordern, entsprechende Pläne für eine bessere  
55 Verzahnung im Netz umzusetzen.

## 57 **Weg von der Straße und hin zur Schiene**

- 58 •
- 59 •
- 60 Wir fordern ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Es muss deutlich in die Schiene  
61 investiert werden, denn Deutschland hinkt im europäischen Vergleich und seinem  
62 Anspruch weit hinterher.
- 63 •
- 64 Die Liberalisierung des Fernbusmarktes sehen wir kritisch. Da dieser ohne  
65 Einschränkungen eingeführt wurde, führt dies zu einem ungleichen Wettbewerb mit der  
66 Schiene. Wir fordern daher eine Maut für die Fernbusse.

### 68 **Begründung:**

69 Eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft ist der falsche Weg, um öffentliche Daseinsvorsorge  
70 bereitzustellen. In den letzten Jahren hat diese Unternehmensform dazu geführt, dass die  
71 Infrastruktur der Deutschen Bahn abgebaut und der Fokus darauf gelegt wurde, neue  
72 Unternehmungsstrukturen aufzubauen. Unter anderem wurde für 2,8 Milliarden € das britische  
73 Transportunternehmen Arriva gekauft und über DB Schenker massiv ins Ausland investiert.

74  
75 So will die die DB AG zum größten Logistikunternehmen der Welt werden. Diese Vision eines  
76 Global Players halten wir für falsch, weil die Hauptaufgabe dadurch vernachlässigt wird.

77  
78 Deshalb muss die DB AG in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen mit einem Kontrollgremium  
79 umgewandelt werden. So hat die DB weiterhin die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu  
80 treffen, wird aber durch Vertreter\*innen aus Politik und Arbeitnehmer\*innen vernünftig  
81 kontrolliert. Öffentliche Unternehmen gehören allen und müssen demokratisch kontrolliert  
82 werden.

83  
84 Die besagten Unternehmensanteile (z.B. DB Arriva) müssen verkauft werden, da dieses Geld in  
85 der Infrastruktur deutlich besser aufgehoben ist.

86  
87 Im Regionalverkehr muss endlich Schluss sein mit den Ausschreibungen. Der dadurch  
88 entstandene Wettbewerb wurde hauptsächlich auf dem Rücken der Arbeitnehmer\*innen geführt.  
89 Denn über Privatbahnen, die teilweise sogar den Bundesländern gehören, werden die Löhne  
90 massiv nach unten gedrückt. Es stimmt zwar, dass die Ausschreibungen und das eingesparte  
91 Geld mehr Verkehr auf die Schiene gebracht hat – das darf aber nicht auf Kosten der  
92 Beschäftigten gehen. Des Weiteren führen viele Wettbewerber zu einer Ineffektivität des Netzes  
93 und auch oft zu Verwirrung beim Kunden, z.B. durch unzählige verschiedene  
94 Fahrscheinautomaten. Durch eine Zentralisierung kann man das Ticketsystem sowie die  
95 Verzahnung zwischen Fernverkehr und Nahverkehr besser koordinieren. Das neu geschaffene  
96 Gremium sorgt dafür, dass die Interessen aller Bundesländer berücksichtigt werden, damit die  
97 Vorschläge für die jeweiligen Regionen eingearbeitet werden.

98  
99 Im Fernverkehr gab es in den letzten Jahren eine Fokussierung auf den Hochgeschwindigkeits-  
100 verkehr, dies bot dem Kunden meist wenige Verbesserungen und hat dazu geführt, dass die DB

101 sich aus der Fläche zurückzieht. Wir finden dass, auch der Fernverkehr auch  
102 strukturschwachen Regionen zugutekommen muss. Frühere Konzepte wie der Interregio, sind  
103 hilfreich um auch unwirtschaftliche Regionen wieder anzubinden.

104

105 Die DB will sich bis 2018 aus dem Nachtverkehr zurückziehen, da es laut Konzern an  
106 Wirtschaftlichkeit mangelt und neue Wagen angeschafft werden müssen. Wir finden, dass der  
107 Nachtverkehr sehr wichtig ist für den Schienenverkehr. Denn vor allem im europäischen  
108 Grenzverkehr ist dies eine gute Konkurrenz zu der wachsenden Zahl von Billigflügen innerhalb  
109 Europas. Die Bahn sehen wir hier als umweltfreundlichere Alternative. Deshalb muss in den  
110 Nachtverkehr investiert und z.B. auch neues Wagenmaterial angeschafft werden.

111

112 In Deutschland richtet sich die Verkehrspolitik seit Jahren hauptsächlich um den  
113 Straßenverkehr, der Schienenverkehr wurde weitestgehend vernachlässigt. Beispielsweise  
114 wurden 2013 in den Straßenverkehr pro Kopf 151€ investiert, in den Schienenverkehr aber nur  
115 54€. Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland ziemlich weit hinten da. In Österreich  
116 und in der Schweiz, wo der Schienenverkehr wesentlich besser funktioniert, wird das vier- bzw.  
117 das sechsfache für die Schiene aufgebracht. An diesen Ländern sollte sich ein Vorbild  
118 genommen und endlich vernünftig investiert werden. Denn sowohl für die Menschen als auch  
119 die Wirtschaft der Bundesrepublik ist die Schiene wichtig, denn sie ist und bleibt das  
120 umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Momentan erleben wir außerdem, dass viele Menschen  
121 wieder von der Schiene auf die Straße umsteigen, genauer gesagt auf den Fernbus. Immer  
122 mehr Verkehr verlagert sich wieder auf die Straßen, vor allem dort, wo es eine ausgebaute  
123 Schieneninfrastruktur gibt. Die Liberalisierung des Fernbusmarktes ist des Weiteren kritisch zu  
124 sehen, da es zurzeit noch einen ungleichen Wettbewerb zur Schiene gibt. Denn der Fernbus  
125 zahlt keine Maut, oft keine Gebühr für den ZOB oder das nächtliche Parken. Bei der Bahn  
126 hingegen, gibt es enorme Trassen- und Stationsgebühren, die der Kunde mit bezahlt. So hat  
127 der Fernbus preislich einen erheblichen Vorteil und fährt so das System Schiene kaputt.  
128 Grundsätzlich ist gegen einen Fernbus im Personenverkehr nichts einzuwenden. Allerdings  
129 darf der umweltfreundlichere Schienenverkehr hier nicht benachteiligt werden. Daher brauchen  
130 wir eine Fernbusmaut die im Verhältnis zu den Trassengebühren steht.

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

**Titel** Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene

**Antragsteller** Brandenburg

**Zur Weiterleitung an** SPD- Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene

- 1 Seit der Fernbusliberalisierung ist der Anteil von Fernbussen am Fernverkehrsmarkt rasant  
2 gestiegen. Das führt dazu, dass auch auf den brandenburgischen Autobahnen vermehrt  
3 Fernbusse fahren und sukzessive Haltepunkte eingeführt werden. Jedoch dürfen Fernbusse  
4 den Schienen(fern-)verkehr nicht kaputt konkurrieren, sondern müssen diesen sinnvoll  
5 ergänzen. Die SPD steht für folgende Schritte, um für einen fairen Wettbewerb zu sorgen sowie  
6 Arbeitnehmer\*innen- und Verbraucher\*innenrechte zu schützen:  
7  
8 1. Langfristige Einführung einer Maut für Busunternehmen im Fern- und Reiseverkehr; die  
9 Einnahmen sollten zweckgebunden für die Verbesserung der (Fern- und Reisebus-)Infrastruktur  
10 genutzt werden  
11  
12 2. Schaffung eines bundesgesetzlichen Rahmens für die Möglichkeit der Einführung einer  
13 Benutzungspflicht bestimmter Stationen (Bushaltestellen) auf kommunaler Ebene  
14  
15 3. Kommunen, in denen Fern- und Reisebusse Haltepunkte und (Dauer-) Parkplätze haben,  
16 erhalten durch Änderung des Personenbeförderungsgesetzes die Möglichkeit zur Erhebung von  
17 Benutzungsgebühren  
18  
19 4. Stärkere Kontrolle der Lenk- und Pausenzeiten  
20  
21 5. Angleichung der Fahrgastrechte, v.a. für Entschädigungszahlungen bei Verspätungen oder  
22 Ausfällen, an die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr  
23  
24 6. Einhaltung und Überprüfung der gesetzlich geregelten Barrierefreiheit ab 2016 bei neuen  
25 Bussen und ab 2020 bei allen Bussen  
26  
27 7. Einführung einer Andienungspflicht für Abfälle/Abwässer etc. von Fern- und Reisebussen und  
28 die Schaffung zertifizierter Entsorgungsstationen  
29  
30 8. Schaffung einer Verordnungsermächtigung für die Bundesländer, um die Konsequenzen aus  
31 dem Personenbeförderungsgesetz für den Fernbusverkehr besser steuern zu können (z.B.  
32 Genehmigung von Haltestellen)  
33  
34 **Begründung:**  
35 Zwar hat die Fernbusliberalisierung für einige Vorteile gesorgt, von denen v.a. sozial-  
36 schwächere profitieren, dennoch werden Fern- und Reisebusunternehmen gegenüber  
37 Eisenbahnverkehrsunternehmen faktisch bevorzugt, da sie für viele Kosten nicht aufkommen  
38 müssen.

39

40 Während die Eisenbahnverkehrsunternehmen für jeden Halt an Bahnhöfen Stationsgebühren,  
41 für jeden zurückgelegten Kilometer Trassengebühren sowie für das Abstellen von Zügen  
42 Gebühren bezahlen müssen – und diese auf die Kunden verteilt werden – fahren Fern- und  
43 Reisebusse quasi konkurrenzlos durch das Land, da sie nur für wenige Abgaben, wie z.B. die  
44 Mineralölsteuer, aufkommen müssen.

45

46 Sie müssen oftmals weder Gebühren für Haltestellen zahlen, noch fallen Gebühren für das  
47 parken am Straßenrand oder einer Maut (wie bei ähnlich schweren LKWs) für die Nutzung von  
48 Autobahnen an. Außerdem bezahlt die Bahn jährlich Millionen für Lärm- und Schallschutz,  
49 währenddessen die Kosten für die Reduzierung von Straßenlärm auch durch die Allgemeinheit  
50 gezahlt werden.

51

52 Durch eine geringe Maut wollen wir für eine Stärkung der Infrastruktur sorgen, die für den  
53 Erhalt, die Modernisierung sowie den Neubau dieser genutzt werden soll. Durch weitere gezielte  
54 Maßnahmen wollen wir für eine Angleichung der Rechte und Pflichten zwischen allen  
55 Verkehrsmitteln sorgen.

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich  
erhöhen

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Sicherheit im Reise- und Fernbus-Verkehr erhöhen.
- 4 Kurzfristig müssen Kontrollen im Reise- und Fernbussektor erhöht werden.
- 5 Im deutschen Bundesgebiet gibt es die Anschnallpflicht im motorisierten Individual- und
- 6 Massenverkehr. Die Kontrollen sind jedoch zu gering getaktet, um diese Gurtpflicht
- 7 durchzusetzen.
- 8 Durch gehäufte Kontrollen kann dieses Problem angegangen werden und es kann so erhöhte
- 9 Sicherheit gewährleistet werden.
- 10 Zudem erhöhen gehäufte Kontrollen die Sicherheit der Busse, wenn Lenkzeiten und Zustand
- 11 der Busfahrer überprüft werden.
- 12
- 13 Schnellst möglich muss die Anzahl der Busse erhöht werden, die über Überrollvorrichtungen
- 14 und automatische Löschvorrichtungen verfügen. Außerdem sind 3-Punkt-Sicherheitsgurte
- 15 einzubauen.
- 16 Die Überrollvorrichtungen, bestehend aus verhärtetem Material, sollen im Falle eines Unfalls
- 17 das Eindringen des Daches verhindern und so die Überlebenschancen der Insassen erhöhen.
- 18 Diese Konstruktionen können Leben retten und sollen langfristig Standard im Bussektor werden.
- 19 Ein Großteil der Unfalltoten lässt sich auf die angesprochenen Ursachen zurückführen.
- 20
- 21 **Begründung:**
- 22 Begründung:
- 23
- 24 Nach Angaben des statistischen Bundesamtes waren 2014 ca. 76.800 Busse auf Deutschlands
- 25 Straßen unterwegs.
- 26 Nach der 2013 erfolgten Liberalisierung des Fernverkehrs strömen seit einem Jahr vermehrt
- 27 Fernbusse auf deutsche Autobahnen. 40% der Bundesbürger erwägen den Fernbus als echte
- 28 Alternative.
- 29
- 30 Die Zahl der Busreisenden steigt und stieg bereits vor 2013 stark an.
- 31 Negative Folgen dieser Entwicklung sind steigende Unfälle und Unfalltode im Busbereich.
- 32 Jährlich gibt es etwa 4000-5000 Verletzte durch Busunfälle. Die Zahl der Unfalltoten lag bis
- 33 2013 bei etwa 13 Menschen. Seit der Liberalisierung des Fernverkehrs hat sich die Zahl der
- 34 Todesopfer um 300% gesteigert. Anders als bei PKW-Unfällen ist die Tendenz hier also stark
- 35 steigend.
- 36 Im Verhältnis ist der Reisebus rein statistisch gesehen ein sehr sicheres Fortbewegungsmittel,
- 37 ein Großteil der Unfalltoten ist jedoch durch die o.g. Maßnahmen vermeidbar.
- 38

**Titel** Mautpflicht für Omnibusse einführen!

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Mautpflicht für Omnibusse einführen!

- 1 Basierend auf der bestehenden LKW-Maut ist eine Mautpflicht für Omnibusse einzuführen.
- 2 Davon ausgenommen sind nur diejenigen, die (nach RegG) im Auftrag des ÖPNV eingesetzt
- 3 werden.

4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

**Titel** Maut für Fernlinienbusse

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Maut für Fernlinienbusse

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern den vollständigen Einbezug der Fernlinienbusse in das Mautsystem für LKW sowie  
4 einen Vorstoß im Rahmen des deutschen Städte- und Gemeindebundes, um ein einheitliches  
5 Abgabesystem für das Halten in den jeweiligen Städten zu forcieren. Des Weiteren muss einer  
6 Entwertung der Eisenbahn als Verkehrsmittel entgegengewirkt werden. Es darf aus zwei Grün-  
7 den auf keinen Fall zu einer weiteren Ausdünnung, Privatisierung oder Konzentration auf das  
8 Luxussegment kommen: Erstens hat der Staat den eindeutigen Auftrag zur öffentlichen Da-  
9 seinsfürsorge und muss somit auch wirtschaftlich weniger oder nicht rentable Strecken  
10 bedienen und Städte und Gemeinden anfahren und verbinden. Zweitens kann vor allem über  
11 einen verstärkten Bahnverkehr ein Beitrag zur Reduktion der klimaschädlichen Gase erreicht  
12 und die entsprechenden Reduktionsziele eingehalten werden. Mit der zunehmenden Erzeugung  
13 von Ökostrom kann ein Mobilitätskonzept mit der Bahn im Mittelpunkt zunehmend frei von  
14 Kohlenstoffdioxid und anderer Ressourcenbelastungen sowie -verbräuchen etabliert werden.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!

1 „Stockt der Verkehr auf Autobahnen und Außerortsstraßen mit mindestens zwei Fahrstreifen für  
2 eine Richtung, müssen Fahrzeuge für die Durchfahrt von Polizei- und Hilfsfahrzeugen in der  
3 Mitte der Richtungsfahrbahn, bei Fahrbahnen mit drei Fahrstreifen für eine Richtung zwischen  
4 dem linken und dem mittleren Fahrstreifen, eine freie Gasse bilden.“ § 11 Abs. 2 StVO 2013

5  
6 Dies lässt sich der StVO entnehmen und ist hier schon 1982 eingeführt worden. Doch ist die  
7 aktuelle Realität auf deutschen Autobahnen eine ganz andere, selbst Berufskraftfahrer halten  
8 dies nicht ein.

9  
10 Die nicht Einhaltung ist zwar nach § 49 Abs. 1 Nr. 11 StVO eine Ordnungswidrigkeit die 20 Euro  
11 kostet doch interessiert dies kaum eine Person und die Rettungskräfte haben meist  
12 dringlicheres zutun als diese Ordnungswidrigkeit zu verfolgen.

13  
14 Auch in Deutschland sollte das Strafmaß erheblich verschärft werden. Auch in Deutschland sind  
15 schon Organisationen (Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft Landesgruppe Hessen und die  
16 Feuerwehr Wiesbaden) engagiert und informieren über die richtige Einhaltung der  
17 Rettungsgasse, diese sollten unterstützt werden und das Durchführen einer öffentlichen  
18 Kampagne der Bundesregierung sollte auch bei uns stattfinden.

19  
20 Auf der Autobahn, an häufigen Stau- und Unfallstrecken sollten Schilder angebracht werden die  
21 auf die Rettungsgasse hinweisen.

22  
23 So könnte Unfallopfern schneller Hilfe zuteilwerden und das ein oder andere Leben gerettet  
24 werden.

25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38



**Titel** Europäische Kerosinsteuer einführen!

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Europäische Kerosinsteuer einführen!

1 Eine Kerosinsteuer auf alle innereuropäischen Flüge ist europaweit einzuführen.

2

3 **Begründung:**

4 Am Beispiel Deutschland wird deutlich, dass alle anderen Verkehrsträger eine Steuer auf ihre  
5 „Kraftstoffe“ (vgl. Stromsteuer, Mineralölsteuer) bezahlen müssen, deshalb ist eine Ausnahme  
6 für den gewerbsmäßigen Luftverkehr ungerechtfertigt bzw. eine Wettbewerbsverzerrung. Von  
7 einer Besteuerung auf internationale Flüge sehen wir ab, bis eine länderübergreifende  
8 Regelung gefunden wird.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser

1 Um die extremen Kosten für den langfristigen und technisch fortschrittlichen Glasfaserausbau,  
2 welche immer wieder auf mehrere Milliarden Euro prognostiziert werden, zu senken, bedarf es  
3 eines kostengünstigeren Verfahrens, um alle Haushalte und Unternehmen in der gesamten  
4 Bundesrepublik mit Glasfaser zu versorgen. Es ist notwendig, dass bereits bei anderen tieferen  
5 Straßenarbeiten und beim Neubau von Straßen, ausreichend Leerrohre für FTTx verlegt und  
6 diese ausreichend und in angemessener Form dokumentiert werden. Dies erfordert zwar mehr  
7 kommunale Planung und Organisation bei zukünftigen Straßenarbeiten. Doch bei Kosten von  
8 mehreren zehntausenden Euro pro Kilometer allein für die Tiefbauarbeiten rentiert sich dies in  
9 jedem Fall, denn das Nachträgliche einziehen von Lichtwellenleitern kostet pro Kilometer mit  
10 „wenigen“ Tausenden Euro nur einen Bruchteil. Dies stellt eine enorme Möglichkeit zur  
11 Kosteneinsparung beim langfristigen und zukunftssicheren Ausbau von notwendiger  
12 Infrastruktur dar.

13

14 Deshalb müssen die Bundesländer und Kommunen dazu verpflichtet werden, bereits jetzt beim  
15 Straßenbau und bei umfangreicheren Straßenarbeiten Leerrohre für den Glasfaserausbau zu  
16 verlegen.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## W

### Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern &

#### Kapitalismuskritik

W 1	Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso Bundesvorstand Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen	509
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	519
W 3	Bremen Handelspolitik	526
W 4	Hannover Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!	529
W 5	Hessen-Süd TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen	532
W 6	Bayern Nein zu TTIP und CETA!	535
W 7	Berlin CETA ablehnen	537
W 8	Hannover Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen	539
W 9	Nordrhein-Westfalen Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben	541
W 10	Nordrhein-Westfalen Ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie	547
W 11	Hessen-Nord Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)	550
W 12	Weser-Ems Industrie 4.0 menschlich entwickeln!	552

<b>W 13</b>	Hannover Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen	<b>554</b>
<b>W 14</b>	Baden-Württemberg Weniger Steuer auf Getränke	<b>555</b>
<b>W 15</b>	Hessen-Süd Für eine alternative Wirtschaftspolitik	<b>556</b>
<b>W 16</b>	Bayern Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum	<b>558</b>
<b>W 17</b>	Weser-Ems Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	<b>563</b>
<b>W 18</b>	Hessen-Süd Echte Umverteilung – Jetzt!	<b>565</b>

**Titel** Die ökologischen Grenzen unseres Planeten  
respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus  
nehmen

**Antragsteller** Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso  
Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

**Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! -  
Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen**

1 Spätestens mit der 1972 vom Club of Rome veröffentlichten gleichnamigen Studie hat die  
2 Diskussion zu den "Grenzen des Wachstums" breite Resonanz in Politik und Öffentlichkeit  
3 gefunden. Wenngleich die Prognosefähigkeit komplexer Simulationen zur globalen Entwicklung  
4 notwendigerweise begrenzt bleiben muss, können wir heute - über 40 Jahre nach erscheinen  
5 der Studie - konstatieren, dass wesentliche Vorhersagen des verwendeten Standardmodells  
6 eingetreten sind. Es besteht kein Zweifel, dass unsere aktuelle Form des Wirtschaftens die zur  
7 Verfügung stehenden Umweltressourcen in vielen Dimensionen bereits heute massiv übernutzt.  
8 Besonders deutlich wird dies mit Blick auf die Treibhausgasemissionen, den Verlust von  
9 Biodiversität und den Stickstoffeintrag in die Atmosphäre. Diese Fakten zwingen uns, den  
10 absoluten Ressourcenbedarf zu verringern und stellen unsere auf stetiges Wirtschaftswachstum  
11 ausgerichtete Form des kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich in Frage.

12

13 Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung vom, auf  
14 Kosten der Umwelt und zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung, produzierten Reichtum  
15 profitiert. Dieser Teil der Weltbevölkerung lebt vornehmlich in den westlichen Industrienationen,  
16 welche für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der globalen  
17 Umweltbelastungen verantwortlich sind. Es liegt folglich auf der Hand, dass wir auch künftig  
18 materielles Wachstum benötigen werden, um der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt zu  
19 begegnen, bestehende Verteilungskonflikte politisch zu lösen und eine gerechtere  
20 Wohlstandsverteilung zu erreichen. Für uns ist dabei jedoch klar, dass Wirtschaftswachstum  
21 nicht gleichbedeutend mit Wohlstandsmehrung ist.

22 Um Fortschritt beurteilen zu können und bedürfnisangemessenes Wirtschaften zu ermöglichen,  
23 bedarf es eines erweiterten Wohlstandsbegriffs, welcher die für Wohlstand und Lebensqualität  
24 relevanten Dimensionen erfasst.

25

26 Als Jusos stellen wir uns der Frage, was Wohlstand zu Beginn des 21. Jahrhundert bedeutet  
27 und in welchem Verhältnis Wohlstand und Wirtschaftswachstum stehen. Davon sind  
28 grundlegende Fragen über die Art und Weise unseres Wirtschaftens berührt, welche nach  
29 gesamtgesellschaftlichen Antworten verlangen und Folgefragen mit Blick globale Gerechtigkeit  
30 aufwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechtere  
31 Wohlstandsverteilung moralisch und politisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine  
32 Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann, wenn es gelingt, Verteilungs- und  
33 Ressourcenkonflikte als Hauptgrund für Krieg und Bürgerkrieg durch eine gerechtere  
34 Wohlstandsverteilung aufzulösen. Dies wird ohne grundlegende institutionelle Reformen des  
35 strukturell ungerechten und krisenhaften internationalen Währungs- und Finanzsystem, welches

36 eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung massiv behindert, nicht zu erreichen  
37 sein. Für den somit umrissenen Themenkomplex soll der vorliegende Beschluss Denkanstöße  
38 geben und politische Lösungsstrategien formulieren.

39

#### 40 **Unser Begriff von Wohlstand**

41

42 Wenn wir Jusos über Wohlstand sprechen, dann sind wir uns darüber im Klaren, dass es im  
43 Spiegel unterschiedlicher Lebens- und Gesellschaftsmodelle keine eindeutige und bis ins Detail  
44 messbare Definition für diesen Begriff gibt. Aus der Zielperspektive ist Wohlstand das, was die  
45 Menschen als Grundlage für die Verwirklichung eines guten Lebens aus ihrer individuellen  
46 Perspektive und in gesellschaftlichen Kontext benötigen. Dabei spielen neben den objektiven  
47 Lebensbedingungen auch die Verwirklichungschancen der Menschen eine besondere Rolle.

48

49 Zwischen den zahlreichen Wohlstandsdimensionen muss jede Gesellschaft und jeder Mensch  
50 selbst eine Entscheidung treffen. Einen einheitlichen Wohlstandsbegriff kann es deshalb nicht  
51 geben. So ist es beispielsweise möglich, dass sich Gesellschaften für geringere  
52 Konsummöglichkeiten entscheiden, um mehr der verfügbaren Ressourcen für Kultur- und  
53 Freizeitmöglichkeiten aufzuwenden.

54

55 Das über die Ausgestaltung von Wohlstand Gesellschaften und Individuen unterschiedlich  
56 entscheiden können ist jedoch keine Rechtfertigungsgrundlage für die weltweite Ungleichheit.  
57 Im Gegenteil: Bevor über Wohlstand überhaupt zu sprechen ist, müssen zunächst elementare  
58 Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt sein. Dazu gehört Frieden, ausreichend Nahrung und  
59 Trinkwasser und die Sicherstellung der weiteren existenziellen Lebensbedürfnisse ebenso wie  
60 Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,  
61 Geschlechtergerechtigkeit und die Abwesenheit von Diskriminierung. Diese  
62 Grundvoraussetzungen müssen garantiert sein, damit in einer Gesellschaft die Diskussion über  
63 Wohlstand und wie er aussehen soll überhaupt ernsthaft geführt werden kann.

64

65 Es ist und bleibt unser Ziel, dass der Wohlstand global gerecht verteilt wird. Armut,  
66 Perspektivlosigkeit und fehlende Freiheit zur Verwirklichung eines individuellen, glücklichen  
67 Lebens sind für uns an jedem Ort der Welt von enormer politischer Bedeutung. Globale  
68 Wohlstandsunterschiede führen zu einer gravierenden Ungerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in  
69 Verteilungskriegen oder unfreiwilligen Migrationsbewegungen ausdrückt. Dies ist auch Folge  
70 eines Wohlstandsmodells in den Industriestaaten, das darauf beruht, sich unbegrenzt die dafür  
71 notwendigen Ressourcen anzueignen und damit anderen Menschen den Zugang zu Wohlstand  
72 zu verweigern.

73

74 Für uns Jusos lautet das Ziel, zukünftig gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die eine  
75 Umverteilung des Wohlstandes nicht mehr notwendig machen, da realer Wohlstand bereits  
76 gleichverteilt erwirtschaftet wird. Dies kann nur mit einem anderen Wirtschafts- und  
77 Gesellschaftssystem gelingen, in dem über den Ressourceneinsatz grundsätzlich demokratisch  
78 in der Gesellschaft entschieden wird.

79

#### 80 **Dimensionen von Wohlstand**

81

82 Welche Bestandteile zur umfassenden Verwirklichung von Wohlstand gehören ist abhängig vom  
83 jeweiligen Blickwinkel und der entsprechenden Lebenswirklichkeit. Trotz dieser  
84 Kontextabhängigkeit des Begriffes lassen sich unterschiedliche Wohlstandsdimensionen  
85 ermitteln. Zu diesen gehören vor allem:

86

- 87 • Arbeit
- 88 • Bildung
- 89 • Erhalt der Umwelt
- 90 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 91 • Geschlechtergerechtigkeit
- 92 • Gesundheit
- 93 • Konsummöglichkeiten
- 94 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 95 • Mobilität
- 96 • politische und gesellschaftliche Stabilität

- 97 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

98

99

100 Diese Aufzählung von Wohlstandsdimensionen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kann  
101 nicht abschließend sein, sondern benennt für uns Jusos besonders wichtige Punkte. Dabei steht  
102 heute vielfach nicht mehr nur die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen im Fokus, sondern  
103 auch Aspekte immateriellen Wohlstands. Im politischen Prozess ist es die Aufgabe der  
104 AkteurInnen, die unterschiedlichen Ziele, bei denen auch Zielkonflikte bestehen können,  
105 miteinander in Ausgleich zu bringen und allen zu einer möglichst umfassenden Wirksamkeit zu  
106 verhelfen.

107

108 Im Folgenden sollen die Dimensionen ausgeführt werden, die aus jungsozialistischer  
109 Perspektive die Grundlage für individuellen Wohlstand in gesellschaftlichem Wohlstand bilden.  
110 Dabei ist uns bewusst, dass sich unsere Wohlstandsdefinition natürlich einbetten muss in den  
111 globalen Kontext und in die Aufgabe, den Ressourcenverbrauch der Industriestaaten erheblich  
112 zu reduzieren, um allem Menschen weltweit den gleichen Zugang zu Wohlstand zu eröffnen und  
113 die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern.

114

### 115 **rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung**

116 Eine solidarische und demokratische Gesellschaftsform, in der alle Menschen die gleichen  
117 Rechte haben, ist ein grundlegender Faktor für ein Leben in Wohlstand und Gerechtigkeit. Um  
118 den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auch durchzusetzen,  
119 muss es einen funktionierenden, demokratischen Rechtsstaat geben. Die Demokratisierung  
120 aller Lebensbereiche ermöglicht eine solidarische Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Nur in  
121 einer solchen Gesellschaft kann der notwendige Ausgleich zwischen solidarischem, am  
122 Gemeinwohl orientiertem Verhalten und individueller Freiheit stattfinden.

123

### 124 **Freiheit und Sicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis**

125 Freiheit und Sicherheit sind öffentliche Güter, deren Gewährleistung zu den wichtigsten  
126 Aufgaben eines Staates gehört und nicht zu privat gehandelter Ware verkommen dürfen. Deren  
127 Verwirklichung muss in einem ausgewogenen Verhältnis geschehen, in dem nicht zugunsten  
128 des einen Gutes das andere zu sehr eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind Sicherheit und  
129 Freiheit keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Freiheit umfasst einerseits die  
130 formalen Freiheitsrechte wie im Wesentlichen Versammlungs-, Meinungs-, Religions- und  
131 Bewegungsfreiheit. Sie ist aber auch materiell zu verstehen, d.h. es geht nicht nur darum,  
132 Freiheitsrechte zu gewährleisten, sondern auch jeden Einzelnen/jede Einzelne in die materielle  
133 Lage zu versetzen, diese Freiheitsrechte auch zu nutzen; dies stellt Anforderungen an die  
134 verlässliche soziale Absicherung genauso wie an Zugänge bspw. zu Bildung und Information.  
135 Sicherheit bedeutet, dass niemand um seine körperliche oder geistige Unversehrtheit oder  
136 seine materiellen und sozialen Existenzgrundlagen fürchten muss und Existenzgrundlagen  
137 dauerhaft für alle gewährleistet sind. Darüber hinaus ist die soziale Sicherheit in Form der  
138 Absicherung des Lebensstandards, der über die bloße Existenzsicherung hinaus geht, davon  
139 umfasst.

140

### 141 **Geschlechtergerechtigkeit**

142 Zur Gerechtigkeit gehört für uns auch Geschlechtergerechtigkeit von Männern und Frauen und  
143 zwar Chancen- wie auch Ergebnissgerechtigkeit. Dies gilt ebenso für die Gleichstellung und -  
144 berechtigung von LGBTI\*. Nur nach der weltweiten Überwindung des Patriarchats kann eine  
145 freie und gleichberechtigte Verwirklichung aller Menschen erfolgen.

146

### 147 **Gesunde Umwelt**

148 Eine gesunde, sich stets regenerierende Umwelt bietet Ressourcen für jeglichen  
149 gesellschaftlichen Wohlstand. Sie schafft ein hochwertiges Lebensumfeld, in dem sich  
150 Menschen erst wohlfühlen können. Sie hat zudem auch direkten Einfluss auf die menschliche  
151 Gesundheit, deren Erhalt die Kernvoraussetzung ist, um Wohlstand überhaupt erwirtschaften  
152 und schließlich genießen zu können. Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ist die  
153 Voraussetzung für den Wohlstand zukünftiger Generationen.

154

### 155 **Bildung als geistige Existenzgrundlage**

156 Bildung soll zur selbstbestimmten Meinungs- und Entscheidungsfindung befähigen. Basis dafür  
157 bildet eine weltweite Alphabetisierung. Grundlegende Bildung ist für uns eine Leistung, die von

158 staatlicher Seite kostenfrei und für jedes Kind verpflichtend zur Verfügung zu stellen ist. Nur so  
159 können Interessen, Talente und Potenziale aller Menschen gänzlich zutage treten und sich frei  
160 entfalten, z.B. in Ausübung der Berufswahlfreiheit.  
161 Ohne weitergehende Bildung, die sich auch in beruflicher (Weiter-)Bildung, Hochschulbildung,  
162 Forschung und Entwicklung entfaltet, ist keine Innovation und kein Fortschritt möglich. Diese  
163 sind aber für Wohlstand von elementarer Bedeutung, weshalb keine Zugangsbarrieren dazu  
164 bestehen dürfen. Lebenslanges Lernen dient hierbei als Leitidee.

165

### 166 **Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld Angemessener Wohnraum**

167 Wohnraum ist der Schutzraum des Menschen vor Umwelteinflüssen und kann Freiraum für  
168 individuelle Entfaltung sowie Rückzug bieten. Den individuellen aber auch kulturellen  
169 Bedürfnissen sowie der Bedeutung des Wohnraums als Regenerationsnotwendigkeit soll  
170 Rechnung getragen werden. Der Zugang dazu ist für alle, unabhängig vom materiellen Status,  
171 zu gewährleisten. Zu gestalten ist dabei auch das Wohnumfeld als ein wesentlicher Ort des  
172 sozialen Zusammenlebens, der Kommunikation und des Wohlergehens von Menschen.

173

### 174 **Gute Arbeit**

175 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Wertschöpfung, gesamtgesellschaftlichen  
176 Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe.  
177 Ihre demokratische und partizipative Ausgestaltung ist für den gesellschaftlichen Wohlstand  
178 unverzichtbar. Erwerbsarbeit muss immer in einem ausgewogenen Verhältnis zur  
179 Reproduktionsarbeit stehen. Eine gewisse Zeitsouveränität sowie Freizeitphasen sind Ausdruck  
180 von Lebensqualität.

181

### 182 **Gesundheitsversorgung**

183 Eine ausreichende Gesundheitsinfrastruktur trägt Sorge dafür, dass Krankheiten vermieden  
184 und, wenn das nicht möglich ist, möglichst geheilt werden und diesen vorgebeugt wird.  
185 Außerdem sollen Leid und Schmerzen gelindert werden, um damit eine höhere Lebensqualität  
186 zu erreichen. Die Gesundheit einer Person darf nicht von ihrem wirtschaftlichen Status oder  
187 ihrem Aufenthaltsort abhängen.

188

### 189 **Mobilität**

190 Ohne Fortbewegung sind nicht nur die individuelle Bewegungsfreiheit, sondern auch die  
191 Möglichkeiten für Austausch und Fortschritt eingeschränkt. Selbstbestimmte Fortbewegung fußt  
192 auf einem öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie Rad- und Fußverkehr, schließt  
193 aber auch motorisierten Individualverkehr nicht aus. Eine flächendeckende Versorgung mit  
194 Mobilitätsangeboten für den in ein Verkehrsnetz integrierten Nahraum ist von staatlicher Seite  
195 ohne materielle Hürden zur Verfügung zu stellen.

196

### 197 **Kultur- und Freizeitmöglichkeiten**

198 Ein wichtiger Teil von Wohlstand ist für uns, dass Menschen an kulturellen Angeboten teilhaben  
199 und ihre Freizeit gestalten können. Dabei sind Angebote der sogenannten „Hochkultur“ wie der  
200 „Subkultur“ genauso notwendig wie Angebote der Soziokultur, der Begegnung, aus dem Bereich  
201 Sport etc. Alle diese Orte sind für das gesellschaftliche Miteinander unverzichtbar, damit  
202 Menschen ihren soziokulturellen Bedürfnissen nachkommen können.

203

### 204 **Konsummöglichkeiten**

205 Zur individuellen Lebensgestaltung gehört eine angemessene Auswahl an Konsummöglichkeiten,  
206 aus denen jedeR selbst nach seinen bzw. ihren Vorstellungen wählen kann. Dabei reicht die  
207 Spanne weit von Kleidung, Wohnungseinrichtungen, Essen, Getränken, Büchern, Zeitschriften,  
208 Filmen bis zur Urlaub oder technischen Geräten und Unterhaltungselektronik. Für die  
209 Gesellschaft besteht der doppelte Auftrag einerseits für jedeN ein Einkommen zu gewährleisten,  
210 dass eine bedarfsgerechte Teilhabe am Konsum ermöglicht als auch Konsumgüter in  
211 ausreichender Zahl und Vielfalt zu produzieren.

212

213

### 214 **Unser Wachstumsbegriff**

215

216 Wachstum im ökonomischen Kontext wird in der Regel verstanden als Wachstum des  
217 Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Bruttonationaleinkommens (BNE), vereinfacht also der  
218 Waren und Dienstleistungen, die in einem Land hergestellt werden (BIP) oder des Einkommens,



219 dass von BewohnerInnen eines Landes erzielt wurde (BNE). Auch im Folgenden wird  
220 Wachstum in diesem Sinne verwendet werden. Die in linken Kreisen teilweise vorkommenden  
221 Versuche, den Begriff des „Wachstums“ umzudefinieren auf andere Wohlstandindikatoren ist ein  
222 Versuch, die Debatte über den Wachstumsbegriff durch Umdefinition zu lösen, der in unseren  
223 Augen nicht zielführend ist.

224

225 Wichtig ist hingegen: Die Produktion bzw. das Einkommen in einem Land ist nur ein Teil des  
226 Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Wie dargelegt gibt es zahlreiche weitere Aspekte des  
227 Wohlstands. Wenn das Wachstum niedriger ausfällt oder gar negativ ist, heißt dies daher noch  
228 nicht, dass der Wohlstand der Volkswirtschaft gesunken ist. Nur ein Beispiel: Entscheiden sich  
229 viele in der Volkswirtschaft dafür, weniger (produktiv) arbeiten zu wollen, führt dies bei  
230 konstanter Arbeitsproduktivität zu einem niedrigeren Produktionsvolumen; gleichzeitig ist aber  
231 potentiell der „Wohlstand“ derjenigen gestiegen, die jetzt weniger arbeiten.

232

233 Ähnlich wie BIP (pro Kopf) oder BNE (pro Kopf) kein alleiniger Wohlstandsindikator sein  
234 können, kann auch Wachstum kein Indikator dafür sein, ob der Wohlstand gewachsen ist. Daher  
235 sind Wachstumszahlen zumindest für sich alleine auch kein Maßstab, mit dem sich der Erfolg  
236 von Wirtschafts- und Sozialpolitik messen lässt. Möchte man dies tun, so sind weitere  
237 Indikatoren heranzuziehen, die teilweise subjektiv sein werden.

238

239 Grundsätzlich ist Wachstum also ein neutraler Begriff. Ob es positiv oder negativ zu bewerten  
240 ist, hängt davon ab, unter welchen Umständen es entsteht. Wirtschaftswachstum bietet aber die  
241 besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.  
242 Deshalb halten wir Wachstum grundsätzlich für sinnvoll. Es darf aber nicht mit einem erhöhten  
243 Verbrauch natürlicher Ressourcen und der damit einhergehenden Ausbeutung von Natur und  
244 Umwelt verbunden sein.

245

#### 246 **Wachstum und Ressourcenverbrauch steuern**

247

248 Ein Problem des klassischen Wachstumsbegriffs liegt darin, dass er üblicherweise nur auf die  
249 Veränderung von zwei Produktionsfaktoren, Arbeit und Kapital, abstellt. Tatsächlich gibt es mit  
250 den natürlichen Ressourcen aber noch einen dritten. Die traditionelle Wachstumspolitik, die  
251 diese nicht mit beachtet hat, hat gesellschaftliche Verteilungskämpfe durch Wachstum gelöst  
252 und dabei in Kauf genommen, die natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter zu beschädigen.  
253 Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und damit nicht haltbar.

254

255 Umgekehrt gilt: Wachstum ist immer dann unproblematisch, wenn es mit gesteigener  
256 Ressourceneffizienz einhergeht. Sinkt der Bedarf an natürlichen Ressourcen für den gleichen  
257 Output, so kann der entstandene Spielraum dafür genutzt werden, zusätzlichen Output zu  
258 produzieren. Nur weil die Ressourcenproduktivität in den vergangenen Jahrhunderten  
259 dramatisch gestiegen ist, ist es überhaupt gelungen, das traditionelle Wachstumsmodell so  
260 lange aufrechtzuerhalten. Unter der Bedingung einer steigenden Ressourceneffizienz  
261 funktioniert Wachstum auch weiterhin. Allerdings ist dabei für die Industriestaaten zu beachten,  
262 dass sie derzeit die natürlichen Ressourcen massiv übernutzen, ein Teil eines weiteren Anstiegs  
263 der Ressourceneffizienz also für eine Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen  
264 verwendet werden muss und damit nicht für zusätzlichen Output zur Verfügung steht.

265

266 Daher muss zur Steuerung des Wachstums der maximal zulässige Ressourcenverbrauch  
267 vorgegeben werden. Dabei ist ein Pfad zu schaffen, der die derzeitige Übernutzung der  
268 Ressourcen über einen längeren Zeitraum auf das Niveau abbaut, in dem sich die Ressourcen  
269 regenerieren. Die Industriestaaten müssen ihren Ressourcenverbrauch stark reduzieren, um  
270 den so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.  
271 Als Instrument soll vorrangig auf Verbrauchsvorgaben u.ä. gesetzt werden. Eine Verteuerung  
272 der Ressourcennutzung kommt nur dann in Frage, wenn das Ziel mit anderen Instrumenten  
273 nicht sinnvoll zu erreichen ist.

274

275 Gibt es Wachstumsspielräume durch eine steigende Ressourceneffizienz, so ist es eine Frage  
276 der gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wie das dann grundsätzlich vorhandene  
277 Wachstumspotential genutzt wird. Es kann dann für zusätzlichen Output verwendet werden,  
278 aber auch für die Erhöhung weiterer Faktoren des gesellschaftlichen Wohlstands. Wofür, hängt  
279 dabei von gesellschaftlichen Mehrheits- und damit Machtverhältnissen ab.

280

## 281 **Produktivitätszuwächse für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen**

282

283 Sozialdemokratische Politik hat in den vergangenen Jahren deshalb so stark auf Wachstum  
284 gesetzt, weil dies grundsätzlich gesellschaftliche Verteilungskämpfe im Kapitalismus erleichtert.  
285 Durch Wachstum besteht die Möglichkeit den entstehenden Überschuss gerechter zu verteilen.  
286 Dies bedeutet für uns auch, dass der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt  
287 werden muss.

288

289 Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, dass Kapital fortlaufend Rendite abwirft, die durch  
290 Wiederanlage den Kapitalbestand vergrößert. In einer Welt ohne Produktivitätszuwächse ist  
291 eine konstante Rendite dabei nur möglich, wenn die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit  
292 sinken würde. Dieser Druck wird verringert, wenn es Wachstum entweder über  
293 Produktivitätszuwächse gibt oder darüber, dass bei steigendem Kapitaleinsatz der  
294 Arbeitsumfang konstant gehalten wird. Würde der gestiegene Kapital- durch einen geringeren  
295 Arbeitseinsatz kompensiert, würde bei konstanten Stundenlöhnen die Kapitalrendite tendenziell  
296 sinken.

297

298 Produktivitätszuwächse schaffen bei steigendem Kapitalbestand einen zusätzlichen Anstieg des  
299 Outputs, der die Kapitalrendite tendenziell erhöht; umgekehrt sinkt der Druck auf die Löhne, weil  
300 das insgesamt zu verteilende Einkommen größer wird. Dabei ist es eine Frage der  
301 gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie der Produktivitätszuwachs zwischen Arbeit und  
302 Kapital verteilt wird. Es hat durchaus längere Phasen vor allem in der europäischen  
303 Wirtschaftsgeschichte gegeben, in denen große Teile des durch Produktivitätswachstum  
304 erzielten Zuwachses an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt worden ist, dabei nicht  
305 unerheblich in Form von Arbeitszeitverkürzung mit (teilweisem) Lohnausgleich (Einführung der  
306 5-Tage-Woche, Ausbau des Jahresurlaubs etc.). Damit verbunden war aber, vor allem in der  
307 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch die Verdrängung von Frauen aus der Erwerbsarbeit.

308

309 In den vergangen Jahrzehnten haben sich die Machtverhältnisse deutlich zugunsten des  
310 Kapitals verschoben; die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am erzielten Wachstum ist  
311 zunehmend geringer ausgefallen. Tendenziell ist gleichzeitig das Arbeitsvolumen konstant  
312 geblieben, allerdings einerseits durch Teilzeitarbeit insbesondere von Frauen und andererseits  
313 Arbeitslosigkeit ungleicher verteilt worden.

314

315 Ein Verteilungskonflikt tritt insbesondere dann auf, wenn ein relativ hoher  
316 Produktivitätsfortschritt auf einen schwachen Fortschritt der Ressourceneffizienz trifft. Ist der  
317 Fortschritt der Ressourceneffizienz Null, besteht kein nachhaltiger Wachstumsspielraum. Gibt  
318 es dann einen Produktivitätsfortschritt, heißt das, dass zwingend der Einsatz mindestens eines  
319 der Produktionsfaktoren Arbeit oder Kapital reduziert werden muss und zwar ohne finanziellen  
320 Ausgleich. Dies schafft erhebliche gesellschaftliche Konfliktpotentiale sowohl zwischen Arbeit  
321 und Kapital als auch innerhalb des Faktors Arbeit, wenn dieser zurückgefahren wird – denn  
322 dann stellt sich die Frage, ob dies über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll, über  
323 Arbeitslosigkeit einiger Personen oder erneut über die Verdrängung von Frauen aus der  
324 Erwerbsarbeit. Für uns kommt dabei nur die erste Alternative in Frage.

325

326 Allerdings sollte die Begrenzung des Wachstumspotentials durch die Ressourceneffizienz auch  
327 kein Grund zu Wachstumspessimismus sein. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, dass es ein  
328 erstaunliches Innovationspotential dahingehend gibt, die Ressourceneffizienz zu steigern –  
329 teilweise sogar so, dass diese Steigerung selbst Wachstumseffekte auslöst, wie z.B. bei der  
330 Energiewende. Notwendig ist dafür allerdings ein Anreizsystem, das Innovationspotentiale bei  
331 der Ressourceneffizienz hebt. Dies setzt klare rechtliche Regelungen voraus, die den  
332 Ressourcenverbrauch begrenzen und damit gerade in einem kapitalistischen System Anreize  
333 setzen, sich des dadurch ausgelösten Drucks durch eine bessere Ausnutzung dieses  
334 maximalen Ressourcenpotentials zu entledigen.

335

336 Zusätzlich ist dabei zu beachten, dass innerhalb des kapitalistischen Systems dies nur dann  
337 ohne massive negative gesellschaftliche Folgewirkungen funktioniert, wenn gleichzeitig  
338 verhindert wird, dass der Druck durch die Beschränkung des Ressourcenverbrauchs statt in die  
339 Innovation auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelenkt wird. Dann würde es statt zu  
340 einem effizienteren Ressourceneinsatz zu sinkenden Löhnen und damit zu einer Abwärtsspirale

341 kommen, weil die sinkenden Löhne ihrerseits einen Rückgang des Konsums und dann der  
342 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Folge hätten, die dann wiederum den Druck auf das  
343 Kapital, weitere Renditepotenziale zu erschließen, verschärft. Daher kann nachhaltiges  
344 Wachstum mit einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs nur funktionieren, wenn innerhalb  
345 des Kapitalismus das Machtverhältnis erheblich zugunsten der Arbeitnehmerinnen und  
346 Arbeitnehmer verschoben wird – oder wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird,  
347 das die Verwendung des Produktionsfaktors Kapital unter gesellschaftliche Kontrolle stellt.

348

### 349 **Globale Nachhaltigkeit und globales Wachstum**

350

351 In der heute vorherrschenden, weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren und  
352 Entwicklungspotentialen lassen sich massive Ungleichgewichte zwischen den zumeist  
353 westlichen Industrienationen und sog. Entwicklungsländern feststellen. Während bei einigen  
354 wenigen Ländern die Produktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen  
355 und zu steigendem Wohlstand geführt hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das  
356 Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Technischer Fortschritt, insbesondere in den bereits  
357 weiter entwickelten Ländern, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch  
358 einmal verschärft. Produktivitätssteigerung ist, insbesondere in aufstrebenden  
359 Industrienationen, noch immer mit einem steigenden Ressourcenverbrauch und einer  
360 steigenden Ausbeutung von Umwelt und Natur verbunden.

361

362 Dabei hat die Umweltzerstörung bereits heute ein kritisches Level erreicht. Das Phänomen der  
363 globalen Erwärmung, sowie die Verschmutzung von Umwelt und Natur sind Tatsachen, die sich  
364 nicht wegdiskutieren lassen. Trotzdem sehen wir keinerlei Legitimation für eine globale  
365 Ungleichverteilung von Wohlstand. Unser Ziel und unsere Aufgabe muss es sein, allen Länder -  
366 ohne jede Einschränkung - die Entwicklung eines vergleichbaren Wohlstandsniveau zu  
367 ermöglichen. Dafür sehen wir die Verantwortung vor allem bei den bereits entwickelten Staaten,  
368 die ihr weiteres Wachstum nicht nur vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, sondern diesen  
369 auch reduzieren müssen. Darüber hinaus ist es ihre Pflicht, mit Technologietransfers materielles  
370 Wachstum ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch in den sog. Entwicklungsländern zu  
371 ermöglichen. Steigerungen der Produktivität dürfen nicht mehr mit einer Steigerung der  
372 Ausbeutung von Natur und Umwelt einhergehen. Vielmehr ist es notwendig, dass sowohl  
373 entwickelte, als auch sich in der Entwicklung befindliche Staaten den Weg der nachhaltigen  
374 Produktivitätssteigerung beschreiten. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir die Steigerung der  
375 Produktivität bei mindestens konstantem, mittel- und langfristig aber sinkenden Grad der  
376 Ausbeutung von Arbeitskraft, Natur und Umwelt.

377

378 Aktuell werden in Schwellen- und Entwicklungsländern ganze Bevölkerungsschichten von  
379 Wachstum und Wohlstand ausgeschlossen und die soziale Ungleichheit wird trotz eines  
380 Rückgangs der Armut nicht geringer. Damit alle Menschen von Wachstum und Wohlstand  
381 profitieren können, müssen auch die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen  
382 geschaffen werden. Besonders Weltbank und IWF bedürfen Reformen ihrer Funktionsweise.  
383 Zudem bedarf es einer Neuordnung des globalen Finanzmarktes. Statt der Strategie des  
384 neoliberalen Kapitalismus weiter zu folgen, brauchen wir eine Abkehr von steigenden  
385 Profitraten, der Finanzialisierung der Rohstoffmärkte und einer vom gesamtgesellschaftlichem  
386 Wohlstand entkoppelten Profitrate für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft.

387

### 388 **Unsere Vision einer nachhaltigen Weltbank**

389

390 Die Weltbank, welche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von der internationalen  
391 Gemeinschaft gegründet wurde, um den zerstörten Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung zu  
392 ermöglichen, steht schon seit längerem in der Kritik aufgrund ihrer mageren Bilanz im Kampf  
393 gegen Armut. Diese magere Bilanz ist aber nicht verwunderlich, da Kredite von Anfang an an  
394 neoliberale Reformagenden geknüpft waren und sich diese Konditionalisierung der Darlehen  
395 immer weiter verfestigte. Durch so genannten Strukturanpassungsprogramme wurden die  
396 "Entwicklungsländer" gezwungen, neoliberale Reformen und Liberalisierungen durchzuführen.  
397 So werden gigantische Infrastrukturprojekte ohne Rücksicht auf Umweltschäden finanziert,  
398 Privatisierungen und Cash Crops forciert. Im Gegensatz zum eigentlichen Auftrag der Weltbank  
399 hatten diese Maßnahmen eine Verschlimmerung von Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit  
400 zur Folge. Inzwischen werden daher Poverty Reduction Strategy Papers verfolgt. Auch Fragen  
401 der Nachhaltigkeit sollen in die Entscheidung über die Gewährung von Krediten einfließen.

402 Allerdings fällt die Nachhaltigkeit von Projekten nach wie vor finanziellen Erwägungen und  
403 neoliberal motivierten Anforderungen zum Opfer. Die Weltbank muss, will sie Armut wirksam  
404 bekämpfen, Staaten, welche sich in der Entwicklung befinden ein umweltschonendes  
405 Wachstum ermöglichen, welches jedoch zeitgleich die Geschwindigkeit des  
406 Produktivitätswachstums nicht übermäßig beeinträchtigt und dieses in Wohlstand für alle  
407 umwandelt. Gerade Projekte bei denen umweltschonende Technologien eingesetzt werden  
408 müssen forciert und geeignete Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards für alle Projekte etabliert  
409 werden. Allerdings dürfen die Kosten für diese Weitergabe von umweltschonender Technologie  
410 nicht zulasten der Länder gehen, die sich in der Entwicklung befinden. Gefördert werden  
411 müssen Projekte, denen ein umweltschonendes Wachstumsmodell zugrunde liegt und in deren  
412 Rahmen die Steigerung der Produktivität in den betroffenen Ländern nicht übermäßig  
413 beeinträchtigt wird. Künftige Kredite der Weltbank sowie deren Erlass sollen deshalb die  
414 Achtung von Menschenrechten – auch der sozialen – und die Förderung von Nachhaltigkeit  
415 anstatt neoliberaler Reformen zur Bedingung haben. Die NachhaltigkeitsexpertInnen der  
416 Weltbank sollen ein Vetorecht für Projekte, die diese Kriterien verletzen, besitzen. Zudem sollen  
417 mit Mikrokreditprogrammen gezielt Frauen Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit  
418 eröffnet werden.

419

## 420 **Neuordnung des globalen Finanzmarktes für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand**

421

422 Seit den 1980er Jahren kam es zu mehreren schweren Krisen des globalen Währungssystems.  
423 In Mexiko, Süd-Ost-Asien, Argentinien, Russland und auch während der Eurokrise wurden  
424 durch ein dysfunktionales Währungssystem die Gründe für die Krisen erst geschaffen oder  
425 zumindest begünstigt und mit Eintritt der Krise verlängerten und vertieften die gleichen Faktoren  
426 jene Krisen. Die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzmarkts und seine strukturellen  
427 Ungleichgewichte sind ein massives Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, die Angleichung  
428 von Wohlstandsniveaus und die Etablierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Dem kann nur mit  
429 grundlegenden Reformen entgegengewirkt werden.

430

## 431 **IWF-Reform für nachhaltiges Wachstum**

432

433 Anpassungen der Stimmverteilungen im IWF wurden in der Vergangenheit mehrfach  
434 vorgenommen. Dennoch sind die alten Industrienationen weiterhin überrepräsentiert. Dies  
435 resultiert in Policy-Empfehlungen, die den Volkswirtschaften in anderen Regionen der Welt nicht  
436 gerecht werden. Eine Anpassung der Stimmverteilung hin zu einer gerechteren Repräsentation  
437 ist notwendig.

438

439 Die Programme des IWF waren und sind stets verknüpft mit Konditionalitäten, d.h. bestimmte  
440 Bedingungen müssen von den unterstützten Ländern erfüllt werden, damit Kredite fließen  
441 können. Bei diesen Bedingungen handelte es sich oftmals um neoliberale Reformvorgaben für  
442 Privatisierungen, neoklassische Austeritätspolitik sowie Vorgaben zur Öffnung der Märkte  
443 gegenüber Produkten aus den bereits etablierten Industrienationen. Diese Marktöffnungen  
444 zerstörten allzu oft die Grundlage lokaler Produzenten. Die Policy-Empfehlungen des IWF sind  
445 weiterhin zu stark auf solche sog. "Strukturreformen" ausgerichtet. Die Empfehlungen basieren  
446 zu oft auf falschen oder unausgewogenen makroökonomischen Annahmen. Eine  
447 Neuformulierung von Zielstellungen muss sich an Nachhaltigkeit, nachhaltigem Wachstum und  
448 der Verringerung von Ungleichheit orientieren und antizyklische Investitionsimpulse endlich als  
449 probates Mittel zur Intervention in ökonomischen Krisenphasen anerkennen. Zugleich könnten  
450 Szenarios mit alternativen Konditionalitätsmodellen eine bessere Passgenauigkeit für Länder  
451 ermöglichen, die der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen. Diese Modelle  
452 sollten nicht vorrangig auf die Unterstützung durch den IWF bauen, sondern insbesondere die  
453 Optionen regionaler Währungsfonds in den Vordergrund stellen.

454

## 455 **Regionale Währungsfonds für emanzipierte Entwicklung nutzen**

456

457 Regionale Währungsfonds als Alternative oder vorrangige Ergänzung zum IWF-System können  
458 nicht nur in der Wahl von Instrumenten und Policy-Empfehlungen den nicht-westlichen  
459 Ökonomien gerecht werden, sondern auch Legitimitätsprobleme beheben. Dies gilt  
460 insbesondere in Lateinamerika und Afrika, wo die Skepsis gegenüber dem IWF - auch aufgrund  
461 tatsächlicher schlechter Erfahrungen - besonders hoch ist. Die Rolle des IWF als Lender of Last  
462 Resort (Kreditgeber letzter Instanz) ist weiterhin notwendig, regionale Zusammenschlüsse

463 sollten aber dazu ermutigt werden, sich frei von diesem Konstrukt zu machen.  
464 Lateinamerikanische Länder haben sich bereits im Rahmen regionaler Kooperation und der  
465 Banco del Sur für ein no-conditionality-Modell der Kreditvergabe entschieden. Dabei werden im  
466 Format eines regionalen Währungsfonds Kredite ohne Bedingungen an die einzahlenden  
467 Mitglieder ermöglicht. Dieser Schritt ist auch eine Reaktion in Ablehnung der IWF-Programme  
468 mit ihren in der Vergangenheit allzu oft neoliberalen Charakter. Als weitere Alternative zu den  
469 bisherigen problematischen IWF-Programmen befürworten wir ex-ante-Konditionalitäten (d.h. im  
470 Voraus definierte Auflagen, bei deren Einhaltung im Krisenfall ohne weitere Bedingungen Geld  
471 zur Verfügung gestellt wird). Diese dürfen keinen neoliberalen Charakter haben oder  
472 Austeritätspolitik beinhalten, sondern sich an Investitionen in Nachhaltigkeit orientieren. Erfüllt  
473 ein Land diese Bedingungen in den Vorjahren einer finanziellen/wirtschaftlichen Notlage, so ist  
474 ein IWF-Kredit in diesem Modell ohne zusätzliche Auflagen zu gewähren.

475

### 476 **Bancor als Reformoption**

477

478 Das internationale Währungssystem nach Ende des Systems fester Wechselkurse, welche an  
479 den US-Dollar als Leitwährung gekoppelt waren (Bretton-Woods), ist auf ganzer Linie darin  
480 gescheitert das einzulösen, was ein "freier Markt" für Devisen versprach. Angebot und  
481 Nachfrage führten nicht zu Wechselkursen, die langfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen  
482 bedeuteten. Tatsächlich verzeichneten einige Staaten dauerhafte Exportüberschüsse,  
483 verbunden mit steigenden Forderungen gegenüber dem Ausland und spiegelbildlich andere  
484 Staaten, deren Auslandsverschuldung durch Importüberschüsse über Jahre hinweg stieg. Diese  
485 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind hochproblematisch und ein Hindernis für globalen  
486 Wohlstand.

487

488 Die steigende Bedeutung des Finanzsektors schuf zusätzliche und neuartige Probleme wie  
489 spekulativen Währungshandel (sog. „Carry Trade“). Dabei leihen sich spekulationsgetriebene  
490 AkteurlInnen in den Währungsräumen Geld, in denen die Zinsen aufgrund schwacher  
491 Konjunktur niedrig sind und die Zentralbanken durch die Niedrigzinspolitik die Investitionen und  
492 den Konsum stärken wollten. Dieses Geld setzten sie jedoch nicht dort ein, sondern tauschten  
493 es gegen Anlagen in anderen Ländern mit höherem Zinsniveau und guter Konjunktur. Dies führt  
494 zur tendenziellen Abwertung der Währung der Niedrigkonjunkurländer und einer Aufwertung  
495 der Währung der Hochkonjunkurländer und erhöht somit den Spekulationsgewinn durch  
496 Wechselkursgewinne. Dies ist nur ein Beispiel für eine Blasenbildung durch die "freien"  
497 Wechselkurse. Hinzu kommen insbesondere bei kleinen Volkswirtschaften starke  
498 Wechselkursschwankungen bei flexiblen oder spekulativen Angriffen bei festen Wechselkursen.

499

500 Sowohl der Devisenmarkt als auch der internationale Handel folgten somit nicht den  
501 neoklassischen Vorhersagen, sondern entwickelten sich krisenhaft und schädlich für die  
502 Weltwirtschaft. Diese Krisen waren keine Unfälle, sondern systembedingt und trafen weltweit  
503 vor allem die armen Länder und Schichten. Dieses gescheiterte Währungssystem muss durch  
504 ein krisenfestes und gerechtes Währungssystem ersetzt werden.

505 Eine mögliche Option, um die Funktionsweise des internationalen Währungssystem auf eine  
506 neue Grundlage zu stellen, ist für uns die Einführung eines „Bancor“, anknüpfend an Ideen von  
507 Keynes und aufgegriffen sogar vom IWF im Jahr 2009. Der Welthandel würde dabei über die  
508 Verrechnung einer Kunstwährung („Bancor“) betrieben. Die Staatengemeinschaft legt  
509 Wechselkurse gegenüber dem Bancor sowie "natürliche" Export- und Importüberschüsse  
510 gemeinsam fest. Diese „natürlichen“ Überschüsse können z.B. anhand des Levels von Export-  
511 und Importüberschüsse in den letzten 10 Jahren und in Relation zum BIP definiert werden. Im  
512 Bancor-System führen Exportüberschüsse zu Bancor-Guthaben, Importüberschüsse zu  
513 Defiziten. Überschreiten die Guthaben bzw. Defizite an den natürlichen Überschüssen  
514 gemessene Grenzen, werden Strafzinsen fällig. Die Einnahmen fließen in die Aufgaben der  
515 internationalen Gemeinschaft.

516

### 517 **Wohlstandmehrung und Nachhaltigkeit in Einklang bringen**

518

519 Als JungsozialistInnen stehen wir zu unserer Überzeugung, dass alles Wirtschaften im Dienste  
520 des Menschen stehen muss. Statt der Maximierung von Profitraten und der Generierung von  
521 Wirtschaftswachstum um jeden Preis muss deshalb die Erzeugung von Wohlstand Richtschnur  
522 unseres ökonomischen Handelns sein. Um die mannigfaltigen menschlichen und  
523 gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Zweck der Ökonomie zu machen halten wir es für

524 unabdingbar, die Entscheidung über den Einsatz von Produktionsmitteln und Ressourcen unter  
525 demokratische Kontrolle zu stellen. Auch unabhängig davon ist es notwendig, die synonyme  
526 Verwendung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung zu durchbrechen und  
527 politisches Handeln an einem breiten Set von Wohlstandsindikatoren statt am BIP-Wachstum zu  
528 orientieren. Dazu sollen Wohlstandsindikatoren verwendet werden, welche in der Lage sind, die  
529 aufgezeigten Wohlstandsdimensionen zu erfassen. Unser Ziel bleibt die gleiche Verteilung  
530 gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands, sowohl global als auch innerhalb von  
531 Gesellschaften.

532

533 Eine Änderung unseres Wirtschaftens ist dringend notwendig. Naiv wäre es zu glauben, wir  
534 könnten weiter machen wie bisher. Dies zeigen die bereits überschrittenen Grenzen der  
535 Umweltbelastbarkeit unseres Planeten aufs deutlichste. Weiteres Wachstum kann es nur geben,  
536 wenn es uns gelingt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dafür wollen wir die  
537 politischen Rahmenbedingungen schaffen. Um die notwendige Reduktion des absoluten  
538 Ressourcenverbrauchs zu realisieren, werden wir zudem Suffizienzmaßnahmen brauchen. Um  
539 Wohlstand für Alle zu ermöglichen, ist die Umverteilung des vorhandenen Reichtums weit  
540 wichtiger, als die Ausweitung von Produktionskapazitäten. Dennoch werden wir im globalen  
541 Maßstab auch weiterhin materielles Wachstum brauchen, um aufholende Entwicklung zu  
542 ermöglichen und den steigenden Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht zu  
543 werden. Simple Degrowth-Modelle, die ebenfalls quantitatives (Nicht-)Wachstum zum  
544 Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen statt Bedürfnisbefriedigung und  
545 Wohlstandsmehrung in den Fokus zu nehmen, sind daher für uns keine substanzielle Antwort  
546 auf die globalen Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Kritischer Konsum kann  
547 aus unserer Sicht einen Beitrag zur Lösung globaler Nachhaltigkeitsfragen leisten,  
548 gesamtgesellschaftliche Antworten und staatliches Handeln sowie internationale  
549 Vereinbarungen jedoch nicht ersetzen.

550

551 Aufgrund ihres aktuellen und vergangenen Ressourcenverbrauchs und Schadstoffausstoß  
552 tragen die zumeist westlichen Industriestaaten die Hauptverantwortung für die Erreichung der  
553 notwendigen globalen Nachhaltigkeitsziele. Die UN-Millennium-Goals und die Ermöglichung  
554 aufholender Entwicklung dürfen deshalb nicht durch Maßnahmen zur Steigerung von  
555 Nachhaltigkeit in Fragen gestellt werden. Die Einhaltung entwicklungspolitischer Finanzausgaben  
556 und in einem zweiten Schritt der Erhöhung der Budgets für eine nachhaltige Entwicklungspolitik  
557 auf Augenhöhe halten wir dazu für ebenso unabdingbar, wie Technologietransfers zur  
558 ressourcenschonenden Entwicklung, einen Schuldenschnitt für Entwicklungsländer und die  
559 beschriebenen Reformen des Weltwirtschafts- und Finanzsystems, welche eine  
560 ausgeglichene globale Machtverteilung und mehr Stabilität gewährleisten müssen.

561

562

563

564

565

566

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

577

578

579

580

581

582

583

584

**Titel** Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

**Antragsteller** Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

### 1 1. Die globalisierte Welt des Freihandels

2

3 Die Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Welt der Globalisierung, eine Welt der internationalen  
4 Verflechtung und, in Ansätzen, der transnationalen Vergesellschaftung. Dass dabei  
5 Globalisierungsprozesse keine bloßen technisch-determinierten – und damit unpolitischen –  
6 Fortschreitungen der Geschichte sind, bleibt Ausgangspunkt jedweder Analyse von  
7 Globalisierung und kapitalistischer Weltwirtschaft. Alles andere wäre die Verschleierung der  
8 Ideologie des transnationalen Kapitals und die Selbstgeißelung unter das Primat einer solchen  
9 Ideologie. Im neoliberalen Globalisierungsprogramm und -diskurs nimmt indes das Konzept des  
10 „Freihandels“ eine hegemoniale Stellung ein. Freihandel wird hierbei zu einer Doktrin, die  
11 Globalisierungsprozesse fokussiert und somit zum Gestaltungsinstrument internationaler  
12 Beziehungen wird.

13

#### 14 1.1 Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts

15

16 Der Freihandel als Doktrin – verstanden als Lehre mit allgemeiner Gültigkeit – hat sich fest  
17 eingeschrieben in den kapitalistischen Staaten der „westlichen Welt“. Die lange Geschichte des  
18 Freihandelskonzepts und das Protegieren dieses durch die Regierungstätigkeiten entwickelt-  
19 kapitalistischer Staaten führten in der Folge zu einer scheinbaren alternativlosen Lösung für ein  
20 größeres Handelsvolumen, für mehr Beschäftigung, höhere Unternehmensgewinne und somit  
21 auch für eine Wohlstandssteigerung für alle durch die Ausweitung freien Handels. Dies ist der  
22 allgemeine Lehrsatz von Freihandel, der auf Adam Smith zurückgeht und durch die Theorie des  
23 komparativen Kostenvorteils von Ricardo erweitert wurde. Zielte die Freihandelsdoktrin in ihren  
24 Anfängen insbesondere auf die Abschaffung der tarifären Handelsbeschränkungen, wandelt sie  
25 sich in heutigen Zeiten zu einer Waffe im Kampf gegen Regulierungen der Wirtschaft durch  
26 demokratische Politik. Sie beabsichtigt insofern den weiteren Steuerungsverlust des Staates  
27 gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen, die in der Folge wiederum die Evidenz des Bildes  
28 stützen, wonach Globalisierung ein technisch-fortschreitender Prozess sei, der losgelöst von  
29 politischen Entscheidungen ist. Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts kämpft nicht mehr  
30 gegen Zölle, sondern gegen demokratisch verfasste Steuerung durch die politische Form der  
31 Gesellschaft – den Staat: Der Vorrang des Marktes, als besten und effizientesten Regulatoren,  
32 trägt dabei die Überzeugung der FreihandelsbefürworterInnen.

33

34 Durch die Einbindung relevanter AkteurInnen außerhalb der transnationalen Kapitalfraktion über  
35 die Zusicherung von mehr Wohlstand für alle, konnte die Freihandelsdoktrin eine hegemoniale  
36 Stellung einnehmen. Zwar zeigt sich in den aktuellen Debatten über die Freihandelspolitik der  
37 EU, dass die Hegemonie des Freihandelskonzepts zu bröckeln beginnt – so äußern u. a. die  
38 Gewerkschaften zunehmend Kritik am Freihandelskurs –, ein solcher Wandel in der Mehrheit

39 innerhalb der politischen Institutionen bisher allerdings noch nicht vollzogen ist. Bei genauerer  
40 Betrachtung mutet es zudem irritierend an, dass die Versprechung der Wohlfahrtssteigerung  
41 durch Freihandel ein logischer Schluss sei. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Freihandel  
42 immer dann zu einem Ziel erhoben wurde, wenn es um die Öffnung neuer Räume für die  
43 Kapitalakkumulation ging. Die „heimischen Märkte“ hingegen betraf dies nur randständig oder  
44 im positiven Sinne. Die westlichen Industrieländer bildeten in einem Zeitalter des  
45 Protektionismus im Inneren ihre wirtschaftliche Stärke aus, nicht unter den Bedingungen des  
46 Freihandels. Freihandel wurde somit zu einem Zeitpunkt zu einem Konzept der Marktöffnung,  
47 an dem die inländische Industrie die Konkurrenz des Weltmarktes nicht mehr scheuen brauchte.  
48 Eine solche Liberalisierungsagenda trug dazu bei, dass asymmetrische Handelsströme und -  
49 beziehungen entstanden, die sich bis heute fortsetzen.

50

51 Das Aufklopfen von Freihandel oblag dabei – nach dem Ende des Systemwettbewerbs –  
52 der ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation. Ihr wurde die Neuordnung der  
53 Handelsbeziehungen – unter dem Primat des Freihandels – in das Stammbuch geschrieben.  
54 Die WTO hatte die Aufgabe, die so genannten Länder des „Staatssozialismus“ in den 90er  
55 Jahren in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zu integrieren und nebenbei auch die  
56 Abhängigkeitsbeziehungen mit den zu entwickelnden Staaten der südlichen Welthalbkugel zu  
57 reproduzieren. Geling es der WTO am Anfang recht gut, die neoliberale Ideologie in Form der  
58 Freihandelsdoktrin und ihrer Gehilfen des Regulationsrückbaus und der Schwächung  
59 demokratischer Politik umzusetzen, ist die Strategie der Durchsetzung solcher Interessenslagen  
60 über eine internationale Agentur mittlerweile als gescheitert erklärt. Die immer noch anhaltende  
61 „Doha-Runde“, also die geplante nächste Stufe von Handelsliberalisierungen im Rahmen der  
62 WTO, die 2001 begonnen hat und eigentlich 2005 abgeschlossen sein sollte, verdeutlicht, dass  
63 der multilaterale Ansatz zur Durchsetzung der Freihandelsdoktrin vorerst gescheitert ist. Der  
64 Widerstand, der sich gegen die WTO-Mechanismen artikuliert, erforderte eine neue Taktik der  
65 Freihandels-IdeologInnen, mit denen wir uns heute in Form von bi- und plurilateralen  
66 Verhandlungen über Freihandelsabkommen konfrontiert sehen. Hierbei spielt insbesondere die  
67 Europäische Union eine herausragende Rolle.

68

## 69 **1.2 Die Europäische Union in der globalisierten Handelswelt**

70

71 Die Europäische Union ist in der globalisierten Welt selber zu einem Global Player geworden,  
72 zu einer Anwältin und einem Zentrum der Freihandelsdoktrin. Dabei verortet sich die  
73 Europäische Union, die mit dem Lissabon-Vertrag die alleinige Zuständigkeit für die  
74 Gemeinsame Handelspolitik inne hat, in einer neoliberalen Ideologie, deren Handschrift u. a. die  
75 Leitbilder von „Global Europe“ und „Europe 2020“ prägen. Demnach solle die Europäische  
76 Union zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt werden, wie es in der Wachstumsstrategie  
77 Europe 2020, der Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, heißt. Hierdurch werden  
78 innereuropäische Reform- und Restrukturierungsprozesse fokussiert, die mit tradierten  
79 Errungenschaften der europäischen Wohlfahrtsstaaten brechen. Die im Inneren wirkenden  
80 strategischen Neuausrichtungen werden nach außen durch flankierende Handelsstrategien  
81 begleitet. Mit der Global Europe-Agenda von 2006 verabschiedete sich die EU dabei vom  
82 multilateralen Liberalisierungsparadigma und fokussierte eine aktivistische Handelspolitik in  
83 Form von bi- und plurilateralen Handelsabkommen. Der so vollzogene „Realismus“-Schwenk  
84 umfasste dabei auch grundlegende Zielrichtungen bspw. im Bereich der  
85 Entwicklungszusammenarbeit. So richtete sich der neue handelspolitische Ansatz der EU  
86 insbesondere auch auf die Länder der kapitalistischen Peripherie. Eine Reihe von EPAs  
87 (Economic Partnership Agreements) wurden mit AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) verhandelt  
88 und abgeschlossen – unter massiven Druck der Europäischen Union. Die  
89 entwicklungspolitische Ausrichtung der EU wird in Form der EPAs dem handelspolitischen  
90 Interessen untergeordnet. Ungerechte Asymmetrien in den Handelsbeziehungen werden durch  
91 die EPAs somit nicht beseitigt, sondern reproduziert und verfestigt. Dabei sind die AKP-  
92 Abkommen, in Teilen, inhaltliches Vorbild für die Freihandelsverhandlungen, die sich derzeit  
93 zwischen den entwickeltsten Ländern abspielen, wenn wir u. a. an Investitionsschutzregeln  
94 denken. Dabei ziehen EPAs, TTIP & CETA durchaus an einem Strang: Die Festschreibung der  
95 Dominanz des transnationalen Kapitals in den nördlichen Industriezentren gegenüber der  
96 Peripherie auf der einen, wie die Restrukturierung politischer Regulationsoptionen im Inneren  
97 und im internationalen Maßstab auf der anderen Seite. Im Namen des Freihandels findet  
98 entsprechend eine neoliberale Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse  
99 innerhalb der Europäischen Union statt, denen massive Kritik entgegengehalten werden muss.



100

## 101 **2. Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel**

102

103 Für uns JungsozialistInnen ist nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften  
104 der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den  
105 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus.  
106 Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind  
107 davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen  
108 als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns  
109 gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und  
110 Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

111

### 112 **2.1 Für eine solidarische Handelspolitik**

113

114 Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die  
115 Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen  
116 Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis  
117 zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute  
118 immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa,  
119 Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird.

120

121 Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen  
122 wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-  
123 wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der  
124 Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind  
125 Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension  
126 von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des  
127 globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. die  
128 von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den  
129 Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von  
130 den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable  
131 Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die  
132 Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden.

133

134 Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit  
135 verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen,  
136 stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche  
137 Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind  
138 beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen.  
139 Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz  
140 von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der  
141 Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale  
142 Belange von ArbeitnehmerInnen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von  
143 ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese  
144 Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und  
145 ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

146

147 In Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und ökologischen Fragen muss zudem das Thema  
148 „Fairtrade“ kritisch hinterfragt werden. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte bspw. 2013 32  
149 fair gehandelte Produkte getestet – und die Hälfte der Marken durchfallen lassen  
150 beziehungsweise als "intransparent" bewertet. Fairhandel ist deshalb nicht gleichzusetzen mit  
151 dem Konzept und dem Label „Fairtrade“. Bei unserem ganzheitlichen Fairhandelskonzept geht  
152 es um mehr, als um eine bloße Etikettierung von Waren und dem Erkaufen eines „reinen  
153 Gewissens“ durch „Fairtrade“-Produkten („Fair-Washing“).

154

155 Diese solidarische Handelspolitik soll endlich zu einer Arbeit auf Augenhöhe zwischen den  
156 Ländern und zu einer wahren win-win-Situation für alle PartnerInnen führen.

157

### 158 **2.2 Für eine gerechte Handelspolitik**

159

160 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern

161 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der HandelspartnerInnen. Eine gerechte  
162 Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der  
163 Reproduktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden  
164 Handelskonzeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards  
165 festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren  
166 Namen verdient, muss in der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen  
167 mitzudenken. Dafür müssen folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen  
168 Gesamtkonzeptes darstellen:

169

170 a) Sozialverträgliche Handelspolitik

171

172 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und  
173 ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)  
174 die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an  
175 dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen sowohl  
176 in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.

177

178 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und  
179 Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten  
180 zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher  
181 Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von  
182 ArbeitnehmerInnenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in  
183 Armut leben oder von dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen  
184 Weltwirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen  
185 werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu  
186 implementieren, um internationale ArbeitnehmerInnenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es  
187 zu fragen, an welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen  
188 innerhalb eines Landes schadet und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige  
189 Transformationsprozesse sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen  
190 einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel  
191 treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt muss innerhalb  
192 dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik sein.

193

194 b) Feministische Handelspolitik

195

196 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der  
197 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre  
198 Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller  
199 Entscheidungen machen.

200

201 Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahr hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen  
202 Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen im besonderen  
203 Maße von diesem Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten  
204 Arbeit, in erster Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind  
205 Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser  
206 Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der  
207 handelspolitischen Ziele werden.

208

209 Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik.  
210 Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft  
211 neue Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und  
212 Entwicklungspolitik zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,  
213 insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der  
214 Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen.

215

216 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

217

218 Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und  
219 Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen  
220 von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro  
221 ökologische Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und

222 konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch  
223 heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt  
224 sieht man erste Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell  
225 entwickelten Länder leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie  
226 Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen.

227

228 Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt  
229 berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie  
230 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen  
231 Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und  
232 konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen  
233 Auswirkungen auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur  
234 eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden  
235 kann.

236

### 237 **2.3 Für eine demokratische Handelspolitik**

238

239 Ausgangspunkt für eine demokratische Handelspolitik ist eine demokratische  
240 Handelsarchitektur. Der Ansatz des Multilateralismus muss dabei im Zentrum einer solchen  
241 Architektur stehen, denn nur wenn möglichst viele an der Gestaltung von Handelspolitik beteiligt  
242 sind, kann den Grundsätzen der Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie ausreichend  
243 Rechnung getragen werden. Zur Koordination und Demokratisierung der Handelspolitik bedarf  
244 es einer internationalen Agentur für Handelsfragen, die anders als die WTO von den bisherigen  
245 Prämissen der fortschreitenden Liberalisierungs- und Freihandelsagenda befreit werden muss.  
246 Eine solche Handelsagentur sollte den Vereinten Nationen angegliedert sein, um dem  
247 demokratischen Anspruch in Ansätzen gerecht zu werden. Wir sind uns bewusst, dass  
248 Demokratie auf internationaler Ebene derzeit fast ausschließlich in Form intergouvernementaler  
249 Zusammenarbeit gestaltet ist, auch in der UN. Langfristig sind den Vereinten Nationen und den  
250 ihr angeschlossenen Agenturen, Institutionen und Foren allerdings eine weitere  
251 Demokratisierung zu unterziehen. Hierunter verstehen wir, dass nicht nur  
252 RegierungsvertreterInnen in den Aushandlungsprozessen eingebunden sind, sondern auch die  
253 ParlamentarierInnen aus den Mitgliedsländern einen größeren Einfluss auf die Arenen und den  
254 Verhandlungsprozessen internationaler Politikgestaltung nehmen müssen.

255

256 Wie bereits angedeutet, muss eine neue Handelsagentur von dem neoliberalen Ballast befreit  
257 werden, der die WTO durchdringt. In der derzeitigen Handelsarchitektur sind keine Alternativen  
258 zur Freihandelsdoktrin und dem Liberalisierungsparadigma denkbar, da diese fest  
259 eingeschrieben sind in die Statuen der Welthandelsorganisation und ihren politischen Leitlinien  
260 und Mechanismen. Wollen wir ein demokratisches Handelsregime aufbauen, braucht es hierfür  
261 ein Forum, bei dem keine inhaltlichen Vorfestlegungen die Diskussion über Handelspolitik  
262 determinieren. Hierbei ist uns wichtig, dass Fairhandel, anders als Freihandel, auch heißt, dass  
263 das Primat der Wirtschaft gebrochen wird und die internationalen Handelsbeziehungen wieder  
264 stärker unter politischen Prämissen diskutiert werden. Handel hat dabei eine höchst politische  
265 Funktion, trägt er doch dazu bei, dass Abhängigkeiten und kapitalistische Akkumulationsregime  
266 reproduziert werden. Wie bereits in den vorangestellten Abschnitten aufgezeigt, sind dem  
267 Handel immer auch Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit impliziert, die es zu diskutieren gilt  
268 und auf die politische Antworten gegeben werden müssen. Dies möchten wir an zwei Beispielen  
269 deutlich machen: Zum einen ist die Integration von zu entwickelnden Staaten des globalen  
270 Südens in die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit nicht über ein reines  
271 Liberalisierungsprogramm möglich, will man entwicklungspolitische Ziele nicht vollkommen  
272 außer Acht lassen. In den einleitenden Analysen haben wir hierauf bereits hingewiesen. Die  
273 Europäische Union fokussiert einen solchen kombinierten entwicklungs- und handelspolitischen  
274 Ansatz, der sich allerdings an reinen wirtschaftlichen Interessenlagen orientiert und damit die  
275 entwicklungspolitischen den handelspolitischen Zielen unterordnet. Dies gilt es zu ändern. Ein  
276 anderes Beispiel sind Streitbeilegungs- bzw. Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit  
277 Investitionsschutzregeln. Sie werden dazu genutzt, um den Vorrang von Kapitalinteressen vor  
278 das Gemeinwohl zu manifestieren und höhlen somit Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit  
279 auf innerstaatlicher Ebene aus. In einer demokratischen Handelsarchitektur braucht es zwar ein  
280 an rechtsstaatlichen Standards strukturierte Instanz, in der über Streitigkeiten in Handelsfragen  
281 entschieden werden kann, deren Entscheidungskriterien allerdings nicht einseitig privilegieren  
282 dürfen. Für die FreihandelsideologInnen stellt die Schaffung von weitreichenden

283 Investitionsschutzvereinbarungen eine exklusive Möglichkeit dar, das unternehmerische Risiko  
284 so weit wie möglich zu minimieren und somit Renditeansprüche zu verbiefen. Mit einer solchen  
285 Strategie wird sogar mit Prinzipien der Marktwirtschaft gebrochen. Der kapitalistische  
286 Akkumulationsprozess wird so auf eine neue Stufe erhoben. Staaten werden dazu verpflichtet,  
287 Interessenlagen des transnationalen Kapitals in ihren politischen Entscheidungen zu  
288 berücksichtigen, um nicht verklagt zu werden. Mit Engels gesprochen, nimmt so der  
289 kapitalistische Staat noch stärker die Form eines ideellen Gesamtkapitalisten ein, mit der Folge,  
290 dass hierdurch die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter in Richtung der  
291 KapitaleignerInnen verschoben werden.

292

293 Demokratische Handelspolitik bedeutet zudem eine Abkehr vom Ansatz der negativen und  
294 flachen Methode der Integration in den Weltmarkt. Wir halten einen solchen neoliberalen Ansatz  
295 für höchst undemokratisch. Ein Handelsregime, welches sich einer demokratischen Steuerung  
296 unterzieht, bedarf explizit auch regulatorischer und damit positiver Integrationsansätze. Dies ist  
297 die Konsequenz aus der Forderung nach der stärkeren Thematisierung der politischen Aspekte  
298 internationalen Handels. Stellt man die Vorstellung in den Mittelpunkt, dass  
299 Handelsbeziehungen zu einer zunehmenden transnationalen Vergesellschaftung führen – also  
300 zu einem Zusammenwachsen der verschiedenen Regionen der Erde unter dem Leitbild der  
301 Weltgemeinschaft – befeuert der reine Marktansatz, also die Ideologie des Überlebens des  
302 Stärkeren, das genaue Gegenteil. Einem ungezügelter Weltmarkt ist in diesem Sinne unser  
303 Leitbild einer politisch und demokratisch gestalteter Globalisierung entgegen zu halten, unter  
304 der wir auch unsere Vorstellungen des Fairhandels fassen.

305

### 306 **3. Europa als Vorbild – eine neue Handelspolitik für die Europäische Union**

307

308 Wir wollen mit dem wirtschaftlichen Primat in der Handelspolitik brechen. Für uns gestaltet sich  
309 eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie.  
310 Fairhandel heißt für uns deshalb, dass ein internationales Handelsregime nur dann legitim sein  
311 kann, wenn es sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert. Der  
312 bisherige handelspolitische Diskurs ist durch eine rein technisch-undemokratische  
313 Fortschrittslogik strukturiert. Mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen, dass  
314 dies mitnichten der Fall ist. Es braucht die Rückführung politischer Fragestellungen in die  
315 Arenen der internationalen Politikgestaltung, will man mit der neoliberalen Logik brechen. Hier  
316 kann die Europäische Union vorangehen und zu einem Vorbild werden. Wir wollen, dass sich  
317 die Handelspolitik der EU an Prämissen des Fairhandels orientiert und sich somit aus den  
318 Fängen des neoliberalen Globalisierungsprogrammes löst. Hierzu fordern wir,

319

320 · dass unsere Idee von Fairhandel mit seinen starken außen- und entwicklungspolitischen  
321 Komponenten Auswirkungen auf die Struktur und Inhalte bestehender Handelsabkommen der  
322 Europäischen Union haben muss. So müssen bestehende Handelsabkommen überdacht  
323 werden und in eine neue internationale handelspolitische Struktur überführt werden. Bei  
324 jeglicher entwicklungspolitischer Initiative soll nicht die Generaldirektion TRADE die  
325 Verhandlungen der EU-Kommission führen, sondern die Generaldirektion für Entwicklungspolitik  
326 (DEVCO). Hierbei haben die SDGs Vorrang vor reinen wirtschaftspolitischen Erwägungen.  
327 Hierdurch soll das asymmetrische Handelsregime eingedämmt werden. Die bisherigen EPAs  
328 werden den Grundsätzen von Fairhandel nicht gerecht. Gerade im Bereich der europäischen  
329 Agrarpolitik hätte die Europäische Union die Möglichkeit, entwicklungs- und handelspolitisch  
330 neue Weichen zu stellen. Beispielsweise könnte durch Ausfuhrbeschränkungen von hoch-  
331 subventionierten Agrarprodukten oder im besten Falle die Streichung solcher Subventionen ein  
332 Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit des Agrarsektors im globalen Süden geleistet werden.

333

334 · dass die Europäische Union sich für eine wertgebundene Handelspolitik auf  
335 internationaler Ebene einsetzt. Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, gender- und  
336 umweltpolitische Aspekte müssen dabei die Leitlinien europäischen Handels sein. Die EU muss  
337 hierzu die Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte nach Außen sowie nach Innen konsequent  
338 vertreten. Konkret sollten diese Rechte als Voraussetzung für das Aufnehmen von  
339 Handelsbeziehungen verstanden werden. Alternativ können auch im ersten Schritt zunächst  
340 Anreizmodelle für kooperative HandelspartnerInnen entwickelt werden. Handelsvereinbarungen  
341 sollten gemeinsam evaluiert und auf soziale und ökologische Auswirkungen überprüft werden.  
342 Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen eingefordert und die Privatisierung öffentlicher  
343 Infrastruktur prinzipiell ausgeschlossen werden. An dieser Stelle ist eine enge Zusammenarbeit

344 und Beratung mit unterschiedlichen SozialpartnerInnen und Organisationen sinnvoll. Darüber  
345 hinaus müssen die Auswirkungen auf gleichstellungspolitische Aspekte eine nachdrücklichere  
346 Berücksichtigung finden. Durch die Einrichtung von verantwortlichen Foren soll Gender-  
347 Mainstreaming konsequent verfolgt werden. Weiterhin müssen bindende Umwelt- und  
348 Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt und international verbreitet werden.

349

350 · dass die Europäische Union ihre Grundsatzdokumente zur Wirtschafts- und  
351 Handelspolitik überarbeitet. Die Konzeptualisierung europäischer Handelspolitik im Rahmen der  
352 Europe 2020- und der Globale Europe-Strategie widersprechen den Grundüberlegungen eines  
353 solidarischen, gerechten und demokratischen Fairhandels. Die neoliberale Durchdringung der  
354 geltenden europäischen Strategien führt in der Folge dazu, dass die Europäische Union zu  
355 einer maßgeblichen Akteurin und Anwältin der Freihandelsdoktrin und des  
356 Liberalisierungsparadigmas wurde. Auch die Fokussierung auf bi- und plurilaterale  
357 Handelsabkommen führt zur weiteren Verschärfung von globaler Ungleichheit. Die Europäische  
358 Union muss ihre Handelspolitik unter den Prämissen eines demokratischen Handelsregimes  
359 neu definieren und zu einer Anwältin eines anderen Ansatzes in der internationalen  
360 Handelspolitik werden. Die Europäische Union kann einen solchen Ansatz glaubwürdig  
361 vertreten, da ihre eigene Geschichte nicht nur durch negative Integration geprägt ist, sondern  
362 sich im europäischen Integrationsprozess eine Reihe von Regulationsinstanzen ausbilden  
363 konnten, die einen Vorbildcharakter auch für Vergesellschaftungen im globalen Maßstab haben  
364 können, auch wenn durch die strategischen Ansätze der letzten Jahre/Jahrzehnte die  
365 innereuropäische Integrationsweise einer neoliberalen Restrukturierung erfahren hat. Ein  
366 Umdenken in den Außenhandelsbeziehungen muss entsprechend folgerichtig auch mit einem  
367 Umdenken in den Innenbeziehungen innerhalb der EU und dem innereuropäischen  
368 Regulationsansatz einhergehen. Das wirtschaftliche Gewicht der Europäischen Union ist in  
369 einem solchen Sinne für eine progressive Handelspolitik fruchtbar zu machen. Es wäre daher  
370 ebenso folgerichtig, dass die Europäische Union die fokussierten Freihandelsabkommen mit  
371 den USA und Kanada nicht weiter verfolgt und zurückkehrt auf den Boden eines multilateralen  
372 Politikansatzes.

373

374 Die Europäische Union hat die Möglichkeit, einen anderen handelspolitischen Ansatz in den  
375 internationalen politischen Diskurs einzubringen und eine Alternative zur neoliberalen  
376 Freihandelsdoktrin zu etablieren. Für ein solches Umdenken kämpfen wir als  
377 JungsozialistInnen, zumal trotz der multiplen Krisenerscheinungen des globalen Kapitalismus  
378 die neoliberale Restrukturierungsmaschinerie unaufhörlich weiter voranschreitet – zwar mit  
379 weniger Rückhalt, dafür aber umso bestimmter. Die Euro-Krise hat dies noch einmal  
380 eindrucksvoll unterstrichen. Gerade im Bereich der Handelspolitik führte diese zu einem noch  
381 aggressiveren Schwenk auf eine aktionistische Freihandelspolitik im Zeichen des  
382 Neoliberalismus. Wir müssen diese diskursive Formation durchbrechen, indem wir für  
383 Alternativen kämpfen.

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

**Titel** Handelspolitik

**Antragsteller** Bremen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Handelspolitik

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 **Eckpunkte für eine sozialistische Handelspolitik**

4

5 Wir Jusos sehen in linker Handelspolitik das Potenzial, ökonomischen Wohlstand zu steigern,  
6 gerechter als bisher zwischen den Menschen auf der Welt zu verteilen und ökologisch  
7 nachhaltiger zu erwirtschaften. Faire Handelsverträge sind zudem ein kluges Instrument  
8 dauerhafter Friedenssicherung. Die derzeitige globale Handelsordnung verfolgt diese Ziele  
9 jedoch nicht. Sie folgt stattdessen dem neoliberalen Marktglauben, demzufolge das Dogma  
10 eines schrankenlosen Freihandels per Zauberhand wirtschaftlichen Wohlstand in einem Maße  
11 schaffen würde, der die Rücksicht auf oder gar das Voranstellen von sozialen und ökologischen  
12 Kriterien angeblich überflüssig macht. Diese Feststellung gilt für das nach wie vor gültige WTO-  
13 Regime wie auch für die aktuell in bilateralen oder begrenzt multilateralen Verhandlungen  
14 befindlichen Abkommen TTIP, CETA, TiSA und weitere. Die tatsächliche Leistungsbilanz solcher  
15 Abkommen drückt sich in wachsendem Druck auf Arbeits- und Sozialbedingungen in allen  
16 Weltteilen, globaler Umweltzerstörung, regionalen Ressourcenkonflikten und Flüchtlingsströmen  
17 aus. Die gegenwärtige Welthandelsordnung hat dringenden Reformbedarf.

18

19 Um zu einer gerechteren Ordnung im Welthandel zu kommen, müssen progressive Kräfte die  
20 handelspolitische Initiative ergreifen. Für uns Jusos ergeben sich folgende Eckpunkte für eine  
21 sozialistische Handelsagenda:

22

23 **Standards erhöhen und sanktionsbewehrt durchsetzen**

24

25 Wir wollen Standards z.B. in den Bereichen ArbeitnehmerInnenrechte, VerbraucherInnen-,  
26 Arbeits- und Datenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaftspolitik und  
27 Gesundheitspolitik nicht nur erhalten, sondern anheben - substanziell, fortschreitend und global!  
28 Unter diesen Bedingungen begrüßen wir die Vereinheitlichung industrieller Standards als  
29 Beitrag zur ökologischen Ressourcenschonung und wirtschaftlichen Effizienz. Anstatt  
30 Handelsbeziehungen an Kapitalinteressen auszurichten, wie im neoliberalen Paradigma  
31 vorgesehen, muss das Ziel jeglicher progressiver Handelsabkommen sein, gemäß dem Prinzip  
32 "Der höhere Standard wird übernommen" gesellschaftliche Verbesserungen zu erzielen. Das  
33 ständige Recht der Abweichung nach oben muss dabei gewährleistet sein.

34

35 Höhere soziale und ökologische Standards gilt es nicht nur zu vereinbaren, sondern auch  
36 effektiv durchzusetzen. Zu diesem Zweck wollen wir internationale Gerichtshöfe, die nicht für die  
37 Sicherung von Kapital-, sondern von gesellschaftlichen Interessen zuständig sind. Vor ihnen  
38 sollen Verstöße gegen Arbeitsrecht und Umweltrecht vorgebracht und bei einer Verurteilung mit  
39 Sanktionsmechanismen belegt werden können. Als Sanktionen bieten sich bewährte

40 Instrumente der internationalen Beziehungen an: vom Beginn verpflichtender Konsultationen  
41 über die Verhängung von Strafzöllen bzw. der Kürzung von Entwicklungshilfe bis hin zu  
42 Importverboten bei schweren Vergehen wie der Missachtung des Rechts auf gewerkschaftliche  
43 Aktivität. Das Klagerecht von Staaten wollen wir um ein Verbandsklagerecht von  
44 Gewerkschaften und Umweltverbänden ergänzen. Innerhalb der EU muss das Europäische  
45 Parlament die Möglichkeit haben, die Kommission zur Einreichung einer Klage aufzufordern.

46

#### 47 **Multilateralen Grundsatz verfolgen - bilaterale Optionen nutzen**

48

49 Grundsätzlich wollen wir Verhandlungen auf multilateraler Ebene einer Vielzahl bilateraler  
50 Verträge vorziehen. Ein Geflecht aus verschiedensten bilateralen Verhandlungen wie derzeit  
51 angestrebt ist für die Zivilgesellschaft nur schwer nachvollziehbar. Das öffentliche Interesse wird  
52 auf die Dauer erlahmen. Die leichter für Lobbyarbeit zu organisierenden Kapitalinteressen sind  
53 demgegenüber strukturell im Vorteil. Zudem dienen eine Vielzahl bilateraler Verträge und  
54 Vertragsvorhaben wie die aktuellen der EU einem chauvinistischen Zweck, nämlich bestimmte  
55 Regeln unter Ausschluss möglichst vieler weniger entwickelter Staaten global durchzusetzen.  
56 Fakt ist aber auch, dass die multilateralen Verhandlungen, die bisher auf WTO-Ebene  
57 stattgefunden haben, einem klaren neoliberalen Freihandelskonzept gefolgt sind. Die Dominanz  
58 des Freihandel-Narrativs ist daher gegenwärtig auch in der multilateralen Arena ungebrochen.  
59 Ein unabsehbar langes Warten auf multilaterale Verhandlungen unter progressiven Vorzeichen  
60 ist nicht zielführend. Bilaterale Verhandlungen, die aus den richtigen Motiven und mit den  
61 richtigen Zielen geführt werden, müssen deshalb sinnvolle Ergänzung sein, um kurz- und  
62 mittelfristig Fortschritte zu erzielen und langfristig eine bessere strategische Ausgangsposition  
63 für multilaterale Gespräche zu erzielen.

64

#### 65 **Handel als Instrument der Friedens- und Entwicklungspolitik einsetzen**

66

67 Freihandel im Sinne einer völligen Deregulierung des Welthandels lehnen wir ab, da durch ihn  
68 immer wirtschaftlich stärkere Staaten profitieren und den schwächeren Staaten ihre  
69 Bedingungen aufdrücken können und werden - unabhängig davon, was das für die Menschen in  
70 diesen Ländern bedeutet. Eine sozialistische Handelspolitik muss sich deshalb für einen  
71 regulierten Welthandel einsetzen, der schwächere Volkswirtschaften schützt und es gerade  
72 ihnen ermöglicht, den Wohlstand ihrer Menschen zu vergrößern. Um dies zu erreichen, kann es  
73 sinnvoll sein, den schwächeren Vertragspartnern eines Handelsabkommens die Möglichkeit  
74 protektionistischer Maßnahmen (z.B. temporäre Schutzzölle) einzuräumen. Ebenso müssen  
75 die Menschen in diesen Staaten z.B. von der Ausbeutung von Ressourcen auf ihrem Gebiet  
76 profitieren (wobei hier auch der Nachhaltigkeitsgedanke stärker in den Fokus gerückt werden  
77 muss) und dürfen nicht durch Importzölle bzw. Exportsubventionen von reichen Industriestaaten  
78 drangsaliert werden. Auf diese Weise wollen wir Entwicklungsländern eine auch qualitativ  
79 aufholende Entwicklung ermöglichen, statt ihnen einen dauerhaft benachteiligten Platz in der  
80 globalen Arbeitsteilung zuzuweisen, und die globale Reichtumsverteilung gerechter gestalten.

81

82 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden, dient  
83 linke Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Der aktuelle Ukraine-Konflikt  
84 zeigt, wie auf Ausgrenzung von Konkurrenten bedachte Handelspolitik zu kriegerischen  
85 Auseinandersetzungen führen kann: Der Druck auf die im Außenhandel gleichermaßen mit Ost  
86 und West verwobene Ukraine, sich zwischen exklusiven Handelsbeziehungen mit der EU oder  
87 exklusiven Handelsbeziehungen mit der Eurasischen Union entscheiden zu müssen, hat das  
88 Land zerrissen. Als Jusos wollen wir eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur  
89 Befriedigung von Kapitalinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von  
90 Frieden als explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist.  
91 Insbesondere bedarf es zur nachhaltigen Friedenssicherung in Mitteleuropa zeitnah der  
92 Schaffung tiefgehender ökonomischer Interdependenzen der EU mit der Russischen Föderation  
93 im Rahmen eines weitergehenden Handelsabkommens.

94

#### 95 **Öffentliche Güter stärken - Sozialisierungen ermöglichen**

96

97 Güter wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr, Gesundheitsleistungen etc. müssen  
98 für alle Menschen zuverlässig und erschwinglich bereitgestellt werden. Deshalb müssen sie  
99 lokal bzw. regional von der öffentlichen Hand gewährleistet werden. Der Trend, dass durch  
100 Freihandelskommen die öffentliche Daseinsvorsorge liberalisiert und privatisiert werden soll

101 (aktuelles Beispiel: Trades in Services Agreement, TiSA), muss gestoppt werden. Es ist nicht  
102 sinnvoll, die entsprechenden Güter, wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr etc.,  
103 per globaler Ausschreibung an den günstigsten privaten Anbieter zu  
104 vergeben. Handelsabkommen müssen diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche  
105 Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung  
106 positiver Standards sein.

107

108 Durch die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA (CETA bzw. TTIP)  
109 sind die Schiedsgerichte zum Investorenschutz (ISDS) in den Blick der Öffentlichkeit gerückt.  
110 Hierbei wurde vonseiten des Kapitals immer wieder angeführt, dass solche Schiedsgerichte  
111 gang und gäbe bei Handelsabkommen seien. Wir sagen: umso schlimmer! Es muss darauf  
112 hingewirkt werden, dass die ISDS-Gerichte bald weltweit der Vergangenheit angehören.  
113 Bisherige Handelsabkommen müssen entsprechend verändert werden. Als Ersatz ist ein  
114 globales Handelsschiedsgericht, welches demokratisch legitimiert ist und über Streitfälle (wie  
115 einen Vertragsbruch) entscheidet, in Betracht zu ziehen. Demokratisch legitimierte  
116 Sozialisierungen müssen dabei unangetastet bleiben.

117

### 118 **Begründung:**

119 Die aktuellen Auseinandersetzungen um TTIP, CETA und weitere geplante  
120 Freihandelsabkommen hat die Debatte um die gesellschaftlichen Auswirkungen von  
121 Handelsabkommen wieder in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Die internationale Linke  
122 befindet sich auf dem Themenfeld aber derzeit in einer Defensivposition. Die Diskussion wird  
123 auf der Grundlage von bürgerlicher Seite initiiert. Abkommen geführt, während  
124 zivilgesellschaftliche Institutionen darum kämpfen, deren schädliche Auswirkungen zu  
125 verhindern. Um sich nicht nur auf die Abwehr von Rückschritten - kombiniert mit der  
126 Forderung nach punktuellen Verbesserungen - zu beschränken, sondern soziale und  
127 ökologische Fortschritte zu erzielen, muss die internationale Linke die Deutungshoheit in der  
128 Handelspolitik erlangen und in die Lage kommen, die handelspolitische Agenda selbst zu  
129 setzen. Dafür bedarf es einer handelspolitischen Konzeption von links. Der vorliegende Antrag  
130 formuliert hierfür erste Eckpunkte.

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161



**Titel** Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!

- 1 Eine Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA kann eine Chance für die Wirtschaft
- 2 der EU sein. Vor allem Mittelständische Betriebe könnten unter bestimmten Bedingungen von
- 3 einer Senkung der Zölle, vereinheitlichten Normen und erleichterten Zertifizierungen profitieren.
- 4 Angesichts der Vorbereitung einer Transpazifischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten
- 5 Staaten und einigen ostpazifischen Staaten scheint jedoch von entscheidender Bedeutung für
- 6 Europa zu sein, an einem Regelwerk für Handel und Investitionen mitzuarbeiten, das globale
- 7 Maßstäbe auch in Hinblick auf soziale, kulturelle und ökologische Standards sowie
- 8 Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz setzt. Dennoch darf es
- 9 Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA nicht um jeden Preis geben. Es darf zu keinem
- 10 Abbau sozialer und ökologischer Standards sowie des staatlichen Daseinsvorsorgeprinzips
- 11 kommen. Auch hinsichtlich der Grundwerte demokratischer und juristischer Strukturen darf es
- 12 keine Einschnitte geben.
- 13
- 14 Unsere Kritik an den derzeitigen Verhandlungen zu den Freihandelskommen und dem
- 15 derzeitigen Mandat umfasst daher folgende Punkte.
- 16
- 17 è Wir sind gegen eine automatisch-fortschreitende Privatisierungs- und Liberalisierungsagenda.
- 18 Die öffentliche Daseinsvorsorge hat für uns einen hohen Stellenwert, den es zu erhalten gilt. Für
- 19 uns ist deshalb klar, dass öffentliche Dienstleistungen nicht im Rahmen der derzeit geführten
- 20 Negativliste verhandelt werden dürfen.
- 21
- 22 è Wir lehnen zudem die Stillstands- und Einrastklauseln ab. Stillstandsklauseln sollen bisherige
- 23 Privatisierungen und Liberalisierungen absichern, und Einrastklauseln zielen darauf ab, dass
- 24 zukünftig nur ein Mehr an Privatisierungen und Liberalisierungen vertragskonform wären. So
- 25 sollen Dienstleistungen, die einmal dem Markt übereignet wurden, nicht wieder dem Staat
- 26 zufallen dürfen. Wir wissen aber, dass es in vielen Bereichen notwendig ist, den Staat mit
- 27 Aufgaben öffentlichen Interesses zu betreiben, besonders wenn es um die Daseinsvorsorge für
- 28 die Bevölkerung geht.
- 29
- 30 è Auch die Investitionsschutzklauseln, die im Rahmen von Schiedsgerichtsverfahren (ISDS)
- 31 verhandelt werden sollen, sehen wir kritisch. Es darf auch für zukünftige Regelungen und
- 32 Schutzrechte, wie beispielsweise den Mindestlohn, keine Möglichkeit für Unternehmen geben,
- 33 den Staat wegen nicht erzielter Gewinne oder fehlgeschlagener Investitionen zu verklagen.
- 34 Recht muss im Rahmen von Verfahren mit staatlicher Beteiligung durch ordentliche Gerichte
- 35 gesprochen werden.
- 36
- 37 è Wir sehen zudem große Probleme beim Finden eines Kompromisses in den Bereichen des
- 38 Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes. Für uns ist klar, die betriebliche Mitbestimmungen

39 durch Betriebsräte und Gewerkschaften, sowie die Tarifautonomie dürfen nicht angetastet  
40 werden. Auf einen gemeinsamen Nenner im Bereich des Arbeitnehmerschutzes zu kommen,  
41 wenn einer der Vertragspartner nicht einmal alle Punkte des ILO-Kernabkommens umgesetzt  
42 hat, ist fast unmöglich. Auch im Bereich des Verbraucherschutzes, in welchem wir in vielen  
43 Jahren wichtige europäische Standards erarbeitet haben, sehen wir wenig Raum für  
44 Verhandlungen. Wir halten es deshalb für notwendig, diese Bereiche aus dem Abkommen  
45 herauszunehmen.

46

47 è Zudem kritisieren wir die Intransparenz der bisherigen Verhandlungen. Nur nach und nach  
48 und durch große Proteste der Zivilgesellschaft wurden Dokumente veröffentlicht und Details der  
49 Abkommen mitgeteilt. Dies muss sich ändern. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger  
50 über die Verhandlungen umfassend informiert werden.

51

52 è Wichtig ist auch, dass kein Abkommen für die Ewigkeit gemacht ist. Es muss möglich sein bei  
53 aufkommenden Probleme oder sich veränderten Umständen Teile des Abkommens  
54 herauszunehmen oder das Abkommen zu kündigen.

55

56 Es gibt viele Verhandlungspunkte, die Grund zur Kritik bieten. Wir halten es für unabdingbar,  
57 dass zunächst eine Einigung darüber erzielt wird, dass der Erhalt und die Verbesserung der  
58 sozialen, ökologischen und kulturellen Standards, die dem Wohlergehen der Bevölkerung  
59 dienen, den absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Verbesserungen des Marktzugangs in den  
60 Verhandlungen haben. Wir stehen deshalb dafür ein, dass große Teile aus den Abkommen  
61 herausgenommen werden und ein begrenzter Umfang der Verhandlungsmasse nach klaren  
62 Regeln und Vorgaben von den Vertragsparteien hinsichtlich des Abbaus von  
63 Handelshemmnissen bearbeitet wird.

64

65 **Wir fordern daher:**

66

- 67 • dass die derzeitigen Verhandlungen abgebrochen werden sollen und es ein neues  
68 Mandat unter den genannten Forderungen ausgehandelt wird.
- 69 • dass sich das Abkommen auf eine kleinere Verhandlungsmasse als bisher beziehen soll,  
70 wir schlagen hinsichtlich des Marktzugangs für Güter den Handel mit ausschließlich  
71 technischen Gütern vor, da hinsichtlich vieler anderen Güter zum Beispiel Lebensmittel,  
72 Chemikalien, Kosmetika etc. eine Übereinkunft kaum zu erreichen scheint.
- 73 • dass die Verhandlungen nur im Rahmen einer Positivliste geführt werden dürfen. Die  
74 Verhandlung über eine Negativliste mit zwei Anhängen, von denen die eine Stillhalte- und  
75 Sperrklinkenklauseln enthält, ist ein zu unsicheres und intransparentes Verfahren, das  
76 auch nicht mit aller Klarheit verhindert, dass zukünftige sensible Dienstleistungen, die  
77 unter die Daseinsvorsorge und unter den staatlichen Schutz fallen, ausgeschlossen sind.  
78 Wir fordern die Bewahrung der europäischen Standards und die Möglichkeit zu ihrer  
79 Verbesserung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Verbraucher-rechts,  
80 des Datenschutzes und der europäischen Sozial-, Lebensmittel- und Umweltstandards  
81 ebenso wie die Sicherung der Vielfalt und Unabhängigkeit unserer Kultur- und  
82 Medienwelt. Dies bedeutet, dass die genannten Standards nicht als Handelshemmnisse  
83 gesehen werden und daher nicht Gegenstand von Verhandlungen der Europäischen  
84 Kommission und ihres amerikanischen Partners sind.
- 85 • dass, die Vereinbarung der regulatorischen Kooperation ab, die trotz voneinander  
86 abweichender Sicherheitsanforderungen die gegenseitige Anerkennung oder Angleichung  
87 der jeweiligen eigenstaatlichen Regulierungen intendiert, abgelehnt wird. Der Versuch  
88 einer Steuerung der nationalen und europäischen Gesetzgebung durch einen  
89 transatlantischen Regulierungsrat, der auch nach Abschluss eines Vertrags seine  
90 Befugnisse behält, sowie die Vertretung von multinationalen Konzernen durch  
91 „Stakeholder“, also Interessenvertreter, ist ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie  
92 und ihre Gesetzgebung. Dieser Versuch, Marktinteressen über die staatliche  
93 Regulierungsbefugnis zu setzen, muss verhindert werden.
- 94 • dass alle Verhandlungsunterlagen offen gelegt werden und dass die Verhandlungen  
95 transparent und unter Beteiligung von Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft  
96 geführt werden
- 97 • dass eine Ausstiegsklausel erarbeitet wird; die Vereinbarung einer Frist, innerhalb derer  
98 der Handelsvertrag TTIP einseitig gekündigt werden kann
- 99 • dass zudem der bilaterale Vertrag so abgefasst sein sollte, dass er gegebenenfalls den

- 100 Beitritt anderer WTO-Partner ermöglicht.
- 101 • dass es kein direktes Klagerecht eines Investors gegen die Bundesrepublik Deutschland  
102 vor ad hoc gebildeten, nicht staatlichen Schiedsgerichten gibt. Für uns ist unverzichtbar:  
103 Die Rechtsprechung obliegt allein staatlichen Gerichten. Eine Rechtsprechung in  
104 intransparenten Verfahren vor geheim tagenden privaten Schiedsgerichten darf es auf  
105 Grund des Rechtsprechungsmonopols im Grundgesetz und der Autonomie des  
106 Unionsrechts auf der EU-Ebene nicht geben
- 107 • dass eine Berufungsmöglichkeit muss geschaffen werden.

108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

**Titel** TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag der SPD

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen

- 1 Die SPD stemmt sich nicht grundsätzlich gegen ein Freihandelsabkommen.
- 2 Allerdings muss dieses staatliche Souveränität weiter gewährleisten und europäischen Rechts-
- 3 und Verbraucherstandards entsprechen.
- 4 Nicht enthalten dürfen die Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) und den USA (TTIP)
- 5 deshalb:
- 6
- 7 • nicht-staatliche Schiedsgerichte
- 8 • Nachsorgeprinzip
- 9 • den sogenannten Negativlistenansatz
- 10 • regulatorische Kooperation > wenn sie die Einbindung von „Stakeholdern“ in den
- 11 Gesetzerstellungsprozess verpflichtend einführen möchte
- 12
- 13 Die SPD darf nicht hinter ihre Positionen, die sie noch im Juni 2014 vertreten hat,
- 14 zurückfallen.
- 15 Diese sind:
- 16 • Vorhandene europäische Gesetze dürfen nicht zum Nachteil der Bürger angetastet
- 17 werden
- 18 • Besitzstand der europäischen Gesetzgebung muss erhalten bleiben, gerade im Bereich
- 19 Verbrauchersicherheit und Arbeitsbedingungen
- 20 • Herabsetzung bzw. Aufweichung von EU-Standards dürfen nicht zugelassen werden
- 21 • Arbeitssicherheit wird in der EU großgeschrieben, z.B. im Bereich Maschinenbau, wo es
- 22 in der EU einheitliche Standards gibt, in den USA nicht
- 23 • Verbraucherschutz: In der EU gilt das Vorsorgeprinzip
- 24 • personenbezogene Daten sind in der EU individuelles Eigentum, das ist Grundrecht „<sup>3</sup>
- 25 Verhandlungen über den Umgang mit diesen Daten sollte es erst gar nicht geben, hier soll
- 26 EU-Recht bestehen bleiben. Maximal soll über den Datenschutz von transferierten Daten
- 27 geredet werden
- 28 • Daseinsvorsorge und ihre hohe Qualität in der EU dürfen durch TTIP nicht bedroht
- 29 werden
- 30 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss auch zwischen USA und EU gelten
- 31 • Schutzklauseln sollen im Falle einer Störung des europ. Arbeitsmarktes durch TTIP
- 32 greifen
- 33 • Sicherung der kulturellen Vielfalt wie vom EU-Parlament gefordert
- 34
- 35 Drei zentrale Punkte zu TTIP waren für die sozialdemokratische Fraktion im europäischen
- 36 Parlament im Juni 2014 nicht verhandelbar und sollten es auch jetzt nicht sein:
- 37
- 38 1.Datenschutz
- 39 • Vor dem Hintergrund des NSA-Skandals ist ein Datenschutzabkommen zwischen USA

40 und EU erforderlich, es muss parallel zum TTIP-Abkommen unterzeichnet werden,  
41 ansonsten können die Sozialdemokraten dem TTIP nicht zustimmen

42

43 2.Zukünftige Regulierungsfragen

44 • Ein Regulierungsausschuss in dem in einem nachgelagerten Verfahren zukünftige  
45 Regulierungsfragen geklärt werden ist als undemokratisch und intransparent abzulehnen,  
46 alle Fragen müssen im TTIP geklärt werden, auch wenn das bedeutet, dass der  
47 Abschluss des Abkommens sich verzögert

48 • Zukünftige regulatorische Entscheidungen müssen im EU-Parlament und US-Kongress  
49 getroffen werden

50

51 3.Investitionsschutz

52 • EU-Kommission und US-Unterhändler wollen Investor-Staat-Beilegungsmechanismus  
53 (ISDS) erschaffen, der es Unternehmen ermöglicht vor internationalen Schiedsgerichten  
54 auf Entschädigung entgangener Gewinne zu klagen

55 • Private Investoren könnten so gegen die Gesetzgebung souveräner Staaten klagen

56 • ISDS ist abzulehnen, auch Australien hat das in Verhandlungen mit den USA

57 abgelehnt (Kommission hat Verhandlungen dazu schon ausgesetzt. Grund: öffentlicher  
58 Druck)

59 • TTIP mit ISDS ist abzulehnen

60

61 **Begründung:**

62 Die größten Probleme beider Freihandelsabkommen sind nicht etwa die Chlorhühnchen oder  
63 der Gen-Mais. Denn ob man nun Antibiotika oder Pestizidverseuchte Lebensmittel aus Europa,  
64 oder gechlortes oder gegentes Material aus Nordamerika zu sich nimmt, ist letztlich bei aller  
65 Liebe wohl herzlich egal.

66

67 TTIP und Ceta stellen jedoch eine sehr viel größere Gefahr für unsere Demokratie, für unseren  
68 Begriff von Staatlichkeit und Volkssouveränität, dar.

69

70 Vor nicht-staatlichen Schiedsgerichten könnten Unternehmen Staaten aufgrund ihrer  
71 ureigensten Handlungen, der Gesetzgebung, verklagen, wenn diese zu einem erwarteten  
72 Gewinnabfall führen. Wenn also ein Staat höhere Umweltstandards setzen möchte und  
73 Unternehmen entsprechende Regulierungen auferlegt, könnten diese auf Schadensersatz  
74 klagen. Die Macht der Konzerne, die Macht des Kapitals, hätte wohl nie größer sein können.

75

76 Die demokratische Legitimation für solcherlei Schiedsgerichte ist schlicht nicht vorhanden, denn  
77 sie sind Privat und mit Anwälten oder abberufenen Richtern auf undemokratischem Wege  
78 besetzt.

79

80 Auch das Nachsorgeprinzip ist für die Verbraucherstandards in Europa fatal. Anstatt ein  
81 Unternehmen der Beweispflicht zu unterstellen, so wie es momentan der Fall in Europa ist,  
82 müssten Unternehmen Produkte erst vom Markt nehmen, wenn diese nachweislich schädlich  
83 sind. Dies kann nicht sein, man kann nicht erst bis zur Schädigung von Menschen warten um  
84 dann den Grund für ein Verbot der Ware zu haben.

85

86 Der Negativlistenansatz schließlich, wäre ein weiterer Anfang vom Ende staatlicher  
87 Souveränität, denn der Ansatz der **Negativliste** bedeutet, dass alle öffentlichen  
88 Dienstleistungen, die nicht ausdrücklich vom Anwendungsbereich eines Abkommens  
89 ausgeschlossen sind, erfasst werden und den Markt- und Wettbewerbsbestimmungen  
90 unterliegen. Die Erbringer haben bei diesem Ansatz deutlich weniger Flexibilität.

91

92 Anders wäre dies bei einem Positivlistenansatz, bei dem ganz gezielt spezielle Dienstleistungen  
93 herausgesucht und den Markt- und Wettbewerbsbestimmungen unterworfen werden.

94 Sozusagen ohne staatliche Sonderstellung.

95

96 Regulatorische Kooperation ist grundsätzlich nichts was zu verteufeln wäre, es bedeutet die  
97 Anpassung von Standards, z.B. wenn es um Tests und Qualitätskontrolle geht.

98

99 Hier sind europäische Standards auch nicht grundsätzlich besser als Nordamerikanische, sie  
100 sind nur anders und eine Anpassung ist nur folgerichtig.

101  
102 Allerdings kann es nicht sein, „Stakeholder“ also bestimmte Unternehmen, schon vor einem  
103 Gesetzstellungsprozess an der Erstellung eben jenes Gesetzes zu beteiligen. Gesetze zu  
104 erstellen und zu verabschieden ist die Hoheitsaufgabe der Parlamente. Dies sollte auch die  
105 EU-Kommission verstehen, die eine Beteiligung der Unternehmen auf die beschriebene Art und  
106 Weise durchaus in Betracht zieht.

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Nein zu TTIP und CETA!

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&E-Fraktion im EU-Parlament

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Nein zu TTIP und CETA!

1 Die Jusos lehnen das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen  
2 den USA und der EU sowie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)  
3 zwischen Kanada und der EU ab.

4

5 Wir fordern daher alle Bundestags- und Europaabgeordneten auf, gegen dieses Abkommen zu  
6 stimmen.

7

8 Wir begrüßen die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und rufen zur Unterschrift für diese  
9 auf. Die Ablehnung der Initiative durch die Europäische Kommission halten wir für falsch,  
10 undemokratisch und inakzeptabel.

11

### 12 **Begründung:**

13 Die europäische Kommission verhandelt das Transatlantic Trade and Investment Partnership  
14 (TTIP) mit einer großen Anzahl von Regierungen des europäischen und amerikanischen  
15 Kontinents unter dem euphemistischen Begriff eines Freihandelsabkommens.

16 Verbraucherschutz-, Umwelt- und Nichtregierungsorganisationen sehen in TTIP allerdings einen  
17 erheblichen Eingriff in die politische Selbstbestimmung von Staaten, Ländern und Kommunen,  
18 u.a. durch die Einklagbarkeit entgangener Gewinne auf Grund von Umweltstandards,  
19 Verbraucherschutzgesetzen etc.

20

21 Zudem bedeuten Schiedsgerichte, die für derartige Klagen zuständig sein sollen und außerhalb  
22 der Kontrolle von Parlamenten und nationaler Gesetzgebung stehen, einen Angriff auf die  
23 Grundlagen unserer Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den Beziehungen zwischen  
24 globaler Wirtschaft, demokratisch verfassten Staaten und politischen Entscheidungsträgern.  
25 TTIP beeinträchtigt damit auch die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen.

26

27 Das Gleiche gilt für das als Blaupause für TTIP dienende, bereits ausgehandelte  
28 Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der EU.

29

30 Die Gründe, die gegen TTIP bzw. ähnlich auch gegen CETA, sprechen, sind im Überblick:

31

32 TTIP höhlt Demokratie und Rechtsstaat aus: Ausländische Konzerne können Staaten künftig  
33 vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen,  
34 wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern.

35

36 TTIP öffnet Privatisierungen Tür und Tor: Das Abkommen soll es Konzernen erleichtern, auf  
37 Kosten der Allgemeinheit Profite bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen.

38

39 TTIP gefährdet unsere Gesundheit: Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal – so  
40 wäre der Weg frei für Fracking, Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche Landwirtschaft  
41 wird geschwächt und die Agrarindustrie erhält noch mehr Macht.

42

43 TTIP untergräbt die Freiheit: Es droht noch umfassendere Überwachung und Gängelung von  
44 InternetnutzerInnen. Exzessive Urheberrechte erschweren den Zugang zu Kultur, Bildung und  
45 Wissenschaft.

46

47 TTIP ist praktisch unumkehrbar: Einmal beschlossen, sind die Verträge für gewählte  
48 PolitikerInnen nicht mehr zu ändern. Denn bei jeder Änderung müssen alle Vertragspartner  
49 zustimmen. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag auch nicht aussteigen, da die EU den  
50 Vertrag abschließt.

51

52 Ein TTIP- und CETA-Abkommen ohne diese problematischen Bestandteile wie es vom DGB  
53 gefordert wird, wäre zwar ertragbar, jedoch würde es laut Studien ebenfalls dazu führen, dass  
54 der Handel zwischen der USA und der EU (im Fall von TTIP) auf Kosten des Handels mit der  
55 Dritten Welt zunehmen würde. Dies kann nicht der richtige Weg sein.

56

57 Die Argumente, die von der Europäischen Kommission zur Ablehnung der von zahlreichen  
58 Organisationen getragenen Europäischen Bürgerinitiative (darunter z. B. attac) angeführt  
59 wurden, sind offensichtlich politisch motiviert. Die Initiative tragenden Organisationen werden  
60 Rechtsmittel gegen diese Entscheidung einlegen. Zudem wird die Unterschriftensammlung  
61 selbstorganisiert starten.

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99



**Titel** CETA ablehnen

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## CETA ablehnen

1 Der SPD-Parteikonvent hat am 20. September 2014 in seinem Beschluss „Unsere Erwartungen  
2 an transatlantische Freihandelsabkommen“ in einem Kriterienkatalog 14 Bedingungen für eine  
3 Zustimmung der SPD zu den Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment  
4 Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) festgelegt.

5

6 Da im selben Beschluss festgelegt ist, dass die Partei über die Abkommen abstimmt, bevor es  
7 zu einer Entscheidung innerhalb des Rates der EU, des Europäischen Parlaments oder der  
8 nationalen Parlamente kommt, müssen wir als Partei den ausgehandelten CETA-Vertrag auf die  
9 aufgeschriebenen Bedingungen hin prüfen.

10

11 Dabei stellen wir fest:

12

13 1. Es existiert keine bekannte Bestimmung im Vertrag, wie die Einnahmeverluste der EU  
14 durch die wegfallenden Zölle ausgeglichen werden.

15 2. Das Abkommen enthält keine Klausel, die eine Korrektur unerwünschter Regelungen bis  
16 hin zur Aussetzung des Abkommens ermöglicht.

17 3. Das Abkommen enthält keine Festlegung auf eine verbindliche Ratifizierung der  
18 Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die  
19 Sanktionsmechanismen, die in anderen Teilen des Abkommens greifen, sind in dem  
20 Kapitel über Verstöße bei Arbeits- und Sozialstandards ausgesetzt.

21 4. Das Abkommen enthält vage Bestimmungen zur Einrichtung verschiedener Räte und  
22 Ausschüsse im Rahmen der sog. regulatorischen Kooperation. Diese Bestimmungen  
23 bieten keinen ausreichenden Schutz vor Lobbyismus in einem sehr frühen Stadium des  
24 Gesetzgebungsprozesses und bieten die Möglichkeit einer Aushebelung der Rechte  
25 demokratisch gewählter Parlamente.

26 5. Das Abkommen enthält bei den Liberalisierungsbestimmungen sowohl eine Positiv- als  
27 auch eine Negativliste, die sich auf verschiedene zu liberalisierende Dienstleistungen  
28 beziehen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ausgenommen. Allerdings ist nicht klar  
29 definiert, was unter den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge fällt und was nicht.

30 6. Das CETA-Abkommen enthält einen reformierten Investor-Staat-Schiedsmechanismus  
31 (ISDS). Dieser enthält Verbesserungen zu früheren ISDS-Regeln, bleibt im Kern aber ein  
32 Streitschlichtungsmechanismus zwischen privaten Investor\*innen und Staaten, den die  
33 SPD klar ausgeschlossen hat. In der Öffentlichkeit diskutierte Formen der  
34 Streitschlichtung wie ein Handelsgerichtshof finden sich im Vertrag bisher nicht wieder.

35

36 Mehrere zentrale Bedingungen des Parteikonvents erfüllt der CETA-Vertrag somit nicht. Er  
37 bietet keinen ausreichenden Schutz für Arbeitnehmer\*innen, Verbraucher\*innen und der  
38 Umwelt. Ob und welchen wirtschaftlichen Nutzen das Abkommen erzielen wird, ist unklar.

39

40 Da die von der SPD aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt sind, fordern wir unsere  
41 Mandatsträger\*innen in den Parlamenten und der Exekutive auf, CETA abzulehnen.

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen

- 1  
2 1. Alle Verhandlungen zu Freihandelsabkommen werden offen und transparent von  
3 gewählten Volksvertretern geführt. Senkungen im Bereich von Verbraucherschutz,  
4 Datenschutz Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz dürfen nicht stattfinden.  
5 2. Investorenschutzklauseln und Schiedsgerichte:  
6  
7 a) Investorenschutzklauseln und Schiedsgerichte entziehen sich der staatlichen  
8  
9 Gerichtsbarkeit und müssen ersatzlos aus jeden Verhandlungen gestrichen  
10 werden.  
11  
12 b) Bestehende Freihandelsabkommen müssen dahingehend überprüft und  
13 geändert werden.  
14  
15 c) Der Schutz der öffentlichen Daseinsfürsorge ist zu gewährleisten.

16 **Begründung:**

17 *Laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie, soll das Freihandelsabkommen TTIP ein*  
18 *Wirtschaftswachstum pro Jahr von 0,048% bringen. Für Deutschland wäre das anhand des BIP*  
19 *aus dem Jahr 2013 ein Wachstum von 1,745 Mrd. €. Das entspricht einen Betrag von 21,8€ pro*  
20 *Einwohner. Betrachtet man nur alleine die aktuelle Klage von EON und Vattenfall im*  
21 *Atomausstiegsstreit gegenüber dem Deutschen Staat vor dem Schiedsgericht in Washington,*  
22 *welche ca. 6,1 Mrd. € beträgt, dann wäre nur allein in diesem Fall ein gesamtwirtschaftlicher*  
23 *Schaden von 54,54€ pro Einwohner oder 4,35 Mrd. € entstanden. Bei unseren*  
24 *Umweltschutzrichtlinien und Arbeitnehmerrechten, könnten viele amerikanische Firmen klagen,*  
25 *da sie aufgrund dieser Richtlinien und Gesetze einen geringeren Gewinn in Deutschland*  
26 *erwirtschaften könnten.*  
27

28 *Diese Schiedsgerichte sind bereits im Freihandelsabkommen CETA enthalten. Würden nur bei*  
29 *TTIP die Schiedsgerichte gestrichen, dann könnten amerikanische Firmen durch den Umweg*  
30 *über Kanada Schiedsgerichte benutzen. Daher müssen auch im CETA Abkommen die*  
31 *Schiedsgerichte und Investorenschutzklauseln nachträglich gestrichen werden.*  
32

33 *Kurz gesagt, ausländische Konzerne können Staaten künftig vor nicht öffentlich tagenden*  
34 *Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze*  
35 *verabschieden, die ihre Gewinne schmälern. Privatisierungen werden Tür und Tor geöffnet,*  
36 *Konzernen wird es erleichtert werden, auf Kosten der Allgemeinheit Profite bei*  
37 *Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen. Das gilt es zu verhindern.*  
38

39

40 *Um eine bessere Kontrolle der Verhandlungen zu haben dürfen nur demokratisch gewählte*  
41 *Volksvertreter Freihandelsabkommen verhandeln und nicht wie bisher nur Lobbyisten. Bei TTIP*  
42 *zum Beispiel verhandeln 197 Lobbyisten das Abkommen aus. Zuständige EU-Abgeordnete*  
43 *erhalten nur einen spärlichen Einblick, geschweige denn, dass sie mitverhandeln können. Der*  
44 *ganze Prozess muss transparenter gestalten werden, damit ein gesamtwirtschaftlicher Schaden*  
45 *abgewendet werden kann. Wir dürfen nicht unsere hart erkämpften Arbeitnehmerrechte und den*  
46 *Verbraucherschutz den Gewinnen multinationaler Konzerne unterordnen.*

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben

### 1 **Analyse der bisherigen Wachstumsfolgen: Fortschritt begleitet von Armut und**

### 2 **Umweltzerstörung**

3

4 Der Kapitalismus und die Industrialisierung haben, vor allem in der westlichen Welt, vorher nie  
5 gekannten Reichtum geschaffen. Technische Innovationen führten zu nie gekanntem  
6 Wachstum. Für die Arbeit zogen Menschen vom Land in die Stadt. Der Trend der Urbanisierung  
7 hat sich vollzogen, damit verbunden auch eine steigende Nachfrage nach Lebensmitteln,  
8 Energie, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Dank der enormen, vor allem industriellen  
9 Produktivkräfte des Kapitalismus konnte diese Nachfrage gestillt und Wohlstand erzeugt  
10 werden.

11

12 Die andere Seite der Medaille ist, dass es dem Kapitalismus immanent ist, Mensch und Natur  
13 auszubeuten und zu zerstören. Sei es durch den Abbau von fossilen und atomaren Energien  
14 oder durch die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen.

15

16 In Teilen Europas ist es zwar gelungen, die Verwerfungen des Kapitalismus in manchen Teilen  
17 abzuschwächen – zum Beispiel durch Sozial- und Interventionsstaatlichkeit sowie  
18 gewerkschaftliche Gestaltungskraft. Doch selbst hier hat das bisherige Wachstum, auf die  
19 Spitze getrieben von seinen neoliberalen Auswüchsen (Verengung auf shareholder value), viele  
20 negative Begleiterscheinungen mit sich gebracht. Große finanzielle Gewinne für wenige sind  
21 derzeit von ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung ausgenommen. Sie bedrohen  
22 das Miteinander in unserer Gesellschaft.

23

24 I. Steigender Reichtum für Wenige und wachsende Armut für Viele.

25

26 Die Kehrseite unseres gesellschaftlichen Reichtums ist Armut und Ungleichheit: dies gilt sowohl  
27 im globalen Sinne, bezogen auf die Verknüpfung des Reichtums im Norden und der Armut im  
28 Süden, in dem noch fast eine Milliarde Menschen nicht genug zu Essen haben; wie auch  
29 innerhalb der westlichen Gesellschaften selbst, in denen sich die Vermögensverteilung in den  
30 letzten fast 40 Jahren immer ungleicher gestaltet hat, so dass in der Bundesrepublik die  
31 reichsten 10 Prozent inzwischen weit mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Im  
32 Juli 2015 gab die Bundesbank zudem bekannt, dass das private Vermögen in Deutschland noch  
33 nie so hoch war wie zu diesem Zeitpunkt.

34

35 II. Wir leben in einer Wegwerf- und Verschwendungsgesellschaft.

36

37 Ressourcenverschwendung ist eine weitere große Schattenseite unserer  
38 Produktionsverhältnisse. Ob bei Produkten der Energieversorgung, Inlandsflügen, bei

39 Haushaltsprodukten oder den Gütern im Supermarkt; ob Treibhausgasausstoß, nicht  
40 wiederverwertbare Rest- oder Giftstoffe und nicht vollständig recycelbare Plastikverpackungen:  
41 Die gesellschaftlichen Konsum- und Investitionsprozesse gehen derzeit fast automatisch damit  
42 einher, dass externalisierte Umweltschäden entstehen und meist reglos akzeptiert werden.

43

44 Nach Johan R ockstr om (Direktor des Stockholm Resilience Centers) lassen sich neun  
45 Dimensionen des Erdsystems ausmachen, die für die Befriedung vitaler Grundbedürfnisse der  
46 Menschheit von zentraler Bedeutung sind. Sie alle haben in den letzten Jahrhunderten kritische  
47 Veränderungen durch den Menschen erfahren. Dazu gehören der menschengemachte  
48 Klimawandel durch eine Treibhausgasverdichtung in der Atmosphère; die Versauerung der  
49 Meere; der Zerstörung der Ozonschicht; Veränderung des Stickstoff- und Phosphorzyklus;  
50 chemische Verschmutzung und der globale Frischwasserverbrauch. In dreien dieser Bereiche –  
51 Biodiversität, Klimawandel und beim Stickstoffzyklus – kommt R ockstr om zum Schluss, dass  
52 eine existenzielle Schädigung der natürlichen Lebensgrundlage vorliegt.

53

54 III. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

55

56 Die bisherigen Reaktionen auf die Gefahren des Klimawandels und der Umweltverschwendung  
57 haben teilweise neue negative Folgen mit sich gebracht. Zum einen hat der Fokus auf  
58 Effizienzsteigerung und der energetischen Sanierung von Gebäuden und die stärkere Nutzung  
59 von Heiz- und Klimaanlage häufig dazu geführt, dass die Nutzung allgemein noch weiter  
60 gestiegen ist (z.B. durch ein höheres Verkehrsaufkommen von Kraftfahrzeugen) bzw. durch z.B.  
61 größer werdende Autos der positive Effekt zunichte gemacht wird. Diese Gegenentwicklung –  
62 bekannt unter dem Begriff „Rebound-Effekt“ – hat einen positiven Umwelt- oder Klimaeffekt  
63 häufig stark reduziert oder gar ins Gegenteil gekehrt.

64

65 Zum anderen haben sich klima- und umweltschädliche Prozesse vom globalen Norden in den  
66 globalen Süden verlagert. CO<sup>2</sup>-intensive Produkte werden verstärkt in Asien hergestellt. In  
67 Südamerika werden Regenw alden gerodet, damit wir Palmöl und andere ‚nicht-nachwachsende‘  
68 Produkte ersetzen können. Diese Entwicklung hat in den Teilen der Welt, die vom globalen  
69 Wachstum weniger profitiert haben, zu zusätzlichen Verwerfungen geführt.

70

71 IV. Wirtschaftliches Wachstum hat keinen Sinn ohne sozialen Fortschritt.

72

73 Der Begriff „Wachstum“ in Bezug auf Volkswirtschaften wird in der politischen Diskussion meist  
74 als Abkürzung für die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts benutzt. Das Bruttoinlandsprodukt  
75 (BIP) ist die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen in einem bestimmten Land in  
76 einem begrenzten Zeitraum. Bei einem hohen Bruttoinlandsprodukt ist also ein Land insgesamt  
77 tendenziell reicher, weil mehr Güter und Dienstleistungen konsumiert werden können. Das BIP  
78 ist außerdem eng Verknüpft mit der Beschäftigung in einem Land: Wenn viel produziert und  
79 viele Dienstleistungen erbracht werden, ist natürlich tendenziell die Beschäftigung hoch und  
80 umgekehrt. Eine hohe BIP Wachstumsrate geht dementsprechend meist mit einer Senkung der  
81 Arbeitslosigkeit einher, während eine niedrige BIP Wachstumsrate oft mit steigender  
82 Arbeitslosigkeit verbunden ist. Die Änderungsrate des BIPs hat aus diesem Grund eine zentrale  
83 Rolle in der politischen Diskussion. Viele Menschen neigen auch dazu die BIP Wachstumsrate  
84 mit einem Erfolgsindikator für die Politik gleichzusetzen.

85

86 Wachstumsindikatoren wie das BIP erfassen jedoch ‚blind‘ den materiellen Wohlstand in einer  
87 staatlich eingegrenzten Gesellschaft. Hiermit haben wir grundlegende Probleme:

88

89 Erstens erfasst das BIP nicht das materielle Lebensniveau der Breite der Menschen in einer  
90 Gesellschaft. Beispielweise ist das BIP pro Kopf in Deutschland von 1999 bis 2005 um 5,4  
91 Prozent gestiegen, was einem halben Monatslohn und drei Tagen mehr Urlaub gleichkäme.  
92 Doch in der gleichen Zeitperiode hat es keine Steigerung des Jahreseinkommens eines  
93 Durchschnittshaushalts gegeben (von 1993 bis 2005 ist dieses mittlere Einkommen sogar um  
94 0,5 Prozent gesunken).

95

96 Zweitens berücksichtigt das BIP auch gesellschafts- und umweltschädliches Wachstum als  
97 positive Entwicklungen. Gesellschaftlich negative Folgekosten und -schäden werden  
98 ausgeblendet: In dem Fall das der Neu- oder Ausbau eines Chemiewerks mit enormen Umwelt-  
99 und Wasserverschmutzungen einhergeht, wird dies trotzdem positiv als Wirtschaftswachstum

100 verbucht.

101

102 Drittens berücksichtigt das BIP nur die finanziell bezifferten Güter. Dieser Index hat keine  
103 qualitative und subjektive Komponente. Wenn bessere Produkte, Selbstreparatur und -  
104 produktion das Konsumverhalten der Menschen senken, hat dies negative Auswirkungen auf  
105 das BIP – trotz Steigerung der Lebensqualität der Menschen!

106

107 Das Ziel unserer Bemühungen ist, die gesellschaftliche Lebensqualität zu verbessern ohne  
108 dabei Schäden an Mensch und Natur zu verursachen. Ein gutes Leben für alle kann es  
109 zukünftig nur mit sozialem und ökologischem Wachstum geben.

110

111 Unser Ziel ist es das Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt nicht auf das  
112 BIP zu verengen, sondern weiterzuentwickeln. Im ersten Schritt plädieren wir für einen  
113 progressiven Nachhaltigkeitsbegriff als Gradmesser für Fortschritt (1.) und ein breiteres  
114 Verständnis von gesellschaftlicher Transformation und gesellschaftlichem Wohlstand (2.).

115

116

117

### 118 **1. Für uns ist Nachhaltigkeit sozialer Fortschritt plus Umweltverträglichkeit**

119

120 Wir definieren Nachhaltigkeit als das Festhalten an fortschrittlicher gesellschaftlicher  
121 Veränderung – inklusive der Steigerung der sozialen Teilhabe – bei gleichzeitiger Rückführung  
122 des Ressourcenverbrauchs (bis zum Ziel der vollständigen Einspeisung in Wertstoffkreisläufe)  
123 und einer langfristig ausgelegten Wirtschaft, welche die erstgenannten Faktoren vereint. In  
124 anderen Worten: Für uns sind gesellschaftliche Produktionsprozesse, die zu mehr  
125 gesellschaftlichem Reichtum und neuen technischen Möglichkeiten führen, nur dann nachhaltig,  
126 wenn sie ihre möglichen sozialen und ökologischen Folgeprobleme („Kosten“) internalisieren  
127 und lösen können. Wenn gesellschaftliche Produktionsverhältnisse nicht in diesem Sinne  
128 nachhaltig sind, müssen sie für uns überwunden oder reformiert werden.

129

130 Wie die Analyse aus sozialer Sicht zeigt, hat das bisherige kapitalistische Wachstum – mit  
131 derzeit neoliberalen Antlitz – für ein Auseinanderklaffen des gesellschaftlichen Wohlstands und  
132 große Armut gesorgt. Wir sagen hier: Schritte in Richtung Nachhaltigkeit kann es im  
133 Kapitalismus nur geben, wenn den ureigenen Eigenschaften dieses Systems entgegengewirkt  
134 wird, also wenn der Kapitalakkumulation bei den Besitzenden entgegengesteuert wird.

135

136 Gleiches gilt aus ökologischer Sicht: Die Steigerung von Produktionsergebnissen erfolgt in einer  
137 rein kapitalistischen Ordnung auf Kosten der Natur, deren Rohstoffe verschwendet werden. Im  
138 Gegensatz dazu streben wir eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, in der  
139 keine negativen Folgeprobleme für Mensch und Umwelt auftreten. Das heißt im Endeffekt, dass  
140 keine Waren und Güter produziert werden dürfen, deren Folge- oder Weiterverwendung nicht  
141 geklärt ist. Mittelfristig folgt hieraus, dass CO<sup>2</sup>- und andere Treibhausgase – genauso wie  
142 Plastikverpackungen – im Produktionsprozess nur noch entstehen sollen, wenn sie  
143 weiterverwendet werden und nicht fahrlässig dem globalen Ökosystem überlassen werden.  
144 Dabei ist im Falle von Produkten und Stoffen am Ende der Wiederverwertungskette auch eine  
145 energetische Nutzung in Betracht zu ziehen.

146

147 Unsere Nachhaltigkeit kann es nur mit demokratiekonformen Märkten und starker öffentlicher  
148 Daseinsvorsorge geben. Märkte müssen in ihren Ergebnissen gesellschaftlichen und  
149 ökologischen Zielen dienen. Allgemein heißt das: Die gesellschaftliche und ökologische  
150 Fortentwicklung darf von Märkten nicht gefährdet werden.

151

### 152 **2. Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum: als Synthese von sozialem und ökologischem** 153 **Wachstum**

154

155 Wie in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren schon geschehen, lässt sich  
156 wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln. An diese Entwicklung gilt es  
157 aus ökologischer Sicht anzuschließen. Gleichzeitig hat die soziale Ungleichheit in unserer  
158 Gesellschaft stark zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel.

159

160 Für uns stehen soziale und ökologische Missstände in einem starken Zusammenhang. Denn in

161 der Bekämpfung von Beidem – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ökologischen  
162 Selbstgefährdung der Gesellschaft – sehen wir die zentralen politischen Herausforderungen  
163 unserer Zeit. Fortschritt – als eine Verbesserung dieser Missstände – kann es für uns nur  
164 geben, wenn Wachstum immer gleichzeitig sozialen und ökologischen Zielen dient.

165

## 166 *I. Soziales Wachstum*

167

168 Die Globalisierung hat die Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen spätestens seit 1990  
169 begünstigt. Allerdings führten diese größeren Möglichkeiten auch zu einer wachsenden  
170 Ungleichheit: Das Einkommen wurde immer ungleicher verteilt; Verteilungsmächte stehen im  
171 globalen Wettbewerb von Steuermächten und Produktionsstandorten, Arbeitskräfte können  
172 günstiger beschafft werden. Des Weiteren ist deutlich geworden, dass deregulierte  
173 Finanzmärkte sehr krisenanfällig sind.

174

175 Aus sozialer Sicht ist eine Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes unumgänglich. Auch  
176 wenn die Arbeitslosigkeit in der BRD im europäischen Vergleich gering ist, sank die Zahl der  
177 geleisteten Arbeitsstunden durch den Abbau von Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit.  
178 Auch bei uns sind es wenige Menschen, die vom bestehenden Wachstumsmodellen profitieren.  
179 Deswegen benötigen wir eine Alternative zum aktuellen marktgesteuerten Wachstum.

180

181 Unser gesellschaftlicher Bedarf definiert sich nicht durch Kapitalerträge, sondern durch soziale  
182 Belange. Das Recht auf Gute Arbeit und die Teilhabe an dem gesellschaftlichen Wohlstand sind  
183 unsere Kernforderungen für soziales Wachstum. Unsere Forderungen umfassen daher unter  
184 anderem:

185

186 • eine verringerte Wochenarbeitszeit,

187

188 • mehr gesetzlichen und tariflichen Urlaub,

189

190 • einen geschützten Lebensabend für Alle,

191

192 • Steigerung öffentlicher Daseinsvorsorge zur gesellschaftlichen Umverteilung

193

194 • eine komplette Neuorganisation von Arbeit und ein anderes Verständnis von dem, was wir  
195 unter Arbeit verstehen

196

197 • einen Anstieg der Bezahlung für Arbeitnehmer\*innen.

198

199 Gute Arbeit

200

201 Fairer Lohn und die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sind für uns unabdingbar. Eine  
202 weitere Kernforderung ist die Förderung des Mitbestimmungsrechts in Betrieben.  
203 Vollbeschäftigung geht mit dieser Forderung einher.

204

205 Soziale Produktivität

206

207 Die Steigerung der Produktion darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen  
208 werden (durch Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung etc.). Soziale Produktion ist die  
209 Alternative. Sie erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand und richtet sich an dem realen Bedarf  
210 der Gesellschaft. Die Qualifizierung, Mitbestimmung und Teilhabe von MitarbeiterInnen bieten  
211 hier Lösungswege. Die Rationalisierung von Material- und Energiekosten (durch  
212 Wiederverwertungssysteme, geringen Energieverbrauch etc.) bieten weitere Ansatzpunkte.

213

214 *Investitionen durch die öffentliche Hand*

215

216 Soziale Investitionen schaffen Arbeitsplätze, steigern das Wachstum und die Produktivität – ein  
217 positiver Kreislauf entsteht. Unter Sozialen Investitionen verstehen wir nicht nur die Schaffung  
218 oder Instandhaltung von Infrastruktur, sondern auch die Investition in Bildung, Forschung und  
219 Gesundheit. Soziale Investitionen sind der Kern des Sozialen Wachstums, sie ermöglichen  
220 langfristig die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

221



## 222 *Öffentliche Investitionen und strukturelle Defizite*

223

224 Wenn der Staat für Bildung, Infrastruktur, Forschung, medizinische Versorgung und  
225 gesellschaftliche Daseinsvorsorge mehr Geld in die Hand nimmt, als er aktuell einnimmt, dann  
226 zahlt sich diese Investition zukünftig aus. Eine hochwertige, nutzenorientierte Steuerung  
227 öffentlicher Ausgabenpolitik ist hierfür natürlich eine zentrale Voraussetzung. Wenn diese  
228 Bedingung erfüllt ist, wird durch Zukunftsinvestitionen ein Mehrwert geschaffen, der die  
229 Lebensbedingungen verbessert und sich auch finanziell auszahlt – weil nach Abzug der Kredite  
230 mehr öffentlicher Bilanzwert vorhanden ist. Eine solche zukunftsorientierte Ausgabenpolitik wird  
231 durch Schuldenbremsen, die Ideologie der „schwarzen Null“ und Niedrigsteuern für  
232 TopverdienerInnen sowie ErbInnen behindert.

233

234 Was wir nicht wollen, ist, dass der Staat sein Geld ‚blind‘ zum Fenster herauswirft. Falsche  
235 Subventionen (z.B. in Form von Steuervergünstigungen) für sozial- und umweltschädliche  
236 Prozesse (wie Dienstwagen etc.) lehnen wir ab. Auch wollen wir keinen Staat, der durch seine  
237 Pflichtaufgaben schon so überlastet ist, dass er dafür Schulden aufnehmen muss. Solche  
238 strukturellen Defizite öffentlicher Haushalte finden ihren Ursprung vor allem darin, dass  
239 gesellschaftliche Lasten nicht gerecht verteilt sind; also aktuell dadurch, dass Vermögende und  
240 TopverdienerInnen einen unzureichenden Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

241

## 242 *II. Ökologisches Wachstum*

243

244 Ökologisches Wachstum muss alle Industrie- und Wirtschaftszweige erfassen. Betriebe werde  
245 sich immer häufiger ihrer Verantwortung bewusst und versuchen, umweltschonend und  
246 sozialverantwortungsvoll zu produzieren. Sei es durch Labeling, wie „cradle to cradle“ oder  
247 FairTrade, oder durch eigene Corporate Social Responsibility-Programme (CSR), die ernst  
248 gemeint sind und mehr darstellen als Greenwashing sind.

249

### 250 *Energiewende vorantreiben*

251

252 Ein wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen Wachstums ist die Förderung der Energiewende.  
253 Viele Technologien stecken noch in ihren Kinderschuhen und bedürfen einer weiteren Investition  
254 und Forschung. Viele kleine Genossenschaften und Gruppierungen profitierten von der  
255 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei der aktuellen Fassung existiert aber  
256 Nachholbedarf. Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

257

### 258 *Geplante Obsoleszenz stoppen*

259

260 Durch ein gesetzliches Verbot und effektive Rücknahmepflicht für HändlerInnen und  
261 HerstellerInnen muss geplante Obsoleszenz gestoppt werden. Der Hintergrund ist folgender:  
262 Um einen höheren Absatz von Produkten und eine künstliche Nachfrage zu generieren, wird  
263 bisher innerhalb der Herstellung und der Vermarktung auf eine geplante Obsoleszenz gesetzt.  
264 Das heißt, dass Produkte absichtlich mit einer geringeren Lebensdauer produziert werden.  
265 KundInnen sollen so immer neuere Modelle des Produktes kaufen, da ihre alten Geräte den  
266 Geist aufgegeben haben. Eine Folge davon ist, dass vor allem Elektronikartikel, wie Handys,  
267 Smartphones, Computer oder Drucker technisch schnell verschleißten, wodurch unnötiger  
268 Elektroschrott produziert wird, welcher zur Zeit unzureichend wiederverwertet wird.

269

### 270 *Effektivität und Effizienz: Wandel geht nicht ohne schöpferische Zerstörung*

271

272 Effizienz alleine reicht nicht: Es ist notwendig, aber zu wenig, schädliche Vorgänge zu  
273 optimieren – indem man z.B. den Wirkungsgrad eines Verbrennungsmotors steigert. Viel mehr  
274 brauchen wir eine schöpferische Zerstörung und Effektivität: Also die Schaffung von neuen  
275 Strukturen, die keine Schadstoffe mehr entstehen lassen – indem Energien vollständig  
276 erneuerbar produziert werden und alle Produktionsprozesse vollständig in lückenlose  
277 Wertstoffkreisläufe eingebunden sind.

278

### 279 *Mindestanforderungen für ökologisches Wachstum*

280

281 Das ökologisches Wachstum muss vereinbar sein mit den Leitplanken des wissenschaftlichen  
282 Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Der WBGU macht es zur

283 Bedingung, die Erderwärmung auf 2°C begrenzen, der Versauerung der Meere  
284 entgegenzuwirken (pH-Wert  $\Delta$  0,2 Einheiten) – u.a. durch die Abkehr von fossilen und atomaren  
285 Energiequellen bis zum Jahr 2070. Auch muss der Verlust der Biodiversität und Land- und  
286 Bodendegradation gestoppt werden. Gestoppt werden muss die Nutzung von Quecksilber, die  
287 Freisetzung von Plastikabfällen sowie die Verwendung von nicht rückgewinnbarem Phosphor.  
288 An diesen Mindestanforderungen müssen sich alle gesellschaftlichen Prozesse messen lassen.

289

290 *III. Nachhaltiges Wachstum*

291

292 Für uns kann ein nachhaltiges Wachstum nur als Synthese aus ökologischen und sozialen  
293 Wachstum existieren. Eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft und Ökonomie kann nur unter  
294 diesen beschriebenen Bedingungen existieren und wachsen. Auf diese Art und Weise ist es  
295 möglich Wohlstand zu erzeugen und zu erhalten.

296

297 **3. Nachhaltige Dualökonomie: Gemeinwohlorientierte Tauschwirtschaft stärken –**  
298 **Wachstum ist kein Selbstzweck**

299

300 Die ökologische Transformation unserer Industrie, aller kommerziellen Dienstleistungen und der  
301 Landwirtschaft erfordern nachhaltiges Wachstum: Nur indem die Freisetzung von  
302 Treibhausgasen und die Entstehung von nicht-wiederverwertbaren Giftstoffen durch neue  
303 Technologien und (z.B. Rücknahme-)Verfahren überwunden wird, kann eine saubere und  
304 leistungsfähige Wirtschaft entstehen. Aus der sozialen Dimension unseres Wachstumsbegriffes  
305 geht hervor, dass wir Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umverteilung brauchen (auch durch  
306 stärkere öffentliche Daseinsvorsorge). Die notwendigen sozialen Veränderungen müssen also  
307 ebenfalls mit nachhaltigem Wachstum einhergehen.

308

309 Neben dieser „formalen“ gesellschaftlichen Dimension gibt es eine „informale“ gesellschaftliche  
310 Ebene, auf der Fortschritt ohne Wachstum entsteht: Hiermit sind alle gesellschaftlichen  
311 Prozesse gemeint, die in Richtung einer gemeinwohlorientierten Tauschwirtschaft (auch share  
312 economy) gehen. Landwirtschaftliche Direktvermarktung statt Supermarktkäufe; Teilhabe an  
313 einer landwirtschaftlichen  
314 (Öko-)Agrargenossenschaft statt kommerzieller Mitgliedschaftskarte; angeleitete  
315 Selbstreparatur im „Repair Café“ des örtlichen Nachbarschaftstreffs statt Neukauf;  
316 gemeinschaftliche Nutzung von Stadtteilautos statt Individualmobilität; Selbstversorgung durch  
317 Urban Gardening.

318

319 Diese Prozesse, die scharf zu unterscheiden sind von kommerziellen Angeboten der share  
320 economy (Uber, Airbnb), schaffen gesellschaftlichen Fortschritt ohne einen finanziellen  
321 Mehrwert. Deshalb sind sie zu fördern, ggf. durch steuerliche Besserstellungen  
322 (Gemeinnützigkeit), Verbesserungen im Vereins- oder Stiftungsrecht und durch die  
323 Sensibilisierung der kommunalen Parlamente und Verwaltungen.

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

**Titel** Ökologische Transformation unserer  
Wirtschaft und Industrie

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie

- 1 Wir setzen darauf, die industrielle Produktion weiter zu fördern, um soziale Errungenschaften  
2 auszubauen und ökologische Ziele zu erreichen.  
3  
4  
5 Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Gestaltung der industriellen Produktion hat  
6 unserer Gesellschaft Wohlstand und sozialen Fortschritt gebracht. Hierzu gehören: ein hoher  
7 Grad an sozialer Absicherung; weitreichende Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen; die  
8 Durchsetzung eines hohen, der Produktivität angepassten Lohnniveaus in der industriellen  
9 Produktion; die Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Industriezweigen; und gesellschaftliche  
10 Gestaltungsräume durch die Schaffung wirtschaftlichen Mehrwerts. *Diese Vorzüge der*  
11 *Industrialisierung wollen wir in die Zukunft retten, wiederbeleben und weiterentwickeln.*  
12  
13  
14 Andererseits steht industrielle Produktion bisher in einem ambivalenten Verhältnis zu  
15 Umweltschutz und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit. Zum einen setzen industrielle  
16 Produktionsprozesse und ihre Produkte (z.B. Autos oder Gasturbinenkraftwerke) gemeinsam  
17 einen Gutteil der Treibhausgasemissionen frei. Zum anderen werden auch die Produkte  
18 ökologischer Erneuerung (wie Solaranlagen, Elektroautos oder Isolierungsmaterial) in teils  
19 ressourcenintensiven und viel CO<sub>2</sub>-emittierenden industriellen Fertigungsprozessen hergestellt.  
20 *Wir plädieren deshalb für eine ökologische Transformation der Industrie, in der Schritt für Schritt*  
21 *Wertstoffkreisläufe vervollständigt werden.* In einem noch theoretischen, vollständigen  
22 Wertstoffkreislauf fallen keine Abfallprodukte mehr an, weil alle Produktionsergebnisse – auch  
23 im Falle von Treibhausgas – weiterverwendet bzw. -verarbeitet werden (wobei hierbei die bloße  
24 Speicherung von CO<sub>2</sub> durch die carbon capture and storage-Methode [CCS] ausgeschlossen  
25 ist). Dabei sind Lock-ineffekte unbedingt zu vermeiden.  
26  
27  
28 Die umrissene Problemlösung findet demokratisch-sozialistische Antworten in den vielfältigen  
29 Ansätzen der ökologischen Industriepolitik:  
30  
31  
32  
33 *Staatliche Ordnungspolitik:* Ökologische Industriepolitik braucht demokratiekonforme Märkte.  
34 Um den politischen Willen des nachhaltigen industriellen Wachstums umzusetzen, muss der  
35 Staat den Märkten und Unternehmen sozial-ökologische Rahmenbedingungen setzen. Dies  
36 betrifft erstens "positive" und zweitens "negative" Regulierung. *Erstens* müssen neue steuerliche  
37 Förderungen und staatliche Anschubfinanzierungen in jenen Bereichen geprüft werden, in  
38 denen Umwelt- und Menschen-gerechte Rohstoffe oder Produkte verwendet werden,

39 geschlossenen Wertstoffkreisläufe geschaffen werden, Energie eingespart und regenerative  
40 Energie eingesetzt wird etc. Hierzu gehört auch staatliche Förderung von neuen, nachhaltigen  
41 Produktionsnetzwerken. *Zweitens* muss in der Breite intensiv geprüft werden, wie Schritt für  
42 Schritt neue Ökosteuern und vorher angekündigte Verbote auf klima- und umweltschädliche  
43 Materialien, nicht-wiederverwendbare Produkte und hohen Energieausstoß eingeführt werden  
44 können. Hierein fällt auch eine technische Prüfung, ob sich ein funktionierender europäischer  
45 Emissionshandel neu schaffen lässt – oder ob es alternativer Instrumente bedarf. Konkret muss  
46 eine europäische Lösung dafür gefunden werden, dass *alle* hergestellten Produkte von ihren  
47 ProduzentInnen und HändlerInnen in Recycling-Systeme wiedereingespeist werden: Durch eine  
48 klare Wiederverwertungsverantwortung können echte Wertstoffkreisläufe etabliert werden.

49

50

51 *Öffentliche Marktmacht:* Die öffentliche Hand und Unternehmen öffentlicher Beteiligung  
52 investieren jährlich größere dreistellige Milliardenbeträge für die Beschaffung von Produkten  
53 aller Art. Circa 230 Milliarden Euro investiert derzeit allein die öffentliche Hand;  
54 Unternehmensbeteiligungen ausgenommen. Diese Investitionen werden auf allen föderalen  
55 Ebenen sowie in sehr verschiedenen öffentlich-kontrollierten Unternehmen getätigt (von  
56 Telekom, Post und Bahn bis zu Stadtwerken und anderen Versorgungsunternehmen). Klar ist  
57 deshalb, dass sich nachhaltige Investitionen nicht per bundesweitem Dekret beschließen  
58 lassen. Stattdessen muss die öffentliche Expertise für nachhaltige Investmentkriterien gestärkt  
59 werden, bestehende Institutionen (wie die EnergieAgentur NRW) gilt es aus- und umzubauen,  
60 bundesweit in Gremien vernetzen etc. Das Ziel muss *erstens* sein, dass die  
61 EntscheidungsträgerInnen in allen öffentlich-kontrollierten Institutionen zielgenaue  
62 Fachberatung bekommen, wie sie ihre Investitionen Schritt für Schritt nachhaltig gestalten (so  
63 dass damit Wertstoffkreisläufe ohne schädlichen Abfallstoffe entstehen). *Zweitens* müssen wir  
64 entschieden am politischen Willen festhalten, dass – trotz teils großer Haushaltsnöte – jede  
65 Investition an nachhaltigen Kriterien ausgerichtet wird. Durch diese Nutzung der öffentliche  
66 Marktmacht wird ein Sog für die produzierende (und selbst Produkte beschaffende) Industrie  
67 sowie andere Wirtschaftsbereiche entstehen: Hierdurch wird der Druck verstärkt, um zu  
68 erkennen, dass nur die Orientierung an ökologischen und sozialen Kriterien eine langfristige  
69 Wachstumsperspektive bietet.

70

71

72 *Rekommunalisierung:* Aus verschiedenen Gründen haben Kommunen in den letzten Jahren  
73 begonnen, vormals öffentliche Unternehmen wieder zurückzukaufen – oder zwischenzeitlich  
74 privat erbrachte Aufgaben jetzt durch öffentliche Träger zu erbringen. Diese Entwicklung ist sehr  
75 positiv und muss forciert werden. Denn öffentliche Betriebe können so zu sozial-ökologischen  
76 Vorreiterinnen werden, die zeigen, dass sich nachhaltige Bilanzgewinne mit qualitativ  
77 hochwertiger öffentlicher Daseinsvorsorge und nachhaltigem Wirtschaften verbinden lassen.

78

79

80 *Forschungs- und Entwicklungsförderung:* Die meisten (technischen, gesellschaftlichen etc.)  
81 Innovationen sind nicht auf dem freien Markt entstanden, sondern in öffentlichen oder privaten  
82 Institutionen, die von den Rahmenvorgaben einer öffentlichen Forschungspolitik profitiert haben.  
83 An diese Erfahrung gilt es anzuknüpfen, um den Innovationsbedarf für die ökologische  
84 Transformation unserer Industrie zu decken. Genauso braucht es aber eine Akzeptanz für neue  
85 Produktionsverfahren in der Bevölkerung. Klar ist dabei: Forschungsvorhaben einzustellen kann  
86 auch bedeuten, die theoretische Chance auf neue Verfahren aufzugeben, die vielleicht in einem  
87 zweiten Schritt Probleme lösen können. Denkbare Mechanismen der Forschungspolitik sind:  
88 Toprunner-Programme, Förderprogramme, Steuerrabatte etc. Es geht um die folgenden  
89 Kernbereiche:

90

91

92 *I. Effizienz:* Die meisten Produktionsstätten und Bestandskraftwerke haben einen geringen  
93 Wirkungsgrad. Deshalb gilt es weiterhin, Treibhausgas- und Ressourcen-schonende  
94 Produktionsverfahren sozialverträglich zu fördern – und nicht nachhaltige Technologie von den  
95 Märkten zu drängen.

96

97 *II. Verbesserte und neue Speichertechnologien:* Eine Schlüsselaufgabe zur Bewältigung der  
98 Energiewende besteht in der Entwicklung neuer und der Weiterentwicklung bestehender  
99 Speichertechnologien oder hierfür hilfreichen Technologien (wie Brennstoffzellen). Hier gibt es

100 viele technologische Ansätze, aber es fehlt bisher an Marktreife, oder großflächiger  
101 Markteinführung, die mit umfangreichen Förderprogrammen hergestellt werden sollte.

102

103 *III. Lifescience & Nanotechnologien:* Dieser Bereich der Biowirtschaft bietet große Potenziale,  
104 aber auch bisher unbekannte Risiken. Weiße Gentechnik kann umweltschonende Produktion –  
105 auf Bakterienbasis – ermöglichen. Nanotechnologien bringen neue, förderliche  
106 Produkteigenschaften hervor. Gerade hierbei können jedoch neue Giftstoffe auftauchen, die  
107 über verschiedenste Wege in die Umwelt gelangen können. Deshalb bedarf es effektiver Test-  
108 und Zulassungsverfahren. Zukunftsfähig können die Nanotechnologien dann werden, wenn es  
109 zu Produkten führt, deren Nutzung ebenfalls nach ökologischen Kriterien und in geschlossenen  
110 Kreisläufen erfolgt.

111

112 *IV. Bioplastiken:* Ziel muss sein, Plastikproduktion auf nachhaltige Rohstoffe umzustellen: Nicht  
113 Jute statt Plastik, sondern Plastik aus Jute. Mit der Entwicklung von Bioplastiken darf aber die  
114 Wegwerfkultur nicht noch weiter gefördert werden. Für wertige, langlebige  
115 Anwendungsbereiche, bei denen der Einsatz von Kunststoffen sinnvoll ist, können Bioplastiken  
116 eine gute Alternative sein. Der Einsatz von Bioplastik darf ebenfalls nicht zu gezieltem Anbau  
117 von Bio-Rohstoffen anstatt Lebensmittel führen.

118

119 *V. Chemische Industrie:* Die Erzeugung chemischer Grundstoffe aus fossilen Rohstoffen ist mit  
120 hohem Energieaufwand verbunden und beinhaltet erhebliche, nicht kalkulierbare Risiken,  
121 sodass nicht nur unter dem Aspekt der Rohstoffknappheit Bedingungen geschaffen werden  
122 müssen, die den Ausstieg aus der „fossilen“ Chemie ermöglichen. Eine Umstellung auf  
123 Verfahren der Biochemie ist zu fördern.

124

125 *VI. Produktionsverfahren:* Auch traditionelle Branchen, wie etwa der Maschinenbau, sollen für  
126 energieeffiziente Produktionsverfahren und Produkte sorgen. Gleichzeitig muss dabei die  
127 Rohstoffproduktivität gesteigert werden und Transportwege reduziert oder auf ökologische  
128 vorteilhafte Transportwege verlagert werden.

129

130 *Leitmärkte und Modellprojekte/nachhaltige Regionen:* Ob im Bereich der Brennstoffzellen,  
131 Lifescience, Bioplastiken oder Querschnittsbereichen wie der Kreislaufwirtschaft – ein effektiver  
132 Mechanismus der öffentlichen Förderung von Entwicklung und nachhaltiger Produktion ist die  
133 Einrichtung von Leitmärkten. Wir brauchen innovationsfördernde Angebotspolitik von links: Mit  
134 öffentlichen Zuschüssen sollten in einer Region kleine und mittelständische Unternehmen,  
135 Großunternehmen sowie Gewerkschaften mit Forschungsinstitutionen und Hochschulen  
136 zusammengeführt werden, um Entwicklungen in einem Bereich voranzutreiben.

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

**Titel** Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen  
Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)

**Antragsteller** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen  
Parlament

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

### Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Die Thematik von Freihandelsabkommen der EU mit Partner\*innen „auf Augenhöhe“ – TTIP,
- 4 CETA, TISA – wird in der Gesellschaft wie auch in der SPD umfassend ausgeleuchtet und
- 5 kontrovers diskutiert. Die Ängste, dass europäische bzw. deutsche Standards aufgeweicht
- 6 werden, sind weit verbreitet und viele Kritikpunkte stoßen auf energischen Widerstand. Ohne all
- 7 das an dieser Stelle bewerten zu wollen, ist es erschreckend, dass der gleichzeitige massive
- 8 Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die so genannten
- 9 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*, kurz EPAs) weithin
- 10 unkommentiert bleibt. Will die SPD eine sozialdemokratische Außen(handels)- und
- 11 Entwicklungspolitik für sich beanspruchen, muss sie dieser Ignoranz ein unverzügliches Ende
- 12 setzen und sich klar positionieren:
- 13
- 14 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs
- 15 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher
- 16 Augenhöhe neuverhandelt werden!
- 17
- 18 Neben weiteren sind hierzu folgende Schritte unbedingt notwendig:
- 19
- 20 • Das Verhandlungsmandat innerhalb der EU-Kommission muss von der für Handel
- 21 zuständigen Generaldirektion TRADE auf die für Entwicklungsfragen verantwortliche
- 22 Generaldirektion DEVCO übergehen. Zudem ist das Europäische Parlament viel stärker
- 23 als bisher in den Verhandlungsprozess einzubeziehen.
- 24 • Die bisherige Verteilung der Zuständigkeiten spiegelt ein blindes Vertrauen in die
- 25 ausschließlich positive Wirkung von Freihandel auf Entwicklung wider. Kein empirischer
- 26 Befund hält dieser einseitigen Wahrnehmung stand und es ist Aufgabe der
- 27 Sozialdemokratie, in der EU ideologisch gegenzusteuern.
- 28 • Die völlig unsinnige und von der EU erdachte regionale Zersplitterung des
- 29 Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische
- 30 Staaten) – muss aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv
- 31 geschwächt, sondern auch bestehende regionale Integrationsprozesse unterlaufen.
- 32 • Die EU muss den AKP-Staaten weiterhin individuell festzulegende Handelsprivilegien
- 33 einräumen. Mag auch das bisherige Präferenzsystem diverse Nebenwirkungen
- 34 hervorgebracht haben, überfordert eine zu plötzliche vollständige „Normalisierung“ die
- 35 Ökonomie und damit die Entwicklung der Partner\*innen.
- 36 • Die Marktöffnung der Entwicklungsländer kann nur schrittweise und auf Grundlage

37 bestimmter Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen ihre strukturellen Probleme  
38 wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt ausschließlich Investoren zu schützen  
39 und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.  
40 • Eine kritische Bewertung der Umsetzung des Kohärenzstrebens zwischen Politikfeldern  
41 ist notwendig. Dass durch die EPAs primär wirtschaftliche Ziele der EU verfolgt werden  
42 und Entwicklungspolitik untergeordnet wird, ist eine Perversion des ursprünglichen  
43 Konzepts, die bisher aber weithin unwidersprochen bleibt.

44

45 **Begründung:**

46 Die EU gewährte den AKP-Staaten über Jahrzehnte besondere Marktzugangspräferenzen,  
47 welche die Welthandelsorganisation (WTO) schließlich als inkompatibel mit ihren  
48 Rechtsvorschriften bewertete. Die dadurch notwendigen Verhandlungen nutzte die EU zur  
49 Durchsetzung einer radikalen Freihandelspolitik und forderte von den Partner\*innen, die von  
50 Exporten in die EU wirtschaftlich abhängig sind, eine schnelle und umfassende Marktöffnung.

51

52 Trotz der offensichtlichen Probleme und damit verbundenen massiven Verzögerungen in diesem  
53 Prozess, rückte die EU von ihren Forderungen kaum ab, sondern baute Drohkulissen auf: Die  
54 Aussicht, sämtliche Präferenzen sofort zu verlieren, stellte für viele der beteiligten Regionen  
55 bzw. Staaten einen absoluten Zwang dar, (Interims-)Abkommen zuzustimmen und  
56 einschneidende Liberalisierungsprozesse ohne die vorherige Schaffung wichtiger  
57 Rahmenbedingungen vorzunehmen.

58

59 Die tatsächlichen strukturellen Probleme der Entwicklungsländer bleiben entweder unangetastet  
60 oder werden sogar noch verstärkt – so zum Beispiel ihre Rohstoffabhängigkeit, da sie durch den  
61 Wegfall von Industrieschutzinstrumenten wieder verstärkt auf den Export unverarbeiteter  
62 Produkte reduziert werden. Die Überschwemmung der Märkte mit hoch subventionierten EU-  
63 Agrarprodukten ist ein weiterer Effekt mit verheerenden Implikationen vor Ort. Hinzu kommt die  
64 weit über WTO-Erfordernisse hinausgehende erzwungene Öffnung von Dienstleistungsmärkten,  
65 die eine Abschöpfung profitabler Marktbereiche durch internationale Investoren ermöglicht.  
66 Staatliche Regulierungsmöglichkeiten und dadurch letztlich die Souveränität der AKP-Gruppe  
67 werden aushöhlt.

68

69 Was an TTIP, CETA und Co. fleißig kritisiert wird, nämlich der schwerpunktmäßige Schutz von  
70 Investoren, findet hier also noch stärker Ausprägung, freilich ohne auch nur im Ansatz  
71 öffentliche Reaktionen zu erzeugen. Die sehr einseitige Durchsetzung von Standards hat in den  
72 Entwicklungsländern schwerwiegende Folgen für fast alle Politikbereiche. Es handelt sich  
73 deshalb bei den EPAs in ihrer aktuellen Form keineswegs um Partnerschaftsabkommen unter  
74 Gesichtspunkten der Entwicklungszusammenarbeit, sondern um weitreichende neoliberale  
75 Freihandelsabkommen, von denen primär europäische Exporteure profitieren werden.

76

77 Ein kompletter Reset der Verhandlungen und ein Neuanfang unter grundlegend veränderten  
78 Voraussetzungen sind dringend geboten. In Verhandlungen mit den „Starken“ klare Kante zu  
79 zeigen, um Standards zu kämpfen und Augenhöhe einzufordern, während die Bedürfnisse der  
80 vermeintlich Schwächeren ignoriert werden und die eigene Position zur egoistischen  
81 Durchsetzung eigener Interessen und Vorteile zu nutzen, ist üble Heuchelei. Es sollte für die  
82 deutsche und die europäische Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit sein, hier ihre  
83 Stimme zu erheben.

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

**Titel** Industrie 4.0 menschlich entwickeln!

**Antragsteller** Weser-Ems

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Industrie 4.0 menschlich entwickeln!

### 1 **Industrie 4.0 menschlich entwickeln!**

2

3

4 Industrie 4.0 betreibt die komplette Digitalisierung von Produktion und Logistik bis hin zum  
5 Verbraucher. Die digitale Revolution in der Wirtschafts- und Arbeitswelt vollzieht sich schneller  
6 als wir es wahrhaben wollen. Hierbei dürfen wir jedoch den Menschen, als wichtigstes Glied in  
7 der wirtschaftlichen Wertschöpfungskette nicht außer Acht lassen. Wir müssen Strategien  
8 entwickeln, digitalisierte Industriepolitik weiter zu entwickeln aber den Menschen nicht aus dem  
9 Auge zu verlieren.

10

11

12 Vor allem auf Risiken wie der Arbeit als zunehmend passives Element im System dem hohen  
13 Stresspotenzial der immer weiteren forcierten Flexibilisierung müssen wir angemessene  
14 Antworten finden. Ebenso muss für uns klar sein, dass Industrie 4.0 auch weiterhin eine  
15 Durchlässigkeit für untere Qualifikationen gewährleisten muss und keines falls zu einem  
16 Beschäftigungsabbau führen darf. Letztendlich darf die Digitalisierung der Arbeitswelt  
17 keinesfalls zur Zunahme von Leiharbeit und zur Weiterentwicklung von Dumping-Lohn-  
18 Strategien sowie zur Aushebelung der betrieblichen Mitbestimmung in den Unternehmen  
19 führen.

20

21

22 Aber mit der Industrie 4.0 ergeben sich auch Chancen die es zu nutzen und  
23 weiterzuentwickeln gilt. So bieten sich neue Arbeitsmöglichkeiten mit höheren  
24 Handlungsspielräumen und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Erweiterte  
25 Partizipation kann möglich gemacht werden und vor allem technische Kompetenzen beständig  
26 weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt können zukunftsorientierte Hightech-Strategien zu einer  
27 größeren Beschäftigungssicherung beitragen.

28

29 Vor dem Hintergrund der vorgenannten Chancen und Risiken stellen sich hieraus für uns einige  
30 wichtige Forderungen, die Industrie 4.0 menschlich weiterentwickeln soll. So müssen wir  
31 gemeinsam darauf hinwirken, dass betriebliche Mitbestimmungsgesetze stetig weiterentwickelt  
32 und angepasst werden, um alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den  
33 Entwicklungsprozess einzubeziehen.

34

35 Ebenso muss Politik in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Regeln  
36 schaffen die einen möglichen Kontrollverlust durch immer fortschreitende Digitalisierung der  
37 Arbeitswelt wirksam verhindern. Das Internet der Dinge und auch die Digitalisierung der  
38 Arbeitswelt muss jederzeit kontrollierbar bleiben. Um den immer schneller werdenden  
39 Entwicklungen in der Digitalisierung von Arbeits- und Berufsleben von Anfang an folgen zu



40 können bedarf es eines Umdenkens in der deutschen Bildungspolitik.

41

42 Von früher Bildung an müssen Kompetenzen im Bereich der digitalen Welt entwickelt und  
43 Grundlagen für das technische Verständnis geschaffen werden. Nicht zuletzt müssen aber auch  
44 die Voraussetzungen für die die digitale Wirtschaft in allen Regionen unseres Landes stetig  
45 verbessert und die digitale Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum weiter voran gebracht  
46 werden. die immer weiter fortschreitende digitale Wertschöpfung darf aufgrund von Problemen  
47 beim Breitbandausbau nicht an den ländlichen 3Regionen vorbeigehen.

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“  
einführen

**Antragsteller** Hannover

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

### Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen

1 Das Bundeswirtschafts- und das Bundesfinanzministerium werden aufgefordert, die Einführung  
2 des Kassensystemchips „Insika“ (Integrierte Sicherheitslösung für messwertverarbeitende  
3 Kassensysteme) rechtlich bindend zu forcieren, um Steuerbetrug und –vermeidung auch in der  
4 Bundesrepublik Deutschland effektiv zu unterbinden und die Arbeit der Steuerprüfer und –  
5 fahnder zu vereinfachen.

6

7 Da Erfahrungen zeigen, dass Insika-Kassen ohne rechtlichen Zwang unverkäuflich sind, ist ein  
8 entsprechendes Gesetz unumgänglich.

9

10 **Begründung:**

11 *Dauerhafter und anhaltender Steuerbetrug ist dank moderner Kassensysteme sehr einfach*  
12 *geworden. Sofern der Kunde keinen Bon mitnimmt, was häufig genug vorkommt, kann eine in*  
13 *die Kasse eingegebene Buchung einfach rückgängig gemacht werden, da ja sonst niemand*  
14 *einen Nachweis über die Einnahme hat. So können, Umsatz- und Gewerbesteuer sowie*  
15 *Einkommenssteuer und Sozialabgaben gemindert werden.*

16

17 *Auf diese Weise entsteht dem deutschen Fiskus Schätzungen zu Folge pro Jahr ein Schaden*  
18 *von zehn Milliarden Euro. Damit gilt Deutschland als Schlusslicht in der*  
19 *Bargeldbetrugsbekämpfung.*

20

21 *Insika besteht aus einem Lesegerät für die Finanzbehörden und einem kleinen Chip, der jeden*  
22 *Kassenbon kennzeichnet und nummeriert. Eingesetzt werden kann das System auch in*  
23 *Taxametern.*

24

25 *Die Kosten für eine Nachrüstung marktgängiger Kassen von etwa 30 bis 70 Euro bzw. für eine*  
26 *Neuanschaffung von etwa 500 Euro halten sich ebenfalls in Grenzen.*

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

**Titel** Weniger Steuer auf Getränke

**Antragsteller** Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Weniger Steuer auf Getränke

1 Leitungswasser und Milch haben den ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Alle anderen Getränke  
2 trifft hingegen der volle Steuersatz. Deshalb fordern wir, dass auf die ohne Zusatz von Zucker  
3 oder anderen Süßungsmitteln sowie Branntwein hergestellten Getränke, wie etwa Fruchtsäfte  
4 oder Wasser zukünftig ebenfalls nur der ermäßigte Steuersatz angewendet wird.

5

6 **Begründung:**

7 Essen ist zwar wichtig, aber Trinken ist noch wichtiger. Deshalb sollte es selbstverständlich  
8 sein, dass bei Getränken ebenso wenig Steuern enthalten sind wie bei festen  
9 Lebensmitteln. Hierzu ein Beispiel für die unsinnige Steuerverteilung:

10

11 Apfel: 7 % Mwst.

12

13 Saft vom selben Apfel: 19 % Mwst.

14

15 Steuergerechtigkeit: unbezahlbar!

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

**Titel** Für eine alternative Wirtschaftspolitik

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Für eine alternative Wirtschaftspolitik

- 1 Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind unsere Grundwerte: Freiheit,
- 2 Gleichheit, Solidarität. Wirtschaftspolitik soll dazu dienen, Wohlstand zu schaffen und gerecht zu
- 3 verteilen. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Aufschwung gehören für uns zusammen.
- 4 Ein inhaltlicher Widerspruch besteht lediglich auf den ersten Blick.
- 5
- 6 Bei genauerem Hinsehen wird klar: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss Menschen
- 7 ökonomisch in die Lage versetzen von ihren Freiheiten Gebrauch zu machen. Wir wollen nicht
- 8 nur Freiheitsrechte auf dem Papier sondern umfassende soziale Freiheit. Umverteilung ist daher
- 9 unerlässlicher Bestandteil sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.
- 10
- 11 Zweifellos richtig ist, dass der Wohlstand, der verteilt werden soll, erst erarbeitet werden muss.
- 12 Gerade ein breit aufgestellter Sozialstaat braucht deswegen ein solides wirtschafts- und
- 13 finanzpolitisches Fundament. Ein Fundament, das aber ein anderes ist als das Fundament
- 14 neoliberaler Nachwächterstaatsmodelle. Ein Fundament aus
- 15
- 16 • guter Arbeit,
- 17 • gerechten Löhnen,
- 18 • nachhaltiger staatlicher Investitionstätigkeit für zukunftsfähige Infrastruktur und
- 19 Daseinsvorsorge,
- 20 • einem öffentlichen Beschäftigungssektor,
- 21 • aus klaren Vorgaben für nachhaltige Produktion,
- 22 • aus Steuergerechtigkeit und dem Abgreifen von hohem Vermögen,
- 23 • aus der Förderung des Konsums und privater Investitionen in die Schaffung von
- 24 Arbeitsplätzen
- 25 • und aus einem klar regulierten Finanzmarkt.
- 26
- 27
- 28 Hermann Scheers Interpretation der Energiewende ist ein Beispiel für ein solches
- 29 wirtschaftspolitisches Fundament.
- 30
- 31 Im Gegensatz zum neoliberalen Dogma braucht es einen starken Staat, der nicht den
- 32 Kapitalismus verwaltet, sondern gleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen schafft.
- 33 Im Kern geht es darum, dass nicht der Markt entscheidet, sondern die Politik. Die Jusos müssen
- 34 in der SPD und auch in der Gesellschaft für Alternativen streiten und dürfen keine Angst davor
- 35 haben, diese umzusetzen. Marktmechanismen können oft hilfreich sein, weil sie Menschen
- 36 dazu motivieren, gewünschte politische Ziele aus eigenem Interesse zu verfolgen. Ein richtig
- 37 durchgeführter Handel mit Emissions-Zertifikaten, oder die Einspeisevergütung im Bereich der
- 38 erneuerbaren Energien sind gute Beispiele dafür. Selbstregulierende Marktsysteme dürfen
- 39 jedoch nicht Selbstzweck sein sondern immer zur Unterstützung eines klaren Ordnungsrahmen

40 dienen, der politisch festgelegt wird. Das unterscheidet linke Politik von den Ideen der  
41 Neoliberalen: Die Überzeugung, dass solche Zusammenhänge nicht unveränderbare,  
42 evolutionäre Gegebenheiten sind, sondern, dass sie verändert und aktiv gestaltet werden  
43 können und müssen.

44

45 Politischer Gestaltungsspielraum setzt solide Finanzen voraus. Wir stehen für einen gerechten  
46 Steuerstaat, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Diese für die  
47 Steuerprogression zentrale Idee soll künftig auch für Kapitaleinkünfte gelten. Wir wollen keine  
48 Privilegierung von Kapitaleinkünften gegenüber Einkommen aus harter Handarbeit durch  
49 niedrige Pauschalsteuern. Insgesamt sollen bei der Finanzierung des Sozialstaats die direkten  
50 Steuern wieder eine stärkere Bedeutung spielen als die indirekten. Wir wollen höhere Steuern  
51 auf Körperschaften und Spitzeneinkünfte und eine schrittweise Reduzierung der  
52 Verbrauchssteuern, die alle Menschen ungeachtet ihres Reichtums gleich treffen. Unsere  
53 gesellschaftliche Vision ist, dass eigene Anstrengung und Fleiß zum Erfolg führen, nicht die  
54 Leistungen der Großeltern. Die Erbschaftssteuer für Erbmassen im Millionenbereich wollen wir  
55 daher drastisch verschärfen.

56

57 Wir wollen jedoch nicht nur eine soziale Ökonomie, sondern eine sozial-ökologische.  
58 Wachstum, Wohlstand, Verteilungsgerechtigkeit und das Haushalten mit unseren natürlichen  
59 Ressourcen gehört für uns zusammen. Der Widerspruch von Umwelt und Gerechtigkeit  
60 entspricht nicht nur nicht dem Zeitgeist. Er ist schlicht falsch. Selbst die klassische  
61 Volkswirtschaftslehre sieht im Boden einen gleichrangigen Produktionsfaktor neben Kapital und  
62 Arbeit und schafft damit Raum für ökologische Erwägungen in der Produktion. Dennoch spielen  
63 Umweltaspekte bis heute keine ebenbürtige Rolle in der Wirtschaftspraxis: Ein Fehler.  
64 Natürliche Ressourcen wie Nutzflächen, Bodenschätze, gute Luft und sauberes Wasser sind  
65 endlich und nicht regenerierbar. Gleichzeitig ist Lebensqualität größtenteils davon abhängig,  
66 dass diese Ressourcen allgemein zugänglich sind. Verschwenderischer Ressourcenverbrauch  
67 führt also nicht nur dazu, dass künftigen Generationen gleichwertige Lebensbedingungen  
68 verwehrt bleiben. Er benachteiligt auch verbrauchsarme Gesellschaften, deren Ressourcen  
69 ausgebeutet werden, ohne dafür angemessen entschädigt zu werden.

70

71 Wir wollen einen Wachstumsbegriff, der ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt. Wachstum  
72 ist nicht abzulehnen sondern an qualitative Bedingungen zu knüpfen. Wachstum ist eben nur  
73 dann sinnvoll, wenn es verbunden ist

74

- 75 • mit nachhaltiger Wertschöpfung
- 76 • und zu einer Verbesserung des Lebensstandards führt,
- 77 • wenn Profite und Belastungen gerecht verteilt werden
- 78 • und wenn auch nach Abzug der volkswirtschaftlichen Kosten wie Umweltbelastungen  
79 gemeinnützliche Werte verbleiben.

80

81 Wir wollen nachhaltiges, qualitatives Wachstum.

82

83 Als überzeugte Internationalist\*innen wollen wir auch in der Wirtschaftspolitik eine internationale  
84 Perspektive einnehmen. Wirtschaftspolitik auf Kosten anderer Regionen in der Welt lehnen wir  
85 ab. Das verlangt insbesondere ein Umdenken im Handel. Gerade vor diesem Hintergrund  
86 wollen wir nicht, dass ein transatlantischer Handelsraum Schwellenländer in die Dumpingspirale  
87 treibt. Wir stehen für ausgeglichene und ausgewogene Volkswirtschaften. Hierzu müssen  
88 Exportüberschüsse abgebaut werden. Durch Bereitstellung von Knowhow und Technologien soll  
89 Schwellenländern ermöglicht werden in der Versorgung mit Gütern eigenständiger zu werden  
90 und sich von der Importabhängigkeit und der Schuldenfalle zu befreien. Gleichzeitig wollen wir,  
91 dass Importländer mehr Verantwortung für die Bedingungen in den Produktionsländern  
92 übernehmen. Wir wollen verbindliche Qualitätsstandards und Mindestproduktionspreise für  
93 importierte Güter.

94

95

96

97

98

99

100

**Titel** Schluss mit neoliberalen Monetarismus!  
Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-MdEP in der Fraktion S&D im Europäischen Parlament, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Schluss mit neoliberalen Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum

### 1 Die Gefahr Deflation

2

3 Aktuell berichten Medien regelmäßig über eine Deflationsgefahr für den Euroraum und die  
4 dadurch entstehenden Probleme für die Wirtschaft Europas. Obgleich die Berichterstattung  
5 leider etwas spät auf diese Thematik aufmerksam geworden ist (bereits im April 2013  
6 unterschritt die Inflationsrate das Inflationsziel um 0,7%-Punkte)<sup>1</sup>, gilt es, sich intensiv mit  
7 diesem Problem auseinanderzusetzen. In der Tat geht nämlich eine erhebliche Gefahr von einer  
8 drohenden Deflation aus. Notenbanken dieser Welt legen bewusst ihr Inflationsziel nicht auf den  
9 Wert Null, sondern auf einen Wert nahe zwei Prozent, weil zum einen bekannt ist, dass die  
10 Statistiken Qualitätssteigerungen der Produktion zu spät erfassen und damit die Inflationsrate in  
11 etwa um ein Prozent jährlich überzeichnen, und zum anderen eine akute Gefahr von einer  
12 Deflation ausgeht, welche durch einen „Sicherheitsabstand“ vermieden werden soll. Inflation ist  
13 gewissermaßen die Nettoertragsrate der Warenhaltung, sie schafft Anreize für Investitionen und  
14 motiviert zur Kreditaufnahme. Ferner ist die Zentralbank bei einer Inflationsrate größer Null  
15 handlungsfähig, da sie die Nominalzinsen und Reserven erhöhen und somit dem Markt Geld  
16 entziehen kann. Selbstverständlich ist, und davor muss man in Deutschland nicht warnen, die  
17 Gefahr, welche von einer hohen Inflationsrate ausgeht, nicht zu vernachlässigen. Jedoch gibt es  
18 keine Inflationsrate, bei der die Zentralbank gänzlich handlungsunfähig wird. Das unterscheidet  
19 die Inflation von der Deflation.

20

21

22 Fällt die Inflationsrate nämlich unter einen Wert von 0, kommt es also zur offenen Deflation, so  
23 ist die Rendite aus der reinen Bargeldhaltung positiv und man gerät in ein Stadium, in welchem  
24 kaum noch Investitionen getätigt werden. Die Notenbank kann dann die kurzfristigen Zinsen  
25 nicht unter den Wert Null setzen, sodass es einen Anreiz gäbe, zu investieren, sie kann  
26 niemanden zwingen, Geld in Umlauf zu bringen und sie kann keine Verpflichtung aussprechen,  
27 Kredite aufzunehmen. Vielmehr sind der Zentralbank dann die Hände gebunden – sie wird  
28 handlungsunfähig. Ein praktisches Beispiel hierzu liefert die wirtschaftliche Entwicklung in  
29 Japan. Man kann also feststellen, dass der Euroraum, sollte es zu einer länger anhaltenden  
30 Deflation kommen, mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird,  
31 welche das Ausmaß der Finanzkrise deutlich übersteigen dürften. Dem Argument, die  
32 gefallen Rohölpreise würden den Trend des BIP-Deflators momentan erklären, sei entgegnet,

33 dass auch nach Bereinigung der Inflationsrate hinsichtlich der Energiepreisentwicklung ein  
34 Negativtrend zu beobachten ist, welcher aktuell in einer Kerninflation unter der 1%-Marke  
35 mündet.<sup>2</sup> Wie akut die Problematik ist, soll nachfolgende Grafik zeigen<sup>3</sup>:

36

37 Seit 2011 ist der Trend der Inflation im Euroraum rückläufig, seit 2013 liegt sie unter dem  
38 Inflationsziel. Im Dezember 2014 unterschritt sie zum erstmalig den Wert 0 und lag bei -0.2%. In  
39 allen Mitgliedsstaaten der europäischen Union, außer in Rumänien, lag die Inflationsrate in  
40 diesem Monat unter 1%<sup>4</sup>. Auch wird die Brisanz der Lage dadurch unterstrichen, dass die  
41 Europäische Zentralbank sich zu unorthodoxen Handlungen wie dem Aufkaufen von  
42 Staatsanleihen gezwungen sieht. Demnach gilt es, zu ergründen, woher der fallende  
43 Inflationstrend rührt, um anschließend konkrete Forderungen ableiten zu können.

44

#### 45 **Inflation als monetaristisches Phänomen**

46

47 Schenkt man den MonetaristInnen Glauben, so stellt die Geldmenge die wichtigste Größe zur  
48 Steuerung der Wirtschaft dar. Gemäß der Quantitätstheorie Irving Fishers führt eine starke  
49 Ausdehnung der Geldmenge zu Inflation und ein Einbremsen des Geldmengenwachstums zu  
50 Deflation. Dass der Wert des Geldes dem der produzierten Waren gegenübersteht, ist nicht von  
51 der Hand zu weisen. Demnach führt eine Geldmengenerhöhung zur Inflation, da den  
52 produzierten Waren eine höhere Geldmenge gegenübersteht und daher die Preise steigen  
53 müssen. Diesen Effekt macht sich auch das Instrument der Leitzinsen der Notenbanken zu  
54 Nutze: Eine Senkung der Leitzinsen bedeutet niedrigere Zinskosten für Zentralbankkredite und  
55 demnach eine Erhöhung der Zentralbankgeldnachfrage durch die Geschäftsbanken. Infolge  
56 dessen nutzen die Zentralbanken das Instrument der Leitzinsen dazu, um die Geldmenge zu  
57 kontrollieren. Droht eine Deflation, so müsste folgerichtig die Zentralbank mit einer  
58 Leitzinssenkung reagieren und damit die Nachfrage nach Zentralbankgeld ankurbeln, sodass  
59 sich die Geldmenge im Wirtschaftsraum erhöht, den produzierten Waren ein höheres  
60 Geldvolumen gegenübersteht und demnach die Preise steigen. Dies führt dann im Idealfall zur  
61 gewünschten Inflation. Die Europäische Zentralbank hat in jüngerer Vergangenheit häufig von  
62 diesem Instrument Gebrauch gemacht. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der  
63 Leitzinsen der EZB<sup>5</sup>:

64

65 Nichts desto trotz brachte eine Senkung der Refinanzierungskosten für Banken nicht den  
66 gewünschten Effekt des Geldmengenwachstums. Zwar sank der EURIBOR, jedoch wurde  
67 dadurch nicht die Nachfrage nach Zentralbankgeld, trotz Mengentender mit Vollzuweisung,  
68 gesteigert. Vielmehr ist das Volumen der Offenmarktgeschäfte der EZB trotz fallender Zinsen  
69 rückläufig, wie folgende Grafik zeigt<sup>6</sup>:

70

71 An dieser Stelle sei nochmals die Problematik der Lage für die Europäische Zentralbank  
72 verdeutlicht: Eine Zentralbank kann mit ihren Instrumenten jede Inflation in kurzer Zeit in die  
73 Knie zwingen, jedoch eine Deflation verhindern kann sie nicht. Sie kann den Leitzins noch so  
74 sehr senken und geparkte Einlagen mit Negativzinsen bestrafen und trotz alledem wird sich kein  
75 Effekt einstellen, wenn die Geschäftsbanken nicht bereit sind, Kredite zu vergeben, weil ihnen  
76 die KundInnen fehlen, welche in Sachkapital investieren wollen. Kurzum, um es mit den Worten  
77 von John M. Keynes zu sagen: „We cannot, by international action, make the horses drink. That  
78 is their domestic affair. But we can provide them with water“. Insofern kann festgestellt werden,  
79 dass das Instrument der Leitzinsen in einer Situation, in der private InvestorInnen nicht Kredite  
80 in ausreichendem Ausmaß nachfragen, keine Wirkung erzielt. Das erklärt auch, weshalb die  
81 europäische Notenbank aktuell zu unkonventionellen Maßnahmen wie monetärer Lockerung  
82 (Quantitative Easing), also dem Versuch, über Ankauf von Staatsanleihen und anderen  
83 Wertpapieren Geld in den Markt zu pumpen und langfristige Zinsen weiter zu drücken, greift.  
84 Dass die Europäische Zentralbank die Deflationsgefahr nicht herunterspielt und sich mit allen  
85 Mitteln dagegen zu sträuben versucht, ist beachtlich. Nichts desto trotz wird sie sich, sofern die  
86 weiteren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Euroraum konstant bleiben, früher oder  
87 später ihre Ohnmacht eingestehen müssen. Denn selbst durch das Fluten des Marktes mit  
88 Kapital und dem Drücken von langfristigen Zinsen kann keine Inflation konstruiert werden, wenn  
89 die dann zusätzlich verfügbare Geldmenge nicht weiter in Umlauf gebracht werden kann – das  
90 heißt wenn dadurch die Investitionsbereitschaft nicht angekurbelt wird. Deshalb ist das  
91 Programm der Zentralbank nicht falsch, da es die Langfristzinsen auf Staatsanleihen senken  
92 und damit die Refinanzierungskosten für Staaten reduzieren dürfte, die aktuell mit Problemen  
93 bei der Refinanzierung kämpfen müssen, jedoch ändert es nichts an der Deflationsproblematik,

94 sondern verzögert sie bestenfalls kurzfristig. Der eigentliche Kern des Problems ist nämlich  
95 nicht monetärer, sondern realwirtschaftlicher Natur.

96

## 97 **Der Zusammenhang zwischen Löhnen und Inflation**

98

99 Wie wir bereits festgestellt haben, ist eine angestrebte Geldmengenerhöhung der Notenbanken  
100 dann wirkungslos, wenn Finanzintermediäre keine Zentralbankkredite nachfragen. Es gilt also,  
101 zu ergründen, weshalb kein Nachfrageanstieg trotz Leitzinsensenkung erfolgt ist. Die Ursache,  
102 weshalb trotz historisch tiefer Zinsen und Mengentenderverfahren mit Vollzuweisung bei der  
103 Vergabe von Zentralbankkrediten kein positiver Nachfrageschock eingetreten ist, liegt darin,  
104 dass Geschäftsbanken diese billigen Kredite nicht an die Realwirtschaft weiterreichen können  
105 und wollen. Zum einen bevorzugen es Banken und andere SpielerInnen aktuell, in die  
106 Finanzmärkte zu investieren, statt potentielle KundInnen zu suchen, welche gewillt sind,  
107 Sachanlagen zu tätigen und Projekte zu realisieren, was daran liegt, dass die  
108 Liberalisierungspolitik der Industriestaaten sie geradezu dazu ermuntert hat, durch  
109 Spekulationen an Märkten für vorhandene Vermögenstitel virtuelle Vermögenswerte zu kreieren,  
110 welche sich irgendwann mit einem großen Knall in Luft auflösen. Beispielhaft kann hier die  
111 Entwicklung des DAX genannt werden, der in einer ökonomisch rezessiven Lage sein  
112 Allzeithoch erreichen konnte. Andererseits rührt die fehlende Vergabe von Krediten an  
113 Unternehmen und InvestorInnen daher, dass in der Realwirtschaft eine mangelnde  
114 Güternachfrage vorherrscht. Diese ist das Ergebnis der europäischen Austeritätspolitik, welche  
115 in einer ökonomischen Krisensituation, in der ohnehin schon alle privatwirtschaftlichen  
116 AkteurInnen ihre Investitionen reduzierten und damit die Konjunktur schwächten, versuchte,  
117 auch noch die öffentlichen Haushalte zum Sparen zu zwingen. Diese Sparpolitik hat nicht nur  
118 dazu geführt, dass die Krise unnötig vertieft wurde, sondern konnte auch keine wesentlichen  
119 Erfolge in der Haushaltskonsolidierung erzielen. Verstärkt wurde der negative Effekt der  
120 Austeritätspolitik dadurch, dass man die verschuldeten Länder durch sog. Hilfsprogramme dazu  
121 zwang, die Löhne zu senken, bei gleichzeitiger Kaufkraftminderung durch  
122 Mehrwertsteuererhöhungen, sodass ein zusätzlicher Nachfrageeinbruch folgen musste. Addiert  
123 man den negativen Nachfrageeffekt der Krise auf Unternehmen, den Rückgang der Nachfrage  
124 durch Staaten infolge der Austeritätspolitik sowie den Nachfrageeinbruch durch  
125 Kaufkraftminderung in Südeuropa zusammen, so liegt es auf der Hand, weshalb die  
126 Investitionsbereitschaft in der aktuellen Lage derart gering ist: Wenn weder der öffentliche  
127 Sektor, noch private Unternehmen dazu bereit sind, Konsum zu realisieren, und die privaten  
128 Haushalte schlichtweg infolge fallender, oder jedenfalls stagnierender, Kaufkraft nicht in der  
129 Lage sind, mehr zu kaufen, bleiben Investitionen aus. Dadurch lahm die Nachfrage nach  
130 Zentralbankgeld, und dadurch ist und bleibt die Notenbank handlungsunfähig. Stellt sich  
131 hingegen eine höhere Nachfrage des Staates ein und werden private Haushalte mit mehr  
132 Kaufkraft versorgt, so kann ein positiver Nachfrageschock realisiert, die Kreditnachfrage  
133 angekurbelt und damit Zentralbankgeldversorgung in ausreichender Höhe gewährleistet  
134 werden. Was der EZB fehlt, ist ein plausibler und empirisch evidenter Ansatz zur Erklärung von  
135 Inflation. Zwar hat die Zentralbank es verstanden, dass sie durch Erhöhung der  
136 Refinanzierungskosten und des Mindestreservesatzes Geld aus dem Markt entfernen kann und  
137 damit einen positiven Inflationstrend zu stoppen oder gar umzukehren vermag, jedoch erklärt  
138 das nicht das Wesen der Inflation selbst. Vielmehr muss die Erklärung bei den Löhnen, genauer  
139 genommen bei der Veränderung der Lohnstückkosten, ansetzen. Nachfolgende Grafik stellt den  
140 Zusammenhang zwischen der Änderung der Lohnstückkosten und der Preissteigerungsrate  
141 dar:

142

143 Eine klarere Evidenz kann es kaum geben: Steigen die Ausgaben der Unternehmen für Löhne,  
144 so kommt es zu Inflation. Insbesondere sei angemerkt, dass Deutschland aktuell als Vorbild für  
145 Krisenländer in der Europäischen Union fungieren soll. Würden jedoch alle Staaten dem Ideal  
146 Deutschlands folgen und ihre Lohnsteigerungen derart reduzieren, wie Deutschland es infolge  
147 der Agenda2010 und den darauf aufbauenden Reformen getan hat, so hätte dies  
148 gezwungenermaßen eine Verschärfung der deflationären Situation zur Folge. Vielmehr müssen  
149 die Reallöhne in Europa dauerhaft und nennenswert steigen, damit die Nachfrage durch die  
150 privaten Haushalte angekurbelt, der Anreiz für Investitionen erhöht, die Kreditnachfrage  
151 gesteigert und das Inflationsziel erreicht werden kann. Dies führt nicht, wie häufig postuliert,  
152 zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Industrie gegenüber anderen Staaten,  
153 da hier nur eine vernachlässigbar geringe Konkurrenz besteht. Vielmehr findet der mit  
154 deutlichem Abstand größte Teil des Außenhandels europäischer Länder innerhalb der



155 Europäischen Union statt, und ist damit kein Außenhandel im klassischen Sinn, sondern  
156 vielmehr ein Binnenkonsum, der fälschlicherweise nicht als solcher verstanden wird. Ein  
157 positiver Nachfrageschock im europäischen Raum lässt demnach nicht nur das Inflationsziel um  
158 ein deutliches Stück näher rücken, sondern erhöht auch die Binnennachfrage und befeuert  
159 damit die innereuropäische Produktion. Ferner würde damit eine rückläufige  
160 Lohnquotenentwicklung endlich umgekehrt, sodass Teilhabe am Produktionsprozess wieder  
161 gerechter entlohnt und der Anreiz zur Arbeit gestärkt werden dürfte.  
162 Nachdem nun das Wesen der Inflation charakterisiert und analysiert wurde, können konkrete  
163 Lösungsansätze aufgestellt werden:

164

## 165 **Forderungen**

166

167 Da die Problematik der Deflation nicht von der Hand gewiesen, und ein offensichtlicher  
168 Zusammenhang zwischen Inflationsentwicklung und Lohnstückkosten aufgezeigt werden kann,  
169 fordern wir

170

- 171 • Ein klares Bekenntnis zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik! Der Monetarismus ist  
172 gescheitert, und es gilt, die Auswirkungen der Fehler aus der Vergangenheit zu  
173 kompensieren. Hierzu bedarf es dem glaubwürdigen Versprechen, künftig nicht weitere  
174 fiskalische Dummheiten zu begehen und sich stattdessen einem sinnvollen Konzept der  
175 Wirtschaftspolitik zuzuwenden, das sich bereits mehrfach profilieren konnte.
- 176 • Ein sofortiges Ende der Austeritätspolitik! Eine Nachfragekrise mit einer Senkung der  
177 Nachfrage des öffentlichen Sektors zu beantworten, erscheint absurd. Stattdessen soll der  
178 öffentliche Sektor deutlich höhere Ausgaben in Bildung und Infrastruktur tätigen.
- 179 • Schluss mit der Sparpolitik für Südeuropa! Durch eine Einschränkung der  
180 Staatsausgaben, eine Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung und  
181 Beschäftigungsabbau kann keine Wirtschaft der Welt stabilisiert werden. Vielmehr braucht  
182 es einen Schuldenschnitt, insbesondere für Griechenland und gegebenenfalls auch für  
183 weitere südeuropäische Länder, ein vernünftiges Förderungsprogramm und ein  
184 solidarisches Europa.
- 185 • Die Ablehnung der Schuldenbremse! Nur durch einen starken Staat kann erfolgreiche  
186 Fiskalpolitik betrieben werden. Dies wird durch das Konstrukt der Schuldenbremse  
187 verhindert, welche ohne Not, wie oben gezeigt, die Krisensituation verschärft und keinen  
188 Nutzen erwirtschaftet, der damit in Relation gesetzt werden kann.
- 189 • Die Beendigung der Stagnation der Lohnentwicklung! Vielmehr soll stattdessen eine  
190 deutliche Reallohnsteigerung eintreten, die die Versäumnisse des letzten Jahrzehnts  
191 kompensiert und ArbeitnehmerInnen für ihre berufliche Tätigkeit angemessen entlohnt.
- 192 • Eine konsequente Bekämpfung des Gender Pay Gap! Neben der gesellschaftspolitischen  
193 Relevanz der Gleichstellung von Frau, Mann und Menschen ohne männliche oder  
194 weibliche Selbstidentifikation hinsichtlich der Lohnhöhe würde eine Verringerung der  
195 Lohndispersion zwischen den Geschlechtern dazu führen, die Lohnquote auf ein höheres  
196 Niveau zu heben und damit die Deflationstendenzen zu bekämpfen. Auch kann eine  
197 Angleichung der geschlechterspezifischen Löhne beispielsweise zu einem Überschreiten  
198 des Reservationslohns für Frauen führen, sodass Anreize geschaffen werden, am  
199 Arbeitsmarkt teilzunehmen.
- 200 • Umverteilung durch Steuern! Wenn Unternehmen nicht gewillt sind, die Primärverteilung  
201 durch Zahlung höherer Löhne zu verändern, muss der Staat die Schieflage der Verteilung  
202 durch eine Änderung der Sekundärverteilung korrigieren. Eine höhere  
203 Vermögensbesteuerung sowie der Ausbau des Lohnsteuersatzes für HochverdienerInnen  
204 stellen Mittel bereit, um die Kaufkraft der NormalverbraucherInnen durch Sozialleistungen  
205 zu erhöhen.

206

## 207 **Des Weiteren möchten wir noch einmal bekräftigen: Wir fordern**

208

- 209 • Schluss mit Ausnahmen beim Mindestlohn! Auch wenn der Mindestlohn in seiner  
210 bestehenden Form die Löhne von rund 7 Millionen ArbeitnehmerInnen erhöht, ist er  
211 selektiv und nutzt seine Möglichkeiten nicht vollständig. Daher soll der Mindestlohn  
212 ausgebaut werden, sodass dieser für ausnahmslos jede berufstätige Person in  
213 Deutschland gilt. Ferner soll der Mindestlohn sich nicht länger an der Niedriglohngrenze  
214 bemessen, sondern ein signifikant höheres Niveau annehmen. Langfristig soll parallel ein  
215 europäischer Mindestlohn etabliert werden

- 216 • Regulierung der ArbeitnehmerInnenüberlassung! Nur ein langfristiger  
217 Beschäftigungsvertrag schafft die notwendigen Sicherheiten für größere Anschaffungen.  
218 Leih- und Zeitarbeit können zwar Mittel zur Überbrückung von Auftragsspitzen sein,  
219 jedoch ist dieses Mittel einerseits kurzfristig und andererseits ausnahmslos in  
220 Hochkonjunkturphasen zu gebrauchen. Da mittlerweile wohl kaum von einem kurzfristigen  
221 Hoch bei der Zahl der LeiharbeiterInnen gesprochen werden kann und alles andere als  
222 eine konjunkturelle Hochphase vorliegt, gilt es, die Deregulierungen durch die Agenda  
223 2010 rückgängig zu machen und ein sicheres Beschäftigungsumfeld für  
224 ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
- 225 • Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte! Die Folgen des Liberalisierungswahns der  
226 europäischen Staaten gilt es einzudämmen. Statt weiterhin Anreize für Banken und  
227 FinanzakteurInnen zu schaffen, in hochspekulative Titel zu investieren, soll der Geldfluss  
228 zur Produktion gewährleistet werden. Eine Finanztransaktionssteuer muss endlich  
229 realisiert werden.

230

231 [1<http://ec.europa.eu/eurostat/inflation->  
232 [dashboard/2](http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-eurozone/)[http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-](http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-eurozone/)  
233 [eurozone/3](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-eurozone/)[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-eurozone/)  
234 [inflationsrate-in-der-eu-und-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/)  
235 [eurozone/4](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/)[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/)  
236 [laendern-der-eu-monatswerte/5](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaef-seit-1999/)[Daten:](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaef-seit-1999/)  
237 [http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaef-seit-1999/)  
238 [hauptrefinanzierungsgeschaef-seit-1999/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/) ,  
239 [http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/)  
240 [spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/) ,  
241 [http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/)  
242 [fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/)  
243 [6](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/)[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/)  
244 [offenmarktgeschaefte-der-ezb/7](http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/)[http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-](http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/)  
245 [eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/](http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/)]

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

**Titel** Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche  
zwischen Stadt und Land

**Antragsteller** Weser-Ems

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land

### 1 **Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land**

2

3 Moderne Wirtschaftspolitik sieht sich immer mehr mit den Herausforderungen sehr  
4 unterschiedlicher Strukturbedingungen konfrontiert und muss daher neue Antworten auf  
5 wirtschaftspolitische Fragen geben.

6

7 Wirtschaftspolitik stellt die Grundlage für die Existenz unseres Sozialstaates her, denn sie 5  
8 sorgt für Beschäftigung und damit für finanzielle Freiheit und Sicherheit. An den Stellen, an  
9 denen sich einseitige Verteilung zeigt, muss der Sozialstaat eingreifen und für eine gerechnete  
10 Verteilung innerhalb der Gesellschaft sorgen. Nur so lässt sich dauerhaft der größtmöglichen  
11 Wohlstand für alle sichern und der Sozialstaat kann seine wirtschaftspolitisch relevanten  
12 Aufgaben erfüllen.

13

14 Ohne ein flächendeckendes Bildungssystem, das weniger selektiv, sondern mehr am  
15 Gemeinwohl orientiert ist, wird es nicht ausreichend Nachwuchs für eine hochspezialisierte  
16 Industrie geben. Ländliche Regionen, die unter Bevölkerungsrückgang leiden, sind hier  
17 besonders betroffen. Durch die Förderung von Eliteeinrichtungen und großen Universitäten 14  
18 werden Mittel für kleinere Hochschulen knapper, was unmittelbar sozial benachteiligte 15  
19 Studierende trifft, die zu großer Mobilität oft nicht in der Lage sind.

20

21 Nur durch eine nachhaltige Schulpolitik in die Fläche hinein und die explizite Förderung kleiner  
22 Fachhochschulen kann dieser Entwicklung wirksam entgegen getreten werden. Dabei sind  
23 insbesondere allgemeinbildendere Studiengänge an Fachhochschulen, die einen Übergang zu  
24 Universität ermöglichen, zu fördern. So wächst die Zahl der Studierenden, die nach ihrem  
25 Studium wieder bereit sind in die ländlichen Gebiete zurückzukehren.

26

27 Der zu erwartende Produktivitätszuwachs durch die weitere Automatisierung des  
28 produzierenden Gewerbes wird den Umbau zu einer Dienstleistungsgesellschaft erneut  
29 entfachen, sodass mit einer zweiten Welle des Rückgangs von Industriebetrieben gerechnet  
30 werden muss. Auch hier sind ländliche Regionen, in denen solche Betriebe oftmals der größte  
31 Arbeitgeber sind, besonders hart betroffen. Nur wenn es gelingt Unternehmen entweder zu  
32 halten oder eine entsprechende Anzahl kleiner Unternehmen vor Ort neu anzusiedeln, kann  
33 diese Entwicklung entschärft werden. Daher sind gezielte Entwicklungskonzepte seitens des  
34 Landes für solche Regionen zu erstellen, die auch die negativen Effekte lokal einseitiger  
35 Förderung offenlegen.

36

37 Einzig und allein mit den entsprechenden Gewerbesteuerereinnahmen lassen sich die  
38 notwendigen Investitionen nicht realisieren. Zudem werden bei der Übertragung immer

39 größerer Haushaltsposten von Landesebene zur kommunalen Ebene diese negativen Aspekte  
40 verstärkt. Die notwendigen Investitionen in Infrastruktur sind daher auch unterstützend über  
41 Entwicklungsprogramme abzusichern, sodass gute Standortbedingungen nicht nur noch in den  
42 Ballungsräumen zu finden sind bzw. an den wenigen Großunternehmen vor Ort hängen.  
43 Regionen mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen zahlen einen Teil dieser in einen  
44 Solidaritätstopf ein, sofern sie diese Gelder nicht zur gezielten Förderung ihres Umlandes  
45 einsetzen. Diese Einnahmen bilden die Grundlage für Förderprogramme, auf die sich innovative  
46 Gemeinden, die eine bestimmte Volumengrenze nicht überschreiten, bewerben können.

47

48 All diese Maßnahmen stehen nicht im Gegensatz zu einer Förderung der Großstädte und  
49 Ballungsräume sondern sind auch als eine solche zu verstehen. Die städtische Entwicklung  
50 profitiert von einer besseren Entwicklung des Umlandes im Handel, den Dienstleistungen und  
51 der Gastronomie. Intensiv genutzte kommunale Einrichtungen werden entlastet, was den  
52 unmittelbaren Finanzierungsaufwand für die Kommunen bzw. deren Träger verringert und die  
53 Versorgungsbedingungen stabilisiert.

54

55 Hierfür müssen Einwohnergrenzen gesenkt werden, für die kommunale Einrichtungen erhalten  
56 werden. Nur so kann eine angemessene Versorgung zu einem bezahlbaren Preis gesichert  
57 werden, wenn die Verarmung ganzer Landstriche abgewendet werden soll. In Zeiten, in denen  
58 Investitionen nur noch mit erheblicher Subventionierung in wirtschaftlich schwächeren Regionen  
59 gehalten werden können, setzen wir verstärkt auf genossenschaftliche Strukturen, um  
60 notwendiges Kapital generieren.

61

62 Dies stellt zudem eine bedarfsgerechte Verwendung der Gelder sicher, weil in demokratischen  
63 Strukturen auch die gesellschaftlichen Gruppen Mitspracherecht bekommen, die sonst von  
64 Kapitalinteressen benachteiligt werden. Die Gründung solcher Genossenschaften sollten von  
65 neu zu schaffenden regionalen Beratungsstellen unterstützt werden. Weitere Aufgabe dieser  
66 Stelle kann die gezielte Förderung des selbstständigen Handwerks sein, das eine wichtige  
67 Säule der ländlichen Wirtschaft stellt.

68

69 Gut gebildete Fachkräfte bleiben nur unter attraktiven Lebensbedingungen in der Region. Wir  
70 stellen uns daher klar gegen spekulative Immobiliengeschäfte und wollen mit den Förderungen  
71 von preisgünstigem Wohnraums bereits früh den Verbleib der gut ausgebildeten junger  
72 Menschen sichern.

73

74 Nicht zuletzt müssen wir die Umwelt und die natürlichen Ressourcen als wichtigen  
75 Wirtschaftsfaktor ernst nehmen. Durch neue Steuerungsinstrumente bei der Planung und  
76 Genehmigung von Ausgleichsflächen können Freizeiträume neu geschaffen, bzw. ausgebaut  
77 und erhalten werden. Tourismus und Landwirtschaft können, statt mit gegensätzlicher  
78 Zielsetzung, in einem schlüssigen Konzept gemeinsam gedacht, die wirtschaftliche  
79 Leistungsfähigkeit auch schwacher Regionen verbessern und sichern.

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Echte Umverteilung – Jetzt!

**Antragsteller** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Echte Umverteilung – Jetzt!

1 Seit Jahren haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die den gesellschaftlichen Reichtum in  
2 den Händen sehr Weniger immer rasanter steigen lässt und gleichzeitig eine immer größere  
3 Masse an Menschen zurücklässt, die überhaupt kein Vermögen besitzen oder sogar verschuldet  
4 sind. Nach einer aktuellen Studie der Hilfsorganisation Oxfam verfügen die 85 reichsten  
5 Menschen der Welt über mehr Vermögen als die ärmsten 3,5 Milliarden zusammen. Bereits jetzt  
6 ist abzusehen, dass 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen auf sich  
7 vereinigen wird als die restlichen 99 Prozent zusammen.

8

9 In der Bundesrepublik haben wir es mit einer ähnlich dramatischen Entwicklung zu tun. Das  
10 private Gesamtvermögen in Deutschland beträgt rund 9,3 Billionen Euro. Hierbei vereinigen die  
11 reichsten 0,1 Prozent der Haushalte rund 16 Prozent des gesamten privaten Vermögens auf  
12 sich. Die reichsten 10 Prozent sogar einen Anteil von rund 74 Prozent. Soweit die Zahlen.

13

14 Eines bleibt völlig klar: Dass die wenigen Reichen in Deutschland und der Welt immer reicher  
15 werden und es gleichzeitig immer mehr arme Menschen gibt, ist kein Naturgesetz, sondern seit  
16 Jahren von politischer Seite gewollt und gefördert. Die Politik der sozialen Spaltung kann mit  
17 Blick auf die Regierungen Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA bis in die 1980er  
18 Jahre zurückverfolgt werden. Aber auch Entscheidungen der bundesdeutschen Gesetzgebung  
19 haben die oben beschriebene Entwicklung forciert. So haben der Rückbau des Sozialstaates  
20 und die Deregulierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit der Senkung des  
21 Spitzensteuersatzes sowie der Senkung der Körperschaftssteuer und dem Aussetzen der  
22 Vermögenssteuer ganz erheblich eine immer krasser werdende Vermögensungleichheit  
23 begünstigt.

24

25 Es bleibt Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
26 wahren und zu fördern. Das Auseinanderdriften der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten  
27 birgt ein enormes Gefahrenpotential, welches droht, gerade von der politischen Rechten genutzt  
28 zu werden. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass das sozialdemokratische Versprechen,  
29 umfassende Chancengleichheit zu erreichen, gänzlich scheitert, wenn wir es zulassen, dass  
30 faktisch nicht mehr Leistung und Einsatz über den eigenen Lebensweg entscheiden, sondern  
31 die Frage, ob man ein großes Vermögen oder eben Schulden erbt. In Zukunft werden in der  
32 Bundesrepublik nie dagewesene Vermögensbeträge vererbt werden. Schätzungsweise 2,6  
33 Billionen Euro in den nächsten zehn Jahren. Es bleibt sozialdemokratische Aufgabe, einen Teil  
34 dieses Vermögens staatlich abzuschöpfen und demokratisch legitimiert in die Zukunftsfähigkeit  
35 des Landes und des gesellschaftlichen Friedens zu investieren.

36

37 Die Jusos fordern daher von der Bundespartei mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion,  
38 sich für eine solidarische Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzusetzen und die  
39 Verteilungsdebatte wieder offensiv zu führen. Insbesondere hat sich die Bundespartei für

40 folgende Punkte einzusetzen:

41

42 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes gemäß SPD-Beschlussfassung auf Bundesebene

43

44 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer

45

46 • Einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturprojekte und zum  
47 Schuldenabbau

48

49 • Progressive Besteuerung von Kapitalerträgen

50

51 • Erhöhung der Erbschaftssteuer bei Beibehaltung der Freibeträge

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100